

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Ed.)

Research Report

Ein Schritt voran. Jahresgutachten 1983/84

Jahresgutachten, No. 1983/84

Provided in Cooperation with:

German Council of Economic Experts

Suggested Citation: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Ed.) (1983) : Ein Schritt voran. Jahresgutachten 1983/84, Jahresgutachten, No. 1983/84, Bundestag, Bonn

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/75272>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1983/84 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967¹⁾ legt der Sachverständigenrat sein zwanzigstes Jahresgutachten vor²⁾.

2. Der Pessimismus des vergangenen Jahres hat sich nicht als berechtigt erwiesen. Die Wirtschaft befreit sich allmählich daraus. Was noch wichtiger ist: Die Konstitution der Volkswirtschaft ist besser geworden. Beides erleichtert es auch, mit dem, was in der Wirtschaftspolitik getan wird und getan werden kann, wirksamer zu sein als in den vergangenen Jahren. Denn nach wie vor sind große Aufgaben ungelöst.

In seiner Buchfassung trägt dieses Gutachten den Titel „Ein Schritt voran“. Dies ist ein gerichtetes Wort. Es beschreibt die wirtschaftliche Entwicklung, in der wir uns befinden, und es enthält zugleich die Aufforderung, die Besserung nicht schon für selbsttragend zu halten. Nötig ist die Anstrengung, voran zu gehen.

Die weiterhin ungelösten Aufgaben in der Bundesrepublik sind unter ungünstigeren weltwirtschaftlichen Bedingungen

¹⁾ Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/67 erläutert.

²⁾ Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

anzugehen, als sie bis in die siebziger Jahre hinein geherrscht haben. Sie sind aber auch selbst Teil dieser ungünstigeren Bedingungen. Unser Gutachten ist geprägt von dem Versuch, die wirtschaftlichen Probleme der Bundesrepublik zu deuten im Zusammenhang mit dem hochkomplexen Geschehen in der Weltwirtschaft und dessen Rückwirkungen auf jede einzelne Volkswirtschaft, Rückwirkungen, die die Wirtschaftspolitik, aber auch alle einzelnen mitbestimmen müssen bei ihren allemal unter Unsicherheit zu treffenden Entscheidungen.

Die ungünstigeren weltwirtschaftlichen Bedingungen sind eine Herausforderung, die eigenen Probleme mit besonderer Energie anzugehen. In einzelnen Bereichen, wie der Stahlindustrie, wird es aber mehr als Krisenmanagement nicht geben, solange die Hauptursachen der Krise, die auf europäischer Ebene liegen, nicht beseitigt sind.

In der Bundesrepublik, aber nicht nur hier, hat der Staat in den beiden letzten Jahren die Konsolidierung seiner Finanzen zur Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik gemacht. Es gehört zu den Vorteilen der wirtschaftlichen Erholung, die zugleich eine Stärkung der konjunkturellen Auftriebskräfte und der Konstitution der Volkswirtschaft anzeigt, daß dieser Kurs nun weniger umstritten ist und hinsichtlich der nötigen Rücksicht auf die konjunkturelle Lage seine schwierigste Phase hinter sich hat.

Alle ungelösten Probleme finden ihren Niederschlag in der zwar nicht mehr wachsenden, aber nach wie vor außerordentlich hohen Arbeitslosigkeit. Die Frage, ob nicht nach Jahren steigender und voraussichtlich auch nicht bald ausreichend stark sinkender Arbeitslosigkeit der Ausweg in einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung gefunden werden müsse, beschäftigt fast alle, und die Meinungsunterschiede hierüber drohen, sich zu einem Konflikt zuzuspitzen, der den sozialen Frieden gefährden und das Klima für eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung verschlechtern würde. Verständlich ist, daß der einfache Gedanke, bei fortdauernd hoher Arbeitslosigkeit müsse man die „knappe Arbeit“ zugunsten der Arbeitslosen umverteilen, so viele Menschen beeindruckt. Andere hingegen halten es für einen noch einfacheren Gedanken, daß man sich bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten vermehrt anstrengen müsse, nicht aber weniger arbeiten. Der Sachverständigenrat macht den Versuch, zur Versachlichung der Diskussion und damit zur Entspannung zwischen den sich verhärtenden Fronten beizutragen.

Angesichts der fortbestehenden Aufgaben müssen die vielfältigen Fähigkeiten und Möglichkeiten der einzelnen mobilisiert werden, die von ihnen jeweils überschaubaren Probleme zu lösen. Das hilft in einer arbeitsteiligen Wirtschaft nicht nur ihnen, sondern in einer konkret kaum angebbaren Weise zugleich allen anderen.

3. Wie in früheren Jahren sind die Mitglieder des Rates nicht bei allen Fragen zu einem einheitlichen Urteil gelangt. Der bei

weitem größte Teil dieses Gutachtens wird jedoch von allen Mitgliedern des Rates gemeinsam getragen. Dies gilt fast vollständig auch für das brennendste Thema der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Diskussion, für die Frage nach den Wirkungen und der Zweckmäßigkeit unterschiedlicher Formen der Arbeitszeitverkürzung. Die Auffassungsunterschiede im Sachverständigenrat betreffen die Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik stärker als die konkreten Ratschläge in bezug darauf, welchen Weg sich die Wirtschaftspolitik und die Tarifvertragsparteien am Arbeitsmarkt für das Jahr 1984 und danach vornehmen sollten. Abweichende Meinungen zu einzelnen Punkten sind im Gutachten an den entsprechenden Stellen zum Ausdruck gebracht.

4. Der gesetzlichen Regelung entsprechend schied Professor Dr. Horst Albach, Universität Bonn, am 28. Februar 1983 aus dem Sachverständigenrat aus. Herr Albach hatte dem Sachverständigenrat seit dem 2. Mai 1978 angehört. Als sein Nachfolger wurde Professor Dr. Ernst Helmstädter, Universität Münster, durch den Bundespräsidenten für fünf Jahre in den Sachverständigenrat berufen.

5. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, mit dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie mit dem Präsidenten und den Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu erörtern.

Die Urteilsbildung des Rates erleichterten Berichte des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit.

Wie in früheren Jahren hat der Rat Vertreter der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört.

Mit Vertretern der Kommission der Europäischen Gemeinschaften führte der Rat Gespräche über die wirtschaftlichen Probleme der Gemeinschaft.

6. Mit Vertretern der Wirtschaftswissenschaften an Hochschulen und Forschungsinstituten hat der Rat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Hinweise vermittelt haben. Professor Dr. Gerard Gäfgen, Konstanz, Professor Dr. Klaus-Dirk Henke, Hannover, Professor Dr. Ingolf Metze, Münster, und Professor Dr. Hans-Werner Müller, Düsseldorf, standen dem Rat zu einer Aussprache über die Situation und die reformerischen Möglichkeiten auf dem Gebiet des Gesundheitswesens zur Verfügung. Professor Dr. Hermann Albeck, Saarbrücken, und Dr. Gert Wagner, Frankfurt, halfen dem Rat durch Ausarbeitungen über Fragen des Sozialsystems.

7. Wieder hat der Deutsche Industrie- und Handelstag durch kurzfristige Umfragen bei den Kammern dem Sachverständigenrat besonders aktuelle Informationen zukommen lassen.

8. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten fanden wir wertvolle Unterstützung durch Professor Dr. Hermann Albeck, Saarbrücken, Dr. Hans J. Barth, Basel, Professor Dr. Jürgen Kromphardt, Berlin, Dr. Hermann Naust, Saarbrücken, Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel, und Professor Dr. Carsten Thoroë, Göttingen. Ihnen allen gilt der Dank des Rates.

9. Die volkswirtschaftliche und die statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank haben wie immer den Sachverständigenrat bei seinen Arbeiten in großzügiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten und ihm bei der Materialbeschaffung wertvolle Hilfe geleistet.

Unterstützung bei der Beschaffung von Informationen und statistischem Material hat der Sachverständigenrat auch durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaft und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gefunden.

10. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Wie wenn dies selbstverständlich wäre, haben sich viele Mitarbeiter des Amtes in weit über das Normale hinausgehendem Maße für die Aufgaben des Rates eingesetzt. Dies gilt besonders für die Angehörigen der Verbindungsstelle zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Sachverständigenrat. Außer dem Leiter Herrn Ltd. Regierungsdirektor Ulrich Maurer und dessen Stellvertreter Herrn Oberregierungsrat Wolfgang Glöckler haben als ständige Mitarbeiter Frau Edith Schnürer, Frau Ursula Wildeman, Herr Friedrich Egli, Herr Peter Leonhardt und Herr Karl Seewald den Rat mit unerschöpflicher Geduld unterstützt. Allen Beteiligten zu danken ist dem Rat ein besonderes Anliegen.

11. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner Mitarbeiter nicht erstellen können. Dem wissenschaftlichen Stab des Rates gehörten beim Abschluß dieses Gutachtens an: Diplom-Volkswirt Roswitha Beck, Dr. Ute Geipel, Dr. Hans Jäckel, Diplom-Volkswirt Cornelia Meurer, Dr. Jürgen Pfister, Dr. Rolf Schneider, Diplom-Volkswirt Gerhard Ziebarth.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Ernst-Moritz Lipp, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, den 21. November 1983

Ernst Helmstädter Hans-Jürgen Krupp Kurt Schmidt Hans Karl Schneider Olaf Sievert

Inhalt

	Seite
Eine kürzere Fassung	1
Erstes Kapitel: Die wirtschaftliche Lage	21
<i>Teil A: Der internationale Rahmen</i>	21
I. Weltwirtschaft noch labil	21
II. Internationale Finanzmärkte — Spiegel weltwirtschaftlicher Probleme	23
Hohe Zinsen in der Welt	23
Die Verschuldungskrise	26
Billigeres Öl, teurer Dollar	31
III. Konjunktur in den westlichen Industrieländern uneinheitlich	33
Vereinigte Staaten: Vorreiter der Belebung	33
Konjunktur in Europa: Weiterhin ohne Schwung	36
IV. Europäische Gemeinschaft: Lähmende Interessenkonflikte	43
<i>Teil B: Die Binnenkonjunktur 1983</i>	46
I. Überblick	46
II. Stärkere Auftriebskräfte im Innern ohne Antrieb von außen	48
Konjunkturstütze privater Verbrauch	54
Später Anstieg der Exporte	55
Staatliche Nachfrage im Zeichen weiterer Konsolidierung	57
Belebung der Produktion	58
Anhaltend schwaches Wachstum des Produktionspotentials	61
III. Erste Anzeichen einer Belebung am Arbeitsmarkt	63
Beschäftigungsrückgang zum Stillstand gekommen	63
Neue Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt	69
Arbeitsmarktpolitik in den vergangenen beiden Jahren	73
IV. Zur Entwicklung der Arbeitszeit	74
Das Regelwerk der Arbeitszeit	74
Die Entwicklung in den fünfziger und sechziger Jahren	75
Die Entwicklung seit 1970	76
V. Fortschritte bei der Preisstabilisierung	78
VI. Höhere Gewinne	84
Exkurs: Zur Bedeutung der Personalnebenkosten	91
VII. Nahe dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht	95
Hohe Außenhandelsüberschüsse wegen günstiger Preisverhältnisse	95
Entlastung durch geringere Defizite im Dienstleistungsverkehr ..	98
Kapitalabflüsse bei hohem Dollarkurs	99
VIII. Geldpolitik: Unterstützung für einen Aufschwung	102
Expansion der Zentralbankgeldmenge über das Ziel hinaus	102
Aufgeschobene Korrektur	107
Monetäre Expansion: Anpassung an ein vermehrtes Geldangebot ..	109
Kreditmärkte im Zeichen der Konsolidierung	110
Hohe Zinsen in der Bundesrepublik	114

	Seite
IX. Finanzpolitik: Fortgang der Konsolidierung	117
Ausgabenexpansion gebremst	117
Subventionen weiter angestiegen	126
Steuerquote unverändert	126
Entlastungen für die Unternehmen — Belastungen bei den privaten Haushalten	128
Zur Entwicklung der Abgabenbelastung	128
Weitere Verminderung des strukturellen Defizits	131
Niedrigere konjunkturelle Impulse	133
Ausblick: Ausgabenkürzungen, Beitragserhöhungen und Steuererleichterungen	137
Zweites Kapitel: Die voraussichtliche Entwicklung	140
I. Die Ausgangslage Ende 1983	140
II. Die Weltkonjunktur im Jahre 1984	141
III. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur	144
Eine Alternativrechnung	150
Drittes Kapitel: Gegen Gewöhnung an hohe Arbeitslosigkeit	152
I. Ziele und Wirklichkeit	152
Gegen Nachfragepessimismus	153
II. Die Welt in Konsolidierungsnöten	156
III. Grundlinien der Wirtschaftspolitik für 1984 und danach	167
Zum Handlungsbedarf	167
Zu den Hauptaufgaben	171
IV. Zu den Politikbereichen im einzelnen	185
Finanzpolitik	185
Weiterhin konsolidieren	185
Weniger subventionieren	190
Richtig privatisieren	191
Steuern korrigieren	193
Substitution der Gewerbesteuer	194
Revision des Einkommensteuertarifs	196
Geldpolitik	200
Lohnpolitik	205
Die Diskussion um die Arbeitszeit versachlichen	206
Arten von Arbeitszeitregelungen	207
Begründungen für die Arbeitszeitverkürzung	208
Kosten und Erträge der Arbeitszeitverkürzung	210
Arbeitszeitverkürzung, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit	215
Arbeitszeitverkürzung und öffentliche Haushalte	215
V. Zur Reform der sozialen Sicherung	216
Anpassungsfähigkeit des Systems an veränderte Wachstumsbedingungen	217
Rückwirkungen des Systems auf Leistungsverhalten und Lastenexpansion	219
Alterssicherung bei steigender Alterslast	220
Anpassung der Sozialsysteme an das geänderte Erwerbsverhalten	222
Stärkung von Wettbewerbselementen im Gesundheitswesen	222

	Seite
Viertes Kapitel: Steuerungsfehler im Marktprozeß	226
I. Umweltschutzpolitik: Mehr Ökonomie beim Schutz der Umwelt	226
II. Stahlindustrie: Subventionswettlauf beenden	229
III. Kohlepolitik: Gleiche Sicherheit bei geringeren Kosten	233
IV. Hindernisse bei der Beschaffung von Risikokapital	238
V. Wohnungspolitik: Weniger ausgeben, mehr erreichen	242
VI. Agrarpolitik: Teure Überschüsse	247

Anhang

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	257
II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	259
III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates	260
IV. Methodische Erläuterungen	261
V. Statistischer Anhang	269

Verzeichnis der Schaubilder

	Seite		Seite
1 Entwicklung des Außenwertes ausgewählter Währungen	32	20 Zur Preisentwicklung	80
2 Produktion und Arbeitsmarkt in ausgewählten Ländern	34	21 Zur Entwicklung der Verbraucherpreise ..	81
3 Zur Außenhandelsituation ausgewählter Länder	42	22 Struktur der Verbraucherpreise auf mittlere Sicht	84
4 Zur Gewinnentwicklung im verarbeitenden Gewerbe	50	23 Zur Struktur der Einkommen der Arbeitnehmer und der Personalkosten der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe ..	94
5 Eigene Finanzierungsmittel und Bruttoinvestitionen	51	24 Zur Entwicklung des Außenhandels	95
6 Investitionsgüternachfrage	53	25 Entwicklung der Marktanteile deutscher Exporteure	98
7 Einkommen und Geldvermögen der privaten Haushalte	54	26 Leistungsbilanz	99
8 Zum Ausgabeverhalten der privaten Haushalte	55	27 Kapitalverkehr der Bundesrepublik mit dem Ausland	100
9 Zur Exportentwicklung	56	28 Bereinigte Zentralbankgeldmenge	103
10 Die Verwendung des Sozialprodukts im Konjunkturverlauf	58	29 Zur Zielvorgabe der Bundesbank	104
11 Produktion im verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe	59	30 Zur Entwicklung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes	106
12 Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential	61	31 Geldmarktoperationen und Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank	109
13 Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe	62	32 Zur Entwicklung des Geldvolumens	109
14 Arbeitsproduktivität in der Gesamtwirtschaft und im verarbeitenden Gewerbe ..	62	33 Kredite an inländische Nichtbanken	111
15 Zur Lage auf dem Arbeitsmarkt	64	34 Absatz festverzinslicher Wertpapiere	112
16 Entwicklung der Erwerbstätigkeit	65	35 Zur Entwicklung des Kapitalmarktzinses	115
17 Arbeitslose und offene Stellen nach Berufsgruppen	66	36 Durchschnittliche und zusätzliche Belastung der Einkommen für ausgewählte Haushaltstypen	130
18 Die Lage am Arbeitsmarkt	67	37 Belastung mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen	131
19 Weltmarktpreise ausgewählter Erzeugnisse	79	38 Sozialprodukt und wichtige Komponenten	144
		39 Zur Entwicklung des Staatsdefizits	188
		40 Finanzhilfen im Kohlebereich 1979 bis 1983	235

Verzeichnis der Tabellen im Text

	Seite		Seite
1 Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder ..	21	20 Rentenniveau	89
2 Zur Entwicklung der Lohnstückkosten und der Reallohnposition in wichtigen Industrieländern	22	21 Zur Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte	90
3 Zur internationalen Entwicklung der Zinssätze	25	22 Personalkosten im verarbeitenden Gewerbe	92
4 Entwicklung der Auslandsschulden der 21 größten Schuldnerländer	27	23 Wichtige Posten der Zahlungsbilanz	96
5 Leistungsbilanzsalden einiger hoch verschuldeter Länder	29	24 Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge	105
6 Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz ausgewählter Länder	30	25 Maßnahmen der Deutschen Bundesbank	108
7 Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland	37	26 Emission und Erwerb von Wertpapieren ..	113
8 Zum Europäischen Währungssystem	45	27 Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	118
9 Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse	48	28 Finanzpolitisch wichtige Ereignisse	120
10 Die Entwicklung am Arbeitsmarkt	68	29 Das Aufkommen wichtiger Einzelsteuern ..	127
11 Zur Struktur der Zugänge und Abgänge an Arbeitslosen	70	30 Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht	134
12 Zur Struktur der Arbeitslosigkeit	71	31 Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte	136
13 Angebotene und nachgefragte Ausbildungsplätze	72	32 Finanzielle Auswirkungen wichtiger finanzpolitischer Maßnahmen in den Jahren 1982 bis 1985	138
14 Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	73	33 Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern ..	143
15 Jährliche Arbeitszeit je beschäftigten Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft	75	34 Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	146
16 Entwicklung der Wohnungsmieten	82	35 Einnahmen und Ausgaben des Staates ..	151
17 Verteilung des Volkseinkommens	85	36 Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte 1984 ..	186
18 Zur Entwicklung der Lohnquote	87	37 Die öffentlichen Haushalte 1984 in konjunktureller Sicht	187
19 Zur Entwicklung der Reallohnposition ...	88	38 Ausgaben und Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung	223

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

	Seite		Seite
1* Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern	275	20* Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	302
2* Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in wichtigen Industrieländern	276	21* Verteilung des Volkseinkommens	304
3* Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern	277	22* Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	305
4* Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in den wichtigsten Industrieländern	278	23* Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten	306
5* Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern	279	24* Produktivität und Lohnkosten nach Wirtschaftsbereichen	307
6* Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern	280	25* Verwendung des Sozialprodukts	308
7* Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern	281	26* Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Sozialprodukts	312
8* Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern	282	27* Bruttoinvestitionen	314
9* Außenhandel in wichtigen Industrieländern	283	28* Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	316
10* Wechselkurse	285	29* Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte	318
11* Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	286	30* Käufe der privaten Haushalte im Inland	320
12* Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	288	31* Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft und zur übrigen Welt	321
13* Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern	290	32* Einnahmen und Ausgaben des Staates ..	324
14* Energieerzeugung in ausgewählten Ländern	291	33* Vermögensbildung und ihre Finanzierung	326
15* Energieverbrauch im internationalen Vergleich	292	34* Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	328
16* Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	294	35* Kassenmäßige Steuereinnahmen	330
17* Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen	295	36* Verschuldung der öffentlichen Haushalte	331
18* Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	296	37* Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	332
19* Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	298	38* Zahlungsmittelbestände und Kredite	334
		39* Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	335
		40* Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe	338
		41* Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	340

	Seite		Seite
42* Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe	343	58* Wareneinfuhr nach Ländergruppen	363
43* Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	344	59* Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	364
44* Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	346	60* Index der Grundstoffpreise	365
45* Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	347	61* Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	366
46* Baugenehmigungen	348	62* Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	367
47* Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ..	349	63* Index der Ausfuhrpreise	368
48* Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe ..	351	64* Index der Einfuhrpreise	369
49* Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe	352	65* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Bedarfsgruppen	370
50* Einzelhandelsumsatz	353	66* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Hauptgruppen	371
51* Zahlungsbilanz	354	67* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach Hauptgruppen ..	372
52* Kapitalverkehr mit dem Ausland	356	68* Preisindex für die Lebenshaltung nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung und nach Haushaltstypen	373
53* Außenhandel, tatsächliche Werte, Volumina und Durchschnittswerte	358	69* Löhne und Gehälter	374
54* Ausfuhr und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik	359	70* Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	375
55* Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	360	71* Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	376
56* Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	361	72* Energieverbrauch nach Bereichen	377
57* Warenausfuhr nach Ländergruppen	362	73* Entwicklung im Mineralölbereich	378

Statistische Materialquellen — Abkürzungen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

AFG	=	Arbeitsförderungsgesetz
BA	=	Bundesanstalt für Arbeit
BMA	=	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMBW	=	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
BMF	=	Bundesministerium der Finanzen
BML	=	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMWi	=	Bundesministerium für Wirtschaft
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EG	=	Europäische Gemeinschaften, Brüssel/Luxemburg
EGKS	=	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ERP	=	Marshallplan
ESVG	=	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EWS	=	Europäisches Währungssystem
FE	=	Forschung und Entwicklung
HWWA	=	HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
IAB	=	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IFW	=	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
IAO/ILO	=	Internationale Arbeitsorganisation, Genf
IWF/IMF	=	Internationaler Währungsfonds, Washington
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
OECD	=	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris
Öffa	=	Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG
OPEC	=	Organisation erdölexportierender Länder, Wien
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
SAEG	=	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg/Brüssel
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SZR	=	Sonderziehungsrechte
UN	=	Vereinte Nationen, New York
WSI	=	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

Zeichenerklärung

- = nichts
- 0 = weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
- .
- ... = kein Nachweis
- ... = Angaben fallen später an
- oder | = der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
- × = Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Eine kürzere Fassung

Der internationale Rahmen

1*. Im Jahr 1983 hat die Konjunktur in einigen großen Industrieländern Tritt gefaßt. In der Mehrzahl der Länder blieb aber eine Belebung der Wirtschaft ein weiteres Jahr aus. Die Investitionsschwäche hielt an. Die Anzahl der Arbeitslosen nahm abermals zu, wenngleich nicht mehr so stark wie in der Zeit davor. Zuletzt waren in den westlichen Industrieländern über 34 Millionen Menschen ohne Arbeit; fast jeder elfte Arbeitnehmer hatte keine Beschäftigung.

2*. Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit wirken noch nach. Die Strukturkrise und die rezessiven Auswirkungen der Inflationsbekämpfung kamen hinzu. Das machte es den einzelnen Ländern schwer, aus der Stagnation herauszufinden. Es mangelt an Flexibilität und Dynamik.

Immerhin zeigten sich im vergangenen Jahr erste Erfolge auf dem Weg zu mehr Stabilität. Der Anstieg der Verbraucherpreise war 1982 in den westlichen Industrieländern nur noch etwa halb so hoch wie 1980. Im laufenden Jahr ist er auf weniger als 6 vH zurückgegangen. Besonders stark schlug die Ölpreissenkung um knapp 15 vH zu Buche. Die Produktionskosten sanken, die Kaufkraft der Einkommen stieg, die Leistungsbilanzdefizite der Ölimportländer schrumpften: Die Rahmenbedingungen für eine weltwirtschaftliche Erholung verbesserten sich. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Ölpreise, vergleicht man sie mit den Preisen, die Industrieländer für ihre Exporte erzielen, immer noch um rund 70 vH höher sind als vor dem zweiten Ölpreisschub im Jahre 1979.

3*. Die Lohnsteigerungen haben sich im Verlauf der lang anhaltenden Stagnationsphase ebenfalls zurückgebildet. Zusammen mit fortdauernden Anstrengungen der Unternehmen, den Kostendruck durch Rationalisierung abzufangen, hat dies eine Abflachung im Anstieg der Lohnstückkosten bewirkt, die noch ausgeprägter war als die Dämpfung des Preisauftriebs. Auch von daher ist inzwischen Raum für eine Verbesserung der gedrückten Unternehmenserträge gegeben.

4*. Stiegen auch die Einkommen nur noch wenig, so entzog doch der geringere Geldwertschwund den Haushalten weniger Kaufkraft. Und bei diesem positiven Effekt der Inflationsbekämpfung blieb es nicht allein. Auch die Zinsen gaben nach. In den meisten Ländern nahmen die Konsumausgaben stärker zu als die laufenden Einkommen. So wurde der private Verbrauch zur Stütze der Konjunktur.

5*. In einer Reihe von Ländern hatte die Abflachung des Preisanstiegs im Verlauf des Jahres 1982 eine Lockerung der restriktiven Geldpolitik erlaubt.

Die Finanzpolitik war, außer in den Vereinigten Staaten und in Kanada, um die Senkung der Staatsdefizite bemüht. In einigen Ländern wurde dieser Kurs erst 1983 mit Entschiedenheit aufgenommen. Die Zinsen sanken zwischen dem Herbst 1982 und dem Frühjahr 1983 deutlich; gemessen an dem Rückgang der Inflationsrate blieben sie freilich ungewöhnlich hoch. Im weiteren Verlauf des Jahres haben sie überdies zeitweilig wieder etwas angezogen.

6*. Die Investitionstätigkeit ist in den meisten Ländern schwach geblieben. Die Unsicherheiten im Exportgeschäft, Ausdruck der labilen weltwirtschaftlichen Lage, haben offenbar die Erwartung auf bessere Absatzchancen beeinträchtigt. Und trotz der Verbesserung beim realen Kostenniveau sind die Chancen für rentable Produktion weithin noch nicht gut. Die unter diesen Bedingungen mit einiger Sicherheit zu erzielenden Investitionserträge blieben vielerorts niedriger als der Aufwand für die Finanzierung von Investitionen.

7*. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Jahres 1983 sind auch Folge der Überschuldung vieler Länder, vor allem vieler Entwicklungsländer. Zu sorglos hatten diese nach dem ersten Ölpreisschub mit den Auslandskrediten ehrgeizige und teure Projekte finanziert, zu wenig hatten sie darauf geachtet, daß die mit diesen Krediten finanzierten Investitionen die nötigen Devisen zur Bedienung der Auslandsschuld erwirtschafteten. So waren diese Länder in hohem Maße anfällig geworden gegenüber weltwirtschaftlichen Bedingungen, wie sie Anfang der 80er Jahre eintraten, einer rückläufigen Nachfrage nach ihren Produkten, hohen Zinsen und eines hohen Dollar. In den Industrieländern waren staatliche und private Kreditgeber zu leichtfertig davon ausgegangen, daß diese Länder die hohe und steigende Verschuldung auch bedienen können. Das vergangene Jahr brachte um so unvermittelter ans Licht, daß eine Reihe von Ländern an der Grenze ihrer Kreditfähigkeit angelangt war und manche sie gar überschritten hatten. Diese haben ihre Importe teilweise stark gedrosselt. In den Industrieländern wiederum trug dies zur Verzögerung der wirtschaftlichen Erholung bei. Die Furcht vor einer offenen internationalen Finanzkrise belastet noch immer die Kreditmärkte. So ist die Weltwirtschaft trotz der allenthalben — in den Industrieländern wie in den Entwicklungsländern — in Gang gekommenen Anpassungsprozesse noch immer in keinem guten Zustand.

8*. Die Überschuldung zahlreicher Entwicklungsländer ist nur die eine Seite, freilich die am meisten beunruhigende Seite der Probleme an den internationalen Finanzmärkten; die andere ist der Konsolidierungsbedarf, der sich in den Industrieländern aufgestaut hat. Weltweit sind die Zinsen höher ge-

blieben, als es eigentlich zu dem kräftigen Rückgang der Inflationsraten gepaßt hätte. Daß dies auch, und gerade, in den Vereinigten Staaten so ist, hat für die Situation in der Welt besondere Bedeutung, zumal der Dollar weiter an Wert gewann. Den Entwicklungsländern macht dies die Schuldenlast noch schwerer und den Industrieländern macht es die Anpassung teuer. Vielfach fragen sich Kreditgeber, ob sie nicht gutes Geld schlechtem nachwerfen, ohne daß sie doch anders können.

9* Daß die Zinsen weltweit hoch sind, ist sodann Ausdruck der Risiken, die aus der übergroßen Verschuldung vieler Länder erwachsen. Internationale Kapitalgeber gewähren Kredite nur zu entsprechend hohen Zinsen. Was aus der Sicht der Gläubiger auf dem Spiel steht, wird exemplarisch daran deutlich, daß die größten neun amerikanischen Banken Kredite in Höhe von nahezu dem Dreifachen ihres Eigenkapitals an Entwicklungsländer und an Staaten Osteuropas gegeben haben. Bedenkt man, daß ein großer Teil der gewährten Kredite, auch solcher aus dem Umschuldungsabkommen, ausläuft, und immer mehr Zinsen fällig werden, bevor die eingeleiteten Anpassungsprozesse in größerem Umfang Frucht tragen können, daß also immer noch mehr Schulden gemacht werden müssen, um die alten Schulden zu bedienen, so besteht zu Recht Besorgnis. Das damit verbundene einzelwirtschaftliche Risikokalkül der Anleger erklärt unterschiedliche Aufschläge für unterschiedlich gute Schuldner — Länder und Unternehmen. Da aber die Fähigkeit der Banken, neue Risiken einzugehen, insgesamt geringer geworden ist, kann ein höherer Zins für alle Kreditnehmer die Folge sein. Aber auch das ist nur ein Teil der Erklärung. Nachfrageseitig hält der hohe Kreditbedarf in der Welt die Zinsen hoch. Er ist weniger Reflex einer hohen Kreditnachfrage im Zusammenhang mit entsprechend vielen rentablen Investitionen in der Welt — ein aus solchen Gründen hoher Zins wäre unbedenklich —, als vielmehr Folge immer noch hoher Staatsdefizite und einer nicht ausreichend produktiven Kapitalverwendung. Auch der hohe Kreditbedarf der überschuldeten Länder wird sich vorläufig nicht auf das reduzieren, was diese Länder an zukunftssträchtigen Projekten anzubieten haben. Aufgrund all dessen sind die Zinsen nicht nur hoch im zeitlichen Vergleich, sondern vor allem hoch im Verhältnis zur Rentabilität von Investitionen, die wegen der hohen Zinsen ausfallen. Als Erklärung für die hohen Zinsforderungen in der Welt kommt hinzu, daß die insgesamt ungünstige Situation auf den Erwartungen für die Zukunft lastet.

10* Neben den amerikanischen Zinsen und nicht unabhängig von ihnen hat sich die Verteuerung des Dollar im ganzen ungünstig auf die Weltwirtschaft ausgewirkt. Sie ging weit über das hinaus, was dem Gewinn an Stabilität für den Binnenwert des Dollar — verglichen mit anderen Währungen — entsprechen hätte. Die Auswirkungen bestehen aus einem Gemisch von Vorteil und Nachteil für die Länder außerhalb Amerikas. Für alle Länder erhöhte der starke Dollar den Zwang zu geld- und finanzpolitischer Disziplin, verteuerte die Einfuhr aus den Ver-

einigten Staaten und erleichterte die Ausfuhr nach dort. Positive Vermögenswirkungen verzeichnen diejenigen, die Nettogläubiger von Forderungen sind, die auf Dollar lauten. Schwerwiegende negative Folgen hingegen hatte die Dollarstärke vor allem für die hoch verschuldeten Länder. Deren Schulden lauten vorwiegend auf Dollar. Durch dessen Aufwertung ist für sie die Schuldenlast erheblich schwerer und der Zinsendienst teurer geworden. Da sie ihre Exportgüter zumeist in Dollar verkaufen, sieht es zwar auf den ersten Blick so aus, als ob sie als Exporteure von der Aufwertung des Dollar ebenso profitieren, wie sie beim Schuldendienst belastet werden, ja sogar einen Vorteilsüberschuß haben, da die Exporterlöse, von Ausnahmen abgesehen, stärker zu Buche schlagen als der Schuldendienst. Dem ist aber nicht so. Die von Angebot und Nachfrage bestimmten Weltmarktpreise in Dollar sinken, wenn der Dollarkurs steigt; der Dollar ist hier in erster Linie Recheneinheit, Wertmaßstab. Ändert sich der Wertmaßstab, so ändern sich die in diesem Maßstab ausgedrückten Preise. Die übrigen Einflüsse auf diese Preise verstellen nur meist den Blick für diesen Zusammenhang.

11* Die Schwierigkeiten zahlreicher Staaten in Süd und Ost und die Unsicherheit an den internationalen Finanzmärkten hemmten die konjunkturelle Erholung in den westlichen Industrieländern. In den ungünstigen weltwirtschaftlichen Bedingungen spiegelt sich freilich auch zu einem guten Teil die unbefriedigende wirtschaftliche Verfassung, in der sich viele Industrieländer noch immer befinden. Der Abbau der strukturellen Haushaltsdefizite ist zwar eingeleitet, aber nur in wenigen Fällen ist er schon ein gutes Stück vorangekommen; das belastet das wirtschaftliche Klima. Der Rückgang der Zinsen reichte in den meisten Ländern zwar aus, die Verbraucher zu einem Nachholen von Käufen zu veranlassen, die sie während der Phase noch höherer Zinsen aufgeschoben hatten, und er reichte auch aus, mehr und mehr private Bauherren aus der Reserve zu locken. Zu einer Belebung der Unternehmensinvestitionen ist es hingegen in vielen Ländern noch nicht gekommen. Die Ertragserwartungen passen bei den gegebenen Risiken offenbar noch immer nicht zu den Zinsen, die Investitionen kosten.

12* Die konjunkturelle Belebung geht gegenwärtig von einigen großen Ländern aus. Die meiste Fahrt hat die Konjunktur in den Vereinigten Staaten und auch in Kanada gewonnen. In Japan kam es nach einer Stockung, die von Mitte 1982 bis ins Frühjahr 1983 reichte, ebenfalls zu einer Aufwärtsentwicklung. In Großbritannien, das bereits Mitte 1981 den Tiefpunkt seiner schweren Rezession erreicht hatte, zeigte sich schon 1982, früher als in anderen Industrieländern, eine Erholung, die sich im Laufe des Jahres 1983 jedoch nicht weiter verstärkte. Die Bundesrepublik schließlich war das einzige größere Land unter den westlichen Industriestaaten, in dem es bereits zu Jahresanfang zu einer Belebung der Investitionstätigkeit kam. In der überwiegenden Zahl der anderen europäischen Länder war die gesamtwirtschaftliche Produktion 1983 kaum größer als im Vorjahr.

13*. In der Europäischen Gemeinschaft beherrschten in diesem Jahr die Haushaltsprobleme einen großen Teil des Geschehens. Die Ausgaben der Gemeinschaft sind bei den geltenden Regelungen an den Grenzen der Finanzierbarkeit angelangt. Als Lösungsmöglichkeiten werden, insbesondere im Agrarsektor, unverhohlen mehr Dirigismus im Innern und mehr Abwehrmaßnahmen nach außen propagiert. Die Aufnahme Spaniens und Portugals in die Gemeinschaft hat sich verzögert. Im Bereich der Währungspolitik blieb es vergleichsweise ruhig, nachdem im März mit viel Mühe Einigkeit über eine erneute Änderung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem erzielt worden war.

Die Binnenkonjunktur 1983

14*. In der Bundesrepublik hat die Wirtschaft 1983 ein Stück des Weges aus der Talsohle zurückgelegt. Die Produktion stieg wieder an, wenngleich nicht in beständigem Tempo. Das hat sich am Arbeitsmarkt schon bemerkbar gemacht. Vom Sommer an hat die Arbeitslosigkeit konjunkturell nicht mehr zugenommen. Wegen des Anstiegs zuvor war die Anzahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt mit 2,3 Millionen gleichwohl noch einmal deutlich höher als im Jahre 1982. Die Anzahl der Kurzarbeiter ist aber stark zurückgegangen; hier zeigt sich Mehrbeschäftigung zuerst. Die Inflation ist eingedämmt, wenn auch noch nicht überwunden. Die unerwartet starke Senkung der Inflationsrate hat für die Umkehr zum Besseren eine zentrale Rolle gespielt — über den günstigen Einfluß auf die Entwicklung der Kaufkraft des Geldes. Der Überschuß in der Leistungsbilanz dürfte mit 10 Mrd DM trotz niedrigerer Ausfuhrmengen noch etwas höher ausfallen als im vergangenen Jahr. Im Kapitalverkehr kam es erneut zu hohen Abflüssen langfristiger Mittel. Die D-Mark tendierte gegenüber dem Dollar das ganze Jahr über eher zur Schwäche. So blieb es bei dem engen Verbund mit den amerikanischen Zinsen.

15*. Dieses Gesamturteil zur wirtschaftlichen Lage wirft indessen Fragen auf.

- Inwieweit haben konstitutionelle Schwächen an Bedeutung verloren?
- Wie konnte sich die wirtschaftliche Erholung ohne Antrieb von außen durchsetzen?
- Wieviel an Anstößen war von seiten der Wirtschaftspolitik im Spiel und wie sind im nachhinein die Auswirkungen des staatlichen Konsolidierungskurses zu sehen?
- Ist die Belebung dieses Jahres Ausdruck des zufälligen Zusammentreffens zeitweiliger positiver Einflüsse?

16*. Der Pessimismus auf seiten der Unternehmen ist allmählich gewichen. Dazu hat vieles beigetragen. Auf den Inlandsmärkten sind die Absatzmöglichkeiten besser geworden, dasselbe gilt, freilich erst seit dem Sommer, für die Auslandsmärkte.

Der Kostenauftrieb ist zum Stillstand gekommen, und es gab wieder höhere Erträge.

Von den Lohnabschlüssen her war Raum für eine Korrektur des realen Kostenniveaus gegeben. Zu einem nennenswerten Teil haben sich die Unternehmen allerdings noch einmal durch den Abbau der Beschäftigung von Arbeitskosten entlastet. Die gesamten Stückkosten der Unternehmen waren erstmals seit langem nicht höher als im Vorjahr. So kam es zu einer weiteren Verbesserung im Verhältnis von Kosten und Preisen, obgleich die Preise weit weniger angehoben wurden als 1982. Bezogen auf den Wert aller abgesetzten und auf Lager genommenen Güter haben sich die Gewinne der Unternehmen in den Jahren 1982 und 1983 soweit verbessert, daß schätzungsweise zwei Drittel des davorliegenden Einbruchs wettgemacht werden konnten. Die eigenen Mittel der Unternehmen reichten aus, höhere Investitionen als im vergangenen Jahr nahezu vollständig zu finanzieren. Importierte Vorleistungen und die Beschaffung von Kapital waren billiger als 1982 (Ziffern 58 ff.).

So wurde mehr investiert als im Vorjahr, die Läger wurden aufgestockt und die Anbieter reagierten im allgemeinen auf höhere Aufträge ohne langes Zögern mit einer Ausweitung der Produktion. Die Angebotsneigung ist größer geworden.

17*. Eine wichtige Stütze erwuchs der Wirtschaft aus dem veränderten Verhalten der Konsumenten. Die Ausgabeneigung der privaten Haushalte hat sich wesentlich stärker gekräftigt als erwartet. Daß im Umfang von 6 Mrd DM mehr Güter und Dienstleistungen gekauft wurden, ist insoweit überraschend, als die Einkommen von beschäftigten und arbeitslosen Arbeitnehmern nach Abzug von Steuern und Abgaben der Kaufkraft nach sanken. Für diejenigen, die Einkommen vom Staat in Form von Renten und anderen Unterstützungszahlungen beziehen, galt das trotz einer Reihe von Kürzungsmaßnahmen nur in geringem Maße. Um ihre Kaufpläne nicht einschränken zu müssen, waren die Verbraucher offenbar bereit, außer dem laufenden Einkommen auch einen Teil der angesammelten Ersparnisse für den Kauf von Konsumgütern auszugeben, insbesondere für dauerhafte Gebrauchsgüter mit Investitionscharakter, oder sich dafür zu Lasten künftiger Einkommen zu verschulden. In diese Richtung wirkten wohl auch die Wertsteigerungen vieler Vermögensanlagen, in denen das Mehr an Zuversicht greifbar wurde (Ziffern 69 ff.).

18*. Die Ausfuhr hat sich unerwartet spät belebt. Ende vergangenen Jahres sah man es schon als Lichtblick an, daß die Aufträge aus dem Ausland und die Lieferungen dorthin nicht weiter sanken. Monat um Monat verging dann aber, ehe im Sommer Anzeichen einer Wiederbelebung sichtbar wurden. Bis dahin überwog der Nachfragerückgang auf wichtigen Absatzmärkten, so in Frankreich, Italien und im OPEC-Raum, die Belebung der Nachfrage in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und in Japan (Ziffern 73 ff.).

Aber gegenüber dem Einfluß der positiven Faktoren blieb das Warten auf höhere Ausfuhr ohne

durchschlagende negative Wirkung auf die Unternehmen und privaten Haushalte. Man muß dabei im Blick behalten, daß die Exporte noch bis in das Jahr 1982 hinein kräftig gestiegen waren und damals den Rückgang der Binnennachfrage ausgeglichen hatten. Zur Rezession war es im vergangenen Jahr erst gekommen, als die Ausfuhr sanken, ausgehend freilich von dem zuvor erreichten hohen Niveau, und die Investitionsneigung schwächer und schwächer wurde. Die Stellung deutscher Exporteure an den Weltmärkten blieb gleichwohl günstig; das zeigt der Anteil am Welthandelsvolumen.

19*. Die Bundesbank hatte sich für das Jahr 1983 vorgenommen, durch eine mäßig expansive Politik die konjunkturelle Belebung zu unterstützen, die sich um die Jahreswende abzeichnete. Bis zum Frühjahr räumte sie der Zinssenkung am Geldmarkt Vorrang ein. Das Überschreiten der Zielvorstellung für die Zentralbankgeldmenge, das damit verbunden war, nahm sie in Kauf. Die außenwirtschaftlichen Grenzen dieser Politik erwiesen sich freilich als eng. Die erwünschte Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar blieb erneut aus; stattdessen ist hier ein weiterer kräftiger Wertverlust eingetreten. Noch immer hohe und zeitweise wieder steigende Zinsen in den Vereinigten Staaten trugen zu weiteren umfangreichen Abflüssen langfristigen Kapitals aus der Bundesrepublik bei. Der Versuch der Bundesbank auf ein weiteres Sinken der Zinsen für Bankkredite und am Kapitalmarkt hinzuwirken, konnte unter diesen Bedingungen nicht erfolgreich sein. Die Zinssenkung im Inland geriet schon im Frühjahr ins Stocken und wurde vorübergehend wieder von einem Zinsanstieg abgelöst, obwohl von der aktuellen Preisentwicklung her ein weiterer Rückgang angelegt war. Ein Fortgang der Zinssenkung in der Bundesrepublik hätte eine noch weitergehende Abkopplung von ausländischen Zinsen bedeutet. Auf kurze Sicht kann die Geldpolitik hierzu keinen verlässlichen Beitrag leisten und auf längere Sicht zumindest eine expansive nicht (Ziffern 192 ff.).

Hierzu gibt es im Sachverständigenrat eine abweichende Meinung (Ziffern 346, 419).

20*. Bund, Länder und Gemeinden haben 1983 die im vergangenen Jahr eingeleiteten Konsolidierungsanstrengungen fortgesetzt. Wie im Vorjahr ist dies größtenteils über eine mäßige Expansion der Staatsausgaben erreicht worden. Die konjunkturellen Belastungen haben ihren Höhepunkt überschritten. Der Finanzierungssaldo im öffentlichen Gesamthaushalt ist 1982 und 1983 insgesamt um rund 13 Mrd DM zurückgegangen. Das strukturelle Defizit hat im gleichen Zeitraum um sehr viel mehr abgenommen (Ziffern 216 ff.).

Erstmals seit vielen Jahren ist es gelungen, den Anstieg der staatlichen Ausgaben, die konsumtiven Zwecken dienen, deutlich zu verringern. Freilich wurde kein Spielraum geschaffen, eine abermalige starke Einschränkung der öffentlichen Sachinvestitionen zu verhindern. Diese schrumpfen nun schon im dritten Jahr. Für die Investitionen von Unternehmen und für den privaten Wohnungsbau hat es

eine Reihe kurzfristig wirksamer finanzieller Hilfen gegeben. Zu den Enttäuschungen gehört, daß noch kein Weg gefunden ist, die Subventionen in ihrer Gesamtheit zurückzuführen. Vielfältig waren die steuerlichen Änderungen. Die Unternehmen sind durch eine Reihe von Steuerrechtsänderungen weiter entlastet worden. Für die besser verdienenden Arbeitnehmer hat die Investitionshilfeabgabe, aus deren Aufkommen wohnungsbaupolitische Maßnahmen finanziert werden, zusätzliche Belastungen gebracht. Außerdem wurden die Mehrwertsteuersätze zur Jahresmitte angehoben. Erhöht haben sich auch die Beitragssätze zur Sozialversicherung.

21*. Die wirtschaftliche Belebung dieses Jahres hat schon früh am Arbeitsmarkt Wirkungen gezeigt. Gleichwohl war die Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt beträchtlich niedriger als 1982, nämlich um 450 000. Erst in der zweiten Jahreshälfte fanden wieder annähernd so viele Arbeitnehmer Beschäftigung, wie an anderer Stelle entlassen wurden. Die Anzahl der Arbeitslosen nahm gegenüber 1982 noch etwas mehr zu, als die Anzahl der Beschäftigten abnahm. Der Unterschied war aber geringer als zumeist befürchtet. Seit August steigt auch die Anzahl der Arbeitslosen nicht mehr (Ziffern 92 ff.).

22*. Es hat sich gezeigt, daß es zu einem konjunkturellen Umschwung kommen kann, auch wenn der Staat auf der einen Seite seine Ausgaben mit dem Ziel, die strukturellen Defizite zu vermindern, einschränkt und finanzielle Ungleichgewichte in den Sozialhaushalten durch Ausgabenkürzungen und Erhöhungen von Sozialbeiträgen abzubauen sucht, auf der anderen Seite aber durch steuerliche und andere Anreize die Investitionstätigkeit zu beleben trachtet.

Zu diesem Thema gibt es im Sachverständigenrat eine abweichende Meinung: Ein anderes Verhalten des Staates hätte die konjunkturelle Entwicklung günstiger beeinflussen können (Ziffer 336).

Ihren Antrieb hat die wirtschaftliche Entwicklung aus dem geänderten Verhalten von Investoren und Konsumenten bezogen, nicht wie früher zunächst aus einer Belebung der Auslandsnachfrage. Vorangegangen war freilich ein Abschwung mit ebenfalls außergewöhnlichem Muster. Anders als in der Rezession Mitte der siebziger Jahre war es in den zurückliegenden zwei Jahren zu einem Rückgang nicht nur der Investitionen, sondern auch des privaten Verbrauchs gekommen, wobei die durch die Abwertung und den importierten Preisanstieg bedingten Verluste an Realeinkommen eine wichtige Rolle gespielt hatten. Der kräftige Anstieg des Exports, vor allem im Jahre 1981, hatte den Rückgang der Binnennachfrage zunächst größtenteils ausgeglichen, so daß der Rückgang der Exporte und die Lähmung der Investitionsneigung im Verlauf des Jahres 1982 dann die eigentliche Abwärtsbewegung brachten. Die Beseitigung wichtiger konjunktureller Schwächen war damals noch nicht weit genug vorangekommen, dies zu verhindern. Zu den positiven Überraschungen dieses Jahres ist zu zählen,

daß die Schwäche der Ausfuhr, die bis zum Sommer anhielt, die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte nicht länger gelähmt hat.

Das Diagnoseurteil lautet in diesem Jahr: Die wirtschaftliche Lage hat sich merklich gebessert. Im Anstieg der Produktion spiegelt sich mehr als nur das zufällige Zusammentreffen positiver Einflüsse.

Die voraussichtliche Entwicklung

(Ziffern 245 ff.)

23* Im ganzen ist es so gekommen, wie wir es vor einem Jahr in unserer Status-quo-Prognose beschrieben hatten — zunächst im Sondergutachten im Oktober 1982 und dann noch einmal in unserem Jahrgutachten 1982/83. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte 1983 aufs ganze Jahr gesehen um 1 vH und am Ende des Jahres um $2\frac{3}{4}$ vH größer sein als ein Jahr zuvor. Das ist mehr als die meisten Prognosen damals für wahrscheinlich hielten, und es ist auch mehr, als die Bundesregierung in ihrer Zielprojektion für erreichbar hielt. Das Ablaufmuster war freilich etwas anders, als wir es in der Prognose beschrieben hatten.

24* Unsere Erwartung ist, daß die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr weiter aufwärts gerichtet bleibt. Die Sorge, es könnte zu einem Rückschlag kommen, halten wir für nicht ausreichend begründet. Was zur Diskussion steht, und was unterschiedlich eingeschätzt wird, ist das Tempo der Erholung. Aber selbst dabei ist die Bandbreite der Schätzerteile, die man plausibel finden kann, nicht allzu groß.

25* Welchen Pfad die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr nehmen wird, hängt auch von der Wirtschaftspolitik ab. Die Politik allein kann selbstverständlich nicht den Konjunkturverlauf bestimmen, aber sie wirkt auf die Dispositionen der Privaten in vielfacher Weise ein. In der Prognose ist daher zunächst ins Bild zu rücken, was sich die wirtschaftspolitischen Instanzen für 1984 voraussichtlich vornehmen werden:

- Die Finanzpolitik setzt ihren Konsolidierungskurs fort. Das Ziel bleibt, das strukturelle Defizit weiter zu verringern. Für die Haushalte der Gebietskörperschaften bedeutet das: Die Ausgaben steigen um $2\frac{1}{2}$ vH, bei den Steuereinnahmen ergibt sich ein Zuwachs um 6 vH. Das Finanzierungsdefizit wird 42 Mrd DM betragen und damit um 11 Mrd DM geringer ausfallen als im Jahre 1983; das strukturelle Defizit wird noch 8 Mrd DM betragen, 9 Mrd DM weniger als 1983. Der konjunkturelle Impuls wird sich um 8 Mrd DM zurückbilden, und zwar auf 18 Mrd DM.
- Die Geldmengenpolitik schwenkt auf einen am Wachstum des Produktionspotentials orientierten Pfad ein. Die Bundesbank stellt im kommenden Jahr nur soviel Zentralbankgeld zusätzlich zur Verfügung, daß die wirtschaftliche Erholung einerseits nicht behindert und andererseits Inflationstendenzen nicht Vorschub geleistet wird.

Zu gravierenden außenwirtschaftlichen Störungen, die den geldpolitischen Kurs der Bundesbank durchkreuzen könnten, kommt es nicht. Der Außenwert der D-Mark steigt etwas stärker als das Kosten- und Preisgefälle gegenüber dem Ausland zunimmt (mäßige reale Aufwertung). Das schafft Spielraum dafür, daß sich die Zinsen in der Bundesrepublik etwas mehr als bisher von den Zinsen im Ausland lösen können.

26* Zu den Annahmen der Prognose gehört die Erwartung, daß bei den kommenden Tarifverhandlungen, bei denen es nicht nur um höhere Löhne, sondern auch um kürzere Arbeitszeiten geht, ein Ergebnis gefunden wird, das hinsichtlich seiner Kostenwirkungen gesamtwirtschaftlich vertretbar ist.

Wir gehen auch davon aus, daß der Volkswirtschaft ein langwieriger Arbeitskampf erspart bleibt. Anderenfalls wären nicht nur die unmittelbaren Ausfälle bei der Produktion in Rechnung zu stellen, es würde sich aller Voraussicht nach auch das wirtschaftliche Klima verschlechtern.

27* Auch wenn die Auftriebskräfte im Innern stärker geworden sind — das Tempo der weiteren wirtschaftlichen Erholung wird nicht zuletzt von der Entwicklung beim Export abhängen. Ein Land wie die Bundesrepublik kann gegen die mangelnde Dynamik der Weltwirtschaft nur mit verstärkten eigenen Anstrengungen angehen. Sie ist aber auch auf die wirtschaftliche Erholung in anderen Ländern angewiesen. Solange bei der Einschätzung der außenwirtschaftlichen Faktoren die Skepsis überwiegt, bleibt die Investitionsneigung belastet.

Anders als vor einem Jahr, als Pessimismus die Erwartungen prägte, herrscht gegenwärtig ein Klima vor, in dem wieder mehr Zuversicht vorhanden ist und in dem sich weltweit wieder zyklische Auftriebskräfte regen. Bei Investoren und Verbrauchern ist die Bereitschaft größer geworden, wieder mehr Geld auszugeben, auch im Vorgriff auf künftige Einkommen. Von den Unternehmen werden in Erwartung besserer Absatzmöglichkeiten die Läger aufgestockt. Schließlich gehen seit kurzem wieder mehr Aufträge aus dem Ausland ein — ein Zeichen, daß sich die Konjunktur auch anderswo erholt.

Die Weltkonjunktur im Jahre 1984

28* Die Voraussetzungen für eine Festigung der konjunkturellen Erholung in der Welt sind günstiger geworden. Es ist nicht nur die Ertragslage der Unternehmen, die sich verbessert hat, es ist auch der Anstieg der Beschäftigung in einigen großen Ländern, die das Bild deutlich aufhellen. Und die Erholung beschränkt sich nicht nur auf die großen Industrieländer, sie hat auch die meisten Schwellenländer und einen Teil der übrigen Entwicklungsländer, vor allem im südostasiatischen Raum, erfaßt.

Freilich sind die Unterschiede im Expansionstempo bei den einzelnen Ländern noch groß. Vorreiter sind und bleiben die Vereinigten Staaten und Ja-

pan. Je kräftiger sich dort der Aufschwung entfaltet, um so rascher wird die Erholung in den anderen Ländern sein und um so rascher werden diese Länder aufschließen können. Wir rechnen mit einer Fortsetzung der Erholung in den meisten großen Industrieländern. In ihrem Schlepptau werden auch die kleineren Länder mitgezogen.

Die deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen darf jedoch nicht den Blick verstellen für die Gefahren, die dem Erholungsprozeß drohen. Dazu zählt vor allem die noch unsichere Aussicht auf sinkende Zinsen in den Vereinigten Staaten. Dazu zählen aber auch die schwerwiegenden Konsolidierungsprobleme, die auf den hoch verschuldeten Ländern lasten.

29*. Bei der Einschätzung der Weltkonjunktur haben wir uns von der Vorstellung leiten lassen, daß die wirtschaftspolitische Grundlinie in den meisten Ländern unverändert bleibt. Die Finanzpolitik wird also weiter um Konsolidierung bemüht sein; in den Vereinigten Staaten dürfte es bis zu den Wahlen zum Kongreß allerdings keine wesentlichen Änderungen im finanzpolitischen Kurs geben. Die Zentralbanken bleiben vermutlich bei ihrer Politik der abgeschwächten monetären Expansion, die sie in letzter Zeit praktiziert haben. Die Lohnabschlüsse werden im allgemeinen maßvoll sein.

Trotz der fortschreitenden konjunkturellen Erholung erwarten wir, daß das Angebot an Erdöl reichlich bleiben wird und der Ölpreis nicht oder allenfalls wenig steigt. Der gewogene Außenwert des Dollar gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner der Vereinigten Staaten wird — so unsere Annahme — in nominaler und realer Rechnung nur geringfügig niedriger sein als 1983.

Die Binnenkonjunktur im Jahre 1984

30*. Die bisherige Entwicklung, so wie wir sie gekennzeichnet haben, läßt sich nicht einfach fort-schreiben. Das Muster des Aufschwungs wird sich im nächsten Jahr ändern — die Impulse werden nicht mehr allein von der heimischen Nachfrage kommen — sondern zunehmend auch aus dem Ausland. Es wird sich damit jenem Muster annähern, daß früher für konjunkturelle Erholungsphasen typisch war. Die Investitionen und die Exporte werden gemeinsam die Schrittmacher sein, der private Verbrauch wird dagegen nicht mehr ganz die Bedeutung haben wie in diesem Jahr, er fällt also gegenüber den anderen Nachfragekomponenten etwas zurück (Tabelle).

31*. Der Dreh- und Angelpunkt in unserer Prognose sind die Investitionen. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß es nicht einfach ist, hier die Entwicklung richtig vorzuschätzen. Schwankungen in den Stimmungen führen häufig dazu, daß Investitionsgüterkäufe aufgeschoben oder vorgezogen werden; mit einer solchen Möglichkeit muß man in einer labilen Konjunkturphase immer rechnen.

Was die Entwicklung im nächsten Jahr anlangt, sollte es zumindest keine Zweifel über die Richtung geben. Die Investitionsbereitschaft ist inzwischen deutlich gestiegen. Einmal mehr hat sich bewahrt, daß diese Bereitschaft nicht erst dann zunimmt, wenn ein befriedigender Auslastungsgrad der Sachkapazitäten erreicht ist. Viele Unternehmen haben in den letzten Jahren Investitionsprojekte vor sich hergeschoben, weil sie auf Zeichen einer Besserung warteten. Daran scheint sich nach den Erfahrungen in diesem Jahr zu urteilen, einiges geändert zu haben; das Nachholen von Investitionen dürfte auch im nächsten Jahr weitergehen. Das gilt vor allem dort, wo die Erneuerung oder die Umstellung der Produktionsanlagen ansteht. Für die Ausrüstungsinvestitionen insgesamt veranschlagen wir die Zuwachsrate auf rund 5½ vH. Die Bauinvestitionen werden trotz der dämpfenden Einflüsse, die weiterhin von der öffentlichen Hand ausgehen, im Jahre 1984 kräftig zunehmen. Treibende Kraft bleibt der Wohnungsbau, Impulse kommen aber auch vom gewerblichen Bau. Im Vorjahresvergleich halten wir eine Zuwachsrate von 7 vH für wahrscheinlich; für 1983 beträgt die Rate nur etwa 2½ vH. Der Unterschied in den Zuwachsraten beruht freilich nicht nur auf einem steileren Anstieg, den wir für 1984 erwarten, sondern auch darauf, daß sich das Niveau der Bauinvestitionen in der zweiten Jahreshälfte 1983, und damit die Ausgangsbasis für die weitere Entwicklung, stark erhöht hat; die Zuwachsrate im Vorjahresvergleich überzeichnet also das Expansionstempo.

32*. Im kommenden Jahr wird die Nachfrage aus dem Ausland die heimischen Auftriebskräfte voraussichtlich nicht mehr bremsen. Die Einschätzung des Exportgeschäfts durch die Unternehmen beserte sich schon um die Jahresmitte, nachdem erkennbar wurde, daß die konjunkturelle Erholung in der Welt Fortschritte macht. Der Umschwung in den Erwartungen hat freilich auch eine solide Basis. Die Bestellungen aus dem Ausland zeigen seit dem Sommer wieder deutlich nach oben. Höhere Aufträge kommen nicht nur aus den Industrieländern, sondern inzwischen auch aus Ländern, die bislang noch im Konjunkturschatten standen, wie den rohstoffexportierenden Entwicklungsländern. Mit der weiteren Rückbildung der Leistungsbilanzdefizite wird für diese Länder der Druck geringer, ihre Importe drastisch zu senken. Auch dies trägt dazu bei, daß der Welthandel wieder an Fahrt gewinnt.

Man kann einwenden, daß ein solches Szenario die Risiken aus dem Bild läßt, die noch immer auf der weltwirtschaftlichen Entwicklung lasten. Die Gefahr einer internationalen Konsolidierungskrise ist noch nicht gebannt, und der Protektionismus weitet sich besorgniserregend aus. Wir leugnen nicht, daß es diese Risiken gibt, aber wir gewichten sie nicht so stark, daß sie in unserer Status-quo-Prognose dominant werden. Auch in diesem Punkt ist die Situation anders als vor einem Jahr.

Bei unserer Exportschätzung haben wir uns von der Vorstellung leiten lassen, daß sich die Ausfuhr im nächsten Jahr wieder merklich erholt. Die Zu-

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Schätzung für das 2. Halbjahr 1983 und Vorausschau auf das Jahr 1984
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1982	1983	1984	1983		1984	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 2,9	+ 4	+ 4½	+ 3,5	+ 4½	+ 4½	+ 4½
Staatsverbrauch	+ 2,2	+ 2	+ 2½	+ 1,5	+ 2½	+ 2½	+ 2½
Anlageinvestitionen	- 3,1	+ 5	+ 10	+ 3,0	+ 7	+ 10	+ 10
Ausrüstungen	- 2,7	+ 8	+ 8½	+ 6,6	+ 9	+ 6½	+ 10
Bauten	- 3,3	+ 3½	+ 11	+ 0,6	+ 6	+ 12½	+ 10
Vorratsveränderung	x	x	x	x	x	x	x
Außenbeitrag	x	x	x	x	x	x	x
Ausfuhr	+ 8,0	0	+ 7	- 0,9	+ 1	+ 6	+ 8½
Einfuhr	+ 3,1	- 0	+ 7½	- 3,2	+ 3	+ 8	+ 7
Bruttosozialprodukt	+ 3,6	+ 4	+ 5½	+ 3,6	+ 4½	+ 5½	+ 5½
In Preisen von 1976:							
Privater Verbrauch	- 2,2	+ 1	+ 1½	+ 0,2	+ 1½	+ 1	+ 2
Staatsverbrauch	- 1,1	- ½	+ ½	- 1,1	+ 0	+ 0	+ ½
Anlageinvestitionen	- 5,4	+ 3½	+ 6½	+ 1,9	+ 5½	+ 6½	+ 6
Ausrüstungen	- 6,6	+ 5½	+ 5½	+ 4,1	+ 7	+ 4	+ 6½
Bauten	- 4,5	+ 2½	+ 7	+ 0,4	+ 4½	+ 8½	+ 5½
Ausfuhr	+ 3,7	- 1½	+ 4	- 2,4	- ½	+ 3	+ 5
Einfuhr	+ 0,8	+ ½	+ 4½	- 2,3	+ 3	+ 4½	+ 4½
Bruttosozialprodukt	- 1,1	+ 1	+ 2½	+ 0,1	+ 2	+ 2½	+ 3
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 5,3	+ 3	+ 3	+ 3,3	+ 2½	+ 3½	+ 2½
Bruttosozialprodukt	+ 4,8	+ 3	+ 3	+ 3,4	+ 2½	+ 3	+ 2½
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige	- 1,9	- 2	+ 0	- 2,1	- 1½	- 0	+ ½
Arbeitszeit ¹⁾	- 0,4	+ 0	+ 0	+ 0,4	0	+ ½	- 0
Arbeitsvolumen	- 2,3	- 1½	+ 0	- 1,7	- 1½	+ 0	+ ½
Produktivität	+ 1,2	+ 2½	+ 2½	+ 1,5	+ 3½	+ 2½	+ 2½
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976	- 1,0	+ 1	+ 2½	- 0,2	+ 2	+ 2½	+ 3
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 2,3	+ 1½	+ 4½	+ 1,0	+ 1½	+ 4	+ 5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 6,2	+ 10½	+ 8	+ 11,3	+ 9½	+ 7½	+ 8
Volkseinkommen	+ 3,3	+ 3½	+ 5½	+ 3,7	+ 4	+ 5	+ 5½
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit ²⁾	+ 0,8	- 0	+ 2½	- 0,0	- 0	+ 2½	+ 2½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 7,5	+ 12	+ 8½	+ 13,2	+ 10½	+ 8	+ 9
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ³⁾	+ 2,3	+ 2½	+ 4	+ 1,7	+ 3½	+ 4	+ 4

1) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

2) Nettolohn- und -gehaltssumme.

3) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

wachsrates von 4 vH, die in unserer Prognoserechnung eingegangen ist, stellt eine sehr vorsichtige Schätzung dar. In Phasen, in denen die Weltkonjunktur anzieht, kann man normalerweise mit weit höheren Zuwachsraten rechnen.

33* Die hohe Kaufbereitschaft der Verbraucher wird auch im kommenden Jahr eine der Stützen für die konjunkturelle Erholung sein. Befürchtungen, daß die Investitionskonjunktur versanden könnte, weil sich die Verbraucher wieder zurückhalten, teilen wir nicht. Es sieht im Gegenteil ganz danach aus, als seien sie weiterhin bereit, zur Finanzierung von Verbrauchsausgaben auf Ersparnisse zurückzugreifen oder sich zu verschulden. Die privaten Haushalte werden also voraussichtlich im nächsten Jahr ihre Verbrauchsausgaben etwas stärker steigern, als ihre verfügbaren Einkommen zunehmen; deren Zuwachsrate veranschlagen wir auf 4 vH. Das mag nicht sonderlich hoch erscheinen, doch ist die Rate merklich höher als sie es 1983 war (2½ vH).

34* Entscheidend für den Verbraucher ist nicht der Zuwachs beim Einkommen, sondern das was davon nach Abzug der Preissteigerungen bleibt. Die Entwicklung der Verbraucherpreise ist in letzter Zeit günstig gewesen, und dies wird voraussichtlich auch im nächsten Jahr so bleiben. Alles in allem rechnen wir damit, daß die Verbraucherpreise im Verlauf des Jahres 1984, also von Dezember 1983 bis Dezember 1984 gerechnet, mit einer Rate von etwa 2 vH steigen werden; das ist etwas weniger als sich im Verlauf des Jahres 1983 voraussichtlich ergeben wird. Wegen des „Überhangs“ am Jahresende 1983, im Dezember dürfte der Preisindex für die Lebenshaltung um reichlich 1½ vH über dem Stand liegen, der sich für den Jahresdurchschnitt 1983 errechnet, wird die Zuwachsrate für den Jahresdurchschnitt 1984 mit knapp 3 vH derjenigen des Vorjahres entsprechen.

Im ersten Halbjahr 1984 könnte freilich der Abstand zum Vorjahr deutlich über 3 vH hinausgehen. Dies hängt damit zusammen, daß die Verbraucherpreise zu Beginn dieses Jahres vor allem wegen der zeitweiligen Verbilligung von Benzin und Heizöl sanken (Basiseffekt). Die vorübergehend höheren Preissteigerungsraten im Vorjahresvergleich, die sich für die ersten Monate des kommenden Jahres abzeichnen, bilden also die Entwicklung der Vergangenheit ab, sie signalisieren aber keine Verstärkung im Preisanstieg.

35* Nimmt man alles zusammen, was nach unserer Einschätzung im Zusammenspiel von besseren Angebotsbedingungen und günstigeren Absatzwartungen bei den Investitionen, bei der Ausfuhr, beim privaten Verbrauch und bei den Vorräten für 1984 an Expansion angelegt ist, dann ist eine weitere Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion etwa in dem Tempo wie in diesem Jahr wahrscheinlich, möglicherweise wird es auch etwas mehr. Die Zuwachsrate beim realen Sozialprodukt veranschlagen wir für den Verlauf des Jahres 1984 auf 2½ bis 3 vH; die gleiche Rate ergibt sich für den Jahresdurchschnitt.

Da die Sachkapazitäten in der Volkswirtschaft nur mit einer Rate von reichlich 1½ vH wachsen dürften, wird die Auslastung im Jahre 1984 etwas steigen. Ende 1984, also zwei volle Jahre nach dem Beginn der Erholung, wird die Kapazitätsauslastung aber noch deutlich unter derjenigen bleiben, die als normal anzusehen ist.

36* Obwohl das Tempo der Erholung bislang recht verhalten war, hat sich auf dem Arbeitsmarkt die Besserung angebahnt. Es gibt Hinweise darauf, daß der Beschäftigungsabbau im Spätsommer dieses Jahres den Tiefpunkt erreicht haben könnte. Das wäre früher, als man es allgemein erhofft hatte und auch früher, als man es aufgrund bisheriger Erfahrungen erwarten konnte. Allerdings sollte man daraus übertriebene Hoffnungen für das Jahr 1984 nicht ableiten. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird zunächst noch deutlich angespannt bleiben, und sie wird vor allem in regionaler und sektoraler Hinsicht noch sehr unterschiedlich sein. Es sind vermutlich die negativen Meldungen, insbesondere aus Branchen mit strukturellen Überkapazitäten, die fürs erste noch die Schlagzeilen bestimmen werden. Dies sollte die Urteilsfindung nicht trüben. Der Saldo von Einstellungen und Entlassungen dürfte 1984 erstmals seit langem wieder positiv sein, auch wenn er zunächst recht klein ausfällt.

37* Wie sich der Umschwung auf dem Arbeitsmarkt in den Arbeitslosenzahlen niederschlagen wird, ist im voraus nicht genau zu quantifizieren. Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen ist nicht das getreue Spiegelbild der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen, schon gar nicht auf kurze Sicht. Hier gibt es viele Zwischenglieder. Dennoch sieht es ganz danach aus, als sei auch bei den Arbeitslosenzahlen, wenn man sie von Saisoneinflüssen bereinigt, der Höhepunkt erreicht. Es ist sogar recht wahrscheinlich, daß es im nächsten Jahr zu einem allmählichen Rückgang kommt. Für den Durchschnitt des Jahres erwarten wir allerdings noch einmal 2,2 Millionen bis 2,3 Millionen Arbeitslose, also etwa die gleiche Anzahl, die sich für den Durchschnitt dieses Jahres voraussichtlich ergibt. Am Jahresende 1984 dürfte der Abstand zum Vorjahr aber bereits deutlich sichtbar sein. Nicht zu vergessen ist auch, daß sich die Verringerung der Kurzarbeit fortsetzen wird.

Unser Urteil wird nicht dadurch korrigiert, daß in den kommenden Wochen die Arbeitslosenzahlen jahreszeitlich bedingt kräftig steigen werden, insbesondere dann, wenn es einen kalten und schneereichen Winter geben sollte.

38* Es mag sein, daß wir die Auftriebskräfte unterschätzen. Bei der augenblicklichen konjunkturellen Konstellation sind durchaus positive Überraschungen möglich; auch früher wurden die Prognostiker schon häufig von der Stärke einer konjunkturellen Aufwärtsbewegung überrascht.

39* Verschiedentlich wurde in diesem Jahr darauf hingewiesen, daß die Erholung in Wirklichkeit schwächer sei, als es das durch Sonderfaktoren mit geprägte Bild zeige und daß mit dem Auslaufen der

Sonderbewegungen eine Abschwächung zu erwarten sei. Wir haben eine Variante zu unserer Prognose durchgerechnet, die diesen Argumenten stärkeres Gewicht beimißt. Aber auch unter den dafür getroffenen Annahmen dürfte die wirtschaftliche Erholung im Jahre 1984 nicht zum Stillstand kommen; der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion fiel allerdings mit $1\frac{1}{2}$ vH bis 2 vH geringer aus als in der Status-quo-Prognose. In der Alternativrechnung scheint also nicht die Gefahr eines Rückfalls in die Stagnation auf. Ein allmählicher Anstieg der Beschäftigung, wie wir ihn für wahrscheinlich halten, dürfte in diesem Fall allerdings ausbleiben.

Gegen Gewöhnung an hohe Arbeitslosigkeit

Ziele und Wirklichkeit (Ziffern 275 ff.)

40* Von der für 1984 absehbaren wirtschaftlichen Entwicklung war im vorangehenden Abschnitt ein Bild zu zeichnen, demzufolge sich der Abstand zwischen den Hauptzielen der Wirtschaftspolitik und der Wirklichkeit weiter verringern wird, aber weiterhin nicht durchgreifend und hinsichtlich des beschäftigungspolitischen Ziels, das am stärksten verletzt ist, gar nicht. Immerhin: Bei den wichtigsten Merkmalen für die Konstitution einer Volkswirtschaft — neben der Inflationsrate und der außenwirtschaftlichen Situation sind dies die Entwicklung der Staatsfinanzen und der Investitionsbedingungen — trägt die Veränderung ein positives Vorzeichen. Und es gibt auch keine Anzeichen für eine erneute Gefährdung dieser Konstellation. Das sind wichtige Voraussetzungen, allmählich auch beim Beschäftigungsziel voranzukommen. Tritt zu den binnenwirtschaftlichen Auftriebskräften eine nachhaltige Belebung des Exportgeschäfts hinzu, so sind die Aussichten, daß es besser kommt als derzeit schon vorauszusehen, nicht schlecht.

41* Dies könnte die Wirtschaftspolitik zum Abwarten veranlassen, doch zur Zufriedenheit besteht kein Anlaß. Richtig ist zwar: Für die Wirtschaftspolitik als Konjunkturpolitik besteht derzeit kein Handlungsbedarf, eindeutiger jedenfalls als im vergangenen Jahr. Doch bedrückend bleibt dies: Auch wenn die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung im kommenden Jahr ungebrochen anhält und selbst wenn sie sich noch über das ganze Jahr 1985 erstreckte, aber an Kraft und Struktur der Aufwärtsbewegung sich nichts änderte, würde am Ende der Aufschwungsphase dieses Konjunkturzyklus nicht ein Beschäftigungsgewinn stehen, den man als einen befriedigenden Beitrag zum Abbau der extrem hohen Arbeitslosigkeit ansehen könnte. Einen befriedigenden Erfolg gäbe es nur, wenn die Aufwärtsbewegung an Kraft gewönne und wenn es ein sehr langgezogener Aufschwung würde. Und damit es ein kräftiger und langgezogener Aufschwung werden kann, müßte vor allem die Investitionstätigkeit bald kraftvoll werden; denn nur sie könnte verhindern, daß sich eine starke und über mehrere Jahre anhaltende Produktionsausweitung, wenn

man sie denn erreichte, vorzeitig an Kapazitätsgrenzen bricht und mit zunehmender Annäherung an diesen Punkt aus stabilitätspolitischen Rücksichten sogar abgebremst werden müßte.

42* Allerdings halten wir nicht für richtig, es sei eine mehrjährige Periode des Wirtschaftswachstums mit einem Wachstumstempo von etwa 6 vH nötig, wenn das Beschäftigungsproblem auf diesem Wege gelöst werden soll. Dabei werden die Ziele ehrgeiziger festgesetzt, als man es vernünftigerweise tun sollte, und die Randbedingungen ungünstiger angenommen, als sie wahrscheinlich sein werden.

43* Eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist gleichwohl nicht in wenigen Jahren möglich. Und von Beseitigung wird man auch nicht erst dann sprechen, wenn die Arbeitslosenquote — wie in den sechziger Jahren — auf etwa 1 vH gesunken ist. Was die Steigerung der Arbeitsproduktivität anbelangt, so wird diese künftig vermutlich nicht wieder das Tempo erreichen, das sie noch bis in die siebziger Jahre hinein hatte. Spektakulären Neuerungen, wie sie die Anwendung der Mikroelektronik in weiten Produktionsbereichen erlauben wird, stehen belastende Faktoren gegenüber, erhöhte Aufwendungen für den Umweltschutz, für den sparsameren Umgang mit Energie und anderen natürlichen Ressourcen. Möglicherweise findet auch ein überdurchschnittliches Wachstum der Dienstleistungen statt, und zwar im offiziellen Teil der Wirtschaft und nicht nur in der Schattenwirtschaft. Bei Dienstleistungen ist der Produktivitätsfortschritt im allgemeinen — nicht ausnahmslos — geringer als im produzierenden Gewerbe. Unsicherer geworden ist auch die Annahme, wir hätten es aufgrund des Zusammenspiels von Änderungen im Altersaufbau der Bevölkerung und im Erwerbsverhalten der Menschen vorläufig mit einer jährlichen Zunahme des Arbeitspotentials von etwa 150 000 Personen zu tun; es sind möglicherweise doch nennenswert weniger. Im ganzen halten wir dafür, daß durchaus ein mittleres Wirtschaftswachstum von 3 vH bis $3\frac{1}{2}$ vH und ein beachtlicher jährlicher Abbau der Arbeitslosigkeit zusammen beobachtet werden könnte — etwa in solcher Kombination: mittlerer Produktivitätszuwachs 2 vH bis $2\frac{1}{2}$ vH, Erwerbsbeteiligung $\frac{1}{2}$ vH, effektive Arbeitszeitverkürzung $\frac{1}{2}$ vH, jährlicher Abbau der Arbeitslosigkeit etwa 250 000. Dies bezeichnet nur eine mögliche Entwicklung, die wir aber nicht für unrealistisch halten. Werden Beschäftigungsmöglichkeiten lohnend gemacht, die einen deutlich geringeren Ertrag versprechen als die gegenwärtig genutzten, so könnte es auch schneller gehen. Dies ist vor allem das Problem der weniger qualifizierten Arbeitslosen.

44* Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Hans-Jürgen Krupp, hält es für notwendig, stärker als die Mehrheit es tut, zu verdeutlichen, wie groß die Anstrengungen der Wirtschaftspolitik sein müssen, um die als möglich und nicht unrealistisch bezeichnete Kombination von Wirtschafts- und Produktivitätswachstum einerseits, Zuwachs des Erwerbspersonenpotentials und Arbeitszeitverkür-

zung andererseits zu erreichen. Wenn es zu einem durchgreifenden Abbau der Arbeitslosigkeit kommen soll, müßte überdies die Konstellation fünf bis sieben Jahre lang erhalten bleiben.

Einigkeit besteht darüber, daß es nach wie vor zahlreiche Wachstumsfelder gibt. Unsicherheit besteht allerdings darüber, wie sie erschlossen werden können. Es ist vor dem Hintergrund der weltweiten Wachstumsschwäche und ihrer Ursachen (Verschuldungsprobleme) ein ehrgeiziges Ziel, über einen Zeitraum hinweg, der länger ist als ein Konjunkturzyklus, eine Wachstumsrate des Sozialprodukts zu verwirklichen, die fast der Rate entspricht, die zuletzt nur in der Aufschwungsphase 1976 bis 1980 erreicht wurde, und damals auch nur mit Hilfe kräftiger wachstumspolitischer Maßnahmen, wie sie das Zukunftsinvestitionsprogramm enthielt.

Einen großen Unsicherheitsfaktor in der von der Mehrheit beschriebenen Konstellation bildet die Entwicklung der Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde. Die Erfahrung lehrt, daß zu höheren Wachstumsraten der Produktion eine raschere Produktivitätsentwicklung gehört.

Die Welt in Konsolidierungsnöten

(Ziffern 290 ff.)

45* Auch die Weltwirtschaft bewegt sich wieder aufwärts. Anpassungsprozesse sind in Gang gekommen. Zu befürchten ist jedoch, daß mehr als vorübergehend ein Abzugsposten bleibt, denkt man an die frühere Dynamik und an die Entwicklungsaufgaben, die noch unerledigt sind.

Die Beschäftigungskrise in der Welt hatte in den vergangenen Jahren vor allem Züge einer Stabilisierungskrise getragen. Die Inflationsbekämpfung war unaufschiebbar geworden. Neben der hartnäckigen Inflationsbewegung war Versagen gegenüber den Aufgaben zur strukturellen Anpassung Hauptgrund der Krise. Inzwischen sind — als Teil dessen, aber auch als Folge dessen und als Folge der Folgen — allgegenwärtig vor allem Konsolidierungsprobleme. Unternehmen, Branchen, öffentliche Haushalte, ganze Volkswirtschaften haben sie. Fast überall muß man kürzer treten, kann Pläne nicht angehen, die eigentlich zur Verwirklichung anstünden. Das Ergebnis verselbständigt sich, wirkt zurück auf alle — wie in der überlangen Dauer der Weltrezession, ja womöglich über diese hinaus in der Form anhaltender Schwäche der weltwirtschaftlichen Dynamik. Deren Folge wiederum und Ursache zugleich ist verstärkte Aktivierung des latent ohnehin immer vorhandenen Hangs zum Protektionismus.

46* Weithin ist in der Welt die Kreditwürdigkeit, die Fähigkeit, sich zu verschulden, ausgeschöpft, gleichviel ob aus guten oder aus schlechten Gründen. Die Kreditwürdigkeit von Unternehmen, öffentlichen Haushalten, Volkswirtschaften im ganzen ist nicht nur Reflex ihres objektivierten Vermögens, sondern auch Ausdruck jenes anderen Teils des Vermögens der Menschen — und nicht des geringeren Teils —, das in glaubhaften Reserven an

Fähigkeit, Probleme zu lösen oder durchzustehen, besteht. Kreditfähigkeit ist für ein hocharbeitsteiliges System von so zentraler Bedeutung wie Kapital selbst. Die Reserven an Kreditwürdigkeit wurden weltweit zu unüberlegt in Anspruch genommen und müssen nun neu aufgebaut werden. Dies ist ein Problem nicht nur in Ländern, die heute als überschuldet gelten.

47* Ein riesiges Volumen an internationalen Kreditbeziehungen wurzelt nicht in einer den Zinsverpflichtungen entsprechenden Ertragskraft. Der Aufbau wurde forciert im Zusammenhang mit den beiden Ölkrisen und der Weltrezession. Das ist gewiß keine Entschuldigung für Überschuldung, zumal dynamische Entwicklungsländer die Anpassungsaufgaben im Rahmen eines kräftigen wirtschaftlichen Wachstums gut genug gelöst haben, um uneingeschränkt kreditfähig zu bleiben. Aber den Blick dafür, daß es auch Anpassungslasten gibt, über deren Zumutbarkeit man zumindest streiten kann, darf dies doch nicht verstellen. Dies gilt für die Belastung aufgrund der hohen Zinsen in der Welt, vor allem aber aufgrund der Stärke des Dollar, die den Realwert aller Dollar-Schuldversprechen enorm in die Höhe getrieben hat.

48* Gemessen an den geplanten und in Angriff genommenen Investitionsprojekten muß man die Sparkapitalbildung in der Welt eher für reichlich halten. Knapp sind Investitionsprojekte, die unter den gegebenen Umständen als rentabel gelten können, knapp ist Kreditwürdigkeit in der Welt. Gleichwohl kommt es trotz dieser Umstände nicht zu einer massiven Zinssenkung, nicht zu einer ausreichenden Verbilligung von Sparkapital, die für die große Menge an ausfallenden Investitionsprojekten Ersatz finden hülfe — und zwar nicht nur der erhöhten gesamtwirtschaftlichen Risiken wegen nicht. Denn nach wie vor ist in der Welt die Summe an Kapitalnachfrage groß, mit der der Staat in die Lücke springt, bevor die Zinsen ausreichend gesunken sind. Das begrenzt den Zinssenkungsprozeß. Die überzogene staatliche Kreditnachfrage hat leider nur allzu wenig mit zusätzlichen produktiven Investitionen zu tun (was allerdings nicht so sein müßte). Wahrscheinlich gilt, massiver Fehlleitung wegen, dasselbe auch für einen erheblichen Teil privater Kapitalnachfrage. Auch der hohe Kreditbedarf der überschuldeten Länder wird sich vorläufig nicht auf das reduzieren, was diese Länder an zukunftsfruchtigen Projekten anzubieten haben. Die Folge ist, daß es bei zu geringer Sachkapitalbildung bleibt. Und da nur die produktiven Investitionen Produktivitätsfortschritt und Wachstum bringen, bleibt der durchschnittliche Ertrag aus der Weltsparkapitalbildung — den ertragreich investierten Ersparnissen zusammen mit den für unrentable Investitionen und staatlichen Konsum verwendeten — soviel niedriger, als wir es von früher gewohnt sind. Diese Konstellation ist auch verteilungspolitisch ein weltweites Ärgernis. Und Verteilungsprobleme schaffen immer auch Stabilitätsprobleme.

49* Angesichts der fortbestehenden Gefahren für die Weltwirtschaft kommt den Vereinigten Staaten

eine besondere Verantwortung zu. Obwohl wir nicht für zutreffend halten, daß sie es in der Hand hätten, die Last ungelöster Probleme von der Welt zu nehmen, ist doch sowohl von der Verursachung der Krise als auch von den Möglichkeiten zu deren Überwindung her das Gewicht der Vereinigten Staaten besonders groß, und gegen deren wirtschaftspolitische Strategie ist eine Überwindung wahrscheinlich überhaupt nicht möglich.

50*. Daß wir die Gründe, die eine Stabilisierungs- und schließlich eine Konsolidierungskrise haben unausweichlich werden lassen, für weltweit verteilt halten und daß hinsichtlich der Beseitigung der jeweils internen Gründe viele Länder stärker im Vortritt sind als die Vereinigten Staaten, wird in diesem Gutachten dargelegt. Zumindest in dreierlei Hinsicht haben die Vereinigten Staaten eine Führungsrolle, der sie sich nicht unter Verweis auf den Vorrang der heimischen Probleme und auf ihre Autonomie bei der Wahl der Strategie zu deren Lösung versagen können, nämlich hinsichtlich

- der hohen Zinsen in der Welt,
- der weltweiten Tendenz zum Protektionismus,
- der Behandlung der internationalen Finanzkrise in den internationalen Organisationen.

Der aktuelle Hauptvorwurf gegen die Vereinigten Staaten ist, daß sie, obwohl Führungsmacht, zur Bekämpfung ihrer Probleme eine Wirtschaftspolitik gewählt haben, mit deren Zins- und Wechselkurswirkungen sie den anderen schaden und deren Prinzipien nicht Maxime auch des Vorgehens der anderen Länder sein können. Die weltweit ohnehin schon sehr hohe Nachfrage nach Finanzkapital schließt aus, daß alle Welt jetzt den Weg erhöhter Staatsdefizite gehen kann. Außerdem sind hohe Zinsen nicht für alle gleich schlimm. Die Vereinigten Staaten sind in hohem Maße Nettogläubiger, vor allem im Bereich langfristigen Kapitals.

51*. Bei den Industrieländern hat die Gruppe der in der Europäischen Gemeinschaft zusammengeschlossenen Länder das mit Abstand größte Gewicht in der Weltwirtschaft. Japan leidet nicht an konstitutionaler Schwäche. Die nicht in den Entwicklungsländern wurzelnden Probleme konzentrieren sich in Europa. Die Neigung, nach Ausschöpfung der Möglichkeiten sich durch Staatsverschuldung zu helfen, auf die fortdauernde Arbeitslosigkeit vor allem defensiv zu reagieren, ist nicht überwunden. Typische Defensivreaktionen sind Protektionismus, Subventionismus und Arbeitszeitverkürzung.

Der Problemstau ist in Europa noch nicht aufgelöst: Rückstände bei der Inflationsbekämpfung, bei der Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft, bei der Korrektur eines zu hohen Lohnniveaus im Verhältnis zur Produktivität, bei der Senkung der Staatsdefizite und bei der Überwindung von Leistungsbilanzproblemen. Fast alle Länder haben hier zwar Fortschritte gemacht oder eingeleitet. Einige haben auch einen Vorsprung, so die Bundesrepublik und möglicherweise auch Großbri-

tannien. Aber im ganzen ist Europa bei der Wiederherstellung der Bedingungen für neue Wachstumsdynamik gegenüber den Vereinigten Staaten vermutlich deutlich zurück.

Wirtschaftspolitik für 1984 und danach (Ziffern 321 ff.)

52*. Besteht auch gegenwärtig in der Bundesrepublik kein Handlungsbedarf für die Wirtschaftspolitik als Konjunkturpolitik, so gilt dies doch nicht für die Wirtschaftspolitik als Wachstumspolitik, die zugleich Beschäftigungspolitik ist im Hinblick auf die dauerhaften Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit.

Die Erwartung, daß sich die konjunkturelle Erholung 1984 fortsetzen wird, räumt die Besorgnis nicht aus, daß doch nicht genug getan ist, die binnenwirtschaftlichen Wachstumshemmnisse abzubauen, noch nicht genug Anreize gesetzt sind, sich neuen Aktivitäten zuzuwenden. Und die Erwartung, daß sich bald auch die Weltkonjunktur erholen wird, räumt die Besorgnis nicht aus, daß verglichen mit früher die weltwirtschaftliche Dynamik noch für längere Zeit schwach bleiben wird. Die konjunkturellen Auswirkungen der verschärften Inflationsbekämpfung in der Welt klingen ab; jetzt bleiben die Probleme, für die es eine rasche Lösung nicht gibt.

53*. Im Konkreten hält der Sachverständigenrat zur Erreichung beziehungsweise Sicherung der Hauptziele der Wirtschaftspolitik und zur Vermeidung künftiger Fehlentwicklungen für besonders wichtig

1. bei den Staatsausgaben: Die Fortsetzung des Kurses zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, jetzt erleichtert durch die wirtschaftliche Erholung, künftig aber stärker geprägt einerseits von einem Rückzug des Staates aus Subventionen und aus Aufgaben, die auch oder sogar besser privat erledigt werden können, andererseits mehr Initiative, nötigenfalls auch mehr Ausgaben, auf Feldern, wo dringende Aufgaben ins Hintertreffen geraten sind;
2. bei den allgemeinen Steuern: Konzentration auf den Versuch, in einigen Jahren zu einer deutlichen Senkung der Grenzbelastung der Einkommen zu gelangen, Steuerbegünstigungen hingegen abzubauen;
3. bei den Unternehmenssteuern: Konzentration auf die Aufgabe, die Reste der Gewerbesteuer abzuschaffen und durch eine gute Gemeindesteuer zu ersetzen;
4. in der Geldpolitik: Ein Einschwenken auf eine Geldmengensteuerung, die möglichst konsequent am Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten orientiert ist;
5. in der Lohnpolitik: Die Fortsetzung des Kurses, der zu einer Senkung der realen Kosten in der Volkswirtschaft beiträgt, künftig auch geprägt von mehr Differenzierung in den Lohnverhandlungen;

6. in der Arbeitszeitpolitik: Entscheidungen, die den Aufgaben der Lohnpolitik im Hinblick auf Niveau und Struktur der Kosten nicht zuwiderlaufen und die den Arbeitszeitwünschen der Menschen entgegenkommen;
7. in der Strukturpolitik: Die Beseitigung massiver Steuerungsfehler in der Branchenstrukturpolitik und der Entschluß zu marktkonformen Neuerungen in der Umweltschutzpolitik, die Erleichterung der Beschaffung von Risikokapital;
8. in der Sozialpolitik: Nutzung von Möglichkeiten das Prinzip der Beitragsäquivalenz in der Sozialversicherung zu stärken und das System angesichts der Gefahr einer Überbelastung im Zusammenhang mit der sich ändernden Altersstruktur der Bevölkerung rechtzeitig durch die Aktivierung zusätzlicher Eigenvorsorge zu entlasten.

Finanzpolitik (Ziffern 373 ff.)

54*. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen dient vielfältigen Zwecken:

- Sie soll durch Senkung der Ausgaben, namentlich dauerhafter Ausgaben, die Kosten der Staatstätigkeit dauerhaft senken, Kosten, die die Bürger in der Form von Steuern, erhöhten Preisen und Zinsen zu tragen haben und die die Versorgung mit privaten Gütern verteuern und verengen. Ausgaben für Staatsleistungen, die weniger wert sind als die privaten Güter, die sie verdrängen, bewirken, daß im ganzen Produktion und Beschäftigung geringer sind als ohne sie. Die Tatsache, daß es im Zusammenhang mit der Beschaffung hoher öffentlicher Einnahmen Anreizstörungen im Marktsystem gibt, die inzwischen bedenklich groß sind, ist zu berücksichtigen.
- Sie soll durch Senkung der Kreditaufnahme des Staates zu einer Erweiterung des Spielraums für private Ausgaben beitragen, die vom Angebot an Kapital und dessen Preis besonders abhängen, namentlich also den privaten Investitionen, welche, indem sie Arbeitsplätze schaffen oder durch Kostensenkung sichern, für eine allmähliche Schließung der Arbeitsplatzlücke in der Volkswirtschaft zu sorgen haben — all dies zugleich in der Erwartung, daß ein Abbau der Sorge vor auch künftig hohen Zinsen oder höheren Steuern oder erneuter Inflation solche Wirkung verstärken werde.
- Sie soll durch Senkung der Kreditaufnahme des Staates zu einer Senkung der Zinsen und ihr folgend zu einer Senkung der von privaten Investitionen geforderten Rendite auch deshalb beitragen, weil hohe Zinsen und eine hohe Kapitalrendite verteilungspolitisch belastend sind und solche Belastung zugleich die Stabilitätspolitik erschwert.
- Sie soll durch Senkung der Kreditaufnahme des Staates den überdurchschnittlichen Anstieg der

Ausgaben für den Zinsendienst stoppen und so den finanziellen Spielraum für die Erfüllung der Staatsaufgaben wieder erweitern, namentlich diesen Spielraum nicht für die Zukunft durch heute eingegangene Zinsverpflichtungen weiter verengen — all dies in Respekt vor der Tatsache, daß auch in Zukunft die Möglichkeiten des Staates begrenzt sind, sich zusätzlichen Finanzierungsspielraum durch Steuererhöhungen zu verschaffen.

- Sie soll durch Neuregelungen für die Einkommenstransfers die Ausgabendynamik vor allem in diesem Bereich begrenzen und so Raum schaffen für eine bessere Erfüllung der klassischen Staatsaufgaben.
- Sie soll durch Senkung der konsumtiven Staatsausgaben den Spielraum für investive Ausgaben wieder erweitern.
- Sie soll durch Abbau von Subventionen und subventionsähnlichen Steuervergünstigungen nicht nur den übrigen Aufgaben der Konsolidierungspolitik dienen, sondern zugleich Anreizstörungen und Wettbewerbsverzerrungen beseitigen.

55*. Das strukturelle Defizit in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden belief sich Ende 1983 auf 17 Mrd DM. Der Konsolidierungsbedarf von 38 Mrd DM, der sich bis 1981 aufgestaut hatte, ist also in zwei Jahren fast halbiert worden; im Jahre 1982 ist er um 10 Mrd DM, in diesem Jahr um 11 Mrd DM zurückgeführt worden.

Der bisherige Konsolidierungskurs hat die konjunkturelle Erholung nicht entscheidend behindert, diese möglicherweise über einen günstigen Einfluß auf die Zinsen und die allgemeinen wirtschaftlichen Erwartungen sogar stärker gefördert, als die Mindersteigerung der öffentlichen Ausgaben sie beeinträchtigt hat. Konjunkturelle Rücksichten stehen einem Fortgang der Konsolidierung im bisherigen Tempo also nicht entgegen. Im Gegenteil, nachdem eine konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Gang gekommen ist, sinkt der Bedarf an konjunkturstützenden Impulsen der Defizitpolitik. Die privaten Ausgaben besetzen wieder verstärkt Felder, auf denen der Staat die Rolle des Platzhalters übernommen hatte, oder auch den des Verdrängers.

Der Konsolidierungsbeitrag des Jahres 1984 wird sich voraussichtlich auf 9 Mrd DM belaufen. Von dem strukturellen Defizit, das zu Beginn der Konsolidierungsphase bestand, wären dann rund drei Viertel konsolidiert. Würde das Konsolidierungstempo der Jahre 1982 bis 1984 beibehalten, ließe sich die Konsolidierung in einem weiteren Jahr bewerkstelligen; die Konsolidierungsaufgabe wäre also, jedenfalls für den öffentlichen Gesamthaushalt, Ende 1985 gelöst.

56*. Nicht minder wichtig als die Konsolidierung im quantitativen Sinn ist die Konsolidierung im qualitativen Sinn. Letzteres ist, wie zu vermuten war, in mancher Hinsicht sogar der schwierigere, sicher aber der langwierigere Teil der Konsolidierungsaufgabe. Im qualitativen Sinn, also im Hin-

blick auf das Umgestalten der öffentlichen Ausgaben und des Steuersystems in wachstumsfreundlichere Richtung, haben die Konsolidierungsbemühungen bislang wenig Erfolg gebracht. Gerade deswegen müssen hier die Anstrengungen verstärkt werden. Wir erörtern in diesem Gutachten, wie das geschehen könnte, und zwar an den Beispielen

- des Abbaus von Subventionen,
- der Privatisierung öffentlicher Leistungen und öffentlichen Vermögens und
- des Umbaus des Steuersystems.

57*. Subventionen sind meistens Kinder der Not. Aber oft bestehen sie fort, wenn die Not vorbei ist. Ja, sie werden nicht selten zu einem Besitzstand, führen zu Desorientierung im Unternehmerverhalten und zu Wettbewerbsverzerrungen, erschweren das Umschichten von Staatsausgaben und Steuern, hemmen Strukturwandel und Wirtschaftswachstum und sind dann in wirtschaftspolitischer, fiskalischer und auch in sozialer Hinsicht nur noch Ballast. Es geht um den Abbau von Subventionen, die gesamtwirtschaftlich nicht mehr gerechtfertigt sind. Zu bedenken ist auch, daß es dann, wenn alte Hilfen nicht zurückgenommen werden, an Mitteln fehlt, um allfällige neue Hilfen zu finanzieren. Andere öffentliche Leistungen müssen dann gekürzt oder private Einkommen zusätzlich belastet werden. Mehr Flexibilität in der Subventionspolitik würde es auch leichter machen, in aktuellen Notfällen vorübergehend zu helfen.

58*. Im Sachverständigenrat besteht Einigkeit darüber, daß die Konsolidierung der Staatsfinanzen notwendig ist. Unterschiedliche Meinungen bestehen dagegen über die Begründung, Weg und Tempo der Konsolidierung. Nach Meinung eines Mitglieds des Sachverständigenrats, Hans-Jürgen Krupp, ist es nicht selbstverständlich, daß die Konsolidierung ganz oder überwiegend auf der Ausgabenseite ansetzt. Unstrittig ist, daß zur Konsolidierung eine Überprüfung aller Staatsausgaben gehört, bei der Erträge und Kosten der einzelnen Staatsausgaben gegeneinander abgewogen werden müssen, dabei sind die Anreizstörungen zu berücksichtigen. Auch bei der Diskussion der Beschäftigungseffekte ist es notwendig, positive und negative Beiträge in die Überlegung einzubeziehen. Strittig ist, ob mit der hohen Abgabenbelastung als solcher eine Aussage über die Summe aller Staatsausgaben begründet werden kann.

Die Zinshöhe ist zunächst und in erster Linie von der Geldpolitik bestimmt. Bei einer Normalversorgung mit Geld gehen von den Änderungen der Kreditnachfrage des Staates nur geringe Einflüsse auf das Zinsniveau aus.

Bei der Wahl des Konsolidierungstempos ist die konjunkturelle Entwicklung zu berücksichtigen. Die Rezession wird verlängert, eine darauffolgende Erholung verlangsamt, wenn zur Unzeit zu stark konsolidiert wird, wie dies in den letzten Jahren geschah und auch 1984 zu befürchten ist. Der Vergleich zwischen den Vereinigten Staaten und den

meisten europäischen Ländern zeigt dies sehr deutlich. Kommt es zu einem kräftigen Aufschwung, ist auch nach Meinung dieses Ratsmitglieds die Konsolidierung entschlossen voranzutreiben.

59*. Ein anderes Thema der aktuellen finanzpolitischen Diskussion ist die Privatisierung öffentlicher Leistungen und öffentlichen Vermögens. Beklagenswert ist, daß diese Debatte weitgehend ideologisch geführt wird. Der sachliche Kern des Problems läßt sich dahingehend umschreiben, daß bei einer Staatsquote, die nach den Vorstellungen des Finanzplanungsrates zurückgeführt werden soll, in absehbarer Zeit sicher aber nicht steigen wird, Bund, Länder und Gemeinden wohl nicht umhin kommen, ihre Haushalte und auch ihr Vermögen umzuschichten, um den Strukturwandel zu erleichtern und das Wirtschaftswachstum zu fördern; dabei kann die Privatisierung von bisher öffentlichen Leistungen und öffentlichem Vermögen hilfreich sein.

60*. Zu den Maßnahmen, die sich im Herbst vorigen Jahres abzeichneten, haben wir uns in den beiden Gutachten des vergangenen Jahres geäußert. Damals haben wir zu bedenken gegeben, daß das Wachstum der gewerblichen Investitionen, also das Investieren in Maschinen und in Wirtschaftsgebäude, an und in denen gearbeitet wird, Vorrang vor dem Bauen von Wohnhäusern haben sollte. Wir sind nach wie vor der Meinung, die staatlichen Hilfen für den Wohnungsbau nicht noch weiter auszuweiten, sondern einzuschränken. Wir nehmen in diesem Gutachten zu den Maßnahmen Stellung, über die im Zusammenhang mit dem Haushalt 1984 entschieden werden soll.

61*. Die Gewerbesteuer ist eine schlechte Gemeindesteuer. Sie muß daher abgeschafft und durch eine bessere Steuer ersetzt werden. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen hat mehrheitlich als Ersatz eine Wertschöpfungssteuer vorgeschlagen. Dieser Vorschlag ist nach Meinung des Sachverständigenrates den anderen Plänen zur Änderung und zum Ersatz der Gewerbesteuer eindeutig überlegen. Würde er befolgt, wäre der schlimmste Makel des Gemeindesteuersystems behoben.

62*. Inzwischen hat die Bundesregierung erklärt, daß eine Reform des Einkommensteuertarifs einschließlich einer Neuregelung der Besteuerung von Familien die nächste große Aufgabe der Steuerpolitik sein soll. Wir nehmen in diesem Gutachten zu den Problemen Stellung, die der gegenwärtige Einkommensteuertarif aufgeworfen hat und geben Anhaltspunkte für die anstehende Tarifreform. Als selbstverständlich sollte gelten, daß es zu einem überzeugenden Tarifverlauf kommt. Danach wären steil ansteigende Grenzsteuersätze zu vermeiden.

Weiter sollte der neue Tarif einfach sein und dies in einem doppelten Sinn: Zum einen müßte Mühe darauf verwendet werden, den Steuerpflichtigen die Belastungsidee klarzumachen, die hinter dem Tarif steht. Zum anderen wäre dafür zu sorgen, daß das Besteuerungsverfahren möglichst wenig kompli-

ziert ist. Letzteres spricht für ein Fortbestehen der unteren Proportionalzone. Um die Besteuerungs-idee verständlicher zu machen, sollte es nur wenige Tarifelemente geben, die in plausibler Weise miteinander zu verbinden wären.

Vor allem aber sollten die Grenzsteuersätze gesenkt werden. Sie sind es in erster Linie, die gerade den Antriebskräften entgegenwirken, deren Freisetzen die einzige Chance bietet, daß soviel neue Arbeitsplätze entstehen oder erhalten bleiben, wie nötig sind, damit alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können und die Arbeit finden, die nach Art und Dauer ihren Wünschen am besten entspricht.

Ein deutliches Absenken der Grenzsteuersätze hätte freilich große Einnahmehausfälle zur Folge; wegen des hohen Finanzbedarfs aber auch aus Gründen der Steuerlastverteilung scheinen die Grenzen dafür ziemlich eng gezogen. Diese Grenzen lassen sich jedoch verhältnismäßig weit hinauschieben, wenn die Bemessungsgrundlage nach oben revidiert, also erweitert wird. Manches von dem, was heute als Betriebsausgaben und als Werbungskosten gilt, sowie vieles von dem, was jenseits der Betriebsausgaben, der Abschreibungen und der Werbungskosten gegenwärtig abzugsfähig ist, müßte also zur Disposition gestellt werden, und auch von den Einkommensteuern, die den Finanzämtern nicht zur Kenntnis gebracht werden, aber eigentlich steuerpflichtig sind, wären mehr zu erfassen. Steuervergünstigungen aller Art wären zu beseitigen oder doch wesentlich zu kürzen, und auch Finanzhilfen auf der Ausgabenseite müßten abgebaut werden. Die Ratio der Reform wäre, daß möglichst viele Bürger zwar fast ebenso viel Steuern zahlen wie bisher, aber deutlich weniger im Zusammenhang mit Einkommenssteigerungen.

63*. Wir erörtern in diesem Gutachten mehrere Alternativen für eine Reform des Einkommensteuertarifs (Ziffern 406 ff.).

Geldpolitik (Ziffern 416 ff.)

64*. Die Bundesbank hat zugelassen, daß die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge von dem Pfad abgewichen ist, den sie für stabilitätsgerecht erklärt hatte. Nicht nur die mittlere Linie des vorgegebenen Zielkorridors, sondern sogar dessen Obergrenze wurde überschritten.

Die Bundesbank hat diese Abweichung, soweit sie das Überschreiten der Obergrenze des Zielbandes betrifft, nicht gewünscht. Es wäre ihr aber nicht unmöglich gewesen, für ein Einhalten der Zielvorstellungen zu sorgen. Sie hat einiges getan, eine Rückkehr in den Zielkorridor zu begünstigen, aber nicht sehr viel.

65*. Die Erfahrungen mit früheren Abweichungen vom Pfad einer am Wachstum der Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft orientierten Geldmengensteuerung lassen es nicht zu, daß man eine solche Entwicklung leicht nimmt.

Zum reinen Administrator einer an mittelfristigen Zielgrößen orientierten Geldpolitik soll sich die Bundesbank zwar nicht machen. Auch der Sachverständigenrat hat in mehreren Jahren Abweichungen für gerechtfertigt gehalten. Doch die Sorgen hinsichtlich unerwünschter Nebenwirkungen, die sich mit situationsbezogener Rechtfertigung verbinden, haben sich doch auch regelmäßig als begründet erwiesen.

66*. Gegen den Versuch, die weitere konjunkturelle Erholung mit Mitteln der Geldpolitik zu stimulieren, gibt es grundsätzlich Einwände. Aber auch wenn man diese nicht teilt, bestünde kein Anlaß, für 1984 etwa noch ein expansives Element einzuplanen. Die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung ist in Gang gekommen, und wenn sie noch nicht die Kraft hat, die man sich wünschen mag, so liegt das jedenfalls nicht an der Geldpolitik.

Dies gilt auch für die Gründe, welche von der Angebotsseite an den monetären Märkten her die Zinsen hoch halten. Daß die Kapitalanleger sich scheuen, auf weiter sinkende Zinsen zu setzen, daß die Risikofähigkeit der Banken geringer geworden ist, das sind Faktoren, die die Geldpolitik nicht zu überspielen versuchen sollte, indem sie zusätzliches und billigeres Geld anbietet. Noch weniger als die Anlage- neigung der Kapitalbesitzer und der Banken kann die Bundesbank die Investitionsneigung der Unternehmen durch eine expansive Geldpolitik stimulieren. Die Inflationsgefahren, die sich mit solcher Politik verbinden, die Erwartung bald wieder steigender Zinsen und die Erfahrung, im ganzen zu den Inflationsverlierern zu gehören, schließen es im Grunde aus, daß die Unternehmen die Ankündigung einer expansiven Geldpolitik umsetzen in die Erwartung höherer Gewinne — diese real gesehen und unter Berücksichtigung der Besteuerung von Scheingewinnen, und dies nicht nur kurzfristig, das heißt unter Berücksichtigung der Folgen künftiger Restriktionspolitik, die zu erwarten ist, wenn die Inflation sich beschleunigt.

67*. So ist also anzuraten, die weitere Expansion des Angebots an Zentralbankgeld wieder konsequenter an den Grundsätzen für eine am Wachstum der Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft orientierte Geldmengensteuerung auszurichten.

Das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials hat sich leicht erhöht. Es ist aber immer noch gering. Wir schätzen es auf reichlich 1½ vH. Für einen vorläufig noch unvermeidlichen abermaligen Anstieg des Preisniveaus muß es einen Zuschlag geben. Den für den Verlauf des kommenden Jahres zu erwartenden Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus schätzen wir auf 2½ vH bis 3 vH (den Anstieg der Verbraucherpreise, Dezember gegen Dezember gerechnet, auf reichlich 2 vH). An anderer Stelle dieses Gutachtens haben wir ausführlich erörtert, inwieweit für vertretbar zu halten ist, daß das Ziel einer raschen weiteren Senkung der Inflationsrate die Vorstellungen über die richtige Geldpolitik für das Jahr 1984 nicht bestimmt.

Faßt man das Potentialwachstum und den Zuschlag für einen derzeit noch unvermeidlichen weiteren Anstieg des Preisniveaus zusammen, so erscheint eine Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge im Verlauf des Jahres 1984 um etwa 4½ vH ausreichend, aber auch angemessen.

Man mag sich fragen, ob eine Expansionsrate von 4½ vH genügen würde, auch eine wirtschaftliche Aufwärtsbewegung abzudecken, die — was ja durchaus erwünscht wäre — das heute vorauszuschätzende Tempo überträfe. Diese Frage ist zu bejahen. Der Rat zu einer solchen Zielvorgabe ist aufgrund einer mittelfristigen Betrachtung der Geldversorgung und der Entwicklung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes gewonnen. Die Geldversorgung würde ausreichen, ein Sozialprodukt, das die Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft normal auslastet, friktionsfrei zu finanzieren. Davon sind wir noch mehrere volle Prozentpunkte entfernt.

68*. Wieder geben wir keine Zinsprognose ab. Von den binnenwirtschaftlichen Fundamentalfaktoren her — niedrige Inflationsrate, sinkende Staatsdefizite, befriedigende Leistungsbilanzüberschüsse — stehen die Zeichen auf Zinssenkung. Auch eine weitere konjunkturelle Belebung der Kreditnachfrage steht dem nicht entgegen. Diese wird sich ohnehin in Grenzen halten, da schon 1983 zumindest die Nachfrage nach langfristigen Krediten recht lebhaft war, der Konsolidierungsbemühungen der Unternehmen wegen. An die Stelle von Krediten zu Konsolidierungszwecken könnten mehr Kredite zu Investitionszwecken treten.

Wenn trotzdem Unsicherheit herrscht hinsichtlich der zu erwartenden Zinstendenz, so wegen der Unsicherheit hinsichtlich der amerikanischen Zinsen und hinsichtlich des Spielraums für eine verstärkte Abkoppelung von ihnen. Bei letzterem geht es um die Kombination von Zinsen und Wechselkurs-erwartungen.

69*. Daß mehr Unternehmen als vor einem Jahr für eine Aufwärtsbewegung gerüstet sind, gehört zu den Gründen, warum wir ein Anhalten der verbesserten Investitionsneigung der Unternehmen auch für den Fall erwarten, daß etwa aus außenwirtschaftlichen Gründen die Zinsen verhältnismäßig hoch bleiben. Die Anpassung der Volkswirtschaft an möglicherweise dauerhaft höhere Zinsen hat Fortschritte gemacht. Und hier hat zweifellos die Lohnpolitik eine wichtige Rolle gespielt. Das, was in der internationalen Diskussion die Reallohn-Lücke in der Rentabilität zusätzlicher Produktion heißt und von vielen als ein zentraler Grund für die Wachstumsschwäche der Industrieländer diagnostiziert wird, ist außer in den Vereinigten Staaten wohl vor allem in der Bundesrepublik kleiner geworden.

70*. Ein Mitglied des Sachverständigenrats, Hans-Jürgen Krupp, teilt zwar die Meinung der Mehrheit, daß die Geldpolitik zur Verstärkung der Wirtschaftsentwicklung beitragen muß. Dafür reicht aber seiner Meinung nach eine strikte Orientierung

der Geldmengenentwicklung (in jeglicher Abgrenzung) am Wachstum des Produktionspotentials nicht aus. Die enge Beurteilung der Geldpolitik dieses Jahres und der der letzten Jahre im Rahmen des vom Sachverständigenrat zugrunde gelegten Konzepts wird der anstehenden wirtschaftlichen Probleme dieser Jahre nicht gerecht. Seiner Auffassung nach beeinflusst die Geldpolitik in stärkerem Maße, als dies die Mehrheit sieht, auch die langfristigen Zinsen, sowie die sich am Markt aus Nominallöhnen und Güterpreisen ergebenden Reallöhne und die Beschäftigung.

Lohnpolitik (Ziffern 427 ff.)

71*. Den Tarifparteien sind in der nächsten Lohnrunde schwierige Aufgaben gestellt. Es stehen Auseinandersetzungen über Art und Umfang von Verkürzungen der Arbeitszeit bevor, die nicht ohne Auswirkungen auf die Lohnverhandlungen bleiben und aller Voraussicht nach in diese eingebunden werden. Es ist eine Antwort auf die Frage zu finden, wie die Lohnpolitik helfen kann, die Beschäftigungsprobleme zu vermindern. Mit der wirtschaftlichen Besserung zeichnet sich ab, daß die Lage am Arbeitsmarkt im kommenden Jahr erstmals seit drei Jahren nicht mehr schlechter wird, sondern möglicherweise sogar ein wenig besser. Von der Aufgabe, die Arbeitslosigkeit auf ein erträgliches Ausmaß zurückzuführen, müssen sich die Tarifparteien jedoch auch im nächsten Jahr leiten lassen.

72*. Soweit Reallohnsicherung für die Grundlinie der Lohnpolitik bestimmend bleibt, stellt sich an sich die Frage nicht, wie der Produktivitätszuwachs abzuschätzen ist, hinter dem der angestrebte Reallohnzuwachs zurückbleiben sollte. Wegen der Bedeutung, welche diese Größe in der lohnpolitischen Diskussion hat, sei jedoch abermals ins Bild gerückt: Ratio einer am Ziel eines höheren Beschäftigungsstandes orientierten Lohnpolitik ist es, eine Besetzung oder Schaffung von Arbeitsplätzen rentabel werden beziehungsweise rentabel bleiben zu lassen, die trotz aller Rationalisierungsanstrengungen eine geringere Arbeitsproduktivität aufweisen als die — ja durchaus überwiegenden — Beschäftigungsfälle, die auch bei den gegenwärtigen Kostenverhältnissen rentabel und insoweit nicht gefährdet sind. Die zugleich mögliche und angestrebte durchschnittliche Arbeitsproduktivität sollte also Ergebnis einer Schätzung sein, die dem Rechnung trägt. Ein Durchschnitt, der deshalb hoch ist, weil weniger ertragreiche Beschäftigungsmöglichkeiten gar nicht genutzt werden, ist unerwünscht. Unberührt bleibt, daß es vernünftig ist, alle lohnenden Möglichkeiten einer Steigerung der Produktivität durch Kostensenkung auch zu nutzen; denn Kostensenkung erweitert zugleich den Spielraum für erhöhte Einkommen und lohnende Produktion. Kostenungünstige Produktionsverfahren deshalb wählen, weil sie beschäftigungsintensiver sind, hieße selbstverständlich widersinnig handeln. Aber selbst das wird gelegentlich verlangt.

73*. Im Mittelpunkt der Diskussion um die kommende Tarifrunde steht die Frage, in welcher Art und in welchem Umfang Verkürzungen der Arbeitszeit vereinbart werden sollen. Im folgenden diskutieren wir unterschiedliche Arten der Arbeitszeitverkürzung im Hinblick auf ihre Auswirkungen. Sorgen bestehen dahingehend, daß die Lohnpolitik 1984 in Zusammenhang mit Arbeitszeitverkürzungen die Grundlinie der vergangenen beiden Jahre verlassen könnte.

Schon bei einer Verminderung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde etwa wäre der Spielraum für eine Erhöhung der Wochenlöhne nur noch gering. Soll konsequent Spielraum dafür gegeben werden, daß Kostensenkungen, die im Produktivitätsfortschritt zum Ausdruck kommen, in einer höheren Rentabilität der Investitionen wirksam werden, so daß eine größere Anzahl möglicher Investitionen die Rentabilitätsschwelle erreichen und mit Aussicht auf Erfolg realisiert werden können, müßte man sich bei einer solchen Arbeitszeitverkürzung darauf einstellen, daß die Wochenlöhne zwar nominal schwach steigen, aber real sinken. Im Falle der Verkürzung der Lebensarbeitszeit sind die Folgerungen je nachdem, wie großzügig das Angebot an ältere Arbeitnehmer ausfällt, bei Fortzahlung eines Teils der bisherigen Bezüge vorzeitig in den Ruhestand zu gehen, nicht wesentlich anders.

Es ist sicher richtig, daß die Verkürzung der Arbeitszeit für sich genommen zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet. Das ist aber nicht das Ende der Überlegungen. Je stärker die Kostensenkungen, oder anders betrachtet die Produktivitätssteigerungen, die im Produktionsprozeß ansonsten erzielt werden, zum Ausgleich der Mehraufwendungen wegen Verkürzung der Arbeitszeit herangezogen werden, desto geringere Aussichten bestehen, daß es zu mehr Produktion, mehr Investitionen und mehr Beschäftigung im übrigen kommt. Dieser Weg liefe hinsichtlich der Beschäftigung hinaus auf einen Tausch von Beschäftigungseffekten aus der Verkürzung der Arbeitszeit gegen Beschäftigungseffekte aus Kostensenkung.

Die Diskussion um die Arbeitszeit versachlichen (Ziffern 115 ff., 365, 432 ff.)

74*. Das Drängen auf eine Erleichterung oder Dekretierung von Arbeitszeitverkürzungen wirft vielfältige Fragen auf, die Frage, inwieweit die von Neuregelungen Betroffenen eine Arbeitszeitverkürzung überhaupt wünschen, die Frage nach den Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum, den Beschäftigungsstand und den Staatshaushalt sowie die Frage, ob den angestrebten kurz- und mittelfristigen Wirkungen langfristige Gesichtspunkte entgegenstehen.

75*. Arbeitszeitregelungen werden vom Staat festgelegt, von den Tarifparteien vereinbart oder individuell zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern getroffen. Individuelle Regelungen können zu einer Flexibilisierung der Arbeitszeit führen. Wird die Arbeitszeit von den Tarifpartnern vereinbart, so gilt

sie als Normalarbeitszeit im Sinne des üblichen arbeitsrechtlichen Rahmens. Die Tarifverträge können aber auch Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Arbeitszeit eröffnen. Arbeitszeitregelungen beziehen sich auf die Wochenarbeitszeit, auf die Jahresarbeitszeit und auf die Lebensarbeitszeit. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen gegenwärtig

- flexible Arbeitszeitregelungen im Wege individueller Vereinbarungen bei völliger oder durch Rahmenregelungen begrenzter Vertragsfreiheit,
- eine Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit und
- Angebote an ältere Arbeitnehmer für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit.

Der Sachverständigenrat erörtert in diesem Gutachten unterschiedliche Arten der Verkürzung der Arbeitszeit nach dem Gesichtspunkt ihrer Kosten und ihrer Erträge, hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Arbeitsangebot und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte.

76*. In der Diskussion um eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit spielt die Frage eines Lohnausgleichs eine wichtige Rolle. Versteht man unter einer Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich eine solche, bei der zwar auf sonst mögliche Einkommenssteigerungen zugunsten von mehr Freizeit (teilweise) verzichtet wird, aber die nominalen, tariflich bestimmten Monatseinkommen nicht sinken — dies halten wir auch für die gewerkschaftliche Sicht —, so hat es in der Vergangenheit keine tariflich vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen ohne vollen Lohnausgleich gegeben. Die Tariflöhne je Beschäftigten wurden zumindest so weit angehoben, daß die von ihnen bestimmten monatlichen Einkommen nominal nicht sanken. Das heißt freilich nicht, daß die Realeinkommen in allen Fällen gehalten werden konnten; zumindest blieb die Realeinkommenssteigerung hinter der zurück, die ohne Arbeitszeitverkürzung möglich gewesen wäre.

Fragen des Lohnausgleichs stellen sich bei schwacher Wachstumsdynamik in der Wirtschaft strenger als bei einer Wachstumsdynamik, wie sie früher herrschte. Zusätzliche Kostenbelastungen wiegen schwerer, wenn das Kostenniveau ohnedies schon hoch ist. Und Einbußen am Einkommenszuwachs hinzunehmen, kommt härter an, wenn der Spielraum für Einkommenszuwächse ohnedies klein ist. Und Fragen des Lohnausgleichs sind nicht die einzigen, die sich anders stellen. Auch die Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte erscheinen in einem anderen Licht, weil es an wirtschaftlichem Wachstum fehlt.

77*. Im Zusammenhang mit dem fortbestehenden Wachstumspessimismus, aber wohl auch aus Gründen, die nur teilweise im Ökonomischen wurzeln, ist die Auseinandersetzung über weitere Arbeitszeitverkürzungen, namentlich die Auseinandersetzung über Form und Ausmaß weiterer Arbeitszeitverkürzungen, ganz in den Vordergrund der wirtschaftspolitischen Diskussion gerückt und könnte, fortge-

führt in der Form eines harten Arbeitskampfes, die gesamtwirtschaftliche Situation schwer belasten.

- (1) Eine Arbeitszeitverkürzung, die daraus entsteht, daß die Menschen sich, soweit einigermaßen wohlinformiert, bei einem Vergleich des Nutzens aus mehr Einkommen mit dem Nutzen aus mehr Freizeit beziehungsweise aus eigenwirtschaftlicher Betätigung dafür entschieden haben, ist zu akzeptieren. Daß die Arbeitnehmer etwa einen zu kleinen Anreiz hätten, sich für mehr Freizeit und gegen mehr materiellen Wohlstand zu entscheiden, davon kann keine Rede sein. In gesamtwirtschaftlicher Betrachtung trifft eindeutig das Gegenteil zu. Die Folgen ihrer Entscheidung für die Einnahmen des Staates und die Sozialversicherungsträger gehen nicht oder nur teilweise — nur soweit sie die Auswirkungen auf ihre künftigen Ansprüche einbeziehen — in ihr Kalkül ein.

Individuelle Wünsche auf Arbeitszeitverkürzung gibt es aus diesen und anderen Gründen anscheinend in beträchtlichem Umfang, und sie werden zumindest teilweise durch die gegenwärtigen Arbeitszeitregelungen behindert. Daß anders als früher solche Wünsche aber nicht allgemein sind oder auch nur eindeutig vorherrschen, verwundert nicht. Früher nahm die allmähliche Arbeitszeitverkürzung einen mäßig großen Teil der je Stunde insgesamt möglichen Verdienststeigerung in Anspruch. Derzeit bedeutet ein ähnliches Tempo an Arbeitszeitverkürzung, daß man unter Umständen eine Zeitlang auf jeden realen Einkommenszuwachs verzichten, möglicherweise sogar eine weitere Minderung des Lebensstandards in Kauf nehmen muß. Es verwundert daher auch nicht, daß so viele Menschen eher den Wunsch haben, länger zu arbeiten, als es der derzeit normalen 40-Stunden-Woche entspricht. Weitere Arbeitszeitverkürzung ist also nicht schon deshalb selbstverständlich, weil es sie in den zurückliegenden Jahrzehnten in der einen oder der anderen Form ständig gegeben hat.

Bei einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung hat man weniger als früher Aussicht, Kontakt zu halten mit den individuellen Wünschen einer Mehrheit, immer angenommen, diese Wünsche wären das Ergebnis ausreichender Information auch darüber, was Arbeitszeitverkürzung beim Einkommen kostet. Lohnausgleich der Form nach bedeutet ja nicht auch Lohnausgleich der Sache nach, sondern regelmäßig Verzicht auf eine sonst mögliche Einkommenssteigerung.

- (2) Was die möglichen Wirkungen einer Arbeitszeitverkürzung auf den gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsstand anbelangt, so darf nicht davon ausgegangen werden, daß die gesamtwirtschaftlich nachgefragte und zu leistende Arbeit als vorgegeben anzusehen und nur noch zu entscheiden ist, wem die Arbeit zugeteilt wird. Wieviel Arbeit nachgefragt, wieviel tatsächlich gearbeitet wird hängt nicht zuletzt

vom Arbeitsangebot (Menge und Preis) selbst ab.

Von großer Bedeutung ist, welche Bedingungen man schafft für den Strukturwandel, in dem sich neue Beschäftigungsmöglichkeiten erschließen. Und zu diesen Bedingungen gehört, welche Preise für Arbeitsleistungen zu zahlen sind, zählt auch, wie groß das Angebot an weiterhin knapp bleibender Qualifikation und Leistungsbereitschaft sein wird. Arbeitszeitverkürzung hat hierauf Einfluß. Vor allem aber: Wieviel in der Summe tatsächlich in der Volkswirtschaft gearbeitet wird, hängt auch davon ab, wie lange zu arbeiten die einzelnen sich entschließen. Sie beschließen damit darüber, wieviel sie produzieren, wieviel Einnahmen sie haben, wieviel Güter sie kaufen werden. Es wäre wirklichkeitsfremd, davon auszugehen, ein Sozialprodukt vorgegebener Größe sei zu erstellen und daraus ergäbe sich die Nachfrage nach Arbeit, wobei Produktivitätssteigerungen auch noch als Störfaktor ins Spiel kämen, die den Bedarf an Arbeit unnötig reduzieren. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung kann das gesamte Aktivitätsniveau der Volkswirtschaft herabsetzen und würde dann überhaupt nichts an Zunahme bei der Beschäftigung und Abnahme bei der Arbeitslosigkeit bringen. So gesehen wäre der rechnerische Beschäftigungseffekt einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung gleich Null.

Dem steht gegenüber ein rechnerischer Beschäftigungseffekt, bei dem man von einem unveränderten Sozialprodukt ausgeht und unter Berücksichtigung von Produktivitätseffekten auf den Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften schließt.

Vermeidet man extreme Ausgangspunkte, auch die Vorstellung einer sehr breit angelegten, fast allgemeinen Arbeitszeitverkürzung, so sollte nicht streitig sein, daß, von der großen Bedeutung der Form, in der sie sich vollzieht, einmal abgesehen, eine Arbeitszeitverkürzung, die das Kostenniveau der Unternehmen gegenüber dem, wie es ohne Arbeitszeitverkürzung wäre, nicht erhöhte, zu einer Steigerung des gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsstandes gegenüber dem, wie er sonst wäre, führen würde, was auch heißen kann, daß eine andernfalls zu erwartende Senkung des Beschäftigungsstandes geringer ausfiele oder ausbliebe. Auch eine geringe Erhöhung des Kostenniveaus in dem genannten Sinne würde, wiewohl für sich genommen mit negativen Beschäftigungswirkungen verbunden, ein Übergewicht der positiven Wirkungen noch nicht ohne weiteres infrage stellen.

So gesehen ist durchaus richtig, daß Arbeitszeitverkürzung zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen und damit den Wünschen von Arbeitnehmern auch dann nahekommen kann, wenn diese bei ungefährdetem Arbeitsplatz keinen Tausch von Freizeit gegen Einkommen wünschen. Freilich, dies trifft auch zu auf eine Lohnpolitik, die zu Kostensenkungen führt.

Im übrigen: Bei der Entscheidung über den einzuschlagenden Weg darf man sich, was die Frage der Kostenwirkungen von Arbeitszeitverkürzungen angeht, nicht von einer Vorstellung davon leiten lassen, was denkbar ist. Es zählt nur, was wahrscheinlich ist. Hier spielt das Ausmaß der angestrebten Arbeitszeitverkürzung eine große Rolle. Es ist noch nicht zu sehen, wie eine starke allgemeine Arbeitszeitverkürzung, wie sie etwa der Übergang zur 35-Stunden-Woche darstellt, kostenneutral vorgenommen werden könnte, und zwar auch dann nicht, wenn man sie über mehrere Jahre streckte. Aus doppeltem Grunde ist dies schwer vorstellbar.

- Auf Jahre hin muß man, wie schon dargelegt, davon ausgehen, daß der Spielraum für eine Steigerung der realen Stundenlöhne gering sein wird. Für den Fall einer mehrjährigen allgemeinen Arbeitszeitverkürzung müßte daher selbst bei sich weiter bessernder Wirtschaftslage eine langanhaltende Stagnation, wahrscheinlich sogar zeitweise eine erneute Senkung der realen Wochenlöhne konsensfähig erscheinen, will man sich dazu entscheiden, diesen Weg zu gehen, und dabei keinen Konflikt mit der Stabilitätspolitik programmieren.
- Bei einer starken allgemeinen Arbeitszeitverkürzung wird es, immer vorausgesetzt, es kommt überhaupt zu einer entsprechenden Nachfrage nach Arbeitskräften nicht möglich sein, den Ausfall an qualifizierter Arbeitskraft voll zu ersetzen, sei es durch Arbeitslose, sei es durch Nachrückende in den Betrieben. Das Entstehen von Engpässen würde also schon knappheitsbedingt einen Teil der Löhne und Gehälter weiter hochziehen, zumindest aber zusätzliche Ausbildungskosten verursachen.

Entscheidet man sich im Bewußtsein dieser Probleme für den Weg einer starken allgemeinen Arbeitszeitverkürzung, so kann man, gemessen an den Kosten, keine großen Hoffnungen auf erhebliche positive Beschäftigungswirkungen damit verbinden. Freilich: Bei welchen Kostensteigerungen deren negative Beschäftigungswirkungen die positiven Wirkungen einer kostenneutralen Arbeitszeitverkürzung überwiegen, läßt sich nicht verlässlich angeben.

- (3) Da wirtschaftliches Wachstum mitbestimmt ist vom Angebot an Arbeitskraft, muß es durch Arbeitszeitverkürzung beeinträchtigt werden. Dies gilt, obwohl derzeit das Angebot an Arbeit das Arbeitsvolumen im allgemeinen nicht begrenzt. Es gilt auch dann noch, wenn beschäftigungspolitisch die positiven Effekte einer Arbeitszeitverkürzung dominieren sollten. Selbst im günstigsten Falle wird nicht alles, was durch Arbeitszeitverkürzung an Leistung ausfällt, durch Mehrbeschäftigung ausgeglichen.

Ein Problem, dessen Bedeutung zwar nicht zu quantifizieren ist, deshalb aber doch nicht unterschätzt werden darf, betrifft die Frage der

wirtschaftlichen Dynamik. Wird eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung durch eine Beschränkung der Möglichkeiten abgesichert, Überstunden zu leisten, so engt das die spontanen Wachstumskräfte in der Wirtschaft ein. Während man sich im übrigen bemüht, die Leistungsanreize wieder zu kräftigen, wären sie bei einer derart rationierten Arbeitszeit ausgeschaltet. Überdies: Was man mit zurückhaltender Lohnpolitik kostenseitig an positiven Beschäftigungsimpulsen setzt, würde nur teilweise wirksam werden können, wenn man den Menschen gleichzeitig die Möglichkeit weiter beschneidet oder sogar die Hoffnung nimmt, durch ausreichend lange Arbeit ihren Verdienst an ihre Ausgabenpläne anzupassen.

- (4) Der Staat hat zur Arbeitszeitverkürzung notwendigerweise ein ambivalentes Verhältnis. Soweit aus einer Arbeitszeitverkürzung positive Beschäftigungswirkungen erwartet werden können, fühlt der Staat sich in der beschäftigungspolitischen (Mit-)Verantwortung, die er hat oder sich aufdrängen läßt, entlastet. Hingegen ist er wegen der allemal negativen Wirkungen auf die Summe aller Einkommen und der von dieser Summe abhängigen staatlichen Einnahmen in jedem Falle auch auf der Seite der durch Arbeitszeitverkürzung Geschädigten. Dabei spielt mit, daß für den Staat, anders als für die Privaten, ein durch die Arbeitszeitverkürzung ausgelöstes Wachstum der Schattenwirtschaft keinen Gegenposten bildet zu den Wachstumskosten in der offiziellen Wirtschaft. Die Resignation vor der Aufgabe, das Beschäftigungsproblem durch mehr Arbeit und Produktion, also durch wirtschaftliches Wachstum zu lösen, eröffnet für den Staat noch weniger einen Ausweg als für die Privaten.
- (5) Neuregelungen zur Arbeitszeit, die der Staat oder die Tarifvertragsparteien für andere treffen, müssen in dem Bewußtsein getroffen werden, daß es auf lange Sicht aus demographischen Gründen wünschenswert sein kann, eher wieder länger zu arbeiten. Das macht Reversibilität der Entwicklung zu einem ergänzenden Kriterium für den heute zu wählenden Weg.
- (6) Zusammenfassend: Bei allen Entscheidungen sollte die Frage, ob der einzuschlagende Weg den individuellen Wünschen der Betroffenen entgegenkommt, in der Führungsrolle sein. Kollektive Arbeitszeitregelungen, die dies nicht gewährleisten, sind für diejenigen, die mehr arbeiten wollen, eine Rationierung. Das gilt auch für die 40-Stunden-Woche, aber durch eine Verkürzung auf die 35-Stunden-Woche würden — zumindest vorläufig — die Erwerbswünsche von mehr Menschen beeinträchtigt. Der marktwirtschaftliche Weg ist der einer Lenkung über den Preis, hier den Lohn — nicht der eines Eingriffs in die Mengen, hier die Arbeitszeit. Dieser Weg — lohnpolitische Zurückhaltung — ist eingeschlagen und verspricht auch Erfolg. Falls es gleichwohl zu einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung kommt, sollte diese, um die negati-

ven Wachstumswirkungen und die Verletzung der Arbeitsfreiheit in Grenzen zu halten, auf keinen Fall mit einer Verengung der Möglichkeit zu Mehrarbeit, Überstunden etwa, verbunden werden, sondern im Gegenteil mit einer Erleichterung hierzu. Auf die ordnungspolitische Seite des Problems hat vor allem der Staat bei seinen Entscheidungen zu achten. Dessen starkes Interesse an der Eindämmung negativer Wachstumswirkungen gibt ihm auch einen kräftigen Anreiz hierzu. Öffentliches Geld sollten staatliche Maßnahmen in Richtung Arbeitszeitverkürzung nach Möglichkeit nicht kosten. Öffentliches Geld für Wachstumsförderung trägt Zinsen in der Form künftig höherer Steuerkraft und tilgt den Bedarf an Zuschüssen an die Bundesanstalt für Arbeit. Öffentliches Geld zur Erleichterung von Arbeitszeitverkürzungen würde im wesentlichen ein öffentliches Defizit durch ein anderes ersetzen; möglicherweise jedoch eine zusätzliche finanzielle Dauerlast schaffen. Eine finanzielle Dauerlast müßte auf jeden Fall vermieden werden. Öffentliches Geld verleitet auch zu Vorstellungen, man müsse eine direkte, kontrollierte Beziehung herstellen zwischen Arbeitszeitverkürzung und ausgleichender Einstellung neuer Arbeitskräfte. Solche Vorstellungen gehen gänzlich daran vorbei, daß sich der Arbeitskräftebedarf von Unternehmen zu Unternehmen ganz unterschiedlich entwickelt. Die Durchsetzung wird außer an tatsächlichen Kontrollproblemen auch an diesem offensichtlichen Verstoß gegen das, was wirtschaftlich vernünftig ist, scheitern (Ziffer 453). Außerdem erscheint es nicht vernünftig von dem Prinzip abzuweichen, daß derjenige, der Entscheidungen zu treffen hat, auch die Kosten der Entscheidung zu tragen hat. Schließlich: Vorkehrungen für die Reversibilität sollten nach Möglichkeit in die jetzt geplanten Neuregelungen der Arbeitszeit eingehen.

Grundsätzlich ist der Sachverständigenrat sich an dieser Stelle einig. Nach Meinung eines Mitglieds, Hans-Jürgen Krupp, ist jedoch zu berücksichtigen, daß erst unter Zuhilfenahme von öffentlichem Geld ein ausreichend attraktives Angebot an die möglichen Vorrüheständler gemacht werden kann. Es ist möglich, ein derartiges Angebot zu befristen und so auszugestalten, daß sich immer noch Einsparungen an öffentlichem Geld ergeben. Dann ist aber eine öffentlich unterstützte Tarifrente allemal vorteilhaft, verglichen mit einer Situation, in der nichts geschieht, weil das Angebot auf Lebensarbeitszeitverkürzung nicht attraktiv genug ist. Die Arbeitslosigkeit geht zurück, die Bundesanstalt für Arbeit wird entlastet, die Beiträge können sinken. Soweit die Meinung dieses Mitglieds des Sachverständigenrats.

Insgesamt gesehen würde eine Strategie, in der vielfältige Formen freiwilliger — individueller — Arbeitszeitverkürzung verbunden wären mit einem fairen, möglichst privat zu finanzierenden und auf eine bestimmte Anzahl von Jahren beschränkten Angebot an die Älteren, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen oder ihre Arbeits-

zeit massiv zu verkürzen, zu solchen Grundsätzen passen. Es ist eine Strategie, wie sie von der Bundesregierung und einem Teil der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände befürwortet wird, außer hinsichtlich der Finanzierungsfrage bei einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Eine Entscheidung für die 35-Stunden-Woche müßte mit anderen Argumenten begründet werden.

Nach Ansicht des Sachverständigenrates wären die Beschäftigungswirkungen eines Übergangs zur 35-Stunden-Woche, gemessen an den Hoffnungen, die sich mit ihr verbinden, und gemessen an den Kosten, die in Kauf zu nehmen wären, gering. Sie können größer sein, wenn es auch bei Arbeitszeitverkürzungen gelingt, für eine Entwicklung der Lohnkosten zu sorgen, die zu mehr Beschäftigung führt und keine neuen inflatorischen Impulse setzt.

Kommt es zu Kostensteigerungen gegenüber dem, was sich ohne Arbeitszeitverkürzung ergäbe, kann man sogar nicht ausschließen, daß die Beschäftigungswirkungen negativ werden, und auch soweit dies nicht zutrifft, zählte eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden doch zu den Maßnahmen, die Ausdruck einer defensiven Strategie sind und zugleich den möglichen Erfolg einer offensiven Strategie verringern können.

Reform des Sozialsystems

(Ziffern 468 ff.)

78* Der Sachverständigenrat ist nicht im besonderen zuständig für Einzelfragen des Sozialsystems. In einem eigenen Abschnitt dieses Gutachtens erörtert er gleichwohl unter dem Gesichtspunkt der Einbindung der Probleme des Sozialsystems in die Gesamtzusammenhänge der Wirtschaft Grundzüge der Reform, die sich in der Diskussion befinden.

79* Die Größe der Reformaufgabe ergibt sich daraus, daß die wichtigen Problembereiche der Wachstumsschwäche, der Arbeitszeitverkürzung, der Entwicklung der öffentlichen Abgaben und der demographischen Veränderungen eng miteinander verzahnt sind und Wandlungen des Ordnungsrahmens erfordern, die viel weiter gehen, als es nötig wäre, wenn diese Probleme je für sich gestellt wären.

— Erfordert schon die allgemeine Wachstumsschwäche eine Überprüfung der Grenzbelastung der Einkommen, so macht es die künftige Altenlast unabweisbar, die Grenzbelastung — und nicht nur diese — zu senken, wo es irgendetwas geht, damit die Kumulation der Abgabenlast nicht unerträglich wird.

— Im Sozialsystem ist es das Prinzip der Beitragsäquivalenz und das einer beschränkten Sicherung, die helfen müssen, über eine Mobilisierung von Reserven der Fähigkeit zur Eigenvorsorge eine Überforderung des Systems zu verhindern.

- Auch die Differenzierung in der individuellen Arbeitszeit verlangt danach, diesen Weg zu gehen. Einkommensabhängige Beiträge und leistungsunabhängige Leistungen sind bei freier bestimmter Arbeitszeit noch weniger miteinander vereinbar als bisher. Das aber heißt, daß für den Familienlastenausgleich und für die übrige Einkommensverteilung, soweit beide derzeit über die Sozialversicherungen organisiert sind, eigentlich ein anderer Ort gefunden werden müßte, zumindest teilweise.
- Verknüpft sind das Beschäftigungsproblem von heute und das Altenlastproblem von morgen außerdem in der Hinsicht, daß beide hohe Investitionsanstrengungen erfordern. Investitionen sind nötig, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen oder zu sichern. Und Investitionen (sowie der Aufbau von Vermögen im Ausland) sind eine Möglichkeit, Konsumpotential von heute in die Zukunft zu transportieren. Direkter: In geeigneter Form heute mehr zu arbeiten, bedeutet, für die kritische Zeit hohen Alterskonsums vorzuarbeiten.

Steuerungsfehler im Marktprozeß (Ziffern 503 ff.)

- 80***. In einzelnen Bereichen der Volkswirtschaft haben sich Fehlentwicklungen derart verschärft, daß wirtschaftspolitische Entscheidungen unausweichlich geworden sind.
- In der Umweltpolitik muß der Staat überdenken, ob es nicht bessere, stärker marktwirtschaftliche Instrumente gibt, die es erlauben, die Ziele weiter zu stecken, ohne gesamtwirtschaftlich all-

zuviel an Produktion und Einkommen aufgeben zu müssen.

- In der Stahlindustrie steht eine Umstrukturierung bevor, mit der ein Kapazitätsabbau einhergehen muß; hier steht der Staat mit nennenswerten Geldbeträgen bereit, die betroffenen Unternehmen zu unterstützen.
- Die Kohleschutzpolitik, die mit mehr öffentlichem Geld und zahlreichen Eingriffen das Geschehen auf dem Kohlemarkt lenkt, ist in eine Sackgasse geraten; zu viel Kohle wird in zu vielen Zechen zu teuer gefördert; und billige Kohle kommt nicht ins Land.
- Sehr viel staatliches Geld fließt in unterschiedlichsten Formen in den Wohnungsbau. Die Wohnungsbaupolitik kann ihre Ziele auch billiger erreichen; vordringlich sind Änderungen von steuerlichen Regelungen für das selbstgenutzte Wohnungseigentum und eine Neuorientierung im sozialen Wohnungsbau.
- Neuerungsbereiten Unternehmen stehen — insbesondere wenn es sich um junge Unternehmen handelt — vielfach Hindernisse bei der Beschaffung von Risikokapital entgegen. Große Beträge risikobereiten Kapitals fließen an diesen Unternehmen vorbei, wegen hoher Steuervorteile anderwärts oder wegen Mängeln bei der Vermittlung von Beteiligungskapital.
- Die gemeinsame Agrarpolitik, über die in Brüssel und nicht auf nationaler Ebene entschieden wird, muß endlich überdacht werden. Die Produktionsüberschüsse ufern immer mehr aus, und die Finanzmittel der Europäischen Gemeinschaft sind erschöpft; möglicherweise soll in Zukunft zu Lasten der nationalen Staatshaushalte noch mehr Geld zur Unterstützung der Landwirtschaft in Europa ausgegeben werden.

ERSTES KAPITEL

Die wirtschaftliche Lage

TEIL A

Der internationale Rahmen

I. Weltwirtschaft noch labil

1. Im Jahre 1983 hat die Konjunktur in einigen großen Industrieländern Tritt gefaßt. In der Mehrzahl der Länder blieb aber eine Belebung der Wirtschaft ein weiteres Jahr aus. Die Investitionsschwäche hielt an. Die Anzahl der Arbeitslosen nahm abermals zu, wenngleich nicht mehr so stark wie in der Zeit davor. Zuletzt waren in den westlichen Industrieländern über 34 Millionen Menschen ohne Arbeit; fast jeder elfte Arbeitnehmer hatte keine Beschäftigung.

2. Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit wirken noch nach. Die Strukturkrise und die rezessiven Auswirkungen der Inflationsbekämpfung kamen hinzu. Das macht es den einzelnen Ländern schwer, aus der Stagnation herauszufinden. Es mangelt an Flexibilität und Dynamik.

Immerhin zeigten sich im vergangenen Jahr erste Erfolge auf dem Weg zu mehr Stabilität. Der Anstieg der Verbraucherpreise war 1982 in den westlichen Industrieländern nur noch etwa halb so hoch wie 1980. Im laufenden Jahr ist er auf weniger als 6 vH zurückgegangen (Tabelle 1). Besonders stark

Tabelle 1

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Land	Bruttosozialprodukt ^{1) 2)}				Beschäftigte Arbeitnehmer ²⁾			Arbeitslosigkeit ³⁾			
	1973-1980 ⁴⁾	1981	1982	1983 ⁵⁾	1973-1980 ⁴⁾	1981	1982	1973-1980 ⁶⁾	1981	1982	1983 ⁵⁾
Bundesrepublik Deutschland	+ 2,3	- 0,3	- 1,1	+ 1	+ 0,1	- 0,6	- 2,1	3,3	4,8	6,9	8½
Belgien	+ 2,5	- 1,8	- 1,1	0	+ 0,2	- 2,4	- 1,7 ^{a)}	6,6	11,6	13,2	14½
Frankreich	+ 2,8	+ 0,4	+ 1,9	0	+ 0,6	- 0,7	+ 0,4	4,3	7,8	8,9	8½
Großbritannien	+ 0,9	- 2,1	+ 1,2	+ 2½	- 0,1	- 4,2	- 1,6	4,5	9,8	11,3	11½
Italien	+ 2,8	- 0,1	- 0,3	- 1	+ 1,0	+ 0,1	- 0,2	6,2	8,8	10,5	10
Niederlande	+ 2,3	- 1,2	- 1,6	+ ½	+ 0,7	- 1,3	- 1,4 ^{a)}	3,8	7,2	12,0	15½
Schweiz	+ 0,3	+ 1,9	- 1,2	0	- 0,9 ^{a)}	+ 1,3 ^{a)}	- 0,7 ^{a)}	0,3	0,2	0,4	1
Vereinigte Staaten	+ 2,2	+ 2,6	- 1,9	+ 3½	+ 2,0	- 1,7	+ 0,8	6,6	7,6	9,7	10
Japan	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,0	+ 3½	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,5	1,9	2,2	2,4	2½

Land	Verbraucherpreise ²⁾				Leistungsbilanz ⁷⁾			Staatsdefizit ⁸⁾			
	1973-1980 ⁴⁾	1981	1982	1983 ⁵⁾	1973-1980 ⁶⁾	1981	1982	1973-1980 ⁶⁾	1981	1982	1983 ⁵⁾
Bundesrepublik Deutschland	+ 4,7	+ 5,9	+ 5,3	+ 3	+ 0,7	- 1,0	+ 0,5	- 2,6	- 3,9	- 3,5	- 3
Belgien	+ 8,1	+ 7,6	+ 8,7	+ 7½	- 0,6	- 4,2	- 2,3	- 5,5	- 13,0	- 11,9	- 12
Frankreich	+ 11,1	+ 13,4	+ 11,8	+ 9½	- 0,7	- 0,8	- 2,3	- 0,5	- 1,9	- 2,6	- 3½
Großbritannien	+ 16,0	+ 11,9	+ 8,6	+ 5½	- 0,8	+ 2,4	+ 2,0	- 3,7	- 2,8	- 2,1	- 2½
Italien	+ 17,0	+ 19,5	+ 16,6	+ 15	- 0,7	- 2,3	- 1,6	- 9,0	- 11,7	- 11,9	- 12
Niederlande	+ 7,1	+ 6,7	+ 6,0	+ 2½	+ 1,1	+ 2,0	+ 2,5	- 1,9	- 5,4	- 7,7	- 7½
Schweiz	+ 4,0	+ 6,5	+ 5,6	+ 3	+ 3,1	+ 2,8	+ 3,6		+ 0,7	- 1,3	- 1½
Vereinigte Staaten	+ 9,2	+ 10,2	+ 6,0	+ 4	+ 0,1	+ 0,2	- 0,4	- 1,0	- 0,9	- 3,8	- 4
Japan	+ 9,7	+ 4,9	+ 2,7	+ 1½	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,6	- 3,0	- 4,0	- 4,1	- 3½

¹⁾ In konstanten Preisen. Bruttoinlandsprodukt für Frankreich, Großbritannien, Italien und Niederlande. — ²⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. — ³⁾ Für die EG-Länder: Anteil der durch die Arbeitsverwaltung als arbeitslos registrierten Personen an den gesamten zivilen Erwerbspersonen (für den EG-Gebrauch standardisierte nationale Angaben). Für die Schweiz: Anteil der als arbeitslos registrierten Personen an den gesamten Erwerbspersonen. Für die Vereinigten Staaten und Japan: Anteil der durch regelmäßige Haushaltsbefragungen (Stichprobe) ermittelten Arbeitslosen an den geschätzten gesamten Erwerbspersonen. — ⁴⁾ Durchschnittlich jährliche Veränderung (geometrisches Mittel) in vH. — ⁵⁾ Eigene Schätzung, bzw. Schätzung der OECD. — ⁶⁾ Durchschnittlich jährliches Verhältnis (arithmetisches Mittel). — ⁷⁾ Leistungsbilanzsaldo im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt bzw. Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen. — ⁸⁾ Finanzierungssaldo (Überschuß: +, Defizit: -) der öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt bzw. Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen. — ⁹⁾ Erwerbstätige.
Quelle: OECD; EG; für Bundesrepublik: Nationale Quellen

Tabelle 2

Zur Entwicklung der Lohnstückkosten und der Reallohnposition in wichtigen Industrieländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Land	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
	Lohnkosten je Produkteinheit ¹⁾							
Bundesrepublik Deutschland	+ 1,9	+ 4,1	+ 3,1	+ 3,6	+ 6,3	+ 5,1	+ 3,5	+ 0,2
Belgien	+ 8,8	+ 7,9	+ 4,4	+ 4,7	+ 6,1	+ 6,8	+ 5,0	+ 4,0
Dänemark	+ 7,4	+ 8,4	+ 9,0	+ 7,8	+10,7	+ 7,9	+ 8,1	+ 6,5
Frankreich	+10,3	+10,6	+ 9,0	+ 9,6	+13,6	+13,4	+11,6	+10,0
Griechenland	+19,4	+21,1	+16,9	+20,2	+18,6	+23,4	+22,5	+20,5
Großbritannien	+ 9,4	+10,3	+ 9,9	+14,1	+22,2	+ 8,4	+ 4,9	+ 3,5
Irland	+16,2	+ 9,9	+11,9	+19,9	+18,9	+15,4	+14,8	+11,0
Italien	+15,3	+20,2	+13,7	+14,2	+19,0	+21,6	+17,3	+15,5
Niederlande	+ 5,5	+ 6,6	+ 5,6	+ 5,2	+ 4,0	+ 2,9	+ 4,6	+ 1,0
Vereinigte Staaten	+ 5,6	+ 5,4	+ 7,5	+ 9,0	+10,0	+ 7,8	+ 7,5	+ 3,0
Kanada	+10,3	+ 8,3	+ 5,4	+ 9,0	+12,1	+11,7	+12,5	+ 3,5
Japan	+ 7,8	+ 6,1	+ 2,6	+ 2,7	+ 4,0	+ 4,5	+ 3,2	+ 3,5
Österreich	+ 5,3	+ 6,2	+ 8,9	+ 2,0	+ 4,9	+ 8,4	+ 3,4	+ 3,0
Schweden	+16,7	+15,1	+ 9,7	+ 4,8	+10,2	+10,4	+ 8,1	+ 7,5
Schweiz	+ 1,8	- 0,3	+ 4,5	+ 2,4	+ 3,3	+ 5,6	+ 9,2	+ 4,0
	Reallohnposition ²⁾							
Bundesrepublik Deutschland	+ 1,0	+ 0,3	- 0,7	+ 0,1	+ 0,6	- 1,4	- 3,1	- 1,6
Belgien	+ 6,0	- 0,9	+ 1,5	- 0,9	+ 2,2	- 0,6	- 2,3	- 2,7
Dänemark	+ 1,4	- 1,5	- 0,9	- 4,5	+ 0,3	- 2,7	+ 0,2	- 1,2
Frankreich	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,0	- 0,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2
Griechenland	+ 6,6	+ 6,4	+ 7,1	+ 3,9	- 6,2	- 3,2	+ 5,2	- 0,1
Großbritannien	- 2,2	- 5,4	+ 1,8	- 0,9	+ 0,0	- 0,3	- 1,2	+ 0,5
Irland	- 5,7	+ 1,6	+ 3,2	+ 2,6	+ 4,6	- 4,4	- 5,7	- 0,9
Italien	+ 0,6	- 0,4	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,1	+ 3,1	- 1,3	- 1,3
Niederlande	- 0,7	- 0,8	+ 2,0	+ 1,7	- 0,4	- 3,3	- 2,4	+ 0,2
Vereinigte Staaten	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,3	- 0,0	- 0,7	- 0,9	- 0,2	+ 0,9
Kanada	+ 4,3	+ 1,8	- 0,6	- 3,2	- 1,5	+ 0,4	+ 0,9	- 1,6
Japan	- 0,3	- 0,4	- 2,6	+ 0,6	- 0,7	- 1,0	- 1,2	- 1,2
Österreich	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,3	- 2,3	- 0,2	- 1,1	- 3,9	- 1,4
Schweden	+ 4,4	+ 2,3	+ 0,4	+ 0,6	- 1,0	- 2,7	- 4,1	- 0,4
Schweiz	- 0,8	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 2,3	- 0,1	+ 0,5	- 0,7

¹⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts, aus Angaben in Landeswährung, 1983 geschätzt. Quelle: DIW.

²⁾ Veränderung der Brutto-lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer deflationiert mit dem Preisindex des privaten Verbrauchs abzüglich der Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen, einschließlich des Einkommenseffekts aus der Veränderung des realen Austauschverhältnisses im Außenhandel der Gesamtwirtschaft (Terms of Trade). Quelle: OECD.

schlug die Ölpreissenkung um knapp 15 vH zu Buche. Die Produktionskosten sanken, die Kaufkraft der Einkommen stieg, die Leistungsbilanzdefizite der Ölimportländer schrumpften: Die Rahmenbedingungen für eine weltwirtschaftliche Erholung verbesserten sich. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Ölpreise, vergleicht man sie mit den Preisen, die Industrieländer für ihre Exporte erzielen, immer noch um rund 70 vH höher sind als vor dem zweiten Ölpreisschub im Jahre 1979.

3. Die Lohnsteigerungen haben sich im Verlauf der langanhaltenden Stagnationsphase ebenfalls zurückgebildet. Zusammen mit fortdauernden Anstrengungen der Unternehmen, den Kostendruck durch Rationalisierung abzufangen, hat dies eine Abflachung im Anstieg der Lohnstückkosten bewirkt, die noch ausgeprägter war als die Dämpfung des Preisauftriebs (Tabelle 2). Auch von daher ist inzwischen Raum für eine Verbesserung der gedrückten Unternehmenserträge gegeben.

4. Stiegen auch die Einkommen nur noch wenig, so entzog doch der geringere Geldwertschwund den Haushalten weniger Kaufkraft. Und bei diesem positiven Effekt der Inflationsbekämpfung blieb es nicht allein. Auch die Zinsen gaben nach. In den meisten Ländern nahmen die Konsumausgaben stärker zu als die laufenden Einkommen. So wurde der private Verbrauch zur Stütze der Konjunktur.

5. In einer Reihe von Ländern hatte die Abflachung des Preisanstiegs im Verlauf des Jahres 1982 eine Lockerung der restriktiven Geldpolitik erlaubt. Die Finanzpolitik war, außer in den Vereinigten Staaten und in Kanada, um die Senkung der Staatsdefizite bemüht. In einigen Ländern wurde dieser Kurs erst 1983 mit Entschiedenheit aufgenommen. Die Zinsen sanken zwischen dem Herbst 1982 und dem Frühjahr 1983 deutlich; gemessen an dem Rückgang der Inflationsrate, blieben sie freilich ungewöhnlich hoch. Im weiteren Verlauf des Jahres haben sie überdies zeitweilig wieder etwas angezogen.

6. Die Investitionstätigkeit ist in den meisten Ländern schwach geblieben. Die Unsicherheiten im Exportgeschäft, Ausdruck der labilen weltwirtschaftlichen Lage, haben offenbar die Erwartung auf bessere Absatzchancen beeinträchtigt. Und trotz der Verbesserung beim realen Kostenniveau sind die Chancen für mehr rentable Produktion weithin noch nicht gut. Die unter diesen Bedingungen mit einiger Sicherheit zu erzielenden Investitionserträge blieben vielerorts niedriger als der Aufwand für die Finanzierung von Investitionen.

7. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Jahres 1983 sind auch Folge der Überschuldung vieler Länder, vor allem vieler Entwicklungsländer. Zu sorglos hatten diese nach dem ersten Ölpreisschub mit den Auslandskrediten ehrgeizige und teure Projekte finanziert, zu wenig hatten sie darauf geachtet, daß die mit diesen Krediten finanzierten Investitionen die nötigen Devisen zur Bedienung der

Auslandsschuld erwirtschafteten. So waren diese Länder in hohem Maße anfällig geworden gegenüber weltwirtschaftlichen Bedingungen, wie sie Anfang der achtziger Jahre eintraten, einer rückläufigen Nachfrage nach ihren Produkten, hohen Zinsen und einem hohen Dollar. In den Industrieländern waren staatliche und private Kreditgeber zu leichtfertig davon ausgegangen, daß diese Länder die hohe und steigende Verschuldung auch bedienen können. Das vergangene Jahr brachte um so unvermittelter ans Licht, daß eine Reihe von Ländern an der Grenze ihrer Kreditfähigkeit angelangt war und manche sie gar überschritten hatten. Diese haben ihre Importe teilweise stark gedrosselt. In den Industrieländern wiederum trug dies zur Verzögerung der wirtschaftlichen Erholung bei. Die Furcht vor einer offenen internationalen Finanzkrise belastet noch immer die Kreditmärkte. So ist die Weltwirtschaft trotz der allenthalben — in den Industrieländern wie in den Entwicklungsländern — in Gang gekommenen Anpassungsprozesse noch immer in keinem guten Zustand.

II. Internationale Finanzmärkte — Spiegel weltwirtschaftlicher Probleme

8. Die Überschuldung zahlreicher Entwicklungsländer ist nur die eine Seite, freilich die am meisten beunruhigende Seite der Probleme an den internationalen Finanzmärkten; die andere ist der Konsolidierungsbedarf, der sich in den Industrieländern aufgestaut hat. Weltweit sind die Zinsen höher geblieben, als es eigentlich zu dem kräftigen Rückgang der Inflationsraten gepaßt hätte. Daß dies auch und gerade in den Vereinigten Staaten so ist, hat für die Situation in der Welt besondere Bedeutung, zumal der Dollar weiter an Wert gewann. Den Entwicklungsländern macht dies die Schuldenlast noch schwerer, und den Industrieländern macht es die Anpassung teuer. Vielfach fragen sich Kreditgeber, ob sie nicht gutes Geld schlechtem nachwerfen, ohne daß sie doch anders können.

Hohe Zinsen in der Welt

9. Daß die Zinsen in vielen Industrieländern immer noch hoch sind, ist zunächst einmal Ausdruck der ungelösten binnenwirtschaftlichen Probleme in diesen Ländern. Der riesige öffentliche Kreditbedarf in Italien etwa oder die erst geringfügig eingedämmte laufende Staatsverschuldung Dänemarks und Belgiens machen dort ein hohes Zinsniveau weiterhin unausweichlich; das gleiche gilt für Frankreich mit seiner hohen Inflationsrate und seinem immer noch hohen Leistungsbilanzdefizit (Ziffern 34 ff.).

Daß die Zinsen weltweit hoch sind, ist sodann Ausdruck der Risiken, die aus der übergroßen Verschul-

dung vieler Länder erwachsen. Internationale Kapitalgeber gewähren Kredite nur zu entsprechend hohen Zinsen. Was aus der Sicht der Gläubiger auf dem Spiel steht, wird exemplarisch daran deutlich, daß die größten neun amerikanischen Banken Kredite in Höhe von nahezu dem Dreifachen ihres Eigenkapitals an Entwicklungsländer und an Staaten Osteuropas gegeben haben. Bedenkt man, daß ein großer Teil der gewährten Kredite, auch solcher aus den Umschuldungsabkommen, ausläuft und immer mehr Zinsen fällig werden, bevor die eingeleiteten Anpassungsprozesse in größerem Umfang Frucht tragen können, daß also immer noch mehr Schulden gemacht werden müssen, um die alten Schulden zu bedienen, so besteht zu Recht Besorgnis. Das damit verbundene einzelwirtschaftliche Risikokalkül der Anleger erklärt unterschiedliche Aufschläge für unterschiedlich gute Schuldner, Länder wie Unternehmen. Da aber die Fähigkeit der Banken, neue Risiken einzugehen, insgesamt geringer geworden ist, kann ein höherer Zins für alle Kreditnehmer die Folge sein. Aber auch das ist nur ein Teil der Erklärung. Nachfrageseitig hält der hohe Kreditbedarf in der Welt die Zinsen hoch. Er ist weniger Reflex einer hohen Kreditnachfrage im Zusammenhang mit entsprechend vielen rentablen Investitionen in der Welt — ein aus solchen Gründen hoher Zins wäre unbedenklich —, als vielmehr Folge immer noch hoher Staatsdefizite und einer nicht ausreichend produktiven Kapitalverwendung. Auch der hohe Kreditbedarf der überschuldeten Länder wird sich vorläufig nicht auf das reduzieren, was diese Länder an zukunftssträchtigen Projekten anzubieten haben. Aufgrund all dessen sind die Zinsen nicht nur hoch im zeitlichen Vergleich, sondern vor allem hoch im Verhältnis zur Rentabilität von Investitionen, die wegen der hohen Zinsen ausfallen. Als Erklärung für die hohen Zinsforderungen in der Welt kommt hinzu, daß die insgesamt ungünstige Situation auf den Erwartungen für die Zukunft lastet.

10. Maßgeblich für die weltweit hohen Zinsen ist aber auch, daß die amerikanischen Zinsen, bedenkt man die stark gesunkene Inflationsrate in den Vereinigten Staaten, immer noch außerordentlich hoch sind. Nachdem sie in der zweiten Jahreshälfte 1982 im kurzfristigen Bereich um fünf Prozentpunkte auf 8 % und im langfristigen Bereich um drei Prozentpunkte auf 10½ % gesunken waren, zogen sie im Frühjahr 1983 wieder an. Zuletzt lagen die langfristigen Zinsen wieder bei über 11 % (Tabelle 3). Mehrere Faktoren, deren Einfluß im einzelnen kaum zu gewichten ist, wirkten hierbei zusammen.

— Der staatliche Kreditbedarf ist in den vergangenen beiden Jahren im Zusammenhang mit Steuerensenkungen, konjunkturbedingten Einnahmeausfällen sowie weiter kräftig zunehmenden Staatsausgaben rapide angestiegen. Er betrug 1982 über 200 Mrd Dollar, etwa die Hälfte der gesamten inländischen Kreditaufnahme; damit lag er noch über dem außerordentlich hohen staatlichen Kreditbedarf Mitte der siebziger Jahre. Im Jahre 1983 dürfte er noch höher sein. Dies hält von der Kapitalnachfrage her die Zin-

sen hoch. Die expansiven Wirkungen der Finanzpolitik im ganzen, vor allem aber die Steuererleichterungen für Investitionen, ermöglichten es den Unternehmen, hohe Zinsen zu bieten und so gegenüber der andrängenden staatlichen Nachfrage am Kapitalmarkt zu bestehen (Ziffer 29). Hinsichtlich der Kapitalnachfrage und des Kapitalangebots im ganzen ist zu beachten, daß die Mehrnachfrage des Staates an den Kreditmärkten nicht nur in den Steuergeschenken an die Unternehmen wurzelt, die deren Kreditbedarf direkt mindern, sondern überwiegend in anderen Komponenten der Defizitpolitik, aus deren Einkommenswirkungen bei den Privaten sich zwar ebenfalls zusätzliche Kapitalbildung ergibt, aber eben doch nicht umgehend eine so große, daß die Defizite dadurch reibungslos finanzierbar würden.

- Hinzu kommt die große Sorge, daß sich an den Defiziten auch in den kommenden Jahren nichts Entscheidendes ändern werde. Der Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 1983/84 sieht trotz der Kürzungen in einigen Ausgabenbereichen und trotz der Mehreinnahmen, die aufgrund der Konjunkturbelebung und einiger neuer Steuerregelungen zu erwarten sind, erneut ein Defizit von mehr als 200 Mrd Dollar vor. Der nicht-konjunkturelle Teil des Fehlbetrags wird noch einmal steigen. Für das folgende Haushaltsjahr wird mit einem weiteren Anstieg gerechnet. Dies hält von der erwarteten Kapitalnachfrage und von der Inflationsfurcht her, die sich mit solchen Defiziten verbindet, die Zinsen hoch.
- Der restriktive Kurs der Geldpolitik ist gelockert worden. Das hat bis zum Frühjahr zur Zinssenkung beigetragen. Diese fiel allerdings wegen der Unsicherheit hinsichtlich des künftigen Kurses geringer aus als es zur Vermehrung des Geldangebots gepaßt hätte. Die Geldmengengrößen, für die Zielvorgaben festgelegt werden, nahmen im ersten Halbjahr 1983 zum Teil erheblich stärker zu als angekündigt. Zur Jahresmitte revidierte das Federal Reserve Board die Vorgaben teilweise nach oben, so daß eine Mindersteigerung, die jene starke Zunahme ausgleichen würde, nicht mehr zum Programm gehört. Auf ganze Jahr gesehen soll die Expansionsrate für die Geldmenge in enger Abgrenzung (M1) nun zwischen 9,5 vH und 11,5 vH betragen, und dies dürfte mit der inzwischen zu beobachtenden Abschwächung der Expansion auch erreicht werden. Unsicherheit ist freilich geblieben. Während die einen wegen der expansiven Geldpolitik bis zur Jahresmitte mit einem Wiederanstieg der Inflationsrate und deshalb mit höheren Zinsen rechnen, erwarten die anderen höhere Zinsen als unmittelbare Folge der nun wieder strafferen Geldpolitik.
- Auslandskapital hat sich durch die hohen amerikanischen Zinsgebote bereitwillig anziehen lassen. Ohne das wären die amerikanischen Zinsen noch stärker gestiegen. Die für Dollaranlagen wegen der Möglichkeit einer künftigen Abwärts-

Tabelle 3

Zur internationalen Entwicklung der Zinssätze

Zeitraum ¹⁾	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Schweiz	Vereinigte Staaten	Japan
Kurzfristige Zinssätze in Prozent ²⁾									
1975	4,88	6,99	7,66	10,52	10,28	5,22	.	6,26	10,54
1976	4,21	10,10	8,84	11,61	17,08	7,11	.	5,30	7,02
1977	4,27	7,33	9,14	7,94	14,21	4,59	.	5,75	5,66
1978	3,69	7,30	8,02	9,36	11,51	7,05	0,96	8,27	4,41
1979	6,88	10,94	9,73	13,84	12,26	9,65	2,23	11,26	6,04
1980	9,54	14,21	12,20	16,55	17,49	10,57	6,08	13,17	10,77
1981	12,24	15,31	15,58	13,99	19,88	11,75	9,64	15,68	7,30
1982	8,67	14,07	14,55	12,15	19,76	8,14	5,18	11,95	6,84
1982 1. Vj.	10,00	14,67	15,04	14,00	20,75	9,38	7,67	14,10	6,35
2. Vj.	9,23	15,17	15,88	13,35	20,46	8,62	4,75	14,34	6,98
3. Vj.	8,53	13,88	14,35	11,08	19,08	8,42	4,33	10,62	7,10
4. Vj.	6,93	12,57	12,92	10,15	18,77	6,13	3,96	8,72	6,92
1983 Jan	5,90	12,35	12,63	11,56	18,88	5,00	2,88	8,29	6,51
Feb	5,68	12,25	12,94	11,31	19,00	4,50	3,25	8,30	6,69
Mär	5,30	12,25	12,70	10,69	19,00	4,25	4,00	9,34	6,57
Apr	5,18	10,45	12,31	10,19	17,75	6,00	4,50	8,56	6,20
Mai	5,25	10,00	12,44	10,25	17,75	6,13	4,75	8,63	6,36
Jun	5,55	9,50	12,50	9,75	17,50	5,38	4,81	9,34	6,47
Jul	5,50	9,25	12,13	10,06	17,50	5,69	4,85	9,57	6,59
Aug	5,85	9,25	12,25	9,75	17,60	5,31	4,44	9,52	6,61
Sep	5,80	9,25	12,50	9,56	17,50	6,25	4,25	9,36	6,62
Langfristige Zinssätze in Prozent ³⁾									
1975	8,79	8,51	10,30	13,55	10,04	8,78	6,44	8,22	9,41
1976	7,89	9,05	10,51	13,55	12,66	8,95	4,99	7,83	8,70
1977	6,10	8,76	10,99	12,06	14,71	8,10	4,03	7,72	7,14
1978	5,92	8,45	10,61	12,14	13,05	7,74	3,34	8,56	5,63
1979	7,61	9,70	10,86	12,46	13,02	8,78	3,47	9,35	7,92
1980	8,52	12,19	13,78	13,14	15,25	10,24	4,78	11,40	8,98
1981	10,14	13,78	16,29	14,08	19,36	11,55	5,59	13,90	8,95
1982	8,84	13,42	16,00	12,25	20,21	10,03	4,83	12,75	8,27
1982 1. Vj.	9,61	14,00	16,35	13,63	20,58	10,79	5,35	14,01	8,10
2. Vj.	8,98	13,60	16,13	13,17	20,59	10,30	5,06	13,74	8,31
3. Vj.	8,64	13,15	15,83	11,66	20,02	10,85	4,66	12,55	8,45
4. Vj.	8,12	12,92	15,67	10,54	19,63	8,78	4,27	10,71	8,19
1983 Jan	7,93	12,48	14,99	11,56	19,33	8,24	4,22	10,98	7,89
Feb	7,71	12,60	14,25	10,88	19,24	8,06	4,23	10,57	8,07
Mär	7,61	12,49	14,65	10,52	18,76	8,19	4,46	10,85	7,80
Apr	7,74	11,59	14,55	10,28	18,21	8,83	4,42	10,52	7,77
Mai	8,09	11,63	14,55	10,10	18,13	9,30	4,51	10,91	7,80
Jun	8,11	11,53	14,52	10,12	18,22	9,00	4,59	11,20	7,78
Jul	8,27	11,42	14,04	10,71	18,42	9,08	4,76	11,95	7,87
Aug	8,55	11,46	13,96	10,65	18,11	9,03	4,73	11,77	7,80
Sep	8,43	11,39	14,03	10,15	...	8,80	4,71	11,65	7,58

¹⁾ Jahres- und Vierteljahresdurchschnitte errechnet aus Monatsendständen.²⁾ Ausgewählte Geldmarktsätze für 3 bis 4 Monate.³⁾ Umlaufrendite festverzinslicher Staatsschuld-papiere mit einer Restlaufzeit von mindestens 4 Jahren.

Quelle: Morgan Guaranty Trust Company

bewegung des Dollarkurses verlangte Prämie blieb trotz der wachsenden amerikanischen Staatsdefizite und trotz der wachsenden amerikanischen Leistungsbilanzdefizite auffallend stabil. Möglicherweise ist die Erklärung hierfür das Zutrauen der Ausländer zu der seit 1981 veränderten Grundlinie der amerikanischen Wirtschaftspolitik. Unwägbarere politische Einflußfaktoren und eine Kapitalflucht aus überschuldeten Ländern kamen aber wohl hinzu. Gering ist die Prämie zwar nicht. Aber sie wurde auch nicht alsbald größer, als der Dollarkurs im Zusammenhang mit dem Kapitalzustrom weiter stieg. So wurden die Zinsen außerhalb Amerikas weiterhin im Schlepptau der amerikanischen gehalten, zumal sich die Notenbanken außerhalb Amerikas vom Kapitalabfluß und der Abwertung ihrer Währungen veranlaßt sahen, die eingeleitete Lockerung ihrer Geldpolitik aufzugeben oder einzuschränken.

11. Man mag allerdings weniger erklärungsbedürftig finden, daß die übrige Welt zur Finanzierung der amerikanischen Haushaltsdefizite beigetragen hat, sondern eher warum die Bereitschaft hierzu nicht noch größer gewesen ist, warum also das riesige Kapitalangebot in der Welt die amerikanische Kreditnachfrage nicht zu einem niedrigeren Zins befriedigt hat, zumal bei einem niedrigeren langfristigen Zins. Angesichts der stark gesunkenen Inflationsrate in den Vereinigten Staaten wäre dies jedenfalls nicht überraschend gewesen. Daß es dazu nicht kam, wäre dann der Unsicherheit auch des Auslandes hinsichtlich des künftigen Weges der amerikanischen Finanzpolitik und Geldpolitik zuzuschreiben, die eine als eher groß anzusehende Zinsdifferenz stabilisiert hat und verhinderte, daß noch mehr Kapital nach Amerika floß, als sich zeigte, wie das amerikanische Leistungsbilanzdefizit immer größer wurde. Mit einem Kapitalzustrom muß ein Leistungsbilanzdefizit einhergehen. Die Aufwertung des Dollar war die Transmissionsstelle, es hervorzubringen, soweit es nicht aus konjunkturellen Gründen gleichsam von selbst entstand. Auf diese Weise wird aus einem bloßen Finanzierungsbeitrag des Auslands ein realer Beitrag. Die Aufwertung der Währung und das Leistungsbilanzdefizit sind es, beide wegen der daraus erwachsenden Befürchtung einer früher oder später unausweichlichen Abwertung der Währung, die einem Kapitalzustrom Grenzen setzen.

Es ist der Vorzug dieser Erklärung, daß man für eine widerspruchsfreie Deutung des Geschehens nicht genötigt ist anzunehmen, innerhalb Amerikas habe Mißtrauen in die Wirtschaftspolitik, außerhalb Amerikas hingegen habe Vertrauen in sie die Kapitalanleger bestimmt. Eine Konsequenz solcher Erklärung könnte sein, daß die Notenbanken in der Welt keinen großen Anlaß haben, aus Sorge vor endlosem Kursverfall ihrer Währung den Kurs ihrer Geldpolitik auf den scheinbar so attraktiven amerikanischen Kapitalmarkt einzustellen, jedenfalls die Notenbanken mit solider Stabilitätspolitik nicht. Es war vermutlich die unerwartete Hartnäckigkeit von Kapitalstrom und Dollarstärke, die sie gleichwohl teilweise in diesem Sinne reagieren ließ.

Allerdings dürfte in jedem Falle unvermeidbar gewesen sein, daß das amerikanische Renditeangebot, von der beträchtlichen Prämie in den Zinsen für Dollaranlagen abgesehen, die Zinsen am freien Kapitalmarkt der Welt auch für gute Schuldner hochgehalten beziehungsweise wieder hochgezogen hat.

Gleichviel ob es neues Vertrauen in die amerikanische Wirtschaftspolitik war oder schlicht der hohe Zins: Die Bereitschaft der Kapitalanleger in der Welt, den Anteil an Dollaranlagen in ihren Portefeuilles wieder zu erhöhen, brachte es mit sich, daß Forderungen in anderen Anlagewährungen aufgelöst wurden. Die Kursverluste bei diesen Währungen waren daher besonders hoch, die Möglichkeit für die Geldpolitik der betreffenden Länder, es darauf ankommen zu lassen, besonders gering.

Doch dies waren nicht die schlimmsten Rückwirkungen der hohen Zinsen und der Dollarstärke. Die schlimmsten Wirkungen trafen die Länder, die hochverschuldet sind, vor allem in der amerikanischen Währung hoch verschuldet sind. Was an Verschuldungskrise latent vorhanden gewesen war, wurde nun akut.

Die Verschuldungskrise

12. Die Zahlungsschwierigkeiten vieler Entwicklungsländer und mancher Länder Osteuropas haben in den vergangenen beiden Jahren ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen. Von Anfang 1981 bis Mitte 1983 mußten 35 Umschuldungen durchgeführt oder eingeleitet werden. Die Auslandsschuld der Entwicklungsländer allein beträgt gegenwärtig etwa 650 Mrd Dollar. Über die Hälfte davon sind Verpflichtungen gegenüber privaten Geschäftsbanken, Verpflichtungen, die nach der ersten Ölverteuerung stark angewachsen waren, danach hoch blieben, ja weiter zunahmen und aus Anlaß der zweiten Ölverteuerung noch einmal geradezu explosionsartig anstiegen (Tabelle 4).

Viele Länder hatten versucht, die strengen Auflagen zu vermeiden, die mit Krediten des Internationalen Währungsfonds verbunden werden, und hatten auch leichten Erfolg dabei, weil im Zuge des Recycling der Öldollars genügend anlagefähiges privates Kapital vorhanden war. Die internationalen Banken überspielten den Mangel an Bereitschaft der Ölländer, ihrerseits direkt Kredite an die defizitären Entwicklungsländer zu geben, indem sie, die Risiken für gering haltend, bereitwillig als Schuldner und Gläubiger dazwischen traten. Solide Risikomischung und Beachtung der goldenen Bankregel waren es offensichtlich nicht, die das virtuose Recycling bestimmten. Die weltweite Zufriedenheit mit diesem Recycling war nicht begründet. Hätten die Ölländer ihre Überschüsse in größerem Umfang selbst direkt angelegt, also ohne die allzu eilfertige Hilfe der internationalen Banken, oder jedenfalls nur in Kreditketten, die bei Schuldnern zweifelsfreier Bonität endeten, so hätten die überschuldeten Entwicklungsländer heute entweder Gläubiger, die das Risiko eines Forderungsausfalls auch tragen können, weil sie nicht ihrerseits zu-

Entwicklung der Auslandsschulden der 21 größten Schuldnerländer
Mrd US-Dollar

Land	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982 ¹⁾
Brasilien	21,2	26,0	32,1	44,4	50,8	57,0	64,7	73
Mexiko	16,0	21,7	25,6	30,5	37,7	43,5	53,3	61
Argentinien	4,0	5,5	6,1	7,9	12,6	16,0	22,7	27
Süd-Korea	5,8	7,1	9,5	12,5	15,5	17,6	19,6	22
Indien	12,5	13,6	14,9	15,9	16,5	18,1	18,9	21
Indonesien	8,9	11,0	12,0	14,5	15,1	16,6	17,3	20
Algerien	6,9	7,5	10,1	14,9	17,0	17,3	16,8	18
Ägypten	5,0	5,7	8,0	10,4	12,2	13,8	15,0	18
Venezuela	1,6	4,1	5,7	9,7	12,3	13,8	14,9	17
Türkei	4,0 ^{a)}	4,4	5,3	7,3	12,0	14,4	14,5	15
Jugoslawien	5,5	7,0	8,6	11,4	13,5	15,1	15,1	14
Chile	3,6	3,6	3,8	5,1	7,1	8,9	11,9	13
Philippinen	2,7	3,8	4,9	6,2	7,4	8,5	10,0	12
Marokko	1,7 ^{a)}	2,4 ^{a)}	4,2	5,4	6,7	7,5	8,5	10
Griechenland	3,6	3,8	4,3	4,7	5,6	7,0	8,2	9
Peru	3,1	4,0	5,1	6,1	6,5	7,1	7,4	9
Portugal	1,4 ^{a)}	1,6 ^{a)}	2,6 ^{a)}	3,8 ^{a)}	5,1	5,9	6,9	9
Nigeria	1,5	1,4	1,6	2,6 ^{a)}	4,2	5,2	6,0	8
Kolumbien	2,5	2,7	3,0	3,3	3,9	5,0	6,9 ^{a)}	8
Iran	5,2	5,4	8,3	10,9	10,1	10,2	6,9	5
Saudi Arabien	0,4	1,1	1,5	2,3	2,7	2,9	2,4	3
Insgesamt	117,1	143,4	177,2	229,8	274,5	311,4	347,9	392

¹⁾ Eigene Schätzung aufgrund von Angaben internationaler Organisationen.

^{a)} Schätzung.

Quelle: OECD

gleich Schuldner sind, oder sie wären nicht in so große Schwierigkeiten geraten, weil sie zu rechtzeitigen Anpassungsanstrengungen genötigt gewesen wären.

Ohne die Illusion bloß scheinbarer Kreditwürdigkeit wären die Zinsen in der Welt in jenen Jahren des Recycling niedriger gewesen als sie es dann tatsächlich waren, und das Kapital wäre in produktivere Investitionen geflossen. So aber haben Anlagen mit bloß scheinbar attraktiver Rentabilität Anlagemöglichkeiten mit solider Rentabilität verdrängt.

Sorge bereitet vor allem der hohe Anteil der kurzfristigen Schulden. Knapp die Hälfte aller Forderungen der Banken gegenüber Entwicklungsländern wurden in diesem Jahr fällig; das waren über 180 Mrd Dollar. Sorge bereitet auch, daß noch unklar ist, inwieweit die ergriffenen Maßnahmen der Schuldner nicht nur eine kurzfristige Einschränkung der Importe bewirkt haben, sondern eine Gesundung der Wirtschaft einleiten.

13. Solange Länder wirtschaftlich schwach entwickelt sind, kann es für ihren Wachstumsprozeß forderlich sein, sich zusätzlich zur inländischen Ersparnis ausländisches Kapital für Investitionen zu beschaffen. Geschieht dies in der Form von Krediten, so ist die Verschuldung insoweit unproblematisch, wie die Erträge aus diesen Investitionen die Kreditzinsen decken und insgesamt dafür gesorgt ist, daß die nötigen Devisen für den Kapitaldienst vorhanden sind. Ist dies der Fall, dürften sich keine Überschuldungsprobleme ergeben, sondern allenfalls vorübergehende Liquiditätsprobleme. Für die Beurteilung des Risikos einer Erhöhung der Auslandsverschuldung kommt es in erster Linie darauf an, wie es um die Fähigkeit eines Landes steht, seinen Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern im Ausland nachzukommen. Lassen die Investitionen und die Investitionsquote in Zeiten zunehmender Kapitalimporte keinen Anstieg erkennen, so ist dies ein Hinweis darauf, daß die zusätzlichen Mittel eher für den Konsum verwendet als ertragbringend eingesetzt werden. Selbst wenn ein Anstieg der Investitionsquote zu beobachten ist, läßt sich nicht

ohne weiteres auf die Fähigkeit eines Landes schließen, seine Schulden zu bedienen. Die Investitionen müssen produktiv sein, und zur Bedienung der Auslandsschuld müssen die notwendigen Devisen erwirtschaftet werden.

14. Insbesondere für die Zeit nach den beiden Ölpreisschüben wird befürchtet, daß die Entwicklungsländer die Auslandskredite vornehmlich zum Ausgleich der Zahlungsbilanz verwendet haben, zum Ausgleich der Einkommenseinbußen gleichsam, die sich aus der Verschlechterung des Austauschverhältnisses im Außenhandel ergeben, sie jedenfalls nicht produktiv genug genutzt haben. Es ist vor allem die Investitionstätigkeit in denjenigen Ländern von Interesse, deren Auslandsschulden beunruhigende Ausmaße angenommen haben, sei es, daß der Schuldenstand enorm hoch ist, sei es, daß er sich im Verhältnis zu den Exporterlösen besonders ungünstig entwickelt hat, wie in Mexiko, Brasilien, Argentinien, Chile, Venezuela, Kolumbien, Peru, Indonesien und auf den Philippinen.

Außer in Brasilien war in allen diesen Ländern, folgt man den vom Internationalen Währungsfonds zusammengestellten nationalen Daten, der Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt Ende der siebziger Jahre deutlich höher als im Jahre 1970. In den Ländern, in denen sich die Investitionsquote am stärksten erhöht hat, in Mexiko, Peru, Indonesien und auf den Philippinen, ging zugleich der Anteil des privaten Verbrauchs zurück. In Mexiko ist neben der Investitionsquote der Anteil des Staatsverbrauchs am Bruttosozialprodukt deutlich angestiegen.

15. Es gibt allerdings Anhaltspunkte dafür, daß die Investitionen in den Entwicklungsländern in den siebziger Jahren in immer geringerem Maße zum Wachstum der Produktionsmöglichkeiten beigetragen haben. Hindernisse für eine ausreichende Produktivität von Investitionen liegen darin, daß oftmals die zur vollen Nutzung neuer Anlagen erforderliche Infrastruktur und qualifizierte Arbeitskräfte fehlen. Hier Abhilfe zu schaffen, ist auch Aufgabe des Staates; öffentliche Ausgaben für den Ausbau und die Nutzung der technischen Infrastruktur und der Bildungseinrichtungen können die Angebotsbedingungen verbessern. Sie sind insofern komplementär zu privaten Anlageinvestitionen. Zu fragen ist freilich, ob derartige Investitionen mit Auslandskrediten finanziert werden sollen.

16. Hindernisse für eine ausreichende Rentabilität von Investitionen liegen unter anderem auch darin, daß sich einzelne Länder bei ihren Entwicklungsanstrengungen übernommen haben. Mexiko und Venezuela als ölreiche Länder hätten eigentlich alle Chancen gehabt, aus den weltwirtschaftlichen Turbulenzen der siebziger Jahre als Gewinner hervorzugehen. Am Beispiel Mexikos zeigt es sich aber, daß interne Fehlentwicklungen die Verschuldung verschärfen können. Die Regierung hatte in Vorwegnahme von vermeintlich dauerhaft hohen Öleinnahmen Industrialisierungsschwerpunkte festgelegt und die eher langfristig angeleg-

ten Entwicklungsprojekte, die sich erst weit in der Zukunft amortisieren, mit kurzfristigen Auslandskrediten finanziert. Dies brachte sie dann, als die Erlöse aus dem Ölexport zurückgingen, in große Schwierigkeiten.

Zur Minderung der Rentabilität von Investitionen tragen auch die Folgen bei, die mit einer zu sehr auf Importsubstitution ausgerichteten industriellen Entwicklung oft verbunden sind. Der Versuch, sich von Importen unabhängig zu machen, wird gesamtwirtschaftlich teuer, wenn im Inland Güter erzeugt werden, für deren Erzeugung man keinen Vorteil hat. Ergebnis einer solchen Strategie kann es sein, wie etwa im Fall der Philippinen deutlich wurde, daß unter hohen Kosten eine Importsubstitutionsindustrie erhalten werden muß, die zudem auf lange Zeit zusätzliche Vorleistungsimporte benötigt.

17. Risiken, die die Rentabilität von Investitionen beeinträchtigen können, gibt es auch auf der Nachfrageseite, und dies nicht nur bei Schwankungen der Weltkonjunktur. Sie zeigten sich bei den Ländern, die sich für eine exportorientierte Entwicklungsstrategie entschieden hatten. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß Länder, die in den sechziger Jahren Kapazitäten zur Produktion industrieller Fertigwaren aufgebaut hatten und mit diesen Gütern am Weltmarkt äußerst wettbewerbsfähig waren, durch den zunehmenden Protektionismus in den Industrieländern getroffen wurden. Sie konnten nicht länger eine Kapitalrendite in der Höhe erwirtschaften, wie es ihnen vor den Behinderungen des freien Warenaustausches möglich gewesen war. Auch Entwicklungsländer, die den Agrarsektor ausgebaut hatten, mußten feststellen, daß die Industrieländer gegen die Importe landwirtschaftlicher Güter protektionistische Barrieren errichteten und obendrein ihre überschüssige Produktion, nicht selten hoch subventioniert, zum Nachteil der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt feilboten.

18. Gerät ein Land, das zur Aufrechterhaltung der Produktion auf vielfältige Vorleistungsimporte angewiesen ist, in Zahlungsschwierigkeiten, dann ist die Notwendigkeit, über eine Verringerung der Importe die Außenhandelssituation zu verbessern, mit besonders großen Härten verbunden. Wenn etwa Mexiko oder Chile ihre Wareneinfuhr in Dollar gerechnet im Jahre 1982 gegenüber dem Vorjahr nahezu halbiert haben, so kann dies nicht ohne strukturelle Verwerfungen in der Produktion und nicht ohne eine Behinderung des Wachstumsprozesses abgehen. Die jüngsten Daten zeigen, daß auch etliche andere Länder der Verbesserung ihrer Leistungsbilanz gegenwärtig eine hohe Priorität geben und dazu die Einfuhr unter Inkaufnahme starker Beschäftigungseinbußen drosseln (Tabelle 5).

19. Noch bis 1979 hatten stark steigende Exporterlöse die Wachstumschancen der kreditnehmenden Länder in günstigem Licht und die Verschuldungsprobleme als nicht besonders gravierend erscheinen lassen. Das Verhältnis von Schuldendienst zu Exporterlösen, die sogenannte Schuldendienstquote, hatte sich bis dahin kaum verschlechtert. Gün-

Tabelle 5

Leistungsbilanzsalden einiger hoch verschuldeter Länder
Mio US-Dollar

Jahr	Mexiko	Brasilien	Chile	Argen- tinien	Venezuela	Peru	Kolum- bien	Philip- pinen	Indo- nesien
1970	- 1 068	- 837	- 91	- 163	- 104	+ 202	- 293	- 48	- 310
1971	- 835	- 1 638	- 198	- 390	- 11	- 34	- 454	- 2	- 372
1972	- 916	- 1 690	- 471	- 227	- 101	- 31	- 190	+ 5	- 334
1973	- 1 415	- 2 158	- 279	+ 711	+ 877	- 262	- 55	+ 473	- 476
1974	- 2 876	- 7 562	- 292	+ 118	+ 5 760	- 725	- 350	- 208	+ 598
1975	- 4 042	- 7 008	- 490	- 1 287	+ 2 171	- 1 541	- 109	- 923	- 1 109
1976	- 3 408	- 6 554	+ 148	+ 651	+ 254	- 1 193	+ 207	- 1 104	- 908
1977	- 1 854	- 5 112	- 551	+ 1 126	- 3 179	- 922	+ 440	- 820	- 50
1978	- 3 173	- 7 036	- 1 088	+ 1 856	- 5 735	- 192	+ 322	- 1 162	- 1 414
1979	- 5 459	- 10 478	- 1 189	- 513	+ 350	+ 784	+ 490	- 1 562	+ 980
1980	- 8 162	- 12 806	- 1 971	- 4 774	+ 4 728	+ 62	+ 381	- 2 046	+ 2 865
1981	- 13 899	- 11 751	- 4 814	- 4 712	+ 4 000	- 1 649	- 1 895	- 2 327	- 693
1982	- 2 943	- 16 312	...	- 2 477	- 3 455	- 1 647	- 2 267	- 3 368	...

Quelle: IWF

stige konjunkturelle Einflüsse — die vergleichsweise kräftige Expansion des Welthandels und die Hausse der Rohstoffpreise — verdeckten die Ertragsschwäche vieler Investitionen. Nach 1980 wurden dann die Fehleinschätzungen deutlich, denen Schuldner und Gläubiger unterlegen gewesen waren, und es wurde offenkundig, auf welchen schwachen Fundamenten das ganze Kreditgebäude errichtet war.

Wäre die Korrektur der vorangegangenen Fehlentwicklung für sich genommen möglicherweise noch ohne allzu drastische Maßnahmen möglich gewesen, so kam nun von 1981 an die weltweite Wachstumsschwäche, selbst Folge vielfältiger Fehlentwicklungen, erschwerend hinzu. Die Nachfrage nach den Rohstoffen und Fertigprodukten, die von Entwicklungsländern angeboten werden, ging teilweise sehr stark zurück, und die in der Folge des zweiten Ölpreisschubs entstandenen hohen Leistungsbilanzdefizite der ölimportierenden Länder weiteten sich aus. Wäre es wiederum nur darum gegangen, Ländern, die durch einen weltweiten konjunkturellen Einbruch überdurchschnittlich stark betroffen sind, Überbrückungshilfen zu gewähren, hätten sich wohl leichter Gläubiger gefunden. Es ging inzwischen jedoch längst nicht mehr nur um Liquiditätsprobleme. Angesichts des schon bestehenden Schuldenproblems geriet die Bonität der Schuldnerländer mehr und mehr in Zweifel.

So beliefen sich die den Entwicklungsländern neu gewährten Kredite jener Banken, die der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich regelmäßig berichten, vom Sommer 1982, als die Zahlungs-

krise offen ausbrach, bis zum Sommer 1983 nur noch auf knapp 6 Mrd Dollar. Das war lediglich ein Fünftel der im vergleichbaren Vorjahreszeitraum neu gewährten Kredite. Die Entwicklungsländer brauchten aber weiterhin ausländische Kredite zur Finanzierung ihrer Leistungsbilanzdefizite, 1983 nicht weniger als 45 Mrd Dollar, und sie brauchten Kredite im Rahmen der Umschuldung (Tabelle 6). Nur ein sehr kleiner Teil der Netto-Neuverschuldung konnte durch Direktinvestitionen und durch Rückgriff auf die stark geschrumpften Devisenreserven finanziert werden.

20. Ein vollständiger Ersatz der privaten Mittel durch Mittel offizieller Stellen kam nicht in Frage. Vielmehr wurde in den drängendsten Fällen die offizielle Unterstützung, die vorwiegend in Krediten des Internationalen Währungsfonds bestand, von einer weiteren Kreditvergabe der Banken abhängig gemacht. Da die Ausarbeitung der Anpassungsprogramme im Rahmen des Fonds und die Verhandlung mit den betreffenden Ländern Zeit braucht, stellten die Zentralbanken der Industrieländer, zumeist über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, kurzfristige Liquiditätshilfen zur Überbrückung bereit. Einige Notenbanken haben sogar auf die Geschäftsbanken direkt Einfluß genommen, damit diese ihre kurzfristigen Kreditlinien für Schuldner offen ließen. Die Banken wiederum willigten ein, weil sie zur Sicherung ihrer Aktiva wohl keine andere Möglichkeit sahen, als weiter Kredite zu geben. Sie stellten die Kredite freilich nur zu höheren Zinsen zur Verfügung.

Tabelle 6

Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz ausgewählter Länder

Mio US-Dollar

Land	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983 ¹⁾
	Salden der Handelsbilanz ²⁾							
Bundesrepublik Deutschland	+16 663	+19 789	+25 490	+ 17 469	+ 10 393	+ 17 884	+26 499	+22 800
Belgien-Luxemburg	- 207	- 1 214	- 1 048	- 2 511	- 3 714	- 2 818	- 1 422	+ 900
Dänemark	- 2 886	- 2 706	- 2 349	- 3 064	- 2 008	- 867	- 800	+ 400
Frankreich	- 4 671	- 2 835	+ 748	- 2 097	- 13 028	- 10 123	-15 787	- 8 500
Griechenland	- 2 777	- 3 261	- 3 608	- 5 167	- 5 719	- 5 377	- 4 800	- 4 400
Großbritannien	- 7 059	- 3 984	- 2 958	- 7 307	+ 2 866	+ 5 766	+ 3 701	- 2 750
Irland	- 608	- 820	- 1 067	- 2 320	- 2 223	- 2 223	- 1 101	- 100
Italien	- 4 238	- 134	+ 2 898	- 952	- 16 336	- 10 586	- 7 925	- 4 500
Niederlande	+ 1 344	- 244	- 1 471	- 1 406	- 1 409	+ 3 901	+ 3 812	+ 5 400
EG-Länder	- 4 439	+ 4 591	+16 635	- 7 355	- 31 178	- 4 443	+ 2 177	+ 9 250
Vereinigte Staaten	- 9 483	-31 091	-33 966	- 27 555	- 25 544	- 28 067	-36 389	-63 500
Kanada	+ 1 703	+ 2 949	+ 3 913	+ 3 923	+ 7 780	+ 6 627	+15 442	+16 000
Japan	+ 9 887	+17 311	+24 596	+ 1 845	+ 2 125	+ 19 967	+18 079	+33 250
Österreich	- 2 557	- 3 857	- 2 982	- 3 746	- 5 983	- 4 224	- 3 000	- 2 800
Schweden	+ 169	+ 310	+ 2 569	+ 818	- 399	+ 1 600	+ 1 000	+ 3 700
Schweiz	+ 801	+ 254	+ 721	- 1 536	- 4 795	- 2 565	- 1 400	- 3 100
OECD-Länder	-19 000	-24 000	+ 5 000	- 40 000	- 74 000	- 28 000	-21 000	-16 000
OPEC-Länder ³⁾	+67 000	+61 000	+41 000	+114 000	+168 000	+128 000	+63 000	+34 000
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder ⁴⁾)	-16 000	-13 000	-24 000	- 36 000	- 55 000	- 60 000	-42 000	-27 000
	Salden der Leistungsbilanz							
Bundesrepublik Deutschland	+ 3 937	+ 4 090	+ 9 017	- 6 105	- 15 706	- 6 504	+ 3 525	+ 4 300
Belgien-Luxemburg	+ 389	- 555	- 838	- 3 050	- 4 937	- 4 037	- 1 992	+ 300
Dänemark	- 1 191	- 1 782	- 1 493	- 2 911	- 2 453	- 1 796	- 2 300	- 1 100
Frankreich	- 3 423	- 431	+ 6 999	+ 5 187	- 4 169	- 4 742	-12 318	- 6 250
Griechenland	- 930	- 1 078	- 954	- 1 882	- 2 216	- 2 408	- 1 900	- 1 900
Großbritannien	- 1 572	- 38	+ 1 951	- 1 809	+ 6 823	+ 12 065	+ 9 480	+ 1 500
Irland	- 340	- 375	- 513	- 1 733	- 1 744	- 2 147	- 1 300	- 400
Italien	- 2 816	+ 2 465	+ 6 198	+ 5 479	- 9 681	- 8 117	- 5 465	- 1 500
Niederlande	+ 2 708	+ 613	- 1 474	- 2 050	- 2 938	+ 2 876	+ 3 443	+ 6 700
EG-Länder	- 3 238	+ 2 909	+18 893	- 8 874	- 37 021	- 14 810	- 8 827	+ 1 650
Vereinigte Staaten	+ 4 208	-14 510	-15 446	- 964	+ 421	+ 4 593	-11 213	-44 750
Kanada	- 3 897	- 4 043	- 4 327	- 4 237	- 937	- 4 810	+ 2 448	+ 2 750
Japan	+ 3 680	+10 918	+16 534	- 8 754	- 10 746	+ 4 770	+ 6 851	+22 750
Österreich	- 1 054	- 2 135	- 634	- 1 054	- 1 652	- 1 402	+ 500	+ 400
Schweden	- 1 630	- 2 124	- 253	- 2 306	- 4 500	- 2 900	- 3 500	- 1 200
Schweiz	+ 3 497	+ 3 441	+ 4 401	+ 2 444	- 540	+ 2 589	+ 3 450	+ 2 400
OECD-Länder	-15 000	-22 000	+13 000	- 28 000	- 68 000	- 28 000	-29 000	-27 000
OPEC-Länder ³⁾	-39 000	+27 000	+ 1 000	+ 65 000	+111 000	+ 52 000	-16 000	-36 000
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder ⁴⁾)	-19 000	-13 000	-26 000	- 41 000	- 63 000	- 76 000	-65 000	-45 000

¹⁾ Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.²⁾ Einfuhr: fob, Ausfuhr: fob.³⁾ Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Oman, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.⁴⁾ Afrika ohne Republik Südafrika, Mittel- und Südamerika, Asien ohne Japan und Staatshandelsländer, Ozeanien.

Quelle: OECD

21. Kaum weniger kritisch als die Verschuldungssituation der Entwicklungsländer erschien noch im vorigen Jahr die Situation der Staatshandelsländer. Heute stellt sie sich entspannter dar, jedenfalls wenn man die Ländergruppe als ganzes betrachtet. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds haben diese Länder im Laufe des Jahres 1982 ihre Gesamtschulden in konvertiblen Währungen um 4 Mrd bis 5 Mrd Dollar abgebaut und den Anteil der kurzfristig fälligen Verbindlichkeiten an den Gesamtschulden verringert. Erreicht wurde dies durch einen Abbau der Leistungsbilanzdefizite gegenüber dem Westen; in der Gesamtheit wiesen die Staatshandelsländer 1982 erstmals sogar Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber den westlichen Ländern auf. Zwar schrumpften die Exporte in den OECD-Raum, die Wirtschaftsbehörden drosselten jedoch die Einfuhren aus westlichen Ländern noch stärker.

Hinter der Verbesserung der Außenhandels- und Verschuldungssituation steht eine größer gewordene Abhängigkeit der kleineren Staatshandelsländer von der an Rohstoffen und Energie reichen Sowjetunion.

22. Um die Möglichkeiten abzuschätzen, bei welcher weltwirtschaftlichen Entwicklung das Schuldenproblem verringert werden könnte, sind verschiedentlich Rechnungen über den Einfluß alternativer Entwicklungen wirtschaftlicher Schlüsselgrößen auf die Schuldendienstquote hochverschuldeter Länder angestellt worden. Untersucht wurde dieser Zusammenhang bei unterschiedlichen Annahmen über die Kraft der konjunkturellen Erholung in den Industrieländern, über die Höhe des weltweiten Zinsniveaus, des Dollarkurses und der Ölpreise. Dabei hat sich unter anderem ergeben, daß künftig eine mindestens dreiprozentige Zunahme des realen Sozialprodukts in den westlichen Industrieländern nötig ist, damit es zu einem deutlichen Rückgang der Schuldendienstquote in den betreffenden Ländern kommen kann, immer vorausgesetzt, die Entwicklungsländer können ihre Waren in den Industrieländern absetzen und werden nicht durch protektionistische Maßnahmen daran gehindert.

23. Die protektionistischen Gefahren für den Weltmarkt sind im Zuge der weltweiten Rezession und verzerrter Wechselkurse größer geworden. Die Eingriffe in den internationalen Warenaustausch, insbesondere die gegen Exporte der Entwicklungsländer gerichteten, haben 1983 weiter zugenommen. Sogenannte Marktordnungen, branchenspezifische Interventionen wie das Multifaserabkommen, agrarpolitische Maßnahmen und eine kaum mehr übersehbare Vielfalt von Subventionen in den Industrieländern beschränken die Entwicklungsländer in ihren Möglichkeiten, mehr zu exportieren, die Leistungsbilanzdefizite abzubauen und wieder ein höheres wirtschaftliches Wachstum zu erreichen. Auch zwischen den Industrieländern ist der Warenaustausch vom freien Handel weit entfernt. Dabei folgen den Interventionen in dem einen Lande häufig protektionistische Gegenmaßnahmen in anderen Ländern auf dem Fuße. So waren die von den

Vereinigten Staaten 1982 eingeführten Stahlimportbeschränkungen ein Anlaß, in diesem Jahr die europäischen Stahlimportquoten für Drittländer zu verringern. Entwicklungsländer können durch solche Maßnahmen besonders hart getroffen werden. Die 1983 in Kraft getretenen amerikanischen Importquoten bei Spezialstahl dürften etwa für Brasilien unmittelbar eine Halbierung bei der Ausfuhr dieser Güter bedeuten. Nach Schätzungen des GATT belasten protektionistische Eingriffe mehr als ein Fünftel des Welthandels mit verarbeiteten Gütern.

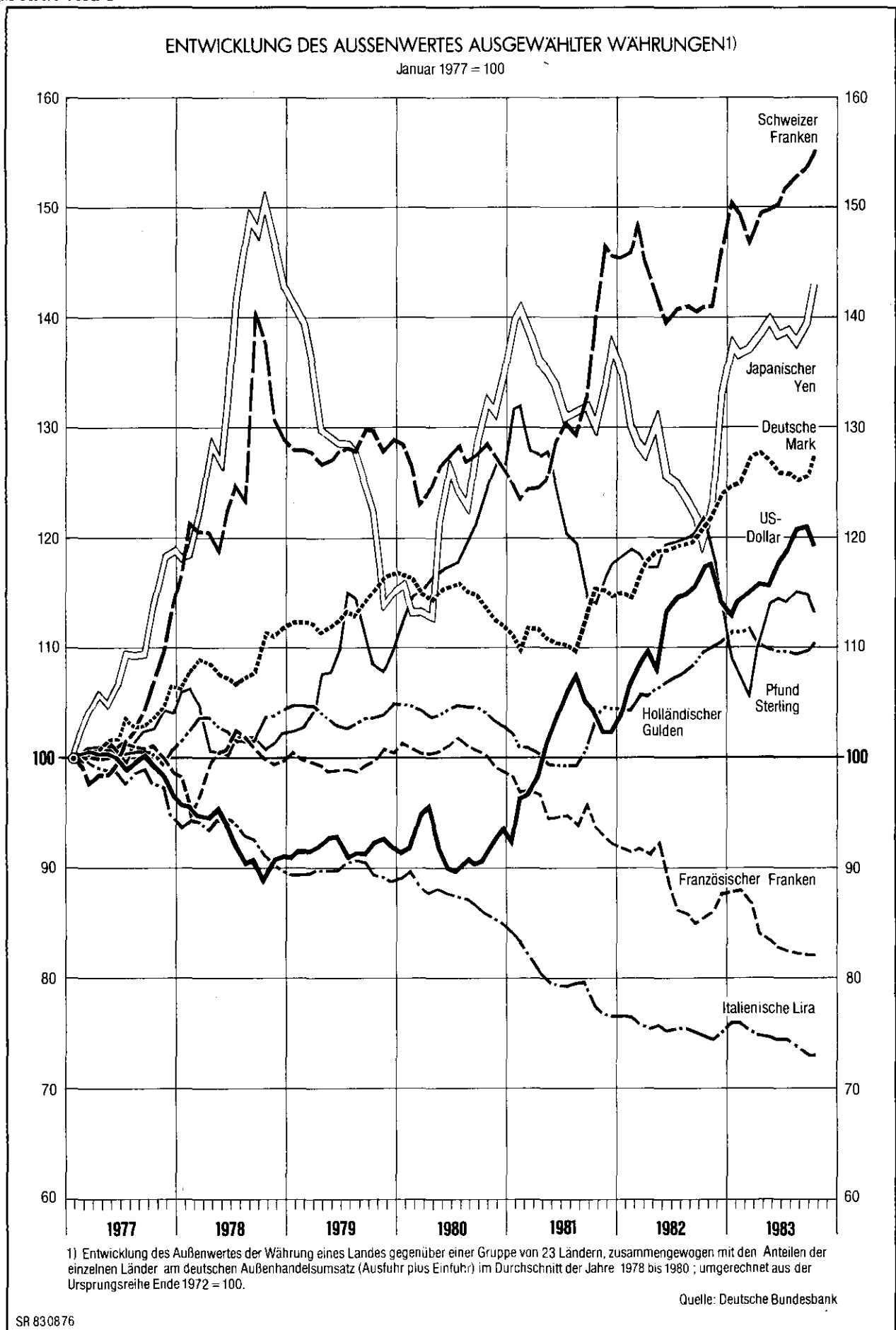
Billigeres Öl, teurer Dollar

24. Der Rückgang der Ölpreise, der bereits 1982 einsetzte, hat im Jahr 1983 für die Entwicklungsländer wie auch für die westlichen Industrieländer beachtliche Erleichterungen gebracht. In der gegebenen Situation wogen die davon ausgehenden preissenkenden und einkommensteigernden Wirkungen in den ölimportierenden Ländern schwerer als der Ausfall an Nachfrage aus den OPEC-Staaten. Der Absatz von Öl ging trotz der Preissenkung zu Jahresanfang 1983 weltweit nochmals zurück, wenn auch nicht mehr so stark wie in den vergangenen Jahren. Die hohen Leistungsbilanzüberschüsse der OPEC-Staaten, die 1982 bereits geschrumpft waren, sind mittlerweile in ein Defizit von über 30 Mrd Dollar umgeschlagen, und dies, obwohl nicht nur die bevölkerungsreichen, sondern auch die bevölkerungsarmen und finanzstarken Ölländer ihre Importe drastisch gekürzt haben.

25. Neben den amerikanischen Zinsen und nicht unabhängig von ihnen hat sich die Verteuerung des Dollar im ganzen ungünstig auf die Weltwirtschaft ausgewirkt. Sie ging weit über das hinaus, was dem Gewinn an Stabilität für den Binnenwert des Dollar — verglichen mit anderen Währungen — entsprechen hätte. Sie begann Ende 1980 und setzte sich auch 1983 fort (Schaubild 1). Der gewogene Außenwert der amerikanischen Währung lag in den ersten neun Monaten um 8 vH höher als vor Jahresfrist, um 43 vH höher als 1979 und um 8½ vH höher als im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1972, den Jahren vor der ersten Ölkrise und vor der Freigabe der Wechselkurse. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die Preise in den Vereinigten Staaten weniger stark gestiegen sind als im Durchschnitt der übrigen Länder, verbleibt eine erhebliche Aufwertung.

Die Auswirkungen bestehen aus einem Gemisch von Vorteilen und Nachteilen für die Länder außerhalb Amerikas. Für alle Länder erhöhte der starke Dollar den Zwang zu geld- und finanzpolitischer Disziplin, verteuerte die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten und erleichterte die Ausfuhr nach dort. Positive Vermögenswirkungen verzeichnen diejenigen, die Netto-Gläubiger von Forderungen sind, die auf Dollar lauten. Schwerwiegende negative Folgen hingegen hatte die Dollarstärke vor allem für die hochverschuldeten Länder. Deren Schulden lauten vorwiegend auf Dollar. Durch dessen Aufwertung ist für sie die Schuldenlast erheblich schwerer und der Zinsendienst teurer geworden. Da sie ihre Ex-

Schaubild 1



portgüter zumeist in Dollar verkaufen, sieht es zwar auf den ersten Blick so aus, als ob sie als Exporteure von der Aufwertung des Dollar ebenso profitieren wie sie beim Schuldendienst belastet werden, ja sogar einen Vorteilsüberschuß haben, da die Exporterlöse, von Ausnahmen abgesehen, stärker zu Buche schlagen als der Schuldendienst. Dem ist aber nicht so. Die von Angebot und Nachfrage bestimmten Weltmarktpreise in Dollar sinken, wenn der Dollarkurs steigt; der Dollar ist hier in erster Linie Recheneinheit, Wertmaßstab. Ändert sich der Wertmaßstab, so ändern sich die in diesem Maßstab ausgedrückten Preise. Die übrigen Einflüsse auf diese Preise verstellen meistens nur den Blick für diesen Zusammenhang (Ziffern 177, 296).

Es war das Ausmaß der Verteuerung des Dollar, das den Klagen über die Entwicklung das größere Gewicht gibt.

26. Wie die D-Mark, haben sich auch die übrigen wichtigen Anlagewährungen gegenüber dem Dollar nicht behaupten können (Ziffer 188). Der Yen war zwar im Verhältnis zur amerikanischen Währung zuletzt um mehr als 7 vH höher bewertet als vor Jahresfrist, gegenüber der D-Mark war er sogar um über 13 vH mehr wert; er hat jedoch seit Frühsommer gegenüber dem Dollar wieder an Wert verloren. Sein gewogener Außenwert übertraf in den ersten neun Monaten das entsprechende Vorjahresniveau um 8½ vH. Die reale Aufwertung war nicht so groß, da die Teuerungsrate in Japan deutlich hinter der Inflationsrate der anderen Länder zurückblieb. Der Wechselkurs des Yen wich damit nicht nennenswert von seinem Stand in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ab; er lag aber weiterhin niedriger als zu Beginn des letzten Jahrzehnts.

Das Pfund Sterling verlor in den ersten drei Monaten 1983 erheblich an Wert, konnte sich danach aber wieder leicht befestigen. In den ersten neun Monaten lag sein gewogener Wechselkurs um knapp 6 vH niedriger als ein Jahr zuvor. Real ergab sich eine Abwertung in etwa gleichem Maße, da die Preise wie im Durchschnitt der Partnerländer stiegen.

III. Konjunktur in den westlichen Industrieländern uneinheitlich

27. Die Schwierigkeiten zahlreicher Staaten in Süd und Ost und die Unsicherheit an den internationalen Finanzmärkten hemmten die konjunkturelle Erholung in den westlichen Industrieländern. In den ungünstigen weltwirtschaftlichen Bedingungen spiegelt sich freilich auch zu einem guten Teil die unbefriedigende wirtschaftliche Verfassung, in der sich viele Industrieländer noch immer befinden. Der Abbau der strukturellen Haushaltsdefizite ist zwar eingeleitet, aber nur in wenigen Fällen ist er schon ein gutes Stück vorangekommen; das belastet das wirtschaftliche Klima. Der Rückgang der Zinsen reichte in den meisten Ländern zwar aus, die Verbraucher zu einem Nachholen von Käufen zu veranlassen, die sie während der Phase noch

höherer Zinsen aufgeschoben hatten, und er reichte auch aus, mehr und mehr private Bauherren aus der Reserve zu locken. Zu einer Belebung der Unternehmensinvestitionen ist es hingegen in vielen Ländern noch nicht gekommen. Die Ertragsersparungen passen bei den gegebenen Risiken offenbar noch immer nicht zu den Zinsen, die Investitionen kosten.

28. Die konjunkturelle Belebung geht gegenwärtig von einigen großen Ländern aus. Die meiste Fahrt hat die Konjunktur in den Vereinigten Staaten und auch in Kanada gewonnen. In Japan kam es nach einer Stockung, die von Mitte 1982 bis ins Frühjahr 1983 reichte, ebenfalls zu einer Aufwärtsentwicklung. In Großbritannien, das bereits Mitte 1981 den Tiefpunkt seiner schweren Rezession erreicht hatte, zeigte sich schon 1982, früher als in anderen Industrieländern, eine Erholung, die sich im Laufe des Jahres 1983 jedoch nicht weiter verstärkte. Die Bundesrepublik schließlich war das einzige größere Land unter den westlichen Industriestaaten, in dem es bereits zu Jahresanfang zu einer Belebung der Investitionstätigkeit kam. In der überwiegenden Zahl der anderen europäischen Länder war die gesamtwirtschaftliche Produktion 1983 kaum größer als im Vorjahr (Schaubild 2).

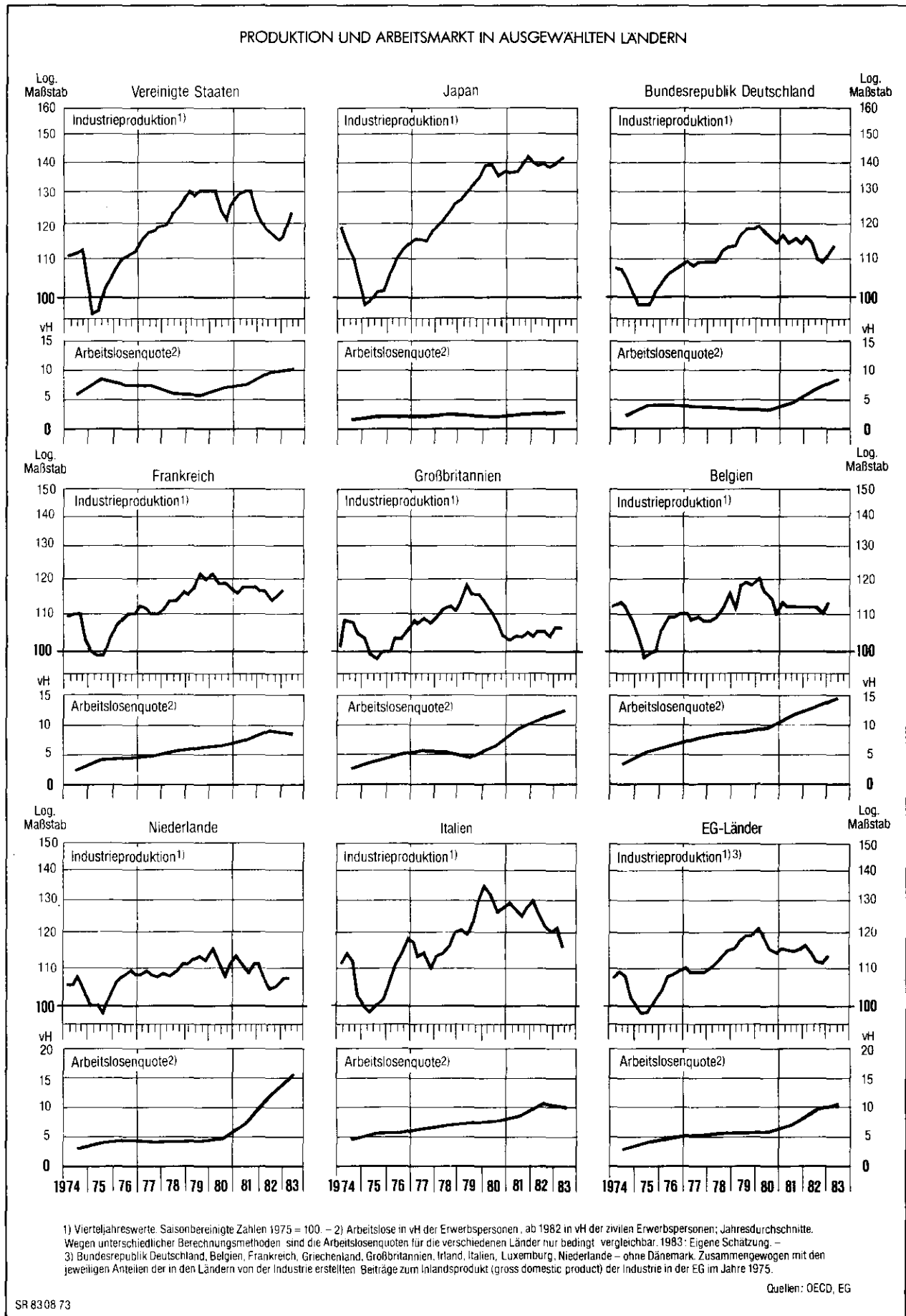
Vereinigte Staaten: Vorreiter der Belebung

29. Wenn auch die Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten verzögert und teils über andere als von der Regierung erwartete Wege wirkte, wurde die amerikanische Wirtschaft doch zum Vorreiter auf dem Wege aus der Rezession. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm im Jahresverlauf 1983 um mehr als 6 vH zu, im Jahresdurchschnitt dürfte sie um über 3 vH höher sein als im Vorjahr. Von Jahresanfang bis zum Sommer fanden über 2 Millionen Arbeitnehmer zusätzlich Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote ging von 10,5 vH zur Jahreswende auf 9,3 vH im September 1983 zurück.

Zunächst waren es der private Verbrauch, die Bau- nachfrage und die staatliche Nachfrage, die die Erholung nährten. In der zweiten Jahreshälfte kam auch die Investitionstätigkeit, die bis dahin rückläufig war, in Gang. Dagegen schwächte die seit nahezu drei Jahren anhaltende Höherbewertung des Dollar die internationale Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Unternehmen beträchtlich. Schon im vergangenen Jahr hatten amerikanische Anbieter auf den Inlandsmärkten wie im Export Marktanteile an ausländische Konkurrenten verloren. Im Jahre 1983 war dieser Einfluß kaum kleiner. Ablesbar ist dies am wachsenden Außenhandelsdefizit der Vereinigten Staaten, in dem sich eben nicht nur das Vorseilen der amerikanischen Konjunktur und der davon abhängigen Importe spiegelt.

Gemessen am ursprünglichen Programm der Regierung — Eindämmung der Inflation, Abbau der vielfältigen staatlichen Regulierungen, Anregung des Sparens und Investierens durch Steuersenkungen und Abschreibungserleichterungen, Haushaltsausgleich bis 1984 — sind bisher nur Teilerfolge

Schaubild 2



erzielt worden. Am weitesten vorangekommen ist die Bekämpfung der Inflation. Der Preisaufrtrieb verringerte sich von mehr als 10 vH im Jahre 1981 über knapp 6 vH im vergangenen Jahr auf etwa 4 vH im Jahre 1983. Der Abbau staatlicher Regulierungen wurde fortgesetzt, und die Umstrukturierung des Steuersystems hin zu einer Entlastung der Unternehmen wurde vorangetrieben.

Demgegenüber ist der Bundeshaushalt einem Ausgleich nicht nähergekommen; das Defizit hat sich vielmehr beträchtlich vergrößert. Die Einkommensteuern wurden wie angekündigt gesenkt, und die Abschreibungsmöglichkeiten wurden verbessert. Die davon erhoffte Belebung der wirtschaftlichen Aktivität ließ jedoch bei den hohen Zinsen lange auf sich warten. Zu den Ankündigungen gehörte außerdem, die Staatsquote, die in den siebziger Jahren stark gestiegen war, zurückzuführen. Die Militärausgaben sollten freilich kräftig erhöht werden. Das geschah auch. Die vorgesehenen Kürzungen im Sozialbereich wurden indes wegen der Widerstände im Kongreß nur zum Teil durchgesetzt, und die Sozialausgaben nahmen bis in dieses Jahr hinein sogar rascher zu als das Sozialprodukt. In den Haushaltsjahren 1981/82 und 1982/83 sind die Bundesausgaben insgesamt um 10,8 vH beziehungsweise um 11 vH gestiegen, unter Ausschaltung der Konjunkturfaktoren ergab sich noch eine Zunahme von über 9½ vH beziehungsweise von etwa 9 vH. Die Staatsquote lag zuletzt um rund 2 Prozentpunkte über dem Wert des Jahres 1980.

Die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung in den Vereinigten Staaten trägt gewisse Züge eines von fiskalischen Nachfrageimpulsen angetriebenen Aufschwungs der Konsumnachfrage und — deutlich verzögert — der von dem zunehmenden Auslastungsgrad der Kapazitäten der Konsumgüterindustrie abhängigen Investitionen. Rückwirkungen so angetriebener konjunktureller Bewegungen sind Abzugsposten entweder bei den zinsabhängigen Investitionen oder beim Außenbeitrag. In den Vereinigten Staaten gab es beide Reaktionen. Besonders auffällig ist die Reaktion bei den Exporten und Importen, bei der starken Verschlechterung der Leistungsbilanz also (Ziffer 11). Aber auch die zinsabhängigen Investitionen blieben anscheinend zunächst nur wegen der großen Steuervorteile wenigstens auf ihrem stark ermäßigten Niveau. Solche negativen Rückwirkungen im Zusammenhang mit den hohen amerikanischen Staatsdefiziten führten in den ersten Jahren des neuen wirtschaftspolitischen Weges der Vereinigten Staaten, als sie mit den Auswirkungen der Inflationsbekämpfung durch die Geldpolitik zusammentrafen, sogar zur Rezession.

Es wäre aber falsch, einseitig die fiskalischen Impulse in den Brennpunkt zu rücken, wenn man die konjunkturelle Aufwärtsbewegung der Vereinigten Staaten deutet, zumal die Geldpolitik sich hinsichtlich der Finanzierung dieser Impulse nicht als so nachgiebig erwiesen hat, wie es früher im Rahmen einer nachfrageorientierten Konjunkturpolitik gängig war. In den Mittelpunkt der Erklärung des amerikanischen Aufschwungs gehören die positiven

Auswirkungen der erfolgreichen Inflationsbekämpfung, die der Kaufkraft zugute gekommen sind und das Investitionskalkül durch Reduktion der inflationsbedingten Besteuerung von Scheingewinnen verbessert haben sowie mehr Flexibilität in der Lohnpolitik und die Wiederbelebung des Produktivitätsfortschritts, die das amerikanische Kostenniveau gesenkt haben. Diese Verbesserungen sind zugleich Verbesserungen der Konstitution der Volkswirtschaft. Und wenn jetzt Hoffnung besteht, daß sich die Investitionsneigung in Amerika trotz der fortbestehenden hohen Staatsdefizite und der hohen Realzinsen auch in der Breite erholt, also nicht nur in den Bereichen, die von der fiskalischen Stimulierung der Verbrauchernachfrage begünstigt sind, so wegen dieser konstitutionellen Faktoren. Zu sehen sind freilich auch die teilweise problematischen Rückwirkungen des amerikanischen wirtschaftspolitischen Weges auf die übrige Welt (Ziffern 307 f.).

30. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Hans-Jürgen Krupp, sieht die konjunkturelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten als ein Beispiel für einen Aufschwung, der einerseits von der unstreitigen Verbesserung der Angebotsbedingungen, andererseits aber auch von staatlichen Nachfrageimpulsen getragen wird. Anders als von der Mehrheit noch im vergangenen Jahr hinsichtlich der „... nötigen Maßnahmen zur Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums ...“ in der Bundesrepublik in einer Situation, in der mittelfristige und kurzfristige Erfordernisse miteinander konkurrieren, diagnostiziert, ist es offensichtlich nicht nötig, zusätzliche wachstumsfördernde Ausgaben und steuerliche Erleichterungen für Investoren durch Ausgabenkürzungen und durch höhere Steuern an anderer Stelle so auszugleichen, daß insgesamt die Steuerquote und die Staatsquote unverändert bleiben (SG 1982 Ziffern 49 ff.). Der amerikanische Aufschwung wurde erreicht bei einem deutlichen Anstieg der Staatsquote, der nicht nur konjunkturell bedingt war, und bei einer Verminderung der Steuerquote; auch hier konkurrierten mittelfristige und kurzfristige Erfordernisse (Ziffer 29).

Offensichtlich hat das staatliche Defizit in den Vereinigten Staaten nicht dazu geführt, daß der Staat die Privaten dadurch behindert, daß er sie mit seinem hohen Kapitalbedarf am Kapitalmarkt verdrängt, so wie dies die Mehrheit vielfach selbst für eine Situation der Unterbeschäftigung unterstellt. Vielmehr haben die vom Staat ausgehenden Nachfrageanstöße auch die notwendigen Anregungen für eine kräftige Entwicklung im privaten Bereich gegeben. Dies wird nicht so bleiben. Bei einem anhaltenden Aufschwung sind die wachstums- und stabilitätspolitischen Risiken eines hohen Staatsdefizits nicht gering zu achten. Der Staat sollte dann sein Defizit wieder reduzieren, ein Prozeß, der durch die mit dem Wachstum steigenden Staatseinnahmen erleichtert wird.

Anders als in den beiden Jahren zuvor wurde die expansive Finanzpolitik von einer Lockerung der restriktiven Geldpolitik begleitet. Zwar ist der geldpolitische Kurs auch in vielen anderen Ländern ge-

lockert worden. Daß es dort nicht zu einem Aufschwung kam, liegt an dem restriktiven finanzpolitischen Kurs in diesen Ländern. Dies gilt selbst für Großbritannien, wie auch für einige kleinere Länder, etwa die Niederlande.

Der spektakuläre Unterschied in der konjunkturellen Entwicklung zwischen den Vereinigten Staaten und Japan auf der einen Seite und der Europäischen Gemeinschaft auf der anderen Seite ist nicht zuletzt auf den unterschiedlichen finanzpolitischen Kurs zurückzuführen (Ziffern 29, 31 ff.). Zu Beginn einer Konjunkturbelebung die Haushaltsdefizite abzubauen, gefährdet den Erholungsprozeß. Die Hoffnung, daß durch einen finanzpolitischen Restriktionskurs Vertrauen bei den privaten Haushalten und Unternehmen geschaffen würde, trügt angesichts des Nachfrageentzugs, der mit einer derartigen Politik einhergeht. Vielmehr dürft eine konsequente Konsolidierungspolitik zu pessimistischen Zukunftserwartungen führen und die Investitionsneigung beeinträchtigen.

Ein eindrucksvolles Beispiel für die gefährlichen Wirkungen einer konsequenten Konsolidierungspolitik sind die Niederlande. Sie zählen zu den Ländern, in denen von den Angebotsbedingungen her schon längst eine deutliche Belebung der Konjunktur erkennbar sein müßte. Die Reallöhne sind in den vergangenen Jahren gesunken, im Außenhandel werden Überschüsse erwirtschaftet, der Preisanstieg liegt gegenwärtig bei $2\frac{1}{2}$ vH. Dennoch sinkt der private Verbrauch im vierten aufeinanderfolgenden Jahr und die Investitionstätigkeit ist schwach (Ziffer 37). Dagegen sind in den Vereinigten Staaten die Reallöhne seit dem wirtschaftspolitischen Kurswechsel trotz einer Verringerung im Lohnanstieg immer noch gestiegen, die Inflationsrate liegt bei 4 vH. Die Verbraucher haben ihre Ausgaben kräftig erhöht, die Investitionstätigkeit belebt sich.

Soweit die Meinung dieses Ratsmitglieds.

31. Japan konnte 1983 als einziges der großen Industrieländer seine Ausfuhr, die im Vorjahr zeitweilig zurückgegangen war, wieder erheblich steigern, und dies, obwohl zu den zahlreichen Importbeschränkungen in den Abnehmerländern neue hinzukamen. Zu den Exporterfolgen hat vor allem beigetragen, daß sich die Konjunktur in den Vereinigten Staaten und den Ländern Südostasiens, den wichtigsten Handelspartnern Japans, günstig entwickelte. Die Anstöße, die vom Export ausgingen, reichten aus, einen für japanische Verhältnisse zwar mäßigen, im Vergleich zu den meisten anderen großen Industrieländern aber beachtlichen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion herbeizuführen.

Die Inlandsnachfrage, vor allem die Investitionstätigkeit, blieb das Jahr über gedämpft, die Importnachfrage verhalten. Der Leistungsbilanzüberschuß wuchs in diesem Jahr auf über 20 Mrd Dollar an. Maßgeblich für die Investitionsschwäche waren auch in Japan die hohen Zinsen, die 1983 im Schlepptau der amerikanischen blieben, wenn auch in erheblichem Abstand.

Obwohl die Preise in Japan im Durchschnitt des Jahres 1983 nur um etwas mehr als 1 vH stiegen, und obwohl im Außenhandel riesige Überschüsse erwirtschaftet wurden, stellte sich keine größere Zinsdifferenz zu den Vereinigten Staaten ein. Die Bank von Japan wollte keine weitere Abwertung gegenüber dem Dollar in Kauf nehmen, sei es weil sie die zeitweilige Schwäche des Yen gegenüber der amerikanischen Währung nicht für fundiert hielt, sei es weil ihr ein Wertverlust des Yen angesichts der japanischen Exporterfolge nicht ratsam erschien. So tat sie wenig gegen die hohen Zinsen.

Um die Inlandsnachfrage zu stimulieren, beschloß die Regierung Ende Oktober Maßnahmen zur Belebung der Binnennachfrage. Sie senkte die Einkommensteuern und sah zusätzliche Ausgaben für öffentliche Bauten vor. Die Notenbank setzte den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt herab.

Konjunktur in Europa: Weiterhin ohne Schwung

32. Die meisten europäischen Länder sind, wenn überhaupt, noch nicht weit über die konjunkturelle Talsohle hinausgekommen. Nahezu überall dämpften die unvermeidlich gewordenen Konsolidierungsanstrengungen zunächst einmal die Nachfrageentwicklung. Neue Wachstumskräfte, die diese Dämpfung hätten aufwiegen, ja überspielen können, gab es nur in wenigen Ländern.

33. In Großbritannien, das die Inflationseindämmung und den Defizitabbau früher und energischer betrieben hatte als die meisten anderen Länder, war schon im Jahre 1982 eine leichte konjunkturelle Aufwärtsbewegung eingetreten. Diese setzte sich 1983 fort, ohne sich allerdings zu verstärken. Dazu fehlte es nicht nur an der Auslandsnachfrage, sondern vor allem an einer Belebung der Investitionen. Der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion war zwar größer als in den anderen europäischen Ländern. Über 2 vH dürfte er 1983 im Vergleich zum Vorjahr betragen. Er reichte aber nicht aus, den starken Rückgang in den Jahren 1980 und 1981 wettzumachen. Bis zum Sommer 1983 ist die Beschäftigung gesunken, und die Arbeitslosigkeit hat sich erhöht.

Die Verbraucher haben seit dem letzten Jahr wieder mehr ausgegeben. Auf Grund der starken Abschwächung des Preisauftriebs wurde ihre Kaufkraft weniger geschmälert als im Vorjahr, und der Zinsrückgang hat ihre Verschuldungsbereitschaft gefördert. So zeigte vor allem die Nachfrage nach langlebigen Gebrauchsgütern einen sprunghaften Anstieg, ebenso der Wohnungsbau.

Der gestiegene Konsum kam zu einem nicht geringen Teil auch ausländischen Produzenten zugute. Die Importe nahmen erneut deutlich zu. Die Ausfuhr blieb dagegen schwach. Der hohe Leistungsbilanzüberschuß verringerte sich spürbar.

Der Haushaltsplan 1983/84, der ab März gilt, sieht vor, daß die öffentlichen Ausgaben real nicht steigen. Um dies angesichts der zunächst etwas stärkeren

ren Ausgabenexpansion zu sichern, wurden im Sommer zusätzliche Ausgabenkürzungen und Einnahmenerhöhungen beschlossen. Höhere Einnahmen soll vornehmlich eine Teilprivatisierung staatlicher Unternehmen bringen. Die Geldmengenziele sind gegenüber denen des vorangegangenen Jahres um einen Prozentpunkt gesenkt worden. Stellt man die deutliche Abnahme der Inflationsrate in Rechnung, so ist der monetäre Spielraum nach wie vor nicht knapp bemessen.

34. In Frankreich wurde im März dieses Jahres im Zusammenhang mit der Abwertung des Franken im Europäischen Währungssystem, die durch anhaltend hohe Inflationsraten und immer größere außenwirtschaftliche Defizite erzwungen worden war, ein hartes Sanierungsprogramm eingeleitet. Dessen augenfälligstes Merkmal ist die erhebliche Mehrbelastung der privaten Einkommen. Eine Zwangsanleihe wurde eingeführt, eine Sonderab-

gabe zur Finanzierung der Sozialversicherung auferlegt und der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung stark erhöht. Devisenbeschränkungen für Auslandsreisen kamen hinzu (Tabelle 7). Darüber hinaus ergriff die Regierung Maßnahmen zur Eindämmung des Ausgabenanstiegs im öffentlichen Bereich, vor allem bei den Sozialausgaben. Hohe Kapitalabflüsse, ein zunehmendes Leistungsbilanzdefizit und die nötig gewordene Verknappung des Geldes trieben die Zinsen in die Höhe. Die seit längerem andauernde Investitionsschwäche im privaten Sektor verschärfte sich trotz vielfältiger Zinssubventionen. Die Vorstellung, die verstaatlichten Unternehmen könnten einen Ausgleich schaffen, ja sogar zum Motor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden, bewahrheitete sich nicht. Die verstaatlichten Betriebe arbeiten vielmehr größtenteils mit Verlust und bauen Personal ab. Zunehmende Arbeitslosigkeit, Steuererhöhungen und die Revision früherer Reformvorhaben führten dazu, daß Hoffnung in Ernüchterung umschlug.

Tabelle 7

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
	Internationale Ereignisse
1983	
11. Januar	Vertreter von 35 Geschäftsbanken aus neun Ländern gründen das Institute of International Finance, eine Informationszentrale, die eine bessere Einschätzung der Wirtschaftslage hochverschuldeter Länder ermöglichen soll.
14. März	Die Mitglieder der OPEC beschließen, die Preise für Vertrags-Rohöl von 34 Dollar je barrel auf 29 Dollar je barrel zu senken. Die Produktion wird weiterhin auf 17,5 Millionen barrel beschränkt.
31. März	Der Gouverneursrat des Internationalen Währungsfonds beschließt, den Gesamtumfang der Quoten im Rahmen der 8. Allgemeinen Quotenüberprüfung von 61 Mrd SZR auf 90 Mrd SZR (98,5 Mrd Dollar) zu erhöhen. Die Quotenausweitung soll bis Ende 1983 in Kraft treten. Überdies sollen die Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) erweitert und von 6,5 Mrd SZR auf 17 Mrd SZR (19 Mrd Dollar) aufgestockt werden.
	Europäische Gemeinschaften
1983	
21. März	Im Rahmen einer allgemeinen Neufestsetzung der Leitkurse wird die D-Mark gegenüber dem ECU um 5,5 vH, der holländische Gulden um 3,5 vH, die dänische Krone um 2,5 vH sowie der belgische und luxemburgische Franken um 1,5 vH aufgewertet; der französische Franken und die italienische Lira werden jeweils um 2,5 vH, das irische Pfund wird um 3,5 vH abgewertet.
	Belgien
1982	
9. September	Die belgische Nationalbank senkt den Diskontsatz von 13% auf 12,5%.
9. November	Die Regierung verabschiedet einen Gesetzentwurf zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Die wöchentliche Arbeitszeit soll verkürzt, die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Erleichterungen bei den Unternehmensbeiträgen zur Sozialversicherung belohnt werden. Der Gesetzentwurf sieht weiter vor, daß der Lohnanstieg weder den Anstieg in den sieben wichtigsten Handelspartnerländern noch den Satz übersteigen darf, der durch die Anwendung des Indexierungsmechanismus erreicht wird.
11. November	Die belgische Nationalbank senkt den Diskontsatz auf 11,5%.

noch Tabelle 7

Datum	
1983	
9. März	Die Nationalbank hebt den Diskontsatz von 11,5% auf 14%.
24. März	Der Diskontsatz wird von hier an bis zum 23. Juni schrittweise auf 9% gesenkt.
1. August	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für das Jahr 1984 vor. Danach sollen die Ausgaben um 5,8 vH zunehmen. Das Finanzierungsdefizit wird auf 11,5 vH des Bruttosozialprodukts veranschlagt, nach 12,5 vH im Jahre 1983.
	Dänemark
1982	
1. September	Die Regierung legt dem Parlament ein Sparprogramm vor, das für 1983 Ausgabenkürzungen von 6 Mrd Kronen vorsieht. Sie erhält keine Mehrheit für dieses Programm und tritt am 3. September zurück.
15. Oktober	Die neue Regierung beschließt einen allgemeinen Lohnstopp bis zum 1. März 1983 und die Aufhebung der automatischen Lohnindexierung. Darüber hinaus sollen die Gehälter im öffentlichen Dienst im Jahre 1983 lediglich um 4 vH erhöht werden.
30. November	Die Nationalbank senkt den Diskontsatz von 11% auf 10%.
16. Dezember	Das Parlament billigt den Haushaltsentwurf für das Jahr 1983. Danach soll das Defizit 13,4 vH des Bruttosozialprodukts betragen.
1983	
22. März	Die Nationalbank senkt den Diskontsatz auf 8,5%.
22. April	Die Nationalbank senkt den Diskontsatz weiter auf 7,5%.
17. August	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für das Jahr 1984 vor. Danach sollen die Ausgaben um 4,3 vH zunehmen. Das Finanzierungsdefizit im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt wird auf 10,9 vH veranschlagt, nach 12,4 vH im Jahre 1983.
	Griechenland
1982	
29. November	Die Regierung legt dem Parlament den Haushaltsentwurf für das Jahr 1983 vor. Danach sollen die Ausgaben um 29,5 vH und die Einnahmen um 34,3 vH steigen. Das Defizit soll auf 9 vH des Bruttosozialprodukts zurückgeführt werden.
	Frankreich
1982	
1. September	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für das Jahr 1983 vor. Danach sollen die Ausgaben um 11,8 vH zunehmen. Das Defizit wird auf 3 vH des Bruttoinlandsprodukts veranschlagt. Vorgesehen ist unter anderem eine Anhebung des Höchstsatzes bei der Einkommensteuer von 60 vH auf 65 vH und eine Erhöhung verschiedener indirekter Steuern.
29. September	Die Regierung beschließt eine einprozentige Solidaritätsabgabe auf die Bruttolöhne im öffentlichen Dienst zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung.
3. November	Die Regierung dekretiert rückwirkend vom 1. November 1982, die Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung von 2,76 vH auf 3,48 vH und die Beiträge der Arbeitnehmer von 0,84 vH auf 1,32 vH zu erhöhen.
23. November	Die Regierung nimmt den Entwurf eines zweiten Ergänzungshaushalts für das Jahr 1982 an. Er umfaßt Ausgaben von 3,5 Mrd Franken.
1983	
6. Januar	Die Regierung beschließt Maßnahmen zur Verringerung der Kreditkosten für Unternehmen.
25. März	Im Gefolge der Abwertung beschließt die Regierung Maßnahmen zur Einschränkung der Konsumnachfrage und zur Verringerung der staatlichen Defizite. Unter anderem sind vorgesehen: — eine Sonderabgabe von 1 vH auf alle steuerpflichtigen Einkommen — eine verzinsliche Zwangsanleihe der Regierung mit drei Jahren Laufzeit in Höhe von 10 vH der 1982 gezahlten Einkommensteuer und Vermögensteuer

noch Tabelle 7

Datum	
1983	— eine Anhebung der Tarife öffentlicher Dienstleistungen zum 1. April um durchschnittlich 8 vH — Beschränkung der Devisen für französische Auslandsreisende.
29. Juni	Die Regierung beschließt, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für Unternehmen um 0,6 Prozentpunkte und für Arbeitnehmer um 0,4 Prozentpunkte anzuheben. Gleichzeitig wird der Mindestlohn angehoben.
21. Oktober	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für das Jahr 1984 vor. Danach sollen die Ausgaben um 6,3 vH zunehmen. Das Finanzierungsdefizit wird auf 3 vH des Bruttosozialprodukts veranschlagt.
1982	Großbritannien
28. Oktober	Die Regierung billigt den Entwurf für ein zweites Gewerkschaftsgesetz.
8. November	Die Regierung senkt die Zusatzabgabe zur Sozialversicherung für Unternehmen (National Insurance Surcharge) auf 1 $\frac{1}{2}$ vH.
1983	
15. März	Die Regierung legt den Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 1983/84 vor. Einnahmen und Ausgaben sollen um 5,8 vH zunehmen. Der Finanzierungsbedarf wird auf 2 $\frac{3}{4}$ vH des Bruttosozialprodukts veranschlagt. Unter anderem ist eine weitere Senkung der Zusatzabgabe zur Sozialversicherung vorgesehen.
7. Juli	Die Regierung beschließt Ausgabenkürzungen im Verteidigungs- und Gesundheitsbereich, um die gesetzte Grenze beim Anstieg des öffentlichen Kreditbedarfs einzuhalten.
1982	Italien
10. November	Die Regierung verschärft die Devisenkontrollen. Unter anderem müssen Exporteure, die Waren im Wert von über 5 Mio Lire ausführen, jetzt 70 vH der voraussichtlichen Bezahlung in ausländischer Valuta bei italienischen Banken halten.
13. November	Die Regierung tritt zurück, nachdem sie keine Mehrheit für ihr Sparprogramm erhielt.
1983	
9. April	Die Nationalbank senkt den Diskontsatz von 18% auf 17%.
30. September	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1984 vor. Das Defizit der öffentlichen Haushalte wird auf 16 vH des Bruttosozialprodukts veranschlagt.
1982	Japan
16. Oktober	Die Regierung verabschiedet ein Konjunkturprogramm mit einem Volumen von umgerechnet knapp 20 Mrd DM, die noch im Haushaltsjahr 1982/83 ausgegeben werden sollen.
30. Oktober	Die Regierung billigt den Entwurf über einen Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 1982/83, in dem sowohl Ausgabenenkungen als auch eine zusätzliche Verschuldung vorgesehen sind.
23. November	Die Regierung beschließt mit Wirkung vom 1. April 1983 Importerleichterungen.
31. Dezember	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 1983/84 vor. Danach sollen die Ausgaben um 1,4 vH zunehmen. Das Defizit wird auf 4,7 vH des Bruttosozialprodukts veranschlagt.
1983	
13. Januar	Die Regierung beschließt weitere Importerleichterungen.
5. April	Die Regierung beschließt ein acht Punkte umfassendes Programm zur Stimulierung der Wirtschaft. Unter anderem ist ein Vorziehen der öffentlichen Investitionsaufträge in die erste Hälfte des Haushaltsjahres 1983/84 vorgesehen.
19. Oktober	Die Regierung beschließt Maßnahmen zur Belebung der Inlandsnachfrage. Die Einkommensteuern sollen mit Wirkung vom Januar 1984 gesenkt werden. Zusätzliche Ausgaben sind für öffentliche Bauten vorgesehen. Die Importe sollen durch verbilligte Kredite gefördert werden. Der Diskontsatz wird von 5,5% auf 5% gesenkt.

noch Tabelle 7

Datum	
	Niederlande
1982	
21. September	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1983 vor. Danach sollen die Ausgaben um 4,7 vH zunehmen. Das Defizit der öffentlichen Haushalte wird auf $9\frac{3}{4}$ vH des Bruttosozialprodukts veranschlagt.
14. Oktober	Die Bank der Niederlande senkt den Diskontsatz von 7% auf 6,5% und bis zum 3. Dezember schrittweise auf 5%.
1983	
14. Januar	Die Bank der Niederlande senkt den Diskontsatz auf 4,5%, zum 1. März auf 4% und zum 18. März schließlich auf 3,5%.
3. Mai	Die Bank der Niederlande hebt den Diskontsatz auf 4,5% an.
20. September	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1984 vor. Danach sollen die Ausgaben um 2,5 vH zunehmen. Das Defizit der öffentlichen Haushalte wird auf 12,1 vH des Bruttosozialprodukts veranschlagt, nach 12,4 vH im Jahre 1983.
	Österreich
1982	
16. September	Die Regierung beschließt ein zweites Beschäftigungsprogramm, das vor allem die Förderung öffentlicher und privater Investitionen vorsieht.
19. Oktober	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für das Jahr 1983 vor. Danach sollen die Ausgaben um 8,4 vH zunehmen. Das Finanzierungsdefizit des Bundes wird auf 3,9 vH des Bruttosozialprodukts veranschlagt.
1983	
17. Oktober	Die Regierung legt dem Nationalrat den Budgetentwurf für das Jahr 1984 vor. Danach sollen die Ausgaben um 3,9 vH zunehmen. Das Finanzierungsdefizit des Bundes wird auf 5 vH des Bruttosozialprodukts veranschlagt.
	Schweden
1982	
8. Oktober	Die neue Regierung wertet die schwedische Krone um 16 vH ab.
1983	
20. Januar	Die Nationalbank senkt den Diskontsatz von 10% auf 9%.
	Schweiz
1982	
21. Oktober	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1983 vor. Danach sollen die Ausgaben um 4,1 vH zunehmen. Der staatliche Finanzierungsbedarf wird auf 0,8 vH des Bruttosozialprodukts veranschlagt.
3. Dezember	Die Nationalbank senkt den Diskontsatz auf 4,5%.
1983	
18. März	Die Nationalbank senkt den Diskontsatz auf 4%.
	Vereinigte Staaten
1982	
10. September	Der Kongreß billigt gegen das Veto des Präsidenten einen Nachtragshaushalt für 1982 mit einem Volumen von 14,1 Mrd Dollar.
8. Oktober	Der Federal Reserve Board senkt den Diskontsatz auf $9\frac{1}{2}$ %.
22. November	Der Federal Reserve Board senkt den Diskontsatz auf 9%.
14. Dezember	Der Federal Reserve Board senkt den Diskontsatz auf 8,5%.

noch Tabelle 7

Datum	
1983	
31. Januar	Der Präsident stellt den Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 1983/84 vor. Danach sollen die Ausgaben um 5,4 vH, die Einnahmen um 10,4 vH zunehmen. Das Defizit wird auf 202 Mrd Dollar veranschlagt, das sind 5,8 vH des Bruttosozialprodukts. Darin enthalten sind Steuererhöhungen in Höhe von 10,9 Mrd Dollar und Ausgabenkürzungen in Höhe von 34,8 Mrd Dollar.
20. Juli	Das Federal Open Market Committee hebt die Zielvorgabe für die Ausweitung der Geldmenge M1 an. Vom zweiten Vierteljahr 1983 bis zum vierten Vierteljahr 1983 soll sie mit einer Jahresrate von 5 vH bis 9 vH zunehmen; für die erste Jahreshälfte war eine Ausweitung um 4 vH bis 8 vH vorgesehen. Für die Geldmengen in der weiteren Abgrenzung M2 und M3 wird der Zielkorridor von 7 vH bis 10 vH beziehungsweise von 6,5 vH bis 9,5 vH beibehalten.

Insgesamt ist das Sozialprodukt in diesem Jahr nicht höher als im Vorjahr; seit dem Frühjahr geht es sogar zurück. Der Anstieg der Verbraucherpreise, der 1982 fast 11 vH betragen hatte, lag in diesem Jahr immer noch bei reichlich 9 vH und damit deutlich höher als in den meisten anderen europäischen Ländern. Das hohe Leistungsbilanzdefizit hat sich das Jahr über verringert, teils weil sich wegen der Sanierungsprogramms der Importsog abschwächte, teils weil Importrestriktionen wirkten, teils aber auch weil französische Unternehmen mehr Käufer für ihre Produkte im Ausland fanden. Nicht übersehen werden darf allerdings, daß die deutlichen Kurskorrekturen in der Wirtschaftspolitik die Konstitution der französischen Wirtschaft verbessern können. Es wird gehofft, daß die Einkommenspolitik dieses Ziel wirksam unterstützt. Bemerkenswert ist auch, daß der französische Staatspräsident dem Protektionismus eine Absage erteilt hat.

35. Auch Italien ist bei der Lösung der drängenden wirtschaftlichen Probleme im Verzug. Dies gilt zumal für die Eindämmung des riesigen staatlichen Kreditbedarfs, der 1983 auf fast 90 000 Mrd Lira, mehr als 16 vH des Sozialprodukts, ansteigen dürfte. Nachdem im Frühsommer erneut eine Koalitionsregierung über Unstimmigkeiten hinsichtlich der nötigen Sparmaßnahmen auseinandergebrochen war, wurden mit dem Regierungsprogramm der neuen Koalition abermals Schritte zur Sanierung eingeleitet. Erstmals sollen nicht vorrangig die Steuern erhöht, sondern überwiegend die Ausgaben gekürzt werden. Die Inflationsrate, die im Jahresdurchschnitt 1983 noch bei 15 vH liegt, soll auf 10 vH im Jahre 1984 zurückgeführt werden.

Angesichts der Belastungen aus der Vergangenheit konnte sich die Wirtschaft nicht erholen. Der Konjunkturreinbruch in der zweiten Hälfte des Jahres 1982 war schwerer gewesen als in den anderen Industrieländern. Die wirtschaftliche Schwäche hielt auch 1983 an. Nach offiziellen Angaben sind die realen verfügbaren Einkommen, die 1982 wenig zugenommen hatten, 1983 bei kaum gebremsten Preissteigerungen sogar zurückgegangen. Die Spannung zwischen dem Versuch der Zentralbank,

die Inflationsrate einzudämmen, und dem überaus großen staatlichen Kreditbedarf hielt zudem die Zinsen hoch. So fand die Konjunktur weder im Konsum, noch in der Investitionstätigkeit eine Stütze. Angesichts der verhaltenen Nachfrage jenseits der Grenzen bot auch der Export keinen Ausgleich. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte 1983 aufs Jahr gesehen um etwa 1 vH niedriger sein als im Vorjahr.

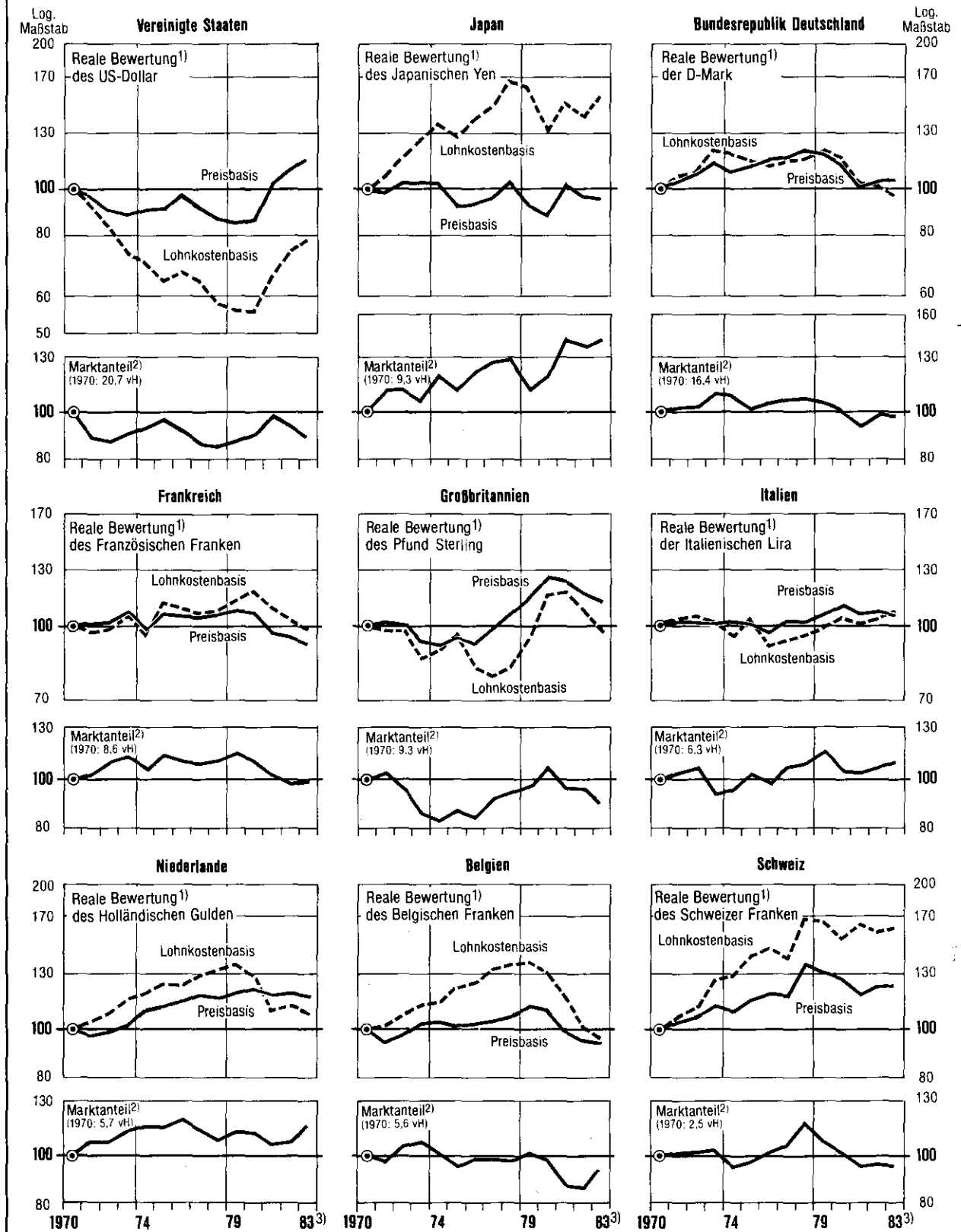
Am Arbeitsmarkt hat sich die Situation erheblich verschlechtert. Die Beschäftigung, die bis Anfang der achtziger Jahre stetig gestiegen war, wurde 1983 spürbar abgebaut. Die Arbeitslosigkeit nahm deutlich zu.

36. Belgien hatte in den letzten Jahren mit besonders großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Erste Erfolge der 1981 eingeleiteten und vorrangig auf eine Verbesserung der außenwirtschaftlichen Situation zielenden Politik zur Sanierung der Staatsfinanzen wurden 1983 sichtbar (Schaubild 3). Der Anstieg der Lohnkosten verringerte sich, und die Inflationsrate, die nach der Abwertung im vergangenen Jahr weiter gestiegen war, ging zurück. Belgische Unternehmer konnten 1983 im Handel mit dem Ausland Marktanteile gewinnen, die Exporte nahmen kräftig zu. Daß außer dem Staatsverbrauch auch der private Verbrauch gedämpft wurde, gehörte zum Konzept, weniger daß die Investitionsschwäche anhielt. Die hohe Arbeitslosigkeit nahm weiter zu.

37. In den Niederlanden ist die Arbeitslosenquote mit etwa 16 vH die höchste innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Trotz vergleichsweise günstiger Bedingungen — Preissteigerungen von weniger als 3 vH, kaum mehr steigende Lohnstückkosten, erhebliche Leistungsbilanzüberschüsse — hielt die konjunkturelle Schwächephase auch 1983 an. Bis heute wirkt nach, daß der Zuwachs an Realeinkommen, der den Niederlanden als Erdgasexporteur infolge der internationalen Energiepreissteigerungen zugefallen war, Fehlreaktionen nach sich zog. Die Staatsausgaben wurden im Vorgriff auf künftige Einnahmen kräftig ausgeweitet, und es kam zu sehr hohen Lohnsteigerungen. Die Export-

Schaubild 3

ZUR AUSSENHANDELSSITUATION AUSGEWÄHLTER LÄNDER
1970 = 100



1) Wechselkursbereinigte relative Veränderung der Durchschnittswerte der Ausfuhr bzw. der Lohnstückkosten gegenüber der Gruppe der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer, zusammengewogen mit den jeweiligen Vorjahresanteilen der Länder an der Weltausfuhr. - 2) Anteil der Ausfuhr der Länder an der Gesamtausfuhr der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer. - 3) Eigene Schätzung. Für Marktanteile: 1. Halbjahr.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank, DIW, OECD, UN

SR 830906

industrie büßte an Wettbewerbsfähigkeit ein. Ende der siebziger Jahre änderten der Staat und die Tarifpartner ihr Verhalten. Die strukturelle Fehlentwicklung der Volkswirtschaft läßt sich aber anscheinend nicht schnell überwinden. Die Investitionen erholen sich nur langsam. Die Regierung setzt ihre Sparanstrengungen fort. Der private Verbrauch sinkt im vierten aufeinanderfolgenden Jahr.

38. In Dänemark sind erst im Oktober vergangenen Jahres, nach dem Regierungswechsel, Maßnahmen zur Sanierung der Wirtschaft eingeleitet worden. Die seither verfolgte strikte Einkommenspolitik führte zu einem Abflachen des Lohnanstiegs in diesem Jahr; es konnten Exporterfolge erzielt werden. Die Einfuhr von Energie wurde 1983 teilweise durch heimische Förderung ersetzt. Dies wirkte sich günstig auf die Investitionstätigkeit und auf die Leistungsbilanz aus. Im Zuge der staatlichen Sparmaßnahmen ging das Defizit der öffentlichen Haushalte zurück.

39. Auch in Österreich ist 1983 die Eindämmung der öffentlichen Defizite zu einem wichtigen Ziel der Wirtschaftspolitik geworden. Die neue Regierung setzte dazu sowohl auf der Ausgabenseite als auch auf der Einnahmenseite des Haushalts an. Unter anderem wurde die Steuer auf Zinserträge in eine Quellenabzugssteuer umgestellt. Das Haushaltsdefizit des Bundes dürfte in diesem Jahr auf 6 vH des Bruttosozialprodukts ansteigen. Die rasche Abschwächung des Preisauftriebs und der Zinsrückgang haben den privaten Verbrauch angeregt. Die positiven Impulse, die davon ausgingen, überwogen die Schwäche bei der Ausfuhr und bei den Investitionen.

In der Schweiz scheint der konjunkturelle Tiefpunkt zwar durchschritten. Bis der Produktionsrückgang vom vergangenen Jahr aufgeholt ist, dürfte indes noch einige Zeit vergehen. Schwierigkeiten bereitet vor allem der Wertgewinn des Franken gegenüber der D-Mark, der Schweizer Unternehmen erhebliche Wettbewerbsnachteile bringt. Die Ausfuhr hat sich bisher von dem starken Rückgang im vergangenen Jahr noch nicht erholt.

IV. Europäische Gemeinschaft: Lähmende Interessenkonflikte

40. In der Europäischen Gemeinschaft beherrschen in diesem Jahr die Haushaltsprobleme einen großen Teil des Geschehens. Die Ausgaben der Gemeinschaft sind bei den geltenden Regelungen an den Grenzen der Finanzierbarkeit angelangt. Als Lösungsmöglichkeiten werden, insbesondere im Agrarsektor, unverhohlen mehr Dirigismus im Innern und mehr Abwehrmaßnahmen nach außen propagiert. Die Aufnahme Spaniens und Portugals in die Gemeinschaft hat sich verzögert. Im Bereich der Währungspolitik blieb es vergleichsweise ruhig, nachdem im März mit viel Mühe Einigkeit über eine erneute Änderung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem erzielt worden war.

41. Der Gemeinschaftshaushalt hat in diesem Jahr erstmals den Rahmen der Europäischen Gemeinschaft aus dem Mehrwertsteueraufkommen der Mitgliedsländer zustehenden Eigenmittel völlig in Anspruch genommen, möglicherweise wird er den Rahmen sogar überschreiten. Der Haushalt 1983, der nach dem ursprünglichen Entwurf mit einem Volumen von 21,1 Mrd ECU die Mehrwertsteuermittel nur zu 74 vH beansprucht hätte, wurde durch zwei Nachtragshaushalte auf 25,1 Mrd ECU aufgestockt, was einer rechnerischen Ausschöpfung von 99,9 vH gleichkommt. Der erste Nachtragshaushalt hatte die schon für 1982 vorgesehene und damals vom Europäischen Parlament abgelehnte Umwandlung von Minderausgaben aus den vorangegangenen Jahren in Ausgleichszahlungen an Großbritannien und die Bundesrepublik zum Inhalt. Der zweite Nachtrag enthielt weitere Ausgleichszahlungen an diese beiden Länder, wurde aber vor allem deshalb notwendig, weil die Ausgaben für die Garantie der Agrarpreise die Haushaltsansätze um 1,8 Mrd ECU überschritten. Die Ursachen für die Überschreitung waren allerdings keineswegs unvorhersehbar gewesen: Die kräftige Anhebung der EG-Agrarpreise bei gleichzeitig sinkenden Weltmarktpreisen machte höhere Ausfuhrerstattungen nötig; nach der guten Ernte des Jahres 1982 mußten größere Überschußmengen aufgekauft werden; nach den Leitkursanpassungen im EWS stiegen die Ausgaben für die Währungsausgleichszahlungen.

Der für 1984 vorgelegte Haushalt schöpft schon im Entwurf den Einnahmenspielraum zu 96,2 vH aus. Da der Gemeinschaft eine Kreditfinanzierung ihrer Ausgaben nur in Ausnahmefällen erlaubt ist, könnten Mehrausgaben, aber auch Mindereinnahmen aus den der Gemeinschaft zustehenden Zöllen und Mehrwertsteuermitteln dazu führen, daß die Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Mitgliedsländern nicht mehr erfüllt werden können. Bereits im Oktober dieses Jahres wurden die Vorschußzahlungen für Exporterstattungen zeitweilig ausgesetzt.

Insgesamt sind für 1984 Ausgaben in Höhe von 24,8 Mrd ECU vorgesehen, ebensoviel wie im Haushalt 1983 einschließlich der Nachträge. Die Ausgaben für Agrarsubventionen sollen um 700 Mio ECU höher sein als in diesem Jahr, die zu erwartende Anhebung der Agrarpreise noch nicht eingerechnet. Niedriger liegen sollen die Ausgaben für die Regionalpolitik, für Forschung und Energie sowie für Entwicklungshilfe.

42. Zur Erhöhung der Einnahmen schlug die Europäische Kommission vor, den Rahmen der steuerlichen Eigenmittel von gegenwärtig 1 vH der einheitlichen Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer in den einzelnen Ländern auf zunächst 1,4 vH auszuweiten und nötigenfalls künftig auf eine Obergrenze ganz zu verzichten. Um bei dieser Regelung Raum für eine Interessenabwägung zwischen reicheren und ärmeren sowie zwischen stärker industriell und stärker landwirtschaftlich geprägten Ländern zu lassen, wurde zugleich ein „Modulierungsmechanismus“ vorgeschlagen. Danach sollten die Beiträge, die von den Mitgliedsländern zu entrichten sind, von den Grundbeträgen, die sich aus

der Mehrwertsteuerformel ergeben, nach oben oder unten abweichen können. Maßgeblich für die Abweichung sollten einerseits das Wohlstandsniveau der Länder, gemessen am Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt, andererseits der nationale Anteil an der landwirtschaftlichen Erzeugung in der Gemeinschaft sein.

Auf die Zustimmung der Regierungen konnte die Kommission mit diesem Vorschlag nicht hoffen. Zu groß waren die Befürchtungen, daß nach der vollzogenen Aufstockung der Gemeinschaftsmittel die Lösung anderer Probleme — Ausgabenexplosion im Agrarbereich, Streit um die britischen Beiträge — weiter aufgeschoben werden würde. Die Probleme stellen sich derzeit als so eng miteinander verwoben dar, daß es offenbar nicht mehr möglich ist, einen Schritt vor dem anderen zu tun.

Die Modifikationen und Konkretisierungen des Kommissionsvorschlags, die im Laufe des Jahres von den einzelnen Ländern vorgebracht wurden, erkennen durchweg das britische Begehren nach einer Entlastung an; über das Wie einer solchen Regelung liegen sie jedoch augenblicklich noch weit auseinander. Eine „gerechtere“ Verteilung der sogenannten Nettosalen — die in der Diskussion trotz großer Vorbehalte gegen ihre Aussagefähigkeit als Maß für die Lasten oder Vorteile aus der EG-Mitgliedschaft genommen werden — kann ja durch Schritte auf der Einnahmenseite oder auf der Ausgabenseite angestrebt werden. Und will man den vor allem vom Europäischen Parlament immer wieder beanstandeten Praktiken, jeweils ad hoc die Höhe von Erstattungszahlungen auszuhandeln, durch allgemein formulierte Beitrags- oder Ausgleichsregelungen ein Ende machen, so hat dies Folgen auch für die übrigen Mitgliedsländer.

Großbritannien und in noch größerem Maße die Bundesrepublik sind seit Jahren die einzigen Nettozahler in der Gemeinschaft. Eine Regelung, die die Zahlungen der einzelnen Länder auch davon abhängig machte, wie stark diese die Kassen des Agrarfonds belasten, wäre für beide Länder von Vorteil, hätte aber gegen sich, daß sie teilweise die Wirkungen der gemeinsamen Agrarpolitik konterkarieren würde. Die wohl einfachste Lösung — Einführung von Obergrenzen für die Nettozahlersalden — erscheint willkürlich. Eine Beitragsdifferenzierung nach Wohlstandsniveau schließlich würde wohl Großbritannien, nicht aber die Bundesrepublik entlasten.

43. Bei alledem spielen die Finanzierungsprobleme der gemeinsamen Agrarpolitik die zentrale Rolle — längerfristig, weil die Nettosalen der einzelnen Länder entscheidend von der Höhe und der Ausgestaltung der Agrarausgaben abhängen, kurzfristig, weil es der Anstieg der Agrarausgaben ist, der jetzt zum Handeln zwingt (Ziffern 584 ff.).

Die gegenwärtig diskutierten Vorschläge für Einsparungen im Agrarbereich laufen darauf hinaus, die Kosten des Systems überhöhter Garantiepreise zu begrenzen, indem das System durch eine Mengengrenzung mit gleichzeitig verschärfter Kon-

trolle der Einfuhren ergänzt wird. Im Bereich der Milchwirtschaft etwa, die rund ein Drittel der Agrarausgaben beansprucht, ist daran gedacht, das Überschreiten bestimmter Produktionsmengen durch Auferlegung von Abgaben zu ahnden. Für andere Erzeugnisse sollen — so die Vorstellung der EG-Kommission — nach dem Vorbild der schon geltenden Zuckermarktordnung Preisgarantien nur noch für begrenzte Mengen gegeben werden.

44. Im Bereich der europäischen Stahlpolitik wurde offenkundig, daß der seit 1980 geltende Stahlkrisenplan trotz oder wegen der zur Förderung der Umstrukturierung gewährten Subventionen und jedenfalls trotz der ständig erweiterten und perfektionierten Regelungen sein Ziel, die Überproduktion abzubauen, nicht erreicht hat (Ziffern 515 ff.). Der bisher erzielte Kapazitätsabbau erwies sich als bei weitem zu gering, da die Nachfrage in Europa weiter schrumpfte und die weniger entwickelten Länder mit neuen Stahlkapazitäten ihren steigenden Verbrauch in zunehmendem Maße selbst bestreiten können. Das bekamen freilich nicht nur die europäischen, sondern auch die amerikanischen und japanischen Stahlproduzenten zu spüren. In beiden Ländern sind die Produktionskapazitäten zu weniger als 60 vH ausgelastet.

Seit Ende 1982 sind die europäischen Stahlexporte in die Vereinigten Staaten durch ein Selbstbeschränkungsabkommen für bestimmte Stahlsorten auf Anteile zwischen 2 vH und 10 vH der amerikanischen Marktversorgung begrenzt. Mitte dieses Jahres verfügte die amerikanische Regierung zusätzlich Importmengenbeschränkungen und Zollerhöhungen für Edelstahl, der nicht unter die im letzten Jahr getroffenen Vereinbarungen fällt.

45. Die Auslastung der Kapazität der europäischen Stahlindustrie dürfte 1983 nur knapp über 50 vH liegen. Die EG-Kommission beziffert diese für Rohstahl auf 190,5 Mio Tonnen pro Jahr; das ist noch immer ebensoviel wie im Jahre 1975. Angestrebt wird, die Produktionskapazität bis Ende 1985 beträchtlich zurückzuführen. Die Aufteilung dieser Anpassungslast auf die Länder birgt noch beträchtlichen Konfliktstoff; bislang entwickelte sich die Kapazität sehr unterschiedlich. In Italien wurden über lange Zeit noch zusätzliche Produktionsmöglichkeiten aufgebaut. In den übrigen Ländern mit Ausnahme der Niederlande kam es zu einem Kapazitätsabbau. Dem entspricht ein noch stärkerer Abbau der Beschäftigung. Während in der Gemeinschaft insgesamt die Beschäftigung in der Stahlindustrie seit Ende 1974 um 300 000 auf nunmehr rund 500 000 Personen abgebaut worden ist, werden in Italien heute noch ebenso viele Arbeitskräfte in der Stahlindustrie beschäftigt wie damals. Italien ist gegenwärtig der zweitgrößte Rohstahlproduzent in der Gemeinschaft und nimmt weltweit den sechsten Rang ein. Die größte Anpassung hat Großbritannien geleistet. Gegenüber Ende 1974 sind dort fast zwei Drittel der Arbeitsplätze im Stahlbereich abgebaut worden.

46. Im Oktober 1983 kam es zum Zerfall des privaten Stahlkartells Eurofer, als acht der siebzehn dem

Tabelle 8

Zum Europäischen Währungssystem

Währung Zeitpunkt	Deutsche Mark	Franzö- sischer Franken	Hollän- discher Gulden	Belgischer und Lu- xembur- gischer Franken	Italie- nische Lira	Dänische Krone	Irisches Pfund	Pfund Sterling ¹⁾
Fester Betrag im ECU-Korb (Währungseinheiten)	0,828	1,15	0,286	3,66 0,14	109,0	0,217	0,00759	0,0885
ECU-Leitkurs ab 18. Mai 1983 (1 ECU = . . . Wäh- rungseinheiten)	2,24184	6,87456	2,52595	44,9008	1403,49	8,14104	0,725690	0,587087
Gewicht im ECU-Korb ²⁾ in vH	36,9	16,7	11,3	8,5	7,8	2,7	1,0	15,1
Abweichungsschwelle (= 75 vH der maximalen Abweichung) in vH	±1,06	±1,41	±1,50	±1,54	±4,15 ^{a)}	±1,64	±1,67	(±1,43)
Änderungen der ECU-Leitkurse ³⁾								
1979 24. September	+ 1,01	- 0,97	-0,97	- 0,97	- 0,97	- 3,80	-0,97	+ 2,07
30. November	+ 0,14	+ 0,14	+0,14	+ 0,14	+ 0,14	- 4,63	+0,14	+ 0,14
1981 23. März	- 2,47	- 2,47	-2,47	- 2,57	- 8,32	- 2,47	-2,47	+19,70
5. Oktober	+ 5,61	- 2,90	+5,61	+ 0,10	- 2,90	+ 0,10	+0,10	- 9,80
1982 22. Februar	- 0,34	- 0,34	-0,34	- 8,81	- 0,34	- 3,33	-0,34	+ 7,90
14. Juni	+ 3,61	- 6,32	+3,61	- 0,61	- 3,34	- 0,61	-0,61	- 0,61
1983 21. März	+ 5,36	- 2,63	+3,36	+ 1,36	- 2,63	+ 2,36	-3,63	-11,02
18. Mai	- 1,19	- 1,19	-1,19	- 1,19	- 1,19	- 1,19	-1,19	+ 7,28
Insgesamt seit 13. März 1979 ⁴⁾	+12,00	-15,64	+7,72	-12,21	-18,18	-12,96	-8,68	+12,97
Abweichungsindikator ⁵⁾								
1979 13. März ⁴⁾	-14	+ 8	+ 8	-46	+ 6	+32	+14	+ 20
31. Dezember	-23	+51	+ 5	-65	+ 1	+ 4	-16	+ 16
1980 31. Dezember	-45	+62	+48	-59	-49	+26	-27	+793
1981 31. Dezember	-32	+28	+11	-72	- 3	+26	+27	+299
1982 29. Oktober	-42	-17	+58	-47	+ 3	- 8	+10	+120
30. November	+23	+31	+37	-72	+15	+30	0	-168
31. Dezember	+39	+27	+29	-81	+26	+26	-52	-376
1983 31. Januar	+22	+18	+42	-65	+28	+33	-52	-491
28. Februar	+41	+30	+28	-79	+24	- 9	-53	-562
31. März	-71	+66	-50	- 9	+68	+58	+54	+ 42
29. April	-72	+66	-46	-23	+53	+51	+56	+329
31. Mai	-71	+64	-35	-36	+62	+22	+57	+213
30. Juni	-65	+62	-17	-42	+76	+10	+45	+ 33
29. Juli	-70	+49	- 7	-41	+68	+ 4	+56	+181
31. August	-58	+55	- 3	-60	+57	+ 7	+45	+201
30. September	-26	+31	+21	-82	+43	+ 9	+24	+109
31. Oktober	-17	+27	+13	-86	+40	+20	+19	+110

1) Nimmt am Wechselkursverbund des EWS nicht teil.

2) Berechnet aufgrund des jeweiligen ECU-Leitkurses.

3) Aufwertung (+), Abwertung (-) in vH. Für das Pfund Sterling läßt sich ein fiktiver ECU-Leitkurs berechnen.

4) Beginn des EWS.

5) Abweichung des ECU-Tageswertes vom ECU-Leitkurs der jeweiligen Währung in vH der maximalen Abweichung.

Abweichung der Landeswährung gegenüber dem ECU nach oben: +.

Abweichung der Landeswährung gegenüber dem ECU nach unten: -.

Falls die italienische Lira oder das Pfund Sterling um mehr als 2,25 vH von mindestens einer der anderen Währungen abweichen, wird der bereinigte Indikatorwert ausgewiesen. Eine Korrektur des Indikators für die italienische Lira erfolgt nur, wenn das Pfund Sterling um mehr als 6 vH (erweiterte Bandbreite der italienischen Lira) von der Lira abweicht. Der Indikatorwert für das Pfund Sterling hat nur nachrichtliche Bedeutung.

a) Auf Grundlage einer Bandbreite von 6 vH.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Kartell angehörenden Stahlunternehmen ihren Austritt erklärten. Ob es sich dabei um einen endgültigen Schritt handelt, muß dahingestellt bleiben. Die Europäische Kommission hatte in der Vergangenheit die Quotenzuteilungen und die Maßnahmen zur Preisbeeinflussung mit dem Kartell abgestimmt. Bei der Fortführung der Krisenmaßnahmen ist sie nicht auf die Kooperation mit den Unternehmen angewiesen.

Schon zuvor hatte es aus der Sicht der Behörden an „Preisdisziplin“ gemangelt. Das veranlaßte die Kommission, anläßlich der jüngsten Anhebung der Mindestpreise ihr Sanktionsinstrumentarium weiter auszubauen, um den durch Subventionen angebotenen und verfälschten Preiswettbewerb zwischen den europäischen Stahlanbietern auszuschalten. Auch Überschreitungen der vorgeschriebenen Produktionsmengen waren, obwohl sie mit Geldbußen belegt wurden, an der Tagesordnung, ausgelöst teils durch den allgemeinen Angebotsdruck, teils durch allzu restriktive Quotenzuteilung für einzelne Unternehmen. Und auch das System der Einfuhrüberwachung, durch das die europäischen Produzenten vor der Konkurrenz billigerer Importe abgeschirmt werden sollen, vermochte es nicht, die Stahlverarbeiter davon abzuhalten, weiterhin außerhalb der Gemeinschaft einzukaufen.

47. Im Juni 1983 wurde das europäische Stahlquotensystem zunächst um einen Monat, dann bis Anfang 1984 verlängert. Über eine weitere Verlängerung bis Ende 1985 besteht grundsätzlich Einigkeit. Mitglieder der Europäischen Kommission halten

eine Verlängerung auch über 1985 hinaus für unabwendbar.

48. Im Europäischen Währungssystem gab es am 21. März 1983 eine recht weitgehende Änderung der Leitkurse (Tabelle 8). Die D-Mark wurde dabei gegenüber dem Irischen Pfund um 9,3 vH, gegenüber dem Französischen Franken und der Italienischen Lira um 8,2 vH, gegenüber dem Belgischen Franken um 3,9 vH, gegenüber der Dänischen Krone um 2,9 vH und — erstmals seit September 1979 — auch gegenüber dem Holländischen Gulden um 1,9 vH aufgewertet. Gemessen an den Leitkursen und gewichtet mit den Außenhandelsanteilen der Partnerländer bedeutete dies eine Aufwertung der deutschen Währung um rund 5½ vH. Die D-Mark verharrte nach der Leitkursanpassung ungewöhnlich lange am unteren Rand des Kursbandes. Erst Mitte August löste sie sich davon.

Die eindeutig schwächste Währung im Verbund ist inzwischen wieder der Belgische Franken. Dessen Leitkurs war im März offenkundig nicht ausreichend angepaßt worden, was damals freilich willkommen gewesen sein mag, auch im Hinblick auf die besonders kontroverse Frage der Verteilung der „Anpassungslast“ auf D-Mark und Französischen Franken. Denn wäre der Belgische Franken ebenso stark wie der Französische Franken und die Italienische Lira abgewertet worden — gegenüber der D-Mark also um 8,2 vH statt um 3,9 vH —, so hätte der Aufwertungssatz der D-Mark in ECU ausgedrückt rund 6 vH statt 5½ vH, der Abwertungssatz des Französischen Franken nur rund 2 vH statt 2½ vH betragen müssen.

TEIL B

Die Binnenkonjunktur 1983

I. Überblick

49. In der Bundesrepublik hat die Wirtschaft 1983 ein Stück des Weges aus der Talsohle zurückgelegt. Die Produktion stieg wieder an, wenngleich nicht in beständigem Tempo. Das hat sich am Arbeitsmarkt schon bemerkbar gemacht. Vom Sommer an hat die Arbeitslosigkeit konjunkturell nicht mehr zugenommen. Wegen des Anstiegs zuvor war die Anzahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt mit 2,3 Millionen gleichwohl noch einmal deutlich höher als im Jahre 1982. Die Anzahl der Kurzarbeiter ist aber stark zurückgegangen; hier zeigt sich Mehrbeschäftigung zuerst. Der Preisauftrieb hat sich in diesem Jahr endlich beruhigt. Über das Jahr gesehen sind die Preise auf der Verbraucherstufe trotz der Mehrwertsteuererhöhung nur wenig gestiegen. Im Jahresdurchschnitt waren sie um 3 vH höher als im Vorjahr (Ziffern 128 ff.). Der Überschuß in der Leistungsbilanz dürfte mit 10 Mrd DM trotz niedrige-

rer Ausfuhrmengen noch etwas höher ausfallen als im vergangenen Jahr. Im Kapitalverkehr kam es erneut zu hohen Abflüssen langfristiger Mittel. Die D-Mark tendierte gegenüber dem Dollar das ganze Jahr über eher zur Schwäche. So blieb es bei dem engen Verbund mit den amerikanischen Zinsen. Unter diesen Bedingungen war der Versuch der Bundesbank, auf ein weiteres Sinken der Zinsen für Bankkredite und am Kapitalmarkt hinzuwirken, nicht erfolgreich (Ziffern 192 ff.).

50. Dieses Gesamturteil zur wirtschaftlichen Lage wirft indessen Fragen auf.

- Inwieweit haben konstitutionelle Schwächen an Bedeutung verloren?
- Wie konnte sich die wirtschaftliche Erholung ohne Antrieb von außen durchsetzen?
- Wieviel an Anstößen war von seiten der Wirtschaftspolitik im Spiel und wie sind im nachhin-

ein die Auswirkungen des staatlichen Konsolidierungskurses zu sehen?

— Ist die Belebung dieses Jahres Ausdruck des zufälligen Zusammentreffens zeitweiliger positiver Einflüsse?

51. Der Pessimismus auf Seiten der Unternehmen ist allmählich gewichen. Dazu hat vieles beigetragen. Auf den Inlandsmärkten sind die Absatzmöglichkeiten besser geworden, dasselbe gilt, freilich erst seit dem Sommer, für die Auslandsmärkte, der Kostenauftrieb ist zum Stillstand gekommen, und es gab wieder höhere Erträge.

Von den Lohnabschlüssen her war Raum für eine Korrektur des realen Kostenniveaus gegeben. Zu einem nennenswerten Teil haben sich die Unternehmen allerdings noch einmal durch den Abbau der Beschäftigung von Arbeitskosten entlastet. Die gesamten Stückkosten waren erstmals seit langem nicht höher als im Vorjahr. So kam es zu einer weiteren Verbesserung im Verhältnis von Kosten und Preisen, obgleich die Preise weit weniger angehoben wurden als 1982. Bezogen auf den Wert aller abgesetzten und auf Lager genommenen Güter haben sich die Gewinne der Unternehmen in den Jahren 1982 und 1983 soweit verbessert, daß schätzungsweise zwei Drittel des davorliegenden Einbruchs wettgemacht werden konnten. Die eigenen Mittel der Unternehmen reichten aus, höhere Investitionen als im vergangenen Jahr nahezu vollständig zu finanzieren. Importierte Vorleistungen und die Beschaffung von Kapital waren billiger als 1982.

So wurde mehr investiert als im Vorjahr, die Läger wurden aufgestockt, und die Anbieter reagierten im allgemeinen auf höhere Aufträge ohne langes Zögern mit einer Ausweitung der Produktion. Die Angebotsneigung ist größer geworden.

52. Eine wichtige Stütze erwuchs der Wirtschaft aus dem veränderten Verhalten der Konsumenten. Die Ausgabeneigung der privaten Haushalte hat sich wesentlich stärker gekräftigt als erwartet. Daß im Umfang von 6 Mrd DM mehr Güter und Dienstleistungen gekauft wurden, ist insoweit überraschend, als die Einkommen von beschäftigten und arbeitslosen Arbeitnehmern nach Abzug von Steuern und Abgaben der Kaufkraft nach sanken. Für diejenigen, die Einkommen vom Staat in Form von Renten und anderen Unterstützungszahlungen beziehen, galt das trotz einer Reihe von Kürzungsmaßnahmen nur in geringem Maße. Um ihre Kaufpläne nicht einschränken zu müssen, waren die Verbraucher offenbar bereit, außer dem laufenden Einkommen auch einen Teil der angesammelten Ersparnisse für den Kauf von Konsumgütern auszugeben, insbesondere für dauerhafte Gebrauchsgüter mit Investitionscharakter, oder sich dafür zu Lasten künftiger Einkommen zu verschulden. In diese Richtung wirkten wohl auch die Wertsteigerungen vieler Vermögensanlagen, in denen das Mehr an Zuversicht greifbar wurde (Ziffern 69 ff.).

53. Die Ausfuhr hat sich unerwartet spät belebt. Ende vergangenen Jahres sah man es schon als Lichtblick an, daß die Aufträge aus dem Ausland und die Lieferungen dorthin nicht weiter sanken. Monat um Monat verging dann aber, ehe im Sommer Anzeichen einer Wiederbelebung sichtbar wurden. Bis dahin überwog der Nachfragerückgang auf wichtigen Absatzmärkten, so in Frankreich, Italien und im OPEC-Raum, die Belebung der Nachfrage in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und in Japan (Ziffern 73 ff.).

Aber gegenüber dem Einfluß der positiven Faktoren blieb das Warten auf höhere Ausfuhren ohne durchschlagende negative Wirkung auf die Unternehmen und privaten Haushalte. Man muß dabei im Blick behalten, daß die Exporte noch bis in das Jahr 1982 hinein kräftig gestiegen waren und damals den Rückgang der Binnennachfrage größtenteils ausgeglichen hatten. Zur Rezession war es im vergangenen Jahr erst gekommen, als die Ausfuhren sanken, ausgehend freilich von dem zuvor erreichten hohen Niveau, und die Investitionsneigung schwächer und schwächer wurde. Die Stellung deutscher Exporteure an den Weltmärkten blieb gleichwohl günstig; das zeigt der Anteil am Welt-handelsvolumen (Ziffern 175 ff.).

54. In Anbetracht der vielfältigen staatlichen Ausgabenkürzungen und Abgabenerhöhungen waren viele darauf gefaßt, daß die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte eine konjunkturelle Belebung ersticken könnte. Dazu ist es nicht gekommen. Im nachhinein zeigt sich, daß die strukturellen Defizite von Bund, Ländern und Gemeinden in diesem Jahr um 11 Mrd DM niedriger ausgefallen sind als 1982; sie waren nur noch halb so hoch wie 1981 (Ziffern 216 ff.). Das wurde größtenteils durch eine zurückhaltende Ausgabenpolitik erreicht, die Steuerquote hat sich kaum verändert. Es ist allerdings nicht zu übersehen, daß im gleichen Zeitraum die Lohnsteuerbelastung zugenommen hat. Und nicht nur das, die Grenzbelastung der Einkommen, also die Belastung zusätzlicher Einkommen mit Steuern und Sozialbeiträgen, hat mit 35 vH bis 50 vH Spitzenwerte erreicht.

Bei aller Konsolidierung waren in diesem Jahr eine ganze Reihe von temporären und dauerhaften Anreizen für Investitionen wirksam. Es hieße sie jedoch zu überschätzen, wollte man vor allem ihnen die Zunahme der Investitionsbereitschaft in diesem Jahr zurechnen. Selbst im Wohnungsbau dürfte das nur für Teilbereiche gelten.

55. Die wirtschaftliche Belebung dieses Jahres hat schon früh am Arbeitsmarkt Wirkung gezeigt. Gleichwohl war die Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt beträchtlich niedriger als 1982, nämlich um 450 000. Erst in der zweiten Jahreshälfte fanden wieder annähernd so viele Arbeitnehmer Beschäftigung, wie an anderer Stelle entlassen wurden. Die Anzahl der Arbeitslosen nahm gegenüber 1982 noch etwas mehr zu, als die Anzahl der Beschäftigten abnahm. Der Unterschied war aber

geringer als zumeist befürchtet. Seit August steigt auch die Anzahl der Arbeitslosen nicht mehr.

56. Zu einem vollständigen Bild der derzeitigen wirtschaftlichen Lage gehören freilich auch große ungelöste Strukturprobleme. Die großen Werften kämpfen ums Überleben. Die Stahlindustrie befindet sich nach wie vor in einer tiefen Krise. Die Auslastung der Kapazitäten betrug hier nur noch 54 vH, das Eigenkapital ist teilweise aufgezehrt, die Kraft umzustrukturieren und zu investieren fehlt. Im Steinkohlebergbau mußte in diesem Jahr trotz eingeschränkter Förderung weiterhin Kohle auf Halde genommen werden. Mittlerweile lagert mehr als ein Viertel der Jahresförderung bei den Zechen. Der Staat finanziert Förderung, Verwertung und Lagerung mit sehr hohen Subventionen. Im Unterschied zu anderen Branchen ist weder für die Stahlindustrie noch für den Kohlenbergbau noch für die Werften damit zu rechnen, daß sie bei weiterer wirtschaftlicher Besserung ihre nicht ausgelasteten Kapazitäten bald wieder rentabel nutzen könnten. Die bestehenden regionalen Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt gewinnen dadurch an Schärfe.

II. Stärkere Auftriebskräfte im Innern ohne Antrieb von außen

57. Je weiter das Jahr fortschritt, desto stärker mehrten sich die Anzeichen für die Besserung der wirtschaftlichen Lage. Sowohl die privaten Haushalte als auch die Unternehmen haben wieder mehr Geld ausgegeben. Für die Unternehmen ist die Tatsache, daß sich das Verhältnis von Kosten und Preisen verbessert hat, spürbar geworden. Die Exportaussichten haben sich nach und nach aufgehellt. Das bewog die Anbieter, auf höhere Aufträge ohne langes Zögern mit einer Ausweitung der Produktion zu reagieren. Die Läger wurden kräftig aufgestockt, und früher als in den anderen Ländern, in

denen sich Auftriebskräfte abzeichneten, ist — sicher zum Teil durch die Investitionszulage begünstigt — wieder merklich mehr investiert worden. Die nach Jahren der Stagnation nun günstigere Einschätzung der Zukunft hat die privaten Haushalte dazu veranlaßt, mehr langlebige Konsumgüter zu kaufen als im Vorjahr.

Einer stärkeren Aufwärtsbewegung wirkte die Schwäche der deutschen Ausfuhr entgegen, die im vergangenen Jahr entstanden war und in dieses Jahr hineinwirkte. Sie belastete die wirtschaftliche Erholung aber nicht nachhaltig, weit weniger jedenfalls, als dies im Fall einer schlechteren Konstitution der Binnenwirtschaft zu befürchten gewesen wäre.

58. Der Besserung der wirtschaftlichen Lage, erstmals ohne Antrieb von außen, ging nämlich voraus, daß wichtige konstitutionelle Schwächen und Belastungen der Volkswirtschaft an Bedeutung verloren. An erster Stelle ist die günstigere Kostensituation zu nennen. Die inlandsbestimmten Kosten waren nur wenig höher als 1982, die auslandsbestimmten Kosten waren sogar niedriger.

Der Anstieg der Lohnkosten hat sich weiter verlangsamt. Die Tarifloohnerhöhungen, die in der Lohnrunde 1983 vereinbart wurden, waren erneut geringer als im Vorjahr. Zumeist wurden Einkommensverbesserungen von 3,2 vH ausgehandelt, so in der Metallindustrie, in der Druckindustrie, im Handel und im Versicherungsgewerbe (Tabelle 9). Die Abschlüsse im öffentlichen Dienst blieben hinter dieser Rate zurück. In der Eisen- und Stahlindustrie sind, trotz der dort um sich greifenden Krise, nur wenig niedrigere Tarifloohnerhöhungen vereinbart worden als in den anderen Wirtschaftszweigen. Die Effektivverdienste aus eigener Initiative zusätzlich aufzustoßen, sahen die Unternehmen keinen Anlaß. Der Staat hat allerdings die Beiträge zur sozialen Sicherung erhöht, weswegen sich die Arbeitskosten je Stunde gerechnet 1983 um 3 vH erhöhten. Im vergangenen Jahr hatte sich der Anstieg auf 4 1/2 vH belaufen.

Tabelle 9

Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse

Monat		
1983 Januar	Soziale Sicherung	In der Arbeitslosenversicherung beträgt der Beitragssatz 4,6 vH (bisher 4 vH) des versicherungspflichtigen Entgeltes. Die Beitragsbemessungsgrenzen werden in der Renten- und Arbeitslosenversicherung von 4 700 DM auf 5 000 DM angehoben, in der gesetzlichen Krankenversicherung von 3 525 DM auf 3 750 DM. Das Kindergeld für das zweite und alle weiteren Kinder wird für Bezieher höherer Einkommen herabgesetzt.

noch Tabelle 9

Monat		
1983 Februar	Metallindustrie Begünstigte: 3 775 000	Erhöhung der Tarifverdienste um 3,2 vH ab 1. Februar 1983.
	Industrie der Papier-, Pappe- und Kunststoff- verarbeitung Begünstigte: 110 000	Die Löhne und Gehälter werden ab 1. Februar 1983 um 3,2 vH angehoben.
März	Öffentlicher Dienst – Gebietskörperschaften, Bundesbahn, Bundespost, Begünstigte: 2 400 000	Anhebung der Löhne und Gehälter ab 1. März 1983 um 2,0 vH. Am 1. Juli 1983 sowie am 1. März 1984 soll jeweils eine weitere Erhöhung um 0,5 vH erfolgen. Alle Arbeitnehmer, die noch keinen Anspruch auf 30 Tage Urlaub haben, erhalten 1 Tag Urlaub zusätzlich. Die Laufzeit dieses Vertrags beträgt 18 Monate. Außerdem wurde eine Vereinbarung über die Begrenzung der Zusatzversorgung getroffen.
	Bankgewerbe Begünstigte: 320 000	Die Tarifgehälter werden um 3,3 vH am 1. März 1983 erhöht. Alle Angestellten, die noch nicht 39 Jahre alt sind, erhalten einen Tag mehr Urlaub. Außerdem wurde ein Rationalisierungsschutzabkommen getroffen.
	Großhandel Begünstigte: 1 090 000	Anhebung der Löhne und Gehälter überwiegend um 3,2 vH. Die Verträge treten zwischen dem 1. März und dem 1. Juni 1983 in Kraft.
April	Einzelhandel Begünstigte: 1 455 000	Erhöhung der Löhne und Gehälter zumeist um 3,2 vH. Die Verträge treten zwischen dem 1. März und dem 1. Mai 1983 in Kraft.
	Baugewerbe Begünstigte: 1 070 000	Anhebung der Löhne und Gehälter ab 1. April 1983 um 3,0 vH. Ab 1984 erhöhen sich für die meisten Arbeitnehmer im Baugewerbe der Urlaub um 2 Tage (Winterurlaub) sowie das Urlaubsgeld von 25 vH eines Monatslohns auf 30 vH.
	Eisen- und Stahlindustrie Begünstigte: 265 000	Anhebung der Tarifverdienste um 2,0 vH ab 1. April 1983. Ab Oktober 1983 ist eine weitere Anhebung um 1,2 vH vereinbart.
	Privates Versicherungs- gewerbe Begünstigte: 205 000	Die Gehälter werden ab 1. April 1983 um 3,2 vH erhöht. Außerdem wurde ein Rationalisierungsschutzabkommen vereinbart.
Mai	Druckindustrie Begünstigte: 170 000	Die Arbeiter und Auszubildenden erhalten ab 1. April 1983 einen um 3,2 vH höheren Lohn. Dieselbe Erhöhung gilt für die regionalen Tarifverträge für Angestellte.
	Chemische Industrie Begünstigte: 660 000	Die Löhne und Gehälter werden mit einer einmonatigen Verzögerung (je nach regionalem Geltungsbereich) am 1. Mai 1983 beziehungsweise 1. Juni 1983 oder 1. Juli 1983 um 3,2 vH erhöht. Die Laufzeit beträgt 14 Monate. Die Ausbildungsvergütung wird nicht angehoben. Ab 1. September 1983 erhalten alle Arbeitnehmer ab 58 Jahren jede zweite Woche eine vierstündige Altersfreizeit. Ab 1. Januar 1987 erhalten diese Arbeitnehmer jede Woche eine vierstündige Altersfreizeit. Die Laufzeit des Manteltarifvertrags über die Arbeitszeitregelungen geht bis 31. Dezember 1987.
Juni	Steinkohlenbergbau Begünstigte: 190 000	Die Löhne und Gehälter werden am 1. Juni 1983 um 3,05 vH erhöht. Für Mai 1983 wird eine Pauschale von 50 DM gezahlt.
	Textilindustrie Begünstigte: 270 000	Anhebung der Löhne und Gehälter um 3,2 vH ab 1. Juni 1983 mit einer Pauschale von 50 DM für den Monat Mai 1983.
Juli	Soziale Sicherung	Mit einer sechsmonatigen Verzögerung werden die Sozialversicherungsrenten und die Altershilfe der Landwirte am 1. Juli 1983 um 5,6 vH, die Renten nach dem Bundesversorgungsgesetz um 4,6 vH erhöht. Die Unfallrenten steigen um 4,8 vH. Gleichfalls mit einer sechsmonatigen Verzögerung werden am 1. Juli 1983 die Leistungen der Sozialhilfe um 2 vH (statt wie vorher vorgesehen um 3 vH) angehoben. Die Bezieher von Sozialversicherungsrenten und der Altershilfe der Landwirte zahlen ab 1. Juli 1983 einen Krankenversicherungsbeitrag von zunächst 1 vH der Rente.
	Öffentlicher Dienst Begünstigte: 1 700 000	Mit einer viermonatigen Verzögerung werden die Beamtenbezüge am 1. Juli 1983 um 2,0 vH erhöht.
September	Soziale Sicherung	In der Rentenversicherung beträgt der Beitragssatz 18,5 vH (bisher 18 vH) des versicherungspflichtigen Entgelts.

59. Auf die Produkteinheit bezogen waren die Arbeitskosten freilich nur wenig höher als im Vorjahr, im verarbeitenden Gewerbe sogar etwas niedriger. Das ist zu einem geringeren Teil Folge des gedämpften Anstiegs der Arbeitskosten; mehr hat dazu die Anpassung des Beschäftigtenstandes, vor allem in der ersten Jahreshälfte beigetragen.

Das Produktionsergebnis je Stunde, das in den Jahren 1981 und 1982 nur um 1,9 vH und 1,2 vH gestiegen war, nahm in diesem Jahr um 2 1/2 vH zu. Es kam nämlich zu einem Anstieg der Produktion um 1 vH, obgleich die Arbeitsstunden in der Gesamtwirtschaft noch einmal um 1 1/2 vH vermindert wurden. Nicht ins Gewicht fiel, daß eine Reihe von Unternehmen bei verbesserter Auftragslage die Kurzarbeit abgebaut hat, also wieder zu einer normalen Arbeitszeit zurückgekehrt ist. Insgesamt haben 300 000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren. Die Lohnkosten je Stück stiegen so nur um 1/2 vH nach 3,3 vH im Vorjahr und 4,6 vH im Jahre 1981. Im verarbeitenden Gewerbe, wo die Produktion um 1/2 vH stieg und die Anzahl der Beschäftigten um 4 vH reduziert wurde, sanken die Lohnkosten je Stück in diesem Jahr sogar, und zwar um 1/2 vH.

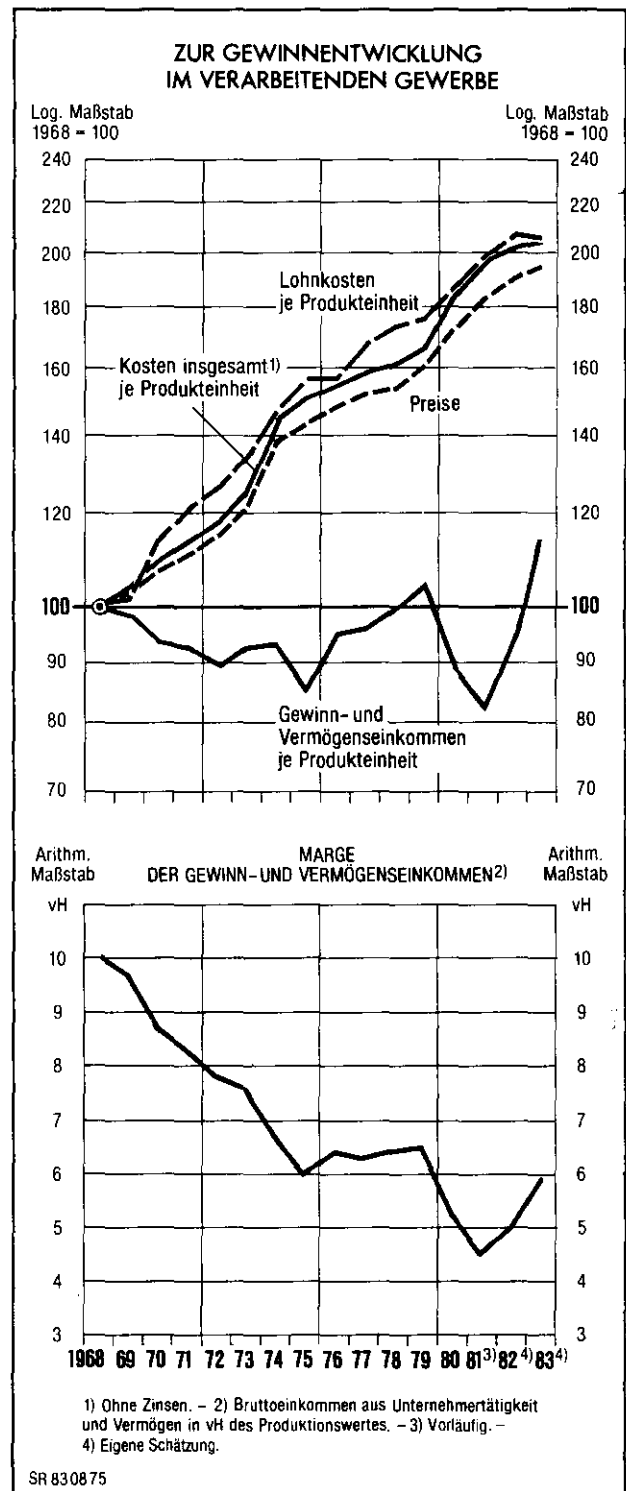
60. Was die Unternehmen wegen der größeren Neigung, die Läger aufzustocken, zu produzieren und zu investieren an Vorprodukten aus dem Ausland importierten, war überwiegend nicht teurer, teilweise sogar billiger als im Vorjahr. Die Preise importierter Rohstoffe waren in den ersten neun Monaten um 5,1 vH niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Abstand der in Dollar gerechneten Weltmarktpreise von ihrem Vorjahresniveau war in demselben Zeitraum sogar noch größer, aber der amerikanische Dollar ist im Laufe des Jahres wieder kräftig höherbewertet worden. Insbesondere Energierohstoffe waren 1983, infolge des Preisrückgangs um die Jahreswende, merklich billiger als im Vorjahr; die Weltmarktpreise für Kupfer, Aluminium und einige andere nicht energetische Rohstoffe sind hingegen im Laufe des Jahres nahezu wieder so kräftig gestiegen, wie sie 1982 gefallen waren (Ziffern 131 f.). Fertigwaren, die als Vorleistungen für die Produktion im Inland dienen und die zu einem großen Teil aus dem europäischen Ausland bezogen werden, haben sich wenig verteuert, da die D-Mark gegenüber wichtigen europäischen Währungen weiter an Stärke gewann. Insgesamt waren 1983 importierte Vorleistungen billiger als im vergangenen Jahr.

61. Die Beschaffung von Kapital war ebenfalls billiger als 1982. Am Ende des vom Sommer 1982 bis zum Frühjahr 1983 dauernden Zinsrückgangs waren die Zinsen für die kurzfristigen Verbindlichkeiten der Unternehmen um mehr als drei Prozentpunkte, für die langfristigen Verbindlichkeiten um zwei Prozentpunkte niedriger. Dadurch wurde die Neuverschuldung billiger, aber auch der Aufwand für alte Kredite verringerte sich vielfach. Verglichen mit der Situation im Vorjahr war die Beschaffung von Kapital über die Aktienbörse infolge des kräftigen Kursanstiegs ebenfalls sehr viel günstiger (Ziffer 210). Der Zinsrückgang hat sich aber in

diesem Jahr nicht weiter fortgesetzt, zeitweilig stiegen die Kapitalmarktzinsen sogar wieder an.

62. Erstmals seit langem waren die gesamten Stückkosten der Unternehmen im Jahre 1983 nicht höher als im Vorjahr. Auch wenn man berücksichtigt, daß dies zum Teil durch den nochmaligen Personalabbau und durch Preissenkungen bei wichtigen Vorleistungen, die sich kaum in dem Maße wiederholen werden, möglich wurde, war es ein weiterer wichtiger Schritt zur Stabilisierung der Kosten-

Schaubild 4



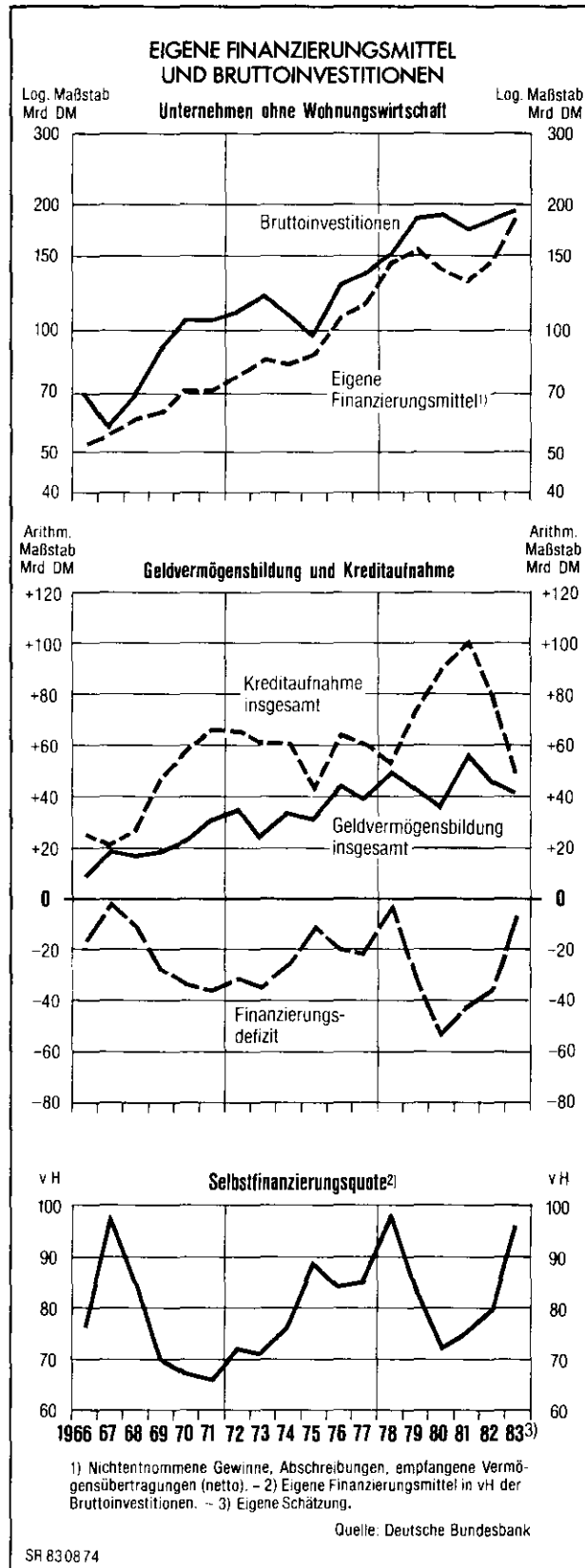
erwartungen der Unternehmen. Gleichzeitig sind die Erzeugerpreise 1983 noch gestiegen und zwar um 1½ vH. Die Gewinne je Produkteinheit erhöhten sich nach ihrem Tiefstand im Jahre 1981 im zweiten Jahr. Im Vorjahr war es nämlich bei den Erzeugerpreisen zu einem Anstieg von 5,8 vH gekommen, während der Kostenauftrieb merklich darunter geblieben war. Die Verbesserung im Verhältnis von Kosten und Preisen kommt darin zum Ausdruck, daß die Gewinn- und Vermögenseinkommen im verarbeitenden Gewerbe, bezogen auf den Wert aller abgesetzten und auf Lager genommenen Güter, in den Jahren 1982 und 1983 gestiegen sind (Schaubild 4). Dieser Anstieg macht indessen noch nicht den Rückgang wett, der nach 1979 eingetreten war. Ein ähnlicher Befund dürfte sich für die Gesamtwirtschaft ergeben, wenngleich die Veränderungen im Anstieg von Kosten und Preisen hier wohl weniger ausgeprägt sind als im verarbeitenden Gewerbe.

Nicht nur der Gewinn je Produkteinheit ist gestiegen, im verarbeitenden Gewerbe wie in der Gesamtwirtschaft hat auch das gesamte Gewinneinkommen zugenommen. Im vergangenen Jahr hatte es zeitweilig den Anschein, als ob die Verbesserung der Gewinnsituation, die in den höheren Stückgewinnen ihre Grundlage hatte, ein Ende gefunden hätte. Mit dem Auslaufen der akuten nachfrageseitigen Belastungen zum Jahresende 1982 haben sich diese Befürchtungen jedoch zerstreut. Im ersten Halbjahr 1983 waren die Unternehmensgewinne um 13 vH höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Anders als im letzten Jahr, als der Absatzrückgang die Gewinnsumme gedrückt hatte, obgleich am Stück mehr verdient worden war, konnten die Unternehmen im Jahr 1983 sowohl mehr Güter und Leistungen verkaufen als auch höhere Gewinne je Produkteinheit verbuchen. Die durchschnittliche Gewinnentwicklung in der Gesamtwirtschaft und insbesondere im verarbeitenden Gewerbe verdeckt freilich, daß es in der Wirtschaft derzeit offenbar Branchen mit sehr guter und sehr schlechter Ertragslage gibt. Auf der Schattenseite befinden sich die Stahlindustrie, die Mineralölindustrie und wohl auch Teile des Maschinenbaus. Die Handelsunternehmen stehen ertragsmäßig ebenfalls nicht gut da. Zu den Branchen mit guter Ertragslage gehören die Automobilindustrie und die chemische Industrie, im Dienstleistungsbereich vor allem die Banken sowie Beratungsunternehmen im Bereich der Datenverarbeitung und der Kommunikationstechnik. Auch das Handwerk hat wieder besser verdient.

63. Die Unternehmen verfügten in diesem Jahr über beträchtlich mehr eigene Finanzierungsmittel. Nach der Finanzierungsrechnung der Bundesbank für das erste Halbjahr 1983 waren die eigenen Finanzierungsmittel, das sind die einbehaltenen Gewinne, die Abschreibungen und die Investitionszuschüsse des Staates, nahezu ebenso hoch wie die Bruttoinvestitionen. Die hohe Eigenfinanzierungsquote ist Ausdruck einer kräftigen Verbesserung der Ertragslage. Wie häufig in Phasen wirtschaftlicher Erholung steigen gegenwärtig die eigenerwirtschafteten Mittel weit schneller als die Investitionsausgaben (Schaubild 5).

Die höheren Eigenmittel verminderten den Bedarf an zusätzlicher Fremdfinanzierung. In der niedrigeren Kreditaufnahme ist allerdings wohl auch das Bemühen der Unternehmen zu sehen, ihre Finanzlage zu konsolidieren. Die Unternehmen haben

Schaubild 5



gleichzeitig in einem etwas geringeren Umfang als vor einem Jahr Geldvermögen gebildet. Die Kreditaufnahme einschließlich der Wertpapieremissionen dürfte etwas stärker zurückgegangen sein, als sich das Finanzierungsdefizit vermindert hat.

64. Ein Teil der Investitionspläne, die in diesem Jahr zum Zuge kamen, mag gleichwohl nur rentabel erschienen sein, weil der Staat das Investieren in Produktionsanlagen und in Gebäude durch verschiedene Maßnahmen steuerlich begünstigt hat. So sind Verbesserungen der degressiven Abschreibung wirksam geworden. Für Investitionsgüter und Bauten, die zwischen 1. Januar und 31. Dezember 1982 bestellt wurden und die bis zum Ende dieses Jahres, im Falle von Gebäuden bis zum Ende des kommenden Jahres, geliefert oder erstellt werden, gibt es eine Zulage in Höhe von 10 vH der Investitionsausgaben, soweit diese die durchschnittlichen Investitionsausgaben im Zeitraum von 1979 bis 1981 übersteigen. Hinzu kamen die im Herbst 1982 beschlossenen und zu Jahresbeginn wirksam gewordenen Steuererleichterungen bei der Gewerbesteuer, die allerdings zum Teil durch die Erhöhung der Hebesätze ausgeglichen wurden. Teilweise dürften die Unternehmen auch schon die im Entwurf des Steuerentlastungsgesetzes 1984 vorgesehenen Erleichterungen bei der Vermögensteuer, die Sonderabschreibungen für den Mittelstand und die Maßnahmen zur Förderung von Forschung und Entwicklung in ihre Investitionspläne einbezogen haben.

65. Für die Erklärung der Investitionstätigkeit in diesem Jahr spielt neben wichtigen anderen Faktoren die Investitionszulage eine Rolle, wenngleich wohl nicht, wie heute vielfach unterstellt, die dominante. Im vorhinein waren die Wirkungen der Zulage auch zumeist anders, nämlich überaus skeptisch beurteilt worden.

Wir knüpfen an unsere Einschätzung vom vergangenen Herbst an, die wir im wesentlichen bestätigt finden:

„Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen ist nach allem, was wir darüber wissen, derzeit nicht groß. Der starke Rückgang der Nachfrage, insbesondere aus dem Ausland, hat die mittelfristigen Erwartungen gedrückt. Es widerspräche jedoch allen Erfahrungen, wenn das, was an Verbesserungen auf der Angebotsseite eingetreten und zu erwarten ist — die Verlangsamung im Anstieg der Lohnstückkosten, die höheren Gewinnmargen, die niedrigeren Zinsen und nicht zuletzt die Maßnahmen des Staates zur Investitionsförderung —, nichts bewirkte. Wir gehen davon aus, daß die Investitionsbereitschaft schon bald wieder zunimmt, zumal viele Investoren wegen des Fristenablaufs bei der Investitionszulage vor der Jahreswende 1982/83 Aufträge vergeben werden, und zwar auch für Güter, die sie sonst erst im nächsten Jahr bestellt hätten.“ (JG 82 Ziffer 194)

Von der Zulage dürften sowohl Vorzieheffekte als auch Rentabilitätseffekte erwartet werden. Die Rentabilitätseffekte waren von Anfang 1982 an im Spiel; damals trat die Regelung in Kraft. Die Vorzieheffekte konzentrieren sich auf bestimmte Zeitpunkte.

Eine Investitionszulage von 10 vH stellt einen beträchtlichen Vermögenswert dar. Die Rentabilität einer Anlage, die drei Jahre lang genutzt wird, erhöht sich durch die Zulage um 5 Prozentpunkte, die Rentabilität einer Anlage mit 5 Jahren Nutzungsdauer um 3½ Prozentpunkte, und bei 10-jähriger Nutzungsdauer gibt es noch einen positiven Rentabilitätseffekt von nahezu 2 Prozentpunkten.

Für alle anstehenden Investitionspläne, die Ende 1982 rentabel erschienen, sei es wegen der Zulage, sei es auch ohne sie, gab es wegen der Zulage einen Anreiz, zumindest die Auftragsvergabe bis an diesen Zeitpunkt vorzuziehen. In den Auftragseingängen um die Jahreswende spiegeln sich insoweit Aufträge, die sonst erst später eingegangen wären, aber auch solche, die ohne Zulage gar nicht erteilt worden wären. Tatsächlich lagen die Auftragseingänge aus dem Inland vom November bis Januar um durchschnittlich 23 vH höher als im dritten Vierteljahr 1982 (in dem Januarwert sind auch Aufträge gezählt, die in den letzten Dezembertagen eingegangen sind). Bemerkenswerterweise tat sich aber nach dem Schub bei den Bestellungen kein „Auftragsloch“ auf, die Ordereingänge fielen nicht einmal auf das frühere Niveau zurück, sondern blieben durchgängig um fast 6 vH über dem Monatsdurchschnitt von August bis Oktober 1982. Daß sich die Auftragsvergabe an Hersteller von Investitionsgütern dann vom März bis September auf diesem höheren Niveau hielt, deutet darauf hin, daß von den Auftriebskräften in der Wirtschaft her das Jahr über einen Anstieg der Investitionen angelegt war. Wegen der Vorzieheffekte der Investitionszulage wird die Aufwärtstendenz der erteilten Aufträge aber erst im späteren Verlauf des Jahres sichtbar werden. Jedenfalls dürfte es in erster Linie der Jahreswert 1983 sein, nicht der Auftragseingang nach dem Januar, der die Investitionsneigung dieses Jahres abbildet.

Von der Investitionszulage ist nicht nur die Auftragsvergabe beeinflußt worden, sondern auch der Zeitpunkt der Ablieferung von bestellten Investitionsgütern. In vielen Fällen, in denen die bestellten Investitionsgüter vorrätig waren oder umgehend produziert werden konnten, sind die Lieferungen den Bestellungen rasch gefolgt; dadurch sind Lieferungen innerhalb des Jahres 1983 in das erste Halbjahr vorgezogen worden. Daß dies von den Abnehmern auch gewünscht wurde, mußte freilich hinzukommen. Und daß es sich offenbar vielfach so verhielt, ist wiederum ein Indiz für die verbesserte Investitionsneigung. Denn um die Zulage nicht zu verlieren, hätten die Abnehmer noch bis Ende 1983 Zeit gehabt. Eine Konzentration von Lieferungen dürfte es gleichwohl nochmals am Jahresende 1983 geben, wenn vor Ablauf der gesetzten Frist Ausrüstungsgüter abgeliefert werden, darunter auch solche, deren Kauf zunächst für 1984 geplant war, dann aber wegen der Zulage vorgezogen worden ist.

Nicht selbstverständlich war auch, daß es weniger als weithin befürchtet zur Stornierung von Aufträgen gekommen ist, die vor dem Ablauf der Frist erteilt worden waren.

Schaubild 6

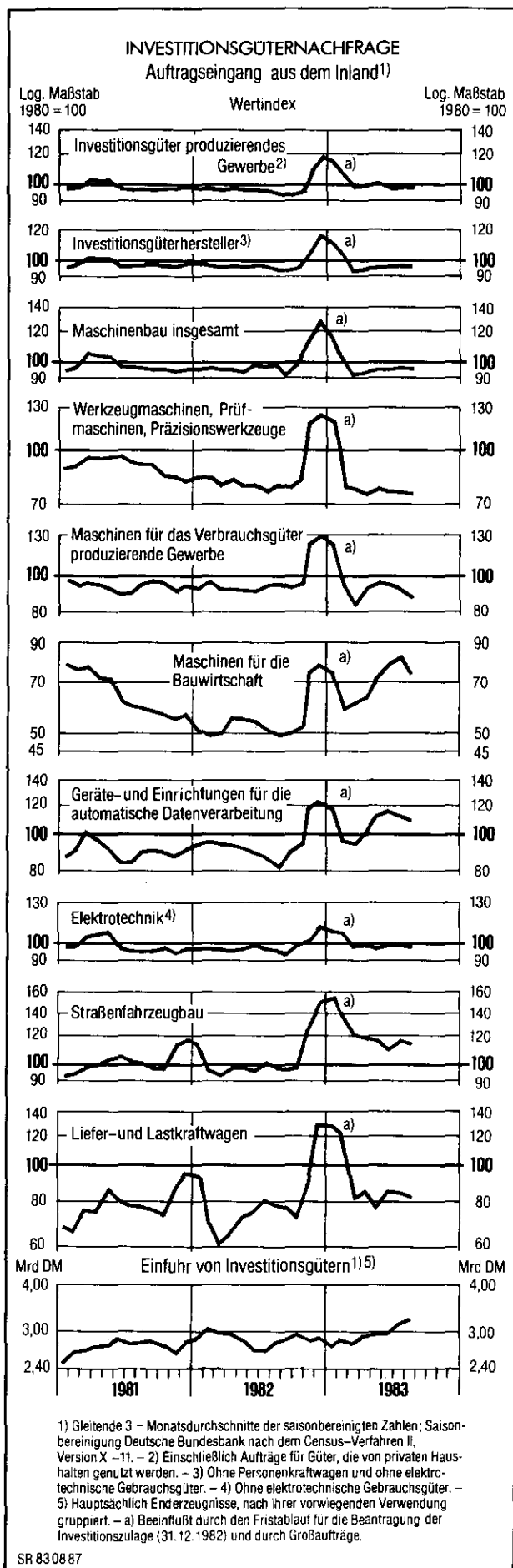
Für die Antwort auf die Frage, zu welchem Teil die diesjährige Zunahme der Investitionen von den besseren gesamtwirtschaftlichen Bedingungen, vom Vorzieheffekt und vom Rentabilitätseffekt der Zulage bewirkt wurde, gibt es neben den genannten Indizien keine verlässlichen Belege. Man ist auf die Würdigung der Umstände verwiesen. In allen Prognosen des vergangenen Jahres haben Wirkungsurteile über die Investitionszulage Eingang gefunden. Solche Wirkungsurteile im nachhinein zu revidieren, weil die tatsächliche Investitionstätigkeit in diesem Jahr von der damals vorausgeschätzten abweicht, ist ohne verlässliche Belege nur schwer zu begründen.

Man muß sich daran halten, daß die deutliche Besserung der Ertragslage bei den Unternehmen, für welche, was oft übersehen wird, von den Margen der laufenden Gewinne her die Grundlage schon im vergangenen Jahr geschaffen worden war, die Verbesserung wichtiger weiterer Angebotsbedingungen und auch die im Inland günstiger gewordenen Absatzverhältnisse die Hauptfaktoren waren, die man zur Erklärung heranzuziehen hat. Daß unter den zusätzlichen Investitionen viele sein dürften, die zuvor vertagt worden waren und nun nachgeholt werden, ist typisch für den Beginn einer Aufwärtsbewegung und kein Grund zur Skepsis hinsichtlich des Fortgangs der Entwicklung.

66. Wie stark sich die Investitionstätigkeit belebt hat, zeigte sich außer in den Bestellungen und Lieferungen auch in der Einfuhr von Investitionsgütern (Schaubild 6). Vor allem Datenverarbeitungsgeräte und Kleinrechner scheinen in einem überraschend großen Umfang im Ausland geordert worden zu sein. Insgesamt wurden aufs Jahr gesehen 5 1/2 vH mehr neue Produktionsanlagen gekauft als 1982, als die Investitionen tief eingebrochen waren, aber immer noch 4 1/2 vH weniger als im Jahre 1980, dem ersten Jahr der Stagnationsphase. In etwas geringerem Maße steigerten die Unternehmen ihre Bauinvestitionen. Im vergangenen Jahr waren diese allerdings nicht so stark gekürzt worden wie die Käufe von Ausrüstungsgütern.

Die Belebung der Investitionstätigkeit war in diesem Jahr noch nicht in allen Sparten der Investitionsgüterindustrie spürbar. Der Maschinenbau hat von der höheren Investitionsneigung bisher noch nicht profitieren können. Am stärksten wurden Baumaschinen, Automobile und Geräte der Datenverarbeitung nachgefragt, außerdem Büromaschinen und Geräte der Meß- und Regeltechnik.

67. Die Aufwärtstendenz der Wohnungsbaunachfrage, die schon in der ersten Jahreshälfte 1982 begonnen hatte, setzte sich, nach der zeitweiligen Unterbrechung zu Beginn dieses Jahres, weiter fort. Vieles deutet darauf hin, daß gewerbliche und private Bauherren wesentlich mehr zu bauen beabsichtigen als noch vor einem Jahr. Die Baugenehmigungen waren im Sommer um rund ein Drittel höher als vor Jahresfrist, ähnliches gilt für die vergebenen Aufträge. In diese Richtung wirkte eine



Reihe von staatlichen Maßnahmen, die die Rentabilität von Wohnungsbauinvestitionen erhöhten und für private Bauherren die Kapitalbeschaffungskosten senkten. Schon im vergangenen Jahr waren Verbesserungen bei der beschleunigten Abschreibung für Gebäude sowie für Eigenheime und für selbstgenutzte Wohnungen wirksam geworden. In diesem Jahr trat ein erweiterter Schuldzinsenabzug für neue selbstgenutzte Wohnungen hinzu und außerdem eine Aufstockung der Wohnungsbauförderung im sozialen Wohnungsbau sowie Zinszuschüsse für die Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen.

Demgegenüber blieb die Bautätigkeit im Wohnungsbau in der ersten Jahreshälfte enttäuschend niedrig, kaum höher jedenfalls als im zweiten Halbjahr 1982. Erst von der Jahresmitte an wurde mehr gebaut. Auf's Jahr gesehen dürften die Investitionen im Wohnungsbau einschließlich der Leistungen des Ausbaugewerbes preisbereinigt immerhin um 6 vH über dem Niveau des Vorjahres liegen.

68. Der Lageraufbau der Unternehmen spiegelt den Anstieg der akuten Nachfrage, die Befestigung von Erwartungen und die verminderten Kosten der Lagerhaltung. Die Produktionserwartungen blieben in der Breite, von den Herstellern von Grundstoffen bis zu denen von Verbrauchsgütern, nach oben gerichtet, die Auftragsbestände nahmen zu, die Produktionsanlagen konnten höher ausgelastet werden. Mit dem Anstieg der Produktion wurden sowohl die Vorratslager als auch die Fertigwarenlager wieder aufgestockt.

Der Umschwung in der Lagerhaltung trat im Frühjahr ein. Von da an bestand keine Veranlassung mehr, die Fertigwarenlager weiter abzubauen. Damit fiel zunächst eine Belastung fort, die die rezessive Entwicklung im vergangenen Jahr beträchtlich verschärft hatte. Im weiteren Verlauf des Jahres sahen sich die Unternehmen unter den gegebenen Umständen sogar veranlaßt, wieder mehr Fertigwaren bereitzuhalten. Nach Umfragen des Ifo-Instituts bei Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und des Handels wurden die Lagerbestände von der Jahresmitte an erstmals seit drei Jahren wieder als befriedigend bezeichnet. Noch immer ungünstig war freilich die Situation bei den Herstellern von Investitionsgütern und in einzelnen Zweigen des Verbrauchsgütergewerbes, ganz zu schweigen von den unverkäuflichen Lagerbeständen und Halden der Stahlindustrie und des Kohlenbergbaus.

Zu den besseren Produktionsaussichten paßten nicht mehr die Vorräte an Rohstoffen und an Vormaterial, die im vergangenen Jahr noch stark abgenommen hatten. Es mußten also wieder höhere Bestände vorgehalten werden. Eine Reihe von Unternehmen dürfte die Rohstofflager auch aufgestockt haben, weil sie befürchteten, daß sich der seit Herbst 1982 beobachtbare Anstieg der Weltmarktpreise fortsetzen werde. Ein nennenswerter Teil der Ausgaben für höhere Lager ist also im Inland nicht produktionswirksam geworden.

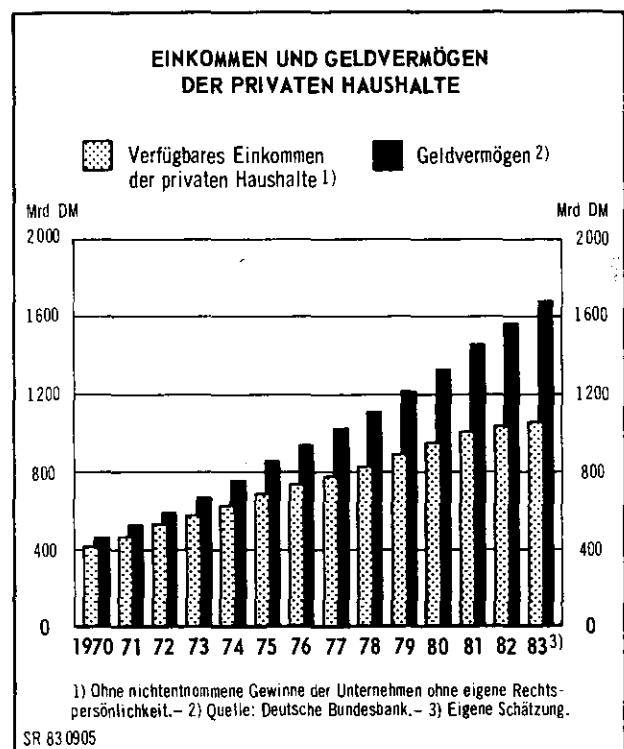
Konjunkturstütze privater Verbrauch

69. Der private Verbrauch hat sich 1983 erholt. Nachdem die Verbrauchsnachfrage vor allem in der zweiten Jahreshälfte 1982 merklich abgenommen hatte, herrschte zur Jahreswende noch Kaufzurückhaltung vor. Dies hatte erwarten lassen, die Nachfrageschwäche werde erst im Verlauf des Jahres 1983 allmählich auslaufen.

Die Verbraucher haben jedoch schon im Frühjahr wieder mehr für Güter und Dienste ausgegeben; langlebige Güter wurden verstärkt gekauft. Die rege Nachfrage nach Kraftfahrzeugen und Einrichtungsgegenständen in den frühen Sommermonaten setzte sich, wenn auch verhaltener, im weiteren Verlauf des Jahres fort. Vorgezogene Käufe gab es wegen der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Juli des Jahres. Im Jahresdurchschnitt waren die Verbrauchsausgaben um schätzungsweise 4 vH, in konstanten Preisen gerechnet um etwa 1 vH höher als 1982.

70. Von den Einkommen her ist die Entwicklung der Verbrauchsausgaben nicht zu erklären. Die verfügbaren Einkommen stiegen nur um 2 1/2 vH. Die Summe der Nettolöhne und Nettogehälter aller Arbeitnehmer erreichte wegen der verringerten Beschäftigung lediglich das Niveau des Vorjahres (Ziffer 152). Die Renten und die anderen staatlichen Einkommensübertragungen, wie Leistungen an Arbeitslose, Zahlungen von Kindergeld, von Ausbildungsbeihilfen und von Wohngeld, nahmen um 4 1/2 vH zu (Ziffern 155 ff.). Mit schätzungsweise 12 vH erhöhten sich die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen kräftig, wie dies für eine Phase wirtschaftlicher Erholung typisch

Schaubild 7



ist. Diese zusätzlichen Einkommen dürften nur in begrenztem Umfang für die Zunahme des privaten Verbrauchs maßgeblich gewesen sein.

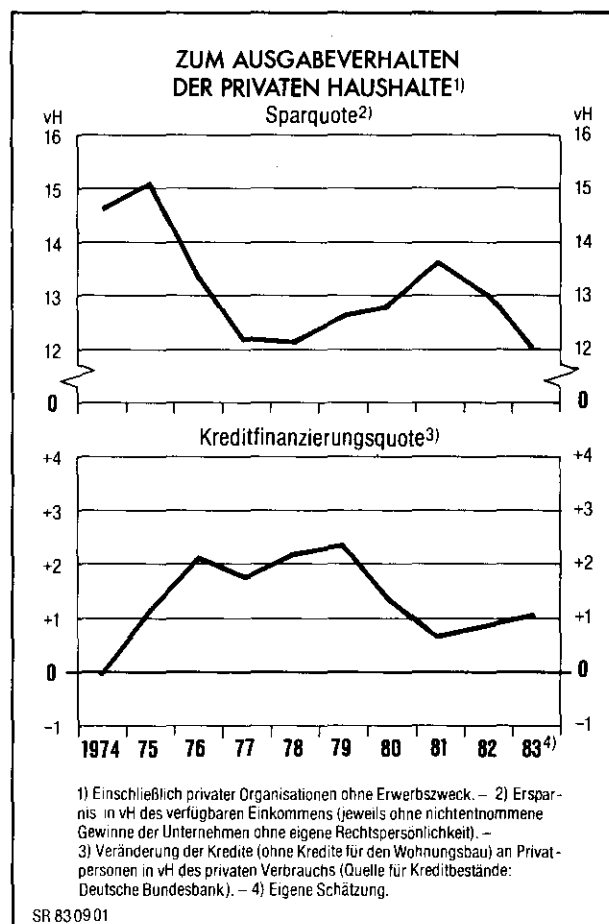
Die hohen Geldvermögen der privaten Haushalte erlauben es, daß sich die Verbrauchsausgaben in stärkerem Maße als früher von der Entwicklung der Einkommen lösen. Während das Geldvermögen eines Haushalts nach Abzug seiner Schulden Anfang der siebziger Jahre im Durchschnitt etwa einem Jahreseinkommen entsprach, übersteigt es inzwischen das Jahreseinkommen um rund die Hälfte (Schaubild 7).

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Jahres 1978 zeigt, daß auch Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen bereits über erhebliche Ersparnisse verfügen. Hohe Ersparnisse und eine gute Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern führen dazu, daß die Verbraucher den Zeitpunkt von Neuanschaffungen flexibel wählen können. Dies bestätigte sich in den Jahren 1981 und 1982, als viele Kaufentscheidungen aufgeschoben wurden, im negativen Sinne, im Jahre 1983 dagegen im positiven.

71. Die Bereitschaft, laufende Einkommen und angesammelte Ersparnisse auszugeben oder sich für den Kauf von Konsumgütern zu verschulden, nahm 1983 deutlich zu. Die Konsumquote, also das Verhältnis von Konsumausgaben zum verfügbaren Einkommen, ist gestiegen. Dementsprechend hat die Sparquote, die 1982 noch 13 vH betragen hatte, auf 12 vH abgenommen; das ist, gemessen am langjährigen Durchschnitt, ein niedriger Stand, freilich kein nennenswert niedrigerer als in früheren Jahren vergleichsweise geringer Inflationsraten wie etwa 1977 und 1978 (Schaubild 8).

Es gab außer der geringeren Inflationsrate mehrere Gründe, die in diesem Jahr die Bedeutung des laufenden Einkommens für die Entwicklung der Konsumausgaben weiter verringert haben. Mit den geringeren Zinsen stieg die Bereitschaft, sich zu verschulden. Die Zinsen für Konsumentenkredite sind im Verlauf des Jahres nicht wieder angestiegen. So nahm der Anteil der kreditfinanzierten Ausgaben an den Gesamtausgaben allmählich wieder zu. Doch dies war sicher nicht allein für die rasch verbesserte Verbrauchsneigung maßgeblich. Es spielte auch eine Rolle, daß Teile des Vermögens wie Wertpapiere, Aktien und bestimmte Auslandsanlagen in diesem Jahr deutlich höher bewertet wurden als 1982, was die Ausgabeneigung der davon Begünstigten wohl vergrößert hat. Für bedeutsam mag man überdies halten, daß in diesem Jahr hohe Beträge prämienbegünstigter Sparverträge frei wurden. Nachdem in den vergangenen Jahren viele Ausgabenpläne vertagt worden waren, gab es in zahlreichen Haushalten bei langlebigen Gebrauchsgütern, nicht zuletzt bei Autos, einen hohen Ersatzbedarf, der, gestützt durch die gesunkenen Zinsen, den geringen Preisanstieg, die freigewordenen Sparguthaben und die unerwarteten Vermögenszuwächse, möglicherweise auch durch verbesserte allgemeine wirtschaftliche Erwartungen, nun in erhöhte Konsumausgaben mündete.

Schaubild 8

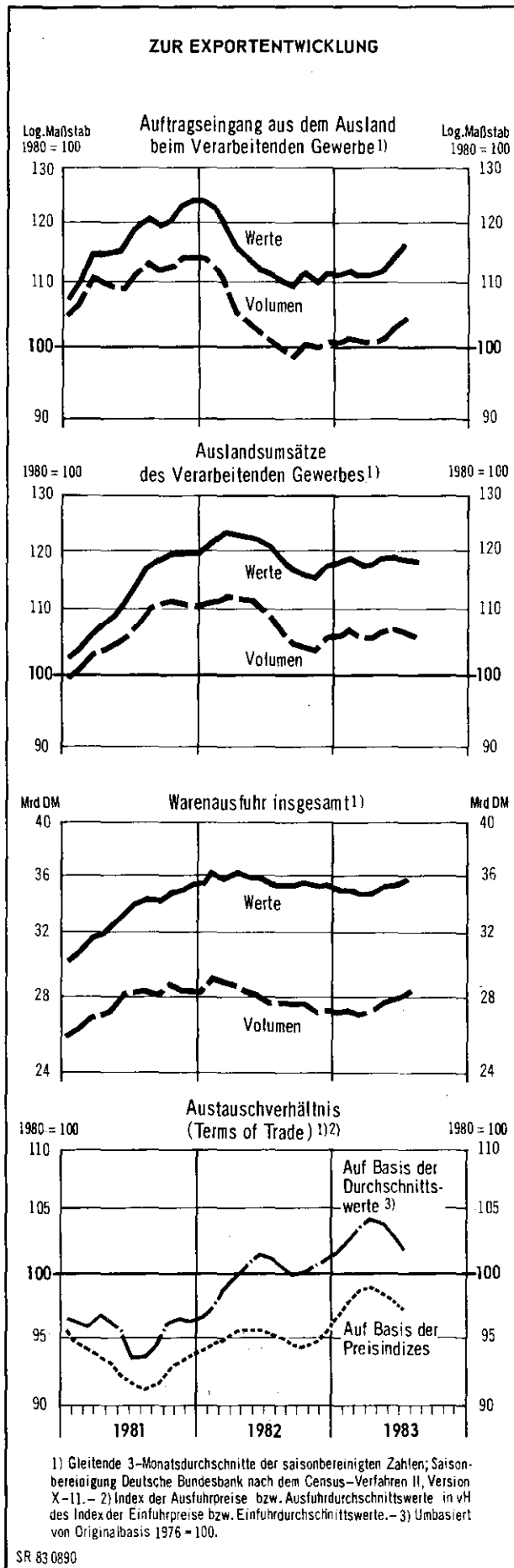


72. Billigeres Öl und Gas verminderten die Energieausgaben der Verbraucher. Die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel überschritten nur wenig den Vorjahresstand. Deutlich mehr dagegen wurde an Hausrat und Möbeln gekauft. Noch stärker nahmen die Ausgaben für Autos zu. Erhöht haben sich auch die Ausgaben für Wohnungsmieten. Für Auslandsreisen wiederum wurde etwas weniger aufgewendet als im vorigen Jahr. Insgesamt dürften die Verbrauchsausgaben 1983 um 4 vH höher sein als im vergangenen Jahr.

Später Anstieg der Exporte

73. Im Frühjahr 1983 waren die Auftragseingänge aus dem Ausland dem Volumen nach noch in keinem Bereich des verarbeitenden Gewerbes nennenswert höher als Mitte vergangenen Jahres (Schaubild 9). Erst danach gingen wieder mehr Aufträge ein. Sicherlich, die rezessiven Tendenzen in wichtigen Abnehmerländern, wie in Frankreich und in Italien, und der fortgesetzte Rückgang der Nachfrage aus den OPEC-Staaten hinterließen ihre Spuren. Mehr und mehr verstärkte sich die Nachfrage aus den Vereinigten Staaten und anderen Industrieländern, die sich konjunkturell erholten. Selbst die Entwicklungsländer kauften wieder mehr Güter. Die inländischen Unternehmen profitierten von alledem in unterschiedlichem Maße, weil sich die

Schaubild 9



Nachfrage nach Investitionsgütern weltweit weniger belebt als die nach Grundstoffen und Konsumgütern.

74. Die Lieferungen an das Ausland tendierten nach ihrem Rückgang im ersten Halbjahr 1982 ebenfalls noch bis zum Frühjahr dieses Jahres zur Schwäche und blieben damit beträchtlich hinter den im vergangenen Jahr gehegten Erwartungen zurück, die auf einen Wiederanstieg schon in der ersten Jahreshälfte gerichtet waren. Tatsächlich kam es dazu erst in der zweiten Jahreshälfte. Dennoch setzte sich die konjunkturelle Erholung dieses Jahres immerhin ein Abgleiten der Weltwirtschaft in eine noch tiefere Rezession nicht mehr befürchtet zu werden brauchte, mag dazu beigetragen haben. Von da an gab es in wichtigen Ländern deutliche Hinweise auf eine konjunkturelle Erholung, die Ölpreise sanken und weltweit waren die Zinsen niedriger geworden; ein Wiederanstieg des Welthandels im Verlauf des Jahres wurde als wahrscheinlich angesehen. So wich der Pessimismus bei den Exporteuren, auch wenn die aktuelle Auftragslage noch bis in die zweite Jahreshälfte hinein als ungünstig angesehen wurde.

75. Ein weiterer Grund dafür, daß die Schwäche der Exportentwicklung in diesem Jahr nicht zu einer Belastung geworden ist, könnte in dem hohen Niveau der Ausfuhren gesehen werden, das Anfang vergangenen Jahres, also vor Beginn der Abwärtsbewegung erreicht worden war. In den Jahren von 1979 bis 1982 war das Ausfuhrvolumen um 18 vH und damit dreimal schneller gestiegen als das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential gewachsen war. Die Zunahme der als Verhältnis von Exporten und Produktionspotential gerechneten Exportquote war damit weit größer als im langjährigen Durchschnitt. Die weltweite Wachstumsschwäche der letzten Jahre hatte die Bundesrepublik bei den Exporten bis Mitte vergangenen Jahres kaum zu spüren bekommen; der Anteil des deutschen Exports am Welthandelsvolumen konnte beständig ausgeweitet werden, allerdings nicht der Anteil am wertmäßigen Weltexport (Ziffer 183). Als 1982 wichtige Auslandsmärkte in der Rezession schrumpften, ging ein Teil des hinzugewonnenen Exportvolumens wieder verloren. Trotz dieser sehr deutlichen Korrektur und der Enttäuschung darüber ist der nach wie vor niedrige Auslastungsgrad der Sachkapazitäten im Zusammenhang damit zu sehen, daß der diesjährige Anstieg der Binnennachfrage deren vorangegangenen Rückgang erst teilweise wettgemacht hat, und weniger damit, daß die Exportnachfrage nicht mehr so stark war wie noch 1981.

Das Auf und Ab der Exporterfolge war seit Ende der siebziger Jahre mitbestimmt vom Wechsel in der realen Bewertung der D-Mark an den Devisenmärkten (Ziffer 180). In diesem wie im vergangenen Jahr war die schwache Expansion der für die deutsche Ausfuhr besonders wichtigen Auslandsmärkte aber wohl wichtiger.

76. Im Unterschied zu den Ausfuhren sind die Importmengen 1983 mit der Belebung der heimischen

Nachfrage von Vierteljahr zu Vierteljahr gestiegen. Bis zum Herbst war die Zunahme bei den Fertigwaren, die als Vorerzeugnisse dienen, besonders kräftig; das gilt auch für eingeführte Investitionsgüter. Ausländische Anbieter haben außerdem von der höheren Ausgabeneigung der Konsumenten profitiert. Im Ergebnis nahmen die Warenimporte 1983 wesentlich stärker zu, als sie im vergangenen Rezessionsjahr zurückgegangen waren. Obgleich die Einfuhr aufs Jahr gesehen also höher ausfiel als 1982 und die Warenausfuhr dem Volumen nach hinter dem Vorjahresniveau zurückblieb, ist der Überschuß im Außenhandel kaum gesunken, denn die Einfuhr war billiger als im vergangenen Jahr, die Ausfuhrpreise konnten hingegen noch angehoben werden.

Staatliche Nachfrage im Zeichen weiterer Konsolidierung

77. Die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungen gaben 1983 weniger für Güter und Dienste aus, als dies erwartet worden war. Die Ausgaben für Personal, für den laufenden Sachaufwand, für den Gesundheitsdienst und für militärische Zwecke stiegen nur noch um $2\frac{1}{2}$ vH. Nach Abzug von Preissteigerungen und Lohnerhöhungen nahmen die staatlichen Verbrauchsausgaben sogar um $\frac{1}{2}$ vH ab.

Während der reale Staatsverbrauch in den sechziger und siebziger Jahren ununterbrochen zugenommen hatte, bildete er sich nunmehr bereits im zweiten Jahr zurück. Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hatten die Ausgaben der Sozialversicherung im Gesundheitswesen. Wie im vergangenen Jahr sind sie 1983 kaum gestiegen. Die Bemühungen im Rahmen der konzertierten Aktion, die regulierenden staatlichen Eingriffe und die geringe Nachfrage nach ärztlichen Leistungen, Krankenhausleistungen und Medikamenten haben über zwei Jahre hinweg die Kostenentwicklung spürbar gedämpft; ein solcher Erfolg war ähnlichen Sparanstrengungen in den siebziger Jahren nicht beschieden gewesen.

Die Personalausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden und der Sozialversicherungen stiegen mit nahezu $2\frac{1}{2}$ vH erneut etwas schwächer als im Vorjahr. Hierbei schlug neben dem verringerten Anstieg der Tarifverdienste und der Beamtenbesoldung zu Buche, daß die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst erstmals seit 1977 wieder leicht zurückging. Der laufende Sachaufwand, der dem Betrieb und der Erhaltung staatlicher Einrichtungen dient, nahm mit 3 vH ebenfalls nur noch mäßig zu. Etwas stärker als die übrigen Komponenten des Staatsverbrauchs, nämlich um 4 vH, erhöhten sich die Ausgaben für militärische Zwecke.

78. Die staatlichen Bauaufträge haben in den ersten acht Monaten des Jahres 1983 auf einem niedrigen Niveau stagniert; dies gilt sowohl für den Hochbau als auch für den Tiefbau. Die Bauinvestitionen wurden, gemessen an dem im Vorjahr erreichten Niveau, nochmals merklich eingeschränkt.

Für staatliche Rechnung wurden schätzungsweise 4 vH weniger Bauten erstellt als 1982.

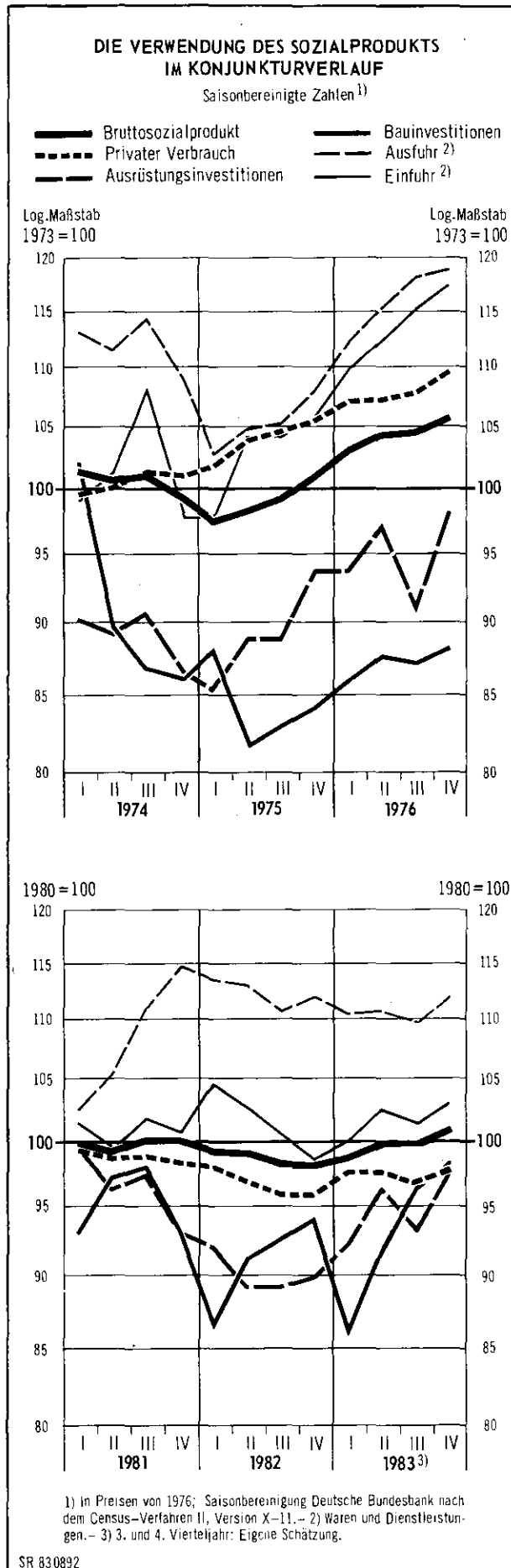
Während der Bund die Ausgaben für Bauten etwas erhöhte, sanken die Ausgaben der Länder und Gemeinden abermals. Die Gemeinden, die etwa zwei Drittel aller öffentlichen Bauinvestitionen tätigen, haben in den Jahren 1980 bis 1983 ihre Bauausgaben um ein Fünftel verringert, preisbereinigt war der Rückgang noch weit stärker. Zwar ist die Finanzlage der Gemeinden aufgrund der beträchtlichen Konsolidierung in den vergangenen Jahren allmählich günstiger geworden, doch war dies auch im Jahre 1983 mit einem Rückgang der kommunalen Bautätigkeit verbunden. Die noch im vergangenen Herbst gehegte Erwartung, Bund und Länder würden die finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Gemeinden ihr Bauvolumen im Jahre 1983 zumindest auf dem niedrigen Niveau von 1982 stabilisieren könnten, erfüllte sich nicht. Die Finanzzuweisungen von Bund und Ländern an die Gemeinden lagen sogar etwas niedriger als im Vorjahr.

79. Die wichtigsten Einflüsse, unter denen es in diesem Jahr zur Besserung der wirtschaftlichen Lage kam, sind somit nachgezeichnet.

Es hat sich gezeigt, daß es zu einem konjunkturellen Umschwung kommen kann, auch wenn der Staat auf der einen Seite seine Ausgaben mit dem Ziel, die strukturellen Defizite zu vermindern, einschränkt und finanzielle Ungleichgewichte in den Sozialhaushalten durch Ausgabenkürzungen und Erhöhungen von Sozialbeiträgen abzubauen sucht, auf der anderen Seite aber durch steuerliche und andere Anreize die Investitionstätigkeit zu beleben trachtet. (Zu der Frage, ob ein anderes Verhalten des Staates die konjunkturelle Entwicklung hätte günstiger beeinflussen können, vergleiche die abweichende Meinung unter Ziffer 30). Zu den positiven Überraschungen ist zu zählen, daß die Schwäche der Ausfuhr, die anderthalb Jahre lang anhielt, die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte in diesem Jahr nicht länger gelähmt hat. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion lag mit mehr als 1 vH am oberen Rand dessen, was im vergangenen Jahr überwiegend vorausgesehen worden war.

Ihren Antrieb hat die wirtschaftliche Entwicklung aus dem geänderten Verhalten von Investoren und Konsumenten bezogen, nicht wie früher zunächst aus einer Belebung der Auslandsnachfrage. Vorangegangen war freilich ein Abschwung mit ebenfalls außergewöhnlichem Muster. Anders als in der Rezession Mitte der siebziger Jahre war es in den zurückliegenden zwei Jahren zu einem Rückgang nicht nur der Investitionen, sondern auch des privaten Verbrauchs gekommen, wobei die durch die Abwertung und den importierten Preisanstieg bedingten Verluste an Realeinkommen eine wichtige Rolle gespielt hatten (Schaubild 10). Ein kräftiger Anstieg des Exports vor allem im Jahre 1981 hatte den Rückgang der Binnennachfrage zunächst größtenteils ausgeglichen, so daß der Rückgang der Exporte und die Lähmung der Investitionsneigung im Verlauf des Jahres 1982 dann die eigentliche Ab-

Schaubild 10



wärtsbewegung brachten. Die Beseitigung wichtiger konstitutioneller Schwächen war noch nicht weit genug vorangekommen, dies zu verhindern. In diesem Jahr gab es keine neuen Belastungen, vielmehr kam der Kostenauftrieb nahezu zum Stillstand, die Gewinne sind weiter gestiegen, der zuvor verbreitete Pessimismus, im Inland wie im Ausland in Zukunft eher weniger als mehr absetzen zu können, scheint gewichen. Die Abflachung des Preisanstiegs wirkte einem weiteren Rückgang der Realinkommen entgegen, die Ausgabeneigung der privaten Haushalte nahm merklich zu. Im Anstieg der Produktion spiegelt sich also mehr als nur das zufällige Zusammentreffen positiver Einflüsse.

Belebung der Produktion

80. Die zunehmenden Bestellungen von Konsumenten und Investoren haben die Unternehmen rasch in mehr Produktion umgesetzt. Bereits im Frühsommer sind in der Gesamtwirtschaft reichlich $1\frac{1}{2}$ vH mehr Waren hergestellt und Dienstleistungen erbracht worden als im konjunkturellen Tiefstand im Herbst 1982. Daß sich die Fertigung bereits so frühzeitig von ihrem Rückschlag im zweiten Halbjahr 1982 erholen würde, war nicht ohne weiteres zu erwarten gewesen. Denn die Fertigungsläger waren zunächst noch höher als gewünscht, und die Absatzmöglichkeiten auf den ausländischen Märkten wirkten eher dämpfend auf die Produktionspläne der Unternehmen. Die Auftriebskräfte im Inland erwiesen sich aber als stark genug, das Vertrauen der Anbieter in eine mehr als nur vorübergehende Besserung der Auftragslage zu festigen. Dies wiederum fand seinen Niederschlag in einer zunehmenden Lagerhaltung an Vormaterialien, was wiederum deren Produktion deutlich anregte. Der Rückgang der Produktion im Jahre 1982 ist mehr als ausgeglichen worden. Auf's Jahr gesehen dürften in der Gesamtwirtschaft etwa 1 vH mehr Güter hergestellt worden sein als im vergangenen Jahr.

81. Am frühesten zeigte sich die Produktionsbelebung im verarbeitenden Gewerbe. Dies kam auch dem Handel und dem Güterverkehr zugute. Daß Beginn und Ausmaß der wirtschaftlichen Erholung sich gleichwohl von Branche zu Branche unterschieden, ist durchaus typisch für die Anfangsphase einer wirtschaftlichen Erholung. Die unterschiedliche Branchenentwicklung läßt sich indessen nicht allein konjunkturell erklären. Auch ungelöste Anpassungsprobleme, also Probleme struktureller Art, kommen hierin zum Ausdruck.

82. Im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich, der im letzten Jahr den stärksten Produktionsrückgang in der Industrie zu verzeichnen hatte, löste sich die Fertigung am deutlichsten von ihrem Tiefstand. Hier werden Erzeugnisse hergestellt, die an andere Bereiche als Vorprodukte geliefert werden, sei es für die laufende Produktion, sei es für die Aufstockung von Vorräten. Hieraus erklärt sich ein zeitlicher Vorlauf dieses Sektors gegenüber anderen Bereichen zu Beginn einer wirtschaftlichen Er-

Schaubild 11

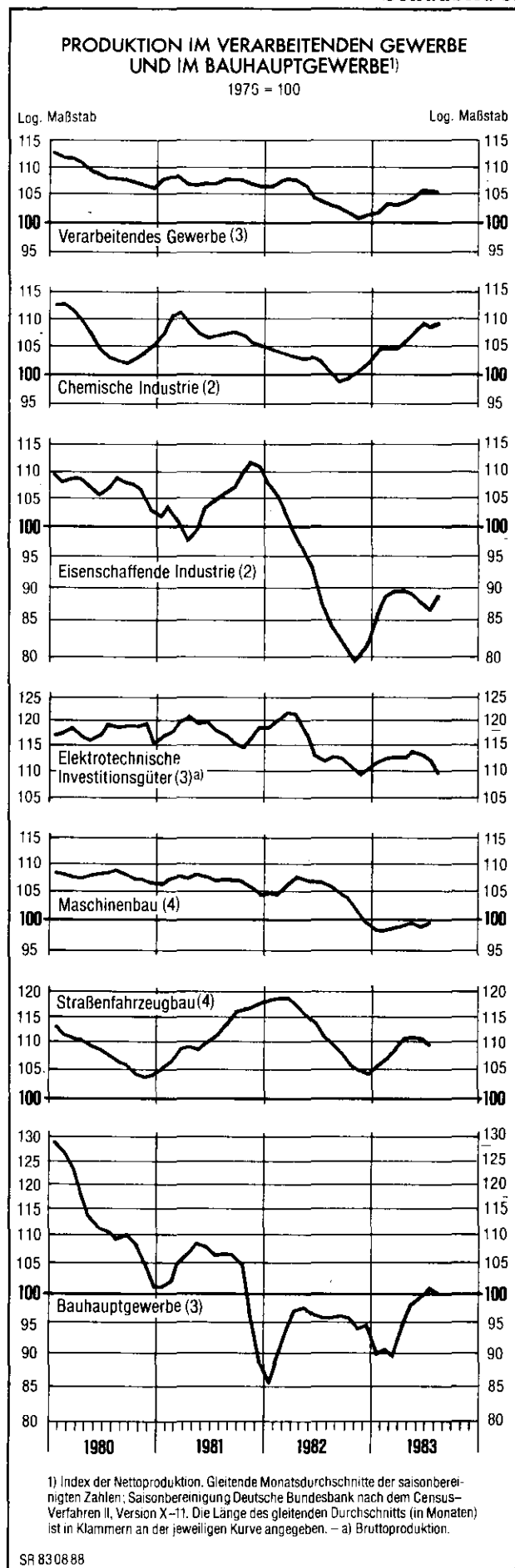
holung. Dies kam den Herstellern von Baustoffen ebenso zugute wie einer Reihe von Anbietern metallischer Grundstoffe. In der chemischen Industrie führte die konjunkturelle Besserung zu einer kräftigen Produktionszunahme (Schaubild 11). Bereits im Herbst 1982 war hier die Fertigung vor allem aufgrund einer regen Inlandsnachfrage wieder in Schwung gekommen. Im weiteren Verlauf des Jahres gewannen dann die Nachfrageimpulse aus dem Ausland zunehmend an Bedeutung. Insgesamt ging die Produktion von chemischen Erzeugnissen in den ersten neun Monaten bereits um 4 vH über den Vorjahresstand hinaus.

83. In der Eisen- und Stahlindustrie war der Produktionsverlauf in diesem Jahr günstiger als 1982. Nach dem vergangenen starken Produktionsrückgang sorgte der zunehmende Stahlverbrauch in wichtigen weiterverarbeitenden Branchen zunächst für eine kräftige Ausweitung der Stahlerzeugung. Verglichen mit dem Tiefstand der Produktion gegen Ende letzten Jahres nahm die Fertigung bis zum Frühjahr um immerhin etwa 10 vH zu. Zur Jahresmitte hin ist sie jedoch wieder spürbar gedrosselt worden. Dies lag auch daran, daß ein nennenswerter Teil der inländischen Aufträge an Anbieter aus anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft ging. Auch die Lieferungen aus Drittländern, mit denen die Europäische Gemeinschaft sogenannte Selbstbeschränkungsabkommen geschlossen hat, nahmen wieder kräftig zu. Im Herbst stieg die heimische Stahlerzeugung wieder an. Im Jahre 1983 dürfte aber kaum mehr Stahl erzeugt werden als im Vorjahr, in dem die eisenschaffende Industrie mit minus 12 1/2 vH den stärksten Produktionseinbruch aller Wirtschaftszweige zu verzeichnen hatte.

84. Während die Lage in der Stahlindustrie sich wegen der allgemeinen konjunkturellen Belebung etwas entspannte, blieb eine Besserung im Steinkohlebergbau in diesem Jahr aus. Im Verlauf des Jahres ging die Steinkohlenförderung sogar zurück, obgleich der Einsatz von inländischer Koks-kohle bei der Stahlerzeugung wieder zunahm und die erhöhte Stromerzeugung der Elektrizitätsunternehmen aufgrund ihrer vertraglichen Verpflichtung, zusätzliche Mengen inländischer Steinkohle zu verstromen, einen steigenden Kohleverbrauch mit sich brachte. Zu einem Teil ist der zunehmende Bedarf an Kohle zunächst durch einen Lagerabbau bei den Abnehmern gedeckt worden. Dies allein erklärt jedoch nicht alles.

In den vergangenen Jahren war die Anpassung der Kohleförderung an die geringeren Absatzmöglichkeiten immer wieder vertagt worden. Die Folge war, daß immer mehr Kohle keinen Abnehmer fand und deshalb auf Halde geschüttet werden mußte. Waren es Ende 1981, ohne die nationale Kohlereserve gerechnet, etwa 10 1/2 Mio Tonnen gewesen, die nicht verkauft werden konnten, so waren es bereits ein Jahr später fast doppelt so viel.

Die Feierschichten, mit denen die Förderung in diesem Jahr gedrosselt wurde, reichten nicht aus, die noch immer hohe Produktion der aktuellen Nachfrage anzupassen. So mußte auch 1983 erneut un-



verkaufte Kohle auf Halde genommen werden, wenn auch infolge der Produktionskürzungen bei weitem nicht mehr so viel wie in den letzten beiden Jahren. Mittlerweile lagern etwa 22 Mio Tonnen Steinkohle allein bei den Zechen. Gemessen an der Gesamtförderung in diesem Jahr entspricht dies einem Anteil von mehr als 25 vH. Daß die Förderung nicht noch stärker eingeschränkt werden mußte, lag nicht zuletzt an den staatlichen Einfuhrbeschränkungen, die den Zugang von preiswerter Importkohle zum heimischen Energiemarkt behindern. Der Anteil eingeführter Kohle an der inländischen Marktversorgung ist 1983 trotz des größer gewordenen Preisgefälles zwischen heimischer und ausländischer Kohle deutlich zurückgegangen (Ziffern 535 ff.).

85. Die Hersteller von Ausrüstungsgütern nahmen den Auftragsschub zur Jahreswende 1982/83 teilweise zum Anlaß, ihre Produktion zügig auszuweiten. Der Investitionsgüterbereich der Elektrotechnik profitierte vor allem davon, daß die Elektrizitätswirtschaft sowie der Nachrichtensektor ihre Investitionsausgaben erhöhten und daß elektrotechnische Investitionsgüter bei Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmen eine wichtige Rolle spielten. So haben die Unternehmen der Büro- und Datentechnik ihre Fertigung in den ersten neun Monaten dieses Jahres gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um nicht weniger als 18¹/₂ vH ausgeweitet. Im stark exportorientierten Maschinenbau, der von der weltweit schwachen Nachfrage insbesondere im Anlagenbau betroffen war, erwiesen sich die positiven Einflüsse aus dem Inland vielfach noch nicht als stark genug. Auch die Herstellung von Lastkraftwagen, die 1982 um etwa 6 vH eingeschränkt worden war, zeigte bis zuletzt keine Anzeichen einer Erholung. Zwar nahmen die Aufträge aus dem Inland der Tendenz nach wieder zu, dies reichte jedoch lediglich dazu aus, die geringeren Bestellungen aus dem Ausland, die nahezu drei Fünftel der Gesamtnachfrage ausmachen, in etwa auszugleichen. Insgesamt sind in den ersten neun Monaten 5 vH weniger Nutzfahrzeuge gebaut worden als 1982.

86. Die zunehmende Bereitschaft der Verbraucher, einen größeren Teil ihres Einkommens für hochwertige Waren auszugeben, hat die Produktion in vielen Bereichen der Konsumgüterindustrie angeregt. Insbesondere belebte der aufgestaute Ersatzbedarf der letzten Jahre Absatz und Produktion von Personenkraftwagen. Die für das Auslandsgeschäft bestimmte Produktion hielt sich auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Zunehmendes Kaufinteresse fanden ebenfalls elektrotechnische Geräte. Hier waren es vor allem Güter der Unterhaltungselektronik, die wieder verstärkt in der Gunst der Verbraucher standen. Auch die Möbelhersteller, bei denen die Kaufzurückhaltung der Haushalte in den letzten Jahren besonders ausgeprägt gewesen war, konnten ihre Fertigung wieder etwas ausweiten. Produktionsstimulierend wirkte zudem, daß der Handel seine Vorräte wieder aufstockte.

87. Für die Bauwirtschaft war eine Besserung schon im letzten Jahr vorgezeichnet. Die Hoffnungen waren nicht unbegründet, daß es in diesem Jahr zu einer raschen und kräftigen Belebung der Baukonjunktur kommen würde. Wider Erwarten kam es zunächst jedoch anders. In den ersten Monaten wurde nochmals weniger gebaut als zuvor, obgleich die Witterung in den Wintermonaten nicht ungünstiger war als um diese Jahreszeit üblich. Erst vom Frühjahr an ist die Bautätigkeit kräftig ausgeweitet worden. Im September waren die Bauleistungen immerhin um 11 vH höher als im ersten Vierteljahr. Die Produktion ist damit dem Nachfrageanstieg mit einer Verzögerung von mehr als einem Jahr gefolgt.

Für diese Verzögerung mag eine Rolle gespielt haben, daß viele Bauunternehmen nicht mit einer anhaltenden Nachfragebelebung rechneten. So gab es die Sorge, daß durch die staatlichen Förderprogramme ein Teil der Nachfrage nur zeitlich vorgezogen worden sei, der später in den Auftragsbüchern fehlen würde. Auch der zeitweilige Anstieg der Zinsen nährte Skepsis hinsichtlich der weiteren Geschäftsentwicklung, und von der öffentlichen Auftragsvergabe war keine Besserung zu erwarten. So waren die Unternehmen bestrebt, zunächst ihre stark geschrumpften Auftragsreserven wieder aufzufüllen. Zur Jahresmitte reichten die Auftragsbestände im Wohnungsbau sowie im gewerblichen Bau für etwa drei Monate. Vor Jahresfrist hatte die Reichweite der Auftragsreserven bei zwei Monaten im Wohnungsbau und bei knapp zweieinhalb Monaten im Wirtschaftsbau gelegen.

Vielfach dürfte es auch an den Bauherren selbst gelegen haben, daß Aufträge zwar erteilt wurden, der Baubeginn aber hinausgezögert wurde. Dies gilt sicherlich für eine Reihe von gewerblichen Auftraggebern, die in den Genuß der Investitionszulage kommen wollten. Die gesetzlichen Regelungen für die Inanspruchnahme der Investitionszulage sehen vor, daß der Antrag auf Baugenehmigung noch 1982 zu stellen ist und die Bauarbeiten bis Ende 1984 abgeschlossen sein müssen. Manchem Bauherrn mag es angesichts stabiler Baupreise auch durchaus vorteilhaft erschienen sein, bei gegebenen Angeboten frühzeitig den Auftrag zu günstigen Bedingungen per Termin zu vergeben, anstatt möglicherweise später zu einem höheren Preis den Vertrag abschließen zu müssen.

Zur Jahresmitte hin wurden dann aber immer mehr Bauvorhaben in Angriff genommen. Der Fortfall von steuerlichen Vorteilen im Rahmen sogenannter Bauherrenmodelle zum Jahresende 1984 sowie die vom Staat festgesetzten Fertigstellungstermine für Eigenheime, deren Bau der Staat durch eine Zinsverbilligung von Zwischenkrediten erleichtert, sowie für gewerbliche Bauten, für die eine Investitionszulage gewährt wird, ließen vielfach keinen Aufschub mehr zu. Die Unternehmen haben zunächst die Kurzarbeit deutlich abgebaut. In der zweiten Jahreshälfte stellten sie wieder zusätzlich Arbeitskräfte ein, wodurch jedoch der vorangegangene Rückgang nur zu einem kleinen Teil wettgemacht wurde. Die Investitionen in Maschinen und

Geräte wurden spürbar erhöht; in den letzten Jahren waren oft noch nicht einmal die ausscheidenden Anlagen ersetzt worden.

88. Alles in allem gesehen haben die Unternehmen des Bauhauptgewerbes in den ersten neun Monaten dieses Jahres fast 2 1/2 vH mehr Bauwerke errichtet als ein Jahr zuvor. Im Hochbau, auf den sich die zusätzliche Nachfrage konzentrierte, überschritt die Bautätigkeit den Vorjahresstand um nahezu 3 vH; die im Tiefbau tätigen Unternehmen weiteten ihre Bauarbeiten um etwa 1 1/2 vH aus.

Auch im Ausbaugewerbe, das von der Rezession weniger betroffen gewesen war als das Bauhauptgewerbe, sind wieder mehr Bauarbeiten ausgeführt worden. Die Zunahme der Bauleistungen dürfte hier 1983 in etwa so hoch ausgefallen sein wie im Bauhauptgewerbe, obgleich der Staat keine Zuschüsse oder Darlehen mehr für Maßnahmen zur Wohnungsmodernisierung und Energieeinsparung gewährte und zur Jahresmitte auch die steuerlichen Vergünstigungen für derartige Bauvorhaben zu einem großen Teil ausliefen.

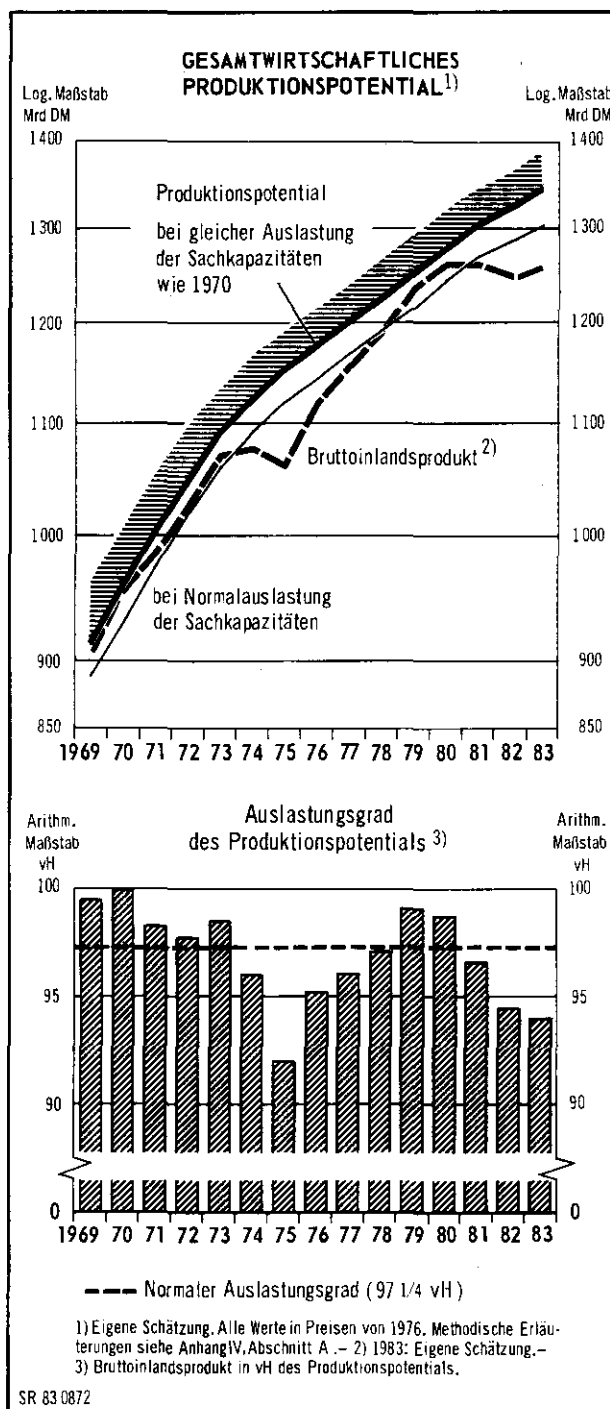
Anhaltend schwaches Wachstum des Produktionspotentials

89. Die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten nahmen in diesem Jahr kaum stärker zu als 1982. Mit 1 1/2 vH blieb die Wachstumsrate noch hinter der geringen Zunahme des potentiellen Angebots in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zurück (Schaubild 12). In den letzten Jahren galten immer weniger Investitionen der Kapazitätserweiterung. Die Nettozugänge zum Kapitalstock haben sich verringert. Mittlerweile dürfte über die Hälfte der gesamten Investitionen allein dem Ersatz ausscheidender Anlagen dienen.

Die Produktionskapazitäten sind weniger gewachsen als der Kapitalstock. Untersuchungen zur potentiellen Kapitalproduktivität, die darüber Auskunft gibt, wieviel Güter mit den vorhandenen Anlagen erstellt werden können, zeigen einen langfristig fallenden Trend an. Hierfür ist eine Reihe von Gründen maßgebend.

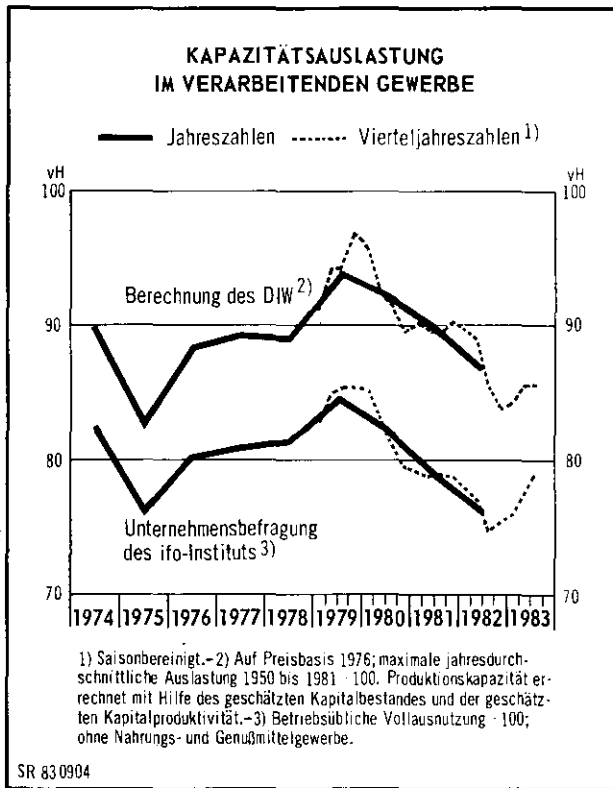
In den letzten Jahren machte die relative Verteuerung von Energie es notwendig, den Energieeinsatz durch einen verstärkten Kapitaleinsatz zu drosseln oder teure Energie durch billigere zu ersetzen, was ebenfalls eine Umstellung des Produktionsapparates mit sich brachte. Zudem werden mehr als in früheren Jahren Investitionen zum Schutz der Umwelt getätigt. Auch dies dürfte die Kapitalproduktivität verringern. Demgegenüber wirken Investitionen zur Einführung neuer Technologien eher kapitalsparend. Nach unseren Schätzungen zum Trend der Kapitalproduktivität überwiegen jedoch die produktivitätsmindernden Effekte immer noch die produktivitätssteigernden Wirkungen, die von neuen Verfahrenstechniken ausgehen.

Schaubild 12



90. Die Sachkapazitäten in der Volkswirtschaft waren das Jahr über gesehen, unseren Rechnungen zum Produktionspotential zufolge, nur zu 94 vH genutzt, verglichen mit einer Normalauslastung von gut 97 vH. Die jahresdurchschnittliche Betrachtung, in der auch der geringe Auslastungsgrad zu Jahresbeginn zum Ausdruck kommt, verdeckt indes die Tatsache, daß die Produktionsanlagen im Verlauf des Jahres wieder mehr in Anspruch genommen worden sind. Dies gilt insbesondere für das verarbeitende Gewerbe. Auskunft hierüber geben sowohl Berechnungen des DIW als auch Unternehmensbefragungen des Ifo-Instituts.

Schaubild 13



Die nicht aus Unternehmensbefragungen, sondern aus Berechnungen zum Anlagevermögen abgeleiteten Ergebnisse des DIW zeigen für den Verlauf der Kapazitätsauslastung nahezu das gleiche Bild, im Niveau liegen die vom DIW ermittelten Werte indes aus methodischen Gründen höher (Schaubild 13).

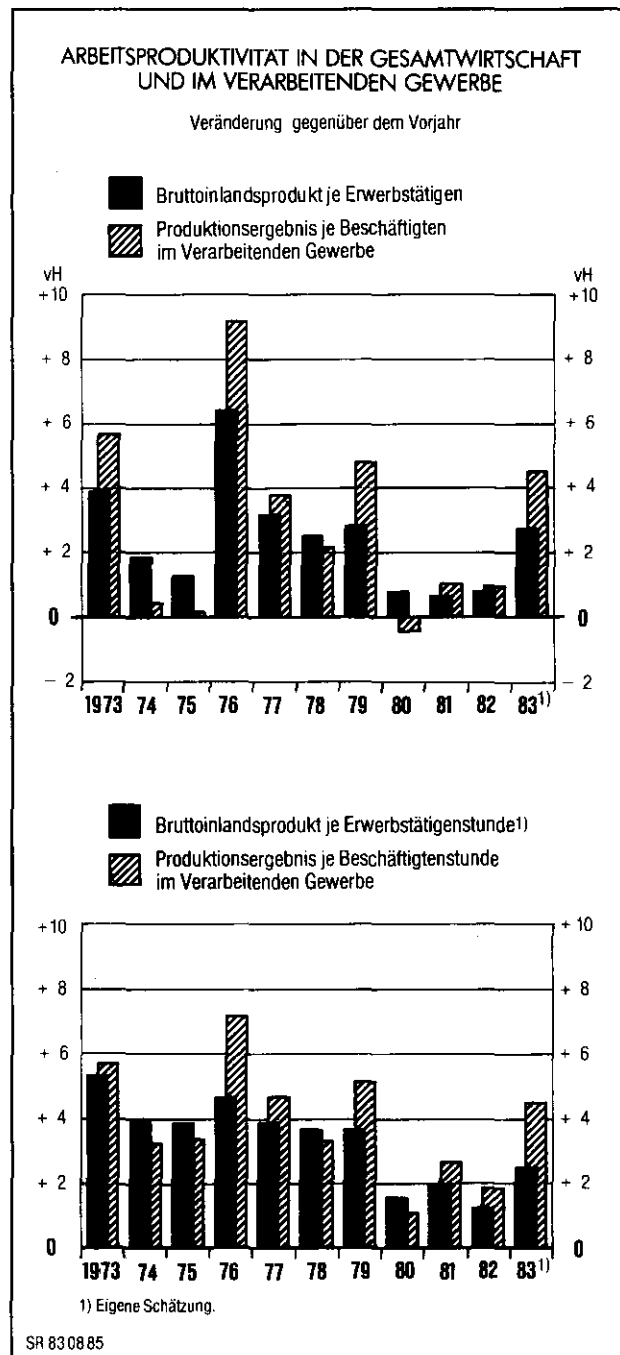
Nach den Befragungen des Ifo-Instituts haben die Unternehmen ihre Maschinen im Herbst 1983 wieder zu 79 vH genutzt, nachdem sie ihre Fertigung bis zum Herbst 1982 auf drei Viertel der betriebsüblichen Vollausslastung gedrosselt hatten. In der Bauwirtschaft stieg der Nutzungsgrad der Sachanlagen nach Auskunft der Unternehmen erst in den Sommermonaten wieder deutlich an. Im September war hier der Gerätebestand zu etwa 56 vH ausgelastet, verglichen mit 50 vH ein Jahr zuvor. Daß der Nutzungsgrad der Anlagen im Baugewerbe weitaus niedriger ist als im industriellen Bereich, hängt damit zusammen, daß die Geräte und Maschinen wegen des häufigen Baustellenwechsels und der starken Witterungsabhängigkeit nicht kontinuierlich eingesetzt werden können.

Die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe ist sowohl den Berechnungen des DIW als auch den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests zufolge durchgängig niedriger als unsere Schätzungen zum Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Sachanlagen. Dies liegt im wesentlichen daran, daß in unserer Potentialschätzung für den Bereich der Wohnungsvermietung und für die Wirtschaftsbereiche außerhalb des Unternehmenssek-

tors stets Vollausslastung unterstellt wird (Anhang IV, Abschnitt A).

91. Mit der wirtschaftlichen Erholung ist auch die gesamtwirtschaftliche Produktionsleistung je Erwerbstätigen mit reichlich 2 1/2 vH wieder stärker gestiegen als in den letzten drei Jahren. Je Arbeitsstunde gerechnet war der so gemessene Produktivitätsanstieg etwas geringer; die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit nahm gegenüber dem Vorjahr wieder leicht zu (Schaubild 14).

Schaubild 14



Im Unterschied zu früheren Phasen wirtschaftlicher Schwäche ist die durchschnittliche Arbeitszeit je Beschäftigten in den Jahren von 1980 bis 1982 nur vergleichsweise wenig zurückgegangen. In den Rezessionsjahren 1974/75 machte die Verringerung der Arbeitszeit noch mehr als 40 vH des gesamten Rückgangs des Arbeitsvolumens aus. Im Jahre 1982 hatte der entsprechende Anteil rund ein Viertel betragen. In diesem Jahr ging der Rückgang des Arbeitsvolumens um 1 1/2 vH einher mit einer leichten Zunahme der Arbeitszeit je Erwerbstätigen. Zu dieser Entwicklung hat maßgeblich beigetragen, daß die krankheitsbedingten Fehlzeiten der Arbeitnehmer nochmals erheblich abgenommen haben. Dies schlug stärker zu Buche als der Abbau von Überstunden, der in diesem Jahr wie auch in den beiden vorangegangenen Jahren nicht allzu ausgeprägt gewesen ist.

Geringere konjunkturelle Schwankungen der Arbeitszeit, wie sie zu beobachten sind, sprechen dafür, daß eine Belebung der Produktion vergleichsweise rasch zu vermehrter Beschäftigung und in geringerem Umfang als früher zu einer längeren Arbeitszeit führt. Dies könnte auch eine Erklärung dafür sein, daß in diesem Jahr der Beschäftigungsabbau zu einem frühen Zeitpunkt der konjunkturellen Erholung zum Stillstand gekommen ist (Ziffern 92 ff.).

III. Erste Anzeichen einer Belebung am Arbeitsmarkt

Beschäftigungsrückgang zum Stillstand gekommen

92. Über 2 1/4 Millionen Personen waren im Durchschnitt des Jahres 1983 arbeitslos, 440 000 mehr als im vergangenen Jahr. Gleichwohl gab es erste Lichtblicke am Arbeitsmarkt. Die Kurzarbeit geht schon seit der Jahreswende deutlich zurück; die Arbeitslosenzahl, die, um jahreszeitliche Schwankungen bereinigt, bis März dieses Jahres steil angestiegen war, nahm seit Juni nicht weiter zu, im Oktober ging sie sogar etwas zurück (Schaubild 15). Die Besserung kam früher als erhofft. Allgemein war wegen der Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter erwartet worden, daß die wirtschaftliche Belebung nur mit großer Verzögerung auf dem Arbeitsmarkt wirksam werden würde.

Die Besserung hängt freilich nicht nur damit zusammen, daß der Beschäftigungsabbau sich verlangsamt und nach der Jahresmitte zum Stillstand

gekommen sein dürfte, sondern wohl auch damit, daß seit einiger Zeit in zunehmendem Maße ältere Arbeitnehmer vorzeitig in den Ruhestand treten, Jugendliche länger zur Schule gehen, Hausfrauen den Wunsch nach Erwerbstätigkeit zumindest vorläufig aufgeben und weniger Ausländer eine Arbeit suchen.

93. Im letzten Winter war die Arbeitslosigkeit beträchtlich angestiegen. Trotz vergleichsweise günstiger Witterung waren im Februar sogar über 2 1/2 Millionen Arbeitslose gemeldet, 600 000 mehr als im Vorjahr. Nach dem saisonüblichen Rückgang im Sommer nahm die Arbeitslosigkeit dann im Herbst aber viel schwächer zu als im Herbst 1982. Im Oktober war der Vorjahresabstand mit 230 000 Personen wesentlich geringer als im Frühjahr; 2,15 Millionen Personen waren ohne Arbeit, knapp 9 vH aller Arbeitnehmer.

Die Unternehmen haben anscheinend erheblich weniger Entlassungen vorgenommen und erheblich mehr Arbeitslose eingestellt als im letzten Jahr. Im Oktober war die Zahl derjenigen, die sich nach einer vorausgegangenen Beschäftigung arbeitslos meldeten, um 18 vH niedriger als vor Jahresfrist; um 19 vH höher war die Zahl derjenigen, die, nachdem sie zuvor Arbeitslosengeldempfänger gewesen waren, nun einen neuen Arbeitsplatz fanden.

Das Risiko, arbeitslos zu werden, ist etwas geringer geworden. Von den Arbeitnehmern, die im April 1983 Arbeit hatten, war in den darauffolgenden sechs Monaten jeder fünfzehnte mindestens einmal von Arbeitslosigkeit betroffen, in der gleichen Zeit des Vorjahres war es noch jeder dreizehnte gewesen.

Allerdings erhöhte sich die Dauer der Arbeitslosigkeit noch einmal. Durchschnittlich sieben Monate dauerte es im Mai 1983, bis ein Arbeitsloser wieder eine Beschäftigung fand, das war ein Monat länger als ein Jahr zuvor. Nur noch jeder zehnte hatte innerhalb eines Monats einen Arbeitsplatz gefunden, und jeder siebente hatte sogar länger als ein Jahr warten müssen.

94. Zur gleichen Zeit und in gleichem Umfang, wie die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt abgenommen hat, dürfte die Beschäftigung zugenommen haben. Darauf deuten einige Indikatoren hin, wie etwa die Entwicklung bei den krankenversicherungspflichtig Beschäftigten. Deren Anzahl ist im September leicht gestiegen. Die Beschäftigtenzahl hatte im ersten Halbjahr 1983 — neuere Angaben liegen nicht vor — noch um 260 000 abgenommen. Auf das ganze Jahr gesehen dürfte der Beschäftigungsstand des Vorjahres um etwa 2 vH unterschritten werden.

Schaubild 15

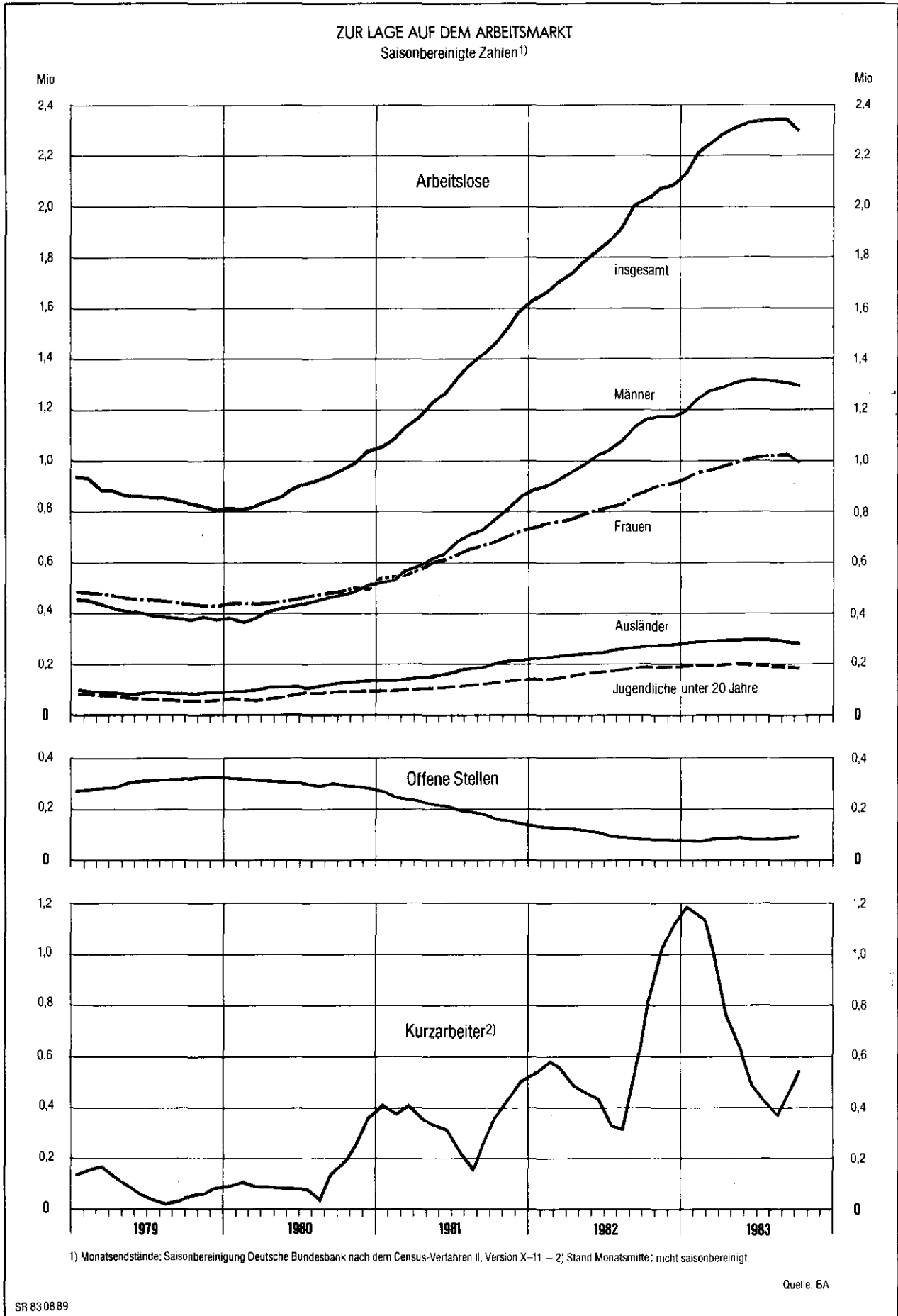
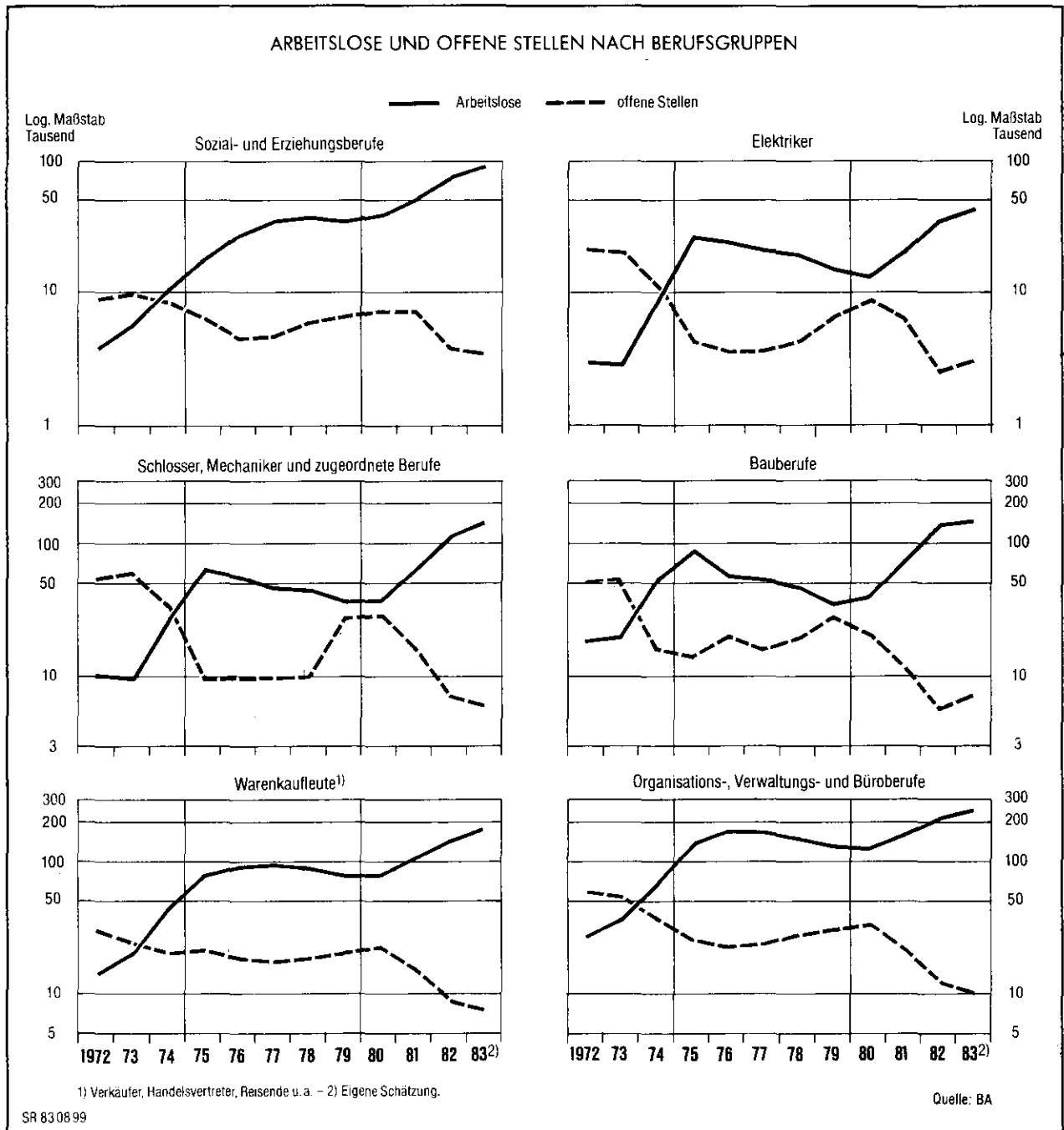


Schaubild 17



rufe (Schaubild 17). Bei den Bauarbeitern lag die Anzahl der Arbeitslosen im September sogar erstmals wieder unter dem Vorjahresstand.

Wie auch früher in Phasen wirtschaftlicher Erholung ging zunächst die Arbeitslosigkeit unter Arbeitern zurück, die auch im Abschwung zuerst von dem Beschäftigungsabbau betroffen waren. Mit wesentlich kürzerer Verzögerung als früher verringerte sich auch die Arbeitslosigkeit bei den Angestellten.

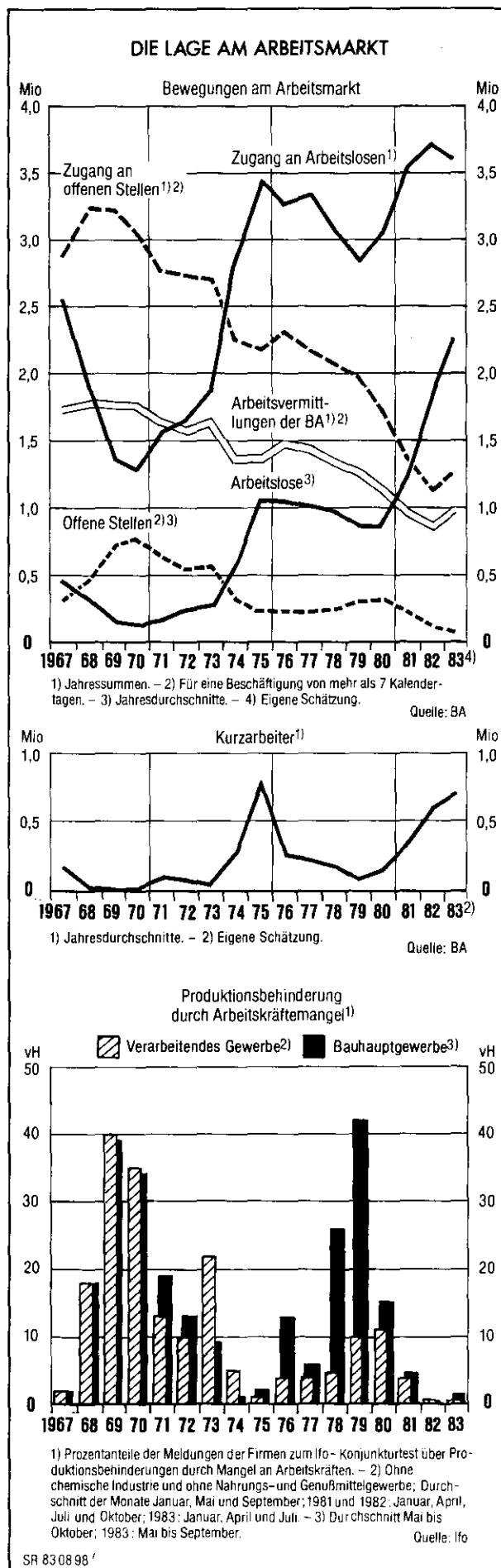
98. Mehr Unternehmen suchten wieder Personal. Den Arbeitsämtern wurden im Oktober rund 24 1/2 vH mehr neue offene Stellen gemeldet als ein Jahr zuvor. Mangel an Arbeitskräften dürfte es in kaum einem Bereich gegeben haben, und die Arbeitsämter konnten somit geeignete Arbeitslose schneller vermitteln als 1982 (Schaubild 18). Die Zahl der offenen Stellen betrug zuletzt 72 000, nur geringfügig mehr als im Vorjahr.

99. Die Anzahl der Selbständigen dürfte in diesem wie schon im vergangenen Jahr kaum mehr zurückgegangen sein. Die Anzahl der Erwerbstätigen, also der abhängig Beschäftigten, der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen zusammen, war 1983 mit 25,1 Millionen Personen um 460 000 niedriger als 1982 (Tabelle 10). Das entspricht einem Rückgang von 1,8 vH.

100. Angesichts der weiteren Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter erklärt die Entwicklung der Beschäftigung allein noch nicht, warum sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit seit der Jahresmitte nicht mehr fortgesetzt hat. Offenbar hat es auch Veränderungen der Erwerbsbeteiligung gegeben.

Der Zustrom von Ausländern in die Bundesrepublik hat sich gegenüber dem Jahr 1980 um mehr als die Hälfte verringert. Gleichzeitig kehrten mehr ausländische Arbeitskräfte mit ihren Familien in ihre Heimatländer zurück. Infolgedessen dürfte das Angebot an ausländischen Arbeitskräften auf dem deutschen Arbeitsmarkt um schätzungsweise 50 000 zurückgegangen sein. Von den Beschäftigungsaussichten in der Bundesrepublik und von der künftigen Linie der Ausländerpolitik wird es abhängen, ob sich diese Entwicklung fortsetzt.

Wichtiger aber war, daß die aus demographischen Gründen angelegte Zunahme des Angebots an Arbeitskräften sich nur abgeschwächt auf dem Arbeitsmarkt auswirkte, weil die Erwerbsbeteiligung der deutschen Bevölkerung zurückging. Seit einigen Jahren schon steigt die Anzahl älterer Arbeitnehmer, die vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden, wenn sie ausreichende Rentenansprüche angesammelt haben. Jugendliche verweilen länger in der Ausbildung. Viele Frauen melden sich nicht mehr arbeitslos, wenn ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld erlischt. Das Arbeitsangebot, so wie es die Statistik in der Anzahl der Erwerbspersonen erfaßt,



SR 830898'

Tabelle 10

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbstätige ¹⁾				Arbeitslose ³⁾	Kurzarbeiter ³⁾	Offene Stellen ³⁾	Arbeitslosenquote ⁵⁾
	insgesamt	beschäftigte Arbeitnehmer		Selbstständige ⁴⁾				
		zusammen	darunter Ausländer ³⁾ ³⁾					
1000								vH
1960	26 063	20 073	279	5 990	271	3	465	1,3
1961	26 426	20 565	507	5 861	181	3	552	0,9
1962	26 518	20 860	629	5 658	155	4	574	0,7
1963	26 581	21 098	773	5 483	186	11	555	0,9
1964	26 604	21 335	902	5 269	169	2	609	0,8
1965	26 755	21 625	1 119	5 130	147	1	649	0,7
1966	26 673	21 637	1 244	5 036	161	16	540	0,7
1967	25 804	20 908	1 014	4 896	459	143	302	2,1
1968	25 826	21 041	1 019	4 785	323	10	488	1,5
1969	26 228	21 624	1 366	4 604	179	1	747	0,8
1970	26 560	22 138	1 807	4 422	149	10	795	0,7
1971	26 721	22 510	2 128	4 211	185	86	648	0,8
1972	26 661	22 550	2 285	4 111	246	76	546	1,1
1973	26 849	22 833	2 498	4 016	273	44	572	1,2
1974	26 497	22 572	2 381	3 925	582	292	315	2,5
1975	25 746	21 950	2 061	3 796	1 074	773	236	4,7
1976	25 530	21 878	1 925	3 652	1 060	277	235	4,6
1977	25 490	21 972	1 872	3 518	1 030	231	231	4,5
1978	25 644	22 209	1 857	3 435	993	191	246	4,3
1979	25 986	22 606	1 924	3 380	876	88	304	3,7
1980	26 251	22 935	2 018	3 316	889	137	308	3,7
1981	26 051	22 797	1 912	3 245	1 272	347	208	5,3
1982	25 563	22 328	1 800	3 188	1 833	606	105	7,6
1983 ⁶⁾	25 095	21 870	1 705	3 133	2 275	708	83	9,5

¹⁾ Abgrenzung nach dem Inlandskonzept; Jahresdurchschnitte.

²⁾ 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni.

³⁾ Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Jahresdurchschnitte.

⁴⁾ Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.

⁵⁾ Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer + Arbeitslose); Berechnung nach dem Inländerkonzept.

⁶⁾ Eigene Schätzung.

nämlich als Anzahl der Beschäftigten zuzüglich der gemeldeten Arbeitslosen, wird dadurch niedriger ausgewiesen. Die genannten Gründe führten in diesem Jahr dazu, daß die Anzahl der Erwerbspersonen — erstmals seit 1978 — sogar etwas abnahm, nachdem sich der Anstieg schon in den beiden Jahren zuvor verlangsamt hatte.

101. Bei wieder günstigeren Beschäftigungsaussichten ist aber damit zu rechnen, daß nicht nur diejenigen, die gegenwärtig arbeitslos gemeldet sind, eine Beschäftigung aufnehmen möchten. Aus der Vergangenheit gibt es Anhaltspunkte beispielsweise darüber, wie sich das Erwerbsverhalten von Frauen in Zeiten besserer Beschäftigung verändert. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen hatte in den Jahren nach der Rezession von 1974/75 stärker zugenommen als aufgrund der altersbedingten Zu- und Abgänge zu erwarten gewesen wäre. Offenbar hatte die ungünstige Beschäftigungslage während der Rezession viele Frauen veranlaßt, sich vorübergehend vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen.

Eindeutig ist der Zusammenhang zwischen dem Erwerbsverhalten und der Beschäftigungslage freilich nicht. Der vorzeitige Eintritt älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand etwa, der in den Jahren seit 1976 die Erwerbsquote in dieser Altersgruppe stetig verminderte, war — teils ermöglicht durch eine Ausweitung der Vorruhestandsregelungen — in Jahren zunehmender Beschäftigung ebenso wie in Jahren des Beschäftigungsrückgangs zu beobachten (Ziffer 125).

Bei dem Versuch, das potentielle Angebot an Arbeitskräften abzuschätzen, also dasjenige Angebot, mit dem unter Bedingungen der Vollbeschäftigung zu rechnen wäre, kommt es außer auf die demographische Entwicklung zum einen darauf an, die Erwerbsquoten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen von Einflüssen der Unterbeschäftigung zu bereinigen, zum anderen muß versucht werden, für die Fortschreibung Verhaltensänderungen einzubeziehen, mit denen unabhängig von der jeweiligen Beschäftigungslage im Trend zu rechnen ist.

Nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ist das deutsche Erwerbspersonenpotential, das die Erwerbstätigen, die registrierten Arbeitslosen und die Personen, die vermutlich bei besserer Beschäftigungs-

lage eine Arbeit annehmen würden, aber nicht arbeitslos gemeldet sind, umfaßt, in diesem Jahr um 190 000 Personen gestiegen. Für die Zeit nach 1977 wurden die jährlichen Zuwächse auf eine Größenordnung zwischen 110 000 und 190 000 Personen geschätzt.

Neue Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt

102. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit wich 1983 bei einzelnen Beschäftigtengruppen von dem Verlaufsbild ab, welches früher in Phasen der wirtschaftlichen Erholung zu beobachten war. Dies ist vor allem bei Berufsanfängern, bei Frauen und möglicherweise bei Ausländern eine Folge der in den letzten Jahren eingetretenen Veränderungen in der Struktur des Arbeitskräfteangebots wie auch der Veränderungen in der Struktur der Nachfrage nach Arbeitskräften — Veränderungen, deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in der Phase des Beschäftigungsabbaus verdeckt gewesen waren.

103. Mit der wirtschaftlichen Erholung verringerte sich für alle Arbeitnehmer das Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren. In geringerem Maße gilt das allerdings für Arbeitnehmer ohne Berufsabschluß. Von den Arbeitnehmern, die sich im Mai 1983 arbeitslos meldeten, hatten 47 vH, also fast die Hälfte keine berufliche Ausbildung (Tabelle 11). Dies war zwar etwas weniger als im Vorjahr, berücksichtigt man aber, daß unter den Beschäftigten (ohne Lehrlinge) höchstens ein Viertel keine berufliche Ausbildung haben, so wird deutlich, welch hohes Entlassungsrisiko diese Arbeitskräfte haben. Auch ihre Chancen für eine Wiedereinstellung waren in diesem Jahr noch gering, zumal wenn es sich um ältere Arbeitslose handelt. Unter den Arbeitslosen, die eine neue Beschäftigung fanden, waren diejenigen ohne beruflichen Abschluß lediglich zu 40 vH vertreten. Vor allem für viele Hilfsarbeiter und Angelernte stellte die Arbeitslosigkeit häufig ein Durchgangsstadium in die Nichterwerbstätigkeit dar; viele Ältere gingen anschließend in den Ruhestand, viele Ausländer kehrten in ihr Heimatland zurück, viele Ehefrauen stellten den Wunsch nach Erwerbstätigkeit zurück.

Tabelle 11

Zur Struktur der Zugänge und Abgänge an Arbeitslosen

Anteil in vH

Arbeitslose	Zugänge			Abgänge			Abgänge in ein Arbeitsverhältnis		
	Mai/Juni								
	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Männer	56,4	59,1	58,7	59,7	63,2	64,8	63,2	67,9	69,3
Frauen	43,6	40,9	41,3	40,3	36,8	35,2	36,8	32,1	30,7
Nach Nationalität									
Deutsche	85,7	86,9	87,3	85,8	86,9	87,8	86,4	88,2	89,6
Ausländer	14,3	13,1	12,7	14,2	13,1	12,2	13,6	11,8	10,4
Nach Berufsausbildung									
ohne Abschluß	54,7	49,8	46,9	55,3	48,9	45,0	52,2	44,4	40,1
mit betrieblichem Abschluß	36,8	41,1	43,1	37,3	44,2	47,7	39,6	48,5	52,5
mit sonstigem Abschluß	8,4	9,0	10,0	7,4	6,9	7,3	8,2	7,1	7,4
Mit gesundheitlichen Einschränkungen	16,3	13,8	12,6	16,3	13,4	12,0	12,9	10,1	8,9
Nach Dauer der Arbeitslosigkeit									
unter 1 Monat				20,6	14,2	10,1	24,9	17,1	11,7
1 bis unter 3 Monate				29,2	23,4	19,6	30,9	26,0	21,5
3 bis unter 6 Monate				24,9	27,1	27,7	24,6	28,7	29,6
6 bis unter 12 Monate				18,2	26,0	28,5	15,6	23,2	27,6
1 bis unter 2 Jahre				5,6	7,8	11,8	3,2	4,4	8,5
2 Jahre und länger				1,4	1,5	2,4	0,7	0,6	1,2
Nach Altersgruppen									
unter 25 Jahre	37,3	37,3	38,8	35,4	35,4	36,4	37,5	37,2	38,7
25 bis unter 55 Jahre	56,8	57,5	55,4	59,4	59,4	58,8	59,8	60,1	58,6
55 Jahre und älter	5,9	5,2	5,8	5,3	5,2	4,9	2,7	2,7	2,7
Nach vorherigem Erwerbsstatus									
Arbeitsverhältnis	79,9	77,6	72,0	84,0	83,5	81,1	85,7	86,6	84,4
betriebliche Ausbildung	2,7	3,5	5,2	1,7	2,2	3,2	1,9	2,4	3,6
sonstige Erwerbstätigkeit	1,5	1,9	2,3	1,6	1,7	2,2	1,6	1,7	2,1
Unterbrechung der Erwerbstätigkeit									
von 6 Monaten und länger	8,6	10,1	11,6	7,7	8,4	8,8	5,7	5,7	5,9
ohne bisherige Erwerbstätigkeit	7,3	7,0	8,9	5,0	4,2	4,7	4,9	3,5	3,9

Quelle: BA

104. Die Altersstruktur der Arbeitslosen hat sich wieder geändert. In den vergangenen Jahren war der Anteil älterer Arbeitsloser stetig zurückgegangen, wie in Phasen wirtschaftlicher Abschwächung üblich. Im Jahre 1982 hatte die Anzahl älterer Arbeitsloser über 59 Jahren sogar abgenommen (Tabelle 12). Maßgeblich dafür waren der Kündigungsschutz und die Einschränkung der Finanzierung des Arbeitslosengeldes für Neunundfünfzigjährige und Ältere im Jahre 1982 (JG 82 Ziffer 96). Zahlreiche Betriebsvereinbarungen zur Sicherung der Altersversorgung sind in diesem Jahr an die Stelle der alten 59er-Regelung getreten. Auch das dürfte

dazu beigetragen haben, daß die Anzahl älterer Arbeitsloser wieder deutlich anstieg. Zuletzt lag sie sogar wieder 7 vH über dem Stand des Vorjahres.

105. Die Beschäftigungsprobleme von Jugendlichen sind immer noch etwas größer als die der übrigen Altersgruppen; im Vergleich zum Vorjahr hat sich ihre Situation jedoch erheblich verbessert. Im Oktober war die Anzahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren sogar geringfügig niedriger als im Vorjahr. Von der Rezession war diese Gruppe allerdings auch besonders schwer betroffen gewesen.

Zur Struktur der Arbeitslosigkeit

Arbeitslose	September									
	1978		1979		1980		1981		1982	
	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH
Insgesamt	864	100	737	100	823	100	1256	100	1819	100
Männer	389	45,0	317	43,0	369	44,8	616	49,1	982	54,0
Frauen	476	55,0	420	57,0	454	55,2	640	50,9	836	46,0
Nach Nationalität										
Deutsche	774	89,6	659	89,5	722	87,7	1075	85,6	1566	86,1
Ausländer	90	10,4	77	10,5	101	12,3	181	14,4	253	13,9
Nach Berufsausbildung										
mit Abschluß	394	45,6	344	46,7	379	46,0	568	45,2	877	48,2
ohne Abschluß	470	54,4	393	53,3	444	54,0	688	54,8	942	51,8
Stellung im Beruf										
Facharbeiter	114	13,2	94	12,7	109	13,2	182	14,5	318	17,5
Nichtfacharbeiter	406	47,0	340	46,1	392	47,6	632	50,3	890	48,9
Angestellte										
mit gehobener Tätigkeit	219	25,3	193	26,2	205	24,9	282	22,5	388	21,3
mit einfacher Tätigkeit	125	14,5	110	15,0	117	14,2	160	12,8	223	12,3
Nach gewünschter Arbeitszeit										
Vollzeitarbeit	686	79,4	581	78,9	660	80,2	1044	83,1	1586	87,2
Teilzeitarbeit	178	20,6	155	21,1	163	19,8	212	16,9	233	12,8
Mit gesundheitlichen Einschränkungen	254	29,4	250	33,9	265	32,2	323	25,7	384	21,1
darunter: Schwerbehinderte	55	6,3	61	8,3	67	8,2	90	7,2	117	6,4
Nach Dauer der Arbeitslosigkeit										
unter 1 Monat	136	15,7	122	16,6	145	17,7	200	15,9	218	12,0
1 bis unter 3 Monate	217	25,1	186	25,2	226	27,5	332	26,4	425	23,4
3 bis unter 6 Monate	154	17,8	135	18,3	153	18,6	245	19,5	332	18,3
6 bis unter 12 Monate	183	21,1	147	20,0	158	19,2	276	21,9	457	25,1
1 bis unter 2 Jahre	98	11,3	85	11,6	79	9,6	131	10,4	276	15,2
2 Jahre und länger	77	9,0	61	8,3	61	7,4	73	5,8	111	6,1
Nach Altersgruppen										
unter 20 Jahre	92	10,6	69	9,3	81	9,9	135	10,8	195	10,7
20 bis unter 25 Jahre	154	17,8	124	16,8	144	17,4	240	19,1	356	19,6
25 bis unter 35 Jahre	217	25,2	181	24,5	207	25,1	334	26,6	490	26,9
35 bis unter 45 Jahre	157	18,2	129	17,5	143	17,4	216	17,2	323	17,8
45 bis unter 55 Jahre	128	14,9	111	15,1	121	14,7	173	13,8	259	14,2
55 Jahre und älter	115	13,4	123	16,7	128	15,5	158	12,6	196	10,8
darunter 59 Jahre und älter	43	5,0	61	8,3	64	7,8	81	6,4	89	4,9
Mit Sozialplan			17	2,4	24	2,9	28	2,2	30	1,6
Leistungen nach dem Arbeitsförderungs- gesetz										
Bezieher von Arbeitslosengeld	342	39,6	280	38,0	308	37,4	499	39,7	802	44,1
Bezieher von Arbeitslosenhilfe	127	14,7	98	13,3	97	11,8	147	11,7	299	16,4
Leistungen beantragt	214	24,8	189	25,7	242	29,4	342	27,3	278	15,3
keine Leistungen	181	20,9	170	23,0	176	21,4	268	21,4	440	24,2
Nachrichtlich: Vor der Arbeits- losigkeit in schulischer Ausbildung ..	43	5,0	32	4,3	37	4,5	63	5,0	86	4,7

Quelle: BA

106. Zu der günstigeren Situation für Jugendliche dürfte auch das vergrößerte Lehrstellenangebot beigetragen haben. Die Bemühungen von Staat und Verbänden, die Arbeitgeber zur Bereitstellung von mehr Ausbildungsplätzen zu motivieren, sind offenbar nicht ohne Wirkung geblieben: Es wurden über 30 000 Lehrstellen mehr als im vergangenen Jahr angeboten (Tabelle 13). Das reichte freilich immer noch nicht für alle Jungen und Mädchen aus.

Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen überstieg das Angebot um rund 30 000. Die Anzahl der Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchten, war nämlich schätzungsweise 60 000 höher als im Jahre 1982, vor allem weil viele, die in den vergangenen Jahren erfolglos gewesen waren, sich ein zweites Mal um einen Ausbildungsplatz bewarben und weil noch einmal mehr Abiturienten zunächst eine Lehre machen wollten. In allen Landesarbeitsamtsbezirken mit Ausnahme von Südbayern waren mehr Bewerber um Lehrstellen gemeldet als unbesetzte Ausbildungsplätze.

107. Für jugendliche Berufsanfänger ist die Lage deutlich schlechter als früher. Die Anzahl derer, die nach dem Abschluß der Ausbildung arbeitslos wurden, ist noch einmal stark gestiegen; dies gilt vor allem für Handwerksgelesen. Allein im dritten Vierteljahr 1983 meldeten sich 62 000 Jugendliche nach Abschluß der Lehre arbeitslos, ein Drittel

mehr als im Vorjahr. Zwar gilt nach wie vor, daß Jugendliche mit abgeschlossener Lehre deutlich bessere Beschäftigungschancen haben als ohne Berufsausbildung, zumal wenn sie bereit und in der Lage sind, in einem Beruf zu arbeiten, der nicht ganz ihrer Ausbildung entspricht. Verglichen mit qualifizierten Arbeitnehmern, die über berufliche Erfahrung verfügen, waren ihre Aussichten aber erheblich schlechter.

108. Auch für die Hochschul- und Fachhochschulabsolventen hat sich die Arbeitsmarktlage verschlechtert. Die private Wirtschaft und der Staat haben im allgemeinen in dieser Qualifikationsgruppe die ausscheidenden Arbeitnehmer gerade ersetzt. In den Jahren 1982 und 1983 reichte das jedoch bei weitem nicht aus, die nochmals gestiegene Anzahl von Hochschulabgängern aufzunehmen. Im Studienjahr 1982 verließen fast 10 vH mehr Absolventen die Hochschulen als in dem Jahr davor. Vor allem Lehrer, aber auch Juristen und ein Teil der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler hatten angesichts der Personalplanung des Staates erhebliche Schwierigkeiten, nach dem Studium einen Arbeitsplatz zu finden. Für viele von ihnen bieten sich wenig Ausweichmöglichkeiten in der privaten Wirtschaft. Aber auch für Ingenieure, die noch vor zwei Jahren gesucht waren, hat sich in der Zwischenzeit die Situation gewandelt; die Anzahl der arbeitslosen Ingenieure stieg gegenüber dem Vor-

Tabelle 13

Angebotene und nachgefragte Ausbildungsplätze

1 000

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge ¹⁾	Unbesetzte Ausbildungsstellen	Nichtvermittelte Bewerber	Angebot an Ausbildungsplätzen (1) + (2)	Nachfrage nach Ausbildungsplätzen (1) + (3)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
1972	456 ^{a)}	182	.	638	.
1973	450	102	.	552	.
1974	450	29	21	479	471
1975	462	18	24	480	486
1976	499	18	28	517	527
1977	558	26	27	584	585
1978	602	22	26	624	629
1979	640	37	20	677	660
1980	650	45	17	695	667
1981	606	37	22	643	628
1982	631	20	36	651	667
1983	665 ^{b)}	20	49	685 ^{b)}	714 ^{b)}

¹⁾ Für 1972 bis 1975 aufgrund der Auszubildendenstatistik zum 31. Dezember ermittelt, danach Erhebung zum 30. September.

²⁾ Der Bundesanstalt für Arbeit gemeldete Ausbildungsstellen bzw. Bewerber.

^{a)} Schätzung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft.

^{b)} Eigene Schätzung.

Quelle: BMBW: BA

jahr um 7 000. Vergleichbar ist die Lage für Chemiker, Physiker und Mathematiker. Das Angebot an offenen Stellen für diese Berufsgruppen ist weiter zurückgegangen, im dritten Vierteljahr 1983 wurden für sie 18 vH weniger offene Stellen gemeldet als im Vorjahr.

109. Die Anzahl arbeitsloser Männer sank infolge der Belegung im Baugewerbe und in einigen Teilen des verarbeitenden Gewerbes saisonbereinigt schon seit Juli dieses Jahres. Die Arbeitslosigkeit von Frauen nahm erstmals im Oktober ab. Zum Rückgang der Frauenarbeitslosigkeit trug die verbesserte Arbeitsmarktlage bei den Angestellten, aber auch die günstige Entwicklung im Textil- und Bekleidungs-gewerbe bei. Eine Rolle mag auch gespielt haben, daß die Zunahme der weiblichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ihren Höhepunkt überschritten hat. Im Aufschwung nach 1975 hatten der starke Zustrom von jungen Frauen auf den Arbeitsmarkt sowie die schlechte Entwicklung in Produktionsbereichen mit einem hohen Anteil von Frauen in der Belegschaft die Arbeitslosigkeit von Frauen drei Jahre lang hoch gehalten, während die Arbeitslosigkeit bei Männern schon seit Anfang 1976 zurückgegangen war.

Es ist allerdings noch unsicher, ob die Entwicklung der Beschäftigung und die vergleichsweise frühe Abnahme der Arbeitslosigkeit bei Frauen im Verlauf dieses Jahres überwiegend auf eine kurzfristige Sonderentwicklung im Dienstleistungsgewerbe und in einigen Zweigen des verarbeitenden Gewerbes zurückzuführen ist oder ob sich hierin auch längerfristige Strukturverschiebungen innerhalb der Wirtschaft spiegeln.

Begünstigt wurden Frauen auch dadurch, daß während der ganzen Zeit des zurückliegenden Beschäftigungsabbaus die Teilzeitbeschäftigung leicht zu-

genommen hatte. Vor allem im Handel, bei Banken und Versicherungen, im sonstigen Dienstleistungsgewerbe und beim Staat wurde die Teilzeitbeschäftigung ausgedehnt. In jüngster Zeit haben die Frauen allerdings auch wieder mehr Vollzeitbeschäftigung und weniger Teilzeitbeschäftigung gesucht, möglicherweise infolge der ungünstigen Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in den letzten Jahren. Insgesamt waren im Oktober kaum mehr Teilzeitarbeitskräfte arbeitslos als im Vorjahr.

110. Ausländische Arbeitnehmer, die vielfach keine gute Ausbildung haben und häufig in Krisenbranchen arbeiten, profitieren von der besseren Beschäftigungssituation für Arbeiter nur wenig. Im Oktober 1983 waren rund 277 000 Ausländer arbeitslos. Obwohl weniger Ausländer in der Bundesrepublik Arbeit suchten, stieg die Arbeitslosenquote in dieser Gruppe weiter auf nunmehr knapp 14 vH.

Arbeitsmarktpolitik in den vergangenen beiden Jahren

111. Für das Jahr 1982 hatte die Bundesregierung angesichts der hohen Defizite der Bundesanstalt für Arbeit und der Engpässe im öffentlichen Haushalt beschlossen, bei der Arbeitsmarktpolitik Einsparungen vorzunehmen. Diese waren vor allem bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wirksam geworden, weniger bei der beruflichen Förderung. In Anbetracht der verschärften Beschäftigungsprobleme im vergangenen Jahr waren die Einschränkungen recht gravierend. Der Anteil der Arbeitslosen, die mit Hilfe solcher Maßnahmen gefördert oder in Arbeit vermittelt werden konnten, war beträchtlich zurückgegangen. In diesem Jahr wurden die Entscheidungen teilweise revidiert (Tabelle 14).

Tabelle 14

Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen

Jahr	Arbeitslose	Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung ¹⁾		Teilnehmer an allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	
	Anzahl in 1 000	Anzahl in 1 000	Anteil in vH der Arbeitslosen	Anzahl in 1 000	Anteil in vH der Arbeitslosen
1975	1 074	127	11,82	16	1,49
1976	1 060	97	9,15	29	2,74
1977	1 030	65	6,31	38	3,69
1978	993	63	6,34	51	5,14
1979	876	73	8,33	51	5,82
1980	889	91	10,24	41	4,61
1981	1 272	111	8,73	38	2,99
1982	1 833	120	6,55	29	1,58
1983 ²⁾	2 262	118 ³⁾	5,22	47	2,08

¹⁾ Fortbildung und Umschulung, ohne Einarbeitung.

²⁾ Durchschnitt Januar bis Oktober.

³⁾ Eigene Schätzung.

Quelle: IAB

112. Die im letzten Jahr beschlossenen Einsparungen bei der Förderung der beruflichen Bildung und der Rehabilitation zeigten, später als erwartet, in der ersten Hälfte des Jahres 1983 Wirkungen. Die Zahl der Anträge auf berufliche Fortbildungsmaßnahmen ging zurück. Seit der Jahresmitte wurden jedoch hier wieder mehr Anstrengungen unternommen, Arbeitslose zur Weiterbildung zu bewegen, damit sie den gestiegenen Anforderungen besser gerecht werden können. Im zweiten Halbjahr 1983 stellten wieder mehr Arbeitnehmer, vor allem mehr Arbeitslose, Anträge auf Teilnahme an Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Anzahl der Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung nicht wesentlich unter der des Vorjahres liegen.

113. Bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen waren im letzten Jahr erhebliche Einschränkungen vorgenommen worden. Die Anzahl der in solchen Projekten beschäftigten Arbeitnehmer hatte sich gegenüber 1981 drastisch verringert. In diesem Jahr wurden der Bundesanstalt für Arbeit nachträglich zusätzliche Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zugewiesen. Die zusätzlichen Maßnahmen waren auf einige Bereiche der Bauindustrie und der Landschaftspflege sowie auf die sozialen Dienste konzentriert. Vorrangig wurden solche Arbeitslose beschäftigt, die zu den besonders benachteiligten Personengruppen am Arbeitsmarkt gehören, etwa Ältere und Ungelernte, vielfach auch Langzeitarbeitslose.

Da allerdings die Gemeinden im gleichen Zeitraum die Anzahl der Beschäftigten reduzierten, ist es vermutlich nicht von der Hand zu weisen, daß Tätigkeiten, die noch in jüngster Vergangenheit zu den normalen Aufgaben der Kommunen gehörten, nun im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt werden. Verlagerungen dieser Art dürften auch im Hochschulbereich stattgefunden haben. Solche Effekte sind allerdings nicht völlig zu vermeiden, will man gerade Problemgruppen am Arbeitsmarkt eine Möglichkeit geben, Berufskennnisse aufzufrischen oder zu erweitern.

114. Stärker in Anspruch genommen wurde ab Mitte 1982 das Kurzarbeitergeld. Gegenwärtig scheint das Kurzarbeitergeld mehr und mehr zu einem Instrument zu werden, den Beschäftigungsabbau in strukturschwachen Branchen hinauszuzögern. Etwa ein Drittel aller Kurzarbeiter im Oktober waren Beschäftigte im Schiffbau, im Bergbau und in der Stahlindustrie. Der Stahlindustrie wurde die Möglichkeit eingeräumt, für einen Zeitraum von zwei Jahren Kurzarbeit leisten zu lassen; andere Krisenbranchen fordern nun eine entsprechende Ausnahmeregelung.

IV. Zur Entwicklung der Arbeitszeit

Das Regelwerk der Arbeitszeit

115. Die wöchentlich, jährlich und während des ganzen Erwerbslebens geleistete Arbeitszeit der

Beschäftigten wird von einem Geflecht unterschiedlicher Regelungen beeinflußt, und sie ist mit unterschiedlicher Verbindlichkeit festgelegt. Vom Gesetzgeber vorgeschrieben ist ein bestimmter Rahmen: ein Mindestalter für den Eintritt ins Erwerbsleben, vorgegeben durch die Schulpflicht, eine Normalarbeitszeit pro Woche von 48 Stunden, höchstens 60 Stunden für maximal fünf Wochen im Jahr mit zahlreichen Ausnahmen, vereinzelt Pausenregelungen, eine Begrenzung der Nachtarbeit auf bestimmte Arbeitnehmergruppen und bestimmte Unternehmen sowie ein Mindesturlaub von drei Wochen. Das alles ist im wesentlichen in der Arbeitszeitordnung und in der Gewerbeordnung festgelegt. Engere Bestimmungen gelten für die Arbeitszeit von Jugendlichen und von schwangeren Frauen.

Diese Gesetze und Verordnungen, die zum Teil unterschiedliche Ziele haben, lassen den Beteiligten weite Handlungs- und Gestaltungsspielräume.

116. Der Staat beeinflußt die Arbeitszeit freilich nicht nur auf diese direkte Weise. Er beeinflußt sie auch indirekt, indem er bestimmte Voraussetzungen für Sozialleistungen festlegt und damit dem einzelnen Arbeitnehmer Wahlmöglichkeiten bezüglich der Zeit der Erwerbstätigkeit eröffnet. Dies gilt vor allem für die flexible Altersgrenze. Die Altersgrenzen von 65 Jahren bei Männern und 62 Jahren bei Frauen für den Eintritt in den Ruhestand sind keine Höchstgrenzen; als gesellschaftliche Norm haben sie sich jedoch so verfestigt, daß sie in nahezu allen Arbeitsverträgen zu finden sind. Von der Möglichkeit, länger zu arbeiten, wird nur wenig Gebrauch gemacht. Bei den Arbeitern lag der Anteil stets weit unter, bei den Angestellten nur geringfügig über einem Prozent aller neugewährten Renten, und dies, obwohl der Arbeitnehmer, der Rente nicht gleich nach Vollendung des 65. Lebensjahres beansprucht, einen Zuschlag zur Rente nach der Rentenformel erhält.

Ein anderes Beispiel stellt die Regelung dar, daß für eine Beschäftigung von weniger als 20 Stunden in der Woche keine Beiträge zur Rentenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen sind. Das macht eine solche Teilzeitbeschäftigung nicht nur für die Arbeitgeber, sondern auch für Arbeitnehmer attraktiv, stellt sich die Vermeidung von Beitragszahlungen doch häufig als Vorteil dar, vor allem wenn der Anspruch auf Versicherungsleistungen anderweitig gedeckt ist.

Die Angebote zur Weiterbildung, verschiedene Regelungen des Arbeitsförderungsgesetzes und die Bestimmungen über Mutterschaftsurlaub verändern, soweit sie von Arbeitnehmern wahrgenommen werden, ebenfalls die Arbeitszeit.

117. Innerhalb der staatlichen Regelungen spielen die Vereinbarungen der Tarifparteien eine entscheidende Rolle. Sie betreffen vorrangig die wöchentliche Arbeitszeit und den Jahresurlaub. Vereinbarungen über Altersgrenzen (Lebensarbeitszeit) oder Pausenregelungen sind weniger üblich und beschränken sich meist auf besondere Gruppen, beispielsweise stark belastete Arbeitnehmer.

Aus den Vereinbarungen der Tarifparteien ergibt sich die sogenannte jährliche Regelarbeitszeit; aufgrund der zahlreichen Öffnungsklauseln kann diese jedoch durch Betriebsvereinbarungen und individuelle Verträge über die Leistung von Überstunden, die Abgeltung von Urlaubsansprüchen, Schichtarbeit und Teilzeitarbeit im einzelnen geändert werden. So wird beispielsweise der Spielraum der Unternehmen, Überstunden in Abstimmung mit dem Betriebsrat anzusetzen, kaum durch Tarifverträge eingeschränkt, sondern nur durch die gesetzliche Grenze von 60 Wochenstunden, die sich aus der Arbeitszeitordnung ergibt.

Daß tarifliche Rahmenverträge über Regelarbeitszeiten individuelle Vereinbarungen über längere Arbeitszeiten kaum verhindern, solange diese im gesetzlichen Rahmen bleiben, hat die Gewerkschaften immer wieder zu der Forderung veranlaßt, die Arbeitszeitordnung an die tariflichen Regelungen anzupassen und die 40-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit einzuführen. Die Arbeitgeber beharren dagegen auf dem gegebenen Handlungsspielraum mit der Begründung, daß Überstunden für die Unternehmen häufig unumgänglich seien, weil die notwendige betriebliche Flexibilität sonst erheblich beeinträchtigt würde.

Die Entwicklung in den fünfziger und sechziger Jahren

118. Die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer ist in den vergangenen drei Jahrzehnten stetig zurückgegangen (Tabelle 15). In dieser Entwicklung mischen sich die genannten staatlichen und tarifvertraglichen Einflüsse mit den wechselnden Möglichkeiten, die der Arbeitsmarkt bot, Erwerbswünsche und Einkommenssteigerungen mit kürzerer Arbeitszeit in Einklang zu bringen.

In den fünfziger und sechziger Jahren, also in Zeiten hohen Wachstums und abnehmender Arbeitslosigkeit, sind deutliche Verkürzungen der tariflichen Arbeitszeit und andere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen vereinbart worden; in den siebziger Jahren, einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit, wurde die tarifliche Arbeitszeit nur wenig verringert. Abweichungen der betrieblichen Arbeitszeit von der tariflichen haben, der jeweiligen Arbeitsmarktlage entsprechend, den Rückgang der tatsächlichen Arbeitszeit jedoch geglättet.

119. Auch die Lebensarbeitszeit ist kürzer geworden. Einen nennenswerten Einfluß hatte dabei die Ausdehnung der Schulpflicht seit Mitte der sechziger Jahre. Größere Bildungschancen förderten überdies die Tendenz zu einer längeren Ausbildung. Im Durchschnitt sind die Jugendlichen beim Eintritt ins Erwerbsleben heute etwa 2½ Jahre älter als vor 20 Jahren.

120. Die Verkürzung der tatsächlichen Arbeitszeit wurde in der zweiten Hälfte der fünfziger und in den sechziger Jahren im wesentlichen von tarifvertraglichen Vereinbarungen geprägt. Bis zur endgültigen Durchsetzung der 40-Stunden-Woche stand die Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit obenan. Mitte der fünfziger Jahre hatte sie noch bei 48 Stunden gelegen; zunächst wurde sie in der Metallindustrie durch das „Bremer Abkommen“ und nachfolgend auch in anderen Wirtschaftsbereichen auf 45 Stunden gesenkt, bei gleichzeitigem Übergang zur 5-Tage-Woche. Vorübergehend war dies mit einer Erhöhung der täglichen Arbeitszeit verbunden. Die für 1964 und 1965 in einzelnen Bereichen vorgesehene Einführung der 40-Stunden-Woche wurde jedoch zum Teil hinausgeschoben, um den Mangel an Arbeitskräften nicht zu verschärfen, der damals allenthalben bestand. Zwei Jahre spä-

Tabelle 15

Jährliche Arbeitszeit je beschäftigten Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft¹⁾

	1960	1970	1979	1982	1960-1970	1970-1979	1979-1982 ²⁾
	Stunden				Beitrag der einzelnen Komponenten zur durchschnittlich jährlichen Veränderung (v H)		
Tarifliche Arbeitszeit	2 124	1 899	1 784	1 772	-1,1	-0,7	-0,2
Krankenstand	-113	-109	-103	- 87	+0,0	+0,0	+0,3
Überstunden	+ 97	+178	+115	+ 86	+0,4	-0,4	-0,6
Teilzeitarbeit	- 20	- 46	- 59	- 63	-0,1	-0,1	-0,1
Ausfallzeiten	- 5	- 15	- 15	- 25	-0,0	+0,0	-0,2
davon wegen:							
Kurzarbeit	0	0	2	16	-0,0	-0,0	-0,3
Schlechtwetter	5	15	12	8	-0,0	+0,0	+0,1
Arbeitskampf	0	0	0	1	-0,0	-0,0	-0,0
Tatsächliche Arbeitszeit . .	2 085	1 909	1 723	1 685	-0,9	-1,1	-0,7

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

²⁾ Konjunkturell beeinflusst.

Quelle für Grundzahlen: IAB

ter, in der Rezession von 1966/1967, kam sie gelegener. In vielen Branchen minderte die Arbeitszeitverkürzung den konjunkturellen Beschäftigungsrückgang und entlastete so den Arbeitsmarkt.

Die Frage einer Umverteilung von Arbeit stellte sich zu jener Zeit freilich nicht. Wenn in der damaligen Diskussion um Arbeitszeitverkürzung Beschäftigungseffekte ins Feld geführt wurden, so ging es nur darum, einen konjunkturellen Beschäftigungsrückgang zu verhindern, also nur um kurzfristige Wirkungen. In der Begründung der Gewerkschaften für eine Verkürzung der Arbeitszeit spielte die Forderung nach einer Verringerung der Arbeitsleistung eine größere Rolle. Mit im Spiel mag auch die Überlegung gewesen sein, daß die gegebene betriebliche Arbeitszeit bei kürzerer tariflicher Arbeitszeit einen größeren Teil der geleisteten Arbeit zu Überstundenarbeit mit entsprechenden Lohnzuschlägen machte.

121. Parallel zur Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit wurden insbesondere seit Mitte der sechziger Jahre die Überstunden ausgedehnt, sieht man von den üblichen konjunkturellen Schwankungen ab. Die in den Tarifverträgen angelegte Arbeitszeitverkürzung wurde so durch eine höhere Anzahl von Überstunden teilweise aufgewogen; die tatsächlich geleistete Arbeitszeit ging weniger zurück als die tarifliche vereinbarte.

Im gleichen Zeitraum bewog der Mangel an Arbeitskräften viele Unternehmen Teilzeitarbeit einzuführen, um es so beispielsweise für Hausfrauen attraktiv zu machen, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Erst nach und nach erkannten die Arbeitgeber, daß Teilzeitarbeit nicht nur ein Notbehelf in Zeiten des Arbeitskräftemangels sei, sondern auch bei ausreichendem Arbeitskräfteangebot beiden Seiten Vorteile bieten kann.

Die Entwicklung seit 1970

122. In den siebziger Jahren hat sich die Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit deutlich verlangsamt. Die Wochenarbeitszeit verringerte sich nur wenig. Soweit die Arbeitszeit noch verkürzt wurde, geschah dies über eine Verlängerung des Jahresurlaubes. Die Beschäftigungswirkungen traten in der gewerkschaftlichen Begründung für die Arbeitszeitverkürzung erst nach und nach an die erste Stelle. Selbst in der tarifpolitischen Auseinandersetzung des Jahres 1979, als die Industriegewerkschaft Metall den Einstieg in die 35-Stunden-Woche forderte, wurde in der gewerkschaftlichen Argumentation der geringeren Arbeitsbelastung nicht weniger Bedeutung beigemessen als der Umverteilung von Arbeit.

123. Der geringeren Abnahme der tariflichen Arbeitszeit stand in den siebziger Jahren ein Abbau von Überstunden gegenüber. Im Jahre 1970 wurden durchschnittlich noch vier Mehrarbeitsstunden je Woche geleistet, 1979 waren es nurmehr 2,7 Stunden. Unter den Gründen dafür dürfte der Wandel der Arbeitsmarktlage die wichtigste Rolle spielen.

Die Gelegenheit zu Überstundenarbeit ist nicht mehr so häufig gegeben, aber auch die Bereitschaft der Arbeitnehmer dazu mag abgenommen haben.

124. Zur weiteren Verkürzung der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit hat außerdem beigetragen, daß die Teilzeitarbeit in den siebziger Jahren trotz insgesamt schwacher Beschäftigungsentwicklung unvermindert zunahm. Im Gegensatz zu der häufig geäußerten Skepsis zeigte sich, daß das Beschäftigungsrisiko für Teilzeitarbeitskräfte nicht höher als für andere Arbeitnehmer war; vor allem im Dienstleistungssektor und in der Verwaltung werden sie immer weniger als Lückenbüßer für Vollzeitkräfte angesehen.

Die Ausweitung der Teilzeitarbeit kam den Interessen vieler Arbeitnehmer entgegen, vor allem vieler Frauen, die so erst die Möglichkeit zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit sahen, aber auch den Interessen vieler Unternehmen, die den Umfang der zu leistenden Arbeitszeit besser an einen kurzfristig schwankenden Geschäftsgang anpassen konnten. Ebenfalls Vorteile brachte die Teilzeitarbeit Unternehmen, die ihre Betriebszeiten über den normalen 8-Stunden-Tag ausweiten wollten, etwa um angesichts wachsender Kapitalintensität die Auslastung der Anlagen und Geräte zu erhöhen; sie konnten in verkürzter Schichtarbeit mit Teilzeitkräften eine bessere Kapazitätsauslastung erreichen. In die gleiche Richtung zielen auch Überlegungen verschiedener Großunternehmen, mit ihren Beschäftigten Verträge über die während eines Jahres insgesamt zu leistende Arbeitszeit abzuschließen, wobei sich die zeitliche Verteilung der Arbeitszeit an Kapazitätsgesichtspunkten oder am Geschäftsgang orientieren soll. Häufig wird auch darauf hingewiesen, daß mit der Teilzeitarbeit eine höhere Arbeitsintensität und damit über die oben genannten Wirkungen hinaus eine höhere Arbeitsproduktivität verbunden sei.

Die Entwicklung hin zu komplizierteren Arbeitszeitformen und überlappenden Schichtregelungen wurde durch den Einsatz der Datenverarbeitung in der Personalverwaltung und der Personalplanung gefördert, teilweise auch erst ermöglicht. Differenziertere Zeit- und Gehaltsabrechnungen können inzwischen ohne hohen zusätzlichen Aufwand durchgeführt werden.

Teilzeitarbeit hat mittlerweile in weiterer Hinsicht Bedeutung erlangt: In jüngster Zeit ist eine Reihe von Unternehmen dazu übergegangen, einen Teil ihrer Lehrlinge nach der Lehre nur weiter zu beschäftigen, wenn sie eine halbe Stelle übernehmen.

125. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit hat sich, von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt und von den Tarifparteien kaum kommentiert, in den siebziger Jahren beschleunigt. Während in den sechziger Jahren der spätere Eintritt ins Berufsleben auf eine kürzere Lebensarbeitszeit hinwirkte, ist deren verstärkter Rückgang seit dem Anfang der siebziger Jahre vor allem einem immer früheren Ausscheiden älterer Arbeitnehmer zuzuschreiben.

ben. Im Durchschnitt beenden die Erwerbstätigen ihr Berufsleben heute mit etwa 60 Jahren, zwei Jahre früher als 1970. Die Rente wegen Erreichens der Altersgrenze von 65 Jahren wird heute nur noch von wenigen Arbeitnehmern in Anspruch genommen. Im Jahre 1982 waren von den Männern, die erstmals eine Rente in der Arbeiterrentenversicherung erhielten, nur noch 8 vH, in der Angestelltenversicherung 13 vH 65 Jahre alt. Vornehmlich waren es Arbeitnehmer, die noch nicht so lange versichert waren, daß sie schon früher einen Anspruch auf eine Altersrente gehabt hätten, oder die nur eine geringe Rente erwarten konnten und deswegen möglichst lange erwerbstätig sein mußten. Die durchschnittliche Rente derjenigen, die mit 65 Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheiden, ist nur halb so hoch wie die durchschnittliche Rente derjenigen, die vorzeitig in den Ruhestand treten. Auch die seit 1973 bestehende Regelung über die flexible Altersgrenze, die es erlaubt, ohne versicherungsmathematische Abschläge schon nach dem 63. Geburtstag in den Ruhestand zu gehen, bildet keine Untergrenze. Nur 12 vH der Neuzugänge bei den Männern in der Arbeiterrentenversicherung und 19½ vH in der Angestelltenversicherung erhielten 1982 Altersruhegelder wegen Erreichens des 63. Lebensjahres.

In den letzten Jahren hat sich unter der Oberfläche der gesetzlichen Bestimmungen über die normale Altersgrenze ein ganzes Geflecht von judikativen, tarifvertraglichen und betrieblichen Regelungen durchgesetzt, welche die Altersgrenze für die Mehrheit der Arbeitnehmer deutlich unter 63 Jahre gesenkt haben. Die normalen Altersgrenzen haben nur noch für eine Minderheit Bedeutung.

Die Abweichung von den Regelgrenzen wird zum Teil durch gesetzliche Sonderbestimmungen ermöglicht. So können Beamte vorzeitig pensioniert werden. Frauen können schon mit 60 Jahren das sogenannte vorgezogene Altersruhegeld beziehen, ebenso Schwerbehinderte und Personen, die ein Jahr arbeitslos waren. Wer erwerbsunfähig ist, das heißt, wem es überhaupt nicht möglich ist, in seinem angestammten Beruf zu arbeiten, kann eine Rente noch früher beanspruchen. Dies war schon immer so. Seit dem Urteil des Bundessozialgerichts aus dem Jahre 1976 werden aber die höheren Erwerbsunfähigkeitsrenten auch Arbeitnehmern gewährt, denen es wohl möglich wäre, als Teilzeitkraft zu arbeiten, und die von daher auf die niedrigere Berufsunfähigkeitsrente verwiesen werden könnten, die aber wegen der ungünstigen Beschäftigungslage keine Chance haben, einen Teilzeitarbeitsplatz zu finden.

Mit Blick darauf, daß Arbeitnehmer schon ab dem 60. Lebensjahr Altersrente beziehen können, wenn sie zuvor ein Jahr lang arbeitslos waren (59er Regelung), werden von den Unternehmen häufig mit den Arbeitnehmern spezielle Verträge abgeschlossen. Ziel ist es, älteren Arbeitnehmern ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Unternehmen durch Ausgleichszahlungen leichter zu machen. So werden — zum Teil im Rahmen von Sozialplänen — von den Unternehmen finanzielle Leistungen zugesagt, die zunächst das Arbeitslosengeld bis zum Bezug der vorzeitigen Altersrente aufbessern oder ersetzen; hinzu kommen in der Re-

gel Leistungen, die später die Minderung der gesetzlichen wie der betrieblichen Rente aufwiegen sollen, die sich aus der vorzeitigen Pensionierung ergibt. Ergänzt werden diese Zahlungen in manchen Fällen noch durch Zusatzleistungen, beispielsweise Abfindungen oder die Weitergewährung bisheriger betrieblicher Sozialleistungen. All diese Leistungen werden im Regelfall von den jeweiligen Unternehmen getragen. In der chemischen Industrie gibt es dafür indes bereits eine Form der Branchenfinanzierung, und im Stahlbereich werden die Kosten unter bestimmten Bedingungen nach dem Montan-Union-Vertrag teilweise von der Europäischen Gemeinschaft übernommen.

Die Tatsache, daß immer mehr Arbeitnehmer vorzeitig in den Ruhestand gehen, zeigt sich in einer sinkenden Erwerbsquote der Älteren. So fiel die Erwerbsbeteiligung der 60- bis unter 65-jährigen Männer von 75 vH im Jahre 1970 bis heute auf rund 44 vH, die der 55- bis 60-jährigen von 89 vH auf 82 vH. Die Erwerbsquote der 60- bis 65-jährigen Frauen ging um knapp die Hälfte zurück; sie lag im Jahre 1982 nurmehr bei 13 vH. Berücksichtigt man, daß dabei jeweils auch die Selbständigen und die mithelfenden Familienangehörigen einbezogen sind, die eine vergleichsweise hohe Erwerbsbeteiligung im Alter aufweisen, so sind die entsprechenden Quoten der abhängig Beschäftigten dieser Altersklassen noch deutlich niedriger zu veranschlagen. Nur jeder dritte männliche Arbeiter oder Angestellte dürfte über das 59. Lebensjahr hinaus erwerbstätig bleiben.

126. Zahlreiche der schon jetzt betrieblich vereinbarten Ruhestandsregelungen zeigen, daß Arbeitszeitverkürzung — vor allem, wenn sie nicht von außen auferlegt ist — nicht nur Anpassungslasten mit sich bringt, sondern es den Unternehmen in vielen Fällen auch leichter macht, technische Neuerungen und Veränderungen der Arbeitsorganisation durchzuführen und auf wechselnde Marktlagen zu reagieren. Die Arbeitgeber verminderten in diesen Fällen vor allem die Anzahl ihrer älteren Arbeitnehmer; in einigen anderen Ländern wurde mehr die wöchentliche Arbeitszeit verkürzt, so in den Niederlanden und in Belgien.

127. Aus allen Facetten der Entwicklung in der Vergangenheit ergibt sich folgendes Bild: Der Rückgang der jährlichen effektiven Arbeitszeit war in den siebziger Jahren nicht wesentlich schwächer als in den sechziger Jahren. Die Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit, die in den sechziger Jahren die effektive Arbeitszeit wesentlich beeinflußt hatte, verlor in den siebziger Jahren zwar an Bedeutung; an ihre Stelle trat jedoch die Verlängerung des Jahresurlaubs und der Abbau von Überstunden.

Nimmt man die deutliche Verkürzung der Lebensarbeitszeit hinzu, die damit einhergeht, daß immer mehr Arbeitnehmer vorzeitig in den Ruhestand treten — in der Tendenz zur Verlängerung der Ausbildungszeiten ist kein großer Unterschied zu den sechziger Jahren —, so hat sich die Arbeitszeitverkürzung aufs ganze gesehen in den siebziger Jahren im Gegensatz zur landläufigen Meinung nicht verlangsamt, sondern eher beschleunigt.

Das Gewicht der einzelnen Formen der Arbeitszeitverkürzung hat sich auch in anderer Hinsicht geändert. Die Arbeitszeitverkürzungen, deren Kosten von den Arbeitnehmern und den Unternehmen unmittelbar zu übernehmen sind, haben an Bedeutung verloren, während die durch die Sozialversicherungen oder den Staat zu finanzierenden, an Bedeutung gewonnen haben.

V. Fortschritte bei der Preisstabilisierung

128. Der Preisauftrieb hat sich in diesem Jahr deutlich beruhigt. Dabei waren anfangs auch Sonderfaktoren im Spiel. Aber auch wenn man von deren Einfluß absieht, hat sich der Geldwertchwund spürbar verlangsamt; der Rückgang der Teuerung war in der Breite angelegt. Die Annäherung an das Ziel der Preisstabilität kam rascher als erwartet voran.

129. Nimmt man mit ins Bild, daß die Nachfrage weiterhin die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten nicht auslastete und daß die Kosten nur wenig stiegen, kann man die Teuerungsrate gleichwohl noch immer für hoch halten. So sehr man sich weiterhin daran gewöhnt hat, so wenig selbstverständlich ist doch, daß der Preisanstieg auch in konjunkturell schlechten Zeiten nicht zum Stillstand kommt. Da akuter Kostendruck nicht mehr vorhanden war und es an Nachfragesog noch fehlte, mag man sich fragen, ob Mangel an Wettbewerb die Erklärung liefert. Für einen Teil der Märkte dürfte dies auch zutreffen. Die einzige in Betracht kommende Erklärung ist es freilich nicht. Viele Produzenten straffen bei unbefriedigender Geschäftslage ihr Produktsortiment, nehmen Waren, deren Preise die Herstellungskosten nicht mehr decken, aus dem Angebot. Andere Produzenten scheiden durch Konkurs aus dem Markt aus. In beiden Fällen können diejenigen, die im Markt geblieben sind, höhere Preise erzielen.

130. Insgesamt gesehen haben sich die auf den Inlandsmärkten und im Export abgesetzten Güter 1983 noch um etwas mehr als 2 vH gegenüber dem Vorjahr verteuert. Das war deutlich weniger als 1982. Es war jedoch nicht ganz so wenig, wie von der Abschwächung des Kostenauftriebs im Inland und von der Verbilligung ausländischer Vorleistungen her angelegt war; die Unternehmen konnten also ihre Gewinnmargen wie schon im letzten Jahr verbessern.

Die Lohnkosten je Stück sanken im Laufe des Jahres deutlich; wegen des hohen Niveaus zu Jahresbeginn lagen sie im Jahresdurchschnitt freilich immer noch um $\frac{1}{2}$ vH über dem Stand des Vorjahres (Ziffern 58 f.). Von den Preisen importierter Vorleistungen kam 1983 die deutlichste Entlastung für die Produktionskosten. Wenn auch im Verlauf des Jahres der starke Preisrückgang bei den im Ausland gekauften Gütern von einem kräftigen Anstieg abgelöst wurde, so waren eingeführte Waren sowie ausländische Dienstleistungen auf das ganze Jahr gesehen doch um $\frac{1}{2}$ vH billiger als 1982. Ermäßigt

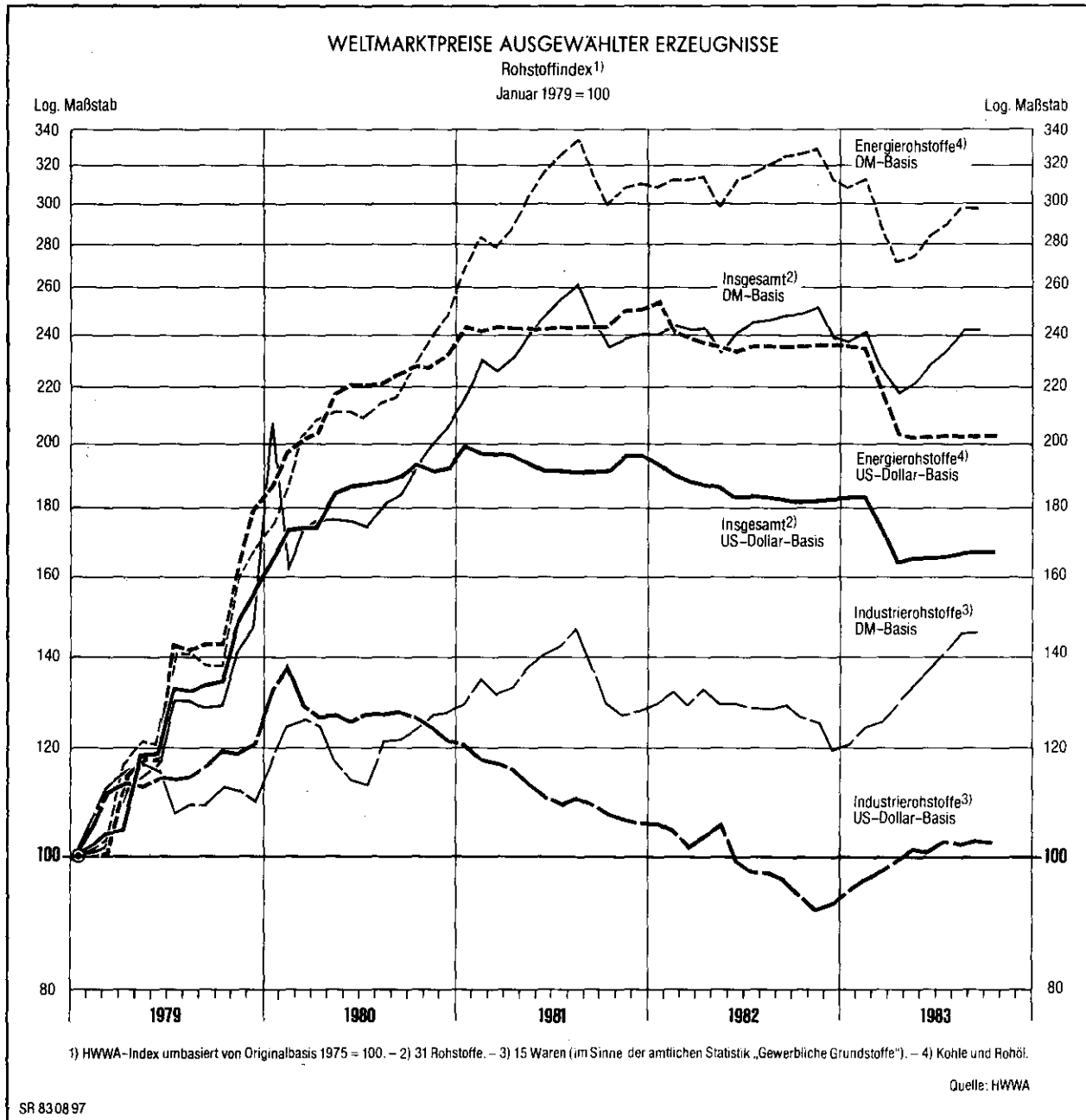
haben sich zudem die Finanzierungskosten der Unternehmen. Zugenommen hat hingegen der Aufwand, der für den produktionsbedingten Verschleiß der Sachkapazitäten steht. Nimmt man alle Kostenfaktoren — inländische wie ausländische — zusammen, so war der Fertigungsaufwand je Produkteinheit 1983 um $\frac{1}{2}$ vH höher als 1982.

Ohne die Güter aus dem Ausland und deren Preise gerechnet, nahmen die Stückkosten um etwa 1 vH zu. Indem die Unternehmen je Produkteinheit für den Teil mehr erlösten, der von inländischen Produktionsfaktoren erbracht worden ist, kam es zu einer deutlichen Steigerung des so berechneten Stückgewinns. Gemessen am Preisindex für das Bruttosozialprodukt hat sich die inländische Wertschöpfung in diesem Jahr um fast 3 vH verteuert. Ein Teil davon spiegelt freilich die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze wider. Mehr als die Hälfte der Preissteigerungen in der Gesamtwirtschaft kam aber den Erträgen der Wirtschaft zugute.

131. Ohne die Verbilligung der Importe im Jahresdurchschnitt 1983 wäre sicherlich der Preisanstieg im Inland höher gewesen. In D-Mark gerechnet waren die insgesamt aus dem Ausland bezogenen Erzeugnisse in den ersten neuen Monaten um 1 vH preiswerter als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Billiger als im letzten Jahr waren vor allem Rohstoffe und Halbwaren; hier gingen die Preise um 4 vH zurück. Auch für Vormaterialien mit einem bereits hohen Grad an industrieller Bearbeitung, die ebenso wie die Rohstoffe und Halbwaren zu den Grundstoffen gerechnet werden, mußten die Importeure in diesem Jahr nicht mehr bezahlen als 1982. Dies gilt namentlich für eine Reihe von chemischen sowie metallischen Produkten. Bei eingeführten Fertigwaren hielt sich der Preisanstieg in engen Grenzen. Hier kam heimischen Unternehmen wie Konsumenten zugute, daß die D-Mark gegenüber den Währungen wichtiger europäischer Handelspartner, von denen diese Waren größtenteils bezogen werden, mehr an Wert gewann, als der Differenz der Preissteigerungsraten zwischen dem Inland und dem Ausland entsprach.

Die jahresdurchschnittliche Betrachtungsweise verdeckt indessen, daß es im Frühjahr zu einer Preisumkehr bei den importierten Waren kam. Den vorausgegangenen Preisrückgang hat dies zuletzt sogar mehr als ausgeglichen. Im September lagen die Einfuhrpreise bereits um 1,2 vH über dem Stand des Vorjahres. Dabei schlug die wechselkursbedingte Verteuerung der Importe aufgrund des Kursverlustes der D-Mark gegenüber dem Dollar stärker zu Buche als jene Preiseinflüsse, die von den wieder steigenden Dollarpreisen für international gehandelte Rohstoffe ausgingen (Schaubild 19).

132. Mit der Belebung der Produktion in wichtigen Industrieländern sind in diesem Jahr die Dollarpreise für eine Reihe von Rohstoffen nach oben in Bewegung geraten, nachdem der langanhaltende und kräftige Preisrückgang im Herbst 1982 zum Stillstand gekommen war. Im Oktober lagen die Dollarpreise für nichtenergetische Industrierohstoffe, gemessen am HWWA-Index für Weltmarktprei-

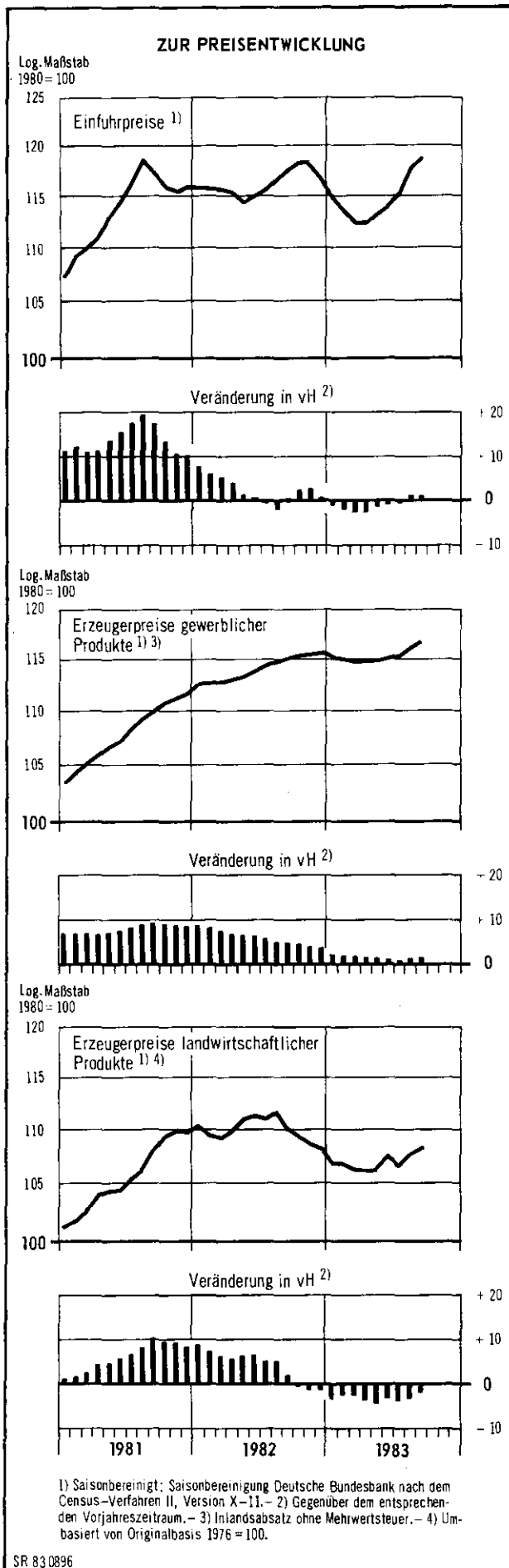


se, um 10 vH über ihrem Tiefstand vom Herbst letzten Jahres. Daß die Preise nicht noch stärker stiegen, lag zu einem Teil an den noch hohen Rohstoffvorräten bei den Anbietern, die während der langanhaltenden Schwäche der Weltwirtschaft aufgebaut worden waren und nun zusätzlich auf den Markt kamen. Aber auch das Bestreben vieler Rohstoffproduzenten, ihre Kapazitäten wieder besser auszulasten, vergrößerte das Angebot und trug dazu bei, den Preisanstieg zu dämpfen. Auch der hohe Dollarkurs setzte den Preisforderungen der Anbieter Grenzen. Soweit der Dollar nämlich lediglich als Handelswährung im internationalen Geschäft dient, während die Marktteilnehmer in anderen Währungen rechnen, dürfen Dollarkurs und Welt-

marktpreise nicht unabhängig voneinander gesehen werden. Für die Abnehmer zählt letztlich, wie viel sie in ihrer heimischen Währung zahlen müssen.

Entgegen dem allgemeinen Preistrend auf den Märkten für industrielle Rohstoffe gingen die Notierungen für Rohöl bei anhaltendem Angebotsdruck zunächst sogar noch zurück. Die Marktkräfte erwiesen sich dabei als so stark, daß das OPEC-Kartell im März seinen Richtpreis für Rohöl um 15 vH zurücknahm. Danach blieben die Ölpreise auf den Weltmärkten bis zuletzt weitgehend stabil. Im Zuge der rückläufigen Notierungen beim Rohöl gingen auch die Preise für andere Energieträger zurück. So

Schaubild 20



wurde Kohle auf dem Weltmarkt um mehr als 10 vH billiger angeboten als 1982. Der starke Preiseinbruch und die große Bedeutung des Erdöls im internationalen Rohstoffhandel bewirkten, daß die Verteuerung bei den anderen Rohstoffen zunächst noch nicht das Gesamtbild auf den Rohstoffmärkten bestimmte. Erst als die Preise für Rohöl nicht mehr nachgaben, gewann die Aufwärtstendenz der übrigen Rohstoffpreise die Oberhand. Dennoch lagen die Rohstoffpreise insgesamt, auf Dollarbasis gerechnet, im Herbst noch um mehr als 8 vH unter dem Vorjahresstand.

In D-Mark bewertet, haben sich die international gehandelten Rohstoffe, die im HWWA-Index zusammengefaßt sind, wegen des beträchtlichen Kursverlustes der heimischen Währung gegenüber dem Dollar im Vergleich zum Vorjahr weniger verbilligt als der Entwicklung der Dollarpreise entsprach. Während die Dollarpreise für Rohstoffe vom Frühjahr an nur mäßig anstiegen, zogen die Preise auf D-Mark-Basis kräftig an. Erst als die D-Mark im Herbst gegenüber der amerikanischen Währung nicht weiter an Wert verlor, kamen auch die D-Mark-Preise für Rohstoffe wieder zur Ruhe. Zuletzt unterschritten die in heimischer Währung umgerechneten Weltmarktpreise das Niveau des Vorjahres gleichwohl um nur 2,3 vH.

133. Die inländischen Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte sind, von saisonüblichen Einflüssen abgesehen, bis weit ins Jahr 1983 nahezu unverändert geblieben. Erst im Spätsommer begannen sie wieder zu steigen. Insgesamt hielt sich die Aufwärtsbewegung jedoch in Grenzen. Den zuvor gesunkenen, aber im Verlauf des Jahres wieder ansteigenden Einfuhrpreisen standen deutliche Entlastungen im Innern, namentlich von den Lohnstückkosten her, gegenüber. Den Stand des Vorjahres haben die Preise auf der industriellen Erzeugerstufe im Herbst um nur 1,5 vH überschritten (Schaubild 20).

Die deutliche Preisberuhigung in der ersten Jahreshälfte wie die nachfolgende Umkehr der Entwicklung zeigten sich besonders ausgeprägt im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe. So nahmen die Mineralölfirmen die Abgabepreise für Kraftstoffe und leichtes Heizöl in den ersten Monaten des Jahres weiter zurück, setzten sie dann aber vom Frühjahr an wieder in mehreren Schritten herauf, freilich nicht bis auf den Vorjahresstand. Die Anbieter von metallischen Vorprodukten gaben im Jahresverlauf die steigenden Kosten für Rohstoffimporte ohne großen Zeitverzug in ihren Abgabepreisen weiter. Kupfer kostete im September 14 1/2 vH mehr als im Vorjahr, und für Aluminium mußten die Abnehmer sogar 32 vH mehr bezahlen. Die Stahlunternehmen sowie die Anbieter von chemischen Grundstoffen haben hingegen in diesem Jahr ihre Erzeugnisse zu niedrigeren Preisen verkauft als 1982. Insgesamt lagen die Erzeugerpreise im Grundstoffbereich in den ersten neun Monaten um gut 1/2 vH unter dem Vorjahresniveau. Bei den übrigen industriell gefertigten Erzeugnissen hat sich der Preisaufrtrieb im Vergleich zum Vorjahr durchweg deutlich abgeschwächt. Für Verbrauchsgüter

wären die Erzeugerpreise in diesem Jahr kaum höher als 1982. Für im Inland hergestellte Ausrüstungsgüter mußten die Investoren im Durchschnitt der Monate Januar bis September noch etwa 3 vH mehr bezahlen als vor Jahresfrist; eingeführte Investitionsgüter verteuerten sich hingegen zur gleichen Zeit nur halb so stark.

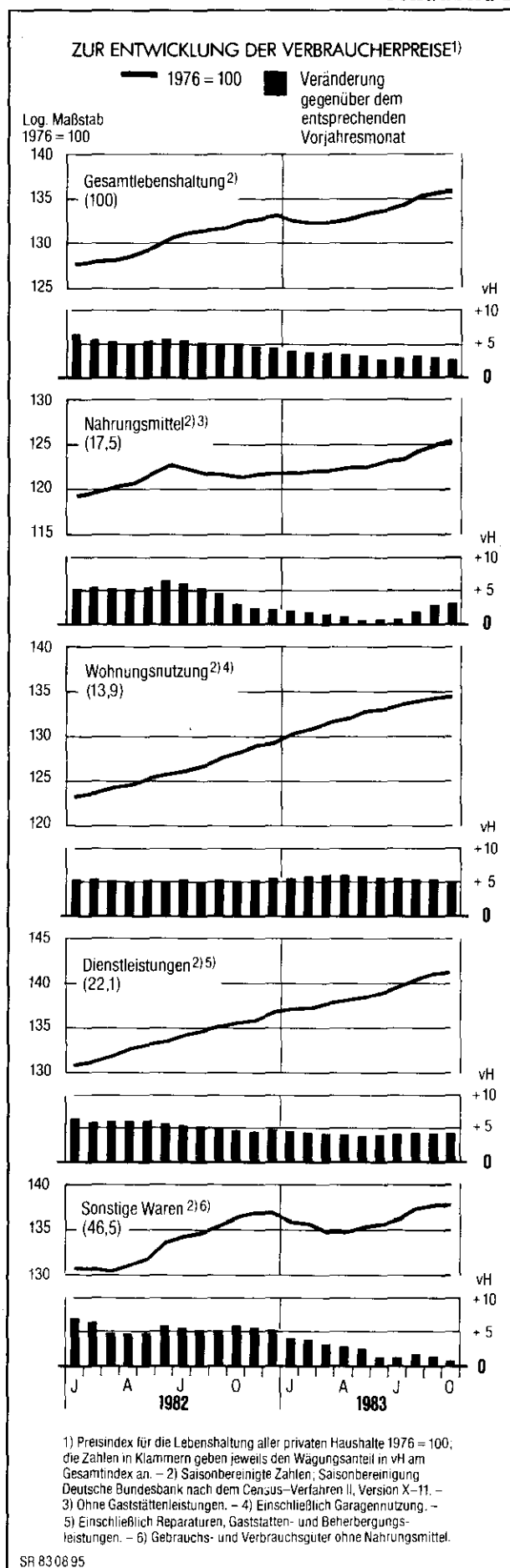
134. Die Stabilisierung der Preise auf den vorgelegerten Wirtschaftsstufen kam den Verbrauchern diesmal ohne große Verzögerung zugute. Mitte des Jahres kosteten die von privaten Haushalten nachgefragten Waren und Dienstleistungen nur wenig mehr als zu Jahresbeginn (Schaubild 21). Danach zogen die Preise wieder an, vorübergehend sogar kräftig. Ausschlaggebend hierfür war eine Reihe von besonderen Einflüssen, die für einige Monate die Grundtendenz der Preisentwicklung verdeckte. Der Staat hat durch die Heraufsetzung der Mehrwertsteuer die Lebenshaltung spürbar verteuert.

Bei einer Anzahl von industriell gefertigten Konsumgütern konnte die steuerliche Mehrbelastung nicht sofort und in vollem Umfang überwältigt werden. Hier ging dann die Erhöhung der Mehrwertsteuer zumindest zeitweilig zu Lasten der Erträge der Hersteller oder des Handels. Dort aber, wo die Nachfrage lebhaft war, wie bei den Anbietern von Automobilen, oder wo die Nachfrager auf kurze Sicht höheren Preisforderungen kaum ausweichen können, wie zum Beispiel bei Mineralölprodukten, ist die steuerliche Zusatzbelastung auch rasch an die Verbraucher weitergegeben worden.

Die Bereitschaft der Anbieter zu Preiszugeständnissen war auf vielen Konsumgütermärkten größer als üblich. Soweit es sich dabei um zeitlich begrenzte Sonderangebote handelt, kommt dies in der amtlichen Preisstatistik nur teilweise zum Ausdruck. Es gab aber auch eine Reihe von Produkten, die das ganze Jahr über preiswerter waren als 1982. Namentlich bei Gütern der Unterhaltungselektronik wurden deutliche Preissenkungen vorgenommen. Auf Märkten, auf denen Markenartikel schon seit längerem mit Billigangeboten konkurrieren, kam es sogar zu harten Preiskämpfen. Vorübergehend brachte auch die Preisentwicklung bei Kraftstoffen und leichtem Heizöl spürbare Entlastung. Alles in allem mußten die Verbraucher für industriell erzeugte Konsumgüter zuletzt nur um 1 vH höhere Preise bezahlen als vor einem Jahr.

Die Verbraucher handelten offenbar preisbewußt. Die günstige Preisentwicklung hat sie zum Kaufen angeregt; dies bedeutete aber nicht, daß sie etwa Niedrigpreisangebote bevorzugt hätten. Bei entsprechender Qualität wurden auch höhere Preise akzeptiert, und das galt wohl durchweg von den einfachen bis zu den höherwertigen Konsumgütern. Eine durchgängige Neigung zum Billigangebot war jedenfalls nicht das Kennzeichen der lebhaften Verbrauchernachfrage.

135. Von den Nahrungsmittelpreisen her hat sich die Lebenshaltung 1983 ebenfalls nur wenig verteuert. In den ersten zehn Monaten waren diese 1,5 vH höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres; 1982



hatte die entsprechende Teuerungsrate noch bei 4,7 vH gelegen. Für pflanzliche Nahrungsmittel hatten die Verbraucher kaum mehr zu bezahlen als 1982. Daß die Preise überhaupt das Vorjahresniveau überschritten, ist im wesentlichen auf witterungsbedingte Ernteaufschübe zurückzuführen, die hier und da zu erheblichen Preisaufschlägen Anlaß gaben. Dies gilt namentlich für Obst und für Kartoffeln. Für die Preissteigerungen bei Kartoffeln spielte zudem eine Rolle, daß die Bauern wegen der niedrigen Erzeugerpreise im vorigen Jahr die Anbaufläche verringert hatten. Tierische Agrarerzeugnisse kosteten die Verbraucher knapp 2 vH mehr als vor einem Jahr. Die Verteuerung bei diesen Produkten ist, ebenso wie bei anderen Agrarerzeugnissen, nur zu einem geringen Teil auf höhere Preise der Landwirtschaft zurückzuführen. Im Gegenteil, ein reichliches Angebot, namentlich an Schlachtvieh, drückte die Erzeugerpreise. In den ersten neun Monaten 1983 lagen diese für landwirtschaftliche Produkte im ganzen um 3 vH unter den Preisen der entsprechenden Vorjahresmonate. Vor allem bei Fleischerzeugnissen ist ein beträchtlicher Teil der Verbilligung auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe nicht zu den Verbrauchern gelangt; statt dessen stiegen die Vermarktungsspannen.

136. Merklich teurer geworden ist die Wohnungsnutzung. Nachdem sich der Anstieg der Mieten bereits in der zweiten Hälfte des vorangegangenen Jahres entgegen der allgemeinen Preisberuhigung etwas beschleunigt hatte, verstärkte er sich zu Beginn dieses Jahres nochmals deutlich. Danach verlief die Entwicklung wieder etwas ruhiger. Im

Herbst war das allgemeine Mietenniveau um 5 vH höher als ein Jahr zuvor. Im Durchschnitt der ersten zehn Monate übertraf es den entsprechenden Vorjahresstand noch etwas stärker.

Es waren diesmal, anders als in den Jahren zuvor, die Mieten selbst und nicht die Mietnebenkosten, von denen der beschleunigte Anstieg ausging. Zwar haben die Gemeinden die Versorgungstarife für die Abwasserbeseitigung und die Müllabfuhr zum Teil noch stärker angehoben als im Vorjahr; dem standen aber geringere Gebührenerhöhungen bei anderen kommunalen Leistungen gegenüber, so bei der Straßenreinigung und der Wasserversorgung. Auch die Kosten für die Instandhaltung und Verwaltung dürften in diesem Jahr eher weniger gestiegen sein als 1982.

137. Die Mieten selbst haben sich in den einzelnen Teilbereichen des Wohnungsmarktes nicht einheitlich entwickelt. Dies gilt sowohl in regionaler Betrachtung als auch hinsichtlich der verschiedenen Wohnungsarten.

Im freifinanzierten Wohnungsbau sind die Mieten deutlich weniger gestiegen als in den anderen Bereichen des Wohnungsmarktes (Tabelle 16). Hier dürften das bereits erreichte hohe Mietenniveau in Ballungsgebieten sowie das reichliche Angebot an entsprechendem Wohnraum in den ländlichen Gebieten den Preisanhebungen in vielen Fällen enge Grenzen gesetzt haben. In den ersten zehn Monaten waren hier die Mieten um etwas mehr als 4 vH höher als ein Jahr zuvor, verglichen mit 4,5 vH im Jahr 1982.

Tabelle 16

Entwicklung der Wohnungsmieten
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Wohnungsmieten ¹⁾				
	insgesamt	Altbau- wohnungen ²⁾	Neubauwohnungen ³⁾		
			zusammen	sozialer	frei finanzierter
Wohnungsbau					
Gewicht	100	31,7	68,3	22,7	45,6
1962-1969 } ⁴⁾	+ 6,4	+ 7,6	+ 5,8	+ 6,2	+ 5,5
1970-1979 }	+ 4,8	+ 5,1	+ 4,7	+ 5,2	+ 4,3
1977	+ 3,4	+ 4,2	+ 2,9	+ 3,1	+ 2,9
1978	+ 2,9	+ 3,6	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7
1979	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,3	+ 2,9
1980	+ 5,1	+ 5,6	+ 4,9	+ 6,1	+ 4,2
1981	+ 4,3	+ 5,1	+ 4,0	+ 4,5	+ 3,8
1982	+ 5,0	+ 5,2	+ 4,8	+ 5,4	+ 4,5
1983 Januar bis Oktober	+ 5,5	+ 6,4	+ 5,0	+ 6,6	+ 4,1

¹⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1976 = 100; Wägungsanteil am Gesamtindex = 13,3 vH.

²⁾ Bis zum 20. Juni 1948 erbaut.

³⁾ Nach dem 20. Juni 1948 erbaut.

⁴⁾ Durchschnittlich jährliche Veränderung.

Für die Wohnungen des sogenannten Altbaubestandes — das sind die vor 1948 gebauten —, die im allgemeinen ebenso wie diejenigen im freifinanzierten Wohnungsbau keiner Mietpreisbindung unterliegen, mußten die Mieter im Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober 6,4 vH mehr bezahlen als 1982.

Noch kräftiger waren aber die Mieterhöhungen mit 6,6 vH bei Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus. Dies liegt zum Teil daran, daß in zunehmendem Umfang Mietanhebungen im Bestand an Sozialwohnungen wirksam werden, die aufgrund des zeitlich gestaffelten Abbaus eines Teils der staatlichen Förderung programmiert sind. Aber auch die im Laufe des letzten Jahres heraufgesetzten Zinssätze für öffentliche Baudarlehen aus den fünfziger und sechziger Jahren waren nun das ganze Jahr über mietenwirksam.

Die Fehlbelegungsabgabe, die von den Bundesländern seit Anfang dieses Jahres bei jenen Sozialmietern erhoben werden kann, deren Einkommen bestimmte Höchstgrenzen überschreitet, ist in der Mietenstatistik hingegen nicht erfaßt, da es sich hierbei um eine einkommensabhängige und damit personenbezogene Abgabe handelt. Ihr Einfluß auf die durchschnittliche Höhe der Mietzahlungen im sozialen Wohnungsbau dürfte zudem in diesem Jahr gering zu veranschlagen sein. Dies liegt zum einen daran, daß bisher nur in einem Teil der Bundesländer und hier wiederum nur in bestimmten Städten die Abgabe tatsächlich erhoben wird, und zum anderen daran, daß die Verfahren zur Feststellung der jeweiligen Abgabenhöhe erst im späteren Verlauf des Jahres abgeschlossen worden sind. In den kommenden zwei Jahren, in denen weitere Jahrgänge der Sozialwohnungen in diese Regelung einbezogen werden können, dürfte hingegen die von der Abgabe ausgehende Mietbelastung bei fehlbelegten Wohnungen stärker zu Buche schlagen.

138. Für die Mietenentwicklung dieses Jahres hat sicherlich zu einem Teil auch das neue Mietrecht eine Rolle gespielt. So haben die seit Beginn dieses Jahres geltenden mietrechtlichen Bestimmungen auch zu einer Änderung des Vergleichsmietverfahrens geführt. Betroffen hiervon sind sowohl die Mietwohnungen des freifinanzierten Wohnungsbaus als auch, abgesehen von geringen Ausnahmen, diejenigen des Altbaubestands. Wie bisher darf die verlangte Miete zwar weiterhin die sogenannte Vergleichsmiete nicht übersteigen. Aber für die Ermittlung der Vergleichsmiete werden nun nur noch Mietvereinbarungen der letzten drei Jahre berücksichtigt, weniger hohe Mieten aus den Jahren davor gehen also nicht mehr in die Berechnungen ein; dadurch erhöht sich das Vergleichsmietenniveau. Außerdem hat der Vermieter bei der Durchsetzung seiner Mietforderung nun die Möglichkeit, auch auf Mieten aus dem eigenen Wohnungsbestand hinzuweisen. Allerdings darf die Miete, im Unterschied zum alten Recht, innerhalb von drei Jahren allenfalls um 30 vH erhöht werden. Dies gilt auch dann, wenn sie damit weiterhin unter der ortsüblichen Vergleichsmiete bleibt.

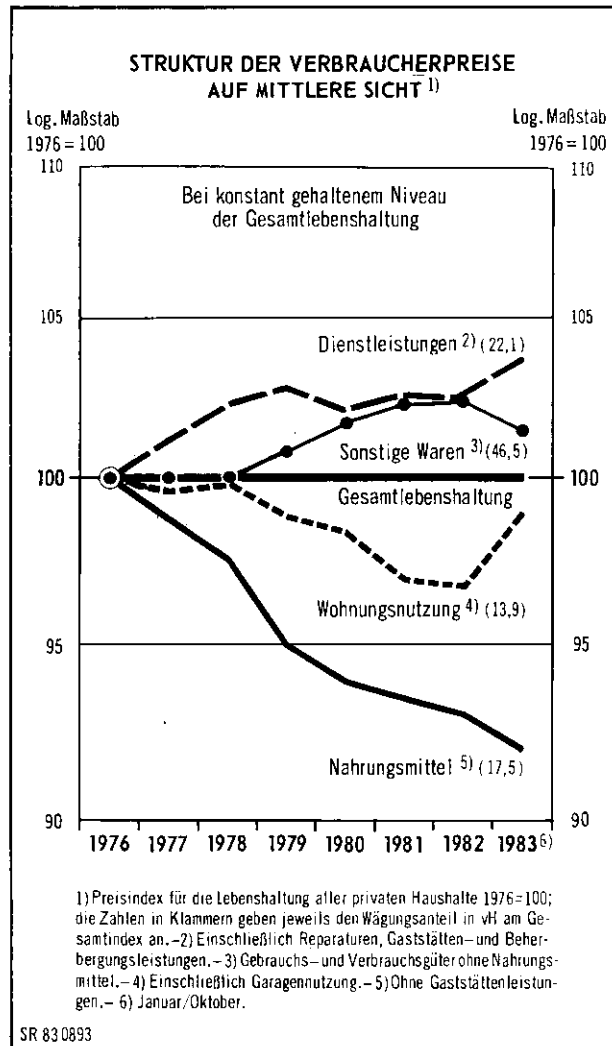
Zuweilen wird die Auffassung vertreten, daß es in diesem Jahr verstärkt zu Mietsteigerungen gekommen ist, die über das hinausgehen, was bei hinreichender Kenntnis der rechtlichen Regelungen möglich gewesen wäre. Dies dürfte auch für eine Reihe von Mieterhöhungen zutreffen. Daß die Erleichterungen von Mieterhöhungen in dem Maße genutzt worden wären wie mancherorts befürchtet, zeigt die Mietenstatistik hingegen nicht. Jedenfalls sind die ungebundenen Mieten der nach 1948 gebauten und freifinanzierten Wohnungen 1983 im Durchschnitt weniger gestiegen als im Vorjahr. Ausschließen kann man freilich nicht, daß ohne die neuen mietrechtlichen Regelungen diese Abschwächung noch ausgeprägter gewesen wäre.

139. Recht wenig von der allgemein gedämpften Preisentwicklung war auch bei den Dienstleistungen zu verspüren. In den Monaten von Januar bis Oktober waren diese für die Haushalte 4,3 vH teurer als ein Jahr zuvor. Ein Grund hierfür liegt darin, daß im Dienstleistungsbereich der Produktivitätsfortschritt im allgemeinen weniger ausgeprägt ist als im industriellen Bereich. Gleichwohl dürfte von den Löhnen her, die bei den Dienstleistungen einen hohen Anteil an den Gesamtkosten ausmachen, in diesem Jahr der Kostendruck etwas nachgelassen haben. Man muß freilich auch sehen, daß das Dienstleistungsgewerbe weniger Auslastungsprobleme als andere Wirtschaftsbereiche hat. Die Preise, die private Dienstleistungsunternehmen verlangten, waren in den ersten zehn Monaten um etwa 4 vH höher als im Vorjahr. Im letzten Jahr hatte der Preisanstieg sogar bei 5 vH gelegen.

Dort, wo der Staat die Preise für Dienstleistungen festsetzt oder maßgeblich mitbestimmt, hatte 1982 ein aufgetauerter Kostendruck zu kräftigen Preissteigerungen geführt. Dies setzte sich 1983 zwar nicht mehr in gleichem Maße fort; die Gebühren und Tarife sind aber im ganzen immer noch recht kräftig angehoben worden. Einen ausgeprägten Preissprung gab es bei den Rundfunk- und Fernsehgebühren. Andere staatlich bestimmte Preise, so die Telefongebühren und die Prämien für die Haftpflichtversicherung, blieben hingegen stabil.

140. Die Struktur der Verbraucherpreise hat sich in diesem Jahr verschoben (Schaubild 22). Dazu haben die Preise für die Wohnungsnutzung in besonderem Maße beigetragen. Die Wohnungsnutzung hatte sich in den Jahren zuvor weniger verteuert als die Lebenshaltung insgesamt. Der kräftige Mietenanstieg in diesem Jahr hat dies nahezu wieder ausgeglichen. Die Preisentwicklung bei den sonstigen Waren, zu denen die industriell gefertigten Erzeugnisse einschließlich der Brennstoffe und Kraftstoffe zählen, haben hingegen 1983 die allgemeine Teuerung gedämpft. In den Jahren von 1979 bis 1982 war das jedoch anders, zum Teil wegen der zeitweilig kräftigen Preisschübe bei den Mineralölprodukten und wegen der importierten Preissteigerungen infolge der Abwertung. Angesichts der überdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritte im gewerblichen Bereich könnten hier die Preise normalerweise sogar sinken.

Schaubild 22



Bei den Dienstleistungen war der Preisauftrieb, sieht man von wenigen Ausnahmen ab, in der Vergangenheit stärker gewesen als bei den anderen Konsumgütern. Dies hängt sicherlich damit zusammen, daß die Verbraucher mit steigendem Einkommen einen immer größeren Teil davon für Dienstleistungen ausgeben.

Da zudem Kostenerhöhungen weniger als in anderen Bereichen durch Rationalisierung aufgefangen werden können, sind Preisanhebungen oft die Folge. Daß der Geldwertschwund in den letzten Jahren nicht noch stärker ausfiel, lag zu einem Teil an den Preisen für Nahrungsmittel. In Anbetracht der dauerhaften Überschüsse bei vielen Agrarprodukten, für die in der Europäischen Gemeinschaft Garantiepreise festgesetzt sind, muß die Verteuerung aber auch hier noch als hoch angesehen werden.

141. Nimmt man alles zusammen, so hielt sich der Geldwertschwund bis zuletzt in Grenzen. Im Oktober waren die Verbraucherpreise um 2,6 vH höher als vor Jahresfrist. Für den Rest des Jahres ist mit einer Fortdauer der gedämpften Preisentwicklung

zu rechnen. Darauf deuten auch die Preiserwartungen der Hersteller und des Handels hin.

Im Jahresdurchschnitt dürfte die Lebenshaltung um 3 vH teurer sein als 1982. Im Jahre 1982 hatte der Abstand zum Vorjahr noch 5,3 vH betragen.

VI. Höhere Gewinne

142. Bei den Unternehmensgewinnen ist es nach dem Einbruch der Jahre 1980 und 1981 und der beginnenden Besserung im Jahre 1982 in diesem Jahr zu einer kräftigen Zunahme gekommen. Die Gewinne je Stück verbesserten sich weiter, und anders als im letzten Jahr stieg nun auch die produzierte und abgesetzte Gütermenge. Gleichwohl gab es große Unterschiede von Branche zu Branche.

143. Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen 1983 um 10½ vH, nach rund 6 vH im Jahre 1982 (Tabelle 17). Daran läßt sich freilich nicht unmittelbar ablesen, wie stark die Unternehmensgewinne gestiegen sind. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erfassen in dieser Gesamtgröße außer den Unternehmensgewinnen nämlich auch die Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit, die Einkommen der Landwirte, die Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, die Zinseinkommen der privaten Haushalte sowie die Vermögenseinkünfte des Staates. Eine zeitnahe Aufgliederung dieser Gesamtgröße ist nach wie vor nicht möglich. Auch für das Jahr 1982 liegen nur unvollständige Ergebnisse vor. Sie deuten auf einen Anstieg der Unternehmensgewinne um rund 8½ vH hin. Für das laufende Jahr ist man weitgehend auf Abschätzungen derjenigen Größen angewiesen, die vom Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzusetzen sind.

Über die Einkommensentwicklung bei den freien Berufen gibt es nur unzulängliche Angaben. Die Einkommen der Ärzte dürften, nimmt man die Ausgaben der Krankenkassen zur Grundlage, nur wenig gestiegen sein. Die Einkommen in der Landwirtschaft, in der auf die gute Ernte des Wirtschaftsjahres 1982/83 eine weniger gute im Wirtschaftsjahr 1983/84 folgte, werden im Kalenderjahr 1983 nur wenig über denen des Vorjahres liegen, möglicherweise sogar darunter. Die Einkommen aus Vermietung und Verpachtung dürften sich wegen der ermäßigten Hypothekenzinsen sowie der Anhebung der Mieten merklich erhöht haben, wenn auch wohl nicht so stark wie die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen insgesamt. Die Einkommen der privaten Haushalte aus Vermögensbesitz werden, bedingt durch den Rückgang der Zinsen, weniger zunehmen als 1982; damals waren sie um 6,8 vH gestiegen.

Berücksichtigt man all dies, so kann man davon ausgehen, daß die Unternehmensgewinne kräftiger zugenommen haben als die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen insgesamt.

Verteilung des Volkseinkommens
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Zeitraum	Volks- einkommen	Einkommen aus			
		unselbständiger Arbeit		Unternehmertätigkeit und Vermögen	
		brutto ¹⁾	netto ^{2) 3)}	brutto ⁴⁾	netto ^{3) 5)}
1965–1970 } 1971–1982 } ⁶⁾ 1965–1982 }	+ 8,2 + 6,9 + 7,5	+ 9,0 + 7,5 + 8,3	+ 7,2 + 6,1 + 6,7	+ 6,4 + 5,5 + 5,8	+ 7,3 + 5,6 + 6,1
1970	+14,6	+18,6	+15,5	+ 6,9	+11,3
1971	+10,9	+13,4	+11,2	+ 5,5	+ 4,9
1972	+ 9,7	+10,1	+ 9,6	+ 8,9	+ 9,1
1973	+11,9	+13,5	+ 9,0	+ 8,1	+ 3,9
1974	+ 7,1	+10,2	+ 8,1	- 0,5	- 0,8
1975	+ 3,9	+ 4,2	+ 3,7	+ 3,0	+ 5,2
1976	+ 9,5	+ 7,5	+ 4,0	+14,8	+14,1
1977	+ 6,5	+ 7,0	+ 6,1	+ 5,0	- 0,1
1978	+ 7,8	+ 6,7	+ 7,6	+10,8	+14,8
1979	+ 7,7	+ 7,8	+ 8,0	+ 7,5	+ 9,5
1980	+ 5,7	+ 8,4	+ 6,5	- 0,9	+ 0,5
1981 } 1982 } ⁷⁾	+ 3,1 + 3,3	+ 4,7 + 2,3	+ 3,8 + 0,8	- 1,2 + 6,2	- 0,0 + 7,5
1983 ⁸⁾	+ 3 1/2	+ 1 1/2	- 0	+10 1/2	+12

¹⁾ Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich tatsächlicher und unterstellter Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

²⁾ Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer (einschließlich Erstattungen beim Jahreslohnsteuerausgleich; ohne Lohnsteuer auf Pensionen) und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.

³⁾ Die direkten Steuern sind unter anderem nicht bereinigt um den Saldo aus Erstattungen und Nachzahlungen von Steuern auf Einkünfte aus unselbständiger Arbeit der gemäß § 46 EStG veranlagten Lohnsteuerpflichtigen.

⁴⁾ Im wesentlichen: Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

⁵⁾ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich öffentlicher Abgaben (direkte Steuern und ähnliches wie zum Beispiel Pflichtbeiträge der Selbständigen zur Sozialversicherung).

⁶⁾ Durchschnittlich jährliche Veränderung.

⁷⁾ Vorläufige Ergebnisse.

⁸⁾ Eigene Schätzung.

144. In den einzelnen Branchen ist die Gewinnentwicklung freilich sehr verschieden. Wenngleich mangels aktueller Statistiken auch noch kein differenziertes Bild möglich ist, lassen sich doch anhand erster Analysen einige Anhaltspunkte gewinnen.

Im verarbeitenden Gewerbe erhöhten sich in diesem Jahr nach dem Gewinneinbruch in der Vergangenheit, den Umsätzen und der Entwicklung wichtiger Kostenbestandteile nach zu schließen, die Gewinne beträchtlich (Ziffer 62). Besonders kräftig fiel die Gewinnverbesserung in der Automobilindustrie und bei den Herstellern von elektrotechnischen Erzeugnissen aus. Auch die chemische Industrie zählte in diesem Jahr zu den ertragsstarken Branchen. Nach wie vor schlecht ist die Lage in der Stahlindustrie. Auch in Teilen des Maschinenbaus verschlechterten sich die Erträge.

In den Branchen außerhalb des verarbeitenden Gewerbes wurden vor allem dort gute Gewinne erzielt, wo spezielle Dienstleistungen für andere Unternehmen erbracht werden. Auch die Banken dürften in diesem Jahr nochmals wesentlich höhere Gewinne verbucht haben, nicht zuletzt deswegen, weil sie die Zinsen, die sie verlangten, nicht in gleichem Maße senkten wie die Zinsen, die sie zu zahlen hatten.

145. Mehr noch als die Bruttoeinkommen stiegen in diesem Jahr wieder die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, teils weil für die Unternehmen eine Reihe von steuerlichen Entlastungen wirksam wurden (Ziffer 230), teils weil die Einkommensteuer der Veranlagten mit einer zeitlichen Verzögerung den Veränderungen der Bemessungsgrundlage folgt (Ziffer 225).

146. Die Brauchbarkeit der Gesamtgröße „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ als Ausgangspunkt für Aussagen über die Gewinnentwicklung wird häufig angezweifelt. Neue Aktualität erhielt diese Diskussion, als die ersten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das Jahr 1982 eine wesentliche Besserung der Ertragslage zeigten, während die Auswertung von Unternehmenszwischenberichten sowie die DIHT-Herbstumfrage bei den Mitgliedsunternehmen zu zwar uneinheitlichen, jedenfalls aber einer merklich günstigeren Gewinnentwicklung widersprechenden Ergebnissen führten.

Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Unternehmensstichproben wird dadurch eingeschränkt, daß den Stichproben spezielle Berichtskreise zugrunde liegen. Ihre Ergebnisse sind daher in erster Linie dafür geeignet, die Ertragslage einzelner Branchen und Unternehmensformen zu beleuchten, und können schwerlich als Indikator der gesamtwirtschaftlichen Gewinnentwicklung verwendet werden. Die verschiedenen Unternehmensstichproben haben häufig auch eine recht unterschiedliche Entwicklung der Gewinne ausgewiesen.

Zwischen den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einerseits und den Handelsbilanzen und Steuerbilanzen andererseits bestehen auch konzeptionelle Unterschiede in der Ermittlung der Gewinne. Ein Unterschied, der immer wieder Anlaß zu Differenzen gab, betrifft die Bewertungsvorschriften und Abschreibungsmethoden für Anlagen und Vorräte. Im Jahre 1982 dürfte dies für die unterschiedliche Entwicklung der Gewinne in den Unternehmensbilanzen und in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aber nur von geringer Bedeutung gewesen sein.

Bedeutsamer sind gegenwärtig Unterschiede hinsichtlich der Art und Weise, in der einerseits Höherbewertungen von Vermögensteilen, andererseits Vermögensentwertungen und Forderungsausfälle behandelt werden. Nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gehen außerordentliche Forderungsausfälle bei Banken und bei sonstigen Unternehmen nicht in die Einkommensberechnung ein. Dies kann in zwei Fällen zu einer Verzeichnung der Gewinnentwicklung führen. Der Ausfall von Auslandsforderungen bedeutet einen Vermögensverlust, der bei der Ermittlung der volkswirtschaftlichen Gewinnsumme zu berücksichtigen wäre. Soweit Forderungen von Unternehmen des Inlands an Unternehmen des Inlands ausfallen, stellt sich nicht notwendigerweise ein Problem für den Unternehmenssektor im ganzen. Freilich, Forderungsausfälle indizieren oftmals zugleich, daß der wirtschaftliche Wert von Produktionsanlagen korrekturbedürftig ist. Solche Korrekturen werden in beiden Fällen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen häufig nur unvollkommen vorgenommen. Und soweit sie vorgenommen werden, fällt die zeitliche Zuordnung der Korrektur nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht ohne weiteres zusammen etwa mit den entsprechenden Wertberichtigungen in den Bilanzen der Unternehmen beziehungsweise mit den Wertänderungen im Zusammenhang mit Konkursfällen.

147. Im Jahre 1982 dürften die Forderungsausfälle ein Grund dafür gewesen sein, daß die auf der Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelten Gewinne im Niveau und in der Steigerungsrate günstiger ausfielen als die auf den Unternehmensbilanzen beruhenden Schätzungen. Für das laufende Jahr kann man davon ausgehen, daß die Forderungsausfälle etwa in der gleichen Größenordnung liegen wie im Vorjahr. Deren Berücksichtigung würde daher an dem Ausmaß der

Gewinnverbesserung gegenüber 1982 nichts ändern, das Niveau der Gewinne wäre jedoch um diesen Betrag niedriger.

Welche Bedeutung Forderungsausfälle für die Situation der Unternehmen, für deren Investitionsfähigkeit und Investitionsneigung haben, läßt sich nicht allgemein beantworten. Sind die Forderungsausfälle nur Abrechnung erfolgloser Dispositionen in der Vergangenheit, bestimmen sie also die Erwartung künftiger Ausfälle nicht entscheidend mit, und ist das Unternehmen auch von der Kapitalstruktur her uneingeschränkt kreditwürdig, so dürften es die laufenden Gewinne sein — also die Gewinne ohne außerordentliche Erträge und Verluste —, von denen über ihren Einfluß auf die Rentabilitätsersparungen das Investitionsverhalten beeinflusst wird. Für diese Fälle ist die Gewinnermittlung auf der Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gerade angemessen. Forderungsausfälle können aber auch die Liquidität und die Kreditwürdigkeit des Unternehmens in Frage stellen. Sie können überdies die Risikoeinschätzung für die Zukunft verändern oder auch nur deren Bewertung. Für diese Fälle ist die Gewinngröße nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weniger geeignet. Einer solchen Unterscheidung empirisch nachzugehen, ist leider nicht möglich. Es ist jedoch allemal ratsam, die Investitionsbedingungen der Unternehmen, was deren Ertragsseite angeht, nicht allein anhand der Gewinn- und Verlustdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu untersuchen und zu beurteilen.

148. Die Einkommen der Arbeitnehmer haben 1983 weniger zugenommen als im Vorjahr. In der Tarifrunde dieses Jahres wurden zumeist Erhöhungen der Stundenlöhne um 3,2 vH vereinbart. Einschließlich des öffentlichen Bereichs, wo es auch in diesem Jahr zu einem niedrigeren Abschluß kam, belief sich die durchschnittliche Steigerungsrate in den Tarifabschlüssen 1983 auf etwas weniger als 3 vH, nach 4 vH im vergangenen Jahr. In einigen Tarifbereichen wurden Verträge mit einer Geltungsdauer von über zwölf Monaten abgeschlossen. Im Jahresvergleich des Tariflohniveaus betrug der Anstieg etwas mehr als 3 vH.

149. Die effektiv gezahlten Stundenlöhne waren im Durchschnitt des Jahres um ziemlich genau 3 vH höher als 1982; der Anstieg war damit geringer als im Vorjahr (4,6 vH). Da die Beschäftigten in diesem Jahr etwa ebenso lang arbeiteten wie 1982, betrug der Einkommenszuwachs je Arbeitnehmer ebenfalls etwas mehr als 3 vH. Die Summe der Löhne und Gehälter in der Volkswirtschaft war demgegenüber wegen des um 2 vH niedrigeren Beschäftigtenstandes nur um 1 vH höher als im Vorjahr. Rechnet man die Beträge hinzu, welche die Arbeitgeber für die Beschäftigten an die Sozialversicherungen zu zahlen haben, so ergab sich für die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ein Zuwachs von 1½ vH gegenüber dem Vorjahr.

150. Die Tarifabschlüsse in der privaten Wirtschaft lassen in den letzten Jahren trotz der sehr unterschiedlichen Ertragslage und Beschäftigungs-

lage in einzelnen Branchen und Regionen keine stärkere Differenzierung erkennen als früher. Die Marktkräfte haben diesen Gleichlauf nicht wesentlich korrigiert — die effektiven Lohnsteigerungen zeigen keine nennenswert stärkere Differenzierung. Für die Gesamtwirtschaft ergibt sich nur deshalb ein differenzierteres Bild, weil die Abschlüsse im öffentlichen Dienst eine geringere Steigerungsrate aufweisen.

151. Die Differenzierung des Lohnniveaus nach Sektoren und nach Lohngruppen ist in den letzten Jahren immer wieder untersucht worden. Mangels hinreichender statistischer Daten mußte dabei vielfach auf Schätzungen zurückgegriffen werden.

Als recht wahrscheinlich kann gleichwohl gelten, daß die Lohnhierarchie nach Branchen seit Anfang der siebziger Jahre relativ stabil geblieben ist. Nach den Untersuchungen in den Strukturberichten der Forschungsinstitute trifft das bis in die jüngste Vergangenheit hinein zu. Der Abstand zwischen den Branchen mit den höchsten und den niedrigsten Lohnsätzen hat sich allerdings etwas verringert, zum Teil infolge der Strukturprobleme in traditionellen Hochlohnbranchen wie dem Bergbau und der Stahlindustrie.

Unsicherer ist die Einschätzung der Entwicklung der Verdienste nach Entlohnungsgruppen. Bei einer groben Einteilung der Lohngruppen in Hilfsarbeiter ohne Anlernphase, angeleitete Arbeitnehmer und Facharbeiter, wie sie das Statistische Bundesamt in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung vornimmt, ist in der Vergangenheit zumindest für die gewerblichen Arbeitnehmer keine Tendenz zu einer Verringerung der Lohnunterschiede auszumachen. Nur bei einer tiefergehenden Aufgliederung läßt sich innerhalb der untersten Lohngruppe, der Hilfsarbeiter ohne Anlernphase, eine gewisse Einebnung feststellen.

Auf noch unsichereren Boden begibt man sich, will man die unterschiedlichen Verdienste je nach Ausbildung der Arbeitskräfte erfassen. Noch nicht abgeschlossenen Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge hat sich im Zuge des deutlichen Anstiegs der Anzahl der Hochschulabsolventen seit Beginn der sechziger Jahre der Vorsprung der Akademiker in der Entlohnungshierarchie vermindert; Beamte und Selbständige sind dabei allerdings nicht berücksichtigt. Die Einkommensposition der Facharbeiter gegenüber Arbeitskräften ohne beruflichen Abschluß hat sich dagegen verbessert; der zunehmenden Anzahl von Facharbeitern stand offenbar eine noch stärker steigende Nachfrage gegenüber.

152. Die Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten sind mit 2 vH weniger gestiegen als die Bruttoeinkommen (3½ vH). Die Abzüge von den Einkommen der Beschäftigten haben nämlich auch in diesem Jahr wieder überproportional zugenommen. Ab 1. Januar wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung für die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer um jeweils 0,3 Prozentpunkte auf insgesamt 4,6 vH angehoben, ab 1. September auch der Beitragssatz für die Rentenversicherung um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf 18,5 vH. Außerdem stiegen wegen der Einkommensteuerprogression die Lohnsteuerzahlungen mit 4½ vH weiterhin stärker als die Bruttolöhne, wobei freilich die Erstattung von Steuern zugunsten von veranlagten Lohn-

steuerpflichtigen nicht berücksichtigt ist. In der Summe blieben die Nettolöhne und -gehälter gegenüber dem Vorjahr unverändert.

153. Als Ergebnis der Entwicklung von Gewinnen und Löhnen ging die Lohnquote, der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, um 1,7 Prozentpunkte auf 72,0 vH zurück (Tabelle 18). Der Rückgang der bereinigten Lohnquote, bei deren Berechnung man von einem unveränderten Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ausgeht, war etwas weniger ausgeprägt, weil sich in diesem Jahr der Anteil der Selbständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen erhöht hat.

Tabelle 18

Zur Entwicklung der Lohnquote vH

Jahr	Lohnquote		Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen
	tatsächlich ¹⁾	bereinigt ²⁾	
1960	60,1	60,1	77,2
1961	62,4	61,8	78,0
1962	63,9	62,5	78,8
1963	64,9	63,0	79,5
1964	64,5	62,0	80,3
1965	65,3	62,3	80,9
1966	66,4	63,1	81,2
1967	66,1	62,9	81,1
1968	64,7	61,2	81,6
1969	65,7	61,4	82,5
1970	68,0	62,9	83,4
1971	69,6	63,7	84,3
1972	69,8	63,6	84,6
1973	70,8	64,2	85,1
1974	72,9	66,0	85,2
1975	73,1	66,1	85,3
1976	71,8	64,6	85,7
1977	72,2	64,6	86,2
1978	71,4	63,6	86,6
1979	71,5	63,4	87,0
1980	73,3	64,7	87,4
1981	74,4	65,6	87,5
1982	73,7	65,1	87,4
1983 ⁴⁾	72,0	63,7	87,2

¹⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens.

²⁾ Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

⁴⁾ Eigene Schätzung.

154. Die Entwicklung der Löhne hat 1983 abermals dazu beigetragen, daß Spielraum entstand für eine Verbesserung des Verhältnisses von Erlösen und Kosten im Unternehmensbereich. Wir schätzen diesen Beitrag ab anhand der Veränderung der sogenannten Reallohnposition der Arbeitnehmer (Tabelle 19). Die Reallohnposition bleibt unverändert, wenn die Löhne mit einer Rate steigen, bei der sich die Löhne je Produkteinheit im Verhältnis zu den Erlösen der Unternehmen je Produkteinheit, diese vermindert um die übrigen Kosten, nicht verändern. Dabei wird von dem Einfluß kurzfristiger Änderungen der Kapitalkosten auf dieses Verhältnis abgesehen.

Das Produktionsergebnis je Erwerbstätigen war im Durchschnitt um etwa 3 vH höher als im Vorjahr. Von daher hätten entsprechende Lohnsteigerungen die Reallohnposition unverändert gelassen. Für Importgüter waren etwas niedrigere Preise als im Vorjahr zu zahlen, während um 1½ vH höhere Ausfuhrpreise erzielt wurden. Diese günstige Entwicklung der Terms of Trade erweiterte den gesamtwirtschaftlichen Spielraum für eine Erhöhung der Realeinkommen um etwa 0,6 vH. Die Kosten für den Kapitaleinsatz je Produkteinheit dürften nur geringfügig gestiegen sein, wenn man die konjunkturell bedingt niedrige Kapazitätsauslastung unberücksichtigt läßt und für den Zinssatz einen lang-

Tabelle 19

Zur Entwicklung der Reallohnposition¹⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Brutto-lohn- und -gehalts-summe je Arbeitnehmer ²⁾	Lohn-kosten-effekt der Arbeit-geber-beiträge ³⁾	Produktivitäts-effekt ⁴⁾	Kapital-kosten-effekt	Terms-of-Trade-Effekt ⁵⁾	Kosten-effekt von indirekten Steuern und Subventionen	Preis-effekt (privater Verbrauch und staatliche Käufe)	Reallohn-position (1)+(2) minus (3) bis (7)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
1963	+ 6,0	-0,1	+3,1	-0,0	-0,2	+0,7	+3,2	-0,9
1964	+ 9,6	-0,9	+7,5	-0,1	+0,2	-0,1	+2,1	-1,1
1965	+ 8,9	+0,4	+5,4	-0,5	-0,0	+0,8	+3,1	+0,3
1966	+ 7,0	+0,3	+3,0	-0,4	+0,1	+0,0	+3,5	+0,9
1967	+ 3,1	-0,1	+3,6	-0,5	+0,3	-0,5	+1,3	-1,2
1968	+ 6,5	+0,4	+6,3	-0,8	-0,1	+1,4	+2,0	-1,9
1969	+ 9,0	+0,2	+6,4	-0,7	+0,4	-2,5	+2,6	+3,0
1970	+15,7	+0,7	+4,1	-0,3	+1,1	+2,5	+4,9	+3,3
1971	+10,5	+0,4	+2,8	-0,3	+0,6	+0,0	+6,2	+1,2
1972	+ 9,5	+0,7	+5,0	+0,4	+0,2	+0,0	+5,5	-1,0
1973	+11,0	+0,8	+4,2	+0,5	-0,4	+0,2	+7,0	+0,0
1974	+10,4	+0,6	+2,1	-0,9	-1,8	+1,0	+8,0	+2,4
1975	+ 6,3	+0,8	+1,4	-0,1	+0,6	+1,1	+6,0	-1,8
1976	+ 7,9	+0,9	+7,4	-0,2	-0,5	-0,3	+4,0	-1,5
1977	+ 7,0	-0,3	+3,6	-0,3	-0,0	-0,0	+3,6	-0,2
1978	+ 5,6	+0,3	+2,8	+0,0	+1,0	-0,2	+3,1	-0,9
1979	+ 5,9	+0,3	+3,2	-0,5	-1,0	-0,4	+4,6	+0,4
1980	+ 6,6	+0,3	+0,8	-0,2	-1,5	+0,1	+5,9	+1,9
1981	+ 5,0	+0,4	+0,8	+0,0	-1,2	+0,1	+5,9	-0,2
1982	+ 4,6	+0,3	+1,1	-0,1	+0,4	-0,0	+4,9	-1,4
1983 ⁷⁾	+ 3,1	+0,3	+3,0	-0,2	+0,6	-0,5	+2,9	-2,3

¹⁾ Gesamtwirtschaft ohne Staat. Berechnung der Spalte (8) durch multiplikative Verknüpfung. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang IV, Abschnitt B.

²⁾ Inland.

³⁾ Tatsächliche und unterstellte Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

⁴⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976 je Erwerbstätigen.

⁵⁾ Gesamtwirtschaft.

⁶⁾ Vorläufige Ergebnisse.

⁷⁾ Eigene Schätzung.

jährigen Durchschnittswert unterstellt, weil kurzfristige Änderungen in den Zinsen, die im Prinzip in den Gewinnen abzupuffern sind, die Reallohnposition nicht bestimmen sollen.

Die Kapitalkosten werden also nicht auf der Basis des gegenwärtig sehr hohen, gegenüber 1982 stark gestiegenen Realzinses (4,9 %) errechnet. Um näherungsweise die von kurzfristigen Schwankungen bereinigten Zinsen zu bestimmen, verwenden wir seit Jahren einen gleitenden Zwölfjahresdurchschnitt. Aus Gründen, die in Anhang IV, Abschnitt B, erläutert sind, trägt dieser Durchschnitt den seit einigen Jahren höheren Realzinsen noch überhaupt nicht Rechnung, ja er sinkt sogar noch. Um Verfälschungen bei der Schätzung der Veränderung der Reallohnposition gegenüber dem Vorjahr vorzubeugen, verwenden wir bei den Rechnungen für das Jahr 1983 als Zinssatz denselben zwölfjährigen Durchschnitt (1970 bis 1981) wie bei den Rechnungen für das Jahr 1982, nämlich einen Satz von 3,1 %. Der für 1983 ermittelte Kapitalkosteneffekt wird damit nur von dem höheren Kapitaleinsatz, nicht auch von Änderungen beim Realzins bestimmt. Wenn die seit 1981 zu beobachtende Erhöhung der Realzinsen sich ganz oder teilweise als dauerhaft erweisen sollte, müßte man dem beim Ansatz der Kapitalkosten durch ein neues Verfahren zur Bereinigung der Zinsen von kurzfristigen Schwankungen Rechnung tragen. Unbedeutend ist eine derartige Änderung keineswegs. Eine Erhöhung des hier anzusetzenden Realzinses von einem Jahr auf das andere um 0,1 Prozentpunkt — und das wäre hinsichtlich der längerfristigen Bewegungen in den Realzinsen schon eine beachtliche Jahresveränderung — würde bedeuten, daß sich, deren Effekt für sich genommen, bei der Veränderung der Reallohnposition ein Anstieg um 0,5 Prozentpunkte zeigte.

Auf der Erlösseite der Unternehmen ist zu berücksichtigen, daß die Preise für Güter und Dienste, die die Unternehmen an die privaten Haushalte und an den Staat verkauften, gegenüber dem Vorjahr um 2,9 vH gestiegen sind. Hiervon sind rund 0,5 Prozentpunkte allerdings die Folge der Mehrwertsteuererhöhung zur Mitte des Jahres; insoweit profitierte also der Staat und nicht die Unternehmen von den Preissteigerungen.

Im Ergebnis ist der Anstieg der Löhne und Gehälter der Beschäftigten im privaten Sektor um 2,3 vH hinter jenem Anstieg zurückgeblieben, bei dem sich die Reallohnposition, wie wir sie in Ansehung der Entwicklung der übrigen Kosten schätzen, nicht verändert hätte.

155. Die von den Sozialversicherungen sowie von Bund, Ländern und Gemeinden geleisteten Einkommensübertragungen an die privaten Haushalte haben in diesem Jahr um 4½ vH zugenommen. Insgesamt beliefen sich die öffentlichen Transferausgaben auf etwa 295 Mrd DM. Trotz eines starken Anstiegs der Zahlungen an Arbeitslose war der Zuwachs damit nicht mehr so groß wie im letzten Jahr. Maßgeblich dafür waren die anhaltenden Bemühungen des Staates, im Sozialbereich Einsparungen vorzunehmen.

156. Die Renten sollten ursprünglich gemäß dem Prinzip der Bruttoanpassung zu Jahresbeginn um 5,6 vH angehoben werden. Diese Rentenanpassung wurde dann aber mit Blick auf die Finanzlage der Rentenversicherung um ein halbes Jahr auf den 1. Juli 1983 verschoben. Zugleich mußten die Rent-

ner von diesem Zeitpunkt an einen eigenen Beitrag an die Krankenversicherung in Höhe von zunächst 1 vH ihrer Rente zahlen. Infolgedessen ergab sich auf das ganze Jahr gerechnet ein Anstieg der Renten um nur 2,3 vH. Das Netto-Rentenniveau, also das Einkommen der Rentner im Verhältnis zum Nettoeinkommen der Erwerbstätigen, war gleichwohl im Jahresdurchschnitt etwas höher als im Vorjahr, weil die Nettolöhne aufgrund der gestiegenen Abgabenbelastung nur um 2 vH zugenommen haben (Tabelle 20).

Tabelle 20

Rentenniveau

Jahr	Monatliche Rente ^{1) 2)}	Altersruhegeld ^{1) 3)} gemessen am	
		Bruttoarbeitsentgelt ⁴⁾	Nettoarbeitsentgelt ⁵⁾
	bei 40 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren		
	DM	vH	
1960	240,60	47,3	56,2
1961	253,60	45,3	54,2
1962	266,30	43,6	52,5
1963	283,90	43,8	53,0
1964	307,10	43,5	52,9
1965	335,90	43,7	52,7
1966	363,80	44,1	53,9
1967	392,90	46,1	56,7
1968	424,50	47,0	57,3
1969	459,80	46,6	57,7
1970	489,00	44,0	56,8
1971	515,90	41,5	54,4
1972	548,40	42,2	57,0
1973	600,40	41,6	56,3
1974	668,60	41,6	57,0
1975	743,50	43,2	59,1
1976	826,00	44,8	62,8
1977	916,90	46,3	65,6
1978	1 008,10	46,1	64,7
1979	1 053,40	45,7	63,8
1980	1 095,60	44,6	63,2
1981	1 139,40	44,2	63,0
1982	1 205,00	44,9	64,8
1983 ⁶⁾	1 272,30	44,6	65,0

¹⁾ Für Bestandsrenten in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten bei einer persönlichen Bemessungsgrundlage von 100 vH (Durchschnittsverdienst).

²⁾ Rentenbetrag für Juli.

³⁾ Rentenbetrag im Kalenderjahr.

⁴⁾ Durchschnittliches Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten.

⁵⁾ Das Nettoarbeitsentgelt ist aus dem Bruttojahresarbeitsentgelt berechnet durch Abzug der durchschnittlichen Belastung aller beschäftigten Arbeitnehmer mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen.

⁶⁾ Schätzung des BMA.

Quelle: BMA

157. Wegen der gestiegenen Anzahl der Arbeitslosen erhöhten sich die Zahlungen an Arbeitslosengeld sowie an Arbeitslosenhilfe um 20½ vH auf 17 Mrd DM. Die Unterstützungsleistungen nahmen jedoch weniger zu als die Anzahl der Arbeitslosen. Das lag daran, daß der Anteil derer, die Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, weiter abnahm, weil die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit gestiegen ist. Das Verhältnis von Arbeitslosengeldempfängern zu Arbeitslosen verringerte sich in diesem Jahr auf 42 vH; im Jahre 1982 hatte es noch 51 vH betragen.

158. Die Sozialhilfezahlungen nahmen abermals beträchtlich zu. Ausschlaggebend hierfür war, daß sich einkommensschwache Haushalte bei der ungünstigen Einkommensentwicklung gezwungen sahen, verstärkt Leistungen des Staates in Anspruch zu nehmen und daß wiederum mehr Arbeitslose, die keinen oder keinen ausreichenden Anspruch auf

andere Leistungen hatten, Sozialhilfe erhielten. Die Regelsätze der Sozialhilfe wurden 1983 nur um 2 vH angehoben. Da zudem die Anhebung um sechs Monate auf den 1. Juli 1983 verschoben wurde, lag der Regelsatz aufs ganze Jahr gesehen nur um 1 vH über seinem Vorjahreswert.

Dies reichte, wie im vergangenen Jahr, nicht aus, die Preissteigerungen für den der Sozialhilfe zugrundeliegenden Warenkorb auszugleichen. In den Jahren davor war der Regelsatz nach Maßgabe des Geldwertverlustes angehoben worden.

159. Bei den Transferausgaben des Bundes wurden in diesem Jahr eine Reihe von Neuregelungen wirksam. Bezieher höherer Einkommen erhalten für das zweite und für jedes weitere Kind nur noch ein gekürztes Kindergeld. Die Einkommensgrenzen, die mit der Anzahl der Kinder steigen, sind so bemessen, daß von der Kürzung etwa 15 vH aller

Tabelle 21

Zur Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte¹⁾

Jahr	Nettolohn- und -gehaltssumme ²⁾	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ³⁾	Empfangene laufende Übertragungen ⁴⁾	Verfügbares Einkommen ⁵⁾	Nettolohn- und -gehaltssumme ²⁾	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ³⁾	Empfangene laufende Übertragungen ⁴⁾	Verfügbares Einkommen ⁵⁾	
								nominal	real ⁶⁾
Mrd DM					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH				
1965-1970 } ⁷⁾	XXXXXXXXXX				+ 7,2	+ 9,5	+ 7,5	+ 7,8	+5,2
1971-1982 } ⁷⁾					+ 6,1	+ 7,7	+10,2	+ 7,4	+2,0
1965-1982 }					+ 6,7	+ 8,3	+ 9,4	+ 7,7	+3,1
1970	238,60	111,60	77,77	427,97	+15,5	+ 9,8	+ 6,0	+12,2	+8,2
1971	265,22	122,02	86,12	473,36	+11,2	+ 9,3	+10,7	+10,6	+4,8
1972	290,66	140,02	97,51	528,19	+ 9,6	+14,8	+13,2	+11,6	+5,6
1973	316,70	149,28	109,21	575,19	+ 9,0	+ 6,6	+12,0	+ 8,9	+1,8
1974	342,40	155,36	126,99	624,75	+ 8,1	+ 4,1	+16,3	+ 8,6	+1,3
1975	355,16	174,16	160,10	689,42	+ 3,7	+12,1	+26,1	+10,4	+4,0
1976	369,52	189,43	171,39	730,34	+ 4,0	+ 8,8	+ 7,1	+ 5,9	+1,7
1977	392,15	197,60	185,62	775,37	+ 6,1	+ 4,3	+ 8,3	+ 6,2	+2,5
1978	421,76	207,97	195,06	824,79	+ 7,6	+ 5,2	+ 5,1	+ 6,4	+3,5
1979	455,37	230,60	206,03	892,00	+ 8,0	+10,9	+ 5,6	+ 8,1	+3,9
1980	484,92	250,18	221,87	956,97	+ 6,5	+ 8,5	+ 7,7	+ 7,3	+1,6
1981 } ⁸⁾	503,39	269,11	238,13	1 010,63	+ 3,8	+ 7,6	+ 7,3	+ 5,6	-0,3
1982 } ⁸⁾	507,36	276,19	250,42	1 033,97	+ 0,8	+ 2,6	+ 5,2	+ 2,3	-2,9
1983 ⁹⁾	507	292½	261½	1 061	- 0	+ 6	+ 4½	+ 2½	- ½

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

²⁾ Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.

³⁾ Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.

⁴⁾ Soziale Leistungen vom Staat, von Unternehmen, von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und von der übrigen Welt nach Abzug nichtzurechenbarer geleisteter laufender Übertragungen, der Lohnsteuer auf Pensionen und der Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen.

⁵⁾ Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden und der geleisteten laufenden Übertragungen. Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

⁶⁾ Deflationiert mit dem Preisindex des privaten Verbrauchs (1976 = 100).

⁷⁾ Durchschnittlich jährliche Veränderung.

⁸⁾ Vorläufige Ergebnisse.

⁹⁾ Eigene Schätzung.

Kindergeldberechtigten betroffen sind. Kürzungen bei den Leistungen sowie Einschränkungen des Kreises der Anspruchsberechtigten gab es auch beim Wohngeld und bei der Ausbildungsförderung, wo das „Schüler-BAFöG“ abgeschafft und die Zahlungen für Studenten auf Darlehensbasis umgestellt wurden.

160. Faßt man die den privaten Haushalten zugeflossenen Nettoeinkommen mit den Transfers zusammen, so zeigt sich, daß das verfügbare Einkommen um rund 2½ vH gestiegen ist, etwa ebensoviel wie im Vorjahr (Tabelle 21). In realer Rechnung dürften die Einkommen abermals gesunken sein, der Kaufkraftverlust fiel aber bei weitem nicht so stark aus wie 1982.

Exkurs: Zur Bedeutung der Personalnebenkosten

161. Nach der Statistik über die Arbeitskosten im produzierenden Gewerbe setzen sich die Personalnebenkosten aus dem Entgelt für geleistete Arbeit und aus Personalnebenkosten zusammen. Das Entgelt für geleistete Arbeit ist nicht gleich den Bruttolöhnen und -gehältern. Zur Ermittlung des Entgelts für geleistete Arbeit werden von den Bruttolöhnen und -gehältern abgesetzt: die Vergütung für arbeitsfreie Tage (das sind die Lohnfortzahlungen während des Urlaubs, an Feiertagen und im Krankheitsfall), die Ausbildungsvergütungen, die vermögenswirksamen Leistungen und einige weitere kleinere Zahlungen, außerdem die Sonderzahlungen, die unregelmäßig anfallen (wie Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld). Der Betrag, der sich dann ergibt, wird als Entgelt für geleistete Arbeit ausgewiesen. Die aufgeführten Abzugsposten zählen einerseits zum Einkommen der Arbeitnehmer, sie werden andererseits in der Personalnebenkostenstatistik als Personalnebenkosten geführt. Zu den Personalnebenkosten zählen auch und vor allem die gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber und die betrieblichen Sozialleistungen. Die so definierten Personalnebenkosten sind im verarbeitenden Gewerbe über die Jahre ganz beträchtlich angestiegen. Im Jahre 1969 betrugen sie nur rund 47 vH des Entgelts für geleistete Arbeit und machten 32 vH der Personalnebenkosten insgesamt aus. Im Jahre 1981 beliefen sie sich auf 76 vH des Entgelts für geleistete Arbeit und hatten einen Anteil von 43 vH an den gesamten Personalnebenkosten.

162. Bei der Bestimmung der Personalnebenkosten gibt es Abgrenzungsprobleme, so wird zum Beispiel die Ausbildungsvergütung für Lehrlinge unter die Personalnebenkosten gezählt und anteilig allen Beschäftigten zugerechnet; sie machte 1981 rund 1 vH der gesamten Personalnebenkosten aus. Die Gewinnbeteiligung leitender Angestellter, die eigentlich ausgenommen werden müßte, ist in den Sonderzahlungen enthalten.

Von Interesse sind die verschiedenen Komponenten der Personalnebenkosten, weil sie das Verhalten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unterschiedlich beeinflussen. Aus dem stärkeren Anstieg der Personalnebenkosten im ganzen lassen sich über Art und

Umfang dieses Einflusses unmittelbar keine Schlüsse ziehen. Es kommt auch darauf an, welche Komponenten sich in welchem Umfang verändern.

163. Das Verhalten der Arbeitgeber am Arbeitsmarkt kann außer von der absoluten Höhe der Personalkosten mit davon abhängen, in welchem Ausmaß die Personalkosten und ihre einzelnen Bestandteile variabel oder starr sind. Betriebliche Sozialleistungen sind oft als freiwillige Sozialleistungen der Arbeitgeber entstanden, auf die die Arbeitnehmer keinen Rechtsanspruch hatten. Im Laufe der Zeit können sie in Tarif- und Arbeitsverträge sowie in Betriebsvereinbarungen übernommen werden. Das Urlaubsgeld, ursprünglich eine freiwillige Leistung, ist ein Beispiel hierfür. Insgesamt sind die betrieblichen Sozialleistungen in den letzten Jahren unterdurchschnittlich gestiegen, ihr Anteil an den Personalnebenkosten hat sich nur wenig geändert (Tabelle 22).

Ausweitung oder Rücknahme tariflicher Personalnebenkosten sind zwischen den Tarifparteien auszuhandeln. Deren Anteil an den Personalnebenkosten hat sich in den siebziger Jahren vermindert.

Der Anteil der gesetzlich vorgegebenen Personalnebenkosten ist dagegen infolge der Beitragssatzerhöhungen für die Rentenversicherung, Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung beträchtlich gestiegen.

164. Je nachdem, wie hoch die entsprechenden Kosten sind, werden die Unternehmen eine gewünschte Ausweitung oder Einschränkung des Arbeitsvolumens eher durch

- mehr oder weniger Überstunden,
- Verlängerung oder Verkürzung der regulär vereinbarten Arbeitszeit, etwa indem sie Teilzeitkräfte durch Vollzeitkräfte ersetzen oder umgekehrt,
- Einstellung oder Entlassung von zusätzlichen Teilzeitkräften,
- Einstellung oder Entlassung von Arbeitskräften auf Zeit oder die Beschäftigung von Leiharbeitern,
- Einstellung oder Entlassung zusätzlicher Beschäftigter auf Dauer

zu verwirklichen suchen.

165. Entscheidet sich ein Unternehmen dafür, mehr Überstunden leisten zu lassen, so müssen für die gewerblichen Arbeitnehmer regelmäßig zusätzlich zu den normalen Stundenlöhnen Überstundenzuschläge, in den meisten Tarifverträgen 25 vH, gezahlt werden. Angestellten dagegen werden Überstunden häufig nicht gesondert abgegolten. Auf die Zuschläge sind gemäß den geltenden Abgabesätzen Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung, zur Krankenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung zu entrichten.

Tabelle 22

Personalkosten im verarbeitenden Gewerbe¹⁾
Anteil in vH

Arten	1969	1972	1975	1978	1981
Gesetzliche Personalkosten	14,5	17,3	18,2	19,1	19,1
darunter:					
Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	9,9	10,7	11,7	12,6	12,6
Gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung	1,3	3,8	3,3	3,5	3,3
Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten	3,2	2,8	3,1	3,0	3,1
Tarifvertragliche Personalkosten	75,6	73,5	71,1	70,4	69,7
darunter:					
Entgelt für geleistete Arbeit	67,8	63,9	59,9	58,7	56,8
Urlaubsvergütung	5,7	6,4	7,1	7,3	8,1
Urlaubsgeld	1,4	1,5	2,5	2,6	3,0
Vermögenswirksame Leistungen	0,1	1,0	0,9	1,1	1,1
Ausbildungsvergütungen	0,6	0,7	0,7	0,7	0,8
Freiwillige/betriebliche Personalkosten	2,8	2,4	2,4	2,1	2,4
davon:					
Aufwendungen für Belegschaftseinrichtungen ...	1,5	0,9	0,8	0,5	0,6
Verpflegungszuschüsse, Auslösungen u. ä.	0,1	0,8	0,6	0,5	0,5
Aufwendungen für berufliche Bildung ohne Ausbildungsvergütung	0,5	0,2	0,3	0,4	0,4
Entlassungsschädigungen	0,0	0,1	0,3	0,2	0,3
Wohnungsfürsorge	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1
Beihilfen im Krankheitsfall	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0
Familienunterstützung	0,2	0,1	0,0	0,1	0,1
Naturalleistungen	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1
Sonstige Aufwendungen für Vorsorge- einrichtungen ²⁾	—	—	0,1	0,0	0,1
Sonstige Zuwendungen	—	—	—	0,2	0,3
Tarifvertragliche und/oder betriebliche Personalkosten	7,1	6,7	8,3	8,4	8,8
davon:					
Gratifikationen, 13. Monatsgehalt, Gewinn- beteiligungen u. ä.	4,3	4,3	4,7	4,9	5,1
Aufwendungen für die betriebliche Alters- versorgung	2,8	2,4	3,5	3,5	3,7
darunter:					
Nettozuführung zu den Pensionsrückstellungen	1,1	1,0	2,1	1,7	1,7
Personalkosten insgesamt	100	100	100	100	100

¹⁾ Nach den Erhebungen über die Arbeitskosten in Unternehmen mit 50 und mehr Arbeitnehmern.

²⁾ Ohne Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung.

166. Wird anstelle von Überstunden die reguläre Arbeitszeit eines Beschäftigten erhöht, etwa indem man einer Halbtagskraft einen Arbeitsvertrag über 30 Wochenstunden anbietet, kommen zum Arbeitsentgelt andere Kosten. Zwar erhält der betreffende Arbeitnehmer nun nicht mehr Urlaubstage, und er ist wahrscheinlich auch nicht länger krank, aber das Entgelt für die arbeitsfreien Tage erhöht sich nach Maßgabe des höheren wöchentlichen oder monatlichen Einkommens. In gleicher Weise steigen die meisten Sonderzahlungen, also das 13. Monatsgehalt und das Urlaubsgeld, das inzwischen für einen großen Teil der Arbeitnehmer zu dem während des Urlaubs gezahlten Gehalt hinzukommt. In der Regel werden überdies die Ansprüche an die betriebliche Altersversorgung zunehmen.

Durch die in den siebziger Jahren vereinbarte Verlängerung des Urlaubs, durch die tarifliche Einführung des 13. Monatsgehalts und des Urlaubsgelds für immer mehr Arbeitnehmer sowie durch die seit einigen Jahren gesetzlich vorgeschriebene Dynamisierung der betrieblichen Altersversorgung haben die Nebenkosten erheblich zugenommen, die mit einer Ausweitung der Beschäftigung verbunden sind. Von 1969 bis 1981 ist der Anteil der genannten Lohnbestandteile an den gesamten Personalkosten von 19 vH auf 26 vH gestiegen.

167. Werden dagegen zusätzliche Beschäftigte auf Zeit eingestellt oder Leiharbeiter beschäftigt, so kommen, falls diese Arbeitnehmer nicht zum Ausgleich ihres höheren Beschäftigungsrisikos ein höheres Entgelt erhalten, nur einige, meist geringfügige Kosten zum normalen Arbeitsentgelt hinzu, etwa Verpflegungszuschüsse oder Fahrgeld. Diese Arbeitnehmer haben allerdings keinen Anspruch auf betriebliche Altersvorsorge, zuweilen auch keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

168. Erhöht das Unternehmen die Anzahl seiner Beschäftigten, die einen unbefristeten Arbeitsvertrag haben, so erhöhen sich die Personalkosten aus folgenden Gründen. Zusätzlich zu allem anderen sind diesen Arbeitnehmern auch vermögenswirksame Leistungen zu zahlen. Außerdem können die Aufwendungen für Betriebseinrichtungen zum Beispiel im Rahmen der medizinischen Versorgung steigen. Die meisten betrieblichen Sozialleistungen mit Ausnahme der betrieblichen Altersvorsorge nehmen ebenfalls mit der Anzahl der Beschäftigten und nicht mit der Lohnsumme zu. Ein für den Durchschnitt der Unternehmen gering zu veranschlagendes Kostenelement, das für einzelne Unternehmen aber großes Gewicht erlangen kann und deren Einstellungsverhalten mitbeeinflusst, sind die namentlich im Rahmen von Sozialplänen zu zahlenden Entlassungsschädigungen sowie Mehraufwendungen für die betriebliche Altersvorsorge im Zusammenhang mit Vorruhestandsregelungen.

169. Im Ergebnis dürfte sich für den Durchschnitt der Unternehmen herausstellen, daß wegen des hohen und steigenden Anteils derjenigen Personalkosten, die von der Anzahl der Beschäftigten und deren regulärer Arbeitszeit abhängen, eine Ausweitung des Arbeitsvolumens durch mehr Überstunden

im Vergleich mit anderen Alternativen in den letzten Jahren zunehmend attraktiver geworden ist. So betragen die Kosten einer Überstunde bei einem Überstundenzuschlag von 25 vH im Jahre 1969 etwa 103 vH der Kosten einer durchschnittlichen Arbeitsstunde; im Jahre 1981 waren es nur 94 vH, jeweils einschließlich aller Lohnnebenkosten, soweit sich diese einigermaßen verlässlich erfassen und zuordnen lassen.

Bei alledem ist freilich zu berücksichtigen, daß nicht allein die Personalkosten je Stunde im Rentabilitätskalkül der Unternehmen Gewicht haben. Sie beziehen sicher ebenso sehr Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer ein, und darauf haben auch die Nebenleistungen Einfluß; viele betriebliche Sozialleistungen hatten hierin ihren Grund.

170. Für das Verhalten der Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt spielt zunächst einmal eine Rolle, welcher Teil der Personalkosten für sie Einkommen darstellt. Bei der Entscheidung, ob ein Arbeitnehmer mehr Arbeitsleistung anbietet oder ob er mehr Zeit für Freizeit, Eigenarbeit oder für Arbeit abseits des regulären Arbeitsmarktes wünscht, ist sodann die Belastung mit Steuern und Abgaben eine wesentliche Bestimmungsgröße. Für die Frage nach der Abgabenbelastung ist aus der Sicht der Arbeitnehmer die Unterscheidung zwischen dem Entgelt für geleistete Arbeit und den Personalnebenkosten nur bedingt aussagekräftig. Zum einen ist ein wesentlicher Teil der Personalnebenkosten nicht unter dem Begriff der Abgaben zu fassen; die Sonderzahlungen und die Vergütung arbeitsfreier Tage gehören nicht hierzu, sie sind Einkommensbestandteile. Zum anderen wird in den Personalnebenkosten nur ein Teil der Abgaben erfaßt; die Lohnsteuer und die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, die den wesentlichen Teil der Abgabenbelastung aus der Sicht der Arbeitnehmer ausmachen, fehlen gänzlich. Sie sind in jedem Fall mit ins Bild zu nehmen.

171. Für einen Vollzeitbeschäftigten stellt sich die Frage, wie attraktiv aus seiner Sicht Überstunden sind, für einen Teilzeitbeschäftigten, wie lohnend eine längere Arbeitszeit wäre oder ob er gegebenenfalls eine zweite Stelle annehmen sollte, und für jemand, der gar nicht erwerbstätig ist, ob er ein Arbeitsverhältnis eingehen sollte.

Ein Arbeitnehmer, der Überstunden machen will, wird diese bei näherem Zusehen nicht so attraktiv finden, wie es auf den ersten Blick aussieht; denn die Nebenleistungen, die er von seinem Arbeitgeber erhält, steigen zum Teil nicht mit der Überstundenarbeit. Rechnet man die zusätzliche Abgabenbelastung hinzu, insbesondere den überproportionalen Anstieg der Lohnsteuer, dann zeigt sich, daß in sehr vielen Fällen der verbleibende Lohn niedriger ist, als der Arbeitnehmer für eine reguläre Arbeitsstunde bekommt.

172. An anderer Stelle dieses Gutachtens wird die Lohnsteuerbelastung typisierter Arbeitnehmerhaushalte behandelt. Die durchschnittliche Belastung mit Lohnsteuer hat sich nach diesen Berech-

nungen seit 1960 erhöht, ebenso die Grenzbelastung zusätzlicher, beispielsweise durch Überstunden erzielter Einkommen (Ziffern 232 ff.).

Zwischen dem, was ein Arbeitnehmer netto ausgezahlt erhält und dem, was bei seinem Arbeitgeber insgesamt an Personalkosten anfällt, stehen außer den Steuern in erster Linie die Abgaben an die Sozialversicherungen und die Aufwendungen für die betriebliche Altersvorsorge sowie für die Sozialeinrichtungen des Unternehmens. Das dem Arbeitnehmer zufließende Kindergeld wird an dieser Stelle nicht berücksichtigt, da es unabhängig davon gewährt wird, ob und in welcher Form der Arbeitnehmer Arbeit anbietet, für die Kosten der Kinderbetreuung werden aber pauschalisierte Freibeträge angerechnet. Geht man von einem Facharbeiter aus, der ein im verarbeitenden Gewerbe durchschnittliches Bruttoeinkommen erzielt, der verheiratet und Alleinverdiener ist und zwei minderjährige, nicht berufstätige Kinder hat, so belaufen sich die Abzüge auf etwa 40 vH der für eine durchschnittliche Arbeitsstunde anfallenden gesamten Personalkosten (Schaubild 23). Für eine Überstunde werden — wegen der Steuerprogression — sogar rund 50 vH abgezogen.

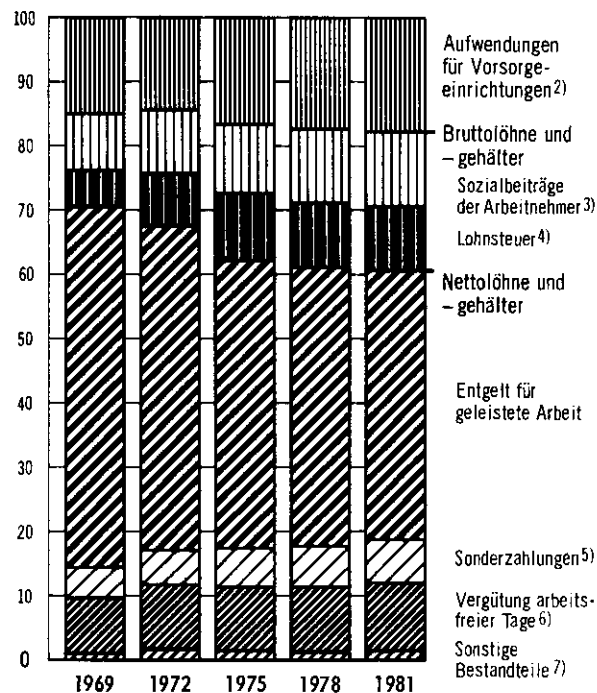
Für bestimmte Fragestellungen ist zusätzlich die Mehrwertsteuer zu berücksichtigen. Danach ergibt sich für den erwähnten Facharbeiter gegenwärtig ein Verhältnis von fast 1 : 2 zwischen dem, was er für eine Arbeitsstunde im Durchschnitt ausgezahlt erhält, und dem, was der Arbeitgeber seinen Kunden allein zur Deckung der Personalkosten und der Mehrwertsteuer in Rechnung stellen muß. Die Relation zwischen dem Nettoeinkommen und den gesamten Arbeitskosten variiert mit der Höhe des Einkommens und mit dem Familienstand des Arbeitnehmers beträchtlich. Insbesondere für Ledige können sich auch schon bei nicht sehr weit über dem Durchschnitt liegenden Einkommen deutlich größere Spannen ergeben. Und stellt man auf die Grenzbelastung ab, also auf die Relation zwischen dem ausgezahlten Nettolohn und den zusätzlichen Personalkosten einer Überstunde zuzüglich der Mehrwertsteuer, so kann diese Relation je nach den persönlichen Verhältnissen des Arbeitnehmers zwischen 1 : 2 und 1 : 3 betragen.

173. Auch in all den Fällen, in denen es nicht um das Abwägen der Vorteile von Mehrarbeit im Vergleich zu mehr Freizeit, sondern um die relativen Vorteile geht, die es bringt, mehr Arbeiten für sich zu erledigen, statt sie zum Marktpreis von anderen tun zu lassen und aus eigenem Arbeitseinkommen zu bezahlen (und dafür gegebenenfalls selbst mehr zu arbeiten), spielt eine wesentliche Rolle, wie stark der Verdienst aus einer zusätzlichen Stunde Arbeit mit Steuern und Sozialabgaben belastet ist. Die Attraktivität der Eigenarbeit steigt mit zunehmender Abgabenbelastung. Auch irreguläre Tätigkeiten wie die Schwarzarbeit und Geschäfte ohne Rechnung haben hier eine Wurzel.

174. Wer eine Leistung statt in der offiziellen Wirtschaft in der Schattenwirtschaft erbringt, also keine Steuern und Abgaben dafür zahlt, verfügt im Wettbewerb mit den Anbietern aus der offiziellen

ZUR STRUKTUR DER EINKOMMEN DER ARBEITNEHMER UND DER PERSONALKOSTEN DER UNTERNEHMEN IM VERARBEITENDEN GEWERBE¹⁾

Anteil in vH



1) Nach der Erhebung über die Arbeitskosten in Unternehmen mit 50 und mehr Arbeitnehmern. — 2) Im wesentlichen: Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, Aufwendungen für die Nettozuführungen zu Pensionsrückstellungen, für Belegschaftseinrichtungen sowie für Beihilfen. — 3) Beiträge der Arbeitnehmer zur Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung. — 4) Für einen verheirateten Arbeitnehmer mit 2 Kindern, Kindergeld nicht berücksichtigt. — 5) Darunter: Gewinnbeteiligung, 13. Monatsgehalt, vermögenswirksame Leistungen. — 6) Darunter: Urlaubsvergütung, Vergütung von Krankheitstagen, von gesetzlichen Feiertagen und sonstigen Ausfallzeiten. — 7) Darunter: Entlassungsentschädigungen, Ausbildungsvergütungen, Familienunterstützungen.

SR 83 0913

Wirtschaft über einen oft nicht unerheblichen Kostenvorteil. In der Regel wird dieser Vorteil sowohl Anbietern als auch Nachfragern zugute kommen. Auch die mehrfache Anhebung der Mehrwertsteuersätze in den letzten Jahren dürfte die Verlockung zu Schwarzarbeit wie zu sonstigen Geschäften „ohne Rechnung“ erhöht haben.

Allerdings ist die Abgabenlast nicht der einzige Grund für die Attraktivität solcher Tätigkeiten. In vielen Fällen ist das Arbeiten in der Schattenwirtschaft die einzige Möglichkeit, die Zutrittsschranken auf organisierten Märkten zu überwinden, etwa indem man ohne Gewerbeschein tätig ist oder gegen andere gesetzliche Vorschriften verstößt. In den letzten Jahren hat wohl zunehmend auch an Bedeutung gewonnen, daß sich die regulären Erwerbchancen vieler durch die hohe Arbeitslosigkeit verringert haben; die Tätigkeit in der Schattenwirtschaft bietet Möglichkeiten, die Lohnersatzleistungen aufzubessern.

VII. Nahe dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht

175. Der Überschuß in der Leistungsbilanz dürfte 1983 mit etwa 10 Mrd DM noch etwas höher ausfallen als im vergangenen Jahr, in dem er 8 1/2 Mrd DM betragen hatte (Tabelle 23). Im Handelsverkehr wird das Ergebnis allem Anschein nach nicht sehr weit hinter dem Rekordüberschuß des vergangenen Jahres zurückbleiben, und im Dienstleistungsverkehr wird das Defizit nochmals niedriger ausfallen. Hinter diesem weiterhin vorteilhaften Bild steht aber nicht mehr — wie im letzten Jahr — eine günstige Entwicklung der Ausfuhr- und Einfuhrmengen, sondern in erster Linie eine günstige Preisentwicklung. Der Mangel an Dynamik beim Export wurde sogar zu einem Dämpfungsfaktor hinsichtlich der im übrigen aufkommenden Zuversicht, daß ein kräftiger wirtschaftlicher Aufschwung bevorstehen könnte. Und die Importe lösten sich deutlich von dem gedrückten Niveau, das zu der in den beiden vergangenen Jahren eingetretenen Verbesserung der Außenhandelsituation beigetragen hatte.

Im Kapitalverkehr gab es abermals hohe Abflüsse langfristiger Mittel, und an den Devisenmärkten verlor die deutsche Währung gegenüber dem US-Dollar weiter an Wert. Dies trug dazu bei, daß sich die Geldpolitik noch nicht frei von außenwirtschaftlichen Zwängen fühlte, jedenfalls nicht so frei wie in einer Situation, der ohne Einschränkung das Testat „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ zukäme.

Hohe Außenhandelsüberschüsse wegen günstiger Preisverhältnisse

176. Bis zum Ende des dritten Vierteljahres kam ein positiver Außenhandelsaldo von 30 1/2 Mrd DM zustande, das waren 5 1/2 Mrd DM weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Auch das Jahresergebnis dürfte um einen Betrag in dieser Größenordnung unter dem Exportüberschuß des Jahres 1982 (51 1/2 Mrd DM) liegen. Nimmt man die Entwicklung der Mengen für sich — was freilich nicht unproblematisch ist —, so hätte das Ergebnis wesentlich ungünstiger ausfallen müssen. Doch das Preisverhältnis im Gütertausch mit dem Ausland (Terms of Trade) ist nochmals günstiger als im Vorjahr (Schaubild 9, Seite 56); die Ausfuhrpreise sind weiter gestiegen, die Einfuhrpreise waren niedriger als 1982. Erst im Verlauf des Jahres kam es auch bei den Einfuhrpreisen von dem niedrigen Niveau zu Jahresanfang aus wieder zu einer Aufwärtsbewegung.

177. Angesichts des im Vergleich zum vergangenen Jahr wiederum höheren Dollarkurses erscheint es auf den ersten Blick überraschend, daß sich die Terms of Trade noch verbesserten. Zwar hat es gegenüber den übrigen Währungen eine Aufwertung der D-Mark gegeben, und diese haben zusammen ein höheres Gewicht als der Dollar, doch diese Aufwertung erklärt die Verbesserung der Terms of Trade vermutlich nicht vollständig. Anscheinend ist auch gegenüber dem Dollarraum eine Verbesse-

rung zu verzeichnen, also gegenüber den Ländern, die im Außenhandel überwiegend in Dollar fakturieren; jedenfalls schlug das Sinken der Weltmarktpreise für Rohstoffe und Halbwaren stärker zu Buche als die Abwertung gegenüber dem Dollar. Das ist nun aber keineswegs unerklärlich. Die Usance, daß Rohstoffe in Dollar abgerechnet werden, bedeutet ja nicht, daß die Weltmarktpreise sich unabhängig vom Dollarkurs bilden. Vielmehr müssen sich die Dollarpreise für weltweit gehandelte Güter nach der Kaufbereitschaft in den Abnehmerländern richten, und unter diesen gehört nur ein kleiner Teil zum Dollarraum. Die Nachfrager außerhalb des Dollarraums sind kaum bereit, bei steigendem Dollarkurs ihrer Währung zu unveränderten Dollarpreisen — also zu höheren Preisen in heimischer Währung — ebensoviel zu kaufen wie vorher. Die Terms of Trade zwischen den Ländern des Dollarraums und deren Abnehmerländern sind daher viel stabiler, als man aufgrund der Schwankungen der Dollarkurse erwarten könnte.

Entsprechendes gilt für die Exportseite. Welche Bedeutung eine Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar hat, läßt sich nicht an der Größe des Dollarraums ablesen, denn auch dort hat man mit Anbietern zu konkurrieren, deren Währung gegenüber dem Dollar ebenfalls abgewertet ist. Dem tragen wir bei der Ermittlung gewogener realer Änderungen von Wechselkursen durch die Wahl des Gewichtungsschemas Rechnung: Die Währung eines Landes geht entsprechend dem Anteil des Landes am gesamten Welthandel in die Berechnung ein (Ziffer 190).

178. Anders als 1982 wurde die Handelsbilanz 1983 trotz der im Jahresdurchschnitt günstigen Preise durch erhöhte Ausgaben für Importe belastet (Schaubild 24). Zwar ist die Einfuhr von Rohstoffen

Schaubild 24

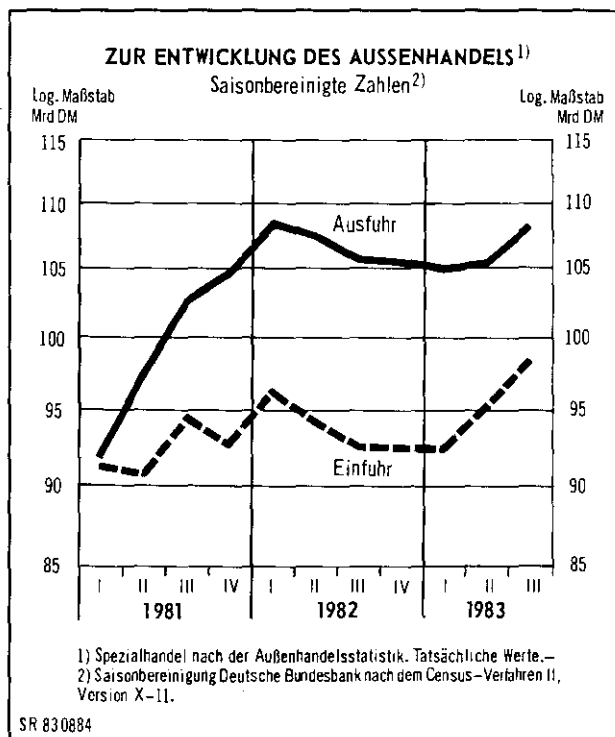


Tabelle 23

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd DM

Posten	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	Jan bis Sep	
									1982	1983
A. Leistungsbilanz	+ 9,9	+ 9,9	+ 9,5	+18,1	-11,2	-28,5	-14,7	+ 8,6	- 3,5	- 0,5
1. Handelsbilanz ¹⁾	+37,3	+34,5	+38,4	+41,2	+22,4	+ 8,9	+27,7	+51,3	+36,0	+30,4
- Ausfuhr	221,6	256,6	273,6	284,9	314,5	350,3	396,9	427,7	317,2	315,2
- Einfuhr	184,3	222,2	235,2	243,7	292,0	341,4	369,2	376,5	281,2	284,8
2. Dienstleistungsbilanz	- 8,3	- 6,6	-10,8	- 7,4	-12,6	-12,9	-16,4	-16,2	-18,0	-12,6
darunter:										
- Reiseverkehr	-14,7	-14,6	-16,4	-19,0	-21,6	-25,1	-25,5	-26,0	-21,8	-20,4
- Kapitalerträge	+ 2,4	+ 3,3	+ 0,4	+ 5,1	+ 3,1	+ 4,2	- 0,2	- 2,3	- 4,8	+ 0,1
- Transportleistungen ..	+ 6,0	+ 5,7	+ 6,0	+ 5,7	+ 6,3	+ 8,1	+ 9,2	+10,2	+ 7,7	+ 6,9
3. Übertragungsbilanz	-17,9	-17,9	-18,2	-17,8	-21,2	-24,5	-26,9	-28,3	-21,0	-19,4
darunter:										
- Überweisungen ausländischer Arbeitskräfte ..	- 7,4	- 6,7	- 6,1	- 6,3	- 7,0	- 7,5	- 7,9	- 7,8	- 5,9	- 5,7
- Nettobeitrag zum Haushalt der Europäischen Gemeinschaften	- 3,5	- 3,3	- 3,7	- 2,3	- 4,1	- 4,1	- 6,4	- 7,5	- 5,5	- 3,7
4. Ergänzungen zum Warenverkehr ²⁾ und Transithandel ..	- 1,2	- 0,1	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,8	+ 1,7	- 0,6	+ 1,1
B. Kapitalbilanz (Kapitalexport: -)	-13,3	- 1,0	- 0,3	+ 5,4	+10,5	+ 3,8	+ 9,2	- 4,6	+ 1,8	- 6,0
1. Langfristige Kapitalbilanz ..	-18,2	- 1,5	-12,9	- 2,9	+12,0	+ 5,3	+ 8,8	-16,3	-14,9	- 9,6
darunter:										
- Direktinvestitionen	- 3,3	- 3,5	- 3,2	- 4,1	- 5,1	- 7,0	- 7,4	- 5,9	- 3,4	- 4,1
- Portfolioinvestitionen ..	- 4,2	+ 3,9	- 3,1	- 1,0	+ 2,9	- 6,8	- 5,2	- 8,6	- 8,5	+ 1,5
- Kredite und Darlehen der Banken	-11,4	- 3,7	- 4,4	+ 6,2	+16,6	- 0,1	+ 5,1	- 5,0	- 4,0	- 7,4
- Öffentliche Kredite	+ 1,2	+ 2,4	- 1,6	- 3,3	- 1,5	+20,8	+18,0	+ 4,8	+ 2,1	+ 2,2
2. Kurzfristige Kapitalbilanz ..	+ 4,9	+ 0,4	+12,6	+ 8,4	- 1,5	- 1,5	+ 0,4	+11,7	+16,8	+ 3,7
darunter:										
- Kurzfristige Nettoforderungen der Banken ..	- 2,3	+ 6,7	+ 8,1	+10,1	+ 4,1	- 8,8	-10,3	+ 8,1	+ 9,2	+ 9,0
- Finanzkredite	+ 2,5	- 0,0	+ 8,5	+ 1,1	- 3,2	+13,3	+13,1	+ 3,2	+ 9,6	+ 0,1
- Handelskredite	+ 4,1	- 5,7	- 3,9	- 3,9	- 1,7	- 5,7	- 4,8	- 0,3	- 3,5	- 6,8
C. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten)	+ 1,1	- 0,1	+ 1,2	- 3,8	- 4,3	- 3,2	+ 3,2	- 0,9	+ 2,0	+ 2,7
D. Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank³⁾ ..	+ 5,5	- 7,5	- 7,9	- 7,6	- 2,3	+ 2,2	+ 3,6	- 0,4	+ 0,7	+ 1,6
E. Veränderung der Nettoauslandsaktiva der Bundesbank⁴⁾ (Zunahme: +)	+ 3,3	+ 1,3	+ 2,6	+12,2	- 7,3	-25,7	+ 1,3	+ 2,7	+ 0,9	- 2,2

1) Spezialhandel; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.

2) Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung.

3) Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Änderungen des DM-Wertes der auf Fremdwährung lautenden Aktiva und Passiva der Bundesbank durch Neubewertung zum Jahresende und Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten; ab 1982 auch Differenzen zwischen den Transaktionswerten und den im Wochenanweis der Bundesbank zu Bilanzkursen ausgewiesenen Veränderungen der Auslandsposition.

4) Ab 1982 bewertet zu Bilanzkursen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

im Vorjahresvergleich weiterhin rückläufig, wegen der wirtschaftlichen Belebung wurden aber mehr Halbwaren eingeführt, und auch die Einfuhr von Fertigerzeugnissen nahm zu. Der Anstieg im Verlauf des Jahres war kräftig genug, um das Sinken im Verlauf des vergangenen Jahres mehr als auszugleichen. Dem Volumen nach war die Einfuhr bis September um 3 1/2 vH, dem Werte nach um knapp 1 1/2 vH höher als vor Jahresfrist.

179. Die Ausfuhr hielt sich bis zur Jahresmitte auf dem Niveau, auf das sie in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres gesunken war. Bis einschließlich September wurden Waren im Wert von 315 Mrd DM ausgeführt. Das war 1/2 vH weniger als ein Jahr zuvor. Trotz der verschlechterten Absatzlage wurden die Ausfuhrpreise weiter erhöht, wenn auch nur noch leicht. Gemessen an den sogenannten Durchschnittswerten machte die Verteuerung gegenüber den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres 1 vH aus. Der Menge nach ist die Ausfuhr also stärker als dem Wert nach hinter dem entsprechenden Vorjahresergebnis zurückgeblieben, nämlich um 1 1/2 vH.

180. Die Ausfuhr war 1983 so hoch wie in keinem Jahr zuvor mit Ausnahme des Jahres 1982. Hinter den Erwartungen aus dem letzten Jahr blieb die Exportentwicklung jedoch beträchtlich zurück. Von ihr kam in diesem Jahr kein Anstoß für die wirtschaftliche Belebung im Inneren.

Korrigiert werden mußten vor allem die Vorstellungen über die Expansion des Welthandels: Nachdem schon 1982 der Dollarwert der Weltexporte um mehr als 7 vH geschrumpft war, dürfte es in diesem Jahr nochmals zu einem deutlichen Rückgang gekommen sein. Die von verschiedenen Stellen berechneten Mengenindikatoren für den Welthandel zeigen allenfalls eine ganz geringfügige Zunahme an, nach einem Rückgang um rund 4 vH im letzten Jahr.

Der wertmäßige, auf Dollarbasis berechnete Weltmarktanteil deutscher Exporteure, der in den Jahren 1980 und 1981 stark gefallen, 1982 wieder etwas gestiegen war, dürfte 1983 im großen und ganzen unverändert geblieben sein.

181. Die Entwicklung der Ausfuhr nach Abnehmerländern steht im Zusammenhang mit den Unterschieden in der wirtschaftlichen Lage der jeweiligen Länder. Insbesondere in den Exporten in die Industrieländer spiegelt sich der uneinheitliche Stand der konjunkturellen Erholung.

Der Absatz in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, die zusammen fast die Hälfte der Ausfuhr der Bundesrepublik aufnehmen, war in den ersten drei Quartalen ebenso hoch wie ein Jahr zuvor. Frankreich, mit einem Anteil von einem Siebtel der wichtigste Handelspartner der Bundesrepublik, importierte 8 vH weniger deutsche Güter, Italien 3 vH weniger. Dagegen stiegen die Lieferungen nach Großbritannien, das etwa das gleiche Gewicht wie Italien hat, kräftig an (13 vH).

Ebenfalls günstig entwickelte sich die Ausfuhr in die Vereinigten Staaten; sie macht etwa 7 vH der gesamten deutschen Ausfuhr aus. Gezogen von den konjunkturellen Auftriebskräften in Amerika haben die Lieferungen dorthin das um die Jahreswende erreichte Tief schnell überwunden. Über die ersten neun Monate gesehen liegt der Wert der Lieferungen schon wieder um fast 8 vH höher als im Vorjahr.

Eher überraschend kam, daß sich der Rückgang der deutschen Exporte in die Entwicklungsländer, die nicht der OPEC angehören, nicht fortgesetzt hat, obwohl viele dieser Länder derzeit ihre Einfuhren weiter einschränken müssen. Der Export in diese Ländergruppe, die 1982 rund 8 vH der deutschen Ausfuhr aufnahm, stieg im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit wieder um 2 vH an.

Ähnliches gilt für die Staatshandelsländer. Die kleineren Länder dieser Gruppe müssen zur Zeit ebenfalls eine restriktive Einfuhrpolitik betreiben; auch hier gibt es Verschuldungsprobleme. Daß die deutschen Lieferungen in die Staatshandelsländer bis September mit 11 vH dennoch sehr deutlich anstiegen, liegt an der starken Zunahme der Ausfuhr in die Sowjetunion, die mit einem Anteil von 2 1/2 vH am deutschen Export so viel Gewicht hat wie alle übrigen Staatshandelsländer zusammen.

Fortgesetzt hat sich die Abwärtsbewegung hingegen bei den OPEC-Ländern, die für die deutsche Exportwirtschaft etwa das gleiche Gewicht wie die übrigen Entwicklungsländer haben. Die Lieferungen deutscher Firmen in jene Länder lagen bis September um 16 vH niedriger als im letzten Jahr. Der Rückgang wäre noch weit stärker gewesen, hätte nicht der Iran im Zuge der Normalisierung seiner Außenbeziehungen wieder mehr als doppelt soviel deutsche Waren gekauft wie im Vorjahr.

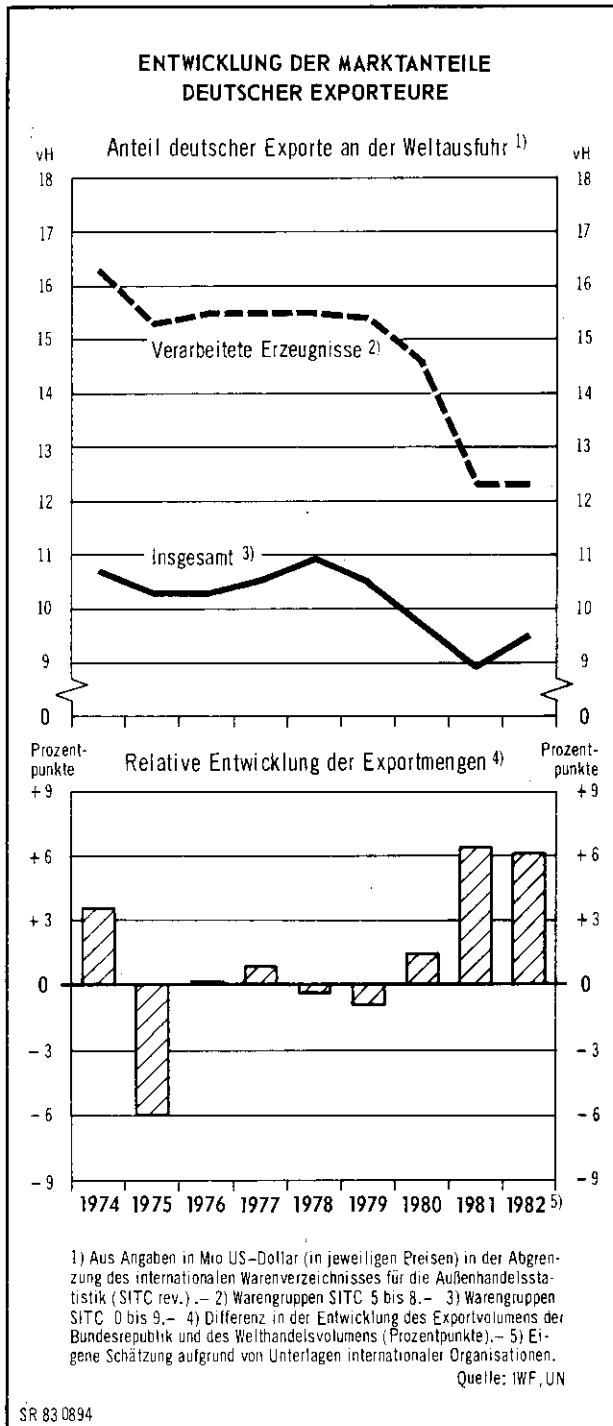
182. Insgesamt dürfte die regionale Exportstruktur der Bundesrepublik in diesem Jahr belastend gewirkt haben. Die wirtschaftliche Schwäche in Frankreich und Italien, die zusammen mehr als ein Fünftel des Auslandsmarktes ausmachen, trifft die deutschen Exporteure stärker als die anderer Länder, denn die Bundesrepublik ist für Frankreich wie für Italien der wichtigste Handelspartner.

Hinzu kommt ein ebenfalls noch negativer Einfluß aufgrund des Gütersortiments der deutschen Ausfuhr. Wegen des hohen Anteils von Investitionsgütern werden die deutschen Anbieter von der weltweit anhaltenden Investitionsschwäche besonders betroffen, von dem in einer Reihe von Ländern sich belebenden privaten Verbrauch profitieren sie nur unterdurchschnittlich.

183. Aber auch wenn man von solchen vorübergehenden Einflüssen absieht, rechtfertigt die Entwicklung der deutschen Ausfuhr in den vergangenen Jahren nicht den Schluß, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft habe sich verschlechtert. Die Stellung deutscher Exporteure an den Weltmärkten ist nicht so ungün-

stig, wie die gegenüber früheren Jahren vergleichsweise niedrigen Weltmarktanteile anzuzeigen scheinen (Schaubild 25). Denn die Aussagefähigkeit der auf Dollarbasis berechneten Welthandelsdaten und Weltmarktanteile ist gegenwärtig dadurch beeinträchtigt, daß der Dollar nunmehr im dritten Jahr hintereinander gegenüber der D-Mark überaus stark an Wert gewonnen hat.

Schaubild 25



Während der Zeit dieser Wechselkursänderungen, also seit 1979, hat sich der Dollarwert der deutschen Ausfuhr um $1/2$ vH verringert, dem Volumen nach hingegen nahm die Ausfuhr in der gleichen Zeit um rund 10 vH zu. Gemessen am Dollarwert des Welthandels bedeutet dies einen Rückgang des Weltmarktanteils von $10 1/2$ vH auf rund $9 1/2$ vH. Vergleicht man dagegen die mengenmäßige Änderung des deutschen Exports mit den entsprechenden Volumenindikatoren des Welthandels, so ergibt sich eine Zunahme des Weltmarktanteils.

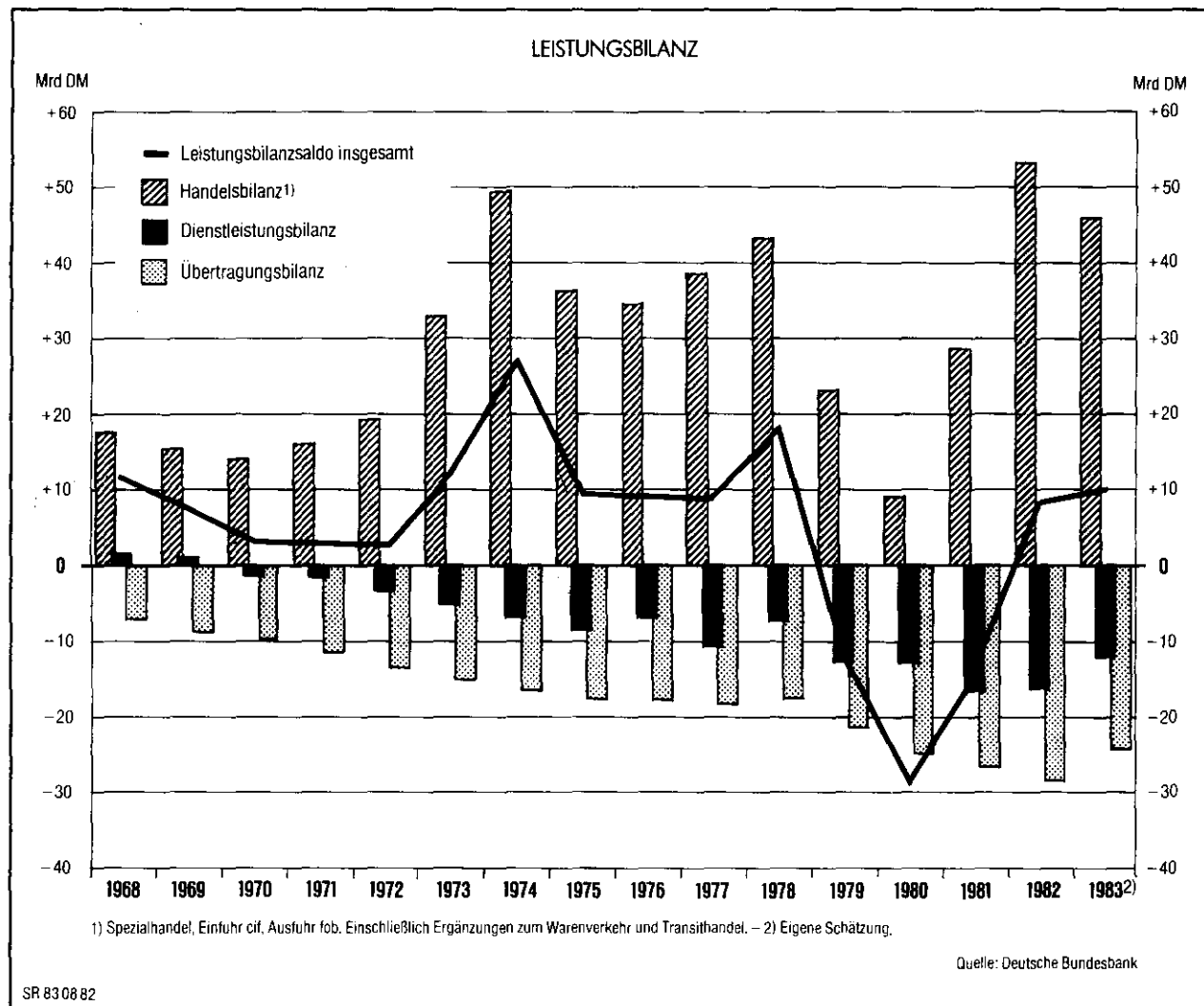
Auf längere Sicht darf ein Land seine Exportkraft zwar nicht daran ablesen, welche Mengen es verkauft, sondern muß auf das sehen, was es dafür erläßt. Doch in Zeiten starker Wechselkursänderungen, von denen zudem noch nicht gesagt werden kann, wie dauerhaft sie sind, können deren Einflüsse auf die Weltmarktanteile zu Fehlschlüssen Anlaß geben.

Entlastung durch geringere Defizite im Dienstleistungsverkehr

184. Entlastet wurde die Leistungsbilanz in diesem Jahr durch die Entwicklung der sogenannten unsichtbaren Transaktionen. Die Defizite im Bereich der Dienstleistungen und der Übertragungen gingen so stark zurück, daß dies das Schrumpfen des Außenhandelsüberschusses mehr als aufwog (Schaubild 26).

Im Dienstleistungsverkehr hatte es schon im letzten Vierteljahr 1982 einen überraschend niedrigen Fehlbetrag gegeben. Bis kurz vorher war überwiegend mit einer weiteren Passivierung der Dienstleistungsbilanz gerechnet worden. In den folgenden drei Quartalen entstand dann ein Defizit von $12 1/2$ Mrd DM; ein Jahr zuvor waren es noch 18 Mrd DM gewesen. Den größten Anteil an der Verbesserung hatte die Bilanz der Kapitalerträge, die bis September einen Überschuß von 83 Mio DM ergab. In der gleichen Zeit des Vorjahres war dort ein Defizit von rund 5 Mrd DM entstanden. Dabei waren die Zinseinnahmen aus dem Ausland nur wenig verändert; niedriger als im Vorjahr waren die Zinsausgaben, in erster Linie diejenigen für Kredite und Darlehen der Unternehmen. Entlastend auf die Dienstleistungsbilanz wirkte sich auch aus, daß das Defizit im Reiseverkehr in diesem Jahre deutlich niedriger war. Kapitalerträge und Reiseverkehr machen fast die Hälfte des Umsatzes im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland aus.

Auch die Bilanz der sogenannten unentgeltlichen Leistungen ergab mit 19,4 Mrd DM ein um 1,7 Mrd DM niedrigeres Defizit als im Vorjahr. Ausschlaggebend hierfür waren die niedrigeren Übertragungen an die Europäische Gemeinschaft. Die Überweisungen der ausländischen Arbeitskräfte in ihre Heimatländer, der zweite große Posten in der Übertragungsbilanz, waren kaum verändert.



Kapitalabflüsse bei hohem Dollarkurs

185. Wie schon im vergangenen Jahr gab es 1983 in der ersten Jahreshälfte hohe Nettoabflüsse langfristigen Kapitals; im August und im September ist Kapital zugeflossen. In der Summe waren bis September die Abflüsse weit größer als der Leistungsbilanzüberschuß. Den Ausgleich schuf im wesentlichen die Hereinnahme kurzfristiger Mittel (Schaubild 27). Die Deutsche Bundesbank gab per Saldo rund 2 Mrd DM an Devisen ab.

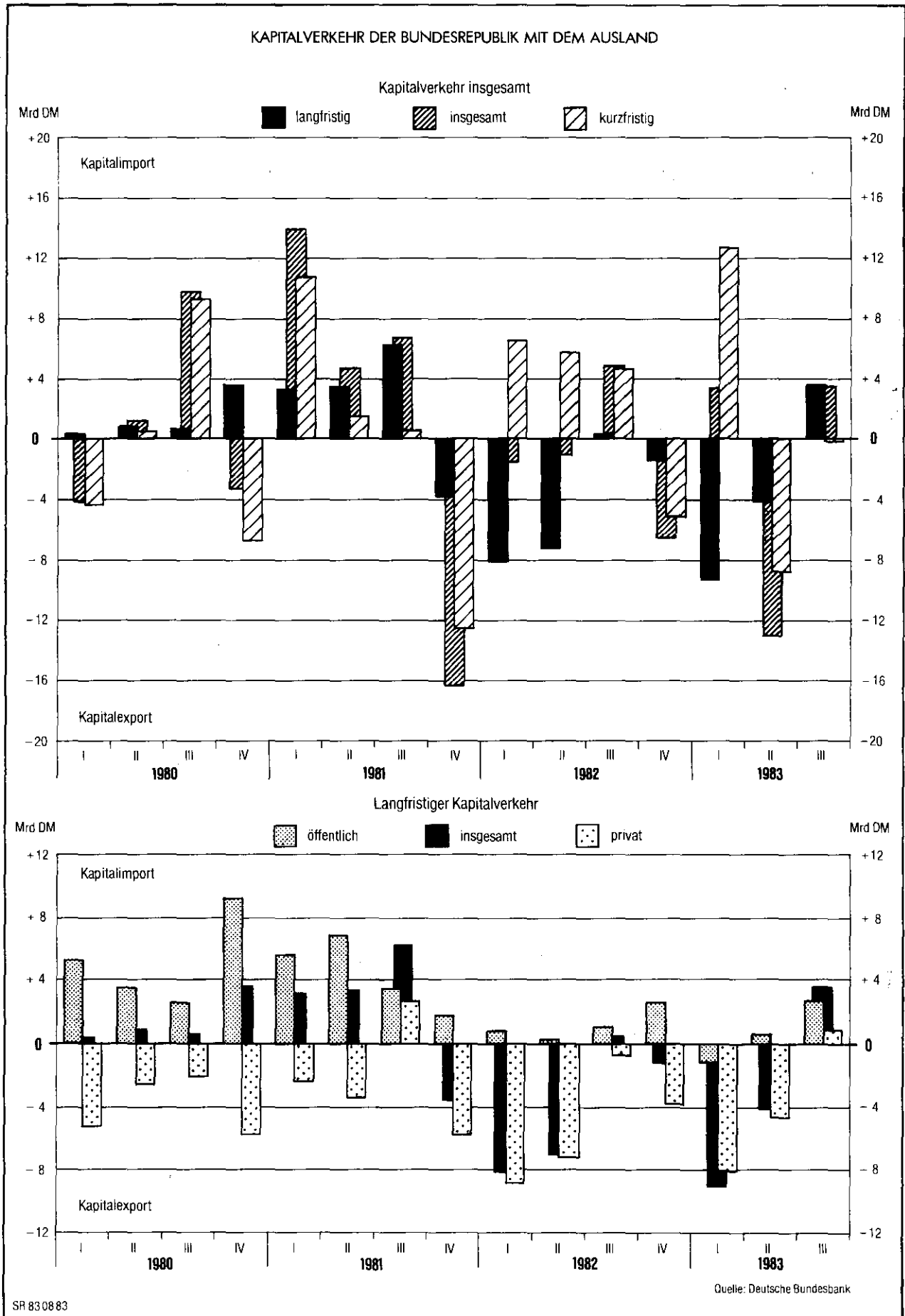
186. Deutsche Unternehmen, Banken und Privatpersonen erhöhten bis September ihren Bestand an Auslandsforderungen um 21 $\frac{1}{2}$ Mrd DM. Wie schon 1982 hatten Wertpapiertransaktionen hieran den größten Anteil. In einem in der Vergangenheit nicht üblichen Umfang erwarben deutsche Anleger nun auch ausländische, in erster Linie amerikanische Aktien. Festverzinsliche Wertpapiere verloren an Bedeutung; die Käufe waren aber immer noch hoch.

Auch in der entgegengesetzten Richtung flossen mehr Mittel. Inländische Private nahmen im Ausland 9 $\frac{1}{2}$ Mrd DM an langfristigem Kapital auf. Sowohl die Kredite und Darlehen als auch die Verkäufe von Wertpapieren nahmen zu; unter den letzteren gewannen Aktienkäufe von Ausländern an Gewicht.

Insgesamt belief sich der Überschuß der herausgelegten über die hereingenommenen Mittel im langfristigen privaten Kapitalverkehr bis September immer noch auf 12 Mrd DM, etwa 5 Mrd DM weniger als im letzten Jahr.

Bei der langfristigen Auslandsverschuldung der öffentlichen Hand hielten sich Zugänge und Abgänge ungefähr die Waage; beide waren auch nicht mehr groß. Obwohl Kapitalgeber aus den OPEC-Ländern möglicherweise in nennenswertem Umfang Anlagen in deutschen Staatspapieren aufgelöst haben, ist es im ganzen nicht zu einem Abbau ausländischer Forderungen an deutsche öffentliche Stellen gekommen.

Schaubild 27



187. Im kurzfristigen Kapitalverkehr kam es zu Beginn des Jahres in Erwartung einer Leitkursanpassung im Europäischen Währungssystem, die am 21. März vollzogen wurde, zu großen Zuflüssen. In den beiden darauffolgenden Monaten wurden die Anlagen wieder aufgelöst. Devisenkäufe und später Verkäufe der Bundesbank mußten einen großen Teil der spekulativen Aktivität auffangen. Für die drei ersten Quartale blieb im ganzen ein kurzfristiger Kapitalimport von 3,7 Mrd DM.

188. Die D-Mark gewann im Durchschnitt gegenüber den Währungen der Haupthandelspartner der Bundesrepublik auch in diesem Jahr weiter an Wert. Das gegenwärtige Niveau des gewogenen Außenwerts ist allerdings weitgehend schon bis zum März erreicht worden. Seit April ist eine starke Abschwächung gegenüber dem Dollar zu verzeichnen. Auch gegenüber einigen anderen Währungen gab es Kursverluste, beim Pfund Sterling vorübergehend, beim Japanischen Yen bis zuletzt. Gegenüber den Partnerwährungen im Europäischen Währungssystem gewann die D-Mark auch nach der Leitkursanpassung weiter an Wert, allerdings erst in der jüngsten Zeit.

Im Durchschnitt der ersten neun Monate des Jahres 1983 war der D-Mark-Außenwert gegenüber den Währungen der 23 wichtigsten Handelspartner um 5,8 vH höher, gegenüber den Partnerwährungen im EWS um 5,6 vH höher als im Vorjahr.

189. Die Kursentwicklung des amerikanischen Dollar — im allgemeinen, aber im besonderen auch gegenüber der D-Mark — hat in diesem Jahr Rätsel aufgegeben. Diejenigen Faktoren, die gemeinhin als Bestimmungsgründe der Wechselkursentwicklung herangezogen werden, hätten, wenn man sich einmal auf die Relation des Dollar zur D-Mark beschränkt, eher einen kräftigen Wertzuwachs der deutschen Währung erklärt. Die Außenhandelsituation der Vereinigten Staaten verschlechtert sich seit Ende 1982 rapide, amerikanische Unternehmen haben an den Weltmärkten starke Wettbewerbsnachteile hinzunehmen und stehen im Inland unter wachsender Importkonkurrenz, für das laufende Jahr und für die kommenden Jahre werden sehr hohe Leistungsbilanzdefizite erwartet; die Bundesrepublik dagegen hatte 1982 die Phase der Leistungsbilanzdefizite überwunden, und weder für 1983 noch für die nähere Zukunft mußte befürchtet werden, daß sich das ändert. Auch zu den Unterschieden im Inflationstempo paßt die Wechselkursentwicklung nicht. Die Preissteigerungsrate in den Vereinigten Staaten liegt zwar nicht mehr so weit wie beispielsweise vor drei Jahren über derjenigen in der Bundesrepublik, sie ist aber jedenfalls auch nicht niedriger.

In der öffentlichen Diskussion ist nun weithin an die Stelle der Argumentation über Inflationsdifferenzen und Leistungsbilanzsalden ein Zusammenhang zwischen Wechselkurs und Differenz der Zinsen in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik getreten — gerade so, als ob es jetzt diese Variable und diese allein sei, die die Wechselkursentwicklung bestimme. Eine vollständige Erklärung

müßte aber alle diese Größen und zudem die Erwartungen in bezug auf sie erfassen. Nichts spricht dafür, eine Größe zu der alles andere bewegende Größe zu erklären. Wir sind an anderer Stelle dieses Gutachtens hierauf näher eingegangen (Ziffern 10f.).

190. Außenwirtschaftlich von Bedeutung ist allerdings weniger die Entwicklung der nominellen Wechselkurse als vielmehr die Entwicklung des Außenwerts in realer Rechnung, bei der die Änderungen des Preis- und Kostenniveaus in der Bundesrepublik einerseits und im Ausland andererseits mit ins Bild zu nehmen sind. Die Ausführpreise, von denen wir bei der Ermittlung des Preisgefälles ausgehen, stiegen in den fünfzehn in diese Berechnung einbezogenen Ländern im allgemeinen stärker als in der Bundesrepublik; die reale Steigerung des Außenwerts der D-Mark war also geringer als die nominelle, gewogen mit Weltmarktanteilen (Ziffer 177). Sie betrug noch rund 1,1 vH (Schaubild 3, Seite 42). Größer als die Differenz der Preissteigerungsraten war die Differenz der Steigerungsraten bei den durchschnittlichen Lohnstückkosten. Auf Lohnkostenbasis ergibt sich eine reale Abwertung der D-Mark, nämlich um 1,9 vH.

191. Ähnlich wie im vergangenen Jahr gibt die Entwicklung des realen Außenwerts der D-Mark keinen Hinweis darauf, daß sich von daher die Wettbewerbsposition der Bundesrepublik auf den Weltmärkten verändert hat. Die Aufwertung, die sich aus der Rechnung auf der Basis der Exportpreise ergibt, muß nicht zur Gänze als Indiz für eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit genommen werden, jedenfalls dann nicht, wenn die Weltmarktanteile gehalten werden konnten, sondern sie kann auch Ausdruck dafür sein, daß deutsche Exporteure beim Verkauf erfolgreich waren und höhere Preise erzielten.

Aussagekräftiger ist in diesem Fall die Entwicklung des Kostengefälles. Im vierten Jahr hintereinander hat sich der gewogene nominelle Außenwert der D-Mark um weniger erhöht, als der Lohnkostenanstieg in der Bundesrepublik hinter dem seiner Handelspartner zurückgeblieben ist; den deutschen Anbietern blieb also auch nach Abzug der Wechselkursänderungen ein Kostenvorteil. Nicht erfaßt sind damit allerdings mögliche Vorteile oder Nachteile aufgrund einer international unterschiedlichen Entwicklung anderer Kostenkomponenten.

Eher an der Rechnung auf der Basis der Preise hat man anzuknüpfen bei der Frage, welche Wirkungen die Wechselkursentwicklung auf das inländische Preisniveau gehabt hat. Die Ausführpreise der Handelspartner — die letztlich die Einfuhrpreise der Bundesrepublik darstellen — stiegen in jeweiliger Währung zwar stärker als die deutschen Preise, nach Umrechnung in D-Mark aber schwächer. Trotz des Wertverlustes der D-Mark gegenüber dem Dollar hat die Bundesrepublik also im ganzen eher Preisniveaustabilität importiert. In noch stärkerem Maße gilt dies, wenn man den Blick nur auf den Kreis der dem Europäischen Währungssystem angehörenden Länder richtet.

VIII. Geldpolitik: Unterstützung für einen Aufschwung

192. Die Bundesbank hatte sich für das Jahr 1983 vorgenommen, durch eine mäßig expansive Politik die konjunkturelle Belebung zu unterstützen, die sich um die Jahreswende abzeichnete. Bis zum Frühjahr räumte sie der Zinssenkung am Geldmarkt Vorrang ein. Das Überschreiten der Zielvorgabe für die Zentralbankgeldmenge, das damit verbunden war, nahm sie in Kauf. Die außenwirtschaftlichen Grenzen dieser Politik erwiesen sich freilich als eng. Die erwünschte Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar blieb erneut aus; stattdessen ist hier ein weiterer kräftiger Wertverlust eingetreten. Noch immer hohe und zeitweise wieder steigende Zinsen in den Vereinigten Staaten trugen zu weiteren umfangreichen Abflüssen langfristigen Kapitals aus der Bundesrepublik bei. Der Versuch der Bundesbank, auf ein weiteres Sinken der Zinsen für Bankkredite und am Kapitalmarkt hinzuwirken, konnte unter diesen Bedingungen nicht erfolgreich sein. Die Zinssenkung im Inland geriet schon im Frühjahr ins Stocken und wurde vorübergehend wieder von einem Zinsanstieg abgelöst, obwohl von der aktuellen Preisentwicklung her ein weiterer Rückgang angelegt war. Ein Fortgang der Zinssenkung in der Bundesrepublik hätte eine noch weitergehende Abkopplung von ausländischen Zinsen bedeutet. Auf kurze Sicht kann die Geldpolitik hierzu keinen verlässlichen Beitrag leisten und auf längere Sicht zumindest eine expansive nicht.

(Vergleiche hierzu die abweichende Meinung unter Ziffer 419.)

Expansion der Zentralbankgeldmenge über das Ziel hinaus

193. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge, die wir als Indikator der Geldpolitik verwenden, ist im Jahre 1983 kräftig angestiegen. Besonders ausgeprägt war die Zunahme zu Beginn des Jahres. Im ersten Vierteljahr stieg die bereinigte Zentralbankgeldmenge nach Ausschaltung saisonaler Einflüsse um 5 Mrd DM an, nach nur 1,2 Mrd DM im letzten Viertel des vergangenen Jahres und 7,9 Mrd DM im gesamten Vorjahr (Schaubild 28). Nach einer deutlichen Abschwächung des Expansionstempos im zweiten Vierteljahr kam es in den Sommermonaten erneut zu einer Beschleunigung; für die ersten neun Monate ergibt sich, hochgerechnet auf eine Jahresrate, ein Anstieg von 8,2 vH. Gegenüber dem September 1982 beträgt er nur 7 vH; denn im vierten Vierteljahr 1982 hatte die Zentralbankgeldmenge nur wenig zugenommen.

Einen ähnlichen Verlauf wie die bereinigte Zentralbankgeldmenge weist der Indikator der Bundesbank auf, die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen. Diese hat bis Oktober gegenüber ihrem Durchschnittsstand im vierten Vierteljahr 1982, der Basis für das Geldmengenziel der Bundesbank, mit einer Jahresrate von 7,6 vH zugenommen (Schaubild 29).

Die konzeptionellen Unterschiede zwischen der Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung der Bundesbank und der in der Abgrenzung des Sachverständigenrates fallen in diesem Jahr weniger ins Gewicht (Anhang IV, Abschnitt C). Bis September lagen die Zuwachsraten nur etwa 0,4 Prozentpunkte auseinander. In den ersten neun Monaten des Vorjahres hatte die Differenz fast 1 Prozentpunkt betragen. Die unterschiedliche Abgrenzung, vor allem die Behandlung der Einlagen von Ausländern, hatte in diesem Jahr kaum eine Bedeutung. Wie in den vergangenen Jahren waren die unterschiedlichen Verfahren bei der Bereinigung um den Effekt von Änderungen der Mindestreservesätze dominant. Der wesentliche Grund für die geringe Differenz in den Expansionsraten in diesem Jahr liegt in der kräftigen Expansion des Bargeldumlaufs, der in der bereinigten Zentralbankgeldmenge ein höheres Gewicht hat.

194. Die Bundesbank verweist in ihren Erläuterungen auf Sonderfaktoren, die bei der Interpretation der Entwicklung der Zentralbankgeldmenge in der ersten Jahreshälfte berücksichtigt werden müßten. Es handelt sich dabei teilweise um geldangebotsseitige Störungen, nämlich um die hohen Devisenzuflüsse vor der Neufestsetzung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem und um die Gewinnausschüttung der Bundesbank an den Bund, teilweise um nachfrageseitige, nämlich Änderungen in der Haltung von Spareinlagen in beträchtlicher Höhe zu Jahresbeginn. Diese Faktoren hätten jedoch nicht zu der Expansion der Zentralbankgeldmenge führen müssen, die die Bundesbank zugelassen hat.

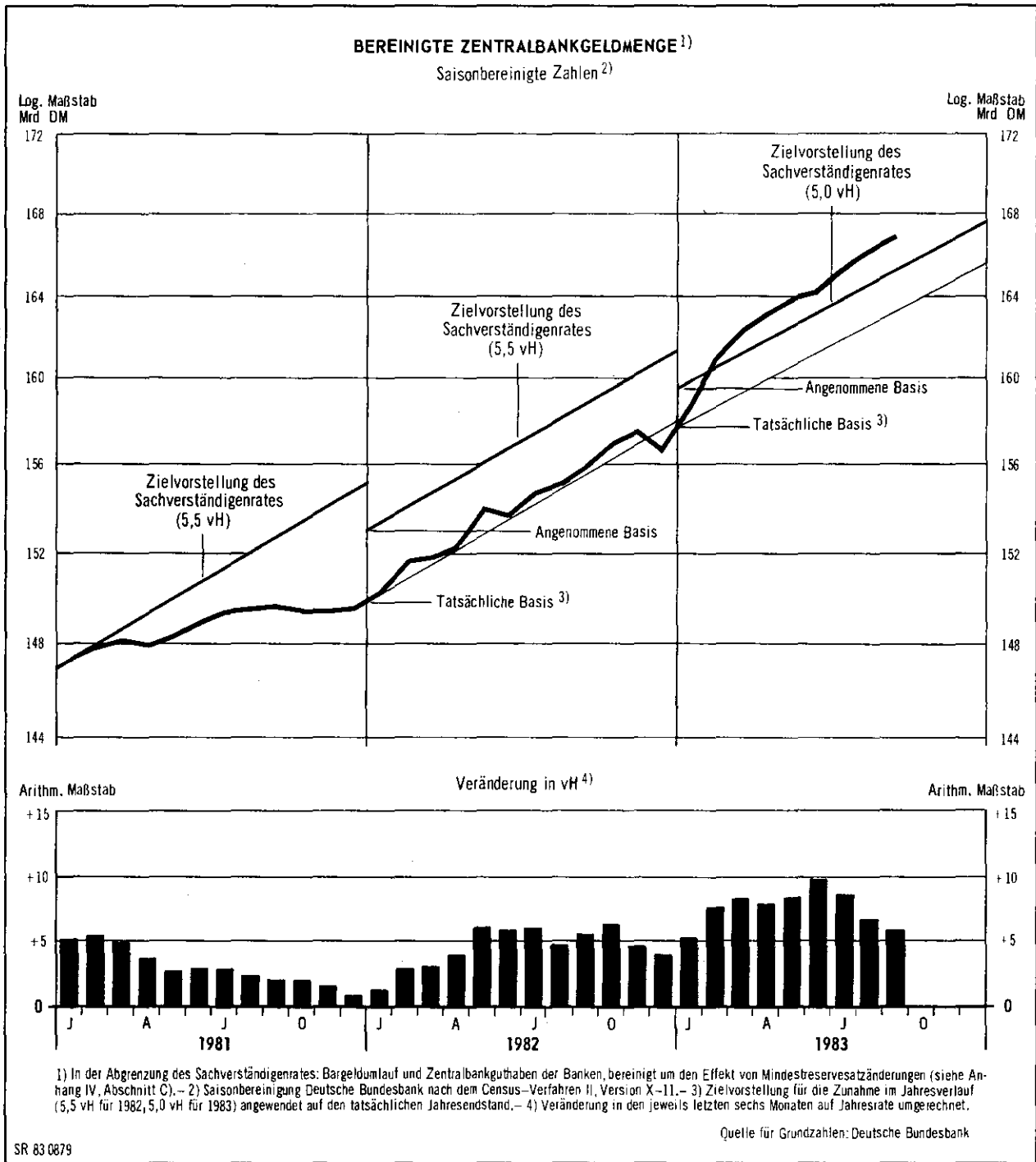
(Vergleiche hierzu die abweichende Meinung unter Ziffer 419.)

Hohe Devisenzuflüsse, wie sie vor der Neufestsetzung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem am 21. März zu beobachten waren, können zu einer Ausweitung der Zentralbankgeldmenge führen, wenn die Bundesbank nicht zur Kompensation an anderer Stelle Geld abschöpft. Der begrenzte Einfluß von Veränderungen einzelner Entstehungskomponenten läßt sich am Beispiel des Monats März demonstrieren, als die Spekulation im Europäischen Währungssystem kulminierte. Die Devisenbestände haben allein in diesem Monat um 9,1 Mrd DM zugenommen. Gleichzeitig wurden dem Bankensystem durch Überweisungen zugunsten der Zentralbankkonten von Bund und Ländern sowie aufgrund auslaufender Wertpapierpensionsgeschäfte aber 10,3 Mrd DM Zentralbankgeld entzogen. Die Banken haben daher trotz hoher Devisenzuflüsse in erheblichem Umfang auf den Notenbankkredit zurückgegriffen.

Auf die Devisenzuflüsse von 11,4 Mrd DM in den Monaten Februar und März folgten, wie nach einer Neufestsetzung der Wechselkurse üblich, Devisenabflüsse im April und Mai im Umfang von 11,7 Mrd DM. Zusammengenommen haben die Veränderungen der Devisenbestände in dieser Zeit also nicht zur Entstehung von Zentralbankgeld beigetragen (Tabelle 24).

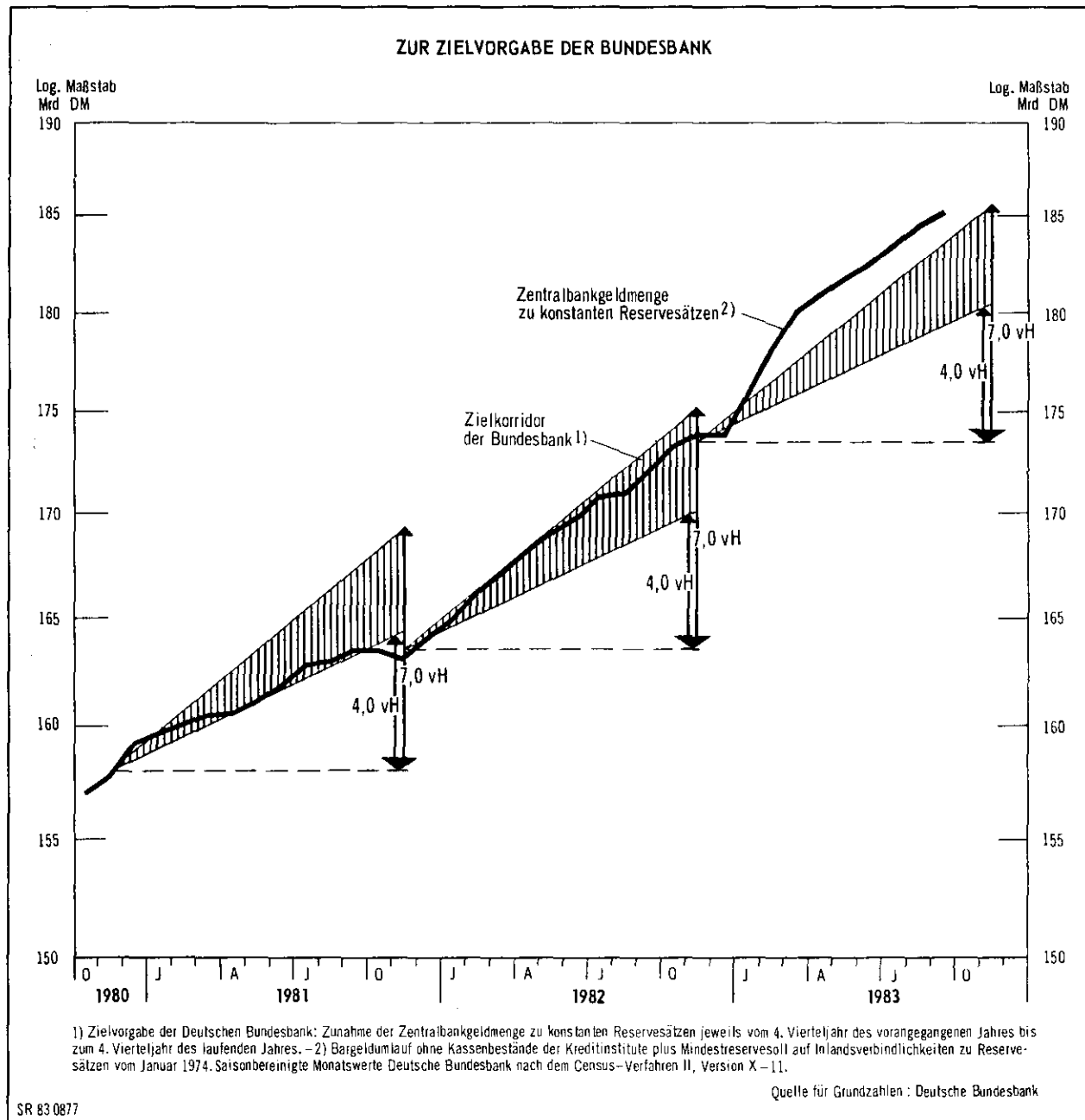
Die Ausschüttung des Bundesbankgewinns ist ebenfalls nur eine der Entstehungskomponenten des Geldangebots. Weil Quantum und Zeitpunkt der

Schaubild 28



SR 83 0879

Schaubild 29



Ausschüttung längere Zeit vorher bekannt sind, ist die Bundesbank in der Lage, Vorsorge zu treffen. Die Ausschüttung eines Bundesbankgewinns selbst in der Größenordnung von 10 Mrd DM beeinträchtigt die Bundesbank nicht in ihrer Fähigkeit, für eine an ihrem Mengenziel orientierte Ausweitung der Zentralbankgeldmenge zu sorgen (SG 81 Ziffer 33).

195. Kurzfristige angebotsseitige Störungen dieser Art sind selbst dann problemlos, wenn sie in einzelnen Monaten zu einem Hochschnellen der Geldmenge führen. Die Notenbank kann durch abschöpfende Maßnahmen in den Folgemonaten die Zentralbankgeldmenge auf den Zielpfad zurückführen, ohne letztlich einen Zinsanstieg zu bewirken.

Die Zinsen werden zunächst sinken und nach der Korrektur wieder auf ihr Ausgangsniveau steigen. Zur Erklärung einer Expansion über einen Zeitraum von einem halben Jahr eignen sich solche Gründe nicht.

196. Der dritte von der Bundesbank angeführte Sonderfaktor, die im Vergleich zum Vorjahr höheren frei gewordenen Spareinlagen zu Jahresbeginn, ist insoweit anders zu sehen, als es zu einer Umschichtung von mindestreservefreien zu mindestreservepflichtigen Einlagen gekommen ist und daher die Geldnachfrage im Spiel war. Derartige temporäre Störungen von seiten der Geldnachfrage müssen aber von der Geldpolitik nicht honoriert werden. Sie treten in beiden Richtungen auf und sind

Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge¹⁾

Zeitraum	Ins- gesamt	Entstehung					Verwendung		Bereinigte Zentral- bankgeldmenge ⁷⁾ (Geldbasis)	
		Netto- Aus- lands- position ²⁾	Refinan- zierungs- kredite an Banken	Liquiditäts- politische Maß- nahmen der Bundes- bank ³⁾	Kreditge- währung an den Staat ⁴⁾	sonstige Ein- flüsse ⁵⁾	Bargeld- umlauf ⁶⁾	Reserve- soll und Über- schuß- reserve	Ur- sprungs- werte	saison- berei- nigt ⁸⁾
1978	+15 861	+20 307	+ 5 200	- 3 620	- 2 139	- 3 887	70,3	49,4	125,7	X
1979	+10 930	- 5 178	+16 999	+ 427	+ 3 853	- 5 171	75,9	59,4	137,0	
1980	- 4 331	-24 644	+13 302	+15 006	+ 299	- 8 294	79,9	56,8	143,6	
1981	- 1 504	- 3 142	+ 3 828	+ 3 897	+ 1 128	- 7 215	81,6	51,2	148,7	
1982	+ 1 895	+ 1 716	+ 4 349	+ 1 700	- 4 056	- 1 814	84,1	52,4	154,1	
1982 1. Vj.	- 4 488	- 2 250	+ 975	+ 4 106	- 2 902	- 4 417	81,6	53,2	150,9	151,2
2. Vj.	+ 2 605	+ 2 298	- 471	- 6 538	- 1 306	+ 8 622	82,8	53,3	152,3	153,3
3. Vj.	+ 1 816	+ 105	+ 3 110	+ 3 006	- 1 030	- 3 375	85,2	53,9	155,2	155,2
4. Vj.	+ 1 962	+ 1 563	+ 735	+ 1 126	+ 1 182	- 2 644	86,9	49,4	157,8	157,1
1983 1. Vj.	- 1 436	+13 298	- 1 280	-11 526	- 1 108	- 820	87,3	51,4	160,2	160,6
2. Vj.	+ 2 773	-13 731	+ 5 343	+ 844	+ 1 941	+ 8 376	89,9	51,1	162,6	163,7
3. Vj.	+ 2 254	- 3 184	+ 3 259	+ 6 266	- 540	- 3 547	93,0	51,7	166,2	166,2
1982 Jan	- 2 943	- 980	- 285	+ 215	+ 237	- 2 130	82,2	53,7	152,0	150,3
Feb	- 1 709	- 1 283	+ 1 730	- 2 715	+ 1 297	- 738	81,1	53,0	150,3	151,6
Mär	+ 164	+ 13	- 470	+ 6 606	- 4 436	- 1 549	81,4	53,0	150,5	151,8
Apr	+ 544	+ 1 104	- 1 944	- 586	- 767	+ 2 737	82,3	52,6	151,1	152,3
Mai	+ 1 616	+ 1 022	+ 2 077	- 4 888	- 3 623	+ 7 028	82,9	53,6	152,7	153,9
Jun	+ 445	+ 172	- 604	- 1 064	+ 3 084	- 1 143	83,2	53,7	153,1	153,7
Jul	+ 2 546	+ 307	+ 5 012	- 1 680	+ 719	- 1 812	85,7	53,8	155,7	154,7
Aug	- 671	- 359	- 1 365	+ 847	+ 1 520	- 1 314	85,1	53,7	155,0	155,1
Sep	- 59	+ 157	- 537	+ 3 839	- 3 269	- 249	84,7	54,0	155,0	155,9
Okt	- 5 105	+ 228	- 1 016	- 1 395	- 2 956	+ 34	85,0	48,7	155,3	157,1
Nov	+ 649	+ 798	+ 1 511	- 2 609	+ 2 545	- 1 596	85,3	49,0	155,9	157,5
Dez	+ 6 418	+ 537	+ 240	+ 5 130	+ 1 593	- 1 082	90,3	50,4	162,3	156,7
1983 Jan	- 1 822	+ 1 861	- 1 412	- 1 276	+ 628	- 1 623	87,1	51,8	160,3	158,7
Feb	- 1 000	+ 2 363	- 1 441	- 5 164	+ 2 743	+ 499	86,7	51,2	159,4	160,7
Mär	+ 1 386	+ 9 074	+ 1 573	- 5 086	- 4 479	+ 304	88,1	51,1	160,8	162,2
Apr	+ 919	- 4 882	+ 233	- 2 400	+ 887	+ 7 081	89,1	51,1	161,8	163,1
Mai	+ 593	- 6 833	+ 2 327	+ 2 152	+ 1 942	+ 1 005	90,0	50,8	162,4	163,9
Jun	+ 1 261	- 2 016	+ 2 783	+ 1 092	- 888	+ 290	90,6	51,5	163,6	164,2
Jul	+ 2 962	+ 32	- 905	+ 3 887	+ 604	+ 656	93,3	51,7	166,5	165,4
Aug	- 438	- 2 281	+ 3 021	+ 540	+ 814	- 2 532	93,0	51,6	166,1	166,2
Sep	- 270	- 935	+ 1 143	+ 1 839	- 1 958	- 359	92,7	51,6	165,9	166,9

¹⁾ In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken.

²⁾ Währungsreserven (einschließlich Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland) abzüglich Auslandsverbindlichkeiten. Ohne Devisen-swap- und -pensionsgeschäfte.

³⁾ Offenmarktoperationen, Devisen-swap- und -pensionsgeschäfte, Verlagerungen von Bundesguthaben in den Geldmarkt (nach § 17 BBankG).

⁴⁾ Ohne vorübergehend zu den Kreditinstituten verlagerte öffentliche Gelder (nach § 17 BBankG).

⁵⁾ Unter anderem Ertragsbuchungen der Bundesbank.

⁶⁾ Ab März 1978 ohne Kassenbestände der Kreditinstitute.

⁷⁾ Bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen; siehe Anhang IV, Abschnitt C.

⁸⁾ Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X - 11.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

nach Quantum und Dauer nicht prognostizierbar. Als im Juli ein noch höherer Betrag an Spareinlagen frei wurde, sah die Bundesbank keinen Anlaß zu einer so hohen Ausweitung der Zentralbankgeldmenge wie im Januar. Auch glaubte sie zu erkennen, daß schon bald nach der Freigabe über die freigewordenen Mittel verfügt wurde.

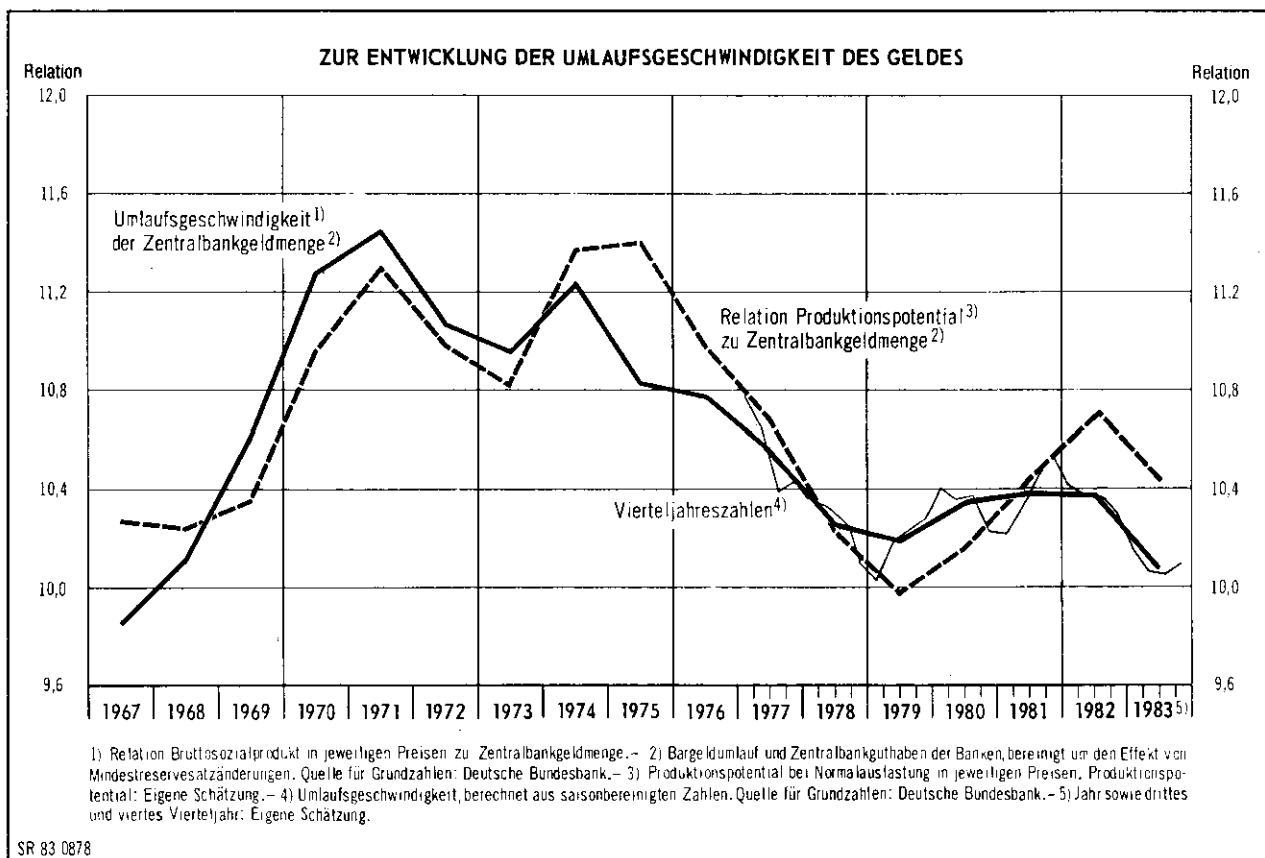
197. Für die Beurteilung der Geldpolitik ist es von nachrangiger Bedeutung, ob die Zentralbankgeldmenge im Verlauf des Jahres stetig oder unstetig ausgeweitet worden ist. Für eine kurze Frist, also einen Zeitraum von wenigen Monaten, ist weder ein Überschießen noch ein Unterschreiten des Zielpfades für die Konjunktur, für den Kapitalmarktzins oder für die Geldwertentwicklung bedeutsam. Worauf es ankommt, ist die Expansion über einen längeren Zeitraum, ungefähr ein Jahr. Für diesen Zeitraum werden in zahlreichen Ländern Geldmengenziele festgelegt.

198. Die Bundesbank hatte ihr Geldmengenziel für 1983 Anfang Dezember vergangenen Jahres verkündet. Wie schon für die beiden vorausgegangenen Jahre sollte eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen um 4 vH bis 7 vH, gemessen vom vierten Vierteljahr 1982 bis zum vierten Vierteljahr 1983, angestrebt werden. Als Basisgrößen dieser Zielvorgabe hatte die Bundesbank das Wachstum des Produktionspotentials

mit $1\frac{1}{2}$ vH bis 2 vH und einen unvermeidlichen Anstieg des Preisniveaus von $3\frac{1}{2}$ vH, jeweils im Jahresdurchschnitt gemessen, angesetzt. In eine Verlaufsvorstellung umgesetzt, ergab sich daraus eine Zuwachsrate für die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen von 5 vH bis $5\frac{1}{2}$ vH. Wiederum hatte die Bundesbank bei der Zielvorgabe angegeben, welchen Kurs sie innerhalb des Korridors steuern wollte. Unter dem Eindruck der ungünstigen konjunkturellen Lage im Herbst vergangenen Jahres hatte sich die Bundesbank im Rahmen der Möglichkeiten, die der Zielkorridor dafür bietet, für eine mäßig antizyklische Politik ausgesprochen. Solange die schwache Konjunktur im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Probleme steht und die Preis- und Kostenentwicklung sowie die außenwirtschaftliche Lage dies zulassen, strebte die Bundesbank eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge in der oberen Hälfte der Bandbreite an. Ein temporär beschleunigtes Wachstum der Geldmenge erschien der Bundesbank auch deshalb vertretbar, weil sie mit einem konjunkturbedingten Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes rechnete.

199. Der Sachverständigenrat hatte für 1983 eine Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge um etwa 5 vH im Verlauf des Jahres für ausreichend und angemessen gehalten. Dabei waren wir hinsichtlich der Ausgangsbasis einer solchen Ex-

Schaubild 30



pansion davon ausgegangen, daß die Zentralbankgeldmenge am Jahresende 1982 um etwa $6\frac{1}{2}$ vH über ihrem Vorjahresstand liegen würde. Das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials war auf $1\frac{1}{2}$ vH geschätzt worden. Für den kurzfristig unvermeidlichen weiteren Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus war zu einem Ansatz von $2\frac{1}{2}$ vH, höchstens 3 vH geraten worden. Auch unter Berücksichtigung der Mehrwertsteuererhöhung zur Jahresmitte bedeutete dies keine Fortsetzung des Stabilisierungsdrucks von der Geldpolitik, vielmehr entsprach der für unvermeidlich gehaltene Anstieg des Preisniveaus nahezu dem Preisanstieg, der für 1983 erwartet wurde. Ein weiterer Zuschlag war vorzunehmen für ein trendmäßiges Sinken der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Dabei sollte auch der Sorge Rechnung getragen werden, daß in der Phase restriktiver Geldpolitik in den Jahren 1980 und vor allem 1981 eine Unterversorgung der Wirtschaft mit Geld entstanden sein mochte, die gegebenenfalls in die Gegenwart hineinwirkte und eine Erholung der Wirtschaft behinderte. Um nicht den Eindruck eines Kurswechsels in der Geldpolitik entstehen zu lassen, sollte dem möglichen Korrekturbedarf allmählich Rechnung getragen werden. Der Sachverständigenrat hatte geraten, den Zuschlag für eine mittelfristige Senkung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes auf $\frac{1}{2}$ vH, höchstens 1 vH anzusetzen (JG 82 Ziffer 249).

200. Die tatsächliche Entwicklung der bereinigten Zentralbankgeldmenge ist wie erwähnt von einer solchen Zielvorstellung deutlich nach oben abgewichen. Zwar war die Ausgangsbasis niedriger als erwartet. Die Zentralbankgeldmenge hatte in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres kaum zugenommen; am Jahresende 1982 war sie nur um 5,2 vH höher als zu Beginn. Aber auch wenn man der niedriger als erwartet ausgefallenen Ausgangsbasis für 1983 Rechnung trägt und das aktuelle Expansionstempo etwa am weniger gedrückten Stand vom September 1982 mißt, also die starke Zunahme der Zentralbankgeldmenge im ersten Vierteljahr 1983 insoweit als eine Korrektur der schwachen Zunahme gegen Ende des vergangenen Jahres ansieht, bleibt der Zuwachs oberhalb dessen, was als konjunkturneutral gelten kann. Die Geldpolitik des Jahres 1983 hat einen expansiven Impuls gesetzt, wenn auch keinen sehr starken.

201. Die kräftige Expansion der Zentralbankgeldmenge, vor allem im ersten Vierteljahr 1983, führte zu einer raschen Korrektur der möglichen Unterversorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld. Die Umlaufgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge, die schon das vergangene Jahr über gesunken war, fiel zu Jahresbeginn 1983 steil ab (Schaubild 30). Und trotz konjunktureller Belebung blieb die Umlaufgeschwindigkeit bis zum Herbst rückläufig. Mit anderen Worten: Das vermehrte Zentralbankgeld wurde nicht mehr so intensiv genutzt wie zuvor.

Ein von konjunkturellen Einflüssen nicht verzerrtes Bild über die Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld liefert die Relation von Produkti-

onspotential zu Zentralbankgeldmenge. Auch sie ist 1983 niedriger als 1982, das heißt, das Produktionspotential hat weniger zugenommen als die Zentralbankgeldmenge, die Geldversorgung ist also reichlicher geworden. In den Jahren 1978 und 1979, also in der Zeit vor der letzten Restriktionsphase, sind die Werte noch höher gewesen, diese stehen aber für eine Phase der Überversorgung mit Geld. Aus der längerfristigen Betrachtung kann derzeit nicht mehr auf eine fortbestehende Unterversorgung geschlossen werden, selbst wenn man eine möglicherweise im Trend fallende Umlaufgeschwindigkeit des Geldes berücksichtigt. Die Bundesbank war bereits im Frühjahr 1982 zu dem Urteil gelangt, daß die Geldversorgung in mittelfristiger Sicht weder zu reichlich noch zu knapp bemessen war, also schon damals kein Korrekturbedarf mehr in bezug auf die Restriktionsphase der Geldpolitik bestand.

(Vergleiche hierzu die abweichende Meinung unter Ziffer 419.)

Aufgeschobene Korrektur

202. Die Bundesbank räumte bis zum Frühjahr einer weiteren Zinssenkung Vorrang ein gegenüber einer zielgerechten Ausweitung der Zentralbankgeldmenge. Nachdem schon im letzten Viertel des vergangenen Jahres die Leitzinsen zweimal um einen Prozentpunkt gesenkt und auf diese Weise die Nachfrage nach Geld und Kredit angeregt worden war, setzte die Bundesbank am 17. März dieses Jahres den Diskontsatz von 5% auf 4% und den Lombardsatz von 6% auf 5% herab, obwohl eine überaus kräftige Zunahme der Zentralbankgeldmenge im Gange war. Gleichzeitig wurden die Rediskontkontingente um 5 Mrd DM gekürzt, nachdem sie sieben Wochen zuvor aufgestockt worden waren. Sie sollten Ersatz bieten für den hohen Bestand an Forderungen gegenüber Kreditinstituten aus revolvingierenden kurzfristigen Operationen, den die Bundesbank abzubauen begonnen hatte (Tabelle 25).

Mit dem Beschluß von Mitte März wollte die Bundesbank einerseits der Zinssenkung am Kapitalmarkt und am Markt für Bankkredite einen weiteren Impuls geben, andererseits aber die überbordenden freien Reserven der Kreditinstitute beschneiden. Ein hoher Spielraum für die Schaffung von Zentralbankgeld über die Inanspruchnahme unausgenutzter Refinanzierungslinien hatte sich bereits im letzten Viertel des vergangenen Jahres ergeben. Den weiteren Liquiditätszuflüssen bei den Banken aus dem Ankauf von Devisen durch die Bundesbank sowie aus Krediten an den Staat stand zwar ein weiterer Abbau von Forderungen der Bundesbank an Kreditinstitute gegenüber. Im Gesamtergebnis stiegen aber die freien Reserven der Banken rapide an, bis auf fast 14 Mrd DM im März; der Ausnutzungsgrad der Rediskontkontingente ging auf 85 vH im Februar und auf 80 vH im März zurück, die Lombardkredite der Banken erreichten einen sehr niedrigen Stand (Schaubild 31). Die Bundesbank hatte sich also, nicht zuletzt durch die Ausweitung der Rediskontkontingente, in eine schwie-

rige Lage gebracht. Die hohen Abflüsse von Devisen nach der Neufestsetzung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem am 21. März und die Rücknahme der Rediskontkontingente erleichterten es ihr dann aber, die Ausschüttung des Gewinns an den Bund Anfang April liquiditätsmäßig zu bewältigen. Die freien Reserven der Banken nahmen sogar deutlich ab. Es blieb aber der Ausweg in den Lombardkredit. Und auch als die Bundesbank im Sommer erneut Zentralbankgeld über kurzfristige Operationen am Geldmarkt bereitstellte, haben die Banken außerdem noch sehr stark den Lombardkredit in Anspruch genommen. Eine zielgerechte Abschwächung in der Zunahme der Zentralbankgeldmenge zeichnete sich nicht ab, jedenfalls nicht

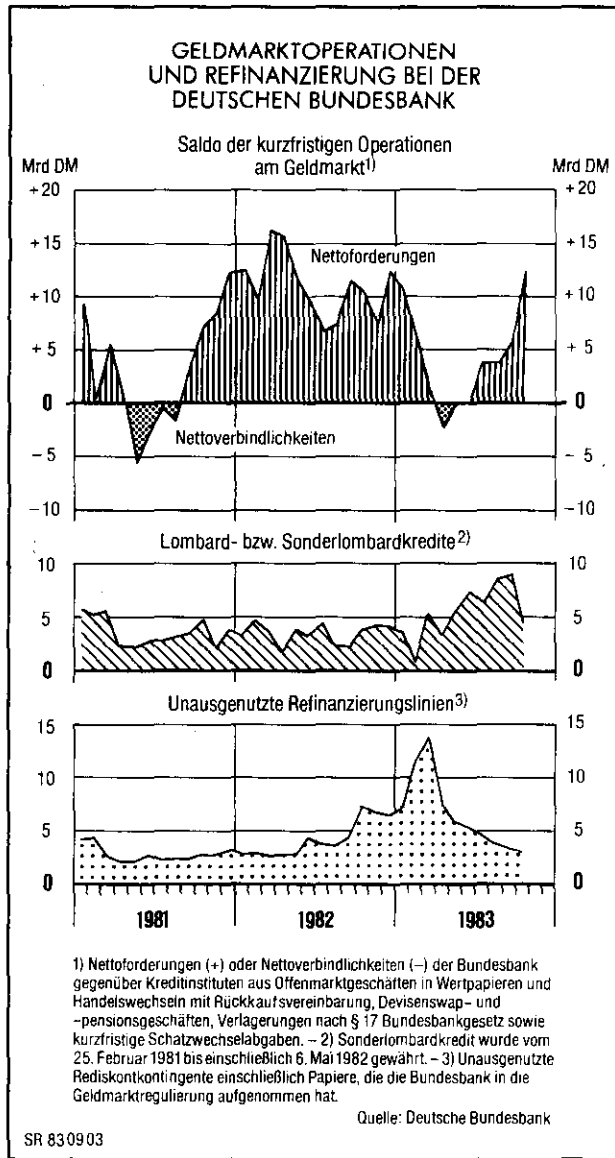
ohne eine Anhebung der Zinssätze für den Notenbankkredit. Anfang September hob die Bundesbank den Lombardsatz um einen halben Prozentpunkt an. Der Diskontsatz blieb unverändert. Ein Signal, das möglicherweise als Zeichen für einen Kurswechsel interpretiert worden wäre, wollte die Bundesbank nicht geben. Die Inanspruchnahme des Lombardkredits blieb auch danach zunächst noch unerwünscht hoch. Erst als die Bundesbank Anfang Oktober mit den Banken Wertpapierpensionsgeschäfte abschloß, ging die Lombardverschuldung auf ein normales Maß zurück. Über kurzfristige Geldmarktoperationen hat die Bundesbank im Oktober wieder 12 Mrd DM Zentralbankgeld vorübergehend bereitgestellt.

Tabelle 25

Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Datum	
1982	
23. September	Der Zentralbankrat beschließt, zum 1. Oktober die Mindestreservesätze für Inlands- und Auslandsverbindlichkeiten der Kreditinstitute linear um 10 vH herabzusetzen. Zentralbankgeld im Umfang von knapp 5 ¹ / ₂ Mrd DM steht damit den Kreditinstituten zusätzlich zur Verfügung.
21. Oktober	Vom 22. Oktober an beträgt der Diskontsatz 6 % statt bisher 7 % und der Lombardsatz 7 % statt bisher 8 %.
2. Dezember	Der Zentralbankrat beschließt ein Geldmengenziel für 1983. Danach soll die Zentralbankgeldmenge vom vierten Vierteljahr 1982 bis zum vierten Vierteljahr 1983 um 4 vH bis 7 vH ausgeweitet werden. Dabei wurde ein Wachstum des Produktionspotentials von 1 ¹ / ₂ vH bis 2 vH unterstellt und gleichzeitig angenommen, daß der Auslastungsgrad der Wirtschaft im Verlauf des Jahres 1983 wieder zunehmen kann. Außerdem wurde ein unvermeidlicher Preisanstieg von 3 ¹ / ₂ vH berücksichtigt. Solange die Konjunkturschwäche im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Probleme steht und die Preis- und Kostenentwicklung sowie die außenwirtschaftliche Lage dies zulassen, will die Bundesbank den bisherigen Kurs einer Ausweitung der Zentralbankgeldmenge in der oberen Hälfte der Bandbreite fortführen. Mit Wirkung vom 3. Dezember wurden der Diskontsatz von 6 % auf 5 % und der Lombardsatz von 7 % auf 6 % herabgesetzt.
1983	
20. Januar	Vom 1. Februar an werden die Rediskontkontingente einschließlich der Linie für die Einreichung von Privatdiskonten um insgesamt 5 ¹ / ₂ Mrd DM aufgestockt.
17. März	Der Diskontsatz wird mit Wirkung vom 18. März von 5 % auf 4 %, der Lombardsatz von 6 % auf 5 % herabgesetzt. Die Rediskontkontingente der Kreditinstitute werden zum 5. April um 5 Mrd DM gekürzt.
7. April	Die Bundesbank führt 11 Mrd DM aus dem Reingewinn für das Geschäftsjahr 1982 an den Bund ab.
30. Juni	Bei der zur Jahresmitte üblichen Überprüfung des Geldmengenziels bestätigt der Zentralbankrat die Zielvorgabe vom Dezember 1982. Trotz der kräftigen Expansion der Zentralbankgeldmenge im ersten Vierteljahr 1983 hält der Zentralbankrat die Einhaltung des Geldmengenziels für möglich, falls sich die im zweiten Vierteljahr feststellbare Abschwächung des Geldmengenwachstums fortsetzt. Die Bundesbank sieht keinen Anlaß, ihre Politik zu ändern.
8. September	Der Zentralbankrat beschließt, den Lombardsatz mit Wirkung vom 9. September von 5 % auf 5 ¹ / ₂ % zu erhöhen. Mit dieser Maßnahme reagiert die Bundesbank auf das relativ starke Wachstum der Geldmenge, das zu einer Überschreitung des Ziels für das vierte Vierteljahr 1983 zu führen droht.

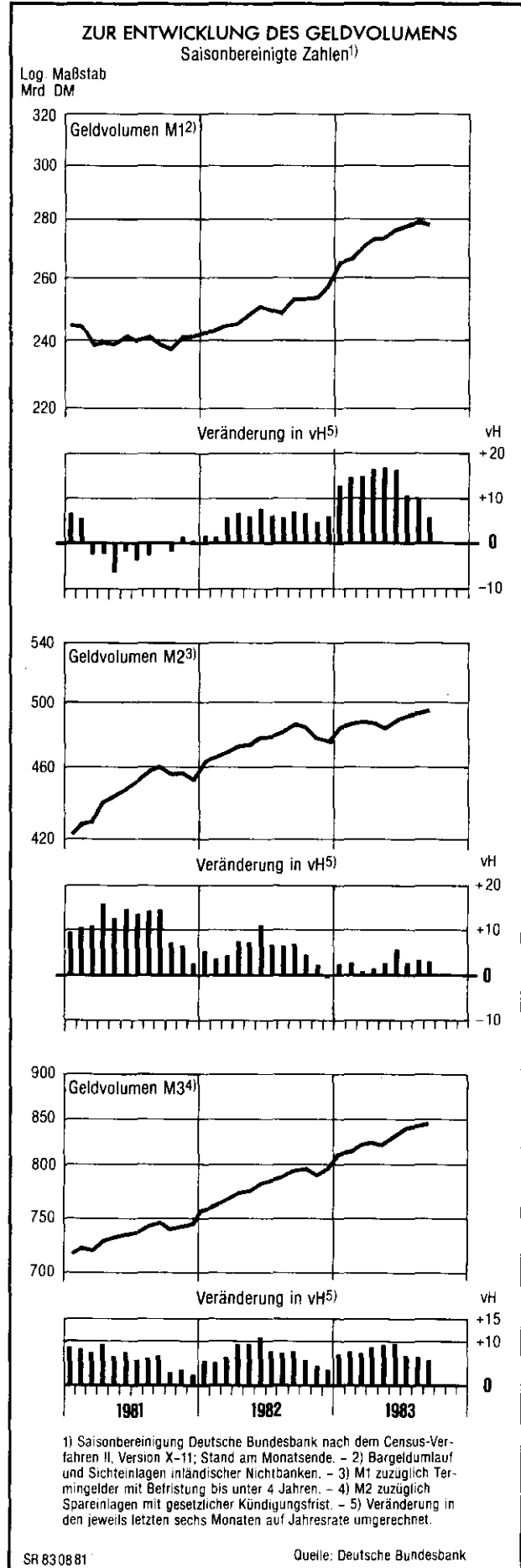
Schaubild 31



Monetäre Expansion: Anpassung an ein vermehrtes Geldangebot

203. Zu dem kräftigen Anstieg der Zentralbankgeldmenge gehörte eine beschleunigte Expansion des Geldvolumens, wobei dessen Komponenten und die Marktzinsen auf die Vermehrung und die Verbilligung des Angebots an der Geldbasis ganz unterschiedlich reagierten. Am stärksten expandierten die zinslosen Geldarten, also Bargeld und Sichteinlagen, die zuvor, in der Phase knappen Geldes, als das Halten von Geld mit hohen Kosten, zum Ausdruck kommend in entgangenem Zins, verbunden war, nur wenig zugenommen hatten. In den ersten neun Monaten nahmen der Bargeldumlauf, umgerechnet auf eine Jahresrate, um knapp 13 vH, die Sichteinlagen um 10 vH zu. Die Geldmenge M1, die Bargeld und Sichteinlagen zusammenfaßt, stieg um 11 vH an. Setzt man die Geldmenge M1 oder deren Komponenten in Relation zum Bruttosozialprodukt, so zeigt sich, daß diese Relationen 1983 Werte erreichen wie in den Jahren 1978 und 1979, also einer Phase der Überversorgung mit Geld.

Schaubild 32



Die kurzfristigen Termineinlagen hingegen, die in der Hochzinsphase stark zugenommen hatten, wurden nun per Saldo abgebaut. Aufgrund der starken Ausweitung des Geldangebots wurden die Banken von dieser Refinanzierungsquelle unabhängiger, und sie boten nun Zinsen, die Termineinlagen wenig attraktiv machten. Die Geldmenge M2, die zusätzlich zum Bargeld und zu den Sichteinlagen die kürzerfristigen Termineinlagen enthält, nahm in den ersten neun Monaten nur mit einer Jahresrate von $5\frac{1}{2}$ vH zu.

Die niedrig verzinslichen Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist wiederum sind kräftig aufgestockt worden, nachdem wegen des gesunkenen Kapitalmarktzinses die Differenz zu höherverzinslichen, aber mit einem Kursrisiko behafteten Anlagen kleiner geworden ist. Ihr Zuwachs betrug von Januar bis September 1983, auf eine Jahresrate umgerechnet, $12\frac{1}{2}$ vH. Die Geldmenge M3, die außer M2 diese Spareinlagen enthält, nahm mit $8\frac{1}{2}$ vH in den ersten neun Monaten recht kräftig zu (Schaubild 32).

Kreditmärkte im Zeichen der Konsolidierung

204. Die konjunkturelle Belebung und die Vermehrung des Geldangebots haben ihren Niederschlag in den Finanzierungsvorgängen der Volkswirtschaft gefunden. Da die privaten Haushalte in der ersten Jahreshälfte ihre Ausgaben für den Verbrauch stärker erhöhten als ihre verfügbaren Einkommen zunahmen, wurde aus laufendem Einkommen weniger Geldvermögen gebildet als im Vorjahr. Die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte brutto gerechnet hat gegenüber dem ersten Halbjahr 1982 weniger abgenommen als die Ersparnis. Dies wurde möglich, weil die Haushalte in stärkerem Maße Konsumentenkredite zur Finanzierung steigender Verbrauchsausgaben bei schwacher Einkommensexpansion in Anspruch nahmen; günstigere Konditionen für den Konsumentenkredit, der allerdings noch immer als sehr teuer gelten kann, haben die Entscheidung erleichtert, Ausgaben auf dem Kreditwege zu finanzieren. Die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte im ersten Halbjahr bestand darin, daß die Bestände an Bargeld und Sichteinlagen, die in der Phase sehr hoher Zinsen klein gehalten, zeitweise sogar abgebaut worden waren, wieder aufgefüllt wurden, darüber hinaus hat der Erwerb von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren zugenommen. Nicht zuletzt haben die Haushalte das Kontensparen verstärkt, das in der Hochzinsphase sehr stark an Bedeutung verloren hatte, mit der Verringerung des Zinsabstandes gegenüber anderen Vermögensarten aber schon im Jahre 1982 wieder zur wichtigsten Anlageform geworden war.

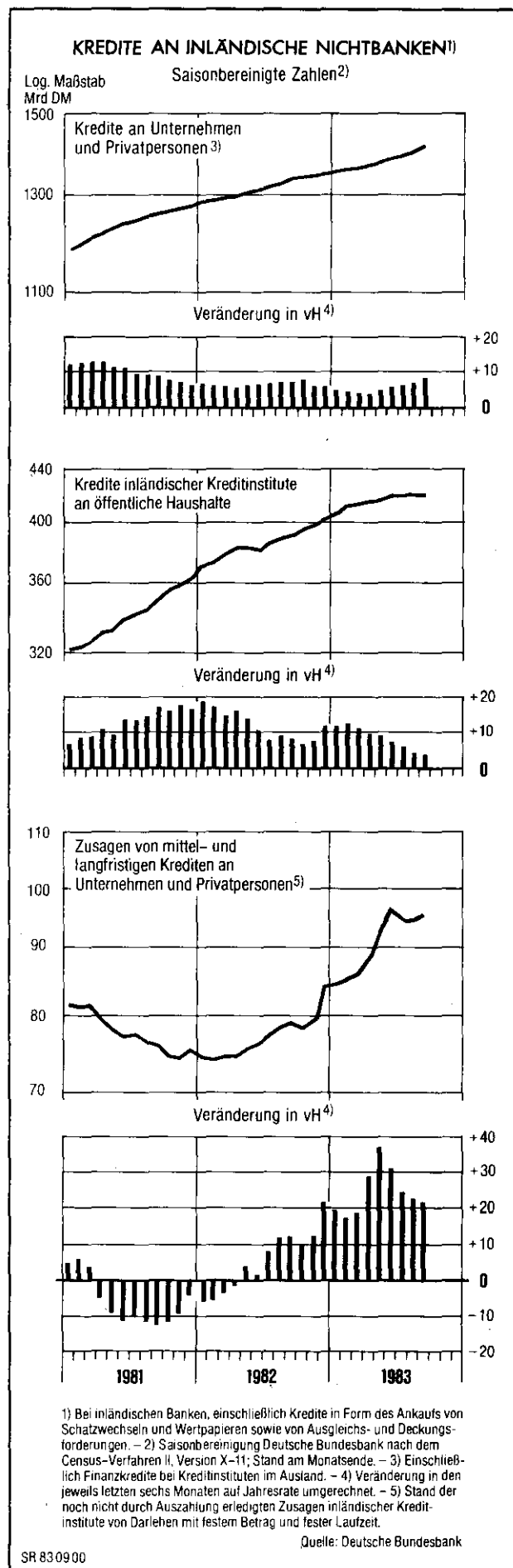
205. Die Unternehmen, hier ohne Wohnungswirtschaft und ohne Banken, Versicherungen und Bausparkassen, haben im ersten Halbjahr 1983 ihre Bemühungen um eine Konsolidierung ihrer finanziellen Situation fortgesetzt. Bei weiter verbesserten Angebotsbedingungen und wieder etwas günstigeren Absatzaussichten nahm die Investitionstätig-

keit zu. Die verbesserte Gewinnsituation führte dazu, daß trotz gestiegener Investitionsausgaben die hohe Eigenfinanzierungsquote des vergangenen Jahres noch übertroffen wurde. Gleichzeitig verringerte sich das Finanzierungsdefizit des Unternehmenssektors auf $\frac{1}{2}$ Mrd DM gegenüber 17 Mrd DM im ersten Halbjahr 1982. Zur Verbesserung der finanziellen Situation trug bei, daß es keinen weiteren Kostenanstieg gab. Außerdem konnten die in der Phase hoher Zinsen deutlich gestiegenen kurzfristigen Schulden teilweise in längerfristige Kredite umgewandelt werden. Das vermehrte und verbilligte Kapitalangebot hat die Unternehmen zu einer stärkeren Ausweitung ihrer längerfristigen Verschuldung veranlaßt, während kurzfristige Kredite per Saldo getilgt wurden. In der Summe haben die Unternehmen weniger Kredite aufgenommen als im ersten Halbjahr 1982. Ins Gewicht fällt dabei vor allem die drastisch verminderte Aufnahme kurzfristiger Kredite im Ausland. Freilich war auch die Geldvermögensbildung der Unternehmen niedriger als vor Jahresfrist. Ein Zuwachs ist bei den Beständen an Bargeld und Sichteinlagen und beim Erwerb von Aktien zu verzeichnen, während Termingelder und Kreditbeziehungen zwischen Unternehmen abgebaut wurden.

Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte einschließlich Sozialversicherungen fiel im ersten Halbjahr 1983 trotz anhaltender Bemühungen, dem Ausgabenanstieg enge Grenzen zu setzen, noch etwas höher aus als zur gleichen Zeit des Vorjahres; aufs Jahr gesehen dürfte sich jedoch ein niedrigeres Defizit ergeben als 1982 (Ziffer 235). Wie im vergangenen Jahr hat der Staat überwiegend längerfristige Kredite aufgenommen, vor allem über die Emission von festverzinslichen Wertpapieren; wiederum hat er fast ausschließlich inländische Kreditmärkte in Anspruch genommen.

206. Die Kreditgewährung der inländischen Banken hat in diesem Jahr deutlich zugenommen. Zwar ist für das erste Vierteljahr nur ein schwacher Anstieg im Zuwachs des Bestandes an Bankkrediten ausgewiesen. Wegen der ungewöhnlich hohen Abschreibungen der Banken auf Inlandsforderungen, die überwiegend in den ersten Monaten des Jahres vorgenommen werden, unterzeichnet aber die Bestandsveränderung den Umfang der Neuausleihungen in dieser Zeit. Die Stärke der Nachfrage nach Bankkrediten wird eher durch das Expansions-tempo nach dem Frühjahr abgebildet. Es lag von April bis September, auf eine Jahresrate umgerechnet, bei $7\frac{1}{2}$ vH. Deutlich weniger Kredite haben die Banken an öffentliche Haushalte gegeben; Unternehmen und Privatpersonen haben dagegen vermehrt Kredite erhalten. Deren Nachfrage bei inländischen Banken nahm verstärkt zu, als im Frühjahr die Umkehr der Zinsentwicklung am Kapitalmarkt auch ein Ende der Zinssenkung am Markt für Bankkredite signalisierte. Dabei ist sowohl bei den Konsumentenkrediten als auch bei den Krediten für den Wohnungsbau und den Krediten an Unternehmen, berücksichtigt man hier die erwähnten Abschreibungen, eine stärkere Kreditnachfrage zu beobachten. In diesem Jahr überzeichnet freilich die Expansionsrate der Ausleihungen inländischer

Schaubild 33



Banken an Unternehmen und Privatpersonen deren Kreditaufnahme (Schaubild 33). Anders nämlich als im vergangenen Jahr haben diese ihre Verschuldung bei ausländischen Banken verringert.

Der sprunghafte Anstieg der Kreditzusagen im längerfristigen Bereich deutet darauf hin, daß es sich bei der Belebung der Kreditnachfrage um mehr als nur eine vorübergehende Erscheinung handelt. Die offenen Zusagen solcher Kredite sind in den ersten neun Monaten mit einer Jahresrate von 17 1/2 vH gestiegen. Hieran hatten die Zusagen von Krediten für den Wohnungsbau einen erheblichen Anteil.

207. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben blieb 1983 deutlich hinter dem Zuwachs der Zentralbankgeldmenge zurück. Eine unterschiedliche Entwicklung dieser Größen ist typisch für Phasen eines spürbaren Tempowechsels in der Geldpolitik. Im vergangenen Jahr war die Geldpolitik von der restriktiven Linie des Jahres 1981 allmählich auf einen neutralen Kurs eingeschwenkt. Im Ergebnis hatte die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge dem Anstieg der Ausgaben entsprochen, die Umlaufgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge war unverändert geblieben. Weicht die Geldpolitik, wie in diesem Jahr, spürbar von ihrem bisherigen Expansionstempo ab, so bleiben die Ausgaben zunächst dahinter zurück. Ohne große zeitliche Verzögerung wirkt der monetäre Impuls nur auf die Finanzmärkte.

Die Ausweitung des Geldangebots bewirkte eine erhöhte Kassenhaltung und eine Senkung der kurzfristigen Zinsen. Dafür steht zunächst die starke Zunahme des Bargeldumlaufs und der Sichteinlagen, in der Summe die Geldmenge M1. Solche Veränderungen in der Kassenhaltung beanspruchen Zentralbankgeld, zu 100 vH beim Bargeld und im Umfang des Mindestreservesatzes bei Sichteinlagen. Nur teilweise stand dem die Freisetzung von Mindestreserven durch den Abbau von Termineinlagen gegenüber. Zentralbankgeldbindend wirkte auch die starke Zunahme der reservepflichtigen Spareinlagen zu Lasten nicht reservepflichtiger Einlagen. Die erhöhten Geldbestände dienten nicht nur zur Finanzierung höherer Ausgaben für Konsum und Investitionen, sondern auch einer höheren Liquidität. Und auch die zusätzlich über Banken laufenden Kreditketten, die Zentralbankgeld binden, ersetzen anscheinend teilweise kurzfristige Kredite zwischen Unternehmen, waren also insofern ebenfalls Teil der Bemühungen der Unternehmen, ihre finanzielle Situation zu konsolidieren und dienten nicht dazu, neue Ausgaben zu finanzieren.

Eine im Vergleich zum Vorjahr höhere Geldkapitalbildung, vor allem die kräftige Zunahme langfristiger Termineinlagen, hat hingegen eine stärkere Ausweitung von Bankkrediten ohne mindestreservepflichtige Einlagen ermöglicht. Zugenommen haben in diesem Jahr auch die an den Banken vorbei über den Kapitalmarkt laufenden Kreditbeziehungen.

208. Am Kapitalmarkt hielt das Jahr 1983 über die hohe Bereitschaft an, Bestände an Geldvermögen

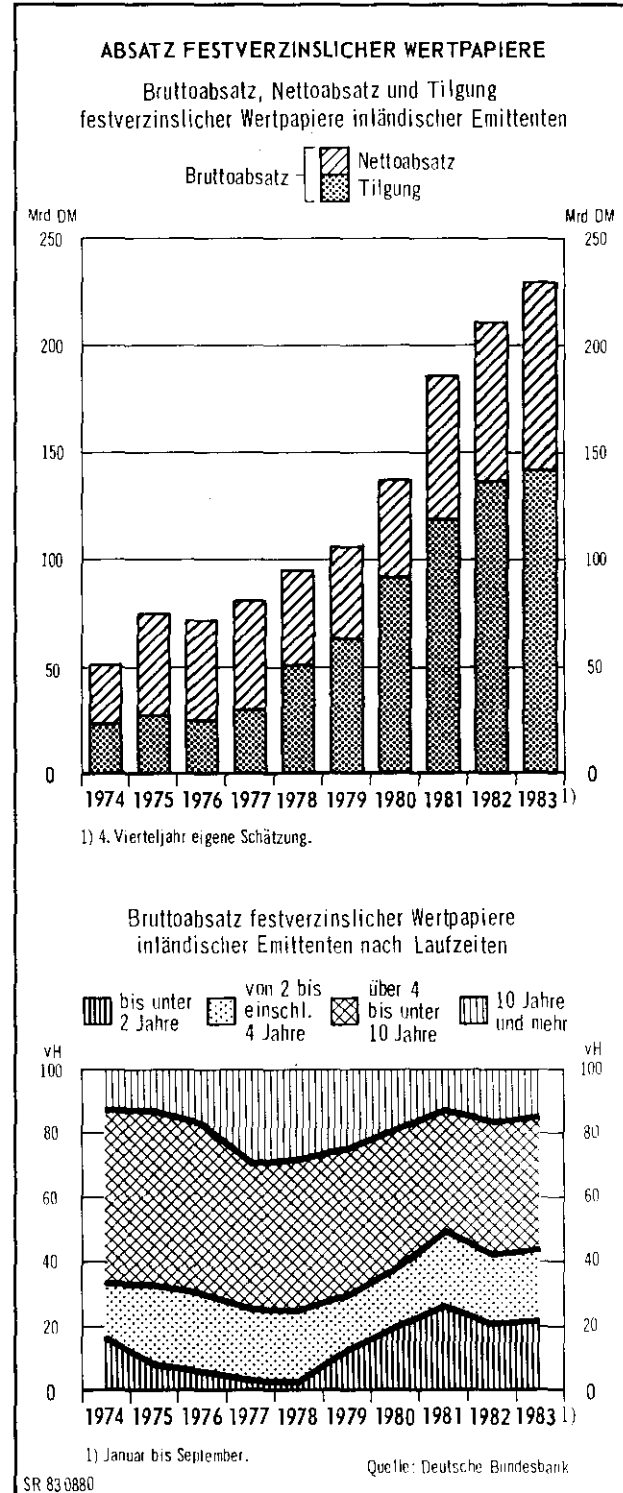
Schaubild 34

längerfristig anzulegen und dabei auch ein Kursrisiko in Kauf zu nehmen. Schon im vergangenen Jahr war es zu einem Bruttoabsatz von festverzinslichen Wertpapieren von 212 Mrd DM und einem Nettoabsatz von fast 75 Mrd DM gekommen. Von Januar bis September 1983 wurde mit einem Bruttoabsatz von 175 Mrd DM und einem Nettoabsatz von 65 Mrd DM noch einmal ein deutlicher Zuwachs gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres erzielt (Schaubild 34). Der Kapitalmarkt dient in erster Linie der Mittelbeschaffung von Banken. Die verstärkte Nachfrage hier ist die Kehrseite der verstärkten privaten Nachfrage nach längerfristigen Bankkrediten. Nur einen kleinen Teil, etwa ein Fünftel des Bruttoabsatzes, machen die Anleihen der öffentlichen Hand aus, also direkte Kreditbeziehungen zwischen Gläubigern und Schuldern ohne Zwischenschaltung der Banken. Die gesamte Beanspruchung des Kapitalmarktes durch den Staat besteht also aus den eigenen Emissionen und den Bankkrediten an öffentliche Haushalte, die dort refinanziert werden.

Der Zins am Kapitalmarkt ist 1983 zunächst weiter zurückgegangen. So sind die Kosten der langfristigen Kreditfinanzierung geringer geworden. Bis Mitte März haben günstige Umstände — umfangreiche anlagesuchende Mittel, niedrigere Notenbankzinsen, eine reichliche Liquiditätsausstattung der Banken und eine entspannte internationale Zinssituation — die schon im vergangenen Jahr in Gang gekommene Zinssenkung verstärkt. Ab Mitte März kam es dann auch im Zusammenhang mit der Liquiditätsverknappung bei den Banken zu einem erneuten Anstieg der Zinsen. Der amerikanische Markt mit seinen hohen Zinsen zog weiterhin verstärkt anlagebereite Mittel an; ab Mai hatte die Neigung in den Vereinigten Staaten Geld anzulegen, eine zusätzliche Stütze in wieder steigenden Zinsen. Dem folgten die deutschen Kapitalmarktzinsen freilich nicht mehr voll, so daß die Zinsdifferenz wieder größer wurde. Damit ging aber eine weitere kräftige Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar einher.

Im Durchschnitt der ersten sechs Monate lag die Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere in der Bundesrepublik mit 7 1/2% einen Prozentpunkt niedriger als im vorangegangenen Halbjahr. Das verdeckt jedoch den Verlauf. Im September betrug der Kapitalmarktzins wieder 8 1/2%, Mitte November noch 8%.

209. Bei niedrigeren Zinsen blieb das Angebot an anlagebereiten Mitteln sehr hoch. Das lag in der ersten Hälfte 1983 wie auch im vergangenen Jahr an der hohen Anlageneigung der Kreditinstitute. Sie übernahmen in dieser Zeit mehr als die Hälfte des Absatzes an Wertpapieren, das waren 25 Mrd DM im ersten Halbjahr 1983 und 43 Mrd DM im ganzen Jahr 1982. Eine reichliche Liquiditätsausstattung bei überwiegend noch schwacher Kreditnachfrage ermöglichte dies. Das Bild änderte sich, als eine steigende Kreditnachfrage die Banken zu einem stärkeren Engagement im ertragreicheren Kreditgeschäft veranlaßte und steigende Zinsen eine Anlage in Wertpapieren für private Haushalte



wieder attraktiver machte. Im dritten Vierteljahr kauften vor allem Nichtbanken Wertpapiere, während die Banken ihre Bestände kaum mehr erhöhten (Tabelle 26). Aufs Jahr gesehen dürften die Wertpapierkäufe von Nichtbanken etwa auf dem Niveau des vergangenen Jahres liegen und damit deutlich niedriger als 1981, als sehr hohe Zinsen 57 Mrd DM angezogen hatten. Damals war allerdings der Anteil kurzfristiger Papiere ungewöhn-

Emission und Erwerb von Wertpapieren
Mio DM

Tabelle 26

Zeitraum	Festverzinsliche Wertpapiere							Aktien	
	Emission durch				Erwerb durch			Emission durch	
	inländische Stellen ¹⁾			Ausland ⁴⁾	Inländer		Ausländer ⁶⁾	inländische Unternehmen ⁷⁾	ausländische Unternehmen ⁸⁾
	zusammen	darunter			zusammen	darunter Nichtbanken ⁵⁾			
Banken ²⁾		öffentliche Hand ³⁾							
1967	14 970	9 211	4 875	471	16 276	3 423	- 835	1 905	1 419
1968	17 668	13 922	3 818	4 103	21 922	7 692	- 151	3 144	2 831
1969	12 383	12 258	289	5 365	18 701	9 222	- 953	2 797	5 778
1970	14 312	11 934	2 157	1 042	14 537	12 211	817	3 592	2 668
1971	20 578	14 856	4 279	- 1 184	17 778	11 970	1 616	4 734	2 201
1972	34 067	26 074	7 206	- 4 314	22 024	15 322	7 729	4 129	1 769 ⁹⁾
1973	25 010	21 432	4 120	- 231	18 283	14 786	6 496 ⁹⁾	3 581	1 968
1974	25 082	19 616	5 837	675	27 706	12 713	- 1 949	3 525	2 693
1975	47 977	34 974	13 171	1 384	52 805	18 132	- 3 443	6 010	3 435
1976	47 859	31 731	16 676	1 354	46 085	32 127	3 129	6 081	1 515 ⁹⁾
1977	49 777	28 937	21 256	4 551	53 640	22 088	687	4 368	3 542
1978	39 832	29 437	11 420	3 553	43 260	18 289	124	5 550	3 942
1979	41 246	36 350	6 011	3 726	40 936	39 301	4 036	5 513	3 541 ⁹⁾
1980	45 218	41 546	4 934	7 338	52 261	33 166	294	6 948	3 569
1981	66 872	70 451	- 2 608	6 131	74 455	57 076	- 1 453	5 516	4 624
1982	72 726	44 795	28 563	10 983	81 487	36 722	2 223	5 921	3 255
1982 1. Vj.	26 134	19 863	6 467	3 634	30 485	20 798	- 717	1 855	1 305
2. Vj.	5 620	413	5 262	4 270	9 960	2 575	- 70	465	405
3. Vj.	16 707	8 821	8 102	1 266	16 691	7 382	1 281	1 625	491
4. Vj.	24 265	15 698	8 732	1 814	24 350	5 966	1 728	1 976	1 054
1983 1. Vj.	24 739	15 970	8 908	1 769	26 202	13 284	306	1 966	2 835
2. Vj.	21 444	16 853	4 834	1 903	22 141	7 578	1 206	1 627	2 011
3. Vj.	15 861	6 956	8 998	120	10 558	9 586	5 423	1 546	1 776
1982 Jan	12 121	10 637	1 525	873	13 583	11 490	- 589	715	536
Feb	2 274	2 019	326	877	3 379	2 300	- 228	678	209
Mär	11 739	7 207	4 616	1 883	13 523	7 008	99	462	560
Apr	- 1 337	- 3 710	2 421	2 164	697	- 2 415	130	235	248
Mai	6 104	3 230	2 909	1 268	7 150	4 448	222	70	129
Jun	853	893	- 68	838	2 113	542	- 422	160	28
Jul	4 378	2 800	1 603	310	4 627	4 289	61	636	454
Aug	7 776	3 087	4 827	451	7 492	2 571	735	641	- 1
Sep	4 553	2 934	1 672	505	4 572	522	486	348	37
Okt	10 983	5 541	5 469	973	11 325	4 100	631	435	389
Nov	6 650	5 619	1 095	766	7 056	1 658	361	1 173	510
Dez	6 632	4 538	2 168	75	5 970	209	737	368	155
1983 Jan	14 622	10 661	3 991	40	14 326	8 624	336	279	1 018
Feb	2 622	2 036	619	543	3 274	280	- 109	676	932
Mär	7 495	3 273	4 298	1 186	8 603	4 381	78	1 011	884
Apr	3 532	3 793	- 202	811	4 489	1 793	- 147	1 153	1 271
Mai	8 421	7 415	1 029	662	8 442	1 748	640	237	398
Jun	9 491	5 645	4 007	431	9 210	4 037	712	237	342
Jul	3 874	1 873	2 025	- 328	2 793	4 320	752	296	878
Aug	5 362	1 147	4 244	5	3 856	2 126	1 511	625	257
Sep	6 625	3 936	2 729	444	3 909	3 140	3 160	625	641

1) Nettoabsatz zu Kurswerten unter Berücksichtigung von Eigenbestandsveränderungen der Emittenten.

2) Bankschuldverschreibungen ab 1969 ohne Bank-Namenschuldverschreibungen.

3) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost, jedoch ohne von der LAG-Bank für den LAG-Fonds begebene Schuldverschreibungen.

4) Nettoerwerb beziehungsweise Nettoveräußerung (-) ausländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Inländer.

5) Einschließlich Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds.

6) Nettoerwerb beziehungsweise Nettoveräußerung (-) inländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Ausländer.

7) Zu Kurswerten.

8) Nettoerwerb beziehungsweise Nettoveräußerung (-) ausländischer Dividendenwerte (einschließlich Direktinvestitionen und Investmentzertifikate) zu Transaktionswerten durch Inländer.

9) Statistisch bereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

lich hoch gewesen, so daß das gesamte Mittelaufkommen die Bereitschaft zur langfristigen Mittelbindung überzeichnet hatte. Die Tendenz zu längeren Laufzeiten im Jahre 1982 hat sich in diesem Jahr freilich nicht fortgesetzt. Von Januar bis September 1983 lag der Anteil am Nettoabsatz von Wertpapieren mit einer Laufzeit von über vier Jahren um 10 Prozentpunkte niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Nach dem Zinsanstieg im Frühjahr gewannen kurzfristige Papiere an Gewicht.

Das starke Interesse von Ausländern an inländischen Rentenwerten, das seit dem Spätsommer 1982 zu umfangreichen Käufen geführt hatte, setzte sich nach einem Einbruch im Frühjahr 1983 fort. Zwischen Januar und September 1983 erwarben Ausländer für 7 Mrd DM inländische Anleihen. Demgegenüber haben sich Käufe von ausländischen festverzinslichen Wertpapieren durch Inländer drastisch verringert. Von Januar bis September 1983 wurden nur noch Mittel in Höhe von knapp 4 Mrd DM dem deutschen Kapitalmarkt entzogen, nach 9,2 Mrd DM in der gleichen Zeit des Vorjahres. Auf D-Mark lautende Anleihen hatten dabei weiterhin einen sehr geringen Anteil. Die Käufe von ausländischen Aktien haben im Zuge der weltweiten Hausse an den Aktienmärkten beträchtlich zugenommen. Sie beliefen sich auf 6¹/₂ Mrd DM in den ersten neun Monaten 1983. Andererseits kauften Ausländer verstärkt Aktien im Inland, dem Betrage nach waren es aber nur 2 Mrd DM.

210. Der Zinsrückgang am Rentenmarkt, vor allem aber die Erwartung einer konjunkturellen Belebung und die deutlich verbesserte Ertragslage der Unternehmen haben gegen Jahresende 1982 zu einer Aktienhausse geführt, die mit kleinen Unterbrechungen bis zuletzt anhielt; die Kurse stiegen im Durchschnitt um etwa 35 vH an. Die hohen Kurse haben die Finanzierung für Aktiengesellschaften beträchtlich verbilligt. Die Unternehmen beschafften sich auf diesem Wege in den ersten neun Monaten dieses Jahres 5,1 Mrd DM langfristige Finanzierungsmittel, das sind 1,2 Mrd DM mehr als in dem gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Der Vergleich mit der langfristigen Kreditaufnahme der Unternehmen bei Banken zeigt aber, wie gering die Bedeutung der Aktie nach wie vor ist.

Hohe Zinsen in der Bundesrepublik

211. Allenthalben ist Enttäuschung darüber spürbar, daß die Zinssenkung der letzten zwei Jahre nicht weit genug gegangen ist, und vor allem, daß die Zinsen in diesem Jahr sogar für einige Monate wieder gestiegen sind und damit neue Unsicherheit über ihre künftige Entwicklung aufgekommen ist. Ihre Erklärung findet die Enttäuschung nicht zuletzt darin, daß der Rückgang der Zinsen so deutlich hinter der Verlangsamung im Preisauftrieb zurückblieb. Nimmt man den um die Steigerungsrate der Verbraucherpreise verminderten Zins zum Maßstab, so ergibt sich für 1983 sogar ein sehr hoher Realzins. So hoch war er zuletzt in den Jahren 1967 bis 1970 gewesen, einer Zeit freilich, in der die

Ertragsrate des Sachkapitals ungleich höher war als heute. Ein Vergleich von Zinsen und Preissteigerungen gibt einen Hinweis auf den Zins als realen Kostenfaktor in der Produktion und damit auf einen der Bestimmungsfaktoren für die Rentabilität von Investitionsprojekten; letzteres allerdings nur, soweit mit der aktuellen Preisentwicklung auch für die Zukunft gerechnet wird. Eine weitere Zinssenkung ist erforderlich, damit mehr Produktion und Beschäftigung bei weiter sinkender Inflationsrate erreicht wird. Hohe Zinsen in der Welt und Belastungsfaktoren im Innern stehen dem im Wege.

212. Am stärksten ausgeprägt war der Rückgang bei den kurzfristigen Zinsen, etwa den Sätzen für Dreimonatsgeld am Geldmarkt. Die Geldmarktzinsen werden in hohem Maße von der Bundesbank beeinflusst. Sie entscheidet über das Angebot an Zentralbankgeld und setzt die Konditionen für den Notenbankkredit fest, die nach Möglichkeit bewirken sollen, daß gerade das geplante Angebot angenommen wird. Zur Anregung der effektiven Nachfrage nach Zentralbankgeld hat die Bundesbank gegenüber 1981 den Lombardsatz beziehungsweise den Sonderlombardsatz von 12% auf 5% (seit dem 9. September wieder 5¹/₂%) und den Diskontsatz von 7¹/₂% auf 4% herabgesetzt. Der Zinssatz für Dreimonatsgeld ist am Geldmarkt von 13¹/₂% in der Spitze 1981 auf gut 6% im Herbst 1983 gesunken. Eine Grenze für weitere Zinssenkungen ist der Bundesbank durch ihre Ankündigung gesetzt, den Anstieg der Zentralbankgeldmenge ihrer Zielvorgabe entsprechend zu begrenzen. Jüngst hat sie den Notenbankkredit sogar wieder leicht verteuern müssen.

Weniger ausgeprägt war der Rückgang der Zinsen am Kapitalmarkt, diese ermäßigten sich von 11¹/₂% im Sommer 1981 auf über 8% im Herbst 1983. Die Zinsentwicklung am Kapitalmarkt wird dadurch bestimmt, wie hoch die Bereitschaft vor allem der privaten Haushalte, der Banken und Versicherungen sowie des Auslandes ist, dem inländischen Kapitalmarkt Mittel langfristig zur Verfügung zu stellen und danach, in welchem Maße inländische und ausländische Schuldner den Markt beanspruchen. Für die Zinsforderungen der Anleger spielen die ausländischen Zinsen, die Erwartungen über künftige Zinsen und die Erwartungen über die Entwicklung des Geldwertes beziehungsweise der Wechselkurse eine wichtige Rolle.

Über eine lange Zeit, von 1955 bis 1969, gab es kaum Veränderungen des Kapitalmarktzinses (Schaubild 35). Er lag mit Ausnahme des Jahres 1966, als er 7,8% betrug, stets zwischen knapp 6% und etwa 7%, und die Veränderung von Jahr zu Jahr war sehr gering, im Durchschnitt der fünfzehn Jahre nur einen halben Prozentpunkt — ideale Bedingungen für den Anleger, zumal auch die Preissteigerungsrate sehr niedrig war und sich wenig geändert hat. Das Problem der Besteuerung inflatorisch aufgeblähter Zinserträge, die überwiegend der Kompensation von Wertverlusten dienen, stellte sich noch nicht in heutiger Schärfe. Zu Beginn der siebziger Jahre, spätestens im Jahre 1973, wendete sich das Blatt. Die Zinsen am Kapitalmarkt waren nun im Durchschnitt nicht nur höher — dies vor allem als Folge höherer Inflationsraten —, sondern sie wiesen auch eine viel größere Variabilität auf; die durchschnittliche Änderung von Jahr zu Jahr lag zwischen

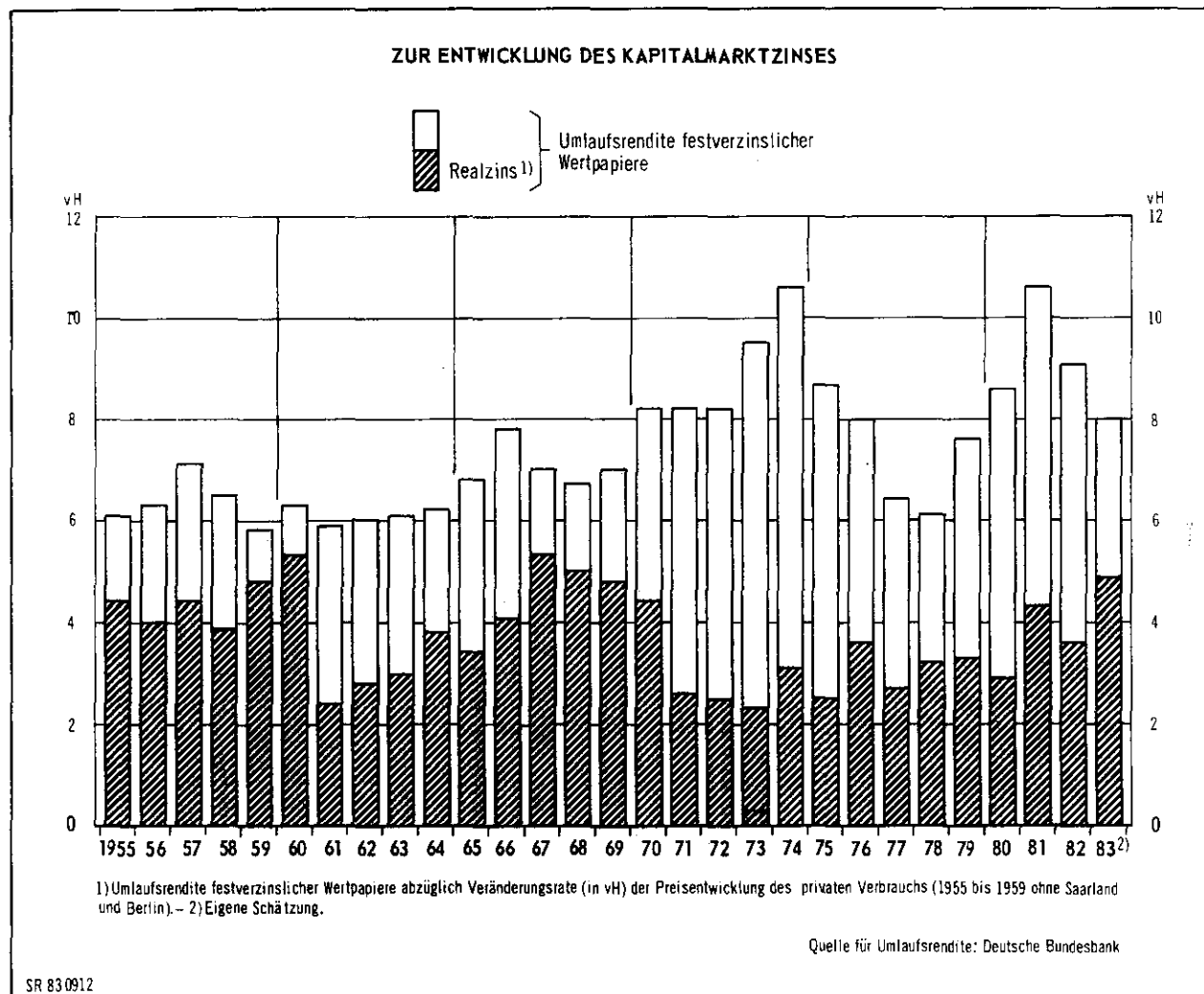
1973 und 1983 bei 1½ Prozentpunkten. Die Spanne zwischen dem im Jahresdurchschnitt gemessenen höchsten und dem niedrigsten Kapitalmarktzins betrug zwischen 1970 und 1983 4½ Prozentpunkte, zwischen 1955 und 1969 dagegen nur 2 Prozentpunkte. Dies macht eine Anlage in festverzinslichen Wertpapieren unsicherer und erhöht die Gefahr von Kursverlusten.

Der Anstieg des Zinsniveaus in der ersten Hälfte der siebziger Jahre reichte nicht aus, den Anstieg im Inflations-tempo zu kompensieren. Der Realzins lag zwischen 1971 und 1975 bei 2,6% und damit 1½ Prozentpunkte niedriger als in den sechziger Jahren. Auf Jahre hoher Inflationsraten und hoher und steigender Kapitalmarktzinsen folgte ab 1975 eine Phase der Preisberuhigung und Zinssenkung. Die D-Mark wurde, auch durch die Schwäche des Dollar bedingt, zu einer internationalen Reserve- und Anlage-währung. Im Jahre 1978 lag der Kapitalmarktzins wieder bei 6%, der Anstieg der Verbraucherpreise hatte sich auf reichlich 2½ vH ermäßigt. Dies erwies sich jedoch nur als ein Zwischenspiel. Im Zuge des zweiten Ölpreisschubs 1979/80 und finanziert durch eine reichliche Geldversorgung beschleunigte sich der Preisauftrieb. Die Zinsen stiegen erneut. Eine daraufhin eingeleitete restriktive Geld-politik verstärkte die Aufwärtsbewegung. Der Gipfel wurde 1981 erreicht. Im Jahresdurchschnitt betrug der Kapitalmarktzins 10½% bei einer Inflationsrate von 6 vH. Selbst im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1982 lag der

Realzins mit 3,6% einen halben Prozentpunkt höher als zwischen 1970 und 1979. Im Jahre 1983 erreichte er mit fast 5% ein sehr hohes Niveau.

Ein Land kann bei freiem Kapitalverkehr, zumal wenn seine Währung als internationale Anlagewährung dient, nur dann niedrigere Zinsen haben, als sie für Konkurrenz-währungen geboten werden, wenn es ihm gelingt, in hin-reichendem Maße Aufwertungserwartungen für seine Währung zu erzeugen. Dies gelingt um so eher, je größer der Vorsprung in der Sicherung des Geldwertes ist und je günstiger im übrigen im Vergleich zu anderen Ländern die Bedingungen für Kapitalanleger und Investoren sind. Mit der Umkehr der amerikanischen Wirtschaftspolitik im Jahre 1981 fiel die D-Mark im Vergleich zum Dollar wie-der zurück. Die Zinsen in den Vereinigten Staaten, die schon seit 1977 höher waren als in der Bundesrepublik, lassen eine Anlage am amerikanischen Kapitalmarkt als hoch attraktive Alternative erscheinen, jedenfalls seit die Bedingungen für die Stabilität des Dollar sich geändert haben. Zuvor waren die in den Vereinigten Staaten höhe-ren Zinsen kein ausreichender Grund für die Kapitalan-leger gewesen, auf Dollar lautende Kredite zu gewähren. Nun flossen erhebliche Mittel in die Vereinigten Staaten, was zur Finanzierung der Defizite in den öffentlichen Haushalten und in der Leistungsbilanz beitrug, den Dollar stützte, den Zinsanstieg dort bremste und bei uns die Zin-sen hochhielt.

Schaubild 35



Ein Kapitalmarktzins in der Bundesrepublik von 8% im Jahresdurchschnitt 1983 kann also angebotsseitig zunächst einmal durch die hohen Zinsgebote in der Welt erklärt werden. Was die binnenwirtschaftlichen Faktoren angeht, so hat man zunächst an der Erfahrung anzuknüpfen, daß der Zins auch früher bei einer deutlichen Verminderung der Preissteigerungsrate im allgemeinen nicht in gleichem Maß gesunken ist. Die Jahre 1959, 1967, 1976, 1978 und 1983 stehen dafür. Daß gegenwärtig die Preissteigerungsrate sehr viel niedriger ist als im Durchschnitt der vergangenen Jahre, ist nur dann entscheidend, wenn auch für die Zukunft mit deutlich niedrigeren Preissteigerungsraten zu rechnen ist. Man kann aber den Kapitalanlegern ihre Inflationserwartungen nicht diktieren, und es gibt kein zuverlässiges Verfahren, diese Inflationserwartungen zu ermitteln. Die Bedingungen für mehr Geldwertstabilität in der Zukunft scheinen günstig, aber es muß wohl erst mehrere Jahre lang niedrigere Preissteigerungsraten geben, bevor die privaten Anleger sie auch für die Zukunft erwarten. Die seit den frühen siebziger Jahren großen Schwankungen des Kapitalmarktzinses werden bei dauerhaft größerer Geldwertstabilität wieder abnehmen. Dann sind auch die Aussichten für einen niedrigeren Kapitalmarktzins günstig.

213. Die Gründe für hohe Zinsforderungen der Kapitalgeber sind nicht zugleich hinreichende Gründe für hohe Zinsen. Diese hängen auch davon ab, wie groß die Nachfrage nach Kapital ist und wie stark diese auf höhere Forderungen der Kreditgeber reagiert. Potentielle Kreditnehmer werden um so eher bereit sein, einen hohen Zins zu zahlen, je besser ihre Ertragsmöglichkeiten sind, je leichter es ihnen gelingt, die Belastung darauf weiterzuwälzen, an die Konsumenten, an den subventionsbereiten Staat, an ausländische Kunden. Soweit die höhere Zinsforderung lediglich Ausdruck eines gestiegenen Inflationstempos ist, muß sich die Nachfrage nicht vermindern, vorausgesetzt, Kapitalgeber und Kapitalnehmer rechnen mit der gleichen Geldwertentwicklung für die Zukunft. Die Risiken sind aber bei Inflation für beide Seiten allemal größer; für den Kapitalgeber kommt die Besteuerung des Inflationsausgleichs im Zins beziehungsweise in der Eigenkapitalrendite hinzu. Beides begründet höhere Zinsforderungen.

Die Nachfrage nach Krediten wird bei steigenden Zinsforderungen am ehesten dort zurückweichen, wo die aufgenommenen Mittel für Investitionen verwendet werden, die über zukünftige Erträge den Zins erwirtschaften sollen. Setzen sich die höheren Zinsen am Markt durch, wird weniger investiert. Eine Wachstumsschwäche ist der sinnfällige Ausdruck dessen. Unternehmen können aber auch bei hohen Zinsen kräftig investieren, wenn die Ansprüche anderer an das Produktionsergebnis zurückgehen. Der Staat kann die steuerliche Belastung senken, direkt oder über eine Verbesserung der Abschreibungsregelungen, die Arbeitnehmer können Lohnzurückhaltung üben, und über eine Verbesserung der Terms of Trade könnte Entlastung vom Ausland kommen. Gibt es solche Gegenposten, so

kann die Reaktion der Nachfrage auf hohe Zinsforderungen ganz oder teilweise ausbleiben.

Die privaten Haushalte werden ihre Kreditnachfrage einschränken, wenn die Belastungen aus der Verschuldung durch die erwarteten Einkommenssteigerungen in der Zukunft nicht gedeckt sind. Der verbreitete Wunsch nach Wohnungseigentum mag die Wirkung hoher Zinsen auf die Kreditnachfrage mindern. Ausländer können ihre Kreditnachfrage im Inland auch bei hohen Zinsforderungen noch ausweiten, sofern sich die Bedingungen für die Kreditaufnahme im Inland weniger verschlechtern als im Ausland. Die Kreditnachfrage des Staates reagiert nur wenig auf höhere Zinsforderungen, weil die mit Krediten finanzierten Staatsausgaben größtenteils nicht unter Gesichtspunkten finanzieller Rentabilität vorgenommen werden. Eine Ausweitung kreditfinanzierter Ausgaben des Staates verbessert die Möglichkeiten für Kapitalgeber, höhere Zinsforderungen durchzusetzen.

214. Der Zins, wie er beobachtet wird, und die Umsätze, die dabei getätigt werden, sind das Ergebnis aus dem Zusammenspiel von Zinsforderung der Kapitalgeber und Zinsgebot der Kreditnehmer. Die Kreditaufnahme über die Emission von Wertpapieren ist in den letzten Jahren rasant gestiegen, in diesem Jahr wird ein etwa doppelt so hoher Betrag erreicht wie gegen Ende der siebziger Jahre. Die Unternehmen haben sich als Kreditnehmer weitgehend vom Markt für festverzinsliche Wertpapiere zurückgezogen, seit 1973 geht der Umlauf von Industrieobligationen zurück. Auch die erhöhte Kreditaufnahme der Banken an diesem Markt dient weniger einer Refinanzierung von Krediten an Unternehmen als vielmehr der von Krediten an den Staat. Die öffentlichen Haushalte haben auch unmittelbar, durch Ausgabe eigener Papiere, ihre Inanspruchnahme des Marktes stark erhöht. Nicht zuletzt sind die Bedingungen für eine Kreditaufnahme von Ausländern seit etwa 1977 vom Zins und vom Wechselkurs her günstiger geworden im Vergleich zum Ausland und haben zu einer starken Ausweitung der Kreditaufnahme im Inland geführt.

215. Hohe Zinsen am Kapitalmarkt halten auch die Zinsen für Bankkredite hoch, weil die Banken dort in großem Umfang Mittel aufnehmen, die sie an ihre Kreditnehmer weiterreichen. Zwar sind Bankkredite verglichen mit den außerordentlich hohen Zinsen vor zwei Jahren erheblich billiger geworden, aber der Rückgang der Preissteigerungsrate hat die Entlastung durch niedrigere Zinsen vermindert, zum Teil zu neuen Belastungen geführt. Im Jahresdurchschnitt 1983 waren Kontokorrentkredite und Wechseldiskontkredite etwa 5 Prozentpunkte, Hypothekarkredite 2 bis 2½ Prozentpunkte billiger als 1981.

Als ein Problem eigener Art gilt jedoch die Ausweitung der Zinsmargen im Kreditgeschäft. Die Banken haben die Verbilligung der Refinanzierung nicht in vollem Umfang an ihre Kreditnehmer weitergegeben. Eine Ausweitung der Zinsmarge in ei-

ner Phase sinkender Zinsen hat es auch in früheren Jahren gegeben. Danach bildete sie sich aber wieder zurück, und jedenfalls stärker als es 1983 bisher den Anschein hat. Das hat zu der Vermutung Anlaß gegeben, daß Mangel an Wettbewerb im Spiel ist.

Ein wichtiger Grund für die zögerliche und unvollständige Weitergabe der niedrigeren Refinanzierungskosten an die Kreditnehmer kann aber auch in den gestiegenen Risiken im Kreditgeschäft der Banken gesehen werden. Die langanhaltende wirtschaftliche Schwäche im Innern und die Überschuldung zahlreicher Kreditnehmer im Ausland, insbesondere von Entwicklungsländern und Ländern Osteuropas, haben dazu geführt, daß der Ausfall von Tilgung und Zinsen und die Vorsorge für künftige Ausfälle erheblichen Umfang angenommen haben. Im vergangenen Jahr beliefen sich die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere einschließlich der Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft netto auf 12¹/₄ Mrd DM, nach 9 Mrd DM 1981. Schätzungen der Bundesbank zufolge hat sich 1983 der Abschreibungsbedarf noch einmal verdoppelt; im ersten Vierteljahr betragen die Abschreibungen 9 Mrd DM, überwiegend handelte es sich um Bilanzkorrekturen bei Inlandskrediten. Es gibt freilich Gründe, dies nicht für eine hinreichende Erklärung zu halten. Trotz der genannten Verlustposten hat die zögerliche Rücknahme der Zinsen für Bankkredite dazu geführt, daß sich die Ertragslage der Banken, die sich schon in den beiden vorangegangenen Jahren günstig entwickelt hatte, noch einmal verbesserte.

Es ist nicht selbstverständlich, wenn deshalb, weil sich Entscheidungen der Vergangenheit als Fehlentscheidungen erweisen und folglich Abschreibungen auf Forderungen vorzunehmen sind, die Zinsmargen der Banken im Neugeschäft — die Preise der Banken für ihre Leistungen also — zunehmen. Noch weniger selbstverständlich ist eine so starke Zunahme, daß die Erträge aus dem laufenden Geschäft nicht nur nicht geschmälert werden, sondern sogar steigen. Sehen muß man allerdings auch, daß die starke Anhäufung von Risiken bei Banken, unsicher gewordene Kredite an inländische und ausländische Schuldner, die Fähigkeit, neue Risiken einzugehen einschließlich der Fähigkeit zur Fristentransformation, verringert hat. Die geringeren Reserven an Risikofähigkeit der Banken erklären insoweit eine höhere Zinsmarge. Freilich sind keineswegs alle Banken in ihrer Risikofähigkeit eingeschränkt. Aber das Gesamtangebot an Risikobereitschaft ist kleiner geworden, und der Preis für Risikobereitschaft ist gestiegen. Es wäre gleichwohl nicht falsch, dies als eine Situation verminderten Wettbewerbs im Kreditbereich zu kennzeichnen. Das hieße nicht, der Wettbewerb unter den Banken habe aufgehört. Die größere Streubreite der Zinsen bei allen Kreditarten paßt zu der These, die erhöhten Kreditrisiken wären es, die in erster Linie die im Durchschnitt erhöhten Zinsmargen erklären. Kredite, an die sich höhere Risiken knüpfen, sind mit anderen nur begrenzt vergleichbar. In unsicherer Zeit verkaufen die Banken gleichsam ein anderes Produkt.

IX. Finanzpolitik: Fortgang der Konsolidierung

216. Bund, Länder und Gemeinden haben 1983 die im vergangenen Jahr eingeleiteten Konsolidierungsanstrengungen fortgesetzt. Wie im Vorjahr ist dies größtenteils über eine mäßige Expansion der Staatsausgaben erreicht worden. Die konjunkturellen Belastungen haben ihren Höhepunkt überschritten. Der Finanzierungssaldo im öffentlichen Gesamthaushalt ist 1982 und 1983 insgesamt um rund 13 Mrd DM zurückgegangen. Das strukturelle Defizit hat im gleichen Zeitraum um über 20 Mrd DM abgenommen.

Erstmals seit vielen Jahren ist es gelungen, den Anstieg der staatlichen Ausgaben, die konsumtiven Zwecken dienen, deutlich zu verringern. Freilich wurde kein Spielraum geschaffen, eine abermalige starke Einschränkung der öffentlichen Sachinvestitionen zu verhindern. Diese schrumpfen nun schon im dritten Jahr. Für die Investitionen von Unternehmen und für den privaten Wohnungsbau hat es eine Reihe kurzfristig wirksamer finanzieller Hilfen gegeben. Zu den Enttäuschungen gehört, daß noch kein Weg gefunden ist, die Subventionen in ihrer Gesamtheit zurückzuführen. Vielfältig waren die steuerlichen Änderungen. Die Unternehmen sind durch eine Reihe von Steuerrechtsänderungen weiter entlastet worden. Für die besserverdienenden Arbeitnehmer hat die Investitionshilfeabgabe, aus deren Aufkommen wohnungsbaupolitische Maßnahmen finanziert werden, zusätzliche Belastungen gebracht. Außerdem wurden die Mehrwertsteuersätze zur Jahresmitte angehoben. Erhöht haben sich auch die Beitragssätze zur Sozialversicherung.

Ausgabenexpansion gebremst

217. Der Anstieg der Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden war in diesem Jahr deutlich niedriger als im Vorjahr. Die Gebietskörperschaften gaben zusammen 574 Mrd DM aus, das waren knapp 2 vH mehr als 1982 (Tabelle 27). Am stärksten war der Ausgabenanstieg mit 2¹/₂ vH beim Bund, etwas schwächer bei den Ländern (2 vH), die Ausgaben der Gemeinden stagnierten nahezu.

Der Ausgabenanstieg in diesem Jahr ist im wesentlichen dadurch bestimmt, daß die Zinszahlungen abermals kräftig angewachsen sind; ohne Zinszahlungen gerechnet ergibt sich ein Anstieg von nur knapp 1 vH gegenüber dem Vorjahr.

Daß die Ausgaben ohne Zinszahlungen gerechnet nur so geringfügig zugenommen haben, ist vor allem auf die im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt 1983 beschlossenen Ausgabenkürzungen im sozialen Bereich, aber auch auf den geringen Anstieg der Personalausgaben und auf den abermaligen Rückgang der öffentlichen Sachinvestitionen zurückzuführen. Die Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherungen wurden erstmals wieder gekürzt, und zwar um rund 3¹/₂ Mrd DM.

Tabelle 27

Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte¹⁾

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1980	1981 ²⁾	1982 ²⁾	1983 ³⁾	1981 ²⁾	1982 ²⁾	1983 ³⁾
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
In der Abgrenzung der Finanzstatistik							
Ausgaben (ohne Schuldentilgung) ⁴⁾ ⁵⁾	509,2	542,1	561,6	574	+ 6,5	+ 3,6	+ 2
Laufende Rechnung	407,5	443,5	464,9	479	+ 8,9	+ 4,8	+ 3
davon:							
Personalausgaben	162,5	172,7	177,1	181 ^{1/2}	+ 6,3	+ 2,5	+ 2 ^{1/2}
Sachaufwand ⁶⁾	78,0	81,9	86,2	90	+ 5,0	+ 5,3	+ 4
Laufende Übertragungen ⁵⁾	137,7	152,5	156,9	155	+10,8	+ 2,9	- 1
Zinszahlungen	29,3	36,4	44,7	52 ^{1/2}	+24,0	+22,8	+18
Kapitalrechnung	101,9	98,7	95,0	94 ^{1/2}	- 3,1	- 3,0	- 1/2
davon:							
Sachinvestitionen	60,0	57,5	51,3	49 ^{1/2}	- 4,2	-10,8	- 4
Vermögensübertragungen	26,6	25,9	26,8	27	- 2,7	+ 3,8	+ 1
Gewährung von Darlehen, Beteiligungen	15,3	15,3	16,9	18	+ 0,2	+10,5	+ 7
Saldo im Verrechnungsverkehr ⁷⁾	- 0,1	+ 0,0	+ 1,7	+ 1/2	x	x	x
Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel) ⁴⁾	452,2	465,6	491,4	511	+ 3,0	+ 5,5	+ 4
Laufende Rechnung	436,9	449,5	472,6	493 ^{1/2}	+ 2,9	+ 5,1	+ 4 ^{1/2}
darunter: Steuern	365,0	370,3	378,7	396	+ 1,5	+ 2,3	+ 4 ^{1/2}
Kapitalrechnung	15,3	16,1	18,7	17 ^{1/2}	+ 5,3	+16,2	- 6 ^{1/2}
Saldo der durchlaufenden Mittel	0,0	0,0	0,0	0	x	x	x
Finanzierungssaldo	-57,1	-76,6	-70,3	-63	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote ⁸⁾	33,9	33,9	33,1	32,5	x	x	x
Steuerquote ⁹⁾	24,6	24,0	23,7	23,8	x	x	x
In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen							
Ausgaben	489,1	515,9	532,5	546	+ 8,6	+ 5,5	+ 2 ^{1/2}
Einnahmen	439,6	450,5	469,6	493	+ 2,5	+ 4,2	+ 5
davon:							
Steuern	381,3	386,5	395,3	414	+ 1,4	+ 2,3	+ 5
Sonstige Einnahmen	58,4	64,0	74,4	79	+ 9,8	+16,2	+ 6
Finanzierungssaldo	-49,5	-65,3	-62,8	-53	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote ¹⁰⁾	32,6	32,3	31,4	30,9	x	x	x
Steuerquote ¹¹⁾	25,7	25,0	24,7	24,9	x	x	x

¹⁾ Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände.

²⁾ Schätzung nach Teilergebnissen.

³⁾ Eigene Schätzung.

⁴⁾ Gesamtausgaben bzw. Gesamteinnahmen nach Abzug der Zahlungen von Gebietskörperschaften (Zuweisungen, Darlehen, Darlehensrückflüsse), einschließlich der Krankenhäuser der Länder und Gemeinden.

⁵⁾ Einschließlich der Zahlung früher gestundeter Zuschüsse an die Sozialversicherung; 1980 und 1981 je 1,5 Mrd DM.

⁶⁾ Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.

⁷⁾ Saldo noch nicht verrechneter Zuweisungen und Übertragungen zwischen den Ebenen der Gebietskörperschaften.

⁸⁾ Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

⁹⁾ Kassenmäßige Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte in vH des Bruttosozialprodukts.

¹⁰⁾ Ausgaben der Gebietskörperschaften in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

¹¹⁾ Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle für Finanzstatistik: BMF

218. Der geringe Anstieg der Personalausgaben bei den Gebietskörperschaften hatte seine Gründe vor allem in mäßigen Tarifabschlüssen und in geringen Besoldungserhöhungen. Aufgrund der Tarifabschlüsse und der in den ersten Monaten des Jahres noch wirksamen höheren Tariflohnsteigerung des Vorjahres ergibt sich, daß im Vorjahresvergleich die Tarifverdienste knapp 3 vH höher waren als 1982. Die Anhebung der Beamtenbesoldung blieb etwas dahinter zurück. Der Beschäftigtenstand im öffentlichen Dienst wurde erstmals seit 1977 abgebaut, und zwar um etwa $\frac{1}{2}$ vH. Weitere Entlastungen gab es im Gegensatz zu vorangegangenen Jahren durch die Aussetzung von Stellenanhebungen und von Beförderungen. Insgesamt stiegen die Personalausgaben der Gebietskörperschaften deshalb nur um rund $2\frac{1}{2}$ vH. Der Zuwachs bei den Gemeinden war mit 2 vH besonders niedrig. Die Länder, auf die der größte Anteil an den Personalausgaben der Gebietskörperschaften entfällt, haben rund 3 vH mehr ausgegeben. Beim Bund lag die Ausgabenexpansion bei knapp $2\frac{1}{2}$ vH.

219. Für Zinsen mußten die öffentlichen Haushalte etwa 18 vH mehr aufwenden als im Vorjahr. Durch diese starke Zunahme war der Handlungsspielraum der Gebietskörperschaften ein weiteres Jahr erheblich eingeschränkt. Denn von den $12\frac{1}{2}$ Mrd DM an zusätzlichen Ausgaben entfielen 8 Mrd DM auf zusätzliche Zinszahlungen. Der Aufwand der Gebietskörperschaften für Zinsen war damit auch in diesem Jahr höher als die Ausgaben für Sachinvestitionen.

Besonders kräftig stiegen die Zinsausgaben mit über 20 vH bei den Ländern, nicht ganz so stark beim Bund; die Zuwachsraten bei den Gemeinden lag erstmals seit 1980 wieder deutlich unter 10 vH. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Gemeinden ihre Defizite in diesem und im vergangenen Jahr rigoros abgebaut haben, weit stärker jedenfalls als Bund und Länder.

220. Die Sozialausgaben der Gebietskörperschaften waren in diesem Jahr nicht höher als im Vorjahr. Dies ist im wesentlichen auf die mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 beschlossenen umfangreichen Einsparungen im sozialen Bereich zurückzuführen (Tabelle 28).

Für den Bund waren insbesondere die Maßnahmen zur Verringerung der Haushaltsdefizite bei den Sozialversicherungen bedeutsam. Die Finanzlage der Bundesanstalt für Arbeit wurde im wesentlichen durch die Absenkung der Bemessungsgrundlage für die Rentenversicherungsbeiträge der Arbeitslosen auf der einen und durch die Anhebung der Bei-

tragssätze zur Arbeitslosenversicherung um 0,6 vH zum 1. Januar 1983 auf der anderen Seite um gut 9 Mrd DM verbessert. Dies trug mit dazu bei, daß der Bund seinen Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit in diesem Jahr um fast 2 Mrd DM kürzen konnte.

Minderausgaben bei der Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von 2 Mrd DM ergaben sich ferner daraus, daß die Zahl derjenigen anstieg, die über ein Jahr arbeitslos sind. Denn diese Arbeitslosen haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr, sondern nur noch einen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe. Letztere wird vom Bund getragen, erstere von der Bundesanstalt für Arbeit. Für diese ergaben sich deshalb Entlastungen in Höhe von 2 Mrd DM. Was der Bund dadurch am Zuschuß für die Bundesanstalt für Arbeit sparte, mußte er fast vollständig für die Arbeitslosenhilfe mehr aufwenden.

Bei der Rentenversicherung führte die Minderung der Rentenversicherungsbeiträge der Arbeitslosen zwar zu einer Belastung in Höhe von 5 Mrd DM; demgegenüber gab es jedoch Entlastungen durch die Verschiebung der Rentenanpassung vom 1. Januar auf den 1. Juli 1983, die Erhöhung der Beitragssätze um einen halben Prozentpunkt zum 1. September 1983 und die Erhebung eines Krankenversicherungsbeitrags von den Rentnern in Höhe von 1 vH der Rente. Der Bundeszuschuß an die Rentenversicherung, im vorigen Jahr 31 Mrd DM, nahm geringfügig zu.

Der Bundeshaushalt ist bei den Sozialausgaben dadurch entlastet worden, daß man die Anpassung der Kriegsofferrenten ebenfalls um ein halbes Jahr verschoben hat. Außerdem wurden das Kindergeld für Familien mit höherem Einkommen und eine Reihe anderer sozialer Leistungen weiter gekürzt. Erhebliche Mehrausgaben gab es in diesem Jahr bei der Arbeitslosenhilfe und bei der Sozialhilfe, die von den Gemeinden, teilweise auch von den Ländern getragen wird. Denn die Zahl der Arbeitslosen, die nur noch einen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe haben und bei denen dieser Anspruch unter den Leistungen der Sozialhilfe liegt, hat stark zugenommen, und viele einkommensschwache Haushalte sahen sich wegen der ungünstigen Einkommensentwicklung gezwungen, verstärkt soziale Leistungen des Staates in Anspruch zu nehmen. Dies ließ die Zahl der Sozialhilfeempfänger weiter ansteigen. Die Ausgaben der Gemeinden für soziale Leistungen stiegen deshalb in diesem Jahr um über 6 vH auf den Betrag von $19\frac{1}{2}$ Mrd DM. Die Zuwachsraten waren zwar niedriger als in den vergangenen drei Jahren; die Sozialausgaben sind aber immer noch eine stark expansive Ausgabenart, die von den Gemeinden selbst wenig zu beeinflussen ist.

Tabelle 28

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1982	
29. November	Der Finanzplanungsrat berät den Vollzug der öffentlichen Haushalte 1982 sowie die Haushaltsplanungen der Gebietskörperschaften für 1983 vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Lage. Er bekräftigt seine Auffassung, daß auch in den folgenden Jahren die Politik strikter Ausgabenbegrenzung und eine schrittweise Verringerung der strukturellen Defizite bei allen Ebenen Voraussetzungen für eine günstigere gesamtwirtschaftliche Entwicklung sind.
15. Dezember	Der Bundestag verabschiedet den 2. Nachtragshaushalt 1982. Die Gesamtausgaben des Bundes erhöhen sich auf rund 246,4 Mrd DM, bei einer Nettokreditaufnahme von fast 40 Mrd DM.
16. Dezember	Der Bundestag beschließt in 2. und 3. Lesung den Bundeshaushalt 1983, mit einem Volumen von 253,2 Mrd DM und einer Nettokreditaufnahme von 40,81 Mrd DM, sowie das Haushaltsbegleitgesetz 1983 mit einem Entlastungsvolumen für Bund, Länder und Gemeinden von insgesamt 17,8 Mrd DM, für den Bund rund 5,5 Mrd DM.
23. Dezember	<p>Das Gesetz zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts (Haushaltsbegleitgesetz 1983) tritt in Kraft. Danach sind an wichtigen Steuerrechtsänderungen, Einschränkungen bei den Leistungsgesetzen und Maßnahmen im Bereich der sozialen Sicherung vorgesehen:</p> <p>Steuerrechtsänderungen</p> <ul style="list-style-type: none"> — Befristete Rücklage bei Übernahme stillgelegter oder von der Stilllegung bedrohter Betriebe gemäß § 6d EStG (200 Mio DM) — Kappung der Vorsorgepauschale für nichtrentenversicherungspflichtige Arbeitnehmer auf 2 000/4 000 DM zuzüglich 900 DM je Kind nach § 10c EStG unter Beibehaltung der unveränderten Sonderausgaben-Höchstbeträge des § 10 Abs. 3 EStG (1,1 Mrd DM) — Erweiterung des Schuldzinsenabzugs von jährlich bis zu 10 000 DM über 3 Jahre für bis einschließlich 1986 neugebaute selbstgenutzte Häuser und Eigentumswohnungen (400 Mio DM) — Einführung eines Kinderfreibetrags von 432 DM je Kind (1,6 Mrd DM) — Halbierung der Ausbildungsfreibeträge ab 1. Januar 1984 — Wegfall des Abzugs von Kinderbetreuungskosten (1,6 Mrd DM) — Wegfall von 40 vH in 1983 und von 50 vH ab 1984 der Hinzurechnung von Dauerschulden und von Dauerschuldzinsen bei der Ermittlung des Gewerbekapitals bzw. des Gewerbeertrags im Rahmen der Gewerbesteuer (etwa netto 1,5 Mrd DM) — Erhöhung der Umsatzsteuersätze zum 1. Juli 1983 von 13/6,5 vH auf 14/7 vH sowie Erhöhung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft von 7,5 auf 8 vH (etwa 3 Mrd DM) — Änderung der Umsatzsteuerbeteiligung zu Lasten des Bundes (ab 1983: Bund 66,5 vH, Länder 33,5 vH) sowie Wegfall der Ausgleichszahlung aus der sogenannten „Kindergeldmilliarde“ (etwa 2 Mrd DM) — Senkung der Gewerbesteuerumlage durch Ermäßigung des Vervielfältigers von derzeit 80 vH: 1983 um 22 Prozentpunkte auf 58 vH, 1984 um weitere 6 Prozentpunkte auf 52 vH (1983: Mindereinnahmen beim Bund 0,8 Mrd DM, bei den Ländern 0,7 Mrd DM; Mehreinnahmen bei den Gemeinden 1,5 Mrd DM). — Erhebung einer unverzinslichen rückzahlbaren Investitionshilfeabgabe für die Jahre 1983 und 1984 in Höhe von 5 vH der Steuerschuld für Bezieher höherer Einkommen und für körperschaftsteuerpflichtige Unternehmen, wobei Abgabepflichtige mit Einkünften aus Gewerbebetrieb, selbständiger Arbeit und Land- und Forstwirtschaft die Abgabe durch Verrechnung mit 20 vH der Anschaffungs- oder Herstellungskosten begünstigter Investitionen ganz oder teilweise vermeiden können. (Nach den Beschlüssen der Bundesregierung vom 29. Juni 1983 ist die Erhebung der Abgabe auch für 1985 und die Rückzahlung erst in den Jahren 1990 bis 1993 vorgesehen.) Das Aufkommen soll zur Förderung des Wohnungsbaus eingesetzt werden (Aufkommen in 3 Jahren etwa 3 Mrd DM). <p>Leistungsgesetze</p> <ul style="list-style-type: none"> — Entlastung der öffentlichen Arbeitgeber aus der Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in Bund, Ländern und Gemeinden um nur 2 vH ab 1. Juli 1983 (3,5 Mrd DM, Bund: 700 Mio DM, Länder: 1,5 Mrd DM, Gemeinden: 1,3 Mrd DM) — Einkommensabhängige Reduzierung der Kindergeldsätze (1 Mrd DM)

Datum	
<p>1982</p> <p>noch 23. Dezember</p>	<p>— Änderungen beim Bundesausbildungsförderungsgesetz (Einschränkung der Schülerförderung, Umstellung der Studentenförderung auf Darlehen) und beim Wohngeld (400 Mio DM).</p> <p>Maßnahmen im Bereich der Sozialen Sicherung</p> <p>— Rentenversicherung:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Verschiebung der Rentenanpassung von 5,6 vH vom 1. Januar 1983 auf den 1. Juli 1983 (3,8 Mrd DM) — Stufenweise Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags der Rentner, erstmalig von 1 vH ab 1. Juli 1983 (660 Mio DM); weitere Erhöhungen zum 1. Juli 1984 auf 3 vH und zum 1. Juli 1985 auf 5 vH der Rente — Vorziehen der Beitragsanhebung um 0,5 Prozentpunkte auf 18,5 vH vom 1. Januar 1984 auf den 1. September 1983 (830 Mio DM) — Kürzung der Zahlung von Rentnerkrankenversicherungsbeiträgen der Rentenversicherung an die Krankenversicherung im Jahre 1983 um 1,2 Mrd DM — Senkung der Beitragsbemessungsgrundlage für Rentenversicherungsbeiträge der Bundesanstalt für Arbeit (5 Mrd DM) — Kürzung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung der Arbeiter, Angestellten und zur knappschaftlichen Rentenversicherung im Jahre 1983 um etwa 1,1 Mrd DM. <p>— Bundesanstalt für Arbeit (BA):</p> <ul style="list-style-type: none"> — Anhebung des Beitragssatzes von 4 vH auf 4,6 vH ab 1. Januar 1983 (3,6 Mrd DM) — Stärkere Differenzierung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung nach der Dauer der Beitragsleistung (100 Mio DM) — Ausrichtung der von der BA für ihre Leistungsempfänger an die Rentenversicherung zu zahlenden Rentenversicherungsbeiträge ab 1. Januar 1983 nach der Höhe der „Lohnersatzleistung“, so unter anderem beim Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld, Unterhaltshilfe bei beruflicher Bildung 68 vH, bei der Arbeitslosenhilfe 58 vH des letzten Nettoentgelts (5 Mrd DM). <p>— Krankenversicherung:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Verminderte Beitragszahlungen der Rentenversicherung im Jahre 1983 um 1,2 Mrd DM — Ausfall von Krankenversicherungsbeiträgen der Rentner durch Verschiebung der Rentenanpassung vom 1. Januar 1983 auf den 1. Juli 1983 (370 Mio DM) — Beteiligung der Versicherten an den Kosten des Krankenhausaufenthalts und bei Kuren (300 Mio DM) — Herausnahme von Bagatellarzneimitteln aus der Erstattungspflicht (500 Mio DM) — Beitragspflicht der sonstigen Bezüge (Versorgungsbezügen) der Rentner ab 1. Januar 1983 (600 Mio DM) — Erhöhung der Rezeptgebühr (300 Mio DM).
<p>31. Dezember</p>	<p>Der Bundeshaushalt 1982 schließt bei den Ausgaben mit 244,6 Mrd DM ab, das waren 1,7 Mrd DM weniger als im Soll veranschlagt. Gleichzeitig übertrafen die Einnahmen mit 207,0 Mrd DM um 0,8 Mrd DM das Soll. Die Nettokreditaufnahme konnte um 2,5 Mrd DM gegenüber dem Soll auf 37,2 Mrd DM verringert werden.</p>
<p>1983</p>	
<p>1. Januar</p>	<p>Inkrafttreten des Grunderwerbsteuergesetzes (GrEStG 1983) vom 17. Dezember 1982. Es ersetzt 68 Gesetze und Verordnungen sowie 131 Einzelvorschriften, führt damit zu einer erheblichen Verwaltungsvereinfachung und beseitigt gleichzeitig die Rechtszersplitterung auf diesem Gebiet. Der Steuersatz wird beim Grundstückserwerb von 7 vH auf 2 vH gesenkt. Die durch die Herabsetzung des Steuersatzes verursachten Steuerausfälle sollen insgesamt gesehen durch den Abbau der Steuerbefreiungen ausgeglichen werden.</p>
<p>16. Januar</p>	<p>Inkrafttreten des Gesetzes zur Abschaffung des Zündwarenmonopols vom 27. August 1982.</p>
<p>28. April</p>	<p>Der Finanzplanungsrat berät die Haushaltsabschlüsse 1982, die Haushaltsentwicklung 1983 vor dem Hintergrund der aktuellen konjunkturellen Lage sowie die vorläufigen volks- und finanzwirtschaftlichen Annahmen für die Aufstellung der Haushaltsentwürfe 1984 und für die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzpläne bis 1987.</p>

noch Tabelle 28

Datum	
1983	
18.—20. April	<p>Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ überprüft die Steuerschätzungen für 1983 vom Oktober 1982 und legt erstmalig Schätzungen für die Steuereinnahmen in den Jahren 1984 bis 1987 vor. Unter Zugrundelegung eines Wachstums des nominalen Bruttosozialprodukts von rund 3½ vH in 1983 und etwa 6 vH in 1984 werden für die Gebietskörperschaften im Jahre 1983 Steuereinnahmen von 393,4 Mrd DM und für 1984 von 420,2 Mrd DM erwartet, gegenüber der Schätzung vom Oktober 1982 bedeutet dies für 1983 einen Anstieg von gut 4 Mrd DM, unter anderem hervorgerufen durch die finanziellen Auswirkungen des Haushaltsbegleitgesetzes 1983 (1,9 Mrd DM).</p>
18. Mai	<p>Grundsatzbeschluß der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 1984 und zu den Begleitgesetzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Die Ausgaben des Bundes sollen 1984 nur um rund 2 vH und in den Folgejahren um rund 3 vH steigen — Die Neuverschuldung des Bundes soll 1984 auf der Grundlage der erwarteten Wirtschaftsentwicklung und unter der Annahme eines rückläufigen Bundesbankgewinns auf unter 40 Mrd DM und bis 1987 mit deutlich sinkender Tendenz auf eine Größenordnung von rund 25 Mrd DM zurückgeführt werden — Die Verwirklichung dieser Eckdaten soll nicht durch Steuererhöhungen, sondern durch eine nachhaltige Dämpfung der Ausgabendynamik sowie durch gezielte Ausgabenkürzungen in Höhe von 6 bis 7 Mrd DM schon 1984 vor allem im konsumtiven Bereich erreicht werden — Im Rahmen der vorgesehenen Gesamtausgaben sollen zusätzliche wachstumsfördernde Maßnahmen im Volumen von 1 bis 1,5 Mrd DM durchgeführt werden. (Zu den Einzelheiten siehe 29. Juni 1983)
10. Juni	<p>Die EG-Kommission legt den Vorentwurf des EG-Haushalts 1984 vor. Er hat ein Volumen von 25,5 Mrd ECU-Mitteln für Zahlungen (etwa 57,4 Mrd DM, nach dem „Haushaltskurs“ vom 5. April 1983: 1 ECU = 2,42 DM).</p>
13.—15. Juni	<p>Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ überprüft die Steuerschätzungen vom April für 1983 und 1984 sowie für den mittelfristigen Zeitraum bis 1987, basierend auf einem erwarteten Wachstum des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen im Jahre 1983 von 3,9 vH und im Jahre 1984 von 5,7 vH. Der Schätzung der Steuereinnahmen wurde das geltende Steuerrecht zugrundegelegt. Danach sind die Steuereingänge für Bund, Länder und Gemeinden im Jahre 1983 mit 394,9 Mrd DM um 1,5 Mrd DM, im Jahre 1984 um 1,8 Mrd DM höher als im April angenommen wurde. Die Steuerquote beträgt 1983 etwa 23,8 vH, 1984 gut 24 vH.</p>
23. Juni	<p>Der Finanzplanungsrat berät die Haushaltsentwicklung 1983 vor dem Hintergrund der aktuellen konjunkturellen Lage sowie die Gestaltung der Haushalte 1984 und der Finanzpläne bis 1987. Er empfiehlt den jährlichen Zuwachs der öffentlichen Ausgaben in den nächsten Jahren an einer Größenordnung von 3 vH zu orientieren.</p>
29. Juni	<p>Die Bundesregierung beschließt den Entwurf des Bundeshaushalts 1984 mit einem Gesamtvolumen von 257,75 Mrd DM (+ 1,8 vH gegenüber Haushaltsplan 1983), den Finanzplan des Bundes 1983 bis 1987 mit Steigerungsraten von 2,8 vH für 1985, 3,0 vH für 1986 und 2,9 vH für 1987. Die Nettokreditaufnahme soll von 37,34 Mrd DM im Jahre 1984 auf 22,5 Mrd DM im Jahre 1987 zurückgeführt werden. Weiter beschließt die Bundesregierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> — den Entwurf des Steuerentlastungsgesetzes 1984 — den Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 1984, der auch die Maßnahmen zur Stabilisierung der Rentenfinanzen enthält — den Entwurf einer Novellierung des Stahlinvestitionszulagengesetzes — den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch Kapitalbeteiligungen. <p>Die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen wird mit den Entwürfen des Steuerentlastungsgesetzes 1984 und des Vermögensbeteiligungsgesetzes fortgesetzt. Die Bundesregierung löst damit die Zusage ein, daß auch der zweite Teil des Mehraufkommens der zum 1. Juli 1983 erhöhten Umsatzsteuer von jährlich 4 Mrd DM zur Stärkung der Investitions- und Innovationskraft der Wirtschaft verwandt wird. Daneben werden unangemessene steuerliche Vorteile eingeschränkt. Im einzelnen sind vorgesehen:</p> <p>Steuerentlastungsgesetz 1984 (Mindereinnahmen im Rechnungsjahr 1984 bei Bund, Ländern und Gemeinden: 2,5 Mrd DM)</p> <ul style="list-style-type: none"> — Ansatz des Betriebsvermögens (§ 117 a BewG) bis 125 000 DM mit 0 DM, darüber mit 75 vH (800 Mio DM)

Datum	
<p>1983 noch 29. Juni</p>	<ul style="list-style-type: none"> — Senkung des Vermögensteuersatzes für Körperschaften von 0,7 vH auf 0,6 vH (300 Mio DM) — Steuerliche Entlastung bei verbundenen Unternehmen durch Abbau der Schachtelbeteiligungsgrenze von 25 vH auf 10 vH — Sonderabschreibungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Betriebe (Einheitswert nicht mehr als 120 000 DM und Gewerbekapital bis 500 000 DM) in Höhe von 10 vH für neue bewegliche Anlagegüter nach § 7 g EStG (1 Mrd DM) — Sonderabschreibungsmöglichkeiten für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen (bis 31. Dezember 1989) bis zu 40 vH für bewegliche Wirtschaftsgüter und 15 vH bzw. 10 vH für Gebäude (400 Mio DM) — Verlängerung der Gewährung von Sonderabschreibungen bei Schiffen und Luftfahrzeugen bis 31. Dezember 1989 (100 Mio DM) — Verdoppelung des Höchstbetrages für den Verlustrücktrag auf 10 Mio DM (100 Mio DM) — Beseitigung körperschaftsteuerlicher Nachteile bei Vorabausschüttungen und verdeckten Gewinnausschüttungen ab 1977 (200 Mio DM) — Maßnahmen zu Einschränkungen von steuerlichen Vorteilen: Durch strengere Anforderungen an die gewerbliche Tätigkeit bei Verlustzuweisungsgesellschaften, das heißt „klarstellende Regelung zur Gewinnerzielungsabsicht“ nach § 15 EStG sowie durch Verteilung der Finanzierungskosten (u. a. Darlehensabgeld und andere Geldbeschaffungskosten bei einer Beteiligung an einer Bauherrengemeinschaft) auf mehrere Jahre bei Einkünften aus Vermietung und Verpachtung gemäß § 11 EStG; Einschränkung der Kfz-Steuerbefreiung für Behinderte. <p>Vermögensbeteiligungsgesetz</p> <ul style="list-style-type: none"> — Verbesserung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch Aufstockung des Förderungsbetrages von 624 DM auf 936 DM. Der Aufstockungsbetrag (312 DM) kann jedoch nur durch Kapitalbeteiligungen und Arbeitnehmer-Darlehen ausgeschöpft werden, gleichzeitig Ausdehnung des Anlagekatalogs auf weitere Formen der Vermögensbeteiligung. <p>Die Begrenzung des Ausgabenanstiegs und die Rückführung der Nettoneuverschuldung wird im wesentlichen erreicht durch die Maßnahmen nach dem Haushaltbegleitgesetz 1984 und durch Kürzungen im Bundeshaushalt (Maßnahmen im Haushaltsvollzug). Wesentliche Maßnahmen sind:</p> <p>Öffentlicher Dienst</p> <p>(Entlastung des Bundes etwa 0,9 Mrd DM, der Länder bis zu 2,2 Mrd DM, der Gemeinden bis zu 1,3 Mrd DM)</p> <ul style="list-style-type: none"> — Verschiebung der Lohn- und Gehaltsanpassung von 1984 auf 1985 (etwa 5 Mrd DM) — Absenkung der Eingangsbesoldung im höheren und gehobenen Dienst — Wegfall der Regelung über Anpassungszuschläge sowie Weiterzahlung bestehender Anpassungszuschläge in Höhe von zwei Dritteln (etwa 400 Mio DM) — Wegfall des Zuschusses zur Gemeinschaftsverpflegung (etwa 200 Mio DM). <p>Knappschaftliche Rentenversicherung</p> <p>(Entlastung des Bundes 0,9 Mrd DM)</p> <ul style="list-style-type: none"> — Einbeziehung der knappschaftlichen Krankenversicherung der Rentner in das allgemeine Finanzierungssystem der Krankenversicherung der Rentner sowie in die übrigen Maßnahmen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung. <p>Arbeitslosenhilfe</p> <p>(Entlastung des Bundes 100 Mio DM)</p> <ul style="list-style-type: none"> — Senkung des Leistungssatzes für Leistungsempfänger ohne Kinder von 58 vH auf 56 vH des ausfallenden pauschalierten Nettoentgelts <p>Mutterschaftsurlaubsgeld</p> <p>(Entlastung des Bundes 0,3 Mrd DM)</p> <ul style="list-style-type: none"> — Kürzung der Leistungsdauer von vier auf drei Monate und des Tagegeldes von 25 DM auf 20 DM. (Nach den Plänen der Bundesregierung soll ab 1987 das Mutterschaftsurlaubsgeld auf dem neuen Niveau allen Müttern zugute kommen. Hierfür sind für 1987 zusätzlich 520 Mio DM im Finanzplan berücksichtigt.)

noch Tabelle 28

Datum	
<p>1983 noch 29. Juni</p>	<p>Schwerbehinderte (Entlastung des Bundes 0,1 Mrd DM, der Länder 0,1 Mrd DM)</p> <ul style="list-style-type: none"> — Einschränkung des begünstigten Personenkreises auf die in der Bewegung tatsächlich Behinderten; Umwandlung der unentgeltlichen Beförderung durch Zahlung eines Eigenanteils in eine verbilligte Beförderung — Einschränkung der Möglichkeit zur kumulativen Inanspruchnahme der Vergünstigungen im öffentlichen Personenverkehr und bei der Kfz-Steuer — Umwandlung der bisherigen Kfz-Steuerbefreiung in eine Ermäßigung — Wegfall der unentgeltlichen Beförderung im Schienenverkehr. <p>Landwirtschaft (Entlastung des Bundes 0,1 Mrd DM)</p> <ul style="list-style-type: none"> — Herabsetzung des Bundeszuschusses zur landwirtschaftlichen Altershilfe von 79,5 auf 75 vH der Gesamtausgaben der Altershilfe. <p>Investitionshilfeabgabe</p> <ul style="list-style-type: none"> — Die Abgabe wird nicht nur 1983 und 1984, sondern auch 1985 erhoben. Die Rückzahlung beginnt 1990. Mehreinnahmen fließen ebenfalls in den Wohnungsbau. <p>Maßnahmen im Haushaltsverfahren (Bund etwa 1,4 Mrd DM)</p> <ul style="list-style-type: none"> — Begrenzung des Anstiegs der sächlichen Verwaltungsausgaben auf rund 1 vH gegenüber 1983 — Begrenzung des Anstiegs der Plafonds für Forschung und Entwicklung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Bundeshilfe für Berlin auf jeweils 3 vH — Kürzung der Mittel für den Straßenbau und im Luftfahrtbereich. <p>Entsprechend dem Ziel der Bundesregierung, den Bundeshaushalt in Richtung auf wachstumsfördernde und investitionsstärkende Maßnahmen umzuschichten, wurden in den Bundeshaushalt 1984 gegenüber der bisherigen Planung zusätzliche wachstumsfördernde Maßnahmen mit einem Volumen von 1,5 Mrd DM aufgenommen:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Verstärkung der Gemeinschaftsaufgaben (500 Mio DM) — Strukturverbesserungshilfen für die Stahlindustrie (600 Mio DM) — Zusätzliche Investitionen bei den Bundeswasserstraßen und im Zonenrandgebiet (70 Mio DM) — Zur Verbesserung der Ausbildungssituation der Jugend: Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher und Bildungsbeihilfen für arbeitslose Jugendliche (230 Mio DM). <p>Zur Festigung der sozialen Sicherungssysteme sind im Haushaltsbegleitgesetz 1984 folgende Maßnahmen vorgesehen:</p> <p>Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten/Knappschaftliche Rentenversicherung (Entlastung 1984: 5,5 Mrd DM/etwa 1 Mrd DM)</p> <ul style="list-style-type: none"> — Einnahmeerhöhungen: <ul style="list-style-type: none"> — Stärkere Einbeziehung von Zuwendungen (einmalig gezahltem Arbeitsentgelt) und des Weihnachtsfreibetrages in die Beitragspflicht — Volle Einbeziehung des Krankengeldes in die Beitragspflicht. — Leistungsminderungen: <ul style="list-style-type: none"> — Anpassung der Renten an die Entwicklung der Arbeitsentgelte des Vorjahres — Zuerkennung von Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nur bei vorheriger versicherungspflichtiger Erwerbstätigkeit (in den letzten 5 Jahren mindestens 3 Jahre versicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit) — Herabsetzung der Witwen- und Witwerabfindung bei Wiederheirat von 5 auf 2 Jahresrentenbeträge — Ersetzung des Kinderzuschusses durch Kindergeld beim Rentenzugang. — „Funktionale Neugliederung“: <ul style="list-style-type: none"> — Sachgerechte Zuordnung der Tbc-Heilbehandlungsmaßnahmen zur Krankenversicherung

Datum	
<p>1983 noch 29. Juni</p>	<ul style="list-style-type: none"> — Anpassung der Finanzierung der knappschaftlichen Krankenversicherung der Rentner an die Finanzierung der Krankenversicherung der Rentner — Kürzungen im Bereich des Arbeitsförderungsgesetzes. <p>Bundesanstalt für Arbeit (Entlastung 1984: 2,5 Mrd DM)</p> <ul style="list-style-type: none"> — Leistungsänderungen <ul style="list-style-type: none"> — Senkung des Leistungssatzes für Leistungsempfänger ohne Kinder beim Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld um 5 Prozentpunkte auf 63 vH des ausfallenden Nettoarbeitsentgelts (950 Mio DM) — Senkung des Leistungssatzes beim Unterhaltsgeld, Änderung der Bemessung des Arbeitslosengeldes nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung (210 Mio DM) — Umstellung des Unterhaltsgeldes bei arbeitsmarktpolitisch nicht notwendigen, sondern lediglich zweckmäßigen Bildungsmaßnahmen auf Kannleistung (100 Mio DM) — Übernahme der Kosten des Schlechtwettergeldes für den jeweils ersten Tag im Monat durch den Arbeitgeber (100 Mio DM) — Einschränkungen im Bereich der beruflichen Rehabilitation, beim Einarbeitungszuschuß und bei den Hilfen zur Förderung der Arbeitsaufnahme (etwa 200 Mio DM). — Einnahmeverbesserungen <ul style="list-style-type: none"> — Stärkere Einbeziehung von Zuwendungen (einmalig gezahltem Arbeitsentgelt) in die Beitragspflicht (600 Mio DM) — Einbeziehung des Krankengeldes und ähnlicher Lohnersatzleistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz in die Beitragspflicht (300 Mio DM). <p>Gesetzliche Krankenversicherung</p> <ul style="list-style-type: none"> — Einnahmenerhöhungen: (1984: etwa 1,3 Mrd DM) <ul style="list-style-type: none"> — Stärkere Einbeziehung von Sonderzahlungen in die Beitragspflicht. — Belastungen: (1984: etwa 1,9 Mrd DM) <ul style="list-style-type: none"> — Volle Einbeziehung des Krankengeldes in die Beitragspflicht (Nettomehrausgaben: 500 Mio DM) — Beitragsausfälle in der Krankenversicherung der Rentner durch Absenkung des Rentenvolumens infolge Aktualisierung, Ersetzung der Kinderzuschüsse sowie Zugangsbeschränkung von Beruf-/Erwerbsunfähigkeits-Renten — Anpassung der Finanzierung der knappschaftlichen Krankenversicherung der Rentner — Sachgerechte Zuordnung von Tbc-Maßnahmen. <p>Gesetzliche Unfallversicherung</p> <ul style="list-style-type: none"> — Entlastung durch Anpassung der Renten entsprechend der Nettosteigerung des Zahlbetrages der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, Herabsetzung der Witwenabfindung, Ersetzen der Kinderzulage durch das Kindergeld beim Rentenzugang, Änderungen in der Beitragspflicht beim Verletztengeld (etwa 100 Mio DM).
1. Juli	Die Erhöhung der Steuersätze bei der Umsatzsteuer von 13 vH auf 14 vH bzw. 6,5 vH auf 7 vH treten in Kraft.
6. September	Das Bundeskabinett verabschiedet den Neunten Subventionsbericht. Danach beläuft sich das Subventionsvolumen 1984 auf rund 29 Mrd DM, davon entfallen auf Finanzhilfen rund 13 Mrd DM und auf Steuervergünstigungen 16 Mrd DM. Das bedeutet, daß sich die Subventionen 1984 gegenüber dem Vorjahr um knapp eine halbe Milliarde DM (1,7 vH) erhöhen sollen.
7.—9. September	Der Bundestag berät in erster Lesung den Entwurf des Bundeshaushalts 1984 mit einem Volumen von 257,75 Mrd DM und einer Nettokreditaufnahme von 37,34 Mrd DM sowie das Haushaltsbegleitgesetz 1984 und das Steuerentlastungsgesetz 1984.

221. Ein wichtiges finanzpolitisches Ziel der Bundesregierung war, die Ausgabenstruktur zugunsten eines höheren Anteils der investiven Ausgaben zu verändern. Nimmt man Bund, Länder und Gemeinden zusammen, dann zeigt sich, daß das Gegenteil eingetreten ist. Nachdem die Ausgaben für öffentliche Sachinvestitionen im letzten Jahr um rund 11 vH, im Jahre 1981 um 4 vH abgenommen hatten, waren sie in diesem Jahr noch einmal um 4 vH niedriger; sie beliefen sich auf 49¹/₂ Mrd DM, das sind fast 11 Mrd DM weniger als im Jahre 1980.

Der Bund hatte geplant, seine Investitionsausgaben um rund 700 Mio DM zu erhöhen, tatsächlich gab er nur etwa 400 Mio DM mehr als 1982. Die Investitionsausgaben der Länder lagen sogar unter dem Vorjahresniveau. Noch stärker gingen die kommunalen Investitionen zurück, die rund zwei Drittel der öffentlichen Investitionen ausmachen.

Die Länder hätten eine weitere Abschwächung der kommunalen Investitionen verhindern können, wenn sie ihre Zuweisungen an die Gemeinden erhöht hätten. Sie haben das jedoch nicht getan, sondern teilweise sogar Kürzungen vorgenommen, zugleich wurden die laufenden Zuweisungen abermals zurückgenommen. Ebensovwenig hat der Bund durch seine Zuschüsse an Länder und Gemeinden versucht, die kommunalen Investitionen zu beleben. Die Gemeinden selbst nutzten den Spielraum, der sich ihnen durch die Mehreinnahmen aus Steuern, Gebühren und Beiträgen trotz Mehrbelastungen bei Zinsen und sozialen Leistungen letztlich bot, nicht für zusätzliche Investitionen, sondern dazu, ihre Defizite abzubauen. Die Investitionsausgaben der Gemeinden gingen deshalb übers Jahr gesehen um etwa 5 vH zurück.

Subventionen weiter angestiegen

222. Daß es auch in diesem Jahr nicht gelungen ist, die Subventionen insgesamt einzuschränken, ist enttäuschend. Bei den Finanzhilfen des Bundes, also den Subventionen auf der Ausgabenseite, gab es zwar in einigen Bereichen Einsparungen, und zwar insbesondere bei den Wohnungsbauprämien und bei den Investitionszuschüssen für den Steinkohlebergbau. Diese Einsparungen wurden aber durch Mehrausgaben, die insbesondere bei Finanzhilfen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und für das Wohnungswesen anfielen, mehr als ausgeglichen. Die Finanzhilfen des Bundes dürften deshalb in diesem Jahr auf rund 13,7 Mrd DM ansteigen, im Jahre 1982 betragen sie 13,2 Mrd DM.

Für ein großes Stahlunternehmen haben der Bund und das Saarland in diesem Jahr weitere Finanzierungshilfen bereitgestellt. Ein großer Teil hiervon wurde dazu verwendet, den drohenden Zusammenbruch des Unternehmens abzuwenden. Die Probleme stellten sich am Ende des Jahres erneut; Bund und Land mußten abermals helfen, um den Konkurs zu vermeiden.

Die Finanzhilfen zugunsten des Steinkohlebergbaus wurden in diesem Jahr nicht weiter abgebaut.

So mußte vor allem die Kokskohlenbeihilfe in diesem Jahr wieder angehoben werden, weil der Abstand der Weltmarktpreise zu den inländischen Kohlepreisen zugenommen hatte. Außerdem wurden zusätzliche Zuschüsse an das Unternehmen Ruhrkohle AG gewährt. Den sogenannten Kohlepfennig, im Jahre 1983 waren das 2 Mrd DM, mit dem der größte Teil der Mehrkosten für die Verstromung der Steinkohle abgegolten wird, tragen die Stromverbraucher.

Erste Ansätze für einen Abbau der Subventionen im sozialen Wohnungsbau sind darin zu sehen, daß die Länder im letzten Jahr ermächtigt wurden, die Zinsen für bestehende Darlehen zu erhöhen und eine Fehlbelegungsabgabe zu erheben. Die Finanzhilfen des Bundes zur Förderung des Wohnungswesens sind allerdings in diesem Jahr wieder gestiegen, und zwar im wesentlichen aufgrund von Mehrausgaben im Rahmen des Programms zur Förderung von Wohnungseigentum in regionalen Schwerpunkten und im Rahmen des Sonderprogramms zur Belegung des sozialen Wohnungsbaus, das aus der befristeten Investitionshilfeabgabe finanziert wird.

Zum Gesamtbild der Subventionen gehören auch die Finanzhilfen, die im Rahmen der Europäischen Agrarmarkordnung an die Landwirtschaft gewährt werden. Allein im ersten Halbjahr sind hierfür rund 1,2 Mrd DM mehr an Zuschüssen gezahlt worden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Insgesamt ist bei der Europäischen Gemeinschaft die Subventionierung der Landwirtschaft so angewachsen, daß sich dort gravierende Haushaltsprobleme eingestellt haben (Ziffer 41).

Steuerquote unverändert

223. Das Steueraufkommen ist in diesem Jahr nur wenig stärker gestiegen als das Sozialprodukt; die Steuerquote war mit 23,8 vH kaum höher als im Vorjahr. Wiederum gab es eine Reihe von Steuerrechtsänderungen. Mehreinnahmen in Höhe von 3¹/₂ Mrd DM ergaben sich aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer; der rückzahlbare, unverzinsliche Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer, die Investitionshilfeabgabe, brachte Einnahmen in Höhe von etwa 700 Mio DM; das ist erheblich weniger als erwartet. Mindereinnahmen ergaben sich daraus, daß die Investitionszulage von den Vorauszahlungen zur Einkommen- und Körperschaftsteuer abgezogen werden konnte und daß weitere Steuererleichterungen, insbesondere bei der Gewerbesteuer, gewährt wurden. Insgesamt flossen Bund, Ländern und Gemeinden in diesem Jahr Steuereinnahmen in Höhe von 396 Mrd DM zu, das sind 4¹/₂ vH mehr als im Vorjahr (Tabelle 29).

224. Bei gesunkener Beschäftigung und niedrigeren Tarifabschlüssen hat sich das Aufkommen aus der Lohnsteuer weniger stark erhöht als im Vorjahr. Die öffentlichen Haushalte haben dennoch 4¹/₂ vH mehr an Lohnsteuer eingenommen als im letzten Jahr; das ist viel, wenn man berücksichtigt,

Das Aufkommen wichtiger Einzelsteuern ¹⁾

Steuerart	1980	1981	1982	1983 ²⁾	1980	1981	1982	1983 ²⁾
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Gesamtsteueraufkommen	365,0	370,3	378,7	396	+ 6,5	+ 1,5	+ 2,3	+ 4 ^{1/2}
Lohnsteuer	111,6	116,6	123,4	128 ^{1/2}	+14,9	+ 4,5	+ 5,9	+ 4 ^{1/2}
Veranlagte								
Einkommensteuer	36,8	32,9	30,6	28 ^{1/2}	- 2,0	-10,5	- 7,1	- 6 ^{1/2}
Körperschaftsteuer	21,3	20,2	21,5	22 ^{1/2}	- 6,9	- 5,4	+ 6,4	+ 5 ^{1/2}
Steuern vom Umsatz	93,4	97,8	97,7	105 ^{1/2}	+11,0	+ 4,6	- 0,1	+ 8
Mineralölsteuer	21,4	22,2	22,8	23 ^{1/2}	+ 1,0	+ 3,9	+ 3,0	+ 3
Tabaksteuer	11,3	11,3	12,2	14	+ 5,5	- 0,3	+ 8,5	+15
Branntweinabgaben	3,9	4,5	4,3	4 ^{1/2}	- 3,2	+15,3	- 4,5	+ 2 ^{1/2}
Vermögensteuer	4,7	4,7	5,0	5	+ 4,1	+ 0,5	+ 6,3	+ 1 ^{1/2}
Kraftfahrzeugsteuer	6,6	6,6	6,7	7	-13,1	+ 0,1	+ 1,5	+ 6
Gewerbsteuer ³⁾	27,1	26,0	26,1	26 ^{1/2}	+ 8,1	- 3,8	+ 0,2	+ 1 ^{1/2}
Grundsteuern A und B	5,8	6,0	6,3	6	+ 1,7	+ 3,0	+ 5,5	+ 6 ^{1/2}
Nachrichtlich:								
Steuerquote ⁴⁾	24,6	24,0	23,7	23,8	x	x	x	x
Bruttosozialprodukt	1 485,7	1 542,9	1 597,7	1 663	+ 6,5	+ 3,8	+ 3,6	+ 4

¹⁾ Kassenmäßige Steuereinnahmen; Quelle: BMF.

²⁾ Eigene Schätzung.

³⁾ Nach Ertrag und Kapital.

⁴⁾ Kassenmäßige Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts.

daß die Bruttolohn- und -gehaltssumme in diesem Jahr nur um 1 vH zugenommen hat. Für diesen starken Anstieg gibt es mehrere Gründe. So sind dabei die Erstattungen von Steuern zugunsten von veranlagten Lohnsteuerpflichtigen nicht berücksichtigt; diese haben im Jahre 1983 stark zugenommen. Die Progressionswirkung des seit 1981 geltenden Steuertarifs blieb unvermindert wirksam. Schließlich ist zu beachten, daß im Zuge des Beschäftigungsrückgangs mehr Beschäftigte mit niedrigerem Einkommen entlassen wurden als Beschäftigte mit hohem Einkommen und die durchschnittliche Belastung der Beschäftigten mit Lohnsteuer deshalb stieg. Der Struktureffekt des Beschäftigungsrückgangs und die Progressionswirkung erklären zusammen etwa 3 Prozentpunkte im Anstieg der Lohnsteuer.

225. Anders als bei der Lohnsteuer ist die Einkommensteuer der Veranlagten nicht gestiegen, sondern um 6^{1/2} vH zurückgegangen, obwohl die Einkommen der Veranlagten deutlich gestiegen sind. Dies rührt daher, daß eine erhebliche zeitliche Verzögerung zwischen dem Entstehen der Steuerschuld und der Veranlagung besteht. Die Steuervorauszahlungen wurden offenbar nur zum Teil an die verbesserten Einkommen angepaßt. Mindereinnahmen werden auch deshalb ausgewiesen, weil in diesem Jahr die Erstattungen wieder zugenommen haben, die im Rahmen der Einkommensteuerveranla-

gung an unselbständig beschäftigte Arbeitnehmer gezahlt und mit dem Aufkommen der Einkommensteuer der Veranlagten verrechnet werden. Außerdem konnte die Investitionszulage 1982 erstmals in diesem Jahr von den Vorauszahlungen der Einkommen- und Körperschaftsteuer abgezogen werden, und schließlich ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen weiter gestiegen.

226. Zu deutlichen Mehreinnahmen führte die Verbesserung der Unternehmensgewinne aber bei der Körperschaftsteuer. Hier wurden die Steuervorauszahlungen wie im letzten Jahr relativ schnell an die weiter gestiegenen Unternehmensgewinne angepaßt. Das Aufkommen stieg um 5^{1/2} vH, ohne die Abzüge für die Investitionszulage wären es 7 vH gewesen.

227. Die Gemeinden nahmen in diesem Jahr bei der Gewerbesteuer wieder mehr ein als im Vorjahr. Die Hinzurechnung von Dauerschuldzinsen und Dauerschulden in der Bemessungsgrundlage wurde in diesem Jahr zwar um 40 vH gekürzt, was zu Mindereinnahmen in Höhe von rund 1^{1/2} Mrd DM führte, zum Ausgleich war die Gewerbesteuerumlage aber gesenkt worden. Außerdem haben die Gemeinden teilweise die Hebesätze erhöht; der durchschnittliche Hebesatz stieg in diesem Jahr um etwa 10 Prozentpunkte auf 349 vH.

228. Die Steuernehreinnahmen in diesem Jahr bestehen zu einem großen Teil aus zusätzlichen Einnahmen aus der Umsatzsteuer, deren Aufkommen um 8 vH höher war als im Vorjahr. Die Zuwachsrates war so hoch, weil die Nachfrage im Inland kräftig zunahm und die Mehrwertsteuersätze zur Jahresmitte um einen Prozentpunkt beziehungsweise um einen halben Prozentpunkt angehoben wurden; die Mehrwertsteuererhöhung allein brachte Steuernehreinnahmen von 3¹/₂ Mrd DM. Ein Teil dieser Mehreinnahmen ist zum Ausgleich von Steuerentlastungen zur Belegung der Investitionstätigkeit verwendet worden. Die Mehreinnahmen, die sich 1984 ergeben, weil die höheren Mehrwertsteuersätze dann das ganze Jahr über gelten, sollen zur Finanzierung weiterer Entlastungen bei den Unternehmen verwendet werden.

Insgesamt hat sich die sehr unterschiedliche Entwicklung im Aufkommen der Einzelsteuern ausgeglichen; die Steuerquote ist nahezu konstant geblieben.

229. Die zahlreichen finanzpolitischen Maßnahmen in diesem Jahr machten Änderungen beim Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vor allem an drei Stellen erforderlich. Die Länder erhielten zu Lasten des Bundes Mehreinnahmen aus der Erhöhung ihres Anteils am Umsatzsteueraufkommen um einen Prozentpunkt auf 33,5 vH. Die Gewerbesteuerumlage wurde zu Lasten des Bundes und der Länder gekürzt, um bei den Gemeinden Steuerausfälle aus der Entlastung bei der Gewerbesteuer auszugleichen. Die Gemeinden erhielten um 1¹/₂ vH geringere Finanzausweisungen; schon im letzten Jahr waren die Finanzausweisungen insgesamt um 1,9 vH zurückgegangen. Die Zweckzuweisungen, die die Länder vorwiegend für kommunale Investitionen gewähren, sind im Jahre 1982 um 6,4 vH gekürzt, in diesem Jahr nicht wieder erhöht worden.

Entlastungen für die Unternehmen — Belastungen bei den privaten Haushalten

230. Für die Unternehmen sind in diesem und im letzten Jahr eine Reihe von Steuererleichterungen wirksam geworden. Der größte Teil davon geht auf die steuerlichen Beschlüsse des Jahres 1981 zurück, so die Verbesserung der Abschreibungsregelungen für bewegliche Wirtschaftsgüter und für Gebäude sowie die Ausdehnung des Verlustrücktrages auf zwei Jahre. Dies brachte im vergangenen Jahr Steuererleichterungen in Höhe von knapp 1 Mrd DM. In diesem Jahr entlastete die Investitionszulage die Unternehmen um 2 Mrd DM. Sie wird auf Investitionen gewährt, soweit diese bis zum Ende des vergangenen Jahres in Auftrag gegeben worden sind, beziehungsweise der Antrag auf Baugenehmigung gestellt worden ist. Außerdem müssen die Investitionen höher liegen als im Durchschnitt der letzten drei Jahre. Weitere 1¹/₂ Mrd DM kamen durch die Entlastungen bei der Gewerbesteuer hinzu. Nach Abzug der zusätzlichen Belastungen, die sich daraus ergaben, daß die Hebesätze in einer Reihe von Gemeinden angehoben wurden, beliefen

sich die Steuererleichterungen für den Unternehmenssektor 1983 auf rund 3 Mrd DM (Tabelle 32, Seite 138).

Die befristete Investitionshilfeabgabe, die in diesem Jahr erstmalig erhoben wurde, belastete im wesentlichen nur die unselbständig Beschäftigten mit höherem Einkommen. Denn Steuerpflichtige mit Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb und aus selbständiger Arbeit können, anders als die Steuerpflichtigen, die andere Einkünfte beziehen, diese Abgabe vermeiden, weil sie 20 vH der Investitionskosten im eigenen Betrieb damit verrechnen können. Die Befreiung von der Abgabe ist also dann erreicht, wenn die Investitionskosten das Fünffache der Abgabe betragen, was in den meisten Fällen leicht zu erreichen sein dürfte. Die unterschiedliche Behandlung der Steuerpflichtigen bei der Investitionshilfeabgabe hat Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit dieser Abgabe hervorgerufen; das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über diesbezügliche Beschwerden steht noch aus.

231. Die privaten Haushalte hatten dagegen höhere Steuern zu tragen. Im letzten Jahr wurde eine Reihe von Verbrauchsteuern, in diesem Jahr die Mehrwertsteuer angehoben, allein aus diesen Gründen ist das Aufkommen bei den indirekten Steuern in den Jahren 1982 und 1983 um 2 Mrd DM beziehungsweise 6¹/₂ Mrd DM gestiegen. Bei der Lohn- und Einkommensteuer gab es Mehrbelastungen für nicht-sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer, das sind vor allem die Beamten, durch die Kürzung der Vorsorgepauschale. Davon werden aber nur etwa 900 Mio DM dauerhaft sein, da diese Arbeitnehmer höhere tatsächliche Vorsorgeaufwendungen zu einem Teil bei der Einkommensteuerveranlagung geltend machen können. Die Entlastungen durch die Erweiterung des Schuldzinsenabzugs für neu gebaute selbstgenutzte Wohnungen fielen in der Summe in diesem Jahr noch nicht ins Gewicht.

Der größte Teil des Anstiegs der Steuerbelastung der Arbeitnehmereinkommen wird in diesem Jahr nicht durch Veränderungen des Steuerrechts, sondern vielmehr durch die Progressionswirkung des Steuertarifs erklärt. Diese Belastung stieg, gemessen als durchschnittliche Belastung der Bruttolohn- und -gehaltssummen mit Lohnsteuer, auf 15,6 vH nach 15,2 vH im Jahre 1982 und 14,8 vH im Jahre 1981. Für die öffentlichen Haushalte ergaben sich daraus in den Jahren 1982 und 1983 zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von zusammen rund 6 Mrd DM. Dabei sind die Erstattungen an Arbeitnehmer im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung berücksichtigt.

Zur Entwicklung der Abgabenbelastung

232. Die Entwicklung der Belastung des Einkommens mit Lohnsteuer und Sozialabgaben untersuchen wir für drei typisierte Haushalte. Wir aktualisieren hiermit die Berechnungen zur Abgabenbelastung, die wir im Jahresgutachten 1978/79 vorgelegt haben, und führen sie bis zum Jahre 1984 fort. In

diesem Jahr haben wir bei der Auswahl der Einkommenshöhe die Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1980 herangezogen. Ausgangspunkt für unsere Berechnungen ist der Haushaltstyp I.

- I. Der Haushaltstyp I ist ein lediger sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer mit einem Einkommen, das im Jahre 1980 in etwa dem Einkommen entspricht, das für die in der Lohnsteuerstatistik 1980 erfaßten Personen als häufigster Wert ausgewiesen wird. Dieser Einkommensbetrag liegt im Jahre 1980 nicht wesentlich unter der Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer, die sich aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ergibt. Zur Ermittlung der Einkommen in den Jahren 1960 bis 1979 beziehungsweise 1981 bis 1984 haben wir den Einkommensbetrag für das Jahr 1980 mit den Veränderungsraten für die Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer zurückgerechnet beziehungsweise fortgeschrieben.
- II. Beim Haushaltstyp II handelt es sich um einen verheirateten sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer mit zwei minderjährigen, nicht berufstätigen Kindern, der Ehepartner ist nicht erwerbstätig. Das Einkommen entspricht dem des Haushalts I.
- III. Der Haushaltstyp III ist ein sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer mit dem gleichen Familienstand wie Haushalt II, jedoch verfügt er in allen Jahren über ein Einkommen, das doppelt so hoch ist wie das des Haushaltstyps I beziehungsweise II. Der Ehepartner ist nicht erwerbstätig.

Zur Berechnung der Abgaben haben wir angenommen, daß es sich in allen Fällen um einen Angestellten handelt. Als Abgaben wurden die Lohnsteuer, die Ergänzungsabgabe zur Lohnsteuer, die Beiträge zur Sozialversicherung, nicht aber der rückzahlbare Konjunkturzuschlag, die zeitlich befristete Stabilitätsabgabe und die Investitionshilfeabgabe einbezogen. Bei der Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge haben wir (in Abweichung von unseren früheren Berechnungen) angenommen, daß ein Dreizehntel des jeweiligen Jahreseinkommens als Sonderzahlung gewährt und zusammen mit dem regelmäßigen Monatsgehalt in einem Monat ausgezahlt wird. Dieses Vorgehen ist dadurch bestimmt, daß nach den Plänen der Bundesregierung ab dem Jahre 1984 die Berechnung der Beitragszahlungen zu den Sozialversicherungen umgestellt werden soll, und zwar in der Weise, daß nicht wie bis 1983 die Monateinkommen bis zur Höhe der jeweiligen monatlichen Beitragsbemessungsgrenzen, sondern das Jahreseinkommen einschließlich der Sonderzahlungen bis zur Höhe der Jahresbeitragsbemessungsgrenzen die Beitragszahlungen zu den Sozialversicherungen bestimmen soll.

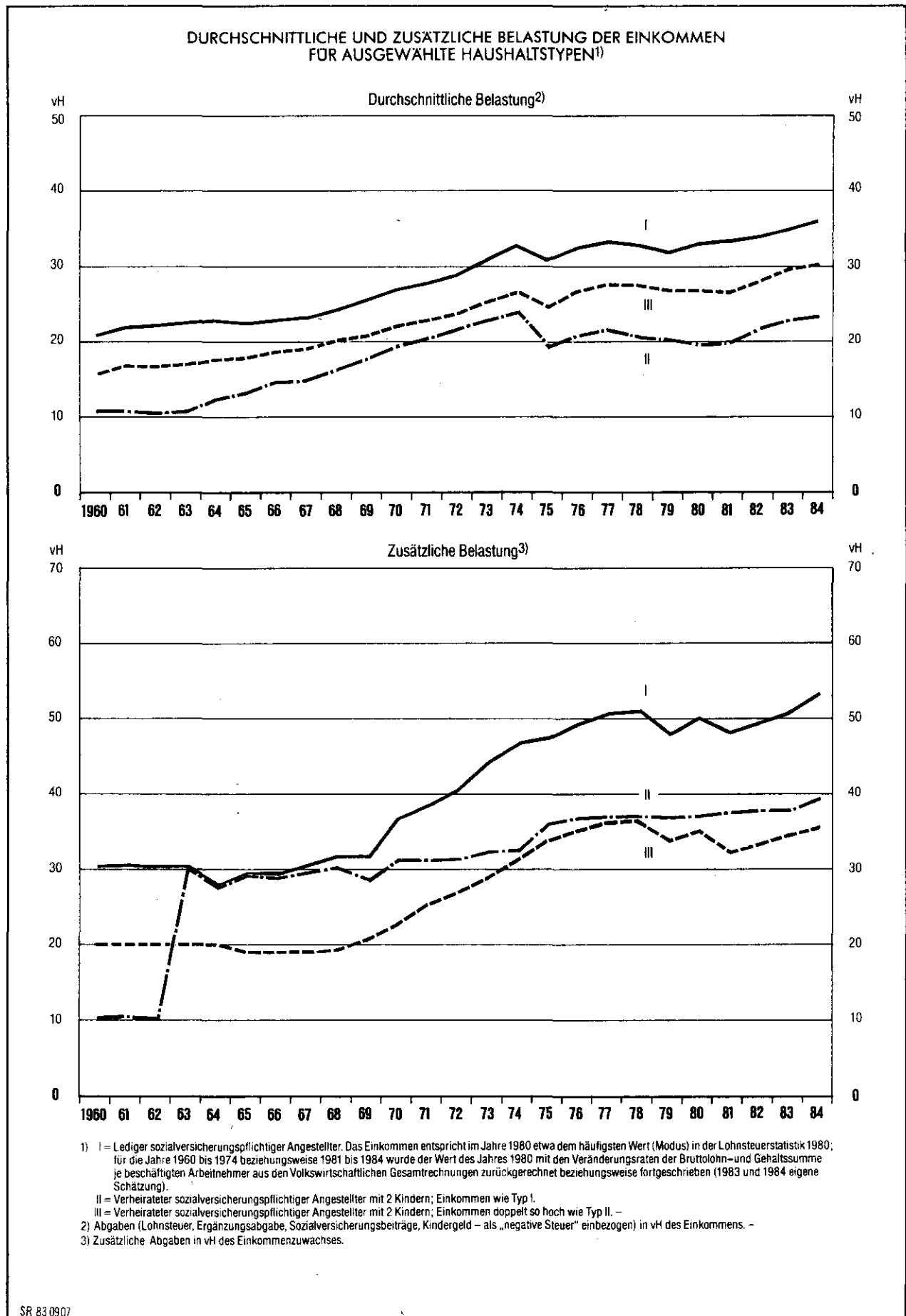
Bei der Berechnung der Lohnsteuer wurden die allgemeinen Freibeträge, die in die Lohnsteuertabellen eingearbeitet sind, sowie der Weihnachtsfreibetrag berücksichtigt, an Vorsorgeaufwendungen nur die Beitragszahlungen an die Sozialversicherungen und diese nur bis zu dem gesetzlich festgelegten Höchstbetrag. Außerdem ist berücksichtigt worden, daß in dem betrachteten Zeitraum (1960 bis 1984) unterschiedliche Regelungen für den Familienlastenausgleich angewandt wurden. In den Jahren 1960 bis 1974 wurden teilweise Kinderfreibeträge gewährt, teilweise wurde bis zu einer bestimmten Einkommenshöhe

für das zweite und jedes weitere Kind Kindergeld gezahlt. Ab dem Jahre 1975 gab es dann Kindergeld in festen Beträgen unabhängig vom Einkommen, allgemeine Kinderfreibeträge wurden nicht mehr gewährt, wenn man von der Regelung der sogenannten Kinderbetreuungskosten in den Jahren 1980 bis 1982 absieht. Wir haben die Kinderbetreuungskosten bis zur Höhe des Betrages berücksichtigt, bis zu dem ein Abzug auch ohne Nachweis der tatsächlichen Aufwendungen möglich war. Durch das Haushaltsbegleitgesetz 1983 wurde die Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten gestrichen und dafür wieder ein Kinderfreibetrag von 432 DM je Kind eingeführt, außerdem wurde das Kindergeld ab dem zweiten Kind nicht pauschal, sondern nur für Bezieher mit höherem Einkommen gekürzt. Um eine im Zeitablauf vergleichbare Reihe zu erhalten, haben wir in allen Jahren das jeweils gezahlte Kindergeld wie eine „negative Steuer“ behandelt.

233. Die durchschnittliche Belastung des Einkommens mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen hat nach diesen Berechnungen seit 1960 in allen ausgewählten Haushaltstypen zugenommen, und zwar bei den Haushaltstypen I und III um gut 14 Prozentpunkte und bei Haushaltstyp II um etwa 12,5 Prozentpunkte (Schaubild 36). Der Anstieg der Abgabenbelastung wird bei den Haushalten I und III zu etwa drei Fünfteln vom Anstieg der Steuern und zu zwei Fünfteln vom Anstieg der Beiträge zu den Sozialversicherungen erklärt, bei Haushalt II ist der Beitrag dieser beiden Komponenten etwa gleich groß. Die durchschnittliche Belastung des Einkommens mit Steuern und Sozialbeiträgen ist auch im Jahre 1983 weiter gestiegen. Dies ist auf die abermalige Anhebung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung um 0,6 Prozentpunkte und auf die vorgezogene Beitragserhöhung bei der Rentenversicherung um einen halben Prozentpunkt einerseits sowie andererseits auf den progressiven Einkommensteuertarif und besonders bei Haushaltstyp III auf die Änderungen bei der steuerlichen Berücksichtigung von Kindern zurückzuführen. In keinem Jahr zuvor war die Abgabenbelastung damit so hoch wie in diesem Jahr, nur bei Haushalt II wurde in einem einzigen Jahr, nämlich 1974, einmal eine ähnlich hohe Belastung erreicht. Auch im kommenden Jahr wird die durchschnittliche Abgabenbelastung weiter ansteigen. Bei den Haushaltstypen I und II würde die geplante Neuregelung der Berechnung der Beitragszahlungen zur Sozialversicherung allein zu einem Anstieg der Abgabenbelastung um gut einen halben Prozentpunkt führen.

234. Der Anreiz, durch größere Anstrengungen ein höheres Einkommen zu erzielen, wird nicht so sehr durch die durchschnittliche, als vielmehr durch die Belastung der zusätzlichen Einkommen mit Steuern und Sozialabgaben bestimmt. Wir gehen davon aus, daß das Haushaltseinkommen monatlich um einen bestimmten Betrag steigt, die zusätzlich auf diesen Einkommensbetrag zu zahlenden Abgaben ergeben dann die Grenzbelastung. Für das Jahr 1984 nehmen wir ein zusätzliches Einkommen in Höhe von monatlich 100 DM an, für die anderen Jahre ein zusätzliches Einkommen, das, berücksichtigt man die Veränderung der Lebenshaltungskosten, dieselbe Kaufkraft hatte wie 100 DM im Jahre 1984. Für die Belastung dieses zusätzlichen Ein-

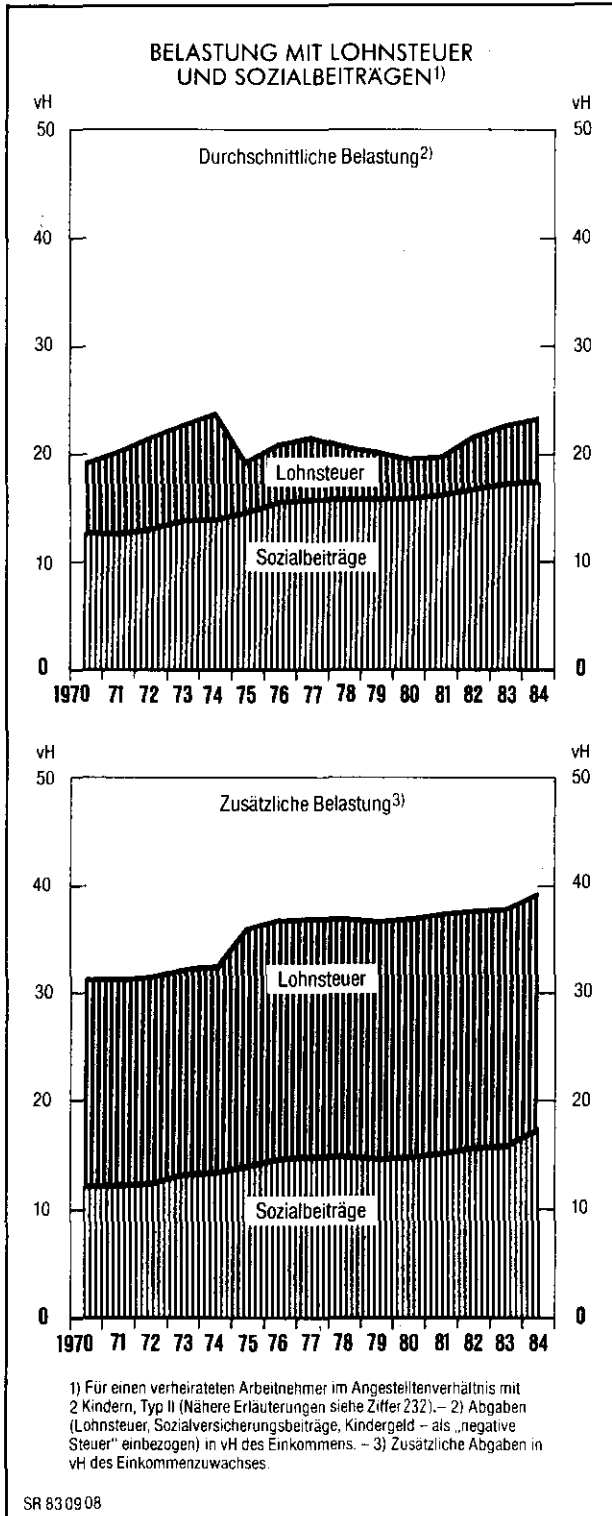
Schaubild 36



kommens ergibt sich das folgende Bild: Seit Anfang der siebziger Jahre hat die so gemessene Grenzbelastung in allen Haushaltstypen wesentlich zugenommen. Die Ursachen dafür waren jedoch verschieden. Da Haushalt II mit seinem steuerpflichtigen Einkommen, von den Anfangsjahren abgesehen, in denen er keine Steuern zu zahlen hatte, über den untersuchten Zeitraum hinweg in der unteren

proportionalen Zone des Steuertarifs lag, wurde die Belastung des Zusatzeinkommens im wesentlichen dadurch bestimmt, daß dieser Haushalt in verschiedenen Jahren und insbesondere ab 1970 mit seinem Einkommen unter den Beitragsbemessungsgrenzen bei den Sozialversicherungen lag, das zusätzliche Einkommen also vollständig beitragspflichtig war (Schaubild 37). Bei Haushalt III gilt das Gegenteil; denn sein Einkommen überstieg in allen Jahren die Beitragsbemessungsgrenze zu den Sozialversicherungen, das zusätzliche Einkommen wurde nicht mit Sozialversicherungsbeiträgen belastet. Bei Haushalt I sind sowohl Sozialversicherungsbeiträge als auch Steuern bestimmend, letztere allerdings in weitaus größerem Umfang.

Schaubild 37



Bei der Betrachtung der Grenzsteuerbelastung in den letzten Jahren ist zunächst zu beachten, daß der Steuertarif zweimal geändert wurde. Im Jahre 1979 wurde der Tarifsprung beim Übergang von der unteren proportionalen in die progressive Zone beseitigt und die Steuersätze im vorderen Bereich der Progressionszone gesenkt. Die Grenzsteuerbelastung bei Haushalt I und III sank deshalb um etwa 3 Prozentpunkte. Wegen kräftig steigender nominaler Einkommen wurde die Progression alsbald wieder wirksam. Einerseits ging der Anteil der Steuerpflichtigen zurück, deren Einkommen dem Satz der unteren proportionalen Zone unterliegt, andererseits rückten viele Steuerpflichtige innerhalb der Progressionszone nach oben. Daraufhin wurde der Steuertarif im Jahre 1981 noch einmal in der Form geändert, daß die untere Proportionalzone etwas ausgedehnt und die Grenzbelastung im unteren Bereich der Progressionszone gesenkt wurde. Seither blieb der Steuertarif unverändert. Durch diese Tarifreform wurde die Grenzsteuerbelastung bei den Haushalten I und III wiederum etwa um 3 Prozentpunkte gesenkt. Seit dem Jahre 1981 ist die Grenzsteuerbelastung nun progressionsbedingt wieder angestiegen, sie belief sich in diesem Jahr für beide Haushalte auf etwa 36 vH und ist damit wieder so hoch wie im Jahre 1978. Nimmt man die zusätzliche Belastung mit Sozialversicherungsbeiträgen mit ins Bild, so ergibt sich in diesem Jahr eine Abgabenbelastung für das zusätzliche Einkommen in Höhe von rund 53 vH für den Haushalt I, von etwa 40 vH für den Haushalt II und von rund 36 vH für den Haushalt III.

Im nächsten Jahr wird die Grenzbelastung des Einkommens besonders stark zunehmen. Ursache dafür ist bei den ersten beiden Haushaltstypen die steigende Belastung mit Sozialversicherungsbeiträgen, die sich daraus ergibt, daß einmalige Einkommenszahlungen, insbesondere das dreizehnte Monatsgehalt und das Urlaubsgeld, bis zur jährlichen Beitragsbemessungsgrenze in die Beitragspflicht einbezogen werden sollen. Die Progressionswirkungen des Steuertarifs erklären das übrige.

Weitere Verminderung des strukturellen Defizits

235. Der Fehlbetrag im Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden betrug in diesem Jahr nach der Abgrenzung der Finanzstatistik

63 Mrd DM; im Jahre 1981, dem Jahr mit dem bislang höchsten Defizit, hatte der Fehlbetrag $76\frac{1}{2}$ Mrd DM betragen. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erhält man kleinere Beträge für das Defizit, vor allem, weil hier die von öffentlichen Stellen gewährten Darlehen nicht defizitwirksam gebucht werden. Das Defizit in dieser Abgrenzung belief sich 1981 auf $65\frac{1}{2}$ Mrd DM und 1983 auf 53 Mrd DM. Der Fehlbetrag ist also nach beiden Abgrenzungen um rund 13 Mrd DM zurückgegangen. Dieser Rückgang des Fehlbetrages gibt freilich keine zutreffende Auskunft über den Konsolidierungserfolg der Finanzpolitik dieser beiden Jahre. Um diesen beurteilen zu können, darf man jedoch nicht das gesamte Defizit betrachten, sondern muß diesen Fehlbetrag in mehrfacher Hinsicht bereinigen. Konsolidieren heißt nämlich, den Teil des Haushaltsdefizits zurückzuführen, der über das hinausgeht, was konjunkturbedingt ist und bei gegebener volkswirtschaftlicher Steuerquote mit der konjunkturellen Erholung zurückgeht, und was als Normalverschuldung angesehen werden kann, den Teil der staatlichen Kreditaufnahme also, an den sich die Wirtschaft angepaßt hat und den der Staat deshalb ohne negative Rückwirkungen auf Wachstum und Stabilität kreditär finanzieren kann. Den Teil des Haushaltsfehlbetrages, den es zu konsolidieren gilt, nennen wir strukturelles Defizit.

Um das strukturelle Defizit zu ermitteln, gehen wir von dem gesamten Defizit in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aus, also in diesem Jahr von dem Betrag von 53 Mrd DM. Zunächst ist eine konjunkturelle Bereinigung vorzunehmen; darunter fallen die von der niedrigen Kapazitätsauslastung bedingten Steuermindereinnahmen und Mehrausgaben für konjunkturell bedingte Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit. Sie machten in diesem Jahr zusammen 22 Mrd DM aus; davon entfielen etwas weniger als 14 Mrd DM auf die auslastungsbedingten Steuermindereinnahmen und 8 Mrd DM auf die konjunkturbedingten Zuschüsse. Dem liegt die Schätzung zugrunde, daß bei normaler Auslastung der gegebenen Sachkapazitäten in der Volkswirtschaft schätzungsweise eine Million der insgesamt 2,3 Millionen Arbeitslosen wieder eine Beschäftigung hätten finden können. Im vergangenen Jahr waren für diese Steuermindereinnahmen wegen der im Jahresdurchschnitt besseren Kapazitätsauslastung $12\frac{1}{2}$ Mrd DM anzusetzen. Der konjunkturbedingte Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit belief sich damals auf 10 Mrd DM; der Unterschied in bezug auf diesen Posten rührt überwiegend daher, daß der Bund über eine Erhöhung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung sowie durch neue Einsparmaßnahmen die Leistungen beim Arbeitslosengeld vermindert hat. Von dem konjunkturbereinigten Defizit in Höhe von 31 Mrd DM ist weiter ein Betrag abzuziehen, der für die Normalverschuldung des Staates steht. Um diese Komponente des Defizits zu bestimmen, knüpft der Sachverständigenrat an das Verschuldungsverhalten des Staates im Durchschnitt der Jahre von 1966 bis 1977 an und setzt die so bestimmte Kreditaufnahme zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential in Be-

ziehung (potentialorientierte Kreditaufnahme). Danach ist für 1983 ein Betrag von $20\frac{1}{2}$ Mrd DM als Normalverschuldung anzusetzen. Weiter ist zu berücksichtigen, daß von dem Gewinn, den die Bundesbank dieses Jahr an den Bund abgeführt hat (11 Mrd DM), ein großer Teil als anomal gelten muß, also nicht auf Dauer zur Deckung von Ausgaben des Bundes zur Verfügung steht. Als dauerhafte Einnahme haben wir einen Betrag von 3 Mrd DM angesetzt; die Differenz, also 8 Mrd DM, ist als künftig defizitwirksam in die Rechnung einzustellen. Schließlich ist zu beachten, daß der Teil des Defizits, der sich aus der Anrechnung der Investitionszulage auf die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer ergibt, in diesem Jahr sind das 2 Mrd DM, in zwei Jahren entfällt, wenn die Zulage allen begünstigten Unternehmen zugute gekommen sein wird.

Der Betrag von 17 Mrd DM, der dann übrig bleibt, ist die strukturelle Komponente des Finanzierungsdefizits im Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahre 1983 oder einfach das strukturelle Defizit. Der Konsolidierungsbedarf von 38 Mrd DM, der sich bis 1981 aufgestaut hatte, ist also in zwei Jahren fast halbiert worden; im Jahre 1982 ist er um 10 Mrd DM, in diesem Jahr um 11 Mrd DM zurückgeführt worden. Das strukturelle Defizit hat also weit stärker abgenommen, als das gesamte Defizit.

236. Dieser Abbau des strukturellen Defizits geht auf die geringere Ausweitung der Ausgaben zurück. Die Staatsquote ist von 32,3 vH im Jahre 1981 auf 31 vH in diesem Jahr zurückgegangen. Dabei muß man freilich bedenken, daß zu den Minderausgaben auch der Zuschuß des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit gehört, der teilweise infolge von Beitragserhöhungen geringer ausfiel als im Vorjahr. Von den Steuereinnahmen kam nur ein geringer Beitrag zur Konsolidierung, denn die Steuerquote hat sich seit 1981 wenig verändert.

237. Bei dem Versuch zu ermitteln, in welchem Umfang Bund, Länder und Gemeinden in den letzten beiden Jahren jeweils zur Verminderung der strukturellen Defizite beigetragen haben, kommen wir zu dem Ergebnis, daß trotz der Führungsrolle des Bundes bei den Konsolidierungsanstrengungen die Länder und Gemeinden zunächst die größten Fortschritte erzielt haben. Die Haushaltsdefizite der Länder waren zwar in diesem Jahr nur wenig niedriger als 1981. Aber anders als damals, als die konjunkturbedingten Steuerausfälle sich noch in engen Grenzen hielten, war im Jahr 1983 ungefähr ein Viertel der Defizite im Zusammenhang mit solchen Steuerausfällen zu sehen. Rund die Hälfte des Defizits in den Länderhaushalten ist nach unseren Rechnungen in diesem Jahr struktureller Natur. Die Gemeinden wiesen 1983, nicht zuletzt wegen der drastischen Einschränkung ihrer Investitionen, nur noch geringe Haushaltsfehlbeträge auf, die sogar mehrere Milliarden DM unterhalb dessen lagen, was ihrem langjährigen Verschuldungsverhalten entsprochen hätte; im Jahre 1981 hatten die Fehlbeträge noch oberhalb dessen gelegen. Das tatsächliche Haushaltsdefizit des Bundes ist, ähnlich

wie das der Länder, in diesem Jahr nicht viel niedriger als 1981. Sein struktureller Teil hat sich in den vergangenen Jahren ungefähr ebenso entwickelt. Die Hälfte des Haushaltsdefizits ist struktureller Natur, was einen höheren Betrag ergibt als bei den Ländern. Ohne die Anstrengungen gerade des Bundes, die Ausgabedynamik einzudämmen, wäre das strukturelle Defizit des Bundes freilich noch stark angestiegen. Für das kommende Jahr zeichnet sich jedoch beim Bund der größte Schritt im Fortgang der Konsolidierung ab.

Diese Ergebnisse für die Haushalte der staatlichen Ebenen haben wir auf dieselbe Weise gewonnen wie diejenigen für den Gesamthaushalt.

Ausgangspunkt sind die tatsächlichen Fehlbeträge in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in den Haushalten des Bundes, der Länder und der Gemeinden während der letzten Jahre. Es wird angenommen, daß sich die auslastungsbedingten Steuerminderungen so auf die einzelnen Ebenen verteilen, wie diese am Steueraufkommen beteiligt sind. Dieses Vorgehen würde nur dann Probleme aufwerfen, wenn die Konjunkturagibilität der Steuereinnahmen auf den einzelnen Ebenen sehr unterschiedlich wäre. Das trifft aber nicht zu, nicht zuletzt deswegen, weil die Verbundsteuern, Steuern also, deren Aufkommen Bund, Ländern und Gemeinden oder Bund und Ländern zu bestimmten Teilen zustehen, einen sehr großen Anteil am gesamten Steueraufkommen ausmachen. Der alternative Weg einer Konjunkturbereinigung des Aufkommens von Einzelsteuern wirft kaum überwindbare methodische Probleme auf.

Die für den Gesamthaushalt geschätzten auslastungsbedingten Mehrausgaben — in diesem Jahr 8 Mrd DM — werden vollständig beim Bund berücksichtigt, da diese Mehrausgaben insbesondere den Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit und die Arbeitslosenhilfe umfassen. Kein Ansatz wurde für den auslastungsbedingten Teil der Sozialausgaben von Ländern und Gemeinden gemacht, also im wesentlichen für einen Teil der Sozialhilfeausgaben; denn ein rechnerischer Zusammenhang zwischen den Veränderungen der Anzahl der Arbeitslosen und der Veränderung von Sozialhilfeausgaben läßt sich nicht ohne weiteres feststellen. Was bei Ländern und Gemeinden dafür allenfalls anzusetzen wäre, dürfte nicht viel sein.

Ausgehend von den konjunkturbereinigten Defiziten, im Jahre 1983 beim Bund 23 Mrd DM, bei den Ländern 15½ Mrd DM und bei den Gemeinden 1½ Mrd DM, stellt sich wie bei den Rechnungen für den Gesamthaushalt die Frage nach dem Ansatz für die Normalverschuldung. Auch hier knüpfen wir an dem Verschuldungsverhalten des Staates in den Jahren 1966 bis 1977 an. Unter Berücksichtigung des inzwischen eingetretenen Wachstums des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials wären danach im Jahre 1983 für den Bund 8 Mrd DM anzusetzen, für die Länder 5 Mrd DM und für die Gemeinden 7½ Mrd DM. Die Beträge für die einzelnen Ebenen summieren sich nicht zu dem Betrag, der für den Gesamthaushalt steht, weil darin die Zuweisungen an die Europäische Gemeinschaft sowie deren Zahlungen in die Bundesrepublik, bei-

spielsweise die Subventionen an die Landwirtschaft, enthalten sind, die beide über den Bundeshaushalt gebucht werden.

Zu strukturellen Defiziten kommt es, wenn die Ausgabenquote steigt oder wenn die Steuerquote beziehungsweise der Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen sinkt. Einem Rückgang der Steuereinnahmen einer Ebene steht nach diesen Rechnungen gleich, wenn der Deckungsbeitrag des Saldos von Zuweisungen und Umlagen von anderen Gebietskörperschaften abnimmt. Für die betroffenen Haushalte bedeutet das einen Zwang, den Ausgabenanstieg entsprechend anzupassen, soll es nicht zu einem Anstieg des strukturellen Defizits kommen.

Niedrigere konjunkturelle Impulse

238. Der konjunkturelle Impuls, der von der Haushaltspolitik ausgeht, läßt sich anhand der Entwicklung der Staatsausgaben besser aufzeigen als anhand der Defizite. Auch hier gehen wir von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aus. Als Maßstab dient die Veränderung des Produktionspotentials in diesem Jahr. Außerdem ist für die Beurteilung der nominalen Haushaltsbeträge ein Anstieg des Preisniveaus zu berücksichtigen, der im vorhinein als unvermeidlich gelten konnte. Der Ausgabenanstieg war mit 2½ vH merklich niedriger als das Wachstum der Produktionsmöglichkeiten unter Berücksichtigung des als unvermeidlich angesehenen Anstiegs des Preisniveaus (4½ vH), nämlich um 2 Prozentpunkte. Im vergangenen Jahr hatte dieser Abstand einen Prozentpunkt betragen. Die Ausgaben waren im Jahre 1983 aber noch um 43½ Mrd DM höher als jenes Ausgabenvolumen, das der durchschnittlichen Staatsquote des Zeitraums von 1966 bis 1977 entsprochen hätte. Im Umfang von 17½ Mrd DM waren die Mehrausgaben durch eine höhere Quote bei den Steuern und bei den sonstigen Einnahmen gedeckt. Hierbei ist der Bundesbankgewinn nicht in vollem Umfang berücksichtigt, sondern nur zu dem Teil, der als dauerhafter Deckungsbeitrag eingerechnet werden kann (3 Mrd DM). Wenn man die so bestimmten Mehreinnahmen von den gegenüber dem Basiszeitraum angefallenen Mehrausgaben abzieht, erhält man den Betrag von 26 Mrd DM; er steht für den konjunkturellen Impuls dieses Jahres. Im Jahre 1981 belief er sich auf knapp 47 Mrd DM; der Rückgang beruht nahezu vollständig darauf, daß die Staatsquote zurückgegangen ist (Tabelle 30).

Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Hans-Jürgen Krupp, kann sich dem Berechnungsverfahren und der Interpretation des konjunkturellen Impulses nicht anschließen. Er verweist insofern auf das Jahresgutachten 1982/83 (Ziffer 184).

Tabelle 30

Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht ¹⁾

Mrd DM

	1976	1977	1978	1979	1980	1981 ²⁾	1982 ²⁾	1983 ³⁾
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen ⁴⁾	1 176,4	1 245,2	1 322,8	1 405,3	1 501,1	1 597,3	1 695,5	1 766,9
(2) Produktionspotential bei „konjunkturneutraler“ Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr ⁵⁾	1 183,1	1 242,8	1 301,8	1 384,0	1 487,4	1 587,0	1 666,0	1 770,2
(3) Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basiszeitraum ⁶⁾	328,4	349,2	369,6	392,9	422,3	450,6	473,0	502,6
(4) Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials ⁷⁾	1 150,5	1 208,6	1 266,0	1 346,0	1 446,5	1 543,4	1 620,2	1 721,6
(5) Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum ⁸⁾	282,0	297,3	314,6	334,4	359,4	383,5	402,6	427,8
(6) Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr ⁸⁾	292,5	320,3	328,6	345,8	371,3	386,6	400,9	428,6
(6 a) Nachrichtlich: tatsächliche Steuereinnahmen ¹⁾	285,5	317,0	334,8	358,5	381,3	386,5	395,3	414,1
(7) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (6) / (5)	+ 10,5	+ 22,9	+ 14,0	+ 11,4	+ 11,8	+ 3,1	- 1,7	+ 0,9
(8) Mehreinnahmen aufgrund eines erhöhten Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen“ ⁹⁾	+ 3,9	+ 5,6	+ 9,8	+ 11,8	+ 12,8	+ 15,5	+ 16,4	+ 16,6
(9) Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) + (7) + (8)	342,8	377,7	393,4	416,1	447,0	469,2	487,7	520,0
(10) Tatsächliche Staatsausgaben ¹⁾ ...	363,5	385,2	414,7	450,2	489,1	515,9	532,5	546,1
(11) Konjunktureller Impuls ¹⁰⁾ (10) / (9)	+ 20,7	+ 7,5	+ 21,3	+ 34,1	+ 42,1	+ 46,7	+ 44,8	+ 26,1
(12) Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	- 15,1	- 13,2	+ 13,8	+ 12,8	+ 8,0	+ 4,6	- 1,9	- 18,7
(13) Ex post: Der Abweichung der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote entsprechen... ¹¹⁾ ..	+ 18,2	+ 3,1	+ 14,5	+ 28,1	+ 38,5	+ 44,1	+ 37,4	+ 26,9

¹⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts siehe Anhang IV, Abschnitt D. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

³⁾ Eigene Schätzung.

⁴⁾ Produktionspotential in Preisen von 1976, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.

⁵⁾ Produktionspotential in Preisen von 1976, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturneutralen“ Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr.

⁶⁾ 1974 bis 1978 gleitender Übergang auf die ab 1978 gültige feste Basis, die durch den langjährigen Durchschnitt der Quoten von 1966 bis 1977 gebildet wird.

⁷⁾ Normalauslastungsgrad (97,25 vH); zur Definition siehe Anhang IV, Abschnitt A.

⁸⁾ Anstelle der in früheren Gutachten verwendeten tatsächlichen Steuereinnahmen (siehe hierzu JG 73 Ziffer 213). Bei der Ableitung des konjunkturneutralen Ausgabenspielraums, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, bleibt unberücksichtigt, daß die tatsächliche Steuerquote nicht unbedingt derjenigen entsprechen muß, die sich bei Vollbeschäftigung und „konjunkturneutralen“ Preisanstieg ergäbe.

⁹⁾ Ohne die Einnahmen aus der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

noch Tabelle 30

		1976	1977	1978	1979	1980	1981 ²⁾	1982 ²⁾	1983 ³⁾
vH									
Zum Vorjahresvergleich									
Steigerungsrate									
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben (10) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr		+ 5,7	+ 6,0	+ 7,7	+ 8,6	+ 8,6	+ 5,5	+ 3,2	+ 2,6
(b) des konjunkturalen Haushaltsvolumens (9) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (10)		- 0,3	+ 3,9	+ 2,1	+ 0,3	- 0,7	- 4,1	- 5,5	- 2,3
Bestimmungsfaktoren von (b) ¹²⁾									
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1976		+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,4
(d) „Konjunkturalneutrale“ Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts		+ 4,0	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,0	+ 3,0
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote (14) von der des jeweiligen Vorjahres		+ 2,4	+ 3,6	- 1,8	- 0,8	- 0,1	- 1,9	- 1,0	+ 0,5
(f) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung des Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen“ von dem des jeweiligen Vorjahres		+ 0,6	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,3	0,0	+ 0,4	0,0	- 0,2
(g) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote (18) von der konjunkturalneutralen (15) im jeweiligen Vorjahr		-10,5	- 5,4	- 0,8	- 3,4	- 6,5	- 8,4	- 9,2	- 7,3
(14) Volkswirtschaftliche Steuerquote: $\frac{(6)}{(4)} \cdot 100$		25,42	26,50	25,95	25,69	25,66	25,05	24,74	24,90
(15) Konjunkturalneutrale Staatsquote: $\frac{(9)}{(2)} \cdot 100$		28,98	30,39	30,22	30,07	30,05	29,57	29,27	29,38
(16) Beanspruchte Staatsquote: $\frac{(10)}{(2)} \cdot 100$		30,72	30,99	31,86	32,53	32,88	32,51	31,96	30,85
(17) Konjunktureller Impuls, bezogen auf das Produktionspotential in (2): $\frac{(16)}{(15)} \cdot 100$		+ 1,75	+ 0,60	+ 1,64	+ 2,46	+ 2,83	+ 2,94	+ 2,69	+ 1,47
(18) Realisierte Staatsquote: $\frac{(10)}{(1)} \cdot 100$		30,90	30,93	31,35	32,04	32,58	32,30	31,41	30,91

¹⁰⁾ Expansiv: +; kontraktiv: -.¹¹⁾ Gleichbedeutend mit dem konjunkturellen Impuls auf der Basis der tatsächlichen Preissteigerungen (siehe Anhang IV, Abschnitt D).¹²⁾ (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (g). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (g) (siehe hierzu Anhang IV, Abschnitt D). In den Jahren 1976 bis 1978 weicht (b) von dem ab, was den Komponenten (c) bis (g) entspricht, weil die in diesen Jahren als Basis zugrunde gelegten Quoten jeweils von unterschiedlichen Zeiträumen bestimmt sind.

Tabelle 31

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte¹⁾

Mrd DM

	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos								
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme ²⁾	-11,7	-14,7	-15,2	-16,1	-17,3	-18,5	-19,4	-20,6
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -minder-einnahmen ³⁾	- 5,4	- 3,9	+ 0,9	+ 7,3	+ 6,6	- 2,6	-12,4	-13,8
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen ⁴⁾	- 1,6	+ 0,6	+ 5,3	+ 5,4	+ 3,5	+ 2,5	+ 6,9	- 0,8
(d) Anomal hohe Gewinnabführung der Bundesbank	+ 0	+ 7,0	+ 8,0
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo ⁵⁾	-18,7	-17,9	- 8,9	- 3,4	- 7,3	-18,6	-18,0	-27,1
(= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)								
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo ⁶⁾	-39,4	-25,4	-30,2	-37,5	-49,4	-65,3	-62,8	-53,2
I. / II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte	+20,7	+ 7,5	+21,3	+34,1	+42,1	+46,7	+44,8	+26,1
(expansiv: +; kontraktiv: -)								

¹⁾ Öffentliche Haushalte in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; methodische Erläuterungen siehe Anhang IV, Abschnitt D.

²⁾ Errechnet aus den Finanzierungssalden im Basiszeitraum, abzüglich auslastungsbedingter Steuerminder-einnahmen, mit dem Anstieg des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen fortgeschrieben.

³⁾ Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einer Abweichung der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials vom mittleren Auslastungsgrad (97,25 vH) zuzurechnen ist. Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote auslastungsbedingt von der „konjunkturneutralen“ Vollbeschäftigungsquote abweichen kann.

⁴⁾ Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einem Anstieg des Preisniveaus zuzurechnen ist, insoweit dieser über die „konjunkturneutrale“ Steigerungsrate hinausgeht (bzw. hinter ihr zurückbleibt). Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote inflationsbedingt von der „konjunkturneutralen“ abweichen kann.

⁵⁾ Abweichung in den Summen durch Runden der Zahlen.

⁶⁾ Einschließlich der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

239. Man kann zur Bestimmung des konjunkturellen Impulses aber auch vom Finanzierungssaldo der Haushalte ausgehen; in diesem Jahr waren das für den öffentlichen Gesamthaushalt 53 Mrd DM. Zunächst ist für Zwecke der konjunkturellen Analyse zu berücksichtigen, daß die Kreditaufnahme des Staates ohne den Bundesbankgewinn höher ausgefallen wäre. Der Finanzierungssaldo ist also um den Teil des Bundesbankgewinns zu erhöhen, den wir nicht für dauerhaft halten. Dann ist die Normalverschuldung des Staates abzuziehen, in diesem Jahr, wie erwähnt, 20½ Mrd DM. Schließlich sind Steuerminder-einnahmen von knapp 14 Mrd DM abzusetzen, die ihren Grund in der niedrigeren Auslastung der Sachkapazitäten haben. Zusammengekommen ergibt das wiederum den Betrag von 26 Mrd DM für den konjunkturellen Impuls (Tabelle 31).

240. Die Ausgabenkürzungen im Bereich der Sozialversicherungen und die Beitragserhöhungen legen es nahe zu prüfen, ob die Rechnungen für den

gemeinsamen Haushalt von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen zu einem anderen Ergebnis führen. Von 1981 bis 1983 hat sich der konjunkturelle Impuls der Gebietskörperschaften um 21 Mrd DM zurückgebildet; in den Rechnungen zum gemeinsamen Haushalt ergibt sich ein Betrag von 26 Mrd DM. Insoweit ist das Bild ähnlich. Die Haushaltsdefizite von Bund, Ländern und Gemeinden sind in dem genannten Zeitraum von 65½ Mrd DM auf 53 Mrd DM zurückgegangen, während im gemeinsamen Haushalt nur ein Rückgang um 9 Mrd DM zu verzeichnen war. Im wesentlichen erklären die dem Umfang nach höheren auslastungsbedingten Einnahmeausfälle im gemeinsamen Haushalt, der außer den Steuereinnahmen auch die Sozialbeiträge enthält, warum das Defizit hier weniger zurückgegangen ist als bei den Gebietskörperschaften, der konjunkturelle Impuls jedoch stärker.

241. Bei der konjunkturellen Würdigung der Impulse, die von den öffentlichen Haushalten ausgehen, reicht es nicht aus, nur den unmittelbaren Ef-

fekt der staatlichen Ausgaben durch höhere oder niedrigere Käufe von Gütern und Diensten und durch eine Erhöhung oder Verringerung von Einkommen der Privaten zu betrachten. Denn wieviel von dem ursprünglichen konjunkturellen Impuls letztlich Nachfrage der Unternehmen und Haushalte wird, hängt von den Rückwirkungen der staatlichen Maßnahmen und ihrer Finanzierung auf Zinsen und Preise, Wechselkurs und Zahlungsbilanz ab. Der Wirkungsgrad der Finanzpolitik müßte als sehr ungünstig bezeichnet werden, wenn der Impuls eine Gesamtveränderung der Ausgaben bewirkte, die kleiner als der primäre Nachfrageanstoß ist, oder wenn die Veränderung gar negativ wäre. Vieles spricht dafür, daß der Wirkungsgrad des Impulses in jüngster Vergangenheit ungünstig war. Die Haushaltsdefizite und mit diesen die strukturellen Defizite stiegen bis 1981 an, die Leistungsbilanz wies für mehrere Jahre Fehlbeträge auf, der Außenwert der D-Mark ging zurück, Zinsen und Preise stiegen. Daß weniger mehr sein kann, dazu paßt die Tatsache, daß in diesem Jahr die Gesamtausgaben in der Volkswirtschaft wieder anstiegen, obwohl der Staat den konjunkturstützenden Impuls der öffentlichen Haushalte, so wie der Sachverständigenrat ihn ermittelt, auf ein Niveau wie im Durchschnitt der Jahre 1978 und 1979 zurückgenommen hat. Ein solcher Zusammenhang läßt sich jedoch nicht isolieren und insoweit empirisch nicht klären.

Ausblick: Ausgabenkürzungen, Beitragserhöhungen und Steuererleichterungen

242. Die Gebietskörperschaften werden auch im nächsten Jahr die Bemühungen zum Abbau ihrer Haushaltsdefizite fortsetzen. Dies gilt insbesondere für den Bund, der nach seinen Haushaltsplanungen eine Rückführung der Neuverschuldung um knapp 4 Mrd DM plant, aber auch für die Länder; bei den Gemeinden besteht dagegen nach dem weiteren Abbau der Defizite in diesem Jahr kein Konsolidierungsbedarf mehr. Ein wesentlicher Beitrag zur Rückführung der Neuverschuldung wird im nächsten Jahr von den Personalausgaben kommen. Hier ist die Entwicklung für das Jahr 1984 bereits weitgehend festgelegt; denn die Laufzeit der Tarifabschlüsse dieses Jahres reicht bis Ende August nächsten Jahres. In den ersten acht Monaten werden die Tariflöhne im öffentlichen Dienst danach durchschnittlich um 1,2 vH höher sein als im Vorjahr. Trotz möglicher Tarifierhebungen für die letzten vier Monate des Jahres werden daher die Löhne und Gehälter übers Jahr gesehen nur mäßig zunehmen. Bei der Beamtenbesoldung ist überhaupt keine Anhebung vorgesehen.

243. Für die Sozialversicherungen sehen die Haushaltsbeschlüsse für das nächste Jahr weitere Ausgabenkürzungen und Beitragserhöhungen vor (Tabelle 32). Allein aus der stärkeren Einbeziehung von Einmalzahlungen wie etwa Weihnachtsgeld und Ur-

laubsgeld in die Beitragspflicht werden sich Einnahmeverbesserungen für die Sozialversicherungsträger in Höhe von 4¹/₂ Mrd DM ergeben, davon entfallen 2¹/₂ Mrd DM auf die Rentenversicherung, etwas über 1 Mrd DM auf die gesetzliche Krankenversicherung und ¹/₂ Mrd DM auf die Bundesanstalt für Arbeit. Weitere Mehreinnahmen in Höhe von netto rund 1 Mrd DM werden sich einstellen, wenn, wie geplant, das Krankengeld in die Beitragspflicht zur Bundesanstalt für Arbeit und zur Rentenversicherung einbezogen wird. Für die Rentner, die seit dem 1. Juli dieses Jahres 1 vH ihrer Rente für ihre Krankenversicherung zu bezahlen haben, ist zum 1. Juli 1984 eine weitere Erhöhung um zwei Prozentpunkte vorgesehen.

Zusätzlich werden an verschiedenen Stellen die Ausgaben gekürzt. Die Rentenversicherung wird allein 1¹/₂ Mrd DM weniger ausgeben müssen, weil die Renten im nächsten Jahr nur nach Maßgabe der Entwicklung der Arbeitsentgelte des Vorjahres und nicht wie bisher entsprechend dem durchschnittlichen Lohnanstieg in dem Dreijahreszeitraum bestimmt werden, der mit dem jeweils vorletzten Jahr endet. Neben der Kürzung von Einzelleistungen soll der Zugang zu Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten beschränkt werden. Insgesamt sind in den Haushaltsbeschlüssen für das nächste Jahr bei den Sozialversicherungsträgern Ausgabenkürzungen in Höhe von rund 3¹/₂ Mrd DM vorgesehen. Obwohl der Zuschuß des Bundes an die Rentenversicherung im nächsten Jahr wieder nach der durchschnittlichen Lohnentwicklung bemessen werden soll, werden die Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherungen nicht höher sein als in diesem Jahr.

244. Die Haushaltsbegleitgesetze sehen abermals eine Reihe von Steuerrechtsänderungen vor. Wie schon seit längerem angekündigt, sollen die Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung zur Finanzierung weiterer Steuererleichterungen für die Unternehmen verwendet werden. Als wichtigste Entlastungen ergeben sich 200 Mio DM aus der Erweiterung des Verlustrücktrages bei der Einkommensteuer und bei der Körperschaftsteuer, 1,2 Mrd DM aus dem verminderten Ansatz des Betriebsvermögens bei der Vermögensteuer, 300 Mio DM aus der Senkung des Vermögensteuersatzes für Körperschaften. Die bei der Vermögensteuer geplanten Änderungen belaufen sich zusammengenommen auf rund 1¹/₂ Mrd DM. Neben diesen Maßnahmen sind Sonderabschreibungen mit einer Entlastungswirkung von 1 Mrd DM für kleine und mittlere Unternehmen und in Höhe von 300 Mio DM für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen vorgesehen. Die Haushaltsbeschlüsse für das nächste Jahr sehen insgesamt Steuerentlastungen für die Unternehmen in Höhe von 3¹/₂ Mrd DM vor; davon werden allerdings 1984 schätzungsweise nur 2¹/₂ Mrd DM kassenwirksam sein, der Rest erst in späteren Jahren.

Tabelle 32

Finanzielle Auswirkungen wichtiger finanz

Mrd

	1982	1983	1984	1985
Für die Haushalte der Gebietskörperschaften				
Ausgabenkürzungen				
1. Reduzierung und strukturelle Änderungen beim Kindergeld ²⁾	1,7	1,8	1,8	1,8
2. Kürzung von Finanzhilfen	.	1,0	1,0	1,0
3. Sonstige Kürzung sozialer Leistungen ³⁾	0,3	0,9	1,4	1,4
	.	0,3	0,8	.
	.	.	1,2	1,4
Mehreinnahmen aus Steuern und Abgaben				
1. Erhöhung der Tabaksteuer	1,4	2,2	2,5	2,7
2. Erhöhung der Branntweinmonopolabgabe	0,4	0,5	0,5	0,6
3. Erhöhung der Schaumweinsteuer	0,1	0,2	0,2	0,2
4. Kürzung der Arbeitnehmersparzulage	0,8	0,9	0,9	0,9
5. Wegfall des Haushaltsfreibetrages für Alleinstehende über 49 Jahre	0,4	0,5	0,5	0,5
6. Kappung der Vorsorgepauschale für nicht sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer	.	1,1	1,0	0,9
7. Erhöhung der Mehrwertsteuersätze zum 1. Juli 1983	.	3,5	8,2	8,8
8. Investitionshilfeabgabe für Bezieher höherer Einkommen und körperschaftsteuerpflichtige Unternehmen	.	0,7	1,0	1,1
9. Wegfall des Kinderbetreuungskostenbetrages von 1 200 DM je Kind	.	1,6	2,3	2,3
Mindereinnahmen				
Steuererleichterungen für Unternehmen				
1. Verbesserung der degressiven AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens	0,6	1,3	3,3	4,6
2. Verbesserung der beschleunigten AfA für Gebäude	0,1	0,3	0,8	1,6
3. Ausdehnung des Verlustrücktrages auf zwei Jahre	.	0,1	0,1	0,1
4. Befristete Investitionszulage von 10 vH	.	2,0	1,5	0,5
5. Befristete Rücklage bei Übernahme von insolvenzgefährdeten Betrieben (§ 6 d EStG)	.	0,2	0,3	0,5
6. Kürzung der Hinzurechnung von Dauerschulden und Dauerschuldzinsen bei der Gewerbesteuer	.	1,5	2,5	2,8
7. Entlastung bei der Vermögensteuer, u. a. Freibetrag und Abschlag beim Betriebsvermögen, Senkung des Steuersatzes für Kapitalgesellschaften	.	.	0,9	2,2
8. Verdoppelung des Höchstbetrages beim Verlustrücktrag auf 10 Mio DM	.	.	0,1	0,3
9. Sonderabschreibung für kleine und mittlere Betriebe	.	.	1,0	1,6
10. Sonderabschreibung für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen	.	.	0,4	0,4
Steuererleichterungen für private Haushalte				
11. Änderungen beim § 7b EStG einschließlich Kinderkomponente	0,1	0,4	0,7	1,0
12. Erweiterter Schuldzinsenabzug für neues selbstgenutztes Wohnungseigentum (§ 21a EStG)	.	0,4	1,2	2,0
13. Allgemeiner Kinderfreibetrag von 432 DM je Kind	.	1,6	1,8	1,8

¹⁾ Berücksichtigt wurden die dem Betrage nach für den Finanzplanungszeitraum wichtigsten finanzpolitischen Maßnahmen. Soweit Ausgabenkürzungen in mehreren Schritten erfolgten, sind diese einzeln ausgewiesen. Die Angaben über die Quantifizierung der finanziellen Auswirkungen entsprechen dem bei der Beschlußfassung jeweils geschätzten Umfang; Abgrenzung nach Rechnungsjahren, Angaben für 1985 soweit Informationen verfügbar. (Quellen: Beschäftigungsförderungsgesetz, Haushaltsbegleitgesetz 1983, Haushaltsbegleitgesetz 1984, Finanzberichte 1982 bis 1984, Neunter Subventionsbericht sowie eigene Schätzungen.)

Tabelle 32

politischer Maßnahmen in den Jahren 1982 bis 1985¹⁾

DM

	1982	1983	1984	1985
Für die Haushalte der Sozialversicherungen				
Ausgabenkürzungen				
1. Einschränkung von Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz	2,5	3,0	3,0	3,0
	.	0,5	0,5	0,5
	.	.	1,6	1,6
2. Verschiebung der Anpassung von Transferleistungen um sechs Monate	4,2	4,2	.
3. Anpassung der Renten an die Entwicklung der Arbeitsentgelte des Vorjahres (einschließlich Renten im Rahmen der knappschaftlichen Rentenversicherung)	1,6	3,1
4. Einschränkung von Leistungen der Krankenversicherung	1,1	1,1	1,1
Mehreinnahmen aus Abgabenerhöhungen				
1. Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung ⁴⁾ ..	2,8	3,0	3,2	3,4
	.	3,8	4,0	4,3
	.	1,0	4,0	.
2. Erhöhung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung ⁵⁾
3. Beteiligung der Rentner am Krankenversicherungsbeitrag ab 1. Juli 1983 von 1 vH, ab 1. Juli 1984 um weitere 2 vH	0,7	4,5	.
4. Einbeziehung von Einmalzahlungen in die Beitragspflicht	4,5	4,9
5. Einbeziehung des Krankengeldes in die Beitragspflicht, zur Hälfte zu tragen von den Versicherten	0,6	0,6
Finanzielle Umschichtungen innerhalb der Sozialversicherung				
1. Senkung der Bemessungsgrundlage für die Rentenversicherungsbeiträge der Bundesanstalt für Arbeit (zulasten der Rentenversicherung)	5,0	5,0	5,0
2. Verminderung der von der Rentenversicherung an die Krankenversicherung gezahlten Krankenversicherungsbeiträge für Rentner (zulasten der Krankenversicherung)	1,2	.	.
3. Anpassung der Finanzierung der knappschaftlichen Krankenversicherung der Rentner (zulasten der Krankenversicherung)	0,9	1,0
4. Einbeziehung des Krankengeldes in die Beitragspflicht, soweit sie von der Krankenversicherung zu tragen ist (zulasten der Krankenversicherung)	0,6	0,6

²⁾ Erste Zeile: Im wesentlichen Kürzung des Kindergeldes für Zweit- und Drittkinder um jeweils 20 DM auf 100 DM bzw. 220 DM. Zweite Zeile: Kürzung des Kindergeldes für das 2. Kind um 30 DM (auf 70 DM), für das 3. Kind um 80 DM und für jedes weitere Kind um 100 DM auf nunmehr 140 DM bei einem Nettoeinkommen zusammenlebender Eltern mit 2 Kindern über 42 000 DM. Erhöhung der Grenze für jedes weitere Kind um 7 800 DM.

³⁾ Erste und zweite Zeile: Kürzungen in den Jahren 1982 und 1983 im wesentlichen bei Wohngeld, BAFöG, Landwirtschaft und Sozialhilfe. Dritte Zeile: Kürzungen im Jahre 1984 im wesentlichen bei Soldatenversorgung, Mutterschutz, Schwerbehindertenförderung, Landwirtschaft und Arbeitslosenhilfe.

⁴⁾ Ab 1. Januar 1982 von 3 vH auf 4 vH, ab 1. Januar 1983 auf 4,6 vH, bei gleichzeitiger Verminderung des Beitrages zur Rentenversicherung um 0,5 vH für den Zeitraum 1. Januar 1982 bis 31. August 1983.

⁵⁾ Vorgezogene Erhöhung des Beitragssatzes von 18,0 vH auf 18,5 vH zum 1. September 1983.

ZWEITES KAPITEL

Die voraussichtliche Entwicklung

I. Die Ausgangslage Ende 1983

245. Das Diagnoseurteil lautet in diesem Jahr: Die wirtschaftliche Lage hat sich merklich gebessert. Die Skepsis ist zu einem guten Teil gewichen, es ist allenthalben mehr Zuversicht zu spüren. Unsicherheit gibt es noch, ob die in Gang gekommene konjunkturelle Erholung zu einem nachhaltigen Aufschwung führt.

246. Im ganzen ist es so gekommen, wie wir es vor einem Jahr in unserer Status-quo-Prognose beschrieben hatten — zunächst im Sondergutachten vom Oktober 1982 (Ziffern 13f.) und dann noch einmal in unserem Jahresgutachten 1982/83 (Ziffern 186f.). Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte 1983 aufs ganze Jahr gesehen um 1 vH und am Ende des Jahres um $2\frac{3}{4}$ vH größer sein als ein Jahr zuvor. Das ist mehr, als die meisten Prognosen damals für wahrscheinlich hielten, und es ist auch mehr, als die Bundesregierung in ihrer Zielprojektion als erreichbar ansah.

247. Das Ablaufmuster war freilich etwas anders, als wir es in der Prognose beschrieben hatten. Bei einigen Positionen gab es Abweichungen:

- Nicht richtig eingeschätzt hatten wir das Verhalten der Verbraucher. Sie gaben deutlich mehr Geld aus, als wir es mit Blick auf die schwache Zunahme der verfügbaren Einkommen erwarteten. Vor dem Hintergrund der seinerzeit noch unsicheren wirtschaftlichen Lage hatten wir nicht damit gerechnet, daß sie zur Finanzierung zusätzlicher Verbrauchsausgaben in größerem Umfang Ersparnisse auflösen und Kredite aufnehmen würden. Die etwas günstigere Entwicklung beim privaten Verbrauch hatte noch einen anderen Grund: Die Verbraucherpreise stiegen etwas schwächer, und die Realeinkommen waren etwas höher als wir angenommen hatten.
- Korrekturbedarf gibt es auch bei den Investitionen. Unsere Prognose, die stärker als andere Prognosen von der Vorstellung geprägt war, das Investitionsklima werde sich 1983 wieder deutlich verbessern, und auch die Investitionszulage und andere steuerliche Verbesserungen werden ihre Wirkung zeigen, ist bei den Ausrüstungsinvestitionen zu vorsichtig und bei den Bauinvestitionen zu mutig gewesen. Die Abweichung bei den Ausrüstungen hing überwiegend damit zusammen, daß ein großer Teil der Ausrüstungsgüter, die bis Ende 1982 bestellt worden waren, vielfach schon in der ersten Jahreshälfte 1983 abgerufen und ausgeliefert wurden.

Die Abweichung bei den Bauinvestitionen ging dagegen in die andere Richtung. Die Bautätig-

keit ist hier dem Anstieg der Nachfrage nur sehr zögernd gefolgt. Erst um die Jahresmitte 1983 kam es zu einem kräftigen Anstieg, der Rückstand aus dem ersten Halbjahr konnte indes nicht mehr aufgeholt werden. Während die Pläne und Absichten der Investoren von uns im wesentlichen richtig eingeschätzt worden sind, haben wir uns hinsichtlich des Zeitpunkts, zu dem sie realisiert wurden, teilweise getäuscht.

- Länger als erwartet hat es auch gedauert, bis die Exporte anzogen. Zwar gab es von Jahresbeginn an Zeichen für eine Erholung der Weltwirtschaft, die Lieferungen in andere Länder stiegen aber erst nach der Jahresmitte wieder; sie blieben damit merklich hinter den Vorstellungen in unserer Status-quo-Prognose zurück.

248. Durch die Exportschwäche wurde die konjunkturelle Erholung im Jahre 1983 zwar spürbar gebremst, aber es ist bemerkenswert, daß sie davon nicht aufgehalten wurde. Man kann dies als ein hoffnungsvolles Zeichen werten. Es zeigt, daß sich die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte inzwischen gefestigt haben, die Erholung also eine solide Basis hat.

Unsere Erwartung ist daher, daß die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr weiter aufwärts gerichtet bleibt. Die Sorge, es könne zu einem Rückschlag kommen, halten wir für nicht ausreichend begründet. Was zur Diskussion steht, und was unterschiedlich eingeschätzt wird, ist das Tempo der Erholung. Aber selbst dabei ist die Bandbreite der Schätzurteile, die man plausibel finden kann, nicht allzu groß (Ziffer 274).

249. Welchen Pfad die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr nehmen wird, hängt auch von der Wirtschaftspolitik ab. Die Politik allein kann selbstverständlich nicht den Konjunkturverlauf bestimmen, aber sie wirkt auf die Dispositionen der Privaten in vielfacher Weise ein. In der Prognose ist daher zunächst ins Bild zu rücken, was sich die wirtschaftspolitischen Instanzen für 1984 voraussichtlich vornehmen werden:

- Die Finanzpolitik setzt ihren Konsolidierungskurs fort. Das Ziel bleibt, das strukturelle Defizit weiter zu verringern. Für die Haushalte der Gebietskörperschaften bedeutet das: Die Ausgaben steigen um $2\frac{1}{2}$ vH, bei den Steuereinnahmen ergibt sich ein Zuwachs um 6 vH. Das Finanzierungsdefizit wird 42 Mrd DM betragen und damit um 11 Mrd DM geringer ausfallen als im Jahre 1983; das strukturelle Defizit wird noch 8 Mrd DM betragen, 9 Mrd DM weniger als 1983. Der konjunkturelle Impuls wird sich um 8 Mrd

DM zurückbilden, und zwar auf 18 Mrd DM (Ziffern 377 ff.).

- Die Geldmengenpolitik schwenkt auf einen am Wachstum des Produktionspotentials orientierten Pfad ein. Die Bundesbank stellt im kommenden Jahr nur so viel Zentralbankgeld zusätzlich zur Verfügung, daß die wirtschaftliche Erholung einerseits nicht behindert und andererseits Inflationstendenzen nicht Vorschub geleistet wird (Ziffern 422 f.). Zu gravierenden außenwirtschaftlichen Störungen, die den geldpolitischen Kurs der Bundesbank durchkreuzen könnten, kommt es nicht. Der Außenwert der D-Mark steigt etwas stärker als das Kosten- und Preisgefälle gegenüber dem Ausland zunimmt (mäßige reale Aufwertung). Das schafft Spielraum dafür, daß sich die Zinsen in der Bundesrepublik etwas mehr als bisher von den Zinsen im Ausland lösen können.

250. Zu den Annahmen der Prognose gehört die Erwartung, daß bei den kommenden Tarifverhandlungen, bei denen es nicht nur um höhere Löhne, sondern auch um kürzere Arbeitszeiten geht, ein Ergebnis gefunden wird, das hinsichtlich seiner Kostenwirkungen gesamtwirtschaftlich vertretbar ist. Wie dieses Ergebnis im einzelnen aussehen mag, in welchem Umfang insbesondere die Arbeitszeit verkürzt wird und welche Auswirkungen dies auf die Lohnabschlüsse des nächsten Jahres hat, ist offen. Denkbar ist, daß in einzelnen Tarifbereichen unterschiedliche Regelungen getroffen werden: Teilweise mag es zu einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit, teilweise zur Herabsetzung der Lebensarbeitszeit kommen; teilweise dürfte aber auch die Arbeitszeitfrage in den Lohnverhandlungen nur eine untergeordnete Rolle spielen, insbesondere dort, wo die geltenden Arbeitszeitregelungen noch vertraglich festgeschrieben sind.

Wir gehen auch davon aus, daß der Volkswirtschaft ein langwieriger Arbeitskampf erspart bleibt. Andernfalls wären nicht nur die unmittelbaren Ausfälle bei der Produktion in Rechnung zu stellen, es würde sich aller Voraussicht nach auch das wirtschaftliche Klima verschlechtern.

251. Auch wenn die Auftriebskräfte im Innern stärker geworden sind — das Tempo der weiteren wirtschaftlichen Erholung wird nicht zuletzt von der Entwicklung beim Export abhängen. Ein Land wie die Bundesrepublik kann gegen die mangelnde Dynamik in der Weltwirtschaft nur mit verstärkten eigenen Anstrengungen angehen. Sie ist aber auch auf die wirtschaftliche Erholung in anderen Ländern angewiesen. Solange bei der Einschätzung der außenwirtschaftlichen Faktoren die Skepsis überwiegt, bleibt die Investitionsneigung belastet.

Anders als vor einem Jahr, als Pessimismus die Erwartungen prägte, herrscht gegenwärtig ein Klima vor, in dem wieder mehr Zuversicht vorhanden ist und in dem sich weltweit wieder zyklische Auftriebskräfte regen. Bei Investoren und Verbrauchern ist die Bereitschaft größer geworden, wieder mehr Geld auszugeben, auch im Vorgriff auf künf-

tige Einkommen. Von den Unternehmern werden in Erwartung besserer Absatzmöglichkeiten die Läger aufgestockt. Schließlich gehen seit kurzem wieder mehr Aufträge aus dem Ausland ein — ein Zeichen, daß sich die Konjunktur auch anderswo erholt.

Bevor wir die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im einzelnen erörtern, wenden wir uns der Entwicklung in anderen wichtigen Industrieländern zu.

II. Die Weltkonjunktur im Jahre 1984

252. Die Voraussetzungen für eine Festigung der konjunkturellen Erholung in der Welt sind günstiger geworden. Es ist nicht nur die Ertragslage der Unternehmen, die sich verbessert hat, es ist auch der Anstieg der Beschäftigung in einigen großen Ländern, die das Bild deutlich aufhellen. Und die Erholung beschränkt sich nicht nur auf die großen Industrieländer, sie hat auch die meisten Schwellenländer und einen Teil der übrigen Entwicklungsländer, vor allem im südostasiatischen Raum, erfaßt.

Freilich sind die Unterschiede im Expansionstempo bei den einzelnen Ländern noch groß. Vorreiter sind und bleiben die Vereinigten Staaten und Japan. Je kräftiger sich dort der Aufschwung entfaltet, um so rascher wird die Erholung in den anderen Ländern sein und um so rascher werden diese Länder aufschließen können.

Die deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen darf jedoch nicht den Blick verstellen für die Gefahren, die dem Erholungsprozeß drohen. Dazu zählt vor allem die noch unsichere Aussicht auf sinkende Zinsen in den Vereinigten Staaten (Ziffer 308). Dazu zählen aber auch die schwerwiegenden Konsolidierungsprobleme, die auf den hochverschuldeten Ländern lasten.

253. Bei der Einschätzung der Weltkonjunktur haben wir uns von der Vorstellung leiten lassen, daß die wirtschaftspolitische Grundlinie in den meisten Ländern unverändert bleibt. Die Finanzpolitik wird also weiter um Konsolidierung bemüht sein; in den Vereinigten Staaten dürfte es bis zu den Wahlen zum Kongreß allerdings keine wesentliche Änderung im finanzpolitischen Kurs geben. Die Zentralbanken bleiben vermutlich bei ihrer Politik der abgeschwächten monetären Expansion, die sie in letzter Zeit praktiziert haben. Die Lohnabschlüsse werden im allgemeinen maßvoll sein.

Trotz der fortschreitenden konjunkturellen Erholung erwarten wir, daß das Angebot an Erdöl reichlich bleiben wird und der Ölpreis nicht oder allenfalls wenig steigt. Der gewogene Außenwert des Dollar gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner der Vereinigten Staaten wird — so unsere Annahme — in nominaler und realer Rechnung nur geringfügig niedriger sein als 1983.

254. Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen rechnen wir mit einer Fortsetzung der Erholung in den meisten großen Industrieländern. In ihrem Schlepptau werden auch die kleineren Länder mitgezogen.

Die Aussichten sind gut, daß der Aufschwung in den Vereinigten Staaten kräftig bleibt. Die Dynamik des privaten Verbrauchs, die 1983 vom Rückgang der Zinsen und von der erhöhten Kaufbereitschaft der privaten Haushalte herrührte, dürfte sich zwar abschwächen, trotzdem wird er voraussichtlich eine Stütze für die Konjunktur bleiben. Denn wegen des beträchtlichen Beschäftigungsanstiegs werden die Lohneinkommen wieder rascher steigen. Bei deutlich verbesserter Ertragslage und wieder stärker ausgelasteten Kapazitäten ist überdies zu erwarten, daß sich die Erholung der Investitionstätigkeit fortsetzt, die in der zweiten Jahreshälfte 1983 begann. Die hohen Zinsen haben in den großzügigen Abschreibungsregelungen einen Gegenposten. Zu einem Anstieg der Investitionen mit dem Tempo früherer Aufschwungsphasen wird es aber wohl nicht kommen. Insgesamt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahre 1984 um etwa 4¹/₂ vH über der von diesem Jahr liegen (Tabelle 33).

Japan hat gute Chancen, weiterhin vom Aufschwung in den Vereinigten Staaten zu profitieren, vorausgesetzt, es werden keine neuen Schranken im Außenhandel aufgerichtet. Die Ausfuhr dürfte abermals kräftig zunehmen; dies strahlt vermutlich auf die Investitionen aus. Zudem wird der private Verbrauch durch die Senkung der Einkommensteuersätze angeregt. Das Sozialprodukt dürfte 1984 um etwa 4 vH größer sein als in diesem Jahr; dies ist im internationalen Vergleich eine beachtliche Zuwachsrate, für Japan ist es keine hohe Rate.

255. In den europäischen Ländern wird sich die wirtschaftliche Erholung fortsetzen. Das Tempo bleibt allerdings im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und Japan verhalten.

Die Aufwärtsentwicklung in Großbritannien wird andauern; die Produktionszunahme ging 1983 über die in den meisten anderen europäischen Ländern hinaus. Es ist aber wenig wahrscheinlich, daß sich das Tempo noch verstärkt. Dafür reicht die Investi-

tionsdynamik wohl nicht aus. Aus diesem Grund ist die Chance gering, daß die Beschäftigung nennenswert ansteigt und daß der private Verbrauch kräftig bleibt. Ein Zuwachs beim Sozialprodukt in einer Größenordnung wie in diesem Jahr scheint aber durchaus erreichbar (2 vH).

Frankreich hat den konjunkturellen Tiefpunkt in der zweiten Hälfte dieses Jahres, Italien bereits in der ersten Jahreshälfte durchschritten. Beide Länder dürften im kommenden Jahr über verstärkte Exporte von der voranschreitenden wirtschaftlichen Erholung in anderen Industrieländern profitieren. Voraussichtlich wird es deshalb auch zu einer allmählichen Erholung bei den Investitionen kommen. Insgesamt wird es in beiden Ländern aber keine starke Aufwärtsbewegung geben. Denn der private Verbrauch wird wegen der Konsolidierungsanstrengungen schwach bleiben. Insgesamt rechnen wir damit, daß 1984 die gesamtwirtschaftliche Produktion in Frankreich nicht über den Stand von diesem Jahr hinausgehen und daß sie in Italien nur geringfügig zunehmen wird (1 vH).

Auch die kleineren Länder Europas dürften 1984 aus der weiteren wirtschaftlichen Erholung der Welt Nutzen ziehen, zumal einige ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erheblich verbessert haben. Die Inlandsnachfrage wird allerdings angesichts der Konsolidierungsanstrengungen schwach bleiben. Ein Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion um mehr als 2¹/₂ vH ist nirgendwo zu erwarten; die meisten Länder, etwa die Niederlande oder Dänemark, dürften deutlich niedrigere Zuwachsraten haben.

256. Die Aufwärtsbewegung in den Industrieländern wird den Welthandel weiter beleben. Die Staatshandelsländer werden voraussichtlich wieder mehr Güter einführen. Von den übrigen Ländern sind nach unserer Einschätzung dagegen nur geringe Impulse zu erwarten. Die Importkapazität der OPEC-Staaten bleibt wegen der weltweit schwachen Ölnachfrage beschränkt, und was an zusätzlicher Nachfrage aus den wirtschaftlich erfolgreichen Entwicklungsländern kommen wird, dürfte zum Teil durch die anhaltende Einfuhrdrosselung der hochverschuldeten Länder aufgewogen werden. Insgesamt gehen wir für 1984 von einem Zuwachs des Welthandelsvolumens um 4 vH aus.

Tabelle 33

Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern

Land	Anteil am		Bruttosozialprodukt (real) ²⁾		Verbraucherpreise ³⁾	
	Brutto- sozial- produkt ¹⁾ OECD- Länder	Export der Bundes- republik Deutsch- land				
	1982		1983	1984	1983	1984
	vH		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Bundesrepublik Deutschland	8,8	×	+1	+2½	+ 3	+ 3
Belgien/Luxemburg	1,1	7,3	0	+1½	+ 7½	+ 6
Dänemark	0,7	2,0	+2	+1	+ 7	+ 5½
Frankreich	7,2	14,1	0	0	+ 9½	+ 7½
Griechenland	0,5	1,1	+ ½	+1	+20½	+17½
Großbritannien	6,3	7,3	+2½	+2	+ 5½	+ 5½
Irland	0,2	0,4	0	+1½	+11	+ 9½
Italien	4,6	7,6	-1	+1	+15	+12
Niederlande	1,8	8,5	+ ½	+1	+ 2½	+ 3
Europäische Gemeinschaft ⁴⁾	31,2	48,3	+ ½	+1½	+ 7½	+ 6½
Vereinigte Staaten	40,2	6,6	+3½	+4½	+ 4	+ 5
Japan	14,1	1,2	+3½	+4	+ 1½	+ 2
Kanada	3,9	0,6	+3	+5	+ 6	+ 5
Österreich	0,9	4,8	+1	+1	+ 3	+ 5
Portugal	0,3	0,6	+ ½	-1½	+24	+24
Schweden	1,3	2,7	+1½	+2½	+ 9	+ 6
Schweiz	1,3	5,1	0	+1½	+ 3	+ 3
Spanien	2,4	1,7	+1½	+2½	+12	+10
Insgesamt ⁴⁾	95,6	69,9	+2½	+3½	+ 5	+ 5

¹⁾ In jeweiligen Preisen und Wechselkursen; für Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande: Bruttoinlandsprodukt. Quelle: OECD.

²⁾ Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.

³⁾ Deflator des privaten Verbrauchs. Index der Verbraucherpreise für Belgien und die Schweiz.

⁴⁾ Veränderung in vH für Bruttosozialprodukt und Preise zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttosozialprodukt der OECD-Länder des Jahres 1982.

III. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur

257. Die derzeitige konjunkturelle Erholung ist nach unserem Urteil mehr als das glückliche Zusammentreffen von Sonderbewegungen in Teilbereichen, und sie ist mehr als die Folge von Anstößen, die die Wirtschaftspolitik gegeben hat. Sie wurzelt in einer Verbesserung der Angebotsbedingungen, die sich schon im Laufe des Jahres 1982, also noch vor der konjunkturellen Wende, angebahnt hatte. Hinzu gekommen ist eine merkliche Aufhellung der Absatzerwartungen nicht nur auf den inländischen, sondern auch auf den ausländischen Märkten.

Gewiß gibt es auch dunkle Stellen in diesem Bild. Viele Unternehmen haben die Anpassung an veränderte Bedingungen noch nicht geschafft, manche haben noch nicht einmal damit begonnen. In einigen Branchen müssen erhebliche strukturelle Überkapazitäten abgebaut und in anderen müssen Umstellungen im Produktionssortiment oder in den Produktionsverfahren vorgenommen werden. Dies alles kann indes nicht die positiven Veränderungen überdecken, die sich inzwischen eingestellt haben.

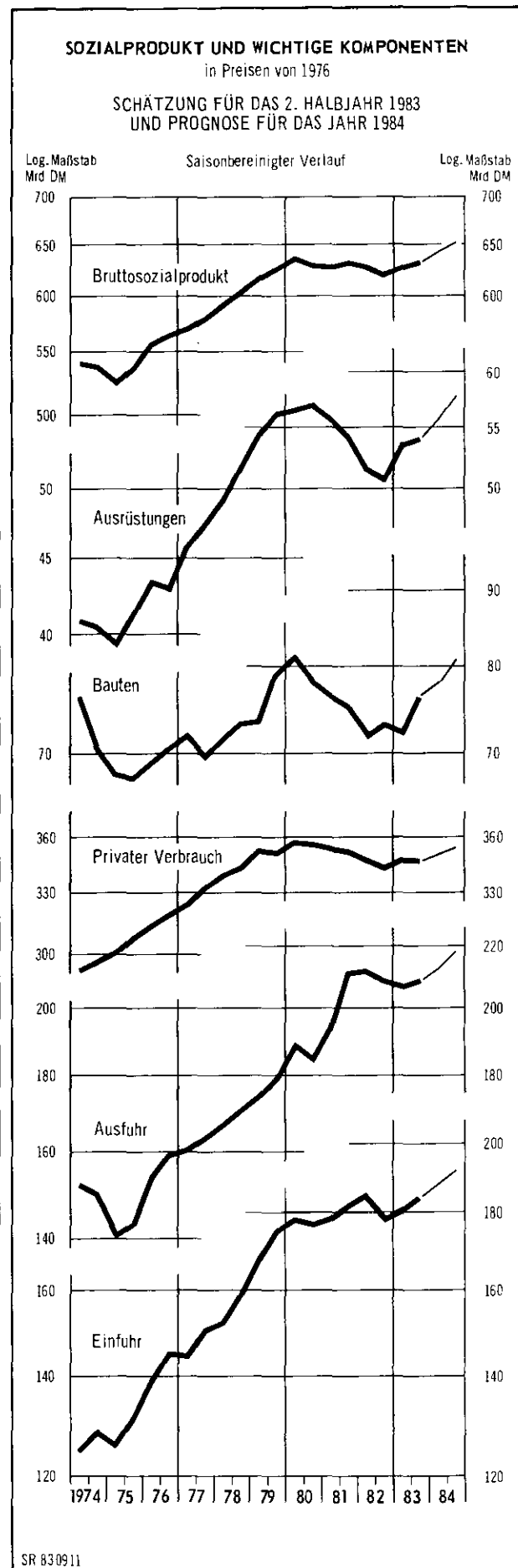
258. Dennoch wäre es falsch, würde man die bisherige Entwicklung einfach fortschreiben. Das Muster des Aufschwungs wird sich im nächsten Jahr ändern — die Impulse werden nicht mehr allein von der heimischen Nachfrage kommen, sondern zunehmend auch aus dem Ausland. Es wird sich damit jenem Muster annähern, das früher für konjunkturelle Erholungsphasen typisch war. Die Investitionen und die Exporte werden gemeinsam die Schrittmacher sein, der private Verbrauch wird dagegen nicht mehr ganz die Bedeutung haben wie in diesem Jahr, er fällt also gegenüber den anderen Nachfragekomponenten etwas zurück (Schaubild 38).

259. Der Dreh- und Angelpunkt in unserer Prognose sind die Investitionen. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß es nicht einfach ist, hier die Entwicklung richtig vorzuschätzen. Schwankungen in den Stimmungen führen häufig dazu, daß Investitionsgüterkäufe aufgeschoben oder vorgezogen werden; mit einer solchen Möglichkeit muß man in einer labilen Konjunkturphase immer rechnen.

Was die Entwicklung im nächsten Jahr anlangt, sollte es zumindest keinen Zweifel über die Richtung geben. Die Investitionsbereitschaft ist inzwischen deutlich gestiegen. Zur Verbesserung der Gewinnmargen ist ein Umschwung in den Absatzerwartungen getreten. Die meisten Unternehmen haben das Ertragstief hinter sich. Ihre Finanzierungssituation stellt sich wesentlich günstiger dar als vor einem Jahr. Sie dürften wieder verstärkt in Sachinvestitionen gehen, wobei einzuräumen ist, daß wegen der hohen Zinsen noch attraktive alternative Anlagemöglichkeiten auf dem Kapitalmarkt bestehen.

Einmal mehr hat sich bewahrheitet, daß die Bereitschaft zu investieren nicht erst dann zunimmt,

Schaubild 38



wenn ein befriedigender Kapazitätsauslastungsgrad erreicht ist. Viele Unternehmen haben in den letzten Jahren Investitionsprojekte vor sich hergeschoben, weil sie auf Zeichen einer Besserung warteten. Daran scheint sich nach den Erfahrungen in diesem Jahr zu urteilen, einiges geändert zu haben; das Nachholen von Investitionen dürfte somit auch im nächsten Jahr weitergehen. Das gilt vor allem dort, wo die Erneuerung oder die Umstellung der Produktionsanlagen ansteht.

260. Bei den Ausrüstungsinvestitionen wird die Entwicklung zunächst von den Fristen für die Inanspruchnahme der Investitionszulage bestimmt sein. Ausrüstungsgüter, für die eine Zulage gezahlt werden soll, müssen bis zum Jahresende 1983 geliefert werden, was zu einer Massierung von Investitionen im letzten Vierteljahr 1983 führen dürfte. Nach der Jahreswende werden die Investitionen dann zwar etwas zurückfallen, doch rechnen wir damit, daß sich die aufwärts gerichtete Grundtendenz über kurz oder lang wieder durchsetzt. Freilich muß sich ein solcher Anstieg in den Auftragseingängen erst zeigen; wegen der Vorzieheffekte bei den Bestellungen ist er bisher noch nicht sichtbar.

In unserer Prognose haben wir angenommen, daß die Ausrüstungsinvestitionen im nächsten Jahr etwa mit der gleichen Rate steigen werden wie in diesem Jahr. Wir veranschlagen sie auf rund 5½ vH (Tabelle 34).

261. Bei den Bauinvestitionen ist die Situation etwas anders. Die Nachfrage hat sich zwar früh und kräftig belebt, die Bautätigkeit hat aber erst spät angezogen. Die Bauwirtschaft verfügt also über ein Auftragspolster, das einen weiteren deutlichen Anstieg der Bauleistungen im kommenden Jahr sichert.

— Treibende Kraft bleibt der Wohnungsbau. Hier wurden in der zweiten Jahreshälfte 1983 wesentlich mehr Arbeitsstunden geleistet als vor Jahresfrist. Die Auftragsbestände sind aber nach wie vor hoch. Wir rechnen deshalb damit, daß die Bautätigkeit auch im nächsten Jahr fast unvermindert steigt. Vor allem diejenigen Bauherren, die Wohnungen im Rahmen des sogenannten Bauherrenmodells errichten, werden auf die Fertigstellung der Rohbauten bis Mitte des Jahres und der Ausbauten bis zum Jahresende drängen, da die derzeitigen steuerlichen Regelungen nur noch für Vorhaben gelten, die bis Ende 1984 beendet werden. Nach unseren Schätzungen könnten die Wohnungsbauinvestitionen im nächsten Jahr um etwa 9 vH höher sein als in diesem Jahr. Sie wären damit um 15 vH höher als im Jahre 1982.

— Impulse kommen aber auch vom gewerblichen Bau. Denn die Unternehmen investieren nicht nur wieder mehr in Ausrüstungen. Die Bautätigkeit zeigt in diesem Bereich seit einigen Monaten deutlich nach oben und dies dürfte auch so bleiben. Hier läuft die Frist für die Inanspruchnahme der Investitionszulage erst Ende 1984 aus, was eine gleichmäßigere Verteilung der Baufertigstellungen über das Jahr verspricht.

— Keine Anstöße kommen hingegen vom öffentlichen Bau. Das Bauen auf staatliche Rechnung geht 1984 voraussichtlich nicht oder allenfalls geringfügig über das Niveau von 1983 hinaus, das wohl gemerkt bereits deutlich niedriger war als das des Jahres 1982. An dieser Einschätzung dürfte sich selbst dann wenig ändern, wenn bei den Kommunen, die die weitaus größten öffentlichen Auftraggeber der Bauwirtschaft sind, die Steuereinnahmen und auch die Zuweisungen von den Ländern im nächsten Jahr kräftiger fließen, als es gegenwärtig erwartet wird. Obgleich die Gemeinden in ihrer Gesamtheit dann keine Haushaltsfehlbeträge mehr ausweisen dürften — bei sicherlich nach wie vor großen Unterschieden von Gemeinde zu Gemeinde —, spricht wenig dafür, daß sie ihre Investitionsbudgets merklich aufstocken würden. Die Scheu vor zusätzlichen Belastungen künftiger Haushalte ist übergroß.

Trotz der dämpfenden Einflüsse, die weiterhin von der öffentlichen Hand ausgehen, werden die gesamten Bauinvestitionen im Jahre 1984 kräftig zunehmen. Im Vorjahresvergleich veranschlagen wir die Zuwachsrate auf 7 vH; für 1983 beträgt die Rate nur etwa 2½ vH. Der Unterschied in den Zuwachsraten beruht freilich nicht nur auf einem steileren Anstieg, den wir für 1984 erwarten, sondern auch darauf, daß sich das Niveau der Bauinvestitionen in der zweiten Jahreshälfte 1983, und damit die Ausgangsbasis für die weitere Entwicklung, stark erhöht hat; die Zuwachsrate im Vorjahresvergleich überzeichnet also das Expansionstempo.

262. Im kommenden Jahr wird die Nachfrage aus dem Ausland die heimischen Auftriebskräfte voraussichtlich nicht mehr bremsen. Im Jahre 1982 hatte der Rückschlag im Exportgeschäft die Unternehmen stark verunsichert — in größerem Umfang wurden Investitionsgüterkäufe zurückgestellt, die konjunkturelle Talfahrt hatte sich dadurch beschleunigt — und auch in diesem Jahr gab es zunächst noch Enttäuschungen.

Inzwischen hat sich die Situation gewandelt. Die Einschätzung des Exportgeschäfts durch die Unternehmen besserte sich schon um die Jahresmitte, nachdem erkennbar wurde, daß die konjunkturelle Erholung in der Welt Fortschritte macht. Das gilt selbst für diejenigen Unternehmen, deren Absatzmärkte, zum Beispiel in Frankreich und in Italien, zum Teil noch schrumpfen. Nur bei den Unternehmen, die ihre Geschäfte ganz oder überwiegend mit Kunden in den OPEC-Staaten abwickeln, ist das Urteil nach wie vor zurückhaltend.

Der Umschwung in den Erwartungen hat freilich auch eine solide Basis. Die Bestellungen aus dem Ausland zeigen seit dem Sommer wieder deutlich nach oben. Höhere Aufträge kommen nicht nur aus den Industrieländern, sondern inzwischen auch aus Ländern, die bislang noch im Konjunkturschatten standen, wie den rohstoffexportierenden Entwicklungsländern. Mit der weiteren Rückbildung der Leistungsbilanzdefizite wird für viele Länder der Druck geringer, ihre Importe drastisch zu senken. Auch dies trägt dazu bei, daß der Welthandel wieder an Fahrt gewinnt.

Tabelle 34

Die wichtigsten Daten der Volkswirt
Schätzung für das 2. Halbjahr 1983

Absolute Werte

	Einheit	1982	1983	1984	1983		1984	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	899,4	934,5	975,5	450,0	484,5	469,5	505,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	325,3	332,0	340,0	154,8	177,0	158,5	181,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	327,9	345,0	380,0	155,8	189,0	171,5	208,0
Ausrüstungen	Mrd DM	125,2	135,0	146,5	62,1	73,0	66,0	80,0
Bauten	Mrd DM	202,7	210,0	233,5	93,7	116,5	105,5	128,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	+ 7,2	+ 13,0	+ 19,0	+ 7,7	+ 5,5	+ 14,0	+ 5,0
Außenbeitrag	Mrd DM	+ 38,0	+ 39,0	+ 40,5	+ 20,5	+ 18,5	+ 17,0	+ 23,5
Ausfuhr	Mrd DM	535,6	535,5	574,5	262,9	273,0	278,5	296,0
Einfuhr	Mrd DM	497,6	497,0	534,0	242,3	254,5	261,5	272,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 597,7	1 663,0	1 755,0	788,8	874,5	831,0	923,5
In Preisen von 1976:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	688,4	694,5	704,5	337,3	357,0	340,5	364,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	248,7	247,5	248,5	122,0	125,5	122,5	126,0
Anlageinvestitionen	Mrd DM	247,0	256,0	272,5	116,6	139,5	124,5	148,0
Ausrüstungen	Mrd DM	102,2	108,0	113,5	49,9	58,0	52,0	61,5
Bauten	Mrd DM	144,8	148,5	159,0	66,7	81,5	72,5	86,5
Ausfuhr	Mrd DM	420,1	414,0	431,0	204,7	209,5	211,0	220,0
Einfuhr	Mrd DM	362,8	363,5	380,0	179,3	184,5	187,5	192,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 246,6	1 261,0	1 294,5	608,7	652,0	624,0	670,5
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1976 = 100	130,7	134,5	138,5	133,4	135,5	138,0	139,0
Bruttosozialprodukt	1976 = 100	128,2	132,0	135,5	129,6	134,0	133,0	138,0
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige	1000	25 563	25 095	25 120	25 021	25 165	24 965	25 270
Arbeitszeit	Stunden
Arbeitsvolumen	Mrd Std.
Produktivität	DM je Std.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976	Mrd DM	1 247,9	1 258,0	1 292,0	609,0	649,0	624,5	667,5
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	901,8	914,0	953,5	431,7	482,5	448,5	505,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	322,5	356,0	383,5	167,8	188,5	180,0	203,5
Volkseinkommen	Mrd DM	1 224,3	1 270,0	1 337,5	599,5	670,5	628,5	709,0
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit ²⁾	Mrd DM	507,4	507,0	519,5	242,6	264,0	248,5	271,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	263,7	295,0	320,0	139,2	156,0	150,5	169,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ³⁾	Mrd DM	1 034,0	1 061,0	1 103,0	512,0	549,0	533,0	570,0

¹⁾ Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

²⁾ Nettolohn- und -gehaltssumme.

schaftlichen Gesamtrechnungen
und Vorausschau auf das Jahr 1984

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1982	1983	1984	1983		1984	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 2,9	+ 4	+ 4 ^{1/2}	+ 3,5	+ 4 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}
Staatsverbrauch	+ 2,2	+ 2	+ 2 ^{1/2}	+ 1,5	+ 2 ^{1/2}	+ 2 ^{1/2}	+ 2 ^{1/2}
Anlageinvestitionen	- 3,1	+ 5	+ 10	+ 3,0	+ 7	+ 10	+ 10
Ausrüstungen	- 2,7	+ 8	+ 8 ^{1/2}	+ 6,6	+ 9	+ 6 ^{1/2}	+ 10
Bauten	- 3,3	+ 3 ^{1/2}	+ 11	+ 0,6	+ 6	+ 12 ^{1/2}	+ 10
Vorratsveränderung	x	x	x	x	x	x	x
Außenbeitrag	x	x	x	x	x	x	x
Ausfuhr	+ 8,0	0	+ 7	- 0,9	+ 1	+ 6	+ 8 ^{1/2}
Einfuhr	+ 3,1	- 0	+ 7 ^{1/2}	- 3,2	+ 3	+ 8	+ 7
Bruttosozialprodukt	+ 3,6	+ 4	+ 5 ^{1/2}	+ 3,6	+ 4 ^{1/2}	+ 5 ^{1/2}	+ 5 ^{1/2}
In Preisen von 1976:							
Privater Verbrauch	- 2,2	+ 1	+ 1 ^{1/2}	+ 0,2	+ 1 ^{1/2}	+ 1	+ 2
Staatsverbrauch	- 1,1	- 1/2	+ 1/2	- 1,1	+ 0	+ 0	+ 1/2
Anlageinvestitionen	- 5,4	+ 3 ^{1/2}	+ 6 ^{1/2}	+ 1,9	+ 5 ^{1/2}	+ 6 ^{1/2}	+ 6
Ausrüstungen	- 6,6	+ 5 ^{1/2}	+ 5 ^{1/2}	+ 4,1	+ 7	+ 4	+ 6 ^{1/2}
Bauten	- 4,5	+ 2 ^{1/2}	+ 7	+ 0,4	+ 4 ^{1/2}	+ 8 ^{1/2}	+ 5 ^{1/2}
Ausfuhr	+ 3,7	- 1 ^{1/2}	+ 4	- 2,4	- 1/2	+ 3	+ 5
Einfuhr	+ 0,8	+ 1/2	+ 4 ^{1/2}	- 2,3	+ 3	+ 4 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}
Bruttosozialprodukt	- 1,1	+ 1	+ 2 ^{1/2}	+ 0,1	+ 2	+ 2 ^{1/2}	+ 3
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 5,3	+ 3	+ 3	+ 3,3	+ 2 ^{1/2}	+ 3 ^{1/2}	+ 2 ^{1/2}
Bruttosozialprodukt	+ 4,8	+ 3	+ 3	+ 3,4	+ 2 ^{1/2}	+ 3	+ 2 ^{1/2}
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige	- 1,9	- 2	+ 0	- 2,1	- 1 ^{1/2}	- 0	+ 1/2
Arbeitszeit ¹⁾	- 0,4	+ 0	+ 0	+ 0,4	0	+ 1/2	- 0
Arbeitsvolumen	- 2,3	- 1 ^{1/2}	+ 0	- 1,7	- 1 ^{1/2}	+ 0	+ 1/2
Produktivität	+ 1,2	+ 2 ^{1/2}	+ 2 ^{1/2}	+ 1,5	+ 3 ^{1/2}	+ 2 ^{1/2}	+ 2 ^{1/2}
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976	- 1,0	+ 1	+ 2 ^{1/2}	- 0,2	+ 2	+ 2 ^{1/2}	+ 3
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 2,3	+ 1 ^{1/2}	+ 4 ^{1/2}	+ 1,0	+ 1 ^{1/2}	+ 4	+ 5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 6,2	+ 10 ^{1/2}	+ 8	+ 11,3	+ 9 ^{1/2}	+ 7 ^{1/2}	+ 8
Volkseinkommen	+ 3,3	+ 3 ^{1/2}	+ 5 ^{1/2}	+ 3,7	+ 4	+ 5	+ 5 ^{1/2}
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit ²⁾ ...	+ 0,8	- 0	+ 2 ^{1/2}	- 0,0	- 0	+ 2 ^{1/2}	+ 2 ^{1/2}
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 7,5	+ 12	+ 8 ^{1/2}	+ 13,2	+ 10 ^{1/2}	+ 8	+ 9
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ³⁾	+ 2,3	+ 2 ^{1/2}	+ 4	+ 1,7	+ 3 ^{1/2}	+ 4	+ 4

³⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Man kann einwenden, daß ein solches Szenario die Risiken aus dem Bild läßt, die noch immer auf der weltwirtschaftlichen Entwicklung lasten. Die Gefahr einer internationalen Konsolidierungskrise ist noch nicht gebannt, und der Protektionismus weitet sich besorgniserregend aus. Wir leugnen nicht, daß es diese Risiken gibt, aber wir gewichten sie nicht so stark, daß sie in unserer Status-quo-Prognose dominant werden. Auch in diesem Punkt ist die Situation anders als vor einem Jahr.

263. Man sollte indessen nicht immer nur auf die Zunahme des Welthandels insgesamt sehen, denn ein einzelnes Land kann daran in unterschiedlicher Weise teilhaben. Die deutsche Exportwirtschaft hat durchaus Möglichkeiten, Marktanteile zu gewinnen. Ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit ist derzeit gut, nicht nur weil der Dollar gegenüber der D-Mark niedrig bewertet wird, sondern auch weil der Kostenanstieg — im Unterschied zu vielen anderen Ländern — zum Stillstand gekommen ist. Es eröffnen sich also Marktchancen auch auf solchen Märkten, auf denen deutsche Exporteure sonst vielleicht nicht wettbewerbsfähig wären. Zum Teil mögen es freilich nur befristete Chancen sein.

Bei unserer Exportschätzung haben wir uns von der Vorstellung leiten lassen, daß sich die Ausfuhr im nächsten Jahr wieder merklich erholt. Die Zuwachsrate von 4 vH, die in unsere Prognoserechnung eingegangen ist, stellt eine sehr vorsichtige Schätzung dar. In Phasen, in denen die Weltkonjunktur anzieht, kann man normalerweise mit weit höheren Zuwachsraten rechnen.

264. Die hohe Kaufbereitschaft der Verbraucher war in diesem Jahr eine der Stützen für die konjunkturelle Erholung. Das wird auch im kommenden Jahr der Fall sein, auch wenn der Expansionspfad noch immer recht flach bleiben wird. Befürchtungen, daß die Investitionskonjunktur versanden könnte, weil sich die Verbraucher wieder zurückhalten, teilen wir nicht. Es sieht im Gegenteil ganz danach aus, als seien sie weiterhin bereit, zur Finanzierung von Verbrauchsausgaben auf Ersparnisse zurückzugreifen oder sich zu verschulden. In vielen Bereichen gibt es einen aufgestauten Bedarf, teils in Form von Ersatzbedarf, wie bei Kraftfahrzeugen, Möbeln und elektrischen Haushaltsgeräten, teils in Form von zusätzlichem Bedarf, wie insbesondere bei Gütern aus dem Bereich der Unterhaltungselektronik. Es ist recht wahrscheinlich, daß die Sparquote der privaten Haushalte noch einmal sinkt; wir haben einen leichten Rückgang angenommen.

265. Auf längere Sicht muß allerdings die Entwicklung des privaten Verbrauchs in engem Kontakt mit der Entwicklung des verfügbaren Einkommens bleiben. Nur wenn die Einkommen steigen, können die Verbraucher mehr ausgeben, und dazu muß vor allem die Beschäftigung wieder zunehmen.

Von den drei Komponenten des verfügbaren Einkommens, den Nettolöhnen und -gehältern, den staatlichen Einkommensübertragungen und den

entnommenen Gewinnen, läßt sich gegenwärtig nur die Entwicklung bei den Übertragungen vergleichsweise sicher abgreifen; sie werden voraussichtlich um 2 vH steigen. Die Zuwachsrate wird im wesentlichen bestimmt von der Anpassung der Sozialrenten zum 1. Juli 1984; dabei wird der Anpassungssatz erneut gekürzt um einen erhöhten Krankenversicherungsbeitrag der Rentner. Zu Buche schlägt zudem die größere Anzahl der Rentenempfänger. Auch die Ausgaben bei der Sozialhilfe werden höher ausfallen, dagegen dürften sie bei der Arbeitslosenversicherung erstmals seit längerem wieder niedriger sein. Nur wenig Anhaltspunkte gibt es darüber, in welchem Ausmaß die Löhne und Gehälter angehoben werden, zumal wenn es wegen der Verkürzung der Arbeitszeit zu Abschlägen kommt. Zu den Annahmen der Prognose gehört, daß die Bruttolöhne- und -gehälter auf Stundenbasis etwas schwächer steigen werden als in diesem Jahr. Trotzdem wird die Bruttolohn- und -gehaltssumme deutlich stärker expandieren, weil ein gewichtiger negativer Faktor, der Rückgang der Beschäftigung, im nächsten Jahr voraussichtlich entfällt. Die entnommenen Gewinne lassen sich nur grob abschätzen. Dabei haben wir uns am Anstieg des gesamten Gewinneinkommens und an der Finanzierungssituation der Unternehmen orientiert, so wie sie sich in unserer Prognose für 1984 abzeichnet.

Mit gewissen Vorbehalten, die sich aus den genannten Schätzrisiken ergeben, veranschlagen wir die Zuwachsrate für das verfügbare Einkommen auf 4 vH. Das mag nicht sonderlich hoch erscheinen, doch ist die Rate merklich höher, als sie es 1983 war (2½ vH). Damit ist vermutlich auch die Untergrenze für die Ausweitung der Verbrauchsausgaben in nominaler Rechnung markiert.

266. Entscheidend für den Verbraucher ist nicht der Zuwachs beim Einkommen, sondern das, was davon nach Abzug der Preissteigerungen bleibt. Die Entwicklung der Verbraucherpreise ist in letzter Zeit günstig gewesen, und dies wird voraussichtlich auch im nächsten Jahr so bleiben. Nennenswerte Verteuerungen bei Industriewaren hat es bislang nicht gegeben, sie sind auch in den nächsten Monaten nicht zu erwarten. Der scharfe Wettbewerb im Handel würde es ohnehin schwierig machen, höhere Preise am Markt durchzusetzen. Auch bei den administrierten Preisen stehen nach den vorliegenden Informationen keine Erhöhungen ins Haus, die ins Gewicht fallen könnten. Alles in allem rechnen wir damit, daß die Verbraucherpreise im Verlauf des Jahres 1984, also von Dezember 1983 bis Dezember 1984 gerechnet, mit einer Rate von etwa 2 vH steigen werden; das ist etwas weniger als sich im Verlauf des Jahres 1983 voraussichtlich ergeben wird. Wegen des „Überhangs“ am Jahresende 1983, im Dezember dürfte der Preisindex für die Lebenshaltung um reichlich 1½ vH über dem Stand liegen, der sich für den Jahresdurchschnitt 1983 errechnet, wird die Zuwachsrate für den Jahresdurchschnitt 1984 mit knapp 3 vH derjenigen des Vorjahres entsprechen.

Im ersten Halbjahr 1984 könnte freilich der Abstand zum Vorjahr deutlich über 3 vH hinausgehen.

Dies hängt damit zusammen, daß die Verbraucherpreise zu Beginn dieses Jahres vor allem wegen der zeitweiligen Verbilligung von Benzin und Heizöl sanken (Basisseffekt). Die vorübergehend höheren Preissteigerungsraten im Vorjahresvergleich bilden also die Entwicklung der Vergangenheit ab, sie signalisieren aber keine Verstärkung im Preisanstieg.

267. Erholt sich die Konjunktur, dann erhält sie regelmäßig Unterstützung von den Lagerdispositionen. Die Unternehmen weiten die Produktion stärker aus, als die Nachfrage steigt, sie produzieren also im Vorgriff auf künftige Nachfrage. Im Jahre 1983 ist vom gesamten Produktionszuwachs mehr als die Hälfte „auf Lager genommen“ worden. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil davon entfiel bisher auf den Aufbau von Fertigwarenlägern, der größere Teil diente dazu, die Läger an Vorprodukten und Halbwaren aufzustocken, die bereitgehalten werden, um für eine stärkere Ausweitung der Produktion gerüstet zu sein. Es steht zu erwarten, daß sich der Lageraufbau im Jahre 1984 fortsetzen wird, dann allerdings vor allem bei Fertigwaren.

268. Werden die Vorratsläger aufgefüllt und wird insbesondere mehr investiert und konsumiert, nimmt auch die Einfuhr zu. Seit dem Frühjahr 1983 steigen die Importe sogar recht kräftig. Auch ein beachtlicher Teil der höheren Investitionsnachfrage ist durch höhere Importe gedeckt worden. Allerdings erwarten wir nicht, daß die Einfuhr über das ganze Jahr im bisherigen Tempo zunimmt. Wir stellen uns vielmehr eine Entwicklung vor, die sich in der Nachbarschaft zur Entwicklung der Produktion hält. Eine steilere Entwicklung wäre allenfalls plausibel, wenn es zu kräftigen Preissteigerungen auf den Weltrohstoffmärkten käme und dies zu spekulativen Rohstoffkäufen führte. Das zeichnet sich aber gegenwärtig nicht ab.

Nach unseren Schätzungen dürfte die reale Einfuhr von Waren und Diensten im Durchschnitt des Jahres 1984 um etwa $4\frac{1}{2}$ vH höher sein als im Durchschnitt des Jahres 1983. Wegen der starken Beschleunigung im Verlauf des Jahres 1983 liegt das Niveau der Wareneinfuhr am Jahresende aber schon deutlich über dem Niveau für den Jahresdurchschnitt; auch ohne einen weiteren Anstieg ergäbe sich für die Wareneinfuhr 1984 ein Zuwachs von 3 vH.

269. Nimmt man alles zusammen, was nach unserer Einschätzung im Zusammenspiel von besseren Angebotsbedingungen und günstigeren Absatzerwartungen bei den Investitionen, bei der Ausfuhr, beim privaten Verbrauch und bei den Vorräten für 1984 an Expansion angelegt ist, dann ist eine weitere Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion etwa in dem Tempo wie in diesem Jahr wahrscheinlich, möglicherweise wird es auch etwas mehr. Die Zuwachsraten beim realen Sozialprodukt veranschlagen wir für den Verlauf des Jahres 1984 auf $2\frac{1}{2}$ vH bis 3 vH; die gleiche Rate ergibt sich für den Jahresdurchschnitt.

Da die Sachkapazitäten in der Volkswirtschaft nur mit einer Rate von reichlich $1\frac{1}{2}$ vH wachsen dürften, wird die Auslastung im Jahre 1984 etwas steigen. Ende 1984, also zwei volle Jahre nach dem Beginn der Erholung, wird die Kapazitätsauslastung aber noch nicht wieder eine Höhe erreichen, die als normal anzusehen ist. Der Abstand wird nach unseren Schätzungen immer noch 2 Prozentpunkte betragen, der Abstand zu einer Kapazitätsauslastung, wie sie in den Jahren der Hochkonjunktur vorgekommen ist, rund 5 Prozentpunkte.

270. Obwohl das Tempo der Erholung bislang recht verhalten war, hat sich auf dem Arbeitsmarkt die Besserung angebahnt. Es gibt Hinweise darauf, daß der Beschäftigungsabbau im Spätsommer dieses Jahres den Tiefpunkt erreicht haben könnte. Das wäre früher, als man es allgemein erhofft hatte und auch früher, als man es aufgrund bisheriger Erfahrungen erwarten konnte.

Allerdings sollte man daraus übertriebene Hoffnungen für das Jahr 1984 nicht ableiten. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird zunächst noch deutlich angespannt bleiben, und sie wird vor allem in regionaler und sektoraler Hinsicht noch sehr unterschiedlich sein. Einige Unternehmen werden schon wieder zusätzliches Personal einstellen können, andere werden aber weiterhin Arbeitskräfte entlassen müssen, vor allem dort, wo der Abbau struktureller Überkapazitäten unumgänglich ist, wie in der Stahlindustrie oder im Schiffbau. Es sind vermutlich die negativen Meldungen, die fürs erste noch die Schlagzeilen bestimmen werden. Dies sollte die Urteilsfindung nicht trüben. Der Saldo von Einstellungen und Entlassungen dürfte 1984 erstmals seit langem wieder positiv sein, auch wenn er zunächst recht klein ausfällt.

271. Wie sich der Umschwung auf dem Arbeitsmarkt in den Arbeitslosenzahlen niederschlagen wird, ist im voraus nicht genau zu quantifizieren. Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen ist nicht das getreue Spiegelbild der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen, schon gar nicht auf kurze Sicht. Hier gibt es viele Zwischenglieder, wie Veränderungen beim Erwerbspotential etwa aus demographischen Gründen oder wegen der Zuwanderung und Abwanderung von Ausländern. Erfahrungsgemäß ändert sich aber auch im Aufschwung die Erwerbsbeteiligung; weil Arbeitskräfte, die zwischenzeitlich die Suche nach einem Arbeitsplatz aufgegeben haben, die also in die sogenannte Stille Reserve abgewandert waren, wieder eine Beschäftigung finden. Die Arbeitslosenzahlen sinken deshalb in einer solchen Konjunkturphase meistens langsamer als die Beschäftigtenzahlen steigen.

Dennoch sieht es ganz danach aus, als sei auch bei den Arbeitslosenzahlen, wenn man sie von Saisoninflüssen bereinigt, der Höhepunkt erreicht. Es ist sogar recht wahrscheinlich, daß es im nächsten Jahr zu einem allmählichen Rückgang kommt. Für den Durchschnitt des Jahres erwarten wir allerdings noch einmal 2,2 Millionen bis 2,3 Millionen

Arbeitslose, also etwa die gleiche Anzahl, die sich für den Durchschnitt dieses Jahres voraussichtlich ergibt; am Jahresende 1984 dürfte der Abstand zum Vorjahr aber bereits deutlich sichtbar sein. Nicht zu vergessen ist auch, daß sich die Verringerung der Kurzarbeit fortsetzen wird.

Unser Urteil wird nicht dadurch korrigiert, daß in den kommenden Monaten die Arbeitslosenzahlen jahreszeitlich bedingt kräftig steigen werden, insbesondere dann, wenn es einen kalten und schneereichen Winter geben sollte. Ein solcher Anstieg deutet nicht notwendig auf einen wieder langsameren Gang der Konjunktur hin. Er hängt vielmehr damit zusammen, daß in einer Reihe von Berufen in den Wintermonaten keine kontinuierliche Beschäftigung möglich ist.

272. Das Defizit von Bund, Ländern und Gemeinden wird sich im nächsten Jahr weiter zurückbilden. Der strukturelle Kern des Defizits wird weiter abgebaut, aber auch die konjunkturellen Lasten werden kleiner. Wir rechnen damit, daß der Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von 53 Mrd DM in diesem Jahr auf 42 Mrd DM im kommenden Jahr zurückgeht (Tabelle 35). Gegenüber 1983 wäre das ein Rückgang um rund 11 Mrd DM. Die Ausgaben dürften um schätzungsweise 2½ vH steigen. An Steuereinnahmen fließen 439 Mrd DM zu, 6 vH mehr als 1983. Die Steuerquote wird kaum ansteigen. Kommt es zu dem Ausgabenverhalten, das wir in unsere Rechnungen eingestellt haben, dürfte der konjunkturelle Impuls, wie wir ihn für die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden bestimmen, um 8 Mrd DM auf 18 Mrd DM zurückgehen.

Die Finanzlage der Sozialversicherungen dürfte sich im ganzen etwas entspannen, zum einen wegen der Sanierungsmaßnahmen, zum anderen wegen der konjunkturellen Besserung und hier insbesondere, weil es voraussichtlich zu keinem weiteren Beschäftigungsabbau kommt. Im gemeinsamen Haushalt von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen könnte dies zu einer Verminderung des Fehlbetrags um 16 Mrd DM führen.

273. Verläuft die Entwicklung in dem aufgezeigten Rahmen, dann kommt die deutsche Wirtschaft 1984 einen weiteren Schritt voran, auch wenn es wiederum kein großer Schritt ist. Die Wachstumsdynamik wird immer noch gering und die Arbeitslosigkeit wird hoch bleiben. Die notwendigen strukturellen Veränderungen lassen sich unter diesen Bedingungen nur schwer bewerkstelligen.

Es mag sein, daß wir die Auftriebskräfte unterschätzen. Bei der augenblicklichen konjunkturellen Konstellation sind durchaus positive Überraschungen möglich; auch früher wurden die Prognostiker schon häufig von der Stärke einer konjunkturellen Aufwärtsbewegung überrascht.

Eine Alternativrechnung

274. Es kann aber auch ungünstiger kommen. Verschiedentlich wurde in diesem Jahr darauf hingewiesen, daß die Erholung in Wirklichkeit schwächer sei, als es das durch Sonderfaktoren mitgeprägte Bild zeige und daß mit dem Auslaufen der Sonderbewegungen eine Abschwächung zu erwarten sei. Wir haben eine Variante zu unserer Prognose durchgerechnet, die diesen Argumenten stärkeres Gewicht beimißt.

Im einzelnen haben wir hierfür folgendes angenommen:

— Der Anstieg der Investitionen ist zum größeren Teil auf die Wirkungen der Investitionszulage zurückzuführen. Die Investitionsbereitschaft hat sich noch nicht nachhaltig gebessert. Nach einem Schub am Jahresende 1983 werden die Ausrüstungsinvestitionen im ersten Vierteljahr 1984 spürbar zurückgehen und im späteren Jahresverlauf erst allmählich wieder zunehmen.

— Der kräftige Anstieg der Baugenehmigungen überzeichnet die Aufwärtsbewegung in der Bauwirtschaft. Vom Wohnungsbau wird keine zusätzliche Dynamik kommen. Es werden zwar im nächsten Jahr deutlich mehr Wohnungen gebaut als in diesem Jahr, doch werden wegen nicht weiter nachgebender Zinsen und gedämpfter Einkommenserwartungen eine Reihe von Bauvorhaben zurückgestellt.

Die Unternehmen weiten zwar ihre Bauinvestitionen stärker aus als 1983, im wesentlichen aber nur weil die Frist für die Inanspruchnahme der Investitionszulage am 31. Dezember 1984 endet, weniger weil sich die Investitionsneigung gekräftigt hat. Das entspricht dem Investitionsverhalten, wie es in dieser Variante für die Ausrüstungsinvestitionen angenommen wird.

Auch die öffentliche Bautätigkeit wird etwas schwächer sein als in unserer Prognose angenommen.

— Die Ausgabeneigung der Verbraucher wird sich im nächsten Jahr nicht weiter erhöhen. Die Kaufwelle, vor allem bei Autos und Einrichtungsgegenständen, ebbt allmählich ab. Weil Zinssenkungen ausbleiben und die Beschäftigungslage weiterhin ungünstig bleibt, werden sich die Haushalte etwas weniger verschulden und etwas mehr sparen, als es sonst der Fall wäre. Die Verbrauchsausgaben steigen nur mit der Rate, mit der auch die verfügbaren Einkommen zunehmen.

Auch unter diesen Annahmen dürfte die wirtschaftliche Erholung im Jahre 1984 nicht zum Stillstand kommen; der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion fiel allerdings mit 1½ vH bis 2 vH geringer aus als in der Status-quo-Prognose. In der Alternativrechnung scheint also nicht die Gefahr eines Rückfalls in die Stagnation auf. Ein allmählicher Anstieg der Beschäftigung, wie wir ihn für wahrscheinlich halten, dürfte in diesem Fall allerdings ausbleiben.

Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁾
Schätzung für das Jahr 1983 und Prognose für das Jahr 1984

Tabelle 35

	1982	1983	1984	1983	1984
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung					
Einnahmen insgesamt	742,0	771½	813½	+ 4	+ 5½
Steuern	395,3	414	439	+ 5	+ 6
Sozialbeiträge	283,8	291½	308	+ 2½	+ 5½
Sonstige laufende Einnahmen	46,0	48½	48	+ 5½	- 1
Vermögensübertragungen und Abschreibungen	17,0	17½	18½	+ 4½	+ 4
Ausgaben insgesamt	797,4	822½	848½	+ 3	+ 3
Staatsverbrauch	325,3	332	340½	+ 2	+ 2½
Einkommensübertragungen	348,1	360½	372½	+ 3½	+ 3½
Private Haushalte	291,0	301	310	+ 3½	+ 3
Unternehmen und übrige Welt	57,1	59½	62½	+ 4½	+ 5
Zinsen	43,6	51½	55	+18	+ 7
Vermögensübertragungen	32,7	33	33½	+ 1½	+ 1
Investitionen	47,7	45½	46½	- 4½	+ 2½
Finanzierungssaldo ²⁾	-55,3	-51	-35	x	x
	vH				
Staatsquote des Gemeinsamen Haushaltes ³⁾	47,0	46,6	46,0	x	x
Abgabenquote ⁴⁾	42,5	42,4	42,6	x	x
Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften					
Einnahmen	469,6	493	519	+ 5	+ 5½
Steuern	395,3	414	439	+ 5	+ 6
Sonstige Einnahmen	74,4	79	80	+ 6	+ 1½
Ausgaben	532,5	546	561	+ 2½	+ 2½
Finanzierungssaldo ²⁾	-62,8	-53	-42	x	x
	vH				
Staatsquote ⁵⁾	31,4	30,9	30,4	x	x
Steuerquote ⁶⁾	24,7	24,9	25,0	x	x
Nachrichtlich:					
Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik					
Einnahmen	491,4	511	537	+ 4	+ 5
Steuern	378,7	396	421½	+ 4½	+ 6½
Sonstige Einnahmen	112,7	115	115½	+ 2	+ ½
Ausgaben	561,6	574	588	+ 2	+ 2½
Finanzierungssaldo ²⁾	-70,3	-63	-51	x	x
	vH				
Staatsquote ⁷⁾	33,1	32,5	31,9	x	x
Steuerquote ⁸⁾	23,7	23,8	24,0	x	x

¹⁾ Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

²⁾ Überschuß: +, Defizit: —.

³⁾ Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

⁴⁾ Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts.

⁵⁾ Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

⁶⁾ Steuern der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Bruttosozialprodukts.

⁷⁾ Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.

⁸⁾ Steuern in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Bruttosozialprodukts.

DRITTES KAPITEL

Gegen Gewöhnung an hohe Arbeitslosigkeit

I. Ziele und Wirklichkeit

275. Trotz einer deutlichen Abschwächung in der Expansion der öffentlichen Ausgaben, trotz einer zurückhaltenden Lohnpolitik, die die Expansion der Masseneinkommen gering hielt, und trotz eines enttäuschenden Ergebnisses im Exportgeschäft ist eine Umkehr zum Besseren in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eingetreten, und zwar deutlicher, als von fast allen erwartet worden war. Man kann sich, wenn man dies will, die Besserung durch die Einflüsse von Sonderfaktoren erklären. Man kann in ihr aber auch die Anzeichen einer beginnenden Gesundung der Volkswirtschaft sehen.

Die Inflation ist eingedämmt, wenn auch noch nicht überwunden. Die unerwartet starke Senkung der Inflationsrate hat für die Umkehr zum Besseren eine zentrale Rolle gespielt — über den günstigen Einfluß auf die Entwicklung der Kaufkraft des Geldes. Und trotz der unerwartet starken Senkung der Inflationsrate ist im zweiten Jahr hintereinander Spielraum geblieben für eine Verbesserung der Gewinnmargen, weil der Kostenauftrieb sich noch stärker abschwächte als der Preisauftrieb. Die Bedingungen für rentable Produktion und Beschäftigung sind also günstiger geworden. Auch die Frage nach dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht gibt weder in der einen noch in der anderen Richtung zu deutlichen Klagen Anlaß, wenn es die Labilität im langfristigen Kapitalverkehr der Geldpolitik auch schwer macht, sich von außenwirtschaftlichen Rücksichten zu lösen.

Damit endet freilich der positive Teil der Bilanz. Bedrückend ist die abermals erhöhte Anzahl an Arbeitslosen. Daß sie seit dem Sommer nicht mehr steigt, ist zwar unerwartet, beruhigt jedoch nicht, handelt es sich doch um eine Stagnation auf nach wie vor außerordentlich hohem Niveau. Gespalten ist das Urteil über das Produktionsvolumen und das Wachstum der Produktionsmöglichkeiten. Das Tempo der Besserung ist durchaus bemerkenswert und paßt zu der Vorstellung von einer konjunkturellen Erholung, die nicht zugleich neue Stabilitätsprobleme entstehen läßt. Aber man darf auch hier das nach wie vor völlig unbefriedigende Niveau nicht übersehen. Die Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft sind nur zu etwa 94 vH genutzt. Und das Investitionsvolumen ist noch immer so gering, daß das Wachstum der Produktionsmöglichkeiten weiterhin unter zwei Prozent geblieben ist. Unter Berücksichtigung der Steigerung der Arbeitsproduktivität bedeutet dies, daß die Anzahl der Arbeitsplätze in der Volkswirtschaft, die unbesetzten mit berücksichtigt, weiter geschrumpft ist. Die sachlichen Produktionskapazitäten und die von da-

her vorhandenen Arbeitsplätze bilden wegen der Unterauslastung zwar vorläufig keinen Engpaß für mehr Produktion und Beschäftigung. Doch diese Beruhigung gilt nur hinsichtlich des alten Produktsortiments, und nicht einmal hier gilt es ohne Einschränkung. Denn ein Arbeitsplatz ist ein sicherer Arbeitsplatz in der Regel nur, wenn er modern ausgestattet ist. Versäumte Neuerungen müssen nachgeholt werden. Vor allem aber: Für eine Umkehr in der Entwicklung der Beschäftigung sind mehr neue Arbeitsplätze für die Produktion neuer Güter nötig. Für all das braucht es ein erheblich höheres Niveau der Investitionstätigkeit.

Nur für etwa eine Million Arbeitskräfte können Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen der schon vorhandenen, gegebenenfalls zu erneuernden Produktionsanlagen wieder entstehen, wenn die Produktionszunahme anhält und für eine höhere Auslastung der Anlagen ausreichend kräftig wird. Für jede weitergehende Zunahme der Beschäftigung müssen also zusätzliche Arbeitsplätze errichtet werden, außerdem für diejenigen, deren Arbeitsplatz wegfällt, weil er unrentabel ist. Zu bedenken ist außerdem, daß nicht nur Personen, die arbeitslos gemeldet sind, Arbeit suchen. Zunahme der Beschäftigung ist also nicht gleichbedeutend mit Abnahme der Arbeitslosigkeit.

276. Von der für 1984 absehbaren wirtschaftlichen Entwicklung war im vorangehenden Kapitel ein Bild zu zeichnen, demzufolge sich der Abstand zwischen den Hauptzielen der Wirtschaftspolitik und der Wirklichkeit weiter verringern wird, aber weiterhin nicht durchgreifend und hinsichtlich des beschäftigungspolitischen Ziels, das am stärksten verletzt ist, gar nicht. Immerhin: Bei den wichtigsten Merkmalen für die Konstitution einer Volkswirtschaft — neben der Inflationsrate und der außenwirtschaftlichen Situation sind dies die Entwicklung der Staatsfinanzen und der Investitionsbedingungen — trägt die Veränderung ein positives Vorzeichen. Und es gibt auch keine Anzeichen für eine erneute Gefährdung dieser Konstellation. Das sind wichtige Voraussetzungen, allmählich auch beim Beschäftigungsziel voranzukommen. Tritt zu den binnenwirtschaftlichen Auftriebskräften eine nachhaltige Belebung des Exportgeschäfts hinzu, so sind die Aussichten, daß es besser kommt als derzeit schon vorauszusehen, nicht schlecht.

277. Dies könnte die Wirtschaftspolitik zum Abwarten veranlassen. Doch zur Zufriedenheit besteht kein Anlaß. Richtig ist zwar: Für die Wirtschaftspolitik als Konjunkturpolitik besteht derzeit kein Handlungsbedarf, eindeutiger jedenfalls als im vergangenen Jahr. Doch bedrückend bleibt dies: Auch wenn die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung im

kommenden Jahr ungebrochen anhält und selbst wenn sie sich noch über das ganze Jahr 1985 erstreckt, aber an Kraft und Struktur der Aufwärtsbewegung sich nichts änderte, würde am Ende der Aufschwungsphase dieses Konjunkturzyklus nicht ein Beschäftigungsgewinn stehen, den man als einen befriedigenden Beitrag zum Abbau der extrem hohen Arbeitslosigkeit ansehen könnte. Einen befriedigenden Erfolg gäbe es nur, wenn die Aufwärtsbewegung an Kraft gewönne und wenn es ein sehr langgezogener Aufschwung würde. Und damit es ein kräftiger und langgezogener Aufschwung werden kann, müßte vor allem die Investitionstätigkeit bald kraftvoll werden; denn nur sie könnte verhindern, daß sich eine starke und über mehrere Jahre anhaltende Produktionsausweitung, wenn man sie denn erreichte, vorzeitig an Kapazitätsgrenzen bricht und mit zunehmender Annäherung an diesen Punkt aus stabilitätspolitischen Rücksichten sogar abgebremst werden müßte.

Gegen Nachfragepessimismus

278. Da das wirtschaftliche Wachstum nicht vorgegeben ist, sondern aus dem Zusammenspiel von Bedürfnissen der Menschen, der Bereitschaft dafür zu arbeiten, zu sparen, Risiken zu übernehmen, sowie der Fähigkeit, sich etwas Neues einfallen zu lassen, entsteht, wobei es nicht zuletzt auf die Bedingungen für dieses Zusammenspiel ankommt, und da außerdem Wachstum und Beschäftigung nicht unmittelbar miteinander verbunden sind, sondern vermittelt über vielfältige Mechanismen, wobei die Beschäftigung vom Wachstum nicht mehr abhängt als das Wachstum von der Beschäftigung, sind eigentlich nicht die Gründe für Wachstumspessimismus aufzusuchen, sondern direkt die Gründe für Beschäftigungspessimismus. Häufig knüpft die breite öffentliche Diskussion jedoch an den Faktoren an, die zum Wachstum eine unmittelbare und zur Beschäftigung nur eine mittelbare Beziehung zu haben scheinen. Damit rückt Nachfragepessimismus ins Blickfeld. Und in der Verlängerung dieser Blickrichtung findet man sodann den Pessimismus, der die Umsetzung einer von knapper Nachfrage bestimmten Produktion in Beschäftigung betrifft: Pessimismus hinsichtlich der Wohltätigkeit des technischen Fortschritts, der Güter mit weniger Arbeit bereitzustellen erlaubt.

279. Häufig wird vorgebracht, die Menschen besäßen alles, was sie brauchten, es fehle deshalb an Nachfrage. Eine These von einer allgemeinen Sättigung mit Gütern wäre gewiß unhaltbar. Andernfalls würde man in unzulässiger Weise von Einzelmärkten aufs Ganze schließen. Man würde die nachfragegeschaffende Kraft neuer Ideen und neuer Bedürfnisse verkennen, veränderter Knappheitsverhältnisse bei den Umweltressourcen und veränderter Bedingungen für die Arbeitsteilung. Und man übersieht, daß latent vorhandener Bedarf oft nur deshalb nicht in Marktnachfrage umgesetzt werden kann, weil es versäumt wurde, die geeigneten Rahmenbedingungen herzustellen.

280. Selbst dort, wo bereits ein hoher Ausstattungsgrad erreicht ist — bei Kühlschränken und Fernsehgeräten, bei Autos und Wohnmöbeln, bei der Größe und Qualität der Wohnungen — ist nicht davon auszugehen, daß diese Märkte stagnieren. Produktveränderungen, verbesserte Technik, neue technische Anwendungen schaffen neue Nachfrage nach diesen alten Produkten. Ganz neue Güter stimulieren zusätzlich die Nachfrage der Haushalte. Daß der Strom an technischen Ideen bald abreißen könnte, die Haushalte also einem statischen Konsummuster folgten, ist nicht abzusehen, zumal die Basis-Innovationen der letzten zehn, zwanzig Jahre, noch längst nicht ausgenutzt sind. Außerdem läßt sich absehen, daß der Bedarf der Menschen bei steigenden Einkommen sich mehr und mehr auf Dienstleistungen der verschiedensten Art richten wird. Dabei mag es um spontane Wandlungen gehen oder auch um induzierte, zum Beispiel durch eine Verschiebung in der Altersstruktur der Bevölkerung induzierte. Die Zusammensetzung der Nachfrage einer alternden Bevölkerung ist anders als die einer schnell wachsenden. Neue Wachstumsfelder werden auch, teilweise im Zusammenhang mit den Verschiebungen in der Altersstruktur, bei sozialen Diensten entstehen. In industriellen Bereichen freiwerdender Arbeitskräfte werden sich Dienstleistungsbereichen, wo neue Nachfrage entsteht, zuwenden und zuwenden müssen.

281. Auf Dauerwirkung angelegt sind die nachfragegeschaffenden Impulse des Umweltschutzes. Gute Luft und sauberes Wasser zu erhalten, wird dann am besten gelingen, wenn alle, die diese knappen Umweltgüter nutzen, direkt oder indirekt Preise hierfür zu zahlen haben. Die Internalisierung der Kosten für die Inanspruchnahme der Umwelt führt für sich genommen zu einer Erhöhung der Produktionskosten der Unternehmen. Steigen würden auch die Preise der betreffenden Güter. Das müßte es den Bürgern wert sein. Probleme des internationalen Wettbewerbs sind freilich zu bedenken. Die Beschäftigung muß nicht sinken, sie könnte entsprechend der zusätzlichen Produktion für den Umweltschutz sogar steigen, immer vorausgesetzt, die Erhöhung der durchschnittlichen Produktionskosten in den Unternehmen und damit die Einschränkung der Konsummöglichkeiten des einzelnen (im Bereich der im realen Sozialprodukt herkömmlicherweise gemessenen Güter) werden akzeptiert. Wohlgermerkt: Die Summe der Konsummöglichkeiten in der Volkswirtschaft müßte nicht sinken, solange Möglichkeiten zu einer Ausweitung der Beschäftigung bestehen (Ziffern 504 ff.).

282. Unverändert groß sind die wirtschaftspolitischen Aufgaben der Ölsubstitution und des Energiesparens, beide ergänzt durch die gleichzeitige Verbesserung des Umweltschutzes. Die Nachfrage der Haushalte und der Unternehmen nach Anlagen und Techniken, die hierfür eingesetzt werden können, wird weiterhin hoch bleiben, wenn die Wirtschaftspolitik dafür sorgt, daß die Preise den mittelfristigen Knappheitsverhältnissen entsprechen. Aber auch in diesen Bereichen sind neue Produkte und neue Verfahren erforderlich, die es erlauben,

den Kostensteigerungen entgegenzuwirken, die sich aus zunehmenden Anforderungen an den Umweltschutz ergeben, zumal man es auch hier mit der Gesetzmäßigkeit zu tun hat, daß ohne Neuerungen die Kosten überproportional steigen.

283. Die Umsetzung von Bedarf in Marktnachfrage wird vielfach durch wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen erschwert. Wo der Staat als Anbieter auftritt, wird oft das Entstehen privater Angebote behindert. Dies gilt zum Beispiel für freizeitbezogene Bildungsangebote. In den letzten Jahren hat es hier gleichwohl schon beachtliche Entwicklungen gegeben. Neuen Entwicklungen steht aber häufig subventioniertes und staatliches Angebot im Wege. So werden alte Menschen in der Regel eine eigene Wohnung in Verbindung mit persönlichen sozialen Diensten, seien sie nun privat oder öffentlich, Wohnplätzen in großen und damit notwendigerweise anonymen Wohnheimen vorziehen. Diese kommen dann nur deswegen zum Zuge, weil sie subventioniert werden. Oft ist eine Erweiterung von Dienstleistungsangeboten auch durch weniger Regulierung zu erreichen, etwa durch eine Verlängerung zugelassener Angebotszeiten. Auch Monopole können dem Neuen im Wege stehen. Die in der Bundesrepublik zu findende extensive Auslegung des Fernmeldemonopols ist hierfür ein Beispiel. Es ist außerdem möglich, daß Nachfrage deswegen nicht entsteht, weil falsche Regelmechanismen, etwa im Umweltrecht, ein preiswertes Angebot verhindern.

284. Neue Nachfrage entfaltet sich nicht von selbst, sie schafft ihr Angebot nicht selber, vielmehr sind es regelmäßig die Anbieter, die den neuen Markt aufbauen, die latente Nachfrage zu effektiver Nachfrage werden lassen. Wenn die wirtschaftlichen Anreizmechanismen funktionieren, sollte man sich nicht darum sorgen, daß gewinnbringende Marktchancen auf Dauer übersehen werden könnten. Zu der Steuerung der unternehmerischen Tätigkeit durch den Markt gehört aber nicht nur die Chance auf Gewinn, sondern auch die Sanktion im Verlustfall. Wer auf öffentliches Geld rechnen darf, wenn die Nachfrage nach dem alten Produkt zurückgeht und der Konkurrenzdruck auf den alten Tätigkeitsfeldern sich verstärkt, wird seine Energie nicht darauf richten, Neues zu beginnen und auf anderen Märkten die Chance zu suchen. Er wird vielmehr alles tun, um im Subventionswettbewerb der erste zu sein.

285. Unübersehbar groß ist das Potential an Nachfrage und Absatzmöglichkeiten in den wirtschaftlich unterentwickelten Ländern. Die Erschließung dieses Potentials erfordert komplementäre Leistungen der Industrieländer. Diese Leistungen zu aktivieren, setzt voraus, daß die Rahmenbedingungen für den Handel und den Kapitalverkehr zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern verbessert werden, ebenso die staatliche Zusammenarbeit zwischen diesen. Für ein rohstoffarmes und energiearmes Land wie die Bundesrepublik, das reichlich mit technischem Wissen und Können ausgestattet ist, das auch über Infrastruktur für die

Versorgung ausländischer und inländischer Märkte verfügt, liegt hier das auf lange Sicht chancenreichste Wachstumsfeld (JG 79 Ziffern 442 ff.).

286. Neben dem Pessimismus hinsichtlich der Nachfrage steht die Furcht vor dem Wegfall von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung und technischen Fortschritt. Beide gehören auch eng zusammen. Und beide bestimmen die wachsende Neigung zu defensiven Strategien, eine Neigung, die inzwischen weit ins Lager der Unternehmer hereinreicht.

Richtig ist, daß in dem von Rationalisierung und technischem Fortschritt geprägten Strukturwandel mannigfache Friktionen auftreten, die vor allem für den einzelnen oft mehr oder weniger lange Arbeitslosigkeit bedeuten können. Denn wo Kostensenkung nicht Sicherung des Arbeitsplatzes bedeutet, sondern Wegfall des Arbeitsplatzes, ist ein Ausscheiden aus dem Unternehmen und Suche nach einem neuen Arbeitsplatz oftmals unvermeidlich, nicht selten auch Umschulung oder Umzug. Auch gesamtwirtschaftlich ist nicht von vornherein sichergestellt, daß zusätzliche Produktion dort und Wegfall von Arbeitsplätzen hier Hand in Hand gehen. Es hat Zeiten gegeben, die fünfziger und sechziger Jahre etwa, in denen die neue Produktion vorantrieb und der Bedarf an Arbeitskräften, der daraus entstand, die Rationalisierung antrieb. Es gibt Zeiten, in denen Kostendruck die Rationalisierung antreibt oder die Wachstumsdynamik aus anderen Gründen schwach ist, so daß die Nutzung neuer Chancen zurückhängt. Dann gibt es auch gesamtwirtschaftlich erhöhte Arbeitslosigkeit. In diesem Falle muß man jedoch an die eigentlichen Ursachen für die Hemmnisse im Strukturwandel herangehen, statt Rationalisierung und technischen Fortschritt anzuklagen.

Rationalisierung und technischer Fortschritt schaffen Kostensenkungen, der technische Fortschritt meist auch neue Produkte, von deren positiven, nachfrageschaffenden Wirkungen im Inland wie im Ausland schon die Rede war. Kostensenkungen sichern Arbeitsplätze, die andernfalls wegen zu hoher Kosten wegfallen würden. Geht es nicht darum, so bringen sie höhere Einkommen mit sich, bei den Unternehmen, bei den sonstigen Kapitalgebern, bei den Arbeitnehmern, beim Staat, bei ausländischen Abnehmern — erhöhte Einkommen, aus denen zusätzliche Nachfrage und Produktion sowie Ausgleich bei der Beschäftigung erwächst. So war es ständig, seit Menschen sich angestrengt haben, etwas besser zu machen als zuvor. Man muß schon zu Nachfragepessimismus neigen, will man prognostizieren, daß aus Rationalisierung und technischem Fortschritt in der Gesamtwirtschaft dauerhaft Beschäftigungsprobleme erwachsen müssen. Übersehen muß man außerdem, daß ohne Kostensenkung massenhaft Arbeitsplätze dem internationalen Wettbewerb zum Opfer fallen würden. Es ist die Anschauung, daß so viele Menschen durch neue Technik ihren Arbeitsplatz verlieren, die Verheißung, daß sehr viele Industriegüter in einigen Jahren mit einem Bruchteil der dafür heute aufzuwendenden Arbeit geschaffen werden können, die die

verbreitete Sorge durchaus verständlich macht. Doch es werden neue Beschäftigungsmöglichkeiten an die Stelle der wegfallenden alten treten, solange der Wunsch nach mehr Gütern und Dienstleistungen vorherrscht.

287. Allerdings halten wir nicht für richtig, es sei eine mehrjährige Periode des Wirtschaftswachstums mit einem Wachstumstempo von etwa sechs Prozent nötig, wenn das Beschäftigungsproblem auf diesem Wege gelöst werden soll. Dabei werden die Ziele ehrgeiziger festgesetzt, als man es vernünftigerweise tun sollte, und die Randbedingungen ungünstiger angenommen, als sie wahrscheinlich sein werden.

288. Eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist gleichwohl nicht in wenigen Jahren möglich. Und von Beseitigung wird man auch nicht erst dann sprechen, wenn die Arbeitslosenquote — wie in den sechziger Jahren — auf etwa 1 vH gesunken ist. Was die Steigerung der Arbeitsproduktivität anbelangt, so wird diese künftig vermutlich nicht wieder das Tempo erreichen, das sie noch bis in die siebziger Jahre hinein hatte. Spektakulären Neuerungen, wie sie die Anwendung der Mikroelektronik in weiten Produktionsbereichen erlauben wird, stehen belastende Faktoren gegenüber, erhöhte Aufwendungen für den Umweltschutz, für den sparsameren Umgang mit Energie und anderen natürlichen Ressourcen. Möglicherweise findet auch ein überdurchschnittliches Wachstum der Dienstleistungen statt, und zwar im offiziellen Teil der Wirtschaft und nicht nur in der Schattenwirtschaft. Bei Dienstleistungen ist der Produktivitätsfortschritt im allgemeinen — nicht ausnahmslos — geringer als im produzierenden Gewerbe. Unsicherer geworden ist auch die Annahme, wir hätten es aufgrund des Zusammenspiels von Änderungen im Altersaufbau der Bevölkerung und im Erwerbsverhalten der Menschen vorläufig mit einer jährlichen Zunahme des Arbeitspotentials von etwa 150 000 Personen zu tun; es sind möglicherweise doch nennenswert weniger. Im ganzen halten wir dafür, daß durchaus ein mittleres Wirtschaftswachstum von 3 vH bis 3½ vH und ein beachtlicher jährlicher Abbau der Arbeitslosigkeit zusammen beobachtet werden könnte — etwa in solcher Kombination: mittlerer Produktivitätszuwachs 2 vH bis 2½ vH, Erwerbsbeteiligung ½ vH, effektive Arbeitszeitverkürzung ½ vH, jährlicher Abbau der Arbeitslosigkeit etwa 250 000. Dies bezeichnet nur eine mögliche Entwicklung, die wir aber nicht für unrealistisch halten. Werden Beschäftigungsmöglichkeiten lohnend gemacht, die einen deutlich geringeren Ertrag versprechen als die gegenwärtig genutzten, so könnte es auch schneller gehen. Dies ist vor allem das Problem der weniger qualifizierten Arbeitslosen.

Das heißt freilich nicht, daß wir einer solchen Entwicklung, die ja im konjunkturellen Auf und Ab durchaus einen Produktionszuwachs von gelegentlich deutlich mehr als 4 vH verlangen würde, schon nahe wären, oder daß es leicht wäre, die Bedingungen herzustellen, unter denen sie sich ergeben würde. Vom Staat veranstalten läßt sie sich ohnehin nicht. Weltwirtschaftliche wie binnenwirtschaftli-

che Belastungsfaktoren wirken sich aus, und letztere haben zu einem erheblichen Teil ihre Wurzeln weit außerhalb des im engeren Sinne ökonomischen Bereichs. Objektive Schwierigkeiten, neue Wachstumsmöglichkeiten zu schaffen, und Mangel an Wille, die Bedingungen herzustellen, unter denen sie entstehen könnten, ja, Widerstand dagegen, haben sich unentwerrbar vermischt. Es ist Aufgabe der Wirtschaftspolitik, von der ökonomischen Seite her eine befriedigende Entwicklung wahrscheinlicher werden zu lassen.

289. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Hans-Jürgen Krupp, hält es für notwendig, stärker als die Mehrheit es tut, zu verdeutlichen, wie groß die Anstrengungen der Wirtschaftspolitik sein müssen, um die als möglich und nicht unrealistisch bezeichnete Kombination von Wirtschafts- und Produktivitätswachstum einerseits, Zuwachs des Erwerbspersonenpotentials und Arbeitszeitverkürzung andererseits zu erreichen. Wenn es zu einem durchgreifenden Abbau der Arbeitslosigkeit kommen soll, müßte überdies die Konstellation fünf bis sieben Jahre lang erhalten bleiben.

Einigkeit besteht darüber, daß es nach wie vor zahlreiche Wachstumsfelder gibt. Unsicherheit besteht allerdings darüber, wie sie erschlossen werden können. Es ist vor dem Hintergrund der weltweiten Wachstumsschwäche und ihrer Ursachen (Verschuldungsprobleme) ein ehrgeiziges Ziel, über einen Zeitraum hinweg, der länger ist als ein Konjunkturzyklus, eine Wachstumsrate des Sozialprodukts zu verwirklichen, die fast der Rate entspricht, die zuletzt nur in der Aufschwungsphase 1976 bis 1980 erreicht wurde, und damals auch nur mit Hilfe kräftiger wachstumspolitischer Maßnahmen, wie sie das Zukunftsinvestitionsprogramm enthielt.

Es wird für die Wirtschaftspolitik eine schwere Aufgabe sein, auf der Angebots- und Nachfrageseite diejenigen Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Erschließung solcher Wachstumsfelder erlauben.

Einen großen Unsicherheitsfaktor in der von der Mehrheit beschriebenen Konstellation bildet die Entwicklung der Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde. Die Erfahrung lehrt, daß zu höheren Wachstumsraten der Produktion eine raschere Produktivitätsentwicklung gehört. In den Zeiten hohen Wachstums nahm in der Bundesrepublik auch die Produktivität, nicht zuletzt wegen der damit verbundenen beträchtlichen Ausweitung der Investitionen, rasch zu. In den Jahren niedrigeren Wachstums nach Mitte der siebziger Jahre verlangsamte sich auch das Produktivitätswachstum. Auch für 1984 prognostiziert der Rat nur ein geringfügiges Zurückbleiben der Produktivitätsentwicklung hinter der Zunahme des Sozialprodukts.

Es ist daher sehr unsicher, ob Strukturwandel, Umweltschutz, Energiesparen und zahlreiche Faktoren, die ein Abbremsen des Produktivitätsfortschrittes bewirken können, ausreichen werden, um das in der Konstellation der Mehrheit angenommene Zurückbleiben des Produktivitätszuwachses hinter

der Zunahme des Sozialprodukts um einen ganzen Prozentpunkt zu bewirken. Diesen Faktoren stehen nämlich die produktivitätssteigernden Wirkungen einer fortschreitenden Anwendung der Mikroelektronik in weiten Bereichen der Güterproduktion und des Dienstleistungsgewerbes gegenüber. Die Anwendungsmöglichkeiten dieser neuen Technik (manche sprechen in diesem Zusammenhang von einer weiteren industriellen Revolution) sind noch lange nicht ausgeschöpft.

Richtig ist, daß die Vorhersage des Erwerbspotentials unsicher ist. Dazu tragen neben statischen Besonderheiten (so werden Schulabgänger, die eine Lehrstelle, aber keine ungelernete Tätigkeit suchen, nicht als Arbeitslose gezählt) die Unsicherheit über Zu- und Rückwanderungen von Gastarbeitern ebenso bei, wie jene über die Inanspruchnahme der Möglichkeiten vorzeitigen Eintritts in den Ruhestand. Es ist sehr fraglich, wie diese und andere Einflußfaktoren in Zukunft wirken, wenn sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig zu bessern beginnt. Nicht unwahrscheinlich ist, daß die Zahl der Erwerbssuchenden dann wieder zunimmt.

Die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung, die ja letztlich auch von der Mehrheit eingeräumt wird, bedeutet, daß alle Möglichkeiten zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ausgeschöpft werden müssen. Vor dem Hintergrund der erwartbaren Schwierigkeiten ist es nicht einzusehen, warum im Szenario der Mehrheit mit einer Verkürzung der Arbeitszeit gerechnet wird, die unter dem langfristigen Trend liegt. In den letzten 20 Jahren wurde die Arbeitszeit durchschnittlich um rund 1 vH pro Jahr verringert. Angesichts der bestehenden Unsicherheit über die weitere Entwicklung kann die Arbeitszeitverkürzung, wie an anderer Stelle ausgeführt wird, nicht aus dem Bild bleiben (Ziffern 432 ff.). Sie wird als eine der Alternativen immer mehr an Bedeutung gewinnen, sofern es nicht gelingt, ausreichend kräftige Wachstumsprozesse in Gang zu setzen. Das Hervorbringen von Wachstum ist in einer Marktwirtschaft in erster Linie eine Sache der Unternehmen. Aber auch der Staat kann aus seiner wachstumspolitischen Verantwortung nicht entlassen werden.

Soweit die Meinung dieses Ratsmitglieds.

II. Die Welt in Konsolidierungsnöten

290. Auch die Weltwirtschaft bewegt sich wieder aufwärts. Anpassungsprozesse sind in Gang gekommen. Zu befürchten ist jedoch, daß mehr als vorübergehend ein Abzugsposten bleibt, denkt man an die frühere Dynamik und an die Entwicklungsaufgaben, die noch unerledigt sind.

Die Beschäftigungskrise in der Welt hatte in den vergangenen Jahren vor allem Züge einer Stabilisierungskrise getragen. Die Inflationsbekämpfung war unaufschiebbar geworden. Neben der hartnäckigen Inflationsgewöhnung war Versagen gegenüber den Aufgaben zur strukturellen Anpassung

Hauptgrund der Krise. Inzwischen sind — als Teil dessen, aber auch als Folge dessen und als Folge der Folgen — allgegenwärtig vor allem Konsolidierungsprobleme. Unternehmen, Branchen, öffentliche Haushalte, ganze Volkswirtschaften haben sie. Fast überall muß man kürzer treten, kann Pläne nicht angehen, die eigentlich zur Verwirklichung anstünden. Das Ergebnis verselbständigt sich, wirkt zurück auf alle — wie in der überlangen Dauer der Weltrezession, ja womöglich über diese hinaus in der Form anhaltender Schwäche der weltwirtschaftlichen Dynamik. Deren Folge wiederum und Ursache zugleich ist verstärkte Aktivierung des latent ohnehin immer vorhandenen Hangs zum Protektionismus. Märkte schrumpfen. Handel, der für alle vorteilhaft ist, darf nicht sein, weil die Not des Augenblicks kurzfristig macht selbst für den eigenen Vorteil. Unsicherheit hält die Realzinsen hoch trotz bislang schwacher Weltkonjunktur und trotz der Erfolge in der Inflationsbekämpfung. Auch die Möglichkeit einer allgemeinen Finanzkrise ist noch nicht aus dem Bild.

291. Der Streit über die Ursachen, über die Schuldfrage ist gewiß nur noch begrenzt fruchtbar. Zu komplex ist der Vorgang geworden. Was größtenteils Folge war, ist selbst Ursache geworden, die Weltrezession, die hohen Zinsen, die Wechselkurschwankungen. Überdies: Da niemand mehr die eigentlichen Ursachen zur Disposition hat, muß jeder, nun als Betroffener, tun, was er tun kann, die Lage zu verbessern. Die besondere Rolle und Verantwortung der Vereinigten Staaten ist freilich nicht zu übersehen.

292. Besinnung auf die Hauptstränge der Verursachung ist aber nötig, um zu erkennen, welche Strategien nicht helfen können. Denn falsche, nur scheinbare Problembekämpfung macht ja gerade einen großen Teil der Hauptursachen aus. Daß die beiden schubartigen Ölverteuerungen eine außerordentliche Belastung der Weltwirtschaft geschaffen haben, deren Folgen noch immer nicht ausgestanden sind, ist unumstritten. Unbequemer ist die Einsicht, daß die kurzfristige Bereitschaft, Inflation und hohe Verschuldung in Kauf zu nehmen, Kennzeichen der jüngeren Wirtschaftsgeschichte, ebenfalls Langzeitwirkungen hat, die sich nur langsam überwinden lassen.

Selbstverständlich gehören Schulden zu jedem Entwicklungsprozeß. Auch staatliche Schulden können gute Gründe haben. Staatliche Schulden zur Bekämpfung dauerhafter gesamtwirtschaftlicher Störungen — und insoweit nur allzu oft mit dem Ergebnis, daß die eigentlichen Probleme vertagt werden —, sind weniger selbstverständlich, aber ebenfalls seit langem fast allenthalben Praxis. Der Weg erwies sich für die Schuldner auch als einigermaßen harmlos, solange die Gläubiger durch Inflation immer wieder um ihren realen Ertrag gebracht wurden. Doch er war nicht auf die Dauer gangbar. Selbst ein Land wie die Vereinigten Staaten wurde darüber in den siebziger Jahren an den internationalen Kapitalmärkten belehrt, als der Wechselkurs der amerikanischen Währung verfiel. Der Widerstand gegen Inflation breitete sich aus. Auch der

zweite Ölpreisschock für die Welt enthielt ein starkes Moment solchen Widerstands. Die Inflationsbekämpfung brachte es schließlich dahin, daß die Schuldner einen unerwartet hohen Teil der von ihnen versprochenen Zinsen real zu bezahlen hatten. Weltweit wurde offenbar, daß es mit dem Schuldenmachen so nicht weitergehen konnte.

293. Weithin ist in der Welt die Kreditwürdigkeit, die Fähigkeit, sich zu verschulden, ausgeschöpft, gleichviel ob aus guten oder aus schlechten Gründen. In einer großen Anzahl von Ländern ist diese Grenze sogar überschritten. Das Bewußtsein, daß es das geben kann, den Staatsbankrott, hat sich erneuert. Aber es gibt im Grunde nur graduelle Unterschiede zwischen diesem Extremfall und dem Zwang für fast alle Staaten, mit Nachdruck und Beharrlichkeit Konsolidierungsanstrengungen zu betreiben.

Die Kreditwürdigkeit von Unternehmen, öffentlichen Haushalten, Volkswirtschaften im ganzen ist nicht nur Reflex ihres objektivierten Vermögens, sondern auch Ausdruck jenes anderen Teils des Vermögens der Menschen — und nicht des geringeren Teils —, das in glaubhaften Reserven an Fähigkeit, Probleme zu lösen oder durchzustehen, besteht.

Kreditfähigkeit ist für ein hocharbeitsteiliges System von so zentraler Bedeutung wie Kapitel selbst. Die weltweite Arbeitsteilung, wichtigste Basis jeder Wohlstandssteigerung, ist mit tausendfachen Risiken verbunden — Koordinationsfehlern, unvorhersehbaren Entwicklungen, Grenzen der Verlässlichkeit im Verhalten der Menschen und Staaten. Ohne daß die Menschen sich Kredit geben, geht es nicht — nicht nur, weil Sparen und Investieren personell überwiegend auseinanderfallen. Doch Kreditwürdigkeit ist ein knappes Gut, wie Kapital und Arbeit. Niemand kann sich beliebig verschulden. Kreditfähigkeit schrumpft auch, wenn Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, die Fähigkeit, plötzlich und unerwartet auftretende Probleme zu bewältigen, abnehmen (wobei zugleich der Bedarf an Kredit zunimmt). Sie ist gewiß nicht in erster Linie davon abhängig, wieviele Schulden jemand schon hat. Es gibt Länder mit sehr hohen Schulden, deren Kreditwürdigkeit nicht in Frage steht. Aber selbst Länder, die wie etwa Brasilien über außerordentlich große noch nicht genutzte wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten verfügen und von daher eine hohe Verschuldungsfähigkeit aufweisen müßten, haben ihren Kredit überzogen.

Die Reserven an Kreditwürdigkeit wurden weltweit zu unüberlegt in Anspruch genommen und müssen nun neu aufgebaut werden. Dies ist ein Problem — es sei wiederholt — nicht nur in Ländern, die heute als überschuldet gelten. Die allgemeine Übersteigerung im Aufbau von Verschuldungspositionen hatte auch nicht in erster Linie einzelwirtschaftliche Ursachen. Und die Ölverteuerung erklärt vieles, aber die nicht problemgerechte Reaktion auf sie hat gezeigt, daß hier nicht der Kern liegt. Im Zentrum steht Fehlverhalten der Wirtschaftspolitik, die Nachgiebigkeit gegenüber der Versuchung,

schmerzhafteste Problemlösungen zu vermeiden oder zu vertagen. Dazu gehören nicht zuletzt die unterschiedlichsten Formen des Aufbrauchens von Kreditfähigkeit, wenn auch im einzelnen in unterschiedlichster Mischung. Zu denken ist an die Politik, mit Hilfe von ständigen Staatsdefiziten Strukturprobleme zu bekämpfen, Staatsleistungen zu gewähren, die von der Steuerkraft her nicht fundiert sind, Entwicklungsprogramme mit unzureichender Rentabilität auf Kredite zu gründen, fremde Ausgabenpläne zu unterstützen durch das Anregen, Fördern, Garantieren von Krediten an schwache Schuldner, seien es Unternehmen im Inland, seien es Unternehmen oder öffentliche Instanzen im Ausland, geleitet von dem Ziel, auf diese Weise direkt oder über Export„erfolge“ Beschäftigung zu sichern, schließlich eine Wirtschaftspolitik, die allgemein Flexibilität und Anpassungsfähigkeit beeinträchtigt statt vergrößert und zum Verzehr der Kapitalbasis der Unternehmen beigetragen hat. All dies sind nur verschiedene Formen derselben Sache.

294. Einem Unternehmen, das bei sorgfältiger Einschätzung der Zukunftschancen keine Ertragsreserve mehr hat, auf die man noch Wechsel ziehen könnte, immer wieder Kredite zur Aufrechterhaltung seiner Beschäftigung zu gewähren, statt es rechtzeitig zur Anpassung zu zwingen, heißt die Hand zu reichen für eine Vorbelastung der Zukunft des Unternehmens, durch die dessen Konkurs programmiert wird und ist keine soziale Tat. Solange diese Belastung währt, wird es sich kein Eigenkapital mehr beschaffen können, und daran wird es zugrunde gehen oder auf Dauer Kostgänger des Staates sein.

Nicht anders verhält es sich mit Krediten zum Durchhalten von konsumtiven Staatsausgaben, für die man bei einer dauerhaft geschwächten Leistungskraft der Volkswirtschaft nicht nur gegenwärtig keinen Zahler hat, sondern auch künftig keinen haben wird. Es ist keine Sozialpolitik, wenn man es auf diese Weise dahin bringt, daß in Zukunft mehr Zinsen und doppelt weniger Sozialleistungen gezahlt werden.

Man kann und soll in Ausnahmefällen auch für Konsumzwecke auf künftige Ertragskraft, auf künftige Steuerkraft Wechsel ziehen. Auch dafür ist Kredit da. Aber die Erfüllung eines heutigen Bedürfnisses, für das man heute niemanden in Anspruch nehmen will, etwa den heutigen Steuerzahler, wird nicht dadurch unbedenklich, daß man auf den Steuerzahler von Morgen als Schuldner zählt. Und alle Reserven an Kredit nutzen heißt anfällig werden gegenüber allen Störungen, für die man Kreditwürdigkeit braucht. Noch schlimmer ist: Die Probleme verschärfen sich, solange die Verschuldung schneller wächst als die Ertragskraft beziehungsweise die Steuerkraft.

Konsolidierung ist daher früher oder später unumgänglich, und je später sie beginnt, um so härter muß sie sein. Es ist falsch, daß sie nicht erfolgreich sein kann, weil sie zunächst schmerzhaft ist. Einen schmerzfreien Weg der Konsolidierung gibt es nicht, weder für die Industrieländer noch für die

Entwicklungsländer. Nach den Fehlversuchen in aller Welt erscheint es nicht länger vertretbar einzuräumen, es könnte sich auch anders verhalten. Eine dauerhafte Lücke zwischen Ertragsmöglichkeiten und Ansprüchen an sie kann nicht dauerhaft durch Kredite überbrückt werden. Es gibt wirtschaftstheoretische Deckung dafür, daß der Staat zur Überwindung einer zeitweiligen Vertrauenskrise unter den Privaten Defizitpolitik betreibt, auch über eine mäßig hohe Normalverschuldung hinaus. Eine Vertrauenskrise überwinden heißt Vermögen aufbauen. Kreditfähigkeit überziehen hingegen heißt Vermögen zerstören.

295. Die spektakuläre Zuspitzung der allgemeinen Fehlentwicklung, wie sie in der Verschuldungskrise zahlreicher Entwicklungsländer und etlicher Staatshandelsländer zu sehen ist, hat offenbar gemacht, daß in der Welt in großem Umfange mit Vermögen gerechnet worden ist, das tatsächlich nicht besteht. Die gravierenden Strukturkrisen in den westlichen Industrieländern sowie die von den Staatsdefiziten auch dort erzwungene Rücknahme vieler Leistungsversprechen des Staates indizieren zwar im Grunde gleichartige Probleme, aber von ungleich geringerer Tragweite. Das Maß der Schuld ist nicht so ungleich wie die Betroffenheit von der Krise.

296. Ein riesiges Volumen an internationalen Kreditbeziehungen wurzelt nicht in einer den Zinsverpflichtungen entsprechenden Ertragskraft. Der Aufbau wurde forciert im Zusammenhang mit den beiden Ölkrisen und der Weltrezession (Ziffern 12 ff.). Das ist gewiß keine Entschuldigung für Überschuldung, zumal dynamische Entwicklungsländer die Anpassungsaufgaben im Rahmen eines kräftigen wirtschaftlichen Wachstums gut genug gelöst haben, um uneingeschränkt kreditfähig zu bleiben. Aber den Blick dafür, daß es auch Anpassungslasten gibt, über deren Zumutbarkeit man zumindest streiten kann, darf dies doch nicht verstellen. Dies gilt für die Belastung aufgrund der hohen Zinsen in der Welt, vor allem aber aufgrund der Stärke des Dollar, die den Realwert aller Dollar-Schuldversprechen enorm in die Höhe getrieben hat. Die Dollarschwäche in der Zeit zwischen den beiden Ölkrisen hatte eine Schuldnerillusion erzeugt, die dann bitter enttäuscht wurde. Alte Schulden schienen entwertet, Verschuldungsfähigkeit freigesetzt. Investitionen, die damals kalkuliert wurden, also auf der Basis eines Dollar-Werts der späten siebziger Jahre, sind heute oftmals selbst dann nicht mehr rentabel, wenn sie im übrigen solide kalkuliert waren. Man muß bedenken: Der Dollar ist, was seinen realen Außenwert angeht, nicht bloß zurückgekehrt zu dem, was er vor seinem großen Kursverfall gekostet hat, sondern hat ganz neue Höhen erklommen. Im Jahre 1983 war er in nominaler Rechnung um 44 vH teurer als 1979 und auch noch $8\frac{1}{2}$ vH teurer als 1970 bis 1972, den letzten Jahren vor der Freigabe der Wechselkurse und vor der ersten Ölkrise. Unter Berücksichtigung der Inflationsraten, die in Amerika im allgemeinen niedriger waren als in den anderen Ländern, die in die Vergleichsrechnung einbezogen sind, beträgt die

Höherbewertung immer noch 34 vH gegenüber 1979 und 20 vH gegenüber 1970 bis 1972 (Ziffer 25).

Die Schwankung einer Währung berührt den internationalen Handel und den internationalen Kapitalverkehr, der in dieser Währung abgewickelt wird. Eine internationale Währung ist internationale Recheneinheit und Mittel, in der Zahlungsverprechen definiert werden. Der internationale Handel wird mit Wechselkursschwankungen erfahrungsgemäß einigermaßen gut fertig, jedenfalls soweit es um kurzfristige Geschäfte geht. In bezug auf die Funktion einer Währung als Recheneinheit hilft Flexibilität der Preise. (Zum schwachen Dollar gehören steigende, zum starken Dollar sinkende Preise der in Dollar gehandelten Waren.) Und für kurzfristige Zahlungsverprechen gibt es gegen das Risiko von Wechselkursschwankungen mannigfache Formen der Kurssicherung. Anders bei langfristigen Geschäften und dauerhaften Geldvermögenspositionen. Hier ist der Wechselkurs für den Fremdwährungsschuldner beziehungsweise den Fremdwährungsgläubiger zumeist die abschließend maßgebliche Schuldinhaltsbestimmungszahl.

Die große Schwankung des Dollarkurses, die auch den Industrieländern Schwierigkeiten gebracht hat, aber eben keine unlösbaren, war daher eine Katastrophe für alle Länder, die sich hoch in Dollar verschuldet hatten, ihre Einnahmen zur Bedienung der Schuld jedoch, nun bei Welthandelspreisen (in Dollar) erwirtschaften müssen, die nicht nur konjunkturell gedrückt sind — an dieses Risiko sind die Entwicklungsländer gewöhnt —, sondern auch wegen des starken Dollar. Diese Katastrophe haben die Entwicklungsländer nicht zu vertreten, wenn gleich man in diesem Zusammenhang nicht übersehen soll, daß die Kapitalflucht aus den Schuldnerländern zu den Triebkräften des Kursanstiegs beim Dollar gehört hat.

Denjenigen, die in den Jahren der Dollar-Schwäche Dollar-Gläubiger wurden, würde ein riesiger Vermögensgewinn zufließen, dürften sie hoffen, daß ihre Forderungen voll befriedigt werden. Es wären individuelle Währungsgewinne bei denjenigen, für die Dollar-Forderungen Fremdwährungsforderungen sind, es wären kollektive Währungsgewinne Amerikas (Terms-of-Trade-Gewinne der Volkswirtschaft), soweit die Gläubiger Amerikaner sind, also selbst in Dollar rechnen. Allemal sind sie jedoch unfundiert, wurzeln nicht in einer gewachsenen Ertragskraft der Schuldner, sondern vor allem in Veränderungen der Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten, die den Dollar knapp und teuer gemacht hat, ohne auf die Voraussetzungen zu sehen, die ihn zinsseitig hätten billig werden lassen. Amerika hat die Anpassungsfähigkeit der eigenen Wirtschaft sehr wohl berücksichtigt, ja gestärkt, nicht aber die aller anderen, für die der Dollar als Währung de facto auch gilt. Den Dollarkrediten aus der Zeit vor der neuen Dollarstärke ist die Geschäftsgrundlage entzogen worden. Früher hat man schon bei Handelsgeschäften im Falle überraschender Wechselkursänderungen oftmals nachverhandelt, um einen Vorteilsausgleich in bezug auf laufende Kontrakte zu finden. Um wieviel mehr muß sich diese Frage in bezug auf die Aufwertung der Dollarschulden der Entwicklungsländer stellen. Das Dilemma ist freilich, daß die meisten Gewinner des Spiels zum Vorteilsausgleich gar nicht herangezogen werden kön-

nen. In Amerika sind die wichtigsten Gewinner die Gesamtheit der Bürger; sie haben bei den Entwicklungsländern billiger einkaufen können und können es noch. Sie wollen diese Gewinne nicht einmal haben, soweit die Einfuhrwaren heimische Produktion und Beschäftigung verdrängen, was freilich wiederum den Schuldnerländern nicht hilft. Außerhalb Amerikas sind die wichtigsten Gewinner die Großanleger von Dollarbeträgen bei den internationalen Banken. Auch sie sind nicht direkte Partner der Schuldnerländer (Ziffer 25).

Die Wirtschaftsgeschichte kennt viele Beispiele dafür, daß Staaten sich gutes Geld geliehen und schlechtes zurückgezahlt haben. In gewisser Weise haben wir es hier mit der Variante zu tun, daß die Gläubiger den Schuldnerländern schlechtes Geld geliehen haben und nun gutes zurückverlangen.

297. Die Verschuldungskrise wirft nicht nur ein einfaches Konsolidierungsproblem auf wie bei einem Unternehmen, dessen Kapitalstruktur ungesund, das aber überlebensfähig ist, oder bei einem Staat, der sich in seinen Verpflichtungen übernommen hat, seinen Bürgern aber eine Reduktion ihrer Ansprüche durchaus zumuten kann. Etliche Länder sind eigentlich zahlungsunfähig. Ihre Zahlungsverpflichtungen sind weit oberhalb dessen, was sie auch bei voller Anspannung ihrer Anpassungsfähigkeit leisten können und leisten können werden. Noch strenger als der Satz, niemand kann sich beliebig verschulden, gilt: Niemand kann beliebig hohe Schulden zurückzahlen.

298. Die internationale Diskussion der Schuldfrage, der Frage, wie es dahin kommen konnte, ist deshalb wichtig, weil die Frage, welchen Weg der Problemlösung man gehen kann, mit davon abhängt, ob man Sorgen haben muß, daß das Bewußtsein entsteht, schlechte Schuldner würden allzu leicht salviert.

Wir fassen zusammen: Das internationale Finanzsystem, lebenswichtig für die Weltwirtschaft, braucht den Grundsatz, daß jeder für seine Schuldversprechen verantwortlich ist und dafür einzustehen hat. Aber: Mit dem Recycling der Ölmilliarden vor allem zurück zu den Entwicklungsländern sind die Industrieländer und internationalen Banken, so wie das Recycling betrieben wurde, einen für sie zunächst einmal bequemen Weg des Krisenmanagements gegangen, auf dem die Risiken von vornherein groß waren. Und: Die internationale Inflationsbekämpfung mit hohen Zinsen und Weltrezession im Gefolge hat Bedrängnisse mit sich gebracht, die nicht einfach nur als Folgen eigener Leichtfertigkeit der Schuldnerländer und eines Mangels an Krisenvorsorge zu buchen sind. Und: Die Defekte des Weltwährungssystems und das Versagen der Vereinigten Staaten hinsichtlich ihrer Funktion als Leitwährungsland gehen nicht auf das Konto der Schuldnerländer. Schließlich: Die Finanzierung der Industrialisierung der Dritten Welt ist in jedem Falle eine zugleich chancenreiche und risikoreiche Sache. Deshalb werden hier auch besonders hohe Zinsen gezahlt.

299. Was den weiteren Gang der Dinge angeht, muß man unterscheiden zwischen dem, was eigentlich nötig wäre, und dem, was möglich ist, wenn die Krise nicht außer Kontrolle geraten soll, sowie vertretbar, wenn die Vertrauenswürdigkeit internationaler Kreditversprechen nicht dauerhaft Schaden nehmen soll.

(1) Eigentlich gilt: Wer auch bei Anspannung aller Anpassungsfähigkeit den Zinsendienst aus alten Schulden und den aus für unumgänglich gehaltenen neuen Krediten nicht leisten kann und nicht leisten können wird, dem sollte der Konkurs gestattet sein, und ihm folgend die Abrechnung der Vergangenheit. Freilich, es geht um Staaten; hier kann nicht ohne weiteres in Betracht kommen, was im privaten Bereich eine letzte Möglichkeit bleiben muß.

— Der Vorteil des offenen Konkurses ist die Abkopplung der Vergangenheit, das Streichen von Vermögen, das nur noch auf dem Papier steht, die Freisetzung der tatsächlich vorhandenen Zukunftschancen (= echtes Vermögen) für die Nutzung durch neuen Kapitaleinsatz und die Reservierung der künftigen Erträge hierfür.

— Der Nachteil des offenen Konkurses ist auf seiten des Schuldners der Verlust von Vermögen in der Form eines etwa noch bestehenden Rests an Kreditwürdigkeit aufgrund der bisherigen Anstrengungen, den bestehenden Verpflichtungen wenigstens so weit als irgendetwas nachzukommen, auf seiten der Gläubiger, die ja ihrerseits wiederum Schuldner sind, der drohende Bruch von Kreditketten mit unabsehbar schlimmen Folgen.

(2) Der freiwillige Forderungsverzicht unterscheidet sich hiervon dadurch, daß er dem Ausmaß nach unter der Kontrolle der Gläubiger bleibt.

(3) Viele verlangen eine Verlagerung der Sanierungslasten auf die breitesten Schultern, auf die Welt, vertreten durch den Weltwährungsfonds und die Weltbank, und zwar in den Varianten

— einer Schaffung und selektiven Zuteilung von mehr Weltgeld (Sonderziehungsrechte) oder einer weiteren Erleichterung des Zugangs zum Kredit der „Weltzentralbank“, dieser refinanziert durch Einlagen der übrigen Mitglieder des IWF,

— einer Gewährung langfristiger Kredite des IWF und der Weltbank, diese refinanziert am Weltkapitalmarkt, wodurch die Lücke zwischen der Kreditwürdigkeit der überschuldeten Länder und ihrem unabweisbaren Kreditbedarf künstlich geschlossen werden sollen.

(4) Alle hoffen auf eine bessere Weltkonjunktur. Viele drängen darauf, sie mit den herkömmlichen Mitteln der Konjunkturpolitik rasch herbeizuführen. Dies würde zweifellos auch die Situation der überschuldeten Länder fühlbar erleichtern. Freilich nicht durchgreifend, da wie

erwähnt, die Weltrezession kein originäres Ereignis ist, zumal in ihrem hartnäckigen Teil nicht, sondern ihrerseits vor allem Reflex der ungelösten strukturellen Probleme in der Welt. Man kann sie nicht nachhaltig überwinden, wenn die zugrunde liegenden Probleme ungelöst bleiben.

- (5) Die verbreitete Neigung, den Gläubiger ebenso zu schelten wie den Schuldner, läßt viele für selbstverständlich halten, daß die internationalen Banken zumindest bereit sein müssen, ihre Altforderungen wenn nicht zu kassieren so doch zu prolongieren und nach Maßgabe eines unabwiesbaren Bedarfs den überschuldeten Ländern auch neue Kredite zu gewähren. Dies mag unabweichlich sein. Doch die Spannung zwischen dieser Vorstellung und dem Verlangen, nach Jahren der Leichtfertigkeit müßten die Banken nun die Länderrisiken im Kreditgeschäft einschränken, ist offensichtlich. Überdies geht das Eigeninteresse der Banken mit diesem Drängen auf verstärkten Schutz der Einleger eine Koalition ein und veranlaßt die Banken, den Schuldnerländern nicht weiter entgegenzukommen, als unbedingt notwendig ist, damit ein Bruch von Kreditketten vermieden wird. In Volumen und Fristigkeit der prolongierten beziehungsweise der neugewährten Kredite bleibt das weit unterhalb dessen, was nötig ist.
- (6) Alle erwarten von den überschuldeten Ländern ein Maximum an Anstrengungen, nach Möglichkeit ihren Verpflichtungen nachzukommen. Exportüberschüsse können damit in den meisten Fällen nicht gemeint sein. Die Entwicklungsländer brauchen zur Nutzung ihrer Chancen weiterhin ausländisches Kapital. Gemeint ist damit sparsamer Umgang mit Exporterlösen, was deren konsumtive Verwendung angeht, sowie Verbesserung der Bedingungen für produktive und die Leistungsbilanz letztlich entlastende Investitionen. Die Ermittlung der Reserven für solche Anpassung ist keine Rechenaufgabe. Maßstab ist letztlich auch, was Länder, die nicht in Schwierigkeiten geraten sind, zuwege bringen.

300. Da es unter den gegebenen Umständen eine Patentlösung nicht gibt, und die Erfolgchancen auf den unterschiedlichen Wegen nicht unabhängig voneinander sind, wird es von allem etwas sein müssen.

Dies kennzeichnet auch das bisherige Krisenmanagement. Im Zentrum steht der Druck auf die Schuldner, ihre Reserven an Anpassungsfähigkeit voll einzubringen. Gestützt auf die Hoffnung, daß die Versprechen in dieser Richtung realistisch sind, dehnt zugleich der Internationale Währungsfonds das geldpolitische Regelwerk, das seine Tätigkeit regiert, bis zum äußersten, um durch Kredite, die der Form nach kurzfristig, de facto aber wohl längerfristig sind, dazu beizutragen, daß die Sanierungsanstrengungen den unbedingt nötigen zeitlichen Spielraum erhalten. Unter dem Schutz der Verknüpfung von Auflagen und Krediten des IWF gehen sodann die internationalen Banken einiger-

maßen bereitwillig den Weg der Umschuldungsabkommen, zumeist einer Kombination von Vereinbarungen über Stillhalten, de-facto-Forderungsverzicht, neue Kredite und neue Zinskonditionen. Sie gehen diesen Weg auch dann, wenn sie kein großes Vertrauen haben, daß die neuen Schuld- und Zinsversprechen, die sie erhalten, solider begründet sind als die alten, die sie haben. Denn ihr Interesse ist groß, daß keine Ereignisse eintreten, die sie nötigen würden, das Vermögen, das sie verloren haben und für verloren halten, auch sofort und voll in ihren Bilanzen als verloren auszuweisen. Die Umschuldungsabkommen gewähren den Spielraum, die nötige Abschreibung verlorener Forderungen zeitlich zu strecken. Womöglich begründen sie sogar die Hoffnung, daß unter dem Titel der durch eine kräftige Risikoprämie aufgestockten Zinsen doch noch ein beachtlicher Gegenposten zu dieser allmählichen Abschreibung erwirtschaftet werden kann, Tilgung durch erhöhte Zinsen gleichsam.

Bisher hat sich auf diesen Wegen die Krise unter Kontrolle halten lassen. Das mag auch weiterhin gelingen, zumal die Weltkonjunktur sich erst einmal bessern dürfte und namentlich den rohstoffexportierenden Ländern Entlastung verschaffen wird. Von einer Lösung kann man aber nicht sprechen. Die Fristigkeit der Umschuldungsabkommen hat noch keinen Kontakt mit dem Zeitbedarf der nötigen Anpassungsprozesse. Die hohen Zinsen zielen auf ein zu hohes Tempo der de-facto-Tilgung der Kredite. Am wichtigsten aber könnte etwas ganz anderes werden. In dem Maße wie die Furcht vor der Krise in der Form einer weltweiten Finanzkrise schwindet, weil die Schuldnerländer auf den Weg harter Anpassungsanstrengungen gebracht werden können, in dem Maße wächst die Besorgnis, daß die Krise in den Schuldnerländern selbst aufbricht. Daß die Schuldnerländer ohne übergroße innere soziale und politische Spannungen dauerhaft einen enorm erhöhten Anteil ihrer Exporterlöse für den Zinsendienst reservieren können, eine Zinslast, die von der Bevölkerung als Ausbeutung empfunden werden wird, weil sie zu einem erheblichen Teil nicht für heute ertragreiche Kapitalanlagen, sondern für vergangene Fehlinvestitionen oder längst vergessenen Konsum zu tragen ist, und im übrigen mit Währungsgewinnen des Auslandes einhergeht, die kaum jemand legitim findet, das erscheint in der Tat nicht selbstverständlich.

Man sollte daher sehen, daß auf dem Weg zu neuer Kreditwürdigkeit der Schuldnerländer die Gewichte möglicherweise doch anders verteilt sein müssen, als es den derzeit in den Gläubigerländern noch vorherrschenden Hoffnungen entspricht. Energische Anstrengungen der Schuldnerländer zur strukturellen Anpassung und Erschließung neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten müßten vermutlich stärker als bisher durch eine Aufarbeitung der Vergangenheit flankiert werden, die im Ergebnis inhaltlich einem Vergleich näherkäme. Inwiefern dies Forderungsverzicht heißen muß, Zinsverzicht oder längerfristiger Tilgungsaufschub bei ermäßigten Zinsen ist eine mehr technische Frage. Es geht jedenfalls darum, die Nutzung neuer Chancen nicht durch Vorbelastungen zu verbauen, die den

Zustand der latenten Zahlungsunfähigkeit tendenziell verewigen, weil sie unrealistisch sind. Das Ziel, die Inanspruchnahme der Gläubiger in Kontakt zu halten mit dem, was die internationalen Banken von ihrem Eigenkapital und ihren sonstigen laufenden Erträgen her verkraften können, brauchte dabei nicht aufgegeben zu werden.

301. Aber alle Mühe, den Anschluß an eine solide finanzierte Zukunft zu gewinnen, wird vergeblich sein, wenn die Industriestaaten nicht auch helfen durch einen Abbau von Protektionismus. Sie müssen die Last der von den Schuldnerländern verlangten Anpassung, ob sie es wollen oder nicht, in jedem Falle mit tragen. Sie haben nur die Wahl zwischen der Abnahme von mehr Waren, der Hinnahme schrumpfender Exportmöglichkeiten und der Schenkung von Exporten, Entwicklungshilfen also. Anders als durch mehr Ausfuhr oder weniger Einfuhr können die Schuldnerländer ihre Aufgabe ja gar nicht erfüllen.

302. Umgekehrt gilt für die Schuldnerländer, daß sie nach den jüngsten Erfahrungen den auch künftig nötigen privaten Transfer von Realkapital für lange Zeit nicht mehr in gleichem Maße wie in der Vergangenheit auf Kreditbasis anstreben können und auch nicht anstreben sollten. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Anlage ausländischen Eigenkapitals, Direktinvestitionen also, ist daher unumgänglich — zur Verbreiterung der Haftungsbasis, und zwar einer dauerhaften, zur Entlastung beim langfristigen Kreditbedarf, vor allem aber zur Wiederherstellung der Kreditfähigkeit.

Die Direktinvestitionen von Unternehmen aus Industrieländern führen den Entwicklungsländern nicht allein zusätzliches Geld zu. Viel wichtiger ist auf die lange Sicht, daß sich mit solchen Investitionen, vor allem wenn sie partnerschaftlich in Joint Ventures erfolgen, die Chance verbindet, technisches und kaufmännisches Know-how zu nutzen sowie den Zugang zu ausländischen Märkten zu finden. Mehr rentable Produktion und stärkere Exportorientierung helfen Fehler zu vermeiden, die in den letzten Jahren die Strukturprobleme vieler Entwicklungsländer verursacht haben. Das große Potential von Direktinvestitionen, die auch für Industrieländer wirtschaftlich interessant sind, wird nur unvollkommen genutzt. Das hat mehrere Gründe. Für die ausländischen Investoren ist es vor allem ein nach ihrem Urteil unzureichender Schutz des Kapitalengagements gegen Eingriffe der nationalen Wirtschaftspolitik, der sie zurückhält, mehr direkt und in Joint Ventures zu investieren. Und die Entwicklungsländer zögern, einen entsprechenden Investitionsschutz zu gewähren, weil schlechte Erfahrungen mit ausländischen Unternehmen in diesen Ländern ein Mißtrauen hinterlassen haben, das erst abgebaut werden muß.

303. Der Weltwährungsfonds hat sicherlich die Aufgabe, eine Liquiditätskrise zu verhindern. Auch die jüngst beschlossene Quotenerhöhung des Fonds stößt nicht auf Bedenken. Nicht unmittelbar zur Diskussion steht zur Zeit, außerdem den Weg einer

Schaffung von mehr Weltgeld (Sonderziehungsrechte) zu gehen. Er wäre auch mit der Gefahr einer erneuten Beschleunigung der Weltinflation verbunden, manche sagen, mit der Gewißheit. Von vielen noch immer für unzureichend gehalten wird der erleichterte Zugang zum Kredit des IWF, refinanziert durch zusätzliche Einlagen der Mitglieder. Er mag weniger gefährlich erscheinen als die Schaffung von Sonderziehungsrechten. Soweit diese Einlagen bei der inneren Expansion des Geldangebots in den betreffenden Staaten angerechnet werden oder der Umlauf der kreditierten Mittel anderswo nicht eine Lockerung der geldpolitischen Disziplin bewirkt, gäbe es in der Tat keine neuen Inflationsprobleme. Unter solchen Bedingungen gibt es sie freilich auch nicht bei der Zuteilung neuer Sonderziehungsrechte. Die Erfahrungen der Vergangenheit, namentlich in den Jahren großzügiger Vermehrung der Dollarbestände in der Welt, begründen in dieser Hinsicht jedoch keine Zuversicht. Ob die derzeit straffere Geldpolitik in der Welt nur erzwungen ist oder wirkliche Einsicht in die Schäden inflatorischer Politik zum Ausdruck bringt, werden erst die nächsten Jahre zeigen. Außerdem gibt es grundsätzliche Bedenken gegen eine Rollenveränderung des Weltwährungsfonds. Der IWF, als internationale Geldbehörde zuständig für Liquiditätsprobleme, nicht für Rentabilitätsprobleme, muß weiterhin geschützt werden vor der Zuweisung von Sanierungsaufgaben ebenso wie vor Aufgaben der Weltsozialpolitik. Solche Aufgaben mit Aufgaben der Geldpolitik zu verquicken, stellt eine Versuchung dar, der man zwar in vielen Ländern immer wieder erlegen ist — einen einfacheren Weg zum Geld gibt es letztlich nicht —, aber nicht mit guten Folgen. Wenn die Regeln eines Geldsystems verlässlich bleiben sollen, und das ist ein hohes Gut, dann darf man sie nicht dazu nutzen, nach Belieben reale Transfers mit der Schaffung von Geld zu transportieren.

304. Ein Mitglied des Rates, Hans-Jürgen Krupp, sieht einen Widerspruch zwischen der Aufgabenzuweisung an den IWF und an die Weltbank in dieser Ziffer und den Gefahren, die aus der internationalen Verschuldungsproblematik drohen. Diese Gefahren werden eindrücklich in den Ziffern 290 folgende geschildert, und in Ziffer 310 wird zudem eingeräumt, daß es wohl nicht möglich ist, die Lösung der Verschuldungskrise den Geschäftsbanken allein anzuvertrauen. Diese müßten eher früher als später eine große Anzahl von Ländern, die in Zahlungsverzug geraten sind, als insolvent erklären. In der Folge könnte ein höherer Bedarf an Wertberichtigungen entstehen als ohne zahlreiche Bankenzusammenbrüche verkraftet werden kann. Ein hierdurch ausgelöster Kollaps des internationalen Finanzsystems kann möglicherweise durch außerordentliche Liquiditätshilfen der Notenbanken nicht mehr abgefangen werden. An die verheerenden Auswirkungen auf die Weltwirtschaft erinnern die Erfahrungen der dreißiger Jahre.

Die Stabilität des internationalen Finanzsystems ist ein öffentliches Gut. Sie zu erhalten ist eine öffentliche Aufgabe. Aus diesem Grunde muß der Internationale Währungsfonds mit genügend Mit-

teilen ausgestattet werden. Die gegenwärtig angestrebte Ausstattung ist das Minimum, im nächsten Jahr wird eine weitere Erhöhung notwendig sein. Die Kürzung des erweiterten Zugangs zu den Mitteln des Fonds sollte rückgängig gemacht werden, zumindest für die hochverschuldeten Länder. Dem IWF müssen vorübergehend Sanierungsaufgaben zugewiesen werden.

Die Weltbank und die Entwicklungsbanken müssen ihre Mittel für einen projektgebundenen Einsatz weiter ausdehnen. Dieser Bankengruppe kommt vor allem bei der Stimulierung von mehr Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern eine große Bedeutung zu. So hat die Weltbank Anfang 1983 die Mittel für gemeinsam mit privaten Banken finanzierte Investitionen (Kofinanzierung) aufgestockt, um private Kapitalzuflüsse in die Entwicklungsländer zu fördern.

Gefahren einer erneuten Beschleunigung der Weltinflation sind bei einer Erweiterung der Refinanzierungsmöglichkeiten des IWF gering zu schätzen. Eine zusätzliche Quotenerhöhung des IWF oder andere Erhöhungen der Mitgliedereinlagen müssen nicht mit mehr Inflation verbunden sein, zumal die Währungsreserven der Zentralbanken der IWF-Länder seit 1980 erheblich geschrumpft sind. In bezug auf Inflationsgefahren wäre auch die Refinanzierung des IWF auf den Kapitalmärkten unbedenklich; freilich könnte dabei der politische Wille zu einer Zusammenarbeit der außenwirtschaftlich starken Länder bei der Hilfe an die außenwirtschaftlich schwachen, der Solidarcharakter des IWF, empfindlich geschwächt werden. Diese Form der Refinanzierung würde die Aufgabenzuweisung an den IWF weit mehr verändern als eine Quotenerhöhung. Auf die Kapitalmärkte sollte der IWF daher nur im Notfall zurückgreifen.

Nur ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einer weiteren Verschuldung und der nötigen Anpassung kann verhindern, daß die harten Anpassungsmaßnahmen letztlich eine politische Krise in den betroffenen Ländern auslösen (Ziffer 300). Ein solches ausgewogenes Verhältnis herzustellen, kann nur unter Mitwirkung internationaler Stellen gelingen.

Soweit die Meinung dieses Ratsmitglieds.

305. Weil der klare Strich unter die Vergangenheit nicht möglich ist, die Inanspruchnahme restriktiver Anpassungsprozesse der Schuldnerländer unvermeidlich erscheint, gleichwohl das mit den Umschuldungsabkommen sich erneuernde Kreditgebäude wenig stabil bleiben wird, wenn diese Abkommen zwar durchaus anspruchsvoll, aber eben auch realistisch einzuschätzenden Anpassungsmöglichkeiten der Schuldnerländer nicht genügend Rechnung tragen, muß man sich darauf einstellen, daß von dieser Seite her die weltwirtschaftliche Dynamik noch auf Jahre hin beeinträchtigt ist. Zu dem besonders dramatischen Teil des Konsolidierungsprozesses in der Welt, den die Überschuldungskrise darstellt, tritt hinzu der Konsolidierungsbedarf, den fast alle Industrieländer noch vor sich haben. Und nicht zu übersehen, sondern allenthalben zu spüren

ist die wechselseitige Verstärkung dieser Probleme. So werden die Kosten der Aufräumarbeiten in bezug auf die Vergangenheit und die fortdauernde allgemeine Unsicherheit im Zusammenhang mit ihnen die Nutzung der Zukunftschancen in der Welt weiterhin beengen. Der vorläufig fortdauernde hohe Kreditbedarf und die Unsicherheit halten die Zinsen hoch. Nur was trotz solcher Zusatzkosten und solcher Unsicherheit attraktiv erscheint, kommt zum Zuge.

Anders gewendet: Gemessen an den geplanten und in Angriff genommenen Investitionsprojekten muß man die Sparkapitalbildung in der Welt eher für reichlich halten. Knapp sind Investitionsprojekte, die unter den gegebenen Umständen als rentabel gelten können, knapp ist Kreditwürdigkeit in der Welt. Gleichwohl kommt es trotz dieser Umstände nicht zu einer massiven Zinssenkung, nicht zu einer ausreichenden Verbilligung von Sparkapital, die für die große Menge an ausfallenden Investitionsprojekten Ersatz finden hülfe — und zwar nicht nur der erhöhten gesamtwirtschaftlichen Risiken wegen nicht. Denn nach wie vor ist in der Welt die Summe an Kapitalnachfrage groß, mit der der Staat in die Lücke springt, bevor die Zinsen ausreichend gesunken sind. Das begrenzt den Zinssenkungsprozeß. Schematisch gesprochen: Weiter als bis zu dem Punkt, an dem der Staat als Kapitalnachfrager auftritt, weil eine unbefriedigende Wirtschaftslage ihn zum Gegenhalten mit Hilfe kreditfinanzierter Staatsausgaben veranlaßt, können die Zinsen nicht sinken. Die überzogene staatliche Kreditnachfrage hat leider nur allzu wenig mit zusätzlichen produktiven Investitionen zu tun (was allerdings nicht so sein müßte). Wahrscheinlich gilt, massiver Fehlleitung wegen, dasselbe auch für einen erheblichen Teil privater Kapitalnachfrage. Auch der hohe Kreditbedarf der überschuldeten Länder wird sich vorläufig nicht auf das reduzieren, was diese Länder an zukunftssträchtigen Projekten anzubieten haben. Die Folge ist, daß es bei zu geringer Sachkapitalbildung bleibt. Und da nur die produktiven Investitionen Produktivitätsfortschritt und Wachstum bringen, bleibt der durchschnittliche Ertrag aus der Weltsparkapitalbildung — den ertragreich investierten Ersparnissen zusammen mit den für unrentable Investitionen und staatlichen Konsum verwendeten — so viel niedriger, als wir es von früher gewohnt sind.

306. Diese Konstellation ist auch verteilungspolitisch ein weltweites Ärgernis. Und Verteilungsprobleme schaffen immer auch Stabilitätsprobleme. Die Inflationsbekämpfung hat die von wechselhaften, unvorhersehbaren Inflationsraten getroffenen Geldvermögensbesitzer wieder in ihre Rechte eingesetzt, ihnen wieder einen positiven Realzins verschafft. Und mehr als das: Sie hat den Realzins zunächst einmal sogar ungewöhnlich hoch werden lassen. Die fortdauernd hohe Kapitalnachfrage wird ihnen in einer entsprechenden Risikoprämie vergolten. All dies würde bei allgemeiner Prosperität womöglich sogar akzeptiert werden. Bedrückend ist jedoch, daß wie zuvor dargelegt ein stark gewachsener Teil der hohen Zinseinkommen nicht aus produktiver Kapitalanlage bedient werden

kann. Wenn man so will: Ein Teil des Sparkapitals wurde — durch konsumtive oder unproduktive Verwendung — vernichtet. Die Zinslast des Staates blieb. Die hohen Zinsen und die hohe Zinslast des Staates können getragen werden, weil dafür gesorgt wurde, daß die Entwicklung der Arbeitseinkommen zurückblieb hinter dem Zuwachs an Arbeitsproduktivität, und dieser Zuwachs war wegen der schwachen Sachkapitalbildung auch noch ungewöhnlich gering. So geht es also weltweit Geldvermögensbesitzern besser als seit langem, während im übrigen die Realeinkommen stagnieren oder sogar sinken.

Daß dies zu beklagen ist, besagt nicht, daß es ohne weiteres geändert werden könnte. Es wird sich erst ändern, wenn das Vertrauen in einen stabileren Geldwert der wichtigsten Währungen sich gefestigt hat und wenn eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und eine Reduktion sonstiger Kapitalverschwendung die unproduktive Kapitalnachfrage reduziert haben und im Zusammenhang mit beidem auch die Risikoprämie im Zins sich zurückgebildet hat.

307. Angesichts der fortbestehenden Gefahren für die Weltwirtschaft kommt den Vereinigten Staaten eine besondere Verantwortung zu. Obwohl wir nicht für zutreffend halten, daß sie es in der Hand hätten, die Last ungelöster Probleme von der Welt zu nehmen, ist doch sowohl von der Verursachung der Krise als auch von den Möglichkeiten zu deren Überwindung her das Gewicht der Vereinigten Staaten besonders groß, und gegen deren wirtschaftspolitische Strategie, zumal deren außenwirtschaftliche Strategie, ist eine Überwindung wahrscheinlich überhaupt nicht möglich. Die Frage, ob die Vereinigten Staaten ihre internationale Vormachtstellung stärken möchten durch die externen Wirkungen einer dem erklärten Konzept nach konsequent intern orientierten Wirtschaftspolitik, ist hier nicht zu erörtern. Sie ist aber gestellt. Wäre sie zu bejahen, so wäre vermutlich der Bewegungsspielraum der übrigen eng.

Daß wir die Gründe, die eine Stabilisierungs- und schließlich eine Konsolidierungskrise haben unausweichlich werden lassen, für weltweit verteilt halten und daß hinsichtlich der Beseitigung der jeweils internen Gründe viele Länder stärker im Verzug sind als die Vereinigten Staaten, ist dargelegt worden (Ziffern 27 ff.). Die den anderen Ländern vom Ursprung der Probleme und den Erfordernissen einer dauerhaften Lösung her unabweisbar zukommenden Anpassungsaufgaben können die Vereinigten Staaten nicht mit übernehmen. Zu beklagen ist auch nicht, daß sie durch ihre Politik der Inflationsbekämpfung und den energischen Versuch, neue Dynamik im Innern hervorzubringen, zugleich viele andere Länder in Zugzwang gesetzt haben, ihrerseits den Weg der Stabilisierung und Konsolidierung zu gehen. Doch nicht von vornherein ist bis ins Detail gut für die Welt, was die Vereinigten Staaten gut für sich selbst finden mögen. Und in zumindest dreierlei Hinsicht haben sie eine Führungsrolle, der sie sich nicht unter Verweis auf den Vorrang der heimischen Probleme und auf ihre Autonomie bei

der Wahl der Strategie zu deren Lösung versagen können, nämlich hinsichtlich

- der hohen Zinsen in der Welt,
- der weltweiten Tendenz zum Protektionismus,
- der Behandlung der internationalen Finanzkrise in den internationalen Organisationen.

308. Daß die Zinsen in der Welt hoch sind, ist zwar in erster Linie Ausdruck der zuvor noch einmal dargelegten und an anderer Stelle dieses Gutachtens auch im einzelnen beschriebenen weltwirtschaftlichen Konstellation und insoweit möglicherweise vorläufig unvermeidlich (Ziffern 9 ff.). Wie hoch sie sind und sein werden, hängt aber auch davon ab, welche Strategie gewählt wird, um die jeweils im einzelnen anstehenden Probleme zu lösen. Die Vereinigten Staaten sind wirtschaftspolitisch einen Weg gegangen, wenn auch nicht planvoll, aus dem ein Angebot an die Kapitalanleger in aller Welt resultiert, sich bei hohen Zinsen an der Finanzierung dieses Weges zu beteiligen, einen Weg, der mit sehr hohen Staatsdefiziten verbunden ist und solche noch für viele Jahre befürchten läßt. Die Hartnäckigkeit der Inflationserwartungen und eine entsprechende Zurückhaltung der Kapitalanleger, die sich daraus trotz einer zeitweise sehr straffen Geldpolitik ergeben hat, überwinden sie mit dem Angebot hoher Zinsen. Und sie können dies tun, ohne die Investitionsneigung im eigenen Land abzuwürgen, weil ihre Investoren zugleich von erheblichen Steuererleichterungen profitieren. Ausländisches Kapital schließt die Angebotslücke am inländischen Kapitalmarkt. Es ist eine marktwirtschaftlich durchaus adäquate und anscheinend jetzt auch erfolgreiche Strategie, aber wohl doch nicht die einzige adäquate und potentiell erfolgreiche.

Die erfolgreiche Inflationsbekämpfung in Amerika ist ein Gewinn für die ganze Welt. Von daher gibt es keinen vernünftigen Vorwurf, wenn auch die Erinnerung lebendig ist, daß es die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der weltweit inflatorischen Politik der siebziger Jahre war, die der westlichen Führungsmacht diesen Bedarf an Inflationsbekämpfung mit ihren schlimmen Rückwirkungen auf die übrige Welt eingetragen hat. Der aktuelle Vorwurf gegen die Vereinigten Staaten ist, daß sie, obwohl Führungsmacht, zur Bekämpfung ihrer Probleme eine Wirtschaftspolitik gewählt haben, mit deren Zins- und Wechselkurswirkungen sie den anderen schaden und deren Prinzipien nicht Maxime auch des Vorgehens der anderen Länder sein können. Die weltweit ohnehin schon sehr hohe Nachfrage nach Finanzkapital schließt aus, daß alle Welt jetzt den Weg erhöhter Staatsdefizite gehen kann. Außerdem sind hohe Zinsen nicht für alle gleich schlimm. Die Vereinigten Staaten sind in hohem Maße Nettogläubiger, vor allem im Bereich langfristigen Kapitals. Sie haben hohe Zinsen also nicht in erster Linie zu bezahlen, sondern zu fordern. Nicht der Satz: Die Amerikaner drängen sich als Nachfrager vor (und werden durch hohe Zinsforderungen der Anbieter bestraft), trifft eigentlich den Kern der Sache, sondern eher der Satz: Die Amerikaner neh-

men ihr Angebot an Kapital zurück (und werden durch hohe Zinsen belohnt).

Man kann geltend machen, Beiprodukt der amerikanischen Politik seien auch hohe Importüberschüsse, die der schwachen Weltkonjunktur gut tun. Das ist für sich genommen gewiß richtig. Aber man würde einem Trugschluß erliegen, würde man übersehen, daß derzeit die übrige Welt mehr unter der amerikanischen Zinsführerschaft und den Vermögenswirkungen des hohen Dollarkurses leidet, als sie von den amerikanischen Importen profitiert. Und selbst im Warenverkehr ist der Gegenposten zu bedenken, der in der Verteuerung der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten besteht.

309. Hohe Einfuhren der Vereinigten Staaten aufgrund einer liberalen Handelspolitik sind der übrigen Welt lieber als hohe Einfuhren aufgrund hoher Zinsen und eines hohen Dollarkurses. Die Tendenz zum Protektionismus ist gewiß ein weltweites Phänomen und nicht etwa eine Besonderheit der Vereinigten Staaten. Zusammen mit der Europäischen Gemeinschaft sind es aber insbesondere sie, die ihres wirtschaftlichen und politischen Gewichts in der Welt wegen am stärksten dafür verantwortlich sind, daß schlechte Beispiele, eigene und fremde, Schule machen, statt daß sie scharf sanktioniert werden.

Selbst die Europäische Gemeinschaft ist angesichts ihres inneren Widerstreits im Grunde ständig darauf angewiesen, daß die Vereinigten Staaten den tiefreichenden protektionistischen Neigungen Europas harten Widerstand entgegensetzen. Tatsächlich nutzen die USA jedoch — wie Europa — ihre starke Marktstellung zu teilweise rigorosem Protektionismus und können weniger noch als früher glaubwürdig auf die Grundsätze der Handelsfreiheit pochen. So zeichnet sich ab, daß die Europäische Gemeinschaft sich, ohne ausreichenden Widerstand zu finden, die Mittel bewilligen wird, die es ihr erlauben sollen, weiterhin und noch verstärkt die Weltmärkte mit Überschüssen an Agrarerzeugnissen zu überziehen, und dies zu Preisen, die nur einen Bruchteil dessen erbringen, was die Kosten betragen.

310. Die Haltung der Vereinigten Staaten bei der Verhandlung der Verschuldungskrise im Weltwährungsfonds ist noch unklar, weil Beschlüsse des amerikanischen Kongresses ausstehen. Ohne eine positive Entscheidung müßte der IWF seine Hilfe beim Bau von Finanzierungsbrücken für die hochverschuldeten Länder ganz wesentlich einschränken — er käme sogar in Liquiditätsschwierigkeiten aufgrund schon zugesagter Hilfen —, oder andere Mitglieder des Fonds müßten bei der Verstärkung der Finanzierungsmittel des Fonds den Part der Vereinigten Staaten mitübernehmen.

Einen Ersatz für die Rolle des Fonds gibt es vermutlich nicht, weil nur er in der Lage ist, den Schuldnerländern die wirtschaftspolitischen Auflagen zuzumuten, die für weitere Kredite unumgänglich sind. Kredite des IWF bedeuten aber zugleich

eine Minderung der Risiken, die auf den internationalen Banken liegen, bedeuten insoweit eine Verlagerung von Risiken auf den Fonds. Im weitaus größten Kreditengagement befinden sich die amerikanischen Banken. Es wäre nichts Folgerichtiges daran, wenn Amerika den übrigen Mitgliedsländern des IWF die volle Last der Rückversicherung zuschöbe. Verweigern sich unter solchen Umständen auch diese Länder, so müßten die amerikanischen Banken vermutlich alsbald die Initiative zum offenen Forderungsverzicht ergreifen. Schritte in diese Richtung mögen durchaus wünschenswert sein, doch ein Ersatz für die Rolle des IWF bei der Bereitung des Weges zu neuen Krediten an die Schuldnerländer wäre damit nicht gefunden.

311. Unter den Industrieländern hat die Gruppe der in der Europäischen Gemeinschaft zusammengeschlossenen Länder das mit Abstand größte Gewicht in der Weltwirtschaft. Japan leidet nicht an konstitutioneller Schwäche. Die nicht in den Entwicklungsländern wurzelnden Probleme konzentrieren sich in Europa. Die Neigung, nach Ausschöpfung der Möglichkeiten sich durch Staatsverschuldung zu helfen, auf die fortdauernde Arbeitslosigkeit vor allem defensiv zu reagieren, ist nicht überwunden. Typische Defensivreaktionen sind Protektionismus, Subventionismus und Arbeitszeitverkürzung.

Der Problemstau ist in Europa noch nicht aufgelöst: Rückstände bei der Inflationsbekämpfung, bei der Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft, bei der Korrektur eines zu hohen Lohnniveaus im Verhältnis zur Produktivität, bei der Senkung der Staatsdefizite und bei der Überwindung von Leistungsbilanzproblemen. Fast alle Länder haben hier zwar Fortschritte gemacht oder eingeleitet. Einige haben auch einen Vorsprung, so die Bundesrepublik und möglicherweise auch Großbritannien. Aber im ganzen ist Europa bei der Wiederherstellung der Bedingungen für neue Wachstumsdynamik gegenüber den Vereinigten Staaten vermutlich deutlich zurück. So groß die ungelösten Probleme in den Vereinigten Staaten auch noch sein mögen, Probleme des Staatsdefizits, Probleme der Infrastruktur, Regionalprobleme, allein die größere Flexibilität der amerikanischen Wirtschaft verschafft ihr die besseren Wachstumsbedingungen.

In Europa sind zu viele Fragen nur halbherzig beantwortet. Sollen Wachstumsanreize von gesenkten Reallöhnen kommen oder soll Wachstum das Problem der zu hohen Reallöhne lösen, wo immer es besteht? Soll energische Inflationsbekämpfung als hilfreich angesehen werden oder als gefährlich? Soll die Senkung der strukturellen öffentlichen Defizite Mittel der Wachstumsbeschleunigung sein oder allenfalls deren Ergebnis? Müssen Probleme der Umstrukturierung die Konjunktur belasten, und wenn ja, wie lange? Wenn man sie anpackt, ist dies doch Teil der Aufwärtsbewegung. Europäische Länder haben gezeigt, daß Anpassung an neuen Reichtum — Erdgaslager, Ölfelder — ebenso große Probleme schaffen kann wie die Anpassung an einen Verlust von Reichtum — Verteuerung der Ener-

güteeinfuhr. Keine Anpassungsaufgabe ist überzeugend angegangen worden. Wachstum soll alle Probleme lösen. Aber es werden nicht die Probleme des Wachstums gelöst. Und mit jedem Jahr werden die Gemeinkosten der ungelösten Probleme größer und lasten dann direkt oder indirekt auf der Initiativekraft und dem Ertragskalkül derer, die vielleicht aussichtsreiche Pläne haben, etwas Neues anzufangen.

312. Es gibt eine Reihe von Aussagen, die Bedingungen angeben, unter denen in der Welt bald alles besser gehen könnte: Wenn die Weltrezession als bald von einem dauerhaften wirtschaftlichen Wachstum der Industrieländer von 3 vH abgelöst würde, wenn die Zinsen um 2 bis 3 Prozentpunkte gesenkt würden, wenn die Schuldnerländer die versprochenen Anpassungsanstrengungen leisten würden... Nichts ist aber einfach daran, dafür zu sorgen, daß sich die Entwicklung in der Welt nach dieser Vorstellung vollzieht, und zwar nicht zuletzt deshalb nicht, weil gerade die Probleme, die so gelöst werden sollen, es so schwer machen, die Bedingungen für diese Lösung herbeizuführen. Denn daß diese Bedingungen nicht erfüllt sind, ist selbst Folge der Probleme, jedenfalls zu einem erheblichen Teil, und nur zum Teil deren Ursache. Nicht übersehen soll man zwar, daß allenthalben Anpassungsprozesse unterwegs sind. Sie brauchen aber Zeit. Und sie brauchen eine bessere Abrechnung der Vergangenheit, die die Zukunft vorbelastet.

Vor allem Probleme des Vordergrunds berührt daher die Vorstellung, die wichtigsten Industrieländer sollten gemeinsam die Aufgabe übernehmen, die Weltrezession wirksamer zu bekämpfen, nicht nur auf der Nachfrageseite, aber auch auf der Nachfrageseite. Die Konsolidierungsaufgabe träte vorläufig in den zweiten Rang zurück. Die Länder sollten sich von bestimmten Risiken einer auf Nachfrageexpansion angelegten Politik — Risiken der Leistungsbilanz, des Wechselkursverfalls, der Kapitalflucht befreien, indem sie eine solche Strategie gemeinsam verfolgen und unter dem Schutz solcher Gemeinsamkeit den schlimmen Folgen der Inflationsfurcht entgegen, die sich heute allenthalben mit einer konsequenten Expansionspolitik auf der Nachfrageseite verbindet. Aber selbst wenn es gelänge, die Kapitalanleger in der Welt gleichsam zu überlisten, so wären damit doch die Hauptsorgen, die sich mit neuen Inflationsgefahren verbinden, nicht vermieden, und die Konsolidierungsprobleme, die durch die Weltrezession nicht erst entstanden sind, sondern von ihnen nur verstärkt wurden, würden nicht gelöst, sondern die Lösung würde wiederum verlagert. Die Wirtschaftspolitik, die etwa Frankreich 1981 begonnen hat und inzwischen abbrechen mußte, weil sie an außenwirtschaftliche Grenzen stieß, war eben nicht nur dieserhalb nicht nachahmenswert. Sie hätte vermutlich ohne große Nachteile auch dann nicht verfolgt werden können, wenn sich ihr die übrigen großen Industrieländer angeschlossen hätten. Bei einem gemeinsamen Vorgehen wäre die unmittelbare Sanktion für das einzelne Land zwar schwächer, ein guter Weg ist es deshalb nicht.

Ähnlich verhält es sich mit der Hoffnung auf möglichst bald möglichst stark sinkende Zinsen und der Möglichkeit, eine solche Entwicklung bewußt herbeizuführen, von der Sonderrolle, die die Vereinigten Staaten in dieser Hinsicht spielen, einmal abgesehen.

313. Ein Mitglied des Rates, Hans-Jürgen Krupp, beurteilt die Wege und Möglichkeiten, aus der derzeitigen Wachstumsschwäche herauszukommen, anders als sie von der Mehrheit dargestellt werden. Dort wird weder die Möglichkeit gesehen, durch gemeinsame Strategien mehrerer Industriestaaten die Wachstumsschwäche zu überwinden, noch wird ein Weg zu sinkenden Zinsen oder zu einer auch kurzfristig wachstumsstimulierenden Finanzpolitik gewiesen. Die Darlegungen eröffnen mithin keinen baldigen Ausweg aus der nach wie vor labilen Lage der Weltwirtschaft, weil durch die Überbetonung der Aufgabe der Konsolidierung des öffentlichen Haushalts der finanzpolitische Spielraum weitgehend reduziert wird, weil die Geldpolitik immer noch vor allem auf die Inflationsbekämpfung gerichtet ist, weil das hohe Realzinsniveau überwiegend als Ausdruck der ungelösten Konsolidierungsprobleme und als Auswirkung der amerikanischen Wirtschaftspolitik gesehen wird.

314. Im Sachverständigenrat besteht Einigkeit darüber, daß ein ohnmächtiges Hinnehmen der Wachstumsschwäche vor dem Hintergrund von derzeit 34 Millionen Arbeitslosen in den OECD-Ländern keine vertretbare Strategie ist. Sie führt zu politisch bedenklichen Entwicklungen, aber auch zu mehr und mehr Protektionismus und zu einer Desintegration der Weltwirtschaft.

315. Aus den katastrophalen politischen und wirtschaftlichen Folgen der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre wurde weltweit die Konsequenz gezogen, daß die staatliche Wirtschaftspolitik Verantwortung für die Beschäftigung zu übernehmen hat. Eine entsprechende Verpflichtung wurde in vielen Staaten gesetzlich verankert.

Es wuchs die weltweite Einsicht, daß eine verstärkte Kooperation der Staaten, unterstützt durch supranationale, zum Teil weltweite Organisationen notwendig ist. In einer Welt, in der die einzelnen Volkswirtschaften immer enger verflochten sind und dieser Verflechtung einen Teil ihres steigenden Wohlstandes verdanken, müssen die Voraussetzungen für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung aller geschaffen und erhalten werden. Dieser Einsicht folgend entstanden das GATT und die in Bretton Woods vereinbarten währungs- und kreditpolitischen Institutionen (Internationaler Währungsfonds und Weltbank), die OEEC (später OECD), die Europäischen Gemeinschaften.

316. Natürlich war die neu orientierte und von den neuen Institutionen und den dazugehörigen internationalen Regelungen mitbestimmte weltwirtschaftliche Entwicklung nicht frei von Problemen; es gelang zwar, die Wiederholung einer weltweiten Depression zu vermeiden, aber es ergaben sich neue Fehlentwicklungen, wie etwa die schleichen-

de, in manchen Ländern auch galoppierende Inflation. Letztere wurde allerdings im internationalen Maßstab erst dann wirklich bedrohlich, als die Weltwährungsordnung von Bretton Woods bereits aufgegeben worden war (Frühjahr 1973) und der erste Ölpreisschub vom Herbst 1973 neue unerwartete Probleme ungewohnter Ausmaße aufwarf.

Die daran anschließende Abkehr von einer aktiven Wachstums- und Beschäftigungspolitik, die stärkere Orientierung wichtiger Industriestaaten an ihren nationalen Interessen und damit einhergehend das Nachlassen effektiver internationaler Kooperation stellten jedoch insgesamt gesehen einen Rückschritt dar und führten ihrerseits zu Schwierigkeiten; sie trugen vor allem zu einer bedrohlichen Abschwächung der Wachstumsprozesse fast aller Industriestaaten bei; die Gefahr ist nicht gebannt, daß diese in eine erneute weltweite Depression umschlägt.

317. Die stärkere nationale Orientierung der Wirtschaftspolitik und das Fehlen gemeinsamer Strategien macht sich negativ bemerkbar, wenn im nationalen Alleingang versucht wird, eine Wirtschaftsbelebung zu erreichen. Hier zeigt das Beispiel der in Frankreich 1981 begonnenen und inzwischen wieder abgebrochenen Wirtschaftspolitik, daß ein solches isoliertes Vorgehen bei den Unternehmen nur schwer zu einer dauerhaften Verbesserung der Zukunftserwartungen führt. Dies gilt insbesondere dann, wenn eine entschlossene Verbesserung der Angebotsbedingungen nicht erfolgt. Es mußte von Anfang an damit gerechnet werden, daß ein beträchtlicher Teil der Mehrnachfrage im Ausland befriedigt wird. Dies wiederum führt zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanz, was — insbesondere bei einer latent abwertungsverdächtigen Währung — Abwertungserwartungen hervorruft, die ihrerseits Zweifel an der Dauerhaftigkeit der begonnenen Wirtschaftspolitik wecken, und es führt außerdem zur Selbsterfüllung durch spekulative Geldabflüsse.

318. Ein gemeinsames Vorgehen mehrerer Industriestaaten kann dagegen eine Strategie der wirtschaftlichen Wiederbelebung in erheblichem Umfang außenwirtschaftlich absichern. Insofern kann man den Mißerfolg der französischen Wirtschaftspolitik auch als Beleg für die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit betrachten.

Eine Abstimmung der Wirtschaftspolitik wichtiger Länder wäre freilich leichter, würde das gegenwärtige Währungssystem besser funktionieren.

Unter den Bedingungen eines funktionsfähigen Systems fester Wechselkurse bedürfte es keiner gezielten Kooperation. Sanktionsmechanismen gehörten dann zum System. Dies ist unstrittig. Es soll hier nicht für eine Rückkehr zum System von Bretton Woods plädiert werden, auch nicht dafür, die Wirksamkeit von Fundamentalfaktoren durch Interventionen zu überspielen. Dies wäre kostspielig und letztlich erfolglos. Nötig sind neue Organisationsformen internationaler Währungsbeziehungen.

Strittig ist, ob im gegenwärtigen System flexibler Wechselkurse Versuche, den fehlenden Zwang zur Abstimmung der Wirtschaftspolitiken durch eine freiwillige Kooperation zu ersetzen, erfolgreich sein können. Die Mehrheit des Rates ist skeptisch in bezug auf die Möglichkeiten, die gegenwärtige Wachstumsschwäche auf diese Weise zu überwinden. Dieses Mitglied des Rates sieht eine Zusammenarbeit als einen notwendigen und gangbaren Weg an, wenn er auch nicht frei von Risiken ist. Eine solche Zusammenarbeit ist zumindest solange unabdingbar, wie das internationale Währungs-„System“ nicht reformiert ist.

319. Bei den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten kann wohl mit einer Finanzpolitik, die generell Investitionen, Wachstum und Beschäftigung global zu fördern versucht, in den westeuropäischen Staaten nicht gerechnet werden; nichtsdestoweniger besteht Spielraum für spezielle, gezielte investitionsfördernde Maßnahmen, vor allem im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik, die genutzt werden sollten. Außerdem müssen Regelungen angestrebt werden, die Strukturwandel, Innovationen und dazugehörige Investitionen fördern.

Auf der anderen Seite zeigt sich in den Vereinigten Staaten die Wirksamkeit einer Politik, die eher ungeplant als beabsichtigt angebotsorientierte Maßnahmen mit einer kräftigen Nachfragestimulierung kombiniert (Ziffern 29f.). Dies zeigt, daß eine Konsolidierung des Staatshaushalts nicht generell als Voraussetzung eines wirtschaftlichen Aufschwungs bezeichnet werden kann und daß eine gemischte Strategie, die sowohl die Angebotsprobleme wie die Nachfrageseite beachtet, die Möglichkeit enthält, durch die gleichzeitige Verbesserung der Angebotsbedingungen und der Absatzerwartungen der Unternehmen die nachhaltige Belegung der Investitionstätigkeit anzuregen, die erforderlich ist, um neue Arbeitsplätze für die große Zahl der arbeitssuchenden Erwerbslosen zu schaffen.

320. Ein zentrales Ziel wirtschaftspolitischer Bemühungen muß das Senken des hohen Realzinsniveaus sein. Da dieses Niveau unbestritten in den europäischen Staaten sehr stark vom Zinsniveau in den Vereinigten Staaten bestimmt wird, die Hoffnungen auf ein Sinken des dortigen Zinsniveaus aber vage und unsicher sind, müssen die wirtschaftspolitischen Bemühungen verstärkt auf die Abkopplung des europäischen Zinsniveaus vom amerikanischen gerichtet sein.

Hoffnungen auf eine Abkopplung können sich daran klammern, daß die nichtamerikanischen Kapitalanleger zur Abdeckung des Kursrisikos, das bei dem derzeitigen hohen Dollarkurs entsprechend hoch eingeschätzt werden könnte, für Dollaranlagen eine höhere reale Verzinsung verlangen. Dieses ist zwar möglich, aber keineswegs sicher.

Deshalb wird man unter den gegebenen Bedingungen nicht umhinkommen, steuerliche Maßnahmen, die zu der notwendigen Abkopplung führen, gründlich und unvoreingenommen zu prüfen. Freilich

kommen nur marktkonforme Maßnahmen, wie beispielsweise die steuerliche Belastung von Zinserträgen aus Geldanlagen im Ausland, in Frage, und sie sind immer nur zweitbeste Lösung. Bei der Ausgestaltung dieser Maßnahmen müßten die sicher nicht gänzlich vermeidbaren Umgehungsmöglichkeiten möglichst gering gehalten werden, wobei zu beachten wäre, daß die Erfassung von Kapitaleinkünften generell recht unvollständig ist. Auch bei solchen Maßnahmen wäre ein gemeinsames Vorgehen mehrerer, wenn nicht aller europäischen Staaten wünschenswert.

Schließlich ist angesichts der historischen Erfahrungen dringend davor zu warnen, die Entwicklung der Weltwirtschaft dem freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen, ohne diese — wie im nationalen Rahmen üblich und weithin als unerlässlich anerkannt — in einen Rahmen von Regeln und Institutionen einzubinden, die ein segensreiches Wirken der Marktkräfte im Interesse aller Beteiligten sicherstellen oder wenigstens die Chance zu einem solchen Wirken eröffnen. Die realistische Alternative zu einem entsprechenden Versuch ist eine Entwicklung, wie sie in diesem Gutachten deutlich beschrieben und kritisiert wird: Die negativen Auswirkungen der gegenwärtigen Desorganisierung der weltwirtschaftlichen Ordnung führen nicht nur zu einer Verstärkung nationalen Eigeninteresses, sondern damit verbunden zu einer kollektiven Selbstschädigung aller durch zunehmende Einschränkung des Welthandels durch verstärkten Protektionismus. In der Furcht vor einer solchen Entwicklung weiß sich dieses Mitglied des Rates mit der Mehrheit einig.

Soweit die Meinung dieses Ratsmitglieds.

III. Grundlinien der Wirtschaftspolitik für 1984 und danach

Zum Handlungsbedarf

321. Besteht auch gegenwärtig in der Bundesrepublik kein Handlungsbedarf für die Wirtschaftspolitik als Konjunkturpolitik, so gilt dies doch nicht für die Wirtschaftspolitik als Wachstumspolitik, die zugleich Beschäftigungspolitik ist im Hinblick auf die dauerhaften Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit.

Die Erwartung, daß sich die konjunkturelle Erholung 1984 fortsetzen wird, räumt die Besorgnis nicht aus, daß noch nicht genug getan ist, die binnenwirtschaftlichen Wachstumshemmnisse abzubauen, noch nicht genug Anreize gesetzt sind, sich neuen Aktivitäten zuzuwenden. Und die Erwartung, daß sich bald auch die Weltkonjunktur erholen wird, räumt die Besorgnis nicht aus, daß verglichen mit früher die weltwirtschaftliche Dynamik noch für längere Zeit schwach bleiben wird. Die konjunkturellen Auswirkungen der verschärften Inflationbekämpfung in der Welt klingen ab; es bleiben die Probleme, für die es eine rasche Lösung nicht gibt.

Die Diagnose eines Gemischs aus Krisenursachen weltwirtschaftlicher und binnenwirtschaftlicher Art läßt es nicht zu, sich bei der Frage, wer was zu tun hat, vor allem von der Antwort auf die Vorfrage leiten zu lassen, wer was verursacht hat. Es zählen die Handlungsmöglichkeiten, die Wirkungsmöglichkeiten, weniger die Schuldfragen. Für die Frage nach den Wirkungsmöglichkeiten kann die Antwort auf Verursachungsfragen zwar hoch bedeutsam sein. Aber so wie einem Unternehmen, dem die Nachfrage nach seinen Erzeugnissen schwindet, kein „Verursacher“ die Aufgabe abnimmt, sich um neuen Absatz, um neue oder billigere Produktion zu bemühen, so gibt es für die nationalen Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Probleme keine nationale Ursachentherapie. Man muß diese Auswirkungen zu kompensieren trachten. Die Frage ist, wie das geschehen könnte, ja, ob es überhaupt möglich ist.

322. Die einen machen geltend: Im Grunde sind es die Exporte, die in einer importabhängigen Volkswirtschaft deren Wachstumskraft bestimmen, und der Spielraum hierfür ist in einer von Wachstumsschwäche und Protektionismus geprägten Weltwirtschaft begrenzt. Im Extrem: Das Maß an Importnachfrage in Abhängigkeit von Produktion und Einkommen macht die Exporterlöse letztlich zur Grundlage der Gesamteinkommen in der Volkswirtschaft, zumindest auf die Dauer. Steigen Produktion und Einkommen derart, daß die von ihnen abhängige Importnachfrage von den Exporterlösen nicht mehr gedeckt ist, so zwingen die Leistungsbilanzprobleme zu Maßnahmen, die Produktion und Einkommen restringieren. Kredite können den Zusammenhang lockern.

Man kann Importe auf Kredit hereinnehmen, dauerhaft aber nur, wenn man sie, zumindest teilweise, in zusätzliche Exportfähigkeit umsetzt und so seine Kreditwürdigkeit erhält. Überdies: Viele Exporte sind nur zu realisieren, wenn man Kredit gibt; außerdem gibt es autonomen Kapitalexport. Man kann auch die Importneigung senken — mit Vorteil freilich nur, wenn man zuvor importierte Güter nun selbst billiger herstellt, nicht wenn man durch Protektionismus billigere ausländische Güter abwehrt. Handelt man gegen diese Zusammenhänge, so rächt sich das in einem außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht, und man wird gezwungen, den Rückzug anzutreten. Die jüngsten Erfahrungen Frankreichs bilden ein mahndendes Beispiel.

323. Andere halten dagegen: In keinem Falle ist eine Volkswirtschaft darauf verwiesen, sich an das Wachstumstempo anzupassen, das die Weltwirtschaft vorgibt. Schon die möglichen Exporte sind ihr nicht vorgegeben. Sie sind Ergebnis der Anstrengungen, auf den ausländischen Märkten mit neuen Produkten und wettbewerbsfähigen Preisen erfolgreich zu sein und für die Industrialisierungsanstrengungen anderer Länder Arrangements anzubieten, die eine beiderseits vorteilhafte Partnerschaft versprechen. Da unter freien Wettbewerbsbedingungen erzielte Exporterfolge, international gesehen, nicht Teil eines Spiels sind, bei dem der eine nur gewinnen kann, was ein anderer verliert, geht es hier durchaus um eine Strategie, die alle Länder

verfolgen können, mit Vorteilen für sich und andere. Zusätzlichen Exporten folgen zusätzliche Importe. Im Wettbewerb wird entschieden, wer dabei den größten Erfolg hat. Dieser Wettbewerb ist zwar schärfer geworden, aber das heißt nur, daß man sich mehr anstrengen muß. Wer resigniert, wird auf jeden Fall verlieren, verlieren auch von dem, was er derzeit hat. Dieses ist ihm durch nichts garantiert, so daß er sich etwa nur noch zu fragen hätte, wie er es verteilt.

Nicht weniger wichtig ist die Aufgabe, neue Märkte für die Binnennachfrage zu erschließen. Die Fähigkeit der Bundesrepublik, mehr Produktivkräfte hierfür einzusetzen, ohne hinsichtlich der Finanzierbarkeit der davon ausgelösten zusätzlichen Importnachfrage an Grenzen von seiten der Exporterlöse (und gegebenenfalls des Kapitalimports) zu stoßen, kann man durchaus für erheblich halten. Außerdem sollte nicht übersehen werden, daß eine Strukturverschiebung der Nachfrage zugunsten inländischer Dienstleistungen die durchschnittliche Importquote der Volkswirtschaft senken kann. Man brauchte bei einem so gearteten Wachstum zwar ebenfalls zusätzliche Exporte, aber doch weniger als es dem bisherigen Nachfrageverhalten entspräche.

Sorgt ein Land dafür, daß es ein guter Produktionsstandort ist, also mehr rentable Produktion für ausländische und inländische Märkte verspricht, so gibt es auch genügend Kapital in der Welt, das sich an der Nutzung dieser Chancen beteiligen möchte. Das Land wird Kapitalzustrom, einen festen Außenwert seiner Währung und keine Zahlungsbilanzprobleme erleben.

324. Der Sachverständigenrat schließt sich dieser weiteren Auffassung an. Beide Teile der zuvor beschriebenen Strategie müßten aber in jedem Falle Hand in Hand gehen. Denn richtig ist schon, daß es sich gleichsam wie bei einem Haushalt verhält, der Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht bringen muß: Der Exportabsatz betrifft letztlich die Erzielung von Einkommen, Inlandsnachfrage für den Konsum hinsichtlich der davon abhängigen Einfuhr hingegen betrifft die Verwendung von Einkommen. Man darf sich im Hinblick auf die Möglichkeiten für künftiges Wachstum also nicht beschränken auf das Aufspüren von Feldern, auf denen mehr Konsum von Waren oder auch Dienstleistungen wünschbar erscheinen mag. Der Exporterfolg muß die innere Expansion decken, soweit von ihr zusätzliche Einfuhr ausgelöst wird.

325. Die Hauptverantwortung für die Lösung dieser Aufgaben kann nicht beim Staat liegen. Die Rolle des Staates im Wachstumsprozeß ist zwar nicht zu unterschätzen (JG 82 Ziffer 211). Der Staat kennt jedoch weder die neuen Güter noch die künftig sich darauf richtende Nachfrage, sieht man einmal von seiner Zuständigkeit für die öffentlichen Güter ab. Er kann den privaten Investoren und Produzenten nicht mehr und vor allem auch keine besseren Informationen geben als der Markt. Was er etwa für die Industriepolitik an Vorstellungen entwickeln kann, ist so allgemein, daß in aller Regel

nichts an Konkretem fürs Investieren und Produzieren daraus folgt und verantwortet werden kann. Freilich, die Funktionsweise des Marktsystems, in dem diese Entscheidungen gefunden werden müssen, stößt immer wieder auf Unverständnis, und sie ist auch sicher nicht vollkommen. In Krisenzeiten, aber nicht nur dann, wird diese Unvollkommenheit sogar leicht zum Argument gegen die Marktwirtschaft selbst, allerdings regelmäßig ohne daß eine Alternative sichtbar wäre, die mehr als im Einzelfall und mehr als vordergründig überlegen erscheint. Der Mangel an Verständnis dafür, wie das Marktsystem es fertigbringt, in Tausenden von Einzelbereichen die Wünsche der Konsumenten und die Möglichkeiten der Produzenten tatsächlich zusammenzubringen, und dies in einer für jeden einzelnen kaum übersehbaren Arbeitsteilung über den ganzen Erdball hinweg, Mangel an Verständnis hierfür geht häufig Hand in Hand mit der schärfsten Kritik an den Fehlern, die es dabei gibt, Fehlern bei Aufgaben freilich, denen man sich in Ländern, die Märkten wenig vertrauen, gar nicht zu stellen wagt und in denen der Wohlstand entsprechend gering ist.

326. Die großen Beispiele für Strukturkrisen — Stahl, Kohle, Schiffbau, Landwirtschaft — erscheinen vielen als Kronzeugen dafür, daß die Marktwirtschaft nicht in der Lage ist, mit den großen wirtschaftlichen Problemen der Zeit fertig zu werden. Aber es sind — in der Form, wie wir sie erleben — ausnahmslos Krisen im Zusammenhang mit Staatsinterventionismus oder Außerkräftsetzung des Wettbewerbs. Die Erfahrung ist: Wenn man Anpassungsaufgaben dem Marktsystem überläßt, so kommt es in der Regel nicht mehr als vorübergehend zu gravierenden Gleichgewichtsstörungen. Der Strukturwandel bringt Friktionen mit sich, gelegentlich gravierende. Neben dem Wachstum hier steht das Schrumpfen dort. Gedrängt zu verständlicher Fürsorge für die vom Strukturwandel Benachteiligten, betritt der Staat immer wieder den Weg in den Interventionismus. Und obwohl die Erfahrungen damit sehr schlecht sind, sieht es doch binnen kurzem, wenn die Dinge völlig verfahren sind, so aus, als ob eine weitere Branche für die Marktwirtschaft nicht geeignet sei. Es sollten diese Erfahrungen sein, die die ordnungspolitische Grundeinstellung bestimmen, nicht die Grenzen unseres Verständnisses davon, wie das Marktsystem es im Einzelfalle zuwege bringt, die Anpassungsfähigkeit und Innovationskraft der Beteiligten und der zunächst Unbeteiligten an so vielen und im vorhinein oft unbekanntem Stellen zu fordern und zu nutzen. Die Effizienzvorteile dieses Weges sind groß, nicht zuletzt im ständigen Strukturwandel. Und auch die Verteilung der Kosten der Anpassung, die sich in diesem Strukturwandel nicht vermeiden lassen, ist in der Regel vertretbar, zumal es in der sozialen Marktwirtschaft vielfältige marktkonforme Regeln gibt, die das Marktergebnis in die Nähe dessen bringen, was auch aus sozialen Gründen akzeptiert werden kann. Deshalb kann man die Frage über großer sozialer Härten des Einzelfalls im allgemeinen im nachhinein prüfen und regeln. Man muß und darf das Marktsystem nicht im vorhinein mit

Auflagen belasten, die den Fall sozialer Härten ausschließen sollen, die aber zugleich die Funktionsfähigkeit des Marktsystems beeinträchtigen oder gar zerstören, so daß auch die Vorteile ausbleiben, aus denen soziale Härten geregelt werden können.

Für den Strukturwandel ist wichtig, daß die Marktwirtschaft den Aktionsraum und die Verantwortung des Einzelnen, seine Chancen und Risiken klar regelt. Das fordert Anpassungsfähigkeit heraus und intensiviert die Suche nach Auswegen. Anpassungsfähigkeit ist gefordert für die Bewältigung der für den Einzelnen unabänderlichen Zwänge. Die aus dem Sucherfolg gelingenden Innovationen sind die Voraussetzung dafür, daß überhaupt Neues zustandekommt. Die im dynamischen Wettbewerb dezentral stattfindende Suche nach Problemlösungen erschließt neue Entfaltungsmöglichkeiten wirtschaftlicher Betätigung. Hierin besteht die Aktivseite des Strukturwandels. Innovationen sichern internationale Wettbewerbsfähigkeit und aktive Binnenmärkte. Sucherfolge solcher Art von Staat oder Bürokratie zu erwarten, ist eine vergebliche Hoffnung.

Die Überlegenheit marktbestimmten Strukturwandels liegt nicht zuletzt in der vergleichsweise frühzeitigen — nicht notwendigerweise der rechtzeitigen — Erzwingung von Anpassungsprozessen, wobei die Anonymität dieses Zwanges ein besonderer Vorzug, nicht etwa ein Nachteil ist. Alles kommt ja darauf an, daß eine große Strukturkrise gar nicht erst entsteht. Bei staatlicher Zuständigkeit reicht allzuoft selbst eine schwache Vorstellung, es ginge auch ohne Härten, aus, eine letztlich unvermeidliche Anpassung hinauszuschieben, zu verfälschen, zu subventionieren, zu kreditieren, bis schließlich offenbar ist, daß alles viel teurer und viel weniger sozial geworden ist als ausgedacht. Immer wieder hat sich gezeigt: Mit großen Kosten strebt der Staat geringen Chancen nach. Es fehlt die Kraft, unter Unsicherheit das wahrscheinlich Nötige zu tun, solange die Anpassungslast für alle noch erträglich ist.

327. Eine Politik, die mehr als bisher dem Markt vertrauen will, ist allerdings nicht einfacher, sondern schwerer durchzusetzen als eine Politik des Interventionismus. Sie hat weniger staatliche Vergünstigungen zu gewähren, viele sogar zurückzunehmen, muß in hohem Maße auf wohltätige Gesamtwirkungen für alle setzen und auf die Hoffnung, daß ihr diese auch in ausreichendem Maße zugerechnet werden.

328. Im konkreten hält der Sachverständigenrat zur Erreichung beziehungsweise Sicherung der Hauptziele der Wirtschaftspolitik und zur Vermeidung künftiger Fehlentwicklungen für besonders wichtig

- (1) bei den Staatsausgaben: die Fortsetzung des Kurses zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, jetzt erleichtert durch die wirtschaftliche Erholung, künftig aber stärker geprägt einerseits von einem Rückzug des Staates aus Subventionen und aus Aufgaben, die auch oder sogar besser privat erledigt werden

können, andererseits von mehr Initiative, nötigenfalls auch mehr Ausgaben, auf Feldern, wo dringende Aufgaben ins Hintertreffen geraten sind;

- (2) bei den allgemeinen Steuern: Konzentration auf den Versuch, in einigen Jahren zu einer deutlichen Senkung der Grenzbelastung der Einkommen zu gelangen, Steuervergünstigungen hingegen abzubauen;
- (3) bei den Unternehmensteuern: Konzentration auf die Aufgabe, die Reste der Gewerbesteuer abzuschaffen und durch eine gute Gemeindesteuer zu ersetzen;
- (4) in der Geldpolitik: ein Einschwenken auf eine Geldmengensteuerung, die möglichst konsequent am Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten orientiert ist;
- (5) in der Lohnpolitik: die Fortsetzung des Kurses, der zu einer Senkung der realen Kosten in der Volkswirtschaft beiträgt, künftig auch geprägt von mehr Differenzierung in den Lohnveränderungen;
- (6) in der Arbeitszeitpolitik: Entscheidungen, die den Aufgaben der Lohnpolitik im Hinblick auf Niveau und Struktur der Kosten nicht zuwiderlaufen und die den Arbeitszeitwünschen der Menschen entgegenkommen;
- (7) in der Strukturpolitik: die Beseitigung massiver Steuerungsfehler in der Branchenstrukturpolitik und der Entschluß zu marktkonformen Neuerungen in der Umweltschutzpolitik, die Erleichterung der Beschaffung von Risikokapital;
- (8) in der Sozialpolitik: Nutzung von Möglichkeiten, das Prinzip der Beitragsäquivalenz in der Sozialversicherung zu stärken und das System angesichts der Gefahr einer Überbelastung im Zusammenhang mit der sich ändernden Altersstruktur der Bevölkerung rechtzeitig durch die Aktivierung zusätzlicher Eigenvorsorge zu entlasten.

Eine solche Politik soll die Güter wieder billiger werden lassen, die wirtschaftlichen Anreize kräftigen und entzerren, Risiken senken und mehr Risikobereitschaft mobilisieren sowie mehr Selbstverantwortung zugleich schaffen und zumutbar machen.

329. Daß die Angebotspreise der Güter zu hoch sind, ist allgemeinsten Ausdruck der Gründe dafür, daß weniger Güter gekauft werden als produziert werden können. Dabei sind zwar nicht auch die gestörten Zukunftserwartungen unmittelbar im Bild, die das Investieren — den Kauf von Investitionsgütern und damit die Vorbereitung künftigen Angebots — so stark bestimmen. Diese wurzeln jedoch außer in den jetzt weichenden konjunkturellen Problemen vor allem in den gleichen Gründen. Die Preise der Güter sind, nehmen wir die Produktionstechnik für gegeben und sehen wir von den Einflüssen, die Schwankungen der Marktlage ha-

ben, einmal ab, Ausdruck der Summe der Angebotspreise für die Leistungen all derer, die am Angebot der Güter direkt oder indirekt beteiligt sind, der Arbeitskräfte, der Kapitalgeber, der Unternehmer, der Anbieter natürlicher Ressourcen, des Auslands, des Staates. Daß sie zu hoch sind will sagen: zu hoch gemessen an dem, was die Güter denen wert sind oder wert sein können, die sie kaufen sollen, wenn man mehr Produktion und Beschäftigung haben will — das heißt zu hoch, gemessen an den Nachfragepreisen für zusätzlichen Absatz. Dieser Sachverhalt, bei dem es nicht um den rein inflatorischen Vorgang eines parallelen Steigens von Preisen und Kosten geht, kann viele Gründe haben: zu hohe Löhne, zu hohe Zinsen, zu hohe Importpreise, zu hohe Abgaben für öffentliche Leistungen, zu hohe kostenwirksame öffentliche Auflagen, zu wenig Wettbewerb (= zu hohe Gewinnansprüche), zu wenig Produktivitätsfortschritt. (Es wäre nicht völlig falsch, statt von zu hohen Preisen der Güter von zu hohen realen Kosten zu sprechen. Dabei wären jedoch die Gewinnansprüche der Unternehmer, die bei unzureichendem Wettbewerb zum Problem werden, von vornherein ausgeblendet. Überdies ist es nicht jedermanns Sache, etwa die direkten Steuern als Kosten anzusehen, wenngleich sie es ja tatsächlich sind; sie stehen für einen Teil der Kosten der Staatstätigkeit.)

Drei Aspekte seien besonders beleuchtet:

- Der einleuchtendste: Für die Güter müssen Preise verlangt werden, die weit oberhalb dessen liegen, was eine zusätzliche Produktion der Volkswirtschaft kosten würde — die Kosten hier gemessen an den Nettoeinkommen als den Angebotspreisen der zusätzlich einzusetzenden Produktionsfaktoren —, weil so hohe öffentliche Abgaben zu entrichten sind. Angesichts des riesigen öffentlichen Finanzbedarfs sind hohe öffentliche Abgaben zwar unvermeidlich, aber doch nicht in der Höhe, wie derzeit auch zusätzliche Produktion belastet ist; denn ein Großteil der Kosten der Staatstätigkeit sind fixe Kosten. Der Preis eines Gutes beträgt heute in weiten Bereichen, wegen der öffentlichen Abgaben wohl das Doppelte der genannten Kosten zusätzlicher Produktion — und mehr (Ziffer 172).
- Der verwirrendste: Für die Güter müssen so hohe Preise verlangt werden, weil die Löhne, der größte Kostenfaktor der Volkswirtschaft, und die Importpreise, der zweitgrößte Kostenfaktor, so hoch sind, erstere etwa, weil sie durch Marktmacht, letztere weil sie durch Protektionismus hoch gehalten werden. Verwirrend ist der Fall für viele deshalb, weil ein irreführendes Kaufkraftargument beziehungsweise ein kurzichtiges, auf die Interessen inländischer Konkurrenten abhebendes Protektionsargument dem Befund entgegengehalten wird (Ziffern 533, 537). Auch der verbreitete Widerstand gegen kosten-senkende Produktivitätsfortschritte, welche hohe Löhne rechtfertigen könnten, hat in solcher Vertauschung von Hauptsache und Nebensache seine Wurzel. Ähnlich wie der Widerstand gegen eine Senkung der Löhne, gegen mehr

Handelsfreiheit und gegen Rationalisierungsanstrengungen — nämlich mit Nachfragesorgen — wird auch der Widerstand gegen Steuersenkungen, insoweit diese eine Einschränkung der Staatsausgaben zur Voraussetzung haben, begründet.

- Der schwierigste: Für die Güter müssen so hohe Preise gezahlt werden, weil die Zinsen so hoch sind und ihnen folgend die von risikotragenden Investitionen verlangte Kapitalrendite. Die Zinsen hat niemand in der Hand, zumal in einer offenen Volkswirtschaft nicht. Eine mehr Vertrauen erweckende, stabile Erwartungen erzeugende Gesamtvorstellung der Volkswirtschaft kann sie senken.

Es könnten sehr viel mehr Güter gekauft werden, und es würden sehr viel mehr gekauft, wenn es gelänge, die Differenz zwischen dem, was die Güter kosten, und dem, was sie kosten dürften und kosten müßten, zu verkleinern.

Der Sachverständigenrat hat diese Zusammenhänge in seinem letzten Jahresgutachten eingehend erörtert (JG 82 Ziffern 284 ff.). Dabei ist deutlich geworden, daß die Frage nach der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung einzelwirtschaftlich faßbarer Fehler in den Erlös-Kosten-Relationen sowie die Frage einer möglichen Therapie durch die Wirtschaftspolitik und die Lohnpolitik im Sachverständigenrat teilweise unterschiedlich beantwortet wird. (Vergleiche hierzu die Minderheitsmeinung von Hans-Jürgen Krupp im Jahresgutachten 82/83, Ziffern 299 ff., auf die dieser erneut verweist.) Die von Ernst Helmstädter unter Ziffern 357 folgende zur Diskussion gestellte Analyse dient dem tieferen Verständnis der langfristigen Entwicklung von Erlös und Kosten. Die Diskussion darüber, zu welchen wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen der dort dargestellte Ansatz führt, ist im Sachverständigenrat nicht abgeschlossen.

330. Die Verwirrung, die von dem fortdauernden Beschäftigungsproblem angerichtet worden ist, geht inzwischen weit. Nicht einmal mehr die These ist unumstritten, es gelte die wirtschaftlichen Anreize zu kräftigen, damit neue Beschäftigungsmöglichkeiten erschlossen und genutzt werden. Vielen leuchtet unmittelbar ein, daß doch das Gegenteil richtig sein müsse, gebe es doch offensichtlich schon zu viele unerfüllbare Erwerbswünsche. Verloren geht das Bewußtsein, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion und Beschäftigung nicht vorgegeben und nur noch zu verteilen ist, sondern abhängig davon, unter welchen Bedingungen und mit welcher Energie die einzelnen an die Verwirklichung ihrer Pläne herangehen, die Unternehmer und alle andern, und zwar im Erfolgsfalle mit positiven Folgen nicht nur für diejenigen, die sich besonders bemühen, sondern auch für diejenigen, die sich eher passiv verhalten.

Die Beseitigung von Verzerrungen bei den wirtschaftlichen Anreizen, beispielsweise der Abbau unzureichend begründeter Subventionen und protektionistischer Regelungen, hat die Aufgabe, den Strukturwandel zu fördern, der zwar viele der da-

von unmittelbar Betroffenen schreckt, aber letztlich doch allein die Chancen eröffnet, auf die alle angewiesen sind. Protektionismus, das ist die Verhinderung der Nachfrage von Ländern, die von unseren Erzeugnissen, namentlich den Investitionsgütern, nur deshalb nicht mehr kaufen, weil sie nicht genug verdienen durch den Verkauf von mehr Waren an uns. Und: Protektionismus heute, das ist die Wettbewerbsunfähigkeit und der Verlust an Arbeitsplätzen morgen. Auf die Dauer überlebt keine Branche, die sich dem internationalen Wettbewerb nicht stellt, sieht man einmal von den seltsamen Praktiken der europäischen Agrarpolitik ab. Die nach wie vor knappen und nicht etwa wegen der akuten Unterbeschäftigung überreichlichen Ressourcen der Volkswirtschaft gilt es hinzulenken zu den zukunftsreichen Produktionschancen, statt sie festzuhalten in auslaufenden. Gerade im Widerstand gegen den Strukturwandel spielt die sich ausbreitende Umkehrung im Denken, in dem unter dem Titel Beschäftigungseffekte Kosten zu Erträgen werden, eine schlimme Rolle. Die Wirtschaftspolitik gerät dadurch in einen Teufelskreis. Er zeigt, wie dringend es ist, nicht nur aus sozialen Gründen, sondern auch um des Spielraums für eine rationale Wirtschaftspolitik willen, möglichst bald zu einer befriedigenden Lage am Arbeitsmarkt zurückzufinden.

331. Zum Teufelskreis gehört auch, daß, während in den vergangenen Jahren allgemein die wirtschaftlichen Verhältnisse unsicherer geworden sind, der Bedarf an Risikobereitschaft also zugenommen hat, zugleich das Streben nach Sicherheit größer geworden ist.

Daß auch die Fähigkeit zum Risiko abgenommen hat, etwa weil die Kapitalbasis der Unternehmen schmaler wurde, ist ebenso zutreffend. Die Tatsache, daß Vorsorge im Verhalten der Unternehmer eine größere Rolle spielt als früher, ist insoweit also nicht verwunderlich. Aber für den dynamischen Unternehmer ist doch die Aufgabe, sein Haus zu bestellen, nur eine Etappe zu neuem Wagnis, nicht Endstation, wie es heute oft den Anschein hat. Konsolidierung — hier der Unternehmen — ist nicht alles.

Daß die Arbeitnehmer auf möglichst viel Absicherung ihrer Arbeitsplätze drängen, ist verständlich. Aber es muß gleichwohl der Anreiz erhalten bleiben, ja wieder vergrößert werden, auch unsichere Arbeitsplätze zu schaffen. Unsichere Arbeitsplätze sind besser als keine. Vor allem aber umschließen die unsicheren Arbeitsplätze von heute allemal die sicheren von morgen, und man erfährt das zweite nicht, wenn man das erste nicht gewagt hat.

Daß man zu schnell nach dem Staat ruft wegen der Faszination des Unmittelbaren, die sich einstellt, wenn er eine Aktivität selbst in die Hand nimmt und so scheinbar Sicherheit gewährt, statt daß man vom Staat vor allem verlangt, die Rahmenbedingungen für das Handeln der Privaten zu verbessern, damit etwas — im einzelnen Unbekanntes — von selbst geschehe, ist altbekannt. Daß dadurch der Staat auch davon abgehalten wird, bei den klassischen Staatsaufgaben das Nötige zu tun und daß

trotz seines ständigen Intervenierens im Marktbereich die Problemlösungen dort meist nicht gefunden werden, der Markt aber seine überlegene Effizienz nur zeigen kann, wenn man ihm etwas zutraut und dabei auch ein Risiko eingeht, muß immer wieder verdeutlicht werden.

Das Problem der Einstellung in Wirtschaft und Gesellschaft zum Risiko und dessen Zumutbarkeit reicht weit hinaus über spezielle Aufgaben des Staates. Es berührt die Frage des Verständnisses der freiheitlichen Ordnung und der Stellung des einzelnen in ihr. Deren Möglichkeit und Funktionstüchtigkeit hängt daran, und überall wo vom Ordnungsrahmen und nicht zuletzt vom Sozialsystem her über das Maß an Selbständigkeit und Selbstverantwortung des einzelnen mitentschieden wird, geht es auch hierum.

Zu den Hauptaufgaben

332. Die für die kommenden Jahre anzustrebende Belebung des wirtschaftlichen Wachstums verlangt die Erhöhung der volkswirtschaftlichen Investitionsquote — wegen des Bedarfs an mehr Arbeitsplätzen, die mit Kapitalgütern auszustatten sind. Rationalisierungsinvestitionen, die heute einen besonders hohen Anteil aufweisen, sind auch künftig erforderlich. Unumgänglich ist jedoch die Steigerung solcher Investitionen, die neuen Produkten und Produktionsverfahren den Weg bereiten. Von ihnen hängt es ab, welcher Wettbewerbsvorsprung am Weltmarkt zu erzielen und welche Dynamik am Binnenmarkt zu entfalten ist. Ein Akzent bei den Investitionen, welche die Exportkraft sichern und stärken, ist nötig, weil es gilt, trotz des verschärften Wettbewerbs auf langsamer wachsenden Märkten erfolgreich zu sein. Mehr Investitionen, die Arbeitsplätze sichern und schaffen, für dringlich zu halten, heißt nicht, den Konsum dauerhaft hintanzustellen. Die meisten Investitionen müssen sich letztendlich am Konsum bewähren, und eigentlich alle Investitionen bereiten zukünftige Konsummöglichkeiten vor. Konsumfeindlich sollte die Entwicklungsvorstellung auch deshalb nicht sein, weil zu mehr Wachstum dynamik auch kauffreudige Konsumenten gehören. Und dies wiederum erfordert Zuversicht der privaten Haushalte hinsichtlich ihrer Verdienstchancen — der Chance, einen Arbeitsplatz zu behalten oder zu bekommen, aber auch der Chance, so viel zu arbeiten, wie es ihnen von den Plänen her, etwas anzuschaffen oder zu bauen, nötig erscheint. Am wenigsten Spielraum ist für zusätzlichen Staatsverbrauch, namentlich wenn es gelingt, einen Teil dessen, was jetzt Staatsverbrauch ist, künftig zu privatem Verbrauch werden zu lassen.

Für das Verständnis der im einzelnen zu kennzeichnenden Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik und der Lohnpolitik für 1984 und danach sollten solche Entwicklungsvorstellungen im Bilde sein.

333. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen dient vielfältigen Zwecken:

— Sie soll durch Senkung der Ausgaben, namentlich dauerhafter Ausgaben, die Kosten der

Staatstätigkeit dauerhaft senken, Kosten, die die Bürger in der Form von Steuern, erhöhten Preisen und Zinsen zu tragen haben und die die Versorgung mit privaten Gütern verteuern und verengen. Ausgaben für Staatsleistungen, die weniger wert sind als die privaten Güter, die sie verdrängen, bewirken, daß im ganzen Produktion und Beschäftigung geringer sind als ohne sie. Die Tatsache, daß es im Zusammenhang mit der Beschaffung hoher öffentlicher Einnahmen Anreizstörungen im Marktsystem gibt, die inzwischen bedenklich groß sind, ist zu berücksichtigen.

- Sie soll durch Senkung der Kreditaufnahme des Staates zu einer Erweiterung des Spielraums für private Ausgaben beitragen, die vom Angebot an Kapital und dessen Preis besonders abhängen, namentlich also den privaten Investitionen, welche, indem sie Arbeitsplätze schaffen oder durch Kostensenkung sichern, für eine allmähliche Schließung der Arbeitsplatzlücke in der Volkswirtschaft zu sorgen haben — all dies zugleich in der Erwartung, daß ein Abbau der Sorge vor auch künftig hohen Zinsen oder höheren Steuern oder erneuter Inflation solche Wirkung verstärken werde.
- Sie soll durch Senkung der Kreditaufnahme des Staates zu einer Senkung der Zinsen und ihr folgend zu einer Senkung der von privaten Investitionen geforderten Rendite auch deshalb beitragen, weil hohe Zinsen und eine hohe Kapitalrendite verteilungspolitisch belastend sind und solche Belastung zugleich die Stabilitätspolitik erschwert (Ziffern 305 f.).
- Sie soll durch Senkung der Kreditaufnahme des Staates den überdurchschnittlichen Anstieg der Ausgaben für den Zinsendienst stoppen und so den finanziellen Spielraum für die Erfüllung der Staatsaufgaben wieder erweitern, namentlich diesen Spielraum nicht für die Zukunft durch heute eingegangene Zinsverpflichtungen weiter verengen — all dies in Respekt vor der Tatsache, daß auch in Zukunft die Möglichkeiten des Staates begrenzt sind, sich zusätzlichen Finanzierungsspielraum durch Steuererhöhungen zu verschaffen.
- Sie soll durch Neuregelungen für die Einkommenstransfers die Ausgabendynamik vor allem in diesem Bereich begrenzen und so Raum schaffen für eine bessere Erfüllung der klassischen Staatsaufgaben.
- Sie soll durch Senkung der konsumtiven Staatsausgaben den Spielraum für investive Ausgaben wieder erweitern.
- Sie soll durch Abbau von Subventionen und subventionsähnlichen Steuervergünstigungen nicht nur den übrigen Aufgaben der Konsolidierungspolitik dienen, sondern zugleich Anreizstörungen und Wettbewerbsverzerrungen beseitigen.

334. Neben dem Abbau von Subventionen ist vor allem ein Rückzug des Staates aus Aufgaben, die privat ebenso gut oder besser erfüllt werden können,

noch zu wenig in Gang gekommen. Dies ist ein auch ideologisch umstrittenes Feld.

Helfen müßte die Einsicht, daß ein Prinzipienstreit nicht weiterführt, wenn die Alternative zum Verzicht auf eine öffentlich dargebotene Leistung, die Steuergelder kostet, die Einschränkung bei einer anderen staatlichen Aufgabe ist. Die Grenzen für eine Ausweitung der Staatstätigkeit sind allen sichtbar geworden. Umstritten ist nicht die Aufgabe einer Konsolidierung der Staatsfinanzen an sich, sondern nur deren Tempo und Ausmaß. Nimmt man die hohe Abgabenbelastung der Einkommen mit ins Bild, so müßte eigentlich die Tatsache, daß es teilweise am Nötigsten fehlt, um andrängenden neuen Staatsaufgaben oder auch nur den nicht in Frage stehenden unter den alten gerecht zu werden, allen ein Interesse geben, Raum zu schaffen bei den Aufgaben, die zumindest als Staatsaufgaben minder dringlich sind, weil sie nicht ersatzlos entfallen, sondern wahrgenommen würden von Privaten. Staatsleistungen, die Steuergelder kosten, sind volkswirtschaftlich selbst dann teurer als vergleichbare privat dargebotene Leistungen, wenn ihre Produktionskosten nicht höher sind; denn zu den Kosten des öffentlichen Angebots zählen immer auch die Anreizstörungen aus der Steuererhebung.

335. Der bisherige Konsolidierungskurs hat die konjunkturelle Erholung nicht entscheidend behindert, diese möglicherweise über einen günstigen Einfluß auf die Zinsen und die allgemeinen wirtschaftlichen Erwartungen sogar stärker gefördert, als die Mindersteigerung der öffentlichen Ausgaben sie beeinträchtigt hat. Konjunkturelle Rücksichten stehen einem Fortgang der Konsolidierung im bisherigen Tempo also nicht entgegen. Im Gegenteil, nachdem eine konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Gang gekommen ist, sinkt der Bedarf an konjunkturstützenden Impulsen der Defizitpolitik. Die privaten Ausgaben besetzen wieder verstärkt Felder, auf denen der Staat die Rolle des Platzhalters übernommen hatte, oder auch die des Verdrängers.

336. Im Sachverständigenrat besteht Einigkeit darüber, daß die Konsolidierung der Staatsfinanzen notwendig ist. Unterschiedliche Meinungen bestehen dagegen über Begründung, Weg und Tempo der Konsolidierung. Nach Meinung eines Mitglieds des Sachverständigenrats, Hans-Jürgen Krupp, sind die von der Mehrheit in Ziffer 333 angegebenen Gründe nur teilweise überzeugend.

Nach Meinung dieses Ratsmitglieds ist es nicht selbstverständlich, daß die Konsolidierung ganz oder überwiegend auf der Ausgabenseite ansetzt. Er verweist hierzu auf seine Stellungnahme im Sondergutachten 82, Ziffer 51. Unstrittig ist, daß zur Konsolidierung eine Überprüfung aller Staatsausgaben gehört, bei der Erträge und Kosten der einzelnen Staatsausgaben gegeneinander abgewogen werden müssen, dabei sind die Anreizstörungen zu berücksichtigen. Auch bei der Diskussion der Beschäftigungseffekte ist es notwendig, positive und negative Beiträge in die Überlegung einzubeziehen. Strittig ist, ob mit der hohen Abgabenbelastung als solcher eine Aussage über die Summe aller Staats-

ausgaben begründet werden kann. Insofern trägt dieses Mitglied des Rates die globale Aussage, wie sie unter dem ersten Punkt der Aufzählung unter Ziffer 333 enthalten ist, nicht mit.

Die Behauptung, daß eine Senkung der Kreditaufnahme des Staates zu einer Senkung der Zinsen führe, erfordert eine Klarstellung. Die Zinshöhe ist zunächst und in erster Linie von der Geldpolitik bestimmt (Ziffer 419). Bei einer Normalversorgung mit Geld gehen von den Änderungen der Kreditnachfrage des Staates nur geringe Einflüsse auf das Zinsniveau aus. Dies ist inzwischen in zahlreichen Studien empirisch nachgewiesen.

Im übrigen schließt sich dieses Mitglied des Rates den vorgetragenen Begründungen weitgehend an. Zusätzlich hält es für erwähnenswert, daß die Frage der hinnehmbaren Normalverschuldung und damit verbunden das Ausmaß der Konsolidierung eine Frage ist, die vor dem Hintergrund der Wünsche und Vorstellungen der Bürger zu diskutieren ist. Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, daß eine weitgehende Konsolidierung den Wünschen der Bürger der Bundesrepublik Deutschland entspricht.

Bei der Wahl des Konsolidierungstempos ist die konjunkturelle Entwicklung zu berücksichtigen. Die Rezession wird verlängert, eine darauffolgende Erholung verlangsamt, wenn zur Unzeit zu stark konsolidiert wird, wie dies in den letzten Jahren geschah, und auch 1984 zu befürchten ist. Der Vergleich zwischen den Vereinigten Staaten und den meisten europäischen Ländern zeigt dies sehr deutlich (Ziffer 30). In der Rezession verdrängt der Staat nämlich nicht die Privaten, vielmehr tritt er in die von ihnen gelassene Lücke. Kommt es zu einem kräftigen Aufschwung, ist auch nach Meinung dieses Ratsmitglieds die Konsolidierung entschlossen voranzutreiben.

Soweit die Meinung dieses Ratsmitglied.

337. Die Reform der Besteuerung des Einkommens ist eine so große Aufgabe, daß der Sachverständigenrat sie für die Zeit, in der die Konsolidierung des Staatshaushalts und die Neuordnung der Steuern, die auf Investitionen lasten, besonders dringlich erscheinen, zeitlich im zweiten Rang sieht. Sie braucht auch mehr Zeit für die Diskussion, jedenfalls dann, wenn es um mehr gehen soll als um die Beseitigung einiger Ungereimtheiten des geltenden Tarifs, die an dessen anreizstörenden Wirkungen wieder nur dem Vorzeichen nach, nicht jedoch durchgreifend etwas ändern, gleichwohl aber verhältnismäßig viel kosten würde. Sachlich gehört die Aufgabe nicht in den zweiten Rang.

Ihre Bedeutung ergibt sich

- für die unteren und mittleren Einkommen aus dem Zusammenspiel steil steigender Grenzsteuersätze mit den Beiträgen zur Sozialversicherung;
- für die höheren und hohen Einkommen aus den hohen Grenzsteuersätzen des Einkommensteuertarifs selbst, teilweise außerdem aus dem Zusammenspiel mit der Gewerbesteuer.

Ein Großteil der Abgabenlast machen Sozialabgaben aus, die immerhin überwiegend nach dem Prinzip der Äquivalenz von Leistung und Gegenleistung ausgestaltet sind. Und das Bewußtsein dafür, daß es sich im großen und ganzen so verhält, ist wohl auch da. Aber es sind nun einmal Zwangsabgaben, und der Staat kann bei den Betroffenen das Bewußtsein der Äquivalenz im einzelnen nicht sicherstellen und diese Äquivalenz von den individuellen Nutzen-schätzungen her auch gar nicht herstellen.

338. Auf die hohen Kosten und Preise der Güter ist zurückzukommen: Ein Unternehmen muß wegen der öffentlichen Abgaben, geht es um die Belastung zusätzlichen Einkommens, für das Ergebnis der Arbeit eines Mitarbeiters, will es nur auf seine Kosten kommen, je nach den persönlichen Verhältnissen des Mitarbeiters am Markt das Zweifache bis Dreifache dessen Erlösen, was der Mitarbeiter bar ausgezahlt erhält (Ziffer 172). Dabei ist von den Gemeinkosten des Unternehmens vollständig abgesehen, auch von jeglichem Unternehmerlohn. Solche Spannen grenzen an eine Mißbilligung des Strebens nach zusätzlichem Einkommen, die mit Steuergesetzen nicht gemeint sein kann.

339. Jeder einzelne und das Gemeinwesen ist darauf angewiesen, daß die Problemlösungsfähigkeit aller mobilisiert wird. Bei unverzerrten Anreizen leistet dies das Marktsystem. Die Verteilung der Erträge aus den dezentralen Anstrengungen aller ist Teil des Marktgeschehens. Leistung und Tüchtigkeit bestimmen sie, freilich nicht nur sie. Vom individuellen Verdienst her ist die marktbestimmte Einkommensverteilung allein nicht zu rechtfertigen. Das heißt nicht, daß sie voll zur Disposition der Umverteilungspolitik steht. Daß der eine Unternehmer glücklich disponiert, der andere unglücklich, daß die Angehörigen der einen Berufsgruppe ihre Arbeitskraft in unvorhersehbarer Weise knapper werden und vom Markt prämiert sehen, die anderen das Gegenteil, das darf nicht ablenken von der fundamentalen Bedeutung, die faire Anreize haben, Anreize für jeden einzelnen, das für ihn wahrscheinlich Aussichtsreichste zu tun und die Risiken der eigenen Entscheidung zu tragen.

Die Anreize und Sanktionen des wettbewerblichen Suchprozesses bestimmen den Gewinn des voraneilenden Wettbewerbers. Die Konkurrenz der nachholenden Wettbewerber bringt immer aufs Neue die hohen Pioniergewinne zum Verschwinden und sorgt dafür, daß Fortschritt und Einkommenserhöhungen zur Selbstverständlichkeit für jedermann werden. Dies ist die Lehrbuchvorstellung von der segensreichen Wirkung des dynamischen Wettbewerbs. Leistung, Tüchtigkeit und Glück sind nötig für einen guten Gewinn. Aber auch andere Faktoren sind mit im Spiel, Marktmacht etwa. Und für die personelle Einkommensverteilung spielt das Vermögen eine große Rolle.

Heute ist unvermeidlich und auch nicht streitig, daß der Staat in die von Verdienst und Glück, Marktmacht und Vermögen bestimmte Einkommensverteilung, die das Marktsystem hervorbringt, in massiver Weise eingreift. Der hohe Finanzbedarf des

Staates und die im demokratischen Entscheidungsprozeß definierten Vorstellungen von Gerechtigkeit bringen dies mit sich. Aber es gibt auch im demokratischen System Grenzen für die Möglichkeit, die Spielregeln unabhängig davon festzusetzen, was die von den Kosten der Staatstätigkeit und von der Umverteilung Belasteten für fair halten. Es gibt die Möglichkeit, nicht mehr mitzuspielen oder das Mitspielen einzuschränken. Und es gibt Grenzen der Kontrolle hinsichtlich der Einhaltung der Spielregeln. Der Zug in die Schattenwirtschaft und in die ausländische Vermögensanlage belegen beides, vor allem auch, daß die Erosion der Bereitschaft, die Spielregeln einzuhalten, breite Schichten der Bevölkerung erfaßt hat und von den Vorstellungen über Kriminalität nicht mehr erreicht wird.

Es gibt vermutlich eine weitreichende Übereinstimmung, die jede Regel, die jemandem weniger als die Hälfte des Ertrages persönlicher Anstrengungen — oder was er dafür hält — beläßt, als unfair verwirft.

340. Es sind daher nicht nur Gründe der Effizienz, die es unumgänglich erscheinen lassen, daß man an die Aufgabe einer Reform des Abgabensystems mit dem unbeirrten Vorsatz herangeht, die Grenzbelastung der Einkommen deutlich zu senken. Der Sachverständigenrat erörtert an anderer Stelle dieses Gutachtens einige der hierzu in Betracht kommenden Möglichkeiten. Wegen des hohen Finanzbedarfs des Staates kommt eine ins Gewicht fallende Senkung der Einkommensbelastung insgesamt wahrscheinlich nicht in Betracht. Man gäbe sich Illusionen hin, würde man dies anders sehen. Aber die Grenzbelastung der Einkommen muß nicht so bleiben, wie sie ist; sie darf jedenfalls nicht von vornherein als unumgänglich angesehen werden.

Der Konflikt zwischen den Gesichtspunkten des staatlichen Finanzbedarfs, den verteilungspolitischen Zielen, der Fairness gegenüber Minderheiten und nicht zuletzt dem der Effizienz des Steuersystems ist scharf. Es ist Phantasie von allen Seiten gefordert, dem Problem beizukommen. Die Erfahrung der Ökonomie muß vielleicht auch in diesem ideologisch umstrittenen Feld helfen, einen besseren Weg auszumachen, die Erfahrung nämlich: Abschließend festlegen kann der Steuergesetzgeber das Maß der Belastung eines Steuerpflichtigen ohnehin nicht. Dessen Überwälzungschancen richten sich nach Marktgesetzen. Abschließend festgelegt wird nur der Preiszuschlag, der von irgendwem entrichtet werden muß auf dem Wege zu etwas, was alle, nicht zuletzt der Staat, wollen müssen, mehr (offizielle) Wirtschaftstätigkeit. Es geht um eine Hürde, die von Angebot oder Nachfrage überwunden werden muß, aber eben in allzu vielen Fällen nicht überwunden wird.

341. Die Neuordnung der Besteuerung der Unternehmen sollte

- Diskriminierungen risikobehafteter Erträge und Einkommen beseitigen,
- die steuerliche Belastung von Investitionen allgemein senken, insbesondere die Besteuerung

von inflationsbedingten Scheingewinnen abzubauen,

- die im System der Steuern vom Einkommen und Ertrag begründete Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen, die der wirtschaftlichen Dynamik von unten abträglich ist, verringern,
- die Steuereinnahmen, die den Gemeinden zustehen, auf eine neue Grundlage stellen, die den Gemeinden stetiger fließende Einnahmen verschafft, die Gemeindeautonomie vergrößert und die Anreize für eine wirtschaftsbezogene Gemeindepolitik kräftigt und entzerrt.

342. Regierung und Parlament sind bisher den Weg kleinerer Korrekturen an einzelnen Stellen gegangen, dort wo die Unternehmen die steuerliche Belastung als besonders unangenehm empfinden, namentlich bei den ertragsunabhängigen Steuern, und wo Gesichtspunkte der Mittelstandsförderung eine Erleichterung besonders opportun erscheinen ließen. Die Änderungen widersprechen den Vorstellungen, die der Sachverständigenrat in seinen beiden letzten Jahresgutachten zur Diskussion gestellt hat, teilweise nicht. Ein geschlossenes Konzept, das auch eine Sonderbehandlung der mittelständischen Wirtschaft unnötig machte, liegt noch nicht vor.

Der Sachverständigenrat rät davon ab, den Weg der kleineren Korrekturen weiterzugehen. Falls eine durchgreifende Änderung der Belastung, die von der Einkommenbesteuerung her auf den Investitionen liegt, vorläufig nicht angestrebt wird, spricht viel dafür, sich jetzt auf die Vorbereitung einer Ersetzung der abermals verschlechterten Gewerbesteuer zu konzentrieren. In dieser Aufgabe laufen alle zuvor aufgeführten Gründe für eine Reform der Unternehmensteuern zusammen. Ein Gemeindesteuersystem, das einen Hauptteil der gemeindlichen Ausgaben durch eine Sonderbelastung risikobehafteten Einkommens und Kapitals zu decken vorschreibt, läßt sich nicht länger rechtfertigen.

343. Das Einschwenken der Geldpolitik auf einen am Wachstum der Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft orientierten Pfad der Geldmengenerweiterung soll sicherstellen, daß die einer konjunkturellen Aufwärtsbewegung allemal innewohnende Gefahr einer abermaligen Beschleunigung der Geldentwertung gebannt bleibt, ja daß die Geldentwertung weiter zurückgeht. Für Preiskorrekturen, auch nach oben, etwa dort wo akuter Nachfragemangel einen starken Druck auf die Preise ausgeübt hatte, ist selbst dann Raum, wenn das Preisniveau nicht steigen soll. Andere Güter, namentlich solche, die mit sinkenden Kosten produziert werden, könnten billiger werden. Die Erfahrung der Jahre 1975 bis 1978 und teilweise auch die des Jahres 1983 hat gezeigt, daß eine konjunkturelle Aufwärtsbewegung durchaus mit einer sinkenden Inflationsrate verbunden sein kann, ihr womöglich sogar dienlich ist. Dies ist auch gar nicht verwunderlich, kommt es doch auf die Kostenentwicklung an, ob eine Abschwächung des Preisauftriebs konjunkturelle Auftriebskräfte bremst oder nicht. Überdies: Auch bei verringerter Inflationsrate gibt es ja nach wie vor überwiegend steigende Preise. Es ist die

Inflationsgewöhnung, die es mit sich gebracht hat, daß heute, wenn es um Preise geht, weithin und oft unbedacht schon eine Senkung der Steigerungsrate von vornherein als ein deflatorischer Vorgang angesehen wird.

344. Solchen Vorstellungen ist entgegenzutreten. Dem Sachverständigenrat wird gelegentlich vorgehalten, daß auch er ihnen Vorschub geleistet habe, als er vor Jahren den Begriff eines kurzfristig für unvermeidlich zu haltenden weiteren Anstiegs des Preisniveaus in die Diskussion brachte. Was ist an Preissteigerungen eigentlich unvermeidlich, so fragen viele. Der Begriff der unvermeidlichen Preissteigerungen hebt ab auf die Erfahrung, daß in Zeiten der Inflationsgewöhnung, in denen viele ihre Dispositionen, soweit sie in die Zukunft reichen, auf die Erwartung weiterer Preissteigerungen gegründet haben, eine Wirtschaftspolitik, die kurzfristig und abrupt einen Fortgang der Inflation unterbindet, Beschäftigungsrisiken schafft, die mit keiner erwartbaren und zumutbaren Fähigkeit zur Anpassung an plötzlich veränderte gesamtwirtschaftliche Bedingungen aufgefangen werden können.

345. Zu fragen bleibt, ob aus solchen Gründen auch für 1984 ein gewisses Maß an Preissteigerungen als unvermeidlich anzusehen ist. Da es gegenwärtig keinen akuten, aus der jüngsten Entwicklung resultierenden, allgemeinen Kostendruck gibt, der in das nächste Jahr hineinragt, und auch die Preisentwicklung im Verlauf des Jahres 1983 im ganzen nicht mehr die Vorstellung einer fortdauernden Inflation erneuern konnte, versteht sich dies jedenfalls nicht mehr von selbst. Die den Prozeß der Inflationsgewöhnung vor allem bestimmenden Preise und Kosten für gewerblich erzeugte Waren sind weitgehend zur Ruhe gekommen. Diese Preise müßten zwar im Durchschnitt sogar sinken, wenn das Preisniveau im ganzen stabil bleiben soll, da im verarbeitenden Gewerbe im allgemeinen überdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte erzielt werden. Aber auch dies ist ja durchaus möglich. Bei einer großen Anzahl von Industriewaren sind die Preise 1983 auch gesunken. Es könnte künftig verstärkt so sein.

Trotzdem raten wir der Wirtschaftspolitik, namentlich der Geldpolitik, bei der für 1984 anzustrebenden weiteren Dämpfung des Preisauftriebs die sich für 1984 abzeichnende weitere Abschwächung des Anstiegs der Verbraucherpreise für ausreichend zu halten. Das wäre ein Anstieg im Verlauf des Jahres, also Dezember gegen Dezember gerechnet, von wenig mehr als 2 vH. Für ein Jahr der konjunkturellen Aufwärtsbewegung wäre das durchaus ein Erfolg. Angesichts der Schwierigkeiten, allein mit Hilfe guter binnenwirtschaftlicher Bedingungen alsbald zu niedrigeren Zinsen zu kommen, wäre es jedenfalls nicht zweckmäßig, die Dämpfung zu forcieren.

Zu den sich verstärkenden Sorgen gehört, daß erneut vom Ausland Teuerung ins Land kommen könnte. Die Wechselkurse folgen nicht immer so rechtzeitig den internationalen Unterschieden im Inflationstempo, daß ein inflatorischer Impuls von außen unterbleibt oder jedenfalls nur so kurze Zeit

wirksam wird, daß eine binnenwirtschaftliche Anpassung an höhere Preise im Außenhandel nicht in Gang kommt. Ein Grund, das im vorhinein für unvermeidlich zu haltende Maß an Preissteigerungen höher anzusetzen, ist darin allerdings nicht zu sehen. Es ist Aufgabe der Wirtschaftspolitik, genügend Vertrauen in die deutsche Währung zu begründen, damit solche Gefahren abgewehrt werden.

Es ist nicht Aufgabe der Geldpolitik, Zinssenkungen zu forcieren. Die in der Bundesrepublik unter gegebenen weltwirtschaftlichen Bedingungen möglichen Zinssenkungen sind diejenigen, die sich einstellen, wenn alle ihre Rolle annehmen und in vernünftiger Weise ausfüllen.

346. Über die Aufgaben und Möglichkeiten der Geldpolitik bestehen im Sachverständigenrat unterschiedliche Meinungen. Ein Mitglied des Sachverständigenrats, Hans-Jürgen Krupp, ist der Meinung, daß die Geldpolitik in höherem Maße als nach den Vorstellungen der Mehrheit auch die langfristigen Zinsen beeinflußt und daß sich hieraus die Notwendigkeit ergibt, die Zinsen als Restriktion der Geldpolitik zu beachten. Dies hat auch Konsequenzen für die Beurteilung der Geldpolitik dieses Jahres (Ziffer 419).

Unabhängig davon bestehen im Rat Meinungsunterschiede über die Rollenzuteilung in der Wirtschaftspolitik. Da die Geldpolitik die Entwicklung des Nachfragevolumens beeinflußt und dadurch zumindest kurzfristig Einfluß auf die sich tatsächlich am Markt einstellenden Reallöhne und die Beschäftigung hat, trägt sie einen Teil der Verantwortung für die Beschäftigungsentwicklung und kann aus ihr nicht entlassen werden, genausowenig wie die Tarifparteien aus ihrer Verantwortung für das Preisniveau.

Soweit die Meinung dieses Ratsmitglieds.

347. Die Lohnpolitik ist in besonderem Maße von der Vorstellung betroffen, daß sie helfen soll, Probleme zu bereinigen, an deren Verursachung sie sich unbeteiligt fühlt. In der Tat ist es wenig fruchtbar, darüber zu streiten, ob die Kosten in der Bundesrepublik zu hoch sind, weil ein zu starker Lohn- und Preisdruck sie hochgetrieben hat, oder ob Änderungen der wirtschaftlichen Bedingungen, die man nicht oder jedenfalls nicht ohne weiteres ändern kann, hohe Löhne zu zu hohen Löhnen gemacht haben. Richtig ist auch, daß Anlaß besteht, nach anderen Möglichkeiten der Kostensenkung zu suchen, wo immer man sie finden kann. Der Erfolg, mit dem man dies tut, entscheidet mit darüber, welche Anpassungslast den Lohnwünschen verbleibt. Heraushalten können sich die Tarifpartner aus der Anpassungsaufgabe jedoch letztlich nicht und tun es ja auch nicht. Die Anpassungsaufgabe besteht, solange ein hoher Beschäftigungsstand nicht wieder erreicht oder jedenfalls nicht nur wegen eines vorübergehenden Nachfragemangels gefährdet ist. Denn wieviel Produktion und Beschäftigung in einer Volkswirtschaft lohnend ist, richtet sich bei gegebenen Preisen nach deren Kosten, nach den Ko-

sten im Verhältnis zu dem, was die zu produzierenden Gütern wert sind, die sie kaufen sollen, seien es inländische oder ausländische Kunden.

348. Wir heben hervor, daß es im Hinblick auf die Beschäftigungsprobleme, in erster Linie auf die Relation von allen Kosten zu den Erlösen ankommt und nicht etwa speziell auf die Lohn-Zins-Relationen. Letztere sind in den Unternehmen von großer Bedeutung bei der Wahl des für die Produktion der einzelnen Güter jeweils günstigsten Produktionsverfahrens. Hohe Löhne im Verhältnis zu den Zinsen reizen zu besonders kapitalintensiver Produktion an; mehr Menschen sind dann mit der Herstellung von Maschinen und sonstigen Kapitalgütern beschäftigt. Umgekehrt ist bei niedrigen Löhnen im Verhältnis zu den Kapitalkosten auch arbeitsintensive Produktion in größerem Umfang lohnend. Weniger Menschen sind dann mit der Herstellung von Maschinen und sonstigen Kapitalgütern beschäftigt. Die Lohn-Zins-Relation, die dies steuert, muß sich nach der relativen Knappheit von Arbeit und Kapital in der Situation des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, zu dem Vollbeschäftigung gehört, richten. Ob aber insgesamt überhaupt genügend Produktion und Beschäftigung lohnend erscheint, gleichviel ob arbeitsintensiver oder kapitalintensiver Art, das ist allemal eine Frage der gesamten Kosten, hier also der Gesamtheit aus Lohnkosten und Kapitalkosten.

349. Dieser Punkt der beschäftigungspolitischen Diskussion ist deshalb von Bedeutung, weil die Existenz dauerhafter Beschäftigungsprobleme ein klares Indiz dafür ist, daß beim realen Kostenniveau in zu vielen Unternehmen etwas nicht stimmt.

Der Sachverständigenrat hat immer deutlich ausgesprochen, daß die Reallöhne, die zu einem hohen Beschäftigungsstand passen, nicht bekannt sind. Sie müssen am Markt herausgefunden werden. Es ist aber vernünftiges Marktverhalten der Tarifpartner, solange gravierende Beschäftigungsprobleme bestehen, die als dauerhaft gelten müssen — und dieses Marktsignal ist seit langem unstrittig —, davon auszugehen, daß die Reallöhne im Verhältnis zur Produktivität der Arbeit auf gefährdeten oder auf neu zu schaffenden Arbeitsplätzen zu hoch sind, zumindest in großen Bereichen. Und, worauf es noch mehr ankommt: Daß unter solchen Bedingungen Zurückhaltung bei Lohnsteigerungen in jedem Fall hilfreich ist. Unumgänglich sogar, zumindest vorläufig, wenn andere Möglichkeiten der beschleunigten Kostensenkung ausgeschöpft sind.

Dies heißt nicht ohne weiteres, es sei wiederholt, daß die Reallöhne absolut sinken müßten. Es könnte genügen, daß sie im Verhältnis zur weiter steigenden Produktivität der Arbeit sinken. Die Steigerung der Produktivität ist die offensive Strategie, die Senkung der Reallöhne die defensive. Nötig ist nicht zuletzt auch, den von der Lohnpolitik nicht gewollten, aber in der Vergangenheit nun einmal entstandenen Druck auf die Wirtschaftspolitik abzubauen, durch Finanzhilfen und Steuervergünstigungen Fehler beim Kostenniveau zu heilen, die anderswo ihre Ursache hatten. Dies löst Probleme

des gesamtwirtschaftlichen Kostenniveaus nicht, schafft sogar neue, weil an anderer Stelle und im ganzen die Abgabenlast erhöht werden muß, und ist überdies ein ständiges verteilungspolitisches Ärgernis. Die Gewinnmargen allgemein gedrückt zu halten und mit Subventionen oder Steuererleichterungen dort und dann zu helfen, wo immer und wann immer es übergroße Schwierigkeiten gibt, ist keine vernünftige Strategie. Sie lähmt die wirtschaftliche Dynamik. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sitzen in einem Boot. Die einen sind auf prosperierende Unternehmen so gut angewiesen wie die anderen. Der vernünftige Teil des Streits zwischen beiden geht um die beidseitige Beteiligung an den Risiken der Unternehmen und an den wegen dieser Risiken unverzichtbaren Gewinnchancen der Unternehmen. Es ist heute gelegentlich Teil der Begründung für eine defensive Strategie, daß man sich nicht zu traut, mit den Verteilungsproblemen fertig zu werden, die eine offensive Strategie aufwirft, wenn sie erfolgreich ist. Es sollte aber allemal weniger Phantasie erfordern, hohe Einkommen friedlich zu verteilen als geringe.

350. Selbstverständlich haben die Tarifvertragsparteien nicht die Reallöhne in der Hand, sondern allein die Nominallöhne, und zwar die mindestens zu zahlenden. Der Reallohn ist das Ergebnis von Lohnentwicklung und Preisentwicklung. Der Basiszusammenhang ist: Zu hohe Lohnsteigerungen bewirken entweder eine Steigerung des Preisniveaus, vorausgesetzt, die Geldpolitik verhält sich nachgiebig gegenüber einem solchen inflatorischen Impuls oder, tut sie es nicht, eine Senkung des Beschäftigungsstandes oder — der häufigste Fall — eine Kombination von beiden. Dieser Satz ließe die Lohnpolitik von beschäftigungspolitischer Verantwortung also nur frei — und auch dies nur scheinbar — beziehungsweise brächte sie nur dann nicht in Konflikt mit der Geldpolitik, wenn davon auszugehen wäre, daß die Geldpolitik, allemal der Lohnpolitik zu folgen, das Ziel der Stabilität des Geldwerts also nur in Abhängigkeit von der Lohnentwicklung anzustreben hätte. Das ist nicht so und sollte nicht so sein. Auch im Interesse des Beschäftigungsziels nicht. Früher oder später muß einer Inflation entgegengetreten werden, und alle Erfahrung lehrt, daß die negativen Beschäftigungsfolgen einer Inflationsbekämpfung um so größer sind, je länger man die Aufgabe vertagt. Schärfer noch: Auch die Inflation selbst hat, ist sie kostenseitig angetrieben, negative Rückwirkungen auf den Beschäftigungsstand.

Siehe hierzu die abweichende Meinung eines Ratsmitglieds zur Rollenverteilung unter Ziffer 346.

351. Zu fragen ist immer aufs neue, was Zurückhaltung bei Tariflohnsteigerungen unter diesen Umständen bedeuten sollte. Die Aufgabe lautet: Spielraum geben für eine Senkung der realen Lohnkosten, genauer: die nominalen Tariflöhne so festsetzen, daß unter der Annahme einer in vorhersehbarer Weise auf Stabilisierung des Preisniveaus festgelegten und in dieser Hinsicht auch erfolgreichen Notenbankpolitik die realen Tariflöhne weni-

ger stark steigen als das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde. Die tatsächliche Entwicklung kann davon abweichen. Schon die Effektivlöhne können es tun. Aber auch die Preisentwicklung ist von der Geldpolitik kurzfristig nicht ohne weiteres steuerbar. Zu den Möglichkeiten gehört durchaus — und das Jahr 1983 ist hierfür ein Beispiel —, daß der Anstieg des Preisniveaus geringer ausfällt, als den Erwartungen entsprach, welche die Lohnpolitik bestimmt hatten. Es kommt dann nicht zu einer Senkung der realen Lohnkosten im vorgestellten Umfang. Es ist freilich kein Fall, der zu großer Enttäuschung Anlaß gäbe. Denn die positiven Kaufkraftwirkungen einer solchen Preisentwicklung bringen tendenziell einen Ausgleich für die insoweit verringerte reale Kostensenkung.

Das Beispiel des Jahres 1983 mit seiner Kombination von realer Senkung der Lohnkosten und unerwartet geringem Anstieg des Preisniveaus sollte dazu ermutigen, diesen Kurs fortzusetzen.

352. Soweit Reallohnsicherung für die Grundlinie der Lohnpolitik bestimmend bleibt, stellt sich an sich die Frage nicht, wie der Produktivitätszuwachs abzuschätzen ist, hinter dem der angestrebte Reallohnzuwachs zurückbleiben sollte. Wegen der Bedeutung, welche diese Größe in der lohnpolitischen Diskussion hat, sei jedoch abermals ins Bild gerückt: Ratio einer am Ziel eines höheren Beschäftigungsstandes orientierten Lohnpolitik ist es, eine Besetzung oder Schaffung von Arbeitsplätzen rentabel werden beziehungsweise rentabel bleiben zu lassen, die trotz aller Anstrengungen in Richtung Kostensenkung eine geringere Arbeitsproduktivität aufweisen als die — ja durchaus weit überwiegenden — Beschäftigungsfälle, die auch bei den gegenwärtigen Kostenverhältnissen rentabel und insoweit nicht gefährdet sind. Die zugleich mögliche und angestrebte durchschnittliche Arbeitsproduktivität sollte also Ergebnis einer Schätzung sein, die dem Rechnung trägt. Ein Durchschnitt, der deshalb hoch ist, weil weniger ertragreiche Beschäftigungsmöglichkeiten gar nicht genutzt werden, ist unerwünscht. Unberührt bleibt, daß es vernünftig ist, alle lohnenden Möglichkeiten einer Steigerung der Produktivität durch Kostensenkung auch zu nutzen; denn Kostensenkung erweitert zugleich den Spielraum für erhöhte Einkommen und lohnende Produktion. Kostenungünstige Produktionsverfahren deshalb wählen, weil sie beschäftigungsintensiver sind, hieße selbstverständlich widersinnig handeln. Aber selbst das wird gelegentlich verlangt.

353. Es ist der Weg über eine stärkere Differenzierung der Löhne, der helfen kann, die beschäftigungspolitischen Ziele mit verteilungspolitischen Zielen hinsichtlich der durchschnittlichen Lohn-Gewinn-Relation in Einklang zu halten. Solche Differenzierung erlaubt es, Unterschieden in der relativen Knappheit von Arbeitskräften in marktgerechter Weise Rechnung zu tragen, also Übergewinne hier und Rentabilitätsmangel dort auf das zu beschränken, was als Marktsignale für die Unternehmen nötig ist. Zugleich würden auch den Arbeitnehmern mehr Möglichkeiten geboten zu entscheiden, ob sie auf ihrem alten Arbeitsplatz bleiben und we-

niger Lohnsteigerungen hinnehmen oder ihre Arbeitsleistungen dort anbieten wollen, wo es höhere Lohnsteigerungen gibt. Sollen der am wenigsten produktive Arbeiter und der produktivste ähnlich viel verdienen, so wird entweder der Beschäftigungsstand niedrig oder die Gewinnsumme in der Volkswirtschaft hoch sein müssen.

354. All dies heißt nicht, daß man in einem Strukturwandel, im Rahmen dessen mehr Beschäftigung entstehen soll als zugleich wegfällt, ohne eine zumindest temporäre Änderung der Verteilungsrelationen auskommt. Die Bereiche, die potentiell nach vorn drängen, brauchen entsprechende Gewinnanreize. Diejenigen, die zurückhängen oder schrumpfen, brauchen Milderung des Kostendrucks, damit es im Strukturwandel keine Tempoprobleme gibt. Wenn im ganzen ein Plus bei der Beschäftigung herauskommen soll, muß das Tempo des Vorgehens der einen höher sein als das Tempo des Schrumpfens der anderen. Aber auf die Dauer gehört es nicht ohne weiteres zu der Ratio einer zurückhaltenden Lohnpolitik, für eine Veränderung der Verteilungsrelationen in Richtung eines höheren Anteils der Gewinne am Volkseinkommen zu sorgen. Dies mag sich ergeben, etwa weil in der Vergangenheit die durchschnittlichen Gewinnmargen zu stark komprimiert wurden. Selbstverständlich ist es nicht. Viele Gewinne, die temporär oder auch nur im vorhinein — in den Erwartungen also — nötig sind, wenn man mehr Dynamik haben will, werden im Wettbewerb keinen Bestand haben oder auch gar nicht erst entstehen. Hierüber wird am Markt entschieden. Der Staat soll für scharfen Wettbewerb sorgen, durch Wettbewerbspolitik und nicht zuletzt durch offene Grenzen. Ihn müssen die Unternehmen bestehen. Zurückhaltende Lohnpolitik heißt im Grunde nichts anderes als diese Mechanismen nicht zu stören. Es heißt, von der Lohnseite her die Norm nicht zu hoch anzusetzen — eine Produktivitätsnorm gleichsam —, die ein Unternehmen erfüllen muß, dessen Produktion und Beschäftigung noch benötigt wird, wenn gesamtwirtschaftlich ein hoher Beschäftigungsstand erzielt werden soll.

355. Die beschäftigungspolitische Aufgabe der Lohnpolitik enthält derzeit eine gewisse Bitterkeit. Sie liegt, wie erwähnt, darin, daß die Zinsen noch immer hoch, die Realzinsen sogar sehr hoch sind, während die Realeinkommen der Arbeitnehmer auf dem im Vorjahr gesunkenen Niveau stagnieren. Investitionen sind nur attraktiv, wenn sie eine Rendite erwarten lassen, die noch um eine Risikoprämie höher liegt als die Zinsen. Mögen auch die Erträge aus älteren Investitionen trotz der Besserung der durchschnittlichen Ertragslage der Wirtschaft auf verhältnismäßig niedrigem Niveau sein, von neuen Investitionen wird verlangt, daß sie die Rendite des Geldvermögens übertreffen. So ziehen die Zinsen die Kapitaleinkommen aus jedweder neuen Kapitalanlage nach oben. Daß dies kurzfristig nicht zu ändern ist, mildert die Bitterkeit des Sachverhalts nicht. Gemildert wird sie nur dadurch, daß mit dem Ingangsetzen der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung die Zeit näherrückt, in der sich die Schere zwischen Produktivitätszuwachs und

Mehrproduktion schließt, ja, in der die Mehrproduktion hinausgehen könnte über den gleichzeitig realisierten Zuwachs im Produktionsergebnis je Beschäftigten, so daß es dann auch bei der Beschäftigung zu Fortschritten käme, nicht nur wie in diesem Jahr zu einer Minderung im Abbau der Beschäftigung, was freilich ebenfalls nicht als Mißerfolg verbucht werden sollte.

356. Seit Jahrzehnten wird streitig diskutiert, inwieweit die Lohnpolitik über ihren Einfluß auf die (nominalen) Produktionskosten die Menge der in der Volkswirtschaft rentabel bleibenden und rentabel werdenden Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten bestimmt, sei es unmittelbar vom Verhältnis der Kosten und Erlöse beim einzelnen Gut her, sei es mittelbar über ihren Einfluß für die Ertragssituation und die Ertragserwartungen der Unternehmen, von denen für alles, was diese unter Risiko unternehmen wollen und unternehmen können, um neue oder günstigere Erwerbsmöglichkeiten zu erschließen, so viel abhängt.

Unter den folgenden Textziffern 357 bis 364 wird von einem Mitglied des Sachverständigenrates, Ernst Helmstädter, eine Position zur Diskussion gestellt, bei der die langfristig wirksamen Kräfte in dem vom Sachverständigenrat stets besonders hervorgehobenen Zusammenhängen zwischen Löhnen, Gewinnen, Beschäftigung und Wachstum stärker als sonst üblich von der realen Seite her und unter längerfristigem Aspekt betrachtet werden. Dies bedeutet zugleich, daß bei dieser Betrachtungsweise die möglichen Konflikte zwischen Lohnpolitik und Geldpolitik nicht im Brennpunkt stehen. Statt des Kostenniveaus tritt die Kostenstruktur — Kostenunterschiede von Unternehmen zu Unternehmen, von Branche zu Branche —, unter Einschluß auch der Lohnstruktur — Lohnunterschiede nach Qualifikation, Beruf, Region, letztlich wieder von Unternehmen zu Unternehmen, von Branche zu Branche —, ins Zentrum der Analyse. Die dominierende Rolle des dynamischen Wettbewerbs wird noch deutlicher als bei der herkömmlichen Analyse. Die Diskussion darüber, welche Bedeutung die von allen Mitgliedern des Sachverständigenrates ernst genommenen längerfristigen Aspekte für die Frage nach den Aufgaben und Möglichkeiten der Lohnpolitik, aber auch der Geldpolitik haben können, ist im Sachverständigenrat nicht abgeschlossen. Die in diesem Gutachten dargelegten Ratschläge für die Lohnpolitik im Jahre 1984 sind im Sachverständigenrat gleichwohl nicht kontrovers. Gemeinsame Auffassung ist auch, daß die Lohnpolitik die Lösung der Aufgabe, die Bedingungen für mehr Wachstumsdynamik wiederherzustellen, nicht allein leisten kann. In welchem Maße in dynamischem Wettbewerb Probleme angepackt, Neuerungen angestrebt und verwirklicht, von anderen nachgeahmt und schließlich in der Breite angewendet werden, inwieweit also all das geschieht, wovon eine nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungslage letztlich abhängt, das wird von der Lohnpolitik nicht abschließend bestimmt. Aber umgekehrt gilt ebenso, daß es ohne eine vernünftige Lohnpolitik nicht geht und daß die Lohnpolitik den Konflikt mit einer zur Wahrung des Geldwerts verpflichteten Noten-

bankpolitik vermeiden muß, wohlgerne, einer auch um des Beschäftigungsziels willen zur Wahrung des Geldwerts verpflichteten Notenbankpolitik.

357. Das Verhältnis der Erlöse zu den Kosten ist von Unternehmen zu Unternehmen recht unterschiedlich. Alle Unternehmen einer Volkswirtschaft lassen sich nach diesem Verhältnis geordnet aneinanderreihen, beginnend mit den rentabelsten und endend mit solchen Unternehmen, bei denen die Erlöse gerade noch die Kosten decken. So erhält man das Erlös-Kosten-Gefälle einer Volkswirtschaft; diesem entspricht ein zugehöriges Gewinngefälle.

Das Erlös-Kosten-Gefälle wird bezüglich der Kosten von der Produktionstechnik und den Faktorpreisen und bezüglich des Erlöses von den Einkommen und der Nachfrage bestimmt. Es ist das auf eine kurze Formel gebrachte Ergebnis des komplexen Zusammenspiels aller Faktor- und Gütermärkte einer Volkswirtschaft. Seine Veränderung in der wirtschaftlichen Entwicklung spiegelt gesamtwirtschaftliche Strukturwandlungen wider.

358. Die grundlegende Hypothese ist nun, daß das Erlös-Kosten-Gefälle unserer Volkswirtschaft in den fünfziger und sechziger Jahren einen vergleichsweise steilen Verlauf hatte und daß es sich seither abgeflacht hat. Die Abflachung des Erlös-Kosten-Gefälles ist Ausdruck der Tatsache, daß damals die Rentabilitätsunterschiede aus vielerlei Gründen größer waren als heute. Der Wettbewerb hat das Gewinngefälle eingeebnet. Viele Märkte haben das langfristige Gleichgewicht erreicht und expandieren bei gerade kostendeckender Produktion nicht mehr oder schrumpfen gar. Pioniergewinne sind seltener geworden, vergleichsweise wenig neue Märkte mit hoher Rentabilität tun sich auf. Die Schwierigkeiten und die Risiken, solche Märkte zu erschließen, sind gestiegen.

359. Unternehmen, die gerade noch ihre Kosten decken oder schon in die Verlustzone geraten sind, scheiden bei konjunktureller Abschwächung aus dem Markt aus. Ein Kostenschub kann dies ebenso bewirken wie sich verschlechternde Absatzbedingungen. Ausgeschiedene Unternehmen (oder Betriebsteile) kehren bei konjunkturellen Gegenbewegungen nicht mehr wieder. In das Erlös-Kosten-Gefälle ist gleichsam ein Sperrklinkeneffekt eingebaut. Unternehmen, die im Wettbewerb zurückbleiben, durchlaufen das Erlös-Kosten-Gefälle nur in einer Richtung, hin zum unrentablen Ende. Wieviele Unternehmen von einem Konjunkturrückgang betroffen werden, hängt davon ab, wie steil oder wie flach das Erlös-Kosten-Gefälle verläuft.

360. Die Wachstumsphase der fünfziger und sechziger Jahre hat bei steilerem Verlauf des Erlös-Kosten-Gefälles höheres Wachstum und eine problemfreie Umsetzung der aus unrentablen Unternehmungen ausscheidenden Arbeitskräfte in rentable Produktionen gebracht. Der Sperrklinkeneffekt wirkte sich bei den Arbeitskräften nicht aus, nur bei den Unternehmen und den Arbeitsplätzen.

Mit flacherem Verlauf der Erlös-Kosten-Relation ist schwächeres Wachstum verbunden, die Umsetzung der aus unrentablen Produktionen ausscheidenden Arbeitskräfte in rentable Produktionen ist erschwert oder gestört. Der Sperrklinkeneffekt wirkt nun auch für die Arbeitskräfte. Die mit den Konjunkturschwankungen schubweise erfolgende Steigerung der Arbeitslosigkeit kann wegen des Sperrklinkeneffekts nicht ebenso schubweise wieder abgebaut werden.

361. Aus dem flacher verlaufenden Erlös-Kosten-Gefälle folgt, daß das reale Kostenniveau angestiegen ist: Die gesamtwirtschaftliche Erlös-Kosten-Relation hat sich verschlechtert. In den fünfziger und sechziger Jahren hatten wir bei steil ansteigendem Erlös-Kosten-Gefälle ein niedriges reales Kostenniveau, heute haben wir ein hohes reales Kostenniveau bei flach verlaufendem Erlös-Kosten-Gefälle.

Erlöse und Kosten hängen voneinander ab. Da die Grenzproduzenten bei Kostendeckung produzieren — oder ausscheiden — hat die volkswirtschaftliche Kostenfunktion Kontakt mit der Erlösfunktion. Über das Scharnier der Grenzproduzenten bewegen sich bei Inflation Kosten und Erlöse im Zusammenhang. Es wird hier der Einfachheit halber angenommen, daß sich die nominellen Kosten und die Preise parallel bewegen. Diese Annahme eines variablen Preisniveaus muß jedoch aufgegeben werden, wenn eine stabilitätsorientierte Geldpolitik in die Betrachtung einbezogen wird.

Der Kreislaufzusammenhang verbindet ebenfalls Erlöse und Kosten. Die Kosten sind Faktoreinkommen, der Erlös ist das Sozialprodukt oder Volkseinkommen. Die Differenz zwischen dem gesamten Volkseinkommen und dem Faktoreinkommen ist der Gewinn.

Das reale Kostenniveau zu senken ist nur möglich dadurch, daß das Erlös-Kosten-Gefälle einen steileren Verlauf annimmt. Die Gewinne können von den Kosten nicht zusammengedrückt werden, es sei denn, das Erlös-Kosten-Gefälle flacht sich ab. Diese Zusammenhänge ergeben sich aus dem Differentialprinzip des Gewinns, das sich im Erlös-Kosten-Gefälle ausdrückt.

362. Stellt man die Betrachtung nur auf die Löhne als einziges Faktoreinkommen ab, so ist das Erlös-Kosten-Gefälle auf ein Preis-Lohn-Gefälle zu reduzieren. Auch sein Anstieg ist durch die jeweils gegebenen Produktions- und Absatzbedingungen und die sie widerspiegelnden Marktprozesse bestimmt.

Ein gegebenes Preis-Lohn-Gefälle impliziert ein bestimmtes Reallohnniveau. Den Reallohn, das Verhältnis der Löhne zu den Preisen, zu senken, ist nur über einen höheren Anstieg des Preis-Lohn-Gefälles möglich. Generelle Lohnerhöhungen berühren diesen Anstieg ebensowenig wie generelle Lohnsenkungen. Nur Lohnveränderungen, die die Lohnstruktur betreffen, verändern das Preis-Lohn-Gefälle.

363. Auf dem Arbeitsmarkt bestimmen sich über Angebot und Nachfrage der Gleichgewichtsreallohn

und die Beschäftigungsmenge. Viele Einschätzungen der Ursachen der heutigen Arbeitslosigkeit orientieren sich an diesem Denkschema. Die bestehende Arbeitslosigkeit wird als Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt gedeutet. Wenn der Reallohn sinkt, so lautet die Schlußfolgerung, dann erhöht sich die Beschäftigung.

Aus der hier dargelegten Position stellt sich der Zusammenhang zwischen Reallohn und Beschäftigung in anderer Weise dar. Das Niveau des Reallohns ist keine direkt beeinflussbare Größe, sondern Ergebnis des gesamten Marktprozesses. Wenn es gelingt, diesen Prozeß so zu lenken, daß das Preis-Lohn-Gefälle wieder steiler verläuft, dann sinkt der Reallohn und über mehr Gewinn ergibt sich auch mehr Wachstum und Beschäftigung. Der Reallohn sinkt nur nach Maßgabe der realen Marktvorgänge, die im Ergebnis das Preis-Lohn-Gefälle ansteigen lassen.

Sinkender Reallohn heißt nichts anderes, als daß das Lohn-Preis-Verhältnis sinkt. Der Lohnanteil am Güterpreis geht zurück. Wenn dies der Fall ist, steigen über höhere Produktivität und Wachstum die Löhne, auch in realer Rechnung. Vom Lohn können mehr Güter gekauft werden. Sinkender Reallohn und steigendes reales Lohneinkommen gehen also Hand in Hand.

364. Ein steiler ansteigendes Erlös-Kosten-Gefälle ist über dynamischen Wettbewerb erreichbar. Nur dynamischer Wettbewerb erschließt neue rentable Märkte. Die Wirtschaftspolitik kann die Rahmenbedingungen für die vorstoßenden Wettbewerber besser absichern gegen unvermeidliche Risiken, sie kann weitere günstige Voraussetzungen für den dynamischen Wettbewerb schaffen. Auch die Tarifpartner können, vor allem über langfristig durchgehaltene Lohndifferenzierungen, dazu einen Beitrag leisten.

Soweit die Position dieses Ratsmitglieds.

365. Im Zusammenhang mit dem fortbestehenden Wachstumspessimismus, aber wohl auch aus Gründen, die nur teilweise im Ökonomischen wurzeln, ist die Auseinandersetzung über weitere Arbeitszeitverkürzungen, namentlich die Auseinandersetzung über Form und Ausmaß weiterer Arbeitszeitverkürzungen, ganz in den Vordergrund der wirtschaftspolitischen Diskussion gerückt und könnte, fortgeführt in der Form eines harten Arbeitskampfes, die gesamtwirtschaftliche Situation schwer belasten.

Das Drängen auf eine Erleichterung oder tarifvertragliche Regelung von Arbeitszeitverkürzungen wirft vielfältige Fragen auf, die Frage, inwieweit die von Neuregelungen Betroffenen eine Arbeitszeitverkürzung überhaupt wünschen, die Frage nach den Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum, den Beschäftigungsstand und den Staatshaushalt sowie die Frage, ob den angestrebten kurz- und mittelfristigen Wirkungen langfristige Gesichtspunkte entgegenstehen.

Der Sachverständigenrat geht diesen Fragen an anderer Stelle dieses Gutachtens eingehender nach. Trotz der im öffentlichen Streit teilweise weit auseinander liegenden Positionen meinen wir, daß die Entscheidungen, die jetzt zu treffen sind, in erheblichem Maße von Einsichten bestimmt sein müßten, die allen gemeinsam sein können.

- (1) Eine Arbeitszeitverkürzung, die daraus entsteht, daß die Menschen sich, soweit einigermaßen wohlinformiert, bei einem Vergleich des Nutzens aus mehr Einkommen mit dem Nutzen aus mehr Freizeit beziehungsweise aus eigenwirtschaftlicher Betätigung dafür entschieden haben, ist zu akzeptieren. Solche Entscheidungen sind in einer marktwirtschaftlichen Ordnung aus sich heraus gerechtfertigt. Sie wären selbst dann zu akzeptieren, wenn die Wirkungen auf den gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsstand nicht überwiegend positiv sein sollten, etwa deshalb nicht, weil sich auch diejenigen entschließen, weniger zu arbeiten, deren spezifische Qualifikation nach wie vor knapp ist und von deren Bereitschaft, unvermindert viel, ja eher mehr als bisher zu arbeiten, mit abhängt, wie viele Menschen im übrigen Beschäftigungsmöglichkeiten behalten oder erhalten werden. Und hingenommen werden muß ebenso, wenn auch ebenso ohne Beifall, daß die freie Entscheidung über die Frage nach etwas weniger Arbeitszeit in volkswirtschaftlicher Sicht grundsätzlich verzerrt ist zugunsten der Freizeit, weil ein Arbeitnehmer, der hohen öffentlichen Abgaben wegen, aus einzelwirtschaftlicher Sicht immer nur einen Teil des Ertrages aus seiner Arbeit mit dem Nutzen aus mehr Freizeit und eigenwirtschaftlicher Tätigkeit vergleicht.

Daß die Arbeitnehmer etwa einen zu kleinen Anreiz hätten, sich für mehr Freiheit und gegen mehr materiellen Wohlstand zu entscheiden, davon kann keine Rede sein. In gesamtwirtschaftlicher Betrachtung trifft eindeutig das Gegenteil zu. Die Folgen ihrer Entscheidung für die Einnahmen des Staates und die Sozialversicherungsträger gehen nicht oder nur teilweise — nur soweit sie die Auswirkungen auf ihre künftigen Ansprüche einbeziehen — in ihr Kalkül ein.

Individuelle Wünsche auf Arbeitszeitverkürzung gibt es aus diesen und anderen Gründen anscheinend in beträchtlichem Umfang, und sie werden zumindest teilweise durch die gegenwärtigen Arbeitszeitregelungen behindert. Daß anders als früher solche Wünsche aber nicht allgemein sind oder auch nur eindeutig vorherrschen, verwundert nicht. Früher nahm die allmähliche Arbeitszeitverkürzung einen mäßig großen Teil der je Stunde insgesamt möglichen Verdienststeigerung in Anspruch. Derzeit bedeutet ein ähnliches Tempo an Arbeitszeitverkürzung, daß man unter Umständen eine Zeitlang auf jeden realen Einkommenszuwachs verzichten, möglicherweise sogar eine weitere Minderung des Lebensstandards in Kauf nehmen muß. Es verwundert daher auch nicht, daß so viele Menschen eher den Wunsch haben, länger zu arbeiten, als

es der derzeit normalen 40-Stunden-Woche entspricht. Weitere Arbeitszeitverkürzung ist also nicht schon deshalb selbstverständlich, weil es sie in den zurückliegenden Jahrzehnten in der einen oder der anderen Form ständig gegeben hat.

Denn dies waren Zeiten der Wohlstandssteigerung, jetzt geht es zunächst einmal und, denkt man an die Probleme der längerfristigen Zukunft, im Grunde noch für lange Zeit um Verteidigung des erreichten Wohlstandes. Arbeitszeitpolitisch besteht zweifellos auch unter diesen veränderten Umständen die Aufgabe, die Anpassung der individuellen Arbeitszeit an die individuellen Arbeitszeitwünsche zu erleichtern. Bei einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung hingegen hat man weniger als früher Aussicht, Kontakt zu halten mit den individuellen Wünschen einer Mehrheit, immer angenommen, diese Wünsche wären das Ergebnis ausreichender Information auch darüber, was Arbeitszeitverkürzung beim Einkommen kostet. Lohnausgleich der Form nach bedeutet ja nicht auch Lohnausgleich der Sache nach, sondern regelmäßig Verzicht auf eine sonst mögliche Einkommenssteigerung.

- (2) Was die möglichen Wirkungen einer Arbeitszeitverkürzung auf den gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsstand anbelangt, so darf nicht davon ausgegangen werden, daß die gesamtwirtschaftlich nachgefragte und zu leistende Arbeit als vorgegeben anzusehen und nur noch zu entscheiden ist, wem die Arbeit zugeteilt wird. Wieviel Arbeit nachgefragt, wieviel tatsächlich gearbeitet wird hängt nicht zuletzt vom Arbeitsangebot (Menge und Preis) selbst ab.

Von großer Bedeutung ist, welche Bedingungen man schafft für den Strukturwandel, in dem sich neue Beschäftigungsmöglichkeiten erschließen. Und zu diesen Bedingungen gehört, welche Preise für Arbeitsleistungen zu zahlen sind, zählt auch, wie groß das Angebot an weiterhin knapp bleibender Qualifikation und Leistungsbereitschaft sein wird. Arbeitszeitverkürzung hat hierauf Einfluß. Vor allem aber: Wieviel in der Summe tatsächlich in der Volkswirtschaft gearbeitet wird, hängt auch davon ab, wie lange zu arbeiten die einzelnen sich entschließen. Sie beschließen damit darüber, wieviel sie produzieren, wieviel Einnahmen sie haben, wieviel Güter sie kaufen werden. Es wäre wirklichkeitsfremd, davon auszugehen, ein Sozialprodukt vorgegebener Größe sei zu erstellen und daraus ergäbe sich die Nachfrage nach Arbeit, wobei Produktivitätssteigerungen auch noch als Störfaktor ins Spiel kämen, die den Bedarf an Arbeit unnötig reduzieren. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung kann das gesamte Aktivitätsniveau der Volkswirtschaft herabsetzen und würde dann überhaupt nichts an Zunahme bei der Beschäftigung und Abnahme bei der Arbeitslosigkeit bringen. So gesehen wäre der rechnerische Beschäftigungseffekt einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung gleich Null.

Dem steht gegenüber ein rechnerischer Beschäftigungseffekt, bei dem man von einem unveränderten Sozialprodukt ausgeht und unter Berücksichtigung von Produktivitätseffekten auf den Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften schließt.

Vermeidet man extreme Ausgangspunkte, auch die Vorstellung einer sehr breit angelegten, fast allgemeinen Arbeitszeitverkürzung, so sollte nicht streitig sein, daß, von der großen Bedeutung der Form, in der sie sich vollzieht, einmal abgesehen, eine Arbeitszeitverkürzung, die das Kostenniveau der Unternehmen gegenüber dem, wie es ohne Arbeitszeitverkürzung wäre, nicht erhöhte, zu einer Steigerung des gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsstandes gegenüber dem, wie er sonst wäre, führen würde, was auch heißen kann, daß eine andernfalls zu erwartende Senkung des Beschäftigungsstandes geringer ausfiele oder ausbliebe. Auch eine geringe Erhöhung des Kostenniveaus in dem genannten Sinne würde, wiewohl für sich genommen mit negativen Beschäftigungswirkungen verbunden, ein Übergewicht der positiven Wirkungen noch nicht ohne weiteres in Frage stellen.

So gesehen ist durchaus richtig, daß Arbeitszeitverkürzung zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen und damit den Wünschen von Arbeitnehmern auch dann nahekommen kann, wenn diese bei ungefährdetem Arbeitsplatz keinen Tausch von Freizeit gegen Einkommen wünschen. Freilich, dies trifft auch zu auf eine Lohnpolitik, die zu Kostensenkungen führt.

Im übrigen: Bei der Entscheidung über den einzuschlagenden Weg darf man sich, was die Frage der Kostenwirkungen von Arbeitszeitverkürzungen angeht, nicht von einer Vorstellung davon leiten lassen, was denkbar ist. Es zählt nur, was wahrscheinlich ist. Hier spielt das Ausmaß der angestrebten Arbeitszeitverkürzung eine große Rolle. Es ist noch nicht zu sehen, wie eine starke allgemeine Arbeitszeitverkürzung, wie sie etwa der Übergang zur 35-Stunden-Woche darstellt, kostenneutral vorgenommen werden könnte, und zwar auch dann nicht, wenn man sie über mehrere Jahre streckte. Aus doppeltem Grunde ist dies schwer vorstellbar.

— Auf Jahre hin muß man, wie schon dargelegt, davon ausgehen, daß der Spielraum für eine Steigerung der realen Stundenlöhne gering sein wird (Ziffer 431). Für den Fall einer mehrjährigen allgemeinen Arbeitszeitverkürzung müßte daher selbst bei sich weiter bessernder Wirtschaftslage eine langanhaltende Stagnation, wahrscheinlich sogar zeitweise eine erneute Senkung der realen Wochenlöhne konsensfähig erscheinen, will man sich dazu entscheiden, diesen Weg zu gehen, und dabei keinen Konflikt mit der Stabilitätspolitik programmieren.

— Bei einer starken allgemeinen Arbeitszeitverkürzung wird es, immer vorausgesetzt, es kommt überhaupt zu einer entsprechenden Nachfrage nach Arbeitskräften, nicht mög-

lich sein, den Ausfall an qualifizierter Arbeitskraft voll zu ersetzen, sei es durch Arbeitslose, sei es durch Nachrückende in den Betrieben. Das Entstehen von Engpässen würde also schon knappheitsbedingt einen Teil der Löhne und Gehälter weiter hochziehen, zumindest aber zusätzliche Ausbildungskosten verursachen.

Entscheidet man sich im Bewußtsein dieser Probleme für den Weg einer starken allgemeinen Arbeitszeitverkürzung, so kann man, gemessen an den Kosten, keine großen Hoffnungen auf erhebliche positive Beschäftigungswirkungen damit verbinden. Freilich: Bei welchen Kostensteigerungen deren negative Beschäftigungswirkungen die positiven Wirkungen einer kostenneutralen Arbeitszeitverkürzung überwiegen, läßt sich nicht verlässlich angeben.

- (3) Da wirtschaftliches Wachstum mitbestimmt ist vom Angebot an Arbeitskraft, muß es durch Arbeitszeitverkürzung beeinträchtigt werden. Dies gilt, obwohl derzeit das Angebot an Arbeit das Arbeitsvolumen im allgemeinen nicht begrenzt. Es gilt auch dann noch, wenn beschäftigungspolitisch die positiven Effekte einer Arbeitszeitverkürzung dominieren sollten. Selbst im günstigsten Falle wird nicht alles, was durch Arbeitszeitverkürzung an Leistung ausfällt, durch Mehrbeschäftigung ausgeglichen.

Wie stark unter den gegenwärtigen und den für die nächsten Jahre zu erwartenden oder herstellbaren Wachstumsbedingungen eine Arbeitszeitverkürzung tatsächlich die andernfalls nutzbaren Produktionsmöglichkeiten verkürzen wird, und zwar je nach dem Ausmaß an Verzicht auf echten Lohnausgleich, ist umstritten. Die Antwort auf diese Frage ist zugleich eine Teilantwort darauf, was eine Entscheidung für Arbeitszeitverkürzung diejenigen, die heute Arbeit haben, in der Form eines dann unumgänglichen Einkommensverzichts kostet. Nur soweit aufgrund einer Arbeitszeitverkürzung die Anzahl der Arbeitslosen abnimmt beziehungsweise nicht zunimmt, mindern die bei der Bundesanstalt für Arbeit gesparten Beträge den Preis, den die derzeit Beschäftigten für das Mehr an Freizeit, das sie erlangen, zu zahlen haben. Wenn man so will: Insoweit lassen die derzeit Beschäftigten die derzeit Arbeitslosen, welche sie durch ihre Beiträge zu unterhalten haben, einen Teil der Arbeit tun, die sie bisher geleistet haben und sparen so diesen Unterhalt.

Ein Problem, dessen Bedeutung zwar nicht zu quantifizieren ist, deshalb aber doch nicht unterschätzt werden darf, betrifft die Frage der wirtschaftlichen Dynamik. Wird eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung durch eine Beschränkung der Möglichkeiten abgesichert, Überstunden zu leisten, so engt das die spontanen Wachstumskräfte in der Wirtschaft ein. Während man sich im übrigen bemüht, die Leistungsanreize wieder zu kräftigen, wären sie bei einer derart rationierten Arbeitszeit ausgeschaltet. Überdies: Was man mit zurückhaltender Lohnpolitik kostensen-

tig an positiven Beschäftigungsimpulsen setzt, würde nur teilweise wirksam werden können, wenn man den Menschen gleichzeitig die Möglichkeit weiter beschneidet oder sogar die Hoffnung nimmt, durch ausreichend lange Arbeit ihren Verdienst an ihre Ausgabenpläne anzupassen.

- (4) Der Staat hat zur Arbeitszeitverkürzung notwendigerweise ein ambivalentes Verhältnis. Soweit aus einer Arbeitszeitverkürzung positive Beschäftigungswirkungen erwartet werden können, fühlt der Staat sich in der beschäftigungspolitischen (Mit-)Verantwortung, die er hat oder sich aufdrängen läßt, entlastet. Hingegen ist er wegen der allemal negativen Wirkungen auf die Summe aller Einkommen und der von dieser Summe abhängigen staatlichen Einnahmen in jedem Falle auch auf der Seite der durch Arbeitszeitverkürzung Geschädigten. Dabei spielt mit, daß für den Staat, anders als für die Privaten, ein durch die Arbeitszeitverkürzung ausgelöstes Wachstum der Schattenwirtschaft keinen Gegenposten bildet zu den Wachstumskosten in der offiziellen Wirtschaft. Die Resignation vor der Aufgabe, das Beschäftigungsproblem durch mehr Arbeit und Produktion, also durch wirtschaftliches Wachstum zu lösen, eröffnet für den Staat noch weniger einen Ausweg als für die Privaten.
- (5) Neuregelungen zur Arbeitszeit, die der Staat oder die Tarifvertragsparteien für andere treffen, müssen in dem Bewußtsein getroffen werden, daß es auf lange Sicht aus demographischen Gründen wünschenswert sein kann, eher wieder länger zu arbeiten. Das macht Reversibilität der Entwicklung zu einem ergänzenden Kriterium für den heute zu wählenden Weg. Staatliche und anderweitige kollektive Regelungen, die für die Betroffenen einen Begünstigungseffekt haben, gehen in den sozialen Besitzstand ein. Und wir wissen durch Erfahrung, nicht zuletzt die jüngste, daß Besitzstände selbst dann mit außerordentlicher Hartnäckigkeit gegen konkrete Eingriffe verteidigt werden, wenn es an der allgemeinen Einsicht nicht fehlt, daß die Verhältnisse eine Zurücknahme günstiger Regelungen verlangen.
- (6) Zusammenfassend: Bei allen Entscheidungen sollte die Frage, ob der einzuschlagende Weg den individuellen Wünschen der Betroffenen entgegenkommt, in der Führungsrolle sein. Kollektive Arbeitszeitregelungen, die dies nicht gewährleisten, sind für diejenigen, die mehr arbeiten wollen, eine Rationierung. Das gilt auch für die 40-Stunden-Woche, aber durch eine Verkürzung auf die 35-Stunden-Woche würden — zumindest vorläufig — die Erwerbswünsche von mehr Menschen beeinträchtigt. Der marktwirtschaftliche Weg ist der einer Lenkung über den Preis, hier den Lohn, nicht der eines Eingriffs in die Mengen, hier die Arbeitszeit. Dieser Weg — lohnpolitische Zurückhaltung — ist eingeschlagen und verspricht auch Erfolg. Falls es gleichwohl zu einer allgemeinen Arbeitszeitverkür-

zung kommt, sollte diese, um die negativen Wachstumswirkungen und die Verletzung der Arbeitsfreiheit in Grenzen zu halten, auf keinen Fall mit einer Verengung der Möglichkeit zu Mehrarbeit, Überstunden etwa, verbunden werden, sondern im Gegenteil mit einer Erleichterung hierzu. Auf die ordnungspolitische Seite des Problems hat vor allem der Staat bei seinen Entscheidungen zu achten. Dessen starkes Interesse an der Eindämmung negativer Wachstumswirkungen gibt ihm auch einen kräftigen Anreiz hierzu. Öffentliches Geld sollten staatliche Maßnahmen in Richtung Arbeitszeitverkürzung nach Möglichkeit nicht kosten. Öffentliches Geld für Wachstumsförderung trägt Zinsen in der Form künftig höherer Steuerkraft und tilgt den Bedarf an Zuschüssen an die Bundesanstalt für Arbeit. Öffentliches Geld zur Erleichterung von Arbeitszeitverkürzungen würde im wesentlichen ein öffentliches Defizit durch ein anderes ersetzen; möglicherweise jedoch eine zusätzliche finanzielle Dauerlast schaffen. Eine finanzielle Dauerlast müßte auf jeden Fall vermieden werden. Öffentliches Geld verleitet auch zu Vorstellungen, man müsse eine direkte, kontrollierte Beziehung herstellen zwischen Arbeitszeitverkürzung und ausgleichender Einstellung neuer Arbeitskräfte. Solche Vorstellungen gehen gänzlich daran vorbei, daß sich der Arbeitskräftebedarf von Unternehmen zu Unternehmen ganz unterschiedlich entwickelt. Die Durchsetzung wird außer an tatsächlichen Kontrollproblemen auch an diesem offensichtlichen Verstoß gegen das, was wirtschaftlich vernünftig ist, scheitern (Ziffer 453). Außerdem erscheint es nicht vernünftig von dem Prinzip abzuweichen, daß derjenige, der Entscheidungen zu treffen hat, auch die Kosten der Entscheidung zu tragen hat. Schließlich: Vorkehrungen für die Reversibilität sollten nach Möglichkeit in die jetzt geplanten Neuregelungen der Arbeitszeit eingehen.

Grundsätzlich ist der Sachverständigenrat sich an dieser Stelle einig. Nach Meinung eines Mitglieds, Hans-Jürgen Krupp, ist jedoch zu berücksichtigen, daß erst unter Zuhilfenahme von öffentlichem Geld ein ausreichend attraktives Angebot an die möglichen Vorruehändler gemacht werden kann. Es ist möglich, ein derartiges Angebot zu befristen und so auszugestalten, daß sich immer noch Einsparungen an öffentlichem Geld ergeben. Dann ist aber eine öffentlich unterstützte Tarifrente allemal vorteilhaft, verglichen mit einer Situation, in der nichts geschieht, weil das Angebot auf Lebensarbeitszeitverkürzung nicht attraktiv genug ist. Die Arbeitslosigkeit geht zurück, die Bundesanstalt für Arbeit wird entlastet, die Beiträge können sinken.

Soweit die Meinung dieses Ratsmitglieds.

Insgesamt gesehen würde eine Strategie, in der vielfältige Formen freiwilliger — individueller — Arbeitszeitverkürzung verbunden wären mit einem fairen, möglichst privat zu finanzierenden und auf eine bestimmte Anzahl von Jahren be-

schränkten Angebot an die Älteren, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen oder ihre Arbeitszeit massiv zu verkürzen, zu solchen Grundsätzen passen. Es ist eine Strategie, wie sie von der Bundesregierung und einem Teil der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände befürwortet wird, außer hinsichtlich der Finanzierungsfrage bei einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Eine Entscheidung für die 35-Stunden-Woche müßte mit anderen Argumenten begründet werden.

Nach Ansicht des Sachverständigenrates wären die Beschäftigungswirkungen eines Übergangs zur 35-Stunden-Woche, gemessen an den Hoffnungen, die sich mit ihr verbinden, und gemessen an den Kosten, die in Kauf zu nehmen wären, gering. Sie können größer sein, wenn es auch bei Arbeitszeitverkürzungen gelingt, für eine Entwicklung der Lohnkosten zu sorgen, die zu mehr Beschäftigung führt und keine neuen inflatorischen Impulse setzt.

Kommt es zu Kostensteigerungen gegenüber dem, was sich ohne Arbeitszeitverkürzung ergäbe, kann man sogar nicht ausschließen, daß die Beschäftigungswirkungen negativ werden, und auch soweit dies nicht zutrifft, zählte eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden doch zu den Maßnahmen, die Ausdruck einer defensiven Strategie sind und zugleich den möglichen Erfolg einer offensiven Strategie verringern können.

In einer versachlichten Diskussion müßte die Frage im Vordergrund stehen, ob es im Hinblick auf die Kosten eine Strategie ist, die sich lohnt. Und auch dann, wenn eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit weiterhin angestrebt wird, sollte es möglich sein, für die Realisierung einen Weg zu finden, auf dem die Kosten geringer, jedenfalls die Risiken, daß sie zu hoch werden könnten, kleiner werden. Es gilt die billigste und sicherste Form zu finden ein Ziel zu erreichen. Regelungen, die betriebsnah sind, Regelungen, die nicht für Jahre etwas endgültig festlegen, dessen Wirkungen so wenig verlässlich im vorhinein abgeschätzt werden können, Regelungen, die einen erheblich längeren Zeitraum ins Auge fassen für die Verwirklichung eines so bedeutsamen Vorhabens, wie es der allgemeine Verzicht auf ein Achtel der Arbeitsstunden darstellt, all dies sind Möglichkeiten, sich aus der Sackgasse herauszuhalten, in die der Streit die Tarifparteien zu führen droht, und dies möglicherweise ohne ausreichenden Kontakt mit dem, was die Menschen am dringendsten wollen.

366. Die Bemühungen um nötige Korrekturen des Sozialsystems sind noch vor allem geprägt durch die Aufgabe, die Dynamik der Transferausgaben einzugrenzen und das System an die verringerte Wachstumsdynamik der Volkswirtschaft mit ihren Kosten einer nicht nur vorübergehend hohen Arbeitslosigkeit anzupassen. Bereits hier lauert die Gefahr, daß dabei die drängenden Finanzierungsprobleme auf kurze Sicht die Hand führen, nicht

aber das Ziel, das Sozialsystem grundsätzlich resistenter zu machen gegenüber Veränderungen solcher Dynamik, also dessen innere Stabilität zu erhöhen. Und erst an wenigen Stellen geht man die zweite Aufgabe an, die Aufgabe nämlich, die Regelungen über Sozialabgaben und Sozialleistungen besser einzupassen in den Anreizmechanismus des Marktsystems, also die innere Stabilität des Gesamtsystems (Marktsystem und Sozialsystem) zu erhöhen, damit die Regeln der Verteilung des Wohlstandes dessen Entstehung nicht behindern. Ganz zurück schließlich hängt die Aufgabe, das Sozialsystem derart zu reformieren, daß es zugleich den demographisch bedingten Anforderungen gewachsen ist, die sich in den kommenden Jahrzehnten stellen werden. Auch diese Aufgabe muß frühzeitig angepackt werden. Denn die künftigen Ansprüche an das Sozialsystem werden schon heute begründet.

367. Die Größe der Reformaufgabe ergibt sich daraus, daß die wichtigsten Problembereiche der Wachstumsschwäche, der Arbeitszeitverkürzung, der Entwicklung der öffentlichen Abgaben und der demographischen Veränderungen eng miteinander verzahnt sind und Wandlungen des Ordnungsrahmens erfordern, die viel weiter gehen, als es nötig wäre, wenn diese Probleme je für sich gestellt wären.

— Erfordert schon die allgemeine Wachstumsschwäche eine Überprüfung der Grenzbelastung der Einkommen, so macht es die künftige Altenlast unabweisbar, die Grenzbelastung — und nicht nur diese — zu senken, wo es irgend geht, damit die Kumulation der Abgabenlast nicht unerträglich wird.

— Im Sozialsystem ist es das Prinzip der Beitragsäquivalenz und das einer beschränkten Sicherung, die helfen müssen, über eine Mobilisierung von Reserven der Fähigkeit zur Eigenvorsorge eine Überforderung des Systems zu verhindern.

— Auch die Differenzierung in der individuellen Arbeitszeit verlangt danach, diesen Weg zu gehen. Einkommensabhängige Beiträge und beitragsunabhängige Leistungen sind bei freier bestimmter Arbeitszeit noch weniger miteinander vereinbar als bisher. Das aber heißt, daß für den Familienlastenausgleich und für die übrige Einkommensverteilung, soweit beide derzeit über die Sozialversicherungen organisiert sind, eigentlich ein anderer Ort gefunden werden müßte, zumindest teilweise.

— Verknüpft sind das Beschäftigungsproblem von heute und das Altenlastproblem von morgen außerdem in der Hinsicht, daß beide hohe Investitionsanstrengungen erfordern. Investitionen sind nötig, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen oder zu sichern. Und Investitionen (sowie der Aufbau von Vermögen im Ausland) sind eine Möglichkeit, Konsumpotential von heute in die Zukunft zu transportieren. Direkter: In geeigneter Form heute mehr zu arbeiten, bedeutet, für die kritische Zeit sehr hohen Alterskonsums vorzuarbeiten.

368. Für wichtige langfristige Probleme ist also noch keine Vorsorge getroffen, Probleme von außerordentlicher Tragweite. Darüber, daß es sich so verhält, und wie Lösungen in den Grundzügen aussehen könnten, reicht der unausgesprochene Konsens unter denen, die politische Verantwortung tragen oder getragen haben oder sich um sie bewerben, auch weiter als es oft scheinen mag. Doch selbst geringste Korrekturen im Konkreten absorbieren im politischen Wettstreit ein so hohes Maß an Energie (selbst unter dem Schutz der allgemein eingesehenen Notwendigkeit zu sparen), daß immer weniger vorstellbar wird, wie die Reserven an solcher Energie ausreichen sollten, eine größere Reform durchzusetzen, eine Reform, die schon der Gesamtsituation wegen, nicht von vornherein alle speziellen Nachteile für jede größere Gruppe von Betroffenen durch Regelungen der Besitzstandswahrung vermeiden kann, sondern allenfalls im ganzen die Verteilung von Vorteilen und Nachteilen aus den Elementen einer Reform in fairer Weise auswiegen könnte. Es ist eine alte Erfahrung, daß langfristige Probleme in dem im übrigen so bewährten politischen Wettstreit einer parlamentarischen Demokratie nicht immer gut aufgehoben sind und auch ein Grundkonsens hier oft nicht ausreicht. Bei der Regelung sehr langfristiger Aufgaben gibt es allemal eine latente Mehrheit derer, die sich benachteiligt sehen möchten oder jedenfalls unnötig oder ungerecht finden, daß auch sie belastet werden sollen. Es ist nahezu unumgänglich, daß der politische Wettstreit, überwiegend kurzfristig orientiert, diese latente Mehrheit mobilisiert und das Wissen darum den Entscheidungswillen der jeweils Regierenden lähmt. Hier hilft kein Lamento, aber auch keine Resignation. Die Aufgabe steht und auch die Verantwortung. Eine klare und überzeugende Konzeption auf lange Sicht und ein Zeitplan für schrittweises Vorgehen, das den berechtigten Ansprüchen auf Besitzstandswahrung Rechnung zu tragen erlaubt, kann vielleicht die Chance öffnen, die riesige Aufgabe zu bewältigen.

Anders als bei der großen Reform im Jahre 1957 und den ihr bis in die siebziger Jahre hinein folgenden Ergänzungen geht es derzeit nicht mehr um die Verteilung von mehr Wohlstand, sondern um die Bedingungen für dessen Erhaltung. Ein neues Sozialsystem, das deshalb fasziniert, weil die meisten sich darin von vornherein besser gestellt sehen als im bisherigen, gibt es nicht. Ein Sozialsystem, das letztlich doch die meisten und das Gemeinwesen besser stellt als das alte, sollte es geben. Das Problem ist nicht nur, es auszudenken. Offen diskutiert werden muß auch die Frage, wie es denn überhaupt zu einer Entscheidung für eine durchgreifende Reform kommen könnte.

369. Der Sachverständigenrat ist nicht im besonderen zuständig für Einzelfragen des Sozialsystems. In einem eigenen Abschnitt dieses Gutachtens erörtert er gleichwohl unter dem Gesichtspunkt der Einbindung der Probleme des Sozialsystems in die Gesamtzusammenhänge der Wirtschaft Grundzüge der Reform, die sich in der Diskussion befinden.

370. Die Strukturpolitik hat es mit Steuerungsproblemen zu tun, solchen, die von staatlichen Eingriffen, nationalen oder internationalen, herrühren, und solchen, die originärer Art sind, wie die Probleme des Umweltschutzes. Manche problematischen Eingriffe sind für viele Bürger Ausdruck der Verirrung, wie etwa die der europäischen Agrarpolitik, andere sind Kinder der Not, und die Kraft, die Eingriffe aufzuheben, muß aus dem Konzept erwachsen, nach dem neue Wachstumsdynamik im ganzen wiedergewonnen werden soll, muß aber auch Teil eines solchen Konzepts sein; denn nicht nur die ineffiziente Inanspruchnahme von Ressourcen durch den Staat, sondern auch deren Fehllenkung und Verschwendung im privaten Bereich zählt zu den Ursachen für ein hohes Kostenniveau. Das gilt auch für die Subventionen, die neben den Regulierungen Kernstück staatlichen Interventions sind. Das Subventionieren bedeutet für die Begünstigten zwar eine Kostensenkung. Aber volkswirtschaftlich stellt dies selbstverständlich keine Verbilligung der subventionierten Produktion dar. Die Subventionen müssen von anderen aufgebracht werden und gehen in deren Kostenrechnung ein, auch in die der privaten Haushalte, für die jeder zusätzliche Steuergroschen, den sie zu bezahlen haben, einer Verteuerung der Güter gleichkommt, die sie kaufen möchten.

Der Abbau von Subventionen hat sein eigenes Gewicht im Rahmen der Aufgabe einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auch deshalb, weil die staatlichen Sparanstrengungen sozial unglaublich werden, wenn sie den Bereich der Subventionen weitgehend aussparen. Freilich, es ist wiederum die Umkehrung des Denkens, die hier regelmäßig hinderlich ist. Daß es für Arbeitskräfte besseres nicht zu tun gibt, als sie gegenwärtig tun, diese Vorstellung steht Pate bei vielen Subventionen und dem Widerstand gegen deren Aufhebung. So ziehen zu hohe Kosten Subventionen nach sich und, was noch schlimmer ist, stabilisieren sie. Statt des Nutzens einer anderweitigen Verwendung von Arbeitskräften werden die Kosten der Arbeitslosigkeit den Erhaltungssubventionen gegenübergestellt. Ein soziales Argument verhindert die Erfüllung einer anderen ebenfalls sozialen Forderung. Eine vernünftige Wirtschaftspolitik ist auf die Umkehrung von Kosten in Erträge nicht zu gründen. Eine Senkung von Kosten — und schlecht begründete Subventionen stehen für Kosten — ist allemal günstig für die Beschäftigung, nicht schädlich.

Überdies ist der intervenierende Staat nicht nur an Grenzen der Effizienz gestoßen, sondern auch an Grenzen der Fairness. Er kann nicht rechtfertigen, daß in bestimmten Branchen die Sozialpläne de facto vom Staat bezahlt werden, anderwärts jedoch entweder aus der Substanz der Unternehmen oder eben gar nicht — nur weil bestimmte Branchen mehr politischen Druck entfalten können als andere. Der Sozialplananspruch des Stahlarbeiters ist ja nicht von vornherein besser begründet als etwa der eines Arbeiters, der von einer kleinen Textilfirma entlassen wird. Ebenso ist über das Problem schädlicher Wettbewerbsverzerrungen hinaus die Klage kleiner gutgeführter Unternehmen des Schiffbaus

verständlich, die ihre Existenz bedroht sehen, wenn der Staat unwirtschaftlich arbeitende Großwerften durch finanzielle Hilfen instandsetzt, Aufträge auf Märkten an sich zu ziehen, auf denen diese nie rentabel tätig gewesen sind. Solche Hilfen wären nicht verschieden von der allseits beanstandeten Subventionierung ausländischer Stahlunternehmen, die weniger wirtschaftlich arbeiten als die inländischen, diese aber nun teilweise aus dem Markt drängen.

371. Der Sachverständigenrat nimmt in diesem Gutachten zu den Steuerungsproblemen der Wohnungswirtschaft, des Kohlebergbaus, der Stahlindustrie, der Landwirtschaft, des Umweltschutzes erneut Stellung (Ziffern 503 ff.). Es sind allesamt Bereiche, in denen Marktwirtschaft nicht oder nur sehr eingeschränkt stattfindet, teilweise, wie beim Umweltschutz, auch nur eingeschränkt stattfinden kann. Immer wird hier in erster Linie die Frage nach Wegen gestellt — von Problemlösungen kann man kaum sprechen —, auf denen die Effizienzschäden aus staatlichen Eingriffen möglichst gering gehalten werden können. Da der Sachverständigenrat nicht für Fragen nach dem optimalen Dirigismus zuständig ist, sondern für die Frage, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung Fehlentwicklungen vermieden oder beseitigt werden können, muß für eine Erörterung der Probleme das Ziel einer marktwirtschaftlichen Antwort stärkeres Gewicht haben als der Respekt vor der Not des Augenblicks, die im Einzelfall auf kurze Sicht eine reinliche Lösung ausschließen mag. Solcher Respekt war allerdings auch für die Wirtschaftspolitik selten ein guter Führer.

372. Zu den besseren Aufgaben der Strukturpolitik gehört die Aufgabe — und der Staat hat sie sich auch schon zu eigen gemacht —, beim Engpaßfaktor Risikobereitschaft besonders zu helfen. Es geht vor allem um die Bedingungen für die Bereitstellung von Risikokapital, um die Vermeidung einer Fehlleitung, aber auch um die steuerliche Behandlung besonders riskanter Investitionen (Forschung und Entwicklung) und nicht zuletzt um die Verfassung des Kapitalmarktes, des Marktes also, wo Risikobereitschaft gehandelt wird. Einen Teil dieser Aufgaben greifen wir an anderer Stelle dieses Gutachtens noch einmal auf (Ziffern 552 ff.).

IV. Zu den Politikbereichen im einzelnen

Finanzpolitik

373. Die Finanzpolitik ist, obgleich weiterhin umstritten, dieses Jahr in ruhigeres Fahrwasser gekommen. Bund, Länder und Gemeinden haben ihren Konsolidierungskurs gehalten. Das strukturelle Defizit, also der Teil des Finanzierungssaldos, den die Finanzpolitik abzubauen hat, ist zur Hälfte beseitigt.

Für nächstes Jahr hat sich die Bundesregierung vorgenommen, die Konsolidierung einen weiteren Schritt voranzubringen. Sie setzt also den von der

vorigen Bundesregierung eingeschlagenen und von ihr übernommenen Weg fort. Der Finanzplanungsrat hat im Anschluß an seine letzte Sitzung im Juni 1983 erklärt, er halte daran fest, daß für die Haushalte 1984 und die Finanzpläne bis 1987 der Konsolidierung Vorrang eingeräumt werden müsse, daß der jährliche Zuwachs der öffentlichen Ausgaben an einer Größenordnung von 3 vH zu orientieren sei und daß zur Konsolidierung des öffentlichen Gesamthaushalts gleichgerichtete Konsolidierungsmaßnahmen bei den sozialen Sicherungssystemen und bei der Europäischen Gemeinschaft gehören. Er betonte weiter, daß mittelfristig an der Begrenzung der Steuer- und Abgabenbelastung festgehalten werden sollte.

Nicht gut vorangekommen ist die Konsolidierung im qualitativen Sinn, also die Umstrukturierung von Ausgaben und Steuern in wachstumsfreundlichere Richtung. Zwar hat es einige Steuererleichterungen bei den gewerblichen Investitionen gegeben, und weitere Maßnahmen dieser Art sind für 1984 geplant. Große Veränderungen sind bisher nicht vorgenommen worden. Für die Einkommensteuer hat die Bundesregierung allerdings eine Neugestaltung des Tarifs und des Familienlastenausgleichs angekündigt. Zu einer Reform des Gemeindesteuersystems fehlt es bislang an einer solchen Ankündigung. Auf der Ausgabe Seite sind Sparmaßnahmen im konsumtiven Bereich wirksam geworden. Bei den Subventionen ist an einzelnen Stellen ein Abbau gelungen, an anderen Stellen sind sie aufgestockt worden; in ihrer Gesamtheit haben sie noch einmal zugenommen. Auch in den kommenden Jahren dürfte die Rückführung des Gesamtbetrags der Subventionen große Schwierigkeiten bereiten. Die öffentlichen Sachinvestitionen gehen in diesem Jahr abermals nicht nur im Verhältnis zu den öffentlichen Gesamtausgaben und nicht nur in realer Rechnung, sondern wiederum auch in ihrem absoluten Betrag zurück. Für das nächste Jahr ist ein geringer nomineller Anstieg zu erwarten.

Die Finanzpolitik muß auch weiterhin Investitionen und Innovationen anregen und so die Chancen für mehr Beschäftigung dauerhaft zu verbessern trachten. Dabei gibt es freilich Grenzen: Die Finanzpolitik ist für das Zustandekommen von mehr Investitionen und Innovationen eine wichtige, aber nicht die dominierende Bedingung, und sie hat nicht nur wachstumspolitische Aufgaben. Gleichwohl gilt, daß ausgeschöpft werden muß, was finanzpolitisch für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung getan werden kann.

Weiterhin konsolidieren

374. Wie in den Haushaltsplänen angekündigt, sind in diesem Jahr die öffentlichen Ausgaben langsamer angestiegen als die Steuereinnahmen; das Defizit im Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden ist daher deutlich zurückgegangen. In der Abgrenzung der Finanzstatistik beläuft es sich auf 63 Mrd DM nach 70 Mrd DM im vergangenen

Jahr. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist für 1983 ein Defizit von 53 Mrd DM zu erwarten; im vergangenen Jahr betrug es noch fast 63 Mrd DM. Die Differenz der Fehlbeiträge von 1982 auf 1983 in den beiden Abgrenzungen rührt daher, daß der Saldo der vom Staat gewährten und der an ihn zurückgezahlten Darlehen sowie der Saldo von Erwerb und Veräußerung staatlicher Beteiligungen, die in der Finanzstatistik defizitwirksam gebucht werden, in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aber nicht, zusammengekommen von 1982 auf 1983 um rund 3 Mrd DM angestiegen sind.

Im gemeinsamen Haushalt von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen ist, wiederum in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der Rückgang des Defizits von 1982 auf 1983 ungefähr nur halb so groß wie im Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften. Darin kommt zum Ausdruck, daß sich trotz der Beitragserhöhungen vom 1. September dieses Jahres die Finanzlage der Rentenversicherungen verschlechtert hat. Die Verbesserung der Finanzlage bei den Krankenversicherungen konnte das nur zu einem kleinen Teil ausgleichen.

375. Am Gesamtdefizit der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden läßt sich nicht ablesen, was davon konjunkturell bedeutsam ist und was davon noch zu konsolidieren bleibt. Um das strukturelle Defizit und den konjunkturellen Impuls zu ermitteln, sind eine Reihe von Abschlägen und Zuschlägen zu machen.

Für den expansiven Impuls steht 1983 ein Betrag von gut 26 Mrd DM. Man erhält ihn, wenn das

gesamte Defizit in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, also der Betrag von 53 Mrd DM, um die konjunkturellen Einflüsse ($-14\frac{1}{2}$ Mrd DM) und um den anomalen Teil der Gewinnabführung der Bundesbank (+ 8 Mrd DM) bereinigt sowie um einen Betrag von $20\frac{1}{2}$ Mrd DM vermindert wird, der dem Verschuldungsverhalten des Staates im Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1977 entsprochen hätte und den der Sachverständigenrat als Normalverschuldung ansieht (potentialorientierte Kreditaufnahme). Im vergangenen Jahr belief sich der konjunkturelle Impuls auf 45 Mrd DM; er hat also um 19 Mrd DM abgenommen (Tabellen 36, 37). Im gemeinsamen Haushalt von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen ist das konjunkturbereinigte Defizit um fast den gleichen Betrag zurückgegangen wie im Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften.

376. Der strukturelle Teil des Defizits im Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften dürfte auf 17 Mrd DM zurückgehen. Diesen Betrag erhält man, wenn, wie in Ziffer 235 ausführlich dargelegt, von dem gesamten Defizit in Höhe von 53 Mrd DM die auslastungsbedingten Steuermindereinnahmen von reichlich 14 Mrd DM und die konjunkturbedingten Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von 8 Mrd DM abgezogen werden. Von dem verbleibenden konjunkturbereinigten Defizit ist weiter ein Betrag von $20\frac{1}{2}$ Mrd DM abzurechnen, der für die Normalverschuldung steht, und der anomale Teil der Gewinnabführung der Bundesbank von 8 Mrd DM hinzuzurechnen. Schließlich ist für den vorübergehenden Steuerausfall aus der Investitionszulage ein Betrag von 2 Mrd DM abzuziehen. Im vergangenen Jahr belief sich das strukturelle Defizit

Tabelle 36

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte 1984¹⁾

Mrd DM

	1983	1984
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos²⁾		
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme	-20,6	-21,4
(b) Auslastungsbedingte Steuerermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen	-13,8	-10,0
(c) Inflationsbedingte Steuerermehreinnahmen	- 0,8	+ 1,3
(d) Anomal hohe Gewinnabführung der Bundesbank	+ 8,0	+ 6,0
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	-27,1	-24,1
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo³⁾	-53,2	-41,8
I. / II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte: (expansiv: +; kontraktiv: -)	+26,1	+17,7

¹⁾ Öffentliche Haushalte in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

²⁾ Methodische Erläuterungen siehe Tabelle 30 und Anhang IV, Abschnitt D. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

³⁾ Einschließlich der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

Die öffentlichen Haushalte 1984 in konjunktureller Sicht¹⁾

	Einheit	1983	1984
Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basiszeitraum (3)	Mrd DM	502,6	522,5
Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum (5)	Mrd DM	427,8	444,7
Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr (6)	Mrd DM	428,6	447,9
Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (7)	Mrd DM	+ 0,9	+ 3,2
Mehreinnahmen aufgrund eines erhöhten Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen“ (8) ²⁾	Mrd DM	+ 16,6	+ 17,4
Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (9)	Mrd DM	520,0	543,1
Tatsächliche Staatsausgaben (10)	Mrd DM	546,1	560,8
Konjunktureller Impuls (11)	Mrd DM	+ 26,1	+ 17,7
Ex post: Der Abweichung der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote entsprechen... (13)	Mrd DM	- 26,9	+ 16,3
Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr (12)	Mrd DM	- 18,7	- 8,4
Zum Vorjahresvergleich			
Steigerungsrate			
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	vH	+ 2,6	+ 2,7
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr	vH	- 2,3	- 0,5
Bestimmungsfaktoren von (b)			
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1976	vH	+ 1,4	+ 1,6
(d) „Konjunkturneutrale“ Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	vH	+ 3,0	+ 2,5
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote von der des jeweiligen Vorjahres	vH	+ 0,5	- 0,4
(f) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung des Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen“ von dem des jeweiligen Vorjahres	vH	- 0,2	0,0
(g) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote von der konjunkturneutralen im jeweiligen Vorjahr	vH	- 7,3	- 5,2
Volkswirtschaftliche Steuerquote (14)	vH	24,90	25,03
Konjunkturneutrale Staatsquote (15)	vH	29,38	29,53
Beanspruchte Staatsquote (16)	vH	30,85	30,48
Konjunktureller Impuls bezogen auf das Produktionspotential (17)	vH	+ 1,47	+ 0,96
Realisierte Staatsquote (18)	vH	30,91	30,38

¹⁾ Eigene Schätzung. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die in Klammern eingefügten Zahlen weisen auf das Berechnungsverfahren in Tabelle 30 hin. Methodische Erläuterungen siehe Anhang IV, Abschnitt D. – Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

²⁾ Ohne die Einnahmen aus der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

noch auf rund 28 Mrd DM. Davon sind in diesem Jahr also rund 11 Mrd DM beseitigt worden; das ist noch etwas mehr als im vergangenen Jahr. Zieht man die Höhe des strukturellen Defizits in Betracht, das sich bis zum Ende des Jahres 1981 aufgestaut hatte, dann zeigt sich, daß mit Ablauf dieses Jahres, also in zwei großen Schritten, mehr als die Hälfte der Konsolidierungsaufgabe bewältigt worden ist.

Zum größten Teil ist der Konsolidierungsbeitrag — ebenso wie im vergangenen Jahr — durch Ausgabenkürzungen bewirkt worden. Dies kann, wenn auch nicht genau, daran abgelesen werden, wie sich die Steuerquote und die Staatsquote verändert haben. Die Steuereinnahmen haben etwas stärker zugenommen als das Bruttosozialprodukt; die Steuerquote, also das Verhältnis des gesamten Steueraufkommens zum Bruttosozialprodukt, ist daher nur

wenig gestiegen. Die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden haben dagegen um rund 2 Prozentpunkte langsamer zugenommen, als das Produktionspotential, bewertet mit den Preisen des jeweiligen Jahres, gewachsen ist. Die Staatsquote, also das Verhältnis der gesamten Ausgaben zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential, ist deshalb um rund einen halben Prozentpunkt zurückgegangen.

377. Über die Finanzpolitik des nächsten Jahres ist in den Grundzügen entschieden. Die Bundesregierung und die Länderregierungen haben erklärt, daß sie die Konsolidierung ihrer Finanzen fortsetzen wollen. Bei den Gemeinden wird die finanzielle Lage vielleicht entspannter sein als in diesem Jahr, aber die Grundlinie wird sich auch bei ihnen nicht ändern.

Wir rechnen damit, daß die Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik im nächsten Jahr um 2½ vH zunehmen; die Ausgaben würden sich dann auf rund 588 Mrd DM belaufen. Bei den Steuern erwarten wir einen Zuwachs von 6½ vH; die gesamten Steuereinnahmen würden dann einen Betrag von 421½ Mrd DM erreichen. Die sonstigen Einnahmen werden wahrscheinlich auf 115½ Mrd DM ansteigen, so daß sich für 1984 im öffentlichen Gesamthaushalt ein Defizit von 51 Mrd DM abzeichnet.

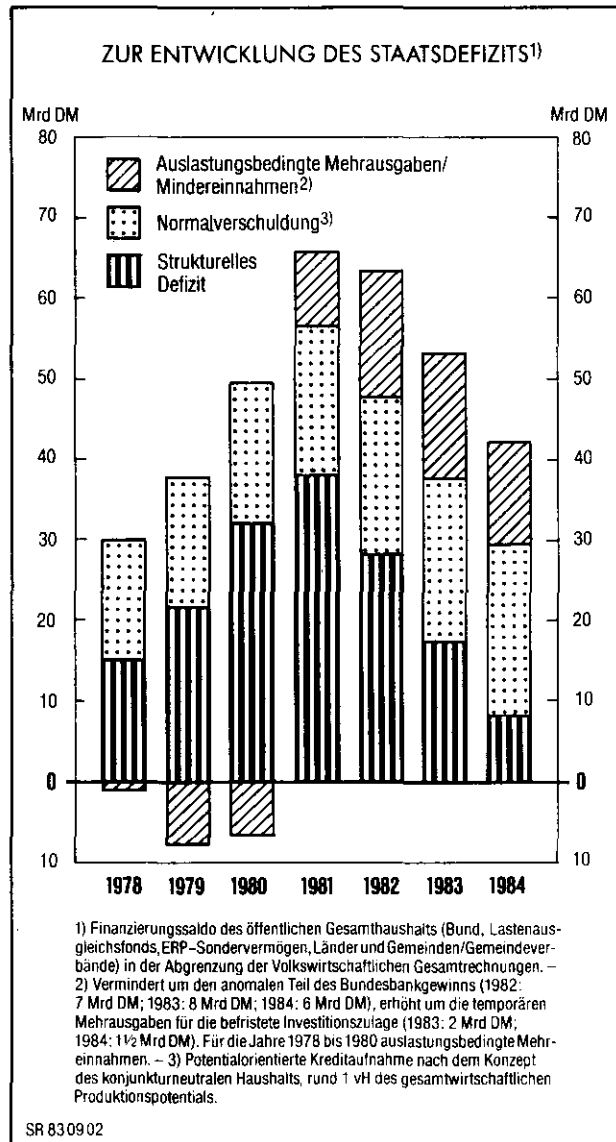
378. Im Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden erwarten wir für 1984 in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein Defizit von 42 Mrd DM; das sind 11 Mrd DM weniger als in diesem Jahr. Im Rahmen unserer Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt gehen wir von dem Defizit in dieser Abgrenzung aus und versuchen, die Rückwirkungen der konjunkturellen Entwicklung und die konjunkturstützenden Impulse, die sich darin mischen, voneinander zu trennen. Für den konjunkturreinen Impuls wird danach im nächsten Jahr ein Betrag von knapp 18 Mrd DM stehen. Das wären rund zwei Fünftel des Gesamtdefizits und rund 8 Mrd DM weniger als in diesem Jahr. Für den gesamten Haushalt von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen ist zu erwarten, daß das konjunkturbereinigte Defizit um einen etwas größeren Betrag zurückgeht.

379. Auch zur Ermittlung des strukturellen Defizits gehen wir vom Fehlbetrag des öffentlichen Gesamthaushalts in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aus, für das nächste Jahr also von dem Betrag von 42 Mrd DM. Davon sind die der Unterauslastung des Produktionspotentials zuzurechnenden Steuermindereinnahmen und der konjunkturbedingte Teil des Zuschusses abzuziehen, den der Bund im nächsten Jahr voraussichtlich an die Bundesanstalt für Arbeit zahlen wird. Bei den Steuern ist mit einer Mindereinnahme von 10 Mrd DM zu rechnen; für den konjunkturbedingten Zuschuß setzen wir 6½ Mrd DM an, wobei wir davon ausgehen, daß etwa 700 000 Arbeitsplätze besetzt werden könnten, wenn die Sachkapazitäten voll ausgelastet wären. Weiter

muß die Normalverschuldung, für die kein Konsolidierungsbedarf besteht, abgesetzt werden; sie dürfte im nächsten Jahr einen Betrag von 21½ Mrd DM ausmachen. Hinzugezählt werden muß der anormale Teil der Gewinnabführung der Bundesbank; im nächsten Jahr sind dies wahrscheinlich 6 Mrd DM. Für den vorübergehenden Steuerausfall, der sich wegen der Investitionszulage im nächsten Jahr noch einmal einstellt, sind 1½ Mrd DM abzuziehen. Das strukturelle Defizit im Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden würde sich demnach Ende nächsten Jahres auf etwa 8 Mrd DM belaufen, rund 9 Mrd DM weniger als in diesem Jahr (Schaubild 39).

Dies wäre der — abermals größtenteils durch Ausgabenkürzungen bewirkte — Konsolidierungsbeitrag des Jahres 1984 und zugleich die dritte Etappe der Haushaltskonsolidierung, die im Jahre 1982 begonnen hat. Von dem strukturellen Defizit, das zu Beginn der Konsolidierungsphase bestand, wären

Schaubild 39



dann rund drei Viertel konsolidiert. Würde das bisherige Konsolidierungstempo beibehalten, ließe sich die Konsolidierung in einem weiteren Jahr bewerkstelligen; die Konsolidierungsaufgabe wäre also, jedenfalls für den öffentlichen Gesamthaushalt, Ende 1985 gelöst.

380. Der Rückgang des expansiven Impulses von 45 Mrd DM im Jahre 1982 auf 26 Mrd DM im Jahre 1983 und auf 18 Mrd DM im nächsten Jahr ist eine Begleiterscheinung der Konsolidierungsbemühungen dieser drei Jahre. Für eine nachfrageseitige Bewertung dieses Rückgangs darf jedoch nicht unmittelbar von diesen Zahlen auf eine ebenso große Nachfrageminderung geschlossen werden. Zunächst ist zu beachten, daß der konjunkturelle Impuls 1982 zu einem erheblichen Teil durch Preissteigerungen absorbiert worden ist, die über das im vorhinein für unvermeidlich zu haltende Maß hinausgingen; dies entspricht einem Beitrag von 7 Mrd DM. Der Rückgang des konjunkturellen Impulses von 1982 auf 1983 überzeichnet insoweit stark die real bedeutsamen Vorgänge.

Weiter ist zu bedenken, daß im Verlauf einer wirtschaftlichen Erholung der expansive Impuls zurückgenommen werden muß. Jedenfalls ist in konjunktureller Sicht der Rückgang des expansiven Impulses in diesem und im nächsten Jahr bei weitem nicht so bedenklich wie 1982. Über die Höhe der Beträge mag man freilich streiten. In diesem Zusammenhang sei abermals daran erinnert, daß der konjunkturelle Impuls nicht für dessen endgültige Wirkung steht. Über den gesamten Nachfrageeffekt entscheiden letztlich nicht staatliche Stellen, sondern die Privaten. Der Staat gibt den finanziellen Anstoß, private Haushalte und Unternehmen reagieren darauf, beides bestimmt so die Nachfragewirkung, die schließlich zustande kommt. Dabei treten auf Finanz- und Gütermärkten Verdrängungseffekte auf, so umstritten das Ausmaß im einzelnen auch sein mag. Vom Rückgang der Kreditaufnahme, die mit der Verminderung des konjunkturellen Impulses einhergeht, ist also eine Entspannung am Kapitalmarkt zu erwarten.

Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Reaktion von privaten Haushalten und Unternehmen auf konjunkturelle Impulse von Erwartungen in bezug auf künftige Einkommen und Gewinne bestimmt werden. Herrscht die Erwartung ungünstiger Wirkungen vor, werden Nachfrageanstöße nur zu einem kleinen Teil in positive Gesamtwirkungen umgesetzt. Wird eine hohe Staatsverschuldung zum Grund für Zweifel und Ängste, so kann zusätzliche staatliche Kreditaufnahme sogar kontraproduktiv wirken. Darüber, daß es Verdrängungseffekte dieser Art gibt, besteht weitgehend Einigkeit, umstritten ist ihre Stärke. Wenn jedoch die hohe und schnell ansteigende Staatsverschuldung — zu Recht oder zu Unrecht — zu große Befürchtungen hervorruft, wie vor einigen Jahren bei uns, wird man diese Art der Verdrängung ernst nehmen müssen. Ein Zurückführen der staatlichen Kreditaufnahme dürfte in einer solchen Situation darauf hinwirken, daß sich die Zukunftserwartungen der Privaten allmählich verbessern.

Was bei solcher Konstellation endgültig an Nachfrage ausfällt, kann viel weniger sein als das, was als Rückgang des konjunkturellen Impulses ausgewiesen wird. Und auch der verbleibende Nachfrageausfall ist kein Problem mehr, wenn es im übrigen gelingt, gute Wachstumsbedingungen zu schaffen und auf diese Weise auch die konjunkturelle Schwäche zu überwinden; denn bei mehr Produktion kommt mehr Einkommen zustande und mit mehr Einkommen auch mehr Nachfrage.

381. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für privates Handeln im Hinblick auf mehr Investitionen und mehr Innovationen ist das eine Ziel der Konsolidierung. Das andere Ziel ist das Rückgewinnen von Handlungsspielraum des Staates. Wieviel der Staat infolge der Defizitpolitik der vergangenen Jahre haushaltspolitisch verloren hat, läßt sich an dem Anstieg des Anteils ablesen, den die Zinszahlungen an den gesamten Ausgaben ausmachen. Vor zehn Jahren betrug dieser Anteil im Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden knapp 4 vH; in diesem Jahr sind es gut 9 vH. Im Bundeshaushalt hat der Anteil der Zinsausgaben in dieser Zeit sogar von 2½ vH auf 10½ vH zugenommen. Wäre es bei der Zinslastquote von vor zehn Jahren geblieben, hätten beim derzeitigen Haushaltsvolumen Bund, Länder und Gemeinden etwa 30 Mrd DM für andere Ausgaben oder Steuersenkungen zur Verfügung; beim Bund allein würde sich dieser Betrag auf knapp 20 Mrd DM belaufen.

Aber nicht nur haushaltspolitisch ist der Staat wegen der Defizitpolitik in die Enge gekommen. Auch seine konjunkturpolitischen Möglichkeiten sind, wie oben gezeigt, dadurch eingeschränkt worden. Schließlich sollten auch die verteilungspolitischen Probleme nicht übersehen werden, die die schnell ansteigende öffentliche Verschuldung mit sich gebracht hat. Was dadurch an Zinserhöhungen entstanden ist, begünstigt die Geldvermögensbesitzer (Ziffer 355).

382. Nicht minder wichtig als die Konsolidierung im quantitativen Sinn ist die Konsolidierung im qualitativen Sinn. Letzteres ist, wie zu vermuten war, in mancher Hinsicht sogar der schwierigere, sicher aber der langwierigere Teil der Konsolidierungsaufgabe (SG 81 Ziffern 23 ff.). Im qualitativen Sinn, also im Hinblick auf das Umgestalten der öffentlichen Ausgaben und des Steuersystems in wachstumsfreundlichere Richtung, haben die Konsolidierungsbemühungen bislang wenig Erfolge gebracht. Gerade deswegen müssen hier die Anstrengungen verstärkt werden. Wie das geschehen könnte, soll im folgenden an den Beispielen

- des Abbaus von Subventionen,
- der Privatisierung öffentlicher Leistungen und öffentlichen Vermögens und
- des Umbaus des Steuersystems

erörtert werden.

Weniger subventionieren

383. Subventionen sind meistens Kinder der Not. Aber oft bestehen sie fort, wenn die Not vorbei ist. Ja, sie werden nicht selten zu einem Besitzstand, führen zur Desorientierung im Unternehmerverhalten und zu Wettbewerbsverzerrungen, erschweren das Umschichten von Staatsausgaben und Steuern, hemmen Strukturwandel und Wirtschaftswachstum und sind dann in wirtschaftspolitischer, fiskalischer und auch in sozialer Sicht nur noch Ballast. Zu dieser Erfahrung paßt der Satz: Im ersten ist man frei, im zweiten ist man Knecht. Das Unterbrechen dieser Abfolge ist das Hauptproblem einer rationalen Subventionspolitik. Anders gewendet: Es geht um den Abbau von Subventionen, die gesamtwirtschaftlich nicht mehr gerechtfertigt sind. Zu bedenken ist auch, daß es dann, wenn alte Hilfen nicht zurückgenommen werden, an Mitteln fehlt, um allfällige neue Hilfen zu finanzieren. Andere öffentliche Leistungen müssen dann gekürzt oder private Einkommen zusätzlich belastet werden. Mehr Flexibilität in der Subventionspolitik würde es auch leichter machen, in aktuellen Notfällen vorübergehend zu helfen.

384. Bei den Vorkehrungen, die zum Abbau überfällig gewordener Subventionen führen sollen, stehen die Finanzhilfen, also die Subventionen in Form öffentlicher Ausgaben, im Vordergrund. In bezug auf Steuervergünstigungen trifft das weniger zu. Für beide Subventionsformen gilt, daß sie nur befristet gewährt werden, daß sie also nach Ablauf des festgelegten Zeitraums entfallen sollten. Für beide gilt auch, daß ihre Wirksamkeit im Hinblick auf den angestrebten Zweck davon abhängt, wie geschickt die Empfangsbedingungen gesetzt werden. Bei Finanzhilfen ist das vermutlich leichter als bei Steuervergünstigungen. Unter fiskalischem Aspekt ist wichtig, ob und wie stark sich die Bemessungsgrundlage verändern kann und wie eng die Subventionen daran gebunden sind. Bei den Finanzhilfen ist es möglich, einen absoluten Betrag festzulegen und diesen gemäß den Empfangsaufgaben zuzuweisen, so lange der Vorrat reicht — so beispielsweise bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Bedenklicher, weil finanzpolitisch nicht zu beherrschen, sind dagegen Hilfen, auf deren Bemessungsgrundlage der Subventionsgeber keinen Einfluß hat — so beispielsweise beim Investitionszulagengesetz.

Vor allem für die Finanzhilfen kommen ferner lineare Kürzungen in Betracht. Die Bundesregierung hat sich zwar zugunsten einer selektiven Kürzung ausgesprochen; im Bundestag wird aber diskutiert, ausgewählte Subventionen zu Gruppen zusammenzufassen und diese linear zu kürzen. Außerdem ist eine Plafondssenkung bei einigen Einzelplänen im Gespräch. In der Schweiz ist bei Finanzhilfen das Verfahren einer linearen Kürzung praktiziert worden. Offenbar ist man dort bei dem Versuch eines differenzierten Subventionsabbaus nicht recht vorgekommen; die lineare Kürzung erwies sich als

politisch leichter durchsetzbar. Der Umstand, daß davon Steuervergünstigungen nicht berührt waren, brauchte die Schweizer nicht sonderlich zu bedrücken, weil Steuervergünstigungen bei ihnen einen viel geringeren Teil der Subventionen ausmachen als bei uns.

Bei Steuervergünstigungen scheint das Zurückführen freilich besonders schwierig zu sein. Im letzten Subventionsbericht der Bundesregierung wird mitgeteilt, daß in den Jahren von 1981 bis 1984 die Finanzhilfen des Bundes um knapp 2 vH absinken; die gesamten Steuervergünstigungen steigen um über 12 vH an. Auch für die Zukunft schätzt die Bundesregierung die Chancen, Subventionen zu kürzen, bei den Finanzhilfen offenbar höher ein als bei den Steuervergünstigungen. Denn sie will bis 1987 die Finanzhilfen von 13,3 Mrd DM auf 11,3 Mrd DM zurückführen. Für den Abbau von Steuervergünstigungen gibt es keine solche Festlegung. Diese Betrachtungen legen nahe, dies auf indirekte Weise zu versuchen: Steuervergünstigungen könnten, soweit es geht, in Finanzhilfen überführt werden und selektiv, nach Gruppen oder eben auch linear gekürzt werden. Für dieses Überführen spräche auch, daß Finanzhilfen in den öffentlichen Haushalten brutto angesetzt mehr Informationen über das Finanzgebaren geben als Steuervergünstigungen, die wegen der Saldierung mit den Steuereinnahmen in den Haushalten gar nicht erscheinen.

385. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat die Elemente der linearen Kürzung und der Befristung und das Element der periodischen Überprüfung aller Finanzhilfen und Steuervergünstigungen zusammengefügt und daraus einen Vorschlag über den möglichen Verlauf des Subventionsabbaus gemacht. Um den Prozeß in Gang zu bringen, sollen in einem ersten Schritt Finanzhilfen und Steuervergünstigungen linear gekürzt werden. Das schiene politisch eher durchsetzbar, weil alle Subventionsempfänger betroffen würden; die Mühsal des Abbaus einzelner Subventionen könnte in dieser Phase also vermieden werden. Als zweiter Schritt wird vorgeschlagen, alle Subventionen auf ein einheitliches Datum zu befristen. Der dritte Schritt soll darin bestehen, ein parlamentarisches Gremium zu bilden, „das nach Ablauf der Befristungen nur solche Subventionen neu oder weiter vorschlägt, die im einzelnen auf ihre Berechtigung, Dringlichkeit und Finanzierungsmöglichkeit geprüft worden sind“.

Der Vorschlag, das Zurückführen von staatlichen Hilfen an Unternehmen mit einer linearen Kürzung von Subventionen zu beginnen, vielleicht auch nur mit einer Kürzung bei Subventionsgruppen, sollte aus den oben genannten Gründen ernsthaft geprüft werden. Die Befristung der Subventionen ist wichtig; ob das für alle Hilfen zu einem bestimmten Datum sein sollte, mag dahingestellt bleiben. Bedeutsamer wäre, welche Personen in das parlamentarische Prüfungsgremium berufen und welche Entscheidungsbefugnisse einem solchen Gremium übertragen würden.

Man kann sich für einen Plan zum Subventionsabbau zahlreiche Änderungen und Ergänzungen vorstellen. Geschickte technische Vorkehrungen mögen bei der Rückführung helfen. Entscheidend ist jedoch der politische Wille, mit der bisherigen Subventionierungspraxis Schluß zu machen. Aber auch wenn dieser Wille besteht, wird das Zurückführen von staatlichen Hilfen ein mühseliges Geschäft bleiben. Denn dabei werden sicher große Widerstände zu überwinden sein, vor allem deswegen, weil weitergehende Kürzungen, schon um die schlimmeren Subventionen zuerst abzubauen, ein Überprüfen der Subventionen im einzelnen nötig machen.

Dazu kommt die Aufgabe, neue Subventionsbegehren abzuwehren, und hier darf der politische Wille nicht schwächer sein als bei dem Subventionsabbau. Nur Ausnahmen dürfen zu Subventionen führen. Wer bei Schwierigkeiten alsbald den Staat zu Hilfe ruft, rührt an die Glaubwürdigkeit der unternehmerischen Selbstverantwortung, und der Staat darf nicht so bereitwillig die helfende Hand bieten, wie er es oftmals getan hat und auch noch tut. Er muß bei Subventionsbegehren strengste Maßstäbe anlegen; denn wenn er den Forderungen des Tages immer wieder nachgibt, bestünde er nicht die Herausforderung des Jahrzehnts.

Richtig privatisieren

386. Ein anderes Thema der aktuellen finanzpolitischen Diskussion ist die Privatisierung öffentlicher Leistungen und öffentlichen Vermögens. Beklagenswert ist, daß diese Debatte weitgehend ideologisch geführt wird. Der sachliche Kern des Problems läßt sich dahin gehend umschreiben, daß bei einer Staatsquote, die nach den Vorstellungen des Finanzplanungsrates zurückgeführt werden soll, in absehbarer Zeit sicher aber nicht steigen wird, Bund, Länder und Gemeinden wohl nicht umhin kommen, ihre Haushalte und auch ihr Vermögen umzuschichten, um den Strukturwandel zu erleichtern und das Wirtschaftswachstum zu fördern; dabei kann die Privatisierung von bisher öffentlichen Leistungen und öffentlichem Vermögen hilfreich sein.

387. Im Jahresgutachten 1975 haben wir ausgeführt, daß unter der Bedingung einer gegebenen Staatsquote die Revision der Staatstätigkeit ein Dauerauftrag der Finanzpolitik sei und daß öffentliche Leistungen deshalb immer wieder daraufhin überprüft werden sollten,

— ob sie (ganz oder zum Teil) aufgegeben werden können — sei es weil sie an Dringlichkeit verloren haben, sei es weil man es ebenso gut den Privaten überlassen kann, wie und zu welchen Bedingungen der Bedarf nach den betreffenden Leistungen gedeckt wird. Also: Privatisierung von öffentlichen Leistungen.

— ob sie privat in staatlichem Auftrag erstellt werden können. Das läßt sich durch die Einschaltung Privater bei der Bereitstellung öffentlicher Leistungen errei-

chen — sei es indem diese Leistungen privat produziert, aber vom Staat angeboten werden, sei es indem der Staat bestimmte Aufgaben an Private überträgt, durch geeignete Vorkehrungen aber eine Untergrenze des Leistungsangebots sichert. Man darf erwarten, daß manche Leistungen dann billiger produziert und marktgerechter angeboten werden. Also: Private Produktion von öffentlichen Leistungen.

— ob sie gegen die Zahlung spezieller Entgelte (Preise, Beiträge, Gebühren) angeboten werden können und ob sich dort, wo dies bereits geschieht, der Kostendeckungsgrad erhöhen läßt. Allerdings sind auch gegen die Erhöhung von speziellen Entgelten Widerstände zu erwarten. Also: Mehr Entgeltlichkeit bei öffentlichen Leistungen.

— ob sie billiger bereitgestellt werden können. Dabei soll nicht nur mehr Effizienz innerhalb der Verwaltung erreicht werden. Der administrative Aufwand, der sich bei der Ausführung von Gesetzen (bis hin zur untersten Verwaltungsebene) ergibt, muß auch mehr als bisher schon im Verlauf der Gesetzgebung berücksichtigt werden. Also: Rationalisierung der Produktion öffentlicher Leistungen.

— ob sie an Veränderungen in der Priorität der Aufgaben anzupassen sind und ob sie durch kostengünstigere Zuwendungsformen ... oder durch spezielle Zummessung ... ihrem Umfang nach eingeschränkt werden können, ohne daß bei dem angestrebten Ziel nennenswerte Abstriche gemacht werden müssen. Also: Effektivere Darbietung von öffentlichen Leistungen.“ (JG 75 Ziffer 336).

388. Von der Privatisierung handeln die ersten beiden Grundsätze. Davon ist der erste der Idee nach unproblematisch; denn es handelt sich dabei um die Privatisierung von Leistungen, deren Angebot dem Staat gleichgültig sein kann. Sie gehören nicht in die Hand des Staates, denn es gibt keine Begründung dafür, warum bei diesen Leistungen über Tun oder Unterlassen nicht von den Bürgern entschieden wird. Gleichwohl sind nach unserem Eindruck in letzter Zeit nicht viele Leistungen dieser Art privatisiert worden. Im Konkreten ist zwar nicht selten umstritten, was zu dieser Kategorie öffentlicher Leistungen zählt. Aber es gibt sicher einen eindeutigen Bereich von erheblicher Größe, aus dem sich der Staat zurückziehen könnte und zurückziehen sollte.

389. Eng verwandt mit dieser Art von Leistungen ist das öffentliche Finanz- oder Erwerbsvermögen. Dazu gehören privatwirtschaftlich agierende Unternehmen und Beteiligungen, aber auch Grundbesitz und anderes. Gemeinsam ist diesen Vermögensteilen, daß sie zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben nicht nötig sind. Auch sie könnten und sollten daher privatisiert werden. Hier gilt allerdings noch mehr als bei den verwandten Leistungen, daß die Privatisierung in letzter Zeit nur langsam vorangekommen ist; mancherorts scheint sogar das Gegenteil eingetreten zu sein. So hat die Anzahl der mittelbaren Beteiligungen des Bundes seit Beginn der 70er

Jahre erheblich zugenommen. Daß das öffentliche Finanzvermögen in der Bundesrepublik so groß ist, hat gute und schlechte Gründe. Zum kleineren Teil sind Unternehmen, ganz oder teilweise, noch bis heute in öffentlicher Hand, die der Staat vor langer Zeit gegründet hat, um das Durchsetzen von technischen Neuerungen zu beschleunigen und Beispiele für wirtschaftliche Betätigung zu geben. Zum größeren Teil stammt das öffentliche Finanzvermögen jedoch aus dem Dritten Reich, und diese Erbschaft könnte bei der Privatisierung oben anstehen.

390. Nahe liegt, mit den so gewonnenen Mitteln gegen die Investitionsschwäche anzugehen. Zum einen ist dabei an ein Aufstocken von öffentlichen Investitionen zu denken — vor allem von solchen, die komplementär zu privaten Investitionen sind oder wichtige Vorleistungen für private Investitionen darstellen — zum Beispiel Infrastrukturinvestitionen, die dem Wirtschaftswachstum besonders förderlich sind. Für den Staat wäre dies vermögensneutral; das öffentliche Vermögen würde in seiner Summe unverändert bleiben, seine Anlagestruktur aber verbessert werden. Da die öffentlichen Sachinvestitionen zu rund zwei Dritteln von den Kommunen vorgenommen werden, könnten diesen aus dem Verkaufserlös von Finanzvermögen des Bundes und der Länder zinsgünstige Kredite für zusätzliche Investitionen angeboten werden, also für Investitionen, die die Investitionsausgaben eines geeigneten Referenzzeitraums übersteigen. Um diejenigen Gemeinden nicht schlechter zu stellen, die in letzter Zeit verhältnismäßig viel investiert haben, wäre zu erwägen, diese Kredite auch schon für Investitionen zu gewähren, die beispielsweise die Hälfte der Investitionssumme des Referenzzeitraums übersteigen.

Zum anderen könnten die Verkaufserlöse zur Förderung von Investitionen und Innovationen im privaten Sektor der Volkswirtschaft verwendet werden. Soweit das in Form von Kredit geschähe, handelte es sich für den Staat um einen „Aktivtausch“, also um eine vermögensneutrale Operation. Aber das ist vom Zweck her gesehen nicht die Hauptsache. Wichtiger wäre, daß die Maßnahmen soweit wie möglich global wirken, damit nicht staatliche Instanzen maßgeblich darüber entscheiden, welche Investitionen und Innovationen besonders dringlich sind, und daß dort, wo alternative Wege zum gleichen Ziel führen, derjenige gewählt wird, der den geringsten fiskalischen Aufwand verursacht. Eine Möglichkeit, die Verkaufserlöse in diesem Sinne zu verwerten, wäre, sie als Deckung für Steuermindereinnahmen zu verwenden, die sich ergeben würden, wenn sich der Staat steuerlich verstärkt an den Risiken privater Investitionen und Innovationen beteiligt (JG 77 Ziffern 439 ff.). Dabei wäre längerfristigen Investitionsprojekten, die unter dem Gesichtspunkt der staatlichen Risikobeteiligung nach den gegenwärtig geltenden Abschreibungsregelungen diskriminiert sind, besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Schließlich könnte der Staat den Verkaufserlös auch dazu verwenden, seine Kreditaufnahme zu vermindern oder, soweit es geht, von ihm hoch zu

verzinsende Kredite abzulösen. Das würde zwar keine Entspannung am Kreditmarkt bringen, hätte aber, ohne daß staatliche Aufgaben berührt würden, den haushaltspolitisch günstigen Effekt, daß Ausgaben für Sollzinsen gespart würden. Dagegen wären freilich die Habenzinsen und Gewinnabführungen zu rechnen, die dem Staat bisher aus den verkauften Finanzvermögen an Einnahmen zugeflossen sind. Diese Differenz dürfte indessen beträchtlich sein, nicht zuletzt weil die Beteiligungsgewinne teilweise in den Unternehmen belassen wurden.

391. Der zweite Grundsatz betrifft Leistungen, bei deren Bereitstellung sich der Staat die Vorteile privater Produktion zunutze machen kann, Vorteile, die sich selbstverständlich nicht aus der Nutzung von Praktiken ergeben dürfen, die irregulär sind oder nur Kostenverlagerungen mit sich bringen. Es leuchtet unmittelbar ein und wird auch durch empirische Studien gestützt, daß die Kostenvorteile privater Produktion unterschiedlich über die verschiedenen Leistungsarten verteilt sind. Mit Vorteilen ist vor allem bei solchen Gütern zu rechnen, deren Qualität unmittelbar sichtbar ist und daher leicht überprüft werden kann. Dann gibt es Güter, über deren Qualität sich durch kürzere oder längere Nutzung ein Urteil gewinnen läßt. Von dieser Art dürfte der größte Teil der öffentlichen Leistungen sein, für die eine private Produktion in Betracht kommt. Für die Sicherung der Leistungsherstellung und für das Herausfinden des günstigsten Angebots muß der Staat durch geeignete Vorkehrungen bei der Vergabe von Aufträgen und Konzessionen und durch strenge Kontrollen sorgen; das wird bei der ersten Gruppe von Gütern wahrscheinlich leichter sein als bei der zweiten Gruppe. Im allgemeinen nutzt der Staat diese Vorteile auch, gleichwohl gibt es noch Reserven.

Bei der privaten Produktion öffentlicher Leistungen macht sich der Staat die produktivitätssteigernde Wirkung der Arbeitsteilung zunutze. Private Unternehmen müssen an Märkten operieren, und um sich dort zu behaupten oder gar Marktanteile zu gewinnen, brauchen sie viel Anpassungsfähigkeit und Risikobereitschaft. Anders staatliche Behörden. Sie haben andere, eben administrative Aufgaben; im Dienst für den Bürger ist ihr Handeln durch Verwaltungsvorschriften und pflichtgemäßes Ermessen bestimmt. Die beiden Bereiche sind also sowohl nach ihren gesamtwirtschaftlichen Aufgaben als auch im Verhalten der dort Tätigen verschieden. Eine Vermischung ist daher mit Produktivitätseinbußen verbunden; ihre Trennung würde Vorteile bringen.

392. Falsch ist die Vorstellung, die Produktion von öffentlichen Leistungen könne nur in den Fällen privatisiert werden, in denen sie sich privat lohne. Wenn sich ein privater Produzent findet, der die gewünschte Leistung zu erstellen bereit ist und dafür einen Zuschuß verlangt, der geringer ist als der erwartete Fehlbetrag bei weiterhin öffentlicher Produktion, kann eine Privatisierung durchaus zur Kostensenkung für den Staat führen.

Fragwürdig ist auch das Argument, öffentliche Unternehmen könnten negative Nebenwirkungen der Produktion, beispielsweise Umweltbelastungen, die in den betrieblichen Kosten nicht enthalten sind, besser berücksichtigen als private Unternehmen. Wenn sich die öffentlichen Unternehmen nach Märkten und Preisen richten müssen, ist das nicht möglich — es sei denn um den Preis von Subventionen. Subventionen können aber zu diesem Zweck ebensogut privaten Unternehmen gewährt werden. Kein Unterschied besteht auch in bezug auf Auflagen, Abgaben oder andere Maßnahmen, mit deren Hilfe diese negativen Nebenwirkungen der Produktion den Verursachern angelastet werden können.

Der Hinweis auf die Sicherheit der Beschäftigung im öffentlichen Dienst ist ebenfalls kein durchschlagendes Argument gegen die Privatisierung der Produktion bei den oben beschriebenen Leistungsarten. Denn wenn etwas privat kostengünstiger produziert werden kann, wäre es töricht, es mit hohen Kosten vom Staat herstellen zu lassen.

393. Das öffentliche Vermögen, das bei der Privatisierung der Produktion dieser öffentlichen Leistungen nicht mehr benötigt wird, kann ebenfalls privatisiert werden, und der Erlös, der sich aus seinem Verkauf ergibt, kann ebenso verwendet werden wie die Einnahmen, die sich beim Verkauf des Finanzvermögens ergeben, das mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben nichts zu tun hat.

Steuern korrigieren

394. In der Steuerpolitik hat es im vergangenen und im laufenden Jahr zahlreiche Änderungen im einzelnen gegeben. Im Zusammenhang mit dem Haushalt 1984 sollen weitere Maßnahmen dieser Art beschlossen werden. An Reformen ist in dieser Legislaturperiode die Umgestaltung des Einkommensteuertarifs geplant. Eine Festlegung gibt es bisher nicht in bezug auf die überfällige Reform des Gemeindesteuersystems, namentlich für einen Ersatz der Gewerbesteuer.

395. Zu den Maßnahmen, die sich im Herbst vorigen Jahres abzeichneten, haben wir uns in den beiden Gutachten des vergangenen Jahres geäußert. Damals haben wir zu bedenken gegeben, daß das Wachstum der gewerblichen Investitionen, also das Investieren in Maschinen und in Wirtschaftsgebäude, an und in denen gearbeitet wird, Vorrang vor dem Bauen von Wohnhäusern haben sollte. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß die staatlichen Hilfen für den Wohnungsbau nicht noch weiter ausgedehnt, sondern eingeschränkt werden sollten. Wichtig wäre, in der Wohnungspolitik bald eine klare Entscheidung, etwa zugunsten der Investitionsgutlösung zu treffen und allfällige Fördermaßnahmen danach auszurichten (Ziffern 567 ff.).

Zu der im vergangenen Herbst diskutierten Zwangsanleihe hatten wir als Alternative einen Beschäftigungsbeitrag vorgeschlagen (SG 82 Ziffer 74 ff.). Er sollte jedoch eine breitere Bemessungsgrundlage haben, daher mehr Einnahmen bringen

als die Zwangsanleihe und zusammen mit der Kürzung von Subventionen die Umsatzsteuererhöhung in diesem Jahr überflüssig machen. Mit dem Aufkommen hätte man über befristete, unverzinsliche Kredite gewerbliche sowie kommunale Investitionen fördern können. Die Zwangsanleihe, die nach langen politischen Auseinandersetzungen schließlich zustande gekommen ist, wird (wegen der Verrechnungsmöglichkeit mit 20 vH der Anschaffungs- und Herstellungskosten von betrieblich begünstigten Investitionen) fast nur von Arbeitnehmern mit höherem Einkommen gezahlt, und mit ihrem Aufkommen werden nicht gewerbliche Investitionen, sondern Wohnbauten gefördert.

396. Der Verlustausgleich und die Sonderabschreibung für Forschung und Entwicklung sollen erweitert werden. Dies entspricht der Wachstumsorientierung der Finanzpolitik. Problematischer ist die Einführung einer zehnpromzentigen Sonderabschreibung zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe. Über all dies soll im Zusammenhang mit dem Haushalt 1984 entschieden werden. Zu diesen Maßnahmen gehören auch Entlastungen bei der Vermögenssteuer und beim Betriebsvermögen: Der Vermögenssteuersatz, der für Kapitalgesellschaften gilt, soll etwas herabgesetzt werden, und der Wertansatz des inländischen Betriebsvermögens soll durch eine Kombination eines Freibetrags mit einem allgemeinen Abschlag verringert werden. Das sind Maßnahmen, die für sich genommen gut begründet sind; denn die Doppelbelastung der Kapitalgesellschaften durch die Vermögenssteuer würde dadurch gemildert und die Diskriminierung des Betriebsvermögens gegenüber dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen sowie gegenüber dem Grundvermögen würde abgeschwächt (JG 82 Ziffern 322 f.).

Es ist jedoch zu fragen, ob andere, ebenfalls gut begründete Maßnahmen nicht dringlicher gewesen wären. Zu beklagen ist in diesem Sinne insbesondere, daß die ursprünglich vorgesehene Möglichkeit, für Wirtschaftsgüter mit einer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von mindestens zehn Jahren den Abschreibungszeitraum um 20 vH zu kürzen, von der Bundesregierung nach Anhörung der Wirtschaftsverbände gestrichen worden ist. Die freiberuflich Tätigen, für die ursprünglich die Minderung im Wertansatz des Betriebsvermögens nicht vorgesehen war, sollen jetzt ebenfalls in den Genuß dieser Neuregelung kommen, und die — nun großzügiger abgegrenzten — kleinen und mittleren Betriebe sollen in die zehnpromzentige Sonderabschreibung auch Personenkraftwagen einbeziehen dürfen, die überwiegend der betrieblichen Nutzung dienen. Für das Streichen der Möglichkeit, den Abschreibungszeitraum von längerfristigen Investitionen zu verkürzen, ist dies ein hoher Preis. Der Mitnahmeeffekt beim Investieren ist dort wahrscheinlich größer, als er hier gewesen wäre, und die längere Kapitalbindung, für die höhere Abschreibungssätze nötig sind, um die damit verbundenen höheren Risiken auszugleichen, bleibt steuerlich unverändert diskriminiert.

Zu fragen ist auch, ob der Zweck der Maßnahme, bei kleinen und mittleren Unternehmen vermutete

Benachteiligungen abzuschwächen, nicht auch hätte erreicht werden können, ohne den steuersystematisch bedenklichen Weg zu gehen, auf Unternehmen unterschiedliche Steuerregeln anzuwenden. Auch eine allgemein gewährte Sonderabschreibung hätte kleine und mittlere Unternehmen stärker entlastet als größere. Solche Abschreibungen stellen nämlich Steuerstundungen dar, zinslose Kredite des Fiskus gleichsam. Je höher die Kosten der Finanzierung sind, an deren Stelle diese gestundeten Beträge treten, desto wertvoller ist die Stundung. Deshalb werden kleine und mittlere Unternehmen, da sie Kapitalgebern oftmals höhere Risikoprämien im Zins zugestehen müssen, auch bei einer allgemeinen Sonderabschreibung relativ stärker entlastet.

397. Ein Schritt in die richtige Richtung war die Remedur bei der Grunderwerbsteuer. Das neue Gesetz ist an die Stelle einer großen Anzahl von Gesetzen und einer noch größeren Anzahl von Einzelvorschriften getreten. Es hat die Rechtszersplitterung beseitigt und dadurch sowie durch den drastischen Abbau von Steuerbegünstigungen die Grunderwerbsbesteuerung einfacher gemacht. Wegen des radikalen Schnitts bei den Vergünstigungen konnte der Steuersatz von 7 vH auf 2 vH gesenkt werden, ohne daß es nennenswerte Einbußen am Aufkommen geben wird. Das ist ein nachahmenswertes Beispiel.

In Sachen Steuervereinfachung hat es jedoch auch Rückschläge gegeben. Als Beispiel sei die Kombination von Kürzungen beim Kindergeld für die Bezieher von höheren Einkommen mit der Wiedereinführung eines Kinderfreibetrages genannt. Das ist eine komplizierte Regelung, die sicher mehr Verwaltungsaufwand mit sich bringt — und dies bei undurchsichtigen Verteilungswirkungen und vergleichsweise geringer fiskalischer Bedeutung der Maßnahme. Sicher gehört die Vereinfachung nicht zu den allerwichtigsten Zielen der Steuerpolitik; aber sie sollte auch nicht zu weit darunter angesiedelt werden. Denn sie führt nicht nur beim Fiskus zu geringeren Erhebungskosten und bei den Steuerpflichtigen zu geringeren Entrichtungskosten, sondern kann auch dazu beitragen, das — gerade durch steuerliche Vorschriften belastete — Verhältnis zwischen Bürger und Staat zu entspannen.

Das Steuerrecht vereinfachen heißt auch die Bagatellsteuern durchforsten. Für die Abschaffung mancher dieser Steuern sprechen zudem noch andere Gründe. Bei der Gesellschaftsteuer geht es beispielsweise darum, den Börsenzugang zu erleichtern, bei der Börsenumsatzsteuer um die Entlastung des Börsenhandels.

398. Eine Schwäche der Steuererhebung ist der oft beträchtliche zeitliche Abstand zwischen der Entstehung der Steuerschuld und der Veranlagung. Auch dies ist nicht nur ein technisches Problem; denn weil beim Ändern der Vorauszahlungen eine Anpassung nach unten vorherrscht, kommt es bei Steuerpflichtigen zu irregulären Zinsersparnissen und nebenbei bemerkt bei den Verteilungsquoten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu

zeitlichen Verwerfungen, die zu Fehldeutungen führen können. Administrative Maßnahmen, die zu einer zeitnäheren Veranlagung führen sollen, wird man in ihrer Wirkung wohl nicht sehr hoch veranschlagen dürfen. Ein anderer Weg wäre, die Steuerpflichtigen an einer zeitnahen Veranlagung zu interessieren. Dies ließe sich wahrscheinlich durch eine wechselseitige Verzinsung sowohl der Steuerschulden als auch der Steuerüberzahlungen zu Marktsätzen erreichen; demnach müßten zu niedrige Vorauszahlungen Zinsverpflichtungen bei den Steuerpflichtigen und zu hohe Vorauszahlungen Zinsverpflichtungen des Fiskus nach sich ziehen. Zu denken wäre auch daran, für Steuerzahler mit höherem Einkommen die Selbstveranlagung der Steuerschuld einzuführen.

Substitution der Gewerbesteuer

399. Die Gewerbesteuer ist eine schlechte Gemeindesteuer. Sie muß daher abgeschafft und durch eine bessere Steuer ersetzt werden. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen hat mehrheitlich als Ersatz eine Wertschöpfungssteuer vorgeschlagen. Dieser Vorschlag ist nach Meinung des Sachverständigenrates den anderen Plänen zur Änderung und zum Ersatz der Gewerbesteuer eindeutig überlegen. Würde er befolgt, wäre der schlimmste Makel des Gemeindesteuersystems behoben.

400. Die Mängel der Gewerbesteuer sind gravierend. Sie streut in ihrem Aufkommen je Gemeindebürger zu stark zwischen großengleichen und auch zwischen größenverschiedenen Gemeinden. Ihr Aufkommen schwankt mit der wirtschaftlichen Lage sehr stark, und dies veranlaßt die Gemeinden zu einem prozyklischen Ausgabenverhalten; das gilt besonders für die Sachinvestitionen, die rund zwei Drittel der gesamten öffentlichen Investitionen ausmachen. Sie knüpft nur zum Teil an die wirtschaftliche Betätigung innerhalb einer Gemeinde an, weil lediglich die Gewerbebetriebe, nicht dagegen die Betriebe von freiberuflich Tätigen und auch nicht die Behördentätigkeit der Steuerpflichtigen unterliegen. Sie ist seit einer Reihe von Jahren in mehreren Schritten in ihrer Bemessungsgrundlage geschmälert und zu einer Steuer auf mittlere und größere Unternehmen geworden. Sie hat sich, nach dem einige Jahre zurückliegenden Wegfall der Lohnsummensteuer sowie dem jüngst vorgenommenen Abbau der Hinzurechnungen von Dauerschuldzinsen bei der Gewerbeertragsteuer und von Dauerschulden bei der Gewerbekapitalsteuer, zu einer Abgabe auf den Unternehmensgewinn und auf das Eigenkapital hin entwickelt.

Zugunsten der Gewerbesteuer wird angeführt, daß sie fiskalisch sehr ergiebig und eine originäre Gemeindesteuer ist. Diese beiden Ansprüche sind auch an eine Steuer zu stellen, die die Gewerbebesteuer ersetzen soll.

401. Die Änderungen, die bei der Gewerbesteuer in den vergangenen Jahren vorgenommen worden

sind, haben zwar Entlastungen gebracht. Aber sie sind auf eine Weise zustande gekommen, die auf längere Sicht für die Unternehmen bedenklich sein muß. Fragwürdig ist zum einen die weitgehende steuerliche Entlastung kleinerer Unternehmen, weil dadurch das Interesse der Gemeinden an diesen Unternehmen abnimmt, und zwar an den ortsansässigen wie auch an ansiedlungswilligen Unternehmen. Fragwürdig ist zum andern der Wegfall der Lohnsummensteuer und auch die Kürzung der Hinzurechnungen bei Dauerschuldzinsen und Dauerschulden, weil dadurch die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ geschmälert worden ist. Der zweite Gesichtspunkt ist besonders wichtig, denn die Schmälderung in diesem Sinn hat zu einer Diskriminierung der Unternehmensgewinne (einschließlich des Entgelts für Eigenkapital) und des Eigenkapitals geführt. Damit sind Anreize verbunden, die in die falsche Richtung, nämlich auf eine Ausdehnung des Fremdkapitals wirken. Hierdurch wird die Fähigkeit der Unternehmen getroffen, Risiken zu tragen und zusätzliches Eigenkapital zu bilden. Daher kann das Fortbestehen der Gewerbesteuer in ihrer gegenwärtigen Form und auch ihr Abbau auf dem bisherigen Wege nicht im langfristigen Interesse der Unternehmen liegen. Und zu einer Wirtschaftspolitik, die auf ein Aktivieren von Risikobereitschaft und auf ein Entstehen von mehr Risikokapital abzielt, steht dies in krassem Gegensatz.

402. Eine Wertschöpfungsteuer empfiehlt sich deshalb als Ersatz der Gewerbesteuer, weil sie weitgehend deren positive Merkmale, nicht aber deren Mängel hat. Sie wäre gewiß eine fiskalisch ergiebige Steuer und eignete sich sicher als originäre, mit Hebesatzrecht ausgestattete Gemeindesteuer.

Aufgrund ihrer breiteren Bemessungsgrundlage, die die Summe von Löhnen, Pachten und Mieten, Zinsen und Gewinnen umfassen würde, wäre sie weit weniger konjunkturrempfindlich als die Gewerbesteuer. Die Gemeinden gewönnen also eine ziemlich kontinuierlich fließende und in der Ergiebigkeit mit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung eng verbundene Steuerquelle. Das würde bei ihnen, nicht zuletzt bei den Investitionsausgaben, zu einer stetigeren Ausgabenentwicklung führen. Eine Wertschöpfungsteuer würde in ihrem Aufkommen pro Kopf auch weniger streuen als die Gewerbesteuer.

403. Wegen dieser Vorzüge böte eine Wertschöpfungsteuer die Chance, die Steuerdeckungsquote in den Haushalten der Gemeinden zu erhöhen. Zum einen könnte dies dadurch geschehen, daß die Gewerbesteuer brutto, also einschließlich der Gewerbesteuerumlage, durch die Wertschöpfungsteuer ersetzt wird, und die Finanzzuweisungen entsprechend gekürzt werden. Zum anderen wäre auch möglich, die Wertschöpfungsteuer so zu bemessen, daß sie mehr Einnahmen bringt als gegenwärtig die Gewerbesteuer einschließlich der Gewerbesteuerumlage. Da hieraus zusätzliche Belastungen für die Steuerpflichtigen nicht entstehen dürfen, müßten andere Steuern, etwa die Einkommensteuer, gesenkt werden. Die Finanzzuweisungen der Länder an die Gemeinden wären weiter herabzusetzen. So-

weit durch diese beiden Regelungen Bund und Länder in Einnahmen und Ausgaben ungleichmäßig betroffen würden, müßte der Verteilungsschlüssel bei den Verbundsteuern geändert werden. *) Die Finanzautonomie der Gemeinden könnte so gestärkt werden; sie wären weniger abhängig von Finanzzuweisungen und hätten mehr vom (Steuer-)Ertrag ihrer eigenen Anstrengungen.

Zur Stärkung der kommunalen Finanzautonomie würde auch beitragen, wenn die Grundsteuer, die eine bewährte Gemeindesteuer ist, in ihrem Ertrag gesteigert würde. Das gilt sowohl für die Grundsteuer A, die die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft zum Gegenstand hat, als auch für die Grundsteuer B, die auf Grund und Gebäude erhoben wird. Da für beide Teilsteuern die Festlegung der Bemessungsgrundlage viele Jahre zurückliegt, ist ohnehin dringend eine Neubewertung und danach eine regelmäßige Fortschreibung der Einheitswerte geboten. Um auch hier zusätzliche Belastungen zu vermeiden, wäre ein Absenken der Einkommensteuer zu erwägen. Mit dem zusätzlichen Aufkommen aus der Grundsteuer könnte ein Teil des Steuerausfalls ausgeglichen werden, der sich bei einer Revision des Einkommensteuertarifs ergeben wird. Der Gemeindeanteil am Einkommensteueraufkommen sollte freilich nicht herabgesetzt werden, denn es geht bei der Anhebung der Grundsteuer auch und gerade darum, die kommunale Finanzautonomie weiter zu stärken. Vielmehr könnten die Finanzzuweisungen abermals gekürzt und die unterschiedlichen Folgen dieser Kürzung für Bund und Länder wiederum durch Änderungen bei den Verbundsteuern ausgeglichen werden.

Eine Wertschöpfungsteuer wäre auch besser als die Gewerbesteuer geeignet, an alle Formen wirtschaftlicher Betätigung innerhalb einer Gemeinde anzuknüpfen. Die Gewerbesteuer erfaßt nur die Gewerbebetriebe. Es ist jedoch ganz und gar nicht einzusehen, warum die Betriebe der freiberuflich Tätigen und auch die Behörden, die ebenfalls in den Genuß kommunaler Leistungen kommen, oder, anders gewendet, den Gemeinden ebenfalls Kosten verursachen, nicht in der gleichen Art wie die Gewerbebetriebe besteuert werden sollen. Das ließe sich durch eine Wertschöpfungsteuer erreichen, die die wirtschaftliche Betätigung innerhalb einer Gemeinde in ihrer Breite, also auch die Betriebe der freiberuflich Tätigen und die Behördentätigkeit, erfaßt. Die Steuerkraftverteilung zwischen den Gemeinden würde dann gleichmäßiger, die Finanzzuweisungen zum Ausgleich von Steuerkraftunterschieden wären so zum Teil überflüssig, und die Finanzzuweisungen, die zugunsten von Gemeinden mit einem hohen Anteil an öffentlicher Verwaltung gewährt werden, könnten entfallen.

404. Für die bisherigen gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen hätte eine solche Ausdehnung des Kreises der Steuerpflichtigen den Vorteil, daß sie gegenüber den freiberuflich Tätigen und den Behörden auf Gemeindeebene steuerlich nicht mehr diskriminiert würden. Sie hätten, anders als bei der

*) Wenn die Gewerbesteuer nur nach Maßgabe des Gewerbesteueraufkommens ersetzt würde, das den Gemeinden zusteht, müßte der Steuerausfall, der bei Bund und Ländern durch den Wegfall der Gewerbesteuerumlage entstünde, durch eine Anhebung gegebenenfalls auch durch eine Änderung in der Verteilung der Verbundsteuern ausgeglichen werden.

Gewerbsteuer, die Wertschöpfungssteuer nur anteilig aufzubringen. Ein weiterer Vorzug der Wertschöpfungssteuer bestünde darin, daß wegen der breiteren Bemessungsgrundlage die Steuerlast auf die Unternehmensgewinne geringer wäre und daß dadurch die Kapitalbildung leichter würde. Von Vorteil wäre dies besonders für die Tüchtigen unter den mittleren Unternehmern; denn ihre Tatkraft hätte bessere Chancen, und das würde zu mehr wirtschaftlicher Dynamik beitragen.

Als Argument gegen eine Wertschöpfungssteuer wird angeführt, sie enthalte, weil Löhne, Mieten und Pachten sowie Zinsen einbezogen werden sollen, mehr ertragsunabhängige Bestandteile als die Gewerbesteuer. Ertragsunabhängige Steuern seien für die Unternehmen fixe, das heißt von der Ausbringung unabhängige Kosten. Gesamtwirtschaftlich gesehen habe das den Nachteil, daß der Staat kaum am Risiko der privatwirtschaftlichen Tätigkeit beteiligt sei. Das trifft im Prinzip zu. Dem Argument ist indessen Gewichtiges entgegenzuhalten. Zunächst darf nicht vergessen werden, daß fixe Kosten in Höhe der Gewerbesteuer entfallen würden. Sodann hat man zu berücksichtigen, daß Löhne nicht einfach als fixe Kosten angesehen werden können. Ferner ist daran zu erinnern, daß die heute gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen von einer Wertschöpfungssteuer die oben aufgezeigten Vorteile hätten. Weiter hat man zu beachten, daß für die Gemeinden, die sich in ihrem Ausgabeverhalten an den Einnahmen orientieren, mit der Wertschöpfungssteuer eine stetig und reichlich fließende Steuerquelle erschlossen würde. Bei einer Gemeindesteuer kommt es mehr auf Gesichtspunkte der Äquivalenz und der Stetigkeit als darauf an, die Risiken der Privaten zu mindern; auch Gemeinden haben fixe Kosten. Schließlich ist zu bedenken, daß eine weitere Reduktion der Gewerbesteuer in Richtung auf eine noch höhere Belastung der Unternehmensgewinne und eine noch stärkere Diskriminierung der Eigenkapitalfinanzierung eine abschreckende Alternative ist.

405. Ein Tausch der Gewerbesteuer gegen eine Wertschöpfungssteuer läßt sich nicht von heute auf morgen bewerkstelligen. Er braucht Zeit — vor allem weil zunächst ein Konsens gefunden werden müßte, aber auch weil eine Reihe steuertechnischer Fragen zu lösen wäre. Die Diskussion darum ist bereits seit einiger Zeit im Gang. Dabei sind gelegentlich Interessentenargumente vorgetragen worden, die verdunkelt haben, welche Merkmale eine Gemeindesteuer haben sollte, die an die wirtschaftliche Betätigung anknüpft. An diesen Merkmalen gemessen wäre eine Wertschöpfungssteuer eine gute Gemeindesteuer, in jedem Fall eine viel bessere als die Gewerbesteuer.

Revision des Einkommensteuertarifs

406. Über den Zusammenhang zwischen der steuerlichen Entlastung der Investitionen und der Erleichterung der individuellen Abgabenlast in bezug auf das wirtschaftliche Wachstum und das Angebot

von Arbeitsplätzen haben wir im Jahresgutachten 1982 geschrieben:

„Um bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und um bedrohte Arbeitsplätze zu sichern und um neue Arbeitsplätze zu schaffen, sind mehr Investitionen nötig; Investitionsneigung und Investitionsfinanzierung sind daher geeignete Ansatzpunkte für finanzpolitische Maßnahmen zur Anregung der Investitionstätigkeit. Man darf freilich nicht übersehen, daß solche Maßnahmen auf Dauer nicht viel bewirken werden, wenn die individuelle Last der Abgaben auf Einkommenszuwächse weitere Anstrengungen beim Arbeiten, beim Sparen und beim Übernehmen von Risiken unattraktiver macht. Nur wenn den einzelnen der Ertrag ihrer zusätzlichen Mühen lohnend erscheint, werden sie auf Dauer bereit sein, mehr zu leisten, auf diese Weise für mehr Wachstum zu sorgen und über mehr Wachstum zum Entstehen von mehr hochbezahlten Arbeitsplätzen beizutragen. Anders gewendet: Der Staat muß seine Abgaben und Auflagen so bemessen, daß die individuellen Antriebskräfte nicht gelähmt werden, sondern daß für diejenigen, die sich wirtschaftlich betätigen wollen, genügend attraktive Aktionsfelder offenstehen, damit es durch deren Tun zu mehr Beschäftigung und zu mehr Wohlstand für alle kommen kann. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wäre, bald dafür zu sorgen, daß die staatlichen Auflagen weniger hinderlich sind; vielleicht noch wichtiger, wenn auch wohl nicht sehr bald zu verwirklichen, wäre ein Absenken der Grenzsteuersätze im Bereich der direkten Progression des Einkommensteuertarifs“ (JG 82 Ziffer 243).

Inzwischen hat die Bundesregierung erklärt, daß eine Reform des Einkommensteuertarifs einschließlich einer Neuregelung der Besteuerung von Familien die nächste große Aufgabe der Steuerpolitik sein soll. In der Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 heißt es dazu, daß der Einkommensteuertarif neu gestaltet werden müsse, daß Umfang und Zeitpunkt aber von der Gesundheit der öffentlichen Finanzen und der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage abhingen. Mangels verfügbarer Finanzmasse soll das Inkrafttreten des neuen Tarifs etwa für 1987 oder 1988 ins Auge gefaßt werden; die Entscheidungen können allerdings sehr viel früher fallen: die grundlegenden Beschlüsse schon im nächsten Jahr, die Verabschiedung des Reformgesetzes zwei Jahre später.

407. Der gegenwärtige Einkommensteuertarif geht in seiner Struktur auf die Reform des Jahres 1958 zurück. Damals wurde zwischen den Grundfreibetrag, die sogenannte Nullzone, und den Bereich der steigenden Grenzsteuersätze eine Proportionalzone eingeschoben, für die ein einheitlicher Grenzsteuersatz gilt. Neben dieser unteren Proportionalzone wurde anschließend an die Progressionszone eine obere Proportionalzone eingeführt, für die der maximale Grenzsteuersatz der Einkommensteuer Geltung hat. Diese Tarifstruktur hat trotz einiger größerer und vieler kleinerer Änderungen bis heute Bestand gehabt.

408. Zur Begründung der unteren Proportionalzone wurde 1958 unter anderem angeführt, daß durch deren Einführung das Besteuerungsverfahren für die privaten Unternehmen und für die Finanzverwaltung wesentlich einfacher würde. Tatsächlich brauchen die Besteuereten, die mit ihrem Einkommen in der unteren Proportionalzone lie-

gen, wegen des gleichbleibenden Grenzsteuersatzes weder bei nicht kontinuierlich zufließendem Einkommen noch bei Mehrfachbeschäftigung oder im Falle von mehr als einem Einkommensbezieher in der Familie einen Lohnsteuerjahresausgleich zu beantragen; mit der über das Jahr gezahlten Steuer ist die endgültige Steuerschuld beglichen. Hervorgehoben wurde in der Begründung von 1958, daß nach der Neuregelung für annähernd 95 vH der Besteueren der Satz der unteren Proportionalzone gelte.

Weiter wurde in der Begründung vorgetragen, daß der gleichbleibende Grenzsteuersatz in bezug auf die Neigung, mehr zu arbeiten, also im Hinblick auf die individuellen Antriebskräfte, günstig zu beurteilen sei. Schließlich wurde zugunsten der Proportionalzone angeführt, „daß die typischen Verbrauchseinkommen aller Steuerpflichtigen nach völlig einheitlichen Maßstäben besteuert werden und daß der Progressionstarif nur für die Einkommensteile zur Anwendung gelangt, welche das übliche Verbrauchseinkommen fühlbar übersteigen“. Man darf dies wohl so interpretieren, daß merklich ansteigende und hohe Grenzsteuersätze nur für eine Minderheit großer Einkommen gelten sollten.

409. Gemessen an dem, was mit der Reform von 1958 beabsichtigt war, ist festzustellen, daß der Einkommensteuertarif nun schon seit Jahren dem Gewollten nicht mehr entspricht. Trotz vieler Erleichterungen im einzelnen und auch mehreren größeren Entlastungsschritten durch die Tarifänderungen in den Jahren 1965, 1975, 1978 und 1981 ist die Zahl der Steuerpflichtigen, deren Einkommen in der unteren Proportionalzone liegt, in ihrem Anteil stark zurückgegangen. Dieser Anteil ist von 1958 bis 1974 sicher bis unter 50 vH gesunken, denn für 1976, also nach der Erweiterung der unteren Proportionalzone auf das Doppelte im Jahre 1975, hat das Bundesfinanzministerium geschätzt, daß etwa 60 vH aller lohnsteuerbelasteten Personen mit ihrem Einkommen in der unteren Proportionalzone liegen. Im Zeitraum von 1977 bis 1982 ist, wiederum nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums, der Anteil aller Steuerpflichtigen, die mit ihrem Einkommen in die untere Proportionalzone fallen, von reichlich 50 vH auf knapp 40 vH zurückgegangen. Bei den Lohnsteuerpflichtigen dürfte der Rückgang nicht geringer sein. Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist der Anteil des Lohnsteueraufkommens am gesamten Steueraufkommen in den vergangenen 25 Jahren von knapp 11 vH auf über 32 vH gestiegen. Der Anteil der Verbrauchsteuern im ganzen ist im gleichen Zeitraum von rund 47 vH auf knapp 41 vH zurückgegangen; der Anteil der Umsatzsteuer hat über diese Jahre, kaum verändert, zwischen 25 vH und 26 vH gelegen. Die volkswirtschaftliche Steuerquote ist während dieses Zeitraums nahezu gleich geblieben.

Mit dem Vorrücken der Besteueren in die Progressionszone ist auch der Anteil der insgesamt besteuerten Einkommen gewachsen, der von der Progression erfaßt wird. In den sechziger Jahren dürften weniger als 50 vH der zu versteuernden Einkommen in der Progressionszone gelegen haben. Dieser

Anteil ist nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums von etwa 55 vH im Jahre 1977 auf knapp 68 vH im Jahre 1982 gestiegen. Zum Teil ist das aufgrund wachstumsbedingter, zum Teil aufgrund inflationsbedingter Einkommenssteigerungen geschehen. Soweit die Inflation der Grund für die Höherbelastung ist, spricht man von kalter Progression. Sie ist, unabhängig von der Tarifstruktur, besonders schlimm; denn sie steht, welche Vorstellung der Steuerlastverteilung einem Tarif auch zugrunde liegen mag, zu dieser Belastungsidee im Gegensatz. Es gibt keine achtbare Rechtfertigung für die kalte Progression.

Im Laufe der Jahre sind der Grundfreibetrag und die untere Proportionalzone zwar gestreckt, aber bei weitem nicht im Maß der Einkommenssteigerungen ausgedehnt worden. Deswegen hat der Anteil der Steuerpflichtigen und der Einkommen, die dem Progressionstarif unterliegen, stark zugenommen. Der Einkommensbetrag, bei dem die obere Proportionalzone einsetzt, ist dagegen relativ wenig erhöht worden. Das hat dazu geführt, daß die untere und die obere Proportionalzone näher zusammengerückt sind; die Progressionszone ist also gleichsam gestaucht worden. Dies hatte wiederum zur Folge, daß trotz einiger Ausbesserungsversuche der ohnehin starke Anstieg der Grenzsteuersätze im vorderen Teil der Progressionszone noch steiler geworden ist; in ihrem hinteren Teil nehmen die Grenzsteuersätze dagegen nach wie vor nur wenig zu (JG 81 Schaubild 34). Im vorderen Drittel der Progressionszone steigen heute die Grenzsteuersätze von 22 vH auf nahezu 50 vH, im mittleren und hinteren Drittel dagegen nur von knapp 50 vH auf 56 vH. Das ist ein wenig überzeugender Verlauf der Progression, der wohl fiskalisch zu erklären, aber ansonsten kaum sinnvoll zu begründen ist.

Hinzu kommt, daß der Einkommensteuertarif über die gesamte Abgabenbelastung der privaten Haushalte nur unzureichend Auskunft gibt. Von großer Bedeutung sind die Sozialversicherungsbeiträge. Allein die Sätze für die Arbeitnehmer belaufen sich mittlerweile auf reichlich 17 vH. Um die gesamte Grenzbelastung der Lohneinkommen zu ermitteln, die in der unteren proportionalen Zone liegen, ist zu dieser Beitragsbelastung der Grenzsteuersatz zu addieren, der dort gilt; das sind 22 vH. Arbeitnehmerbeiträge werden aber auch von höheren Lohneinkommen erhoben. Die Beitragsbemessungsgrenzen reichen selbst bei einem Arbeitnehmerhaushalt, bei dem nur ein Ehepartner Arbeitseinkommen bezieht, also bei Beachtung des Ehegattensplitting, deutlich in die Progressionszone der Einkommensteuer hinein. Bei Unverheirateten reichen diese über das vordere Drittel der Progressionszone hinaus. Im unteren und mittleren Bereich der Einkommen führt also das Zusammenspiel von Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen zu einer erheblichen Abgabenlast (Ziffern 232 ff.). Bei den höheren Einkommen sind es die hohen Grenzsteuersätze, die in erster Linie die Abgabenlast bestimmen. Außerdem gehören die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber sowie für die allermeisten Steuerpflichtigen auch die von der Lohn- und Einkommensteuer abhängige Kirchensteuer ins Bild

— für bestimmte Fragestellungen zudem die Verbrauchsteuern, namentlich die Mehrwertsteuer. Die Belastung der Mehrwertsteuer ist abhängig von Höhe und Struktur des Verbrauchs; für die Ersparnisse ist bedeutsam, daß auch die daraus fließenden Erträge durch die Einkommensteuer belastet werden.

410. Die Wirkungen einer so hohen Abgabenlast lassen sich in empirischen Untersuchungen und Beispielsrechnungen nur unzureichend erfassen. Diese bringen lediglich zum Ausdruck, wie hoch die Abgabenlast tatsächlich ist und wie hoch sie unter bestimmten Bedingungen sein würde. Sie geben keine Auskunft darüber, was an Einkommen nicht entsteht oder dem Fiskus nicht bekannt wird, weil die Steuerpflichtigen — eben wegen der hohen Abgabenlast — mehr Freizeit bevorzugen oder in der Schattenwirtschaft tätig werden oder Vermögensanteile in Steueroasen anlegen. Dies ist der gleichsam unsichtbare, aber sicher nicht unerhebliche und auch nicht gänzlich vermeidbare Teil der Kosten der Staatstätigkeit. Weniger aus wirtschaftlichen als aus staatspolitischen Gründen ist daran besonders bedenklich, daß hierbei mehr und mehr und offenbar mit geringem Unrechtsbewußtsein gegen Gesetze verstoßen wird. Diese illegalen Formen des Ausweichens haben freilich auch andere Ursachen als die hohe Abgabenlast. Aber ohne diese bestünde kaum Anlaß dazu. Die Änderung des Sozialverhaltens kann sich verselbständigen — auch wenn die Abgabenlast nicht weiter steigt.

Den Umstand, daß die Steuerpflichtigen auf hohe Grenzabgaben empfindlich reagieren, macht sich im übrigen auch der Staat zunutze, indem er für Zwecke, die er für wichtig hält, Steuervergünstigungen gewährt und so das wirtschaftliche Handeln der Privaten dorthin lenkt. Außerdem gibt es in großer Vielfalt Transferleistungen des Staates. Für die Steuervergünstigungen und die Transfers fehlt es dem Bürger in vielen Fällen an Plausibilität. Auch dies macht verständlich, daß sich Steuerzahler mit wenig Skrupel für ihre Betätigung auf anderen Aktivitätsfeldern die Steuervergünstigung gewissermaßen selbst schaffen.

Der Staat darf die wirtschaftlichen Anreize nicht zu stark beeinträchtigen, die Anreize für jeden einzelnen, das für ihn Aussichtsreichste zu tun. Dies ist gegenwärtig besonders wichtig, weil es darum geht, das wirtschaftliche Wachstum und mit diesem das Entstehen neuer Arbeitsplätze zu fördern.

411. Diese Überlegungen zu den Problemen, die der gegenwärtige Einkommensteuertarif aufgeworfen hat, geben Anhaltspunkte für die anstehende Tarifreform. Als selbstverständlich sollte gelten, daß es zu einem überzeugenden Tarifverlauf kommt. Danach wären steil ansteigende Grenzsteuersätze zu vermeiden.

Weiter sollte der neue Tarif einfach sein und dies in einem doppelten Sinn: Zum einen müßte Mühe darauf verwendet werden, den Steuerpflichtigen die Belastungsidee klar zu machen, die hinter dem Tarif steht. Zum anderen wäre dafür zu sorgen, daß

das Besteuerungsverfahren möglichst wenig kompliziert ist. Letzteres spricht für ein Fortbestehen der unteren Proportionalzone. Um die Besteuerungsidee verständlicher zu machen, sollte es nur wenig Tarifelemente geben, die in plausibler Weise miteinander zu verbinden wären.

Vor allem aber sollten die Grenzsteuersätze gesenkt werden. Sie sind es in erster Linie, die gerade den Antriebskräften entgegenwirken, deren Freisetzen die einzige Chance bietet, daß soviel neue Arbeitsplätze entstehen oder erhalten bleiben, wie nötig sind, damit alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können und die Arbeit finden, die nach Art und Dauer ihren Wünschen am besten entspricht.

Ein deutliches Absenken der Grenzsteuersätze hätte freilich große Einnahmehausfälle zur Folge; wegen des hohen Finanzbedarfs, aber auch aus Gründen der Steuerlastverteilung scheinen die Grenzen dafür ziemlich eng gezogen. Diese Grenzen lassen sich jedoch verhältnismäßig weit hinauschieben, wenn die Bemessungsgrundlage nach oben revidiert, also erweitert wird. Manches von dem, was heute als Betriebsausgaben und als Werbungskosten gilt, sowie vieles von dem, was jenseits der Betriebsausgaben, der Abschreibungen und der Werbungskosten gegenwärtig abzugsfähig ist, müßte also zur Disposition gestellt werden, und auch von den Einkommensteuern, die den Finanzämtern nicht zur Kenntnis gebracht werden, aber eigentlich steuerpflichtig sind, wäre mehr zu erfassen. Steuervergünstigungen aller Art wären zu beiseitigen oder doch wesentlich zu kürzen, und auch Finanzhilfen auf der Ausgabenseite müßten abgebaut werden.

Und dies hätte nicht nur fiskalische Bedeutung: Eine Fülle von finanziellen Interventionen, mit denen sich der Staat gegenwärtig sowohl bei der politischen Entscheidung als auch in der administrativen Handhabung schwertut, würde verschwinden. Für den privaten Bereich der Wirtschaft wäre zu erwarten, daß an zahlreichen Stellen die Verzerrung des Wettbewerbs aufgehoben würde. Die Privaten brauchten auch nicht mehr so sehr hinter Steuervergünstigungen her zu sein, um die hohe Grenzsteuerbelastung auf legale Weise zu vermeiden — selbst um den Preis von Aktionen, die sie sonst nicht unternommen hätten. Die illegalen Praktiken des Ausweichens würden weniger attraktiv. Kurzum, es gäbe nicht nur niedrigere Grenzsteuersätze, sondern auch weniger Steuerdirigismus, und der Staat könnte mit besseren Gründen als heute den Bürgern zumuten, ihren Steuerpflichten nachzukommen.

Aus jeglicher Sicht sind also mäßige Grenzsteuersätze mit wenig Ausnahmen besser als hohe Grenzsteuersätze mit vielen Ausnahmen. Aber auch wenn sich diese Erkenntnis ausbreitet, wird eine durchgreifende Tarifreform, besonders soweit es um ein deutliches Absenken der Grenzsteuersätze geht, wahrscheinlich nur zu verwirklichen sein, wenn die politische Diskussion um eine solche Reform im Verständnis für die Sachfragen und mit dem Willen für eine faire Lösung geführt wird.

412. Aufgrund dieser Anhaltspunkte drängt sich zunächst die Frage auf, was an dem gegenwärtigen Einkommensteuertarif geändert werden müßte, wenn dessen Ungereimtheiten beseitigt, eine überzeugende Belastungsidee verwirklicht und das Besteuerungsverfahren einfach gehalten werden sollen. Die Einfachheit spricht zugunsten des Fortbestehens der unteren Proportionalzone. Um die Belastungsidee verständlich zu machen und um einen steilen Anstieg der Grenzsteuersätze zu vermeiden, wäre daran eine Progressionszone mit gleichmäßig, also linear ansteigenden Grenzsteuersätzen anzuschließen. Sie könnten in den Höchstsatz münden, der zur Zeit für die obere Proportionalzone gilt.

Dieser Tarif würde nach Maßgabe der Differenz zwischen dem jetzigen und dem neuen Verlauf der Grenzsteuersätze in der Progressionszone zu Steuerausfällen in der Größenordnung von 20 Mrd DM führen. Soweit mit diesen Steuermindereinnahmen ein weiteres Zurückführen der Staatsquote beabsichtigt ist, wäre das Haushaltsdefizit, das sich dabei einstellt, durch Einsparungen bei den Staatsausgaben zu decken; die Ausgaben müßten also für eine Weile langsamer zunehmen als das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential. Wenn das Zurückführen der Staatsquote nicht beabsichtigt und die Steuerquote bei Inkrafttreten der Tarifreform auf der politisch gewollten Höhe läge, müßte man das aus den Steuerausfällen resultierende Defizit durch eine Erhöhung von Steuern an anderer Stelle ausgleichen. Wenn die Steuerquote zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Reform höher wäre als politisch gewollt, wenn also über ihren Anstieg gleichsam ein Potential für Steuersenkungen angesammelt worden wäre oder, noch anders ausgedrückt, wenn das (von konjunkturellen Einflüssen bereinigte) Haushaltsdefizit kleiner wäre als mittelfristig für normal gehalten werden kann, führten die mit der Tarifreform verbundenen Steuerausfälle, soweit sie nicht auf andere Weise ausgeglichen werden, zu einem Absenken der Steuerquote auf die gewünschte Höhe oder, anders gewendet, zu einer Erhöhung des Haushaltsdefizits bis zur Obergrenze der Normalverschuldung. Der letzte Fall ist um so eher gegeben, je länger man mit dem Inkrafttreten des neuen Tarifs wartet. Die Entscheidung darüber könnte selbstverständlich vorher getroffen werden.

Soweit sich das Haushaltsdefizit, das aufgrund der mit dieser Tarifreform verbundenen Steuerausfälle entstehen würde, nicht vollständig auf die soeben beschriebene Weise decken ließe, käme vor allem der Abbau von Subventionen, seien es Steuervergünstigungen oder Finanzhilfen, in Betracht.

413. Mit einer Revision, die für die Progressionszone gleichmäßig ansteigende Grenzsteuersätze bringen würde, wäre der wenig überzeugende jetzige Verlauf der Grenzsteuersätze beseitigt. Nicht geändert wäre der Höchststeuersatz von 56 vH; bis dorthin würden in der Progressionszone, in der die Masse der Einkommen liegt, die Grenzsteuersätze linear ansteigen. Um die im Hinblick auf mehr wirtschaftliches Wachstum und das Angebot von zusätzlichen Arbeitsplätzen nötigen weiteren Anstrengungen attraktiver zu machen, wäre zu erwä-

gen, einen mutigen Schritt weiterzugehen. Ein solcher Schritt könnte in einem deutlichen Absenken des Höchstsatzes der Grenzbelastung, beispielsweise auf 40 vH, bestehen. Die (gleichmäßig zunehmenden) Grenzsteuersätze der Progressionszone würden dann nur bis zu dem neuen Höchstsatz, also erheblich langsamer ansteigen als im Fall der Beibehaltung des gegenwärtigen Höchstsatzes.

Natürlich wäre mit einem so kräftigen Absenken des Tarifs, wenn sonst nichts geschähe, ein weiterer großer Steuerausfall und auch eine beträchtliche Umverteilung der individuellen Steuerlast verbunden. Gesucht sind also Vorkehrungen, die — im Verhältnis zu dem Revisionsfall mit linearem Progressionstarif, aber unverändertem Höchstsatz — für Aufkommensneutralität und möglichst weitgehend auch für Verteilungsneutralität sorgen. Sie könnten im folgenden bestehen: Zunächst wären die heute als Betriebsausgaben und als Werbungskosten abzugsfähigen Ausgaben daraufhin zu überprüfen, ob ihre Abzugsfähigkeit bei einem solch starken Absenken der Grenzsteuersätze noch vertretbar ist. Dasselbe müßte in bezug auf die vielfältigen Freibeträge, die Sonderausgaben und andere Abzugsmöglichkeiten getan werden. Und schließlich wären auch Anstrengungen zu unternehmen, das steuerpflichtige Einkommen besser zu erfassen, so etwa die Einkünfte aus selbständiger Arbeit und aus Kapitalvermögen. Auch die Landwirtschaft ist steuerlich privilegiert. Daß dadurch die Bemessungsgrundlage insgesamt genügend groß werden würde, um auch bei dem stark abgesenkten Tarif das gleiche Steueraufkommen zu erzielen, ist so gut wie sicher.

Neutralität in bezug auf das Steueraufkommen wäre also zu erreichen. Im Hinblick auf die Steuerlastverteilung ist das schwieriger. Dies wird freilich auch das Hauptproblem werden. Es dürfte darum gehen, trotz eines starken Absenkens der Grenzsteuersätze die Verlagerung der Steuerlast in engen Grenzen zu halten. Es müßte möglich sein, im Vorlauf zu den Reformentscheidungen sorgfältig zu untersuchen, wie das Absenken des Höchststeuersatzes zu Buche schlägt und ob die Beseitigung von vielen Ausnahmeregelungen sowie die bessere Erfassung des steuerpflichtigen Einkommens sicherstellen würden, daß im ganzen keine Umverteilung der Steuerlast von oben nach unten zustande kommt. Wegen der Steuervergünstigungen und anderer Ausweichmöglichkeiten werden die Höchststeuersätze für viele Bezieher höherer Einkommen schon heute nicht mehr effektiv, dies aber in unsystematischer und teilweise anstößiger Weise.

Es wäre auch zu erwägen, die Bemessungsgrundlage mit zunehmendem Einkommen zu erweitern; dazu könnten die dann noch bestehenden Abzugsmöglichkeiten, wie beispielsweise der Grundfreibetrag, ab einer bestimmten Einkommenshöhe allmählich eingeschränkt werden. Bei dieser systematischen Verknüpfung von Erweiterung der Bemessungsgrundlage und Tarifverlauf ergäbe sich für die höheren Einkommen allerdings faktisch eine etwas höhere Grenzbelastung. Bei der Körperschaftsteuer wären die Sätze für die einbehaltenen und

die ausgeschütteten Gewinne anzupassen; das bestehende Anrechnungssystem bliebe davon unberührt.

Es sei wiederholt: Die Ratio der Reform wäre, daß möglichst viele Bürger zwar fast ebenso viel Steuern zahlen wie bisher, aber deutlich weniger im Zusammenhang mit Einkommenssteigerungen.

414. Aus Gründen der Steuervereinfachung und mehr noch um den individuellen Antriebskräften mehr Raum zu geben, sollten auch Vorstellungen über eine weitergehende Revision des Einkommensteuertarifs nicht außer Betracht bleiben. So wäre beispielsweise eine radikale Reform denkbar, die zu einem Tarif führen könnte, bei dem die untere Proportionalzone, die Progressionszone und die obere Proportionalzone durch drei Proportionalzonen ersetzt werden. Der Tarif bestünde dann über die drei Proportionalzonen hinweg nur aus drei — bei größeren Einkommen höheren — Grenzsteuersätzen, etwa 20 vH, 30 vH und 40 vH; innerhalb jeder Zone würde der gleiche Grenzsteuersatz gelten. Ein Nachteil dieses Tarifs wären die Sprünge in den Grenzsteuersätzen zwischen den Zonen. Beim Verlauf der Durchschnittsteuersätze gibt es selbstverständlich keine Sprünge; die Sätze steigen auch nicht steil an. Ein Vorteil dieses Tarifs bestünde darin, daß sich die Steuerausfälle beträchtlich mindern ließen, wenn der Höchstsatz bei einem niedrigeren Einkommen einsetzen würde als bei dem Tarif mit linearer Progression und abgesenkten Grenzsteuersätzen. Aus Gründen der Steuerlastverteilung wäre bei der Bemessungsgrundlage hier ebenfalls eine Vergrößerung nötig und eine systematische Erweiterung möglich. Für das Verhältnis zur Körperschaftsteuer gilt das gleiche wie bei dem zuvor erörterten Tarif.

415. Die Bundesregierung hat wie bereits erwähnt angekündigt, daß sie zusammen mit der Reform des Einkommensteuertarifs auch beim Familienlastenausgleich Änderungen vornehmen will. Diskutiert werden die Einführung des Familiensplitting und auch eine Erhöhung der Kinderfreibeträge, jeweils kombiniert mit Kindergeld für diejenigen, die wegen geringen Einkommens steuerlich nicht wirksam entlastet werden können. Die Reform des Einkommensteuertarifs wäre dadurch über höhere Steuerausfälle berührt, das würde insbesondere bei der Einführung des Familiensplitting gelten. Sollten die Deckungsprobleme überhand nehmen, wäre zu überlegen, die Neuregelungen unter Umständen zeitlich gestaffelt, beispielsweise in zwei Stufen, in Kraft zu setzen. Man darf die Spannung nicht übersehen zwischen dem Plan, zu einer ins Gewicht fallenden Senkung der Grenzsteuersätze im Einkommensteuertarif zu kommen, und zwar nicht zuletzt aus Anreizgründen, und dem Vorhaben, den Familienlastenausgleich im Rahmen des Einkommensteuerrechts weiter auszubauen, verbunden mit der Gefahr, daß wegen der daraus entstehenden Steuerausfälle die Grenzsteuersätze für diejenigen, die nicht verheiratet sind oder keine Kinder haben, noch einmal angehoben werden. Bei den Änderungen des Familienlastenausgleichs sollte im übrigen bedacht werden, daß auch die Sozialversicherungen

und hier insbesondere die gesetzliche Krankenversicherung Regelungen enthalten, die zum Teil eine erhebliche Umverteilung zugunsten der Familien mit sich bringen.

Geldpolitik

416. Die Bundesbank hat zugelassen, daß die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge von dem Pfad abgewichen ist, den sie für stabilitätsgerecht erklärt hatte. Nicht nur die mittlere Linie des vorgegebenen Zielkorridors, sondern sogar dessen Obergrenze wurde überschritten.

Die Bundesbank hat diese Abweichung, soweit sie das Überschreiten der Obergrenze des Zielbandes betrifft, nicht gewünscht. Es wäre ihr aber nicht unmöglich gewesen, für ein Einhalten der Zielvorstellungen zu sorgen. Sie hat einiges getan, eine Rückkehr in den Zielkorridor zu begünstigen, aber nicht sehr viel.

Zum Hintergrund gehört: Die Inflationsrate ist trotz der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung deutlich gesunken, Ertrag der Stabilisierungsbemühungen — nicht zuletzt der Geldpolitik — in den vergangenen Jahren. Die Vorstellung, daß sich bald neue Inflationstendenzen bemerkbar machen werden, verlor an Einfluß auf die Geldpolitik. So wurde die Vermutung, daß in der zunächst sehr starken Zunahme der von der Bundesbank befriedigten Nachfrage nach Zentralbankgeld zu einem erheblichen Teil Sonderfaktoren zum Ausdruck kommen, die nur vorübergehend wirksam sein würden, bestimmend für die Entscheidung, der erhöhten Nachfrage nach Zentralbankgeld nicht alsbald entgegenzutreten. Durch übereilte Gegenmaßnahmen einen Kurswechsel zu signalisieren, wollte die Bundesbank vermeiden. Die Einschätzung, daß die Nachfrage nach Zentralbankgeld von selbst wieder schwächer werden würde, war überwiegend zutreffend. Ein Überschreiten der Obergrenze, die ohnehin eine großzügige Expansion des Geldangebots bedeutete, ist aber geblieben.

417. Die Erfahrungen mit früheren Abweichungen vom Pfad einer am Wachstum der Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft orientierten Geldmengensteuerung lassen es nicht zu, daß man eine solche Entwicklung leicht nimmt.

Zum reinen Administrator einer an mittelfristigen Zielgrößen orientierten Geldpolitik soll sich die Bundesbank zwar nicht machen. Auch der Sachverständigenrat hat in mehreren Jahren Abweichungen für gerechtfertigt gehalten. Doch die Sorgen hinsichtlich unerwünschter Nebenwirkungen, die sich mit situationsbezogener Rechtfertigung verbinden, haben sich doch auch regelmäßig als begründet erwiesen.

Im Jahre 1978 war es vor allem eine übermäßige Aufwertungstendenz beim Wechselkurs der D-Mark gewesen, die wegen des damit verbundenen Deflationsdrucks ein vorübergehend großzügigeres Geldangebot konjunkturell erwünscht und

stabilitätspolitisch unbedenklich erscheinen ließ. Die Beseitigung dieses Deflationsdrucks gelang. Aber auf die Phase stark beschleunigter monetärer Expansion folgten Jahre stark beschleunigter Geldentwertung. Daß das eine für das andere ursächlich gewesen ist, kann man eindeutig zwar nicht sagen. Der enorme Ölpreisschub der Jahre 1979/80 bietet eine gute konkurrierende Erklärung. Außerdem war auch die Finanzpolitik jener Jahre zu expansiv. Aber zumindest eine mitwirkende Rolle der vorangegangenen Ausweitung der Geldmenge kann man nicht leugnen. Die Geldversorgung war so reichlich geworden, daß die Finanzierung der erhöhten Preissteigerungen eine Zeitlang keine großen Schwierigkeiten bereitete.

Im Jahre 1981 war es dann die starke reale Abwertung des Wechselkurses der D-Mark, die wegen der damit verbundenen neuen, die Ölverteuerung fortsetzenden inflatorischen Impulse aus dem Ausland ein Unterschreiten der in mittelfristiger Orientierung gewonnenen Zielgröße der Geldmengenpolitik angezeigt erscheinen ließ. Der Wechselkursverfall wurde gestoppt und die Gefahr einer binnenwirtschaftlichen Anpassungsinflation gebannt. Das Zusammenspiel von monetärem Restriktionsdruck und zugelassener realer Abwertung der D-Mark leitete zudem eine rasche Besserung der in ein bedrohliches Defizit geratenen Leistungsbilanz ein. Aber die Verstärkung der binnenwirtschaftlichen Rezessionstendenzen machte doch auch im Negativen deutlich, wie scharf die geldpolitische Waffe sein kann.

Der innere Zusammenhang zwischen dem ersten Fall und dem zweiten — die starke monetäre Expansion zunächst trug bei zum Restriktionsbedarf danach, die außenwirtschaftlichen Probleme standen nicht allein, und sie waren auch nicht unabhängig von den binnenwirtschaftlichen Problemen — sollte besonders zu denken geben. Kurz, eine vom Wachstum des Produktionspotentials abweichende Geldmengenpolitik sollte sehr gut begründet und dem Ausmaß und der Dauer nach eng begrenzt sein.

418. Eine so gute Begründung sieht der Sachverständigenrat für die jüngste Abweichung nicht. Bei diesem Urteil spielt eine wichtige Rolle, daß der Rat schon das Ziel der Bundesbank, die konjunkturelle Aufwärtsbewegung durch mehr Geld anregen zu helfen, für das Jahr 1983 also von vornherein eine Geldmengenexpansion nahe 7 vH anzustreben, nicht für ausreichend begründet hielt. Die Geldversorgung soll ausreichen, die Entstehung und Verteilung eines Sozialprodukts zu finanzieren, das die Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft voll ausschöpft. Das muß genügen. Mehr Geld würde früher oder später für unerwünschte Preissteigerungen absorbiert werden. Daß eine erneute Beschleunigung der Geldentwertung nicht unmittelbar bevorsteht, beruhigt nicht. Hier sind Wirkungsverzögerungen im Spiel, die im einzelnen nicht verläßlich bekannt und auch nicht stabil sind. Es gehört ja gerade zu den weltweit schlechten Erfahrungen mit einer Geldpolitik nach antizyklischem Muster, daß die Orientierung an Sorgen auf kurze

Sicht die Folgen auf längere Sicht immer wieder zurücktreten läßt. Wenn diese dauerhaften Folgen sichtbar werden, ist es aber zu spät, ihnen ohne unerwünschte Nebenwirkungen noch zu begegnen. Und es gehört zu den guten Erfahrungen einer stabilitätsgerechten Geldpolitik, daß diese nicht mehr als vorübergehend höhere Zinsen in Kauf zu nehmen hat. Am Markt für langfristige Kredite trifft unter Umständen nicht einmal das zu. Auf die Dauer ist sogar das Gegenteil richtig. Vor allem den langfristigen Zinsen bekommt eine beständig auf Stabilität bedachte Geldpolitik allemal gut.

419. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Hans-Jürgen Krupp, teilt nicht die Beurteilung der Geldpolitik dieses Jahres und der letzten Jahre durch die Mehrheit. Er ist zwar mit der Mehrheit der Meinung, daß die Geldpolitik zur Verstetigung der Wirtschaftsentwicklung beitragen muß. Dafür reicht aber seiner Meinung nach eine strikte Orientierung der Geldmengenentwicklung (in jeglicher Abgrenzung) am Wachstum des Produktionspotentials nicht aus. Die enge Beurteilung der Geldpolitik der letzten Jahre im Rahmen des vom Sachverständigenrat zugrunde gelegten Konzepts wird den anstehenden wirtschaftlichen Problemen dieser Jahre nicht gerecht. Seiner Auffassung nach beeinflusst die Geldpolitik in stärkerem Maße, als dies die Mehrheit sieht, auch die langfristigen Zinsen sowie die sich am Markt aus Nominallöhnen und Güterpreisen ergebenden Reallöhne und die Beschäftigung. Da das Zinsniveau ein entscheidender Bestimmungsfaktor für die Investitionen ist, muß der Entwicklung des Zinsniveaus für die Geldpolitik ein höheres Gewicht beigemessen werden, als dies die Mehrheit tut. Auch eine mittelfristige, an der Entwicklung des Produktionspotentials orientierte Geldpolitik kann daher nicht darauf verzichten, ihre Auswirkungen auf Zins, Reallöhne und Beschäftigung als Restriktionen zu beachten. Dazu kommt die Frage, inwieweit angesichts des starken Strukturwandels weiterhin an einer Potentialbestimmung nur aufgrund der Produktionskapazität des Sachkapitals festgehalten werden kann. Zumindest bei massiver Arbeitslosigkeit sollte die Unterlastung des Produktionsfaktors Arbeit in die Betrachtung des Produktionspotentials einbezogen werden. Schließlich stellt sich die Frage, ob ein einzelner Indikator zur Beurteilung der Geldmengenentwicklung geeignet ist.

Im einzelnen weist dieses Mitglied des Rates auf folgende Zusammenhänge hin:

— Geldpolitische Maßnahmen der Bundesbank wirken fast alle zunächst auf Zinsen und Bankenliquidität. Dies hat sich auch nicht geändert, seitdem Geldmengenziele vorgegeben werden, da die Zentralbankgeldmenge nicht direkt gesteuert wird. Die liquiditätspolitischen Maßnahmen und zinspolitischen Schritte der Bundesbank nehmen auf der ersten Stufe überwiegend Einfluß auf den Geldmarkt, auf dem ein kurzfristiger Ausgleich von Liquiditätsüberschüssen und -defiziten unter den Kreditinstituten stattfindet. Die Bundesbank muß also, will sie die Zentralbankgeldmenge entsprechend ihrer Ziel-

vorgabe ausweiten, die Reaktionen der Kreditinstitute auf Veränderungen der Geldmarktzinsen in ihr Kalkül einbeziehen. Eine Geldpolitik, die konsequent potentialorientiert ausgerichtet ist, hat demnach Schwankungen der kurzfristigen Zinsen am Geldmarkt in Kauf zu nehmen. Dies wäre für die Zinsen am Kreditmarkt und am Kapitalmarkt nur dann unbedenklich, wenn die Zinsentwicklung an diesen Märkten nur wenig an diejenige des Geldmarktes gekoppelt wäre. Dies ist schon deswegen nicht der Fall, weil — wie Untersuchungen zeigen — neben den Wirkungen, die von Inflationserwartungen und außenwirtschaftlichen Faktoren ausgehen, vor allem die Lage am Geldmarkt für die Kapitalmarktzinsen bedeutsam ist. Die Kreditinstitute, die die wichtigste Anlegergruppe am Markt für festverzinsliche Wertpapiere sind, erwerben diese Papiere in Abhängigkeit von ihrer Liquiditätslage. Spannungen am Geldmarkt verringern die Wertpapierkäufe der Kreditinstitute erheblich und wirken so auch auf den langfristigen Märkten zinssteigernd. Die Erfahrungen mit einer restriktiven Geldpolitik in den letzten Jahren haben dies veranschaulicht. Ein geldpolitisches Konzept, das die Zusammenhänge zwischen den kurzfristigen und langfristigen Zinsen zu gering achtet, wirkt infolge der gesamtwirtschaftlichen Risiken nicht vertrauensbildend.

- Jede Berechnung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials beruht auf mehr oder weniger willkürlichen Annahmen. Dies ist unstrittig. Strittig ist, inwieweit es bei einem mittelfristigen Konzept, das den Strukturwandel in die Überlegungen einzubeziehen hat, sinnvoll ist, das Produktionspotential nur auf der Basis der sachlichen Produktionsmittel zu berechnen. Zwar werden Veränderungen der Kapitalproduktivität bei einem derartigen Ansatz berücksichtigt, dieses reicht jedoch nicht aus, um Veränderungen der Kapitalintensität angemessen einzubeziehen. Es ist nicht einzusehen, warum nicht bei der Bestimmung des monetären Pfades derjenige Produktionsfaktor mitberücksichtigt wird, der in besonders hohem Maße nicht ausgelastet ist. Schließlich soll die Bestimmung dieses Pfades zu jener Geldversorgung führen, die die Produktionsfaktoren normal auslastet.
- Nach Meinung dieses Mitglieds des Rates unterschätzt die Mehrheit aber auch das Indikatorproblem. Die Geldpolitik kann nur zu einem Teil an der Entwicklung der Zentralbankgeldmenge beurteilt werden. Nicht von ungefähr ist die Diskussion um die Geldmengensteuerung immer mit einer Diskussion um die anzuwendenden Geldmengenkonzepte verbunden. Letztlich liefern die verschiedenen Geldmengengrößen unterschiedliche Aussagen. Die Geldpolitik insgesamt kann nur bei einer Analyse der Entwicklung der verschiedenen Geldmengenaggregate beurteilt werden, nicht anhand eines einzelnen. Dies sei am Beispiel der jüngeren Geldpolitik verdeutlicht.

Zum angebotenen Zentralbankgeld zählen auch die unausgenutzten Refinanzierungslinien der Banken. In der zweiten Hälfte 1982 hatte die Bundesbank mit Erhöhungen der Refinanzierungslinien, einer kräftigen Herabsetzung der Mindestreservesätze und einer schrittweisen Senkung der Leitzinsen versucht, den Kreditinstituten die Möglichkeit zu eröffnen, wieder zu günstigeren Konditionen Kredite zu vergeben. Angesichts der Gefahr eines zunehmenden Beschäftigungsabbaus war dies dringlich. Der im Zuge der gelockerten Geldpolitik einsetzende Zinsrückgang wirkte rasch auf die Zusammensetzung des Geldvolumens; Bargeld und Sichteinlagen wurden vermehrt gehalten. Die Abgrenzung der Zentralbankgeldmenge, in der das Bargeld zum vollen Betrag, Sichteinlagen, kurzfristige Termineinlagen und kurzfristige Spareinlagen jedoch nur nach Maßgabe unterschiedlicher Mindestreservesätze berücksichtigt werden, hat zur Folge, daß Umschichtungen im Geldvolumen zugunsten von Bargeld und Sichteinlagen zu einer höheren Nachfrage nach Zentralbankgeld führen, auch ohne daß es bereits zu einer höheren Güternachfrage gekommen ist. Die Zinsen konnten nun spürbar sinken, da die Bundesbank Spielräume für eine stärkere Geldmengenexpansion einräumte. Hätte etwa die Bundesbank im Frühjahr 1983 wegen des Abweichens der Zentralbankgeldmenge vom vorgegebenen Zieltrichter die Liquiditätsspielräume der Banken stärker eingeengt, hätte ihre Politik zusätzlich zu den außenwirtschaftlichen Einflüssen stärker zinssteigernd gewirkt. Das allmähliche Ansteigen der Geldmarktzinsen in den letzten Monaten zeigt allerdings auch, auf welchem schmalen Pfad sich die Geldpolitik beim Versuch bewegt, die Zentralbankgeldmenge zum Jahresende wieder in den Zieltrichter zu leiten.

- Schließlich ist hier auch die Frage nach der Zweckmäßigkeit der Benutzung eines Zieltrichters zu stellen. Der Anstieg der Zentralbankgeldmenge über den Zieltrichter hinaus ist auch als Korrektur der gegenüber dem angestrebten Trend zu niedrigen Geldmengenexpansion der Jahre 1980/81 zu interpretieren. In diesen beiden Jahren wuchs die Geldmenge am unteren Rand des Zieltrichters (1980) beziehungsweise blieb sogar unterhalb desselben (1981). Diese Entwicklung wurde im Jahresverlauf 1982 nur geringfügig korrigiert. Bei diesem Argument wird nicht vergessen, daß in den Jahren 1975 bis 1978 das Geldmengenziel (seinerzeit noch als Zielwert und nicht als Zieltrichter formuliert) überschritten wurde. Es ist nachgewiesen, daß bei Verwendung eines mittelfristig orientierten Zielkorridors, der denselben Anstiegswinkel und dieselbe Spannweite besitzt, die auch die Bundesbank in den letzten drei Jahren bei ihrer Zielvorgabe angesetzt hat, in diesem Jahr noch keine Überschreitung des Korridors eingetreten ist.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich also eine ganz andere Beurteilung der Entwicklung dieses

Jahres, als sie von der Mehrheit des Rates vorgenommen wird.

Im übrigen besteht kein „innerer Zusammenhang“ zwischen der Restriktion der Jahre 1980 und 1981 und der behaupteten „Übersversorgung“ in den Jahren 1978 und 1979. Dieses Ratsmitglied ist der Meinung, daß die außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten der Jahre 1980 und 1981 nicht zu einem nennenswerten Teil durch die Geldversorgung in den Jahren 1978 und 1979 herbeigeführt wurden. Von einer Übersversorgung und einer Reaktion der Geldpolitik darauf kann also keine Rede sein. Immerhin gab es in beiden Jahren noch eine erhebliche Arbeitslosigkeit. Insofern bestehen Bedenken gegen Schlußfolgerungen, die die Mehrheit aus der behaupteten Übersversorgung dieser Jahre zieht.

Soweit die Meinung dieses Ratsmitglieds.

420. Die Vorgabe einer neuen Zielgröße für das Angebot an Zentralbankgeld im Jahre 1984 muß der Tatsache Rechnung tragen, daß der Geldmantel weiter geworden ist. Ende vergangenen Jahres spielte noch die Vorstellung eine Rolle, daß die Versorgung mit Zentralbankgeld immer noch mitbestimmt sei von dem Ergebnis der restriktiven Geldmengenpolitik in den Jahren 1980 und 1981 — und also als recht knapp anzusehen sei. Diese Vorstellung braucht es nun jedenfalls nicht mehr zu geben. Die Geldverknappung in jener Zeit der restriktiven Politik war ohnehin großenteils bloßer Ausgleich gewesen für die in der noch davor liegenden Zeit zu reichliche Geldversorgung, insoweit also nur Abschöpfung von zuviel Geld. So hat es damals auch die Bundesbank gesehen.

421. Gegen den Versuch, die weitere konjunkturelle Erholung mit Mitteln der Geldpolitik zu stimulieren, gibt es grundsätzlich Einwände. Aber auch wenn man diese nicht teilt, bestünde kein Anlaß, für 1984 etwa noch ein expansives Element einzuplanen. Die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung ist in Gang gekommen, und wenn sie noch nicht die Kraft hat, die man sich wünschen mag, so liegt das jedenfalls nicht an der Geldpolitik.

Dies gilt auch für die Gründe, welche von der Angebotsseite an den monetären Märkten her die Zinsen hochhalten. Daß die Kapitalanleger sich scheuen, auf weiter sinkende Zinsen zu setzen, daß die Risikofähigkeit der Banken geringer geworden ist, das sind Faktoren, die die Geldpolitik nicht zu überspielen versuchen sollte, indem sie zusätzliches und billigeres Geld anbietet. Auf die Dauer, möglicherweise schon bald, würde dies Wirkungen haben, die in die Gegenrichtung gehen. Was die Bundesbank allenfalls tun könnte, wäre, im Rahmen einer stabilitätsgerechten Expansion des Geldangebots das Zentralbankgeld nicht nur tatsächlich, sondern auch der Form nach langfristig zu geben, also etwa durch Offenmarktpolitik in langfristigen Titeln. Sinn machte dies freilich nur, wenn die internationale Zinsführerschaft der Vereinigten Staaten an Gewicht verlöre. Andernfalls wäre nur zusätzlicher

langfristiger Kapitalexport, ausgeglichen durch zusätzlichen kurzfristigen Kapitalimport, die Folge.

Noch weniger als die Anlageneigung der Kapitalbesitzer und der Banken kann die Bundesbank die Investitionsneigung der Unternehmen durch eine expansive Geldpolitik stimulieren. Die Inflationsgefahren, die sich mit solcher Politik verbinden, die Erwartung bald wieder steigender Zinsen und die Erfahrung, im ganzen zu den Inflationsverlierern zu gehören, schließen es im Grunde aus, daß die Unternehmen die Ankündigung einer expansiven Geldpolitik umsetzen in die Erwartung höherer Gewinne — diese real gesehen und unter Berücksichtigung der Besteuerung von Scheingewinnen, und dies nicht nur kurzfristig, das heißt unter Berücksichtigung der Folgen künftiger Restriktionspolitik, die zu erwarten ist, wenn die Inflation sich beschleunigt.

422. So ist also anzuraten, die weitere Expansion des Angebots an Zentralbankgeld wieder konsequenter an den Grundsätzen für eine am Wachstum der Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft orientierte Geldmengensteuerung auszurichten.

Das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials hat sich leicht erhöht. Es ist aber immer noch gering. Wir schätzen es auf reichlich $1\frac{1}{2}$ vH. Dies wäre die Basisgröße einer potentialorientierten Geldmengensteuerung. Von dem Weg, die Geldversorgung statt an dem stark gedrückten aktuellen Wachstum des Produktionspotentials an einer mittelfristigen Wachstumsvorstellung auszurichten, also gleichsam an einem potentiellen Produktionspotential, raten wir weiterhin ab. Die Beschleunigung des Wachstumstempos muß mit Investitionsgütern zuwege gebracht werden, die im Rahmen des vorhandenen und nur langsam wachsenden Produktionspotentials produziert werden. Mit der Geldversorgung vorzuhalten, der Nutzung künftiger, also erst zu schaffender Produktionsmöglichkeiten schon jetzt die monetäre Basis zu geben, ist unnötig und birgt die Gefahr, daß statt dieses zusätzlichen Wachstums zusätzliche Inflation finanziert wird.

Für einen vorläufig noch unvermeidlichen abermaligen Anstieg des Preisniveaus muß es einen Zuschlag geben. Den für den Verlauf des kommenden Jahres zu erwartenden Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus schätzen wir auf $2\frac{1}{2}$ vH bis 3 vH (den Anstieg der Verbraucherpreise, Dezember gegen Dezember gerechnet, auf etwa 2 vH). An anderer Stelle dieses Gutachtens haben wir ausführlich erörtert, inwieweit für vertretbar zu halten ist, daß das Ziel einer raschen weiteren Senkung der Inflationsrate die Vorstellungen über die richtige Geldpolitik für das Jahr 1984 nicht bestimmt (Ziffer 345).

Für eine trendbestimmte Senkung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sollte es angesichts der 1983 ungeplant reichlicher gewordenen Geldversorgung diesmal keinen Zuschlag geben. Ohnehin nicht für eine konjunkturelle Änderung der Umlaufgeschwindigkeit. Konjunkturell wird die Um-

laufgeschwindigkeit steigen. Sie liegt derzeit unter ihrem Trendwert. Der Wiederanstieg wird es erlauben, einen Zuwachs des Sozialprodukts zu finanzieren, der über das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials hinausgeht.

Faßt man das Potentialwachstum und den Zuschlag für einen derzeit noch unvermeidlichen weiteren Anstieg des Preisniveaus zusammen, so erscheint eine Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge im Verlauf des Jahres 1984 um etwa $4\frac{1}{2}$ vH ausreichend, aber auch angemessen. Dabei gehen wir davon aus, daß die Basis einer solchen Ausweitung der Zentralbankgeldmenge am Jahresende 1983 um reichlich 7 vH über ihrem Stand am Jahresende 1982 liegt, die jüngst wieder zu beobachtende Abschwächung der monetären Expansion sich also fortsetzt.

423. Man mag sich fragen, ob eine Expansionsrate von $4\frac{1}{2}$ vH genügen würde, auch eine wirtschaftliche Aufwärtsbewegung abzudecken, die — was ja durchaus erwünscht wäre — das heute vorzuschätzende Tempo überträfe. Diese Frage ist zu bejahen. Der Rat zu einer solchen Zielvorgabe ist aufgrund einer mittelfristigen Betrachtung der Geldversorgung und der Entwicklung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes gewonnen. Die Geldversorgung würde ausreichen, ein Sozialprodukt, das die Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft normal auslastet, friktionsfrei zu finanzieren. Davon sind wir noch mehrere volle Prozentpunkte entfernt.

Unnötig wäre auch die Sorge, allein der Übergang von einem Expansionstempo von mehr als 7 vH im Jahre 1983 zu einem Tempo von $4\frac{1}{2}$ vH im Jahre 1984 müßte sich restriktiv auswirken. Dieser Tempowechsel liegt zum größten Teil schon hinter uns, im Wechsel von der sehr schnellen Expansion der Zentralbankgeldmenge im ersten Teil des Jahres zu einem normalen, wenn auch das Ergebnis der vorangegangenen Monate nicht korrigierenden Expansionstempo im späteren Teil des Jahres. Nach unserer Schätzung für den voraussichtlichen Jahresendstand beträgt die Ausweitung im zweiten Halbjahr, auf eine Jahresrate hochgerechnet, nur noch $5\frac{1}{2}$ vH.

Einschwenken auf einen Kurs der möglichst konsequent am Wachstum der Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft orientierten Geldmengensteuerung bedeutet also hinsichtlich des Korrekturbedarfs in bezug auf die laufende Entwicklung nicht mehr viel. Mehr bedeutet es hinsichtlich der Konsequenz, mit der aufs Jahr gesehen eine Einhaltung des neu festzulegenden Zielpfades anzustreben ist. Und noch mehr bedeutet es hinsichtlich der Frage, ob etwa erneut ein Ergebnis im oberen Bereich des von der Bundesbank bei der Zielfestlegung bevorzugten Zielkorridors angepeilt werden sollte. Hier von wäre abzuraten.

424. Wieder geben wir keine Zinsprognose ab. Von den binnenwirtschaftlichen Fundamentalfaktoren her — niedrige Inflationsrate, sinkende Staatsdefizite, befriedigende Leistungsbilanzüberschüsse —

stehen die Zeichen auf Zinssenkung. Auch eine weitere konjunkturelle Belebung der Kreditnachfrage steht dem nicht entgegen. Diese wird sich ohnehin in Grenzen halten, da schon 1983 zumindest die Nachfrage nach langfristigen Krediten recht lebhaft war, der Konsolidierungsbemühungen der Unternehmen wegen. An die Stelle von Krediten zu Konsolidierungszwecken könnten mehr Kredite zu Investitionszwecken treten.

Wenn trotzdem Unsicherheit herrscht hinsichtlich der zu erwartenden Zinstendenz, so wegen der Unsicherheit hinsichtlich der amerikanischen Zinsen und hinsichtlich des Spielraums für eine verstärkte Abkoppelung von ihnen. Bei letzterem geht es um die Kombination von Zinsen und Wechselkurswartungen.

Kommt es bei unveränderten amerikanischen Zinsen zu einem Übergewicht der Erwartungen, die sich auf eine stärkere Abwertung des Dollar richten, als sie in den derzeitigen Zinsdifferenzen vorweggenommen ist, so kann das Zinsgefälle zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik größer werden. Sicher ist dies freilich nicht. Folgt der Dollarkurs rasch den veränderten Erwartungen und erneuern sich diese nicht auf dem ermäßigten Kursniveau, so wäre für das Zinsgefälle nichts Dauerhaftes gewonnen. Und in der Tat: Für Abwertungserwartungen in bezug auf den Dollar, die sich ständig erneuern, spricht von der inzwischen auch in Amerika stark gesunkenen Inflationsrate her nicht viel. Allerdings: Die Bereitschaft der übrigen Welt, das hohe Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten zu finanzieren, hat man nicht ohne weiteres für stabil zu halten. Außerdem gibt es die Möglichkeit, von innen heraus die Bedingungen für ein gestärktes internationales Vertrauen in die Wirtschaft der Bundesrepublik und den Außenwert ihrer Währung zu verbessern (freilich auch die Möglichkeit, diese zu verschlechtern). Sich vom Spielraum für ein größeres Zinsgefälle Erleichterung bei den inländischen Zinsen zu versprechen, ist also nicht einfach unrealistisch zu nennen. Zuverlässigere Hilfe würde von einer Zinssenkung in Amerika selbst kommen. Die Zinsen sind dort noch so ungewöhnlich hoch, daß eine kräftige Zinssenkung trotz der fortdauernd hohen Staatsdefizite nichts Überraschendes an sich hätte, jedenfalls wenn die Inflationserwartungen in Amerika 1984 keine neue Nahrung finden. Denn dann würde einer der Faktoren, welche in Amerika die Zinsen hoch halten, schwächer werden. Daß auch die Erwartung weiterhin hoher Staatsdefizite bald entkräftet wird, was dann direkt oder über weiter abgeschwächte Inflationserwartungen zu niedrigeren Zinsforderungen der Kapitalanleger Anlaß geben könnte, ist eine Hoffnung. Freilich, auch hier gilt es, hinsichtlich der Auswirkungen auf die Zinsen außerhalb Amerikas eine Einschränkung zu machen. Wäre die Zinssenkung in den Vereinigten Staaten Ergebnis einer im Inland und im Ausland gleichermaßen erhöhten Neigung, Dollaranlagen zu erwerben, so ginge damit eine Verringerung des Zinsgefälles und ein stark bleibender Dollar einher. Helfen würde nur eine asymmetrische Verbesserung der Anlageneignung — eine in Amerika stär-

kere — oder eben eine Zinssenkung als Folge ver-ringerter Kapitalnachfrage in Amerika, nicht zu-letzt des Staates.

425. Ganz so hoch, wie sie sind, brauchten die Kreditzinsen in der Bundesrepublik freilich auch dann nicht zu bleiben, wenn es vom Ausland Entlastung nicht gäbe. In den Zinsmargen der Banken gibt es noch Reserven. Mit der gewohnten Verzögerung sollte der Wettbewerb der Banken sie abbauen. Dabei wird freilich eine wichtige Rolle spielen, ob die gesamtwirtschaftlichen Risiken weiter zurückgehen. Denn diese werden ja einzelwirtschaftlich wirksam über die Betroffenheit der einzelnen Unternehmen von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und gehen ein in die Einschätzung der Kreditrisiken, die jeder Kapitalanleger, hier die Banken, vorzunehmen hat. Daß im konjunkturellen Aufschwung zumeist die Kreditzinsen trotz steigender Kreditnachfrage zunächst noch zurückgehen, hat seine Ursachen auch hierin. Hinzu kommt, daß — und insoweit originär einzelwirtschaftlich — die Konsolidierungsfortschritte in den Unternehmen die Risiken zusätzlicher Kredite und damit die Zinsen senken, die solchen Risiken Rechnung tragen.

426. Daß mehr Unternehmen als vor einem Jahr für eine Aufwärtsbewegung gerüstet sind, gehört zu den Gründen, warum wir ein Anhalten der verbesserten Investitionsneigung der Unternehmen auch für den Fall erwarten, daß etwa aus außenwirtschaftlichen Gründen die Zinsen verhältnismäßig hoch bleiben. In längerfristiger Sicht ist die durchschnittliche Kapitalstruktur der Unternehmen zwar noch immer unbefriedigend. Aber man darf doch die Besserung nicht übersehen, die von der Ablösung kurzfristiger Kredite durch längerfristige sowie von der günstigeren Ertragslage der Unternehmen kommt. Die Anpassung der Volkswirtschaft an möglicherweise dauerhaft höhere Zinsen hat Fortschritte gemacht. Und hier hat zweifellos die Lohnpolitik eine wichtige Rolle gespielt. Das, was in der internationalen Diskussion die Reallohn-Lücke in der Rentabilität zusätzlicher Produktion heißt und von vielen als ein zentraler Grund für die Wachstumsschwäche der Industrieländer diagnostiziert wird, ist außer in den Vereinigten Staaten wohl vor allem in der Bundesrepublik kleiner geworden.

Lohnpolitik

427. Den Tarifparteien sind in der nächsten Lohnrunde schwierige Aufgaben gestellt. Es stehen Auseinandersetzungen über Art und Umfang von Verkürzungen der Arbeitszeit bevor, die nicht ohne Auswirkungen auf die Lohnverhandlungen bleiben und aller Voraussicht nach in diese eingebunden werden. Es ist eine Antwort auf die Frage zu finden, wie die Lohnpolitik helfen kann, die Beschäftigungsprobleme zu vermindern. Mit der wirtschaftlichen Besserung zeichnet sich ab, daß die Lage am Arbeitsmarkt im kommenden Jahr erstmals seit drei Jahren nicht mehr schlechter wird, sondern möglicherweise sogar ein wenig besser. Von der

Aufgabe, die Arbeitslosigkeit auf ein erträgliches Ausmaß zurückzuführen, müssen sich die Tarifparteien jedoch auch im nächsten Jahr leiten lassen.

428. In den letzten beiden Jahren hatten die Tarifparteien einen Weg eingeschlagen, der geeignet war, eine Korrektur des Kostenniveaus der Unternehmen zu erreichen. Damit waren zugleich Bedingungen dafür geschaffen, daß sich die Erträge der Unternehmen von ihrem Tiefstand im Jahre 1981 erholen konnten. Hinter der Preissteigerungsrate sollte der Anstieg der Lohneinkommen indessen nicht zurückbleiben.

In der Tat erhöhten sich die Gesamtkosten je Stück, mit denen die Unternehmen zu rechnen hatten, in den vergangenen beiden Jahren weniger als die Preise, die am Markt erzielt werden konnten, real sind die Kosten also gesunken. Auf den Wert aller abgesetzten und auf Lager genommenen Produkte bezogen, haben sich die Gewinne wieder soweit erholt, daß ein wesentlicher Teil des vorangegangenen Rückgangs wettgemacht wurde. Der Anstieg der Gewinne ist vor allem die Folge der Verbesserung der Stückgewinne, der Rückgang bei den Absatzmengen im Jahre 1982 ist nämlich in diesem Jahr gerade erst ausgeglichen worden. Die Bilanz der Tarifrunde des Jahres 1983 endet hier aber noch nicht. Mit der Verminderung des Lohnanstiegs ist eine noch weitergehende Dämpfung des Preisauftriebs einhergegangen. Der Kaufkraft nach sind die Löhne anders als 1982 nicht mehr gesunken. Von der Verringerung der Geldentwertung profitierten die Arbeitnehmerhaushalte auch insoweit, als diese außer Lohneinkommen Einnahmen haben, die dem Betrage nach festliegen — Sozialeinkommen, Kindergeld, Wohngeld oder ähnliches.

429. Vor dem Hintergrund der krisenhaften Zuspitzungen in einzelnen Branchen hat das Thema Lohndifferenzierung in der lohnpolitischen Diskussion zunehmende Bedeutung erlangt. Diese Frage stellt sich unter mehreren Aspekten. Es interessiert die Lohndifferenzierung nach Sektoren, nach Regionen, nach Lohngruppen und Qualifikation aus Schulbildung und Berufserfahrung. Die Ergebnisse der Statistik zeigen bisher wenig Veränderung der überkommenen Lohn- und Einkommensstrukturen (Ziffern 150 f.). Aus beschäftigungspolitischer Sicht muß dieser Zustand als unbefriedigend gelten. Da es nach wie vor beträchtliche Unterschiede in der Höhe der Arbeitslosigkeit nach Branchen, Regionen und Erwerbsgruppen gibt, bleibt die Frage dringend, ob nicht eine stärkere Lohndifferenzierung die Beschäftigungspolitik wesentlich unterstützen würde. Der Sachverständigenrat folgt dieser Auffassung (JG 82 Ziffer 222).

Lohndifferenzierung im Rahmen eines Tarifgebietes, also nach Lohn- oder Qualifikationsgruppen, verlangt, soll im ganzen Reallohnsicherung angestrebt werden, neben Reallohnverbesserungen entsprechende Reallohnminderungen. Das macht diese Aufgabe besonders schwierig. Die Lohnrunde 1983 bietet hierfür ein Beispiel. Die von den Verhandlungsführern der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden ausgehandelte, keineswegs starke Diffe-

renzung der Lohnsteigerungsraten fand die Zustimmung der Tarifkommission nicht und mußte eingeebnet werden.

Solche Schwierigkeiten dürfen aber nicht verhindern, daß um der Erhaltung von Unternehmen und Arbeitsplätzen willen zumindest in einzelnen Bereichen eine Lohnreduktion in Kauf genommen wird, wenn andernfalls Arbeitslosigkeit droht. Es gibt einige Beispiele für das Gelingen solcher Lohnanpassungen.

430. Für das Verhalten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern am Arbeitsmarkt spielen die Lohnnebenkosten eine wichtige Rolle. Die Klage ist, daß der hohe Anteil der Lohnnebenkosten an den Personalkosten beschäftigungshemmende Wirkungen auslöst. An anderer Stelle dieses Gutachtens wird der überproportionale Anstieg der Lohnnebenkosten in der Vergangenheit dargestellt (Ziffern 161 ff.).

Häufig wird die Meinung vertreten, die Lohnnebenkosten seien diejenige Komponente der Arbeitskosten der Unternehmen, die für den Anstieg des Kostenniveaus eine besonders wichtige Rolle gespielt haben. Internationale Vergleiche stützen anscheinend ein solches Urteil durchaus. Ökonomisch gesehen ist die Trennung der Gesamtkosten in eigentliche Lohnkosten und Nebenkosten jedoch nicht in jeder Hinsicht zweckmäßig und teilweise sogar irreführend. Gleichwohl ist unübersehbar, daß von der Art und Weise, wie die Nebenkosten — und auch die Abgabenlasten — anfallen, das individuelle Handeln bestimmt wird, und zwar in einer Weise, die dem Ziel, mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, eher entgegensteht.

Es geht vor allem um den Fixkostencharakter eines Teils der Lohnnebenkosten und um den Mangel an Anbindung solcher Zahlungen an die Arbeitsleistung. Für ein Unternehmen ist es stets vorteilhaft, unvermeidliche Fixkosten auf eine möglichst große Produktionsmenge zu verteilen, um die so erreichbare Kostendegression zu nutzen. In dem Maße, wie die Fixkosten im Rahmen der Lohnnebenkosten angestiegen sind, kann die Kostendegression mittels Überstunden genutzt werden. Umgekehrt führt die Einschränkung der Arbeitszeit zur Fixkostenprogression, und die Unternehmen sind schon deswegen gegen eine solche Einschränkung.

Wie hohe Lohnnebenkosten die Entscheidung eines Unternehmens bestimmen können, ob und in welcher Form es zusätzliche Arbeitsleistung nachfragt, ist an anderer Stelle erörtert. Von besonderer Bedeutung können dabei Regelungen sein, die bei den tatsächlichen Kosten im Durchschnitt der Unternehmen zwar verhältnismäßig wenig zu Buche schlagen, als mögliche Kosten eines einzelnen Unternehmens aber eine sehr große Rolle spielen können, wie etwa die Pflicht zu Abfindungen und Sozialplänen.

431. Im Mittelpunkt der Diskussion um die kommende Tarifrunde steht die Frage, in welcher Art und in welchem Umfang Verkürzungen der Arbeitszeit vereinbart werden sollen. Im folgenden disku-

tieren wir unterschiedliche Arten der Arbeitszeitverkürzung im Hinblick auf ihre Auswirkungen. Sorgen bestehen dahingehend, daß die Lohnpolitik 1984 im Zusammenhang mit Arbeitszeitverkürzungen die Grundlinie der vergangenen beiden Jahre verlassen könnte.

Der Sachverständigenrat hat in seinem letzten Jahresgutachten dazu geraten, solange gravierende Beschäftigungsprobleme bestehen, eine Politik der Reallohnsicherung zu verfolgen (JG 82 Ziffer 221). Dabei war die Vorstellung maßgebend, daß eine an der Reallohnsicherung orientierte Lohnpolitik zugleich gegenüber den Arbeitnehmern vertretbar ist und doch eine wichtige Vorbedingung für die Verbesserung der Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen schafft und solchermaßen das ihre dazu beiträgt, über die Zunahme der Investitionen wieder zu höherer Beschäftigung zu gelangen. Damit diese Wirkung eintreten kann, ist eine auf mehrere Jahre angelegte stetige Lohnpolitik erforderlich, die als kalkulierbare Größe in die zukunftsbezogenen Entscheidungen der Unternehmen eingeht.

Jede stärkere Verkürzung der Arbeitszeit gefährdet einen solchen Kurs. Schon bei einer Verminderung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde etwa wäre der Spielraum für eine Erhöhung der Wochenlöhne nur noch gering. Soll konsequent Spielraum dafür gegeben werden, daß Kostensenkungen, die im Produktivitätsfortschritt zum Ausdruck kommen, in einer höheren Rentabilität der Investitionen wirksam werden, so daß Investitionen in größerer Anzahl die Rentabilitätsschwelle erreichen und mit Aussicht auf Erfolg realisiert werden können, müßte man sich bei einer solchen Arbeitszeitverkürzung darauf einstellen, daß die Wochenlöhne zwar nominal schwach steigen, aber real sinken. Im Falle der Verkürzung der Lebensarbeitszeit sind die Folgerungen je nach dem, wie großzügig das Angebot an ältere Arbeitnehmer ausfällt, bei Fortzahlung eines Teils der bisherigen Bezüge vorzeitig in den Ruhestand zu gehen, nicht wesentlich anders.

Es ist sicher richtig, daß die Verkürzung der Arbeitszeit für sich genommen zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet. Das ist aber nicht das Ende der Überlegungen. Je stärker die Kostensenkungen, oder anders betrachtet die Produktivitätssteigerungen, die im Produktionsprozeß ansonsten erzielt werden, zum Ausgleich der Mehraufwendungen wegen Verkürzung der Arbeitszeit herangezogen werden, desto geringere Aussichten bestehen, daß es zu mehr Produktion, mehr Investitionen und mehr Beschäftigung im übrigen kommt. Dieser Weg liefe hinsichtlich der Beschäftigung hinaus auf einen Tausch von Beschäftigungseffekten aus der Verkürzung der Arbeitszeit gegen Beschäftigungseffekte aus Kostensenkung.

Die Diskussion um die Arbeitszeit versachlichen

432. Arbeitszeitverkürzungen haben die industrielle Entwicklung begleitet. In den letzten drei Jahrzehnten lag die jährliche Verkürzung der Arbeits-

zeit in der Bundesrepublik Deutschland im Trend bei etwa 1 vH. Die Wege, auf denen dies erreicht wurde, waren freilich sehr unterschiedlich. Zunächst ging es um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 48 Stunden auf 40 Stunden. Später standen die Verlängerung des Urlaubs und die Verkürzung der Lebensarbeitszeit im Vordergrund, ebenso der Abbau von Überstunden, die beim Übergang zur 40-Stunden-Woche zeitweilig angestiegen waren und das Tempo der Arbeitszeitverkürzung gebremst hatten. Auch das Anwachsen der Teilzeitarbeit trug zur Arbeitszeitverkürzung bei. Über lange Jahre war die Wachstumsdynamik groß genug, auch bei kürzerer Arbeitszeit spürbare Steigerungen der Realeinkommen zuzulassen.

433. In der Diskussion um eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit spielt die Frage eines Lohnausgleichs eine wichtige Rolle. Versteht man unter einer Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich eine solche, bei der zwar auf sonst mögliche Einkommenssteigerungen zugunsten von mehr Freizeit (teilweise) verzichtet wird, aber die nominalen, tariflich bestimmten Monatseinkommen nicht sinken — dies halten wir auch für die gewerkschaftliche Sicht —, so hat es in der Vergangenheit keine tariflich vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen ohne vollen Lohnausgleich gegeben. Die Tariflöhne je Beschäftigten wurden zumindest soweit angehoben, daß die von ihnen bestimmten monatlichen Einkommen nominal nicht sanken. Das heißt freilich nicht, daß die Realeinkommen in allen Fällen gehalten werden konnten; zumindest blieb die Realeinkommenssteigerung hinter der zurück, die ohne Arbeitszeitverkürzung möglich gewesen wäre.

Fragen des Lohnausgleichs stellen sich bei schwacher Wachstumsdynamik in der Wirtschaft strenger als bei einer Wachstumsdynamik, wie sie früher herrschte. Zusätzliche Kostenbelastungen wiegen schwerer, wenn das Kostenniveau ohnedies schon hoch ist, und Einbußen am Einkommenszuwachs hinzunehmen, kommt härter an, wenn der Spielraum für Einkommenszuwächse ohnedies klein ist. Und Fragen des Lohnausgleichs sind nicht die einzigen, die sich anders stellen. Auch die Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte erscheinen in einem anderen Licht, weil es an wirtschaftlichem Wachstum fehlt.

434. Man mag fragen, weshalb es eine geregelte Arbeitszeit überhaupt gibt, weshalb nicht jeder seine Arbeitszeit nach individuellen Wünschen einrichten kann. Der entscheidende Grund für die Regelung der Arbeitszeit ist darin zu sehen, daß die industrielle arbeitsteilige Produktion, bei der sich die Arbeit vieler ineinander fügen muß, einen regelmäßigen Ablauf verlangt. Solche Regeln sind die Basis einer hohen Produktivität. Das gilt nicht überall in der Wirtschaft. In der Landwirtschaft etwa verhält es sich anders; die Arbeit fällt unregelmäßig an, der Jahreszeit und der Witterung folgend. Auch viele kreative Leistungen lassen sich nicht auf Regelarbeitszeiten festlegen.

Aus dem Erfordernis der Regelmäßigkeit folgt nichts über die Länge der Arbeitszeit, wie die Entwicklung in der Vergangenheit zeigt. Der Prozeß der Arbeitszeitverkürzung ist von vielen Kräften vorangetrieben worden. Individuelle Wünsche haben über soziale und gewerkschaftliche Bewegungen zu staatlichen und tarifvertraglichen Regelungen geführt, die im Ergebnis die heutige Regelarbeitszeit bestimmen. Sozialer Konsens über die Länge der Arbeitszeit wird im wesentlichen bedeutsam, wenn es darum geht, was die Gesellschaft als gemeinsame Aufgaben angehen und wie sie die Lasten verteilen will. Nicht nur wirtschaftliche Überlegungen spielen dabei eine Rolle.

Der ökonomische Aspekt der Regelarbeitszeit ist der Produktivitätsaspekt. Jede Änderung der Regelarbeitszeit schafft neue Produktivitätsbedingungen, und diese bestimmen mit über die Kosten. Diese Zusammenhänge deutlich zu machen, ist Aufgabe der Ökonomen.

Arten von Arbeitszeitregelungen

435. Arbeitszeitregelungen werden vom Staat festgelegt, von den Tarifparteien vereinbart oder individuell zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern getroffen. Individuelle Regelungen können zu einer Flexibilisierung der Arbeitszeit führen. Wird die Arbeitszeit von den Tarifpartnern vereinbart, so gilt sie als Normalarbeitszeit im Sinne des üblichen arbeitsrechtlichen Rahmens. Die Tarifverträge können aber auch Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Arbeitszeit eröffnen.

Arbeitszeitregelungen beziehen sich auf die Wochenarbeitszeit, auf die Jahresarbeitszeit und auf die Lebensarbeitszeit. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen gegenwärtig

- flexible Arbeitszeitregelungen im Wege individueller Vereinbarungen bei völliger oder durch Rahmenregelungen begrenzter Vertragsfreiheit,
- eine Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit und
- Angebote an ältere Arbeitnehmer für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit.

Demgegenüber spielt die Verkürzung der Jahresarbeitszeit, insbesondere also eine Verlängerung des Urlaubs, gegenwärtig nur eine untergeordnete Rolle.

436. Unter flexiblen Arbeitszeitregelungen werden sehr unterschiedliche Vereinbarungen verstanden. Einmal werden hierzu individuelle Verträge über eine regelmäßige Arbeitszeit gezählt, die von der üblichen Wochenarbeitszeit abweicht. Grundsätzlich unterscheiden sich derartige Vereinbarungen nicht von den Regelungen bei Teilzeitarbeit; im einzelnen lassen sie den Arbeitnehmern jedoch mehr Raum, die Zahl der Wochenstunden, die sie regelmäßig arbeiten wollen, ihren Erwerbswünschen entsprechend zu wählen.

Zu den flexiblen Arbeitszeitregelungen zählen ferner Vereinbarungen, die den Arbeitnehmern für das gesamte Jahr eine bestimmte Arbeitszeit und damit auch ein bestimmtes Einkommen garantieren, beides aber nach Maßgabe wechselnder Produktionserfordernisse — etwa als Folge jahreszeitlicher Schwankungen — über das Jahr unterschiedlich verteilen. Solche Vereinbarungen können mit einer Verkürzung der Arbeitszeit verbunden sein; notwendig ist das nicht.

Eine ganz andere Art flexibler Arbeitszeitregelung liegt vor, wenn Arbeitszeit und Einkommen nicht nur unregelmäßig über das Jahr verteilt, sondern auch in ihrem Umfang insgesamt nicht festgelegt sind. Hier stellt sich die Frage der Risikoverteilung auf Arbeitnehmer und Unternehmen. Eine Abrede, nach der die Arbeitnehmer die Arbeitszeit an der wechselnden Neigung zu arbeiten orientieren können, bedeutet für das Unternehmen ein nicht kalkulierbares Kostenrisiko. Ein Unternehmen wird sich daher auf solche Arbeitszeitregelungen höchstens im Ausnahmefall einlassen. Steht es andererseits dem Unternehmen offen, den Arbeitseinsatz den Schwankungen in der Kapazitätsauslastung anzupassen, so haben die Arbeitnehmer das Risiko von Einkommensausfällen zu tragen. Soweit sie auf ein regelmäßiges Einkommen angewiesen sind, werden sie auf solche Beschäftigungsmöglichkeiten nicht eingehen, es sei denn, die Alternative ist, daß sie andernfalls gar keine Beschäftigung haben.

437. Die Gewerkschaften haben bei ihren Einwänden gegen die Flexibilisierung der Arbeitszeit die letztgenannte Form der „Flexibilisierung“ im Auge. Sie machen geltend, daß sich in der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation Arbeitnehmer häufig gezwungen sehen könnten, das unternehmerische Risiko schwankender Kapazitätsauslastung mit zu tragen, weil ihnen in vielen Fällen gar keine andere Wahl bliebe, wenn solche Regelungen erst einmal in der Breite der Wirtschaft möglich wären. Dagegen steht von Unternehmerseite das Argument, daß es oftmals gar nicht erst zur Beschäftigung komme, wenn man dem schwankenden Arbeitskräftebedarf nicht Rechnung trage. Hier gilt es, Wege zu finden, auf denen Auswüchse verhindert, aber auch Beschäftigungsmöglichkeiten nicht blockiert werden, bei denen die Interessen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers nicht in Widerspruch zueinander stehen. Ein solcher Weg könnte sein, daß für Arbeitnehmer, die auf diese Weise den Unternehmen Risiken abnehmen, höhere Löhne vereinbart werden. Man muß freilich auch an die Möglichkeit denken, daß die Arbeitnehmer, zumal die Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation, es nicht immer leicht haben, ihr Arbeitsangebot so wertvoll zu machen, daß es bei den geltenden Tariflöhnen angenommen wird. Die Anpassung an die Arbeitszeitwünsche eines Unternehmens stellt nicht von vornherein eine unzumutbare Form dar, sein Arbeitsangebot attraktiver werden zu lassen.

Einwände gegen einzelne Formen der Flexibilisierung der Arbeitszeit sollten nicht zum Anlaß genommen werden, die Flexibilisierung damit in all ihren Spielarten abzulehnen. Viele Formen liegen

im Interesse der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber.

Im folgenden wird Arbeitszeitregelungen, die sich an der Kapazitätsauslastung orientieren, nicht weiter nachgegangen, zumal sie eher für einzelne Wirtschaftszweige, wie etwa den Handel oder das Gaststättengewerbe, als für die Wirtschaft im ganzen von Belang sein dürften. Diskutiert werden also nur solche flexiblen Arbeitszeitregelungen, die einen eindeutig bestimmten Umfang der wöchentlichen, monatlichen oder jährlichen Arbeitszeit zum Inhalt haben.

438. Bei der Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit steht der Übergang auf die 35-Stunden-Woche zur Debatte. Wir diskutieren die Wirkungen einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit unter der Annahme, daß sie sich in jährlichen Schritten von etwa einer Stunde vollzieht. Auch in diesem Fall darf jedoch nicht vernachlässigt werden, daß sich die Wirkungen nach mehreren Jahren kumulieren und auch die Wirkungen der einzelnen Schritte sich ändern.

Bei der Verkürzung der Lebensarbeitszeit geht es derzeit vornehmlich darum, Erwerbstätigen im Alter von 58 bis 62 Jahren die Möglichkeit zu bieten, vorzeitig in den Ruhestand zu treten. Man muß dabei berücksichtigen, daß viele Arbeitnehmer schon heute in diesem Alter eine Rente beziehen. Wer noch erwerbstätig ist, wird ein derartiges Angebot nutzen, wenn es ausreichend attraktiv ist. In dem kommenden Jahr könnte allerdings die Anzahl derer, für die das Angebot Bedeutung hätte, zunehmen; denn andere Möglichkeiten, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen, sollen eingeschränkt werden.

439. Die verschiedenen Arten von Arbeitszeitregelungen beeinflussen die Länge der Arbeitszeit und damit die Erwerbsmöglichkeiten der Arbeitnehmer in unterschiedlichem Maße. So wie die Regelungen heute sind, besteht eine gewisse Asymmetrie hinsichtlich der Möglichkeit, weniger zu arbeiten, und der Möglichkeit, Überstunden zu leisten. Mehr zu arbeiten, als es der Regelarbeitszeit entspricht, ist eher möglich, als weniger zu arbeiten. Die bislang vorherrschenden Formen der Teilzeitarbeit sind häufig keine Alternative, beispielsweise weil die Dauer der Arbeitszeit dabei für ein auskömmliches Einkommen zu kurz ist.

Ältere Arbeitnehmer haben zwar Möglichkeiten, vorzeitig in den Ruhestand zu treten, möglicherweise aber noch keine hinreichend großen. Das muß freilich nicht heißen, daß ältere Arbeitnehmer allgemein unter entsprechenden Voraussetzungen die Erwerbstätigkeit vor Erreichen der regulären Altersgrenze beenden möchten. Sie sollten dann auch nicht dazu gedrängt werden können.

Begründungen für die Arbeitszeitverkürzung

440. Für die Arbeitszeitverkürzung wurden und werden sehr unterschiedliche Begründungen vorgebracht. Über lange Jahre stand der Wunsch der Ar-

beitnehmer nach mehr Freizeit ganz im Vordergrund. Später kamen Überlegungen hinzu, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit einen Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu leisten. Mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit hat die beschäftigungspolitische Argumentation, die Umverteilung von Arbeit also, in der Diskussion mehr und mehr an Bedeutung gewonnen.

441. Als Begründung für eine weitere Arbeitszeitverkürzung wird vielfach angeführt, daß die heute geltenden Arbeitszeitregelungen nicht mehr den Wünschen der Arbeitnehmer entsprechen. Von vielen werde eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit gewünscht. In bezug auf die Wochenarbeitszeit gebe es zunehmend Wünsche nach einer flexibleren Gestaltung, und eine große Anzahl von Arbeitnehmern hätte gerne eine kürzere Arbeitszeit.

Für gegeben genommen wird dabei, daß die betreffenden Arbeitnehmer nicht nur weniger arbeiten wollen, sondern auch bereit sind, dafür auf ein sonst höheres Einkommen zu verzichten. Die Entscheidung, Einkommen für mehr Freizeit zu tauschen, mag durch die hohe Abgabenlast begünstigt werden, drückt diese doch den Preis der Freizeit, indem sie die Einbuße beim Nettoeinkommen erheblich kleiner ausfallen läßt als beim Bruttoeinkommen. Daß dies zugleich Staat und Sozialversicherung ärmer macht, gerät oft aus dem Blickfeld.

442. Wünsche nach einer Verkürzung der Lebensarbeit sind den Erfahrungen der letzten Jahre zufolge ohne Zweifel sehr verbreitet. Die bestehenden Möglichkeiten, vorzeitig in Ruhestand zu treten, sind von den Arbeitnehmern, die sie nutzen konnten, auch genutzt worden. Die Höhe der erworbenen und mit Sonderregelungen eingeräumten Ansprüche auf Alterssicherung haben die Entscheidung, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen, offenbar wesentlich mitbestimmt.

Welche Wünsche die Arbeitnehmer in bezug auf die wöchentliche Arbeitszeit haben, läßt sich nicht verläßlich sagen. Besonders schwierig ist es, die Wünsche nach flexibleren Arbeitszeitregelungen von denen nach einer kürzeren Arbeitszeit zu trennen. Denn es läßt sich hier nicht aus einem beobachteten Verhalten der Arbeitnehmer auf die Arbeitszeitwünsche schließen. Diese lassen sich nur erfragen und insoweit nur mit der Unsicherheit ermitteln, daß die Befragten sich in der tatsächlichen Entscheidungssituation doch möglicherweise anders verhalten, als ihrer Antwort in der hypothetischen Situation entspricht.

In den letzten Jahren hat es eine Reihe entsprechender Umfragen gegeben, die wichtigsten im Herbst 1980 und im Winter 1980/81. Ihnen ist gemeinsam, daß sie die Arbeitszeitwünsche erfragen, die bei einer Arbeitszeitverkürzung mit entsprechendem Einkommensausfall bestünden, womit freilich nicht gewährleistet ist, daß alle Befragten das gleiche darunter verstanden. Im Ergebnis laufen alle Umfragen darauf hinaus, daß

- die Mehrheit der Befragten 40 und mehr Stunden in der Woche arbeiten wollte,
- die Anzahl derer, die weniger arbeiten wollten, als ihrer derzeitigen Arbeitszeit entspricht, gleichzeitig aber größer ist als die Anzahl derer, die länger arbeiten wollten,
- bei den Teilzeitbeschäftigten indes der Wunsch nach einer längeren Arbeitszeit im Vordergrund steht,
- die Höhe des Einkommens mit darüber entscheidet, ob und in welchem Umfang eine kürzere Arbeitszeit gewünscht wird,
- in den unteren Einkommensschichten die Wünsche nach mehr Einkommen, in den oberen die Wünsche nach mehr Freizeit überwiegen.

Dies alles spricht eher für flexiblere Arbeitszeitregelungen als für eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

443. Ob die Arbeitszeit aus beschäftigungspolitischen Gründen verkürzt werden sollte, wird besonders kontrovers diskutiert. Dabei geht der Streit zunächst um die weitere Entwicklung am Arbeitsmarkt, um die Frage des beschäftigungspolitischen Handlungsbedarfs also, er setzt sich fort bei der Frage, was auf andere Weise getan werden kann, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, und streitig sind schließlich die Beschäftigungswirkungen einer Arbeitszeitverkürzung, ob sie positiv oder negativ sein werden, und wie groß man sie sich vorzustellen hat.

Bei dem Streit geht es aber auch um viel grundsätzlichere Fragen. Gemeint ist die Bedeutung der Solidarität für die Begründung der Arbeitszeitverkürzung, und hierzu gibt es erhebliche Auffassungsunterschiede:

- Manche halten das, was eine Arbeitszeitverkürzung den Beschäftigten an Solidarität mit den Arbeitslosen abverlangt, für gering, weil es sich für die Beschäftigten selbst doch auch darum handele, ihre eigenen Arbeitsplätze zu sichern.
- Andere wenden sich dagegen, Solidarität tarifvertraglich zu verordnen. Sie gehen davon aus, daß es Sache des einzelnen Arbeitnehmers sei, sein Arbeitsangebot zu bestimmen.
- Dem steht die Auffassung jener gegenüber, die in den Gewerkschaften vornehmlich Solidargemeinschaften sehen, in deren kollektiver Entscheidung es liege, inwieweit die Beschäftigten zugunsten der Beschäftigungslosen Verzicht auf ein sonst mögliches höheres Einkommen zu leisten hätten.
- Ferner wird geltend gemacht, daß es hier in erster Linie nicht um Fragen der Solidarität gehe, sondern um den Versuch der Gewerkschaften, ein Überschußangebot, das sie durch zu hohe Löhne selbst verursacht hätten, aus dem Markt zu nehmen, um neuen Spielraum für die Lohnpolitik zu gewinnen.

- Dem wiederum wird entgegengehalten, daß aus einem ähnlichen Grund die Arbeitgeber nicht ernsthaft an einem Abbau der Arbeitslosigkeit interessiert seien, daß Arbeitslosigkeit die Gewerkschaften disziplinieren solle, weil auf diese Weise die Löhne niedrig gehalten werden können.
- Umstritten ist auch, ob es anstelle der Arbeitszeitverkürzung nicht andere Formen solidarischen Verhaltens gibt, beispielsweise Zurückhaltung bei den Lohnforderungen, die beschäftigungspolitisch eher Erfolg versprechen.

444. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist als Begründung für eine weitere Arbeitszeitverkürzung in den Hintergrund getreten. Bei besonders belastenden Tätigkeiten, insbesondere bei Schichtarbeit, ist es schon seit längerem zu einer Verringerung der Wochenarbeitszeit gekommen. Auch in den gewerkschaftlichen Forderungen nach einer kürzeren Arbeitszeit spielt dieses Argument nur noch eine untergeordnete Rolle. Ähnliches gilt für Überlegungen, den Arbeitnehmern durch Arbeitszeitverkürzung mehr Gelegenheit zur Weiterbildung zu geben.

Kosten und Erträge der Arbeitszeitverkürzung

445. Alle Formen der Arbeitszeitverkürzung sind mit Kosten und Erträgen verbunden, die allerdings jeweils in unterschiedlicher Höhe und an unterschiedlicher Stelle anfallen — bei den Arbeitnehmern, bei den Unternehmen, aber auch beim Staat.

Erträge fallen einmal bei den Arbeitnehmern in Form vermehrter Freizeit an. Erträge ergeben sich überdies, wenn es zu einer Verminderung der Arbeitslosigkeit kommt, und zwar bei denen, die eine Beschäftigung finden wie auch bei den Sozialversicherungen und beim Staat, deren Aufwendungen für Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe dann sinken. Für die Beurteilung der Erträge der Arbeitszeitverkürzung ist es daher wichtig, ob und in welchem Umfang die Arbeitslosigkeit gegenüber dem, was sonst geschähe, vermindert beziehungsweise ob und in welchem Umfang eine sonst zu erwartende Erhöhung der Arbeitslosigkeit vermieden werden kann.

446. Auf der Kostenseite zu buchen ist, was aufgrund der Arbeitszeitverkürzung an Einkommen weniger als sonst erzielt wird, von dem einzelnen und in der Gesamtwirtschaft.

Gesamtwirtschaftlich kommt es darauf an, wie sich Arbeitsproduktivität und Arbeitsvolumen entwickeln. Zu erwarten ist, daß der Wachstumspfad mit Arbeitszeitverkürzung hinter dem ohne Arbeitszeitverkürzung zurückbleibt, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß je nach Form und Ausgestaltung der Arbeitszeitverkürzung. Für den Staat und die Sozialversicherungen bestehen die Kosten der Arbeitszeitverkürzung somit in Einnahmenseinbußen, deren Umfang teils von der Entwicklung der Gesamteinkommen, teils von der Entwicklung der

individuellen Einkommen der Beschäftigten bestimmt wird (Ziffern 463 ff.).

447. Die einzelwirtschaftlichen Kosten der Arbeitszeitverkürzung können bei den Unternehmen in Form von erhöhten Produktionskosten beziehungsweise verminderten Gewinnen und/oder bei den Arbeitnehmern in Form verminderter Einkommenszuwächse anfallen. Anders als die gesamtwirtschaftlichen Kosten sind sie in ihrer Höhe nicht direkt davon abhängig, in welchem Maße der Ausfall von Arbeitsstunden durch die Beschäftigung zusätzlicher Arbeitnehmer kompensiert wird, wohl aber davon, wie sich die Produktivität als Folge der Arbeitszeitverkürzung verändert. Je stärker sich diese erhöht, um so niedriger sind die jeweiligen Kosten. Wie die Kosten zwischen Arbeitnehmern und Unternehmen aufgeteilt werden, ist ein wichtiger Bestimmungsfaktor für die Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung.

Der Sachverständigenrat hält in der gegebenen Situation Arbeitszeitverkürzungen nur für vertretbar, wenn sie nicht zu einer Kostenerhöhung bei den Unternehmen führen. Worauf es ankommt ist vielmehr, die in den letzten Jahren durch die Lohnpolitik zustande gekommene Kostenentlastung fortzusetzen. Nur um das Ausmaß sollte die Diskussion gehen. Dies heißt, daß nur solche Arbeitszeitverkürzungen vertretbar sind, bei denen die Arbeitnehmer die Kosten der Arbeitszeitverkürzung tragen, die Kosten unter Berücksichtigung eines möglichen Produktivitätsgewinns geschätzt.

448. Als besonders erwünschte Form der Kostensenkung kann es gelten, wenn neue Arbeitszeitvereinbarungen auch aus der Sicht der Arbeitnehmer Vorteile haben, die Arbeitszeit ihren Wünschen also besser entspricht. In den Fällen, in denen ein flexibleres Arbeitszeitangebot mit der Vereinbarung einer festen Arbeitszeit pro Woche, pro Monat oder pro Jahr verbunden ist, dürfte dies eher zu erwarten sein als bei den derzeitigen Regelungen oder bei neuen, die keine größere Freiheit lassen. Organisatorische Umstellung auf flexible Arbeitszeitvereinbarungen muß für viele Unternehmen kein Problem sein, jedenfalls nicht für längere Zeit. Es gibt inzwischen eine Anzahl von Modellprojekten, die zeigen, daß die Nutzungsdauer der Produktionsanlagen in solchen Fällen zumindest nicht sinken muß. Beide Seiten hätten also Nutzen von entsprechenden Vereinbarungen.

Ob das in gleicher Weise auch für ein anderes Modell der flexiblen Arbeitszeitgestaltung, das sogenannte Job Sharing, gilt, ist umstritten. In diesem Fall übernehmen zwei Arbeitnehmer gemeinsam die volle Verantwortung dafür, daß während der regulären Arbeitszeit der Arbeitsplatz immer besetzt ist. Über die Aufteilung der Arbeitszeit können die Arbeitnehmer in der Regel frei entscheiden. Die Kostensenkung für das Unternehmen ergibt sich teilweise aus der höheren Arbeitsintensität während der kürzeren Arbeitszeit, teilweise aus der Verlagerung der Ausfallrisiken, zum Beispiel durch Krankheit, auf die Arbeitnehmer. Den Tarifparteien sollte es möglich sein, in dieser Hinsicht an-

nehmbare Lösungen zu finden. Zumindest potentiell zählt auch dieses Modell zu den Formen, die für beide Seiten Vorteile bringen. Dies zeigt sich auch daran, daß das, was es hier schon gibt, spontan entstanden ist (auch in den Vereinigten Staaten), ohne daß dabei die Not, überhaupt einen Arbeitsplatz zu finden, eine erkennbare Rolle gespielt hätte.

449. Bei der Beurteilung dessen, was die Arbeitszeitverkürzung letztlich kostet, darf nicht nur auf die kurzfristigen Wirkungen abgestellt werden. Auch ihre mittelfristigen Wirkungen sind zu bedenken. Dies gilt insbesondere für Vereinbarungen, die eine Verkürzung der Arbeitszeit in mehreren Stufen vorsehen, wie es sich sowohl bei der Lebensarbeitszeit als auch bei der Wochenarbeitszeit abzeichnet.

450. Bei flexiblen Arbeitszeitregelungen dürften aus einzelwirtschaftlicher Sicht die Erträge im allgemeinen stärker ins Gewicht fallen als die Kosten, stellt man wiederum nur auf die Fälle eindeutig bestimmter Arbeitszeiten ab. Die individuelle Entscheidung des Arbeitnehmers für eine kürzere Arbeitszeit, falls sie so fällt, bringt zum Ausdruck, daß die zusätzliche Freizeit höher geschätzt wird als das sonst mögliche zusätzliche Einkommen. Das individuelle Angebot des Unternehmens läßt erkennen, daß es sich Kostenvorteile davon verspricht. Wie die Vorteilsverteilung im Einzelfall auch immer aussehen mag, regelmäßig haben beide Seiten einen Vorteil.

Dies läßt erwarten, daß auch gesamtwirtschaftlich die Vorteile überwiegen. Die Sorge, daß es aus dem Zusammenspiel von Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung zu einer Kostensteigerung kommt, entfällt. Statt dessen gibt es eine Kostensenkung. Diese hat einen positiven Beschäftigungseffekt zur Folge, und zwar über die Ersetzung ausgefallener Stunden hinaus. Daß er konterkariert wird durch einen negativen Einfluß über die Nachfrageseite, ist in diesem Falle ganz besonders unwahrscheinlich. Denn es besteht kein Anlaß zu der Besorgnis, daß es zu einem Ausfall an Konsumnachfrage kommt, wenn alle sich besser stehen als zuvor.

Eine Einschränkung ist nötig. Eine Öffnung der teilweise erstarrten Arbeitszeitregelungen kann dazu führen, daß sich auch Arbeitskräfte zu einer Verringerung der von ihnen angebotenen Arbeitszeit entschließen, für die es am Arbeitsmarkt nicht leicht Ersatz gibt. Insoweit kann es also auch hier zu negativen Rückwirkungen auf Kosten, Produktion und Einkommen kommen. Es handelt sich um Abzugsposten — nicht notwendigerweise kleine — von im übrigen positiven Auswirkungen.

Entsprechend den positiven Wirkungen auf Beschäftigung, Produktion und Einkommen würden auch Staat und Sozialversicherung im Prinzip an den Vorteilen teilhaben. Freilich auch hier nicht ohne Einschränkungen. Eine Umverteilung von Arbeit auf mehr Personen bedeutete wegen der Progressionselemente in der Einkommensbesteuerung Steuerausfälle. Die Zunahme in der Summe der

steuerpflichtigen Einkommen in der Volkswirtschaft dürfte jedoch stärker zu Buche schlagen. Dabei ist zu bedenken, daß Einkommensteile, die derzeit von den Beschäftigten über die Bundesanstalt für Arbeit an die Arbeitslosen fließen, weitgehend steuerfrei bleiben. Bei einer Zunahme der Anzahl der Beschäftigten aus der Arbeitslosigkeit heraus würden sie wieder von der Steuer erfaßt.

451. Bei der Verkürzung der Lebensarbeitszeit sind unter den Erträgen insbesondere die Vorteile zu nennen, die derjenige hat, der vorzeitig in den Ruhestand geht. Die starke Inanspruchnahme der bestehenden Regelungen spricht dafür, daß diese Vorteile hoch eingeschätzt werden. Soweit durch das Freiwerden von Arbeitsplätzen älterer Arbeitnehmer Neueinstellungen möglich oder Entlassungen vermieden werden, ist dies ebenfalls zu den Erträgen der Lebensarbeitszeitverkürzung zu zählen, in diesem Falle zu den gesamtwirtschaftlichen.

Man muß freilich auch die Kosten sehen. Vorzeitiger Ruhestand bedeutet, daß die Zeit der Beitragszahlung kürzer und die Zeit der Rentenzahlung länger wird. Würde man dem bei weitergehenden Regelungen, wie sie derzeit diskutiert werden, durch versicherungsmathematische Abschläge bei den Renten in vollem Umfang Rechnung tragen, hätte das erhebliche Rentenminderungen zur Folge. Das Angebot zu nutzen, das in solchen weitergehenden Regelungen läge, würde für die Arbeitnehmer teuer. Dies würde insbesondere dann gelten, wenn die bisherigen Sonderregelungen erhalten blieben, die es älteren Arbeitnehmern ermöglichen, ohne so große Einkommenseinbußen vorzeitig die Erwerbstätigkeit aufzugeben. Gegen eine solche Konkurrenz kann eine Rente mit versicherungsmathematischen Abschlägen nicht leicht ankommen. Ein solches Angebot gar nicht erst zu machen, folgt daraus freilich nicht. Soweit es angenommen wird, gibt es keine Kosten außer für den, der es annimmt, und bei ihm wären offensichtlich die Vorteile dominierend, denn sonst würde er es nicht annehmen. Vom Liquiditätsentzug bei der Rentenversicherung sei einmal abgesehen. Sicherzustellen wäre freilich, daß kein wie immer gearteter Druck zur Annahme dieses Angebots auf die Betroffenen ausgeübt würde. Das Hauptproblem in der Diskussion über eine weitere Verkürzung der Lebensarbeitszeit ist die Finanzierung der vorgezogenen Altersruhegelder und der Beitragsausfälle, das bei Plänen entsteht, den älteren Arbeitnehmern ein attraktives Angebot zu machen.

452. Die Frage ist, inwieweit sich die Unternehmen an der Finanzierung beteiligen sollen. Das vorzeitige Ausscheiden älterer Arbeitnehmer alleine verursacht kaum zusätzliche Kosten. Eher wäre mit einer Kostenentlastung zu rechnen. Vor diesem Hintergrund ist durchaus denkbar, daß die Tarifpartner übereinkommen könnten, älteren Arbeitnehmern weitere Möglichkeiten zum vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand zu eröffnen und sich die Kosten zu teilen. Die Arbeitnehmer hätten dabei ihren Beitrag durch niedrigere Tarifabschlüsse, als sie sonst möglich wären, zu erbringen und, soweit

sie das Angebot in Anspruch nehmen, durch einen begrenzten Abschlag beim Alterseinkommen. Probleme kann es geben wegen der von Unternehmen zu Unternehmen je nach Altersstruktur der Belegschaft unterschiedlichen Betroffenheit von den Kosten. Diese Probleme sollten für die Tarifpartner jedoch nicht von vornherein unlösbar sein.

453. Diskutiert wird auch, die Kosten ganz oder teilweise aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten. Dahinter steht die Vorstellung, daß sonst nicht ein ausreichend attraktives Angebot gemacht werden könne, ohne die Kosten für die Unternehmen wie für die Arbeitnehmer zu hoch werden zu lassen. Im übrigen hätten der Staat und die Sozialversicherungen von einer Verminderung der Arbeitslosigkeit, die auf diesem Weg erreicht werden könne, auch Vorteile in Form geringerer Ausgaben für Arbeitslose sowie höherer Einnahmen an Beiträgen und Steuern.

Ein Lastenausgleich über die Bereiche hinweg, für die solche Vereinbarungen getroffen werden, hat grundsätzlich die Bedenken gegen sich, die der Kosten wegen stets bei einer Trennung von Entscheidung und Verantwortung zu erheben sind.

Mit einem Einsatz öffentlichen Geldes verbindet sich stets die Frage nach der Kontrolle der damit angestrebten Wirkungen. Die Kontrolle kann in diesem Fall aber auf einzelwirtschaftlicher Ebene nicht stattfinden. Hier gibt es keine vernünftigen Kriterien, anhand derer man den eingetretenen oder ausgebliebenen Erfolg prüfen könnte. Daß jedes Unternehmen, dessen Arbeitnehmer das Angebot, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen, annehmen, zum Ersatz neue Arbeitskräfte einstellen muß, kann ernsthaft nicht verlangt werden. Ein Unternehmen, das mangels ausreichenden Absatzes oder aus vielfältigen anderen Gründen, die nicht geprüft werden können und in unserer Wirtschaftsordnung auch nicht geprüft werden dürften, schrumpfen muß, hätte Ersatzleute einzustellen und alsdann andere Mitarbeiter zu entlassen. Darin kann kein Sinn liegen.

454. Wie viele Arbeitnehmer von der Möglichkeit, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen, Gebrauch machen würden, und wie viele der freiwerdenden Stellen wieder besetzt würden, ist schwer anzugeben, zumal dies letztlich davon abhängt, wie hoch der Abschlag bei den Renten ausfällt und welche Kostenbelastung den Unternehmen bliebe.

Schätzungen darüber, wie viele Arbeitnehmer bei einem von ihnen zu tragenden versicherungsmathematischen Rentenabschlag — das wären 7 vH je Jahr — das Angebot annehmen würden, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen, gibt es nicht. Wenn keine oder nur geringe Abschläge bei der späteren Rente vorgenommen würden, wäre ungefähr die Hälfte aller älteren Arbeitnehmer an dem Angebot einer Vorruhestandsregelung interessiert. Umfragen bei den Arbeitgebern haben gezeigt, daß diese ungefähr ein Drittel der Stellen wieder besetzen würden, die bei einem vorzeitigen Ausscheiden von Arbeitnehmern frei würden.

455. Von den Steuereinnahmen her ist der Staat, wie auch immer die Regelungen aussehen, im Zweifel nicht bei den Gewinnern. Wohl in jedem Fall ist eine geringere Anzahl von Beschäftigten die Folge und damit auch eine geringere Anzahl an Steuerzahlern. Ob auch die Summe der Einkommen, an denen der Staat beteiligt ist, geringer sein wird, hängt von der Ausgestaltung der Regelungen ab und von der Abstimmung der allgemeinen Lohnsteigerungen auf die Lasten, die hier zu tragen sind.

Für eine Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit an den Kosten wird die Entlastung bei den Ausgaben für Arbeitslose geltend gemacht. Man darf sich allerdings auch hier nicht reich rechnen. Kommt es zu einer geringeren Beschäftigtenzahl, so würde auch das Beitragsaufkommen sinken. Zahlungsverpflichtungen an Arbeitslose gegen Zahlungsverpflichtungen an Vorruheständler schlicht auszutauschen, hieße neue Belastungen zu schaffen, die bei einer Besserung der Beschäftigungslage nicht ohne weiteres kleiner würden, es sei denn man trifft hiergegen sorgfältige Vorkehrungen.

Gegen eine Beteiligung der Bundesanstalt wird geltend gemacht: Übernehmen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Kosten, so könnten ihnen Ersparnisse bei der Bundesanstalt für Arbeit in der Form einer verringerten Beitragslast wieder zukommen. Daß Ersparnisse bei der Bundesanstalt eine Beteiligung an den Kosten geboten erscheinen lassen, trifft also nicht zu. Es ist nicht nötig, über sie mehr Geld zu leiten als unbedingt erforderlich. Sonst wird nur falsch gerechnet; Kosten werden nicht als Kosten erkannt. Schließlich, aber nicht zuletzt: Eine Beteiligung der Bundesanstalt liefe auf nichts anderes als auf eine Subventionierung der Einstellung von Arbeitskräften hinaus, beschränkt auf den Fall, daß gleichzeitig jemand ein vorgezogenes Ruhealter antritt und damit begründet, daß er der Bundesanstalt Geld spart. Grundsätzlich müßte gelten: Entweder wird jeder für die Einstellung zusätzlicher Mitarbeiter subventioniert oder niemand. Eine allgemeine Subvention ließe sich jedoch nicht rechtfertigen. Die Mehrheit des Rates teilt diese Vorstellungen.

Ein Mitglied des Rates, Hans-Jürgen Krupp, teilt diese grundsätzlichen Bedenken, er wendet jedoch ein, daß die gewünschte Wirkung — Entlastung des Arbeitsmarktes — nicht erreicht wird, wenn nicht durch Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit an den Kosten das Angebot an die möglichen Vorruheständler so attraktiv gemacht wird, daß sie es auch annehmen. Diese Beteiligung der Bundesanstalt läßt sich so bemessen, daß insgesamt die Einsparungen überwiegen, also auch auf diese Art und Weise Beitragssenkungen möglich werden. Ein derartiges Angebot läßt sich auch so befristen, daß eine finanzielle Dauerlast ausgeschlossen wird. Zwar ist es richtig, daß eine Lebensarbeitszeitverkürzung ohne öffentliche Beteiligung grundsätzlich vorzuziehen wäre. Kommt sie jedoch wegen mangelnder Attraktivität nicht zustande, ergäbe sich allemal eine schlechtere Lösung. Die Arbeitslosigkeit bliebe hoch, der Wunsch nach vorzeitigem Ruhestand

bliebe unerfüllt und die Bundesanstalt für Arbeit bliebe nach wie vor belastet.

Soweit die Meinung dieses Ratsmitglieds.

Der Vorschlag schließlich, die Rentenversicherungen einen Teil der Kosten einer weiteren Verkürzung der Lebensarbeitszeit tragen zu lassen, wird in der Regel damit begründet, daß im Rahmen einer Solidargemeinschaft, wie sie die Rentenversicherungen darstellen, auch ein Solidarausgleich erfolgen könne. Von daher wird für vertretbar gehalten, erweiterte Vorruhestandsregelungen durch höhere Beitragssätze mitzufinanzieren. Angesichts der ohnehin bestehenden Finanzierungsprobleme der Rentenversicherungen wären neue Belastungen indes höchst problematisch, vor allem neue Dauerbelastungen. Richtig ist aber, daß die Rentenversicherungen bei einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit auch Entlastungen zu buchen hätten. Die Anzahl der älteren Arbeitskräfte, die Berufsunfähigkeitsrente oder Erwerbsunfähigkeitsrente beziehen, würde vermutlich zurückgehen. Ein Grund, die Rentenversicherungen deshalb in entsprechendem Maße an den Kosten einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit zu beteiligen, läge darin freilich nicht, bedeutete doch eine Zurückführung der Anzahl solcher Rentenfälle zunächst einmal nur eine Rückkehr zum Normalen.

456. Gerade bei der Verkürzung der Lebensarbeitszeit sind neben den kurzfristigen auch die langfristigen Auswirkungen zu berücksichtigen. Vorauszusehen ist, daß sich die Altersstruktur der Bevölkerung im nächsten Jahrhundert wesentlich verschlechtert. Möglicherweise könnte es sich als notwendig erweisen, die Lebensarbeitszeit gegenüber dem heutigen Stand zu verlängern. Eine jetzt vorgenommene und irreversible Verkürzung der Lebensarbeitszeit würde dann die Situation verschärfen. Deswegen sollten nur solche Regelungen für die Lebensarbeitszeitverkürzung getroffen werden, die grundsätzlich reversibel sind.

457. Bei einer Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit ist die Frage, ob die Erträge die mit ihr verbundenen Kosten lohnen, in der Diskussion zwischen den Beteiligten besonders umstritten. Zu den Erträgen zählt aus einzelwirtschaftlicher Sicht auch hier die zusätzliche Freizeit. Nach den vorliegenden Umfrageergebnissen muß man indes davon ausgehen, daß diese den Arbeitnehmern mehrheitlich nicht so viel wert ist, daß sie dafür größere Abstriche beim Einkommen oder bei dessen Zuwachs hinnehmen möchten. Für die gesamtwirtschaftlichen Erträge kommt es wiederum auf die Beschäftigungswirkungen an, die nicht zuletzt davon abhängen, was die Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit die Unternehmen kostet und wie sich diese Kosten im Zusammenhang mit der Kostenentwicklung im übrigen darstellen. Zu den Kosten der Arbeitszeitverkürzung für sich genommen ist zum einen die Verteuerung der Arbeitsleistung zu rechnen, die von der Art des Lohnausgleichs wie von der Produktivitätssteigerung bestimmt wird, die sich als Folge der Arbeitszeitverkürzung ergibt, zum anderen eine Erhöhung der Kapitalkosten,

falls die vorhandenen Produktionsanlagen aufgrund der kürzeren Arbeitszeit weniger lang genutzt werden.

458. Was zunächst die Verteuerung der Arbeitsleistung betrifft, so läßt sich unschwer errechnen, daß die Stundenlöhne bei vollem Lohnausgleich je Stunde, um die die Wochenarbeitszeit von 40 Stunden verkürzt wird, um ein Vierzigstel, also 2,5 vH erhöht werden müssen. Der tatsächlichen Verteuerung der Arbeitsleistung entspräche das freilich nur, wenn die Produktivitätsentwicklung unverändert bliebe. Davon ist nicht auszugehen. Im Zuge der Arbeitszeitverkürzung wird es vielmehr zu einem zusätzlichen Anstieg kommen.

Über das Ausmaß dieses Produktivitätseffekts gibt es keine verlässlichen Informationen. Vorliegende Untersuchungen und Befragungen legen es nahe, ihn bei einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde auf eine Größenordnung zwischen 1 vH und 1,8 vH zu veranschlagen. Der Produktivitätsgewinn verdoppelt oder verfünffacht sich allerdings nicht, wenn die Wochenarbeitszeit statt um eine Stunde um zwei oder gar fünf Stunden verkürzt wird, auch nicht, wenn dies schrittweise geschieht. Es wäre also weder sachgerecht, in der Diskussion um den Übergang von der 40-Stunden-Woche auf die 35-Stunden-Woche bei den zusätzlichen Arbeitskosten nur die für den Lohnausgleich erforderliche Erhöhung der Stundenlöhne zu sehen, noch die Kostenwirkung nur nach dem zu bemessen, was sich — teilweise vorübergehend — beim ersten Schritt ergibt.

Schätzt man den zusätzlichen Produktivitätsanstieg vorsichtig ein, so würden sich die Arbeitskosten bei dem ersten Schritt einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich um etwa 1,5 vH erhöhen. Dies wäre dann die Vorwegbelastung, die in den Tarifverhandlungen in Rechnung zu stellen wäre, wenn es darum geht, um wieviel die Stundenlöhne im ganzen angehoben werden können. So würde es, andere Kostenwirkungen vorläufig einmal beiseite gelassen und einen Anstieg der Verbraucherpreise von 2 vH im Verlauf des Jahres als unvermeidlich angenommen, eine nominale Lohn-erhöhung von 1 vH erlauben, einen lohnpolitischen Kurs fortzusetzen, bei dem fast der gesamte normale, nicht von der Arbeitszeitverkürzung direkt bewirkte Produktivitätsfortschritt den Unternehmen verbleibt. Groß ist der Spielraum für Lohnerhöhungen auch ohne die Kosten einer Arbeitszeitverkürzung nicht (Ziffern 349f.). Setzt sich die Verkürzung der Wochenarbeitszeit schrittweise über mehrere Jahre fort, müssen sich die Arbeitnehmer für entsprechend lange Zeit bei den Nominaleinkommen auf nur geringe Zuwächse einstellen und bei den Realeinkommen möglicherweise sogar auf einen Rückgang, oder die Kostenentlastung der Unternehmen, die sich bei einer Politik der Reallohnsicherung ergeben soll, unterbleibt oder fällt geringer aus mit der Folge, daß weniger an zusätzlicher Produktion und Beschäftigung rentabel wird.

459. Zu berücksichtigen ist ferner, daß sich die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch auf die Ka-

pitalkosten auswirken kann. Diese müssen im allgemeinen steigen, allerdings nicht notwendigerweise. Neue Formen der Schichtarbeit können die Auslastung verbessern und die Kapitalkosten senken. Die Regel dürfte das indes nicht sein. Eher ist mit einem Anstieg zu rechnen, weil sich der Produktionsablauf in vielen Fällen nicht so ändern läßt, daß die Anlagen in unverändertem Maße genutzt werden können. Vor allem in kleinen Unternehmen kann dabei auch eine Rolle spielen, zumindest kurzfristig, daß Arbeitskräfte mit bestimmten Qualifikationen knapp sind oder daß sich die Tätigkeit auf bestimmten Arbeitsplätzen nicht ohne weiteres teilen läßt. Im verarbeitenden Gewerbe dürfte der zusätzliche Anstieg der Kapitalkosten als Folge einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit um etwa eine Stunde den Spielraum für Lohnerhöhungen um bis zu 0,3 vH zusätzlich einengen.

Darüber hinaus ist zu beachten, daß höhere Kapitalkosten, selbst wenn sie bei entsprechend niedrigeren Lohnsteigerungen die Kostenbelastung der Unternehmen nicht erhöhen, die Kostenstruktur tendenziell insoweit verschlechtern, als der Anteil der Fixkosten zunimmt.

460. Vor allem in kleineren Betrieben und bei bestimmten Berufsgruppen kann es sein, daß sich bei dem Übergang zu einer kürzeren Wochenarbeitszeit die freiwerdende Arbeitszeit nicht zu der Arbeitszeit einer vollen Arbeitskraft summiert und daß Unternehmen deshalb keinen Arbeitnehmer zusätzlich beschäftigen. Allerdings wird es auch Betriebe geben, die schon vorher vor der Frage standen, ob sie jemanden neu einstellen sollten; diese dürften sich nun eher dazu entschließen.

Daß sich die Arbeitszeit eines Beschäftigten nicht beliebig teilen läßt, kann allenfalls im Übergang zu einer geänderten Arbeitszeit Probleme aufwerfen. Denn allgemein gilt, daß es für ein Unternehmen um so leichter ist, durch Einstellungen und Entlassungen den Beschäftigtenstand an das gewünschte Arbeitsvolumen anzupassen, je kürzer die Arbeitszeit des einzelnen Arbeitnehmers ist.

461. Die gesamtwirtschaftlichen Erträge und Kosten der Wochenarbeitszeitverkürzung hängen wiederum nicht zuletzt von den zu erwartenden Beschäftigungseffekten und von deren Bewertung ab.

Schon die Ausgangspunkte für ein Herantasten an eine quantitative Vorstellung sind streitig und liegen weit auseinander. Die eine Vorstellung ist, daß bei einer kostenneutralen allgemeinen Verkürzung der Wochenarbeitszeit der rechnerische Beschäftigungseffekt gerade Null sei, weil Produktion, Einkommen und Arbeitsvolumen sich nach unten anpassen, bei einer kostenwirksamen Regelung wäre der Beschäftigungseffekt also allemal negativ. Die andere Vorstellung ist, daß der rechnerische Beschäftigungseffekt dem Prozentsatz der Arbeitszeitverkürzung, bezogen auf die Anzahl der von einer Neuregelung betroffenen Arbeitnehmer, entspreche, bei einer kostenwirksamen Arbeitszeitverkürzung also nur ein Abzugsposten von einem im übrigen beträchtlichen positiven Beschäftigungseffekt zu berücksichtigen wäre.

Im Falle des zweiten Ausgangspunkts wird regelmäßig von vornherein ein negativer Posten für die durch die Arbeitszeitverkürzung bewirkte Produktivitätssteigerung abgesetzt. Einem Einkommensausfall wegen der Arbeitszeitverkürzung — gemindert um den positiven Einkommenseffekt der zusätzlichen Produktivitätssteigerung — wird kreislaufanalytisch Rechnung getragen. Ein Ausweichen vor der Verkürzung der Regelarbeitszeit in die Überstunden bedeutet einen weiteren Abzugsposten, jedenfalls kurzfristig.

Im Falle des ersten Ausgangspunkts ist der negative Einkommenseffekt Teil des Kernprozesses; denn hier reduziert sich mit der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung das gesamte Aktivitätsniveau der Volkswirtschaft. Kommt es wegen unvollständiger Anpassung des Aktivitätsniveaus wenigstens teilweise zu einer Ersetzung ausfallender Arbeitsstunden, so wären gegebenenfalls Überstunden ein Abzugsposten hiervon. Produktivitätseffekte werden bei dieser Sicht der Dinge nicht als schädlich hinsichtlich der Beschäftigung und als hilfreich hinsichtlich der Einkommensreduktion angesehen, sie mindern diese Reduktion.

Die Position des radikalen Pessimismus hinsichtlich der Beschäftigungswirkungen einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung dürfte die Wirklichkeit ebenso wenig treffen, wie die zuversichtliche. Die eine Position wurzelt in der Autonomie der Angebotsseite, die andere in der Autonomie der Nachfrageseite. Die Tatsache, daß der Produktionsapparat der Volkswirtschaft zunächst einmal unverändert zur Verfügung stünde, daß auch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung so allgemein nicht wäre — eine große Anzahl von Menschen würden ihr Angebot nicht reduzieren — und daß ebenso ein Teil der Nachfrage, namentlich der Auslandsnachfrage, unverändert bliebe, sollte sicherstellen, daß die Beschäftigungseffekte einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit, wird sie kostenneutral vorgenommen, positiv sind, und zwar nennenswert positiv. Wohlgemerkt: Kostenneutral immer in dem Sinne verstanden, daß die Löhne je Stunde sich nicht anders entwickeln als ohne Arbeitszeitverkürzung, ein Lohnausgleich also seinen Gegenposten hätte in einer Mindersteigerung bei den normalen Lohnverträgen. Umgekehrt wäre die Vernachlässigung der Möglichkeit einer allgemeinen Herabsetzung der wirtschaftlichen Aktivität aufgrund eines entsprechenden Zusammenspiels von Arbeitsangebot, Produktion, Einkommensbildung und Nachfrage, gelenkt von Preisen, Löhnen, Zinsen, Gewinnen ebenfalls wirklichkeitsfremd, zumal bei einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung. Wir raten dazu, durchaus von positiven Beschäftigungseffekten eines kostenneutralen Einstiegs in die 35-Stunden-Woche auszugehen. Das Problem ist aber, daß man sie nicht für sich zu nehmen hat. Gemessen an den Lasten, die man in Kauf zu nehmen hätte, und auch gemessen an den Hoffnungen, die sich mit ihr verbinden, wären die Beschäftigungswirkungen gering. Sie könnten größer sein, wenn es auch bei einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit gelingt, für eine Entwicklung der Lohnkosten zu sorgen, die

zu mehr Beschäftigung führt und keine neuen inflatorischen Impulse setzt.

Käme es zugleich zu einer Kostenbelastung der Unternehmen wäre der Beschäftigungseffekt geringer oder auch negativ anzusetzen. Da Kostenneutralität bei einer mehrjährigen Verkürzung der Wochenarbeitszeit schwieriger herzustellen ist als bei einer einmaligen Veränderung, läßt sich aus der Wirkung, die eine einstündige Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf den Beschäftigtenstand haben dürfte, wiederum nicht auf die Summe der Wirkungen bei einer fortschreitenden Arbeitszeitverkürzung schließen. Bei einer mehrjährigen Verkürzung der Wochenarbeitszeit gewinnt überdies das Argument an Gewicht, daß sich das Aktivitätsniveau der Volkswirtschaft gegenüber dem, wie es sonst wäre, nach unten anpaßt, die Ersetzung ausfallender Arbeitszeit durch die Arbeitszeit von Erwerbslosen also in stärkerem Maße unterbleibt. Hier würden dann auch Grenzen der Austauschmöglichkeiten — Arbeitslose können die Minderarbeit der jeweils Beschäftigten nicht voll ersetzen — an Bedeutung gewinnen, jedenfalls bei einer hastigen allgemeinen Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Arbeitszeitverkürzung, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

462. Bei allen Arten der Arbeitszeitverkürzung, die derzeit im Mittelpunkt der Diskussion stehen, ist unter der Bedingung, daß die Kosten der Unternehmen nicht steigen, wohl mit einer Zunahme der Beschäftigung zu rechnen, jedoch nicht mit einer Zunahme, die der Verkürzung der Arbeitszeit entspricht. Mehr Beschäftigte heißt überdies nicht weniger Arbeitslose. Zum einen suchen viele eine Arbeit, die nicht als arbeitslos gemeldet sind, zum anderen kann die Verkürzung der Arbeitszeit auch dazu führen, daß Personen nun einer Erwerbstätigkeit nachgehen wollen, die es zuvor nicht wollten, daß sich also das Arbeitsangebot vergrößert.

So ist vor allem bei den wichtigsten Arten flexibler Arbeitszeitregelungen davon auszugehen, daß es nicht nur zu kürzeren Arbeitszeiten, also einer Verminderung des Arbeitsangebots, sondern auch zu einer Vergrößerung des Arbeitsangebots kommt. Aus den erwähnten Umfragen ist bekannt, daß viele bislang nicht Erwerbstätige bei passender Arbeitszeit gerne berufstätig wären. Die Möglichkeit, daß ein allein berufstätiger Ehepartner sein persönliches Arbeitsangebot reduzieren kann, dürfte nicht selten auch dazu führen, daß der andere Ehepartner, der bisher nicht erwerbstätig war, nach einer Erwerbstätigkeit sucht. Auch bei einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit muß man damit rechnen, daß viele Arbeitnehmer, die vorzeitig in den Ruhestand gehen, nach einer Nebenbeschäftigung suchen werden. Bei einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit steht zu erwarten, daß vor allem die Arbeitnehmer in den unteren Einkommensgruppen, aber nicht nur sie, bestrebt sein werden, Einkommenseinbußen durch Mehrarbeit oder zusätzliche Erwerbstätigkeit des Ehepartners wettzumachen, nicht zuletzt durch mehr Überstunden. Bei einer Verkür-

zung der Arbeitszeit um fünf Stunden gilt dies für einen wesentlich größeren Kreis von Arbeitnehmern; vermehrt dürften sie zusätzliche Teilzeitarbeit und Nebentätigkeiten zum Ausgleich suchen, all dies im Wettbewerb mit den Arbeitslosen.

Arbeitszeitverkürzung und öffentliche Haushalte

463. Für die öffentlichen Haushalte ergeben sich mit einer Arbeitszeitverkürzung je nachdem, wie sich diese auf die Entwicklung der Einkommen, des Beschäftigtenstandes und der Arbeitslosigkeit auswirkt, teils neue Belastungen, teils aber auch Entlastungen; sie sind, abhängig von Art und Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung, unterschiedlich auf die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungen verteilt. In jedem Fall müssen die Wirkungen auf der Einnahmenseite und auf der Ausgabenseite zugleich im Blick sein. Bei den einzelnen Formen der Arbeitszeitverkürzung sind wir auf diese Wirkungen teilweise schon eingegangen (Ziffern 449 ff.).

464. In den Haushalten der Gebietskörperschaften schlägt vor allem zu Buche, wie sich das Steueraufkommen entwickelt. Maßgebend dafür ist einerseits die Veränderung der Anzahl der Steuerzahler, andererseits die Veränderung des Einkommens der einzelnen Steuerzahler. Eine Zunahme der Beschäftigung, die sowohl bei flexiblen Arbeitszeitregelungen als auch bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit möglich ist, würde die Anzahl der Steuerzahler vergrößern. Demgegenüber dürfte sich diese bei der Verkürzung der Lebensarbeitszeit, wie bereits dargelegt, eher vermindern. Die Zunahme der individuellen Einkommen dürfte bei flexiblen Arbeitszeitregelungen wie bei der Wochenarbeitszeitverkürzung hinter derjenigen zurückbleiben, die sich ohne derartige Arbeitszeitverkürzungen ergeben hätte. Selbst wenn das gesamte ausgefallene Arbeitsvolumen durch zusätzliche Beschäftigung ersetzt würde — was nicht der Fall sein wird —, ergäbe sich wie erwähnt wegen des progressiven Tarifes eine Reduzierung des Steueraufkommens. Bei der Lebensarbeitszeitverkürzung dürften sich die individuellen Steuerzahlungen nicht wesentlich ändern. Das Steueraufkommen würde nur durch den Rückgang der Beschäftigten vermindert.

Auf der Ausgabenseite der Gebietskörperschaften stehen dem Einsparungen bei den Leistungen für Arbeitslose — geringere Zuschüsse an die Arbeitslosenversicherung und Minderausgaben bei der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe — gegenüber. Je nachdem, inwieweit der Staat eine Verkürzung der Arbeitszeit seiner Bediensteten durch Neueinstellungen ausgleicht, spart er auch bei den Personalausgaben.

465. Entlastet würde durch eine Verminderung der Arbeitslosigkeit insbesondere die Bundesanstalt für Arbeit. Neben dem unmittelbaren Effekt, daß sie an weniger Arbeitslose Zahlungen zu leisten hat, spart sie auch bei den Leistungen an jene, die künftig arbeitslos werden, weil diese Leistungen nach Maßgabe des schwächeren Einkommensan-

stiegs weniger zunehmen als sonst. Ins Gewicht fallen auch die Einsparungen bei den Beiträgen, die für Arbeitslose an die Rentenversicherung und an die Krankenversicherung gezahlt werden müssen. Diese Minderausgaben sind allerdings nicht brutto für netto zu nehmen. Ein geringerer Anstieg der individuellen Einkommen bedeutet auch geringere Zuwächse bei den Beitragseinnahmen. Im Ergebnis wird für die Bundesanstalt aber im Falle positiver Beschäftigungseffekte ein positiver Saldo bleiben. Die Verbesserung der Finanzlage könnte dazu genutzt werden, die Beitragssätze für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu senken oder die staatlichen Zuschüsse zu kürzen.

466. Bei der Rentenversicherung gilt hinsichtlich der Einnahmen das gleiche wie bei der Arbeitslosenversicherung. Soweit der Beschäftigungsstand mit der Arbeitszeitverkürzung steigt, erhöht sich zwar die Anzahl der Beitragszahler; bei geringeren Zuwächsen der individuellen Einkommen vermindert sich aber die Höhe der Beitragszahlungen. Anders als die Steuerzahlungen sind diese wegen der konstanten Beitragssätze proportional zum individuellen Einkommen. Der Einfluß der Beitragsbemessungsgrenze dürfte in diesem Zusammenhang nicht allzu groß sein, da die Beitragsbemessungsgrenze ihrerseits regelmäßig an die allgemeine Einkommensentwicklung angepaßt wird, wenn auch mit einer geringfügigen Verzögerung.

Die Ausgaben der Rentenversicherung folgen generell mit einer bestimmten, inzwischen verminderten Verzögerung den Einnahmen. Insofern würde eine Abschwächung des Einkommenswachstums keine zusätzlichen Probleme bereiten, von Übergangsproblemen abgesehen. Über die Anpassung der Renten an die Entwicklung der Arbeitsentgelte werden die Rentner dazu herangezogen, die Kosten einer Verkürzung der Arbeitszeit mit zu tragen. Im ganzen gesehen dürfte sich die Finanzierungssituation der Rentenversicherung bei flexiblen Arbeitszeitregelungen und einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit nicht wesentlich ändern. Inwieweit dies auch bei einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit der Fall ist, hängt von den Regelungen ab, die dabei hinsichtlich der Finanzierung getroffen werden (Ziffern 451 ff.).

467. Was schließlich die gesetzliche Krankenversicherung betrifft, so ist davon auszugehen, daß die Aufwendungen je Kopf weitgehend unabhängig von der Arbeitszeit und dem erzielten Einkommen sind. Da sie aber auch unabhängig davon sind, ob jemand beschäftigt oder arbeitslos ist, kommt es letztlich auf die Entwicklung des Beitragsaufkommens an, ob sich eine Verschlechterung oder Verbesserung der Finanzlage der Krankenversicherung ergibt, die eine Beitragserhöhung nötig oder eine Beitragsenkung möglich macht. Bei einem geringeren Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Einkommens ist, wie bei der Arbeitslosenversicherung und bei der Rentenversicherung, als Folge einer Arbeitszeitverkürzung mit einer Minderung des Beitragsaufkommens zu rechnen.

V. Zur Reform der sozialen Sicherung

468. Zur sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik gehört, daß eine Sicherung gegen die Wechselfälle des Lebens nicht nur den einzelnen Individuen überlassen bleibt, sondern auch der Solidarität der Gesellschaftsmitglieder anvertraut wird. Wer nicht selbst in ausreichendem Maß für sich sorgen kann und auch sonst niemand hat, der für ihn sorgt, soll unter zumutbaren Bedingungen leben können. Wer, wie der größte Teil der Bevölkerung, im wesentlichen vom Arbeitseinkommen lebt und deshalb in seiner Existenzgrundlage bedroht ist, wenn dieses Einkommen wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität oder altershalber ganz oder teilweise wegfällt, soll vor einer unzumutbaren Verschlechterung seiner materiellen Lebensbedingungen geschützt werden. Wer im marktwirtschaftlichen Wettbewerb um Leistungseinkommen von vornherein benachteiligt wäre, weil er materiell viel schlechter gestellt ist als andere, soll durch soziale Hilfen bessere Startchancen erhalten. All dies sind Aufgaben einer gemeinschaftlichen Daseinsvorsorge, deren Erfüllung zu einem guten Teil steht für das, was die soziale Marktwirtschaft ausmacht.

469. In der Bundesrepublik sorgen vor allem die Sozialversicherungen, also die Rentenversicherung, die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung für soziale Sicherheit. Zusammen erbringen sie über die Hälfte der gesamten Sozialleistungen. Wiederum ein Drittel der Sozialausgaben wird von Bund, Ländern und Gemeinden getragen. Dazu gehören das Kindergeld, die Alterssicherung und verschiedene soziale Hilfen für Beamte, die Zusatzversorgung für Angestellte im öffentlichen Dienst, soziale Hilfen und Dienste, Entschädigungen für Kriegsfolgen und schließlich Hilfen für die Vermögensbildung. Alle diese Sozialausgaben werden in den Rechnungen zum Sozialbudget der Bundesrepublik erfaßt. Hinzugenommen werden außerdem Sozialausgaben, die Arbeitgeber an ihre Beschäftigten leisten, so zum Beispiel die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und Betriebspensionen. Insgesamt machen solche Leistungen nahezu ein Zehntel aller im Sozialbudget nachgewiesenen Leistungen aus. In Ansatz gebracht werden überdies steuerliche Sonderregelungen, die aus familienpolitischen Gründen bestehen, insgesamt 7 vH des gesamten Budgets. Außerhalb des Sozialbudgets bleiben die aus sozialpolitischen Gründen an Produzenten gewährten Subventionen, die das Marktangebot verbilligen und Arbeitsplätze erhalten sollen.

Sozialleistungen werden eingesetzt für Zwecke der Familienpolitik, der Gesundheitspolitik, der Beschäftigungsförderung, der Alterssicherung, der Verbilligung des Wohnens und der Sparförderung. Aufgaben der Familienpolitik (13 vH), der Gesundheitspolitik (33 vH) und der Alterssicherung (36 vH) beanspruchten 1982 insgesamt über 80 vH des Sozialbudgets. Die Sozialausgaben haben zu etwas weniger als drei Vierteln die Form von Geldleistungen. Der restliche Teil umfaßt Sachleistungen, beispielsweise die Gesundheitsleistungen der Krankenver-

sicherung und die Pflegeleistungen im Rahmen der Sozialhilfe, außerdem unentgeltliche soziale Dienste.

470. Das System ist im Laufe von rund hundert Jahren gewachsen; in dieser Zeit wurde der soziale Schutz auf immer weitere Bevölkerungskreise ausgedehnt und in Art und Umfang erweitert. Es wird diskutiert, ob die Anpassung des Systems an wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen zureichend sei und seine Rückwirkungen auf wirtschaftliches und gesellschaftliches Verhalten genügend Beachtung fänden. Klage geführt wird darüber, daß das System insgesamt mehr und mehr an Übersichtlichkeit verloren habe und, zum Teil aus diesem Grund, die Leistungen der einzelnen Sicherungsbereiche nur unzureichend auf den letztendlichen Sicherungszweck abgestimmt seien.

Es kann nicht die Aufgabe des Sachverständigenrates sein, im einzelnen den Reformbedarf zu prüfen und eine neue Konzeption für das System sozialer Sicherung vorzulegen. Er muß aber darauf hinweisen, daß es unter den Gesichtspunkten der langfristigen Finanzierbarkeit des Systems und der Wechselwirkungen zwischen sozialer Sicherung und wirtschaftlicher sowie gesellschaftlicher Entwicklung notwendig ist, eine Reform in Angriff zu nehmen. Das soll an wenigen Beispielen gezeigt werden.

Anpassungsfähigkeit des Systems an veränderte Wachstumsbedingungen

471. Real müssen Sozialleistungen aus der Produktion der laufenden Periode erbracht werden. Jedes Sicherungssystem hängt deshalb ab von Umfang und Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität. Geht diese zurück, kann es zu Finanzierungsproblemen kommen, wenn Einnahmen und Ausgaben des Systems darauf unterschiedlich reagieren. Bei der Frage, wie gut sich das Sicherungssystem an ein verlangsamtes Wachstumstempo anpaßt, ist es zweckmäßig, zwischen den Auswirkungen langsamer steigender Einkommen der Versicherten und einer veränderten Beschäftigungslage zu unterscheiden.

Wenn die Arbeitsentgelte langsamer steigen, zahlen die Erwerbstätigen weniger Sozialversicherungsbeiträge und Steuern, als sie bei normalem Wachstum gezahlt hätten; die Einnahmexpansion flacht sich ab. Der reduzierte Zuwachs der Arbeitsentgelte reduziert gleichsam automatisch aber auch die Expansion der Sozialausgaben je Leistungsempfänger. Das gilt in erster Linie für die Einkommensleistungen, die überwiegend an die Arbeitsentgelte gekoppelt sind, etwa derart, daß die Leistungsansprüche als ein bestimmter Prozentsatz der Arbeitsentgelte festgelegt sind, wie das insbesondere beim Arbeitslosengeld, bei der Arbeitslosenhilfe und bei den Renten der Fall ist. Weniger eng ist der Zusammenhang bei den sogenannten Sachleistungen, etwa den Ausgaben für ärztliche Behandlung, für Heilmittel und Hilfsmittel, für Krankenhäuser, Altenheime und Pflegeheime, die vor allem bei den

Krankenkassen und den Sozialhilfeträgern eine Rolle spielen. Grundsätzlich hängt die Leistungsentwicklung je Empfänger hier davon ab, wie sich die Preise der einzelnen Sachleistungen entwickeln und welche Mengen der einzelne Leistungsempfänger beansprucht, beziehungsweise was und wieviel ihm von Ärzten und anderen verordnet wird; die Erfahrung lehrt jedoch, daß auch die Preise von Arzneimitteln oder Bauleistungen einem rückläufigen Inflationstrend und die Arzthonorare einem reduzierten Einkommenswachstum folgen.

472. Wenn im Gefolge der Wachstumsschwäche die Beschäftigung zurückgeht und die Arbeitslosigkeit steigt, kommt es auf der Einnahmenseite zu Ausfällen an Beiträgen und Steuern, weil von den erwerbsfähigen Personen ein immer größerer Teil gar nicht erwerbstätig ist, sondern teils arbeitslos, teils vorzeitig im Ruhestand, großenteils auch einfach im Wartestand als sogenannte Stille Reserve. Auf der Ausgabenseite kommt es zu einer beschleunigten Expansion. Weil immer mehr Erwerbspersonen teilweise oder ganz ohne Arbeit sind, müssen immer mehr Unterstützungen an Arbeitslose gezahlt werden, sei es in der Form von Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe oder anderen Leistungsarten. Weil die schlechte Arbeitsmarktlage zum vorzeitigen Wechsel in den Ruhestand veranlaßt und erfahrungsgemäß auch zusätzliche Invalidenrenten induziert, müssen auch mehr Altersrenten und mehr Renten wegen Berufsunfähigkeit und Erwerbsunfähigkeit gezahlt werden. Alles in allem bewirkt die steigende Anzahl von Leistungsempfängern eine sehr starke Ausweitung eines Teils der Sozialausgaben. Dieser Entwicklung steht als retardierender Faktor im wesentlichen nur ein sinkender Krankenstand gegenüber; das entlastet die Krankenkassen.

473. Soweit sich ein reduziertes Wachstum in langsamer steigenden Arbeitsentgelten und damit auch langsamer steigenden Beitragseinnahmen äußert, paßt sich die Ausgabenentwicklung bei einem großen Teil der Sozialleistungen automatisch dem verringerten Einnahmewachstum an. Das System wird insoweit mit Änderungen im Wachstumstempo großenteils selbst fertig; vorübergehende Finanzierungsprobleme haben ihre Wurzel in der nicht vollständigen zeitlichen Synchronisation von Einnahmen und Ausgaben. Schwerwiegende Finanzierungsprobleme entstehen erst dann, wenn die Beitragszahler immer mehr Leistungsempfänger zu finanzieren haben, die Relation von Leistungsempfängern zu Beitragszahlern also steigt. Das eigentliche Problem, das die Wachstumsschwäche für die Finanzierung der sozialen Haushalte aufgeworfen hat, ist deshalb im wesentlichen Reflex der steigenden Unterbeschäftigung.

474. Der dominierende Einfluß auf die Entwicklung der Finanzen des sozialen Sicherungssystems geht seit Mitte der siebziger Jahre vom Anstieg der Arbeitslosigkeit aus. Im Jahre 1975 waren eine Million Arbeitslose registriert, fast viermal so viel wie zwei Jahre zuvor; von ihnen erhielten mehr als 700 000 Arbeitslosengeld und etwa 100 000 Arbeits-

losenhilfe; der Gesamtaufwand dafür belief sich auf knapp 7 Mrd DM, verglichen mit einem Aufwand für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe von 1,5 Mrd DM im Jahre 1973. Im Jahre 1983 erhielten von den rund 2,3 Millionen Arbeitslosen etwa 1,4 Millionen Arbeitslosengeld und etwa 0,4 Millionen Arbeitslosenhilfe; die Bundesanstalt für Arbeit und der Bund zahlten dafür insgesamt etwa 17 Mrd DM direkt in Form von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Die Krankenversicherungen erhielten von der Bundesanstalt für Arbeit und dem Bund für diese Arbeitslosen Beiträge nach Maßgabe des früheren Verdienstes, insgesamt etwa 5 Mrd DM. Gleichzeitig erhöhten sich die Rentenansprüche dieser Arbeitslosen so, als ob sie noch von ihrem früheren Bruttolohn Rentenversicherungsbeiträge gezahlt hätten; dies entspricht einer Summe von weit mehr als 6 Mrd DM, wovon ungefähr die Hälfte von der Bundesanstalt für Arbeit und dem Bund getragen wurde, die andere Hälfte dagegen bei den Rentenversicherungen als Mindereinnahmen anfiel. Rechnet man hinzu, daß für mehr als eine halbe Million Kurzarbeiter ebenfalls Lohnersatzleistungen zu zahlen und Ausfälle von Sozialversicherungsbeiträgen zu kompensieren waren, kommt man allein schon mit diesen Aufwandsposten auf eine finanzielle Belastung von rund 33 Mrd DM.

475. Die finanziellen Lasten der Unterbeschäftigung äußern sich nicht nur in den Ausgaben für Arbeitslose, die Leistungsansprüche gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit haben. Betroffen sind vor allem auch die gesetzlichen Rentenversicherungen. Kurzfristig dadurch, daß wegen der schlechten Arbeitsmarktlage immer mehr Erwerbspersonen vorzeitig in den Ruhestand entlassen werden, also vorzeitig Rente beziehen und als Beitragszahler ausfallen. Schätzungen zufolge dürften 1983 allein für Altersruhegelder an zuvor Arbeitslose sowie an Rentner, die wegen der ungünstigen Beschäftigungslage Erwerbsunfähigkeitsrente beziehen, rund 10 Mrd DM aufgewandt worden sein. Langfristig sind die Rentenversicherungen vor allem dadurch betroffen, daß die gezahlten Renten höher sind, als sie wären, wenn die kürzere Beitragszeit und die längere Rentenbezugszeit versicherungsmathematisch korrekt berücksichtigt würden, aber auch dadurch, daß die Rentenversicherungen einem Arbeitnehmer auch für jene Zeiten „normale“ Rente bezahlen müssen, in denen er arbeitslos war und entweder gar keine oder zu niedrige Beiträge für ihn bezahlt worden sind. Mit der zunehmenden Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in den letzten Jahren geht auch eine steigende Belastung der Sozialhilfeträger einher; denn immer mehr Arbeitslose können gar keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe erwerben, weil sie gar nicht oder zu kurzzeitig beschäftigt waren. Schließlich werden nicht wenige Personen nur deshalb nicht als arbeitslos ausgewiesen, weil sie an Maßnahmen zur Arbeitsförderung und Arbeitsbeschaffung teilnehmen, die die Bundesanstalt für Arbeit finanziert; bei besserer Arbeitsmarktlage könnte ein großer Teil dieser Aufwendungen wegfallen. Insgesamt dürften sich damit die erwähnten direkten und indirekten Kosten der Arbeitslosigkeit im Jahre 1983 auf mehr als 50 Mrd DM belaufen.

476. Die Belastungen durch Arbeitslosigkeit sind bei der Bundesanstalt für Arbeit konzentriert; das ist unter dem Gesichtspunkt der systematischen Zuordnung von Risiken zu Sicherungsbereichen auch richtig. Im Zusammenhang mit den dadurch entstehenden Finanzierungsproblemen ist erneut erwogen worden, die Leistungen der Bundesanstalt nach dem zweiten Abschnitt des Arbeitsförderungs-gesetzes, insbesondere die Förderung der beruflichen Bildung, nicht mehr wie bisher mit den regulären Beitragseinnahmen zu finanzieren, sondern auf andere Finanzierungsformen auszuweichen. Schon Anfang der siebziger Jahre waren für diese Leistungen folgende Finanzierungsalternativen in der Diskussion: Finanzierung aus allgemeinen Steuermitteln; Erhebung einer Sondersteuer; Einführung einer allgemeinen Arbeitsmarktabgabe; Finanzierung aus einer Bildungsabgabe der Unternehmen; Übergang zu einer modifizierten Beitragsfinanzierung. Die Bundesregierung war seinerzeit nach Abwägen des Für und Wider der einzelnen Alternativen zu dem Entschluß gekommen, daß es insbesondere aus rechtlich-systematischen Gründen geboten sei, im wesentlichen bei der alten Finanzierungsregelung zu bleiben; aus eben diesen Gründen könne jedoch erwogen werden, die Förderung der beruflichen Ausbildung aus allgemeinen Steuermitteln zu finanzieren und bei den Leistungen zur beruflichen Fortbildung teilweise auf eine Darlehensfinanzierung überzugehen. Die damals vorgebrachten Argumente gelten im Kern noch heute.

477. Bei der Frage, wie gut das heutige System mit Wachstumsschwankungen fertig wird, muß auch geprüft werden, wie Regierung und Parlament, die bei den gegenwärtigen institutionellen Regelungen ganz überwiegend die alleinige Kompetenz zu Änderungen des Beitragsrechts und des Leistungsrechts haben, auf die Veränderungen im Tempo der wirtschaftlichen Aktivität und die damit einhergehenden Änderungen in der Finanzlage der Sozialhaushalte reagiert haben. Zwei Erfahrungen erscheinen hier bemerkenswert.

478. Die Rentenfinanzen gerieten nach 1975 ins Defizit, nachdem noch zu Beginn der siebziger Jahre beträchtliche Überschüsse erzielt und die finanziellen Reserven aufgestockt worden waren. Dies war zum einen eine Folge der hohen Arbeitslosigkeit, die in der Phase wirtschaftlicher Erholung nur wenig zurückging, wodurch nach damaliger Regelung viele Beitragszahler für die Rentenversicherung ausfielen, zum anderen eine Folge davon, daß auch noch nach der Zurückführung der Inflation und der damit verbundenen Verlangsamung im Anstieg der nominalen Lohneinkommen die hohen Lohnabschlüsse der Jahre davor das Ausmaß der Rentenerhöhung bis zum Jahre 1977 bestimmten. Zu diesen einschneidenden Veränderungen im Hinblick auf die Finanzentwicklung der Rentenversicherungen kamen noch die finanziellen Auswirkungen der im Jahre 1972 beschlossenen Leistungsverbesserungen. Von diesen Maßnahmen war das Vorziehen des Rentenanpassungstermins von Anfang 1973 auf Mitte 1972 am bedeutendsten. Zu auf Dauer höheren Rentenanpassungen führte dane-

ben die Einführung der flexiblen Altersgrenze und ferner die Gewährung von Renten nach Mindesteinkommen. Die stark steigenden Defizite machten eine Konsolidierung notwendig. Am 1. Juli 1977 trat das 20. Rentenanpassungsgesetz in Kraft, das einschneidende Kürzungen beim Rentenzuwachs, eine weitere Reduktion der Rücklage auf eine Monatsausgabe, die Herabsetzung des Beitrags der Rentenversicherung zur Krankenversicherung von über 17 vH auf etwa 11 vH der Rentenausgaben sowie die Verpflichtung der Bundesanstalt für Arbeit brachte, ab Mitte 1978 für arbeitslose Rentenversicherungspflichtige den Beitrag an die Rentenversicherung abzuführen. Auch später waren Finanzierungsprobleme in einzelnen Sicherungssparten nicht nur Anlaß für Konsolidierungsmaßnahmen dort, sondern auch für Lastenverlagerungen zwischen den Sicherungszweigen. So überwies der Bund 1981 Zuschüsse in Höhe von 3½ Mrd DM, die er an die Rentenversicherung zu zahlen verpflichtet gewesen wäre, der Bundesanstalt für Arbeit, deren Finanzlage besonders prekär war; gleichzeitig setzte er den Beitrag zur Rentenversicherung ab 1982 um einen halben Prozentpunkt herab, weil sich die finanzielle Lage der Rentenversicherungen wieder etwas günstiger darstellte, und hob im gleichen Zug den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um einen Prozentpunkt an. In jüngster Zeit wurden wiederholt Lasten von der Bundesanstalt für Arbeit auf andere Sicherungszweige verlagert, insbesondere auf die Rentenversicherung. Ein Beispiel ist die Absenkung der Bemessungsgrundlage für die Sozialbeiträge, die die Bundesanstalt seit 1983 für arbeitslose Leistungsempfänger zu zahlen hat, von bisher 100 vH des zuletzt verdienten Bruttoarbeitsentgelts auf die gezahlte niedrigere Sicherungsleistung, ohne daß gleichzeitig die Rentenansprüche entsprechend gekürzt worden wären. Ein weiteres Beispiel dafür ist die geplante Vergrößerung der Bemessungsgrundlagen für den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung und zur Rentenversicherung, durch die Einbeziehung von Sonderzahlungen, die zusätzliche Rentenansprüche zur Folge hat. Möglich gewesen wäre auch ein höherer Beitragsatz, der dies nicht zur Folge gehabt hätte. In bezug auf die aktuelle Belastung der Erwerbstätigen hätte dagegen kein Unterschied bestanden.

479. In der Phase der Wachstumsbeschleunigung ab Ende der sechziger Jahre haben Regierung und Parlament die reichlich fließenden Finanzierungsmittel nicht zur Beitragssenkung, sondern zur Leistungsausweitung genutzt. Erwähnung verdient insbesondere das Rentenreformgesetz aus dem Wahljahr 1972, das vor allem die Einführung der flexiblen Altersgrenze, ein Vorziehen der Rentenanpassung um ein halbes Jahr, die vorübergehende Einführung der Rente nach Mindesteinkommen und die Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige brachte. Insbesondere die mit der letzten Maßnahme eingeräumte Möglichkeit der Nachentrichtung von Beiträgen stellte einen Verstoß gegen das Äquivalenzprinzip dar. Bemerkenswert ist auch die Entwicklung in der Arbeitslosenversicherung; diese ist von ihrer Konstruktion her als automatischer Stabilisator angelegt, weil bei rückläufiger

Beschäftigung die Beitragseinnahmen sinken und die Unterstützungszahlungen steigen und bei zunehmender Beschäftigung die Beitragseinnahmen steigen und die Unterstützungszahlungen sinken. Bei der starken Wachstumsbeschleunigung ab 1968 hätte es hier deshalb erhebliche Überschüsse geben müssen; tatsächlich gab es leichte Defizite und einen Vermögensabbau, weil der Bundesanstalt für Arbeit mit dem Arbeitsförderungsgesetz von 1969 zahlreiche zusätzliche Aufgaben zugewiesen worden waren, ohne daß man gleichzeitig für entsprechende Finanzierungsmittel gesorgt hatte. Damit waren höhere Abgabenlasten nur vertagt.

480. Die wenigen Beispiele zeigen, daß in Phasen der Wachstumsbeschleunigung politisch eine Neigung besteht, das Geld sogleich wieder auszugeben, das eine verbesserte Beschäftigungslage und steigende Arbeitnehmereinkommen in die Kassen bringen. Entsprechend dominieren in den letzten Jahren Bemühungen, im Sozialbereich Einsparungen vorzunehmen (Ziffer 220). Außerdem kommt es zu einem kurzfristigen Hin- und Herschieben von Lasten zwischen den einzelnen Sicherungsbereichen und zwischen Sozialhaushalten und Bundeshaushalt, das, mißt man es an den Prinzipien der Sozialversicherung, als weitgehend konzeptionslos erscheint. Es besteht die Gefahr, daß dadurch die Einrichtungen der sozialen Sicherung immer mehr in die Verfügungsmasse des Bundeshaushalts einbezogen werden und das Prinzip der Dauerhaftigkeit und Verlässlichkeit des Systems für die Versicherten verlorengeht. Daraus ergibt sich ein ungedeckter Bedarf an institutionellen Regelungen, die verhindern, daß die oft sehr langfristig angelegten Sicherungssysteme durch kurzfristiges und wahltaktisches Handeln in ihrer Funktionsfähigkeit geschwächt werden.

Rückwirkungen des Systems auf Leistungsverhalten und Lastenexpansion

481. Sozialleistungen und Soziallasten sind nicht nur abhängig vom Wirtschaftswachstum, sondern wirken ihrerseits auf das Wirtschaftswachstum zurück. Die Wirkungsketten laufen im wesentlichen über Leistungsverhalten und Arbeitsangebot der Gesicherten sowie über Investitionsverhalten und Arbeitsnachfrage der Unternehmen. Sie sind im einzelnen verwickelt und nicht immer zweifelsfrei festzustellen. Im Ergebnis können soziale Schutzmaßnahmen die Gesundheit, Leistungsfähigkeit und soziale Zufriedenheit der Menschen verbessern und insoweit günstige Wachstumsvoraussetzungen schaffen; sie können aber auch negative Leistungsanreize auslösen, die die positiven Wirkungen teilweise aufheben. Das eine wie das andere ist abhängig von Umfang und Formen der Sicherung (JG 82 Ziffern 253 ff.).

482. Der Umfang der Sicherung und damit das Ausmaß der Soziallasten ist nicht unabhängig von den institutionellen Bedingungen, unter denen das Nehmen und Geben von Sozialleistungen entschieden wird. Das zeigt sich auf drei Ebenen.

Wenn der einzelne weiß, daß er gesichert ist, verhält er sich sorgloser, vor allem dann, wenn ihn das Nehmen von Sicherungsleistungen unmittelbar nichts kostet. Die Nachfrage nach diesen Leistungen steigt dann; das Angebot an sozialer Sicherung schafft sich seine Nachfrage teilweise selbst. Hinzu kommt, daß das Wissen um die soziale Sicherung auch bei anderen ein Verhalten begünstigt, das die Kosten treibt; im Gesundheitswesen etwa bei den Anbietern der verschiedenen Dienstleistungen, Heilmittel und Hilfsmittel, oder in der Arbeitslosenversicherung beim einzelnen Arbeitgeber, der sich leichter zur Kurzarbeit oder Entlassungen entschließt. Auch auf der politischen Ebene gibt es derartige Erscheinungen. Bund und Länder beschließen teilweise Gesetze, deren finanzielle Folgen überwiegend die Gemeinden treffen, etwa in der Form von Sozialhilfezahlungen; das ist im Zweifel eine ausgabentreibende Form der Arbeitsteilung. Zusammengenommen: Wer Sozialleistungen beansprucht, sieht für sich vor allem den Nutzen, weil die Kosten erst später und dann nicht nur ihm, sondern allen über höhere Güterpreise angelastet werden; wer weiß, daß sein Klient bei bescheinigter Krankheit, sein Beschäftigter bei Arbeitslosigkeit Sicherungsleistungen erhält und auch für ihn etwas abfällt, kann bei seinen Entscheidungen zumindest sorgloser sein; wer darauf spekulieren kann, daß der Wähler ein Mehr an Sozialleistungen ihm gutschreibt, weil die Finanzierung entweder bei anderen Instanzen oder erst in kommenden Legislaturperioden zum Problem wird, der kann großzügiger sein.

483. Aus alledem folgt, daß das System der sozialen Sicherung selbst einer Sicherung bedarf. Der Gedanke, daß der Staat den Sicherungszwang für seine Bürger auf ein bestimmtes unumgängliches Maß begrenzen soll, muß wohl neu belebt werden. Darüber hinaus ergibt sich als gedanklicher Fluchtpunkt für Reformen, daß dort, wo über das Geben und Nehmen von Leistungen entschieden wird, die Kosten besser sichtbar und möglichst auch spürbar gemacht werden. Ansatzpunkte und Mittel sind hier im einzelnen verschieden; sie reichen grundsätzlich von einer besseren Kostentransparenz im Gesundheitswesen über die Stärkung des Äquivalenzprinzips in der Sozialversicherung bis hin zu Änderungen der sozialpolitischen Kompetenzverteilung. Als ein leitendes Reformprinzip könnte gelten, daß Art und Umfang von Sicherungsleistungen möglichst eng an den Wünschen derjenigen bleiben, um deren Sicherung es letztlich geht; für deren Abwägung von Nutzen und Kosten muß das System offen sein.

Alterssicherung bei steigender Alterslast

484. Die soziale Sicherung im Alter erfolgt heute im wesentlichen nach dem Prinzip, daß die erwerbstätige Bevölkerung von ihren verdienten Einkommen einen bestimmten Teil abgibt und damit Altersruhegelder finanziert, die in einer bestimmten Relation zu den verdienten Einkommen stehen. Das Prinzip soll sicherstellen, daß sich die Einkommen der Alten grundsätzlich parallel zu den Einkommen

der Erwerbstätigen entwickeln, so daß die Relation zwischen Altersruhegeld und verdientem Arbeits-einkommen, das Rentenniveau, unverändert bleibt. Dieses Prinzip der dynamischen Rente ist recht sinnfällig abgebildet in der Finanzierungsform des Umlageverfahrens: Aus dem heutigen Einkommen der Erwerbstätigen werden bei konstantem Abgabensatz die heutigen Rentenzahlungen an die nicht mehr erwerbstätige Generation finanziert. Das Finanzierungsverfahren wiederum bildet den realwirtschaftlichen Vorgang ab, auf dem jede Alterssicherung beruht: Die aktive Generation verzichtet auf den Konsum eines Teils der vorhandenen Güter und Dienstleistungen und überläßt ihn der nicht mehr aktiven Generation. Das System arbeitet freilich nur dann in der vorgesehenen Weise, wenn die Relation zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern konstant bleibt. Ist diese Bedingung nicht mehr erfüllt, kommen beispielsweise auf 100 Beitragszahler nicht mehr 40 Rentenempfänger, sondern 60, muß entweder der Abgabensatz steigen oder das Rentenniveau sinken oder beides. Für die Funktionsfähigkeit des Alterssicherungssystems ist deshalb die Rentner-Beitragszahler-Relation, oft auch als Rentnerquotient oder Alterslast bezeichnet, von erheblicher Bedeutung. Diese Relation ändert sich aus zwei Gründen.

485. Die demographische Entwicklung führt in der Zukunft zu einem veränderten Altersaufbau der Bevölkerung. Längerfristige Vorausberechnungen unter der Annahme einer konstanten Geburtenhäufigkeit zeigen, daß die Alterslast, definiert als Relation zwischen den über 60jährigen und der Bevölkerung zwischen 20 und 60 Jahren, zwar von heute etwa 40 auf rund 37 im Jahre 1990 zurückgeht, dann aber bis zum Jahre 2000 auf 43, bis zum Jahre 2010 auf 45 und ab dem Jahre 2020 sehr rasch bis auf 72 im Jahre 2030 ansteigen kann. Bei einer derartigen Entwicklung würde sich die Alterslast also fast verdoppeln. Das wiederum bedeutet, daß bei einem konstanten Sicherungsgrad, gemessen am Netto-Rentenniveau, die Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung von heute 18,5 vH auf rund 30 vH im Jahre 2030 ansteigen müßten. Das Bild ist nur wenig freundlicher, wenn man bei der Bevölkerungsprognose auch den ausländischen Teil der Bevölkerung berücksichtigt, der jedenfalls zur Zeit noch eine erheblich höhere Geburtenhäufigkeit aufweist.

Für die Alterssicherungssysteme bedeutet dies eine wesentliche Verschlechterung ihrer Funktionsbedingungen. Sie zwingt zu Reformen.

486. Die bisherige Bruttolohnorientierung der Renten muß aufgegeben werden. Die Entwicklung der Renten orientiert sich bis heute an der Entwicklung der Bruttoarbeitsentgelte; da die Sozialversicherungsrenten bei der gegenwärtigen steuerrechtlichen Behandlung ganz überwiegend Nettorenten sind, führt diese Bruttoanpassung bei steigender Abgabenbelastung der Arbeitnehmer zu einer fortgesetzten Annäherung der Nettorenten an die Nettoarbeitsentgelte. Ein derart steigendes Netto-Rentenniveau mag verteilungspolitisch erwünscht gewesen sein zu einer Zeit, da die Rente nach einem

vollen Arbeitsleben kaum mehr als die Hälfte des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts betrug; das Netto-Rentenniveau eines Arbeitnehmers mit 40 Versicherungsjahren und einer persönlichen Bemessungsgrundlage von 100 vH ist aber mittlerweile auf etwa 65 vH gestiegen und läge noch weit höher, wenn die Renten nicht durch verschiedene sozialpolitische Eingriffe von der Entwicklung der Bruttolöhne abgekoppelt worden wären. Ein weiteres Festhalten an der Bruttoanpassung würde bedeuten, daß die Arbeitnehmer in Zukunft über eine steigende Abgabenlast nicht nur die steigende Alterslast finanzieren, sondern auch eine überproportionale Verbesserung des Lebensstandards aller Altersrentner. Die Abgabensätze müßten auf diese Weise um rund ein Drittel stärker steigen, als es zur Finanzierung lediglich der steigenden Alterslast erforderlich wäre. Es ist nicht zu erwarten, daß dies einfach hingenommen wird; viel eher sind negative Ausweichreaktionen zu befürchten. Vieles spricht deshalb dafür, die künftige Alterssicherung systematisch an dem Ziel zu orientieren, ein bestimmtes Netto-Rentenniveau zu sichern. Als grundsätzliche Verfahren stehen dafür die Anpassung der Renten an die Entwicklung der Nettoarbeitsentgelte und eine „Besteuerung“ der Renten zugunsten der Rentenversicherungsträger zur Verfügung. Wie die Orientierung an Nettogrößen im einzelnen erfolgen könnte, ist im wesentlichen eine Frage der Technik; die Entscheidung darüber muß auch die unterschiedlichen Wirkungen auf die Rentenstruktur beachten.

487. Strittig ist, ob ein Übergang vom Umlageverfahren zum Kapitaldeckungsverfahren helfen kann, die steigende Alterslast zu bewältigen. Das Kapitaldeckungsverfahren läuft im Prinzip so ab, daß beim Rentenversicherungsträger ein bestimmtes Vermögen angesammelt wird; die laufenden Rentenzahlungen werden dann zu einem mehr oder weniger großen Teil aus den Erträgen dieses Kapitalstocks, gegebenenfalls auch aus der Auflösung von Vermögen finanziert. Die Rentenversicherung arbeitet heute fast ohne Vermögen; es gibt wohl auch keinen vernünftigen Weg, auf dem schnell eine Vermögensmasse beschafft werden kann, die ausreicht, um einen nennenswerten Teil der bestehenden Rentenansprüche zu decken. Schon deshalb scheidet ein Wechsel des Finanzierungsverfahrens der Rentenversicherung aus.

Selbst wenn ein solcher Kapitalstock in der erforderlichen Höhe aufgebaut werden könnte, bleiben Zweifel, ob eine kapitalgedeckte Alterssicherung die sich aus der demographischen Entwicklung ergebenden Probleme besser bewältigen kann als ein Umlageverfahren. Wenn einer kleineren Anzahl Erwerbstätiger eine größere Anzahl von Rentnern gegenübersteht und wenn letztere etwa durch Auflösung von Teilen des angesammelten Sachvermögens ihr Konsumniveau zu halten versuchen, so werden sich aller Voraussicht nach die Preisrelationen so verändern, daß der Verkaufserlös des angesparten Kapitalstocks sinkt und die Ansprüche der alten Generation so weit zurückgeschnitten werden, wie die dann arbeitende Generation auf Anteile am

Sozialprodukt nicht zu verzichten bereit ist. Nominell fixierte Ansprüche, also etwa Schuldverschreibungen, werden in erster Linie durch mehr oder weniger Inflation in ihrem Wert verändert werden. Das Ergebnis ist im einzelnen ebenso schwer prognostizierbar wie das Rentenniveau — das heißt im wesentlichen die Mischung aus Beitragserhöhung und Rentensenkung —, das sich im Umlageverfahren ergeben würde. Der bisherigen Erfahrung nach sitzt die aktive Generation beim Durchsetzen von Ansprüchen allemal am längeren Hebel. Es ist wohl nicht auszuschließen, daß die Art und Weise, in der die Alterssicherung vorgenommen wird, Einfluß auf die resultierende Lastenverteilung hat. Für die heute aktive Generation gibt es aber so oder so keinen Weg, sich für die Zukunft ein gewünschtes Konsumniveau oder einen festen Anteil am Sozialprodukt vollständig zu sichern.

Jenseits des um die Finanzierung der Rentenversicherung geführten Prinzipienstreits wäre es sinnvoll zu prüfen, ob der Umfang der Regelsicherung in allen Fällen auf dem heutigen Niveau gehalten werden soll. Wenn eine Begrenzung künftiger Rentenansprüche dem einzelnen Anlaß zu zusätzlicher individueller oder betrieblicher Altersvorsorge gibt, so könnte sich daraus zusätzliche Kapitalbildung ergeben, deren wachstumsfördernde Wirkung in jedem Fall erwünscht wäre. Über den Vorgang des Investierens lassen sich Konsumchancen in jene Zukunft transportieren, in der die Alterslast steigt. Als Vorzug einer derart ergänzten Alterssicherung kann man auch ansehen, daß die Probleme der künftigen Lastenverteilung, anders als bei einer vollständig im Umlageverfahren finanzierten Sicherung, nun zum Teil gleichsam anonym über die Märkte gelöst werden und insoweit politische Entscheidungen über Beitragshöhe und Rentenhöhe einfacher werden. Und schließlich spricht für eine ergänzende private Altersvorsorge auch, daß sie dem einzelnen größere Entscheidungsfreiheit hinsichtlich des gewünschten Ausmaßes der individuellen Versorgung läßt.

Umstritten ist freilich nach wie vor, ob die Hoffnung, die heute aktive Generation könnte sich auf diese Weise für ihr Alter insgesamt einen höheren oder sicheren Lebensstandard verschaffen, begründet ist.

488. Der Sozialbeirat hat sich 1981 in einem Gutachten über langfristige Probleme der Alterssicherung in der Bundesrepublik Deutschland geäußert. Dem Gutachten lag die Untersuchung einer vom Sozialbeirat eingesetzten Wissenschaftlergruppe zugrunde. Auf dieser Grundlage hat der Sozialbeirat Vorschläge für die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung gemacht. Angestrebt wird ein Gleichlauf von Nettorenten und Nettoarbeitsentgelten. Er soll erreicht werden durch eine modifizierte „Bruttoanpassung“, eine veränderte Ertragsanteilsbesteuerung und eine Neubemessung des Bundeszuschusses. Bei der modifizierten „Bruttoanpassung“ werden die Renten an die Steigerungsrate der um die Rentenversicherungsbeiträge verminderten Nettoarbeitsentgelte angepaßt; Steigerungen der Beitragssätze können also

nicht dazu führen, daß die Rentner sich im Vergleich zu den Arbeitnehmern besser stellen. Die Besteuerung soll in der Weise geändert werden, daß die Ertragsanteile, die bei der Besteuerung einer Rente unterstellt werden, stufenweise erhöht werden. Der Bundeszuschuß soll wieder seiner ursprünglichen Zweckbestimmung angenähert werden, die der Rentenversicherung durch den Bund auferlegten versicherungsfremden Lasten zu finanzieren.

Anpassung der Sozialsysteme an das geänderte Erwerbsverhalten

489. In wichtigen Teilen des Sozialsystems sind die seit mehreren Jahren eingetretenen Änderungen des Erwerbsverhaltens der Bevölkerung noch nicht berücksichtigt. Das gilt in erster Linie für die Regelungen zur sozialen Sicherung der Frau. So kann man sich vorstellen, daß im System der Rentenversicherung die Beitragsleistungen von Frauen, zumindest wenn sie verheiratet sind, nicht in der Zahlung von Sozialabgaben besteht, sondern in ihrer Tätigkeit als Mütter. Hiermit könnte man begründen, daß verheiratete Frauen, sofern sie nicht erwerbstätig waren, keinen eigenständigen Sicherungsanspruch haben, sondern einen aus der Sicherung des Ehemanns abgeleiteten Anspruch auf Witwenrente. Dieser Anspruch beträgt bei der „kleinen“ Witwenrente 60 vH der Rente, die dem Mann zugestanden hätte, wäre er zum Zeitpunkt seines Todes berufsunfähig gewesen; sie wird völlig unabhängig vom Lebensalter, vom Gesundheitszustand und von der Zahl der Kinder der Witwe gezahlt. Die „große“ Witwenrente in Höhe von 60 vH der Rente, die der Mann bezogen hätte, wäre er zum Zeitpunkt seines Todes erwerbsunfähig gewesen, wird dann gezahlt, wenn die Witwe das fünfundvierzigste Lebensjahr vollendet oder ein waisenrentenberechtigtes Kind aufzuziehen hat oder selbst berufs- oder erwerbsunfähig ist.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist deutlich angestiegen. Die Geburtenhäufigkeit ist stark zurückgegangen. Bei erwerbstätigen verheirateten Frauen kommt es zu einer Kumulation von Witwenrente und eigener Rente. Die Kumulation führt im allgemeinen nicht dazu, daß Frauen höhere Renten beziehen. Allerdings könnte es in den Fällen, in denen Mann und Frau hohe Einkommen erzielen, vielleicht auch deshalb, weil sie auf eigene Kinder verzichten haben, somit zu erheblich höheren Renten kommen. Demgegenüber ist die Versorgungslage von Frauen, die Kinder erzogen haben und deswegen alleine auf die Witwenrente angewiesen sind, häufig schlecht. Stark vereinfacht kann man sagen, daß die Frauen, die mit ihren Kindern langfristig die Alterssicherung im Umlageverfahren ermöglichen, relativ schlecht versorgt sind, während die Frauen, die auf Kinder verzichten, vom System relativ begünstigt werden. Soweit es um die erwerbstätige Frau geht und eigene Beiträge zugrunde liegen, ist die Versorgung insofern beitragsäquivalent. Hinterbliebenenrenten stellen hingegen eine Abweichung von der Beitragsäquivalenz dar.

490. Eine Reform der Alterssicherung sollte sicherstellen, daß Frauen über einen eigenen ausreichenden Rentenanspruch verfügen. Soweit sie nur erwerbstätig sind, ist die Ergänzung durch eine Hinterbliebenenrente unnötig. Soweit sie Kinder erziehen, sollte dies als Beitrag in der Alterssicherung zu Lasten der Solidargemeinschaft anerkannt werden. Soweit sie weder erwerbstätig sind noch Kinder erziehen, sollte die Alterssicherung durch Beiträge erreicht werden; die Versicherungspflicht sollte sich dabei nur auf eine Grundsicherung erstrecken, die ausreicht, um später nicht die Sozialhilfe zu belasten. Eine Reform entlang diesen Grundlinien würde für alle Personen geschlossene Versicherungsverläufe schaffen. Die Diskriminierung der kindererziehenden Ehefrau in der Rentenversicherung ließe sich beseitigen, und der Grad an Beitragsäquivalenz könnte durch den Abbau der Hinterbliebenensicherung erhöht werden.

491. Änderungen im Erwerbsverhalten äußern sich auch in neuen Formen der Arbeitszeit. Die Neigung wächst, die persönliche Arbeitszeit zu reduzieren; wenn künftig auch die Möglichkeiten dazu größer werden, wird sich Teilzeitarbeit immer mehr ausbreiten.

Mit dieser Entwicklung sind Probleme verbunden, die immer dringlicher einer Lösung bedürfen. Sie ergeben sich daraus, daß in der Sozialhilfe und in der Krankenversicherung eine Mindestsicherung auch dann garantiert wird, wenn keine entsprechenden Beiträge gezahlt worden sind. So werden in der Rentenversicherung bei reduzierten Arbeitszeiten einkommensproportionale Beiträge gezahlt, die dazu führen können, daß die Rentenhöhe unterhalb des Sozialhilfeniveaus liegt; insoweit die Sozialhilfe dann für die sich so ergebende Unterversorgung eintreten muß, werden die Kosten der sozialen Sicherung, die mit einer derartigen individuellen Reduzierung der Arbeitszeit verbunden sind, der Allgemeinheit angelastet.

Das Problem der Mindestsicherung in den sozialen Sicherungssystemen muß von daher neu durchdacht werden. Will man am Prinzip beitragsorientierter Leistungen festhalten, entspricht einer Mindestsicherung auch ein Mindestbeitrag. Dieser müßte bei der Bemessung der individuellen Arbeitszeit auf der Grundlage der persönlichen Zeitpräferenz Berücksichtigung finden. Zu den Kosten des Lebensunterhalts gehören eben auch die Kosten der sozialen Sicherung; sie sollen in die persönliche Entscheidung über Art und Umfang der Arbeit eingehen.

Stärkung von Wettbewerbselementen im Gesundheitswesen

492. Gesundheitssicherung ist teuer geworden. Seit Anfang der siebziger Jahre haben sich die gesamten Ausgaben für Gesundheitsleistungen mehr als verdreifacht; sie haben damit einen wachsenden Teil der verdienten Einkommen beansprucht.

Die Ausgabenexpansion konzentrierte sich, zeitlich leicht versetzt zur damaligen Lohn- und Preiswelle, auf die erste Hälfte der siebziger Jahre. Sie übertraf die gleichfalls expandierenden Einnahmen der Krankenversicherungen bei weitem. Die Konsequenz waren rasch steigende Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung. Der Gesetzgeber reagierte mit dem Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz; es brachte neben anderen Maßnahmen die Einrichtung einer „konzertierten Aktion im Gesundheitswesen“, in der neben dem zuständigen Bundesminister die Spitzenverbände der Krankenkassen, der Ärzte und der anderen am Gesundheitswesen beteiligten Kreise regelmäßig Empfehlungen für die maximale Ausgabensteigerung in den einzelnen Gesundheitsbereichen formulieren mit dem Ziel, den durchschnittlichen Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung konstant zu halten. Die Empfehlungen waren bisher von unterschiedlicher Strenge. Es gilt weithin als Zeichen des Erfolgs dieser Maßnahmen, daß sich die Ausgabenexpansion seit Mitte der siebziger Jahre deutlich abgeschwächt hat (Tabelle 38). Bezweifelt wird jedoch, ob es hierdurch auf längere Sicht gelingt, eine wirksame und sinnvolle Abstimmung von globalen Vorgaben und einzelwirtschaftlichen Entscheidungen zu erreichen.

493. Steigende Ausgaben sind an sich noch kein Indiz für Fehlentwicklungen; wenn die Menschen bereit sind, mehr für ein Gut zu zahlen, dann zeigen auch rasch steigende Ausgaben lediglich den Wunsch nach einer besseren Versorgung mit diesem Gut. Wird weniger von ihm gewünscht, so sorgen normalerweise auf dem Markt überschüssige Mengen oder ein sinkender Preis dafür, daß auch das Angebot zurückgeht; wird mehr von diesem oder von einem anderen Gut verlangt, kommt es über Nachfragesog und steigende Preise zu entsprechenden Anpassungen bei Produktion und Angebot. Voraussetzungen des grundlegenden Marktmechanismus sind Informiertheit und Wettbewerb bei Anbietern und Nachfragern sowie, damit verbunden, ein preiselastisches Verhalten beider Marktseiten. Daß der Gesundheitsbereich allenthalben als reformbedürftig gilt, hängt damit zusammen, daß diese Voraussetzungen nur sehr eingeschränkt erfüllt sind. Zwar gibt es Elemente des Wettbewerbs auf der Anbieterseite, etwa zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung und innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung zwischen den einzelnen Kassenarten; aufs Ganze sind die Interessen der Beteiligten am kostengünstigen Anbieten und preisbewußten Nachfragen sowie ihre Möglichkeiten dazu durch zahlreiche institutionelle Re-

Tabelle 38

Ausgaben und Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung
vH¹⁾

	1970 bis 1975 ²⁾	1975 bis 1980 ²⁾	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982 ³⁾
Ausgaben je Mitglied									
insgesamt	17,4	6,9	9,0	4,0	5,6	6,9	9,3	6,2	0,8
davon:									
ärztliche Behandlung . .	13,5	5,2	5,6	4,0	4,0	5,6	7,0	6,3	2,3
zahnärztliche Behandlung	17,2	4,8	3,8	6,4	6,1	3,7	4,0	6,5	2,3
Zahnersatz	35,8	10,7	26,8	0,9	4,8	11,0	11,8	9,2	-9,8
Arzneien aus Apotheken .	14,0	6,0	8,0	1,4	6,4	5,4	8,8	7,3	0,4
Heil- und Hilfsmittel . . .	28,5	12,3	18,0	8,5	13,3	11,8	10,3	6,9	-4,0
stationäre Behandlung .	21,7	6,6	9,5	5,5	5,2	4,9	7,8	6,2	8,6
Grundlohn je Mitglied ohne Rentner (= beitragspflichtiges Entgelt)⁴⁾	10,9	6,2 ⁵⁾	7,5	6,7	5,0	6,2	5,4	5,0	4,3
Allgemeiner Beitragssatz in vH des Grundlohns	1970: 8,2	1975: 10,43	11,28	11,37	11,41	11,26	11,38	11,79	12,00

¹⁾ Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

²⁾ Durchschnittlich jährliche Veränderung.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

⁴⁾ In den Jahren 1976 bis 1978 errechnet nach der Formel: Beitragseinnahmen in der allgemeinen Krankenversicherung dividiert durch allgemeinen Beitragssatz x 100; im Jahre 1979 ist erstmals ein Vergleich mit der seit 1978 aufgrund von § 2 Abs. 1 der Verordnung über das Verfahren zum Ausgleich der Leistungsaufwendungen in der Krankenversicherung der Rentner (KVdR-Ausgleichsverordnung) vom 20. Dezember 1978 ermittelten Grundlohnsumme möglich.

⁵⁾ Wegen der Umstellung in der Ermittlung der Grundlöhne ab 1978 kann ein Durchschnittswert für den Fünfjahreszeitraum 1975 bis 1980 nicht angegeben werden. Untersuchungen haben jedoch ergeben, daß im Durchschnitt mehrerer Jahre von einer im Trend übereinstimmenden Entwicklung sowohl des Grundlohns als auch der Bruttolohn- und -gehaltssumme ausgegangen werden kann. Die Steigerungsrate der Bruttolohn- und -gehaltssumme für die Jahre 1975 bis 1980 betrug durchschnittlich 6,2 vH pro Jahr.

Quelle: BMA

gelungen vermindert und teilweise sogar beseitigt. Hier müssen Reformen ansetzen.

494. Auf der Anbieterseite gibt es vor allem im Krankenhausbereich korrigierbare Steuerungsmängel. Das Krankenhausfinanzierungsgesetz von 1972 hat die Verantwortlichkeiten für die Investitionskosten und für die Betriebskosten getrennt. Schon deshalb sitzen die Leistungsanreize falsch. Wenn die Länder und der Bund für das Investieren aufkommen müssen, sind sie zwar wegen der Begrenztheit ihrer Mittel grundsätzlich zum Abwägen gezwungen; es hat sich aber gezeigt, daß sie gleichzeitig auch starken Pressionen ausgesetzt sind von seiten jener, die aus Prestige Gründen eine bestimmte Zahl oder eine bestimmte Art von Krankenhäusern haben wollen. Die Art der Förderung hat zudem den Aufbau eines „Bettenberges“ begünstigt; denn das Krankenhausfinanzierungsgesetz stellte einen direkten Zusammenhang zwischen der Höhe des Bettenbestandes und der Höhe der Fördermittel her. Hinzu kommt, daß die Betreiber eines Krankenhauses damit rechnen können, daß ihnen die Betriebskosten ersetzt werden, sei es von den Kassen über die pauschalierten Pflegesätze, sei es durch Zuschüsse des jeweiligen Trägers; das schwächt das materielle Interesse an einem „sparsam wirtschaftenden und leistungsfähigen Krankenhaus“, das das Krankenhausgesetz verlangt. Der Übergang zu einer einheitlichen Finanzierung und mehr Eigenwirtschaftlichkeit der Krankenhäuser wird hier allgemein als nützlicher Schritt angesehen; er bedeutet, daß die öffentlichen Träger nicht nur, wie gegenwärtig, Fehlbeträge übernehmen müssen, sondern auch Überschüsse erwirtschaften und behalten dürfen. Ein Weg zur Stärkung der Eigenwirtschaftlichkeit wäre, daß nach Leistungen differenzierte Preise für Krankenhausdienste vereinbart werden können, die beispielsweise für alle Krankenhäuser einer Region gleichermaßen gelten. Grundsätzlich wäre die Krankenhausversorgung stärker durch Verhandlungen zwischen den Krankenhausträgern und den Krankenkassen zu steuern.

495. Eine zentrale Stellung auf der Anbieterseite haben die Ärzte. Es entspricht ihrer besonderen Verantwortung gegenüber dem Patienten, daß sie einen besonders großen Spielraum haben, Art und Menge der von ihnen erbrachten Leistungen selbst zu bestimmen. Reduziert man das komplizierte Arzt-Patienten-Verhältnis auf die ökonomische Perspektive, so können die niedergelassenen Ärzte ihr Einkommen beeinflussen, indem sie zugleich ihre Preise — wenn auch in Grenzen — selbst festsetzen und die nachgefragte Menge mit bestimmen. Zwar gibt es eine Gebührenordnung, an die sich die Kassenärzte zu halten haben, es steht ihnen jedoch grundsätzlich frei, den Patienten ein bestimmtes Mehrfaches der einfachen Gebührensätze zu berechnen.

Der Gesetzgeber hat versucht, das System der Honorierung von Einzelleistungen in seinen Ausgabenwirkungen auf zweifache Weise zu begrenzen: Zum einen dadurch, daß der Preisgestaltungsspielraum nach oben begrenzt worden ist, und zum an-

deren im Rahmen der konzertierten Aktion durch die Empfehlung einer maximalen Gesamtverfügung, die, wird sie effektiv, dazu führen muß, daß der einzelne Arzt über die absolute Höhe seines Einkommens nicht mehr die absolute Höhe seines Einkommens, sondern nur noch seine relative Einkommensposition gegenüber anderen Ärzten bestimmen kann. Beides ist grundsätzlich geeignet, die Ausgaben der Krankenkassen in Grenzen zu halten. Besorgnis besteht aber, daß bei einem geringeren Einkommensanstieg der Ärzte der Ruf nach Marktzugangsbeschränkungen laut wird, zumal wenn die Verschärfung der Wettbewerbslage für den einzelnen Arzt so sinnfällig wird wie im Falle der Plafonierung oder gar einer Quotierung auf die einzelnen Heilsparten. Dies könnte mit Blick auf die kommenden Jahre, in denen weiterhin mit einer deutlich steigenden Anzahl von jungen Ärzten zu rechnen ist, bedeutsam werden. Es muß zu den Prinzipien auch der Gesundheitspolitik gehören, allen Bestrebungen, den Berufszugang zu beschränken, entschieden entgegenzutreten.

496. Vieles spricht dafür, daß das gegenwärtig praktizierte System der Trennung von ambulanter und stationärer Behandlung zu mehr Kosten führt. Ein Wettbewerb zwischen niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern ist möglich und dürfte auch sinnvoll sein; heute ist er durch institutionelle Regelungen begrenzt. Zwar steht die Klinikambulanz für Notfälle zur Verfügung, durch die Rücküberweisung an niedergelassene Ärzte kommt es jedoch häufig zu doppelten Aufwendungen. Rationellere Organisationsformen sind auch im Bereich der niedergelassenen Ärzte nicht einfach zu verwirklichen; die Beschäftigung von Ärzten durch Ärzte ist auf Ausnahmefälle begrenzt, obwohl sie gerade in einer Zeit, in der viele junge Ärzte auf den Markt drängen, eine sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeit eröffnen könnte.

497. Da die Anbieterseite wohl auch künftig bei Mengenentscheidungen das Übergewicht behalten wird, sollte sie bei den Preisentscheidungen strategisch geschwächt werden. Eine prinzipielle Möglichkeit dazu besteht darin, die Stellung der Kassen beim Aushandeln von Preisen zu stärken. Wird die Position der Kassen bei der Festlegung von Preisen gestärkt, könnten diese auch eher in die Lage versetzt werden, über die Preise die Anzahl der Anbieter von Kassenleistungen zu steuern. Es wäre durchaus vorstellbar, daß eine kassenärztliche Versorgung dann nur von Ärzten angeboten wird, die die Preise der Krankenkassen akzeptieren; diejenigen, denen diese Preise zu niedrig sind, wären auf den Markt außerhalb der Kassen verwiesen.

498. Reformen auf der Angebotsseite müssen sich nicht notwendigerweise auf eine Anbietersparte beschränken. Hingewiesen wurde schon auf die Möglichkeit, Krankenhäuser und Krankenkassen auf regionaler Ebene organisatorisch zu verbinden; denkbar sind auch Organisationsformen, die die Anbieter von Heilmitteln und Hilfsmitteln hier zusätzlich einbinden. In Großstädten oder Ballungsräumen könnten die Kassen ein Gesundheitsange-

bot in eigener Verantwortung erstellen; so wie die Rentenversicherung heute schon Sanatorien und Rehabilitationszentren unterhält, könnten die Krankenkassen Krankenhäuser betreiben, Ärzte beschäftigen und Arzneimittel beschaffen. Die Einsparungen, die dabei erzielt werden können, sollten in Form von Beitragsermäßigungen an jene Versicherten weitergegeben werden, die ihre Gesundheitsversorgung diesem Angebot der Kassen anvertrauen.

499. Auf der Nachfrageseite geht es darum, den einzelnen Versicherten an eine Abwägung von Nutzen und Kosten zu interessieren. Die Tatsache, daß er selbst zunächst meist gar nicht weiß, was für ihn gut ist, und er es deshalb dem Arzt überlassen muß, daß dieser zu seinen Gunsten diagnostische und therapeutische Hilfsmittel nachfragt, läßt noch nicht den Schluß zu, der Patient könne überhaupt keinen Einfluß auf Art und Umfang der ihm verabreichten Leistungen nehmen. Die Regelung in der gesetzlichen Krankenversicherung, daß alle Leistungen nahezu kostenlos zu haben sind und die Finanzierung dann anonym über Zwangsbeiträge erfolgt, nimmt dem Patienten jeden Anreiz, sich nach einer möglichst kostengünstigen Behandlung umzutun; es besteht für ihn nicht einmal Anlaß, sich ein Bild von den Kosten der Behandlung oder der verschriebenen Medikamente zu verschaffen. Will man den Patienten an einer Abwägung von Nutzen und Kosten interessieren, muß man ihm deshalb wohl zunächst einmal ein Wissen darüber verschaffen, was die in Frage stehenden Gesundheitsleistungen kosten. Erst wenn die Versicherten wissen, für welche Leistungen und Kosten sie mit ihren Beiträgen aufzukommen haben, sind sie überhaupt zu einer derartigen Abwägung in der Lage. Ein erster kleiner und einfacher Reformschritt wäre deshalb, den Patienten in die Abrechnung der Gesundheitsleistungen zwischen Anbietern und Krankenkassen einzuschalten. Am einfachsten geschieht das, indem der Betroffene Rechnungen erhält, die er zur Begleichung an seine Krankenkasse weitergibt; anspruchsvoller wäre der Übergang zum Kostenerstattungsprinzip.

500. Über die Auswirkungen einer Selbstbeteiligung der Versicherten an den Kosten der Leistungserstellung gehen die Meinungen auseinander. Die einen sehen darin eine wichtige Möglichkeit, unnötige Kosten einzusparen; die anderen befürchten, es könne zu einer schlechteren medizinischen Versorgung der Bevölkerung kommen. Wenig bekannt ist freilich darüber, mit welchen Auswirkungen von Selbstbeteiligungsmodellen unter den Bedingungen in der Bundesrepublik zu rechnen ist. Erfahrungen in anderen Ländern lassen keine eindeutigen Schlüsse zu. Es wäre deshalb hilfreich,

hier zu experimentieren. Dies könnte etwa in der Weise geschehen, daß auch den gesetzlichen Krankenkassen freigestellt wird, Selbstbeteiligungstarife anzubieten, sei es zu ermäßigten Beitragssätzen, sei es dadurch, daß man zunächst beim einheitlichen Beitragssatz bleibt und Rückvergütungen gewährt. Der Versicherte könnte dann in eigener Verantwortung entscheiden, wieviel ihm ein Tarif ohne Selbstbeteiligung wert ist. Die Krankenkassen hätten in vielfältiger Weise Gelegenheit, diejenigen Formen der Selbstbeteiligung zu entwickeln, die den Wünschen der Versicherten am ehesten entsprechen.

501. Erweiterte Wahlmöglichkeiten könnten auch durch andere Reformschritte im Krankenkassenbereich erreicht werden. Die Orientierung der Versicherungspflicht an beruflichen Merkmalen — etwa Arbeiter oder Angestellte — dürfte überholt sein; man könnte sie zugunsten einer allgemeinen freien Kassenwahl aufheben. Bei der Beitragsgestaltung sollte wohl auch einer weitergehenden regionalen Differenzierung nichts im Wege stehen. Erweiterte Möglichkeiten, mit zusätzlichen Leistungen um Kassenmitglieder zu werben, würden den Wettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung erhöhen.

In den meisten Fällen erweiterter Wahlmöglichkeiten würden Versicherte mit niedrigem Einkommen wohl keine unzumutbaren finanziellen Risiken haben. Um eine zu weitgehende Differenzierung der Kassen nach guten und schlechten Risiken zu vermeiden, könnte man zum einen von den Versicherungen verlangen, daß sie jeden beitragswilligen Versicherungspflichtigen aufnehmen, zum andern über einen Rückversicherungspool jenen Versicherungen einen gewissen Ausgleich gewähren, die überdurchschnittlich viele schlechte Risiken zu tragen haben. Bereits heute gibt es einen ähnlichen Risikoausgleich im Rahmen des sogenannten Rentnerausgleichsverfahrens. Sollte man sich zu einem späteren Zeitpunkt für eine weitergehende wettbewerbliche Organisation im Gesundheitswesen entscheiden, müßten die Fragen des Ausgleichs unterschiedlicher Familienlasten und unterschiedlicher Einkommenshöhen neu überdacht werden.

502. Reformpolitik im Gesundheitswesen braucht einen langen Atem. Jede Änderung berührt viele Interessen; das schafft Widerstand. Große Reformentwürfe haben schon deshalb keine Chance. Möglich und nötig sind aber einzelne Reformschritte. Diese müssen ihre Richtung aus einer langfristigen Konzeption beziehen. Zu deren Kern sollte gehören, allen Beteiligten im Gesundheitswesen mehr Anreize zu bieten, aus eigenem Interesse das zu tun, was auch für alle günstig ist.

VIERTES KAPITEL

Steuerungsfehler im Marktprozeß

503. In einzelnen Bereichen der Volkswirtschaft haben sich Fehlentwicklungen derart verschärft, daß wirtschaftspolitische Entscheidungen unausweichlich geworden sind.

- In der Umweltpolitik muß der Staat umdenken, ob es nicht bessere, stärker marktwirtschaftliche Instrumente gibt, die es erlauben, die Ziele weiter zu stecken, ohne gesamtwirtschaftlich allzuviel an Produktion und Einkommen aufgeben zu müssen.
- In der Stahlindustrie steht eine Umstrukturierung bevor, mit der ein Kapazitätsabbau einhergehen muß; hier steht der Staat mit nennenswerten Geldbeträgen bereit, die betroffenen Unternehmen zu unterstützen.
- Die Kohleschutzpolitik, die mit mehr öffentlichem Geld und zahlreichen Eingriffen das Geschehen auf dem Kohlemarkt lenkt, ist in eine Sackgasse geraten; zu viel Kohle wird in zu vielen Zechen zu teuer gefördert; und billige Kohle kommt nicht ins Land.
- Sehr viel staatliches Geld fließt in unterschiedlichsten Formen in den Wohnungsbau. Die Wohnungsbaupolitik kann ihre Ziele auch billiger erreichen; vordringlich sind Änderungen von steuerlichen Regelungen für das selbstgenutzte Wohnungseigentum und eine Neuorientierung im sozialen Wohnungsbau.
- Neuerungsreifen Unternehmen stehen — insbesondere wenn es sich um junge Unternehmen handelt — vielfach Hindernisse bei der Beschaffung von Risikokapital entgegen. Große Beträge risikobereiten Kapitals fließen an diesen Unternehmen vorbei, wegen hoher Steuervorteile anderwärts oder wegen Mängeln bei der Vermittlung von Beteiligungskapital.
- Die gemeinsame Agrarpolitik, über die in Brüssel und nicht auf nationaler Ebene entschieden wird, muß endlich überdacht werden. Die Produktionsüberschüsse ufern immer mehr aus, und die Finanzmittel der Europäischen Gemeinschaft sind erschöpft; möglicherweise soll in Zukunft zu Lasten der nationalen Staatshaushalte noch mehr Geld zur Unterstützung der Landwirtschaft in Europa ausgegeben werden.

I. Umweltschutzpolitik: Mehr Ökonomie beim Schutz der Umwelt

504. Gestützt auf einen breiten politischen Konsens, steckt die Umweltschutzpolitik ihre Ziele immer weiter. Die Sorge, es werde trotzdem zu irreversiblen, das Leben der Menschen gefährdenden

Schädigungen kommen, ist indessen nicht geringer geworden. Die Forderungen, mehr zu tun, schneller zu handeln und rigoroser vorzugehen, haben sich gerade in der jüngsten Zeit verstärkt. Die hauptsächlich betroffenen Produktionsbereiche reagieren bisher eher defensiv. In der öffentlichen Diskussion ist der Eindruck entstanden, als ob zwischen Wirtschaft und Umweltschutz, zwischen Ökonomie und Ökologie ein unüberbrückbarer Gegensatz bestünde.

Tatsächlich sind gute Luft und sauberes Wasser im ökonomischen Sinne knappe Güter geworden und für ihre Nutzung ist daher ein Preis zu zahlen; so sehen dies wohl auch die meisten Bürger. Soweit die Produktionstätigkeit die natürliche Umwelt beansprucht, werden andere Nutzungen der Umwelt beeinträchtigt; die Kosten des Umweltverbrauchs bestehen im entgangenen Umweltnutzen. Kosten verursacht auch der Schutz der Umwelt. Diese Kosten bestehen im Konsumnutzen, auf den verzichtet werden muß, weil Produktionsfaktoren zur Vermeidung von Umweltschäden gebraucht werden. Ob der gesamtwirtschaftliche Nutzen einer bestimmten Umweltschutzmaßnahme deren gesamtwirtschaftliche Kosten übersteigt, hängt maßgeblich von Wertungen ab; eine objektive Entscheidung ist nicht möglich.

505. Vergleichbar sind hingegen, wenigstens im Prinzip, die gesamtwirtschaftlichen Kosten verschiedener Maßnahmen, die sich in gleicher Weise eignen, ein bestimmtes Umweltschutzziel zu erreichen. Hier gilt es, die der Gesamtwirtschaft entstehenden Kosten möglichst niedrig zu halten.

Dabei kommt es nicht allein darauf an, daß alle Verursacher veranlaßt werden, die Kosten der Schadensvermeidung zu minimieren. Neben den Vermeidungskosten sind auch die Kosten der Kontrolle zu berücksichtigen. Weiterhin erfordert eine Minimierung der gesamtwirtschaftlichen Kosten eine Verteilung der zulässigen Gesamtemission auf die Schadstoffquellen in der Weise, daß die Grenzkosten für Vermeidung und Kontrolle bei den einzelnen Schadstoffquellen sich einander nähern. Und langfristig kommt es darauf an, daß auch im Umweltschutz technische und organisatorische Fortschritte erzielt werden. Eine die Innovation stimulierende Umweltschutzpolitik verbreitert im übrigen auch die Produktpalette der Volkswirtschaft um Güter, die international nachgefragt werden. Kostensenkung und Fortschritte sind am ehesten zu erreichen, wenn mit wirtschaftlichen Anreizen operiert wird. Davon hat die Umweltschutzpolitik in der Bundesrepublik bislang nur wenig Gebrauch gemacht. Viele befürchten, die Umweltqualität leide Schaden, wenn der Kostenaspekt zu stark betont

wird. Das Gegenteil trifft zu: Gerade weil die Kosten des Umweltschutzes mit zunehmenden Anforderungen weiter steigen werden, wird es um so wichtiger, durch geeignete institutionelle Regelungen dem Umweltschutz kostengünstige Wege zu öffnen. Dann wird die Sorge auch geringer, daß der Umweltschutz die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung gefährdet. Es wird leichter, mehr Umweltschutz zu verwirklichen.

506. Umweltschutz kann auf verschiedene Weise betrieben werden:

- Bei der Einzelmengenregulierung werden Grenzwerte für die höchstzulässige Emission jeder einzelnen Schadstoffquelle festgesetzt.
- Bei der Mengenvariante der Marktlösung wird die höchstzulässige Emission nur im ganzen festgelegt, die Aufteilung der Emissionsrechte auf die einzelnen Schadstoffquellen aber dem Markt überlassen; es entsteht ein Preis für die Berechtigung, die Umwelt zu beanspruchen.
- Die Preisvariante der Marktlösung arbeitet mit Abgaben oder Steuern. Je Einheit des Schadstoffes oder des Schadstoffträgers, wird eine Abgabe erhoben, und es bleibt dem Zahler der Abgabe freigestellt zu entscheiden, in welchem Umfang er die Umwelt in Anspruch nimmt.

Die Einzelmengenregulierung hat für sich, daß mit ihr ein angestrebtes Niveau der Umweltqualität sicher erreicht werden kann. Sie hat jedoch den Nachteil, daß Unterschiede in den Vermeidungskosten bei den einzelnen Schadstoffquellen wirtschaftlich nicht genutzt werden können. Die Abgabenerhebung hingegen führt, wenn eine einheitliche Abgabe je Einheit Schadstoff oder Schadstoffträger erhoben wird, tendenziell zur Angleichung der zusätzlichen Vermeidungskosten der einzelnen Schadstoffquellen, läßt aber vielfach offen, in welchem Umfang die Umweltbelastung verringert wird. Die Mengenvariante und die Preisvariante der Marktlösung sind prinzipiell gleichwertig. Mit der Einzelmengenregulierung hat die Mengenvariante der Marktlösung den Vorzug gemeinsam, daß ein bestimmtes Emissionsniveau mit Sicherheit nicht überschritten wird. Als marktkonforme Lösung ist sie aber besser als die starre Auflagenregelung geeignet, in wichtigen Anwendungsbereichen den Wirkungsgrad des Umweltschutzes deutlich zu verbessern. Am Beispiel der Luftreinhaltepolitik soll dies gezeigt werden.

507. In der Bundesrepublik nimmt die Luftreinhaltepolitik anlagespezifische Emissionsbegrenzungen vor. Die Emissionsgrenzwerte sind nicht absolut starr; vielmehr haben die Genehmigungsbehörden bei deren Festsetzung den „Stand der Technik“ und die „wirtschaftliche Vertretbarkeit“ im Einzelfall zu berücksichtigen. Die ökologische Wirksamkeit von Auflagenregelungen, wie die der Verordnung über Großfeuerungsanlagen von 1983, hängt somit nicht zuletzt von der Genehmigungspraxis ab, und diese ist in den Bundesländern nicht einheitlich.

In der Regel wird die Genehmigung dann erteilt, wenn durch den Betrieb der Anlage die Immissionswerte im Einwirkungsbereich der Anlage nicht überschritten werden. Maximal werden so viele Genehmigungen für ein Gebiet erteilt, wie es der sogenannte Immissionsdeckel zuläßt. Nach diesem Konzept befassen sich die Genehmigungsbehörden mit jeder einzelnen Anlage. Für den Bestand an Altanlagen sind in der Verordnung über Großfeuerungsanlagen gestaffelte Emissionsgrenzwerte mit Übergangsfristen vorgegeben, die Anforderungen liegen dabei unter denen der Neuanlagen. Die gegenwärtige Regelung ist freilich nicht völlig starr. Durch die Novellierung der Technischen Anleitung-Luft in diesem Jahr wurde Betreibern von neuen oder wesentlich geänderten Anlagen die Möglichkeit eingeräumt, die Emissionswerte auch dadurch einzuhalten, daß sie die Immissionen ihrer Altanlagen verringern. Rechtlich umstritten ist noch, ob das Bundesimmissionsschutzgesetz eine Kompensationsmöglichkeit zwischen den Altanlagen selbst zuläßt.

508. Die derzeitige Luftgütwirtschaft weist schwerwiegende Mängel auf. Die einmal ausgesprochenen Genehmigungen erlauben es den Unternehmen, Schadstoffe bis zum höchstzulässigen Wert zu emittieren; auch dann, wenn eine stärkere Verringerung der Emissionen mit relativ niedrigen Kosten erreichbar ist. Neuen Unternehmen wird der Zugang in hochbelastete Regionen erschwert; auch dann, wenn sie die Umwelt vergleichsweise weniger belasteten als die ansässigen Betriebe. Das geltende Luftreinhalterecht kann so zu einer Bremse des regionalen Wachstums und des Wettbewerbs werden.

Die Genehmigung nach dem „Stand der Technik“ macht es zur Aufgabe staatlicher Instanzen, den Unternehmen gegenüber zu begründen, was sie diesen im Hinblick auf den Stand des technischen Wissens abverlangen können. Die Behörden haben außerdem über die wirtschaftliche Vertretbarkeit zu entscheiden. Das drängt die einzelnen Unternehmen in die Rolle, gegenüber den Genehmigungsbehörden wirtschaftliche Nachteile und die technischen Schwierigkeiten des geforderten Umweltschutzes nachzuweisen. Besser wäre es die Unternehmen daran zu interessieren, den Stand der Umweltschutztechnik ständig zu verbessern und so die Kosten des Umweltschutzes zu verringern. Das leistet nur eine marktwirtschaftliche Lösung des Umweltschutzes.

509. Ein Beispiel für marktkonforme Umweltschutzpolitik bietet die amerikanische Luftgütwirtschaft. Auch sie legt zunächst maximal zulässige Emissionsmengen für jede einzelne Anlage fest. Den Betreibern der Anlagen wird jedoch freigestellt, ihre Emissionsquellen auf freiwilliger Basis zu einer „Glocke“ zusammenzuschließen. Die für die Glocke insgesamt festgelegten Emissionsmengen dürfen nicht überschritten werden, doch bleibt es den Betreibern überlassen, welche Technologie sie anwenden und wie sie die Verteilung der Emissionsmenge auf die einzelnen Schadstoffquellen vornehmen. Da sich die Vermeidungskosten der einzelnen Anlagen stark unterscheiden, gibt es ei-

nen Anreiz, Nutzungsrechte zu handeln; für diese bildet sich ein Preis. Expandierende Unternehmen und Unternehmen, deren Luftreinhaltekosten den Marktpreis übersteigen, fragen Nutzungsrechte nach. Anbieter sind nicht nur schrumpfende oder ausscheidende Unternehmen, sondern auch solche, denen es bei dem Preis, den sie für das Nutzungsrecht erzielen können, rentabler erscheint, ihre Anlagen zu verbessern und die Luft weniger zu verschmutzen und das Recht auf Verschmutzung zu verkaufen. Die Ausrichtung der Entscheidungen am Marktpreis führt dazu, daß die Schadstoffverringering auf die Anlagen mit den niedrigsten Luftreinhaltekosten konzentriert wird. Weil Umweltnutzung einen Preis hat, lohnt es sich ferner, Anstrengungen zu unternehmen, die Vermeidungskosten durch technische Neuerungen zu senken. Der Anreiz, die Technologie der Schadstoffvermeidung zu verbessern, kann noch dadurch gesteigert werden, daß die insgesamt genehmigten Emissionsmengen für die Glocke nach einem mehrjährigen Plan verringert werden.

510. Das Glockenkonzept ist in vielen Varianten denkbar. Bisher scheint es jedoch nur für einzelne, genau definierte Schadstoffe angewandt werden zu können, nicht für eine Vielzahl von heterogenen Schadstoffen. Das Hauptproblem der Glockenpolitik ist in der räumlichen Abgrenzung zu sehen. Je weiter der Raum für eine Glocke abgegrenzt wird, um so größer sind die wirtschaftlichen Vorteile. Allerdings muß vermieden werden, daß die regionale Verlagerung von Schadstoffquellen innerhalb der abgegrenzten Umweltregion zu einer Konzentration der Immissionswerte führt.

Die amerikanischen Erfahrungen mit austauschbaren Nutzungsrechten reichen bis in das Jahr 1976 zurück. Die älteste Variante ist der „Offset“- oder Kompensationsansatz; er wurde eingeführt, um die wachstumshemmenden Wirkungen der bis dahin gültigen emissionsbegrenzenden Einzelvorschriften zu mildern. Der Kompensationsansatz erlaubt es, Neuanlagen auch in hochbelasteten Gebieten zu errichten, wenn die Emissionen aus anderen bestehenden Anlagen so stark reduziert werden, daß insgesamt eine Verbesserung der Umwelt eintritt. So konnte eine Barriere des regionalen Wachstums beseitigt und zugleich die Luftqualität verbessert werden. Die Glockenpolitik wurde im Jahre 1979 formell eingeführt, praktiziert wurde sie jedoch schon früher. Mit dem Emission Trading Policy Statement im Jahre 1982 wurden sogenannte Emissionsguthaben-Banken zugelassen. Diese „Banken“ dienen als Clearingstelle für anerkannte Emissionsverringering von einzelnen Verursachern.

511. Die Grundidee, Umweltschutz marktkonform zu betreiben, ist auch in Deutschland nicht neu. Die Wassergenossenschaften an der Ruhr haben schon vor vielen Jahren institutionelle Regelungen gefunden, die Nachteile einer Einzelmengenregulierung vermeiden. Bei diesen Wassergenossenschaften ist es nicht die Transferierbarkeit von Emissionsrechten oder Emissionsguthaben, die eine kostengünstige Entsorgung ermöglicht, sondern eine geeig-

nete Aufschlüsselung der Beseitigungskosten zwischen den Mitgliedern, also eine Spielart der Preisvariante der Marktlösung.

512. Eine marktkonforme Preislösung für den Umweltschutz ist die Abgabe je Mengeneinheit des Schadstoffes oder des Schadstoffträgers. Diese Abgabe für Umweltnutzung wird die Verursacher veranlassen, Anpassungsmaßnahmen vorzunehmen. Sie werden alle rentabel erscheinenden Möglichkeiten nutzen, die Abgabenlast zu vermeiden, ihre Investitionspläne ändern, Verfahrenswechsel vornehmen, die Produktion drosseln, notfalls auch den Betrieb dorthin verlagern, wo keine oder nur eine geringe Abgabe erhoben wird. Der Anpassungszwang der Unternehmen kann auch gering ausfallen, wenn es ihnen weitgehend gelingt, die Kosten der Abgabe im Preis auf ihre Abnehmer zu überwälzen. Doch wäre dies nur Ausdruck dafür, daß den Gütern, die sie produzieren, ein sehr hoher Wert beigegeben wird, ein höherer als einer weiteren Verbesserung der Umweltqualität.

In der Bundesrepublik ist mit der Abwasserabgabe ein Schritt auf eine allgemeine marktkonforme Regelung der Abwassereinleitung hin getan worden. Die Abwasserabgabe ist freilich nur eine Ergänzung zu den im Wasserhaushaltsgesetz festgelegten Mindestanforderungen. Werden von einem Einleiter die Anforderungen der Einleitungsgenehmigung erfüllt, so wird der Abgabensatz auf die Restverschmutzung zur Hälfte reduziert. Man könnte daran denken, die Anforderungen nach dem Wasserhaushaltsgesetz zu lockern, dafür aber die Abgabensätze zu erhöhen; so ließe sich dieselbe Entlastung des Wasserhaushaltes mit niedrigeren Gesamtkosten erzielen. Keinesfalls aber sollte dem entgegengerichteten Vorschlag gefolgt werden, der die völlige Abgabefreiheit für den Fall vorsieht, daß ein Einleiter die gesetzlich fixierten Mindestnormen einhält. Der Anreiz, mehr zugunsten des Umweltschutzes zu tun, wäre dann aufgehoben.

Das gravierendste Problem bei der Einführung einer Abgabe ist das des Vertrauensschutzes. Die Rentabilität der früher getätigten Investitionen wird durch die Abgabe gemindert. Manche Investitionen hätte man, wenn bekannt gewesen wäre, daß später eine Umweltschutzabgabe erhoben wird, möglicherweise unterlassen; andere wären in veränderter Form durchgeführt worden. Deshalb sollte die Einführung einer Abgabe frühzeitig bekanntgegeben werden.

513. Das Hauptproblem der Abgabelösung ist die Fixierung des Abgabensatzes. Es kommt nicht darauf an, mit der Abgabe dem Staat Mittel zu verschaffen, sondern ein marktwirtschaftliches Steuerungsinstrument einzusetzen, das zu einem wirtschaftlichen Umgang mit dem knappen Gut Umwelt anhält. Im Idealfall ist die Abgabe gerade so hoch, daß alle Verursacher so viele Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt ergreifen, daß der gewünschte Entlastungseffekt erreicht wird. Das was die Verursacher dann an Abgaben zu zahlen haben, könnte im Vergleich zu einer Lösung mit niedrige-

ren Abgabesätzen wenig sein; dafür tragen sie hohe Vermeidungskosten. Die Vermeidungskosten der zahlreichen Verursacher sind weitgehend unbekannt. Es läßt sich daher nicht im voraus berechnen, wie diese auf bestimmte Abgabesätze mit Investitionen und Betriebsumstellungen reagieren werden. Hinzu kommt, daß die Abgabesätze immer wieder an die allgemeinen Preissteigerungen und an die veränderten Umweltbedingungen angepaßt werden müßten.

514. Die Umweltschutzpolitik in der Bundesrepublik sollte mehr als bisher wirtschaftliche Anreize in den Dienst ihrer Ziele stellen. Innovationen sind nicht allein auf dem Gebiet der Vermeidungstechnologie gefragt, sondern auch hinsichtlich des institutionellen Rahmens des Umweltschutzes. Wenn es sich für alle lohnt, mit knappen Umweltgütern wirtschaftlich umzugehen, wird es der Umweltschutzpolitik leichter fallen, ehrgeizige Ziele zu verwirklichen.

II. Stahlindustrie: Subventionswettlauf beenden

515. Auch in diesem Jahr kam der Abbau der Stahlerzeugungskapazität nur wenig voran. Die Rohstahlerzeugung in der Bundesrepublik, 1974 mit 53 Mio Tonnen auf ihrem Höchststand, beläuft sich 1983 wie 1982 auf nur noch 36 Mio Tonnen. Die Auslastung der betriebsbereiten Kapazität fiel von 88 vH im Jahre 1974 auf 54 vH. Die seit Jahren anhaltend hohen Verluste haben das Eigenkapital der Unternehmen teilweise aufgezehrt und deren Möglichkeiten, Fremdkapital aufzunehmen, sehr stark eingeschränkt. Ihre Fähigkeit, den zu lange durchgehaltenen Ballast nicht rentabel nutzbarer Kapazitäten abzuwerfen, zugleich die verbleibenden zu modernisieren und neu zu strukturieren, hat sich drastisch verschlechtert. Auch Stilllegungen sind teuer. Sie erfordern einen großen Mitteleinsatz für Abfindungen und Sozialpläne. Die Stahlkrise hat freilich nicht allen Unternehmen in gleicher Weise zugesetzt. Unternehmen mit Sonderfertigungen gerieten bisher nicht in ihren Strudel.

516. Die Rohstahlkapazität in der Bundesrepublik nahm bis 1978 noch zu. Seitdem ist sie zwar verringert worden, aber viel zu wenig, um Nachfrage und Produktion in ein neues dauerhaftes Gleichgewicht zu bringen. Denn der Rückgang des spezifischen Stahlverbrauchs je Einheit des Sozialprodukts wird sich, wie in allen reifen Industriewirtschaften, fortsetzen, und die wachsende Stahlerzeugung in den Entwicklungsländern wird die Chancen für rentable Exporte nach Übersee weiter verschlechtern. Unter diesen Bedingungen wird eine Erholung der Konjunktur, selbst wenn sie kräftig ausfallen und lange dauern sollte, die Nachfrage nach Stahl nicht so sehr steigern können, daß diese in die vorhandene Kapazität hineinwüchse.

517. Welche Mengen Stahl künftig in der Bundesrepublik rentabel produziert werden können, läßt

sich nicht verlässlich angeben. Nach den Vorgaben der EG-Kommission sollen bis 1985 Überkapazitäten in einer Größenordnung von sechs Millionen Jahrestonnen stillgelegt werden. Orientierungsgröße ist hier offensichtlich der Inlandsverbrauch. Dieser kann freilich nicht der Maßstab sein. Die Gemeinschaft sollte und kann keine „Selbstversorgung“ bei Stahl anstreben; sie muß, wenn kostenüberlegene Konkurrenz aus Drittländern vordrängt, auch den Verlust von Marktanteilen akzeptieren.

518. Die Stahlkrise ist von anderer Art als die Kohlekrise. Die Absatzprobleme des deutschen Steinkohlebergbaus wurzeln in den ungünstigen geologischen Bedingungen. Daran läßt sich nichts ändern. Die Ursachen der Stahlkrise hingegen sind korrigierbar, wenigstens bis zu einem gewissen Grad. Die Unternehmen in der europäischen Stahlindustrie genießen Standortvorteile wegen ihrer Nähe zu den großen Stahlverarbeitern, sie können ihre Produktion auf deren vielfältige Qualitätswünsche einstellen und dabei ihr technisches Wissen und Können nutzen. Diese Vorteile sind freilich zum Teil durch den aggressiven Preiswettbewerb der Anbieter aus Drittländern geschmälert worden.

Die Unternehmen hatten das Wachstum der Stahlnachfrage weit überschätzt, den Umfang der Stahlinvestitionen in den Drittländern hingegen ebenso unterschätzt wie die Fähigkeit dieser Länder, zu niedrigen Preisen auf dem Weltmarkt anbieten zu können. Mitte der siebziger Jahre wurde in zunehmendem Maße deutlich, daß die vergrößerte Stahlkapazität nicht rentabel genutzt werden kann. Der erforderliche Abbau unterblieb aber.

Die Wege zur Überwindung der Misere sind somit klar vorgezeichnet. Nur wenn die Überkapazität abgebaut wird, hat die Stahlindustrie in Europa eine Chance zu gesunden. Die Schrumpfung muß aber schnell erfolgen, um die Auszehrung der Unternehmen zu stoppen. Und sie muß mit Verbesserungen im Produktprogramm und in der Produktionsstruktur einhergehen, die auf die Wettbewerbsbedingungen an einem von leistungsstarken Anbietern aus Drittländern umworbene europäischen Stahlmarkt ausgerichtet sind.

519. Daß es zu einer so hartnäckigen Krise kommen konnte, ist nicht einem Marktversagen, sondern einem Versagen der Wirtschaftspolitik zuzuschreiben. Die Wirtschaftspolitik ließ der Anpassung durch Wettbewerb von Anfang an keine Chance. Der Stahlmarkt in der Gemeinschaft war nie ein völlig freier Markt. Er wurde seit den frühen sechziger Jahren mit einem immer dichter gewobenen Netz von Regulierungen und Reglementierungen überzogen, um den Wettbewerbsdruck zu mindern, zunächst von der Hohen Behörde für Kohle und Stahl, später von der Kommission der Gemeinschaft. Außerdem haben die nationalen Regierungen eigene Maßnahmen ergriffen. Die staatlichen Beihilfen an Stahlunternehmen nahmen in den siebziger Jahren, insbesondere nach Ausbruch der Krise im Jahre 1975 lawinenartig zu.

520. Als die Stahlnachfrage Mitte der siebziger Jahre drastisch zurückging, der Wettbewerb sich verschärfte und die Anbieter unter Anpassungsdruck setzten, schlossen sich die Stahlproduzenten im Stahlkartell Eurofer zusammen; die Kommission regte dies zum Teil sogar an und gewährte Außenschutz, ohne Opposition der Bundesregierung. Durch freiwillige Produktionseinschränkungen sollten die Unternehmen den Anpassungsdruck mildern. Das Abkommen erwies sich jedoch nur so lange als wirksam, wie die Nachfrage nach Stahl nicht erneut sank. Ende 1979 kam es zu einem Absatzeinbruch; Eurofer fiel auseinander. Seit Oktober 1980 wendet die Kommission der Europäischen Gemeinschaften deshalb die Quotenregelung nach Artikel 58 EGKS-Vertrag an (Fall der Krise durch Überproduktion). Das neu formierte Kartell Eurofer II, später Eurofer III, stimmte dabei die Interessen der Stahlproduzenten untereinander und mit der Quotenpolitik der Kommission begleitend ab. Soweit öffentlich bekannt, umfassen die Vereinbarungen im privaten Kartell auch Liefermengen der einzelnen Unternehmen für bestimmte Erzeugnisse in einzelne Länder; die EG-Kommission kann nur die Produktion, nicht aber die Lieferungen begrenzen. Die Drittländereinfuhr wurde durch bilaterale Abkommen de facto kontingentiert und mehrfach gekürzt. Dies alles, die Mengensteuerung von Erzeugung, Absatz und Einfuhr, sowie die Setzung von Mindestpreisen, Garantiepreisen und Einfuhrgrundpreisen, schwächte den Wettbewerb, verhinderte so die notwendige Kapazitätsanpassung und führte zu einem starken Auf und Ab der Preise, je nachdem, ob sich die Firmen an die Absprachen hielten oder nicht.

521. Verfälscht wurde und wird der Wettbewerb vor allem durch eine ausufernde Subventionspraxis. Der erste große Schub an Beihilfen setzte direkt nach Ausbruch der Krise, Mitte der siebziger Jahre, ein. Die von den Regierungen der anderen EG-Länder in verschiedenen Formen und für verschiedene Zwecke gewährten Hilfen an Stahlunternehmen werden für den Zeitraum 1975 bis 1980 von der deutschen Stahlindustrie auf über 27 Mrd DM geschätzt; in der Bundesrepublik spielten spezifische Stahlsubventionen dagegen in dieser Zeit so gut wie keine Rolle. Die Subventionspraxis der anderen Länder verstieß, weniger der rechtlichen Form als dem ökonomischen Inhalt nach, gegen das allgemeine Subventionsverbot des Artikel 4c EGKS-Vertrag. Mit dem auf Drängen der Bundesregierung zustande gekommenen Erlaß eines Subventionskodex sollte deshalb die Kommission die Beihilfen unter Kontrolle bekommen. Tatsächlich aber kam es zu einem zweiten Schub an Subventionen. Mit 49 Mrd DM überstiegen die zum 30. September 1982 notifizierten Beihilfen der EG-Länder (ohne Bundesrepublik) aus den Jahren 1980 bis 1982 die hohen schon zuvor gewährten Subventionen noch einmal bei weitem. In einem dritten Schub, von September 1982 bis Juni 1983, schnellten die notifizierten Staatshilfen für die Stahlindustrie in den anderen EG-Ländern um weitere 20 Mrd DM hoch. Die von der Kommission — teilweise noch unter Vorbehalt — genehmigten Beihilfen für den Zeitraum von

1980 bis 1985 belaufen sich somit auf 69 Mrd DM. Das Volumen der von 1975 bis 1985 gezahlten oder genehmigten Beihilfen reicht an 100 Mrd DM heran.

522. In der Bundesrepublik wurden von Mitte 1975 bis Mitte 1983 der Stahlindustrie sektorspezifische Beihilfen in Höhe von 3 Mrd DM gewährt. Größere Posten waren eine Investitionszulage Eisen und Stahl (825 Mio DM), Mittel für die Stahlforschung (600 Mio DM) sowie Hilfen für die saarländische Stahlindustrie. Inzwischen hat die Bundesregierung weitere Hilfen in Aussicht gestellt. Im Gespräch ist ein Betrag von 3 Mrd DM; die bei der EG-Kommission notifizierten und von ihr genehmigten Beträge, insgesamt 10,2 Mrd DM für den Zeitraum von 1980 bis 1985, sind aber deutlich höher.

Über die Gewährung eines Teils der zum 29. Juni 1983 notifizierten Beihilfen haben die Regierungen der EG-Länder erst noch zu entscheiden; für die Bundesrepublik ist das der größere Teil. Bezieht man gleichwohl den jährlichen Durchschnittsbetrag des für 1980 bis 1985 unter Auflagen genehmigten Beihilferahmens auf die Walzstahlproduktion des Jahres 1982, so beträgt dieser Rahmen für die anderen großen Stahlländer der Europäischen Gemeinschaft 205 DM bis 265 DM je Tonne und für die Bundesrepublik 61 DM je Tonne. Noch größer ist die Streuung der spezifischen Subventionen zwischen einzelnen Unternehmen.

Die Genehmigung der Beihilfen ist an die Gegenleistung der Unternehmen gebunden, quantitativ zu bestimmende Stilllegungen vorzunehmen. Die von der Kommission geforderten Netto-Stilllegungen machen für die Gemeinschaft (ohne Griechenland und Irland) 27 Mio Tonnen Jahreskapazität aus, für die Bundesrepublik 6 Mio Tonnen. Die Stilllegungen müssen bis zum 31. Dezember 1985 erfolgt sein. Zu den Auflagen, die nach der Entscheidung der Kommission vom 29. Juni 1983 zu erfüllen sind, gehört die Feststellung der Kommission, daß das begünstigte Unternehmen Ende 1985 die „Rentabilität erreichen kann“ und daß es seinen Verpflichtungen hinsichtlich der Vorschriften des EGKS-Vertrages nachkommt, insbesondere seinen Verpflichtungen aus der Regelung der Erzeugungsquoten. Beihilfen für Investitionen dürfen von den Regierungen nur gewährt werden, wenn die Kommission eine „günstige Stellungnahme über das Vorhaben“ abgegeben hat.

523. Die Frage ist, wie es weitergehen kann. Die Situation ist inzwischen so verfahren, daß kaum eine ökonomisch sinnvolle Lösung vorstellbar ist, die eine Realisierungschance hätte. Richtig an dem bisherigen Konzept ist, daß man die Aufgaben nur schrittweise angehen kann, aber unter strikter Einhaltung einer Frist. Richtig ist wohl auch die Richtung, in der die Lösungen gesucht werden. Aber es ist zu befürchten, daß die jetzt gefundenen Regelungen nur halbherzig umgesetzt werden. Die Auflagen der Kommission sind dehnbar, und sie hindern vermutlich keine Regierung, die eigene Stahlindustrie zu stützen, wenn das Votum der Kommission nega-

tiv ausfallen sollte. Es ist zu befürchten, daß die Probleme auch Ende 1985 nicht vom Tisch sind.

Es ist deshalb notwendig, an die vier Grundsätze zu erinnern, von denen sich eine erfolgversprechende Strategie leiten lassen muß.

- Der allgemeine Subventionswettlauf muß beendet werden. Die Bundesregierung sollte sich in den europäischen Gremien mit größtem Nachdruck darum bemühen. In einem ersten Schritt müßte dafür gesorgt werden, daß die bei der EG-Kommission notifizierten nationalen Beihilfen nicht in vollem Umfang effektiv werden. In einem zweiten Schritt müßte — nach dem Vorbild der GATT-Runden — ein allmählicher Subventionsabbau erreicht werden.
- Die Kosten in der Stahlerzeugung müssen deutlich gesenkt werden. Die Stahlunternehmen müssen wieder Gewinne machen, also ohne staatliche Subventionen auskommen können, und wieder Eigenkapital anziehen. Maßstab kann dabei freilich nicht das hohe innerschäftliche Preisniveau sein; Maßstab müssen die Preise sein, die auf Drittmarkten erzielt werden können.
- Die hohen Überkapazitäten müssen stillgelegt werden; das ist nicht ohne einen kräftigen Personalabbau zu schaffen.
- Der Außenschutz, der den europäischen Stahlmarkt vom Weltmarkt abschirmt, muß schrittweise beseitigt werden. Das ist auch notwendig, um herauszufinden, wie weit der Kapazitätsabbau gehen muß.

Wichtig ist, daß alle vier Grundsätze gleichzeitig verfolgt werden, daß also Subventionsabbau, Umstrukturierung, Kapazitätsstilllegung und Marktöffnung Hand in Hand gehen.

524. Nachdem die Chance, die notwendige Anpassung durch Wettbewerbsdruck über das Ausscheiden von Grenzproduzenten in Gang zu setzen, nicht genutzt worden war, muß die Lösung bis 1985 wohl nunmehr in dem Ordnungsrahmen gefunden werden, den der EGKS-Vertrag für den Fall der „offensichtlichen Krise“ vorsieht. Die marktwirtschaftliche Alternative der Krisenbereinigung ist zwar nicht völlig verbaut, zumal das Regulierungssystem des Artikels 58 EGKS-Vertrag im Juli 1983 nur um sechs Monate verlängert wurde. Die Bundesregierung hat indes einer bis 1985 geltenden Verlängerung zugestimmt. Außerdem haben sich mittlerweile Anpassungsprobleme in solchem Umfang aufgestaut, daß eine marktwirtschaftliche Lösung sehr hart zupacken müßte. Es wäre nicht einmal sicher, daß dabei ein Ergebnis herauskäme, das auch nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vertretbar wäre, von den sozialen Härten ganz abgesehen. Denn wer von den unterschiedlich hoch subventionierten Stahlunternehmen dabei überleben könnte, ist völlig ungewiß.

525. Die Hauptverantwortung für die Lösung der Anpassungsaufgabe ist mit der Erklärung der Krise

zwar auf die Kommission der Europäischen Gemeinschaften übergegangen. Sie hat nach Artikel 58 des EGKS-Vertrages ein System der Erzeugungsquoten eingeführt und hat sowohl Mindestpreise festgesetzt (Artikel 61) als auch die Importe aus Drittländern begrenzt (Artikel 74). Diese Möglichkeiten der administrativen Steuerung können von der Kommission freilich nur im Einvernehmen mit den Regierungen genutzt werden, so daß der Bundesregierung beträchtlicher Einfluß verbleibt. Sie sollte diesen Einfluß künftig stärker zur Geltung bringen.

526. Die von der Bundesregierung in Aussicht gestellten zusätzlichen Beihilfen in Höhe von 3 Mrd DM werden davon abhängig gemacht, daß die Stahlunternehmen ein Konzept für eine Neuordnung der Unternehmensstruktur vorlegen. Es sollen Unternehmenseinheiten geschaffen werden, die größere Anpassungsfähigkeit mit bedeutenden Kostenvorteilen verbinden.

Als große Lösung der Unternehmensneuordnung sind das sogenannte Ruhrstahl-Modell und das Modell der Stahlmoderatoren vorgeschlagen worden. Kein Modell hat die Zustimmung aller Beteiligten gefunden, weder die der Stahlunternehmen noch die der betroffenen Bundesländer. Auf Unternehmensebene kam es bisher zu einigen kleineren Zusammenschlüssen oder zu Kooperation.

Das Modell einer „horizontalen Konzentration“, das die Zusammenfassung von großen Teilen der Stahlindustrie in einer oder zwei Auffanggesellschaften vorsieht, ist problematisch. Es ähnelt sehr dem Modell, nach dem man Ende der sechziger Jahre die Neuordnung des Steinkohlebergbaus betrieb, die in der Schaffung der Ruhr-Kohle-AG mündete. Die Sorgen sind berechtigt, daß hier aus der Konzentration von strukturschwachen Unternehmen und Unternehmensteilen ein neuer Subventionsgroßempfänger entsteht. Überdies kann und soll der Staat die Neuordnung der Stahlindustrie nicht selbst in die Hand nehmen. Er kann und soll auch die unternehmerische Haftung für die Folgen eines solchen Schritts nicht übernehmen. Er ist erfahrungsgemäß aus politischen Gründen nicht in der Lage, die Anpassungslasten zuzuweisen, die unumgänglich sind und auch anderwärts von den Unternehmen und Arbeitnehmern getragen werden müssen.

527. Der allgemeine Subventionsabbau ist sicherlich die schwierigste der genannten Aufgaben, aber auch die wichtigste. Die Folgen des bisherigen Subventionswettlaufs sind bereits unübersehbar. Stahlunternehmen, die nicht in den Genuß von Beihilfen gelangen, laufen Gefahr, am Markt gegen die hoch subventionierte Konkurrenz zu unterliegen. Hemmungslose Subventionierung von Stahlproduzenten im Ausland kann auch durch eine bessere Technik, einen geringeren Personalbestand oder ein besseres Management bei den inländischen Stahlproduzenten auf Dauer nicht ausgeglichen werden. Angesichts des weiten Subventionsrahmens, den die Kommission mit ihren Entscheidungen vom 29. Juni 1983 geschaffen hat, ist es für große Teile der deutschen Stahlindustrie eine Überlebensfrage,

daß dieser Subventionsrahmen so wenig wie möglich genutzt wird. Die Kommission muß gedrängt werden, bei der Einzelgenehmigung noch zu gewählender nationaler Beihilfen äußerst restriktiv zu verfahren. Für eine Lösung der Stahlkrise gibt es keine Alternative zu einer Beendigung des Subventionswettlaufs. Alles andere ist ein Krisenmanagement.

Wie dornenreich hier im einzelnen der Weg sein kann, mag man daran ermesen, daß die Bundesregierung inzwischen beim Europäischen Gerichtshof wegen der Genehmigungspraxis der Kommission Klage erhoben hat.

528. Die Bundesregierung muß freilich auch selbst Standfestigkeit zeigen, wenn es um Subventionsforderungen der heimischen Wirtschaft geht. Die von ihr in Aussicht gestellten Subventionen in Höhe von 3 Mrd DM werden von Unternehmen der Stahlindustrie als völlig unzureichend beurteilt. Es wird gefordert, die Beihilfen aufzustocken, um die Anpassungslast der Stahlunternehmen und ihrer Belegschaften zu verringern.

Die Bundesregierung sollte auch weiterhin auf ihrer Forderung bestehen, daß Stahlunternehmen überhaupt nur dann mit einer Beihilfe rechnen können, wenn sie Maßnahmen zu einer nachhaltigen Senkung der Produktionskosten ergreifen. Die Erhaltung aller Stahlstandorte kann nicht die Ausrichtung der Beihilfegewährung bestimmen.

529. In den Entscheidungen der Kommission vom 29. Juni 1983 wird die Gewährung von nationalen Beihilfen an die Unternehmen an die Bedingung geknüpft, daß die Kommission eine positive Stellungnahme zu dem Vorhaben abgibt. Dabei obliegt es — wie erwähnt — der Kommission festzustellen, ob das begünstigte Unternehmen Ende 1985 die Rentabilität erreichen kann. Hier bieten sich möglicherweise Ansatzpunkte für eine sinnvolle Begrenzung der Subventionsgewährung, vorausgesetzt, es werden bei der Überprüfung strenge Maßstäbe angelegt. Es wäre deshalb erwünscht, wenn die Kommission die von ihr getroffenen Einzelfallentscheidungen mit ausführlicher Begründung öffentlich bekanntgibt. Transparenz erleichtert die Kontrolle.

530. Die Anpassung der Unternehmen würde entscheidend erleichtert werden, wenn die Arbeitnehmer in dieser kritischen Phase, in der es bei manchen Unternehmen um das Überleben geht, ihren Beitrag leisten.

Die Arbeitsleistung in den Krisenbranchen wird, solange die Bereinigung noch nicht durchgesetzt ist, auf dem Markt viel niedriger bewertet als in den anderen Wirtschaftsbereichen. Werden trotzdem gleich hohe Lohnsteigerungsraten vereinbart und durchgesetzt wie in den Wachstumsbranchen, so ist unausbleiblich, daß zusätzliche Arbeitsplätze gefährdet werden.

Bei größeren Beiträgen brauchte der Einkommensverzicht nicht notwendigerweise ein endgültiger zu sein. Das Unternehmen und seine Arbeitnehmer

könnten vereinbaren, daß das Unternehmen nicht bevorrechtigte Genußscheine in der Höhe des Einkommensverzichts ausgibt, die später, wenn wieder Gewinne erzielt werden, einzulösen wären.

Zurückhaltung ist auch bei den Abfindungen aus Sozialplänen angebracht. Der Mittelentzug durch diese Leistungen für ausscheidende Mitarbeiter darf nicht die verbleibenden Arbeitsplätze gefährden. Das ergibt sich auch aus dem Arbeitsförderungs-gesetz.

531. Der Abbau von Überkapazitäten, obwohl im Grundsatz nicht strittig, gestaltet sich außerordentlich schwierig; folgt man dabei wirtschaftlichen Gesichtspunkten, werden die einzelnen Länder sehr unterschiedlich davon betroffen sein. Der Sachverständigenrat hat in seinem Jahresgutachten 1982 eine Quotenregelung angeregt, die ein Schrumpfen der Stahlkapazität nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erleichtern sollte (JG 82 Ziffern 278 ff.). Mit der Entscheidung der Kommission vom 28. Juli 1983 über die Verlängerung des Systems der Erzeugungsquoten sind sowohl der Tausch und der Verkauf von Quoten zwischen Unternehmen als auch die Übertragung der Quoten von stillgelegten Unternehmenseinheiten auf andere Unternehmen grundsätzlich möglich beziehungsweise genehmigungsfähig. Durch eine liberale Handhabung des Quotenaustauschs und des Quotenverkaufs könnte die Starrheit des Quotensystems wesentlich abgemildert werden. Sorge bereitet allerdings, daß die Kommission Sonderregelungen für die Gewährung zusätzlicher Erzeugungsquoten vorgesehen hat. Das für alle Stahlunternehmen der Gemeinschaft einheitliche Verfahren der Quotenbestimmung würde, wenn solche Sonderregelungen verbreitet Anwendung fänden, durchlöchert werden. Der Abbau der Überkapazität würde dann länger dauern. Überdies würde der Quotenhandel keine verlässliche Grundlage haben.

532. Das derzeitig praktizierte System befriedigt insofern nicht, als es die Quoten im wesentlichen nach den bisherigen Marktanteilen zuweist und den Entwicklungschancen der einzelnen Unternehmen überhaupt nicht Rechnung trägt. Das System erlaubt es auch Unternehmen, die keine dauerhaften Marktchancen haben, durch hohe Subventionen ihre Marktanteile zu erhalten.

Eine sinnvolle Modifikation könnte darin bestehen, daß die Produktions- und Lieferquoten degressiv zum Subventionsgrad gestaffelt werden. Unternehmen, die keine Subventionen benötigen oder erhalten, bekämen dann einen vergleichsweise großen Marktanteil zugewiesen oder brauchten überhaupt keine Beschränkungen hinzunehmen, Unternehmen mit einem hohen Subventionsbedarf müßten mit vergleichsweise niedrigen Quoten vorlieb nehmen. Die Unternehmen könnten zwischen höheren Quoten und höheren Subventionen wählen. Sie könnten dann auch Subventionen zum Kauf von Quoten aufwenden; das würde die Anreize, ja den Zwang zu wirtschaftlichem Verhalten verstärken.

533. Die derzeitige Stahlpolitik der Gemeinschaft trägt stark protektionistische Züge. Sie sucht die Lösungen innerhalb eines nach außen abgeschotteten Stahlmarkts. Ziel muß aber sein, auch Stahlproduzenten aus Drittländern wieder freien Zutritt zu verschaffen. Solange die Grenzen nicht wieder offen sind, sollten zumindest Produzenten aus Drittländern vom Quotenhandel nicht ausgeschlossen sein, damit das System von bilateralen Regelungen, das auf eine Kontingentierung der Stahleinfuhr hinausläuft, aufgelockert wird.

534. Im November 1983 hat die EG-Kommission angekündigt, daß sie das Krisenmanagement ab 1. Dezember 1983 verschärfen werde. Die Kommission beabsichtigt, die Orientierungspreise für Stahlgrundprodukte in obligatorische Mindestpreise umzuwandeln und eine Kautions von 100 DM je verkaufter Tonne einzuführen, die von den Unternehmen bei den Behörden der Mitgliedstaaten zu hinterlegen ist. Hält ein Stahlunternehmen sich nicht an den Mindestpreis oder überschreitet es seine Produktionsquote, so verfällt die Kautions ganz oder teilweise. Mit Hilfe von Warenbegleitscheinen sollen die Drittländereinfuhren und der Stahlhandel innerhalb der Gemeinschaft schärfer kontrolliert werden.

Die geplante Verschärfung des Stahl dirigismus betrifft nur die Symptome.

III. Kohlepolitik:

Gleiche Sicherheit bei geringeren Kosten

535. Erneut zugespitzt hat sich die Krise des deutschen Steinkohlebergbaus. Der Absatz ist seit 1979 um ein Fünftel gesunken. Die Bergbauunternehmen paßten die Förderung nicht dem rückläufigen Absatz an, sondern steigerten sie noch bis 1982. Infolgedessen verdreifachten sich ihre Lagerbestände; Mitte 1983 erreichten sie mit 25 Mio Tonnen ihren höchsten Stand. Die Lagerbestände der Elektrizitätswerke haben sich in den letzten Jahren auf 12 Mio Tonnen verdoppelt. Der Zuwachs beim Stromverbrauch reichte nicht aus, um die Steinkohlemenge zu verstromen, zu deren Abnahme die Unternehmen der Elektrizitätsversorgung sich im sogenannten Jahrhundertvertrag gegenüber dem Steinkohlebergbau verpflichtet hatten. Nimmt man die Lagerbestände der sonstigen Kohleverbraucher und die nationale Kohlereserve (10 Mio Tonnen) noch hinzu, so dürfte insgesamt beträchtlich mehr als eine halbe Jahresförderung auf Lager liegen.

Eine konjunkturelle Wiederbelebung wird allein nicht genügen, um den Absatz wieder an eine Förderung wie im Jahre 1982 heranzuführen. Der Einbruch beim Absatz an die deutsche und europäische Stahlindustrie, etwa 10 Mio Tonnen, muß größtenteils als definitiv angesehen werden. Auch im sonstigen Kohleexport wird der Bergbau die Absatzeinbuße, die etwa 9 Mio Tonnen ausmacht, nicht wieder wettmachen können, jedenfalls nicht bei kostendeckenden Preisen. Kaum günstiger dürfte es

um die Absatzrückgänge in den anderen Bereichen bestellt sein. Nur bei Kraftwerkskohle ist ein steigender Verbrauch vorgezeichnet. Die Elektrizitätswerke haben sich im Jahrhundertvertrag verpflichtet, Jahr für Jahr eine Million Tonnen Kohle zusätzlich zu verstromen. Dies gleicht auf mittlere Sicht allenfalls die Hälfte der als nachhaltig zu beurteilenden Absatzeinbußen aus.

536. Die Lage im Steinkohlebergbau und damit zusammenhängende energiepolitische Fragen bildeten den Gegenstand der letzten Kohlerunde beim Bundesminister für Wirtschaft am 10. Oktober 1983. In diesem inoffiziellen Gesprächskreis, an dem auch Vertreter des Steinkohlebergbaus (Unternehmen und Gewerkschaft), freilich nicht Vertreter der Kohleverbraucher teilnahmen, bestand darüber Einigkeit, daß die mit dem nachhaltigen Förderüberhang von 10 Mio Tonnen verbundene hohe Kostenlast „im Interesse der langfristigen Bedeutung der deutschen Steinkohle beseitigt werden muß“. Stilligungsmaßnahmen und punktueller Kapazitätsabbau müßten in geordneter Weise durchgeführt werden. Als kurzfristige Maßnahme werden insgesamt 20 Anpassungsschichten im Zeitraum 1984/85 für vertretbar angesehen; die Finanzierung ist offen geblieben. Die Aufgabe der Bergbauunternehmen, für eine deutliche und nachhaltige Senkung der Kosten zu sorgen, wurde zwar betont, doch wurden Änderungen der energiepolitischen Rahmenbedingungen nicht ins Auge gefaßt.

Der Sachverständigenrat nimmt dies zum Anlaß, erneut das Ausmaß und die Verfahren einer Kohleschutzpolitik zu erörtern, die seit einem Vierteljahrhundert mit immer mehr öffentlichem Geld und mit mannigfachen Eingriffen das Geschehen auf dem Kohlemarkt lenkt.

537. Für einen Schutz des heimischen Steinkohlebergbaus werden vor allem regionalpolitische und versorgungspolitische Gründe ins Feld geführt. Die regionalpolitische Rechtfertigung stützt sich auf die These, daß ein Schutz des Steinkohlebergbaus nicht nur Arbeitsplätze im Bergbau selbst, sondern auch Arbeitsplätze in den vorgelagerten und nachgelagerten Industrien erhalte, welche überwiegend in den Kohlerevieren ansässig sind. Diese seit Beginn der Kohlekrise immer wieder vorgetragene Begründung kann nicht überzeugen. Unrentable Arbeitsplätze durchzuschleppen ist für die Volkswirtschaft auf Dauer viel teurer als Investitionen in neue Arbeitsplätze zu fördern; das Problem sind die Übergangsschwierigkeiten. Wirtschaftspolitisch vertretbar ist allein das sicherheitspolitische Argument: die Verbesserung der Sicherheit unserer Energieversorgung durch Erhaltung eines eigenen Steinkohlebergbaus. Für diese Leistung kann der Bergbau aber nicht mehr als eine Sicherheitsprämie beanspruchen.

538. Unsicher sind vor allem Teile des Imports von Erdöl und Erdgas. Steinkohle eignet sich dazu, beides zu ersetzen. In Betracht kommen deutsche und importierte Kohle. Der wirtschaftliche Nutzen, den ein Schutz der heimischen Steinkohleförderung

stiftet, ist folglich daran zu messen, welche Vorteile sie gegenüber einer Versorgung mit Auslandskohle bietet.

- Sichert die Inlandsförderung langfristig niedrigere Preise als ein Bezug aus dem Ausland?
- Ist die Aufrechterhaltung einer inländischen Förderung beziehungsweise Förderkapazität kostengünstiger als die Risikoabsicherung durch Kohlelagerung?
- Vermeidet sie Versorgungsrisiken, die durch Vorratslager nicht abgedeckt werden können?

539. Wenn damit zu rechnen wäre, daß Importkohle langfristig teurer werden könnte als deutsche Steinkohle, wäre ein Schutz der heimischen Förderung nur auf Zeit erforderlich.

Die Preise für importierte Steinkohle liegen seit einem Vierteljahrhundert unter denen der deutschen Steinkohle. Der Preisabstand hat sich immer mehr vergrößert. Heute kostet Import-Kesselkohle nur noch etwa drei Fünftel der inländischen Steinkohle; dabei ist zu beachten, daß der Preis der Inlandskohle durch Subventionen gedrückt ist. Mit der konjunkturellen Belebung der Weltwirtschaft dürfte der Preis auf dem internationalen Kohlemarkt zwar wieder steigen. Daß die Importkohle langfristig teurer als deutsche Steinkohle werden könnte, ist jedoch ganz und gar unwahrscheinlich. Denn die geologischen Abbaubedingungen sind in der Bundesrepublik viel ungünstiger als in den großen Kohlerevieren des Auslands, und diese natürlichen Fördernachteile werden mit dem Abbau immer tiefer gelegener Flöze in der Bundesrepublik künftig noch beträchtlich zunehmen. Die Förderkosten deutscher Steinkohle werden daher im Vergleich zu denen des Auslands langfristig unaufhaltsam steigen.

540. Die Lieferung von Importkohle könnte zeitweilig unterbrochen werden.

Große Streiks oder auch Unruhen im Ausland könnten zu Förderausfällen führen. Diese trieben den Weltmarktpreis für Kohle in die Höhe, gefährdeten aber kaum die Mengenversorgung. Sollten trotzdem Ausfälle in der Lieferung eintreten, so blieben diese zeitlich begrenzt; denn die Weltkohleförderung ist außerordentlich flexibel und steigerungsfähig. Solche temporären Lieferausfälle ließen sich durch Lager ausgleichen. Die Vorhaltung einer ungenutzten, kurzfristig aktivierbaren Förderkapazität des heimischen Steinkohlebergbaus wäre viel teurer, da nicht nur die Förderkapazität betriebsbereit gehalten werden müßte, sondern außerdem eine bergmännische Belegschaft bereitzustellen wäre, die eine Wiederaufnahme der Förderung erst ermöglichte. Die Mehrkosten für eine Lagerung von Kohle ließen sich einsparen, wenn man auf Auslandskohle verzichtete und eine heimische Förderung in vergleichbarem Umfang aufrecht erhielt. Die heimische Steinkohle kann eine Sicherheitsprämie in Höhe dieser Kosteneinsparung beanspruchen. Das dürfte heute aber nur einen Bruchteil der Differenz zwischen dem Preis für

nicht subventionierte Inlandskohle und dem Kohlepreis auf dem Weltmarkt ausmachen.

541. Die Lieferung von Importkohle könnte dauerhaft und vollständig ausfallen.

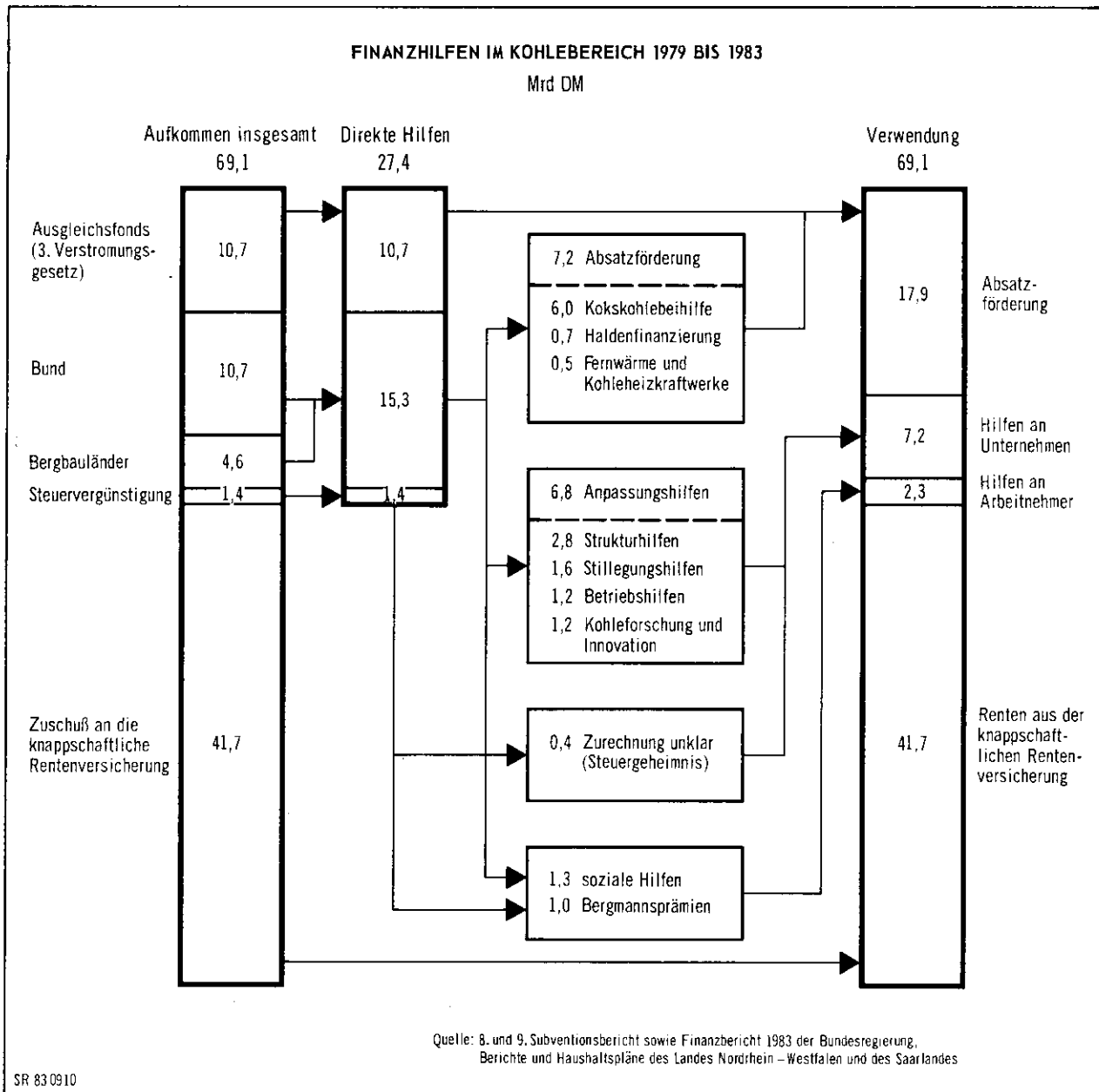
Vorstellbar ist dies allein für den Fall eines weltweiten, die Schifffahrtswege blockierenden Konfliktes. Alle international gehandelten Energieträger sind dann betroffen. Zu einer Notversorgung mit Energie gehören alle im Inland produzierten Energieträger. Die Notversorgung kann sich nicht auf deutsche Steinkohle allein stützen, weil die Möglichkeiten für eine kurzfristige Substitution von Öl oder Gas durch Kohle sehr eng begrenzt sind, ebenso die Möglichkeiten, die inländische Kohleförderung kurzfristig zu steigern. Die Frage, welche Mindestförderkapazität für die Notversorgung aufrecht erhalten werden soll, bleibt zudem immer auch eine Kostenfrage.

542. Der Wirtschaftspolitik kann nicht angeraten werden, eine bestimmte Fördermenge als Beitrag des deutschen Steinkohlebergbaus zur Krisenvorsorge festzulegen. Eine solche Fördergarantie hätte nicht absehbare Konsequenzen für die Kosten der Kohleförderung und damit auch für das Ausmaß der Subventionen, die der Staat zu gewähren hätte. Der Sachverständigenrat hat sich im Jahresgutachten 1982 mit der Frage einer garantierten Förderkapazität kritisch auseinandergesetzt (JG 82 Ziffern 265 ff.). Unter dem Sicherheitsaspekt ist allein ein Schutz der inländischen Steinkohle vertretbar, dessen Höhe sich nach den Überlegungen richtet, die oben zum Fall des begrenzten Lieferausfalls angestellt worden sind.

543. Die Energiepolitik hat mit vielfältigen Eingriffen und mit Subventionen eine Schutzmauer um die wichtigsten Absatzmärkte für die Inlandskohle errichtet. Gefördert werden außerdem einzelne Tätigkeitsbereiche der Bergbauunternehmen, so vor allem Investitionen, Stilllegungen, andere Anpassungen, Forschung. Den Anlaß für die einzelnen Maßnahmen bildeten meist akute Absatzprobleme des Steinkohlebergbaus.

(1) Kaum noch übersehbar ist die Vielzahl von finanziellen Hilfen im Kohlebereich (Schaubild 40). Ihr Gesamtaufkommen ist von 1958 bis 1980 anhaltend gestiegen. Im Zeitraum von 1974 bis 1980 hat es sich, bei gesunkener Förderung, mehr als verdoppelt; seitdem ist allerdings eine nicht unbeträchtliche Verringerung eingetreten.

(2) Zu den Finanzhilfen im Kohlebereich gehören auch die Zuschüsse des Bundes an die knappschaftliche Rentenversicherung. Der Subventionscharakter dieser Zuschüsse ist streitig. Nach § 128 des Reichsknappschaftsgesetzes bemißt sich die Höhe des Zuschusses an die knappschaftliche Rentenversicherung — abweichend von der Regelung beim Bundeszuschuß zur gesetzlichen Rentenversicherung nach Artikel 120 Grundgesetz — nach dem Unterschiedsbetrag zwischen Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben. Mit dieser gesetzlichen Regelung



werden die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Steinkohlebergbau besser gestellt als in den anderen Bereichen der Wirtschaft. Es wäre jedoch unzutreffend, wollte man die Subventionen an Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Steinkohlebergbau nach der Differenz zwischen dem tatsächlichen Zuschußbetrag und dem rechnerischen Zuschußbetrag bemessen, der sich bei Anwendung der Regelungen für den Bundeszuschuß zur gesetzlichen Rentenversicherung ergibt. Die Knappschaftsversicherung muß insofern Sonderbelastungen tragen, als die Anzahl der gesicherten Arbeitnehmer wegen der Schrumpfung des Steinkohlebergbaus etwa auf ein Drittel zurückgegangen ist. Von einer indirekten finanziellen Entlastung des Steinkohlebergbaus, die Subventionscharakter hat, kann also lediglich insoweit die Rede sein, als der

Bundeszuschuß über diese Sonderbelastungen hinausgeht.

- (3) Den größten Subventionsbeitrag bringen die Stromverbraucher über den sogenannten Kohlepennig auf; das Aufkommen hieraus belief sich im Zeitraum von 1979 bis 1983 auf 10,7 Mrd DM. Die Mittel werden durch einen Ausgleichsfonds verwaltet. Sie dienen der Deckung von Mehrkosten, die bei der Verstromung inländischer Steinkohle gegenüber der Verstromung von schwerem Heizöl entstehen. Die Berechnung des Kohlepreises erfolgt nach der sogenannten Schwantag-Formel, nach der die Kosten den Preis bestimmen.
- (4) Die Kokskohlebeihilfe soll die Differenz zwischen dem Preis der inländischen Kokskohle und dem Preis der importierten Kokskohle aus-

gleichen. Der Subventionsbetrag kann von Jahr zu Jahr stark schwanken. Die Kokskohlebeihilfe ist nach dem Kohlepfennig die wichtigste Subvention.

- (5) Bei den Aufwendungen von Bund und Bergbauländern für die Abgeltung der sogenannten Erblasten und der Totlasten — sie sind ein Teilbetrag der Anpassungshilfen — handelt es sich nicht um eine Subvention der laufenden Kohleförderung. Man mag einwenden, daß es die Bergbauunternehmen früher versäumt hätten, Vorsorge für diese Folgekosten zu tragen; es ist aber auch zu bedenken, daß dem Bergbau bis Mitte der fünfziger Jahre verwehrt war, marktgerechte Preise zu erzielen. Im übrigen macht dieser Posten weniger als 10 vH der öffentlichen Hilfen aus, diese ohne Bundeszuschüsse an die knappschaftliche Rentenversicherung gerechnet.

Sowohl die Zuschüsse zur Abdeckung der Erblasten und Totlasten als auch ein großer Teil der Zuschüsse des Bundes zur knappschaftlichen Rentenversicherung sind im wesentlichen unabhängig vom Fördervolumen des Steinkohlebergbaus. Die durch die laufende Kohleförderung bedingten Subventionen lagen 1982 in einer Größenordnung von reichlich 4 Mrd DM. Das steckt den Rahmen für die Subventionen ab, die durch eine Verminderung der Förderung maximal eingespart werden könnten.

- (6) Der Schutz durch Subventionen wurde in zunehmendem Maße durch Mengeneingriffe und andere Interventionen noch verstärkt. Am Beginn stand das Kohlekontingentgesetz von 1959. Heizöl wird seit 1960 besteuert, seine Verwendung in der Verstromung durch das zweite und vor allem das dritte Verstromungsgesetz von 1966 beziehungsweise 1974 stark beschränkt. Genehmigungen für die Errichtung neuer Ölkraftwerke und Gaskraftwerke werden seit 1974 nicht mehr erteilt.
- (7) Im Zusammenhang mit dem Kohleanpassungsgesetz von 1968 kam der Vertrag über die Bildung einer Einheitsgesellschaft für den Ruhrbergbau zwischen 26 der 29 Bergwerksgesellschaften an der Ruhr zustande. Mit der neuen Gesellschaft sollte die optimale Unternehmenseinheit geschaffen werden, die der Gesetzgeber als Voraussetzung für eine Gesundung des Bergbaus mit staatlicher Hilfe vorsah.
- (8) Ebenfalls unter politischem Druck kam es 1980 zum Abschluß des sogenannten Jahrhundertvertrages zwischen 44 Elektrizitätsunternehmen und den Bergbauunternehmen. In diesem Vertrag, der Verlängerung und Erweiterung eines Vertrags von 1977, verpflichtet sich die Elektrizitätswirtschaft, ihre inländischen Steinkohlebezüge von 37 Mio Tonnen im Jahre 1981 um jährlich rund 1 Mio Tonnen bis auf 47,5 Mio Tonnen zu erhöhen. Die Abnahmeverpflichtungen bis zum Jahre 1990 sind fest, in den Jahren danach, bis 1995, hängen sie von der Entwicklung des Stromverbrauchs ab. Falls die jahresdurch-

schnittliche Zuwachsrate des Stromverbrauchs in den Jahren von 1981 bis 1985 niedriger als 3 vH ausfallen sollte, verringert sich nach 1990 die Abnahmeverpflichtung; bei einem jährlichen Verbrauchszuwachs von mehr als 5 vH erhöht sie sich. Wirtschaftspolitisch wurde der privatrechtliche Vertrag zwischen Elektrizitätserzeugern und Steinkohlebergbau durch eine Lockerung des Kohleimports flankiert. Die Elektrizitätsunternehmen erwarteten — oder erhofften —, daß sie die durch Mittel aus dem Ausgleichsfonds nicht gedeckten Mehrkosten der Verstromung von Inlandssteinkohle durch die Verwendung billiger Importkohle würden ausgleichen können.

544. Am Beispiel des Steinkohlebergbaus zeigt sich wieder einmal, daß Wettbewerbsbeschränkungen mit Kostensteigerungen erkaufte werden müssen. Der Schutz der inländischen Steinkohle vor Wettbewerb war im ersten Jahrzehnt nach Ausbruch der Kohlekrise noch lückenhaft, das billige Heizöl verdrängte die Kohle. Nach Gründung der Ruhrkohle AG und Einführung des Kohleanpassungsgesetzes, also ab Ende der sechziger Jahre wurde der Schutz dann immer weiter ausgebaut.

— Im Zeitraum von 1958 bis 1969 stiegen die Listenpreise für Industriekohle, die als Anhaltspunkt für die Kosten dienen müssen, um insgesamt nur 11 vH. Seit 1969 bis einschließlich 1982 wurden die Listenpreise hingegen um insgesamt 273 vH erhöht. In diesen Zeiträumen stieg das gesamtwirtschaftliche Preisniveau um 36 vH beziehungsweise um 95 vH an. Real ist also der Kohlepreis im ersten Zeitraum um jährlich 1,9 vH gesunken, im zweiten Zeitraum um jährlich 5,5 vH gestiegen. Anscheinend sind die heute erzielten Preise nicht einmal kostendeckend.

— Die Produktivitätsentwicklung, gemessen an der Schichtleistung unter Tage, entspricht diesem Bild. Von 1958 bis 1969 belief sich ihre jahresdurchschnittliche Zuwachsrate auf 7,9 vH, sie überschritt damit den Anstieg des Produktionsergebnisses pro Arbeitsstunde in der Industrie um 1½ Prozentpunkte. Von 1969 bis 1973 nahm sie noch um insgesamt 11 vH zu, seitdem ist sie sogar zurückgegangen. Auf den gesamten Zeitraum von 1969 bis 1982 bezogen betrug die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate der Schichtleistung 0,6 vH.

545. Die Kohleschutzpolitik ist sehr teuer. Sie beschränkt die Wahl des Energieträgers in wichtigen Absatzbereichen. Der Stromverbraucher muß überhöhte Preise bezahlen und der Steuerzahler muß Mittel für die öffentlichen Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen und Arbeitnehmern des Steinkohlebergbaus aufbringen. Wenn die Kohlepolitik an ihrem bisherigen Kurs festhalten sollte, werden die großen Lasten, die sie Energieverbrauchern und Steuerzahlern aufbürdet, noch weiter zunehmen.

Hierzu ist es gekommen, weil der Kohlepolitik Aufgaben der Regionalpolitik, insbesondere der regio-

nalen Beschäftigungspolitik, zugewiesen werden. Kohlepolitik sollte künftig, wie oben dargelegt, als Teil einer Energiesicherungspolitik gestaltet werden, die immer die Alternativen der Versorgungssicherung, deren Risiken und Kosten, ins Bild rückt und bewertet. Die Reform kann das bestehende Geflecht von Interventionen, Subventionen und privatrechtlichen Verträgen zum Schutz der Inlandssteinkohle freilich nur schrittweise auflösen und durch effizienzsteigernde Maßnahmen ersetzen. Das Hauptziel einer großen Lösung muß es sein, die Struktur des Steinkohlebergbaus zu verbessern, um die Kosten so weit zu senken und die Flexibilität in Produktion und Absatz derart zu erhöhen, daß der Bergbau — gestützt durch eine wie oben definierte Sicherheitsprämie — wieder im freien Wettbewerb bestehen kann. Der Weg zu einer großen Lösung wird steinig sein, und es ist keineswegs sicher, daß an seinem Ende der angestrebte Erfolg steht. Im folgenden sollen Überlegungen angestellt werden, wie eine kleine Lösung aussehen könnte, die den Weg zur großen ebnet, nicht verbaut.

546. Die Unternehmen des Steinkohlebergbaus sollten die Förderkosten der einzelnen Zechen offenlegen.

Die Schichtleistungen der Zechen streuen beträchtlich. Ein Gleiches dürfte für die Förderkosten zutreffen. Der Anteil der selbst bei heutigen Kohlepreisen unrentablen Förderung ist daher als nicht gering zu veranschlagen. Die Kosten der guten Zechen, deren Kapazität bei stockendem Absatz nicht voll genutzt werden kann, weil die schlechten Zechen ebenfalls weiter Kohle fördern, sind höher als notwendig. Eine Offenlegung der Förderkosten zeigt daher nicht das wahre, sondern ein verzerrtes Bild der Struktur der Förderkosten. Sie gibt aber einen Hinweis, wo die Strukturbereinigung beginnen muß.

547. Eine Strategie, die auf Abbau der Überkapazitäten zielt, kommt nicht aus, ohne für die heimische Steinkohle Wettbewerbsdruck zu erzeugen. Hierzu würde gehören, die Erleichterung der Kohleinfuhr nicht wieder einzuschränken, sondern weiter auszubauen.

Die neue Kohleinfuhrregelung hat bisher nur wenig bewirkt. Die Elektrizitätswerke konnten ihre Kohleimporte nicht nennenswert steigern, weil der Stromverbrauchszuwachs zu gering war, um über die Mengen an inländischer Steinkohle hinaus, die zu beziehen sie sich in dem Jahrhundertvertrag verpflichtet haben, auch noch die zugestandenen Möglichkeiten der Kohleinfuhr auszuschöpfen. Die Stahlindustrie hat sich im sogenannten Hüttenvertrag verpflichtet, ihren Kohlebedarf bei der Ruhrkohle AG zu decken; der Kohleimport steht ihr erst offen, wenn eine entsprechende Anschlußregelung für den Hüttenvertrag zustande gekommen sollte. Die übrige Industrie schließlich hat ihre Kohleinfuhr wohl nicht zuletzt deshalb nicht stärker erhöht, weil die Einfuhrberechtigung bisher noch an den Nachweis gebunden ist, daß die Importkohle Öl oder Gas ersetzt.

Die Kohleinfuhr sollte stärker als bisher genutzt werden, um den Preiswettbewerb der durch eine Sicherheitsprämie geschützten Inlandskohle mit der Importkohle zu aktivieren. Die Liberalisierung könnte dadurch beschleunigt werden, daß die Mengenbindung der Kohleinfuhr der Elektrizitätsunternehmen beseitigt und die unbefristete Bindung für die Kohleinfuhr der Industrie wieder aufgehoben wird.

548. Die Subventionen und Quasi-Subventionen sollten schrittweise vereinheitlicht und dabei gesenkt werden. Nicht Kohleverwendungen wie bei der Kokskohlebeihilfe, nicht einzelne Unternehmensaufgaben wie Stilllegungen, nicht die Arbeitnehmer wie bei der Bergmannsprämie sollten finanziell gefördert werden, sondern allein die Unternehmen des Steinkohlebergbaus. Es ist zu erwägen, den Unternehmen eine einheitliche Prämie je Tonne geförderter Kohle zu gewähren. Diese Prämie sollte keiner Verwendungsbeschränkung unterliegen. Die Unternehmen müssen einen Anreiz haben, die Kosten zu senken, wo immer die Voraussetzungen hierfür am günstigsten sind. Subventionen für einzelne Tätigkeitsbereiche setzen falsche Anreize. Die Höhe der zu gewährenden Prämie wäre allmählich abzusenken und brächte im Endstadium die Sicherheitsprämie zum Ausdruck, die man dem Angebot an inländischer Kohle zu gewähren bereit ist. Darüber hinausgehende öffentliche Hilfen wären nur noch für die Abdeckung der Kosten zu gewähren, die durch die Kohleförderung in der Vergangenheit verursacht worden waren (Altlasten und Totlasten).

Die Neugestaltung der Subventionen für den Steinkohlebergbau erfordert bedeutende Änderungen. Die vom Bund und von den Kohleländern gezahlte Kokskohlebeihilfe etwa wird Jahr für Jahr festgelegt. Sie hängt außer von der Preisentwicklung auf dem internationalen Kokskohlemarkt und der Preisbestimmung für die Inlandskohle auch vom Dollarkurs gegenüber der D-Mark ab. Eine feste Prämie je Tonne mag in den Jahren, in denen die Kokskohle auf dem Weltmarkt billig angeboten wird oder der Dollarkurs niedrig ist, nicht ausreichen, dem heimischen Steinkohlebergbau kostendeckende Wettbewerbspreise zu ermöglichen; in anderen Jahren mag der Bergbau begünstigt werden. Es ist Aufgabe der Bergbauunternehmen, durch eine flexiblere Preispolitik den Schwankungen von Kohlepreis und Dollarkurs Rechnung zu tragen, wie dies andere Unternehmen, die internationalem Wettbewerb ausgesetzt sind, auch tun müssen. Jedenfalls ist nicht zu erwarten, daß die Unternehmen der Stahlindustrie sich bereitfinden könnten, dem Bergbau vertraglich feste Preise zuzusichern, die dessen jeweilige Kosten decken.

549. Schwierig ist vor allem das Problem der Kohleverstromung. Mit dem Jahrhundertvertrag hat die Elektrizitätswirtschaft eine sehr große Belastung übernommen. Falls die Zuwachsraten des Stromverbrauchs in den nächsten Jahren weiterhin so niedrig sein sollten wie in den Jahren seit Vertragsabschluß, könnten die Elektrizitätswerke ihrer Abnahmeverpflichtung für die deutsche Steinkohle

nur nachkommen, wenn sie Kraftwerke mit niedrigeren Erzeugungskosten wie etwa Kernkraftwerke zurückfahren und den Ausbau neuer Kapazitäten dieser Werke hinausschieben. Zudem sind die Kosten für die Umwelt zu berücksichtigen, die mit der Kohleverfeuerung einhergehen. Auch Beschränkungen der Kohleverstromung aus Umweltschutzgründen sind nicht ausgeschlossen.

Diskutiert wird zur Zeit, ob die Geschäftsgrundlage des Jahrhundertvertrags angesichts eines weniger als erwartet steigenden Stromabsatzes und gestiegener Umweltschutzkosten noch gegeben ist. Sollte es zu einer Verringerung des Kohleabsatzes an die Kraftwerke kommen, so wird sich die Frage stellen, ob die Förderkapazität noch mehr verringert werden muß, als es der Rückgang des Koks- und Kohleabsatzes an die Stahlindustrie schon notwendig macht.

550. Die deutliche Verschlechterung der Entwicklung von Produktivität und Kosten im deutschen Steinkohlebergbau seit 1969 legt die Vermutung nahe, daß die Einheitsgesellschaft an der Ruhr, auf die fast drei Viertel der inländischen Steinkohleförderung entfällt, aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Lage war, den Produktivitätsfortschritt weiterzutreiben und die Kosten in dem Maße zu senken, wie es möglich gewesen wäre. Der überaus schwierige Interessenausgleich in einer Einheitsgesellschaft — gute Zechen hier, schlechte Zechen dort; Produktivitätssteigerung gleich Freisetzung von Arbeitskräften — erschwert eine auf Kostenverminderung gerichtete Investitions- und Förderpolitik ganz erheblich. Es sollte geprüft werden, ob nicht eine begrenzte Dezentralisierung die institutionellen Voraussetzungen für eine ökonomisch sinnvolle Unternehmensführung verbesserte. Dabei böte sich an, die drei Betriebsführungsgesellschaften an der Ruhr in unabhängige Unternehmen zu verwandeln. Ein begrenzter Wettbewerb zwischen diesen Unternehmen würde entstehen, er würde Entscheidungen erzwingen, die in einer Einheitsgesellschaft nur mit großer Mühe getroffen werden können.

551. Zu viel Kohle aus zu vielen Zechen wird zu teuer gefördert. Der ausufernden Kostenentwicklung des deutschen Steinkohlebergbaus muß möglichst rasch Einhalt geboten werden. Hierzu sind schmerzhaft Anpassungen unumgänglich, wie sie im Wettbewerbsmarkt erzwungen werden, wo keine Garantien existieren.

Zunächst könnte es darum gehen, die verschiedenen Subventionen aufzuheben und durch eine einheitliche, auf die Fördermenge bezogene Prämie zu ersetzen. Diese wäre nach einem strikten Zeitplan auf das Niveau zu senken, das dem Wert der Versorgungssicherheit entspricht. Schon bei diesem ersten Schritt könnte das Gesamtniveau der Begünstigung der Kohleförderung deutlich zurückgenommen werden. Durch allmählichen, vorangekündigten Abbau dieser Prämie wäre der Druck in Richtung darauf zu verstärken, daß die Förderung auf die kostengünstigsten Zechen beschränkt wird. Abzusichern wäre dies vor allem durch ein Liberalisieren der Kohleimporte.

Dieses Vorgehen hätte Chancen, auf längere Sicht einzumünden in eine Politik, bei der die Kosten, die alle zu tragen haben, auf das Maß beschränkt bleiben, welches die Kohleförderung allen unter Berücksichtigung der Versorgungssicherheit wert ist. Am Ende der Übergangszeit müßte sich der Steinkohlebergbau gestützt auf die Sicherheitsprämie im freien Wettbewerb mit Auslandskohle und anderen Energieträgern behaupten.

IV. Hindernisse bei der Beschaffung von Risikokapital

552. In den nächsten Jahren muß deutlich mehr investiert werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und alte zu erhalten. Dazu ist auch erforderlich, daß die Unternehmer besser mit Kapital ausgestattet werden, das es ihnen erlaubt, Investitionsrisiken zu übernehmen. Da der Beschaffung von risikobereitem Kapital über einbehaltene Gewinne Grenzen gesetzt sind, muß nach Wegen gesucht werden, wie den Unternehmen von außen mehr Risikokapital zugeführt werden kann.

Zunächst ist festzuhalten: In der Bundesrepublik wird zwar viel gespart, aber die privaten Ersparnisse kommen zu einem immer geringeren Anteil dem Unternehmenssektor in Form von Risikokapital zugute. Insbesondere die Aktie als Form der Kapitalanlage hat zunehmend an Bedeutung verloren. Das Geldvermögen der privaten Haushalte hat sich von 1960 bis 1982 mehr als verzehnfacht; das in Aktien gehaltene Vermögen hat sich hingegen nur knapp verdoppelt. Im Jahre 1982 sind von den Finanzmitteln in Höhe von insgesamt rund 157 Mrd DM, die den privaten Haushalten für eine Neuanlage zur Verfügung standen, nur etwa 0,6 vH für den Erwerb von Aktien verwendet worden. Daß es im allgemeinen an risikobereitem Kapital mangelt, wird man indes nicht sagen können; denn die Verlustzuweisungsgesellschaften und die Bauherrenmodelle haben sich in den letzten Jahren stark ausbreitet. Es wird geschätzt, daß allein im Jahre 1982 ein Betrag von rund 5 Mrd DM in diese Formen der Kapitalanlage geflossen ist.

553. Die Eigenkapitalausstattung der kleinen Unternehmen ist häufig schlechter als die der großen Unternehmen. Die kleinen und mittleren Unternehmen haben es auch schwerer bei der Beschaffung von zusätzlichem Eigenkapital. Besonders ins Gewicht fällt dies bei jungen Unternehmen; denn bei ihnen ist in der Regel die Ausstattung mit haftenden Mitteln gering, der Bedarf an risikobereitem Kapital aber hoch. Da das Erfolgsrisiko groß ist, die dinglichen Sicherheiten, die angeboten werden können, häufig aber unzureichend sind, ist auch der Zugang zu anderen privaten Finanzierungsquellen, etwa Bankkrediten, schwer. Das Problem einer zu schmalen Haftungsbasis ist besonders gravierend bei jungen Unternehmen mit technologischen Innovationsvorhaben; denn bei ihnen ist die Einschätzung der Erfolgchancen schwierig. Die Erfahrung in anderen Ländern zeigt, daß kleine Unternehmen gerade bei Innovationen dieser Art eine immer

wichtigere Rolle spielen. Der Erfolg solcher Unternehmen hängt von vielen Faktoren ab; zu den wichtigsten Bedingungen gehört aber zweifellos eine ausreichende Ausstattung mit risikobereitem Kapital. Hindernisse, die hier bestehen, bedeuten deshalb auch einen Engpaß beim Umsetzen von Basisinnovationen. Im technologischen Wettbewerb stehen deutsche Unternehmen, wie Untersuchungen im Rahmen der letzten Strukturberichterstattung ergeben haben, zwar nach wie vor in der Spitzengruppe. Bei Produkten, bei denen die Anwendung der Mikroelektronik von Bedeutung ist, konnten inländische Unternehmen in den letzten Jahren jedoch keine großen Markterfolge erzielen. Positionsverluste gab es insbesondere bei Produkten mit weit fortgeschrittener Technologie.

554. Bei der Diskussion über die Hemmnisse, die einer leichteren Beschaffung von Risikokapital von außen entgegenstehen, werden in erster Linie steuerrechtliche Regelungen genannt. Betont wird, daß das Steuerrecht, insbesondere bei Kapitalgesellschaften, die Eigenfinanzierung diskriminiert. Kritisiert werden die Doppelbelastung der Anteile an Kapitalgesellschaften mit Vermögensteuer und die Erhebung der Gesellschaftsteuer bei der Eigenkapitalbeschaffung. In diesem Jahr gab es erste Schritte zur Beseitigung von steuerlichen Diskriminierungen. So sollten die Kosten bei der Ausgabe von Gesellschaftsanteilen an Kapitalgesellschaften zum steuerlichen Abzug zugelassen und der Vermögensteuersatz für Kapitalgesellschaften von 0,7 vH auf 0,6 vH gesenkt werden. Andere steuerliche Hemmnisse bestehen fort — so zum Beispiel die Gewerbesteuer in ihrer gegenwärtig denaturierten Form. Die Aufhebung der körperschaftsteuerlichen Doppelbelastung durch das Anrechnungsverfahren hat nicht zu der von vielen erwarteten Belebung des Aktienmarktes geführt. Dies legt die Vermutung nahe, daß die Benachteiligung der Eigenkapitalbeschaffung bei Kapitalgesellschaften weniger bedeutsam dafür ist, daß die Kapitalanleger ihr Sparkapital außerhalb des Unternehmenssektors anlegen, als die faktischen oder vermeintlichen Steuervorteile, die sie dort erwarten. Neben der steuerlichen Fehlleitung von Kapital gibt es noch andere gravierende Störungen auf dem Wege vom Sparkapital zum Risikokapital. An der Vermittlung von Risikokapital sind im wesentlichen Banken, Kapitalbeteiligungsgesellschaften und die Börse beteiligt.

Unzureichende Vermittlungsfunktion der Börse

555. Die deutsche Börse erfüllt die Aufgabe, risikobereites Kapital aufzubringen, nur für eine kleine Zahl meist großer Unternehmen; sie ist unterentwickelt. Die Zahl der börsennotierten Gesellschaften ist seit längerem rückläufig, von etwa 700 zu Anfang der sechziger Jahre über 550 im Jahre 1970 auf nur noch 451 im Jahre 1982. Nicht mehr als zwei Unternehmen sind im Durchschnitt dieser Jahre an der Börse eingeführt worden. Aktienemissionen haben bei der Finanzierung von Unternehmen eine ganz untergeordnete Rolle gespielt. In diesem Jahr gab es allerdings erstmals wieder eine größere An-

zahl von Unternehmen, die die hohen Kurse dazu benutzt haben, sich zusätzliches Kapital zu beschaffen; auch wurden erstmals wieder mehr Unternehmen, darunter auch relativ junge Unternehmen, an der Börse eingeführt.

556. In anderen Industrieländern, so etwa in den Vereinigten Staaten, in Japan, in Großbritannien und in der Schweiz nutzen eine weitaus größere Zahl von Unternehmen die Börse für die Beschaffung von Risikokapital. In Großbritannien sind schätzungsweise sechzehnmal mehr Gesellschaften börsennotiert als in der Bundesrepublik. Der jährliche Börsenumsatz der Londoner Börse beträgt etwa das Siebzehnfache des Umsatzes an der Frankfurter Börse. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei einem Vergleich mit den Vereinigten Staaten. Die amerikanische Wirtschaft ist etwa viermal so groß wie die deutsche, die Zahl der börsennotierten Gesellschaften beträgt dort etwa das Fünfundfünzigfache, der Wert der Umsätze an amerikanischen Börsen schätzungsweise das Fünfundsiebzigfache der Umsätze an deutschen Börsen.

557. Die Börse wurde bisher überwiegend nur von großen Unternehmen zur Beschaffung von Beteiligungskapital genutzt. Die Zulassungsvoraussetzungen stellen für viele mittelgroße Unternehmen aber sicher nicht das wesentliche Hindernis dar; denn viele von ihnen erfüllen diese Voraussetzungen durchaus schon seit längerer Zeit. Schwerer dürften die relativ hohen Kosten des Zugangs zum Aktienmarkt wiegen, wobei man allerdings sehen muß, daß hohe Zugangskosten kein Hindernis darstellen müssen, wenn ihnen entsprechende Vorteile bei der Finanzierung durch Aktienemission gegenüberstehen, zum Ausdruck kommend etwa in hohen Emissionskursen.

558. Stärker als diese Kostenargumente wiegt allerdings die Furcht vieler mittelständischer Unternehmer vor einem Verlust ihrer Selbständigkeit. Bei einer Beteiligungsfinanzierung über die Börse sind größere Informationspflichten zu erfüllen als bei anderen Formen der Außenfinanzierung, und es gibt keinen Einfluß auf die Bestimmung der künftigen Anteilseigner. Dem Autonomiestreben der mittelständischen Unternehmer könnte durch die Einführung neuer emissionsfähiger Gesellschaftsformen Rechnung getragen werden.

Eine solche Gesellschaftsform müßte dem Unternehmer bei der Geschäftsführung eine größere Unabhängigkeit überlassen, als das bei der Aktiengesellschaft der Fall ist, ihm aber dennoch den Weg an den organisierten Kapitalmarkt öffnen. Zu denken wäre hier etwa an eine Publikumskommanditgesellschaft, deren Kommanditanteile in der Form von Genußscheinen an der Börse plaziert werden könnte. Der Genußschein ist eine alte Beteiligungsform, die im Gegensatz zur Aktie gesetzlich nicht reglementiert ist. Es handelt sich um ein verbrieftes Genußrecht, meist als Gewinnbeteiligung, das im Gegensatz zur Aktie keine Rechte als Gesellschafter, also insbesondere kein Stimmrecht und kein Mitwirkungsrecht bei der Geschäftsführung einräumt. Die Gewinnbeteiligung und sonstige Rechte

sind Vertragsgegenstand. Diese Gestaltungsfreiheit ist für die Unternehmen von Vorteil. Für die Kapitalanleger ist insbesondere im Vergleich zur Aktie von Nachteil, daß Genußscheine bei Kapitalerhöhungen nicht geschützt sind wie die Aktien durch Bezugsrechte und daß Genußscheine, wegen der Verschiedenartigkeit ihrer Ausgestaltung, weniger leicht gehandelt werden können als Aktien. Eine Standardisierung des Genußscheins etwa nach dem Ausmaß der Risikobeteiligung und ein besserer Schutz der Anleger könnten wahrscheinlich zu dessen Belebung beitragen.

559. Die Voraussetzungen für eine Zulassung zur Börse bilden zwar wie erwähnt für viele mittelgroße Unternehmen, die schon längere Zeit eine gute Position am Markt haben, keine Barriere beim Gang an die Börse. Für junge, schnell wachsende Unternehmen jedoch bestehen hier anscheinend durchaus Schwierigkeiten. Nach den Zulassungsbedingungen ist unter anderem erforderlich, daß der Emittent üblicherweise einen Gewinn in Höhe von mindestens einer Million DM aufweist, der über einen längeren Zeitraum eine steigenden Tendenz zeigen sollte. Junge Unternehmen, die rasch expandieren, weisen häufig kaum Gewinne auf; für die Entwicklung ihrer Produkte und die Markterschließung sind hohe Aufwendungen erforderlich, denen noch keine Umsatzerlöse gegenüberstehen. Um die Börseneinführung von mehr jungen Unternehmen möglich zu machen, sollten die Zulassungsbedingungen der Börsen diesem Umstand Rechnung tragen.

560. Die abnehmende Bedeutung der Aktie als Instrument der Außenfinanzierung hängt auch mit dem großen Einfluß zusammen, den die Banken auf die Finanzierungsstruktur der Unternehmen haben. Es gehört eher zu den Geschäftsinteressen einer Bank, den Unternehmen Kredit zu geben, als ihnen Eigenkapital zu vermitteln. Erschwerend kommt hinzu, daß der Wettbewerb um die Börseneinführung junger Unternehmen unzureichend ist. Und da es anscheinend üblich ist zu erwarten, daß die Banken mit der Unterschrift unter den Börsenprospekt auch eine Garantie für den Erfolg der Emission übernehmen, führen diese nur in seltenen Fällen Emissionen für junge Unternehmen durch und setzen im Zweifel den Ausgabekurs zu niedrig an, was wiederum emissionswillige Unternehmen abschreckt.

Fehlender Markt für Beteiligungen an nicht börsennotierten Gesellschaften

561. Neben der Börse gibt es in Deutschland keinen organisierten Markt für Beteiligungskapital; Beteiligungen an nicht emissionsfähigen Gesellschaften sind deshalb kaum fungibel. Potentielle Kapitalgeber müssen immer einen vergleichsweise hohen Gewinnanteil oder wenigstens die Möglichkeit eines weitreichenden Einflusses auf die Geschäftsführung beanspruchen. Dies ist für die Unternehmer teuer und widerstrebt dem Wunsch der Unternehmer nach Unabhängigkeit.

Um die Hemmnisse abzubauen, die der Beschaffung von Risikokapital bei mittelgroßen Unternehmen entgegenstehen, müßte ein Markt für Beteiligungen an solchen Unternehmen geschaffen werden. Einen Vorschlag in diese Richtung hat jüngst die Kommission der Börsensachverständigen beim Bundesfinanzministerium gemacht. Sie hat sich für einen „zweiten Aktienmarkt“ eingesetzt, der sich von der bestehenden Börse dadurch unterscheidet, daß die Zulassungsbedingungen weniger restriktiv wären und daß geringe Anforderungen an den Börsenprospekt gestellt würden; auch die Publizitätspflichten sollten zurückgenommen werden. Um die Hemmnisse aufzuheben, die von der Prospekthaftung ausgehen, schlägt die Kommission vor, eine Börsenzulassung auch ohne eine solche Haftung von Banken möglich zu machen. Der Schutz des Anlegers soll insbesondere dadurch gewährleistet werden, daß die Kurse unter Aufsicht des Börsenvorstandes festgestellt werden und daß die Zulassung durch die amtliche Zulassungsstelle vorgenommen wird; insoweit wäre dieser neue Markt für Beteiligungskapital ein Teil der amtlichen Börse.

In einigen anderen Ländern sind in den letzten Jahren vergleichbare Märkte für Beteiligungen an mittelgroßen Unternehmen entstanden, so insbesondere in Dänemark, Holland und Großbritannien. In Großbritannien wurde der schon seit längerem neben dem offiziellen Börsenhandel mögliche Handel mit Anteilen an nicht börsennotierten Gesellschaften im Jahre 1980 durch die Festlegung bestimmter Zulassungsbedingungen institutionalisiert. Die Emissionskosten sind geringer als an der offiziellen Börse; sie belaufen sich aber immer noch auf schätzungsweise 5 vH des Emissionsvolumens und sind damit durchaus erheblich. An diesem zweiten Aktienmarkt wurden seither bis über 170 Gesellschaften zum Handel zugelassen. Obwohl die Unsicherheit über die Erfolgsaussichten der an diesem Sekundärmarkt zugelassenen Gesellschaften größer ist als bei börsennotierten Gesellschaften, festigte sich das Vertrauen des Publikums schnell. Der Kursindex der gehandelten Anteile ist seit 1980 stark angestiegen, deutlich mehr als der Kursindex der Anteile von börsennotierten Gesellschaften.

Das britische Beispiel belegt, daß es zur Belebung eines Marktes von Beteiligungen an nichtbörsennotierten Gesellschaften durchaus beitragen kann, wenn der Handel mit diesen Beteiligungen der Börsenaufsicht unterworfen wird und besondere Zulassungsvoraussetzungen festgelegt werden. Es zeigt ferner, daß auch beträchtliche Zugangskosten die Entwicklung eines solchen Marktes nicht zu behindern brauchen. Hohe Emissionskosten sind auch ein Preis für die Information der Anleger, für eine vertrauensbildende Maßnahme gleichsam. Bei der Einrichtung eines „zweiten Aktienmarktes“ in der Bundesrepublik, etwa in Anlehnung an die Vorschläge der Börsensachverständigen, sollte dies nicht vernachlässigt werden.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen dem von der Kommission vorgeschlagenen Modell und dem britischen Sekundärmarkt besteht darin, daß in Großbritannien weniger Banken, als vielmehr Bro-

ker, unabhängige Kapitalvermittler, einen großen Teil der Plazierungen vornehmen. Einen Vorschlag, wie in der Bundesrepublik der dominierende Einfluß der Banken bei der Börseneinführung vermindert und damit mehr Wettbewerb geschaffen werden könnte, hat die Kommission der Börsensachverständigen leider nicht gemacht.

Geringer Erfolg der Kapitalbeteiligungsgesellschaften

562. Auch wenn es einen funktionsfähigen Markt für Beteiligungen an mittelgroßen Unternehmen einmal geben sollte, werden der Beschaffung von Risikokapital über direkte Beteiligungen für diese Unternehmen Grenzen gesetzt bleiben. Diese Lücke könnten Beteiligungsgesellschaften, die Risikokapital auf indirektem Wege vermitteln, auszufüllen helfen. In der Bundesrepublik spielen Kapitalbeteiligungsgesellschaften bei der Unternehmensfinanzierung bislang eine untergeordnete Rolle. Die von ihnen gehaltenen Kapitalbeteiligungen hatten im Jahre 1982 ein Volumen von rund 750 Mio DM, etwa ein Drittel davon entfiel auf Beteiligungen, die größtenteils mit staatlichen Krediten refinanziert werden. Die ausstehenden Bankkredite an den Unternehmenssektor beliefen sich dagegen Ende 1982 auf rund 670 Mrd DM.

Eine wichtige Ursache für den bisher im Ganzen eher enttäuschenden Beitrag der Kapitalbeteiligungsgesellschaften zur Vermittlung von Risikokapital ist in ihrer Geschäftspolitik selbst zu suchen. Ihre Anlagen sind nicht weit genug gestreut, also mit verhältnismäßig hohen Risiken verbunden. Zum Risikoausgleich wählen sie in vielen Fällen Beteiligungsformen, die im Hinblick auf die laufende Verzinsung, die Verlustbeteiligung und die Rückkaufsmöglichkeiten große Ähnlichkeiten mit Fremdkapitaltiteln aufweisen. Möglichkeiten einer vorzeitigen Kündigung durch die Beteiligungsnehmer führen dazu, daß die Gesellschaften auf schlechten Beteiligungen sitzen bleiben. So lange ein Ausgleich von schlechten Risiken durch die Realisierung von Wertsteigerungen bei guten Risiken nur schwer möglich ist, werden die Kapitalbeteiligungsgesellschaften zu einer Geschäftspolitik neigen, die der der Banken ähnlich ist. Um hier Abhilfe zu schaffen, bräuchte es wieder einen funktionsfähigen Markt für Unternehmensbeteiligungen.

Es darf im übrigen nicht übersehen werden, daß größtenteils die Banken Träger der Kapitalbeteiligungsgesellschaften sind. Die Banken geben aber im Grunde Kunden mit guter Bonität lieber selbst Kredit, anstatt diese Kunden an eine Kapitalbeteiligungsgesellschaft, und sei es auch die eigene, weiterzuleiten.

563. Die Beschaffung von Risikokapital auf indirektem Wege, also durch Zwischenschalten einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft, ist besonders für kleine, junge Unternehmen ein erfolgversprechender Weg. In anderen Ländern sind in den letzten Jahren Kapitalbeteiligungsgesellschaften entstanden, die sich auf die Finanzierung von kleinen, jun-

gen, vor allem technologieorientierten Unternehmen konzentrieren. Finanziert werden meist die Phasen der Produktionsanbahnung und der Markteinführung. Gewinne erzielen diese Kapitalbeteiligungsgesellschaften durch die spätere Veräußerung der Beteiligungen an bewährten und erfolgreichen Unternehmen; die Beteiligung besteht in den meisten Fällen nur für eine gewisse Zeit. Der Beitrag, den solche Wagnisfinanzierungsgesellschaften (so genannte Venture-Capital-Fonds) bisher zur Finanzierung von jungen Unternehmen geleistet haben, ist in diesen Ländern weitaus größer als in der Bundesrepublik, wenn auch die Gründung von solchen Fonds in der Bundesrepublik in diesem Jahr eine gewisse Hoffnung auf Besserung aufkommen läßt. Im Jahre 1981 gab es in den Vereinigten Staaten bereits 300, in Großbritannien 40, in Japan, in den Niederlanden und in Frankreich immerhin mehr als 10 Venture-Capital-Fonds, in der Bundesrepublik dagegen nur eine solche Gesellschaft bekannt geworden, die Wagnisfinanzierungsgesellschaft. Das durch diese Fonds in den Vereinigten Staaten bis einschließlich 1982 aufgebrauchte Kapital belief sich schätzungsweise auf rund 6½ Mrd Dollar, das war rund sechshundertmal mehr als in der Bundesrepublik; in Großbritannien war es das Fünzigfache des deutschen Volumens.

564. Der Erfolg der Venture-Capital-Fonds beruht in den genannten Ländern zwar im wesentlichen auf der Aktivität von Privaten, man darf aber nicht übersehen, daß der Staat wichtige Impulse gegeben hat. Vorbild dafür waren in vielen Fällen die sogenannten Small-Business-Investment-Companies (SBICs) in den Vereinigten Staaten. Das sind privatrechtlich organisierte Gesellschaften, die bei jungen, mittelgroßen Unternehmen mit vorwiegend technologischen Produkten Beteiligungen eingehen oder diesen eigenkapitalähnlichen Darlehen, etwa nachrangige Darlehen, gewähren. Sie werden von der für die Mittelstandspolitik zuständigen Behörde zugelassen und unterliegen strenger Aufsicht; die Gründungsinitiative und die Geschäftsführung liegen aber ausschließlich in privaten Händen. Die staatliche Förderung besteht darin, daß der Staat die Refinanzierung bis zu einer bestimmten Höhe des Grundkapitals übernimmt, oder auch darin, daß der Staat Kredite bis zu einer bestimmten Höhe verbürgt. Gewinne erzielen diese Gesellschaften damit, daß sie die Unternehmensanteile nach einer bestimmten Zeit an staatlich nicht regulierte Kapitalbeteiligungsgesellschaften verkaufen oder an der Börse plazieren; für die Börseneinführung von durch SBICs geförderten Unternehmen wurden besondere Erleichterungen geschaffen.

Mit diesen SBICs hat der Staat für die Wagnisfinanzierung in den Vereinigten Staaten einen wichtigen Anstoß gegeben. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die Beteiligungsfinanzierung bei jungen mittelständischen Unternehmen ein Geschäft sein kann, und dies hat weitergehende private Initiative geweckt. Das Nebeneinander von staatlich regulierten und staatlich nicht regulierten Kapitalbeteiligungsgesellschaften ist auch typisch für die Wagnisfinanzierung in anderen Ländern, so beispielsweise in Großbritannien, in Japan und in den Niederlanden.

Sie macht eine durchgehende Finanzierung von der Gründung bis zur Markteinführung und später bis zur Börseneinführung möglich. Durch die Existenz vieler verschiedener „Wagnisfinanzierungsgesellschaften“ und wegen des Handels von Beteiligungen zwischen diesen Gesellschaften kommt gewissermaßen auf indirektem Wege ein Markt für Beteiligungen an kleinen, nicht börsenfähigen Unternehmen zustande.

565. In der Bundesrepublik gibt es nur eine Gesellschaft, deren Aufgabe ausschließlich in der Finanzierung von jungen, technologieorientierten Unternehmen mit vorwiegend öffentlichen Mitteln besteht, die sogenannte Wagnisfinanzierungsgesellschaft. Sie war bisher allerdings nicht besonders erfolgreich. Ein Grund dafür ist darin zu sehen, daß erfolgreiche Unternehmen die Möglichkeit der vorzeitigen Kündigung von Beteiligungen nutzen, und die zwischenzeitlich eingetretenen Wertsteigerungen dieser Beteiligungen an sich ziehen. Die Wagnisfinanzierungsgesellschaft erhält keinen Ausgleich für diese Wertsteigerungen, und ihr verbleiben daher überwiegend die schlechten Risiken. Dies veranlaßt die Gesellschaft, einen relativ großen Einfluß auf die Geschäftsführung der Unternehmen auszuüben, und das mindert wiederum das Interesse der Unternehmen an Beteiligungen der Wagnisfinanzierungsgesellschaft.

Die Wagnisfinanzierung ließe sich in der Bundesrepublik durch die Gründung vieler verschiedener „Wagnisfinanzierungsgesellschaften“ beleben. Dafür gibt es nach den bisherigen Erfahrungen zwei Wege, das amerikanische Modell oder eine Kooperation zwischen dem Staat und institutionellen Anlegern, also Banken, Versicherungen und Pensionsfonds — möglicherweise nach dem Vorbild der neuen halbstaatlichen holländischen Venture-Capital-Fonds. Insbesondere stehen in der Bundesrepublik dem zweiten Weg rechtliche Bestimmungen entgegen; Versicherungen und Kapitalanlagegesellschaften ist es nämlich untersagt, Beteiligungen an Nicht-Aktiengesellschaften zu erwerben. Eine traditionelle Zurückhaltung kommt hinzu.

566. Ein Vorteil dieses Weges bestünde darin, daß Beteiligungen an kleinen und mittleren Unternehmen fungibel würden, eine marktähnliche Lösung für die Zuführung von mehr Risikokapital zustande käme. Dieser Weg ist letztlich allen staatlichen Eigenkapitalhilfe- und Kreditprogrammen überlegen. Denn die für die Förderung zuständigen Stellen sind bei der Beurteilung der Erfolgchancen von jungen Unternehmen oft überfordert; dies gilt insbesondere bei technologisch innovativen Unternehmen. Die Prüfung der Erfolgsaussichten kostet gerade hier viel Geld und noch mehr Zeit; Zeit ist aber bei technologischen Innovationen ein ganz entscheidender Wettbewerbsfaktor. Freilich besteht auch bei einer weitgehend privat organisierten Lösung zunächst das Problem, daß bislang allzu wenige Fachleute mit Erfahrung und Gespür vorhanden sind, deren es für ein erfolgreiches Wirken von Wagnisfinanzierungsgesellschaften bedarf.

Eine Politik, durch die eine marktorientierte Lösung des Problems der Beteiligungsfinanzierung

von kleinen und mittleren Unternehmen vorgebracht wird, müßte mit den übrigen Finanzierungshilfeprogrammen für diese Gruppe von Unternehmen abgestimmt werden. Dabei sollte auch an eine Vereinfachung des gegenwärtigen, unübersichtlichen Geflechts von Programmen für die Finanzierungshilfe gedacht werden.

V. Wohnungspolitik: Weniger ausgeben, mehr erreichen

567. Die Wohnungspolitik ist auf dem Weg zur längst überfälligen Reform in diesem Jahr erst ein kleines Stück vorangekommen. Mit der Zulassung von Zeitmietverträgen und mit der Verbesserung der Bestimmungen für die Ermittlung der Vergleichsmieten hat die neue Bundesregierung einen ersten Schritt in Richtung auf eine Liberalisierung des Wohnungsmarktes getan. Die großen Aufgaben der Neuordnung stehen noch bevor. Die Frage, wie das Übermaß an staatlicher Förderung von Wohnungsbau und Wohnungsnutzung zurückgeführt werden soll, ist unbeantwortet.

Es gilt vor allem, für das selbstgenutzte Wohnungseigentum eine einheitliche und steuersystematisch befriedigende Regelung einzuführen und eine grundlegende Neuordnung in der sozialen Wohnungspolitik in die Wege zu leiten. Die Mietwohnungen des sozialen Wohnungsbaus müssen besser genutzt werden, die Spaltung des Wohnungsmarktes muß schrittweise beseitigt werden. Die Wahl der Maßnahmen sollten in jedem Fall davon mitbestimmt sein, die Belastung der öffentlichen Haushalte durch die Wohnungspolitik herabzusetzen.

Zu diesen Fragen hat sich der Sachverständigenrat bereits in seinem Sondergutachten vom Herbst vergangenen Jahres geäußert (SG 82 Ziffern 81 ff.). Er greift die Diskussion zu Einzelfragen hiermit wieder auf.

568. Der Nutzungswert der Wohnung im eigenen Hause unterliegt in der Bundesrepublik der Einkommensteuerpflicht. In den meisten Fällen wird ein vereinfachtes Verfahren zur Ermittlung der Einkünfte angewandt; der Nutzungswert der Wohnung wird mit 1 vH des um 40 vH erhöhten Einheitswertes angesetzt. Nur bis zur Höhe dieses sogenannten Grundbetrages ist der Abzug von Schuldzinsen, die im Zusammenhang mit dem Bau oder Erwerb des Hauses stehen, als Werbungskosten zulässig. Der Grundbetrag ist aufgrund der veralteten, vor allem die zwischenzeitlichen Preissteigerungen nicht widerspiegelnden Einheitswerte unrealistisch niedrig. Hierdurch ist die Besteuerung für den Eigentümer extrem gering, zumal die zusätzlich gewährten Abschreibungen nach § 7 b EStG in Rechnung zu stellen sind. Dies gilt jedenfalls für das in einem selbstgenutzten Haus investierte Eigenkapital. Soweit Fremdkapital eingesetzt wird, kann die steuerliche Belastung des in der Wohnung gebundenen Eigenkapitals sogar weiter gesenkt werden, da die Zinsen in der Regel höher sind als der auf das Fremdkapital entfallende Teil des Grundbetrages. Wegen der Begrenzung des Schuld-

zinsenabzugs werden im übrigen jedoch die auf das Fremdkapital entfallenden Erträge voll besteuert (beim Bezieher der Fremdkapitalzinsen, wenn sie bei diesem deklariert werden, es sei denn, sie wären dort aus besonderen Gründen ohnehin steuerfrei). Es bleibt festzuhalten, daß eingesetztes Eigenkapital bei dieser Art der Besteuerung privilegiert ist und nicht etwa benachteiligt.

Die zeitliche Verteilung der Steuerbelastung des selbstnutzenden Eigentümers kann jedoch Probleme bereiten. Für Bauherren, die Fremdkapital aufnehmen müssen, stellt das Bauen eine schwere Liquiditätsbelastung dar. Den Zinsausgaben stehen nämlich zum großen Teil zunächst nur Erträge in Form von Wertsteigerungen gegenüber, seien es nominelle wegen allgemein steigender Preise, seien es reale aus Gründen steigender Preise im Wohnungsbau. Diese Wertsteigerungen stellen zunächst jedoch keine Einnahmen dar, wenn sie auch die Beleihbarkeit des Hauses etwas verbessern. Zumal in der Anfangsphase des Wohnens, wenn noch keine Tilgungslast weggefallen ist, ergeben sich starke Liquiditätsbelastungen.

Dem Ziel, die Anfangsbelastung zu senken, hat der Gesetzgeber durch den auf 10 000 DM jährlich und auf 3 Jahre begrenzten zusätzlichen Schuldzinsenabzug für eigennutzende Bauherren entsprochen. Mit dieser Vorschrift wird jedoch nicht die Belastung zeitlich besser verteilt, sondern der Investor wird mit einem Geschenk bedacht. Dies erscheint angesichts der ohnehin eklatanten Minderbelastung, die das Eigenkapital genießt, wenn es in selbstgenutzten Häusern statt an anderer Stelle angelegt wird, unangemessen. Diese Bestimmung, konjunkturpolitisch begründet, ist denn auch nur als Übergangsregelung ausgestaltet worden, die von einer dauerhaften Neuregelung der steuerlichen Behandlung selbstgenutzter Wohnungen abgelöst werden muß.

569. Es stellt sich die grundsätzliche Frage, ob wie bei der Besteuerung anderer Investitionsgüter verfahren werden sollte (Investitionsgutlösung) oder ob man ganz von der Besteuerung von Eigenkapitalerträgen aus dem selbstgenutzten Wohneigentum abrücken sollte (Konsumgutlösung).

Die Investitionsgutlösung verwirklichen hieße, jede Wohnung so zu besteuern, als ob sie am Markt vermietet wäre. Der Mietwert, abzüglich aller Werbungskosten einschließlich der Instandhaltungsausgaben, der Absetzungen für Abnutzung und der im Zusammenhang mit der Finanzierung des Hauses stehenden Schuldzinsen, wäre zu versteuern. Wie bei einem Mietobjekt käme es beim Eigentümer zur Besteuerung der Kapitalerträge des Investitionsguts Wohnung, und zwar — wegen des Schuldzinsenabzugs — soweit diese auf den Eigentümer entfallen; die Zinsen wären beim Zinsempfänger steuerpflichtig.

Bei der Konsumgutlösung würde kein Mietwert angesetzt, aber auch kein Abzug von Werbungskosten zugelassen. Die selbstgenutzte Wohnung würde behandelt wie sonstiges Gebrauchsvermögen, für das

auch weder Abschreibungen noch Schuldzinsen geltend gemacht werden dürfen.

570. Es ist kein zwingendes Gebot der Steuersystematik, die Erträge aus Eigenkapital, das in Wohnungen investiert ist, von der Besteuerung dann freizuhalten, wenn die Wohnung vom Eigentümer selbst genutzt wird, denn der Erwerb einer Wohnung stellt stets auch Kapitalanlage dar, und dies ist den Eigentümern regelmäßig auch bewußt. Hinzu kommt die Ungleichbehandlung von Eigentümern und Mietern beziehungsweise von Besitzern eines eigengenutzten Hauses und Besitzern anderer Kapitalgüter, die mit der Konsumgutlösung verbunden wäre. Selbst wer eine Besteuerung von Kapitalerträgen eigentlich nicht für gut begründet hält, muß es bedenklich finden, wenn eine Freistellung von der Besteuerung nur punktuell vorgenommen wird.

Die unterschiedliche Belastung führt dazu, daß Kapital in eine volkswirtschaftlich wenig ertragreiche Richtung gelenkt wird. Dieser Anreiz ist zudem um so größer, je höher der Grenzsteuersatz ist, dem das Einkommen eines Haushalts unterliegt. Das bedeutet zugleich, daß die Steuerprogression teilweise unterlaufen werden kann.

571. Auf längere Sicht sind auch die Steuereinnahmen von Bedeutung, mit denen bei der Investitionsgutlösung gerechnet werden dürfte, obwohl es auch hier Abzugsposten gibt. Der Ansatz für den Mietwert wird mutmaßlich nicht voll der Miete entsprechen, und die Haushalte werden zum Teil verstärkt Geldvermögen bilden, anstatt wie bisher ihre Hypotheken so rasch wie möglich zu tilgen. Obwohl an sich unbedenklich, ist dies mit der Gefahr verbunden, daß ein wesentlicher Teil der Zinseinnahmen nicht ordnungsgemäß deklariert wird.

Das ist freilich bei der Konsumgutlösung nicht besser. Daher ist es kein Argument für die Konsumgutlösung, daß dabei der Anreiz zur Schuldentilgung größer ist, weil Schuldzinsen steuerlich nicht absetzbar sind. Denn bei der Konsumgutlösung bedeutet die Schuldentilgung die Wahl einer steuerfreien Kapitalanlage, und zwar in jedem Falle, nicht nur im Falle der Steuerunehrlichkeit. Die mangelhafte Erfassung von Zinseinnahmen ist auch im übrigen keine Besonderheit, die nur mit der Investitionsgutlösung verbunden wäre. Die Behandlung von Zinsen ist eine Frage, die im Zusammenhang mit der Fortentwicklung des Steuersystems als ganzem zu lösen ist. Ob und wie Zinserträge, auch die im Rahmen des Lebensversicherungssparens, besteuert werden sollen, müßte sich aus einer besseren Abstimmung der steuerlichen Behandlung von Fremdkapitalerträgen, Eigenkapitalerträgen und Investitionen ergeben.

572. Das Wichtigste bei der Investitionsgutlösung: Die gewünschte Liquiditätsentlastung des Investors in der Phase mit hohen Zinsverpflichtungen wird in einer steuersystematisch einwandfreien Weise erreicht und nicht, wie gegenwärtig beim erweiterten Schuldzinsenabzug durch zusätzliche Subventionen. Es kommt nämlich zu Beginn bei hohem

Schuldenstand und hohen Zinsausgaben zu einer starken Steuerentlastung. Dafür sind später bei erhöhtem Mietwert, dem geringe oder keine Zinsausgaben gegenüberstehen, um so mehr Steuern zu zahlen. Die Investitionsgutlösung bringt insgesamt einen höheren Barwert der Steuerbelastung mit sich, also einen Abbau der Subventionierung und doch wohl eine wichtige Erleichterung für die Bauherren. Dies gilt freilich nur dann, wenn die gemeinte Steuerbelastung auch effektiv wird.

573. Die für die Bauherren vorteilhafte zeitliche Verteilung der Steuerzahlungen findet ihr Spiegelbild bei den Einnahmen des Fiskus. Wenn nicht die Besteuerung aller Wohnungen gleichzeitig auf die Überschußrechnung umgestellt werden wird, muß zunächst mit erheblichen Steuerausfällen gerechnet werden. Gegen eine solche allgemeine Umstellung sprechen aber schon Gründe des Vertrauensschutzes für Bauherren, die in der Vergangenheit auf den Schuldzinsenabzug verzichten mußten (SG 82 Ziffer 84). Aus diesem Grunde muß man wohl die Einführung der Investitionsgutlösung zeitlich strecken und diese zunächst nur bei neugebauten und durchgreifend modernisierten Wohnungen einführen. Dann kommt es zunächst zu einem erheblichen Steuerausfall. Einen gewissen, wenn auch nicht ausreichenden Ausgleich würde der Fiskus auch haben, wenn im übrigen Bestand durch eine deutliche Anhebung der Grundbeträge die Nutzungswertbesteuerung wieder normalisiert wird. Außerdem könnten Mittel aus Änderungen beim sozialen Wohnungsbau frei werden (Ziffer 582). Wenn man nicht mit der derzeit geltenden teuren Zwischenlösung vergleicht, bliebe es bei einem Gegenüber der kurzfristigen und der langfristigen Gesichtspunkte.

574. Steuersystematisch befriedigend erscheint die Besteuerung des selbstgenutzten Wohnraums in jedem Falle nur, wenn dieser unabhängig von der Zahl der im übrigen im Hause vorhandenen Wohnungen stets gleichbehandelt wird. Was sich anderenfalls an Problemen ergibt, zeigt sich beim geltenden Recht mit seinem bislang fortbestehenden Dualismus für Häuser, die ausschließlich selbst genutzt werden, und solchen mit (zumindest) einer weiteren vermieteten Wohnung, bei denen gegenwärtig die Investitionsgutlösung praktiziert wird. Bei geschicktem Übergang von der Überschußrechnung zur Nutzungswertbesteuerung — früher durch Artfortschreibung, heute durch Beginn der ausschließlichen Eigennutzung — ist häufig eine Besteuerung ganz zu vermeiden, von der zusätzlichen Entlastung durch die beschleunigten Abschreibungen nach § 7 Abs. 5 oder § 7b EStG ganz abgesehen. Dies ist für den Staat enorm teuer. Es stellt überdies eine Begünstigung derjenigen dar, deren Einkommen einer hohen Grenzbelastung unterliegt. Eine solche Möglichkeit, die Vorteile zweier Besteuerungsarten zu kombinieren, müßte den Eigentümern in jedem Falle verweigert werden. Und auch wenn zwischenzeitlich der Eigentümer wechselt, müßte ausgeschlossen werden, daß ein Haus, das der Besteuerung nach der Überschußrechnung

unterlag, später in den Vorzug der niedrigen Grundbetragsbesteuerung kommt.

Doch auch ein Dualismus dieser Art: Konsumgutlösung für allen selbstgenutzten Wohnraum, Investitionsgutlösung für Mietwohnraum, erscheint problematisch. Die Abfolge einer Vermietungsphase, in der hohe Schuldzinsen und andere Absetzungen, steuerlich gesehen, Verluste aus Vermietung und Verpachtung verursachen, und einer anschließenden Phase der Selbstnutzung ist ähnlich wie die Artfortschreibung zu beurteilen. Die Steuerspareffekte werden denn auch zum Beispiel von den Organisatoren sogenannter Mietkaufmodelle hervorgehoben. Bei solch uneinheitlicher Besteuerung wäre eine Steuerpflicht bei Beginn der Selbstnutzung angebracht, um die Buchgewinne zu erfassen, die bei weiterer Vermietung wegen der vorangegangenen erhöhten Absetzungen angefallen wären.

575. Auch bei einer reinen Investitionsgutlösung freilich wirkt die volle Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen Probleme auf, wenngleich nicht so krass wie bei der Möglichkeit der Kombination mit der Konsumgutlösung. Die Probleme sind die gleichen, die im gegenwärtigen Steuerrecht beim privaten Mietwohnungsbau vor allem unter dem Rubrum Bauherrenmodelle auftauchen und ohnehin gelöst werden sollten.

In den ersten Jahren nach dem Bau oder dem Erwerb einer Wohnung, die mit Fremdmitteln finanziert wurden, kommt es regelmäßig zu Verlusten aus Vermietung und Verpachtung (Ziffer 572). Dem steht zwar grundsätzlich ein deutlicher Überschuß der Mieten über die Abschreibungen in der Zukunft gegenüber, und insoweit stellt die Investitionsgutlösung in langfristiger Rechnung kein Verlustgeschäft für den Fiskus dar, sondern bedeutet Teilhabe des Staates an den Kapitalerträgen aus dem Wohnungsbau, positiven wie negativen, wie bei anderen Investitionen auch. Doch sieht das Urteil anders aus, wenn man die Möglichkeit ins Bild rückt, daß die Häuser zwischenzeitlich veräußert werden. Wenn der Verkauf nicht gerade innerhalb der zwei Jahre betragenden sogenannten Spekulationsfrist erfolgt, brauchen die Veräußerungsgewinne — abweichend von den Regeln für gewerbliche Investitionen — nicht versteuert zu werden. Da der Erwerber von seinen vollen Anschaffungskosten, also einschließlich der Wertsteigerungen abschreiben darf, ergibt sich, daß ein Wohnobjekt, das den Eigentümer wechselt, im ganzen zu mehr als 100 vH der ursprünglichen Herstellungskosten abgeschrieben werden kann. Soweit diese Wertsteigerungen inflationsbedingt sind, mag man das als eine Vorkehrung zur Minderung der Scheingewinnbesteuerung betrachten. Zu Veräußerungsgewinnen in Form einer Abweichung der Verkaufspreise von den Buchwerten kommt es aber auch, wenn keine allgemeinen Preissteigerungen vorliegen; denn die Absetzungen für Abnutzung nach § 7 Absatz 5 EStG eilen in aller Regel der tatsächlichen Wertminderung eines Gebäudes voran.

Dadurch werden diejenigen, die ein Haus verkaufen, besser gestellt als diejenigen, die ihr Haus lang-

fristig selbst nutzen. Insbesondere die Haushalte mit hoher Grenzbelastung des Einkommens werden veranlaßt, Wohneigentum nur vorübergehend, während der Phase der Verluste aus Vermietung und Verpachtung zu halten, um Steuern zu sparen.

576. Es wäre nach einer steuerlichen Regelung für den Eigentumsübergang zu suchen, bei der die Veräußerer hinsichtlich der zuvor gewährten Steuervorteile nicht mehr besser gestellt wären, als wenn sie ihre Wohnung weiter besäßen. Dies würde genau genommen erfordern, daß ein Veräußerer nachbelastet wird mit dem Barwert der steuerlichen Nachteile, die er durch den Verkauf vermeidet. Diese Nachteile resultieren daraus, daß er bei eigener Weiternutzung künftig geringere als die normalen Absetzungen für Abnutzung hätte verrechnen dürfen, Gegenstück der großzügigen Abschreibungen zuvor. Eine ausreichende Näherung würde aber schon eine Regelung darstellen, nach der die Summe der zunächst aufgelaufenen Abschreibungsvorteile gleichsam vom Veräußerer an den Erwerber weitergereicht würden. So könnten die kumulierten Abschreibungserleichterungen beim Veräußerer nachversteuert werden, und der Erwerber könnte sie in Form einer Sofortabschreibung von seinen Anschaffungskosten steuermindernd geltend machen. In diesem Fall wären unterschiedliche Grenzsteuersätze ohne Einfluß auf die Vorteilhaftigkeit eines Eigentumswechsels.

Was als Summe der aufgelaufenen Abschreibungsvorteile gelten soll, kann verschieden definiert werden. In Frage käme zum Beispiel die Differenz zwischen dem Buchwert und einem Restwert, wie er sich ohne beschleunigte Abschreibungen ergeben hätte. Der eigentliche Veräußerungsgewinn, der Unterschied zwischen dem Restwert ohne beschleunigte Abschreibungen und dem Verkaufspreis, würde wie bisher steuerfrei bleiben.

577. Aus Gründen der Eigentumspolitik mag man fiskalische Hilfen vorsehen wollen. Man möchte hierfür am ehesten Raum sehen, wenn die bestehende steuerliche Privilegierung des eigenfinanzierten selbstgenutzten Wohnraums zugunsten einer unverfälschten Investitionsgutlösung abgeschafft ist, das heißt zugunsten einer Besteuerung, bei der anfängliche Steuerminderungen zu späteren Mehrbelastungen führen. Zu bedenken ist aber, daß auch künftig zu erwartende Unvollkommenheiten der steuerlichen Erfassung bei der Mietwertbestimmung ohnehin schon eine Besserstellung der Eigennutzung von Wohnraum gegenüber der Vermietung bewirken werden. Hierauf wäre bei der Frage einer Subvention Rücksicht zu nehmen. Im übrigen ist zu verlangen, daß das Niveau der Förderung Kontakt hält zu der Förderintensität, mit der der Staat an anderen Stellen mit eigentumspolitischer Rechtfertigung tätig wird.

In Frage kommen könnte es immerhin, die Ausgaben zur Hypothekentilgung, die als Nachsparen ebenso der Altersvorsorge dienen wie etwa das Bausparen, zum begrenzten Abzug als Sonderausgabe nach § 10 EStG zuzulassen. Die steuerliche Entlastung würde bei den üblichen Annuitätsdarle-

hen mit zunehmendem Tilgungsanteil im Laufe der Zeit steigen. Damit würde die zeitliche Verteilung der Belastung, die mit der Besteuerung nach dem Investitionsgutmodell einhergeht, gleichmäßiger. Durchschlagende Gründe für eine Begrenzung dieser vorsorgepolitischen Vergünstigungen auf Eigentümer eigengenutzten Wohnraums sind jedoch wohl kaum zu finden. Man müßte auch andere Anlagen in gleicher Weise behandeln, nicht zu vergessen risikotragende Anlagen.

578. Bei der Konsumgutlösung gibt es keinen Anlaß für eine zusätzliche Förderung. Zu gewichtig ist schon der Vorteil der Steuerfreiheit der Eigenkapitalerträge, das heißt der Steuerfreiheit des auf das Eigenkapital entfallenden Nutzungswertes. Der anfänglichen Liquiditätsbelastung des Bauherren Rechnung zu tragen, müßte dazu führen, im späteren Verlauf der Nutzungsdauer einer Wohnung doch wieder vom Konsumgutmodell abzuweichen.

Diesem Gedanken würde die derzeitige Kombination von erhöhten Absetzungen nach § 7b EStG und der Besteuerung des Nutzungswertes in etwa entsprechen, wenn der Nutzungswert angemessen fortgeschrieben würde. Schon aus diesem Grunde ist eine höhere Besteuerung der jetzigen Wohnungseigentümer angebracht.

Die Aufstockung des Anfangsvorteils nach § 7b EStG durch den zusätzlichen Schuldzinsenabzug von 10 000 DM für drei Jahre war eine Vorleistung; im Falle einer Verlängerung dieser Regelung stellt sich die Frage nach einer zusätzlichen Erhöhung der späteren Belastung. Dies wäre auch ein Weg, sich auf die Investitionsgutlösung zuzubewegen.

Bei der Konsumgutlösung wäre ein begrenzter Sonderausgabenabzug für Hypothekentilgungen nicht angezeigt, da wegen des fehlenden Schuldzinsenabzugs die Spartätigkeit der Eigentümer selbstgenutzten Wohnraums ohnehin in Richtung möglichst zügiger Entschuldung ihres Wohneigentums verzerrt ist. Selbstnutzende Eigentümer werden dazu gedrängt, ihre Eigenmittel auch dann zu einer möglichst schnellen Entschuldung ihres Hauses einzusetzen, wenn sie eigentlich ihre Vermögensanlagen diversifizieren möchten und ein höher belastetes Haus zusammen mit einer anderen Vermögensanlage vorzögen.

579. Zur Förderung des Baus selbstgenutzter Häuser sieht § 34f EStG eine Sonderleistung für Familien mit zwei und mehr Kindern vor. Man kann hierin eine Besserstellung gegenüber vergleichbaren anderen Familien, die zur Miete wohnen, sehen. Andere heben hervor, daß es gerade kinderreichen Familien sehr schwerfällt, den wesentlich größeren Anteil ihres Einkommens fürs Wohnen aufzubringen, der beim Erwerb einer Wohnung nötig ist. Sie wären jedenfalls im offenen Nachteil gegenüber Familien, die subventioniert zur Miete wohnen. Richtig ist, daß auch das Subventionieren von Mietwohnungen im Prinzip aufhören sollte, und in jedem Falle sollte es keine Diskriminierung zwischen Mietern und Eigennutzern von Wohnungen geben. Im übrigen sollte bedacht werden, ob nicht das Problem der Belastungsfähigkeit von kinderreichen

Familien grundsätzlich zu denen gehört, die in den allgemeinen familienbezogenen Regeln des Einkommensteuerrechts zu berücksichtigen sind.

580. Eine lange Bindungsfrist für Bausparer gehört zur Rechtfertigung der vorteilhaften Behandlung der Bausparraten als Sonderausgaben bei der steuerlichen Einkommensermittlung. Pläne, die Bindungsfrist zu verkürzen, sind von daher nicht zu begründen. Das Bausparen auf diese Weise auch für diejenigen steuerlich attraktiv zu machen, die gar nicht selbst bauen wollen, sondern nach möglichst kurzer Bindungsfrist ihre Ansprüche an andere zu übertragen vorhaben, heißt verstärkt steuerbegünstigtes Kapital in den Wohnungsbau zu lenken. Dazu besteht kein Anlaß.

Dies würde ganz besonders gelten, wenn das Konsumgutmodell oder eine ähnliche Lösung für die Besteuerung des selbstgenutzten Wohnraums eingeführt würde. Mit der Konsumgutlösung wäre eine Ausweitung des Verbots verbunden, Schuldzinsen abzuziehen. Für die Kreditnehmer der Bausparkassen wäre dies aber weniger gravierend als für andere Schuldner, da für Bauspardarlehen ein besonders niedriger Zins zu zahlen ist. (Dieser niedrige Zinssatz ist zwar nur Gegenstück der geringen Sparzinsen in der Ansparphase. Doch zahlen die Bausparer wegen dieses niedrigen Niveaus ihrer Zinseinnahmen bereits weniger Steuern, so daß die unterschiedliche Situation der Kreditnehmer in der Verschuldungsphase auch zu einer Differenzierung der Steuerbelastung führen müßte.) Das Konsumgutmodell brächte also den Bausparkassen einen zusätzlichen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Realkreditinstituten.

581. Die Situation im sozialen Wohnungsbau gibt nach wie vor Anlaß zu besonderer Klage. Die Förderung ist schon fiskalisch viel zu teuer. Sie verfälscht die Marktsignale und führt so zur Verschwendung. Und sie kommt nicht in erster Linie denen zugute, die einer staatlichen Hilfe bedürfen.

Der Kreis der Förderungsberechtigten ist über großzügige Einkommensgrenzen so weit gezogen, daß selbst bei unverzerrten Chancen, eine neue Sozialwohnung zu mieten, nur ein kleiner Teil der besonders Bedürftigen in den Genuß der Vorteile gelangen könnte. Zudem sind diese Chancen nicht unverzerrt. Der hohen Neubaumieten wegen, auch im Bereich des sozialen Wohnungsbaus, können sich ohne hohe Zusatzförderung nur Haushalte mit Einkommen nahe der Einkommensgrenze eine neue Sozialwohnung leisten; aus diesem Grunde sind diese Grenzen auch so hoch. Hinzu kommt, daß ein Teil des öffentlich geförderten Wohnraums von Haushalten belegt ist, die nicht mehr als förderungswürdig gelten. Außerdem weisen die Mieten von Sozialwohnungen Unterschiede auf, für die es keine vernünftige Rechtfertigung gibt.

Vieles liegt an dem Verfahren zur Bestimmung der Sozialmieten. Grundsätzlich richten sich die Sozialmieten nach der sogenannten Kostenmiete. Diese weist als Maßstab für eine verbilligte Marktmiete erhebliche Defekte auf. Zu den Mängeln der Ko-

stenmiete zählt vor allem, daß sie an die Bau- und Finanzierungskosten für das einzelne Objekt gebunden ist und anders als Marktmieten im Prinzip konstant ist. Die starre Kostenmiete führt in Zeiten der Geldentwertung zu ganz absonderlichen Abweichungen von der Marktmiete.

Während die Marktmiete inflationsbedingt steigt, bleibt die Kostenmiete (ausschließlich Instandhaltungskosten und Bewirtschaftungskosten) nominal konstant. Für den Neubau ergibt das Berechnungsverfahren exorbitant hohe Kostenmieten, die in den ersten Jahren teilweise an das Dreifache der Marktmiete heranreichen. Die Wohnungen können nur dann an Sozialmieter vermietet werden, wenn die sogenannte Kostenmiete durch entsprechende Subventionen verbilligt wird. Die hierfür gewährten, meist degressiven Aufwendungshilfen reichen oft nicht einmal aus, die Kostenmiete zu halten. Bei älteren Beständen hingegen hat die seit dem Bau der Wohnung eingetretene Inflation dafür gesorgt, daß die Kostenmieten deutlich hinter den Marktmieten zurückgeblieben sind. Von einem Teil der ältesten Sozialwohnungen wiederum, deren Standard weit hinter den gestiegenen Ansprüchen zurückbleibt, wird von Schwierigkeiten berichtet, diese zur vollen Kostenmiete zu vermieten.

Als Folge dessen

- hat der Subventionsaufwand für den Bau einer Sozialwohnung erheblich zugenommen,
- ergibt sich im Laufe der Zeit eine krasse Abweichung von einer marktgerechten Miete, so daß die Begünstigten dazu veranlaßt werden, in Wohnungen von einer Größe und Qualität zu leben, die ihnen sehr viel weniger zusätzlichen Nutzen stiften als eine entsprechende Einkommensübertragung zur freien Verwendung,
- ist die Mobilität der Bewohner von vergleichsweise billigen Sozialwohnungen eingeschränkt, die lieber zusätzliche Kosten des Pendelns oder gar der Arbeitslosigkeit auf sich nehmen, als den Wohnort zu wechseln.

582. Die ärgsten Mängel ließen sich dadurch verringern, daß das Verfahren zur Bestimmung der gebundenen Miete geändert würde. Weit besser wäre es freilich, wenn die Mieten im Sozialwohnungsbestand zügig an die Marktmieten angeglichen würden. Die Mieter wären dann mit Marktpreisen konfrontiert und träfen ihre Wohnentscheidung in Ansehung der vollen Kosten.

Diejenigen, die zur Zielgruppe der sozialen Wohnungspolitik gehören, könnten durchaus weiterhin in die Lage versetzt werden, sich Wohnraum zu tragbaren Belastungen zu verschaffen, wenn die Leistungen nach dem Wohngeldgesetz teilweise aufgehoben würden. Das wäre auch fiskalisch vertretbar, da mit dem weitgehenden Rückzug des Staates aus der Objektförderung Mittel frei würden. Weitere Mittel könnte sich der Staat durch eine Abschöpfung bei den Gewinnen beschaffen, die eine Liberalisierung des Wohnungsmarktes dort mit sich brächte, wobei die Marktmiete deutlich über

der Kostenmiete liegt. Das sind die sogenannten Gebiete mit besonderem Wohnungsbedarf und andere Großstädte.

Der herkömmliche Sozialwohnungsbau könnte für einen sehr eng begrenzten Kreis von Wohnberechtigten zum Beispiel Behinderte und Familien mit vielen Kindern, fortgeführt werden. Aber auch hier wäre anzustreben, die Versorgung in erster Linie aus dem vorhandenen Bestand an Wohnungen sicherzustellen; denn eine Subventionierung des Neubaus ist allemal viel teurer als die Subventionierung von Wohnungen für Sozialmieter aus dem Bestand, insbesondere wenn es sich um ältere Wohnungen handelt. Es wäre zu erwägen, dies dadurch zu erreichen, daß die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, die bei einer Freigabe der Mieten für Sozialwohnungen Spielraum für eine neu definierte Aufgabe hätten, in begrenztem Umfang und unter Einschaltung der Kommunen zu einer Andienung gegenüber Mietern verpflichtet werden, die auf dem freien Wohnungsmarkt nicht zu zumutbaren Bedingungen zum Zuge kommen. Immerhin: In Sanierungsgebieten, in denen die Verdrängung von Haushalten mit geringerem Einkommen droht, könnte der Sozialwohnungsbau eine gewisse Berechtigung behalten.

583. Die Bundesregierung hat im Herbst vergangenen Jahres erste Schritte zu einer Liberalisierung des Mietrechts durch die Zulassung von Staffelmieten, Zeitverträgen und Vorschriften für eine aktuellere Vergleichsmiete eingeleitet. Geblieben ist der obligatorische Kündigungsschutz der Mieter. Der Kündigungsschutz bedeutet für die Vermieter, daß sie sich darauf einzustellen haben, in der Verwendung ihrer Wohnung auf längere Zeit hin eingeschränkt zu sein, auch Einbußen an Mieten gegenüber einer Neuvermietung hinnehmen zu müssen, etwa wenn sich eine Wertsteigerung des Wohnviertels ergibt. Hierbei spielt eine Rolle, daß Vergleichsmieten immer nur unvollkommen auf die Besonderheiten des Einzelfalls Rücksicht nehmen können. Die Einschränkung der Ertragschancen findet früher oder später ihren Niederschlag in höheren Anfangsmieten. Auch solche Mieter werden daher mit höheren Kosten belastet, die nicht die Absicht gehabt hätten, durch Beharren auf längerer Vertragsdauer dem Vermieter die Chance auf spätere höhere Erträge zu nehmen.

Die Kosten, die der Kündigungsschutz für die Gesamtheit der Vermieter und die Gesamtheit der Mieter verursacht, könnten gesenkt werden, wenn Anbieter und Nachfrage die Mietverträge ihren unterschiedlichen Bedürfnissen entsprechend ausgestalten könnten, das heißt, wenn der Vertragsfreiheit im Mietrecht wieder mehr Geltung verschafft würde.

Gegen die Wiederherstellung von mehr Vertragsfreiheit im Mietrecht wird vor allem eingewendet, daß sie die Mietpreise anhaltend steigern werde. Richtig ist, daß die durch den Mieterschutz niedrig gehaltenen Mieten bei älteren Verträgen wahrscheinlich etwas stärker steigen werden; die Mieten für neue oder modernisierte Wohnungen oder bei

neuen Mietverträgen dürften jedoch niedriger ausfallen als unter den geltenden rechtlichen Regeln erwartet werden muß. Es ist anzunehmen, daß die Vermieter, die bisher als Ausgleich für die Einschränkung ihrer Eigentumsrechte einen Risikozuschlag in ihrer Mietforderung einkalkuliert haben, auf diese wirtschaftliche Absicherung verzichten können, wenn der Mieter auf einen so weitgehenden Kündigungsschutz verzichtet, wie er ihn jetzt kraft Gesetzes beanspruchen muß.

Die Wiederherstellung von mehr Freiheit bei Mietverträgen bedeutet nicht, daß der Gedanke des Mieterschutzes preisgegeben werden müßte. Eine marktgerechte Sicherung für Mieter ließe sich dadurch erzielen, daß alternative Vertragsmuster zugelassen würden, die den unterschiedlichen Interessen der Mieter Rechnung tragen. Man könnte daran denken, neben dem Recht, Zeitmietverträge abschließen zu dürfen, zwei oder drei Vertragstypen für auf unbestimmte Zeit geschlossene Verträge zu schaffen. Einer dieser Verträge könnte wie das jetzige Mietrecht ausgestaltet sein. Ein Mietvertrag mit kurzen Kündigungsfristen und der Möglichkeit einer Änderungskündigung wäre der Gegenteil zum Dauermietrecht. Zwischen diesen Verträgen hätten die Marktpartner eine freie Wahl. Gleiche Wohnungen könnten am Markt, je nach Vertragstyp, zu unterschiedlichen Preisen angeboten werden. Die Mietpreisdifferenzen, die sich am Markt für Wohnungen gleicher Größe und Qualität herausbilden, zeigen dann an, welchen Preis der Mieterschutz aufgrund der Bewertung von Nachfragern und Anbietern hat.

In Stadtteilen, in denen alsbald mit einer Umwidmung zu rechnen ist, würden vorzugsweise kürzerlaufende Verträge abgeschlossen. Die Stadtsanierung würde möglichst wenig behindert — nur so viel wie erforderlich ist, um das Mieterinteresse am Kündigungsschutz zu befriedigen.

VI. Agrarpolitik: Teure Überschüsse

584. Die europäische Agrarpolitik ist unter Entscheidungszwang geraten. Über viele Jahre hinweg hat sie selbst grundlegende Konflikte mit anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik, aber auch unterschiedliche Interessen innerhalb der Agrarpolitik durch Zugeständnisse hier und da und einen stark ansteigenden finanziellen Aufwand überspielt. Unter dem Druck stark anwachsender Produktionsüberschüsse und leerer Kassen sind nun durchgreifende Veränderungen unausweichlich geworden. Der Produktionszuwachs an landwirtschaftlichen Erzeugnissen in der Europäischen Gemeinschaft übertrifft den Nachfrageanstieg beträchtlich. Während die landwirtschaftliche Erzeugung langfristig um etwa 1,5 vH bis 2 vH jährlich anstieg, nahm der Verbrauch nur um etwa 0,5 vH jährlich zu. Die Agrarpolitik hat von Anbeginn an einer ausgewogenen Entwicklung von Angebot und Nachfrage auf den Agrarmärkten zu wenig Rechnung getragen. Sie hat ihre Entscheidungen vielmehr vorwiegend darauf konzentriert, Probleme kurzfristig zu bewäl-

tigen und einkommenspolitische Ziele zugunsten der Landwirtschaft durchzusetzen.

585. Daß die Agrarpolitik so lange Zeit die Erfordernisse einer ausgewogenen Marktentwicklung so grundlegend mißachtet hat und mißachten konnte, war in dem System der Agrarmarktordnungen angelegt. Die Einführung von Garantiepreisen, über deren Neufestsetzung jährlich in einem Entscheidungsfindungsprozeß beraten werden muß, in dem die Interessen der landwirtschaftlichen Erzeuger weit stärker vertreten werden als die der Verbraucher oder anderer Gruppen, war die Einladung zu einer Politik, die Markterfordernisse den Einkommensansprüchen unterordnet.

Daß diese Politik so lange durchgehalten werden konnte, lag daran, daß durch das Marktordnungssystem mit seinem wirkungsvollen Außenschutz zunächst Drittlandimporte durch heimische Erzeugung verdrängt wurden. Dies hatte zwar einen dämpfenden Effekt auf die Einnahmen aus den Abschöpfungen, rief aber kaum Widerspruch innerhalb der Gemeinschaft hervor. Proteste von seiten der Drittländer wurden ignoriert. Wo man sie nicht ignorieren konnte, wurden die Drittländer durch besondere Vereinbarungen in die Praktiken der EG-Außenhandelspolitik eingebunden. Über die Selbstversorgung hinaus kam es schließlich zu Produktionsüberschüssen. Überschüsse waren anfangs kein Hindernis für die Fortsetzung dieser Politik; denn für Produktionsüberschüsse sehen die Marktordnungen vor, daß diese durch Exporterstattungen aus der EG-Kasse auf dem Weltmarkt abgesetzt oder, durch vielfältige Zuschüsse und Beihilfen begünstigt, auf dem Inlandsmarkt untergebracht oder gar vernichtet werden können. All diese Maßnahmen sind zwar zumeist mit einem beträchtlichen finanziellen Aufwand verbunden; solange die Europäische Gemeinschaft aber über ausreichende Mittel verfügte (und die Finanzausstattung ist für die Aufgaben, die der Europäischen Gemeinschaft übertragen sind, durch den Eigenmittelbeschuß im Jahre 1973 reichlich bemessen worden) und solange die exportierten Mengen nicht so groß waren, daß sie den Widerstand traditioneller Agrarexportländer herausforderten, war dies kein Hindernis. Doch gerade mit diesem Verhalten hat sich die Agrarpolitik in die Sackgasse hineinmanövriert. Daß sie die strukturelle Anpassung des Agrarsektors an die langfristige Nachfrageentwicklung zu einer Zeit beschränkt hat, als die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen für einen Strukturwandel ausgesprochen günstig waren, erwies und erweist sich heute als schwere Hypothek für die künftige Entwicklung der Landwirtschaft und der Landwirtschaftspolitik.

586. Erst Ende der siebziger Jahre sah sich die EG-Agrarpolitik unter dem Druck spektakulär anwachsender finanzieller Belastungen für die Marktordnungspolitik und einer absehbaren Erschöpfung der Haushaltsmittel gezwungen, ihr Augenmerk stärker auf das Ziel einer längerfristig ausgewogenen Marktentwicklung sowie auf den Abbau der strukturellen Überschüsse zu richten. Die EG-Kommission zeigte Einsicht in die Notwendigkeit, zu einer an der Marktentwicklung ausgerichteten

Preispolitik überzugehen, und das hieß angesichts der hohen Produktionsüberschüsse zu einer restriktiven Preispolitik. In der Tat fielen die Anhebungen der EG-Marktpreise für einige Jahre geringer aus als in den Jahren zuvor.

Die Chance, durch eine institutionelle Absicherung einer solchen, an der längerfristigen Marktentwicklung orientierten Strategie die Agrarpolitik aus der Sackgasse herauszuführen und eine längerfristig tragfähige Basis zu geben, wurde jedoch vertan. Als infolge stark ansteigender Preise auf den Weltagrarmärkten und daher günstigerer Verwertungsmöglichkeiten der Überschüsse auf dem Weltmarkt der Druck der leeren Kassen nachließ, schwanden auch der Reformeifer und die Bereitschaft, unbequeme, aber längerfristig unumgängliche Entscheidungen zu treffen. Es wurden wieder Preisanhebungen beschlossen, die mit einer auf Marktausgleich ausgerichteten Politik unvereinbar waren. Erste produktionsdämpfende Effekte, die der Übergang zu einer restriktiveren Preispolitik bewirkt hatte, wurden mehr als zunichte gemacht, und schlimmer noch, es wurde die Glaubwürdigkeit in eine grundlegende Neuausrichtung der Agrarpolitik verspielt. Die Landwirte konnten den Vorrang, den eine Zeitlang die Orientierung an der Marktentwicklung vor der Sicherung ihrer Einkommensansprüche hatte, als eine Art Betriebsunfall in der Agrarpolitik interpretieren. Die Glaubwürdigkeit einer solchen Neuausrichtung war ohnehin stark gefährdet; denn die zunehmenden Überschußprobleme hatten die Agrarpolitik nicht davon abgehalten, durch strukturelle Maßnahmen den Aufbau und die Erweiterung von Produktionskapazitäten im landwirtschaftlichen Bereich weiterhin zu fördern und so zur Überschußproduktion anzureizen.

587. Die Entlastung, die von der Entwicklung der Weltmarktpreise kam, ist inzwischen vorbei. Die EG-Produktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen hat zugenommen und steigt weiter an — auf dem Milchmarkt, auf dem die Produktionsüberschüsse besonders drücken, sogar stärker als zuvor. Der Finanzierungsspielraum der Europäischen Gemeinschaft ist erschöpft. Entscheidungen, agrarpolitische wie haushaltspolitische, sind unausweichlich. Hierüber herrscht kein Dissens, auch nicht darüber, daß es jetzt nicht nur um kurzfristiges Krisenmanagement gehen kann. Wie die Neuausrichtung der Agrarpolitik aussehen und durchgesetzt werden soll, ist dagegen äußerst umstritten.

588. Die EG-Kommission hat — gemäß dem Auftrag des Europäischen Rates auf dem Stuttgarter Gipfel — im Sommer dieses Jahres Reformvorschläge zur EG-Agrarpolitik ausgearbeitet, die eng an frühere Empfehlungen der Kommission anknüpfen. Eine Einschränkung der Preis- und Interventionsgarantie in den Marktordnungen auf vorher festgesetzte Mengen, sogenannte Garantieschwellen, und eine restriktive Preispolitik sowie ein Abbau der zahlreichen Beihilfen und Prämien sollen der EG-Agrarpolitik eine tragfähige Basis für die kommenden Jahre geben. Zur Flankierung dieser Politik gibt es ein ganzes Bündel von Überlegungen und Vorschlägen. So ist man beispielsweise be-

strebt, Hemmnisse für die Entwicklung der Biotechnologie auszuräumen und neue Produktionsmöglichkeiten im Bereich der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen (Biomasse) zu erschließen. Durch eine Fettsteuer und eine Verschärfung des Außenschutzes sollen Drittlandimporte weiter zurückgedrängt werden. Speziell für den Milchmarkt, auf dem kurzfristig einschneidende Maßnahmen zur Eindämmung der Produktionsüberschüsse unumgänglich sind, schlägt die EG-Kommission vor, Mengen, die über die Produktion des Jahres 1981 hinausgehen, mit einer Abgabe in Höhe von 75 vH des Milch-Richtpreises zu belegen. Die Bundesregierung hat der Erhebung einer solchen Abgabe im Prinzip zugestimmt.

589. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß es aus gesamtwirtschaftlicher Sicht keine vertretbare Alternative zu einer am längerfristigen Marktausgleich orientierten Preispolitik gibt. Auch der Sachverständigenrat hat sich hierzu ausführlich geäußert (JG 80 Ziffern 455 ff.). Er hat für die Vorstellung geworben, daß eine solche Politik durch entsprechende Beschlüsse über die Grundlinien der Marktordnungspolitik auf längere Sicht abgesichert sein muß (Selbstbindung des Ministerrats). Hieran fehlt es nach wie vor.

Der Versuch, über Garantieschwellen die überzogene Preisgarantie zurückzuschrauben, könnte auf den ersten Blick als solche institutionelle Absicherung einer restriktiven Preispolitik verstanden werden — jedenfalls insoweit, als bei Überschreiten dieser im voraus festgesetzten Schwelle künftige Preiserhöhungen automatisch verringert werden. Diese Interpretation hält aber einer näheren Betrachtung nicht stand, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen können Garantieschwellen nicht nur als Bremse für Preissteigerungen, sondern auch der Durchsetzung von Preisanhebungen über eine Preisspaltung oder der Durchsetzung von Mengenbeschränkungen dienen. Zum anderen können sie nicht sichern, daß bei ihrer Festsetzung den Erfordernissen eines längerfristigen Marktgleichgewichts hinreichend Rechnung getragen wird.

Die EG-Agrarmarktordnungen bieten bereits heute Anschauungsmaterial, auf wie vielfältige Weise Garantieschwellen angewendet werden können. In die Marktordnungen für Getreide und Milch haben sie als Bremse für Preisanhebungen Eingang gefunden. In anderen Marktordnungen, wie in derjenigen für Baumwolle, dienen sie der Begrenzung für Produktionsbeihilfen auf eine bestimmte Menge und bewirken damit eine Preisspaltung. In der Milchmarktordnung werden Garantieschwellen auch für die Festsetzung von Mitverantwortungsabgaben herangezogen, durch die Erzeuger an den Kosten der Verwertung der Überschußproduktion beteiligt werden sollen. In der Zuckermarktordnung schließlich findet die Garantieschwelle eine noch schärfere mengenbeschränkende Ausprägung; hier sind von Anfang an einzelstaatliche und einzelbetriebliche Produktionsquoten festgelegt worden. Der Sachverständigenrat hat ausführlich dargelegt, warum von Mengenbeschränkungen dieser Art nichts zu halten ist (JG 80 Ziffern 455 ff.). Unvereinbarkeit mit der

marktwirtschaftlichen Ordnung, Spielraum für weitere marktinkonforme Preisanhebungen, Effizienzverluste und Strukturverhärtungen, Probleme der politischen und administrativen Handhabung sowie Probleme der Durchsetzung und Kontrolle — und all dies nicht nur vorübergehend, sondern auf Dauer — sprechen eindeutig gegen derartige Maßnahmen.

Bei der Festsetzung von Garantieschwellen ist zudem die Neigung groß, im Kampf um Besitzstände und um die Einräumung von Möglichkeiten zur Ausnutzung noch nicht ausgeschöpfter Produktionsreserven die Schwellen höher anzusetzen, als zum Abbau der Produktionsüberschüsse angezeigt ist. Dabei werden von vornherein Interessen von Drittländern an Importmöglichkeiten in die Europäische Gemeinschaft hintangesetzt. Die beschlossenen Garantieschwellen für Getreide und Milch bestätigen beispielsweise die Erfahrungen, die seit Jahren mit der Zuckermarktordnung hinsichtlich der (zu hohen) Quotenfestsetzung gemacht werden. Garantieschwellen sind deshalb ungeeignet zur Absicherung einer restriktiven Preispolitik. Sie können eine Selbstbindung des Ministerrates durch Beschlüsse über die Marktordnungspolitik auf längere Sicht nicht ersetzen.

590. In gesamtwirtschaftlicher Sicht muß der Handlungsspielraum neu abgegrenzt und fest vorgegeben werden, in dem sich der agrarpolitische Entscheidungsprozeß vollziehen kann, der mit seinem täglichen Einigungszwang ständig auf eine Ausweitung des ihm gesetzten Rahmens drängt. Mit der Formulierung von Grundsätzen wie den Prinzipien des Marktausgleichs, der Kostenobergrenze, der Eigenverantwortung der Landwirte sowie des begrenzten Außenschutzes und der allmählichen, aber verlässlichen Liberalisierung hat der Sachverständigenrat aufgezeigt, wie ausgehend von den Vereinbarungen des EWG-Vertrages die Basis für eine Agrarpolitik aussehen könnte, mit der Fehlleistungen der EG-Agrarpolitik begrenzt werden könnten (JG 80 Ziffern 444 ff.). Die Prinzipien des EWG-Vertrages, die Gemeinschaftspräferenz und die finanzielle Solidarität, eröffnen zwar in bezug auf die Konkretisierung der agrarpolitischen Ziele einen Auslegungsspielraum. Dabei müssen auch andere im EWG-Vertrag festgeschriebene Grundsätze einbezogen werden, nicht zuletzt die Verpflichtung nach Artikel 110, zu einer harmonischen Entwicklung des Welthandels beizutragen. Aber eine anhaltende Produktion von Nahrungsmittelüberschüssen, die mit Hilfe hohen finanziellen Aufwands aus der EG-Kasse verwertet werden müssen, ist durch diese Prinzipien nicht gedeckt. Dies steht weder mit dem Buchstaben noch mit dem Sinn des EWG-Vertrages im Einklang.

591. Die mangelnde gesamtwirtschaftliche Ausrichtung spiegelt sich nicht nur in den agrarpolitischen Beschlüssen, sie kommt auch in vielen Reformüberlegungen zum Ausdruck. In der agrarpolitischen Diskussion gewinnen Stimmen an Gewicht, die Anstrengungen und Maßnahmen fordern, neue Absatzmöglichkeiten für landwirtschaftliche Erzeugnisse außerhalb des Nahrungsmittelsektors zu

erschließen. So wird beklagt, daß die Entwicklung der Biotechnologie in der Europäischen Gemeinschaft behindert wird, weil die landwirtschaftlichen Erzeugnisse als Grundstoff hier teurer sind als anderswo. Oder es werden Maßnahmen diskutiert, die es möglich machen sollen, daß die hohen Importe der Europäischen Gemeinschaft an Energie und an forstwirtschaftlichen Erzeugnissen durch einen Ausbau der EG-Erzeugung an Biomasse beispielsweise zur Herstellung von Alkohol als Kraftstoffzusatz zurückgedrängt werden. Schon seit langem, nun aber mit verstärkter Intensität wird gefordert, daß auf Importerzeugnisse, die mit den Agrarprodukten konkurrieren, Abgaben erhoben oder Importbeschränkungen verhängt werden. Die gemeinsame Basis solcher Vorschläge ist zum einen eine sehr weite Auslegung des Prinzips der Gemeinschaftspräferenz. Zum anderen stützen sie sich in ihrer ökonomischen Begründung darauf, daß der Status-quo der bisherigen Agrarpolitik, eben die sehr hohe Protektion der Nahrungsmittelerzeugung, festgeschrieben wird.

Die hohe Protektion der Nahrungsmittelerzeugung, abgesichert durch vielfältige Schutzmaßnahmen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Nahrungsmittel, begünstigt die landwirtschaftlichen Erzeuger, aber sie benachteiligt damit gleichzeitig, so wird vorgetragen, alle Bereiche, die mit der Landwirtschaft um die Produktionsfaktoren konkurrieren und deren Erzeugnisse und nachfolgende Endprodukte keine oder nur eine geringere Protektion genießen. Durch die Agrar-Protektion werden aber auch Produkte und Produktionszweige begünstigt, die auf den Absatzmärkten mit den durch Zölle geschützten und damit teureren Agrarerzeugnissen konkurrieren. Eine Einbeziehung dieser Produkte in den gemeinsamen Außenschutz sowie eine staatliche Subventionierung zum Ausgleich der Wettbewerbsnachteile im ersten Fall könnte — so wird weiter vorgetragen — zu einer Entlastung bei der hochgeschützten Überschußproduktion und würde zu einem verbesserten Einsatz der Faktoren in der Volkswirtschaft insgesamt führen. Eine umfassende Betrachtung dieser Fragen legt aber nahe, einen Ausgleich der Protektionsraten nicht oder zumindest nicht vorwiegend über eine Anhebung der Protektion bei den gar nicht oder nur wenig geschützten Produkten zu suchen, sondern über einen Abbau der Protektion bei den hochgeschützten Erzeugnissen.

592. Daß Agrarerzeugnisse, wie zum Beispiel Butter, die einen hohen Außenhandelsschutz genießen, in ihrer Verwendung gegenüber solchen Erzeugnissen benachteiligt sind, die weitgehend zollfrei aus Drittländern eingeführt werden können wie beispielsweise pflanzliche Fette, Getreidesubstitute, ist Konsequenz jeder Außenschutzpolitik und kann gewissermaßen als Preis für die Begünstigung der Produzenten angesehen werden. Dieser Preis ist bei einer langfristigen Betrachtung wesentlich höher zu veranschlagen als bei einer Betrachtung, die nur von den kurzfristig gegebenen Verwendungsalternativen ausgeht. Gerade bei Rohstoffen ist es von entscheidender Bedeutung, welche neuen Einsatzmöglichkeiten und Verwendungsrichtungen er-

schlossen werden. Je preisgünstiger ein Rohstoff, um so eher ist zu erwarten, daß ihm durch Forschungs- und Entwicklungsbemühungen neue Absatzmärkte erschlossen werden, je teurer er ist, um so stärker wird das Bemühen sein, ihn durch andere, preisgünstigere Rohstoffe zu ersetzen.

Wenn man der Meinung ist, die Hochpreispolitik auf den Agrarmärkten der Europäischen Gemeinschaft habe entscheidend dazu beigetragen, daß Verwendungsrichtungen für Erzeugnisse der Landwirtschaft außerhalb des Nahrungsmittelbereichs nicht oder nicht hinreichend erschlossen worden sind, heißt dies zunächst einmal, daß die landwirtschaftlichen Erzeuger einen Preis für die sie begünstigende Protektionspolitik zu zahlen haben; denn sie müssen auf eine — ohne Protektion — mögliche Ausweitung alternativer Absatzmöglichkeiten verzichten. Wird dieser Preis als zu hoch angesehen, liegt es nahe, den Protektionsgrad zu senken, damit alternative Verwendungsrichtungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse weniger diskriminiert werden. Die Forderung nach einem staatlich subventionierten Ausgleich der durch die hohe Agrarprotektion bedingten Absatznachteile in den oben angeführten Verwendungsrichtungen läuft dagegen auf eine Ausweitung der Protektion hinaus, die mit der gleichen Begründung heute schon und vor allem in der Zukunft für viele andere Bereiche gefordert werden könnte. Das Einbeziehen weiterer Bereiche in die Agrarprotektion birgt überdies die Gefahr, daß nicht nur bestehende Nachteile ausgeglichen, sondern weitergehende Schutzmaßnahmen geschaffen werden.

593. Mit dem Argument, daß Lücken im Außenhandelsschutz des EG-Agrarmarktsystems, die in starken Unterschieden im Protektionsniveau bei verschiedenen Produkten zum Ausdruck kommen, geschlossen werden müssen, werden seit Jahren auch immer wieder Forderungen nach einer steuerlichen Belastung pflanzlicher Fette und einer Importbeschränkung für zahlreiche Futtermittel begründet, die unter dem Begriff der Getreidesubstitute zusammengefaßt werden.

Durch eine Steuer auf alle pflanzlichen und tierischen Fette mit Ausnahme von Butter soll vor allem die Wettbewerbsfähigkeit der Butter gestärkt werden, und zugleich sollen Finanzmittel aufgebracht werden, die es erlauben, die Erzeugung pflanzlicher Fette (Oliven, Ölsaaten) innerhalb der Gemeinschaft über Produktionsbeihilfen wie bisher oder darüber hinaus zu begünstigen. Die Konstruktion einer Fettsteuer anstelle einer Einbeziehung der pflanzlichen Fette in den Außenhandelsschutz wurde deshalb vorgeschlagen, weil eine solche Steuer zumindest formal weniger mit den GATT-Regeln kollidiert. Die formale Umgehung der GATT-Vorschriften auf dem Umweg über eine Steuer macht ein solches Vorgehen aber nicht weniger diskriminierend für Drittländer. Für die Verbraucher in der Europäischen Gemeinschaft bedeutet eine solche Fettsteuer eine zusätzliche Belastung über höhere Preise für Öle und Fette und für eine breite Palette von Verarbeitungserzeugnissen (von Margarine über Fisch- oder Gemüsekonserven

bis hin zu Tierfutter), die nach Maßgabe des Fettgehaltes besteuert werden sollen. Zwar ist von der EG-Kommission zunächst nur eine relativ niedrige Abgabe vorgesehen: Sie soll 7,5 ECU (17,05 DM) je 100 kg Öl oder Fett betragen. Das wäre aber nur der Einstieg. Ist die Widerstandslinie gegen eine solche Steuer erst einmal gebrochen, dann sind anschließende Erhöhungen des Steuersatzes kaum mehr aufzuhalten. Die Angleichung der Protektionsraten sollte durch Protektionsabbau geschehen, diesem Weg ist auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht Priorität einzuräumen. Denn bei jeder Angleichung, die ein höheres Protektionsniveau zur Folge hat, muß mit Vergeltungsmaßnahmen betroffener Drittländer gerechnet werden, die sich zu schweren Belastungen der zweiseitigen Handelsbeziehungen und des Welthandels ausweiten können.

Bei den Getreidesubstituten, deren Einfuhr in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre so drastisch angestiegen war, daß diese die Getreidemarktordnung auszuhöhlen drohte, konzentrieren sich die Vorschläge der EG-Kommission nunmehr auf Einfuhrbeschränkungen für Maisklebefutter und Zitruspellets; die Einfuhr anderer, vorwiegend stärkehaltiger Futtermittel, hat die Gemeinschaft bereits durch Maßnahmen wie Selbstbeschränkungsabkommen „stabilisiert“. Auch hier müssen bei einer gesamtwirtschaftlichen Bewertung wieder die Handelsinteressen der betroffenen Drittländer sowie die Konsequenzen berücksichtigt werden, die Importbeschränkungen nach sich ziehen können. Zudem ist keineswegs sicher, daß die Struktur der landwirtschaftlichen Produktion verbessert wird, wenn man Importabgaben auf stärkehaltige Futtermittel erhebt, wie es Befürworter solcher Maßnahmen gern darstellen. Denn soweit diese Futtermittel vorwiegend in relativ niedrig geschützten Bereichen der landwirtschaftlichen Produktion eingesetzt werden, vorzugsweise im Bereich der Schweine- und Geflügelproduktion, kann es bei deren Verteuerung und der damit einhergehenden Verringerung der Rentabilität in diesen Betriebszweigen zu Produktionsverlagerungen in andere Betriebszweige kommen, die sich einer höheren Protektion erfreuen und in denen es bereits drückende Überschußprobleme gibt wie zum Beispiel auf dem Milchmarkt. Auch hier würde ein Abbau der Protektion zu einer Entschärfung der Probleme beitragen, und er würde wohl auch bei den Handelspartnern die Bereitschaft erhöhen, an Übergangslösungen mitzuwirken, wenn es kurzfristig zu krisenhaften Zuspitzungen auf dem EG-Futtermittelmarkt kommen sollte.

594. Daß die enge Fixierung auf den landwirtschaftlichen Sektor den Blick für die gesamtwirtschaftliche Einordnung der Probleme verstellt und im Zweifel zu einer Angleichung des Protektionsniveaus nach oben führt, zeigen auch die jüngsten Beschlüsse, durch die der Weg zum Beitritt Spaniens und Portugals frei gemacht werden soll. Den lang anhaltenden Streit, in dem die Erzeuger von landwirtschaftlichen Produkten, die überwiegend in südlichen Regionen angebaut werden, den gleichen Schutz für ihre Erzeugnisse forderten, wie er für landwirtschaftliche Güter gewährt wird, die vorwiegend in nördlichen Regionen angebaut wer-

den, hat man nicht dadurch beigelegt, daß die Weichen für einen Protektionsabbau bei den nördlichen Produkten gestellt wurden; vielmehr hat man beschlossen, den Schutz für die südlichen Produkte auszuweiten. Anwachsene Marktordnungsausgaben bei den südlichen Produkten werden die Folge sein, und man hat programmiert, daß nach dem Beitritt Spaniens und Portugals auf diesen Märkten krisenhafte Zuspitzungen eintreten werden.

595. Einer konsequent auf einen längerfristigen Marktausgleich ausgerichteten Preispolitik, dem Dreh- und Angelpunkt einer nicht nur kurzfristig tragfähigen Agrarpolitik, stehen vor allem deren Wirkungen auf die Einkommen der landwirtschaftlichen Erzeuger entgegen. Der Sachverständigenrat hat nicht verhehlt, daß eine auf einen längerfristigen Marktausgleich hin orientierte Preispolitik, die im Interesse der Außenhandelsbeziehungen auch Drittländern eine faire Chance des Zugangs zu den EG-Agrarmärkten einräumen müßte, den Landwirten kurzfristig schmerzliche Einkommenseinbußen bereiten und von ihnen verlangen würde, ihre betrieblichen Entscheidungen sehr viel stärker auf die Marktentwicklung hin auszurichten als bisher. Das heißt nicht, daß Landwirte, die sich dieser Herausforderung stellen, keine Chance hätten, längerfristig an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilzuhaben.

596. In der Argumentation gegen eine an der Marktentwicklung orientierte Preispolitik wird oftmals so getan, als ob ein solcher Marktausgleich kurzfristig mit Hilfe drastischer Preissenkungen herbeigeführt werden sollte. Dies zieht jedoch niemand ernsthaft in Betracht. Die für einen längerfristigen Marktausgleich erforderlichen Preisanpassungen müßten vielmehr allmählich, aber mit Entschiedenheit durchgesetzt werden (JG 80 Ziffer 476). Daß dies nach ersten Ansätzen Ende des vorangegangenen Jahrzehnts in den letzten Jahren nicht geschehen ist, erschwert heute die Reformaufgabe zweifach: Zum einen wegen der größeren Problemmasse, die es nunmehr zu bewältigen gilt, zum anderen wegen der verspielten Glaubwürdigkeit der Agrarpolitik. Deshalb müssen die Beschlüsse einschneidender ausfallen und die Preissignale deutlicher sein, wenn sie den Landwirten Führung für Entscheidungen geben sollen, aus denen ein Abbau der Überschüsse resultiert. Auf dem Markt, auf dem die Überschußprobleme am drückendsten sind, auf dem Milchmarkt, hat sich die Situation inzwischen so zugespitzt, daß mit preispolitischen Beschlüssen allein die Lage kaum mehr zu bewältigen ist.

597. Preisanhebungen für Milch und Milcherzeugnisse, die den Erzeugern ohne Rücksicht auf die Marktlage deutliche Anreize zur Produktionsausweitung gegeben haben, und eine Politik der einzelbetrieblichen Förderung, die trotz der seit Jahren drückenden Überschußprobleme weiterhin die Aufstockung von Milchviehbeständen durch staatliche Hilfen für den Bau von Milchviehställen begünstigte, haben in den letzten Jahren bei nahezu stagnierender Nachfrage nach Milcherzeugnissen zu ei-

nem Produktionsanstieg geführt, der beträchtlich über den Durchschnitt vorangegangener Jahre hinausgeht. Die Situation auf dem Milchmarkt ist so verfahren, daß neben preispolitischen Beschlüssen, die die Überschußproduktion drosseln sollen, weitere Maßnahmen zur Bewältigung der Krisensituation unumgänglich sind; denn eine restriktive Preispolitik, die schon kurzfristig den Milchmarkt soweit stabilisieren könnte, daß die Marktordnungsausgaben zumindest nicht anwachsen, müßte Preissenkungen herbeiführen, die vielen Milcherzeugern einen so massiven Einkommensverlust bringen würden, daß sie ihre Betriebe über kurz oder lang aufgeben müßten. Preisanpassungen hingegen, die zu Einkommenseinbußen führen, die nach einer langen Politik weitgehender Einkommensgarantien als noch vertretbar erscheinen, dämpfen den Produktionsanstieg nicht so schnell und nicht so stark, als daß die Marktordnungsausgaben auch kurzfristig finanzierbar blieben. Wie die Erfahrung lehrt, tritt in der Agrarpolitik kurzfristiges Krisenmanagement zumeist nicht neben, sondern an die Stelle langfristig orientierter Politikentscheidungen. Daher ist Vorsorge zu treffen, daß Maßnahmen des Krisenmanagements auf solche Weise in einer langfristigen Strategie verankert werden, daß deren Ende von vornherein festgelegt wird.

598. Um auf dem Milchmarkt das für eine langfristige Marktorientierung erforderliche Signal zu geben, müßten die Preise einmalig sofort und soweit gesenkt werden, wie von der Einkommenswirkung her gesehen zumutbar ist; der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt eine Größenordnung von 3 vH.

Um längerfristig zu einem Marktausgleich zu kommen, müßten danach die Milchpreise für mehrere Jahre hinter der Entwicklung der allgemeinen Preissteigerungsrate zurückbleiben; der Wissenschaftliche Beirat empfiehlt einen Abstand von ebenfalls 3 vH.

Von einer solchen Politik kann erwartet werden, daß sie kurzfristig den Produktionsanstieg dämpft, weil sie einerseits den Aufbau neuer Kapazitäten im Bereich der Milchproduktion bremst und andererseits Bestandsabstockungen beschleunigt. Längerfristig würde dann die Produktion auf ein Niveau zurückgeführt, welches mit den Absatzmöglichkeiten im Einklang steht. Eine solche Politik vermag aber wohl nicht zu verhindern, daß die Marktordnungsausgaben kurzfristig die Finanzierungsmöglichkeiten überschreiten. Es ist auch nicht auszuschließen, daß mit dem Rückgang der Milcherzeugung in einigen Gebieten ein Rückzug der landwirtschaftlichen Produktion eingeleitet werden kann, der mit anderen Zielen, wie dem des Landschaftsschutzes, nicht im Einklang steht.

599. Um sicherzustellen, daß die Marktordnungsausgaben für den Milchmarkt kurzfristig nicht die Finanzierungsmöglichkeiten übersteigen, könnte eine vorübergehende Erhöhung der allgemeinen Erzeugerabgabe in Betracht gezogen werden. Zwar würden auch hier letztlich die Verbraucher über

erhöhte Preise zur Finanzierung der Marktordnungsausgaben herangezogen (JG 80 Ziffer 457); eine verbindliche Festschreibung vorangekündigter realer Preissenkungen, von der solange nicht abgewichen werden dürfte, wie eine Erzeugerabgabe erhoben würde, böte jedoch die Chance, daß die Erzeugerabgabe als Maßnahme des kurzfristigen Krisenmanagements wirklich nur als Übergangsregelung gehandhabt würde. Anderen Alternativen, die diskutiert werden, haftet dagegen in viel stärkerem Maße die Gefahr der Dauerhaftigkeit an.

600. Auf eine strikte Begrenzung der Milchproduktion — zunächst auf eine Menge, die kurzfristig die Marktordnungsausgaben für den Milchmarkt finanzierbar macht — zielen zum einen Quotenregelungen, zum anderen prohibitive Erzeugerabgaben auf solche Mengen, die die Produktion eines bestimmten Basisjahres überschreiten. Beide Systeme können den Anspruch erheben, daß sie technisch geeignet sind, die Überschußproduktion kurzfristig auf ein tragbares Maß zurückzuführen. Bei beiden Systemen wird aber letztlich direkte staatliche Mengenplanung an die Stelle einer indirekten Steuerung über Preise gesetzt. Bei beiden läßt sich nicht sehen, wie sie in eine auf einen längerfristigen Marktausgleich hin konzipierte Preispolitik eingebettet werden können, also nur vorübergehend als Krisenmanagement dienen sollen. Entscheidungen für Mengenbeschränkungen sind später kaum wieder aufzuheben. Sie zwingen im Gegenteil nach aller Erfahrung zu einer Ausweitung solcher Beschränkungen auch auf andere Agrarmärkte, da Produzenten, die auf den regulierten Märkten keine rentablen Produktionsmöglichkeiten mehr finden, in andere Produktionsrichtungen drängen und dort zu weiterer Überproduktion beitragen. Durch solche Maßnahmen würde der Agrarmarkt mit hoher Wahrscheinlichkeit endgültig in ein weiter um sich greifendes System staatlicher Mengenplanung hineingedrängt.

601. Wenn die Produktionsüberschüsse abgebaut und die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte verringert werden sollen, werden Erwerbstätige freigesetzt. Daß dieser Freisetzungsvorgang angesichts der lang anhaltenden Fehlentwicklungen in der Agrarpolitik mit sozialen Härten verbunden ist, erscheint unvermeidlich. Dieses Problem stellt sich für die Landwirtschaft im Grundsatz aber nicht anders als für andere Wirtschaftsbereiche auch. Die Überwindung der drückenden Beschäftigungsprobleme erfordert eine erhöhte Mobilität und eine Ausweitung der Erwerbsmöglichkeiten in Bereichen, in denen wettbewerbsfähig produziert werden kann, nicht eine Erhaltung von Arbeitsplätzen in wettbewerbs- und strukturschwachen Bereichen. Der Arbeitsmarkt bietet zwar insgesamt zu wenige Beschäftigungsmöglichkeiten, aber auch für Landwirte — insbesondere für jüngere — sind durchaus Erwerbsalternativen vorhanden, und die Landwirte haben diese auch in den vergangenen Jahren genutzt. Zudem muß die arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Beschäftigung in der Landwirtschaft vor dem Hintergrund des Anteils der in der Landwirtschaft Tätigen an den Erwerbstätigen insge-

samt gesehen werden; in der Bundesrepublik sind dies weniger als 5 vH. Ein Rückgang der in der Landwirtschaft Tätigen um beispielsweise 10 vH würde den Arbeitsmarkt rechnerisch mit maximal etwa 120 000 Arbeitsuchenden belasten, aber ein nicht unerheblicher Anteil hiervon scheidet im Zuge des Generationenwechsels oder aus Altersgründen aus; diese Landwirte würden als Arbeitsuchende also gar nicht in Erscheinung treten.

602. Wenn es also keine Besonderheiten gibt, die selbst angesichts der schlechten gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarktlage eine spezifische Politik der Sicherung von Arbeitsplätzen im landwirtschaftlichen Sektor angeraten erscheinen lassen, bleibt doch noch zu prüfen, ob nicht von einer Einschränkung der landwirtschaftlichen Bodennutzung her so starke gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche Nebenwirkungen auftreten, daß dieser Prozeß zwar nicht generell, aber doch in einigen eng abgegrenzten Gebieten eingeschränkt werden sollte. Es wären dies eine Mindestbewirtschaftung des Bodens oder eine Mindestbevölkerungsdichte, die in solchen Gebieten aus anderen als ökonomischen Gründen angeraten sein mögen. Hier kann nicht ausführlich auf solche Zielsetzungen und ihre Kosten in Form gesamtwirtschaftlicher Einkommensverzichte eingegangen werden. Sofern sie aber in Konflikt mit den Wirkungen einer auf einen Marktgleichgewicht ausgerichteten Preispolitik im Agrarsektor stehen, wären flankierende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung dieser Ziele angezeigt. Es sind freilich erhebliche Zweifel angebracht, ob eine Preispolitik, wie sie oben skizziert worden ist, überhaupt zu einer wesentlichen Einschränkung der Landbewirtschaftung selbst in solchen Problemgebieten führen würde. Ansätze für flankierende Maßnahmen bietet das sogenannte Bergbauernprogramm, das bereits heute Sondermaßnahmen und Einkommenshilfen zugunsten von Betrieben in Gebieten mit ungünstigen natürlichen Produktionsbedingungen gewährt. Diese Maßnahmen wären aber streng auf die angestrebten Ziele auszurichten, und sie wären gegen alternative Maßnahmen abzuwägen, mit denen diese Ziele verfolgt werden können.

603. Mit Nachdruck sei noch einmal hervorgehoben, daß die Krise der Agrarpolitik die vorhersehbare Folge agrarpolitischer Fehlentscheidungen ist,

die sich seit Jahren wiederholen und sich fortzusetzen drohen. Das starke Wachstum der Agrarproduktion ist nicht nur Ergebnis einer Preispolitik, die Produktionsanreize setzte, sondern auch Folge einer Strukturpolitik, die den Aufbau leistungsfähiger Produktionskapazitäten mit einem beträchtlichen Einsatz öffentlicher Mittel gefördert hat und immer noch fördert. Daß auch heute noch der Bau von Milchviehställen gefördert wird, in denen ein tüchtiger Landwirt mit jeder Kuh, für die er einen Platz schafft, einen Gewinn in der Größenordnung von 1 000 DM im Jahr erwirtschaften kann, während die Verwertung dieser zusätzlich produzierten Milch dem Staat Kosten von mehr als 2 000 DM verursacht, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Praxis der Agrarpolitik. Der staatlich subventionierte Ausbau der landwirtschaftlichen Produktionskapazitäten — nicht nur im Milchbereich — muß endlich eingestellt werden, und zwar sowohl auf der Ebene der Gemeinschaft als auch auf nationaler Ebene. Die Ausweitung der Investitionsförderung für die Landwirtschaft, etwa durch ein allgemeines Agrarkreditprogramm, erscheint angesichts der bestehenden Überschußproduktion fehl am Platz. Eine Förderungspolitik, die Investitionshilfen nach sozialen Erwägungen besonders denjenigen zugute kommen lassen will, die die Hilfe am notwendigsten brauchen — wie es in den Vorschlägen der EG-Kommission zur Reform der Agrarstrukturpolitik heißt —, verkennt den hohen Bedarf an Strukturanpassung und die Notwendigkeit der Freisetzung von Produktionsfaktoren in der Landwirtschaft. Sie läuft Gefahr, Projekte zu fördern, die die Einkommensansprüche der Betriebsinhaber schon bald nicht mehr befriedigen. Sie erweckt also Hoffnungen, die die Agrarpolitik nicht einlösen kann.

604. Die Agrarpolitik hat sich in vielem weit von dem entfernt, was man in anderen Bereichen für vernünftig hält. Es hat auch nicht an Widersprüchen zu anderen Bereichen der Politik gefehlt. Der Weg, den die Bundesregierung zu gehen bereit ist, steht nicht in Übereinstimmung mit dem von ihr verkündeten Anspruch, marktwirtschaftlichen Prinzipien in der Wirtschaftspolitik wieder einen hohen Rang zu geben. Er würde die Bemühungen um die Konsolidierung des EG-Haushalts auf der Basis des gegebenen Finanzrahmens gefährden und den Protektionismus der Europäischen Gemeinschaft verstärken.

Anhang

	Seite
I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	257
II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	259
III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates	260
IV. Methodische Erläuterungen	261
V. Statistischer Anhang	269

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582), — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamt-

wirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

**Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums
der Wirtschaft**

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient

sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;

3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19 c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates sind bisher erschienen:

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum“ (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation“ (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität“ (am 30. November 1966)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum“ (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967“

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung“ (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms“ (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht“; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969“; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969“

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —“ (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970“

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —“ (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971“

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert“ (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972“

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung“ (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973“

Jahresgutachten 1974/75: „Vollbeschäftigung für morgen“ (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise“

Jahresgutachten 1975/76: „Vor dem Aufschwung“ (am 24. November 1975); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975“

Jahresgutachten 1976/77: „Zeit zum Investieren“ (am 24. November 1976)

Jahresgutachten 1977/78: „Mehr Wachstum — Mehr Beschäftigung“ (am 22. November 1977)

Jahresgutachten 1978/79: „Wachstum und Währung“ (am 23. November 1978); darin enthalten: Sondergutachten vom 19. Juni 1978: „Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978“

Jahresgutachten 1979/80: „Herausforderung von außen“ (am 22. November 1979)

Jahresgutachten 1980/81: „Unter Anpassungszwang“ (am 20. November 1980)

Jahresgutachten 1981/82: „Investieren für mehr Beschäftigung“ (am 20. November 1981); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Juli 1981: „Vor Kurskorrekturen — Zur finanzpolitischen und währungspolitischen Situation im Sommer 1981“

Jahresgutachten 1982/83: „Gegen Pessimismus“ (am 23. November 1982); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Oktober 1982: „Zur wirtschaftlichen Lage im Oktober 1982“

Alle Veröffentlichungen sind im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart — Mainz erschienen.

IV.

Methodische Erläuterungen

A. Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole:

t	Zeitindex (Jahre)
K_t	durchschnittliches Bruttoanlagevermögen
Y_t	reales Bruttoinlandsprodukt
Y_t^*	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
P_t^*	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
k_t	empirisch gemessene Kapitalproduktivität
\hat{k}_t	trendmäßige Kapitalproduktivität
k_t^*	trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten (potentielle Kapitalproduktivität)
λ_t	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus der potentiellen Bruttowertschöpfung des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung), den Beiträgen des Staates, der Wohnungsvermietung und der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck zur realen Bruttowertschöpfung sowie der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und den Einfuhrabgaben. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und daher mit den jeweiligen Beiträgen zur Bruttowertschöpfung identisch ist. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt aus dem jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögen und der potentiellen Kapitalproduktivität:

$$P_t^* = k_t^* \cdot K_t$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in mehreren Schritten. Zunächst werden für die Jahre 1960

bis 1970 trendmäßige Kapitalproduktivitäten mit Hilfe einer logarithmischen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b$$

Sodann wird der Verlauf der potentiellen Kapitalproduktivitäten dadurch ermittelt, daß die Trendlinie parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivitäten im Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_0 + \log \hat{k}_t, \text{ mit } a_0 = \max [\log k_t - \log \hat{k}_t]$$

Als Stützbereich für die Ermittlung der Trendwerte der Jahre 1960 bis 1970 wird der Zeitraum von 1960 bis 1974 verwendet.

5. Die Berechnung der trendmäßigen Kapitalproduktivitäten für die Jahre ab 1971 wird ebenfalls mit Hilfe der genannten Trendfunktion durchgeführt. Es werden jedoch gleitende Zehnjahres-Stützbereiche verwendet. Für die Trendwerte der Jahre 1971, 1972, 1973 usw. werden also die Stützbereiche 1961 bis 1970, 1962 bis 1971, 1963 bis 1972, usw. genommen.

Die potentiellen Kapitalproduktivitäten werden dadurch ermittelt, daß jeweils der Wert des vorangegangenen Jahres nach Maßgabe der Abnahmerate des Trends im zugehörigen Stützbereich fortgeschrieben wird; k_t^* ergibt sich demnach als Produkt aus k_{t-1}^* und der Abnahmerate der Trendlinie mit dem Stützbereich $[t-10 \text{ bis } t-1]$.

6. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums werden außerdem folgende Annahmen gemacht:
- Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens wird davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) 1983 um $4\frac{1}{2}$ vH und 1984 um 6 vH zunehmen.
 - Die rechnerischen Abgänge werden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.
7. Der Berechnung des Produktionspotentials bei Normalauslastung wird der langfristige Durchschnitt der Auslastung der Sachanlagen von $97\frac{1}{4}$ vH zugrunde gelegt.

B. Zur Berechnung der Reallohnposition der Arbeitnehmer

1. Die Rechnungen zur Reallohnposition sollen ein Urteil darüber ermöglichen, ob dem Anstieg der Nominallöhne eine Veränderung der durchschnittlichen Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen zuzurechnen ist. „Zurechnen“ heißt nicht notwendigerweise auf eine aktive Rolle der Lohnpolitik, verstärkter Lohndruck etwa, abheben. Eine Änderung der Reallohnposition würde sich auch ergeben, wenn etwa wegen Nachfrageschwäche die Preise sinken, während die Lohnkosten je Produkteinheit konstant bleiben. Aufgrund der Schwierigkeiten, die Produktivitätsentwicklung im Staatssektor zu messen, und weil es für den privaten Sektor nur auf dessen Kostenniveau ankommt, bleibt der Staat als Produktionsbereich in den Rechnungen zur Reallohnposition außer Betracht.

Die Reallohnposition bleibt nach unserer Definition unverändert, wenn die Löhne mit einer Rate steigen, bei der sich die Löhne je Produkteinheit im Verhältnis zu den Erlösen der Unternehmen je Produkteinheit, diese vermindert um die übrigen Kosten, nicht verändern.

2. Einer Lohnerhöhung gleichzusetzen ist, wenn die Beiträge angehoben werden, die die Arbeitgeber für die Sozialversicherung der Arbeitnehmer zu entrichten haben.
3. Die wichtigste Einflußgröße für die Veränderung des Verteilungsspielraums ist die zusätzliche Produktion je Erwerbstätigen im privaten Sektor der Volkswirtschaft.
4. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, daß die Kapitalkosten, die die Unternehmen zu tragen haben, dauerhaften Änderungen unterliegen können, die wie Veränderungen der Arbeitsproduktivität die Reallohnposition verändern. Eine angemessene Erfassung der Kapitalkostenänderung ist eine sehr komplexe Aufgabe. Besonders schwierig ist die wertmäßige Erfassung des Kapitalstocks des Unternehmenssektors. Hinzu kommt die Notwendigkeit, den unerwünschten Einfluß konjunktureller Schwankungen auf die Kapitalkosten je Produkteinheit auszuschalten.

Zu den Kapitalkosten der Unternehmen gehören die Abschreibungen auf das Anlagevermögen sowie die Verzinsung des Kapitals. Das zu verzinsende Kapital umfaßt das Anlagevermögen, das Vorratsvermögen und das Geldvermögen der Unternehmen. Die jahresdurchschnittlichen Bestände an Anlagevermögen und Vorratsvermögen werden zu konstanten Preisen gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bewertet. Beim Geldvermögen nehmen wir die Entwicklung des Geldvermögens im Sektor Unternehmen ohne Kreditinstitute und Versicherungen als Maßstab für die Entwicklung des gesamten im Unternehmenssektor gebundenen Geldvermögens; der Geldwertschwund wird entsprechend dem Anstieg der Verbraucherpreise berücksichtigt.

Für die Ermittlung der Zinskosten ist außerdem noch ein Realzins zu bestimmen. Diesen haben wir

aus der Umlaufrendite für festverzinsliche Wertpapiere sowie der Veränderung des Preisindex für den privaten Verbrauch abgeleitet; diese beiden Größen bilden am ehesten ab, welchen Nutzen ein Investor aus seinem Kapital hätte ziehen können, wenn er es nicht im Unternehmen eingesetzt hätte. Da kurzfristige Bewegungen der Zinsen die zu ermittelnde Reallohnposition nicht berühren sollen, müssen diese nach Möglichkeit ausgeschaltet werden. Ein Trend im Realzins verändert aber durchaus den Spielraum für kostenniveauneutrale Lohnsteigerungen. Wir haben dem Problem bisher dadurch gerecht zu werden versucht, daß wir für jedes Jahr den Realzins ansetzen, der sich im Durchschnitt der jeweils zwölf vorangegangenen Jahre ergeben hat. Es liegt in der Konstruktion ungewichteter gleitender Durchschnittsberechnungen begründet, daß die Veränderung des Durchschnitts von Jahr zu Jahr ebenso stark vom Hinzukommen des jeweils jüngsten Wertes wie vom Wegfallen des jeweils ältesten Wertes bestimmt ist. Der gleitende Zwölfjahresdurchschnitt des Realzinses war in den zurückliegenden Jahren stark durch das Ausscheiden der hohen Sätze der Jahre 1967 bis 1970 bestimmt. Der Durchschnittswert der Jahre 1971 bis 1982, der gemäß unserem bisherigen Vorgehen für die Berechnung der Kapitalkosten des Jahres 1983 Eingang gefunden hätte, ist niedriger als der Durchschnitt des vorangegangenen Zwölfjahreszeitraums, da der Wert des Jahres 1970 (4,4 %) entfällt und der niedrigere Wert des Jahres 1982 (3,6 %) hinzukommt. Angesichts der Entwicklung der Realzinsen in den letzten Jahren erscheint es aber gegenwärtig nicht angebracht, in den Rechnungen zur Reallohnposition von einem im Trend sinkenden Zins auszugehen. Wir verwenden daher in diesem Jahr denselben Realzinssatz, der auch im Jahre 1982 angesetzt worden war, das heißt den Durchschnittswert der Jahre 1970 bis 1981 von 3,1 %.

Nicht nur über die kurzfristigen Einflüsse auf die Zinsen, sondern auch über die konjunkturellen Bewegungen im Auslastungsgrad des Kapitalstocks kommt es zu Schwankungen in den Kapitalkosten je Produkteinheit und damit der Reallohnposition. Eine Lohnpolitik, die wir kostenniveauneutral nennen, würde solchermaßen begründete Schwankungen der Kapitalkosten je Produkteinheit nicht in Rechnung stellen. Wir haben uns daher entschlossen, die Kapitalkosten in jedem Jahr in der Höhe anzusetzen, wie sie bei Normalauslastung der Sachkapazitäten des Unternehmenssektors anfallen würden, nehmen also auch insofern eine Konjunkturbereinigung vor.

5. Bei der Bemessung dessen, was an zusätzlichem Sozialprodukt pro Kopf der Erwerbstätigen in einem Jahr mehr zu verteilen ist, werden außerdem Veränderungen des realen Austauschverhältnisses im Außenhandel (Terms of Trade) berücksichtigt. Wenn sich beispielsweise die Terms of Trade für das Inland verschlechtern, also die Einfuhrpreise im Verhältnis zu den Ausfuhrpreisen steigen, dann ist von daher der Spielraum für Lohnerhöhungen geringer als dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätseffekt entspräche. Von diesen wäre der Einkommenseffekt der Verschlechterung der Terms of

Trade abziehen; nur dann bliebe die Reallohnposition unverändert.

Den Einfluß einer Veränderung der Terms of Trade erfassen wir, indem man statt des Zuwachses des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen den Zuwachs des „Gross National Income“ (Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen abzüglich Außenbeitrag in konstanten Preisen zuzüglich Außenbeitrag in konstanten Importpreisen) je Erwerbstätigen ansetzt. Der Außenbeitrag in konstanten Importpreisen wird ermittelt, indem man den Außenbeitrag in jeweiligen Preisen mit dem Preisindex der Einfuhr deflationiert (JG 66 Anhang VI, Ziffer 5.).

6. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Unternehmen die Preise für die an die privaten Haushalte und an den Staat abgesetzten Güter verändern; die Preise für ausgeführte Güter sind bereits im Terms-of-Trade-Effekt berücksichtigt. Allerdings ist zu beachten, daß ein Teil der Preisveränderungen ohne

Einfluß auf die Reallohnposition ist; werden nämlich die indirekten Steuern erhöht (oder die Subventionen des Staates an die Unternehmen gesenkt) und umgekehrt, dann führen entsprechende Preisveränderungen nicht zu einer Veränderung im Kalkül der Unternehmen. Wohlgermerkt, in beiden Fällen kommt es darauf an, wie sich die Größe (Aufkommen an indirekten Steuern, gezahlte Subventionen) im Verhältnis zu den Erlösen der Unternehmen verändert haben. In den Rechnungen zur Reallohnposition wird das Kosten-Äquivalent der Veränderung von indirekten Steuern und Subventionen gesondert ausgewiesen.

7. Die Reallohnposition ist danach definiert als

$$RLP_t = \frac{BLGS_t^{oSt} + AGB_t^{oSt}}{A_t^{oSt}} \cdot \frac{\left(\frac{BIP_t^{r,oSt}}{E_t^{oSt}} \cdot \frac{GNI_t^r}{BIP_t^r} - \frac{KK_t^{r,oSt}}{E_t^{oSt}} \right)}{P^{oTS}}$$

Die Symbole bedeuten:

BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme	oSt	Gesamtwirtschaft ohne Staat
AGB	Sozialbeiträge der Arbeitgeber	t	jeweiliges Beobachtungsjahr
A	Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer	P ^{oTS}	Preisindex für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe ohne indirekte Steuern und Subventionen
E	Anzahl der Erwerbstätigen	KK ^r	Kapitalkosten in Preisen von 1976. Sie sind definiert als
BIP ^r	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976	$KK_t^{r,oSt} = \left[D_t^{r,oSt} + (ALV_t^{r,oSt} + VV_t^{r,oSt} + GV_t^{oSt} \cdot \frac{P_{1976}^{PV}}{P_t^{PV}}) \cdot i \right] \cdot \frac{BIP_t^{r,oSt}}{PP_t^{r,oSt} \cdot 0,97}$	
GNI ^r	Gross National Income in Preisen von 1976		
D	Abschreibungen des Anlagevermögens in Preisen von 1976	i	Mittelfristiger Realzins, ermittelt als arithmetisches Mittel aus den Realzinsen in den jeweils vorhergehenden zwölf Jahren. Der Realzins wird für jedes Jahr errechnet, indem die Umlaufrendite für festverzinsliche Wertpapiere mit dem Anstieg des Preisindex für den privaten Verbrauch deflationiert wird.
ALV	Anlagevermögen in Preisen von 1976 im Jahresdurchschnitt	P ^{PV}	Preisindex für den privaten Verbrauch (1976 = 100)
VV	Vorratsvermögen in Preisen von 1976 im Jahresdurchschnitt		
GV	Geldvermögen der Unternehmen einschließlich Wohnungsvermietung im Jahresdurchschnitt, ohne Aktien		
PP ^r	Produktionspotential in Preisen von 1976		

8. Für die prozentuale Veränderung der Reallohnposition, wie sie in Tabelle 19 ausgewiesen ist, gilt

$$q_{RLP}^{-1} = \frac{\frac{q_{BLGS}^{oSt}}{q_A^{oSt}} \cdot \frac{1 + \frac{AGB_t^{oSt}}{BLGS_t^{oSt}}}{1 + \frac{AGB_{t-1}^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}}}{1 - \frac{KK_t^{r,oSt}}{BIP_t^{r,oSt} \cdot \frac{GNI_t^r}{BIP_t^r}} - 1} \cdot \frac{\frac{q_{BIP}^{r,oSt}}{q_E^{oSt}} \cdot \frac{q_{GNI}^r}{q_{BIP}^r} \cdot \frac{1 - \frac{KK_{t-1}^{r,oSt}}{BIP_{t-1}^{r,oSt} \cdot \frac{GNI_{t-1}^r}{BIP_{t-1}^r}}{1 - \frac{KK_{t-1}^{r,oSt}}{BIP_{t-1}^{r,oSt} \cdot \frac{GNI_{t-1}^r}{BIP_{t-1}^r}}}}{1}} \cdot q_{P^{oTS}}$$

Dabei bedeutet q das Verhältnis des Wertes der jeweiligen durch das Suffix bezeichneten Größe im Jahr t zu dem Wert im Jahr t-1

$$\left(\text{z. B. } q_{BLGS}^{oSt} = \frac{BLGS_t^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}} \right)$$

Die Werte in den Spalten der Tabelle 19 errechnen sich wie folgt. (Die Zahlen in Klammern entsprechen den Spaltenbezeichnungen.) Im einzelnen ist

(1) $\frac{q_{BLGS}^{ost}}{q_{A}^{ost}} - 1$ die Zuwachsrate der Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer

(2) $\frac{1 + \frac{AGB_t^{ost}}{BLGS_t^{ost}}}{1 + \frac{AGB_{t-1}^{ost}}{BLGS_{t-1}^{ost}}} - 1$ der Lohnkosteneffekt der Sozialbeiträge der Arbeitgeber

(3) $\frac{q_{BIP}^{r,ost}}{q_E^{ost}} - 1$ die Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion je Erwerbstätigen (Produktivitätseffekt)

(4) $\frac{1 - \frac{KK_t^{r,ost}}{BIP_t^{r,ost} \cdot \frac{GNI_t^r}{BIP_t^r}}}{1 - \frac{KK_{t-1}^{r,ost}}{BIP_{t-1}^{r,ost} \cdot \frac{GNI_{t-1}^r}{BIP_{t-1}^r}}} - 1$ der Kapitalkosten-Effekt

(5) $\frac{q_{GNI}^r}{q_{BIP}^r} - 1$ der Terms-of-Trade-Effekt

$q_{P^{OTS}} - 1$ die Erhöhung der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe (ohne indirekte Steuern abzüglich Subventionen). Es gilt

$$q_{P^{OTS}} = \frac{1 - \frac{T_t - S_t}{PV_t + SK_t}}{1 - \frac{T_{t-1} - S_{t-1}}{PV_{t-1} + SK_{t-1}}} \cdot q_P$$

Im einzelnen ist dabei:

(6) $\frac{1 - \frac{T_t - S_t}{PV_t + SK_t}}{1 - \frac{T_{t-1} - S_{t-1}}{PV_{t-1} + SK_{t-1}}} - 1$

die Veränderung der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe, soweit sie rechnerisch auf Veränderungen von indirekten Steuern und Subventionen zurückgeführt werden kann.

Die Symbole bedeuten:

P Preisindex für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe

T Indirekte Steuern
S Subventionen
PV Privater Verbrauch in jeweiligen Preisen
SK Staatliche Käufe (Anlageinvestitionen des Staates und Staatsverbrauch abzüglich Bruttowertschöpfung des Staates)

(7) $q_P - 1$ die Erhöhung der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe

9. Wie im JG 80 Ziffer 145 erläutert, wurden die Rechnungen zur Reallohnposition im Jahr 1980 verändert. Der frühere Rechengang ist in JG 79, Anhang V, Abschnitt B dargestellt. Die Unterschiede betreffen vor allem den Ansatz von Kapitalkosten und die Verwendung eines geeigneten Preisindex. Der früher verwendete Preisindex für die Lebenshaltung, korrigiert um die Erhöhung einzelner Verbrauchsteuern, wurde ersetzt durch den Preisindex für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe sowie durch den Kosteneffekt einer Veränderung von indirekten Steuern und Subventionen. Tabelle 23 im JG 80 sowie die Tabelle im JG 82, Anhang V, Abschnitt B, zeigen die Unterschiede beider Rechnungen bei einer Analyse von Jahr zu Jahr.

C. Zum Konzept der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge in der von uns verwendeten Abgrenzung ist definiert als

(1) $Z_t = BG_{oKt} + MRS_{It} + MRS_{At} + \ddot{U}R_t + KP_t$

Die Symbole haben folgende Bedeutung:

Z bereinigte Zentralbankgeldmenge
BG_{oK} Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute
MRS_I Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten
MRS_A Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten
ÜR Überschußreserven
KP Korrekturposten
t Zeitindex

Zugleich gilt

$$(1') Z_t = BG_t + BR_t + KP_t$$

mit

$$(2) BR_t = MRS_{I_t} + MRS_{A_t} - K_t + \dot{U}R_t$$

Dabei bedeuten:

BR Bankreserven, Zentralbankeinlagen der Kreditinstitute

K Kassenbestände der Kreditinstitute

2. Der Korrekturposten ist eine Möglichkeit zur Bereinigung der Zentralbankgeldmenge (Geldbasis) um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Die Idee ist, den expansiven oder kontraktiven Impuls, den eine Mindestreservesatzänderung darstellt, in der Zentralbankgeldmenge explizit zu machen. Senkt etwa die Bundesbank die Mindestreservesätze, so wird ein Teil des bisher in der Mindestreserve gebundenen Zentralbankgeldes frei und erhöht die Fähigkeit der Banken zur Geldschöpfung. Der freigesetzte Betrag, die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Reservesatz multipliziert mit dem Einlagevolumen zu Beginn der Periode, wird der Zentralbankgeldmenge hinzuaddiert. Um eine Bestandsgröße zu erhalten, werden die durch Mindestreservesatzänderungen freigesetzten oder gebundenen Beträge von einem beliebigen Basiszeitraum aus aufsummiert und der Zentralbankmenge hinzugefügt.

Da für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze gelten und die Zentralbankgeldmenge nur um die reinen Effekte mindestreservopolitischer Maßnahmen bereinigt werden soll, muß die Bereinigung nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden. Die Veränderung des Korrekturpostens ist dann ungleich Null, wenn die Bundesbank einen der Reservesätze zwischen zwei Zeitpunkten ändert. Ein von Null verschiedener Wert ergibt sich aber auch, wenn Inländer Einlagen von Banken mit großem Einlagevolumen zu solchen mit kleinem Einlagevolumen verlagern oder umgekehrt. Für Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen sind die Reservesätze nicht nur nach Einlagearten, sondern auch nach Größenklassen der Banken, den sogenannten Progressionsstufen, gestaffelt. Die durchschnittlichen Reservesätze für Sichtverbindlichkeiten, Termineinlagen und Spareinlagen, mit denen wir rechnen, können also selbst dann variieren, wenn die einzelnen Reservesätze unverändert bleiben. Für Auslandseinlagen gilt dies nicht, hier ändert sich der Korrekturposten nur dann, wenn die Bundesbank mindestens einen Reservesatz ändert.

Es ist

$$(3) KP_t = \sum_{i=1}^n KP_{i,t} = \sum_{i=1}^n \sum_{\tau=t_0}^n \Delta KP_{i,\tau}$$

mit

$$(4) \Delta KP_{i,t} = (r_{i,\tau-1} - r_{i,t}) E_{i,\tau-1}$$

Dabei bedeuten:

i Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

τ Zeitindex für die Kumulation des Korrekturpostens

t_0 Zeitpunkt, zu welchem die Kumulation des Korrekturpostens begonnen wird (Januar 1960)

r Reservesatz

E reservepflichtige Einlagen

3. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, wie sie die Bundesbank berechnet, ist wie folgt definiert:

$$(5) Z_t^* = BG_{oK_t} + \overline{MRS}_{I_t}$$

Dabei ist:

Z^* Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen

\overline{MRS}_I Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten zu konstanten Reservesätzen (Januar 1974)

Die Bundesbank wählt also einen anderen Weg zur Bereinigung um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Sie legt auf die mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten konstante historische Mindestreservesätze an, bislang die vom Januar 1974.

4. Die Unterschiede zwischen der bereinigten Zentralbankgeldmenge des Sachverständigenrates und der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen der Bundesbank sind zum einen Unterschiede in der Abgrenzung und zum anderen Unterschiede im Verfahren zur Bereinigung um die Wirkung von Mindestreservesatzänderungen. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen enthält, anders als die bereinigte Zentralbankmenge, nicht die Mindestreserven auf Auslandsverbindlichkeiten und die Überschufreserven der Banken, also jenen Teil der Zentralbankguthaben der Kreditinstitute, der das Mindestreservesoll nach Absetzung der anrechenbaren Kassenbestände übersteigt. Beide Größen haben ein geringes Gewicht (das Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten betrug im Jahresdurchschnitt 1982 knapp $2\frac{1}{2}$ Mrd DM, die Überschufreserven beliefen sich auf 0,3 Mrd DM), Veränderungen schlagen daher kaum auf die Zentralbankgeldmenge durch.

5. Im Prinzip ist die Bankeinlage eines Ausländers weder im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, daß der Einleger sie selbst für Zahlungen an Inländer verwendet, noch im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, daß die Bank die Einlage — zumal wenn sie als Termineinlage gehalten wird — weiterverleiht, anders zu beurteilen als die Einlage eines Inländers. Auch scheint uns, daß kein zwingender Grund besteht, die freiwillig erhöhte Kassenhaltung der Banken (Überschufreserven) anders zu sehen als die erhöhte Kassenhaltung von Nichtbanken (Bargeld oder Sichteinlagen bei Banken). Kassenbestände, die nicht zur Liquiditätssicherung erforderlich sind, drängen zur Anlage; das gilt für Banken und Nichtbanken.

Der Geldpolitik ist ein expansiver Impuls — bestehend in der Wirkung auf Vermögen und

Liquidität der Banken und Nichtbanken — also auch dann zu attestieren, wenn die zusätzlich bereitgestellte Zentralbankgeldmenge von Banken in der Form der Überschußreserven gehalten wird oder wenn Geld in die Hand von Ausländern kommt (kredithalber oder durch Bezahlung von Einfuhren) und von diesen als Bankeinlage gehalten wird.

6. Größere Bedeutung kommt den Unterschieden in den Verfahren zur Bereinigung um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen zu. Sie können auch zu stärkeren Abweichungen in den gemessenen Zuwachsraten und damit im Ausweis der Stärke des monetären Impulses führen.

Schließt man sich der Vorstellung an, die der Berechnung des Korrekturpostens in der bereinigten Zentralbankgeldmenge zugrundeliegt, daß jener und nur jener Teil des in einer Periode zusätzlich zur Verfügung gestellten Zentralbankgeldes als monetärer Impuls gelten kann, der nicht zu Beginn der Periode durch eine erhöhte Mindestreserve auf den vorhandenen Einlagenbestand gebunden wird, umgekehrt aber auch jener Teil, der auf entsprechendem Wege freigesetzt wird, dann verzerrt das Verfahren der Bundesbank. Das Ausmaß dieses verzerrenden Einflusses hängt unter anderem davon ab, wie stark die konstanten Basisreservesätze von den aktuellen Reservesätzen abweichen, wie sich die Struktur der Reservesätze wandelt, wie sich im Expansionsprozeß die Relation Bargeld zu Einlagen verschiebt und wie stark sich die Einlagenstruktur selbst ändert. Zugunsten des Verfahrens der Bundesbank könnte angeführt werden, daß der Expansionswert einer bestimmten Menge zusätzlichen Zentralbankgeldes von der Höhe der Mindestreservesätze abhängt. Allerdings sind die Reservesätze hier nur ein Faktor unter mehreren, der Bargeldkoeffizient und die Einlagenkoeffizienten haben eine ähnliche Bedeutung: Sie variieren im Konjunkturverlauf und mit ihnen der Expansionswert einer bestimmten Menge zusätzlichen Zentralbankgeldes.

7. Besondere Probleme ergeben sich, wenn die zugrundegelegten Reservesätze sehr stark von den aktuellen Reservesätzen abweichen, wie es zur Zeit der Fall ist. So hatten die durchschnittlichen Mindestreservesätze für Sichteinlagen, für Termineinlagen und für Spareinlagen im Januar 1974 bei 16^{1/2} vH beziehungsweise 12^{1/2} vH und 8 vH gelegen gegenüber dem Stand vom Oktober 1983 mit etwa 9 vH für Sichteinlagen, 6^{1/2} vH für Termineinlagen und 4^{1/2} vH für Spareinlagen. Eine große positive Differenz zwischen historischen und aktuellen Reservesätzen führt dazu, daß die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen eine höhere Zunahme ausweist als die bereinigte Zentralbankgeldmenge, und dies um so mehr, je stärker die Expansion der Geldbasis von einem Einlagenzuwachs getragen wird. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen überzeichnet so gesehen den Expansionsgrad der Geldpolitik, ihre Eignung als Indikator der Geldpolitik ist insoweit beeinträchtigt.

Eine Umstellung auf aktuelle Reservesätze hätte zweifellos zur Folge, daß sich Niveau und Struktur

der Zentralbankgeldmenge verschieben. Sie hätte ein um fast ein Viertel (42 Mrd DM) niedrigeres Niveau, der Bargeldumlauf erhielte ein größeres Gewicht. Dies muß als ein unerwünschtes Ergebnis gelten, wenn die Zentralbankgeldmenge wie in der Interpretation der Bundesbank stellvertretend für die Geldmenge M3 steht.

Das Element der Willkür, das in der Festlegung bestimmter Basisreservesätze liegt, gibt es im Prinzip auch beim Vorgehen des Sachverständigenrates, hier in der Wahl der Basisperiode für die Kumulation des Korrekturpostens. Das Niveau der Zentralbankgeldmenge wird davon mitbestimmt, mithin auch die ausgewiesene Zuwachsrate, die der — korrekt, also unverzerrt — gemessenen absoluten Veränderung entspricht. Diesem Nachteil kann man aber Rechnung tragen; die im Vergleich zu der von der Bundesbank für ihre Zentralbankgeldmenge errechneten deutlich niedrigere Zuwachsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge für 1981 beispielsweise hängt jedenfalls nicht daran.

D. Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts

1. Nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts messen wir konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik, indem wir das tatsächliche Haushaltsvolumen mit einem konjunkturneutralen vergleichen. Ein Haushaltsvolumen ist nach diesem Konzept dann konjunkturneutral, wenn es für sich genommen keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal angesehen wird. Die Privaten sind daran gewöhnt, daß der Staat direkt oder indirekt einen Teil des Produktionspotentials durch seine Ausgaben in Anspruch nimmt und ihnen einen Teil ihres Einkommens durch Steuern entzieht. In dem Maße, wie das Produktionspotential wächst, kann der Staat auch seine Ansprüche erhöhen, ohne daß sich daraus stabilitätspolitische Probleme ergeben; hielte er sich zurück, könnte sich eine Unterauslastung des Produktionspotentials einstellen. Abweichungen von dieser mittelfristig normalen Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat werden nur dann als konjunkturneutral angesehen, wenn dieser gleichzeitig durch eine Änderung seiner Einnahmenregelungen (ohne Kreditaufnahmen) die Privaten veranlaßt, ihre Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend zu ändern.
2. Der konjunkturelle Impuls mißt nur die primären Wirkungen, die von einer Abweichung des tatsächlichen Haushaltsvolumens vom konjunkturneutralen ausgehen. Allenfalls sie, nicht auch Sekundärwirkungen der Finanzpolitik lassen sich situationsneutral bestimmen. Nicht erfaßt werden auch die Auswirkungen von Änderungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und der Einnahmen.
3. Gerechnet wird der konjunkturelle Impuls als Abweichung der finanzwirtschaftlichen Quoten (Staatsquote, volkswirtschaftliche Steuerquote,

Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen und – davon abhängig – konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote) von ihren mittelfristigen Bezugsgrößen. Zunächst wird das Haushaltsvolumen errechnet, das konjunkturneutral wäre auf der Basis einer mittelfristig konstanten Staatsquote, ermittelt als Produkt aus der durchschnittlichen Staatsquote eines Basiszeitraums und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralen Preisniveau; das konjunkturneutrale Preisniveau haben wir definiert als den mit der Rate der konjunkturneutralen Preisniveausteigerung des Jahres t fortgeschriebenen Preisindex des Bruttosozialproduktes des Jahres $t - 1$. Ein Anstieg des Preisniveaus gilt als konjunkturneutral, wenn er durch keine marktwirtschaftliche Strategie bei Vermeidung unzumutbarer Beschäftigungsrisiken kurzfristig niedriger gehalten werden kann; dies ist eine Schätzgröße. Dieses Haushaltsvolumen ist zu bereinigen um das, was der Staat durch seine Einnahmepolitik am Spielraum für seine Ausgabentätigkeit verändert hat. Für die Steuern wird diese Änderung ermittelt als Produkt aus der Abweichung der Steuerquote des Jahres t von der des Basiszeitraums und dem Bruttosozialprodukt bei konjunkturneutralen Preisniveau und Normalauslastung des Produktionspotentials im Jahr t ; für die sonstigen Einnahmen (wie z. B. Gebühren, Beiträge, Gewinne öffentlicher Unternehmen und dergleichen) wird diese Änderung ermittelt als Abweichung der sonstigen Einnahmen im Jahr t vom Produkt aus dem Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen im Basiszeitraum und dem Produktionspotential bei konjunkturneutralen Preisniveau im Jahr t . Das so ermittelte konjunkturneutrale Haushaltsvolumen wird mit den tatsächlichen Ausgaben der Gebietskörperschaften verglichen, die Differenz ist der konjunkturelle Impuls. Genauer: Dieser Betrag steht für den konjunkturellen Impuls, den wir den öffentlichen Ausgaben eines Jahres bei den jeweils gegebenen Einnahmenregelungen beimessen.

4. Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

P_t^1	Produktionspotential in Preisen von 1976 im Jahr t
p_t	„Konjunkturneutrale“ Erhöhung des Preisniveaus (Preisindex des Bruttosozialproduktes) im Jahr t (in vH)
P_t^n	Produktionspotential, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialproduktes im Vorjahr ($t - 1$) und der „konjunkturneutralen“ Erhöhung des Preisniveaus (p_t) im Jahr t
P_t^i	Produktionspotential in jeweiligen Preisen (Preisindex des Bruttosozialproduktes) im Jahr t
l_v	Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)
G_t^i	tatsächliche Staatsausgaben im Jahr t
$g_{o,t}$	Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential (Staatsquote) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)

G_t^n	Staatsausgaben im Jahr t bei gleichem Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential wie im Basiszeitraum für das Jahr t : $\frac{(g_{o,t} \cdot P_t^n)}{100}$
Y_t^i	Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen im Jahr t
Y_t^v	Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials (P_t^n) im Jahr t
Y_t^n	Bruttosozialprodukt bei „konjunkturneutralen“ Preisniveau im Jahr t
$t_{o,t}$	volkswirtschaftliche Steuerquote (Verhältnis der tatsächlichen Steuereinnahmen zum Bruttosozialprodukt) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)
t_t	volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)
T_t^i	tatsächliche Steuereinnahmen im Jahr t
T_t^v	Steuereinnahmen im Jahr t wie bei normaler Auslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr
T_t^n	Steuereinnahmen im Jahr t wie bei normaler Auslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum für das Jahr t : $\frac{(t_{o,t} \cdot Y_t^v)}{100}$
H_t^n	konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t
n_t	konjunkturneutrale Staatsquote im Jahr t (in vH)
b_t	beanspruchte Staatsquote im Jahr t (in vH)
i_t	realisierte Staatsquote im Jahr t (in vH)
s_t	Verhältnis der tatsächlichen sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential (Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen) im Jahr t (in vH)
$s_{o,t}$	Verhältnis der tatsächlichen sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential (Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)
S_t^i	tatsächliche sonstige Einnahmen im Jahr t
K_t^n	potentialorientierte Kreditaufnahme im Jahr t
F_t^i	tatsächlicher Finanzierungssaldo im Jahr t
$k_{o,t}$	Verhältnis des auslastungsbereinigten Finanzierungssaldos zum Produktionspotential (Kreditfinanzierungsquote) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)

5. Definition der finanzwirtschaftlichen Quoten im Basiszeitraum

Für die Jahre bis einschließlich 1973 werden die finanzwirtschaftlichen Quoten des Jahres 1966 als Quoten des Basiszeitraums verwendet.

Für die Jahre 1974 bis 1978 sind die Quoten des Basiszeitraums definiert als arithmetisches Mittel

der finanzwirtschaftlichen Quoten in den jeweils vorangegangenen zwölf Jahren.

Für die Jahre ab 1978 gelten die Quoten des Basiszeitraums für das Jahr 1978 als neue konstante Quoten.

$$g_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{G_{t-j}^i}{P_{t-j}^i} \cdot 100$$

$$t_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{T_{t-j}^i}{Y_{t-j}^i} \cdot 100$$

$$s_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{S_{t-j}^i}{P_{t-j}^i} \cdot 100$$

$$k_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{F_{t-j}^i + \frac{t_{t-j}}{100} \cdot (P_{t-j}^i \cdot \frac{l_v}{100} - Y_{t-j}^i)}{P_{t-j}^i} \cdot 100$$

6. Sonstige Definitionen

$$Y_t^v = \frac{l_v \cdot P_t^n}{100}$$

$$Y_t^n = Y_t^i \frac{P_t^n}{P_t^i}$$

$$T_t^v = \frac{t_t \cdot Y_t^v}{100}$$

$$T_t^n = \frac{t_{o,t} \cdot Y_t^v}{100}$$

$$H_t^n = \frac{g_{o,t} \cdot P_t^n}{100} + \frac{(t_t - t_{o,t}) Y_t^v}{100} + S_t^i - \frac{s_{o,t} \cdot P_t^n}{100}$$

Die Differenz der Steuerquoten des laufenden Jahres (t_t) und des Basiszeitraums ($t_{o,t}$) – als Maß für Veränderungen in den Entzugseffekten des Steuersystems – gewichten wir mit dem Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen (Y_t^i). Hierdurch sollen konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen bei der Ermittlung des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens ausgeschaltet werden. Konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen in den Steuerquoten vermögen wir allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau zu erfassen (siehe JG 70 Ziffer 341).

Konjunktureller Impuls:

$H_t^n > G_t^i$: kontraktiv

$H_t^n = G_t^i$: konjunkturneutral

$H_t^n < G_t^i$: expansiv

konjunkturneutrale Staatsquote: $n_t = \frac{H_t^n}{P_t^n} \cdot 100$

beanspruchte Staatsquote: $b_t = \frac{G_t^i}{P_t^n} \cdot 100$

realisierte Staatsquote: $i_t = \frac{G_t^i}{P_t^i} \cdot 100$

7. Zur Berechnung der Steigerungsrate für eine konjunkturneutrale Ausweitung der Staatsausgaben (bezogen auf die Ist-Ausgaben des Vorjahres)

$$\left[\frac{H_{t+1}^n}{G_t^i} - 1 \right] \cdot 100 =$$

$$\left[\frac{\frac{H_t^n \cdot P_t^i}{G_t^i \cdot P_t^n} \cdot \frac{P_{t+1}^i}{P_t^i} \cdot (100 + p_{t+1})}{100} + \frac{(t_{t+1} - t_t) Y_{t+1}^v}{G_t^i \cdot 100} + \frac{S_{t+1}^i - S_t^i \cdot \frac{P_{t+1}^i}{P_t^i}}{G_t^i} - 1 \right] \cdot 100 =$$

$$= \left[\frac{\frac{P_{t+1}^i}{P_t^i} \cdot \frac{(100 + p_{t+1})}{100}}{\frac{i_t}{n_t}} + \frac{(t_{t+1} - t_t) Y_{t+1}^v}{G_t^i \cdot 100} + \frac{S_{t+1}^i - S_t^i \cdot \frac{P_{t+1}^i}{P_t^i}}{G_t^i} - 1 \right] \cdot 100 =$$

Zwischen den Werten der konjunkturneutralen Steigerungsrate in Zeile (b) der Tabelle 37 und den Werten in den Zeilen (c) bis (g) besteht folgender Zusammenhang:

$$b = \left[\frac{\frac{100 + (c)}{100} \cdot \frac{100 + (d)}{100}}{\frac{100 - (g)}{100}} + \frac{(e)}{100} + \frac{(f)}{100} - 1 \right] \cdot 100$$

Für die Jahre 1974 bis 1978 ergeben sich dadurch Abweichungen von dieser Rechenvorschrift, daß sich die finanzwirtschaftlichen Quoten, die wir unseren Rechnungen zugrunde legen, wegen des wechselnden Basiszeitraums von Jahr zu Jahr ändern.

8. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Finanzierungssaldos

(a) potentialorientierte Kreditaufnahme:

$$K_t^n = \frac{k_{o,t} \cdot P_t^n}{100}$$

(b) auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen:

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y_t^n - Y_t^v)$$

(c) inflationsbedingte Steuermehreinnahmen:

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y_t^i - Y_t^n)$$

Der konjunkturneutrale Finanzierungssaldo ergibt sich als Summe der Komponenten (a) bis (c).

V.**Statistischer Anhang**

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland	Seite	270
Tabellenteil	Seite	275
A. Internationale Tabellen	Tabellen	1*–15*
B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland	Tabellen	16*–73*

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft, zumindest jedoch annähernd die Kosten deckt. Im einzelnen handelt es sich hierbei um Produktionsunternehmen, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Hierzu gehören aber auch Institutionen, die im allgemeinen Sprachgebrauch nicht oder nicht immer als Unternehmen bezeichnet werden, wie landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsvereinigungen, Arbeitsstätten der freien Berufe, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und sonstige Unternehmen, die dem Staat gehören, unabhängig von ihrer Rechtsform, ferner die gesamte Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Zum **Staat** gehören die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung. Im einzelnen: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände (Ämter, Kreise, Bezirks- und Landschaftsverbände usw.) sowie Zweckverbände und die Sozialversicherung (die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung, Zusatzversorgungseinrichtungen für den öffentlichen Dienst, die Altershilfe für Landwirte, die gesetzliche Krankenversicherung, die gesetzliche Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung). Nicht zum Sektor Staat rechnen die im Eigentum der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung befindlichen Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform.

In den Sektor der **privaten Haushalte** (Ein- und Mehrpersonenhaushalte sowie Anstaltsbevölkerung) sind auch die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle, wissenschaftliche sowie im Erziehungswesen tätige Organisationen, die sich zu einem wesentlichen Teil aus freiwilligen Zahlungen von privaten Haushalten und aus Vermögenserträgen finanzieren, politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Institute usw. Aus statistischen Gründen sind in diesem Sektor auch Organisationen

ohne Erwerbszweck einbezogen, die überwiegend vom Staat finanziert werden und vor allem im Bereich von Wissenschaft und Forschung tätig sind.

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Inlandsprodukt und Sozialprodukt werden im allgemeinen sowohl „brutto“ als auch „netto“ (das heißt nach Abzug der Abschreibungen) berechnet und dargestellt. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere Wirtschaftseinheiten ohne die in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion, selbsterstellte Anlagen) der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die Vorleistungen ab, das heißt den Wert der Güter (ohne Umsatzsteuer), den inländische Wirtschaftseinheiten von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben, so erhält man die **Bruttowertschöpfung** der Wirtschaftsbereiche. Die Addition der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt zunächst die unbereinigte Bruttowertschöpfung insgesamt. Zieht man von der unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt die gegen unterstellte Entgelte erbrachten Bankdienstleistungen ab, erhält man die bereinigte Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft. Unter Hinzurechnung der auf den Gütern lastenden nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer (Kassenaufkommen des Staates an Mehrwertsteuer, Einfuhrumsatzsteuer sowie die einbehaltene Umsatzsteuer) und der Einfuhrabgaben (Einfuhrzölle, Verbrauchsteuer auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer), die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Gemeinschaften auf eingeführte Güter erhoben werden, erhält man das **Bruttoinlandsprodukt**. Dieser Rechenschritt läßt sich nur für die Gesamtwirtschaft vollziehen, da eine Aufgliederung der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben nach einzelnen Wirtschaftsbereichen nicht erfolgt.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Personen bzw. Institutionen von der übrigen Welt

bezogen haben, und zieht man davon die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt geflossen sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen**.

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen**; nach Kürzung um die indirekten Steuern (Produktionssteuern, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer — Kasenaufkommen und aufgrund gesetzlicher Sonderregelungen einbehaltene Umsatzsteuer sowie Einfuhrabgaben) und nach Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten**. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das **Volkseinkommen** ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich zugeflossen sind. Es umfaßt — in der Gliederung nach Sektoren — die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die Vermögenseinkommen des Staates und die unverteilter Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Die **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfassen die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Die **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthalten die Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten und immateriellen Werten, aus Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie von Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Entnahmen und nichtentnommene Gewinne), und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf öffentliche Schulden. Dazu kommen die unverteilter Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.). Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten einerseits noch die aus den Einkommen zu leistenden direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Sozialbeiträge; andererseits sind die von den privaten Haushalten empfangenen Renten und übrigen laufenden Übertragungen noch nicht einbezogen. Nach Hinzurechnung der empfangenen laufenden Übertragungen von anderen Sektoren und von der übrigen Welt (ohne Subventionen) und nach Abzug der geleisteten laufenden Übertragungen an andere Sektoren und an die übrige Welt (ohne indirekte Steuern) erhält man die Summe der verfügbaren

Einkommen der Volkswirtschaft, das heißt aller Sektoren.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte vom Staat und von den anderen Sektoren sowie von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern sowie die an alle Sektoren und die übrige Welt geleisteten Sozialbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus privatem Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen und Außenbeitrag.

Der **private Verbrauch** umfaßt die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie zum Beispiel der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Deputate der Arbeitnehmer. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Anlageinvestitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** umfaßt die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellten Verwaltungsleistungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung. Er ergibt sich nach Abzug der Verkäufe sowie der selbsterstellten Anlagen vom Produktionswert des Staates, der anhand der laufenden Aufwendungen der Institutionen des Staatssektors gemessen wird. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke wird auch der Erwerb von militärischen Bauten und dauerhaften militärischen Ausrüstungen gerechnet. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum privaten Verbrauch.

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus den Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die Käufe neuer Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen und Land nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen

und Land. Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und derjenigen dauerhafter Güter, die in den privaten Verbrauch eingehen. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** wird anhand von Bestandsangaben für Vorräte berechnet, die zunächst auf eine konstante Preisbasis (1976) umgerechnet werden. Die Differenz zwischen Anfangs- und End-

beständen wird anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Der **Außenbeitrag** ergibt sich als Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen von bzw. an die übrige Welt). Erfasst werden also die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt sowie die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben bzw. an die übrige Welt geflossen sind.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

5. Die drei Berechnungsarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

I. Entstehungsrechnung

Produktionswert
- Vorleistungen

= Bruttowertschöpfung (unbereinigt)
- Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen

= Bruttowertschöpfung (bereinigt)
+ Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
+ Einfuhrabgaben

= Bruttoinlandsprodukt
± Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt

II. Verwendungsrechnung

Privater Verbrauch
+ Staatsverbrauch
+ Ausrüstungsinvestitionen
+ Bauinvestitionen
± Vorratsveränderung
+ Ausfuhr
- Einfuhr

= Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	↑
- Abschreibungen	

= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	
- Indirekte Steuern	
+ Subventionen	

= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen	

III. Verteilungsrechnung

Volkseinkommen	
↓	
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
- Öffentliche Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern, u. ä.)	- Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber
± Sonstige Zu- und Absetzungen	- Unterstellte Sozialbeiträge
-----	-----
= Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	= Bruttolohn- und -gehaltssumme
	- Lohnsteuer
	- Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer

	= Nettolohn- und -gehaltssumme

6. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1976) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1976. Diese

Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb“ des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1976; die Preisentwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

274



Tabellenteil

Tabelle 1*

A. Internationale Tabellen

Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern

1000

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
Gesamtbevölkerung										
1960	55 433	9 154	45 684	52 559	48 967	11 486	7 047	5 429	93 260	180 671
1961	56 185	9 184	46 163	52 932	49 156	11 639	7 087	5 434	94 090	183 691
1962	56 837	9 221	46 998	53 431	49 563	11 806	7 130	5 574	94 980	186 538
1963	57 389	9 290	47 816	53 691	49 936	11 966	7 172	5 694	95 900	189 242
1964	57 971	9 378	48 310	54 033	50 439	12 127	7 215	5 789	96 890	191 889
1965	58 619	9 464	48 758	54 378	50 840	12 295	7 255	5 857	97 950	194 303
1966	59 148	9 528	49 164	54 653	51 227	12 456	7 290	5 918	98 860	196 560
1967	59 286	9 581	49 548	54 933	51 664	12 598	7 323	5 992	99 920	198 712
1968	59 500	9 619	49 916	55 157	52 042	12 730	7 360	6 068	101 070	200 706
1969	60 067	9 646	50 318	55 372	52 376	12 878	7 393	6 137	102 320	202 677
1970	60 651	9 651	50 772	55 522	52 771	13 039	7 426	6 270	103 720	205 052
1971	61 284	9 673	51 251	55 712	53 124	13 194	7 459	6 232	104 740	207 661
1972	61 672	9 709	51 701	55 869	53 548	13 329	7 495	6 281	106 180	209 896
1973	61 976	9 739	52 119	56 000	53 981	13 439	7 525	6 328	108 660	211 909
1974	62 054	9 783	52 461	56 011	54 541	13 545	7 533	6 359	110 160	213 854
1975	61 829	9 795	52 705	55 981	54 967	13 666	7 520	6 349	111 520	215 973
1976	61 531	9 811	52 891	55 959	55 325	13 774	7 513	6 309	112 770	218 035
1977	61 400	9 822	53 077	55 919	55 576	13 856	7 518	6 289	113 880	220 239
1978	61 327	9 830	53 277	55 902	55 806	13 942	7 508	6 291	114 920	222 585
1979	61 359	9 837	53 480	55 946	56 016	14 038	7 503	6 303	115 870	225 056
1980	61 567	9 847	53 714	56 010	56 121	14 150	7 505	6 327	116 780	227 658
1981	61 682	9 853	53 963	56 284	56 292	14 247	7 508	6 363	117 650	229 807
Erwerbstätige ¹⁾										
1960	25 954	3 447	18 595	23 660	20 269	4 182	3 239	2 701	44 360	65 778
1961	26 238	3 481	18 608	23 978	20 366	4 243	3 249	2 828	44 980	65 746
1962	26 289	3 534	18 737	24 185	20 270	4 328	3 245	2 938	45 560	66 702
1963	26 319	3 560	19 065	24 230	19 982	4 387	3 237	2 983	45 950	67 762
1964	26 297	3 609	19 395	24 522	19 904	4 464	3 238	3 030	46 550	69 305
1965	26 418	3 621	19 540	24 776	19 432	4 502	3 235	3 009	47 300	71 088
1966	26 320	3 635	19 689	24 934	19 095	4 537	3 227	2 997	48 270	72 895
1967	25 461	3 618	19 763	24 570	19 315	4 523	3 182	3 013	49 200	74 372
1968	25 491	3 615	19 730	24 436	19 294	4 565	3 070	3 031	50 020	75 920
1969	25 871	3 683	20 063	24 478	19 112	4 641	2 976	3 082	50 400	77 902
1970	26 169	3 666	20 343	24 373	19 218	4 696	2 971	3 124	50 940	78 678
1971	26 317	3 703	20 438	24 143	19 176	4 724	2 973	3 167	51 210	79 367
1972	26 214	3 697	20 552	24 118	18 875	4 683	2 993	3 189	51 260	82 153
1973	26 411	3 746	20 814	24 696	19 057	4 685	3 010	3 203	52 590	85 064
1974	26 038	3 801	20 959	24 785	19 470	4 687	3 010	3 187	52 370	86 794
1975	25 285	3 748	20 714	24 704	19 594	4 640	2 942	3 017	52 230	85 846
1976	25 059	3 718	20 856	24 492	19 742	4 654	2 947	2 918	52 710	88 752
1977	25 014	3 711	21 036	24 523	19 948	4 710	2 989	2 923	53 420	92 017
1978	25 169	3 711	21 113	24 681	20 044	4 757	3 015	2 940	54 080	96 048
1979	25 507	3 754	21 118	25 010	20 266	4 821	3 051	2 962	54 790	98 824
1980	25 771	3 751	21 127	24 865	20 551	4 932	3 070	3 016	55 360	99 303
1981	25 588	3 669	20 959	23 819	20 623	4 922	3 090	3 054	55 810	100 397

¹⁾ Für Niederlande von 1960 bis 1974 Quelle: SAEG.

Quelle: OECD

Tabelle 2*

Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in wichtigen Industrieländern

1000

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande ¹⁾	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
Beschäftigte Arbeitnehmer										
1960	20 038	2 545	12 886	21 894	11 694	3 296	.	.	23 700	55 179
1961	20 377	2 594	13 047	22 228	12 032	3 369	.	.	24 780	55 229
1962	20 631	2 655	13 317	22 447	12 396	3 465	.	.	25 930	56 524
1963	20 836	2 705	13 774	22 505	12 639	3 536	.	.	26 720	57 952
1964	21 028	2 782	14 220	22 812	12 519	3 623	.	.	27 630	59 496
1965	21 289	2 816	14 471	23 080	12 144	3 676	.	.	28 760	61 418
1966	21 284	2 838	14 720	23 253	11 997	3 722	.	.	29 940	63 627
1967	20 565	2 823	14 893	22 808	12 245	3 718	.	.	30 710	66 149
1968	20 706	2 823	15 001	22 650	12 378	3 775	2 186	.	31 480	67 798
1969	21 267	2 897	15 450	22 625	12 568	3 865	2 150	.	31 990	69 706
1970	21 747	2 973	15 880	22 471	12 811	3 933	2 160	.	33 060	70 645
1971	22 106	3 034	16 128	22 122	12 959	3 972	2 195	.	34 120	71 286
1972	22 103	3 046	16 398	22 121	12 973	3 942	2 244	.	34 650	74 010
1973	22 395	3 104	16 795	22 664	13 231	3 958	2 271	.	36 150	76 847
1974	22 113	3 167	17 067	22 789	13 614	3 972	2 409	.	36 370	78 460
1975	21 489	3 118	16 938	22 710	13 815	4 033	2 368	.	36 460	77 551
1976	21 407	3 094	17 135	22 543	13 987	4 064	2 380	.	37 120	80 519
1977	21 496	3 091	17 352	22 619	14 246	4 130	2 420	.	37 690	83 481
1978	21 734	3 090	17 458	22 777	14 248	4 175	2 470	.	37 990	87 205
1979	22 127	3 128	17 491	23 107	14 500	4 229	2 524	.	38 760	89 674
1980	22 455	3 128	17 533	22 854	14 684	4 339	2 545	.	39 710	89 950
1981	22 342	3 047	17 412	21 701	14 698	4 329	2 575	.	40 370	91 007
Registrierte Arbeitslose										
1960	271	117	239	326	1 215	30	.	1,2	750	3 852
1961	181	89	203	287	1 108	22	.	0,7	660	4 714
1962	155	75	230	406	969	23	.	0,6	590	3 911
1963	186	62	273	496	807	25	.	0,8	590	4 070
1964	169	55	216	349	904	22	.	0,3	540	3 786
1965	147	63	269	299	1 110	27	.	0,3	570	3 366
1966	161	67	280	281	1 192	37	.	0,3	650	2 875
1967	459	92	365	503	1 106	79	.	0,3	630	2 975
1968	323	110	427	542	1 172	72	49	0,3	590	2 817
1969	179	88	477	518	1 160	53	62	0,3	570	2 831
1970	149	69	510	555	1 111	46	42	0,1	590	4 093
1971	185	67	569	696	1 109	62	38	0,1	640	5 016
1972	246	84	595	778	1 297	108	35	0,1	730	4 882
1973	273	87	576	557	1 305	110	33	0,1	680	4 365
1974	582	94	615	528	1 113	135	41	0,2	730	5 156
1975	1 074	168	902	838	1 230	195	53	10	1 000	7 929
1976	1 060	224	993	1 265	1 426	211	54	21	1 080	7 406
1977	1 030	257	1 073	1 359	1 545	207	49	12	1 100	6 991
1978	993	279	1 183	1 343	1 571	206	64	11	1 240	6 202
1979	876	292	1 355	1 235	1 698	210	65	10	1 170	6 137
1980	889	311	1 452	1 513	1 698	248	58	6	1 140	7 637
1981	1 272	399	1 694	2 395	1 913	385	80	6	1 260	8 273

¹⁾ Von 1960 bis 1974 Quelle: SAEG.

Quelle: OECD

Tabelle 3*

Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern
Mrd Landeswahrung¹⁾

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-\$
	in jeweiligen Preisen									
1960	302,71	557,02	296,51	25,51	23,21	44,00	163,25	37,37	15,50	505,27
1961	331,71	592,44	323,46	27,24	25,81	46,46	180,76	42,04	19,16	523,31
1962	360,78	633,71	361,16	28,52	29,00	50,01	192,35	46,62	21,25	563,48
1963	382,37	681,30	404,88	30,33	33,22	54,26	<u>207,32</u>	51,27	24,54	594,72
1964	420,18	762,53	449,16	33,08	36,36	63,85	226,61	56,83	<u>29,01</u>	635,56
1965	459,17	829,96	483,49	35,54	39,12	71,31	246,32	60,86	32,75	688,61
1966	488,23	892,11	523,42	37,91	42,39	77,65	268,26	65,36	38,03	753,61
1967	494,35	955,35	565,39	40,04	46,70	85,19	285,44	70,35	44,57	797,16
1968	533,28	1022,34	614,52	43,38	50,61	94,46	306,71	75,12	52,85	870,27
1969	596,95	1134,17	700,69	46,44	55,88	106,98	334,90	81,40	62,18	940,54
1970	675,30	1262,11	782,56	50,93	62,88	120,50	375,88	90,67	73,29	988,70
1971	750,56	1382,02	872,43	57,16	68,51	136,36	419,62	103,00	80,63	1073,21
1972	823,74	1545,39	981,12	63,27	75,12	154,32	479,54	116,71	92,31	1179,99
1973	917,27	1755,02	1114,20	72,84	89,75	176,81	543,46	130,06	112,42	1315,29
1974	984,58	2056,81	1278,30	82,92	110,72	200,13	618,56	141,10	134,17	1420,87
1975	1026,51	2271,14	1452,32	104,49	125,38	220,25	656,12	140,16	148,03	1538,80
1976	1119,69	2574,62	1677,97	124,24	156,66	252,59	724,75	141,96	165,85	1705,91
1977	1196,11	2780,27	1884,59	143,40	190,08	274,93	796,19	145,79	184,46	1903,07
1978	1285,14	2984,53	2141,08	164,95	222,25	297,01	842,33	151,68	202,64	2140,44
1979	1392,48	3181,97	2439,60	192,95	270,20	315,96	918,72	158,55	218,62	2382,22
1980	1481,07	3415,90	2758,66	225,54	339,07	335,85	998,97	170,33	234,95	2598,96
1981	1543,94	3530,30	3094,42	247,72	398,13	350,54	1058,27	185,57	249,10	2906,27
	in Preisen von 1975									
1960	587,59	1180,66	694,52	71,37	63,87	114,00	341,14	84,88	40,24	932,55
1961	617,95	1239,43	732,77	73,71	69,11	117,49	360,08	91,76	46,10	956,48
1962	645,81	1304,03	781,66	74,42	73,40	122,16	369,51	96,15	49,35	1009,49
1963	666,30	1360,78	823,45	77,34	77,52	126,59	<u>384,85</u>	100,85	54,53	1050,35
1964	710,91	1455,45	877,13	81,40	79,69	137,06	406,19	106,15	<u>61,74</u>	1105,73
1965	750,16	1507,27	919,04	83,30	82,29	144,25	418,02	109,52	69,29	1172,90
1966	770,73	1554,93	966,96	85,00	87,22	148,21	441,61	112,22	76,63	1241,27
1967	770,80	1615,19	1012,29	87,20	93,48	156,03	454,89	115,65	84,89	1275,57
1968	814,98	1683,06	1055,41	90,81	99,59	166,05	475,23	119,80	95,73	1327,19
1969	875,57	1794,82	1129,18	92,15	105,67	176,72	505,06	126,55	107,47	1364,76
1970	921,52	1909,01	1193,90	94,20	111,28	188,56	541,03	134,62	118,02	1360,90
1971	951,84	1982,84	1258,46	96,74	113,11	196,62	568,70	140,10	123,45	1402,54
1972	991,59	2087,79	1332,72	98,88	116,73	203,34	604,00	144,59	134,34	1478,33
1973	1036,06	2216,75	1404,23	106,31	124,94	214,94	633,52	149,00	146,16	1559,79
1974	1042,81	2315,72	1449,62	105,20	130,11	222,54	658,51	151,17	144,64	1549,55
1975	1026,51	2271,14	1452,32	104,49	125,38	220,25	656,12	140,16	148,03	1538,80
1976	1081,50	2400,92	1527,41	108,22	132,74	231,97	686,15	138,19	155,88	1613,99
1977	1115,26	2418,22	1574,06	109,60	135,26	237,47	716,06	141,55	164,08	1698,58
1978	1150,09	2491,33	1633,63	113,63	138,89	243,86	719,77	142,13	172,33	1778,09
1979	1197,05	2551,15	1687,82	115,49	145,70	249,05	754,15	145,67	181,17	1819,93
1980	1220,07	2627,99	1707,01	113,23	151,44	251,36	778,29	152,38	189,07	1814,73
1981	1222,55	2580,87	1709,71	110,97	151,20	248,41	778,63	155,33	195,03	1856,34

¹⁾ Für Italien 1000 Mrd Lira. Für Japan 1000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährungen in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 10* auf Seite 285.

Tabelle 4*

**Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit
je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern**

1975 = 100

Jahr	Bundes- republik Deutsch- land	Belgien	Frank- reich	Groß- britan- nien	Italien	Nieder- lande ¹⁾	Öster- reich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Produktivität)										
1960	55,8	56,5	53,3	71,3	49,2	57,4	47,2	67,6	32,0	79,1
1961	58,0	58,8	56,2	72,7	53,0	58,3	49,7	69,8	36,2	81,2
1962	60,5	60,9	59,5	72,8	56,6	59,5	51,1	70,4	38,2	84,4
1963	62,4	63,1	61,6	75,5	60,6	60,8	<u>53,3</u>	72,8	41,9	86,5
1964	66,6	66,6	64,5	78,5	62,6	64,7	<u>56,2</u>	75,4	<u>46,8</u>	89,0
1965	69,9	68,7	67,1	79,5	66,2	67,5	57,9	78,3	51,7	92,0
1966	72,1	70,6	70,0	80,6	71,4	68,8	61,4	80,6	56,0	95,0
1967	74,6	73,7	73,1	83,9	75,6	72,7	<u>64,1</u>	82,6	60,9	95,7
1968	78,8	76,8	76,3	87,9	80,7	76,6	<u>69,4</u>	85,1	67,5	97,5
1969	83,4	80,4	80,3	89,0	86,4	80,2	76,1	88,4	75,2	97,7
1970	86,7	85,9	83,7	91,4	90,5	84,6	81,7	92,8	81,7	96,5
1971	89,1	88,4	87,8	94,7	92,2	87,7	85,8	95,2	85,1	98,6
1972	93,2	93,2	92,5	96,9	96,6	91,5	90,5	97,6	92,5	100,4
1973	96,6	97,7	96,2	101,8	102,5	96,7	<u>94,4</u>	100,1	98,1	102,3
1974	98,7	100,5	98,6	100,4	104,4	<u>100,0</u>	98,1	102,1	97,4	99,6
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	106,3	106,6	104,5	104,5	105,1	105,0	104,4	101,9	104,3	101,5
1977	109,8	107,5	106,7	105,7	106,0	106,2	107,4	104,2	108,4	103,0
1978	112,6	110,8	110,4	108,8	108,3	108,0	107,0	104,1	112,4	103,3
1979	115,6	112,1	114,0	109,2	112,4	108,8	110,8	105,9	116,7	102,7
1980	116,6	115,6	115,2	107,7	115,2	107,4	113,7	108,8	120,5	102,0
1981	117,7	116,1	116,3	110,1	114,6	106,3	113,0	109,5	123,3	103,2
Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer ²⁾										
1960	26,2	23,9	21,9	23,1	16,4	19,2	.	25,4	12,4	44,3
1961	29,1	24,7	24,2	24,6	17,7	20,7	.	27,5	14,0	45,6
1962	31,8	26,5	26,8	25,7	20,0	22,1	.	29,7	16,0	47,7
1963	33,8	28,6	29,5	26,9	23,8	24,1	.	32,6	18,3	49,1
1964	36,6	31,3	31,9	28,8	26,9	28,1	.	35,7	20,4	51,3
1965	40,1	34,3	33,8	30,7	29,3	31,4	.	39,0	22,6	53,6
1966	43,2	37,3	35,9	32,7	31,7	34,9	.	41,7	24,9	57,3
1967	44,7	40,1	38,3	34,7	34,3	38,1	.	45,1	27,9	59,1
1968	47,6	42,6	42,5	37,4	36,9	41,4	45,2	47,8	32,1	63,7
1969	52,2	46,0	47,2	40,1	40,1	46,8	50,1	50,7	36,6	68,2
1970	60,6	50,3	52,0	45,3	46,0	52,7	54,5	56,3	43,2	72,0
1971	67,7	56,2	57,9	50,4	52,0	59,8	62,0	64,5	49,8	76,0
1972	74,5	64,2	63,8	57,0	58,0	67,5	68,9	72,8	56,9	80,6
1973	83,5	72,5	71,8	64,3	69,0	77,7	79,7	82,7	68,5	86,7
1974	93,2	85,8	84,3	76,4	83,5	<u>90,0</u>	87,6	92,4	86,1	93,0
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	108,0	116,4	114,7	114,6	120,6	110,3	109,6	104,0	111,3	107,2
1977	115,1	126,7	129,1	126,4	145,1	118,3	119,4	106,3	122,5	114,9
1978	121,5	136,5	145,3	143,6	169,3	126,7	128,1	111,1	131,1	124,2
1979	128,6	144,1	164,0	165,9	199,2	134,7	133,8	116,2	139,0	135,4
1980	137,2	156,7	188,2	198,1	242,8	139,3	143,4	122,9	147,9	148,1
1981	144,4	168,4	215,3	225,7	296,9	142,3	152,8	132,3	157,1	161,8

1) Von 1960 bis 1974 Quelle für Grundzahlen: SAEG.

2) Für Schweiz: Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Erwerbstätigen.

Quelle für Grundzahlen: OECD

Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern
Mrd Landeswährung¹⁾)

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-\$
	Volkseinkommen									
1960	276,19	506,33	265,22	23,56	21,54	40,54	147,23	33,91	14,12	450,07
1961	300,41	539,25	288,91	25,12	24,01	42,84	162,72	37,88	16,71	466,91
1962	324,74	576,86	326,02	26,33	26,96	45,77	173,87	41,93	19,01	505,69
1963	342,29	618,59	364,92	28,04	30,81	50,07	185,32	46,02	21,76	535,12
1964	375,44	693,44	405,34	30,54	33,59	59,09	200,45	50,84	24,86	573,82
1965	408,71	756,36	435,87	32,85	36,21	65,87	217,27	54,49	27,80	623,08
1966	433,43	811,58	471,01	34,88	39,39	71,43	237,03	58,61	32,28	682,02
1967	436,75	868,44	508,22	36,78	43,43	78,55	251,31	63,23	38,13	719,37
1968	472,60	929,58	553,26	39,76	47,09	87,00	269,88	67,77	44,78	785,56
1969	530,53	1028,00	631,86	42,59	52,03	98,91	296,15	73,38	52,42	846,47
1970	597,32	1141,67	698,72	46,63	58,15	111,17	330,61	81,77	63,31	884,82
1971	662,10	1247,05	785,74	52,17	63,41	124,96	369,10	92,74	69,16	959,60
1972	725,02	1398,80	882,99	57,43	69,53	141,47	421,24	104,60	79,73	1055,47
1973	807,67	1589,21	999,38	66,06	82,55	163,37	477,48	117,30	98,19	1185,44
1974	861,79	1858,92	1135,62	74,53	100,40	183,56	543,27	128,29	115,80	1271,27
1975	893,65	2046,72	1284,10	92,84	112,15	197,99	574,10	127,73	127,83	1359,55
1976	979,96	2339,48	1474,42	110,01	140,46	229,34	636,98	130,94	144,40	1514,21
1977	1044,31	2505,97	1665,18	126,20	170,40	249,41	698,11	134,47	158,84	1691,63
1978	1127,85	2691,46	1893,00	144,60	199,44	267,86	738,16	139,59	174,64	1902,33
1979	1216,86	2850,95	2163,91	169,88	244,76	284,80	809,40	146,95	188,77	2116,36
1980	1286,99	3044,75	2452,66	196,41	307,89	299,96	878,55	157,59	202,91	2291,91
1981	1326,93	3128,28	2733,14	215,68	355,55	310,05	925,50	172,84	214,09	2561,17
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit									
1960	143,16	256,69	130,64	15,22	9,86	20,53	74,08	19,35	6,41	295,83
1961	161,64	269,58	146,12	16,46	10,95	22,54	82,81	21,93	7,60	304,56
1962	178,84	296,17	165,14	17,36	12,75	24,76	90,46	24,60	9,06	326,15
1963	191,86	325,89	188,15	18,25	15,51	27,62	97,64	27,46	10,66	344,05
1964	209,93	367,39	210,09	19,78	17,35	32,97	105,91	30,52	12,33	369,33
1965	232,96	406,58	226,51	21,36	18,31	37,35	116,63	33,13	14,23	398,03
1966	250,83	445,61	244,28	22,90	19,59	42,02	128,55	35,30	16,28	440,96
1967	250,35	476,89	263,66	23,85	21,66	45,86	139,18	38,34	18,73	473,33
1968	268,84	506,84	294,75	25,52	23,56	50,58	147,55	40,93	22,08	522,14
1969	302,62	562,04	337,11	27,30	25,95	58,59	160,96	44,09	25,59	575,46
1970	359,29	630,65	382,29	30,63	30,35	67,15	175,82	49,61	31,22	615,06
1971	407,77	718,91	432,11	33,58	34,73	76,93	203,19	57,68	37,10	655,81
1972	449,12	823,49	483,79	37,93	38,75	86,20	230,88	65,56	43,04	722,11
1973	509,87	948,73	558,12	43,89	47,08	99,60	270,38	74,74	54,08	805,95
1974	562,05	1144,35	665,70	52,41	58,61	115,75	315,03	83,09	68,41	883,13
1975	585,85	1313,75	783,73	68,37	71,20	130,61	353,60	85,15	79,65	938,21
1976	630,05	1517,40	909,69	77,76	86,95	145,14	389,47	85,68	90,29	1044,05
1977	674,41	1650,66	1036,36	86,06	106,50	158,17	431,45	87,69	100,87	1160,60
1978	719,71	1777,15	1173,51	98,47	124,32	171,26	472,42	92,19	108,82	1310,58
1979	775,48	1898,67	1327,64	115,40	148,90	184,43	504,16	97,10	117,68	1468,82
1980	839,65	2065,09	1526,55	136,31	183,73	195,69	545,02	104,65	128,27	1611,18
1981	879,26	2162,36	1734,50	147,46	224,87	199,54	587,69	114,06	138,53	1781,66

¹⁾ Für Italien 1000 Mrd Lira. Für Japan 1000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährungen in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 10* auf Seite 285.

Tabelle 6*

Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern
Mrd Landeswährung¹⁾

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-\$
	in jeweiligen Preisen									
1960	171,84	385,27	183,43	16,87	14,56	25,62	96,83	23,33	8,82	322,52
1961	188,33	402,04	200,84	17,76	15,92	27,60	105,75	25,62	10,11	332,90
1962	204,79	422,31	224,39	18,83	17,97	30,05	115,86	28,60	11,75	353,58
1963	216,79	457,38	253,46	20,03	21,02	33,38	<u>125,96</u>	31,06	13,77	372,79
1964	233,50	488,89	276,90	21,39	22,78	37,75	133,05	33,90	<u>16,04</u>	398,93
1965	257,62	533,30	295,39	22,79	24,37	42,18	145,79	36,48	19,12	428,75
1966	275,06	570,13	319,47	24,17	26,87	45,89	155,59	39,33	22,00	463,39
1967	282,63	601,22	345,87	25,35	29,77	49,82	167,22	42,25	25,24	488,94
1968	300,74	651,58	377,45	27,31	31,76	54,46	178,18	45,02	28,85	536,53
1969	330,90	705,98	428,52	28,98	34,84	62,32	189,45	48,79	33,25	581,31
1970	368,85	755,20	469,34	31,51	39,37	70,06	205,29	53,46	38,27	621,61
1971	409,44	833,08	527,87	35,31	42,77	78,18	230,00	59,89	43,16	674,19
1972	452,10	930,16	592,24	39,88	47,06	87,82	259,81	67,96	49,81	739,74
1973	495,36	1063,35	668,98	45,44	56,06	99,65	291,78	76,14	60,23	815,07
1974	533,74	1230,32	781,33	52,31	69,57	112,64	330,61	83,35	72,84	891,25
1975	585,54	1390,43	898,75	64,19	80,57	128,95	368,26	86,27	84,57	979,64
1976	633,50	1571,26	1041,90	74,28	98,43	148,41	410,18	89,15	95,15	1090,27
1977	680,94	1721,96	1171,46	85,28	117,98	164,31	456,86	92,90	105,79	1210,70
1978	725,34	1839,55	1327,83	98,13	136,82	179,17	468,85	95,54	115,91	1349,61
1979	778,98	1997,00	1518,04	116,32	165,23	192,43	511,10	101,00	127,07	1509,80
1980	834,65	2167,99	1745,57	134,84	208,23	204,94	551,96	108,34	136,78	1674,11
1981	874,08	2324,56	2010,64	150,03	249,10	212,55	595,74	116,08	143,92	1858,10
	in Preisen von 1975									
1960	304,55	777,54	418,64	45,50	37,98	60,02	187,70	49,82	25,42	566,03
1961	322,82	790,29	443,53	46,53	40,82	63,15	197,34	53,21	27,56	577,91
1962	340,62	821,33	474,85	47,48	43,73	67,02	207,94	56,61	30,19	603,79
1963	350,16	857,86	507,61	49,52	47,79	71,74	<u>219,08</u>	59,35	33,08	626,51
1964	368,65	880,26	536,19	51,05	49,37	75,97	230,05	62,15	<u>36,93</u>	660,99
1965	394,14	917,82	557,69	51,88	50,98	81,65	241,63	64,30	42,15	698,31
1966	406,30	942,18	584,64	52,89	54,63	84,25	251,83	66,22	46,25	734,14
1967	410,77	968,95	614,42	54,05	58,67	88,83	260,74	68,16	50,63	756,65
1968	430,09	1020,63	638,86	55,67	61,70	94,69	270,87	70,80	54,83	797,71
1969	463,72	1075,27	677,42	55,98	65,77	102,16	278,73	74,67	60,37	827,15
1970	499,34	1122,23	706,29	57,45	70,77	109,99	290,32	78,68	64,55	846,44
1971	525,70	1176,63	752,95	59,34	72,85	113,28	309,82	82,42	68,34	877,94
1972	549,73	1245,94	798,68	62,87	75,33	116,95	328,66	86,90	74,85	928,29
1973	563,32	1343,37	844,67	65,91	79,75	121,47	346,32	89,30	81,84	966,39
1974	565,82	1384,17	869,25	64,63	81,85	124,73	356,68	88,87	81,28	959,72
1975	585,54	1390,43	898,75	64,19	80,57	128,95	368,26	86,27	84,57	979,64
1976	608,11	1460,21	949,09	64,22	83,34	136,36	385,00	87,19	87,41	1034,15
1977	631,17	1494,83	978,91	64,02	84,51	142,40	406,95	89,83	90,72	1083,17
1978	654,06	1532,60	1020,38	67,70	86,81	148,62	400,31	91,83	94,99	1129,09
1979	674,54	1603,63	1057,03	71,05	91,09	152,87	417,92	93,00	100,63	1159,02
1980	685,00	1627,42	1074,55	70,95	95,48	152,30	423,71	95,44	101,26	1163,70
1981	676,77	1602,57	1099,87	71,17	96,00	148,36	426,63	95,93	101,92	1186,56

¹⁾ Für Italien 1000 Mrd Lira. Für Japan 1000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährungen in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 10* auf Seite 285.

Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern
Mrd Landeswährung¹⁾

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-\$
	in jeweiligen Preisen									
1960	40,45	69,31	38,55	4,23	2,96	5,65	20,67	3,31	1,38	85,48
1961	45,78	70,68	42,51	4,56	3,27	6,20	22,42	4,06	1,61	93,13
1962	52,83	77,88	47,95	4,89	3,79	6,95	24,39	4,72	1,86	101,08
1963	59,39	88,56	54,38	5,14	4,61	7,96	<u>27,23</u>	5,40	2,20	105,51
1964	62,10	95,47	59,63	5,47	5,21	9,48	30,18	5,94	<u>2,55</u>	111,20
1965	69,65	106,23	63,48	6,00	5,92	10,55	32,93	6,39	2,69	117,43
1966	75,45	117,10	67,98	6,53	6,30	11,77	36,68	6,81	3,05	136,07
1967	80,05	128,77	73,26	7,22	6,73	13,22	41,57	7,24	3,41	153,84
1968	82,73	139,01	83,07	7,67	7,33	14,33	45,25	7,80	3,93	166,81
1969	93,12	154,50	93,52	8,01	7,95	16,34	50,48	8,56	4,56	177,22
1970	106,47	169,41	105,14	9,00	8,66	18,80	55,22	9,51	5,46	189,51
1971	126,82	194,66	117,33	10,26	10,61	21,78	61,98	11,24	6,42	198,03
1972	141,13	224,28	129,09	11,69	12,08	24,58	70,10	12,71	7,54	216,76
1973	163,16	255,26	146,71	13,40	13,91	27,59	81,91	14,62	9,34	232,54
1974	190,21	302,34	173,91	16,64	16,71	32,60	97,43	16,42	12,24	260,85
1975	210,53	373,59	209,14	22,97	19,36	38,38	113,05	17,69	14,89	291,43
1976	222,27	423,39	245,02	26,77	23,13	43,55	127,79	18,69	16,42	316,54
1977	234,67	469,75	277,71	29,28	28,99	47,85	138,74	18,90	18,24	343,53
1978	252,54	523,36	320,29	33,03	35,26	52,61	154,14	19,51	19,75	375,46
1979	273,52	564,14	362,73	38,38	43,89	57,17	165,92	20,52	21,49	415,05
1980	298,39	616,99	419,32	48,49	55,64	60,36	177,97	21,69	23,53	471,52
1981	319,75	670,01	488,23	55,22	71,99	62,88	194,84	23,15	25,33	526,13
	in Preisen von 1975									
1960	109,80	172,16	120,39	15,58	10,86	25,23	67,09	8,84	6,47	189,37
1961	116,63	175,43	126,16	16,13	11,33	25,94	68,22	10,37	6,86	200,74
1962	127,63	190,52	132,12	16,63	11,77	26,80	69,91	11,22	7,44	211,21
1963	135,35	212,53	136,58	16,90	12,28	28,07	<u>72,99</u>	12,20	8,09	214,28
1964	137,65	221,45	142,26	17,17	12,80	28,55	77,78	12,53	<u>8,58</u>	219,66
1965	144,42	233,74	146,84	17,62	13,30	29,00	78,35	13,10	8,90	225,48
1966	148,95	244,79	150,82	18,09	13,83	29,50	81,99	13,36	9,42	248,10
1967	154,33	258,69	157,23	19,12	14,43	30,20	85,26	13,57	9,87	268,16
1968	155,02	267,69	166,05	19,20	15,18	30,87	87,94	14,09	10,43	276,25
1969	161,90	284,50	172,90	18,84	15,61	32,25	89,92	14,78	10,96	277,42
1970	169,09	293,31	180,13	19,12	16,01	34,18	92,89	15,49	11,58	273,62
1971	177,84	309,51	186,37	19,69	16,91	35,32	95,93	16,40	12,20	267,45
1972	185,34	327,79	191,32	20,50	17,81	35,96	99,88	16,87	12,84	273,63
1973	194,60	344,93	197,43	21,47	18,24	36,21	102,86	17,28	13,48	274,65
1974	202,55	356,62	199,70	21,79	18,76	36,94	108,72	17,57	13,95	284,45
1975	210,53	373,59	209,14	22,97	19,36	38,38	113,05	17,69	14,89	291,43
1976	213,89	387,42	222,14	23,21	19,79	39,92	117,86	18,17	15,50	297,15
1977	215,92	398,63	225,28	22,98	20,34	41,20	122,12	18,25	16,11	300,23
1978	224,41	423,97	234,99	23,48	20,81	42,82	126,79	18,61	16,92	306,07
1979	232,33	434,17	239,21	23,91	21,14	43,99	130,76	18,81	17,64	313,48
1980	238,75	440,75	242,39	24,36	21,59	44,39	133,14	18,99	18,04	321,95
1981	243,46	443,26	248,11	24,45	21,96	44,97	135,80	19,08	18,68	328,39

¹⁾ Für Italien 1000 Mrd Lira. Für Japan 1000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährungen in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 10* auf Seite 285.

Tabelle 8*

Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung¹⁾

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-\$
	in jeweiligen Preisen									
1960	73,58	107,74	59,49	4,19	5,24	10,61	40,66	9,27	4,67	90,28
1961	83,46	122,34	68,54	4,70	6,00	11,53	47,35	11,51	6,37	91,14
1962	92,88	134,78	77,14	4,83	6,86	12,23	49,57	13,44	7,14	98,94
1963	97,71	140,77	89,52	5,07	7,98	12,90	<u>53,91</u>	15,39	7,89	106,67
1964	111,70	170,48	102,87	6,04	8,08	16,28	59,92	17,45	<u>9,39</u>	114,78
1965	119,90	185,51	112,65	6,50	7,54	17,93	67,40	17,47	9,78	129,12
1966	124,17	204,33	124,04	6,92	7,97	20,37	74,76	17,91	11,56	139,85
1967	114,18	218,85	134,72	7,52	9,10	22,44	76,03	18,33	14,29	142,43
1968	119,39	219,67	143,45	8,20	10,28	25,36	78,86	19,20	17,57	157,57
1969	138,90	241,30	164,27	8,59	11,75	26,27	83,95	21,00	21,44	171,63
1970	172,05	286,18	183,04	9,47	13,43	31,08	97,18	24,96	26,04	174,02
1971	196,11	304,81	205,93	10,52	13,95	35,25	116,90	30,13	27,64	194,37
1972	209,17	329,75	232,05	11,61	14,84	36,64	144,91	34,64	31,52	221,04
1973	219,26	375,58	264,98	14,24	18,65	40,86	154,97	38,21	40,94	251,31
1974	212,71	467,37	310,90	16,83	24,78	43,73	175,72	38,89	46,70	261,69
1975	209,41	511,15	337,89	20,41	25,78	45,99	174,92	33,66	48,02	261,58
1976	226,04	568,73	390,67	23,56	31,40	48,78	188,71	29,23	51,88	292,61
1977	243,01	602,94	419,90	25,73	37,20	57,89	212,77	30,24	56,18	349,12
1978	266,79	645,19	458,88	29,74	41,49	63,30	215,26	32,49	62,38	418,07
1979	304,82	656,60	521,03	34,47	50,93	66,49	226,82	34,59	70,25	472,12
1980	337,98	725,43	597,08	39,41	67,02	69,72	250,22	40,50	75,19	481,50
1981	339,28	631,78	654,63	39,38	80,84	66,43	263,57	44,86	76,95	518,91
	in Preisen von 1975									
1960	143,88	253,54	133,85	11,91	16,60	24,66	78,45	20,09	9,30	172,79
1961	153,70	284,88	148,39	13,07	18,52	26,14	88,32	23,25	11,89	175,58
1962	160,06	301,63	160,99	13,10	20,32	27,03	90,74	25,63	13,24	188,61
1963	162,20	302,08	175,15	13,27	21,97	27,34	<u>93,86</u>	27,50	14,62	202,45
1964	180,39	346,38	193,49	15,49	20,69	32,57	101,82	29,75	<u>17,06</u>	215,69
1965	189,03	360,67	207,01	16,24	18,95	34,30	107,09	29,01	18,24	237,88
1966	191,23	385,28	222,03	16,64	19,77	37,06	116,57	28,77	20,68	249,91
1967	178,02	396,48	235,42	18,05	22,09	40,19	116,66	28,81	24,45	246,55
1968	184,51	391,49	248,44	18,88	24,47	44,68	119,99	29,70	29,35	261,46
1969	203,92	412,37	271,20	18,95	26,37	43,67	125,88	31,46	34,90	267,73
1970	224,04	447,13	283,74	19,46	27,17	47,82	138,24	34,27	40,81	258,09
1971	237,83	440,46	303,91	19,74	26,29	49,45	157,30	37,65	42,55	272,05
1972	243,93	454,95	325,89	19,82	26,53	48,08	176,39	39,53	46,97	295,30
1973	243,37	485,77	345,87	21,20	28,59	50,24	177,01	40,67	53,41	316,78
1974	220,15	519,67	349,10	20,56	29,54	48,35	184,03	38,94	48,55	294,92
1975	209,41	511,15	337,89	20,41	25,78	45,99	174,92	33,66	48,02	261,58
1976	219,02	527,56	350,51	20,64	26,38	44,71	181,60	30,12	49,44	278,08
1977	227,42	526,43	347,71	20,14	26,29	49,93	191,00	30,61	51,83	307,62
1978	238,45	538,87	352,85	20,85	26,26	51,30	183,82	32,47	56,72	337,00
1979	255,70	524,95	364,30	21,04	27,79	50,45	186,96	34,13	60,29	347,28
1980	263,79	552,74	372,95	20,44	30,40	49,20	193,33	37,51	60,41	326,25
1981	253,58	463,00	366,06	18,77	30,34	43,87	189,45	38,63	61,66	327,40

¹⁾ Für Italien 1000 Mrd Lira. Für Japan 1000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährungen in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 10* auf Seite 285.

Tabelle 9*

Außenhandel in wichtigen Industrieländern
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen
 Mrd Landeswährung¹⁾

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-\$
	in jeweiligen Preisen									
1960	56,98	213,90	44,44	5,43	3,26	21,15	39,98	10,96	1,72	25,78
1961	59,27	234,80	46,87	5,67	3,71	21,28	43,87	12,07	1,80	26,24
1962	62,47	261,20	48,25	5,82	4,13	22,58	47,44	13,22	2,07	27,55
1963	67,58	288,70	53,09	6,14	4,54	24,55	<u>51,26</u>	14,41	2,27	29,44
1964	75,17	329,20	59,09	6,51	5,24	28,00	57,44	15,94	<u>2,80</u>	33,16
1965	82,18	353,98	66,58	6,97	6,29	30,80	63,18	17,49	3,45	35,09
1966	92,77	395,30	72,41	7,46	7,01	32,63	69,47	19,21	4,03	38,72
1967	100,22	414,20	77,37	7,76	7,60	34,78	74,51	20,50	4,31	41,12
1968	113,14	465,50	84,28	9,42	8,68	39,02	82,08	23,17	5,35	45,31
1969	128,93	561,60	102,20	10,53	9,96	45,83	99,22	26,63	6,56	48,98
1970	142,18	654,50	127,89	12,01	11,18	54,09	121,89	29,71	7,93	56,39
1971	157,09	698,70	148,81	13,46	12,47	61,87	133,76	32,06	9,45	59,38
1972	171,64	789,10	169,14	14,14	14,18	69,40	150,87	35,77	9,78	66,91
1973	202,00	975,80	203,22	17,75	16,87	83,40	176,04	40,23	11,29	90,30
1974	259,75	1260,20	275,08	23,72	24,69	107,54	218,33	45,91	18,26	120,10
1975	253,49	1220,10	283,85	27,79	28,53	109,48	220,94	44,03	18,98	131,43
1976	291,58	1466,90	338,24	36,08	38,61	128,47	251,20	47,70	22,58	141,58
1977	308,64	1550,30	401,90	44,19	49,94	130,74	274,46	53,45	24,31	150,37
1978	324,46	1608,30	455,20	48,27	59,54	133,34	295,19	53,23	22,73	175,91
1979	353,97	1891,80	535,62	55,77	75,32	155,06	338,91	56,02	25,63	217,00
1980	397,84	2159,60	616,00	63,78	84,96	177,03	386,60	62,58	32,89	264,65
1981	455,27	2420,20	727,89	68,33	107,20	204,48	442,90	69,14	38,51	281,84
	in Preisen von 1975									
1960	92,49	396,66	81,27	13,91	7,21	35,38	70,70	19,56	2,80	51,55
1961	95,98	433,01	85,43	14,34	8,27	36,21	74,28	21,12	2,99	51,87
1962	100,65	476,84	86,94	14,59	9,13	38,47	80,80	22,43	3,49	54,64
1963	107,89	516,13	93,08	15,21	9,72	40,77	<u>85,87</u>	23,60	3,75	58,32
1964	116,98	564,79	99,27	15,79	10,77	45,38	89,07	25,11	<u>4,54</u>	65,37
1965	124,71	599,09	110,70	16,50	12,92	48,81	95,34	27,00	5,38	66,92
1966	137,36	645,12	118,01	17,16	14,36	51,36	102,98	28,41	6,21	71,76
1967	147,97	672,68	126,61	17,44	15,39	54,76	109,92	29,38	6,57	74,84
1968	167,16	754,77	138,54	19,53	17,53	61,76	119,25	32,32	8,09	80,67
1969	182,84	870,42	160,33	21,28	19,59	70,99	140,43	36,63	9,67	84,58
1970	193,22	959,40	186,17	22,32	20,73	79,72	163,53	39,14	11,30	92,64
1971	204,85	1003,60	206,67	23,82	22,17	88,45	173,23	40,66	13,20	93,52
1972	219,28	1114,50	233,38	23,99	24,53	97,99	189,15	43,25	13,89	102,30
1973	242,59	1272,40	261,00	26,74	25,34	110,15	206,08	46,65	14,88	122,22
1974	270,75	1321,20	288,04	28,51	27,48	112,90	228,84	47,13	18,25	133,16
1975	253,49	1220,10	283,85	27,79	28,53	109,48	220,94	44,03	18,98	131,43
1976	281,82	1381,80	313,83	30,16	32,08	120,54	246,67	48,13	22,63	136,61
1977	292,99	1414,40	342,00	31,97	34,81	118,38	259,21	52,80	25,41	139,41
1978	302,93	1456,40	364,44	32,50	38,35	122,35	270,62	54,77	25,41	152,55
1979	316,46	1571,80	389,96	33,36	41,98	131,29	294,83	56,12	26,44	165,90
1980	334,05	1644,80	400,93	33,43	40,05	133,51	318,61	58,96	31,35	182,14
1981	360,57	1685,50	419,97	32,69	41,98	134,76	343,56	61,73	36,80	178,13

¹⁾ Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährungen in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 10* auf Seite 285.

noch Tabelle 9*

Außenhandel in wichtigen Industrieländern
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen
 Mrd Landeswährung¹⁾

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-\$
	in jeweiligen Preisen									
1960	49,34	218,80	38,18	5,77	3,31	20,34	40,75	11,06	1,64	22,19
1961	51,83	240,60	40,89	5,74	3,68	21,23	42,54	13,33	2,10	22,05
1962	57,89	262,40	44,83	5,85	4,25	22,40	45,71	14,89	2,03	24,20
1963	61,70	296,60	51,71	6,23	5,28	24,93	<u>50,84</u>	16,05	2,47	25,26
1964	68,69	333,20	60,04	7,05	5,13	29,32	57,42	17,80	<u>2,85</u>	27,21
1965	80,88	355,70	62,28	7,21	5,26	31,28	64,60	18,01	2,99	30,54
1966	84,52	403,40	71,04	7,48	6,11	33,72	73,30	19,16	3,43	35,96
1967	82,23	411,90	75,90	8,13	6,99	35,55	76,76	20,13	4,21	38,70
1968	93,82	462,70	84,74	9,70	7,45	39,03	82,87	21,98	4,76	45,24
1969	112,20	551,20	106,25	10,24	9,01	46,04	95,21	25,61	5,57	49,08
1970	128,45	623,70	123,91	11,48	10,84	56,17	118,21	31,25	6,99	54,32
1971	143,40	668,30	140,28	12,55	11,71	62,28	130,78	33,65	7,25	60,90
1972	155,10	735,30	159,79	14,10	13,50	65,15	148,14	36,82	7,65	72,58
1973	175,01	937,20	196,57	19,43	18,77	77,76	174,03	41,67	11,26	89,29
1974	216,83	1248,10	293,46	27,84	29,68	102,07	220,41	48,65	19,26	124,67
1975	225,96	1211,00	273,67	29,43	28,51	102,10	216,72	40,03	18,92	119,75
1976	265,90	1459,20	357,60	37,33	40,58	119,93	262,25	43,01	21,25	147,91
1977	280,05	1572,10	407,20	42,96	47,51	127,40	295,92	49,69	21,27	177,61
1978	291,89	1635,70	434,25	45,83	53,79	133,23	294,86	49,53	19,17	206,39
1979	345,81	1947,00	532,17	54,99	71,71	156,69	345,83	56,83	27,63	245,90
1980	405,29	2258,40	664,13	58,28	94,75	178,50	405,86	68,59	35,04	284,90
1981	443,04	2533,40	777,81	61,08	114,61	191,40	451,05	70,93	36,45	304,36
	in Preisen von 1975									
1960	74,63	415,94	72,64	16,54	8,55	34,09	70,40	17,38	3,49	53,70
1961	80,48	445,87	77,68	16,45	9,72	36,27	71,79	20,83	4,43	53,82
1962	90,15	482,46	82,90	16,80	11,17	38,61	76,69	23,01	4,40	60,36
1963	93,80	524,19	94,57	17,45	13,69	42,40	<u>84,52</u>	24,13	5,19	62,12
1964	102,56	570,61	108,87	19,24	12,85	48,70	92,11	26,22	<u>5,93</u>	65,53
1965	117,44	608,10	111,32	19,39	13,11	51,68	101,67	26,23	6,56	72,78
1966	120,51	668,43	123,07	19,79	14,94	55,32	113,43	27,15	7,37	83,91
1967	119,09	679,01	133,27	21,26	16,96	58,83	117,10	28,25	9,17	89,81
1968	135,20	758,54	150,46	22,81	17,96	66,49	125,65	30,60	10,16	103,66
1969	157,91	876,02	179,84	23,40	21,42	75,89	137,63	34,55	11,45	109,77
1970	181,57	943,00	191,10	24,51	24,85	86,92	160,86	39,35	13,96	113,99
1971	199,58	975,60	208,54	25,80	25,49	92,24	170,22	41,80	14,61	121,28
1972	212,29	1067,90	241,85	28,21	28,29	97,02	189,13	44,84	16,07	134,68
1973	221,22	1265,10	278,52	31,48	31,19	107,62	213,53	47,76	19,91	140,98
1974	220,76	1321,70	292,89	31,69	31,57	106,46	229,45	47,29	20,91	136,58
1975	225,96	1211,00	273,67	29,43	28,51	102,10	216,72	40,03	18,92	119,75
1976	251,94	1362,60	329,25	30,66	32,70	112,60	254,98	45,26	20,15	143,87
1977	260,14	1425,10	338,74	30,90	32,69	115,84	276,17	49,44	21,16	156,28
1978	275,96	1467,10	356,88	32,04	35,35	123,10	269,69	54,84	22,69	173,59
1979	301,68	1604,50	396,50	35,65	40,13	130,66	298,95	58,60	25,65	176,45
1980	313,82	1640,80	423,94	34,40	43,50	130,09	320,79	62,82	23,87	170,55
1981	310,83	1619,00	428,97	34,24	41,25	120,49	323,94	62,04	24,85	180,48

¹⁾ Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährungen in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 10* auf Seite 285.

Wechselkurse
Europäische Währungseinheit (ECU) und Kaufkraftstandard (KKS)¹⁾

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-\$
	1 ECU =									
1960	4,436	52,810	5,215	0,3772	660,13	4,014	27,461	4,619	380,23	1,056
1961	4,307	53,367	5,270	0,3812	667,08	3,899	27,751	4,667	384,24	1,067
1962	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1963	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1964	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1965	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1966	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1967	4,259	53,240	5,257	0,3877	665,51	3,855	27,685	4,656	383,33	1,065
1968	4,116	51,444	5,080	0,4287	643,05	3,725	26,751	4,499	370,40	1,029
1969	4,026	51,109	5,290	0,4259	638,87	3,700	26,577	4,470	367,99	1,022
1970	3,741	51,112	5,678	0,4259	638,90	3,700	26,578	4,470	368,00	1,022
1971	3,646	50,866	5,772	0,4286	647,41	3,658	26,152	4,332	363,83	1,048
1972	3,577	49,361	5,657	0,4489	654,26	3,600	25,930	4,284	339,72	1,122
1973	3,276	47,801	5,468	0,5023	716,46	3,429	24,117	3,900	333,17	1,232
1974	3,084	46,399	5,734	0,5098	775,74	3,202	22,295	3,553	347,48	1,193
1975	3,049	45,569	5,319	0,5600	809,55	3,135	21,610	3,203	367,68	1,241
1976	2,815	43,165	5,345	0,6216	930,15	2,955	20,058	2,795	331,21	1,118
1977	2,648	40,883	5,606	0,6537	1006,78	2,800	18,859	2,743	305,81	1,141
1978	2,556	40,061	5,740	0,6639	1080,22	2,754	18,502	2,278	267,08	1,274
1979	2,511	40,165	5,829	0,6464	1138,50	2,749	18,323	2,279	300,47	1,371
1980	2,524	40,598	5,869	0,5985	1189,20	2,760	18,014	2,333	315,04	1,392
1981	2,514	41,295	6,040	0,5531	1263,18	2,775	17,782	2,193	245,38	1,116
	1 KKS =									
1960	4,53	59,2	6,20	0,393	554	3,29			292	1,58
1961	4,56	58,1	6,20	0,393	551	3,26			304	1,55
1962	4,55	56,5	6,21	0,390	558	3,23			302	1,51
1963	4,47	55,7	6,33	0,382	580	3,24			302	1,46
1964	4,40	55,8	6,30	0,378	590	3,36			302	1,43
1965	4,37	56,2	6,20	0,381	589	3,41			305	1,40
1966	4,36	56,5	6,16	0,384	581	3,49			308	1,39
1967	4,31	56,8	6,20	0,385	583	3,55			317	1,40
1968	4,26	56,5	6,26	0,389	574	3,58			319	1,42
1969	4,21	56,1	6,33	0,389	567	3,62			323	1,42
1970	4,23	55,1	6,26	0,390	567	3,57			324	1,40
1971	4,24	54,0	6,15	0,397	565	3,61			317	1,37
1972	4,18	53,7	6,12	0,402	562	3,69			313	1,34
1973	4,11	53,0	6,09	0,398	579	3,70			323	1,30
1974	3,90	52,9	6,01	0,407	610	3,59			346	1,27
1975	3,59	51,8	5,94	0,449	624	3,48			325	1,20
1976	3,37	50,3	5,91	0,467	666	3,43			313	1,15
1977	3,18	49,1	5,87	0,485	723	3,32			301	1,11
1978	3,05	47,2	5,95	0,496	759	3,22			291	1,10
1979	2,90	44,9	6,01	0,522	804	3,07			273	1,09
1980	2,74	42,3	6,05	0,561	877	2,92			254	1,08
1981	2,61	40,8	6,21	0,577	945	2,82			239	1,08

¹⁾ Zur Methode der Berechnung der Europäischen Währungseinheit und Kaufkraftstandards siehe SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1960 bis 1981, Heft 1983.

Tabelle 11*

Amtliche Devisenkurse an
Kassa-Mittel
Telegrafische

Zeitraum	Amsterdam	Brüssel	Dublin ²⁾	Kopenhagen	Lissabon	London	Madrid ³⁾	Mailand/Rom
	100 hfl	100 bfrs	1 Ir £	100 dkr	100 Esc	1 £	100 Pts	1 000 Lit
1960	110,587	8,365	.	60,512	14,589	11,709	.	6,719
1961	110,658	8,069	.	58,266	14,053	11,271	.	6,478
1962	110,974	8,035	.	57,938	13,998	11,225	.	6,441
1963	110,712	7,995	.	57,750	13,915	11,162	6,654	6,414
1964	110,220	7,991	.	57,481	13,836	11,098	6,640	6,367
1965	110,954	8,048	.	57,772	13,928	11,167	6,669	6,394
1966	110,490	8,025	.	57,885	13,930	11,167	6,672	6,404
1967	110,651	8,025	.	57,135	13,871	10,961	6,552	6,389
1968	110,308	7,997	.	53,347	13,946	9,558	5,730	6,406
1969	108,302	7,829	.	52,197	13,784	9,381	5,619	6,257
1970	100,852	7,345	.	48,631	12,772	8,736	5,234	5,816
1971	99,678	7,170	.	47,024	12,439	8,505	5,032	5,630
1972	99,367	7,247	.	45,923	11,845	7,974	4,965	5,467
1973	95,397	6,835	.	44,046	10,929	6,514	4,567	4,569
1974	96,365	6,649	.	42,535	10,267	6,055	4,495	3,985
1975	97,301	6,692	.	42,850	9,682	5,449	4,288	3,769
1976	95,271	6,524	.	41,657	8,386	4,553	3,771	3,042
1977	94,610	6,480	.	38,696	6,112	4,051	3,085	2,632
1978	92,832	6,382	.	36,438	4,602	3,853	2,624	2,368
1979	91,373	6,253	3,760	34,872	3,759	3,888	2,732	2,207
1980	91,459	6,217	3,735	32,245	3,635	4,227	2,536	2,124
1981	90,611	6,090	3,638	31,735	3,677	4,556	2,450	1,992
1982	90,904	5,323	3,446	29,138	3,072	4,242	2,215	1,796
1982 1. Vj.	93,358	6,435	.	36,544	5,152	4,002	2,582	2,408
2. Vj.	93,461	6,401	.	36,763	4,728	3,810	2,590	2,408
3. Vj.	92,342	6,349	.	36,426	4,429	3,876	2,667	2,397
4. Vj.	92,207	6,344	.	36,020	4,103	3,720	2,654	2,254
1979 1. Vj.	92,621	6,336	3,803	35,991	3,927	3,739	2,675	2,211
2. Vj.	91,801	6,261	3,797	35,331	3,856	3,943	2,841	2,238
3. Vj.	90,938	6,240	3,765	34,686	3,711	4,056	2,749	2,224
4. Vj.	90,142	6,173	3,709	33,393	3,537	3,810	2,663	2,151
1980 1. Vj.	90,817	6,163	3,703	32,030	3,604	3,995	2,635	2,151
2. Vj.	91,046	6,233	3,729	32,091	3,665	4,135	2,555	2,128
3. Vj.	91,754	6,246	3,765	32,319	3,598	4,229	2,463	2,106
4. Vj.	92,205	6,229	3,743	32,538	3,682	4,559	2,495	2,110
1981 1. Vj.	91,398	6,176	3,698	32,262	3,751	4,817	2,485	2,084
2. Vj.	90,023	6,122	3,655	31,794	3,765	4,730	2,498	2,009
3. Vj.	90,038	6,114	3,649	31,868	3,717	4,470	2,484	2,002
4. Vj.	90,999	5,951	3,553	31,024	3,480	4,229	2,339	1,877
1982 1. Vj.	91,117	5,671	3,520	30,190	3,425	4,332	2,320	1,859
2. Vj.	90,211	5,286	3,457	29,322	3,242	4,232	2,244	1,802
3. Vj.	90,907	5,220	3,435	28,683	2,897	4,280	2,213	1,781
4. Vj.	91,347	5,135	3,377	28,433	2,753	4,129	2,090	1,743
1983 1. Vj.	90,437	5,088	3,300	28,216	2,581	3,690	1,854	1,721
2. Vj.	88,993	5,012	3,158	28,037	2,464	3,866	1,789	1,683
3. Vj.	89,403	4,980	3,149	27,808	2,172	3,990	1,759	1,680

¹⁾ Jahresdurchschnitte aus den täglichen Notierungen, Vierteljahre aus den Monatsdurchschnitten errechnet. Weitere Erläuterungen siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, „Die Währungen der Welt“.

der Frankfurter Börse

kurse in DM¹⁾

Auszahlung

Montreal	New York	Oslo	Paris	Stockholm	Tokyo ⁴⁾	Wien	Zürich	Zeitraum
1 kan \$	1 US-\$	100 nkr	100 FF	100 skr	100 ¥	100 S	100 sfr	
4,3026	4,1704	58,471	85,047	80,709	.	16,067	96,564	1960
3,9752	4,0221	56,318	82,001	77,848	.	15,511	93,133	1961
3,7412	3,9978	56,015	81,590	77,557	.	15,487	92,461	1962
3,6959	3,9864	55,765	81,350	76,837	.	15,437	92,249	1963
3,6852	3,9748	55,540	81,113	77,171	.	15,390	92,035	1964
3,7054	3,9943	55,868	81,503	77,442	.	15,468	92,309	1965
3,7115	3,9982	55,921	81,377	77,402	.	15,477	92,421	1966
3,6961	3,9866	55,757	81,040	77,237	.	15,431	92,111	1967
3,7054	3,9923	55,895	80,628	77,260	.	15,447	92,507	1968
3,6446	3,9244	54,934	75,815	75,911	1,0305	15,174	91,002	1969
3,4966	3,6463	51,043	65,966	70,324	1,0183	14,107	84,601	1970
3,4459	3,4795	49,588	63,163	68,192	0,9996	13,940	84,578	1971
3,2200	3,1889	48,417	63,238	67,055	1,0534	13,800	83,537	1972
2,6599	2,6590	46,263	59,736	60,959	0,9795	13,645	84,005	1973
2,6486	2,5897	46,859	53,886	58,351	0,8888	13,859	87,010	1974
2,4218	2,4631	47,104	57,411	59,282	0,8301	14,129	95,252	1975
2,5541	2,5173	46,144	52,768	57,803	0,8500	14,039	100,747	1976
2,1860	2,3217	43,634	47,256	51,997	0,8671	14,051	96,843	1977
1,7649	2,0084	38,336	44,582	44,456	0,9626	13,837	112,924	1978
1,5651	1,8330	36,206	43,079	42,766	0,8424	13,712	110,229	1979
1,5542	1,8158	36,784	43,013	42,943	0,8064	14,049	108,478	1980
1,8860	2,2610	39,377	41,640	44,747	1,0255	14,191	115,252	1981
1,9694	2,4287	37,713	36,995	38,894	0,9766	14,227	119,721	1982
1,8663	2,0760	39,597	43,665	44,759	0,8742	13,910	107,571	1978 1. Vj.
1,8439	2,0768	38,434	45,114	44,961	0,9425	13,902	108,429	2. Vj.
1,7570	2,0070	37,963	45,790	44,937	1,0424	13,855	119,791	3. Vj.
1,5922	1,8747	37,306	43,672	43,129	0,9853	13,677	115,368	4. Vj.
1,5636	1,8546	36,472	43,474	42,555	0,9215	13,650	110,754	1979 1. Vj.
1,6362	1,8947	36,715	43,324	43,328	0,8712	13,595	110,600	2. Vj.
1,5574	1,8162	36,188	42,888	43,137	0,8307	13,712	110,806	3. Vj.
1,5041	1,7660	35,409	42,633	42,003	0,7426	13,892	108,704	4. Vj.
1,5242	1,7734	35,849	42,749	42,016	0,7290	13,945	106,629	1980 1. Vj.
1,5480	1,8105	36,637	42,986	42,610	0,7827	14,024	107,590	2. Vj.
1,5336	1,7756	36,688	43,094	42,767	0,8086	14,111	108,770	3. Vj.
1,6154	1,9112	38,030	43,223	44,438	0,9083	14,114	110,893	4. Vj.
1,7487	2,0866	39,016	42,945	45,827	1,0162	14,125	110,038	1981 1. Vj.
1,8995	2,2758	40,070	42,011	46,673	1,0358	14,144	111,842	2. Vj.
2,0091	2,4327	39,998	41,881	45,951	1,0500	14,231	116,048	3. Vj.
1,8841	2,2448	38,476	39,736	40,654	1,0013	14,260	122,879	4. Vj.
1,9416	2,3459	39,424	39,143	40,897	1,0051	14,255	125,203	1982 1. Vj.
1,9131	2,3780	39,145	37,910	40,277	0,9759	14,204	119,326	2. Vj.
1,9854	2,4812	37,421	35,734	40,312	0,9596	14,218	117,456	3. Vj.
2,0323	2,5012	35,010	35,365	34,153	0,9669	14,231	116,955	4. Vj.
1,9623	2,4075	33,868	34,974	32,499	1,0225	14,230	119,530	1983 1. Vj.
2,0192	2,4848	34,658	33,282	32,965	1,0465	14,203	119,727	2. Vj.
2,1447	2,6429	35,702	33,201	33,855	1,0904	14,223	123,066	3. Vj.

²⁾ Erstmalige Notierung am 13. März 1979.³⁾ Erstmalige Notierung am 18. Februar 1963.⁴⁾ Erstmalige Notierung am 1. Dezember 1969.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 12*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Schweden	Schweiz
Verbraucherpreise											
1960	47,2	36,5	26,8	18,8	18,6	33,2	35,9	35,2	24,2	27,9	44,4
1961	48,2	36,9	27,5	19,3	19,0	33,0	36,3	35,6	25,5	28,5	45,2
1962	49,7	37,4	28,9	20,1	19,9	33,7	36,7	36,0	27,2	29,8	47,2
1963	51,1	38,2	30,4	20,5	21,4	34,8	37,2	36,6	29,3	30,7	48,8
1964	52,1	39,8	31,3	21,2	22,7	36,8	37,6	37,3	30,4	31,7	50,3
1965	54,0	41,4	32,2	22,1	23,6	39,0	38,2	38,2	32,4	33,3	52,0
1966	55,9	43,1	33,0	23,0	24,2	41,3	39,4	39,6	34,0	35,4	54,5
1967	56,8	44,4	33,9	23,6	25,1	42,7	40,5	41,1	35,4	37,0	56,6
1968	57,8	45,6	35,5	24,7	25,5	44,3	42,2	42,7	37,3	37,7	58,0
1969	58,9	47,3	37,6	26,1	26,1	47,5	44,5	44,7	39,3	38,7	59,5
1970	60,9	49,2	39,9	27,7	27,4	49,3	47,1	46,1	42,3	41,4	61,6
1971	64,0	51,3	42,1	30,3	28,8	53,0	49,1	47,5	44,9	44,5	65,6
1972	67,6	54,1	44,7	32,5	30,4	57,2	50,8	49,7	46,9	47,2	70,0
1973	72,3	57,8	47,9	35,5	33,7	61,7	53,9	53,5	52,4	50,3	76,1
1974	77,4	65,2	54,5	41,1	40,1	67,6	59,8	59,3	65,2	55,3	83,5
1975	82,0	73,5	60,9	51,1	46,9	74,5	65,3	65,7	72,9	60,7	89,2
1976	85,5	80,2	66,8	59,6	54,8	81,2	69,1	70,7	79,7	67,0	90,7
1977	88,6	85,9	73,0	69,0	64,1	86,5	73,6	76,3	86,1	74,6	92,1
1978	91,0	89,8	79,4	74,7	71,9	90,1	79,2	83,2	89,4	82,0	92,8
1979	94,8	93,8	87,9	84,8	82,5	93,9	88,1	90,7	92,6	88,0	96,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,9	107,6	113,4	111,9	117,8	106,7	110,4	112,4	104,9	112,1	106,5
1982	111,5	117,0	126,8	121,5	137,2	113,0	117,1	124,6	107,7	121,7	112,5
1983 1. Hj.	114,0	123,7	135,5	125,3	153,1	115,1	119,6	130,0	109,2	130,1	115,3
Erzeuger- bzw. Großhandelspreise ¹⁾											
1960	53,4	49,4	34,7	19,5	18,5	46,0	35,3	33,3	42,6	.	59,6
1961	54,1	49,3	35,7	20,0	18,5	45,9	35,2	33,3	43,0	.	59,7
1962	54,6	49,8	36,0	20,5	19,1	46,0	35,3	33,7	42,3	.	61,7
1963	54,9	51,0	36,9	20,7	20,1	47,1	35,2	34,1	43,1	.	64,1
1964	55,5	53,4	38,3	21,3	20,7	50,0	35,3	34,4	43,1	.	65,0
1965	56,8	54,0	38,5	22,1	21,1	51,5	36,0	34,9	43,5	.	65,3
1966	57,8	55,1	39,6	22,7	21,4	54,0	37,2	35,9	44,5	.	66,6
1967	57,3	54,6	39,3	23,4	21,4	54,6	37,2	36,6	45,3	.	66,8
1968	56,9	54,7	38,6	24,4	21,5	55,6	38,2	37,3	45,7	35	66,8
1969	57,9	57,4	42,8	25,3	22,3	54,2	39,7	38,7	46,7	36	68,7
1970	60,8	60,2	46,0	27,1	24,0	56,7	41,1	39,7	48,4	38	71,6
1971	63,4	59,8	46,9	29,5	24,8	59,3	42,4	40,4	48,0	39	73,2
1972	65,1	62,2	49,1	31,1	25,8	62,3	44,3	42,2	48,4	41	75,8
1973	69,4	69,9	56,3	33,4	30,2	66,6	50,1	47,0	56,0	46	83,9
1974	78,7	81,7	72,7	40,9	42,5	73,0	59,6	55,9	73,7	57	97,5
1975	82,3	82,6	68,6	50,0	46,1	77,9	65,1	62,2	75,9	61	95,2
1976	85,4	88,5	73,6	60,9	57,1	84,0	68,1	65,4	79,7	66	94,6
1977	87,7	90,7	77,7	72,0	66,5	88,9	72,3	70,5	81,2	73	94,8
1978	88,7	88,9	81,1	79,1	72,1	90,0	77,9	77,0	79,1	78	91,6
1979	93,0	94,5	91,9	87,7	83,3	92,4	87,7	88,1	84,9	88	95,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	107,8	108,2	111,0	109,5	116,6	109,2	109,1	110,2	101,4	111	105,8
1982	114,1	116,5	123,3	118,0	132,8	116,4	111,4	116,8	103,2	125	108,5
1983 1. Hj.	115,1	119,0	131,9	123,0	142,3	117,5	112,1	119,8	101,2	137	108,3

¹⁾ Erzeugerpreise: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Schweden. Großhandelspreise: Belgien, Italien, Niederlande, Vereinigte Staaten, Japan, Schweiz.

noch Tabelle 12*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Schweden	Schweiz
Durchschnittswerte der Ausfuhr ²⁾											
1970	61,2	53	41,7	26,4	22,4	52	38,2	34,1	59,5	37	69
1971	63,5	52	44,1	27,9	23,6	52	39,4	34,4	60,7	39	72
1972	65,4	53	44,6	29,5	24,3	53	40,7	35,5	59,9	41	75
1973	68,4	58	49,0	33,2	28,8	56	47,4	40,5	63,6	45	77
1974	79,4	73	61,8	42,4	40,8	72	60,5	53,7	85,4	57	88
1975	86,2	75	65,2	51,9	45,3	76	67,6	59,5	87,4	66	90
1976	89,7	79	71,2	62,1	55,3	80	69,9	60,9	86,9	70	89
1977	90,7	80	78,2	73,5	65,9	83	72,4	64,8	87,1	74	91
1978	90,7	80	82,2	80,6	70,7	81	77,4	70,6	82,2	78	88
1979	93,5	90	90,2	89,0	82,8	88	88,1	85,3	89,8	88	90
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	107,5	109	113,0	107,5	122,3	116	109,2	106,4	103,0	109	103
1982	113,4	125	129,0	114,8	141,7	121	110,4	107,5	108,4	123	106
1983 1. Hj.	114,1	131	...	122,7	111,6	106,0	101,5	...	111
Durchschnittswerte der Einfuhr ²⁾											
1970	54,2	48	38,0	23,4	16,6	47	25,7	36,7	34,8	34	69
1971	54,9	49	39,3	24,5	17,5	48	27,0	37,4	35,4	36	70
1972	54,9	49	39,7	25,7	18,0	48	28,9	38,2	32,5	37	71
1973	58,8	52	42,6	32,9	23,4	52	34,4	41,1	35,9	42	76
1974	75,3	69	62,6	48,0	40,2	70	50,9	50,8	62,8	57	91
1975	76,8	71	61,5	54,8	42,4	73	55,5	58,8	67,9	60	87
1976	80,9	76	67,9	66,9	53,5	77	57,2	58,9	69,5	63	83
1977	82,5	77	75,8	77,3	62,0	80	62,0	66,1	67,4	70	88
1978	79,6	78	76,6	79,4	65,1	78	66,9	75,0	55,3	77	78
1979	87,5	87	84,4	87,3	77,6	87	79,7	85,9	72,0	88	83
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	112,4	114	117,8	109,4	136,6	116	105,5	110,9	100,5	110	97
1982	113,8	131	132,6	118,2	148,3	118	103,8	113,0	104,9	123	96
1983 1. Hj.	110,8	137	...	127,4	99,9	108,6	96,7	...	96
Bruttostundenverdienste in der Industrie ³⁾											
1970	46,6	30,3	26,7	23,6	16,6	39	46,1	36,9	29,2	34,5	56,0
1971	51,7	34,0	29,7	26,2	18,6	44	49,1	40,0	33,5	37,0	61,4
1972	56,3	38,7	33,1	29,6	20,3	49	52,5	43,2	38,8	42,4	66,8
1973	62,1	45,0	37,9	33,6	24,9	56	56,3	47,1	46,0	40,2	72,7
1974	68,5	54,5	45,2	39,5	30,0	66	60,9	53,5	57,6	50,8	80,2
1975	73,9	65,4	53,0	50,0	38,4	74	66,4	61,8	67,9	58,4	86,1
1976	78,6	72,7	60,4	57,8	46,4	81	71,8	70,3	76,4	67,3	87,5
1977	84,2	79,3	68,1	63,7	59,2	96	78,1	77,9	83,5	74,4	89,2
1978	88,7	84,9	76,9	73,0	68,8	92	84,9	83,5	89,4	82,6	91,8
1979	93,8	91,5	86,9	84,2	82,0	96	92,2	90,8	94,6	90,5	94,6
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,6	110,1	114,5	113,4	123,9	103	109,9	112,0	105,2	110,2	105,7
1982	110,5	116,9	132,0	125,9	145,7	110	116,9	125,1	110,6	118,3	109,1
1983 1. Hj.	112,9	119,3	141,3	133,3	...	113	120,5	...	113,8	123,7	...
Anteil am Warenhandel ⁴⁾ der Bundesrepublik Deutschland in vH											
1978 bis 1982	×	7,5	12,2	6,6	7,9	10,6	7,0	0,8	2,1	2,4	4,4

²⁾ Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle, umbasiert von Originalbasis 1976 = 100.

³⁾ Frankreich: Umbasiert von Originalbasis 1975 = 100. Quelle: OECD. — Italien: Tarifliche Stundenlöhne. — Großbritannien, Japan: Bruttomonatsverdienste.

⁴⁾ Einfuhr + Ausfuhr.

Quelle: IWF

Tabelle 13*

Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Zeitraum ¹⁾	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Ver-einigte Staaten	Kanada	Japan	Schwe-den	Schweiz ²⁾
1955	35	42,8	34	62,0	23,2	30	39,8	31,5	8,7	40	.
1956	38	45,6	37	62,4	24,8	31	41,6	34,8	10,7	41	.
1957	40	48,4	39	63,7	26,8	33	42,1	35,4	12,6	42	.
1958	41	44,1	41	63,1	27,6	33	39,4	35,1	12,3	43	.
1959	45	45,9	42	66,3	30,7	37	44,1	38,2	14,8	45	49
1960	50	49,4	46	70,8	35,2	40	45,0	39,0	18,4	49	55
1961	53	52,3	48	71,7	39,3	42	45,4	40,6	22,1	53	58
1962	55	55,2	50	72,4	43,0	45	49,1	44,0	23,9	56	61
1963	57	59,4	53	74,5	47,1	46	52,0	47,0	26,6	59	64
1964	62	63,5	60	80,8	47,5	51	55,6	51,5	30,9	64	66
1965	65	64,7	58	83,3	49,8	54	61,1	55,9	32,0	70	70
1966	65	66,1	61	84,6	55,5	55	66,5	59,4	36,2	72	73
1967	63	67,1	62	85,5	60,0	57	68,0	61,5	43,3	74	75
1968	69	70,8	65	91,0	63,9	63	72,3	65,9	50,7	78	78
1969	79	77,7	71	93,4	66,4	67	75,6	70,1	58,8	83	85
1970	83	80,4	75	93,5	72,1	73	73,3	71,3	66,9	88	92
1971	85	82,5	80	93,6	72,0	78	74,6	73,8	68,6	89	94
1972	88	87,8	84	95,7	75,2	81	81,4	79,4	73,6	91	96
1973	92	93,0	90	102,7	82,5	88	88,3	87,8	84,6	98	101
1974	90	96,5	92	98,7	86,2	92	88,0	90,6	81,2	103	103
1975	84	87,2	86	93,9	78,3	89	80,1	85,2	72,3	102	88
1976	91	94,9	93	95,9	87,9	96	88,7	90,2	80,4	101	89
1977	93	94,8	95	99,6	88,9	96	93,9	92,5	83,7	95	93
1978	95	96,7	97	103,6	90,6	97	99,4	95,6	89,0	94	94
1979	100	101,3	102	106,9	95,2	100	103,7	101,5	95,5	100	95
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	97	97,4	98	94,9	97,8	98	102,6	100,9	101,0	97	99
1982	94	97,3	96	95,8	95,2	96	94,3	90,1	101,3	97	94
1980 1. Vj.	102	106,7	102	103,3	104,7	104	103,8	101,3	100,9	105	102
2. Vj.	100	100,9	100	100,5	104,9	101	98,3	98,1	101,3	96	101
3. Vj.	98	98,8	100	97,4	97,4	96	96,8	99,0	98,8	102	99
4. Vj.	97	94,7	98	94,9	100,9	100	101,2	101,1	99,0	101	98
1981 1. Vj.	97	95,8	97	88,6	96,7	100	103,2	101,5	99,5	100	97
2. Vj.	97	97,0	98	90,0	100,9	97	103,7	103,6	99,4	98	99
3. Vj.	98	97,7	98	91,2	95,7	96	104,1	100,8	101,7	97	101
4. Vj.	97	98,0	98	94,8	98,4	99	99,5	97,6	103,2	98	99
1982 1. Vj.	97	95,4	96	95,2	98,1	99	96,4	94,2	102,3	97	97
2. Vj.	96	99,1	97	95,6	96,5	96	94,8	91,1	101,1	98	97
3. Vj.	93	97,8	95	96,2	94,2	93	94,0	88,9	101,6	96	93
4. Vj.	91	96,1	96	96,1	92,1	94	92,0	86,1	100,4	97	91
1983 1. Vj.	93	98,2	96	97,3	90,6	104	94,2	90,5	101,3	99	...
2. Vj.	95	...	97	97,4	88,0	96	98,3	93,0	102,9	100	...

¹⁾ Vierteljahresergebnisse: Saisonbereinigte Zahlen.²⁾ Verarbeitendes Gewerbe.

Quelle: IWF

Energieerzeugung in ausgewählten Ländern
Petajoule¹⁾

Land	Insgesamt ²⁾		Stein- und Braunkohle		Rohöl		Naturgas		Strom	
	1970	1981	1970	1981	1970	1981	1970	1981	1970	1981
Bundesrepublik Deutschland ³⁾ . . .	5 106	4 856	4 239	3 725	322	190	459	680	86	261
Belgien/Luxemburg	339	218	333	164	—	—	2	1	4	52
Dänemark	1	32	1	0	0	32	—	—	0	0
Frankreich	1 782	1 700	1 158	647	126	105	271	277	228	671
Griechenland	60	166	50	146	—	8	—	—	10	12
Großbritannien	4 236	8 457	3 680	3 114	7	3 812	435	1 374	114	156
Irland	51	97	49	40	—	—	0	52	3	4
Italien	756	810	23	21	64	69	498	536	170	184
Niederlande	1 325	3 026	127	0	82	347	1 115	2 664	1	15
EG-Länder ²⁾	13 656	19 362	9 660	7 857	601	4 563	2 780	5 584	616	1 355
Ägypten	719	1 509	—	—	699	1 412	3	62	17	35
Algerien	2 123	2 696	0	0	2 057	2 032	64	662	2	1
Argentinien	1 093	1 536	15	12	863	1 120	209	340	6	63
Australien	1 748	3 576	1 296	2 200	363	921	56	390	33	65
Brasilien	548	1 080	57	115	344	448	3	45	144	471
Indien	1 986	3 528	1 577	2 635	290	636	19	68	100	189
Indonesien	1 872	4 026	5	10	1 816	3 352	47	653	4	10
Irak	3 289	1 986	—	—	3 258	1 927	31	56	—	2
Iran	8 652	3 082	16	21	8 179	2 816	452	235	6	11
Japan	1 606	1 252	1 165	491	34	18	103	96	304	647
Kanada	6 007	7 954	359	967	2 967	3 158	2 113	2 746	568	1 082
Katar	779	1 034	—	—	740	843	39	191	—	—
Kuwait	6 571	2 608	—	—	6 491	2 498	80	110	—	—
Libyen	6 810	2 595	—	—	6 810	2 410	0	185	—	—
Mexiko	1 577	6 405	62	169	1 010	5 199	451	945	54	92
Nigeria	2 321	3 252	2	5	2 310	3 034	4	200	5	14
Norwegen	219	2 403	13	10	0	1 002	0	1 058	206	334
Österreich	327	267	54	40	119	57	77	59	77	111
Saudi-Arabien	8 119	21 620	—	—	8 119	21 580	0	40	—	—
Schweden	151	354	1	1	0	0	—	—	150	353
Schweiz	115	182	—	—	—	—	—	—	115	182
Sowjetunion	35 651	58 652	13 456	15 573	15 063	25 996	6 670	16 165	462	918
Venezuela	8 748	5 451	1	1	8 350	4 824	382	571	15	54
Vereinigte Staaten	61 654	61 187	15 046	18 018	22 764	20 309	22 860	20 910	984	1 949
Welt	206 363	266 539	63 079	77 397	100 319	123 993	38 440	55 759	4 524	9 390

¹⁾ Petajoule = 10¹⁵ (Billiarde) Joule.

²⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

³⁾ Die Unterschiede zwischen den Angaben der UN und nationaler Stellen beruhen auf unterschiedlichen Erfassungsmethoden.

Tabelle 15*

Energieverbrauch im internationalen Vergleich

1981

Land	Primärenergieverbrauch								Importquote	
	insgesamt	je Einheit BIP ¹⁾	je Einwohner	nach Energieträgern					insgesamt	von Mineralöl
				Feste Brennstoffe	Mineralöl	Gas	Kernenergie	Wasserkraft und Sonstige		
	in Mio t RÖE ²⁾	t RÖE ²⁾		Anteil am Primärenergieverbrauch in vH					in vH ³⁾	in vH ⁴⁾
Australien	77,2	0,75	5,2	46,6	39,6	11,5	0,0	5,8	- 28,9	35,3
Belgien	43,6	0,62	4,4	25,5	47,5	19,3	7,1	0,7	83,3	102,4
Dänemark	17,3	0,40	3,4	40,5	66,5	0,0	0,0	0,0	98,3	91,3
Bundesrepublik Deutschland	262,9	0,53	4,3	33,8	44,4	15,9	4,8	1,8	50,9	95,6
Frankreich	180,4	0,45	3,3	17,2	53,5	13,0	15,2	3,5	71,6	97,3
Griechenland	15,4	0,60	1,5	24,7	70,8	0,0	0,0	5,2	80,5	111,0
Großbritannien	194,5	0,79	3,5	35,7	38,2	21,4	4,9	0,7	- 6,4	- 25,0
Irland	8,7	0,86	2,6	24,1	59,8	13,8	0,0	3,4	67,8	96,2
Italien	139,2	0,60	2,4	10,8	64,8	16,7	0,4	7,8	84,6	102,1
Japan	362,1	0,55	3,1	18,9	62,6	6,2	5,9	6,2	86,1	111,7
Kanada	221,7	1,13	9,2	12,2	38,6	18,4	4,2	28,1	- 3,8	10,9
Luxemburg	3,3	1,26	8,9	45,5	30,3	9,1	0,0	6,1	84,8	100,0
Neuseeland	11,8	0,91	3,8	16,1	33,9	8,5	0,0	40,7	27,1	85,0
Niederlande	61,9	0,63	4,3	8,2	43,6	47,7	1,3	0,0	1,9	117,8
Norwegen	24,2	0,67	5,9	5,8	35,5	3,3	0,0	57,4	-153,7	-180,2
Österreich	15,8	0,35	2,1	31,0	69,6	26,6	0,0	45,6	60,1	89,1
Portugal	10,4	0,54	1,0	2,9	81,7	0,0	0,0	11,5	82,7	98,8
Schweden	50,2	0,66	6,0	10,6	44,2	0,0	17,7	27,9	45,0	96,4
Schweiz	24,8	0,41	3,9	4,0	48,0	4,0	14,5	34,7	54,0	99,2
Spanien	76,2	0,66	2,0	29,5	60,2	2,6	3,1	7,2	73,1	105,7
Türkei	34,2	0,79	0,7	46,2	45,0	0,0	0,0	8,8	40,6	87,7
Vereinigte Staaten	1 768,2	0,95	7,7	22,4	41,5	27,4	4,2	3,9	21,1	39,1
Insgesamt ⁵⁾	3 604,0	0,74	4,6	22,6	46,0	20,4	4,8	6,7	33,1	61,7

¹⁾ Preis- und Wechselkursbasis 1975.²⁾ Rohöleinheiten.³⁾ Anteil der Netto-Importe am Primärenergieverbrauch in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch in vH.⁴⁾ Netto-Importe von Mineralöl im Verhältnis zum Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH.⁵⁾ Alle Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur einschließlich Frankreich.

Quelle: Internationale Energieagentur

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland

Tabelle 16*

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote ¹⁾	Erwerbstätige ²⁾			Offene Stellen ⁴⁾	Arbeitslose ⁴⁾	Arbeitslosenquote ⁵⁾
				insgesamt	darunter beschäftigte Arbeitnehmer				
					zusammen	darunter Ausländer ³⁾			
	1 000		vH	1 000				vH	
1950	46 908	21 577	46,0	19 997	13 674		116	1 580	10,4
1951	47 413	21 952	46,3	20 520	14 286		116	1 432	9,1
1952	47 728	22 289	46,7	20 910	14 754		115	1 379	8,5
1953	48 172	22 684	47,1	21 425	15 344		123	1 259	7,6
1954	48 710	23 216	47,7	21 995	15 968	73	137	1 221	7,1
1955	49 203	23 758	48,3	22 830	16 840	80	200	928	5,2
1956	49 797	24 196	48,6	23 435	17 483	99	219	761	4,2
1957	50 434	24 602	48,8	23 940	17 992	108	217	662	3,5
1958	51 056	24 807	48,6	24 124	18 188	127	216	683	3,6
1959	51 634	24 857	48,1	24 381	18 508	167	280	476	2,5
1960	52 183	25 027	48,0	24 792	19 005		449	235	1,2
1960	55 433	26 518	47,8	26 247	20 257	279	465	271	1,3
1961	56 185	26 772	47,6	26 591	20 730	507	552	181	0,9
1962	56 837	26 845	47,2	26 690	21 032	629	574	155	0,7
1963	57 389	26 930	46,9	26 744	21 261	773	555	186	0,9
1964	57 971	26 922	46,4	26 753	21 484	902	609	169	0,8
1965	58 619	27 034	46,1	26 887	21 757	1 119	649	147	0,7
1966	59 148	26 962	45,6	26 801	21 765	1 244	540	161	0,7
1967	59 286	26 409	44,5	25 950	21 054	1 014	302	459	2,1
1968	59 500	26 291	44,2	25 968	21 183	1 019	488	323	1,5
1969	60 067	26 535	44,2	26 356	21 752	1 366	747	179	0,8
1970	60 651	26 817	44,2	26 668	22 246	1 807	795	149	0,7
1971	61 284	27 002	44,1	26 817	22 606	2 128	648	185	0,8
1972	61 672	26 990	43,8	26 744	22 633	2 285	546	246	1,1
1973	61 976	27 195	43,9	26 922	22 906	2 498	572	273	1,2
1974	62 054	27 147	43,7	26 565	22 640	2 381	315	582	2,5
1975	61 829	26 884	43,5	25 810	22 014	2 061	236	1 074	4,7
1976	61 531	26 651	43,3	25 591	21 939	1 925	235	1 060	4,6
1977	61 400	26 577	43,3	25 547	22 029	1 872	231	1 030	4,5
1978	61 327	26 692	43,5	25 699	22 264	1 857	246	993	4,3
1979	61 359	26 915	43,9	26 039	22 659	1 924	304	876	3,7
1980	61 566	27 191	44,2	26 302	22 986	2 018	308	889	3,7
1981	61 682	27 376	44,4	26 104	22 850	1 912	208	1 272	5,3
1982	61 638	27 455	44,5	25 622	22 387	...	105	1 833	7,6
1979 1. Hj.	61 321	26 804	43,7	25 838	22 445	1 900	290	966	4,1
1979 2. Hj.	61 397	27 026	44,0	26 240	22 873	1 949	318	786	3,3
1980 1. Hj.	61 499	27 070	44,0	26 183	22 850	2 030	322	887	3,7
1980 2. Hj.	61 634	27 312	44,3	26 421	23 122	2 007	295	891	3,7
1981 1. Hj.	61 657	27 289	44,3	26 090	22 825	1 925	238	1 199	5,0
1981 2. Hj.	61 706	27 462	44,5	26 118	22 875	1 899	178	1 344	5,5
1982 1. Hj.	61 676	27 414	44,4	25 626	22 386	1 802	126	1 788	7,4
1982 2. Hj.	61 600	27 496	44,6	25 618	22 388	...	84	1 878	7,7
1983 1. Hj.	...	27 413	...	25 082	21 856	...	76	2 331	9,6

1) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.

2) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Erwerbstätige, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).

3) Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit).

4) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

5) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer + Arbeitslose).

6) Ohne Saarland und Berlin.

Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen

1 000

Zeitraum	Ins- gesamt	Land- und Forst- wirt- schaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Ver- kehr ¹⁾	Dienst- leistungs- unter- nehmen ²⁾	Staat	Private Haus- halte ³⁾
			ins- gesamt	Energie- und Wasser- versor- gung, Bergbau	Verar- beitendes Gewerbe	Bau- gewerbe				
Erwerbstätige ⁴⁾										
1960	26 063	3 581	12 497	747	9 624	2 126	4 759	2 364	2 098	764
1961	26 426	3 449	12 805	722	9 905	2 178	4 808	2 406	2 228	730
1962	26 518	3 307	12 918	698	9 948	2 272	4 812	2 459	2 348	674
1963	26 581	3 144	12 927	665	9 883	2 379	4 845	2 541	2 444	680
1964	26 604	3 002	12 986	654	9 885	2 447	4 817	2 590	2 540	669
1965	26 755	2 876	13 158	645	10 059	2 454	4 791	2 652	2 628	650
1966	26 673	2 790	13 017	628	9 953	2 436	4 800	2 719	2 706	641
1967	25 804	2 638	12 249	582	9 418	2 249	4 709	2 774	2 777	657
1968	25 826	2 523	12 320	547	9 488	2 285	4 692	2 837	2 803	651
1969	26 228	2 395	12 727	539	9 883	2 305	4 714	2 883	2 859	650
1970	26 560	2 262	12 987	551	10 117	2 319	4 755	2 933	2 978	645
1971	26 721	2 134	12 937	550	10 033	2 354	4 869	3 013	3 105	663
1972	26 661	2 018	12 696	531	9 824	2 341	4 945	3 063	3 259	680
1973	26 849	1 924	12 723	515	9 861	2 347	5 015	3 123	3 367	697
1974	26 497	1 842	12 311	517	9 618	2 176	4 968	3 171	3 493	712
1975	25 746	1 773	11 610	514	9 106	1 990	4 857	3 210	3 576	720
1976	25 530	1 682	11 396	507	8 915	1 974	4 827	3 266	3 635	724
1977	25 490	1 589	11 362	504	8 918	1 940	4 845	3 306	3 660	728
1978	25 644	1 536	11 386	496	8 918	1 972	4 872	3 359	3 746	745
1979	25 986	1 479	11 518	497	8 965	2 056	4 911	3 462	3 847	769
1980	26 251	1 436	11 595	501	9 005	2 089	4 953	3 565	3 906	796
1981 } ⁵⁾	26 051	1 405	11 322	509	8 775	2 038	4 921	3 626	3 971	806
1982 } ⁵⁾	25 563	1 383	10 910	509	8 461	1 940	4 816	3 636	3 996	822
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁴⁾										
1960	20 073	491	11 509	746	8 855	1 908	3 615	1 596	2 098	764
1961	20 565	452	11 845	721	9 164	1 960	3 673	1 637	2 228	730
1962	20 860	421	11 996	697	9 241	2 058	3 720	1 701	2 348	674
1963	21 098	406	12 019	664	9 191	2 164	3 770	1 779	2 444	680
1964	21 335	390	12 116	653	9 228	2 235	3 783	1 837	2 540	669
1965	21 625	369	12 306	644	9 420	2 242	3 775	1 897	2 628	650
1966	21 637	358	12 176	627	9 328	2 221	3 800	1 956	2 706	641
1967	20 908	324	11 423	581	8 811	2 031	3 724	2 003	2 777	657
1968	21 041	302	11 508	546	8 895	2 067	3 720	2 057	2 803	651
1969	21 624	297	11 940	538	9 316	2 086	3 772	2 106	2 859	650
1970	22 138	295	12 224	550	9 575	2 099	3 839	2 157	2 978	645
1971	22 510	282	12 201	549	9 516	2 136	4 006	2 253	3 105	663
1972	22 550	262	11 965	530	9 314	2 121	4 092	2 292	3 259	680
1973	22 833	250	12 006	514	9 366	2 126	4 167	2 346	3 367	697
1974	22 572	236	11 609	516	9 133	1 960	4 119	2 403	3 493	712
1975	21 950	230	10 939	514	8 649	1 776	4 037	2 448	3 576	720
1976	21 878	226	10 747	507	8 476	1 764	4 022	2 524	3 635	724
1977	21 972	230	10 718	504	8 478	1 736	4 063	2 573	3 660	728
1978	22 209	236	10 759	496	8 492	1 771	4 097	2 626	3 746	745
1979	22 606	243	10 891	497	8 535	1 859	4 138	2 718	3 847	769
1980	22 935	243	10 976	501	8 583	1 892	4 199	2 815	3 906	796
1981 } ⁵⁾	22 797	247	10 721	509	8 367	1 845	4 183	2 869	3 971	806
1982 } ⁵⁾	22 328	247	10 310	509	8 056	1 745	4 080	2 873	3 996	822

1) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

2) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.

3) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

4) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; nach dem Beschäftigungsort (Inlandskonzept).

5) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 18*

Ausländer im Bundesgebiet

An

Staatsangehörigkeit	1977	1978	1979	1980	1981	1982
	Wohnbevölkerung ¹⁾					
Europa	3 555 437	3 541 710	3 691 054	3 955 309	4 093 389	4 107 665
Belgien	15 368	15 328	15 725	16 600	17 320	17 841
Dänemark	10 323	10 413	10 806	11 527	12 278	12 656
Frankreich	60 613	61 243	64 509	68 620	72 304	72 921
Griechenland	328 465	305 523	296 803	297 518	299 300	300 824
Großbritannien ²⁾	63 120	66 955	72 653	81 090	88 879	90 574
Irland	3 010	3 524	4 464	5 677	6 249	6 195
Italien	570 825	572 522	594 424	617 895	624 503	601 621
Luxemburg	4 131	4 168	4 260	4 444	4 526	4 612
Niederlande	107 311	105 586	106 110	107 771	108 746	108 975
EG-Länder	1 163 166	1 145 262	1 169 754	1 211 142	1 234 105	1 216 219
Jugoslawien	630 027	610 184	620 649	631 842	637 307	631 692
Österreich	168 777	159 301	168 915	172 573	176 256	174 988
Polen	44 539	46 031	50 779	60 140	82 711	91 371
Portugal	110 977	109 924	109 843	112 270	109 417	106 005
Schweiz	27 943	27 846	28 805	29 423	29 866	29 699
Spanien	201 429	188 937	182 155	179 952	176 952	173 526
Tschechoslowakei	26 226	24 920	24 202	24 420	25 573	26 714
Türkei	1 118 041	1 165 119	1 268 307	1 462 442	1 546 280	1 580 671
Ungarn	18 069	17 901	18 852	20 144	21 722	22 200
Übriges Europa	46 243	46 285	48 793	50 961	53 200	54 580
Afrika	74 572	79 543	88 517	103 432	115 138	123 955
Ägypten	7 087	7 347	7 689	8 587	9 077	9 157
Marokko	27 126	28 907	31 933	35 854	39 374	42 590
Übriges Afrika	40 359	43 289	48 895	58 991	66 687	72 208
Amerika	103 328	102 703	106 782	113 354	118 052	120 190
Kanada	7 279	7 143	7 458	7 752	7 871	7 811
Vereinigte Staaten	72 969	71 557	73 956	77 436	79 543	80 252
Übriges Amerika	23 080	24 003	25 368	28 166	30 638	32 127
Asien	131 220	147 813	170 284	219 710	242 016	254 511
Indien	12 587	16 137	20 603	27 929	28 630	28 285
Iran	18 901	19 516	21 017	28 360	31 287	32 246
Israel	7 331	7 478	7 731	8 173	8 812	8 785
Japan	11 600	12 170	12 838	14 188	15 233	16 147
Jordanien	12 873	12 533	12 881	13 260	13 221	12 870
Pakistan	9 733	17 877	20 504	26 220	26 272	24 412
Übriges Asien	58 195	62 102	74 710	101 580	118 561	131 766
Australien und Ozeanien	6 197	6 089	6 292	6 654	6 687	6 551
Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit	53 854	77 890	53 657	54 849	54 447	54 045
Insgesamt	3 948 278	3 981 061	4 143 836	4 453 308	4 629 729	4 666 917

¹⁾ Jeweils am 30. September; 1977 einschließlich 23 670, 1978 einschließlich 25 313 und 1979 einschließlich 27 250 Personen, die nicht nach der Staatsangehörigkeit aufgliedert werden konnten.

nach der Staatsangehörigkeit
zahl

1977	1978	1979	1980	1981	1982	Staatsangehörigkeit
Beschäftigte ²⁾						
1 749 154	1 723 349	1 769 500	1 819 897	1 751 838	1 654 479	Europa
9 192	9 290	9 424	9 801	9 852	9 357	Belgien
3 065	3 122	3 269	3 439	3 491	3 348	Dänemark
43 631	43 972	47 290	52 428	52 145	48 481	Frankreich
162 495	146 792	140 139	132 980	123 767	116 421	Griechenland
25 247	27 856	30 898	34 828	34 479	33 007	Großbritannien ³⁾
1 170	1 321	1 649	2 299	2 148	1 772	Irland
281 224	288 648	300 442	309 226	291 066	261 020	Italien
1 228	1 278	1 338	1 418	1 391	1 343	Luxemburg
42 645	39 938	40 106	40 215	39 569	36 998	Niederlande
569 897	562 217	574 555	586 634	557 908	511 747	EG-Länder
377 206	369 506	367 301	357 427	340 573	320 335	Jugoslawien
74 985	75 245	83 698	87 212	87 441	84 811	Österreich
7 524	7 932	8 952	8 772	8 213	8 575	Polen
60 160	58 771	59 145	58 780	55 085	51 102	Portugal
6 944	7 055	7 886	8 248	8 195	7 935	Schweiz
100 311	92 586	89 992	86 547	81 845	76 754	Spanien
11 776	11 918	12 508	11 486	9 519	8 530	Tschechoslowakei
517 467	514 694	540 471	590 623	580 868	564 567	Türkei
7 990	8 098	8 547	8 060	6 967	6 282	Ungarn
14 894	15 327	16 445	16 108	15 224	13 841	Übriges Europa
33 775	34 835	38 249	41 133	39 266	36 605	Afrika
2 076	2 150	2 481	2 692	2 375	2 025	Ägypten
15 244	15 323	16 214	16 109	15 343	14 622	Marokko
16 455	17 362	19 554	22 332	21 548	19 958	Übriges Afrika
22 545	23 459	26 457	28 822	28 096	26 140	Amerika
1 889	1 916	2 230	2 269	2 163	1 999	Kanada
12 990	13 563	16 310	18 559	18 706	17 460	Vereinigte Staaten
7 666	7 980	7 917	7 994	7 227	6 681	Übriges Amerika
47 814	51 900	62 290	74 982	70 712	63 710	Asien
6 132	7 114	10 376	13 986	12 106	10 129	Indien
3 198	3 308	3 591	4 044	4 285	4 338	Iran
2 183	2 159	2 206	2 265	2 227	2 062	Israel
2 712	2 793	2 735	2 795	2 942	3 008	Japan
4 206	3 931	4 105	3 915	3 339	2 855	Jordanien
4 401 ⁴⁾	7 857 ⁵⁾	11 366 ⁶⁾	15 060 ⁶⁾	12 657	8 658	Pakistan
24 982	24 738	27 911	32 917	33 156	32 660	Übriges Asien
2 459	2 467	2 504	2 488	2 365	2 167	Australien und Ozeanien
32 838	33 284	34 651	104 336 ⁶⁾	37 460	25 880	Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit
1 888 585	1 869 294	1 933 651	2 071 658	1 929 737	1 808 981	Insgesamt

²⁾ Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer jeweils am 30. Juni.

³⁾ Einschließlich Nordirland.

⁴⁾ Einschließlich Bangladesch.

⁵⁾ Aus meldetechnischen Gründen überhöht.

Quelle für Beschäftigte: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 19*

Bruttowertschöpfung nach

a) Mrd

Zeitraum	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ¹⁾	Dienstleistungsunternehmen ²⁾	Staat	Private Haushalte ³⁾
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
in jeweiligen Preisen										
1960	302,20	17,66	160,80	15,65	121,86	23,29	55,96	41,13	21,61	5,04
1961	331,14	17,24	177,37	15,70	135,00	26,67	60,38	46,12	24,73	5,30
1962	359,94	18,79	191,83	16,24	144,99	30,60	66,48	50,42	27,04	5,38
1963	381,52	19,50	200,11	16,81	150,58	32,72	70,77	55,34	30,00	5,80
1964	420,08	19,45	223,37	17,73	167,52	38,12	76,50	61,81	32,79	6,16
1965	459,74	20,01	243,63	18,30	184,89	40,44	82,07	70,05	37,27	6,71
1966	490,63	20,87	254,76	18,94	192,92	42,90	87,81	78,35	41,61	7,23
1967	497,06	20,41	252,20	18,79	193,58	39,83	88,37	84,30	44,12	7,66
1968	537,45	22,80	277,01	20,75	215,26	41,00	90,43	92,06	47,06	8,09
1968	509,14	22,19	257,96	19,15	200,66	38,15	84,19	89,67	47,06	8,07
1969	567,91	23,49	290,36	19,82	229,59	40,95	90,32	101,48	53,28	8,98
1970	645,91	21,78	333,72	22,72	259,45	51,55	103,47	114,39	62,56	9,99
1971	718,30	22,76	361,30	24,10	278,04	59,16	116,05	131,76	74,62	11,81
1972	789,49	24,75	387,83	26,25	296,56	65,02	129,32	150,51	83,82	13,26
1973	882,90	26,60	430,91	29,42	333,25	68,24	141,26	171,38	97,40	15,35
1974	955,23	25,92	455,95	33,63	355,62	66,70	149,05	193,80	113,04	17,47
1975	995,92	28,47	454,92	37,67	354,06	63,19	157,33	213,37	122,75	19,08
1976	1 085,52	30,54	499,92	42,51	389,70	67,71	173,13	232,05	129,67	20,21
1977	1 160,12	31,36	529,55	42,78	414,42	72,35	185,64	253,43	138,52	21,62
1978	1 241,97	31,95	562,79	45,50	439,46	77,83	200,29	276,04	147,89	23,01
1979	1 342,66	30,88	611,04	48,65	474,28	88,11	217,57	299,30	159,03	24,84
1980	1 425,84	30,89	639,42	50,47	489,20	99,75	225,97	330,19	172,17	27,20
1981	1 492,50	33,20	647,41	53,10	495,30	99,01	238,54	360,86	183,47	29,02
1982	1 559,43	36,91	665,93	58,55	511,35	96,03	244,42	393,22	188,44	30,51
1975 1. Hj.	472,03	6,54	220,38	18,30	173,12	28,96	75,19	103,95	57,14	8,83
2. Hj.	523,89	21,93	234,54	19,37	180,94	34,23	82,14	109,42	65,61	10,25
1976 1. Hj.	514,20	6,64	242,14	21,04	190,86	30,24	82,48	113,47	60,17	9,30
2. Hj.	571,32	23,90	257,78	21,47	198,84	37,47	90,65	118,58	69,50	10,91
1977 1. Hj.	551,32	7,91	257,89	21,15	204,15	32,59	88,20	123,25	64,13	9,94
2. Hj.	608,80	23,45	271,66	21,63	210,27	39,76	97,44	130,18	74,39	11,68
1978 1. Hj.	585,87	8,23	269,51	22,39	212,84	34,28	95,67	134,00	68,00	10,46
2. Hj.	656,10	23,72	293,28	23,11	226,62	43,55	104,62	142,04	79,89	12,55
1979 1. Hj.	634,52	7,01	294,70	25,24	231,06	38,40	103,74	144,81	72,95	11,31
2. Hj.	708,14	23,87	316,34	23,41	243,22	49,71	113,83	154,49	86,08	13,53
1980 1. Hj.	681,80	7,67	313,71	25,26	243,11	45,34	108,99	160,27	78,79	12,37
2. Hj.	744,04	23,22	325,71	25,21	246,09	54,41	116,98	169,92	93,38	14,83
1981 1. Hj.	706,49	7,33	312,95	26,93	240,99	45,03	113,58	174,92	84,35	13,36
2. Hj.	786,01	25,87	334,46	26,17	254,31	53,98	124,96	185,94	99,12	15,66
1982 1. Hj.	744,59	7,97	327,46	30,72	254,21	42,53	117,32	191,42	86,53	13,89
2. Hj.	814,84	28,94	338,47	27,83	257,14	53,50	127,10	201,80	101,91	16,62
1983 1. Hj.	773,99	7,57	332,98	120,90	208,58	103,96	...

¹⁾ Einschließlich Nachrichtenübermittlung.²⁾ Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.

Tabelle 19*

Wirtschaftsbereichen

DM

Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ¹⁾	Dienstleistungsunternehmen ²⁾	Staat	Private Haushalte ³⁾	Zeitraum
		insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe					
in Preisen von 1976										
586,36	26,58	271,71	27,58	196,33	47,80	91,28	112,93	67,31	16,55	1960
616,66	24,18	288,37	27,74	210,03	50,60	96,62	119,74	71,57	16,18	1961
643,83	26,00	300,79	28,49	219,73	52,57	101,29	124,48	75,75	15,52	1962
664,31	26,92	308,14	29,24	224,95	53,95	104,51	129,76	79,15	15,83	1963
708,65	26,26	336,66	30,12	245,54	61,00	111,10	137,15	81,59	15,89	1964
747,68	24,89	358,43	29,71	265,20	63,52	117,78	145,19	85,50	15,89	1965
768,51	26,18	365,12	30,40	269,12	65,60	120,39	150,92	89,89	16,01	1966
770,04	28,51	355,37	29,20	263,47	62,70	120,06	157,10	92,44	16,56	1967
818,63	30,31	384,74	30,42	291,77	62,55	127,47	164,15	95,24	16,72	1968
881,04	29,38	423,54	32,81	326,75	63,98	139,66	173,37	98,08	17,01	1969
923,72	30,25	445,75	35,86	343,30	66,59	147,08	179,41	103,96	17,27	1970
948,82	29,76	453,38	35,81	346,79	70,78	151,40	187,83	108,53	17,92	1971
989,56	29,09	470,20	36,58	358,22	75,40	156,82	201,12	113,80	18,53	1972
1 037,16	31,03	495,17	39,48	380,19	75,50	163,33	209,39	119,11	19,13	1973
1 047,74	32,45	490,48	41,63	379,15	69,70	164,54	215,92	124,68	19,67	1974
1 027,98	30,96	465,22	39,00	360,86	65,36	162,01	221,56	128,24	19,99	1975
1 085,52	30,54	499,92	42,51	389,70	67,71	173,13	232,05	129,67	20,21	1976
1 121,20	32,33	511,09	43,26	399,20	68,63	182,35	243,78	131,24	20,41	1977
1 158,04	33,28	519,84	45,42	404,28	70,14	190,85	257,83	135,29	20,95	1978
1 208,42	32,15	545,85	48,68	423,67	73,50	199,54	269,56	139,64	21,68	1979
1 230,25	32,54	548,95	48,02	425,58	75,35	203,92	279,45	142,85	22,54	1980
1 230,59	34,26	536,11	47,19	417,48	71,44	204,56	286,50	146,24	22,92	1981
1 222,18	37,35	521,59	47,03	406,43	68,13	200,01	293,16	146,65	23,42	1982 ⁵⁾
492,97	5,69	225,60	19,89	175,50	30,21	78,18	109,82	63,79	9,89	1975 1. Hj.
535,01	25,27	239,62	19,11	185,36	35,15	83,83	111,74	64,45	10,10	2. Hj.
521,53	6,42	242,49	21,39	190,43	30,67	83,09	114,96	64,60	9,97	1976 1. Hj.
563,99	24,12	257,43	21,12	199,27	37,04	90,04	117,09	65,07	10,24	2. Hj.
540,60	6,36	250,29	21,90	196,64	31,75	87,81	120,73	65,34	10,07	1977 1. Hj.
580,60	25,97	260,80	21,36	202,56	36,88	94,54	123,05	65,90	10,34	2. Hj.
555,67	5,94	252,57	22,86	197,92	31,79	92,11	127,50	67,24	10,31	1978 1. Hj.
602,37	27,34	267,27	22,56	206,36	38,35	98,74	130,33	68,05	10,64	2. Hj.
581,07	5,88	264,60	25,15	206,75	32,70	97,15	133,27	69,48	10,69	1979 1. Hj.
627,35	26,27	281,25	23,53	216,92	40,80	102,39	136,29	70,16	10,99	2. Hj.
600,33	6,70	273,18	24,75	213,64	34,79	99,65	138,61	71,03	11,16	1980 1. Hj.
629,92	25,84	275,77	23,27	211,94	40,56	104,27	140,84	71,82	11,38	2. Hj.
595,85	7,26	262,40	24,02	205,65	32,73	99,41	142,51	72,84	11,43	1981 1. Hj.
634,74	27,00	273,71	23,17	211,83	38,71	105,15	143,99	73,40	11,49	2. Hj.
597,73	7,45	260,97	24,25	206,47	30,25	98,23	146,12	73,33	11,63	1982 1. Hj.
624,45	29,90	260,62	22,78	199,96	37,88	101,78	147,04	73,32	11,79	2. Hj.
596,80	7,56	256,11	98,68	148,77	85,68		1983 1. Hj.

³⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.⁴⁾ In jeweiligen Preisen Bruttowertschöpfung einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer.⁵⁾ Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 19*

Bruttowertschöpfung nach

b) Anteil

Zeitraum	Land- und Forst- wirt- schaft, Fische- rei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Ver- kehr ²⁾	Dienst- lei- stungs- unter- neh- men ³⁾	Staat	Private Haus- halte ⁴⁾
		ins- gesamt	Energie- und Wasser- versor- gung, Bergbau	Verar- beiten- des Ge- werbe	Bau- gewerbe				
in jeweiligen Preisen									
1960	5,8	53,2	5,2	40,3	7,7	18,5	13,6	7,2	1,7
1961	5,2	53,6	4,7	40,8	8,1	18,2	13,9	7,5	1,6
1962	5,2	53,3	4,5	40,3	8,5	18,5	14,0	7,5	1,5
1963	5,1	52,5	4,4	39,5	8,6	18,5	14,5	7,9	1,5
1964	4,6	53,2	4,2	39,9	9,1	18,2	14,7	7,8	1,5
1965	4,4	53,0	4,0	40,2	8,8	17,9	15,2	8,1	1,5
1966	4,3	51,9	3,9	39,3	8,7	17,9	16,0	8,5	1,5
1967	4,1	50,7	3,8	38,9	8,0	17,8	17,0	8,9	1,5
1968	4,2	51,5	3,9	40,1	7,6	16,8	17,1	8,8	1,5
1968	4,4	50,7	3,8	39,4	7,5	16,5	17,6	9,2	1,6
1969	4,1	51,1	3,5	40,4	7,2	15,9	17,9	9,4	1,6
1970	3,4	51,7	3,5	40,2	8,0	16,0	17,7	9,7	1,5
1971	3,2	50,3	3,4	38,7	8,2	16,2	18,3	10,4	1,6
1972	3,1	49,1	3,3	37,6	8,2	16,4	19,1	10,6	1,7
1973	3,0	48,8	3,3	37,7	7,7	16,0	19,4	11,0	1,7
1974	2,7	47,7	3,5	37,2	7,0	15,6	20,3	11,8	1,8
1975	2,9	45,7	3,8	35,6	6,3	15,8	21,4	12,3	1,9
1976	2,8	46,1	3,9	35,9	6,2	15,9	21,4	11,9	1,9
1977	2,7	45,6	3,7	35,7	6,2	16,0	21,8	11,9	1,9
1978	2,6	45,3	3,7	35,4	6,3	16,1	22,2	11,9	1,9
1979	2,3	45,5	3,6	35,3	6,6	16,2	22,3	11,8	1,9
1980	2,2	44,8	3,5	34,3	7,0	15,8	23,2	12,1	1,9
1981	2,2	43,4	3,6	33,2	6,6	16,0	24,2	12,3	1,9
1982	2,4	42,7	3,8	32,8	6,2	15,7	25,2	12,1	2,0
1975 1. Hj.	1,4	46,7	3,9	36,7	6,1	15,9	22,0	12,1	1,9
2. Hj.	4,2	44,8	3,7	34,5	6,5	15,7	20,9	12,5	2,0
1976 1. Hj.	1,3	47,1	4,1	37,1	5,9	16,0	22,1	11,7	1,8
2. Hj.	4,2	45,1	3,8	34,8	6,6	15,9	20,8	12,2	1,9
1977 1. Hj.	1,4	46,8	3,8	37,0	5,9	16,0	22,4	11,6	1,8
2. Hj.	3,9	44,6	3,6	34,5	6,5	16,0	21,4	12,2	1,9
1978 1. Hj.	1,4	46,0	3,8	36,3	5,9	16,3	22,9	11,6	1,8
2. Hj.	3,6	44,7	3,5	34,5	6,6	15,9	21,6	12,2	1,9
1979 1. Hj.	1,1	46,4	4,0	36,4	6,1	16,3	22,8	11,5	1,8
2. Hj.	3,4	44,7	3,3	34,3	7,0	16,1	21,8	12,2	1,9
1980 1. Hj.	1,1	46,0	3,7	35,7	6,7	16,0	23,5	11,6	1,8
2. Hj.	3,1	43,8	3,4	33,1	7,3	15,7	22,8	12,6	2,0
1981 1. Hj.	1,0	44,3	3,8	34,1	6,4	16,1	24,8	11,9	1,9
2. Hj.	3,3	42,6	3,3	32,4	6,9	15,9	23,7	12,6	2,0
1982 1. Hj.	1,1	44,0	4,1	34,1	5,7	15,8	25,7	11,6	1,9
2. Hj.	3,6	41,5	3,4	31,6	6,6	15,6	24,8	12,5	2,0
1983 1. Hj.	1,0	43,0	15,6	26,9	13,4	

1) Bezogen auf die Summe der Beiträge der Wirtschaftsbereiche.

2) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

3) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.

Wirtschaftsbereichen

in vH¹⁾

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ²⁾	Dienstleistungsunternehmen ³⁾	Staat	Private Haushalte ⁴⁾	Zeitraum
	insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe					
in Preisen von 1976									
4,5	46,3	4,7	33,5	8,2	15,6	19,3	11,5	2,8	1960
3,9	46,8	4,5	34,1	8,2	15,7	19,4	11,6	2,6	1961
4,0	46,7	4,4	34,1	8,2	15,7	19,3	11,8	2,4	1962
4,1	46,4	4,4	33,9	8,1	15,7	19,5	11,9	2,4	1963
3,7	47,5	4,3	34,6	8,6	15,7	19,4	11,5	2,2	1964
3,3	47,9	4,0	35,5	8,5	15,8	19,4	11,4	2,1	1965
3,4	47,5	4,0	35,0	8,5	15,7	19,6	11,7	2,1	1966
3,7	46,1	3,8	34,2	8,1	15,6	20,4	12,0	2,2	1967
3,7	47,0	3,7	35,6	7,6	15,6	20,1	11,6	2,0	1968
3,3	48,1	3,7	37,1	7,3	15,9	19,7	11,1	1,9	1969
3,3	48,3	3,9	37,2	7,2	15,9	19,4	11,3	1,9	1970
3,1	47,8	3,8	36,5	7,5	16,0	19,8	11,4	1,9	1971
2,9	47,5	3,7	36,2	7,6	15,8	20,3	11,5	1,9	1972
3,0	47,7	3,8	36,7	7,3	15,7	20,2	11,5	1,8	1973
3,1	46,8	4,0	36,2	6,7	15,7	20,6	11,9	1,9	1974
3,0	45,3	3,8	35,1	6,4	15,8	21,6	12,5	1,9	1975
2,8	46,1	3,9	35,9	6,2	15,9	21,4	11,9	1,9	1976
2,9	45,6	3,9	35,6	6,1	16,3	21,7	11,7	1,8	1977
2,9	44,9	3,9	34,9	6,1	16,5	22,3	11,7	1,8	1978
2,7	45,2	4,0	35,1	6,1	16,5	22,3	11,6	1,8	1979
2,6	44,6	3,9	34,6	6,1	16,6	22,7	11,6	1,8	1980
2,8	43,6	3,8	33,9	5,8	16,6	23,3	11,9	1,9	1981
3,1	42,7	3,8	33,3	5,6	16,4	24,0	12,0	1,9	1982
1,2	45,8	4,0	35,6	6,1	15,9	22,3	12,9	2,0	1975 1. Hj.
4,7	44,8	3,6	34,6	6,6	15,7	20,9	12,0	1,9	2. Hj.
1,2	46,5	4,1	36,5	5,9	15,9	22,0	12,4	1,9	1976 1. Hj.
4,3	45,6	3,7	35,3	6,6	16,0	20,8	11,5	1,8	2. Hj.
1,2	46,3	4,1	36,4	5,9	16,2	22,3	12,1	1,9	1977 1. Hj.
4,5	44,9	3,7	34,9	6,4	16,3	21,2	11,4	1,8	2. Hj.
1,1	45,5	4,1	35,6	5,7	16,6	22,9	12,1	1,9	1978 1. Hj.
4,5	44,4	3,7	34,3	6,4	16,4	21,6	11,3	1,8	2. Hj.
1,0	45,5	4,3	35,6	5,6	16,7	22,9	12,0	1,8	1979 1. Hj.
4,2	44,8	3,8	34,6	6,5	16,3	21,7	11,2	1,8	2. Hj.
1,1	45,5	4,1	35,6	5,8	16,6	23,1	11,8	1,9	1980 1. Hj.
4,1	43,8	3,7	33,6	6,4	16,6	22,4	11,4	1,8	2. Hj.
1,2	44,0	4,0	34,5	5,5	16,7	23,9	12,2	1,9	1981 1. Hj.
4,3	43,1	3,7	33,4	6,1	16,6	22,7	11,6	1,8	2. Hj.
1,2	43,7	4,1	34,5	5,1	16,4	24,4	12,3	1,9	1982 1. Hj.
4,8	41,7	3,6	32,0	6,1	16,3	23,5	11,7	1,9	2. Hj.
1,3	42,9	16,5	24,9	14,4		1983 1. Hj.

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

²⁾ In jeweiligen Preisen Bruttowertschöpfung einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 20*

Bruttowertschöpfung, Brutto

Mrd

Zeitraum	Bruttowertschöpfung, bereinigt ¹⁾	Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer ²⁾	Einfuhrabgaben ³⁾	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögens-einkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Brutto-sozialprodukt	Ab-schrei-bungen	Netto-sozialprodukt zu Markt-preisen	Indi-recte Steuern ⁴⁾	Subven-tionen	Netto-sozialprodukt zu Faktor-kosten (Volks-einkommen)
in jeweiligen Preisen											
1960	297,00	—	5,71	302,71	+0,29	303,00	23,63	279,37	41,78	2,52	240,11
1961	325,49	—	6,22	331,71	-0,31	331,40	27,12	304,28	46,19	2,66	260,75
1962	353,45	—	7,33	360,78	-0,28	360,50	31,23	329,27	50,06	2,90	282,11
1963	374,29	—	8,08	382,37	-0,27	382,10	34,99	347,11	52,79	3,48	297,80
1964	412,01	—	8,17	420,18	-0,58	419,60	38,96	380,64	57,48	4,09	327,25
1965	450,29	—	8,88	459,17	-0,97	458,20	43,31	414,89	62,19	5,75	358,45
1966	479,53	—	8,70	488,23	-0,83	487,40	47,77	439,63	65,50	5,65	379,78
1967	485,34	—	9,01	494,35	-0,65	493,70	50,52	443,18	67,99	5,55	380,74
1968	520,23	—	13,05	533,28	+0,42	533,70	53,65	480,05	69,63	7,67	418,09
1968	496,22	30,99	6,07	533,28	+0,42	533,70	53,65	480,05	74,94	12,98	418,09
1969	552,48	37,62	6,85	596,95	+0,85	597,80	58,20	539,60	88,28	11,62	462,94
1970	627,97	39,91	7,42	675,30	+0,40	675,70	68,03	607,67	89,05	11,78	530,40
1971	697,54	45,04	7,98	750,56	+1,24	751,80	77,53	674,27	98,69	12,61	588,19
1972	765,49	49,38	8,87	823,74	+1,36	825,10	85,36	739,74	110,18	15,78	645,34
1973	855,63	52,26	9,38	917,27	+1,63	918,90	94,59	824,31	121,07	18,65	721,89
1974	921,26	54,43	8,89	984,58	+1,02	985,60	106,46	879,14	125,04	18,86	772,96
1975	958,93	57,31	10,27	1 026,51	+2,39	1 028,90	115,94	912,96	130,28	20,38	803,06
1976	1 046,50	61,56	11,63	1 119,69	+3,31	1 123,00	123,98	999,02	141,67	21,88	879,23
1977	1 118,13	65,55	12,43	1 196,11	+0,19	1 196,30	132,45	1 063,85	152,37	24,50	935,98
1978	1 196,14	75,98	13,02	1 285,14	+4,86	1 290,00	142,80	1 147,20	167,30	29,41	1 009,31
1979	1 292,95	86,81	12,70	1 392,46	+2,84	1 395,30	156,32	1 238,98	182,95	30,91	1 086,94
1980	1 371,46	96,45	13,45	1 481,36	+4,34	1 485,70	173,32	1 312,38	193,30	30,30	1 149,38
1981	1 427,87	100,69	14,03	1 542,59	+0,31	1 542,90	188,22	1 354,68	198,12	28,81	1 185,37
1982	1 483,20	101,32	14,58	1 599,10	-1,40	1 597,70	200,31	1 397,39	201,78	28,69	1 224,30
1975 1. Hj.	453,91	28,12	5,06	487,09	+0,31	487,40	57,18	430,22	61,97	9,83	378,08
2. Hj.	505,02	29,19	5,21	539,42	+2,08	541,50	58,76	482,74	68,31	10,55	424,98
1976 1. Hj.	495,00	31,07	5,70	531,77	+1,53	533,30	61,24	472,06	67,50	10,29	414,85
2. Hj.	551,50	30,49	5,93	587,92	+1,78	589,70	62,74	526,96	74,17	11,59	464,38
1977 1. Hj.	530,77	32,44	5,98	569,19	+0,01	569,20	65,34	503,86	72,96	11,83	442,73
2. Hj.	587,36	33,11	6,45	626,92	+0,18	627,10	67,11	559,99	79,41	12,67	493,25
1978 1. Hj.	563,36	33,43	6,40	608,19	+1,81	610,00	70,10	539,90	80,97	12,28	471,21
2. Hj.	632,78	37,55	6,62	676,95	+3,05	680,00	72,70	607,30	86,33	17,13	538,10
1979 1. Hj.	610,09	40,94	6,31	657,34	+0,56	657,90	76,24	581,66	85,89	14,11	509,88
2. Hj.	682,86	45,87	6,39	735,12	+2,28	737,40	80,08	657,32	97,06	16,80	577,06
1980 1. Hj.	655,54	47,08	6,51	709,13	+1,27	710,40	84,79	625,61	92,75	14,27	547,13
2. Hj.	715,92	49,37	6,94	772,23	+3,07	775,30	88,53	686,77	100,55	16,03	602,25
1981 1. Hj.	675,64	49,30	6,63	731,57	-0,67	730,90	92,41	638,49	94,13	13,30	557,66
2. Hj.	752,23	51,39	7,40	811,02	+0,98	812,00	95,81	716,19	103,99	15,51	627,71
1982 1. Hj.	708,06	49,86	6,98	764,90	-3,20	761,70	98,93	662,77	96,57	12,10	578,30
2. Hj.	775,14	51,46	7,60	834,20	+1,80	836,00	101,38	734,62	105,21	16,59	646,00
1983 1. Hj.	730,15	51,33	7,64	789,12	-0,32	788,80	103,35	685,45	99,61	13,69	599,53

¹⁾ Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche abzüglich der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.

²⁾ Kassenaufkommen an Steuern vom Umsatz sowie einbehaltene Umsatzsteuer aufgrund von gesetzlichen Sonderregelungen (u. a. nach dem Berlinförderungsgesetz, für Lieferungen aus der DDR [§ 26 Abs. 4 UStG], für die Landwirtschaft [§ 24 UStG von 1967], für die Besteuerung von Kleinunternehmern [§ 19 UStG von 1979] sowie 1968 einmalig für die Entlastung der Altvorräte [§ 28 UStG von 1967]).

Tabelle 20*

inlandsprodukt, Sozialprodukt

DM

Bruttowertschöpfung, bereinigt ¹⁾	Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer ²⁾	Einfuhrabgaben ³⁾	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Brutto-sozialprodukt	Abschreibungen	Netto-sozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum
in Preisen von 1976								
574,47	33,08	3,97	611,52	+1,88	613,40	44,92	568,48	1960
603,40	35,03	4,22	642,65	+0,45	643,10	49,22	593,88	1961
629,56	36,75	4,89	671,20	+0,50	671,70	53,84	617,86	1962
648,92	38,42	4,75	692,09	+0,41	692,50	58,49	634,01	1963
691,84	41,00	5,89	738,73	-0,23	738,50	63,26	675,24	1964
729,47	43,63	6,61	779,71	-1,01	778,70	68,29	710,41	1965
748,94	44,89	6,24	800,07	-0,77	799,30	73,25	726,05	1966
748,64	44,70	5,99	799,33	-0,43	798,90	77,59	721,31	1967
794,12	46,40	6,12	846,64	+1,26	847,90	81,58	766,32	1968
853,99	48,94	6,88	909,81	+1,79	911,60	86,14	825,46	1969
895,40	53,39	7,81	956,60	+0,90	957,50	91,75	865,75	1970
919,18	58,29	8,71	986,18	+1,92	988,10	98,04	890,06	1971
956,47	60,96	9,71	1 027,14	+1,86	1 029,00	104,39	924,61	1972
1 002,68	61,31	9,91	1 073,90	+2,00	1 075,90	110,51	965,39	1973
1 012,35	58,76	8,58	1 079,69	+1,11	1 080,80	115,70	965,10	1974
991,74	59,51	10,18	1 061,43	+2,47	1 063,90	119,90	944,00	1975
1 046,50	61,56	11,63	1 119,69	+3,31	1 123,00	123,98	999,02	1976
1 078,47	63,25	12,26	1 153,98	+0,12	1 154,10	128,29	1 025,81	1977
1 111,53	64,95	13,05	1 189,53	+4,47	1 194,00	132,99	1 061,01	1978
1 158,61	67,88	12,68	1 239,17	+2,43	1 241,60	138,34	1 103,26	1979
1 179,60	68,15	14,25	1 262,00	+3,50	1 265,50	144,14	1 121,36	1980
1 178,36	68,44	14,21	1 261,01	+0,09	1 261,10	149,68	1 111,42	1981
1 168,51	65,67	13,70	1 247,88	-1,28	1 246,60	154,39	1 092,21	1982
475,20	29,30	4,95	509,45	+0,35	509,80	59,44	450,36	1975 1. Hj.
516,54	30,21	5,23	551,98	+2,12	554,10	60,46	493,64	2. Hj.
502,28	31,15	5,72	539,15	+1,55	540,70	61,47	479,23	1976 1. Hj.
544,22	30,41	5,91	580,54	+1,76	582,30	62,51	519,79	2. Hj.
519,71	31,32	5,96	556,99	+0,01	557,00	63,59	493,41	1977 1. Hj.
558,76	31,93	6,30	596,99	+0,11	597,10	64,70	532,40	2. Hj.
532,84	32,91	6,45	572,20	+1,70	573,90	65,86	508,04	1978 1. Hj.
578,69	32,04	6,60	617,33	+2,77	620,10	67,13	552,97	2. Hj.
556,20	33,80	6,42	596,42	+0,48	596,90	68,47	528,43	1979 1. Hj.
602,41	34,08	6,26	642,75	+1,95	644,70	69,87	574,83	2. Hj.
575,15	33,58	6,94	615,67	+1,03	616,70	71,36	545,34	1980 1. Hj.
604,45	34,57	7,31	646,33	+2,47	648,80	72,78	576,02	2. Hj.
569,81	34,01	6,96	610,78	-0,58	610,20	74,20	536,00	1981 1. Hj.
608,55	34,43	7,25	650,23	+0,67	650,90	75,48	575,42	2. Hj.
570,95	32,61	6,78	610,34	-2,54	607,80	76,62	531,18	1982 1. Hj.
597,56	33,06	6,92	637,54	+1,26	638,80	77,77	561,03	2. Hj.
569,04	32,78	7,18	609,00	-0,30	608,70	78,73	529,97	1983 1. Hj.

³⁾ Einfuhrzölle, Verbrauchsteuern auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer.

⁴⁾ Produktionssteuern, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben.

⁵⁾ In jeweiligen Preisen Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer.

⁶⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 21*

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd DM

Zeitraum	Volks- ein- kommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der pri- vaten Haus- halte ⁴⁾	der Unter- nehmen mit eigener Rechts- persönlich- keit = unverteilte Gewinne	des Staates ⁵⁾
				brutto ¹⁾	netto ²⁾			
1960	240,11	144,39	104,89	95,72	75,44	81,05	12,60	2,07
1961	260,75	162,81	117,36	97,94	75,12	82,26	13,18	2,50
1962	282,11	180,13	129,26	101,98	77,01	87,09	12,47	2,42
1963	297,80	193,15	138,06	104,65	78,52	88,85	13,19	2,61
1964	327,25	211,17	151,16	116,08	88,14	98,70	14,74	2,64
1965	358,45	234,13	168,32	124,32	96,73	105,72	16,01	2,59
1966	379,78	252,06	178,28	127,72	99,11	110,12	15,30	2,30
1967	380,74	251,84	177,45	128,90	99,81	112,98	14,33	1,59
1968	418,09	270,38	187,05	147,71	116,11	126,89	18,75	2,07
1969	462,94	304,07	206,54	158,87	123,36	133,89	22,88	2,10
1970	530,40	360,64	238,60	169,76	137,28	151,97	15,58	2,21
1971	588,19	409,11	265,22	179,08	144,07	160,06	17,09	1,93
1972	645,34	450,26	290,66	195,08	157,20	171,77	23,06	0,25
1973	721,89	510,93	316,70	210,96	163,29	179,13	31,20	0,63
1974	772,96	563,12	342,40	209,84	161,97	186,63	24,60	- 1,39
1975	803,06	587,02	355,16	216,04	170,46	197,01	23,52	- 4,49
1976	879,23	631,24	369,52	247,99	194,43	222,65	32,51	- 7,17
1977	935,98	675,57	392,15	260,41	194,31	236,71	33,58	- 9,88
1978	1 009,31	720,89	421,76	288,42	223,16	252,70	45,05	- 9,33
1979	1 086,94	776,86	455,37	310,08	244,25	267,12	51,94	- 8,98
1980	1 149,38	842,05	484,92	307,33	245,38	273,29	46,09	-12,05
1981 } ⁵⁾	1 185,37	881,75	503,39	303,62	245,29	271,37	46,90	-14,65
1982 }	1 224,30	901,81	507,36	322,49	263,71	336,30		-13,81
1975 1. Hj.	378,08	280,16	173,42	97,92	76,96	99,95		- 2,03
2. Hj.	424,98	306,86	181,74	118,12	93,50	120,58		- 2,46
1976 1. Hj.	414,85	298,14	177,90	116,71	92,49	119,81		- 3,10
2. Hj.	464,38	333,10	191,62	131,28	101,94	135,35		- 4,07
1977 1. Hj.	442,73	320,36	188,47	122,37	90,79	127,68		- 5,31
2. Hj.	493,25	355,21	203,68	138,04	103,52	142,61		- 4,57
1978 1. Hj.	471,21	340,08	201,65	131,13	99,58	136,38		- 5,25
2. Hj.	538,10	380,81	220,11	157,29	123,58	161,37		- 4,08
1979 1. Hj.	509,88	364,78	216,25	145,10	112,94	150,04		- 4,94
2. Hj.	577,06	412,08	239,12	164,98	131,31	169,02		- 4,04
1980 1. Hj.	547,13	396,77	230,15	150,36	119,72	156,54		- 6,18
2. Hj.	602,25	445,28	254,77	156,97	125,66	162,84		- 5,87
1981 1. Hj.	557,66	416,28	239,73	141,38	112,63	150,03		- 8,65
2. Hj.	627,71	465,47	263,66	162,24	132,66	168,24		- 6,00
1982 1. Hj.	578,30	427,52	242,66	150,78	122,94	154,89		- 4,11
2. Hj.	646,00	474,29	264,70	171,71	140,77	181,41		- 9,70
1983 1. Hj.	599,53	431,74	242,57	167,79	139,22	174,63		- 6,84

1) Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich tatsächlicher und unterstellter Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

2) Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer (ohne Lohnsteuer auf Pensionen) und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.

3) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich öffentlicher Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern vor Abzug der Investitionszulage [ab 1970], Lastenausgleichsabgaben, Pflichtbeiträge der Selbständigen; rückzahlbarer Konjunkturzuschlag [1970]) zuzüglich „Sonstige Zu- und Absetzungen“ (Saldo der Sozialbeiträge und der sozialen Leistungen der Unternehmen, der Schadenversicherungstransaktionen sowie den übrigen laufenden Übertragungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit).

4) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden; einschließlich nichtentnommener Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

5) Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.

6) Vorläufige Ergebnisse.

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾

Jahr	Ins- gesamt	Land- und Forst- wirt- schaft, Fische- rei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Ver- kehr ²⁾	Dienst- lei- stungs- unter- nehmen ³⁾	Staat	Private Haus- halte ⁴⁾
			ins- gesamt	Energie- und Wasser- versor- gung, Bergbau	Verar- beiten- des Ge- werbe	Bau- gewerbe				
Mrd DM										
1960	143,16	2,69	81,67	6,99	62,04	12,64	23,41	10,20	20,44	4,75
1961	161,64	2,70	92,99	7,44	70,66	14,89	25,77	11,77	23,44	4,97
1962	178,84	2,85	103,47	7,85	78,58	17,04	28,40	13,53	25,59	5,00
1963	191,86	2,94	108,60	7,99	82,07	18,54	31,44	15,13	28,38	5,37
1964	209,93	3,05	119,19	8,02	89,28	21,89	34,45	16,59	30,99	5,66
1965	232,96	3,15	132,03	8,83	99,78	23,42	37,99	18,37	35,27	6,15
1966	250,83	3,30	139,87	9,00	105,78	25,09	41,52	20,15	39,39	6,60
1967	250,35	3,06	134,21	8,70	102,46	23,05	42,46	21,84	41,78	7,00
1968	268,84	2,95	145,78	8,66	112,76	24,36	44,83	23,41	44,51	7,36
1969	302,62	3,13	165,29	9,40	129,56	26,33	49,59	25,97	50,45	8,19
1970	359,29	3,53	199,40	11,27	155,61	32,52	57,65	30,47	59,20	9,04
1971	407,77	3,76	219,77	12,66	169,51	37,60	67,17	35,60	70,76	10,71
1972	449,12	3,80	238,66	13,35	182,11	43,20	75,37	39,73	79,52	12,04
1973	509,87	4,01	267,55	14,75	205,74	47,06	86,21	45,52	92,60	13,98
1974	562,05	4,35	287,56	16,93	223,79	46,84	94,28	52,26	107,66	15,94
1975	585,85	4,55	291,31	18,59	227,39	45,33	98,43	57,26	116,87	17,43
1976	630,05	4,95	314,86	19,73	247,10	48,03	105,41	63,09	123,29	18,45
1977	674,41	5,43	336,73	21,00	266,54	49,19	112,51	68,45	131,58	19,71
1978	719,71	5,87	358,34	21,95	283,55	52,84	120,55	73,71	140,30	20,94
1979	775,64	6,43	386,78	23,93	304,09	58,76	128,65	80,65	150,58	22,55
1980	840,71	6,88	418,19	26,00	327,76	64,43	140,40	87,95	162,66	24,63
1981 } ⁵⁾	880,19	7,36	431,24	27,79	338,08	65,37	147,16	95,08	173,12	26,23
1982 } ⁵⁾	899,87	7,76	436,44	29,02	341,53	65,89	150,60	100,14	177,38	27,55
Anteil in vH										
1960	100	1,9	57,0	4,9	43,3	8,8	16,4	7,1	14,3	3,3
1961	100	1,7	57,5	4,6	43,7	9,2	15,9	7,3	14,5	3,1
1962	100	1,6	57,9	4,4	43,9	9,5	15,9	7,6	14,3	2,8
1963	100	1,5	56,6	4,2	42,8	9,7	16,4	7,9	14,8	2,8
1964	100	1,5	56,8	3,8	42,5	10,4	16,4	7,9	14,8	2,7
1965	100	1,4	56,7	3,8	42,8	10,1	16,3	7,9	15,1	2,6
1966	100	1,3	55,8	3,6	42,2	10,0	16,6	8,0	15,7	2,6
1967	100	1,2	53,6	3,5	40,9	9,2	17,0	8,7	16,7	2,8
1968	100	1,1	54,2	3,2	41,9	9,1	16,7	8,7	16,6	2,7
1969	100	1,0	54,6	3,1	42,8	8,7	16,4	8,6	16,7	2,7
1970	100	1,0	55,5	3,1	43,3	9,1	16,0	8,5	16,5	2,5
1971	100	0,9	53,9	3,1	41,6	9,2	16,5	8,7	17,4	2,6
1972	100	0,8	53,1	3,0	40,5	9,6	16,8	8,8	17,7	2,7
1973	100	0,8	52,5	2,9	40,4	9,2	16,9	8,9	18,2	2,7
1974	100	0,8	51,2	3,0	39,8	8,3	16,8	9,3	19,2	2,8
1975	100	0,8	49,7	3,2	38,8	7,7	16,8	9,8	19,9	3,0
1976	100	0,8	50,0	3,1	39,2	7,6	16,7	10,0	19,6	2,9
1977	100	0,8	49,9	3,1	39,5	7,3	16,7	10,1	19,5	2,9
1978	100	0,8	49,8	3,0	39,4	7,3	16,7	10,2	19,5	2,9
1979	100	0,8	49,9	3,1	39,2	7,6	16,6	10,4	19,4	2,9
1980	100	0,8	49,7	3,1	39,0	7,7	16,7	10,5	19,3	2,9
1981 } ⁵⁾	100	0,8	49,0	3,2	38,4	7,4	16,7	10,8	19,7	3,0
1982 } ⁵⁾	100	0,9	48,5	3,2	38,0	7,3	16,7	11,1	19,7	3,1

¹⁾ Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort der Arbeitnehmer).²⁾ Einschließlich Nachrichtenübermittlung.³⁾ Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.⁴⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.⁵⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 23*

Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto-		Netto-		Produktivität ²⁾		Lohn- kosten je Produkt- einheit ³⁾
			lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer ¹⁾						
	DM	1976 = 100	DM	1976 = 100	DM	1976 = 100	DM	1976 = 100	
1960	4 332	30,3	6 148	26,0	5 178	30,7	23 463	53,5	46,3
1961	4 641	32,5	6 775	28,7	5 661	33,6	24 319	55,4	49,2
1962	4 963	34,7	7 395	31,3	6 146	36,5	25 311	57,7	51,6
1963	5 189	36,3	7 850	33,2	6 494	38,6	26 037	59,4	53,2
1964	5 645	39,5	8 556	36,2	7 036	41,8	27 768	63,3	54,0
1965	6 115	42,8	9 336	39,5	7 736	45,9	29 143	66,4	56,3
1966	6 421	44,9	10 014	42,4	8 191	48,6	29 995	68,4	58,9
1967	6 422	44,9	10 349	43,8	8 428	50,0	30 977	70,6	58,9
1968	7 027	49,2	10 988	46,5	8 830	52,4	32 782	74,7	59,4
1969	7 707	53,9	12 003	50,8	9 495	56,4	34 688	79,1	61,4
1970	8 745	61,2	13 841	58,6	10 726	63,7	36 017	82,1	68,6
1971	9 598	67,2	15 403	65,2	11 732	69,7	36 907	84,2	74,8
1972	10 464	73,2	16 821	71,2	12 842	76,2	38 526	87,8	78,7
1973	11 648	81,5	18 711	79,2	13 826	82,1	39 998	91,2	85,0
1974	12 456	87,2	20 742	87,8	15 124	89,8	40 748	92,9	93,1
1975	12 988	90,9	22 063	93,4	16 133	95,8	41 227	94,0	98,6
1976	14 289	100	23 611	100	16 843	100	43 858	100	100
1977	15 244	106,7	25 226	106,8	17 802	105,7	45 272	103,2	103,3
1978	16 458	115,2	26 577	112,6	18 944	112,5	46 386	105,8	106,4
1979	17 714	124,0	28 077	118,9	20 097	119,3	47 686	108,7	109,6
1980	18 669	130,7	29 922	126,7	21 096	125,3	48 074	109,6	116,1
1981 } ⁴⁾	19 217	134,5	31 386	132,9	22 030	130,8	48 405	110,4	121,5
1982 }	19 863	139,0	32 691	138,5	22 663	134,6	48 816	111,3	125,7
1975 1. Hj.	6 106	85,5	10 513	89,0	7 873	93,5	19 750	90,1	98,2
2. Hj.	6 883	96,3	11 551	97,8	8 261	98,1	21 480	98,0	99,0
1976 1. Hj.	6 737	94,3	11 216	95,0	8 170	97,0	21 225	96,8	98,3
2. Hj.	7 553	105,7	12 386	104,9	8 669	102,9	22 626	103,2	101,5
1977 1. Hj.	7 208	100,9	12 024	101,9	8 613	102,3	21 950	100,1	101,7
2. Hj.	8 036	112,5	13 194	111,8	9 185	109,1	23 315	106,3	104,7
1978 1. Hj.	7 683	107,5	12 626	107,0	9 141	108,5	22 473	102,5	104,6
2. Hj.	8 775	122,8	13 938	118,1	9 797	116,3	23 903	109,0	108,1
1979 1. Hj.	8 315	116,4	13 283	112,5	9 635	114,4	23 131	105,5	107,1
2. Hj.	9 399	131,6	14 780	125,2	10 454	124,1	24 544	111,9	111,9
1980 1. Hj.	8 897	124,5	14 151	119,9	10 072	119,6	23 561	107,4	112,3
2. Hj.	9 771	136,8	15 762	133,5	11 019	130,8	24 509	111,8	119,7
1981 1. Hj.	9 045	126,6	14 807	125,4	10 503	124,7	23 456	107,0	118,5
2. Hj.	10 173	142,4	16 578	140,4	11 526	136,9	24 948	113,8	124,3
1982 1. Hj.	9 376	131,2	15 474	131,1	10 840	128,7	23 871	108,9	121,9
2. Hj.	10 487	146,8	17 216	145,8	11 823	140,4	24 945	113,8	129,4
1983 1. Hj.	15 972	135,3	11 099	131,8	24 340	111,0	123,7

1) Arbeitnehmer, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).

2) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept, nach dem Beschäftigungsort).

3) Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;

berechnet als
$$\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$$

4) Vorläufige Ergebnisse.

Produktivität¹⁾ und Lohnkosten²⁾ nach Wirtschaftsbereichen

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ³⁾	Dienstleistungsunternehmen ⁴⁾	Staat	Private Haushalte ⁵⁾
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeiten des Gewerbe	Baugewerbe				
Produktivität ¹⁾ (DM)										
1960	22 042	7 423	21 742	36 921	20 400	22 484	19 180	47 771	32 083	21 662
1961	22 834	7 011	22 520	38 421	21 204	23 232	20 096	49 767	32 123	22 164
1962	23 741	7 862	23 285	40 817	22 088	23 138	21 049	50 622	32 261	23 027
1963	24 413	8 562	23 837	43 970	22 761	22 678	21 571	51 066	32 385	23 279
1964	26 005	8 748	25 925	46 055	24 840	24 928	23 064	52 954	32 122	23 752
1965	27 265	8 654	27 240	46 062	26 364	25 884	24 584	54 747	32 534	24 446
1966	28 079	9 384	28 049	48 408	27 039	26 929	25 081	55 506	33 219	24 977
1967	29 013	10 807	29 012	50 172	27 975	27 879	25 496	56 633	33 288	25 205
1968	30 749	12 013	31 229	55 612	30 751	27 374	27 168	57 860	33 978	25 684
1969	32 560	12 267	33 279	60 872	33 062	27 757	29 627	60 135	34 306	26 169
1970	33 712	13 373	34 323	65 082	33 933	28 715	30 932	61 169	34 909	26 775
1971	34 399	13 946	35 045	65 109	34 565	30 068	31 095	62 340	34 953	27 029
1972	35 875	14 415	37 035	68 889	36 464	32 208	31 713	65 661	34 919	27 250
1973	37 345	16 128	38 919	76 660	38 555	32 169	32 568	67 048	35 376	27 446
1974	38 206	17 617	39 841	80 522	39 421	32 031	33 120	68 092	35 694	27 626
1975	38 520	17 462	40 071	75 875	39 629	32 844	33 356	69 022	35 861	27 764
1976	40 991	18 157	43 868	83 846	43 713	34 301	35 867	71 050	35 673	27 914
1977	42 310	20 346	44 982	85 833	44 763	35 376	37 637	73 739	35 858	28 036
1978	43 345	21 667	45 656	91 573	45 333	35 568	39 173	76 758	36 116	28 121
1979	44 586	21 738	47 391	97 948	47 258	35 749	40 631	77 863	36 298	28 192
1980	44 935	22 660	47 344	95 848	47 260	36 070	41 171	78 387	36 572	28 317
1981 } ⁶⁾	45 233	24 384	47 351	92 711	47 576	35 054	41 569	79 013	36 827	28 437
1982 } ⁶⁾	45 711	27 007	47 808	92 397	48 036	35 119	41 530	80 627	36 699	28 491
Lohnkosten je Produkteinheit ²⁾ (1976 = 100)										
1960	46,1	61,2	48,9	54,7	51,5	37,1	46,2	38,0	31,9	31,4
1961	49,0	70,6	52,2	57,9	54,5	41,2	47,8	41,1	34,4	33,6
1962	51,4	71,4	55,5	59,5	57,7	45,1	49,6	44,7	35,5	35,3
1963	53,0	70,1	56,8	59,0	58,8	47,6	52,9	47,3	37,7	37,2
1964	53,9	74,1	56,8	57,5	58,4	49,5	54,0	48,5	39,9	39,0
1965	56,2	81,8	59,0	64,1	60,2	50,8	56,0	50,3	43,4	42,4
1966	58,8	81,4	61,3	63,9	62,9	52,8	59,6	52,8	46,1	45,2
1967	58,7	72,4	60,6	64,3	62,3	51,3	61,2	54,7	47,5	46,3
1968	59,1	67,4	60,7	61,4	61,8	54,2	60,7	55,9	49,2	48,2
1969	61,2	71,2	62,3	61,8	63,1	57,3	60,7	58,3	54,1	52,7
1970	68,5	74,2	71,2	67,8	71,8	68,0	66,4	65,6	59,9	57,3
1971	75,0	79,3	77,0	76,3	77,3	73,8	73,8	72,0	68,6	65,5
1972	79,0	83,4	80,6	78,8	80,4	79,7	79,5	75,0	73,5	71,2
1973	85,1	82,4	85,7	80,7	85,4	86,7	86,9	82,3	81,8	80,1
1974	92,8	86,7	93,1	87,8	93,2	94,0	94,6	90,8	90,8	88,8
1975	98,6	93,9	99,5	102,7	99,5	97,9	100,0	96,3	95,8	95,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,3	96,2	104,6	104,6	105,3	100,9	100,7	102,5	105,4	105,8
1978	106,4	95,2	109,2	104,1	110,4	105,7	102,8	103,9	109,1	109,5
1979	109,5	100,9	112,2	105,9	113,0	111,4	104,7	108,3	113,4	113,9
1980	116,1	103,6	120,5	116,7	121,2	118,9	111,1	113,3	119,8	119,7
1981 } ⁶⁾	121,5	101,3	127,2	126,9	127,3	127,3	115,8	119,2	124,5	125,4
1982 } ⁶⁾	125,5	96,4	132,6	132,9	132,3	135,4	121,6	122,9	127,2	128,9

1) Bruttowertschöpfung in Preisen von 1976 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

2) Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;

berechnet als $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttowertschöpfung in Preisen von 1976 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$

3) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

4) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.

5) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

6) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 25*

Verwendung des

a) Mrd

Zeitraum	Brutto- sozial- produkt	Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats- ver- änderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außen- beitrag ²⁾
				ins- gesamt	Aus- rüstungen	Bauten				
in jeweiligen Preisen										
1960	303,00	171,84	40,45	73,58	27,14	46,44	+ 9,20	60,68	52,75	+ 7,93
1961	331,40	188,33	45,78	83,46	31,32	52,14	+ 6,70	63,20	56,07	+ 7,13
1962	360,50	204,79	52,83	92,88	34,98	57,90	+ 5,70	66,26	61,96	+ 4,30
1963	382,10	216,79	59,39	97,71	35,64	62,07	+ 2,60	72,03	66,42	+ 5,61
1964	419,60	233,50	62,10	111,70	39,21	72,49	+ 6,40	79,86	73,96	+ 5,90
1965	458,20	257,62	69,65	119,90	43,35	76,55	+10,70	87,19	86,86	+ 0,33
1966	487,40	275,06	75,45	124,17	43,98	80,19	+ 5,30	98,42	91,00	+ 7,42
1967	493,70	282,63	80,05	114,18	41,07	73,11	- 0,50	106,41	89,07	+17,34
1968	533,70	300,74	82,73	119,39	43,14	76,25	+11,10	120,21	100,47	+19,74
1969	597,80	330,90	93,12	138,90	53,59	85,31	+17,30	137,34	119,76	+17,58
1970	675,70	368,85	106,47	172,05	65,88	106,17	+14,20	152,93	138,80	+14,13
1971	751,80	409,44	126,82	196,11	72,66	123,45	+ 4,50	169,75	154,82	+14,93
1972	825,10	452,10	141,13	209,17	72,74	136,43	+ 4,80	185,13	167,23	+17,90
1973	918,90	495,36	163,16	219,26	75,27	143,99	+12,50	217,06	188,44	+28,62
1974	985,60	533,74	190,21	212,71	72,36	140,35	+ 5,00	278,98	235,04	+43,94
1975	1028,90	585,54	210,53	209,41	78,05	131,36	- 6,50	273,43	243,51	+29,92
1976	1123,00	633,50	222,27	226,04	86,32	139,72	+12,20	312,60	283,61	+28,99
1977	1196,30	680,94	234,67	243,01	95,69	147,32	+ 8,90	329,76	300,98	+28,78
1978	1290,00	725,34	252,54	266,79	106,37	160,42	+ 7,90	349,72	312,29	+37,43
1979	1395,30	779,25	273,50	304,82	119,66	185,16	+26,60	383,14	372,01	+11,13
1980	1485,70	834,03	297,90	337,98	127,87	210,11	+18,90	430,61	433,72	- 3,11
1981 } ³⁾	1542,90	873,61	318,16	338,22	128,65	209,57	- 0,10	495,85	482,84	+13,01
1982 }	1597,70	899,38	325,27	327,89	125,24	202,65	+ 7,20	535,60	497,64	+37,96
1975 1. Hj.	487,40	277,05	96,42	97,74	35,51	62,23	- 0,10	132,28	115,99	+16,29
2. Hj.	541,50	308,49	114,11	111,67	42,54	69,13	- 6,40	141,15	127,52	+13,63
1976 1. Hj.	533,30	302,79	103,08	105,42	40,70	64,72	+ 7,40	149,72	135,11	+14,61
2. Hj.	589,70	330,71	119,19	120,62	45,62	75,00	+ 4,80	162,88	148,50	+14,38
1977 1. Hj.	569,20	324,33	108,06	113,69	43,91	69,78	+ 8,90	160,56	146,34	+14,22
2. Hj.	627,10	356,61	126,61	129,32	51,78	77,54	-	169,20	154,64	+14,56
1978 1. Hj.	610,00	348,46	116,13	121,54	48,21	73,33	+ 4,90	169,49	150,52	+18,97
2. Hj.	680,00	376,88	136,41	145,25	58,16	87,09	+ 3,00	180,23	161,77	+18,46
1979 1. Hj.	657,90	374,51	125,82	135,99	54,53	81,46	+11,80	183,25	173,47	+ 9,78
2. Hj.	737,40	404,74	147,68	168,83	65,13	103,70	+14,80	199,89	198,54	+ 1,35
1980 1. Hj.	710,40	400,43	137,48	157,20	58,83	98,37	+14,70	214,23	213,64	+ 0,59
2. Hj.	775,30	433,60	160,42	180,78	69,04	111,74	+ 4,20	216,38	220,08	- 3,70
1981 1. Hj.	730,90	418,76	148,60	157,99	60,22	97,77	+ 7,00	231,46	232,91	- 1,45
2. Hj.	812,00	454,85	169,56	180,23	68,43	111,80	- 7,10	264,39	249,93	+14,46
1982 1. Hj.	761,70	434,84	152,53	151,34	58,26	93,08	+ 7,90	265,36	250,27	+15,09
2. Hj.	836,00	464,54	172,74	176,55	66,98	109,57	- 0,70	270,24	247,37	+22,87
1983 1. Hj.	788,80	449,97	154,81	155,81	62,13	93,68	+ 7,70	262,85	242,34	+20,51

1) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

2) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Sozialprodukts

DM

Brutto- sozial- produkt	Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats- ver- änderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außen- beitrag ²⁾	Zeitraum
			ins- gesamt	Aus- rüstungen	Bauten					
in Preisen von 1976										
613,40	318,67	114,17	148,40	45,71	102,69	+13,30	104,58	85,72	+18,86	1960
643,10	337,67	121,28	158,55	51,08	107,47	+10,70	108,18	93,28	+14,90	1961
671,70	356,13	132,74	165,13	55,05	110,08	+ 8,10	112,43	102,83	+ 9,60	1962
692,50	366,07	140,78	167,33	55,27	112,06	+ 5,20	120,77	107,65	+13,12	1963
738,50	385,34	143,15	186,08	59,57	126,51	+11,30	130,29	117,66	+12,63	1964
778,70	411,82	150,20	195,01	64,07	130,94	+17,60	138,39	134,32	+ 4,07	1965
799,30	424,42	154,91	197,26	63,09	134,17	+ 8,50	152,17	137,96	+14,21	1966
798,90	429,10	160,50	183,63	57,92	125,71	- 1,40	163,86	136,79	+27,07	1967
847,90	449,39	161,20	190,35	62,01	128,34	+15,50	184,96	153,50	+31,46	1968
911,60	484,30	168,36	210,45	75,69	134,76	+24,30	202,73	178,54	+24,19	1969
957,50	521,09	175,82	231,28	88,31	142,97	+20,10	215,93	206,72	+ 9,21	1970
988,10	548,31	184,90	245,55	92,91	152,64	+ 6,00	229,35	226,01	+ 3,34	1971
1029,00	573,30	192,68	251,76	91,15	160,61	+ 6,50	244,36	239,60	+ 4,76	1972
1075,90	587,09	202,30	251,23	90,96	160,27	+15,50	269,17	249,39	+19,78	1973
1080,80	589,68	210,57	227,18	81,12	146,06	+ 5,00	301,37	253,00	+48,37	1974
1063,90	610,15	218,83	216,09	81,03	135,06	- 7,50	283,02	256,69	+26,33	1975
1123,00	633,50	222,27	226,04	86,32	139,72	+12,20	312,60	283,61	+28,99	1976
1154,10	657,21	224,38	234,72	93,27	141,45	+ 9,10	323,45	294,76	+28,69	1977
1194,00	681,00	233,20	246,15	101,00	145,15	+ 7,10	336,94	310,39	+26,55	1978
1241,60	702,39	241,38	264,01	110,67	153,34	+22,40	353,41	341,99	+11,42	1979
1265,50	712,42	247,61	272,41	113,45	158,96	+15,30	372,96	355,20	+17,76	1980
1261,10	703,86	251,44	261,06	109,44	151,62	- 0,40	405,25	360,11	+45,14	1981
1246,60	688,35	248,65	246,96	102,17	144,79	+ 5,40	420,07	362,83	+57,24	1982
509,80	292,03	105,06	101,35	37,26	64,09	- 2,30	137,62	123,96	+13,66	1975 1. Hj.
554,10	318,12	113,77	114,74	43,77	70,97	- 5,20	145,40	132,73	+12,67	2. Hj.
540,70	304,51	108,13	106,16	40,77	65,39	+ 7,40	151,09	136,59	+14,50	1976 1. Hj.
582,30	328,99	114,14	119,88	45,55	74,33	+ 4,80	161,51	147,02	+14,49	2. Hj.
557,00	314,72	108,40	110,65	42,94	67,71	+ 7,80	158,00	142,57	+15,43	1977 1. Hj.
597,10	342,49	115,98	124,07	50,33	73,74	+ 1,30	165,45	152,19	+13,26	2. Hj.
573,90	328,18	113,13	113,54	46,03	67,51	+ 4,60	164,50	150,05	+14,45	1978 1. Hj.
620,10	352,82	120,07	132,61	54,97	77,64	+ 2,50	172,44	160,34	+12,10	2. Hj.
596,90	341,83	117,57	120,18	50,84	69,34	+10,90	172,04	165,62	+ 6,42	1979 1. Hj.
644,70	360,56	123,81	143,83	59,83	84,00	+11,50	181,37	176,37	+ 5,00	2. Hj.
616,70	345,85	120,98	128,30	52,71	75,59	+11,00	187,54	176,97	+10,57	1980 1. Hj.
648,80	366,57	126,63	144,11	60,74	83,37	+ 4,30	185,42	178,23	+ 7,19	2. Hj.
610,20	342,42	124,11	123,06	51,83	71,23	+ 6,20	192,18	177,77	+14,41	1981 1. Hj.
650,90	361,44	127,33	138,00	57,61	80,39	- 6,60	213,07	182,34	+30,73	2. Hj.
607,80	336,68	123,37	114,38	47,94	66,44	+ 7,20	209,75	183,58	+26,17	1982 1. Hj.
638,80	351,67	125,28	132,58	54,23	78,35	- 1,80	210,32	179,25	+31,07	2. Hj.
608,70	337,31	122,01	116,60	49,89	66,71	+ 7,40	204,68	179,30	+25,38	1983 1. Hj.

3) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 25*

Verwendung des
b) Anteil

Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außenbeitrag ²⁾
			insgesamt	Ausrüstungen	Bauten				
in jeweiligen Preisen									
1960	56,7	13,3	24,3	9,0	15,3	+3,0	20,0	17,4	+2,6
1961	56,8	13,8	25,2	9,5	15,7	+2,0	19,1	16,9	+2,2
1962	56,8	14,7	25,8	9,7	16,1	+1,6	18,4	17,2	+1,2
1963	56,7	15,5	25,6	9,3	16,2	+0,7	18,9	17,4	+1,5
1964	55,6	14,8	26,6	9,3	17,3	+1,5	19,0	17,6	+1,4
1965	56,2	15,2	26,2	9,5	16,7	+2,3	19,0	19,0	+0,1
1966	56,4	15,5	25,5	9,0	16,5	+1,1	20,2	18,7	+1,5
1967	57,2	16,2	23,1	8,3	14,8	-0,1	21,6	18,0	+3,5
1968	56,3	15,5	22,4	8,1	14,3	+2,1	22,5	18,8	+3,7
1969	55,4	15,6	23,2	9,0	14,3	+2,9	23,0	20,0	+2,9
1970	54,6	15,8	25,5	9,7	15,7	+2,1	22,6	20,5	+2,1
1971	54,5	16,9	26,1	9,7	16,4	+0,6	22,6	20,6	+2,0
1972	54,8	17,1	25,4	8,8	16,5	+0,6	22,4	20,3	+2,2
1973	53,9	17,8	23,9	8,2	15,7	+1,4	23,6	20,5	+3,1
1974	54,2	19,3	21,6	7,3	14,2	+0,5	28,3	23,8	+4,5
1975	56,9	20,5	20,4	7,6	12,8	-0,6	26,6	23,7	+2,9
1976	56,4	19,8	20,1	7,7	12,4	+1,1	27,8	25,3	+2,6
1977	56,9	19,6	20,3	8,0	12,3	+0,7	27,6	25,2	+2,4
1978	56,2	19,6	20,7	8,2	12,4	+0,6	27,1	24,2	+2,9
1979	55,8	19,6	21,8	8,6	13,3	+1,9	27,5	26,7	+0,8
1980	56,1	20,1	22,7	8,6	14,1	+1,3	29,0	29,2	-0,2
1981 } ³⁾	56,6	20,6	21,9	8,3	13,6	-0,0	32,1	31,3	+0,8
1982 } ³⁾	56,3	20,4	20,5	7,8	12,7	+0,5	33,5	31,1	+2,4
1975 1. Hj.	56,8	19,8	20,1	7,3	12,8	-0,0	27,1	23,8	+3,3
2. Hj.	57,0	21,1	20,6	7,9	12,8	-1,2	26,1	23,5	+2,5
1976 1. Hj.	56,8	19,3	19,8	7,6	12,1	+1,4	28,1	25,3	+2,7
2. Hj.	56,1	20,2	20,5	7,7	12,7	+0,8	27,6	25,2	+2,4
1977 1. Hj.	57,0	19,0	20,0	7,7	12,3	+1,6	28,2	25,7	+2,5
2. Hj.	56,9	20,2	20,6	8,3	12,4	-	27,0	24,7	+2,3
1978 1. Hj.	57,1	19,0	19,9	7,9	12,0	+0,8	27,8	24,7	+3,1
2. Hj.	55,4	20,1	21,4	8,6	12,8	+0,4	26,5	23,8	+2,7
1979 1. Hj.	56,9	19,1	20,7	8,3	12,4	+1,8	27,9	26,4	+1,5
2. Hj.	54,9	20,0	22,9	8,8	14,1	+2,0	27,1	26,9	+0,2
1980 1. Hj.	56,4	19,4	22,1	8,3	13,8	+2,1	30,2	30,1	+0,1
2. Hj.	55,9	20,7	23,3	8,9	14,4	+0,5	27,9	28,4	-0,5
1981 1. Hj.	57,3	20,3	21,6	8,2	13,4	+1,0	31,7	31,9	-0,2
2. Hj.	56,0	20,9	22,2	8,4	13,8	-0,9	32,6	30,8	+1,8
1982 1. Hj. } ³⁾	57,1	20,0	19,9	7,6	12,2	+1,0	34,8	32,9	+2,0
2. Hj. }	55,6	20,7	21,1	8,0	13,1	-0,1	32,3	29,6	+2,7
1983 1. Hj. }	57,0	19,6	19,8	7,9	11,9	+1,0	33,3	30,7	+2,6

¹⁾ Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.²⁾ Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Sozialprodukts
 in vH

Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außenbeitrag ²⁾	Zeitraum
		insgesamt	Ausrüstungen	Bauten					
in Preisen von 1976									
52,0	18,6	24,2	7,5	16,7	+2,2	17,0	14,0	+3,1	1960
52,5	18,9	24,7	7,9	16,7	+1,7	16,8	14,5	+2,3	1961
53,0	19,8	24,6	8,2	16,4	+1,2	16,7	15,3	+1,4	1962
52,9	20,3	24,2	8,0	16,2	+0,8	17,4	15,5	+1,9	1963
52,2	19,4	25,2	8,1	17,1	+1,5	17,6	15,9	+1,7	1964
52,9	19,3	25,0	8,2	16,8	+2,3	17,8	17,2	+0,5	1965
53,1	19,4	24,7	7,9	16,8	+1,1	19,0	17,3	+1,8	1966
53,7	20,1	23,0	7,2	15,7	-0,2	20,5	17,1	+3,4	1967
53,0	19,0	22,4	7,3	15,1	+1,8	21,8	18,1	+3,7	1968
53,1	18,5	23,1	8,3	14,8	+2,7	22,2	19,6	+2,7	1969
54,4	18,4	24,2	9,2	14,9	+2,1	22,6	21,6	+1,0	1970
55,5	18,7	24,9	9,4	15,4	+0,8	23,2	22,9	+0,3	1971
55,7	18,7	24,5	8,9	15,6	+0,6	23,7	23,3	+0,5	1972
54,6	18,8	23,4	8,5	14,9	+1,4	25,0	23,2	+1,8	1973
54,6	19,5	21,0	7,5	13,5	+0,5	27,9	23,4	+4,5	1974
57,4	20,6	20,3	7,6	12,7	-0,7	26,6	24,1	+2,5	1975
56,4	19,8	20,1	7,7	12,4	+1,1	27,8	25,3	+2,6	1976
56,9	19,4	20,3	8,1	12,3	+0,8	28,0	25,5	+2,5	1977
57,0	19,5	20,6	8,5	12,2	+0,6	28,2	26,0	+2,2	1978
56,6	19,4	21,3	8,9	12,4	+1,8	28,5	27,5	+0,9	1979
56,3	19,6	21,5	9,0	12,6	+1,2	29,5	28,1	+1,4	1980
55,8	19,9	20,7	8,7	12,0	-0,0	32,1	28,6	+3,6	1981
55,2	19,9	19,8	8,2	11,6	+0,4	33,7	29,1	+4,6	1982
									} ³⁾
57,3	20,6	19,9	7,3	12,6	-0,5	27,0	24,3	+2,7	1975 1. Hj.
57,4	20,5	20,7	7,9	12,8	-0,9	26,2	24,0	+2,3	2. Hj.
56,3	20,0	19,6	7,5	12,1	+1,4	27,9	25,3	+2,7	1976 1. Hj.
56,5	19,6	20,6	7,8	12,8	+0,8	27,7	25,2	+2,5	2. Hj.
56,5	19,5	19,9	7,7	12,2	+1,4	28,4	25,6	+2,8	1977 1. Hj.
57,4	19,4	20,8	8,4	12,3	+0,2	27,7	25,5	+2,2	2. Hj.
57,2	19,7	19,8	8,0	11,8	+0,8	28,7	26,1	+2,5	1978 1. Hj.
56,9	19,4	21,4	8,9	12,5	+0,4	27,8	25,9	+2,0	2. Hj.
57,3	19,7	20,1	8,5	11,6	+1,8	28,8	27,7	+1,1	1979 1. Hj.
55,9	19,2	22,3	9,3	13,0	+1,8	28,1	27,4	+0,8	2. Hj.
56,1	19,6	20,8	8,5	12,3	+1,8	30,4	28,7	+1,7	1980 1. Hj.
56,5	19,5	22,2	9,4	12,8	+0,7	28,6	27,5	+1,1	2. Hj.
56,1	20,3	20,2	8,5	11,7	+1,0	31,5	29,1	+2,4	1981 1. Hj.
55,5	19,6	21,2	8,9	12,4	-1,0	32,7	28,0	+4,7	2. Hj.
55,4	20,3	18,8	7,9	10,9	+1,2	34,5	30,2	+4,3	1982 1. Hj.
55,1	19,6	20,8	8,5	12,3	-0,3	32,9	28,1	+4,9	2. Hj.
55,4	20,0	19,2	8,2	11,0	+1,2	33,6	29,5	+4,2	1983 1. Hj.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 26*

**Vierteljahresergebnisse der
Verwendung des
Mrd**

Zeitraum	Brutto- sozial- produkt	Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats- ver- änderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außen- beitrag ²⁾
				ins- gesamt	Aus- rüstungen	Bauten				
in jeweiligen Preisen										
1972 1. Vj.	189,00	102,95	32,63	44,23	16,63	27,60	+ 5,20	42,44	38,45	+ 3,99
2. Vj.	199,70	109,78	33,48	54,58	18,50	36,08	- 1,70	45,15	41,59	+ 3,56
3. Vj.	211,60	113,02	33,77	53,19	17,23	35,96	+ 8,90	45,23	42,51	+ 2,72
4. Vj.	224,80	126,35	41,25	57,17	20,38	36,79	- 7,60	52,31	44,68	+ 7,63
1973 1. Vj.	213,10	114,16	36,95	48,33	17,45	30,88	+ 7,90	49,69	43,93	+ 5,76
2. Vj.	222,50	122,56	37,73	57,95	19,19	38,76	- 2,80	53,10	46,04	+ 7,06
3. Vj.	234,30	122,65	38,42	55,43	17,45	37,98	+ 11,10	54,24	47,54	+ 6,70
4. Vj.	249,00	135,99	50,06	57,55	21,18	36,37	- 3,70	60,03	50,93	+ 9,10
1974 1. Vj.	227,80	121,83	41,74	47,31	15,79	31,52	+ 5,20	64,78	53,06	+ 11,72
2. Vj.	240,00	131,37	44,38	55,14	18,01	37,13	- 0,60	68,83	59,12	+ 9,71
3. Vj.	252,80	133,81	45,33	53,89	17,67	36,22	+ 12,50	71,44	64,17	+ 7,27
4. Vj.	265,00	146,73	58,76	56,37	20,89	35,48	- 12,10	73,93	58,69	+ 15,24
1975 1. Vj.	235,90	132,20	45,85	44,52	16,15	28,37	+ 3,60	64,68	54,95	+ 9,73
2. Vj.	251,50	144,85	50,57	53,22	19,36	33,86	- 3,70	67,60	61,04	+ 6,56
3. Vj.	261,00	146,65	50,59	52,96	18,52	34,44	+ 6,70	67,07	62,97	+ 4,10
4. Vj.	280,50	161,84	63,52	58,71	24,02	34,69	- 13,10	74,08	64,55	+ 9,53
1976 1. Vj.	257,80	146,37	50,10	46,27	18,65	27,62	+ 7,30	72,81	65,05	+ 7,76
2. Vj.	275,50	156,42	52,98	59,15	22,05	37,10	+ 0,10	76,91	70,06	+ 6,85
3. Vj.	283,60	156,85	52,62	56,93	19,63	37,30	+ 12,90	78,66	74,36	+ 4,30
4. Vj.	306,10	173,86	66,57	63,69	25,99	37,70	- 8,10	84,22	74,14	+ 10,08
1977 1. Vj.	278,00	156,21	52,21	51,74	20,32	31,42	+ 10,60	78,70	71,46	+ 7,24
2. Vj.	291,20	168,12	55,85	61,95	23,59	38,36	- 1,70	81,86	74,88	+ 6,98
3. Vj.	300,30	170,06	55,92	61,43	22,97	38,46	+ 11,80	80,67	79,58	+ 1,09
4. Vj.	326,80	186,55	70,69	67,89	28,81	39,08	- 11,80	88,53	75,06	+ 13,47
1978 1. Vj.	296,00	168,39	56,64	53,57	22,22	31,35	+ 7,50	82,93	73,03	+ 9,90
2. Vj.	314,00	180,07	59,49	67,97	25,99	41,98	- 2,60	86,56	77,49	+ 9,07
3. Vj.	327,00	180,85	60,33	68,76	26,15	42,61	+ 11,50	86,78	81,22	+ 5,56
4. Vj.	353,00	196,03	76,08	76,49	32,01	44,48	- 8,50	93,45	80,55	+ 12,90
1979 1. Vj.	318,00	179,86	61,03	57,76	25,41	32,35	+ 11,90	89,80	82,35	+ 7,45
2. Vj.	339,90	194,65	64,79	78,23	29,12	49,11	- 0,10	93,45	91,12	+ 2,33
3. Vj.	355,00	192,52	66,12	79,69	29,30	50,39	+ 19,60	96,57	99,50	- 2,93
4. Vj.	382,40	212,22	81,56	89,14	35,83	53,31	- 4,80	103,32	99,04	+ 4,28
1980 1. Vj.	347,90	196,54	66,13	71,30	27,88	43,42	+ 13,10	107,25	106,42	+ 0,83
2. Vj.	362,50	203,89	71,35	85,90	30,95	54,95	+ 1,60	106,98	107,22	- 0,24
3. Vj.	377,10	207,88	72,33	87,41	31,20	56,21	+ 15,10	105,09	110,71	- 5,62
4. Vj.	398,20	225,72	88,09	93,37	37,84	55,53	- 10,90	111,29	109,37	+ 1,92
1981 1. Vj.	356,40	204,58	74,12	69,78	28,96	40,82	+ 10,80	112,58	115,46	- 2,88
2. Vj.	374,50	214,18	74,48	88,21	31,26	56,95	- 3,80	118,88	117,45	+ 1,43
3. Vj.	393,30	218,06	76,62	89,02	31,43	57,59	+ 11,90	125,95	128,25	- 2,30
4. Vj.	418,70	236,79	92,94	91,21	37,00	54,21	- 19,00	138,44	121,68	+ 16,76
1982 1. Vj.	372,00	213,57	76,47	67,25	28,04	39,21	+ 8,70	131,93	125,92	+ 6,01
2. Vj.	389,70	221,27	76,06	84,09	30,22	53,87	- 0,80	133,43	124,35	+ 9,08
3. Vj.	405,70	222,56	77,69	84,81	30,05	54,76	+ 17,50	129,89	126,75	+ 3,14
4. Vj.	430,30	241,98	95,05	91,74	36,93	54,81	- 18,20	140,35	120,62	+ 19,73
1983 1. Vj.	385,20	220,83	77,35	68,19	28,94	39,25	+ 8,00	131,29	120,46	+ 10,83
2. Vj.	403,60	229,14	77,46	87,62	33,19	54,43	- 0,30	131,56	121,88	+ 9,68

¹⁾ Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.²⁾ Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 26*

Sozialproduktberechnung

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ¹⁾	Außen-beitrag ²⁾	Zeitraum
			ins-gesamt	Aus-rüstungen	Bauten					
in Preisen von 1976										
240,70	132,90	46,29	54,37	21,05	33,32	+ 6,70	56,77	56,33	+ 0,44	1972 1. Vj.
250,00	140,74	47,39	65,56	23,27	42,29	- 3,80	59,98	59,87	+ 0,11	2. Vj.
268,90	142,72	47,21	63,50	21,53	41,97	+ 16,60	59,78	60,91	- 1,13	3. Vj.
269,40	156,94	51,79	68,33	25,30	43,03	- 13,00	67,83	62,49	+ 5,34	4. Vj.
256,20	138,36	48,33	56,95	21,40	35,55	+ 9,00	63,36	59,80	+ 3,56	1973 1. Vj.
261,80	146,46	49,20	66,09	23,33	42,76	- 5,10	66,26	61,11	+ 5,15	2. Vj.
280,30	144,75	49,54	62,86	21,12	41,74	+ 19,20	66,92	62,97	+ 3,95	3. Vj.
277,60	157,52	55,23	65,33	25,11	40,22	- 7,60	72,63	65,51	+ 7,12	4. Vj.
260,30	137,09	49,64	52,26	18,32	33,94	+ 6,50	74,25	59,44	+ 14,81	1974 1. Vj.
264,90	146,26	51,33	58,68	20,39	38,29	- 2,90	74,79	63,26	+ 11,53	2. Vj.
281,50	147,11	52,21	56,85	19,61	37,24	+ 18,70	75,53	68,90	+ 6,63	3. Vj.
274,10	159,22	57,39	59,39	22,80	36,59	- 17,30	76,80	61,40	+ 15,40	4. Vj.
250,90	140,38	51,27	46,60	17,16	29,44	+ 3,90	67,48	58,73	+ 8,75	1975 1. Vj.
258,90	151,65	53,79	54,75	20,10	34,65	- 6,20	70,14	65,23	+ 4,91	2. Vj.
274,90	152,01	54,78	54,43	19,13	35,30	+ 10,70	69,47	66,49	+ 2,98	3. Vj.
279,20	166,11	58,99	60,31	24,64	35,67	- 15,90	75,93	66,24	+ 9,69	4. Vj.
265,50	148,05	53,71	47,17	18,88	28,29	+ 8,80	74,02	66,25	+ 7,77	1976 1. Vj.
275,20	156,46	54,42	58,99	21,89	37,10	- 1,40	77,07	70,34	+ 6,73	2. Vj.
288,80	156,66	54,62	56,69	19,65	37,04	+ 16,30	78,16	73,63	+ 4,53	3. Vj.
293,50	172,33	59,52	63,19	25,90	37,29	- 11,50	83,35	73,39	+ 9,96	4. Vj.
275,90	152,48	53,81	50,94	19,99	30,95	+ 10,90	77,91	70,14	+ 7,77	1977 1. Vj.
281,10	162,24	54,59	59,71	22,95	36,76	- 3,10	80,09	72,43	+ 7,66	2. Vj.
295,00	163,67	55,18	59,01	22,37	36,64	+ 16,30	79,08	78,24	+ 0,84	3. Vj.
302,10	178,82	60,80	65,06	27,96	37,10	- 15,00	86,37	73,95	+ 12,42	4. Vj.
282,10	159,31	56,17	50,53	21,30	29,23	+ 7,80	80,96	72,67	+ 8,29	1978 1. Vj.
291,80	168,87	56,96	63,01	24,73	38,28	- 3,20	83,54	77,38	+ 6,16	2. Vj.
306,90	169,59	57,09	62,85	24,75	38,10	+ 14,30	83,28	80,21	+ 3,07	3. Vj.
313,20	183,23	62,98	69,76	30,22	39,54	- 11,80	89,16	80,13	+ 9,03	4. Vj.
292,20	165,30	57,98	52,15	23,82	28,33	+ 11,90	85,31	80,44	+ 4,87	1979 1. Vj.
304,70	176,53	59,59	68,03	27,02	41,01	- 1,00	86,73	85,18	+ 1,55	2. Vj.
318,00	172,23	59,26	68,00	27,01	40,99	+ 19,30	88,18	88,97	- 0,79	3. Vj.
326,70	188,33	64,55	75,83	32,82	43,01	- 7,80	93,19	87,40	+ 5,79	4. Vj.
308,20	171,22	59,69	59,45	25,23	34,22	+ 12,20	94,76	89,12	+ 5,64	1980 1. Vj.
308,50	174,63	61,29	68,85	27,48	41,37	- 1,20	92,78	87,85	+ 4,93	2. Vj.
322,30	176,31	61,05	69,46	27,52	41,94	+ 15,40	90,63	90,55	+ 0,08	3. Vj.
326,50	190,26	65,58	74,65	33,22	41,43	- 11,10	94,79	87,68	+ 7,11	4. Vj.
303,30	168,63	62,80	55,34	25,15	30,19	+ 11,30	94,58	89,35	+ 5,23	1981 1. Vj.
306,90	173,79	61,31	67,72	26,68	41,04	- 5,10	97,60	88,42	+ 9,18	2. Vj.
322,80	174,24	61,44	68,07	26,73	41,34	+ 10,80	101,81	93,56	+ 8,25	3. Vj.
328,10	187,20	65,89	69,93	30,88	39,05	- 17,40	111,26	88,78	+ 22,48	4. Vj.
301,40	166,36	61,99	51,35	23,29	28,06	+ 9,00	105,10	92,40	+ 12,70	1982 1. Vj. ³⁾
306,40	170,32	61,38	63,03	24,65	38,38	- 1,80	104,65	91,18	+ 13,47	2. Vj.
317,10	169,06	60,25	63,51	24,48	39,03	+ 15,20	101,59	92,51	+ 9,08	3. Vj.
321,70	182,61	65,03	69,07	29,75	39,32	- 17,00	108,73	86,74	+ 21,99	4. Vj.
300,10	165,87	60,81	51,43	23,37	28,06	+ 8,10	102,33	88,44	+ 13,89	1983 1. Vj.
308,60	171,44	61,20	65,17	26,52	38,65	- 0,70	102,35	90,86	+ 11,49	2. Vj.

³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 27*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Zeitraum	Ins- gesamt	Ausrüstungen			Bauten			Vorrats- ver- änderung	
		zusammen	Unter- nehmen ¹⁾ ²)	Staat ²⁾	zusammen	Unternehmen ¹⁾			Staat ³⁾
						zusam- men ³⁾	dar.: Wohn- bauten ³⁾		
in jeweiligen Preisen									
1960	82,78	27,14	26,23	0,91	46,44	37,63	21,62	8,81	+ 9,20
1961	90,16	31,32	30,29	1,03	52,14	41,73	23,93	10,41	+ 6,70
1962	98,58	34,98	33,76	1,22	57,90	44,84	26,12	13,06	+ 5,70
1963	100,31	35,64	34,24	1,40	62,07	46,36	27,44	15,71	+ 2,60
1964	118,10	39,21	37,74	1,47	72,49	53,08	31,92	19,41	+ 6,40
1965	130,60	43,35	41,70	1,65	76,55	57,34	34,51	19,21	+ 10,70
1966	129,47	43,98	42,35	1,63	80,19	60,62	36,90	19,57	+ 5,30
1967	113,68	41,07	39,50	1,57	73,11	55,81	36,25	17,30	- 0,50
1968	130,49	43,14	41,63	1,51	76,25	57,08	37,07	19,17	+ 11,10
1969	156,20	53,59	51,87	1,72	85,31	63,30	39,02	22,01	+ 17,30
1970	186,25	65,88	63,69	2,19	106,17	77,27	45,44	28,90	+ 14,20
1971	200,81	72,66	69,99	2,67	123,45	92,45	55,34	31,00	+ 4,50
1972	213,97	72,74	69,85	2,89	136,43	105,47	66,19	30,96	+ 4,80
1973	231,76	75,27	72,00	3,27	143,99	112,13	71,58	31,86	+ 12,50
1974	217,71	72,36	68,63	3,73	140,35	104,05	64,88	36,30	+ 5,00
1975	202,91	78,05	74,36	3,69	131,36	95,30	59,11	36,06	- 6,50
1976	238,24	86,32	82,78	3,54	139,72	104,02	64,98	35,70	+ 12,20
1977	251,91	95,69	91,73	3,96	147,32	111,85	70,17	35,47	+ 8,90
1978	274,69	106,37	101,95	4,42	160,42	121,48	76,32	38,94	+ 7,90
1979	331,42	119,66	114,71	4,95	185,16	140,56	88,29	44,60	+ 26,60
1980	356,88	127,87	122,47	5,40	210,11	160,37	100,14	49,74	+ 18,90
1981 } ⁵⁾	338,12	128,65	123,66	4,99	209,57	162,33	100,77	47,24	- 0,10
1982 } ⁵⁾	335,09	125,24	120,74	4,50	202,65	159,48	97,81	43,17	+ 7,20
1975 1. Hj.	97,64	35,51	34,05	1,46	62,23	45,54	28,15	16,69	- 0,10
2. Hj.	105,27	42,54	40,31	2,23	69,13	49,76	30,96	19,37	- 6,40
1976 1. Hj.	112,82	40,70	39,27	1,43	64,72	48,61	29,94	16,11	+ 7,40
2. Hj.	125,42	45,62	43,51	2,11	75,00	55,41	35,04	19,59	+ 4,80
1977 1. Hj.	122,59	43,91	42,46	1,45	69,78	53,76	33,19	16,02	+ 8,90
2. Hj.	129,32	51,78	49,27	2,51	77,54	58,09	36,98	19,45	-
1978 1. Hj.	126,44	48,21	46,52	1,69	73,33	56,12	35,07	17,21	+ 4,90
2. Hj.	148,25	58,16	55,43	2,73	87,09	65,36	41,25	21,73	+ 3,00
1979 1. Hj.	147,79	54,53	52,71	1,82	81,46	62,72	39,18	18,74	+ 11,80
2. Hj.	183,63	65,13	62,00	3,13	103,70	77,84	49,11	25,86	+ 14,80
1980 1. Hj.	171,90	58,83	56,75	2,08	98,37	75,62	47,13	22,75	+ 14,70
2. Hj.	184,98	69,04	65,72	3,32	111,74	84,75	53,01	26,99	+ 4,20
1981 1. Hj.	164,99	60,22	58,26	1,96	97,77	76,13	47,24	21,64	+ 7,00
2. Hj.	173,13	68,43	65,40	3,03	111,80	86,20	53,53	25,60	- 7,10
1982 1. Hj.	159,24	58,26	56,52	1,74	93,08	73,83	44,81	19,25	+ 7,90
2. Hj.	175,85	66,98	64,22	2,76	109,57	85,65	53,00	23,92	- 0,70
1983 1. Hj.	163,51	62,13	60,51	1,62	93,68	76,15	47,01	17,53	+ 7,70

¹) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

²) Käufe von neuen Ausrüstungen (einschließlich selbsterstellter Ausrüstungen) sowie von gebrauchten Ausrüstungen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen einschließlich Anlageschrott.

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Ins- gesamt	Ausrüstungen			Bauten				Vorrats- ver- änderung	Zeitraum
	zusammen	Unter- nehmen ¹⁾²⁾	Staat ²⁾	zusammen	Unternehmen ¹⁾		Staat ³⁾		
					zusam- men ³⁾	dar.: Wohn- bauten ³⁾			
in Preisen von 1976									
161,70	45,71	44,32	1,39	102,69	85,52	53,14	17,17	+ 13,30	1960
169,25	51,08	49,50	1,58	107,47	88,45	54,64	19,02	+ 10,70	1961
173,23	55,05	53,18	1,87	110,08	88,06	54,98	22,02	+ 8,10	1962
172,53	55,27	53,16	2,11	112,06	86,67	54,77	25,39	+ 5,20	1963
197,38	59,57	57,37	2,20	126,51	95,37	60,93	31,14	+ 11,30	1964
212,61	64,07	61,62	2,45	130,94	99,62	63,38	31,32	+ 17,60	1965
205,76	63,09	60,72	2,37	134,17	102,51	65,66	31,66	+ 8,50	1966
182,23	57,92	55,64	2,28	125,71	96,83	65,72	28,88	- 1,40	1967
205,85	62,01	59,91	2,10	128,34	97,50	65,00	30,84	+ 15,50	1968
234,75	75,69	73,37	2,32	134,76	101,30	64,30	33,46	+ 24,30	1969
251,38	88,31	85,49	2,82	142,97	105,39	63,71	37,58	+ 20,10	1970
251,55	92,91	89,64	3,27	152,64	115,32	70,39	37,32	+ 6,00	1971
258,26	91,15	87,69	3,46	160,61	124,58	79,12	36,03	+ 6,50	1972
266,73	90,96	87,18	3,78	160,27	124,83	80,07	35,44	+ 15,50	1973
232,18	81,12	77,06	4,06	146,06	108,32	68,18	37,74	+ 5,00	1974
208,59	81,03	77,24	3,79	135,06	98,18	61,06	36,88	- 7,50	1975
238,24	86,32	82,78	3,54	139,72	104,02	64,98	35,70	+ 12,20	1976
243,82	93,27	89,43	3,84	141,45	107,23	66,80	34,22	+ 9,10	1977
253,25	101,00	96,85	4,15	145,15	109,91	68,42	35,24	+ 7,10	1978
286,41	110,67	106,18	4,49	153,34	116,68	72,50	36,66	+ 22,40	1979
287,71	113,45	108,78	4,67	158,96	121,74	74,87	37,22	+ 15,30	1980
260,66	109,44	105,29	4,15	151,62	117,44	71,47	34,18	- 0,40	1981 } ⁵⁾
252,36	102,17	98,60	3,57	144,79	113,42	67,82	31,37	+ 5,40	1982 } ⁵⁾
99,05	37,26	35,77	1,49	64,09	46,99	29,12	17,10	- 2,30	1975 1. Hj.
109,54	43,77	41,47	2,30	70,97	51,19	31,94	19,78	- 5,20	2. Hj.
113,56	40,77	39,33	1,44	65,39	49,14	30,29	16,25	+ 7,40	1976 1. Hj.
124,68	45,55	43,45	2,10	74,33	54,88	34,69	19,45	+ 4,80	2. Hj.
118,45	42,94	41,54	1,40	67,71	52,09	31,93	15,62	+ 7,80	1977 1. Hj.
125,37	50,33	47,89	2,44	73,74	55,14	34,87	18,60	+ 1,30	2. Hj.
118,14	46,03	44,45	1,58	67,51	51,63	31,93	15,88	+ 4,60	1978 1. Hj.
135,11	54,97	52,40	2,57	77,64	58,28	36,49	19,36	+ 2,50	2. Hj.
131,08	50,84	49,18	1,66	69,34	53,46	33,05	15,88	+ 10,90	1979 1. Hj.
155,33	59,83	57,00	2,83	84,00	63,22	39,45	20,78	+ 11,50	2. Hj.
139,30	52,71	50,89	1,82	75,59	58,31	35,78	17,28	+ 11,00	1980 1. Hj.
148,41	60,74	57,89	2,85	83,37	63,43	39,09	19,94	+ 4,30	2. Hj.
129,26	51,83	50,19	1,64	71,23	55,51	33,78	15,72	+ 6,20	1981 1. Hj. } ⁵⁾
131,40	57,61	55,10	2,51	80,39	61,93	37,69	18,46	- 6,60	2. Hj. } ⁵⁾
121,58	47,94	46,56	1,38	66,44	52,50	31,10	13,94	+ 7,20	1982 1. Hj. } ⁵⁾
130,78	54,23	52,04	2,19	78,35	60,92	36,72	17,43	- 1,80	2. Hj. } ⁵⁾
124,00	49,89	48,64	1,25	66,71	53,92	32,27	12,79	+ 7,40	1983 1. Hj. } ⁵⁾

³⁾ Käufe von neuen Bauten (einschließlich selbsterstellter Bauten) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von Land.⁴⁾ Nur neue Bauten.⁵⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 28*

Anlageinvestitionen

Mrd

in jeweiligen Preisen

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche ¹⁾	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ³⁾	Dienstleistungsunternehmen ⁴⁾	Wohnungsvermietung ⁵⁾	Staat ⁶⁾
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	Baugewerbe				
Neue Ausrüstungen										
1960	28,01	3,10	15,91	2,64	11,43	1,84	6,22	1,59		1,19
1961	32,29	3,70	18,47	2,86	13,37	2,24	6,98	1,79		1,35
1962	35,99	3,71	20,68	3,40	14,89	2,39	8,19	1,81		1,60
1963	36,68	3,43	20,42	3,30	14,64	2,48	8,98	2,02		1,83
1964	40,40	4,06	23,09	3,73	16,72	2,64	8,96	2,35		1,94
1965	44,58	4,74	25,48	3,65	19,28	2,55	9,21	2,99		2,16
1966	45,23	4,46	25,37	3,34	19,97	2,06	9,60	3,67		2,13
1967	42,34	3,36	23,65	3,65	17,86	2,14	9,19	4,08		2,06
1968	44,48	3,10	24,69	3,11	19,20	2,38	10,03	4,63		2,03
1969	55,32	4,09	31,55	3,11	25,21	3,23	11,58	5,78		2,32
1970	67,92	4,44	39,45	4,24	31,36	3,85	13,96	7,11		2,96
1971	74,99	4,12	43,29	5,98	33,08	4,23	16,63	7,41		3,54
1972	75,39	4,37	42,34	7,02	30,98	4,34	17,50	7,37		3,81
1973	77,85	5,32	40,89	7,43	29,74	3,72	18,62	8,81		4,21
1974	75,65	4,88	40,57	8,84	29,29	2,44	17,43	8,11		4,66
1975	81,59	5,46	42,91	9,52	30,56	2,83	17,79	10,91		4,52
1976	89,76	6,23	45,80	8,57	34,05	3,18	19,45	13,85		4,43
1977	99,27	7,24	47,36	7,55	36,23	3,58	21,54	18,20		4,93
1978	110,20	7,84	50,90	8,09	38,37	4,44	23,75	22,26		5,45
1979	123,43	8,19	56,57	7,92	43,09	5,56	25,19	27,40		6,08
1980	132,11	7,63	62,53	8,90	48,26	5,37	26,39	28,96		6,60
1981 } ⁷⁾	134,47	7,17	63,28	10,52	48,65	4,11	27,02	30,79		6,21
1982 } ⁷⁾	130,78	7,30		5,68
Neue Bauten										
1960	46,44	1,22	8,34	2,17	5,87	0,30	4,62	2,72	20,13	9,41
1961	52,14	1,26	9,39	2,35	6,68	0,36	4,96	3,20	22,33	11,00
1962	57,90	1,30	9,26	2,80	6,06	0,40	5,55	3,74	24,42	13,63
1963	62,07	1,31	9,28	2,80	6,01	0,47	5,58	3,92	25,58	16,40
1964	72,49	1,45	10,07	3,21	6,28	0,58	5,78	5,31	29,55	20,33
1965	76,55	1,51	10,75	3,45	6,76	0,54	6,14	5,88	32,20	20,07
1966	80,19	1,58	10,88	3,37	6,99	0,52	6,23	6,41	34,50	20,59
1967	73,11	1,48	9,22	3,61	5,09	0,52	6,30	4,33	34,00	17,78
1968	76,25	1,46	8,16	3,03	4,69	0,44	6,57	5,20	35,10	19,76
1969	85,31	1,36	10,74	3,18	7,04	0,52	7,81	5,69	37,07	22,64
1970	106,17	1,28	14,64	3,89	10,15	0,60	9,94	7,09	43,17	30,05
1971	123,45	1,16	16,88	5,02	10,99	0,87	11,69	9,03	52,62	32,07
1972	136,43	1,03	16,50	5,64	9,74	1,12	12,61	11,51	62,81	31,97
1973	143,99	1,11	16,10	5,54	9,34	1,22	13,00	13,36	67,79	32,63
1974	140,35	1,32	15,16	5,96	8,49	0,71	12,38	13,45	61,25	36,79
1975	131,36	1,42	14,68	7,27	6,84	0,57	10,97	11,95	55,74	36,60
1976	139,72	1,55	15,28	7,65	7,07	0,56	12,42	13,02	61,08	36,37
1977	147,32	1,72	16,82	7,53	8,33	0,76	13,04	13,87	65,75	36,32
1978	160,42	1,79	17,08	8,08	8,25	0,75	13,29	17,36	71,06	39,84
1979	185,16	1,82	20,18	9,18	10,09	0,91	14,64	21,20	81,75	45,57
1980	210,11	1,88	23,95	10,83	12,12	1,00	16,21	24,51	92,53	51,03
1981 } ⁷⁾	209,57	1,78	23,09	10,60	11,49	1,00	16,18	25,99	93,41	49,12
1982 } ⁷⁾	202,65	1,88	91,06	45,46

¹⁾ Einschließlich selbsterstellter Anlagen.²⁾ Einschließlich produzierendes Handwerk.³⁾ Einschließlich Nachrichtenübermittlung.⁴⁾ Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungen (ohne Wohnungsvermietung).

nach Wirtschaftsbereichen

DM

in Preisen von 1976

Alle Wirtschaftsbereiche ¹⁾	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr ³⁾	Dienstleistungsunternehmen ⁴⁾	Wohnungsvermietung ⁵⁾	Staat ⁶⁾	Jahr
		insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	Baugewerbe					
Neue Ausrüstungen										
47,18	5,11	28,24	5,14	20,12	2,98	9,74	2,23	1,86		1960
52,69	5,91	31,34	5,33	22,47	3,54	10,85	2,48	2,11		1961
56,66	5,72	33,76	6,01	24,08	3,67	12,23	2,46	2,49		1962
56,91	5,28	32,83	5,78	23,28	3,77	13,31	2,69	2,80		1963
61,45	6,19	36,08	6,33	25,79	3,96	13,12	3,12	2,94		1964
65,98	7,07	38,53	5,96	28,80	3,77	13,23	3,92	3,23		1965
64,97	6,48	37,15	5,31	28,90	2,94	13,52	4,71	3,11		1966
59,88	4,83	33,84	5,71	25,12	3,01	13,00	5,20	3,01		1967
64,08	4,67	35,89	4,74	27,72	3,43	14,62	6,03	2,87		1968
78,34	6,08	45,02	4,61	35,86	4,55	16,57	7,48	3,19		1969
91,21	6,25	53,70	5,86	42,69	5,15	18,60	8,80	3,86		1970
96,03	5,48	56,35	7,81	43,13	5,41	20,89	8,93	4,38		1971
94,68	5,62	54,27	8,87	40,02	5,38	21,49	8,70	4,60		1972
94,15	6,51	50,39	9,12	36,81	4,46	22,15	10,20	4,90		1973
84,87	5,54	45,96	9,91	33,29	2,76	19,45	8,85	5,07		1974
84,66	5,66	44,58	9,84	31,80	2,94	18,47	11,31	4,64		1975
89,76	6,23	45,80	8,57	34,05	3,18	19,45	13,85	4,43		1976
96,69	6,96	46,04	7,22	35,38	3,44	20,86	18,06	4,77		1977
104,53	7,31	48,04	7,53	36,35	4,16	22,36	21,71	5,11		1978
114,01	7,42	51,28	7,17	39,08	5,03	23,17	26,65	5,49		1979
117,03	6,62	54,13	7,76	41,72	4,65	23,27	27,36	5,65		1980
114,18	5,89	52,59	8,77	40,40	3,42	22,84	27,76	5,10		1981 ⁷⁾
106,51	5,67	4,44		1982 ⁷⁾
Neue Bauten										
102,69	2,62	17,13	3,93	12,55	0,65	8,73	6,02	49,48	18,71	1960
107,47	2,54	18,01	4,00	13,28	0,73	8,78	6,65	50,99	20,50	1961
110,08	2,43	16,48	4,48	11,24	0,76	9,18	7,19	51,40	23,40	1962
112,06	2,33	15,65	4,32	10,48	0,85	8,88	7,19	51,06	26,95	1963
126,51	2,48	16,29	4,76	10,53	1,00	8,95	9,30	56,41	33,08	1964
130,94	2,49	16,83	5,07	10,86	0,90	9,43	9,97	59,14	33,08	1965
134,17	2,55	16,65	4,88	10,93	0,84	9,40	10,58	61,39	33,60	1966
125,71	2,43	14,54	5,41	8,26	0,87	9,80	7,38	61,64	29,92	1967
128,34	2,56	13,10	4,66	7,70	0,74	10,40	8,79	61,55	31,94	1968
134,76	2,25	16,22	4,63	10,78	0,81	11,65	9,00	61,08	34,56	1969
142,97	1,79	19,21	4,94	13,47	0,80	12,71	9,55	60,52	39,19	1970
152,64	1,50	20,47	5,96	13,44	1,07	13,92	11,13	66,94	38,68	1971
160,61	1,25	19,13	6,45	11,37	1,31	14,46	13,47	75,08	37,22	1972
160,27	1,25	17,83	6,10	10,38	1,35	14,32	14,79	75,83	36,25	1973
146,06	1,39	15,53	6,05	8,74	0,74	12,58	13,91	64,36	38,29	1974
135,06	1,46	15,01	7,40	7,02	0,59	11,19	12,36	57,58	37,46	1975
139,72	1,55	15,28	7,65	7,07	0,56	12,42	13,02	61,08	36,37	1976
141,45	1,63	16,16	7,38	8,05	0,73	12,73	13,33	62,59	35,01	1977
145,15	1,60	15,71	7,50	7,53	0,68	12,31	15,81	63,70	36,02	1978
153,34	1,49	17,05	7,85	8,44	0,76	12,45	17,77	67,14	37,44	1979
158,96	1,40	18,67	8,57	9,33	0,77	12,72	18,83	69,18	38,16	1980
151,62	1,26	17,39	8,15	8,51	0,73	12,29	18,95	66,25	35,48	1981 ⁷⁾
144,79	1,30	63,14	32,92	1982 ⁷⁾

¹⁾ Einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen.²⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.⁷⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 29*

Einkommen und Einkommens

Mrd

Zeitraum	Erwerbs- und Vermögenseinkommen				Zinsen auf Konsu- menten- schulden	Empfangene ³⁾	Geleistete ⁴⁾	Verfügbares Einkommen insgesamt ²⁾
	ins- gesamt ²⁾	Erwerbseinkommen		Ver- mögens- ein- kommen		laufende Übertragungen		
		Bruttoeinkommen aus unselb- ständiger Arbeit	Unter- nehmer- tätigkeit ²⁾					
1960	226,35	144,39	76,40	5,56	0,91	44,42	59,48	210,38
1961	246,16	162,81	77,30	6,05	1,09	48,64	68,91	224,80
1962	268,46	180,13	81,79	6,54	1,24	53,35	77,55	243,02
1963	283,35	193,15	82,72	7,48	1,35	57,39	84,42	254,97
1964	311,44	211,17	91,96	8,31	1,57	62,63	91,66	280,84
1965	341,56	234,13	97,63	9,80	1,71	70,38	100,20	310,03
1966	363,95	252,06	99,98	11,91	1,77	77,09	111,58	327,69
1967	366,71	251,84	102,03	12,84	1,89	85,55	114,47	335,90
1968	399,22	270,38	114,51	14,33	1,95	90,34	125,60	362,01
1969	440,38	304,07	118,89	17,42	2,42	98,12	144,11	391,97
1970	515,95	360,64	131,93	23,38	3,34	108,47	174,88	446,20
1971	573,33	409,11	138,56	25,66	4,16	122,40	205,28	486,29
1972	626,87	450,26	147,63	28,98	4,84	139,82	230,26	531,59
1973	696,35	510,93	148,35	37,07	6,29	156,48	276,45	570,09
1974	757,04	563,12	152,47	41,45	7,29	179,25	309,93	619,07
1975	791,10	587,02	161,16	42,92	7,07	218,43	325,76	676,70
1976	861,01	631,24	185,06	44,71	7,12	235,96	367,01	722,84
1977	919,96	675,57	194,83	49,56	7,68	250,70	394,69	768,29
1978	982,18	720,89	211,29	50,00	8,59	264,66	414,92	823,33
1979	1054,52	776,86	220,19	57,47	10,54	282,78	443,97	882,79
1980	1129,38	842,05	214,05	73,28	14,04	303,39	484,25	934,48
1981 } ⁵⁾	1170,87	881,75	198,10	91,02	17,75	329,57	512,29	970,40
1982 } ⁵⁾	...	901,81	...	97,23	20,01	349,22	534,35	...
1975 1. Hj.	378,51	280,16	98,35		3,62	105,25	150,39	329,75
2. Hj.	425,31	306,86	118,45		3,45	113,18	175,37	359,67
1976 1. Hj.	406,27	298,14	108,13		3,47	115,27	170,30	347,77
2. Hj.	462,24	333,10	129,14		3,65	120,69	196,71	382,57
1977 1. Hj.	436,54	320,36	116,18		3,75	123,39	186,41	369,77
2. Hj.	490,50	355,21	135,29		3,93	127,31	208,28	405,60
1978 1. Hj.	461,33	340,08	121,25		4,17	130,94	193,68	394,42
2. Hj.	522,31	380,81	141,50		4,42	133,72	221,24	430,37
1979 1. Hj.	499,96	364,78	135,18		4,84	140,08	207,71	427,49
2. Hj.	563,77	412,08	151,69		5,70	142,70	236,26	464,51
1980 1. Hj.	544,36	396,77	147,59		6,56	149,44	227,38	459,86
2. Hj.	607,51	445,28	162,23		7,48	153,95	256,87	497,11
1981 1. Hj.	572,93	416,28	156,65		8,40	162,62	240,88	486,27
2. Hj.	638,17	465,47	172,70		9,35	166,95	271,41	524,36
1982 1. Hj.	592,82	427,52	165,30		9,86	172,96	252,25	503,67
2. Hj.	646,29	474,29	172,00		10,15	176,26	282,10	530,30
1983 1. Hj.	600,73	431,74	168,99		9,95	178,22	256,99	512,01

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.²⁾ Für Halbjahre: Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.³⁾ Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Schadenversicherungsleistungen, übrige laufende Übertragungen.

verwendung der privaten Haushalte¹⁾

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis insgesamt	Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne	Sparquote ²⁾ (vH)	Empfangene	Geleistete	Finanzierungssaldo	Zeitraum
					Vermögensübertragungen			
171,84	38,54	22,42	16,12	8,6	3,01	3,02	16,11	1960
188,33	36,47	17,71	18,76	9,1	4,05	3,72	19,09	1961
204,79	38,23	18,92	19,31	8,6	4,52	4,51	19,32	1962
216,79	38,18	14,39	23,79	9,9	4,11	4,90	23,00	1963
233,50	47,34	17,67	29,67	11,3	4,58	5,86	28,39	1964
257,62	52,41	16,59	35,82	12,2	5,23	6,61	34,44	1965
275,06	52,63	16,56	36,07	11,6	5,25	7,41	33,91	1966
282,63	53,27	17,77	35,50	11,2	5,38	8,95	31,93	1967
300,74	61,27	18,14	43,13	12,5	5,75	10,24	38,64	1968
330,90	61,07	10,43	50,64	13,3	5,86	11,04	45,46	1969
368,85	77,35	18,23	59,12	13,8	8,26	12,71	54,67	1970
409,44	76,85	12,93	63,92	13,5	11,14	15,05	60,01	1971
452,10	79,49	3,40	76,09	14,4	12,58	19,07	69,60	1972
495,36	74,73	- 5,10	79,83	13,9	12,67	20,22	72,28	1973
533,74	85,33	- 5,68	91,01	14,6	15,90	23,67	83,24	1974
585,54	91,16	- 12,72	103,88	15,1	17,70	25,36	96,22	1975
633,50	89,34	- 7,50	96,84	13,3	19,34	28,93	87,25	1976
680,94	87,35	- 7,08	94,43	12,2	19,54	30,56	83,41	1977
725,34	97,99	- 1,46	99,45	12,1	19,79	33,20	86,04	1978
779,25	103,54	- 9,21	112,75	12,6	20,07	35,09	97,73	1979
834,03	100,45	- 22,49	122,94	12,8	22,00	36,99	107,95	1980
873,61	96,79	- 40,23	137,02	13,6	22,88	38,08	121,82	1981
899,38	134,59	13,0	21,88	37,31	119,16	1982 ³⁾
277,05	.	.	52,70	16,0	8,27	11,77	49,20	1975 1. Hj.
308,49	.	.	51,18	14,2	9,43	13,59	47,02	2. Hj.
302,79	.	.	44,98	12,9	9,05	13,79	40,24	1976 1. Hj.
330,71	.	.	51,86	13,6	10,29	15,14	47,01	2. Hj.
324,33	.	.	45,44	12,3	9,31	14,47	40,28	1977 1. Hj.
356,61	.	.	48,99	12,1	10,23	16,09	43,13	2. Hj.
348,46	.	.	45,96	11,7	9,71	15,96	39,71	1978 1. Hj.
376,88	.	.	53,49	12,4	10,08	17,24	46,33	2. Hj.
374,51	.	.	52,98	12,4	9,68	17,39	45,27	1979 1. Hj.
404,74	.	.	59,77	12,9	10,39	17,70	52,46	2. Hj.
400,43	.	.	59,43	12,9	10,58	17,75	52,26	1980 1. Hj.
433,60	.	.	63,51	12,8	11,42	19,24	55,69	2. Hj.
418,76	.	.	67,51	13,9	11,02	18,43	60,10	1981 1. Hj.
454,85	.	.	69,51	13,3	11,86	19,65	61,72	2. Hj.
434,84	.	.	68,83	13,7	10,54	18,54	60,83	1982 1. Hj.
464,54	.	.	65,76	12,4	11,34	18,77	58,33	2. Hj.
449,97	.	.	62,04	12,1	10,23	19,00	53,27	1983 1. Hj.

¹⁾ Direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, übrige laufende Übertragungen.²⁾ Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (jeweils ohne nichtentnommene Gewinne).³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 30*

Käufe der privaten Haushalte im Inland ¹⁾

Mrd DM

Jahr	Insgesamt	Nahrungs- und Genuß- mittel ²⁾	Kleidung, Schuhe	Wohnungs- mieten u. ä. ³⁾	Elektri- zität, Gas, Brenn- stoffe u. ä.	Waren und Dienstleistungen für				Persön- liche Ausstat- tung ⁴⁾
						übrige Haus- halts- führung	Verkehr, Nachrich- tenüber- mittlung	Körper- und Gesund- heits- pflege	Bildung und Unter- haltung	
in jeweiligen Preisen										
1960	170,36	63,24	19,58	16,90	5,18	22,07	15,53	8,37	12,26	7,23
1961	186,00	67,87	20,96	19,08	5,59	24,05	18,03	8,99	13,39	8,04
1962	201,54	72,39	22,34	20,22	6,92	25,91	20,63	9,88	14,22	9,03
1963	213,71	75,50	23,29	22,33	8,50	26,72	22,68	10,13	14,91	9,65
1964	230,30	80,67	25,03	24,61	7,95	29,20	25,37	10,98	16,16	10,33
1965	253,42	87,15	28,02	27,09	8,33	31,90	29,17	12,18	18,01	11,57
1966	270,59	91,56	29,53	30,57	8,84	33,60	31,64	13,00	19,04	12,81
1967	278,51	93,51	29,86	33,87	9,29	33,69	31,61	13,26	19,94	13,48
1968	296,38	95,47	31,29	37,77	10,93	35,06	35,97	14,00	21,35	14,54
1969	325,23	101,00	34,58	41,20	12,24	38,70	42,81	14,95	23,55	16,20
1970	361,02	107,97	39,08	44,91	13,65	43,83	50,57	16,13	26,88	18,00
1971	399,31	116,39	43,19	49,85	14,25	49,41	57,16	17,64	30,17	21,25
1972	440,50	126,78	47,91	55,47	15,47	55,07	62,76	19,20	33,82	24,02
1973	480,70	137,09	50,21	61,90	19,52	59,70	66,79	20,79	37,83	26,87
1974	517,40	144,14	53,69	68,10	22,32	63,65	69,16	22,86	42,32	31,16
1975	566,90	154,31	58,28	75,20	23,96	67,34	82,20	25,30	45,73	34,58
1976	614,82	165,26	60,86	81,52	27,11	71,88	94,68	27,23	48,65	37,63
1977	659,60	173,52	65,13	87,07	27,32	78,53	105,77	28,73	52,58	40,95
1978	701,82	181,67	68,97	91,98	29,66	82,55	115,45	30,57	56,20	44,77
1979	752,66	190,27	71,79	97,17	38,04	88,29	123,21	32,89	61,17	49,83
1980	803,20	203,25	76,93	104,43	40,24	94,68	129,09	35,97	63,92	54,69
1981 } ⁵⁾	843,10	214,03	77,99	111,42	45,51	96,41	134,70	38,20	67,10	57,74
1982 } ⁵⁾	870,29	223,39	76,79	119,18	48,33	95,61	138,21	39,48	68,73	60,57
in Preisen von 1976										
1960	313,26	107,80	34,14	41,94	12,01	32,51	29,63	19,18	23,28	12,77
1961	330,98	113,20	35,56	43,66	12,62	34,59	33,37	20,20	24,22	13,56
1962	348,15	116,73	36,68	45,37	15,42	36,30	37,46	21,53	24,27	14,39
1963	358,63	118,11	37,25	47,51	18,42	36,60	39,80	21,25	24,66	15,03
1964	378,05	123,82	39,53	49,62	16,74	40,03	44,12	22,39	25,90	15,90
1965	403,39	129,28	43,16	51,70	17,14	43,27	50,08	23,42	27,95	17,39
1966	416,00	131,56	44,38	54,01	18,06	44,94	52,24	23,33	28,68	18,80
1967	421,30	134,27	44,63	56,08	18,60	45,23	50,76	22,98	29,38	19,37
1968	441,45	137,88	46,58	58,26	20,49	47,94	55,85	22,33	30,84	21,28
1969	474,97	141,90	50,68	59,80	22,74	53,51	65,32	22,76	33,83	24,43
1970	508,59	147,49	55,01	62,36	24,26	58,11	74,86	23,23	36,62	26,65
1971	532,88	152,87	57,33	65,18	23,98	62,44	79,29	23,46	39,14	29,19
1972	557,37	157,59	59,88	68,44	25,09	66,94	81,46	24,46	42,23	31,28
1973	566,91	157,91	58,21	72,11	28,02	68,08	80,52	24,85	44,69	32,52
1974	571,03	158,97	58,27	75,71	26,22	69,66	76,40	25,50	46,13	34,17
1975	591,54	161,81	60,38	78,80	25,66	69,64	85,96	26,44	47,20	35,65
1976	614,82	165,26	60,86	81,52	27,11	71,88	94,68	27,23	48,65	37,63
1977	636,77	165,56	62,14	84,26	27,11	76,11	103,40	27,80	51,40	38,99
1978	660,42	171,04	63,22	86,45	28,92	77,53	109,89	28,69	53,80	40,88
1979	680,06	176,08	63,10	88,53	29,97	80,63	112,39	29,28	55,87	44,21
1980	689,16	180,32	63,88	90,66	29,31	81,66	110,61	30,27	57,27	45,18
1981 } ⁵⁾	684,04	180,91	61,68	92,77	29,28	78,62	107,07	30,48	57,68	45,55
1982 } ⁵⁾	670,06	176,87	57,84	94,60	28,76	74,46	104,97	30,10	56,27	46,19

¹⁾ Nach Verwendungszwecken: Hauptgruppen des Güterverzeichnis für den privaten Verbrauch, Ausgabe 1963. — ²⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — ³⁾ Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen. — ⁴⁾ Sonstige Waren und Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Banken, der Versicherungen u. a. — ⁵⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft ¹⁾ und zur übrigen Welt

Staat insgesamt (einschließlich Sozialversicherung)

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt ¹⁾	Verkäufe von Verwaltungsleistungen ²⁾	Einkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen	Empfangene		Veränderung der Verbindlichkeiten ⁴⁾
				laufende Übertragungen ³⁾	Vermögensübertragungen	
1960	114,88	4,72	4,26	102,10	1,39	+ 2,41
1961	129,55	5,15	4,71	115,56	1,09	+ 3,04
1962	142,32	5,75	4,83	127,22	1,31	+ 3,21
1963	154,36	6,25	5,26	135,73	1,23	+ 5,89
1964	167,38	7,02	5,54	147,30	1,60	+ 5,92
1965	181,49	7,78	5,82	158,01	1,70	+ 8,18
1966	194,67	8,76	6,42	170,51	1,64	+ 7,34
1967	208,33	9,52	6,78	175,77	1,74	+14,52
1968	227,11	10,02	7,45	194,99	1,85	+12,80
1969	249,89	10,94	7,94	227,17	2,00	+ 1,84
1970	283,14	12,33	8,76	250,98	2,47	+ 8,60
1971	327,68	14,79	9,27	287,35	2,72	+13,55
1972	364,76	17,42	8,68	319,74	4,04	+14,88
1973	429,47	20,73	10,80	377,72	4,31	+15,91
1974	474,28	23,77	10,76	411,16	4,92	+23,67
1975	536,51	27,04	9,68	428,99	5,95	+64,85
1976	578,22	30,65	10,27	483,20	7,39	+46,71
1977	615,11	32,36	10,53	529,05	6,26	+36,91
1978	660,08	35,39	12,19	562,20	5,89	+44,41
1979	704,68	38,47	15,11	603,00	6,22	+41,88
1980	765,88	41,85	16,74	644,66	7,23	+55,40
1981 } ⁹⁾	817,50	45,28	20,79	670,36	6,99	+74,08
1982 } ⁹⁾	843,51	48,90	29,83	695,24	6,15	+63,39

Jahr	Ausgaben insgesamt ¹⁾	Käufe für		Entgelte für die Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete		Veränderung der Forderungen ⁸⁾
		laufende Produktionszwecke ⁵⁾	Investitionszwecke ⁶⁾			laufende Übertragungen ⁷⁾	Vermögensübertragungen	
1960	114,88	23,47	9,86	20,44	2,19	42,60	4,70	+11,62
1961	129,55	26,13	11,56	23,44	2,21	46,83	7,09	+12,29
1962	142,32	31,43	14,44	25,59	2,41	51,02	9,04	+ 8,39
1963	154,36	35,56	17,24	28,38	2,65	54,83	6,40	+ 9,30
1964	167,38	36,19	21,08	30,99	2,90	59,87	7,42	+ 8,93
1965	181,49	39,97	21,11	35,27	3,23	68,57	7,92	+ 5,42
1966	194,67	42,36	21,51	39,39	4,12	73,41	7,41	+ 6,47
1967	208,33	45,20	19,19	41,78	5,19	81,53	7,92	+ 7,52
1968	227,11	45,39	21,05	44,51	5,38	94,25	8,04	+ 8,49
1969	249,89	50,41	24,19	50,45	5,84	99,92	10,72	+ 8,36
1970	283,14	55,95	31,67	59,20	6,55	107,31	12,51	+ 9,95
1971	327,68	66,65	34,32	70,76	7,34	120,66	15,61	+12,34
1972	364,76	74,15	34,56	79,52	8,43	140,09	17,49	+10,52
1973	429,47	85,82	35,95	92,60	10,17	159,25	18,74	+26,94
1974	474,28	100,62	40,61	107,66	12,15	180,73	21,62	+10,89
1975	536,51	115,10	40,25	116,87	14,17	221,06	22,76	+ 6,30
1976	578,22	123,22	39,67	123,29	17,44	238,58	27,97	+ 8,05
1977	615,11	128,54	39,91	131,58	20,41	256,82	30,10	+ 7,75
1978	660,08	139,83	43,99	140,30	21,52	274,33	28,12	+11,99
1979	704,68	152,49	50,23	150,58	24,09	292,15	31,05	+ 4,09
1980	765,88	167,64	55,82	162,66	28,79	308,53	33,70	+ 8,74
1981 } ⁹⁾	817,50	179,70	52,94	173,12	35,44	330,17	31,70	+14,43
1982 } ⁹⁾	843,51	185,11	48,53	177,38	43,64	348,10	32,68	+ 8,07

Fußnoten siehe Seite 322 und 323.

noch Tabelle 31*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft¹⁾ und zur übrigen Welt

Gebietskörperschaften

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt ¹⁾	Verkäufe von Verwaltungsleistungen ²⁾	Einkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen	Empfangene		Veränderung der Verbindlichkeiten ⁴⁾
				laufende Über-tragungen ³⁾	Vermögens-übertragungen	
1960	84,81	4,71	2,95	72,87	1,39	+ 2,89
1961	97,88	5,14	3,23	83,41	1,09	+ 5,01
1962	105,50	5,73	3,30	91,52	1,31	+ 3,64
1963	114,53	6,23	3,36	97,20	1,23	+ 6,51
1964	125,36	7,00	3,47	106,31	1,60	+ 6,98
1965	135,42	7,76	3,55	112,73	1,70	+ 9,68
1966	143,20	8,75	3,73	120,27	1,64	+ 8,81
1967	154,32	9,52	3,89	123,16	1,74	+16,01
1968	165,70	10,02	4,60	137,01	1,85	+12,22
1969	180,14	10,89	5,20	160,73	2,00	+ 1,32
1970	201,49	12,28	5,59	172,06	2,47	+ 9,09
1971	234,62	14,76	5,72	195,88	2,72	+15,54
1972	256,78	17,37	4,72	214,79	3,08	+16,82
1973	302,57	20,66	5,03	253,37	3,30	+20,21
1974	330,12	23,76	5,39	272,08	3,74	+25,15
1975	379,19	27,02	4,54	274,13	4,01	+69,49
1976	390,33	30,64	5,50	307,66	4,83	+41,70
1977	420,29	32,35	6,05	342,40	4,70	+34,79
1978	455,35	35,37	8,24	364,24	4,75	+42,75
1979	484,67	38,46	10,50	388,90	5,19	+41,62
1980	526,46	41,82	11,41	413,45	5,68	+54,10
1981 } ⁵⁾	558,71	45,19	14,46	420,11	6,11	+72,84
1982 } ⁵⁾	571,50	48,79	23,56	429,40	6,15	+63,60

Jahr	Ausgaben insgesamt ¹⁾	Käufe für		Entgelte für die Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete		Veränderung der Forde-rungen ⁸⁾
		laufende Produktions-zwecke ⁵⁾	Investitions-zwecke ⁶⁾			laufende Über-tragungen ⁷⁾	Vermögens-über-tragungen	
1960	78,81	16,08	9,62	19,13	2,19	17,60	4,69	+ 9,50
1961	89,15	17,90	11,40	21,95	2,21	19,12	7,05	+ 9,52
1962	98,25	22,15	14,20	24,00	2,41	20,79	9,00	+ 5,70
1963	106,61	25,28	16,99	26,66	2,65	21,62	6,38	+ 7,03
1964	116,65	24,93	20,85	29,11	2,90	25,10	7,38	+ 6,38
1965	126,10	26,98	20,88	33,20	3,23	30,57	7,87	+ 3,37
1966	132,84	27,03	21,23	37,10	4,12	31,28	7,35	+ 4,73
1967	143,04	28,58	18,88	39,38	5,19	32,91	7,85	+10,25
1968	154,26	27,24	20,79	42,02	5,38	42,44	7,98	+ 8,41
1969	168,35	30,08	23,92	47,69	5,84	43,26	10,67	+ 6,89
1970	189,45	32,66	31,40	55,95	6,55	46,30	12,47	+ 4,12
1971	221,43	37,99	33,96	67,00	7,34	52,44	15,56	+ 7,14
1972	241,04	40,45	34,16	75,24	8,43	61,41	17,42	+ 3,93
1973	284,37	45,42	35,43	87,55	10,17	69,36	18,61	+17,83
1974	309,33	51,54	39,84	101,45	12,15	74,71	21,42	+ 8,22
1975	351,49	57,50	39,46	110,03	14,17	93,83	22,54	+13,96
1976	361,74	61,28	38,97	116,09	17,44	98,34	27,28	+ 2,34
1977	392,14	63,60	39,14	124,06	20,41	106,34	29,18	+ 9,41
1978	423,50	70,17	43,30	132,40	21,52	116,59	26,99	+12,53
1979	452,00	77,53	49,48	141,95	24,09	124,87	29,98	+ 4,10
1980	489,30	85,02	55,03	153,42	28,79	129,73	32,68	+ 4,63
1981 } ⁵⁾	516,56	90,90	51,86	163,09	35,44	137,02	30,74	+ 7,51
1982 } ⁵⁾	525,65	95,27	47,32	166,98	43,64	140,07	31,60	+ 0,77

¹⁾ Ohne Einnahmen von bzw. Ausgaben an andere Körperschaften des Staatssektors, jedoch einschließlich der Verkäufe bzw. Käufe von Gesundheitsleistungen an die bzw. von der Sozialversicherung sowie der vom Staat gezahlten indirekten Steuern. — ²⁾ Einschließlich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. — ³⁾ Steuern, Sozialbeiträge, Schadensversicherungsleistungen, Strafen, Verwaltungsgebühren der privaten Haushalte, Erstattungen von Sozialleistungen, Beiträge des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds und ähnliches. — ⁴⁾ Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank; einschließlich statistischer Differenz. Ohne Kreditaufnahme von anderen Körperschaften des Staatssektors; Tilgungsausgaben sind abgezogen. — Gebietskörperschaften: Einschließlich Kreditaufnahme von der Sozialversicherung; Sozialversicherung: Einschließlich Kreditaufnahme von den Gebietskörperschaften.

noch Tabelle 31*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft¹⁾ und zur übrigen Welt

Sozialversicherung

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt ¹⁾	Verkäufe von Verwaltungsleistungen ²⁾	Einkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen	Empfangene		Veränderung der Verbindlichkeiten ⁴⁾
				laufende Übertragungen ³⁾	Vermögensübertragungen	
1960	30,62	0,01	1,31	29,23	—	+ 0,07
1961	33,67	0,01	1,48	32,15	—	+ 0,03
1962	37,17	0,02	1,53	35,70	—	- 0,08
1963	40,42	0,02	1,90	38,53	—	- 0,03
1964	43,05	0,02	2,07	40,99	—	- 0,03
1965	47,56	0,02	2,27	45,28	—	- 0,01
1966	52,92	0,01	2,69	50,24	—	- 0,02
1967	55,62	0,00	2,89	52,61	—	+ 0,12
1968	60,72	0,00	2,85	57,98	—	- 0,11
1969	69,14	0,05	2,74	66,44	—	- 0,09
1970	82,03	0,05	3,17	78,92	—	- 0,11
1971	95,10	0,03	3,55	91,47	—	+ 0,05
1972	109,94	0,05	3,96	104,95	0,96	+ 0,02
1973	130,83	0,07	5,77	124,35	1,01	- 0,37
1974	145,69	0,01	5,37	139,08	1,18	+ 0,05
1975	164,51	0,02	5,14	154,86	1,94	+ 2,55
1976	182,85	0,01	4,77	175,54	2,56	- 0,03
1977	192,78	0,01	4,48	186,65	1,56	+ 0,08
1978	203,11	0,02	3,95	197,96	1,14	+ 0,04
1979	219,38	0,01	4,61	214,10	1,03	- 0,37
1980	238,85	0,03	5,33	231,21	1,55	+ 0,73
1981	258,62	0,09	6,33	250,25	0,88	+ 1,07
1982	271,64	0,11	6,27	265,84	—	- 0,58

Jahr	Ausgaben insgesamt ¹⁾	Käufe für		Entgelte für die Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete		Veränderung der Forderungen ⁸⁾
		laufende Produktionszwecke ⁵⁾	Investitionszwecke ⁶⁾			laufende Übertragungen ⁷⁾	Vermögensübertragungen	
1960	36,62	7,39	0,24	1,31	—	25,00	0,01	+ 2,67
1961	42,40	8,23	0,16	1,49	—	27,71	0,04	+ 4,77
1962	44,42	9,28	0,24	1,59	—	30,23	0,04	+ 3,04
1963	48,34	10,28	0,25	1,72	—	33,21	0,02	+ 2,86
1964	51,76	11,26	0,23	1,88	—	34,77	0,04	+ 3,58
1965	56,88	12,99	0,23	2,07	—	38,00	0,05	+ 3,54
1966	63,28	15,33	0,28	2,29	—	42,13	0,06	+ 3,19
1967	66,90	16,62	0,31	2,40	—	48,62	0,07	- 1,12
1968	72,16	18,15	0,26	2,49	—	51,81	0,06	- 0,61
1969	80,93	20,33	0,27	2,76	—	56,66	0,05	+ 0,86
1970	94,07	23,29	0,27	3,25	—	61,01	0,04	+ 6,21
1971	108,29	28,66	0,36	3,76	—	68,22	0,05	+ 7,24
1972	125,68	33,70	0,40	4,28	—	78,68	0,07	+ 8,55
1973	149,03	40,40	0,52	5,05	—	89,89	0,13	+13,04
1974	166,48	49,08	0,77	6,21	—	106,02	0,20	+ 4,20
1975	192,21	57,60	0,79	6,84	—	127,23	0,22	- 0,47
1976	211,44	61,94	0,70	7,20	—	140,24	0,69	+ 0,67
1977	220,93	64,94	0,77	7,52	—	150,48	0,92	- 3,70
1978	234,96	69,66	0,69	7,90	—	157,74	1,13	- 2,16
1979	252,05	74,96	0,75	8,63	—	167,28	1,07	- 0,64
1980	276,01	82,62	0,79	9,24	—	178,80	1,02	+ 3,54
1981	300,77	88,80	1,08	10,03	—	193,15	0,96	+ 6,75
1982	317,49	89,84	1,21	10,40	—	208,03	1,08	+ 6,93

⁵⁾ Einschließlich Käufe für Investitionen in eigener Regie, Vorratsveränderung sowie der vom Staat gezahlten indirekten Steuern. — ⁶⁾ Einschließlich Käufe von gebrauchten Anlagen und Land; ohne selbsterstellte Anlagen. — ⁷⁾ Subventionen, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, Zuschüsse an die Bundesbahn u. ä. zur Deckung außergewöhnlicher Pensionslasten, Beiträge an die Europäischen Gemeinschaften und andere internationale Organisationen, Zahlungen an die Stationierungsstreitkräfte, unentgeltliche Ausfahrten im Rahmen der Entwicklungshilfe, vertragliche Zahlungen an die DDR u. a. m. — ⁸⁾ Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank. Ohne Darlehensvergabe an andere Körperschaften des Staatssektors. — Gebietskörperschaften: Einschließlich Darlehensvergabe an die Sozialversicherung; Sozialversicherung: Einschließlich Darlehensvergabe an die Gebietskörperschaften. — ⁹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 32*

Einnahmen und Aus

Zeitraum	Einnahmen				Aus				
	insgesamt	Steuern	Sozialbeiträge	sonstige Einnahmen ²⁾	insgesamt	Staatsverbrauch ³⁾	Einkommensübertragungen		
							zusammen	davon	
								private Haushalte ⁴⁾	Unternehmen und übrige Welt
Mrd									
1960	108,87	69,77	31,21	7,89	99,66	40,45	42,60	37,21	5,39
1961	122,60	79,97	34,42	8,21	113,35	45,78	46,83	40,56	6,27
1962	134,76	87,89	38,12	8,75	129,58	52,83	51,02	44,30	6,72
1963	143,79	93,27	41,16	9,36	140,38	59,39	54,83	47,50	7,33
1964	156,18	101,95	43,83	10,40	153,17	62,10	59,87	51,85	8,02
1965	167,47	107,84	48,52	11,11	170,23	69,65	68,57	58,35	10,22
1966	180,72	114,89	53,82	12,01	181,59	75,45	73,41	63,67	9,74
1967	186,56	117,38	56,42	12,76	193,56	80,05	81,53	71,25	10,28
1968	206,77	129,80	62,20	14,77	211,08	82,73	94,25	74,79	19,46
1969	239,85	152,16	71,43	16,26	233,33	93,12	99,92	80,83	19,09
1970	265,48	161,89	84,94	18,65	264,13	106,47	107,31	88,12	19,19
1971	303,09	183,65	98,51	20,93	304,30	126,82	120,66	99,48	21,18
1972	336,63	201,25	112,61	22,77	340,99	141,13	140,09	113,83	26,26
1973	397,48	236,88	133,59	27,01	386,45	163,16	159,25	127,65	31,60
1974	432,06	253,42	149,68	28,96	444,84	190,21	180,73	148,21	32,52
1975	450,32	254,10	166,51	29,71	508,87	210,53	221,06	184,67	36,39
1976	507,04	285,50	187,79	33,75	545,70	222,27	238,58	199,02	39,56
1977	552,57	317,02	199,83	35,72	581,73	234,67	256,82	211,51	45,31
1978	587,65	334,79	212,08	40,78	620,07	252,54	274,33	222,20	52,13
1979	632,55	358,46	228,96	45,13	670,34	273,50	292,15	236,48	55,67
1980	677,90	381,25	247,46	49,19	724,56	297,90	308,53	252,64	55,89
1981 } ¹⁰⁾	708,25	386,48	268,05	53,72	767,90	318,16	330,17	274,04	56,13
1982 } ¹⁰⁾	742,04	395,25	283,78	63,01	797,36	325,27	348,10	290,99	57,11
1977 1. Hj.	261,84	148,07	96,52	17,25	276,88	108,06	126,69	104,43	22,26
2. Hj.	290,73	168,95	103,31	18,47	304,85	126,61	130,13	107,08	23,05
1978 1. Hj.	276,82	157,23	100,60	18,99	293,85	116,13	135,08	110,67	24,41
2. Hj.	310,83	177,56	111,48	21,79	326,22	136,41	139,25	111,53	27,72
1979 1. Hj.	297,07	166,21	108,99	21,87	315,07	125,82	144,32	117,80	26,52
2. Hj.	335,48	192,25	119,97	23,26	355,27	147,68	147,83	118,68	29,15
1980 1. Hj.	321,32	179,77	118,05	23,50	343,64	137,48	152,33	125,09	27,24
2. Hj.	356,58	201,48	129,41	25,69	380,92	160,42	156,20	127,55	28,65
1981 1. Hj.	335,37	181,15	127,87	26,35	368,42	148,60	163,50	135,89	27,61
2. Hj.	372,88	205,33	140,18	27,37	399,48	169,56	166,67	138,15	28,52
1982 1. Hj.	357,49	185,29	136,33	35,87	382,38	152,53	171,57	144,95	26,62
2. Hj.	384,55	209,96	147,45	27,14	414,98	172,74	176,53	146,04	30,49
1983 1. Hj.	367,18	190,91	137,68	38,59	393,63	154,81	177,01	148,32	28,69

¹⁾ Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

²⁾ Empfangene Vermögenseinkommen, empfangene Vermögensübertragungen, Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.

³⁾ Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, unter anderem auch Sachleistungen der Sozialversicherung (insbesondere der gesetzlichen Krankenversicherung) und der Gebietskörperschaften im Rahmen der Sozialhilfe und Jugendhilfe.

Tabelle 32*

gaben des Staates ¹⁾)

gaben			Finanzierungs-saldo ⁶⁾)	Nachrichtlich				Zeitraum
Zinsen ⁵⁾)	Brutto-investitionen	Ver-mögens-über-tragungen		Brutto-sozial-produkt in jeweiligen Preisen	Produktions-potential in jeweiligen Preisen ⁷⁾)	Staats-quote ⁸⁾)	Abgaben-quote ⁹⁾)	
DM						vH		
2,19	9,72	4,70	+ 9,21	303,00	304,0	32,8	33,3	1960
2,21	11,44	7,09	+ 9,25	331,40	334,8	33,9	34,5	1961
2,41	14,28	9,04	+ 5,18	360,50	368,3	35,2	35,0	1962
2,65	17,11	6,40	+ 3,41	382,10	397,3	35,3	35,2	1963
2,90	20,88	7,42	+ 3,01	419,60	428,9	35,7	34,7	1964
3,23	20,86	7,92	- 2,76	458,20	466,2	36,5	34,1	1965
4,12	21,20	7,41	- 0,87	487,40	505,3	35,9	34,6	1966
5,19	18,87	7,92	- 7,00	493,70	529,2	36,6	35,2	1967
5,38	20,68	8,04	- 4,31	533,70	555,4	38,0	36,0	1968
5,84	23,73	10,72	+ 6,52	597,80	599,4	38,9	37,4	1969
6,55	31,29	12,51	+ 1,35	675,70	675,3	39,1	36,5	1970
7,34	33,87	15,61	- 1,21	751,80	763,5	39,9	37,5	1971
8,43	33,85	17,49	- 4,36	825,10	842,0	40,5	38,0	1972
10,17	35,13	18,74	+ 11,03	918,90	932,5	41,4	40,3	1973
12,15	40,13	21,62	- 12,78	985,60	1 025,3	43,4	40,9	1974
14,17	40,35	22,76	- 58,55	1 028,90	1 114,6	45,7	40,9	1975
17,44	39,44	27,97	- 38,66	1 123,00	1 176,4	46,4	42,1	1976
20,41	39,73	30,10	- 29,16	1 196,30	1 245,2	46,7	43,2	1977
21,52	43,56	28,12	- 32,42	1 290,00	1 322,8	46,9	42,4	1978
24,09	49,55	31,05	- 37,79	1 395,30	1 405,3	47,7	42,1	1979
28,79	55,64	33,70	- 46,66	1 485,70	1 501,1	48,3	42,3	1980
35,44	52,43	31,70	- 59,65	1 542,90	1 597,3	48,1	42,4	1981
43,64	47,67	32,68	- 55,32	1 597,70	1 695,5	47,0	42,5	1982 ¹⁰⁾)
10,59	17,57	13,97	- 15,04	569,20				1977 1. Hj.
9,82	22,16	16,13	- 14,12	627,10				2. Hj.
11,38	19,00	12,26	- 17,03	610,00				1978 1. Hj.
10,14	24,56	15,86	- 15,39	680,00				2. Hj.
12,49	20,56	11,88	- 18,00	657,90				1979 1. Hj.
11,60	28,99	19,17	- 19,79	737,40				2. Hj.
14,58	24,93	14,32	- 22,32	710,40				1980 1. Hj.
14,21	30,71	19,38	- 24,34	775,30				2. Hj.
19,38	23,80	13,14	- 33,05	730,90				1981 1. Hj.
16,06	28,63	18,56	- 26,60	812,00				2. Hj.
24,17	20,99	13,12	- 24,89	761,70				1982 1. Hj. ¹⁰⁾)
19,47	26,68	19,56	- 30,43	836,00				2. Hj.
27,73	19,15	14,93	- 26,45	788,80				1983 1. Hj. ¹⁰⁾)

⁴⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.⁵⁾ Zinsen auf öffentliche Schulden.⁶⁾ Überschuß: +, Defizit: -.⁷⁾ Produktionspotential in Preisen von 1976, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.⁸⁾ Ausgaben des Staates in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.⁹⁾ Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.¹⁰⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 33*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung
Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland ⁴⁾	Finanzielle Sektoren zusammen ⁵⁾	Sektoren insgesamt ⁶⁾
	private Haushalte	Unternehmen			Gebietskörperschaften ²⁾	Sozialversicherung ³⁾	zusammen ¹⁾			
		einschl. ¹⁾	ohne	Wohnungswirtschaft						
I. Ersparnis und Vermögensübertragungen										
1960	16,11	27,99	20,29	7,70	14,94	2,79	61,83	- 3,95	1,27	59,15
1961	19,09	24,32	16,49	7,83	14,32	5,10	62,83	- 2,32	2,53	63,04
1962	19,32	27,52	20,57	6,95	14,79	3,30	64,93	1,29	1,13	67,35
1963	23,00	22,10	14,78	7,32	15,92	3,07	64,09	- 0,17	1,40	65,32
1964	28,39	27,14	17,93	9,21	18,42	3,77	77,72	- 0,17	1,59	79,14
1965	34,44	28,02	18,50	9,52	12,46	3,71	78,63	6,62	2,04	87,29
1966	33,91	27,58	16,02	11,56	14,79	3,42	79,70	- 0,42	2,42	81,70
1967	31,93	29,90	16,53	13,37	10,63	- 1,00	71,46	-10,20	1,90	63,16
1968	38,64	33,53	19,51	14,02	14,32	- 0,32	86,17	-11,57	2,24	76,84
1969	45,46	29,73	19,47	10,26	26,36	1,14	102,69	- 7,81	3,12	98,00
1970	54,67	32,68	21,11	11,57	22,88	6,49	116,72	- 3,00	4,51	118,22
1971	60,01	30,95	14,32	16,63	21,51	7,44	119,91	- 1,57	4,74	123,08
1972	69,60	30,67	15,89	14,78	16,50	8,81	125,58	- 2,42	5,45	128,61
1973	72,28	27,38	16,27	11,11	27,71	13,79	141,16	-11,08	7,09	137,17
1974	83,24	20,85	3,39	17,46	17,18	4,76	126,03	-26,19	11,41	111,25
1975	96,32	14,58	1,39	13,19	-21,51	- 2,40	86,99	- 9,70	9,68	86,97
1976	87,15	30,77	17,08	13,69	- 6,64	1,21	112,49	- 8,37	10,14	114,26
1977	83,41	28,59	18,91	9,68	6,97	- 3,22	115,75	- 7,76	11,47	119,46
1978	86,04	45,02	43,30	1,72	5,50	- 1,75	134,81	-16,93	14,01	131,89
1979	97,73	43,85	45,57	- 1,72	3,23	- 0,28	144,53	13,32	17,65	175,50
1980	107,95	19,83	15,98	3,85	- 4,09	3,88	127,57	31,85	22,71	182,13
1981	121,82	6,15	0,19	5,96	-26,32	7,07	108,72	19,00	22,12	149,84
1982	119,24	14,73	3,77	10,96	-26,12	8,34	116,19	- 6,75	25,34	134,78
1983 1. Hj.)	53,81	22,63	20,23	2,40	-11,70	- 1,59	63,15	- 6,14	3,15	60,16
II. Nettoinvestitionen⁷⁾ (Sachvermögensbildung)										
1960	—	49,82	32,51	17,31	8,41	0,19	58,42	—	0,73	59,15
1961	—	51,92	32,94	18,98	10,06	0,14	62,12	—	0,92	63,04
1962	—	53,48	33,05	20,43	12,67	0,21	66,36	—	0,99	67,35
1963	—	48,77	27,73	21,04	15,33	0,21	64,31	—	1,01	65,32
1964	—	58,88	34,06	24,82	18,95	0,19	78,02	—	1,12	79,14
1965	—	67,02	40,36	26,66	18,72	0,20	85,94	—	1,36	87,29
1966	—	61,11	32,77	28,34	18,78	0,27	80,16	—	1,54	81,70
1967	—	45,09	17,76	27,33	16,34	0,26	61,69	—	1,47	63,16
1968	—	56,97	29,61	27,36	18,00	0,20	75,17	—	1,67	76,84
1969	—	74,94	46,80	28,14	20,78	0,21	95,93	—	2,08	98,00
1970	—	87,98	55,94	32,04	27,76	0,26	116,00	—	2,22	118,22
1971	—	90,45	50,61	39,84	29,84	0,28	120,57	—	2,51	123,08
1972	—	95,99	47,17	48,82	29,34	0,34	125,67	—	2,94	128,61
1973	—	103,59	51,56	52,03	29,86	0,62	134,07	—	3,10	137,17
1974	—	72,68	29,61	43,07	34,32	0,59	107,59	—	3,66	111,25
1975	—	48,63	12,56	36,07	34,07	0,58	83,28	—	3,69	86,97
1976	—	77,41	37,10	40,31	32,76	0,50	110,67	—	3,59	114,26
1977	—	83,28	39,98	43,30	32,49	0,51	116,28	—	3,18	119,46
1978	—	93,19	46,45	46,74	35,71	0,48	129,38	—	2,51	131,89
1979	—	131,99	77,22	54,77	41,03	0,30	173,32	—	2,19	175,50
1980	—	132,66	70,73	61,93	45,92	0,42	179,00	—	3,13	182,13
1981	—	103,73	44,08	59,65	42,33	0,38	146,44	—	3,41	149,84
1982	—	93,87	40,13	53,74	36,01	0,84	130,72	—	4,06	134,78
1983 1. Hj.)	—	44,96	20,74	24,22	13,10	0,44	58,50	—	1,66	60,16
III. Geldvermögensbildung										
1960	17,60	6,75	6,25	0,81	9,50	2,67	35,96	8,35	34,80	79,12
1961	20,41	9,82	9,84	0,27	9,52	4,77	42,52	3,60	41,71	87,83
1962	21,53	5,80	6,53	- 0,42	5,70	3,04	35,72	5,02	33,02	73,76
1963	24,45	8,67	8,86	0,22	7,03	2,86	42,42	7,32	41,46	91,20
1964	29,72	10,54	10,57	0,45	6,38	3,58	49,18	8,02	42,85	100,05
1965	36,28	11,56	12,06	- 0,04	3,37	3,54	53,25	10,33	47,88	111,46
1966	34,59	8,53	8,76	0,33	4,73	3,19	49,59	7,83	46,26	103,67
1967	33,75	18,71	18,95	0,28	10,25	- 1,12	59,98	4,68	60,05	124,71
1968	42,06	17,88	17,54	0,62	8,41	- 0,61	68,44	12,99	78,54	159,97
1969	50,58	19,21	19,89	- 0,32	6,89	0,86	78,15	12,27	81,48	171,90
1970	59,02	22,76	23,54	- 0,56	4,12	6,21	91,74	33,37	102,22	227,33
1971	67,22	30,47	30,71	0,11	7,14	7,24	110,03	21,62	113,23	244,88

¹⁾ Bei der Summenbildung wurden innersektorale Ströme nicht mitaddiert. — ²⁾ Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.

³⁾ Einschließlich Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — ⁴⁾ Einschließlich DDR.

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland ⁴⁾	Finanzielle Sektoren zusammen ¹⁾³⁾	Sektoren insgesamt ¹⁾
	private Haushalte	Unternehmen			Gebietskörperschaften ²⁾	Sozialversicherung ³⁾	zusammen ¹⁾			
		einschl. ¹⁾	ohne	Wohnungswirtschaft						
noch: III. Geldvermögensbildung										
1972	80,04	35,41	35,32	0,64	3,93	8,55	125,96	19,70	137,56	283,22
1973	77,56	25,21	24,99	0,75	17,83	13,04	129,72	26,65	131,44	287,81
1974	83,64	33,15	33,89	- 0,36	8,22	4,20	127,68	16,33	116,03	260,04
1975	103,97	31,59	31,92	- 0,14	13,96	-0,47	141,86	28,34	166,68	336,89
1976	101,77	45,17	44,68	0,55	2,34	0,67	154,99	36,86	157,57	349,41
1977	98,56	40,17	39,01	1,00	9,41	-3,70	146,49	30,10	167,30	343,89
1978	104,46	51,77	49,99	1,50	12,53	-2,16	168,21	40,28	225,01	433,49
1979	118,20	44,72	42,56	1,80	4,10	-0,64	167,01	41,02	185,99	394,02
1980	120,38	37,91	35,64	2,00	4,63	3,54	167,03	61,71	188,70	417,44
1981	129,12	58,43	56,12	2,00	7,51	6,75	201,97	68,94	216,32	487,24
1982	128,29	45,86	43,37	2,20	7,39	7,37	189,17	34,70	201,87	425,74
1983 1. Hj. } ⁶⁾	59,55	14,31	12,85	1,30	- 2,96	-2,03	68,61	8,55	84,30	161,46
IV. Kreditaufnahme und Aktienemission										
1960	1,49	28,58	18,47	10,42	2,97	0,07	32,55	12,30	34,26	79,12
1961	1,32	37,41	26,28	11,42	5,26	-0,19	41,80	5,92	40,11	87,83
1962	2,21	31,76	19,01	13,06	3,58	-0,05	37,15	3,73	32,88	73,76
1963	1,45	35,34	21,81	13,94	6,44	0,00	42,64	7,49	41,08	91,20
1964	1,33	42,28	26,70	16,06	6,91	0,00	49,48	8,19	42,38	100,05
1965	1,84	50,55	33,91	17,10	9,63	0,03	60,55	3,71	47,19	111,46
1966	0,68	42,06	25,51	17,11	8,72	0,04	50,05	8,25	45,38	103,67
1967	1,82	33,90	20,18	14,24	15,96	0,14	50,21	14,88	59,62	124,71
1968	3,42	41,32	27,64	13,96	12,09	-0,09	57,44	24,56	77,98	159,97
1969	5,12	64,41	47,22	17,56	1,31	-0,07	71,38	20,08	80,43	171,90
1970	4,35	78,07	58,38	19,91	9,00	-0,02	91,02	36,37	99,94	227,33
1971	7,21	89,97	67,00	23,32	15,47	0,08	110,70	23,19	111,00	244,88
1972	10,44	100,73	66,60	34,68	16,77	0,08	126,05	22,12	135,05	283,22
1973	5,28	101,43	60,28	41,67	19,98	-0,13	122,63	37,73	127,45	287,81
1974	0,40	84,98	60,11	25,25	25,36	0,02	109,25	42,52	108,27	260,04
1975	7,65	65,64	43,10	22,74	69,54	2,51	138,15	38,04	160,69	336,89
1976	14,62	91,81	64,70	27,17	41,74	-0,04	153,17	45,23	151,02	349,41
1977	15,15	94,87	60,09	34,62	34,94	0,03	147,02	37,86	159,01	343,89
1978	18,42	99,94	53,14	46,52	42,75	0,06	162,78	57,21	213,50	433,49
1979	20,47	132,85	74,20	58,29	41,90	-0,05	195,79	27,70	170,53	394,02
1980	12,43	150,75	90,39	60,08	54,63	0,09	218,47	29,86	169,11	417,44
1981	7,30	156,01	100,00	55,69	76,15	0,07	239,69	49,94	197,61	487,24
1982	9,05	125,00	79,73	44,98	69,52	-0,13	203,70	41,45	180,59	425,74
1983 1. Hj. } ⁶⁾	5,74	36,65	13,36	23,12	21,84	0,00	63,96	14,69	82,81	161,46
V. Finanzierungssaldo ⁶⁾ (= I. ./ II. oder III. ./ IV.)										
1960	16,11	- 21,83	-12,22	- 9,61	6,53	2,60	3,41	- 3,95	0,54	—
1961	19,09	- 27,60	-16,45	-11,15	4,26	4,96	0,71	- 2,32	1,61	—
1962	19,32	- 25,96	-12,48	-13,48	2,12	3,09	- 1,43	1,29	0,14	—
1963	23,00	- 26,67	-12,95	-13,72	0,59	2,86	- 0,22	- 0,17	0,39	—
1964	28,39	- 31,74	-16,13	-15,61	- 0,53	3,58	- 0,30	- 0,17	0,47	—
1965	34,44	- 39,00	-21,86	-17,14	- 6,26	3,51	- 7,31	6,62	0,69	—
1966	33,91	- 33,53	-16,75	-16,78	- 3,99	3,15	- 0,46	- 0,42	0,88	—
1967	31,93	- 15,19	- 1,23	-13,96	- 5,71	-1,26	9,77	-10,20	0,43	—
1968	38,64	- 23,44	-10,10	-13,34	- 3,68	-0,52	11,00	-11,57	0,57	—
1969	45,46	- 45,21	-27,33	-17,88	5,58	0,93	6,77	- 7,81	1,05	—
1970	54,67	- 55,31	-34,84	-20,47	- 4,88	6,23	0,71	- 3,00	2,29	—
1971	60,01	- 59,50	-36,29	-23,21	- 8,33	7,16	- 0,66	- 1,57	2,23	—
1972	69,60	- 65,32	-31,28	-34,04	-12,84	8,47	- 0,09	- 2,42	2,51	—
1973	72,28	- 76,21	-35,29	-40,92	- 2,15	13,17	7,09	-11,08	3,99	—
1974	83,24	- 51,83	-26,22	-25,61	-17,14	4,17	18,44	-26,19	7,75	—
1975	96,32	- 34,05	-11,17	-22,88	-55,58	-2,98	3,71	- 9,70	5,99	—
1976	87,15	- 46,64	-20,02	-26,62	-39,40	0,71	1,82	- 8,37	6,55	—
1977	83,41	- 54,70	-21,08	-33,62	-25,52	-3,73	- 0,54	- 7,76	8,30	—
1978	86,04	- 48,17	- 3,15	-45,02	-30,21	-2,23	5,43	-16,93	11,50	—
1979	97,73	- 88,13	-31,64	-56,49	-37,80	-0,58	-28,78	13,32	15,46	—
1980	107,95	-112,84	-54,76	-58,08	-50,01	3,46	-51,44	31,85	19,59	—
1981	121,82	- 97,58	-43,89	-53,69	-68,65	6,69	-37,72	19,00	18,72	—
1982	119,24	- 79,14	-36,36	-42,78	-62,13	7,50	-14,53	- 6,75	21,28	—
1983 1. Hj. } ⁶⁾	53,81	- 22,33	- 0,51	-21,82	-24,80	-2,03	4,65	- 6,14	1,49	—

¹⁾ Banken, Bausparkassen, Versicherungen (einschließlich Pensionskassen). — ²⁾ Vorläufige Ergebnisse. — ³⁾ Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen. — ⁴⁾ Finanzierungüberschuß bzw. -defizit (-) oder Nettoveränderungen der Forderungen bzw. Verpflichtungen.

Tabelle 34*

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte¹⁾

Mrd DM

Zeitraum	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungs-saldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personal-ausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
Öffentlicher Gesamthaushalt										
1962	106,48	27,38	23,23	2,96	16,55	104,83	86,66	.	- 1,80	2,16
1963	116,34	30,36	24,35	2,75	19,09	110,88	91,63	.	- 5,29	5,42
1964	127,15	33,13	27,86	3,05	22,44	121,45	100,05	.	- 5,56	5,40
1965	139,30	37,38	33,29	3,49	23,47	129,87	106,16	.	- 9,37	6,92
1966	145,02	41,58	35,33	4,37	23,36	137,44	112,71	.	- 7,66	5,82
1967	153,79	44,12	36,87	5,38	22,78	141,68	114,98	.	- 12,11	12,96
1968	158,83	46,87	40,96	5,65	23,04	151,29	122,01	.	- 7,38	10,71
1969	174,55	52,85	43,15	6,24	26,39	176,93	145,59	.	+ 2,45	2,46
1970	196,32	61,42	46,87	6,79	32,24	188,29	154,04	.	- 8,09	6,49
1971	226,48	73,36	53,02	7,67	37,57	211,18	172,26	.	- 15,61	13,93
1972	252,13	81,87	60,88	8,77	39,13	239,22	196,98	.	- 13,09	15,38
1973	280,49	93,90	67,16	10,51	41,35	271,47	224,83	.	- 8,82	11,40
1974	318,26	108,71	76,03	12,44	46,13	290,88	239,59	.	- 27,26	22,46
1975	360,51	118,11	99,06	14,51	46,03	296,64	242,08	.	- 63,85	53,63
1976	376,76	124,24	105,04	17,81	43,63	328,70	267,51	.	- 48,03	46,75
1977	395,17	132,07	109,69	20,65	43,21	364,00	299,05	.	- 31,18	31,69
1978	433,40	140,94	122,20	21,74	47,56	393,74	318,96	.	- 39,62	40,65
1979	469,85	150,46	128,43	24,73	53,32	423,50	342,71	.	- 46,57	43,44
1980	509,24	162,47	137,67	29,35	60,00	452,14	364,90	.	- 57,07	53,76
1981	542,15	172,67	152,51	36,39	57,47	465,57	370,33	.	- 76,56	69,56
1982	561,61	177,06	156,91	44,70	51,28	491,29	378,60	.	- 70,29	68,36
Bund										
1962	49,87	6,55	14,44	0,91	2,95	49,41	45,54	1,00	- 0,61	0,30
1963	54,76	7,43	14,87	0,99	3,43	52,37	49,42	0,07	- 2,22	1,97
1964	58,15	8,18	17,97	1,12	3,68	57,75	54,55	0,15	- 0,26	0,58
1965	64,19	9,11	22,42	1,17	3,77	63,12	59,03	0,15	- 1,00	0,11
1966	66,88	10,24	23,92	1,53	3,88	65,76	62,25	0,16	- 1,19	0,22
1967	74,64	10,90	25,26	2,01	4,67	67,04	63,12	0,17	- 7,61	6,64
1968	75,77	11,42	28,11	1,92	4,15	70,69	66,18	0,16	- 4,92	5,76
1969	82,26	12,83	30,40	2,19	5,01	83,37	78,59	0,09	+ 1,18	0,00
1970	87,99	14,55	32,59	2,46	5,64	88,40	83,71	0,10	+ 0,35	1,11
1971	98,48	17,02	35,19	2,60	6,41	97,40	92,23	0,11	- 1,39	1,44
1972	111,10	18,96	39,70	2,80	6,63	106,34	101,71	0,13	- 4,79	3,98
1973	122,56	21,27	43,19	3,33	6,49	119,79	114,96	0,15	- 2,59	2,68
1974	134,04	24,03	47,33	4,23	7,10	123,57	118,66	0,16	- 10,35	9,48
1975	158,80	25,45	62,18	5,21	7,81	123,79	119,21	0,19	- 34,99	29,93
1976	165,20	26,25	65,80	6,88	7,01	136,63	130,90	0,21	- 28,54	25,78
1977	172,39	27,47	66,62	8,54	7,21	149,76	144,00	0,24	- 22,64	21,82
1978	189,66	28,77	75,30	9,56	7,66	163,15	154,09	0,26	- 26,47	26,09
1979	203,41	30,17	78,62	11,26	7,98	177,52	166,14	0,27	- 26,10	25,66
1980	215,72	32,14	83,29	13,97	8,21	188,09	176,18	0,61	- 27,61	27,12
1981	232,99	34,08	92,68	18,00	7,28	195,03	180,45	0,38	- 37,94	37,39
1982	244,65	34,40	95,49	22,11	6,96	206,97	183,11	0,35	- 37,66	37,18

¹⁾ Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände in der Abgrenzung der Finanzstatistik. Bis 1981 Rechnungsergebnisse, für die Gemeinden jedoch noch für 1981 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik, zuzüglich nicht mehr erfaßte Krankenhäuser der Länder und Gemeinden; für 1982 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik einschließlich Sonderrechnungen der Länder sowie Krankenhäuser der Länder und Gemeinden; mit dem Jahr 1981 nur bedingt vergleichbar.

noch Tabelle 34*

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte¹⁾

Mrd DM

Zeitraum	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungs-saldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personal-ausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
	Länder ²⁾									
1962	43,51	14,03	5,06	0,66	3,09	43,67	28,89	6,54	+ 0,16	- 0,44
1963	45,96	15,43	5,27	0,64	3,57	45,13	29,77	6,93	- 0,83	- 0,05
1964	50,18	16,77	5,15	0,64	4,28	48,48	32,20	6,94	- 1,70	1,27
1965	54,55	19,02	5,45	0,77	4,68	50,48	33,66	7,02	- 4,07	2,67
1966	57,88	21,02	5,46	0,96	4,66	54,12	36,26	7,56	- 3,75	2,62
1967	60,15	22,32	5,62	1,25	4,52	56,70	37,60	7,59	- 3,44	3,89
1968	63,38	23,86	6,82	1,48	4,53	62,25	40,92	9,02	- 1,14	2,27
1969	67,78	26,88	6,41	1,61	4,94	69,45	48,35	8,37	+ 1,68	- 0,34
1970	77,65	31,65	7,28	1,68	6,40	74,59	52,16	8,28	- 3,06	2,16
1971	89,53	38,08	8,26	2,00	6,96	84,00	58,56	9,66	- 5,54	4,88
1972	100,38	42,38	9,31	2,32	6,73	98,95	69,23	11,53	- 1,44	3,55
1973	115,85	48,94	10,76	2,70	7,37	113,87	79,22	13,18	- 1,98	2,58
1974	134,05	56,82	12,91	3,15	8,66	124,95	87,35	13,89	- 9,10	7,74
1975	146,28	62,30	16,09	3,88	8,59	126,40	85,57	15,31	-19,88	17,00
1976	154,39	66,17	16,39	5,22	8,12	138,88	94,95	16,23	-15,51	15,87
1977	161,60	70,84	17,30	6,38	8,38	153,49	107,76	17,69	- 8,10	8,44
1978	176,52	75,39	19,22	6,88	8,75	164,12	115,55	18,58	-12,40	12,52
1979	191,83	80,80	20,10	7,93	9,35	177,24	125,10	20,40	-14,60	13,34
1980	208,61	87,44	22,26	8,95	10,56	186,17	130,75	21,72	-22,44	21,15
1981	216,54	92,77	23,26	10,88	10,01	190,49	131,55	23,24	-26,05	24,57
1982	223,87	95,69	24,09	13,83	9,84	199,20	135,88	23,82	-24,65	24,03
	Gemeinden und Gemeindeverbände ³⁾									
1962	28,04	6,80	2,15	0,79	10,51	26,93	10,12	5,97	- 1,11	2,20
1963	31,48	7,50	2,65	0,90	12,09	29,33	10,61	6,54	- 2,16	2,75
1964	35,81	8,19	3,04	1,07	14,47	32,28	11,34	7,10	- 3,53	3,50
1965	39,02	9,25	3,60	1,30	15,02	34,70	11,81	7,73	- 4,33	4,34
1966	41,03	10,32	4,17	1,59	14,81	37,66	12,66	8,45	- 3,36	3,32
1967	41,02	10,91	4,33	1,81	13,59	39,49	12,70	8,66	- 1,53	2,50
1968	43,19	11,59	4,35	1,92	14,36	41,48	13,32	8,89	- 1,71	2,40
1969	48,42	13,13	4,73	2,08	16,44	48,17	17,16	9,55	- 0,25	2,71
1970	56,49	15,22	5,38	2,40	20,20	50,83	16,60	10,51	- 5,66	3,45
1971	67,42	18,26	6,50	2,81	24,20	58,47	19,18	11,80	- 8,95	7,73
1972	74,72	20,53	8,10	3,39	25,77	67,82	23,13	13,71	- 6,90	7,99
1973	84,08	23,69	8,98	4,21	27,50	79,13	27,28	15,96	- 4,94	6,96
1974	95,85	27,86	11,09	4,85	30,37	87,55	29,54	17,14	- 8,29	5,67
1975	101,23	30,36	12,86	5,25	29,64	92,03	30,22	18,00	- 9,20	6,76
1976	104,08	31,82	14,04	5,53	28,51	100,15	33,86	18,29	- 3,93	5,03
1977	107,65	33,77	15,08	5,58	27,62	106,30	38,06	20,47	- 1,35	2,57
1978	118,19	36,78	16,15	5,28	31,16	116,58	39,68	23,25	- 1,61	2,98
1979	130,35	39,49	16,95	5,66	35,99	125,06	41,10	25,57	- 5,29	3,93
1980	145,47	42,89	19,04	6,57	41,23	139,83	47,26	28,39	- 5,65	4,34
1981	152,63	45,82	22,12	7,61	40,19	141,61	46,11	29,62	-11,01	6,13
1982	152,70	46,97	22,35	8,69	34,48	145,17	46,99	29,86	- 7,52	6,60

²⁾ Einschließlich staatlicher Krankenhäuser und Sonderrechnungen.³⁾ Einschließlich kommunaler Krankenhäuser.

Quelle: BMF

Tabelle 35*

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum	Ins-gesamt ¹⁾	Darunter								
		Lohn-steuer	Veran-lagte Ein-kommen-steuer	Körper-schaft-steuer	Steuern vom Umsatz ²⁾	Mineral-öl-steuer	Tabak-steuer	Ver-mögen-steuer	Kraft-fahr-zeug-steuer	Ge-werbe-steuer ³⁾
1950	21 089	1 807	2 087	1 449	4 987	73	2 160	130	349	1 247
1951	27 292	2 797	2 303	2 273	7 148	463	2 404	142	409	1 963
1952	33 234	3 658	3 925	2 780	8 736	590	2 334	178	470	2 623
1953	36 537	3 740	4 870	2 990	9 104	734	2 326	405	531	3 097
1954	38 292	3 875	4 588	3 071	9 766	781	2 304	620	599	3 342
1955	42 316	4 402	4 352	3 111	11 336	1 136	2 560	534	728	3 727
1956	46 988	5 402	4 728	3 637	12 437	1 415	2 781	758	837	4 222
1957	50 275	5 289	5 879	4 506	12 882	1 642	2 933	818	967	5 047
1958	52 400	5 932	5 473	5 190	13 507	1 665	3 093	888	1 082	5 261
1959	58 880	5 855	7 323	5 118	14 943	2 145	3 265	1 116	1 216	6 468
1960	68 448	8 102	8 963	6 510	16 851	2 664	3 537	1 100	1 475	7 433
1961	78 529	10 453	10 817	7 473	18 610	3 325	3 892	1 419	1 678	8 147
1962	86 381	12 315	12 218	7 790	19 978	3 699	4 205	1 798	1 888	8 770
1963	91 082	13 844	13 451	7 688	20 733	4 139	4 311	1 673	2 134	9 273
1964	99 388	16 092	14 101	8 018	22 581	6 071	4 416	1 931	2 372	9 952
1965	105 463	16 738	14 798	8 170	24 814	7 428	4 697	1 880	2 624	10 283
1966	112 451	19 055	16 075	7 687	25 877	8 016	4 982	1 994	2 853	11 091
1967	114 631	19 558	15 782	7 061	22 500	9 423	5 801	2 421	3 059	10 991
1968	121 809	22 080	16 273	8 553	25 669	9 875	5 992	2 261	3 243	11 584
1969	145 288	27 057	16 989	10 895	34 099	10 601	6 233	2 458	3 507	15 386
1970	154 137	35 086	16 001	8 717	38 564	11 512	6 537	2 877	3 830	12 117
1971	172 409	42 803	18 340	7 167	43 365	12 417	6 863	3 123	4 156	14 118
1972	197 003	49 770	23 140	8 495	47 027	14 227	7 826	2 994	4 722	17 023
1973	224 803	61 255	26 452	10 887	49 489	16 589	8 872	3 234	4 989	20 312
1974	239 581	71 960	26 793	10 403	51 171	16 052	8 952	3 410	5 159	21 568
1975	242 068	71 191	28 001	10 054	54 083	17 121	8 886	3 339	5 303	20 897
1976	268 076	80 609	30 860	11 840	58 460	18 121	9 379	3 917	5 630	23 334
1977	299 444	90 773	35 508	16 830	62 684	19 184	9 803	4 995	5 929	26 482
1978	319 101	92 013	37 426	19 824	73 266	20 463	10 459	4 525	6 282	27 329
1979	342 823	97 067	37 551	22 912	84 206	21 140	10 701	4 482	7 576	28 384
1980	364 991	111 559	36 796	21 323	93 448	21 351	11 288	4 664	6 585	27 960
1981	370 319	116 559	32 928	20 162	97 789	22 180	11 253	4 687	6 593	26 069
1982	378 702	123 407	30 602	21 458	97 717	22 835	12 208	4 982	6 689	26 103
1980 1. Vj.	86 033	23 763	9 471	5 627	23 983	3 497	1 819	1 170	1 328	7 659
2. Vj.	85 615	24 801	8 382	5 425	22 235	5 209	2 716	1 157	1 528	6 871
3. Vj.	91 865	29 218	9 077	5 123	22 096	5 374	2 844	1 121	2 097	6 685
4. Vj.	101 478	33 776	9 866	5 147	25 135	7 270	3 909	1 216	1 632	6 746
1981 1. Vj.	87 605	25 533	9 246	5 081	25 893	3 236	1 622	1 081	1 411	6 334
2. Vj.	86 212	25 202	7 260	5 064	23 289	5 140	2 881	1 112	1 665	6 651
3. Vj.	93 301	30 946	7 651	4 619	23 185	6 048	2 765	1 170	1 944	6 432
4. Vj.	103 201	34 878	8 771	5 399	25 422	7 756	3 985	1 323	1 574	6 653
1982 1. Vj.	87 952	27 081	8 096	4 982	25 554	3 417	1 770	1 215	1 470	6 264
2. Vj.	90 337	27 569	6 436	5 330	24 005	5 721	3 178	1 254	1 813	6 694
3. Vj.	94 619	31 882	7 607	5 416	22 887	5 841	2 722	1 227	1 850	6 520
4. Vj.	105 794	36 875	8 463	5 730	25 272	7 857	4 538	1 286	1 556	6 624
1983 1. Vj.	91 858	28 750	7 629	5 208	26 660	3 579	2 108	1 252	1 603	6 698
2. Vj.	91 665	28 485	5 714	5 819	24 694	5 384	3 342	1 231	1 915	6 536
3. Vj. ⁵⁾	...	32 895	7 076	5 315	25 990	6 075	3 658	1 199	1 904	...

¹⁾ Von 1957 bis 1969 ohne buchmäßige Mehreinnahmen aus Regierungskäufen im Ausland; 1970 ohne, ab 1971 einschließlich Zölle auf Regierungskäufe im Ausland; von 1969 bis 1971 ohne Vergütungen an die Importeure aufgrund des Absicherungsgesetzes; 1973 und 1974 ohne Stabilitätzuschlag und Investitionsteuer.

²⁾ Bis 1967 Umsatzsteuer, Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; ab 1968 Umsatzsteuer (MwSt) und Einfuhrumsatzsteuer, 1969 bis 1972 einschließlich Straßengüterverkehrssteuer. Ohne Versicherungssteuer.

³⁾ Einschließlich Lohnsummensteuer.

⁴⁾ Ohne Saarland.

⁵⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: BMF

Tabelle 36*

Verschuldung der öffentlichen Haushalte¹⁾

Mio DM

Ende des Zeitraums	Insgesamt ²⁾	Nach Kreditnehmern			Nach ausgewählten Schuldarten			
		Bund ³⁾	Länder ⁴⁾	Gemeinden ⁵⁾	Anleihen ⁶⁾	Direktausleihungen der Kreditinstitute ⁷⁾	Darlehen von Nichtbanken	
							Sozialversicherungen ⁸⁾	sonstige
1950	20 634	7 290	12 844	500	—	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	16 726	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	17 894	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 943	17 868	15 523	4 670	2 022	3 660	2 019	1 371
1956	41 892	17 614	15 741	5 610	1 726	4 340	2 239	1 623
1957	43 614	19 723	13 963	7 010	1 780	5 410	2 433	1 835
1958	46 122	20 077	14 708	8 370	2 303	7 575	2 483	1 883
1959	49 084	20 986	14 920	9 630	3 058	9 450	2 472	1 998
1960	52 182	22 572	14 695	11 169	3 528	10 600	2 667	2 604
1961	56 564	25 941	13 903	12 805	4 810	11 693	4 687	2 811
1962	59 984	27 256	13 402	15 068	5 700	13 227	4 880	3 235
1963	66 687	30 136	13 329	17 686	7 712	15 582	5 066	4 399
1964	73 107	31 338	14 291	21 264	8 974	19 656	5 657	5 121
1965	82 981	33 017	17 401	25 844	11 195	24 749	6 591	6 339
1966	92 291	35 581	20 328	29 465	12 092	29 519	7 245	7 868
1967	107 175	43 468	24 188	31 986	14 230	34 114	8 387	8 690
1968	115 870	47 192	26 339	34 186	16 074	42 536	6 957	9 221
1969	116 141	45 360	25 771	36 663	16 266	50 051	6 101	9 884
1970	125 890	47 323	27 786	40 295	17 491	59 523	5 725	11 104
1971	140 399	48 764	33 037	47 927	20 249	70 665	6 511	12 592
1972	156 063	55 299	36 963	55 984	24 971	81 874	7 374	14 667
1973	167 754	61 356	39 462	63 003	27 379	92 077	14 392	6 222
1974	192 383	72 138	47 323	66 375	30 940	107 795	16 954	6 969
1975	256 389	108 502	67 001	74 411	40 680	150 139	18 426	7 638
1976	296 650	128 449	81 805	79 830	52 101	180 932	12 953	9 581
1977	328 484	150 150	89 583	83 345	63 498	195 219	10 342	10 925
1978	370 811	177 518	102 139	86 700	69 913	227 075	10 144	11 118
1979	413 935	202 632	115 900	90 406	81 414	262 087	10 125	12 517
1980	468 612	232 320	137 804	95 208	87 428	305 724	10 570	20 801
1981	545 617	273 114	165 150	102 639	89 404	378 817	10 691	23 835
1982	614 820	309 064	190 622	109 858	114 128	417 144	10 690	26 798
1982 Mär	566 149	288 293	168 857	104 100	95 145	391 228	10 758	24 761
Jun	571 152	286 941	173 723	105 500	99 147	394 305	10 718	24 998
Sep	588 166	296 619	179 404	107 100	105 823	402 067	10 568	26 059
Dez	614 820	309 064	190 622	109 858	114 128	417 144	10 690	26 798
1983 Mär	632 562	324 489	192 439	110 450	119 648	421 615	10 536	27 627
Jun	638 125	323 934	198 083	110 850	123 597	423 893	10 555	28 345

¹⁾ Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.²⁾ Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Auftragsfinanzierung ÖffA, Länder, Gemeinden. Änderungen der Berichterstattung werden in den Fußnoten 3 bis 8 erläutert.³⁾ Ab Ende 1972 einschließlich „Auftragsfinanzierung ÖffA“ und „Krankenhausfinanzierung“; ab 1980 einschließlich Lastenausgleichsfonds.⁴⁾ Ab 1978 einschließlich Nettokreditaufnahme für die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen.⁵⁾ Ab 1973 einschließlich Verschuldung der kommunalen Zweckverbände und der kommunalen Krankenhäuser. Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.⁶⁾ Einschließlich Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen; ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke. Ab Dezember 1981 ohne Kassenobligationen mit einer Laufzeit von über 4 Jahren.⁷⁾ Bis Ende 1973 Bankkredite, ab 1974 einschließlich bei ausländischen Stellen aufgenommene Darlehen.⁸⁾ Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe. Ab 1973 einschließlich Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 37*

Entwicklung der Geldbe
Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kredite an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland ³⁾			
	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute ²⁾			insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	
			zusammen	Unternehmen und Privatpersonen	öffentliche Haushalte			zusammen	darunter mittel- und langfristige
1963	+ 26,81	+0,98	+ 25,83	+ 22,37	+ 3,45	+ 3,30	+ 2,71	+ 0,59	+ 1,25
1964	+ 30,19	-1,03	+ 31,22	+ 25,14	+ 6,09	+ 1,67	+ 0,43	+ 1,24	+ 1,32
1965	+ 34,17	-0,43	+ 34,61	+ 27,54	+ 7,06	+ 0,47	- 1,31	+ 1,79	+ 1,24
1966	+ 28,20	+0,29	+ 27,91	+ 21,56	+ 6,36	+ 3,62	+ 1,90	+ 1,72	+ 1,14
1967	+ 32,89	+0,67	+ 32,22	+ 18,33	+13,89	+ 6,28	- 0,17	+ 6,45	+ 1,62
1968	+ 40,02	-2,05	+ 42,06	+ 30,90	+11,17	+10,93	+ 6,57	+ 4,36	+ 6,76
1969	+ 53,48	+0,67	+ 52,81	+ 51,22	+ 1,59	- 2,45	-10,28	+ 7,83	+12,00
1970	+ 50,53	-0,24	+ 50,77	+ 43,81	+ 6,97	+14,23	+21,60	- 7,36	- 0,29
1971	+ 69,05	-0,63	+ 69,68	+ 59,52	+10,16	+11,52	+15,91	- 4,40	- 3,28
1972	+ 86,41	-2,07	+ 88,48	+ 78,22	+10,26	+ 8,66	+15,49	- 6,83	- 6,39
1973	+ 67,55	+2,37	+ 65,18	+ 54,59	+10,59	+23,48	+26,49	- 3,01	- 7,71
1974	+ 59,77	-1,48	+ 61,25	+ 41,18	+20,07	+13,19	- 1,90	+15,09	+ 5,54
1975	+ 85,51	+6,62	+ 78,89	+ 30,87	+48,02	+16,84	- 2,22	+19,06	+15,90
1976	+ 91,21	-5,10	+ 96,31	+ 65,76	+30,55	+ 8,27	+ 8,74	- 0,48	+ 6,84
1977	+ 94,18	-1,62	+ 95,80	+ 69,11	+26,69	+10,15	+10,49	- 0,34	+ 8,25
1978	+125,37	+2,78	+122,59	+ 87,86	+34,73	+ 7,09	+19,77	-12,68	- 1,88
1979	+138,95	-1,95	+140,91	+112,38	+28,53	-21,84	- 4,85	-16,98	-12,14
1980	+126,32	+3,89	+122,43	+100,78	+21,65	-10,58	-27,93	+17,35	+ 7,35
1981	+132,04	+2,12	+129,92	+ 82,41	+47,51	+11,87	- 3,22	+15,09	+ 3,48
1982	+104,44	-1,68	+106,12	+ 66,16	+39,96	+ 4,48	+ 3,07	+ 1,41	+10,23
1980 1. Vj.	+ 10,01	+0,37	+ 9,65	+ 8,91	+ 0,74	- 0,30	-11,16	+10,86	+ 2,32
2. Vj.	+ 35,88	-1,17	+ 37,05	+ 29,57	+ 7,47	- 5,06	- 4,92	- 0,14	+ 0,05
3. Vj.	+ 19,95	+1,32	+ 18,64	+ 15,96	+ 2,67	- 2,39	- 2,08	- 0,30	+ 2,37
4. Vj.	+ 60,48	+3,37	+ 57,11	+ 46,34	+10,76	- 2,84	- 9,77	+ 6,93	+ 2,62
1981 1. Vj.	+ 19,45	-0,86	+ 20,31	+ 15,48	+ 4,83	- 2,56	+ 1,15	- 3,71	+ 0,31
2. Vj.	+ 32,78	-0,68	+ 33,46	+ 23,39	+10,07	+10,03	+ 5,06	+ 4,97	+ 2,14
3. Vj.	+ 30,66	+0,06	+ 30,60	+ 16,65	+13,96	+ 1,30	- 1,70	+ 3,00	- 1,49
4. Vj.	+ 49,15	+3,60	+ 45,55	+ 26,90	+18,65	+ 3,10	- 7,73	+10,83	+ 2,53
1982 1. Vj.	+ 8,65	+0,24	+ 8,41	- 0,90	+ 9,31	- 0,23	- 0,44	+ 0,20	+ 5,48
2. Vj.	+ 21,41	-1,88	+ 23,29	+ 20,57	+ 2,72	+ 0,87	+ 1,13	- 0,27	+ 2,71
3. Vj.	+ 25,67	-0,53	+ 26,20	+ 17,74	+ 8,47	- 2,22	- 0,43	- 1,79	- 0,11
4. Vj.	+ 48,71	+0,49	+ 48,22	+ 28,76	+19,46	+ 6,06	+ 2,80	+ 3,26	+ 2,15
1983 1. Vj.	+ 4,35	+5,18	- 0,84	- 5,08	+ 4,24	+ 6,74	+12,40	- 5,66	+ 3,79
2. Vj.	+ 30,57	-3,03	+ 33,61	+ 30,22	+ 3,39	- 9,05	-13,71	+ 4,66	+ 3,09
3. Vj.	+ 25,71	-0,21	+ 25,93	+ 25,41	+ 0,52	- 5,04	- 2,44	- 2,60	- 1,25

1) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank.

2) Einschließlich Wertpapiere.

3) Enthält kurz-, mittel- und langfristige Positionen einschließlich Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich der Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

4) Ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren und ohne Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

stände im Bilanzzusammenhang¹⁾

vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

III. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen ⁴⁾			IV. Zentralbank-einlagen inländischer öffentlicher Haushalte	V. Sonstige Einflüsse ⁷⁾	VI. Geldvolumen M 3 (Saldo I + II - III - IV - V)						Zeitraum
insgesamt ⁵⁾	darunter				insgesamt	Geldvolumen M 2			Spar-ein-lagen mit gesetz-licher Kündi-gungs-frist		
	Termin-gelder mit Befristung v. 4 Jahren und darüber	Sparein-lagen mit ver-einbar-ter Kündi-gungs-frist ⁶⁾				zu-sammen	Geld-volumen M 1 (Bar-geldum-lauf und Sichtein-lagen) ⁸⁾	Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld)			
					zu-sammen		zu-sammen	darunter unter 3 Monaten			
+15,43	+ 4,77	+ 4,13	- 0,61	+ 1,90	+13,38	+ 5,96	+ 4,41	+ 1,55	+ 0,47	+ 7,42	1963
+17,92	+ 4,63	+ 4,82	- 0,85	+ 0,66	+14,13	+ 6,43	+ 5,40	+ 1,03	+ 0,66	+ 7,71	1964
+16,69	+ 3,74	+ 5,13	- 1,11	+ 1,83	+17,23	+ 6,10	+ 5,57	+ 0,53	- 0,07	+11,13	1965
+15,90	+ 3,22	+ 7,81	- 0,53	+ 1,49	+14,96	+ 6,50	+ 1,09	+ 5,40	- 0,58	+ 8,46	1966
+14,63	+ 2,55	+ 8,49	+ 0,29	+ 0,91	+23,35	+14,19	+ 8,31	+ 5,88	+ 3,22	+ 9,16	1967
+19,74	+ 1,49	+11,03	+ 1,19	+ 0,88	+29,14	+18,15	+ 5,53	+12,62	+ 1,69	+10,99	1968
+26,29	+ 5,52	+13,26	+ 0,44	+ 1,42	+22,88	+14,55	+ 5,96	+ 8,59	+ 5,24	+ 8,33	1969
+27,79	+ 4,26	+12,94	+ 4,09	+ 8,91	+23,98	+16,41	+ 8,69	+ 7,72	+13,61	+ 7,57	1970
+32,65	+ 7,07	+14,73	+ 4,20	+ 5,00	+38,71	+24,97	+13,24	+11,72	+ 8,91	+13,75	1971
+47,00	+ 8,68	+20,62	- 3,85	+ 4,78	+47,14	+33,51	+17,55	+15,96	+6,58	+13,64	1972
+45,64	+10,22	+17,52	+ 4,22	+ 7,17	+34,00	+31,94	+ 2,57	+29,37	+22,78	+ 2,05	1973
+34,46	+ 7,95	+13,35	+ 0,44	+ 2,88	+35,18	+13,68	+15,50	- 1,82	+ 7,30	+21,49	1974
+61,34	+ 9,41	+34,81	+ 1,41	+ 1,17	+38,43	- 0,40	+21,40	-21,79	-17,24	+38,82	1975
+59,12	+11,45	+22,65	-10,22	+ 9,57	+41,01	+18,92	+ 6,88	+12,04	+ 2,71	+22,09	1976
+42,92	+13,65	+14,24	- 0,82	+ 3,28	+58,95	+33,47	+21,09	+12,38	+ 9,69	+25,47	1977
+54,80	+17,01	+17,98	+ 2,51	+10,36	+64,78	+43,50	+29,74	+13,75	+ 2,27	+21,29	1978
+75,77	+18,68	+18,11	- 1,69	+ 3,80	+39,25	+30,95	+ 9,86	+21,09	+18,24	+ 8,29	1979
+61,68	+14,57	+15,89	- 1,92	+13,20	+42,78	+33,96	+ 9,35	+24,62	+33,16	+ 8,81	1980
+86,01	+13,77	+11,94	- 0,25	+22,03	+36,13	+37,39	- 2,16	+39,54	+23,51	- 1,25	1981
+46,49	+ 7,22	+16,21	+ 0,49	+ 7,17	+54,77	+24,02	+17,74	+ 6,28	+12,08	+30,76	1982
+14,39	+ 2,09	- 1,32	+ 1,73	+13,33	-19,73	-16,90	-19,19	+ 2,29	+ 9,36	- 2,83	1980 1. Vj.
+17,97	+ 2,60	+ 4,16	+ 3,38	+ 5,64	+ 3,83	+ 9,77	+ 8,31	+ 1,46	- 5,97	- 5,94	2. Vj.
+10,00	+ 5,33	+ 1,12	- 3,65	+ 7,94	+ 3,28	+ 1,83	+ 0,68	+ 1,15	+ 6,49	+ 1,45	3. Vj.
+19,33	+ 4,55	+11,94	- 3,39	-13,71	+55,40	+39,27	+19,54	+19,72	+23,27	+16,13	4. Vj.
+23,18	+ 3,02	- 4,30	+ 4,61	+13,25	-24,14	-19,11	-24,96	+ 5,85	- 0,75	- 5,04	1981 1. Vj.
+23,04	+ 2,95	+ 0,30	- 2,30	+ 9,32	+12,74	+22,19	+10,04	+12,15	+ 6,34	- 9,45	2. Vj.
+15,43	+ 3,70	- 1,44	+ 4,58	+ 9,08	+ 2,88	+ 7,89	- 8,23	+16,11	+11,31	- 5,01	3. Vj.
+24,36	+ 4,10	+17,38	- 7,14	- 9,63	+44,66	+26,42	+20,98	+ 5,43	+ 6,61	+18,24	4. Vj.
+13,99	+ 1,00	- 1,70	+ 1,46	+ 6,93	-13,96	-18,12	-17,68	- 0,44	+ 2,77	+ 4,16	1982 1. Vj.
+ 8,08	+ 2,52	+ 3,69	- 0,08	+ 0,63	+13,64	+13,31	+13,09	+ 0,22	+ 1,34	+ 0,34	2. Vj.
+ 0,36	- 1,70 ⁹⁾	- 2,58	+ 4,00	+12,71	+ 6,39	+ 3,95	- 2,26	+ 6,20	+ 7,35	+ 2,44	3. Vj.
+24,05	+ 5,39	+16,80	- 4,89	-13,09	+48,70	+24,88	+24,58	+ 0,30	+ 0,62	+23,82	4. Vj.
+12,18	+ 5,90	- 3,37	+ 0,42	+10,49	-12,01	-24,17	- 9,64	-14,52	-11,53	+12,16	1984 1. Vj.
+18,28	+ 7,01	+ 3,38	+ 1,01	- 4,68	+ 6,92	+ 7,00	+14,46	- 7,46	- 6,13	- 0,08	2. Vj.
+ 6,39	+ 6,29	- 4,44	+ 0,96	+ 7,13	+ 6,19	+ 2,30	- 3,91	+ 6,21	+ 5,25	+ 3,89	3. Vj.

⁵⁾ Einschließlich Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto) bereinigt um den Saldo der Transaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich Kapital und Rücklagen.

⁶⁾ Einschließlich Sparbriefe.

⁷⁾ Saldo der übrigen Positionen der Konsolidierten Bilanz des Bankensystems (von 1972 bis 1976 einschließlich Guthaben auf Sonderkonten Bardepot).

⁸⁾ Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

⁹⁾ Rückgang um 3,7 Mrd DM durch Sonderaktionen der öffentlichen Hand (Gegenposten unter „Sonstigen Einflüssen“).

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 38*

Zahlungsmittelbestände und Kredite

Mrd DM

Ende des Zeitraums	Zahlungsmittelbestände								Kredite der Kreditinstitute		
	Geldvolumen M 1			Geldvolumen M 2 ³⁾			Geldvolumen M 3 ⁴⁾		an inländische Unternehmen und Privatpersonen		an öffentliche Haushalte
	insgesamt	davon		insgesamt	darunter		insgesamt	Spareinlagen			
		Bargeldumlauf ¹⁾	Sichteinlagen inländischer Nichtbanken ²⁾		Quasigeldbestände	darunter					
				zusammen	mit Befristung bis unter 3 Monaten			insgesamt ⁵⁾	darunter		
								kurzfristig ⁶⁾			
1955	31,46	14,04	17,42	42,54	11,08	1,86	.	.	66,95	29,28	15,88
1956	33,87	14,88	19,00	47,44	13,56	2,70	.	.	76,03	30,81	17,25
1957	37,70	16,46	21,24	54,84	17,14	3,20	73,28	18,44	84,11	33,08	18,85
1958	42,46	17,94	24,52	60,40	17,94	3,20	83,25	22,85	93,89	33,45	21,45
1959	47,66	19,38	28,27	67,63	19,97	3,32	96,68	29,05	110,39	36,36	24,95
1960	51,07	20,82	30,25	72,69	21,62	3,61	107,18	34,49	140,43	41,84	27,24
1961	58,71	23,19	35,52	82,17	23,47	3,94	123,02	40,85	162,76	48,12	28,76
1962	63,35	24,23	39,12	88,54	25,19	4,10	135,78	47,23	184,45	51,42	30,87
1963	67,76	25,50	42,26	94,51	26,75	4,57	149,15	54,65	206,66	55,36	34,53
1964	73,04	27,88	45,16	100,81	27,78	5,23	163,17	62,36	231,79	60,65	40,50
1965	78,52	29,65	48,87	106,92	28,40	5,16	180,40	73,49	259,27	67,31	47,53
1966	79,61	30,87	48,74	113,38	33,77	4,58	195,33	81,95	280,74	72,32	53,96
1967	87,92	31,51	56,41	127,57	39,65	7,80	218,68	91,11	298,88	74,29	67,89
1968	93,47	32,59	60,88	142,33	48,86	9,58	244,42	102,10	334,55	81,00	74,37
1969	99,43	34,69	64,74	156,88	57,45	14,82	267,31	110,43	385,95	101,56	75,71
1970	108,22	36,89	71,33	173,38	65,16	28,43	291,52	118,13	430,54	113,62	82,54
1971	121,52	40,29	81,23	198,60	77,07	37,34	330,74	132,14	490,57	131,73	92,63
1972	139,30	45,77	93,53	232,33	93,03	43,92	378,45	146,12	569,33	155,94	102,86
1973	142,86	47,43	95,43	265,86	123,00	67,08	416,75	150,89	631,28	166,95	113,85
1974	158,43	51,52	106,91	279,60	121,17	74,30	452,21	172,60	672,12	179,67	132,39
1975	179,90	56,48	123,42	279,32	99,42	58,60	490,89	211,57	703,19	171,20	180,41
1976	186,85	60,57	126,28	298,18	111,33	59,84	532,03	233,85	769,17	182,83	210,91
1977	208,08	67,51	140,57	331,81	123,74	69,54	591,47	259,66	838,70	192,98	237,60
1978	237,91	76,20	161,71	375,41	137,50	71,81	656,60	281,19	926,69	205,60	272,29
1979	247,87	79,88	167,99	406,49	158,62	90,05	696,21	289,72	1 039,51	236,50	300,54
1980	257,34	83,96	173,37	440,62	183,28	123,21	739,43	298,82	1 140,43	268,16	321,56
1981	255,28	84,19	171,08	478,13	222,86	146,72	776,03	297,90	1 223,25	291,27	368,80
1982	273,05	88,64	184,41	502,20	229,15	158,80	830,96	328,76	1 289,35	303,65	408,70
1980 1.Vj.	228,69	78,83	149,86	389,60	160,91	99,41	676,52	286,91	1 048,36	233,48	300,76
2.Vj.	237,06	79,90	157,16	399,45	162,39	93,45	680,58	281,13	1 077,90	247,53	308,23
3.Vj.	237,76	80,19	157,57	401,31	163,55	99,94	683,93	282,62	1 093,93	248,57	310,90
4.Vj.	257,34	83,96	173,37	440,62	183,28	123,21	739,43	298,82	1 140,43	268,16	321,56
1981 1.Vj.	232,38	80,03	152,34	421,51	189,13	122,46	715,29	293,78	1 155,88	271,81	326,14
2.Vj.	242,48	81,44	161,04	443,78	201,30	128,80	728,31	284,53	1 179,53	279,42	336,21
3.Vj.	234,28	80,83	153,45	451,71	217,42	140,11	731,33	279,62	1 196,31	281,79	350,16
4.Vj.	255,28	84,19	171,08	478,13	222,86	146,72	776,03	297,90	1 223,25	291,27	368,80
1982 1.Vj.	237,60	81,54	156,06	460,01	222,41	149,49	762,08	302,06	1 222,16	288,13	378,03
2.Vj.	250,71	83,87	166,85	473,35	222,64	150,82	775,81	302,46	1 242,80	296,82	380,78
3.Vj.	248,47	85,02	163,45	477,32	228,85	158,18	782,26	304,94	1 260,59	298,67	389,24
4.Vj.	273,05	88,64	184,41	502,20	229,15	158,80	830,96	328,76	1 289,35	303,65	408,70
1983 1.Vj.	263,40	90,79	172,61	478,03	214,63	147,27	818,95	340,92	1 284,27	296,07	412,95
2.Vj.	277,86	91,46	186,40	485,03	207,17	141,14	825,87	340,84	1 314,48	305,53	416,33
3.Vj.	273,98	94,05	179,92	487,35	213,38	146,39	832,10	344,75	1 339,92	309,57	416,85

¹⁾ Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.²⁾ Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.³⁾ Geldvolumen M 1 plus Termingelder inländischer Nichtbanken mit Befristung bis unter 4 Jahren. (Quasigeldbestände).⁴⁾ Geldvolumen M 2 plus Spareinlagen inländischer Nichtbanken mit gesetzlicher Kündigungsfrist.⁵⁾ Einschließlich Bundesbahn und Bundespost. Ausnahme: Zentralbankeinlagen der Bundespost.⁶⁾ Einschließlich Schatzwechsel und U-Schätze der Bundesbahn und Bundespost.⁷⁾ Ohne Saarland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

a) Insgesamt (1980 = 100)

Zeitraum	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	27,8	30,3	24,0	35,2	47,7	47,8	43,7	59,4
1963	29,3	31,3	25,7	36,5	50,1	49,8	46,8	60,5
1964	33,5	36,2	29,7	40,9	56,8	56,7	53,5	66,8
1965	35,7	37,1	32,1	44,3	59,0	56,7	56,1	70,9
1966	35,6	38,4	31,3	43,8	57,7	58,3	53,7	68,8
1967	35,5	38,6	31,3	43,3	58,3	60,2	53,9	68,5
1968	41,0	43,4	37,2	48,6	70,8	71,7	67,0	80,9
1969	50,6	50,9	49,0	54,3	84,7	81,4	85,1	88,3
1970	53,0	53,5	51,4	56,5	83,1	81,3	81,9	88,4
1971	53,9	53,7	51,0	62,6	80,5	80,3	76,0	94,4
1972	58,0	58,5	54,5	67,9	84,4	86,6	78,7	98,1
1973	67,8	69,0	66,1	71,1	94,6	97,3	92,3	97,5
1974	73,4	82,7	68,7	72,7	89,8	93,8	88,2	88,9
1975	72,1	72,8	71,4	72,3	85,4	84,6	85,1	86,7
1976	81,8	82,7	81,2	82,2	93,6	93,4	93,1	95,6
1977	82,7	80,2	83,4	84,8	92,8	91,7	92,0	96,4
1978	86,8	83,6	87,8	89,0	96,0	95,9	94,7	99,6
1979	96,3	95,4	96,9	96,0	102,1	102,8	101,6	102,6
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,5	104,5	105,9	100,4	99,5	98,5	101,5	95,7
1982	103,4	102,0	105,4	100,2	93,9	91,5	95,9	92,1
1978 1. Vj.	85,3	81,2	87,2	86,8	95,1	93,7	94,9	97,8
2. Vj.	86,4	85,5	85,6	90,0	95,5	98,0	92,3	100,8
3. Vj.	83,6	82,7	84,3	83,1	92,1	94,6	90,4	92,9
4. Vj.	91,9	85,0	94,2	96,0	101,2	97,3	101,0	107,0
1979 1. Vj.	94,2	90,2	96,9	93,3	102,3	101,2	102,7	102,6
2. Vj.	97,4	97,8	97,1	97,5	103,7	106,2	101,9	105,0
3. Vj.	92,8	96,0	92,0	90,0	97,6	101,8	96,0	95,0
4. Vj.	100,8	97,5	101,8	103,3	105,0	101,8	105,8	107,7
1980 1. Vj.	107,4	107,7	106,8	108,5	109,2	109,2	108,5	110,8
2. Vj.	99,9	103,4	98,3	98,5	99,8	103,1	98,2	98,7
3. Vj.	92,9	93,2	92,8	92,7	92,3	92,9	92,2	91,9
4. Vj.	99,9	95,7	102,1	100,4	98,9	95,1	101,1	98,9
1981 1. Vj.	105,4	104,8	106,1	104,2	102,6	101,9	103,4	101,4
2. Vj.	103,5	107,2	103,4	98,0	99,0	101,8	99,3	93,9
3. Vj.	100,5	103,1	100,8	95,6	94,8	95,6	95,9	90,4
4. Vj.	108,6	103,0	113,5	103,8	101,6	94,7	107,3	97,3
1982 1. Vj.	109,6	108,7	111,4	106,3	100,4	97,6	102,9	98,4
2. Vj.	102,2	103,8	102,2	99,2	92,7	92,9	93,1	91,2
3. Vj.	95,4	96,5	95,6	92,9	86,2	86,4	86,5	85,0
4. Vj.	106,5	98,8	112,3	102,5	96,3	89,1	101,3	93,7
1983 1. Vj.	110,6	105,3	115,1	106,7	99,7	95,3	103,0	97,1
2. Vj.	103,7	107,6	101,8	102,8	92,9	97,2	90,3	93,2
3. Vj.	101,8	107,7	99,2	99,9	90,7	96,7	87,6	90,0

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

noch Tabelle 39*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

b) Inland (1980 = 100)

Zeitraum	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter				
									produzierendes Gewerbe			
									Wertindex			
1962	33,4	37,1	28,8	38,9	56,5	58,5	51,3	65,9				
1963	34,3	37,4	30,0	39,9	57,8	59,1	53,2	66,4				
1964	39,5	44,0	34,6	44,7	66,0	69,0	61,0	73,3				
1965	42,0	44,3	37,8	48,5	68,3	67,5	64,6	77,8				
1966	40,6	44,7	35,2	47,5	64,7	67,6	58,7	74,7				
1967	39,2	43,3	33,7	46,4	63,4	67,5	56,6	73,7				
1968	45,1	49,1	39,9	51,8	77,8	81,7	71,5	86,8				
1969	55,9	58,3	53,8	57,2	94,0	94,8	93,3	93,9				
1970	59,1	60,8	57,7	59,7	92,6	93,5	91,3	93,8				
1971	59,8	60,4	56,7	66,1	89,1	90,5	83,5	100,0				
1972	63,7	64,6	59,7	71,5	92,2	95,3	85,5	103,7				
1973	70,8	74,6	67,4	73,6	98,6	105,7	93,4	101,1				
1974	73,2	84,8	65,9	74,7	89,9	99,5	83,7	91,5				
1975	75,6	77,4	74,6	74,8	89,7	91,2	88,5	89,9				
1976	82,0	86,9	78,4	83,3	94,2	99,0	89,9	97,1				
1977	84,5	82,6	84,8	86,0	94,7	93,6	93,6	98,2				
1978	88,8	85,1	90,6	89,7	98,3	97,1	97,8	100,8				
1979	97,1	96,1	98,1	96,4	103,2	103,6	102,9	103,3				
1980	100	100	100	100	100	100	100	100				
1981	98,8	100,2	98,3	98,2	94,2	94,5	94,3	93,6				
1982	98,3	97,3	99,7	96,7	89,3	87,2	90,8	88,9				
1978 1. Vj.	87,3	82,5	90,1	87,7	97,5	94,5	98,3	99,3				
2. Vj.	88,3	86,7	88,2	90,4	97,7	98,8	95,1	101,8				
3. Vj.	85,9	84,7	87,6	84,1	94,9	96,4	94,1	94,3				
4. Vj.	93,6	86,6	96,4	96,7	103,2	98,6	103,5	108,0				
1979 1. Vj.	95,9	89,2	101,3	93,7	104,4	99,9	107,5	103,4				
2. Vj.	96,8	98,7	95,3	97,6	103,4	107,3	100,0	105,5				
3. Vj.	94,2	98,4	93,3	90,9	99,3	104,5	97,5	96,2				
4. Vj.	101,5	98,3	102,5	103,4	105,7	102,6	106,5	108,0				
1980 1. Vj.	107,8	105,5	109,0	108,3	109,7	107,1	111,0	110,7				
2. Vj.	98,3	103,5	95,2	98,1	98,2	103,2	95,1	98,3				
3. Vj.	94,6	95,6	94,5	93,5	94,0	95,1	93,9	92,7				
4. Vj.	99,3	95,4	101,3	100,1	98,3	94,7	100,3	98,6				
1981 1. Vj.	101,2	98,9	102,1	102,5	98,7	96,3	99,6	99,7				
2. Vj.	98,7	102,8	97,7	95,7	94,5	97,6	94,0	91,6				
3. Vj.	94,9	100,1	92,2	93,9	89,6	93,2	87,8	88,7				
4. Vj.	100,5	99,1	101,3	100,7	94,0	91,1	95,9	94,3				
1982 1. Vj.	101,2	99,3	101,9	102,4	92,8	89,1	94,2	94,7				
2. Vj.	96,8	101,2	94,8	95,5	87,8	90,4	86,2	87,8				
3. Vj.	91,6	94,3	90,5	90,6	82,8	84,4	81,9	82,9				
4. Vj.	103,5	94,3	111,8	98,5	93,6	84,8	100,8	90,0				
1983 1. Vj.	107,0	99,1	113,8	103,0	96,4	89,4	101,9	93,8				
2. Vj.	100,1	104,3	97,8	99,5	89,6	93,7	86,7	90,3				
3. Vj.	97,1	102,9	93,7	96,6	86,5	92,1	82,7	87,0				

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

c) Ausland (1980 = 100)

Zeitraum	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter	Ins- gesamt	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter
	Wertindex				Volumenindex			
1962	15,7	15,9	15,8	14,6	28,6	25,1	31,1	23,3
1963	18,4	18,5	18,6	17,4	33,5	30,0	36,1	27,5
1964	20,7	19,8	21,4	19,4	37,0	30,8	40,9	30,3
1965	22,2	21,8	22,6	20,9	38,7	33,8	42,1	32,3
1966	24,8	25,2	24,9	23,4	42,6	38,8	45,4	35,6
1967	27,4	28,5	27,2	25,7	47,1	44,9	49,3	39,4
1968	32,1	31,5	32,6	30,6	55,8	50,5	59,4	48,0
1969	39,2	35,4	41,2	37,7	64,7	53,1	71,4	57,3
1970	39,8	38,2	40,8	38,6	62,3	55,5	66,3	57,9
1971	41,1	39,6	41,5	43,3	62,1	58,7	63,6	63,3
1972	45,7	45,4	45,6	47,7	67,6	68,3	67,4	67,4
1973	61,3	57,1	63,8	57,7	86,0	79,4	90,4	77,5
1974	73,7	78,1	73,5	61,4	89,7	81,8	95,7	74,2
1975	64,5	63,1	66,1	58,6	76,0	70,8	79,5	68,9
1976	81,4	73,9	85,8	76,5	92,4	81,7	98,3	87,6
1977	79,0	75,2	81,0	78,1	88,6	87,6	89,4	86,4
1978	82,5	80,4	83,2	84,8	91,0	93,5	89,5	92,8
1979	94,5	93,7	95,0	93,9	99,9	101,0	99,5	99,0
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	116,7	113,7	118,7	112,9	110,8	106,9	113,3	107,8
1982	114,4	111,9	114,8	119,6	103,9	100,8	104,6	109,9
1978 1. Vj.	81,1	78,5	82,2	81,4	90,2	92,3	89,3	89,5
2. Vj.	82,4	83,0	81,4	87,4	90,9	96,5	87,5	95,8
3. Vj.	78,6	78,6	78,7	77,7	86,3	90,9	84,3	84,9
4. Vj.	88,0	81,5	90,5	92,5	96,6	94,5	96,9	101,0
1979 1. Vj.	90,5	92,3	89,5	90,9	97,8	104,2	94,7	98,1
2. Vj.	98,6	95,9	100,1	96,9	104,5	103,8	105,0	102,9
3. Vj.	89,7	90,9	89,7	85,2	93,9	95,9	93,6	88,9
4. Vj.	99,4	95,8	100,7	102,6	103,4	100,2	104,6	106,2
1980 1. Vj.	106,5	112,4	103,2	109,5	107,9	113,5	104,7	111,3
2. Vj.	103,2	103,2	103,5	100,9	103,1	102,9	103,6	101,2
3. Vj.	89,2	88,2	89,9	88,1	88,9	88,1	89,5	87,4
4. Vj.	101,1	96,3	103,4	101,5	100,2	95,8	102,4	100,3
1981 1. Vj.	114,3	117,2	112,9	113,9	111,0	114,0	109,7	110,8
2. Vj.	113,8	116,5	112,9	111,1	108,7	110,5	108,0	106,8
3. Vj.	112,6	109,5	115,1	105,3	105,8	100,9	109,2	99,6
4. Vj.	126,0	111,4	133,8	121,4	117,9	102,1	126,5	113,9
1982 1. Vj.	127,8	128,6	127,2	128,2	117,0	115,7	117,4	118,8
2. Vj.	113,7	109,5	114,8	119,9	103,2	98,4	104,6	110,1
3. Vj.	103,3	101,0	104,1	105,8	93,4	90,7	94,2	96,9
4. Vj.	112,8	108,6	113,2	124,5	102,2	98,5	102,3	113,7
1983 1. Vj.	118,5	118,2	117,4	127,2	106,9	108,0	105,0	115,7
2. Vj.	111,4	114,5	108,4	121,4	100,0	104,7	96,3	110,0
3. Vj.	112,1	117,8	108,4	118,1	99,8	106,1	95,9	106,1

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

Tabelle 40*

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

Wertindex 1980 = 100

Zeitraum	Verarbeitendes Gewerbe			Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		
	insgesamt	Inland	Ausland	zusammen	Inland	Ausland
1970	60,6	70,9	46,3	83,8	97,5	56,7
1971	58,8	66,7	47,8	59,5	66,5	45,7
1972	54,2	61,8	43,8	63,6	68,8	53,5
1973	65,1	70,4	57,6	97,0	98,7	93,5
1974	72,0	68,7	76,6	128,9	115,0	156,3
1975	78,4	79,4	77,0	77,8	80,1	73,1
1976	80,5	81,2	79,5	85,0	88,9	77,2
1977	80,3	78,7	82,7	74,6	75,4	73,0
1978	84,1	83,5	84,9	80,2	79,4	81,8
1979	95,2	96,7	93,1	99,9	98,7	102,2
1980	100	100	100	100	100	100
1981	104,4	99,3	111,5	94,9	94,8	95,0
1982	103,7	94,6	116,5	90,1	88,3	93,5
1975 1. Vj.	72,6	67,3	80,0	88,4	86,0	93,1
2. Vj.	76,9	76,0	78,0	77,2	80,3	71,1
3. Vj.	82,7	88,5	74,8	73,2	77,6	64,3
4. Vj.	81,2	85,6	75,1	72,3	76,5	64,0
1976 1. Vj.	81,6	84,2	77,8	84,3	90,1	72,8
2. Vj.	80,5	83,1	76,8	92,2	96,3	84,0
3. Vj.	80,3	79,6	81,3	88,9	91,3	84,1
4. Vj.	79,6	77,8	82,2	74,5	77,8	67,8
1977 1. Vj.	81,4	80,5	82,8	74,6	75,9	72,0
2. Vj.	82,3	81,0	84,1	77,5	78,5	75,5
3. Vj.	78,5	75,8	82,2	75,1	75,3	74,7
4. Vj.	79,2	77,3	81,8	71,1	71,7	69,9
1978 1. Vj.	81,6	80,6	83,1	77,2	78,8	73,9
2. Vj.	83,7	83,2	84,4	80,1	78,8	82,7
3. Vj.	84,2	84,0	84,5	82,4	80,3	86,6
4. Vj.	86,7	86,0	87,5	81,1	79,6	84,1
1979 1. Vj.	92,1	93,2	90,5	93,7	91,5	98,0
2. Vj.	95,9	98,1	92,9	100,4	98,5	104,1
3. Vj.	95,4	96,4	94,0	106,6	104,7	110,2
4. Vj.	97,5	99,1	95,2	99,0	100,3	96,4
1980 1. Vj.	99,8	100,4	98,9	104,4	105,3	102,8
2. Vj.	102,0	101,6	102,4	106,3	104,7	109,4
3. Vj.	100,3	99,9	100,7	98,1	97,1	100,1
4. Vj.	98,0	98,1	97,9	91,2	93,0	87,7
1981 1. Vj.	101,5	99,2	104,6	94,5	95,4	92,8
2. Vj.	106,1	102,0	111,7	96,7	95,1	99,9
3. Vj.	105,1	98,8	113,7	97,0	96,2	98,6
4. Vj.	104,9	97,0	115,8	91,3	92,6	88,8
1982 1. Vj.	105,9	96,3	119,2	97,2	93,7	104,2
2. Vj.	106,4	96,8	119,8	94,7	93,7	96,6
3. Vj.	102,7	92,8	116,5	86,5	85,7	88,1
4. Vj.	99,9	92,5	110,3	81,9	80,2	85,0
1983 1. Vj.	104,8	101,7	109,2	89,9	90,7	88,3
2. Vj.	104,2	100,8	109,1	91,8	93,0	89,5
3. Vj. ²⁾	100,7	96,2	107,0	94,2	92,2	98,3

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer.²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 40*

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe ¹⁾

Wertindex 1980 = 100

Zeitraum	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe			Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe		
	zusammen	Inland	Ausland	zusammen	Inland	Ausland
1970	58,6	68,5	45,9	67,8	74,6	39,3
1971	57,8	65,5	47,9	73,2	79,8	45,9
1972	51,9	58,9	43,0	79,4	85,8	52,5
1973	61,2	66,0	55,2	85,5	89,9	67,2
1974	67,1	63,3	72,0	78,4	80,3	70,3
1975	78,8	79,8	77,7	71,6	74,1	61,3
1976	79,7	79,8	79,6	87,3	88,3	82,9
1977	80,5	78,2	83,3	85,5	86,4	81,8
1978	83,9	83,0	85,1	91,1	92,8	84,1
1979	94,6	96,3	92,5	98,7	99,4	95,9
1980	100	100	100	100	100	100
1981	105,6	100,2	112,5	96,3	93,1	109,3
1982	105,4	95,7	117,7	95,1	89,2	119,7
1975 1. Vj.	72,2	66,0	80,0	60,3	62,2	52,4
2. Vj.	76,7	75,0	78,8	78,9	82,4	64,5
3. Vj.	84,6	91,4	75,9	65,5	67,9	55,7
4. Vj.	81,9	86,6	75,8	81,8	84,0	72,4
1976 1. Vj.	81,8	84,4	78,4	74,9	76,0	70,3
2. Vj.	78,4	80,3	76,0	97,7	99,5	90,3
3. Vj.	79,5	78,1	81,3	82,6	83,7	78,1
4. Vj.	79,1	76,2	82,7	93,9	94,1	93,0
1977 1. Vj.	82,2	81,2	83,5	77,1	76,7	78,8
2. Vj.	81,8	79,7	84,4	95,6	96,9	90,0
3. Vj.	78,9	75,7	82,9	77,2	78,3	72,4
4. Vj.	79,0	76,3	82,4	92,1	93,5	86,3
1978 1. Vj.	82,2	80,8	83,8	78,6	79,3	75,8
2. Vj.	83,0	81,9	84,3	99,3	101,7	88,9
3. Vj.	84,4	84,2	84,6	83,4	85,4	74,8
4. Vj.	86,0	84,9	87,4	103,2	104,7	96,9
1979 1. Vj.	92,2	93,8	90,1	88,3	88,4	87,7
2. Vj.	94,6	96,8	91,9	110,5	111,9	104,9
3. Vj.	94,7	96,0	93,1	92,3	92,7	90,5
4. Vj.	96,9	98,4	95,0	103,8	104,7	100,3
1980 1. Vj.	99,6	100,4	98,7	95,5	95,2	96,9
2. Vj.	100,9	100,2	101,7	113,4	113,6	112,4
3. Vj.	101,0	100,9	101,1	91,9	92,5	89,5
4. Vj.	98,5	98,5	98,5	99,2	98,7	101,2
1981 1. Vj.	102,9	100,7	105,6	88,1	86,3	95,6
2. Vj.	106,7	102,4	112,2	106,8	104,3	117,2
3. Vj.	106,7	100,2	114,9	89,4	86,1	103,2
4. Vj.	106,2	97,5	117,3	100,7	95,8	121,2
1982 1. Vj.	107,5	97,7	120,1	90,0	83,8	115,8
2. Vj.	107,3	96,7	120,9	107,2	101,3	132,1
3. Vj.	105,0	94,5	118,4	87,4	82,2	109,0
4. Vj.	101,6	93,9	111,5	95,9	89,6	122,0
1983 1. Vj.	107,1	104,6	110,2	88,3	81,6	116,6
2. Vj.	105,0	101,4	109,6	107,7	101,6	133,5
3. Vj. ²⁾	101,5	97,1	107,2	96,1	90,6	118,8

¹⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer.²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 41*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
1950	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	588 018	12 368	575 650	177 855	226 969	94 229	76 597
1971	626 379	12 830	613 549	181 810	246 627	102 528	82 584
1972	663 187	12 941	650 245	190 592	260 475	111 461	87 717
1973	743 228	14 190	729 038	223 327	288 866	119 604	97 241
1974	836 052	19 643	816 409	278 795	307 671	126 729	103 214
1975	819 311	18 732	800 578	249 427	319 415	123 462	108 275
1976	916 955	20 546	896 409	280 783	361 249	135 765	118 612
1977	963 130	22 058	941 072	281 181	389 358	144 992	125 542
1978	999 929	23 086	976 843	290 083	409 695	148 949	128 116
1979	1 105 354	26 893	1 078 461	345 179	438 254	161 951	133 076
1980	1 196 543	29 240	1 167 303	381 258	470 800	172 936	142 309
1981	1 255 937	32 546	1 223 391	401 681	492 851	172 500	156 358
1982	1 284 376	33 224	1 251 151	401 267	514 966	172 185	162 733
1980 1. Vj.	296 870	7 231	289 639	96 612	113 605	44 761	34 662
2. Vj.	298 063	7 051	291 012	97 253	117 314	41 158	35 287
3. Vj.	288 768	6 553	282 215	92 276	112 276	42 811	34 851
4. Vj.	312 841	8 405	304 436	95 117	127 605	44 205	37 510
1981 1. Vj.	300 733	8 360	292 373	96 822	113 794	43 647	38 111
2. Vj.	306 077	7 256	298 821	99 694	119 631	40 657	38 840
3. Vj.	312 328	7 800	304 527	102 482	120 396	43 394	38 255
4. Vj.	336 799	9 130	327 669	102 683	139 030	44 803	41 153
1982 1. Vj.	315 865	8 654	307 211	99 927	123 263	44 259	39 761
2. Vj.	322 727	7 890	314 836	103 025	129 614	41 206	40 992
3. Vj.	311 990	7 287	304 703	98 776	123 815	42 537	39 576
4. Vj.	333 794	9 393	324 401	99 539	138 274	44 183	42 404
1983 1. Vj.	315 620	8 030	307 590	97 934	124 868	44 605	40 183
2. Vj.	326 481	7 461	319 020	101 132	133 818	42 555	41 515
3. Vj.	318 654	6 864	311 790	102 287	124 613	43 438	41 452

¹⁾ Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 41*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

b) Inland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
1953	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	480 996	9 872	471 123	146 212	165 393	84 543	74 975
1971	510 886	10 152	500 733	148 919	179 154	91 899	80 761
1972	537 516	10 318	527 197	154 971	186 667	99 958	85 601
1973	591 627	11 232	580 396	178 366	201 826	105 833	94 370
1974	643 198	15 077	628 121	211 526	207 151	110 508	98 936
1975	636 240	14 348	621 891	194 333	215 127	108 575	103 858
1976	704 804	16 350	688 453	218 816	238 864	117 283	113 491
1977	735 533	18 217	717 316	217 760	256 399	125 174	117 983
1978	759 588	18 350	741 238	222 513	270 177	128 519	120 030
1979	839 718	21 601	818 117	265 616	289 422	138 918	124 162
1980	906 046	24 275	881 772	294 417	307 572	147 778	132 005
1981	928 796	27 495	901 302	303 330	309 084	144 994	143 894
1982	936 372	28 796	907 576	300 677	314 947	142 469	149 483
1980 1. Vj.	225 563	5 951	219 612	73 752	75 422	38 149	32 288
2. Vj.	224 702	5 841	218 861	75 272	75 711	35 135	32 742
3. Vj.	220 309	5 484	214 825	72 019	73 932	36 570	32 304
4. Vj.	235 472	6 998	228 474	73 373	82 506	37 924	34 671
1981 1. Vj.	226 156	7 037	219 119	73 185	73 904	36 890	35 141
2. Vj.	226 774	5 997	220 777	75 035	75 809	34 218	35 716
3. Vj.	230 363	6 467	223 896	77 700	74 647	36 351	35 199
4. Vj.	245 503	7 994	237 509	77 411	84 724	37 536	37 838
1982 1. Vj.	229 612	7 610	222 002	73 724	75 217	36 568	36 493
2. Vj.	233 341	6 762	226 579	76 673	78 324	33 929	37 653
3. Vj.	229 784	6 282	223 502	75 339	76 623	35 156	36 385
4. Vj.	243 635	8 143	235 492	74 941	84 782	36 817	38 952
1983 1. Vj.	229 931	7 138	222 794	72 467	76 760	36 769	36 798
2. Vj.	238 938	6 518	232 420	75 513	83 459	35 271	38 178
3. Vj.	234 939	5 898	229 041	76 920	78 172	35 774	38 175

¹⁾ Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 41*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
1953	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	107 022	2 496	104 527	31 643	61 576	9 686	1 622
1971	115 493	2 678	112 816	32 891	67 473	10 629	1 823
1972	125 671	2 623	123 048	35 621	73 808	11 503	2 116
1973	151 601	2 958	148 642	44 961	87 040	13 771	2 871
1974	192 854	4 566	188 288	67 269	100 520	16 221	4 278
1975	183 071	4 384	178 687	55 094	104 288	14 887	4 417
1976	212 151	4 196	207 956	61 967	122 385	18 482	5 121
1977	227 597	3 841	223 756	63 421	132 959	19 817	7 559
1978	240 341	4 736	235 605	67 570	139 519	20 431	8 086
1979	265 636	5 293	260 343	79 563	148 833	23 034	8 914
1980	290 496	4 965	285 531	86 841	163 228	25 158	10 304
1981	327 141	5 052	322 089	98 351	183 767	27 506	12 465
1982	348 003	4 428	343 575	100 591	200 019	29 715	13 250
1980 1. Vj.	71 307	1 280	70 027	22 859	38 183	6 612	2 373
2. Vj.	73 362	1 211	72 151	21 981	41 602	6 022	2 545
3. Vj.	68 458	1 068	67 390	20 257	38 345	6 242	2 547
4. Vj.	77 370	1 407	75 963	21 744	45 098	6 281	2 839
1981 1. Vj.	74 577	1 323	73 254	23 637	39 890	6 756	2 970
2. Vj.	79 303	1 259	78 044	24 660	43 822	6 439	3 123
3. Vj.	81 965	1 334	80 631	24 782	45 750	7 043	3 056
4. Vj.	91 296	1 136	90 160	25 272	54 305	7 268	3 315
1982 1. Vj.	86 253	1 044	85 209	26 203	48 046	7 691	3 268
2. Vj.	89 386	1 128	88 257	26 353	51 289	7 276	3 339
3. Vj.	82 206	1 006	81 201	23 437	47 191	7 381	3 191
4. Vj.	90 159	1 250	88 909	24 598	53 492	7 366	3 452
1983 1. Vj.	85 688	892	84 796	25 467	48 109	7 836	3 384
2. Vj.	87 542	942	86 600	25 619	50 359	7 285	3 337
3. Vj.	83 715	966	82 749	25 367	46 441	7 664	3 277

¹⁾ Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 42*

Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe¹⁾

Zeitraum	Index der Nettoproduktion								Index der Brutto- produktion ²⁾	
	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe									
	insgesamt ³⁾	zusammen	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				Investitions- güter ⁴⁾	Ver- brauchs- güter ⁴⁾	
				zusammen	Grund- stoff- und Produktions- güter- gewerbe	Investitions- güter produzierendes Gewerbe	Ver- brauchs- güter			Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
1970 = 100										
1962	66,2	66,6	106,7	65,0	58,9	64,2	72,8	72,2	68,6	66,5
1963	68,5	68,7	108,1	67,2	61,1	66,5	74,2	75,7	69,3	69,6
1964	73,9	74,1	108,9	72,7	68,7	71,1	78,9	79,9	73,0	74,8
1965	77,7	78,0	104,4	77,0	72,3	75,9	83,8	83,2	76,9	80,0
1966	78,7	78,8	99,5	78,0	74,3	76,0	84,4	85,9	78,0	79,9
1967	76,5	76,5	92,0	75,9	75,6	71,4	80,1	88,1	73,7	74,7
1968	83,6	83,7	90,7	83,4	85,3	77,9	87,7	92,1	78,2	83,3
1969	94,4	94,6	93,3	94,6	95,6	92,0	97,2	97,1	91,0	95,1
1976 = 100										
1970	92,6	93,2	119,5	92,4	92,6	92,6	93,7	88,7	95,1	93,0
1971	93,7	93,7	117,4	93,0	92,5	91,9	96,7	92,8	95,4	95,0
1972	97,5	96,9	111,3	96,4	97,0	94,4	102,4	93,7	98,3	98,2
1973	103,0	102,7	108,7	102,5	105,9	101,1	104,4	96,7	102,3	101,4
1974	100,6	100,5	107,6	100,2	104,7	98,5	99,4	97,2	100,5	93,1
1975	93,8	93,8	103,4	93,5	91,0	93,9	94,0	97,1	98,1	91,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	102,7	102,7	95,0	102,9	100,6	104,9	103,6	100,0	102,5	107,5
1978	104,9	104,2	94,2	104,5	104,1	105,3	104,0	102,9	102,6	108,4
1979	110,6	109,6	98,3	109,9	112,6	110,4	107,8	105,3	107,4	110,6
1980	110,2	109,6	98,2	109,9	108,5	112,9	106,5	107,4	111,6	105,3
1981	108,1	108,0	98,9	108,2	104,5	112,9	101,2	109,8	113,4	100,7
1982	104,4	104,8	97,0	105,1	98,7	111,6	97,1	106,9	110,6	99,2
1980 1. Vj.	109,6	109,8	103,6	109,9	112,3	111,3	108,9	102,0	105,6	112,5
2. Vj.	117,6	116,6	98,5	117,1	116,6	120,8	112,1	112,2	117,9	112,6
3. Vj.	101,3	100,1	91,6	100,4	102,0	100,7	96,2	101,5	101,6	91,8
4. Vj.	113,2	112,6	99,2	113,0	103,8	119,9	109,8	112,9	122,4	105,2
1981 1. Vj.	105,5	106,8	103,6	106,9	104,0	110,4	103,1	106,3	106,5	107,8
2. Vj.	114,7	113,8	97,4	114,3	110,3	120,0	105,9	114,5	119,9	106,6
3. Vj.	100,9	99,8	92,9	100,0	101,4	100,9	92,3	104,4	102,7	87,8
4. Vj.	111,9	112,0	102,0	112,3	102,9	121,3	104,2	112,8	125,5	101,8
1982 1. Vj.	104,6	106,9	102,7	107,0	100,6	113,8	99,8	107,0	107,6	106,5
2. Vj.	112,5	112,8	97,8	113,3	108,2	121,2	101,9	112,3	118,5	107,0
3. Vj.	95,8	95,1	90,8	95,3	92,9	98,3	88,0	99,7	98,3	86,4
4. Vj.	105,3	105,0	97,2	105,2	93,6	114,0	99,6	107,8	118,1	97,7
1983 1. Vj.	100,1	101,6	97,3	101,8	97,1	106,6	97,7	100,7	101,8	101,6
2. Vj.	111,5	111,4	93,0	112,0	107,8	118,3	103,0	111,5	114,9	106,9
3. Vj.	98,1	97,0	81,9	97,5	97,9	98,4	88,7	105,1	95,7	87,9

¹⁾ Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1969 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff. und 5/1981, S. 315 ff.

²⁾ Einschließlich Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Baugewerbe (ohne Ausbaugewerbe).

³⁾ Die Zuordnung von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.

⁴⁾ Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 43*

Beschäftigte im Bergbau und
in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver-	
	Be- schäftigte	Arbeiter	Be- schäftigte	Arbeiter	zusammen	
					Be- schäftigte	Arbeiter
1950	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 887	6 606	311	259	8 576	6 347
1971	8 826	6 479	307	254	8 519	6 225
1972	8 628	6 265	283	233	8 345	6 032
1973	8 664	6 258	262	214	8 402	6 044
1974	8 434	6 031	253	207	8 181	5 824
1975	7 888	5 559	255	208	7 633	5 351
1976	7 698	5 436	247	200	7 452	5 236
1977	7 632	5 435	240	195	7 392	5 240
1978	7 584	5 381	233	189	7 351	5 192
1979	7 607	5 392	229	185	7 378	5 207
1980	7 660	5 411	231	187	7 428	5 224
1981	7 489	5 232	235	190	7 254	5 042
1982	7 226	5 000	234	188	6 992	4 812
1980 1. Vj.	7 647	5 412	228	184	7 419	5 227
2. Vj.	7 646	5 409	229	185	7 418	5 224
3. Vj.	7 697	5 442	234	189	7 463	5 253
4. Vj.	7 647	5 381	234	190	7 413	5 191
1981 1. Vj.	7 539	5 277	234	189	7 305	5 088
2. Vj.	7 485	5 232	234	189	7 251	5 043
3. Vj.	7 501	5 243	236	191	7 265	5 052
4. Vj.	7 430	5 174	236	191	7 194	4 983
1982 1. Vj.	7 300	5 062	235	189	7 065	4 872
2. Vj.	7 244	5 017	234	188	7 010	4 829
3. Vj.	7 235	5 011	233	188	7 002	4 823
4. Vj.	7 126	4 910	233	188	6 893	4 722
1983 1. Vj.	6 968	4 778	230	185	6 738	4 593
2. Vj.	6 907	4 742	227	183	6 680	4 560
3. Vj.	6 930	4 770	227	182	6 704	4 588

¹⁾ Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

1 000

arbeitendes Gewerbe								Zeitraum
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter		Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		
produzierendes Gewerbe								
Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 845	1 331	4 137	3 011	2 008	1 609	587	395	1970
1 819	1 295	4 138	2 968	1 975	1 570	587	391	1971
1 776	1 250	4 038	2 855	1 953	1 543	578	383	1972
1 782	1 250	4 118	2 904	1 926	1 511	576	379	1973
1 749	1 216	4 078	2 850	1 795	1 393	559	365	1974
1 653	1 129	3 804	2 612	1 649	1 268	527	342	1975
1 607	1 098	3 725	2 561	1 608	1 243	512	333	1976
1 570	1 078	3 734	2 591	1 592	1 240	496	331	1977
1 542	1 052	3 732	2 580	1 585	1 233	491	327	1978
1 532	1 048	3 765	2 599	1 593	1 235	489	326	1979
1 544	1 053	3 810	2 621	1 583	1 225	491	325	1980
1 502	1 011	3 752	2 549	1 512	1 159	488	322	1981
1 448	962	3 655	2 463	1 418	1 076	472	310	1982
1 540	1 050	3 803	2 623	1 591	1 234	485	321	1980 1. Vj.
1 545	1 056	3 803	2 620	1 584	1 227	485	321	2. Vj.
1 553	1 062	3 827	2 632	1 586	1 227	497	332	3. Vj.
1 538	1 043	3 807	2 606	1 573	1 213	494	328	4. Vj.
1 506	1 014	3 773	2 570	1 540	1 185	485	320	1981 1. Vj.
1 506	1 015	3 743	2 543	1 519	1 165	484	319	2. Vj.
1 509	1 018	3 756	2 552	1 506	1 154	495	329	3. Vj.
1 489	999	3 734	2 531	1 482	1 132	488	322	4. Vj.
1 454	966	3 689	2 493	1 450	1 104	472	309	1982 1. Vj.
1 453	968	3 659	2 468	1 429	1 086	469	307	2. Vj.
1 453	968	3 659	2 467	1 412	1 072	478	316	3. Vj.
1 430	947	3 611	2 424	1 382	1 044	469	307	4. Vj.
1 396	916	3 539	2 363	1 350	1 019	453	294	1983 1. Vj.
1 394	919	3 500	2 337	1 337	1 010	449	293	2. Vj.
1 398	924	3 506	2 347	1 340	1 014	459	303	3. Vj.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 44*

Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

Mio

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
1950	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 531	441	12 090	2 607	5 757	2 920	807
1971	12 006	423	11 583	2 465	5 499	2 824	795
1972	11 484	373	11 111	2 367	5 213	2 763	769
1973	11 426	347	11 079	2 362	5 294	2 666	757
1974	10 709	341	10 368	2 238	5 006	2 407	718
1975	9 573	335	9 238	1 953	4 458	2 156	671
1976	9 651	319	9 332	1 968	4 521	2 184	659
1977	9 493	300	9 193	1 900	4 511	2 149	633
1978	9 266	286	8 980	1 842	4 409	2 108	621
1979	9 254	283	8 970	1 835	4 437	2 087	612
1980	9 153	286	8 867	1 818	4 402	2 042	605
1981	8 707	291	8 416	1 717	4 212	1 892	596
1982	8 271	289	7 982	1 610	4 038	1 759	574
1980 1. Vj.	2 388	75	2 313	468	1 155	539	151
2. Vj.	2 265	68	2 197	454	1 093	503	147
3. Vj.	2 207	72	2 135	448	1 047	488	152
4. Vj.	2 293	71	2 221	448	1 106	512	156
1981 1. Vj.	2 228	75	2 153	431	1 080	495	147
2. Vj.	2 158	70	2 088	431	1 043	469	145
3. Vj.	2 111	72	2 039	425	1 011	453	151
4. Vj.	2 210	74	2 136	431	1 078	475	153
1982 1. Vj.	2 152	76	2 075	411	1 058	464	143
2. Vj.	2 083	70	2 013	412	1 021	440	140
3. Vj.	1 993	71	1 923	395	963	420	146
4. Vj.	2 042	72	1 971	393	997	435	146
1983 1. Vj.	2 013	73	1 940	385	985	434	136
2. Vj.	1 981	66	1 914	391	969	420	134
3. Vj.	1 914	64	1 850	379	926	406	140

¹⁾ Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

²⁾ Ohne Saarland und Berlin.

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produk- tionsgüter- gewerbe	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe
1970 = 100							
1962	66,0	56,9	66,5	57,2	71,2	68,2	68,4
1963	69,7	61,4	69,9	60,7	74,8	71,4	71,6
1964	75,1	64,6	75,6	67,4	79,4	76,9	77,3
1965	78,5	66,3	79,1	70,2	82,7	82,0	81,8
1966	81,1	70,0	81,6	74,7	84,0	83,3	84,9
1967	85,8	76,5	86,1	82,2	86,7	85,4	89,1
1968	90,8	81,9	91,1	90,7	89,6	90,8	93,7
1969	97,0	89,3	97,2	96,7	96,9	97,3	98,2
1976 = 100							
1970	75,0	88,7	74,5	74,1	75,8	71,4	78,7
1971	78,0	90,2	77,6	77,4	77,9	75,9	83,0
1972	83,2	96,1	82,8	83,8	82,7	81,4	85,5
1973	87,9	100,0	87,5	90,8	86,9	85,5	88,7
1974	90,6	100,4	90,3	93,4	88,6	88,9	93,3
1975	93,4	98,1	93,3	90,8	93,4	93,4	99,5
1976	100	100	100	100	100	100	100
1977	104,6	100,4	104,7	103,8	105,2	105,9	105,9
1978	108,0	103,8	108,2	110,1	107,3	107,6	110,5
1979	113,5	108,2	113,7	119,3	111,7	112,7	114,5
1980	114,8	107,4	115,0	116,6	114,8	114,1	118,1
1981	117,6	106,3	118,1	117,2	118,9	115,6	122,3
1982	119,8	105,5	120,3	117,4	122,2	118,8	123,5
1980 1. Vj.	112,5	110,1	112,6	117,8	110,7	113,3	114,6
2. Vj.	116,1	108,1	116,2	120,4	115,4	113,8	118,5
3. Vj.	114,1	104,1	114,4	114,9	113,5	113,4	117,0
4. Vj.	116,8	108,3	117,1	112,0	120,0	116,4	121,7
1981 1. Vj.	114,0	108,2	114,1	115,8	113,7	112,8	119,7
2. Vj.	117,6	104,5	118,0	118,5	118,7	113,7	122,0
3. Vj.	117,7	104,6	118,1	119,2	116,9	116,4	121,2
4. Vj.	121,2	109,1	121,5	115,0	125,5	119,6	125,5
1982 1. Vj.	117,2	105,9	117,5	116,4	118,9	115,6	123,1
2. Vj.	121,5	105,4	121,9	121,7	123,6	117,4	125,0
3. Vj.	118,0	104,6	118,4	116,7	118,8	118,4	119,5
4. Vj.	122,3	106,4	122,8	114,2	126,8	124,0	125,3
1983 1. Vj.	119,5	106,0	120,0	119,9	119,4	122,0	122,1
2. Vj.	124,9	106,1	125,5	126,7	125,1	124,5	128,9
3. Vj.	124,2	104,3	124,8	127,3	121,9	123,4	130,5

¹⁾ Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff. und 5/1981, S. 315 ff.

Tabelle 46*

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten								
	umbauter Raum ¹⁾				veranschlagte reine Baukosten ²⁾				
	insgesamt	Wohnbau	Nichtwohnbau		insgesamt	Wohnbau	Nichtwohnbau		
			Wirtschafts-bau ³⁾	Öffentlicher Bau ⁴⁾			Wirtschafts-bau ³⁾	Öffentlicher Bau ⁴⁾	
	1 000 cbm				Mio DM				
1950		140 665				5 243			
1951		139 448				5 337			
1952		230 108		94 456	9 694	6 216		3 478	
1953		245 968		82 319	11 370	7 860		3 510	
1954		282 134		96 542	13 375	9 062		4 313	
1955	5)	309 971		114 452	15 488	10 063		5 425	
1956		304 197		123 900	16 130	10 061		6 069	
1957		286 391		112 313	16 404	10 459		5 945	
1958		311 254		117 957	19 208	12 386		6 821	
1959		343 689		132 785	22 136	14 321		7 815	
1960		392 427		158 000	27 491	17 253		10 238	
1961		422 657		174 075	31 685	19 851		11 834	
1962		425 658	252 434	135 881	37 343	34 675	22 176	7 744	4 756
1963		383 726	229 774	115 015	38 936	34 189	21 836	7 006	5 348
1964		429 635	246 181	139 465	43 988	40 738	25 397	9 032	6 309
1965		441 163	259 257	137 138	44 769	44 879	28 534	9 484	6 860
1966		421 309	245 143	136 995	39 171	44 680	28 555	9 840	6 285
1967		378 533	219 319	120 828	38 386	41 483	26 062	9 105	6 316
1968		400 265	226 408	132 687	41 170	43 187	27 031	9 594	6 562
1969		470 177	242 236	185 986	41 956	49 521	29 541	13 307	6 673
1970		497 264	266 573	184 841	45 850	59 058	35 529	15 299	8 230
1971		542 377	313 124	180 151	49 102	73 588	47 011	16 916	9 661
1972		567 238	343 057	178 182	45 999	87 234	57 221	19 769	10 244
1973		520 450	303 315	173 875	43 260	85 939	55 732	19 916	10 291
1974		388 207	209 250	123 953	55 004	72 217	41 964	15 472	14 781
1975		384 504	190 694	141 211	52 599	74 271	40 482	18 801	14 988
1976		374 089	210 227	128 309	35 553	72 857	46 338	16 559	9 961
1977		353 042	205 056	118 581	29 406	71 309	46 773	15 632	8 904
1978		421 216	247 614	137 520	36 083	88 531	59 182	18 395	10 954
1979		395 688	227 956	137 349	30 362	89 655	59 998	19 225	10 432
1980		389 154	215 351	141 121	32 681	96 642	61 722	22 216	12 703
1981		343 739	189 110	125 895	28 735	93 320	59 858	21 690	11 771
1982		305 900	165 352	117 185	23 363	88 984	56 029	22 538	10 416
1981 1. Vj.		78 960	44 942	28 208	5 813	20 886	13 713	4 801	2 372
2. Vj.		96 338	55 375	34 046	6 915	25 605	17 274	5 576	2 755
3. Vj.		91 376	50 139	33 626	7 609	25 241	16 182	5 763	3 296
4. Vj.		77 103	38 695	30 013	8 396	21 596	12 702	5 550	3 344
1982 1. Vj.		70 203	37 974	26 308	5 920	20 472	12 677	5 168	2 627
2. Vj.		78 013	45 238	27 871	4 908	22 755	15 197	5 011	2 546
3. Vj.		80 393	44 338	30 220	5 836	23 343	15 126	5 511	2 707
4. Vj.		76 642	37 770	32 712	6 165	22 615	13 000	6 841	2 773
1983 1. Vj.		79 419	41 626	33 176	4 612	22 921	14 274	6 452	2 195
2. Vj.		106 412	59 522	41 957	4 936	30 824	20 609	7 892	2 323
3. Vj.		98 359	54 393	39 032	4 933	29 063	18 924	7 715	2 425

1) Ab 1963 nur Neu- und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).

2) Alle Baumaßnahmen.

3) Unternehmen, freie Berufe und private Haushalte.

4) Öffentliche Bauherren: Gebietskörperschaften einschließlich Sozialversicherung und Organisationen ohne Erwerbszweck.

5) Ohne Saarland und Berlin.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

a) Wertindex 1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungs- bau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßen- bau	sonstiger Tiefbau	
				private ¹⁾	öffent- liche ²⁾			zusammen	darunter
				Auftraggeber					öffent- licher Tiefbau ²⁾
1971	67,0	69,6	70,8	68,4	70,3	63,0	65,9	61,5	60,5
1972	70,3	76,3	85,9	68,9	70,3	61,2	64,7	59,3	61,0
1973	67,5	70,8	70,0	68,5	77,4	62,5	67,6	59,8	60,7
1974	60,4	59,8	53,1	54,6	85,4	61,1	68,9	56,8	60,3
1975	64,5	63,3	55,6	63,8	80,4	66,3	71,0	63,6	67,6
1976	60,5	60,9	58,9	60,1	67,1	60,0	70,0	54,5	57,7
1977	70,0	67,8	70,8	64,4	68,1	73,6	87,3	66,0	68,2
1978	86,3	84,4	93,2	74,4	83,8	89,4	101,5	82,7	88,4
1979	97,3	96,1	101,3	89,7	96,1	99,3	109,9	93,4	96,4
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	85,3	90,5	89,6	92,0	89,9	77,1	78,6	76,3	71,1
1982	85,9	90,3	90,4	92,4	86,0	78,9	81,4	77,6	70,7
1976 1. Vj.	53,6	57,7	59,5	52,9	63,1	47,4	42,2	50,3	52,9
2. Vj.	66,4	67,2	65,2	70,4	66,5	64,9	78,7	57,3	59,7
3. Vj.	64,5	60,1	59,3	58,5	66,1	70,9	93,8	58,4	63,4
4. Vj.	57,7	58,2	51,5	58,6	72,9	56,8	65,2	52,2	54,7
1977 1. Vj.	55,0	57,3	60,4	57,9	49,8	51,3	52,0	50,9	48,3
2. Vj.	76,5	72,5	76,4	66,9	75,1	82,9	106,7	69,8	72,0
3. Vj.	77,7	71,0	72,5	65,8	78,8	88,3	115,5	73,3	76,0
4. Vj.	70,9	70,2	74,1	67,0	68,3	72,0	75,2	70,2	76,7
1978 1. Vj.	68,7	70,9	82,2	62,4	61,4	65,3	63,5	66,3	68,6
2. Vj.	95,2	88,8	100,4	76,3	86,4	105,5	121,5	96,6	105,1
3. Vj.	97,1	91,2	96,9	77,5	105,0	106,8	136,0	90,7	97,2
4. Vj.	83,9	86,6	93,2	81,3	82,4	79,9	84,9	77,1	82,4
1979 1. Vj.	81,9	85,4	91,7	80,5	80,0	76,4	77,1	76,0	74,3
2. Vj.	110,6	108,5	115,3	100,6	107,4	113,8	134,0	102,6	107,8
3. Vj.	105,5	98,9	100,3	94,7	103,7	116,0	135,8	105,0	110,3
4. Vj.	91,4	91,6	97,8	83,1	93,2	90,9	92,8	89,9	93,2
1980 1. Vj.	95,7	96,3	99,9	97,7	85,5	94,6	86,1	99,4	99,6
2. Vj.	109,5	106,0	106,5	105,8	105,1	115,1	119,9	112,4	112,0
3. Vj.	105,0	103,5	99,2	101,3	118,3	107,4	117,0	102,1	100,2
4. Vj.	89,8	94,0	94,4	95,2	91,2	82,9	77,1	86,2	88,3
1981 1. Vj.	82,5	89,8	97,0	87,8	76,7	70,9	62,6	75,5	71,1
2. Vj.	96,2	102,4	104,9	101,8	98,1	86,2	93,1	82,4	76,0
3. Vj.	90,4	92,9	85,9	98,3	99,4	86,5	94,5	82,1	77,9
4. Vj.	72,2	76,8	70,4	80,2	85,5	64,9	64,3	65,3	59,5
1982 1. Vj.	72,0	78,3	80,8	81,0	67,5	62,0	55,5	65,7	58,5
2. Vj.	94,0	96,2	97,7	95,1	94,9	90,5	103,5	83,2	78,2
3. Vj.	93,8	95,8	90,9	98,4	102,4	90,6	101,1	84,9	81,3
4. Vj.	83,7	90,8	92,2	95,1	79,3	72,5	65,3	76,5	65,0
1983 1. Vj.	82,9	96,0	109,5	96,1	63,4	62,3	57,3	65,0	57,5
2. Vj.	105,1	112,7	122,7	113,0	88,2	93,2	101,2	88,7	84,1
3. Vj. ³⁾	103,7	107,3	108,7	110,7	97,7	98,1	103,8	95,0	77,1

1) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.

2) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

3) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 47*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

b) Volumenindex 1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau			Tiefbau		
		zusammen	Wohnungs- bau	sonstiger Hochbau	zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
1971	108,2	113,3	118,0	109,7	100,1	104,8	97,5
1972	108,7	117,5	134,5	105,0	95,1	101,4	91,5
1973	99,4	103,2	103,6	102,7	93,3	102,5	88,3
1974	84,0	83,5	74,9	89,7	84,3	95,4	78,1
1975	88,5	87,4	77,3	94,8	89,6	96,2	86,1
1976	80,8	81,3	79,5	82,4	79,8	93,4	72,4
1977	89,6	86,1	90,8	82,4	95,1	113,8	84,9
1978	104,5	101,6	112,8	92,8	109,4	124,7	100,9
1979	108,4	106,9	113,3	101,4	111,0	123,2	104,2
1980	100	100	100	100	100	100	100
1981	81,5	85,8	84,8	86,6	74,7	76,4	73,8
1982	81,7	84,0	83,8	83,8	78,0	81,0	76,3
1976 1. Vj.	73,0	78,9	82,2	76,2	64,0	57,0	67,8
2. Vj.	88,8	90,2	88,3	91,4	86,3	105,1	76,1
3. Vj.	85,3	79,4	79,0	79,6	93,9	124,8	76,9
4. Vj.	76,1	76,5	68,3	82,5	75,2	86,8	68,8
1977 1. Vj.	72,0	74,7	79,5	71,0	67,6	69,1	66,8
2. Vj.	98,1	92,3	98,3	87,7	107,5	139,6	89,9
3. Vj.	98,6	89,4	92,0	87,4	113,3	149,6	93,5
4. Vj.	89,6	88,1	93,6	83,6	91,9	96,9	89,1
1978 1. Vj.	85,8	88,0	102,7	76,4	82,4	80,6	83,3
2. Vj.	116,4	108,0	122,6	96,3	130,6	151,2	119,1
3. Vj.	116,1	108,4	115,6	102,8	129,0	165,0	109,1
4. Vj.	99,5	102,1	110,3	95,6	95,6	102,1	91,9
1979 1. Vj.	96,1	99,8	107,7	93,0	90,4	91,5	89,6
2. Vj.	124,6	121,8	130,2	114,7	129,0	152,5	116,1
3. Vj.	114,9	107,5	109,6	105,6	126,6	148,7	114,4
4. Vj.	98,1	98,3	105,6	92,3	98,0	100,2	96,6
1980 1. Vj.	99,5	100,3	103,9	97,2	98,1	89,3	102,9
2. Vj.	109,6	106,2	106,6	105,7	115,0	119,8	112,2
3. Vj.	103,1	101,6	97,2	105,3	105,4	114,9	100,1
4. Vj.	87,9	91,9	92,2	91,8	81,6	75,9	84,6
1981 1. Vj.	80,1	87,0	93,8	81,3	69,3	61,3	73,8
2. Vj.	91,5	96,8	98,8	95,1	83,1	90,0	79,3
3. Vj.	85,7	87,2	80,5	92,7	83,3	91,3	78,9
4. Vj.	68,6	72,1	66,0	76,9	63,2	62,9	63,3
1982 1. Vj.	68,5	73,3	75,3	71,3	60,8	54,7	64,1
2. Vj.	89,2	89,3	90,4	88,0	89,0	102,7	81,5
3. Vj.	89,3	89,0	84,1	92,5	89,8	100,8	83,6
4. Vj.	79,8	84,5	85,4	83,4	72,3	65,7	75,9
1983 1. Vj.	78,8	89,1	101,5	78,8	62,4	57,9	64,9
2. Vj.	99,6	103,5	112,6	96,1	93,2	102,1	88,3
3. Vj. ¹⁾	98,1	98,1	99,3	97,2	98,1	104,7	94,4

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe

Wertindex 1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungs- bau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßen- bau	sonstiger Tiefbau	
				private ¹⁾	öffentliche ²⁾			zusammen	darunter
				Auftraggeber					öffentlicher Tiefbau ³⁾
1971	71,1	78,0	82,5	74,0	76,4	60,6	63,3	59,2	57,2
1972	74,6	86,4	104,2	74,7	71,7	56,9	62,5	53,9	50,4
1973	74,5	83,9	95,0	76,4	75,3	60,2	68,4	55,9	53,0
1974	64,0	65,4	57,9	63,4	81,9	61,7	75,4	54,5	55,3
1975	63,2	65,0	53,5	68,1	81,6	60,3	69,6	55,5	57,6
1976	63,6	65,7	62,6	68,1	68,4	60,4	63,9	58,5	60,5
1977	60,2	59,8	56,4	64,2	61,4	61,2	72,4	55,4	57,5
1978	76,5	74,1	76,8	71,5	73,9	80,7	90,8	75,4	79,3
1979	96,3	95,3	99,8	91,1	92,2	98,1	110,5	91,6	95,2
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	93,5	97,7	93,9	99,6	102,1	86,8	81,3	89,7	84,9
1982	82,8	88,1	84,7	95,9	84,5	74,4	70,4	76,5	70,0
1976 Mär	67,0	68,8	61,6	70,8	79,2	64,2	63,8	64,4	67,4
Jun	67,3	69,9	69,8	71,8	67,9	63,4	66,8	61,6	62,2
Sep	63,0	65,2	62,8	67,6	66,2	59,7	66,2	56,3	58,5
Dez	57,1	59,0	56,2	62,2	60,3	54,1	58,8	51,6	53,9
1977 Mär	58,1	58,9	53,9	66,1	59,3	57,3	64,5	53,6	54,9
Jun	59,5	58,7	55,1	63,9	59,5	61,2	74,6	54,2	56,1
Sep	62,6	61,9	58,4	66,0	64,0	64,2	79,4	56,3	58,8
Dez	60,6	59,8	58,3	60,7	62,6	62,1	71,2	57,4	60,2
1978 Mär	69,1	67,7	69,7	66,6	66,5	71,8	82,2	66,4	69,3
Jun	75,9	72,8	74,6	72,1	72,0	81,3	94,8	74,3	75,7
Sep	80,7	77,8	80,7	74,0	78,7	85,9	96,0	80,7	86,0
Dez	80,1	78,2	82,3	73,3	78,3	83,6	90,2	80,2	86,1
1979 Mär	92,8	90,6	96,9	84,3	87,1	96,4	107,7	90,5	93,2
Jun	99,6	98,2	103,8	94,1	92,9	101,8	120,0	92,2	94,4
Sep	99,1	97,8	100,9	95,2	95,3	101,3	117,8	92,6	95,0
Dez	93,8	94,5	97,7	90,6	93,4	92,8	96,4	90,9	98,3
1980 Mär	101,2	99,9	103,7	96,9	96,7	103,3	105,9	101,8	102,0
Jun	102,2	100,2	100,6	101,9	97,0	105,4	107,8	104,1	104,2
Sep	99,9	101,0	99,2	102,3	102,6	98,3	99,0	97,9	97,1
Dez	96,6	98,8	96,4	98,7	103,7	93,0	87,1	96,1	96,8
1981 Mär	102,3	105,2	104,8	104,6	106,6	97,8	91,4	101,1	95,3
Jun	99,7	103,6	101,1	107,3	103,3	93,6	88,9	96,0	90,7
Sep	89,2	93,8	88,2	97,9	98,8	82,0	77,5	84,4	80,1
Dez	82,6	88,0	81,6	88,7	99,5	73,9	67,3	77,4	73,3
1982 Mär	86,1	91,5	85,7	99,3	91,9	77,5	73,9	79,5	73,3
Jun	86,6	90,5	88,4	96,4	86,5	80,4	80,7	80,3	73,7
Sep	81,2	86,5	81,7	94,7	84,4	72,7	71,0	73,6	68,5
Dez	77,3	83,8	82,8	91,6	75,1	66,9	55,8	72,7	64,5
1983 Mär	88,6	97,5	102,5	105,6	76,6	74,5	66,7	78,6	67,3
Jun	93,5	102,2	107,7	113,5	76,1	79,7	75,6	81,8	69,6

¹⁾ Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.

²⁾ Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 49*

Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe ¹⁾

Zeitraum	Umsatz ²⁾				Be- schäftigte ³⁾	Geleistete Arbeits- stunden ⁴⁾	Nettopro- duktions- index ⁵⁾
	insgesamt	Wohnungs- bau	landwirt- schaftlicher und gewerb- licher Bau	öffentlicher und Verkehrsbau			
	Mio DM						
1950	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	25 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	76,0
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	76,7
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	84,9
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	86,4
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	87,2
1967	46 358	18 088	9 164	19 105	1 503	2 561	92,9
1968	29 711	11 451	6 487	11 772	1 524	2 556	86,7
1969	44 648	16 606	10 078	17 964	1 543	2 520	94,8
1970	57 578	20 092	13 794	23 692	1 567	2 606	104,8
1971	70 004	25 562	17 880	26 562	1 583	2 627	108,3
1972	77 560	30 959	18 651	27 950	1 571	2 614	115,9
1973	81 078	32 963	19 914	28 201	1 546	2 435	116,8
1974	78 794	29 984	18 490	30 320	1 387	2 139	108,7
1975	75 370	26 697	17 570	31 103	1 242	1 890	96,6
1976	78 398	28 326	19 359	30 712	1 222	1 844	100
1977	86 128	32 767	20 467	32 894	1 168	1 722	103,5
1978	77 984	29 497	19 276	29 211	1 190	1 692	110,0
1979	92 080	34 703	22 770	34 606	1 240	1 724	117,4
1980	112 484	42 617	28 702	41 166	1 263	1 745	114,2
1981	110 929	41 713	28 937	40 279	1 226	1 614	105,3
1982	104 665	38 651	28 026	37 988	1 152	1 523	95,5
1981 1. Vj.	18 478	7 081	5 206	6 191	1 200	305	78,7
2. Vj.	27 735	10 810	7 141	9 784	1 250	468	127,5
3. Vj.	30 140	11 283	7 758	11 099	1 252	455	113,8
4. Vj.	34 576	12 539	8 833	13 204	1 202	385	102,5
1982 1. Vj.	17 037	6 356	4 976	5 705	1 101	278	69,9
2. Vj.	25 448	9 766	6 722	8 961	1 172	427	113,4
3. Vj.	28 546	10 236	7 770	10 541	1 189	426	101,9
4. Vj.	33 634	12 293	8 559	12 782	1 148	392	97,3
1983 1. Vj.	17 343	6 625	5 188	5 530	1 032	267	69,2
2. Vj.	28 052	11 720	7 200	9 132	1 114	406	114,9
3. Vj. ⁸⁾	108,2

¹⁾ Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1967 (Nettoproduktionsindex bis 1969). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff. — ²⁾ Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte. — ³⁾ Bis 1976 ohne, ab 1977 einschließlich der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen. — ⁴⁾ Von Inhabern, Angestellten, Arbeitern und Auszubildenden auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Arbeitsstunden. — ⁵⁾ Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. — ⁶⁾ Von 1962 bis 1969 Basis 1970 = 100. — ⁷⁾ Ohne Saarland und Berlin. — ⁸⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Einzelhandelsumsatz

1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Darunter Einzelhandel mit							
		Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	Einrichtungsgegenständen ¹⁾	elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten	Papierwaren, Druck-erzeugnissen, Büro-maschinen	pharmazeutischen, kosmetischen und med. Erzeugnissen	Kraft- und Schmierstoffen ²⁾	Fahrzeugen ³⁾
in jeweiligen Preisen									
1970	49,5	49,4	53,2	47,1	53,4	49,4	51,5	40,3	54,3
1971	54,6	54,2	59,0	54,4	59,4	54,6	56,7	46,2	57,6
1972	59,8	59,3	65,1	61,8	67,3	58,5	61,5	49,2	60,1
1973	64,2	64,3	67,3	65,7	71,7	62,4	66,9	57,0	59,0
1974	67,7	67,7	71,0	68,8	78,5	66,0	73,1	58,5	54,9
1975	73,8	72,7	76,5	72,1	80,1	70,5	79,2	61,3	70,0
1976	79,0	78,6	78,8	75,6	82,7	74,2	83,7	69,7	81,1
1977	84,7	84,1	84,0	84,3	89,8	80,3	86,8	70,7	92,7
1978	89,1	88,0	89,3	88,3	91,9	85,4	90,9	78,2	100,5
1979	94,7	92,6	92,2	92,6	92,5	92,4	94,6	95,4	104,4
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	103,8	107,1	101,6	101,6	104,7	103,6	105,4	120,3	100,6
1982	105,0	112,9	100,1	98,4	106,6	105,4	107,2	119,5	102,1
1982 1. Vj.	98,1	105,5	87,8	89,0	95,3	94,9	101,7	109,8	104,7
2. Vj.	102,2	114,2	94,0	92,3	91,3	90,2	105,6	114,1	113,3
3. Vj.	98,0	110,1	86,5	90,6	91,7	103,5	104,4	128,3	91,5
4. Vj.	121,3	121,6	131,4	121,4	148,2	137,9	116,8	126,3	96,6
1983 1. Vj.	101,1	108,3	89,6	92,6	100,2	99,2	108,9	107,9	116,4
2. Vj.	106,0	111,9	96,0	98,6	91,6	94,2	111,5	118,2	134,9
3. Vj. ⁴⁾	100,9	113,4	90,2	92,8	89,3	105,3	111,0	113,0	100,0
in Preisen von 1980									
1970	78,2	73,5	90,2	76,5	78,5	76,0	74,6	.	84,8
1971	82,6	78,1	94,4	83,7	84,9	78,6	78,8	.	84,1
1972	86,3	81,2	98,3	91,4	93,3	81,8	82,0	.	84,3
1973	87,0	82,6	94,8	92,8	94,0	83,0	85,5	.	79,8
1974	85,5	83,0	92,9	89,8	94,0	81,5	88,5	.	69,4
1975	88,4	84,3	95,3	89,1	92,4	81,1	91,2	.	82,7
1976	91,5	87,4	95,2	90,9	94,6	82,4	93,9	.	93,0
1977	94,4	89,1	96,8	97,6	101,8	86,6	94,6	.	103,1
1978	97,3	92,4	98,7	98,4	103,0	90,2	98,1	.	108,9
1979	99,8	96,2	97,6	99,4	101,4	95,9	99,0	.	109,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98,5	102,1	96,6	94,8	102,0	98,3	100,6	103,7	97,4
1982	94,9	101,3	91,2	87,7	101,3	94,8	99,2	102,7	93,2
1982 1. Vj.	90,3	97,2	81,1	80,2	91,2	87,1	95,6	97,1	97,7
2. Vj.	92,2	101,2	87,7	82,5	86,8	81,8	98,4	103,1	103,3
3. Vj.	88,0	97,5	78,7	80,5	86,7	92,6	96,4	108,3	82,9
4. Vj.	108,7	109,1	118,3	107,3	140,6	122,0	106,1	102,9	86,8
1983 1. Vj.	90,2	95,8	80,2	81,1	94,9	87,4	97,4	94,1	104,7
2. Vj.	93,9	97,7	85,4	85,8	86,5	81,9	98,7	107,1	120,2
3. Vj. ⁴⁾	88,9	99,8	79,8	77,1	84,0	90,6	96,9	97,4	87,5

1) Ohne elektrotechnische Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgroßgeräte.

2) In Tankstellen mit Absatz im eigenen Namen.

3) Einschließlich Fahrzeugteilen und Fahrzeugreifen.

4) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 51*

Zahlungs
Mio

Zeitraum	Leistungsbilanz						
	insgesamt	Waren- und Dienstleistungsverkehr				Übertragungsbilanz ⁴⁾	
		zusammen	Handels- bilanz ¹⁾	Dienstleistungsbilanz ²⁾		zusammen	darunter Nettobeitrag zum EG-Haushalt
				zusammen	darunter Reise- verkehr ³⁾		
1950	- 427	- 2 492	- 3 012	+ 520	.	+ 2 065	—
1951	+ 2 301	+ 772	- 149	+ 921	.	+ 1 529	—
1952	+ 2 478	+ 2 318	+ 706	+ 1 612	.	+ 160	—
1953	+ 3 873	+ 4 324	+ 2 516	+ 1 808	.	- 451	—
1954	+ 3 669	+ 4 143	+ 2 698	+ 1 445	.	- 474	—
1955	+ 2 235	+ 3 069	+ 1 245	+ 1 824	.	- 834	—
1956	+ 4 459	+ 5 680	+ 2 897	+ 2 783	+ 486	- 1 221	—
1957	+ 5 901	+ 7 783	+ 4 083	+ 3 700	+ 498	- 1 882	—
1958	+ 5 998	+ 7 998	+ 4 954	+ 3 044	- 129	- 2 000	- 18
1959	+ 4 152	+ 7 431	+ 5 361	+ 2 070	- 616	- 3 279	- 56
1960	+ 4 783	+ 8 271	+ 5 223	+ 3 048	- 979	- 3 488	- 55
1961	+ 3 193	+ 7 623	+ 6 615	+ 1 008	- 1 439	- 4 430	- 78
1962	- 1 580	+ 3 630	+ 3 477	+ 153	- 2 316	- 5 210	- 103
1963	+ 991	+ 6 086	+ 6 032	+ 54	- 2 138	- 5 095	- 139
1964	+ 524	+ 5 835	+ 6 081	- 246	- 2 154	- 5 311	- 151
1965	- 6 223	+ 154	+ 1 203	- 1 049	- 2 766	- 6 377	- 168
1966	+ 488	+ 6 783	+ 7 958	- 1 175	- 3 403	- 6 295	- 247
1967	+ 10 006	+ 16 428	+ 16 862	- 434	- 3 034	- 6 422	- 470
1968	+ 11 856	+ 19 168	+ 18 372	+ 796	- 3 106	- 7 312	- 1 906
1969	+ 7 498	+ 16 248	+ 15 584	+ 664	- 3 888	- 8 750	- 2 551
1970	+ 3 183	+ 12 942	+ 15 670	- 2 728	- 5 377	- 9 759	- 1 985
1971	+ 2 770	+ 14 385	+ 15 892	- 1 507	- 7 300	- 11 615	- 455
1972	+ 2 731	+ 16 570	+ 20 278	- 3 708	- 8 572	- 13 840	- 1 172
1973	+ 12 354	+ 27 881	+ 32 979	- 5 098	- 10 920	- 15 527	- 1 931
1974	+ 26 581	+ 42 632	+ 50 846	- 8 214	- 12 397	- 16 050	- 1 740
1975	+ 9 932	+ 27 811	+ 37 276	- 9 465	- 14 701	- 17 879	- 3 491
1976	+ 9 915	+ 27 799	+ 34 469	- 6 670	- 14 645	- 17 884	- 3 332
1977	+ 9 498	+ 27 719	+ 38 436	- 10 717	- 16 380	- 18 221	- 3 695
1978	+ 18 111	+ 35 892	+ 41 200	- 5 308	- 19 018	- 17 781	- 2 283
1979	- 11 189	+ 10 052	+ 22 429	- 12 377	- 21 595	- 21 240	- 4 103
1980	- 28 541	- 3 997	+ 8 947	- 12 944	- 25 070	- 24 544	- 4 099
1981	- 14 693	+ 12 171	+ 27 720	- 15 549	- 25 549	- 26 864	- 6 412
1982	+ 8 553	+ 36 803	+ 51 277	- 14 474	- 25 960	- 28 250	- 7 510
1981 1. Vj.	- 8 875	- 3 061	- 236	- 2 825	- 4 746	- 5 815	- 1 125
2. Vj.	- 5 429	+ 1 138	+ 6 562	- 5 424	- 5 980	- 6 567	- 1 914
3. Vj.	- 10 333	- 2 392	+ 7 091	- 9 483	- 10 331	- 7 941	- 1 951
4. Vj.	+ 9 944	+ 16 484	+ 14 302	+ 2 182	- 4 492	- 6 540	- 1 422
1982 1. Vj.	- 825	+ 6 049	+ 11 161	- 5 112	- 4 681	- 6 874	- 1 774
2. Vj.	+ 2 137	+ 8 891	+ 13 229	- 4 338	- 6 075	- 6 754	- 1 977
3. Vj.	- 4 854	+ 2 545	+ 11 657	- 9 112	- 11 033	- 7 398	- 1 732
4. Vj.	+ 12 095	+ 19 319	+ 15 231	+ 4 088	- 4 171	- 7 223	- 2 027
1983 1. Vj.	+ 4 172	+ 9 943	+ 11 892	- 1 949	- 4 821	- 5 771	- 921
2. Vj.	+ 2 052	+ 8 872	+ 10 219	- 1 347	- 5 461	- 6 820	- 1 450
3. Vj.	- 6 688	- 94	+ 8 290	- 8 196	- 10 119	- 6 783	- 1 374

1) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.

2) Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten; jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger, den Warenverkehr betreffenden Ergänzungen (hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung).

3) Einschließlich der der Bundesbank von den Zentralbanken wichtiger europäischer Reisezielländer mitgeteilten An- und Verkäufe von DM-Noten.

4) Eigene Leistungen: —.

5) Kapitalexport: —.

bilanz

DM

Kapitalbilanz ⁵⁾			Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen ⁶⁾	Ausgleichs- posten zur Auslands- position der Bundesbank ⁷⁾	Devisen- bilanz ⁸⁾	Zeitraum
insgesamt	langfristiger	kurzfristiger				
	Kapitalverkehr					
+ 637	+ 488	+ 149	- 774	—	- 564	1950
- 543	- 79	- 464	+ 280	—	+ 2 038	1951
+ 6	- 357	+ 363	+ 416	—	+ 2 900	1952
- 698	- 378	- 320	+ 471	—	+ 3 646	1953
- 106	- 438	+ 332	- 592	—	+ 2 971	1954
- 640	- 271	- 369	+ 256	—	+ 1 851	1955
- 162	- 365	+ 203	+ 713	—	+ 5 010	1956
- 2 655	- 390	- 2 265	+1 876	—	+ 5 122	1957
- 2 329	- 1 437	- 892	- 225	—	+ 3 444	1958
- 6 398	- 3 629	- 2 769	+ 554	—	- 1 692	1959
+ 1 272	- 81	+ 1 353	+1 964	—	+ 8 019	1960
- 5 009	- 4 053	- 956	+ 994	- 1 475	- 2 297	1961
- 597	- 183	- 414	+1 300	—	- 877	1962
+ 620	+ 1 806	- 1 186	+1 129	—	+ 2 740	1963
- 1 325	- 894	- 431	+1 236	—	+ 435	1964
+ 2 142	+ 1 137	+ 1 005	+2 798	—	- 1 283	1965
- 599	- 342	- 257	+2 063	—	+ 1 952	1966
-11 848	- 2 930	- 8 918	+1 702	—	- 140	1967
- 6 125	-11 201	+ 5 076	+1 278	—	+ 7 009	1968
-18 679	-23 040	+ 4 361	+ 919	- 4 099	-14 361	1969
+15 113	- 934	+16 047	+3 616	+ 738	+22 650	1970
+10 884	+ 6 293	+ 4 592	+2 701	- 5 370	+10 986	1971
+11 932	+15 551	- 3 620	+1 028	- 495	+15 195	1972
+13 143	+12 950	+ 194	+ 931	-10 279	+16 149	1973
-25 298	- 6 282	-19 015	-3 189	- 7 231	- 9 136	1974
-13 282	-18 231	+ 4 949	+1 131	+ 5 480	+ 3 260	1975
- 1 033	- 1 476	+ 443	- 92	- 7 489	+ 1 301	1976
- 287	-12 931	+12 644	+1 239	- 7 880	+ 2 570	1977
+ 5 436	- 2 946	+ 8 382	-3 776	- 7 586	+12 185	1978
+10 504	+12 043	- 1 539	-4 269	- 2 334	- 7 288	1979
+ 3 845	+ 5 327	- 1 482	-3 198	+ 2 164	-25 730	1980
+ 9 182	+ 8 819	+ 363	+3 228	+ 3 561	+ 1 278	1981
- 4 600	-16 319	+11 719	- 876	- 411	+ 2 667	1982
+13 943	+ 3 201	+10 742	-2 941	- 384	+ 1 743	1981 1. Vj.
+ 4 800	+ 3 328	+ 1 472	+5 679	—	+ 5 050	2. Vj.
+ 6 711	+ 6 147	+ 564	+1 862	—	- 1 759	3. Vj.
-16 273	- 3 857	-12 416	-1 372	+ 3 945	- 3 756	4. Vj.
- 1 779	- 8 055	+ 6 275	+2 181	+ 36	- 387	1982 1. Vj.
- 1 314	- 7 186	+ 5 872	+ 305	+ 1 254	+ 2 382	2. Vj.
+ 4 940	+ 295	+ 4 645	- 509	- 623	- 1 046	3. Vj.
- 6 447	- 1 373	- 5 073	-2 853	- 1 078	+ 1 718	4. Vj.
+ 3 480	- 9 231	+12 711	+4 743	- 1 629	+10 766	1983 1. Vj.
-12 988	- 4 090	- 8 898	-2 811	+ 2 338	-11 409	2. Vj.
+ 3 548	+ 3 684	- 136	+ 737	+ 858	- 1 545	3. Vj.

⁵⁾ Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).

⁷⁾ Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Änderungen des DM-Wertes der auf Fremdwährung lautenden Aktiva und Passiva der Bundesbank durch Neubewertung zum Jahresende und Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten; ab 1982 auch Differenzen zwischen den Transaktionswerten und den im Wochenausweis der Bundesbank zu Bilanzkursen ausgewiesenen Veränderungen der Auslandsposition.

⁸⁾ Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank (Zunahme: +). Ab 1982 bewertet zu Bilanzkursen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 52*

Kapitalverkehr

(Kapital)

Mio

Zeitraum	Langfristiger Kapitalver							
	insgesamt ³⁾	privat ^{1) 2)}						
		zusammen ³⁾	deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: -)			ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
			zusammen ³⁾	Direkt- investitionen ⁴⁾ und privater Grund- besitz	Kredite und Dar- lehen ⁵⁾ , Portfolio- investi- tionen	zusammen ³⁾	Direkt- investi- tionen ⁴⁾ und privater Grund- besitz	Kredite und Dar- lehen ⁵⁾ , Portfolio- investi- tionen ⁶⁾
1960	- 81	+ 1 230	- 1 494	- 733	- 783	+ 2 724	+ 807	+ 2 033
1961	- 4 053	+ 1 035	- 1 268	- 1 002	- 268	+ 2 303	+ 1 178	+ 1 253
1962	- 183	+ 1 107	- 1 740	- 1 335	- 374	+ 2 847	+ 1 338	+ 1 541
1963	+ 1 806	+ 3 253	- 1 663	- 1 033	- 633	+ 4 916	+ 1 931	+ 3 009
1964	- 894	+ 421	- 2 377	- 1 372	- 1 022	+ 2 798	+ 2 444	+ 367
1965	+ 1 137	+ 2 428	- 2 199	- 1 448	- 741	+ 4 627	+ 3 557	+ 1 087
1966	- 342	+ 2 189	- 2 815	- 1 616	- 1 187	+ 5 004	+ 3 953	+ 1 064
1967	- 2 930	- 1 440	- 3 663	- 1 502	- 2 150	+ 2 223	+ 3 285	- 1 010
1968	- 11 201	- 9 872	- 12 223	- 2 185	- 10 020	+ 2 351	+ 2 087	+ 323
1969	- 23 040	- 21 203	- 22 706	- 3 142	- 19 541	+ 1 503	+ 1 989	- 465
1970	- 934	+ 1 454	- 8 648	- 3 580	- 5 048	+ 10 102	+ 2 073	+ 8 064
1971	+ 6 293	+ 8 458	- 4 027	- 4 230	+ 219	+ 12 485	+ 3 827	+ 8 666
1972	+ 15 551	+ 17 029	+ 315	- 5 760	+ 6 115	+ 16 714	+ 6 054	+ 10 703
1973	+ 12 950	+ 15 153	- 710	- 5 186	+ 4 470	+ 15 863	+ 5 465	+ 10 411
1974	- 6 282	- 5 405	- 9 484	- 5 482	- 3 918	+ 4 078	+ 5 609	- 1 523
1975	- 18 231	- 19 393	- 21 875	- 5 353	- 16 434	+ 2 482	+ 1 651	+ 834
1976	- 1 476	- 3 896	- 17 556	- 6 576	- 10 880	+ 13 660	+ 2 628	+ 11 040
1977	- 12 931	- 11 313	- 20 946	- 5 551	- 15 263	+ 9 634	+ 1 869	+ 7 768
1978	- 2 946	+ 346	- 20 859	- 7 835	- 12 973	+ 21 205	+ 3 061	+ 18 143
1979	+ 12 043	+ 13 552	- 18 436	- 9 011	- 9 422	+ 31 988	+ 3 011	+ 28 976
1980	+ 5 327	- 15 459	- 26 546	- 8 682	- 17 717	+ 11 086	+ 285	+ 10 800
1981	+ 8 819	- 9 203	- 24 125	- 11 505	- 12 275	+ 14 922	+ 2 719	+ 12 203
1982	- 16 319	- 21 082	- 25 617	- 9 321	- 16 132	+ 4 535	+ 1 969	+ 2 566
1980 1. Vj.	+ 183	- 5 208	- 9 492	- 2 832	- 6 716	+ 4 283	+ 297	+ 3 987
2. Vj.	+ 953	- 2 524	- 5 954	- 1 921	- 4 011	+ 3 429	- 15	+ 3 443
3. Vj.	+ 569	- 2 006	- 3 731	- 1 365	- 2 318	+ 1 725	- 147	+ 1 871
4. Vj.	+ 3 622	- 5 721	- 7 369	- 2 564	- 4 672	+ 1 649	+ 150	+ 1 499
1981 1. Vj.	+ 3 201	- 2 593	- 4 610	- 2 733	- 1 760	+ 2 017	+ 557	+ 1 460
2. Vj.	+ 3 328	- 3 559	- 7 770	- 3 316	- 4 395	+ 4 211	+ 2 094	+ 2 116
3. Vj.	+ 6 147	+ 2 727	- 4 091	- 2 418	- 1 571	+ 6 818	+ 530	+ 6 288
4. Vj.	- 3 857	- 5 777	- 7 654	- 3 038	- 4 548	+ 1 876	- 463	+ 2 338
1982 1. Vj.	- 8 055	- 8 920	- 7 594	- 2 502	- 5 023	- 1 327	+ 638	- 1 964
2. Vj.	- 7 186	- 7 352	- 7 403	- 2 014	- 5 335	+ 51	+ 553	- 502
3. Vj.	+ 295	- 819	- 4 263	- 2 527	- 1 703	+ 3 444	+ 1 353	+ 2 091
4. Vj.	- 1 373	- 3 991	- 6 358	- 2 279	- 4 071	+ 2 367	- 575	+ 2 941
1983 1. Vj.	- 9 231	- 8 046	- 9 204	- 2 753	- 6 063	+ 1 158	+ 299	+ 859
2. Vj.	- 4 090	- 4 656	- 7 525	- 1 533	- 5 855	+ 2 869	+ 365	+ 2 504
3. Vj.	+ 3 684	+ 827	- 4 776	- 2 008	- 2 606	+ 5 603	+ 402	+ 5 202

1) Von Unternehmen (einschließlich Kreditinstitute) und Privatpersonen.

2) Für die Aufgliederung in „Privat“ und „Öffentlich“ ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die beteiligte inländische Stelle angehört.

3) Einschließlich „Sonstige Nettokapitalanlagen“.

4) Soweit erkennbar. Einschließlich geschätzter reinvestierter Gewinne.

mit dem Ausland

export: -)

DM

kehr	Kurzfristiger Kapitalverkehr					Zeitraum	
	öffentlich ²⁾	insgesamt	privat ^{1) 3)}				öffentlich ²⁾
			zusammen	Kredit- institute	Unternehmen und Privat- personen		
- 1 311	+ 1 353	+ 2 359	+ 2 369	- 10	- 1 006	1960	
- 5 088	- 956	- 735	- 380	- 355	- 221	1961	
- 1 290	- 414	- 254	- 259	+ 5	- 160	1962	
- 1 447	- 1 186	- 1 177	+ 684	- 1 861	- 9	1963	
- 1 315	- 431	+ 610	+ 85	+ 525	- 1 041	1964	
- 1 291	+ 1 005	- 47	- 478	+ 431	+ 1 052	1965	
- 2 531	- 257	- 594	- 574	- 20	+ 337	1966	
- 1 490	- 8 918	- 8 557	- 4 823	- 3 734	- 361	1967	
- 1 329	+ 5 076	+ 3 891	+ 2 455	+ 1 436	+ 1 185	1968	
- 1 837	+ 4 361	+ 4 390	+ 4 325	+ 65	- 29	1969	
- 2 388	+ 16 047	+ 16 344	+ 7 927	+ 8 417	- 297	1970	
- 2 166	+ 4 592	+ 3 179	+ 1 172	+ 2 007	+ 1 412	1971	
- 1 478	- 3 620	- 4 012	- 420	- 3 592	+ 391	1972	
- 2 203	+ 194	+ 26	- 5 149	+ 5 175	+ 168	1973	
- 877	- 19 015	- 19 020	- 9 733	- 9 287	+ 4	1974	
+ 1 162	+ 4 949	+ 4 263	- 2 261	+ 6 524	+ 685	1975	
+ 2 420	+ 443	+ 1 046	+ 6 731	- 5 685	- 603	1976	
- 1 618	+ 12 644	+ 12 684	+ 8 120	+ 4 564	- 39	1977	
- 3 292	+ 8 382	+ 7 230	+ 10 089	- 2 859	+ 1 152	1978	
- 1 509	- 1 539	- 1 230	+ 4 093	- 5 323	- 310	1979	
+ 20 786	- 1 482	- 1 124	- 8 763	+ 7 639	- 358	1980	
+ 18 022	+ 363	- 2 129	- 10 288	+ 8 159	+ 2 491	1981	
+ 4 763	+ 11 719	+ 11 355	+ 8 085	+ 3 270	+ 364	1982	
+ 5 391	- 4 348	- 4 118	- 9 313	+ 5 195	- 230	1980 1. Vj.	
+ 3 477	+ 401	+ 150	+ 770	- 620	+ 251	2. Vj.	
+ 2 576	+ 9 337	+ 9 635	+ 3 580	+ 6 055	- 298	3. Vj.	
+ 9 343	- 6 873	- 6 791	- 3 800	- 2 991	- 82	4. Vj.	
+ 5 794	+ 10 742	+ 9 385	+ 4 994	+ 4 391	+ 1 357	1981 1. Vj.	
+ 6 887	+ 1 472	+ 1 206	- 2 818	+ 4 024	+ 266	2. Vj.	
+ 3 421	+ 564	- 3 262	- 4 723	+ 1 461	+ 3 826	3. Vj.	
+ 1 920	- 12 416	- 9 458	- 7 741	- 1 717	- 2 958	4. Vj.	
+ 866	+ 6 275	+ 5 560	+ 5 100	+ 460	+ 716	1982 1. Vj.	
+ 167	+ 5 872	+ 6 301	+ 3 128	+ 3 173	- 429	2. Vj.	
+ 1 114	+ 4 645	+ 3 554	+ 966	+ 2 588	+ 1 092	3. Vj.	
+ 2 617	- 5 073	- 4 059	- 1 109	- 2 950	- 1 015	4. Vj.	
- 1 185	+ 12 711	+ 12 686	+ 10 044	+ 2 642	+ 25	1983 1. Vj.	
+ 565	- 8 898	- 9 388	- 2 068	- 7 320	+ 491	2. Vj.	
+ 2 857	- 2 959	- 1 393	+ 1 022	- 2 415	- 1 566	3. Vj.	

¹⁾ Nur Kredite und Darlehen, für die bei Vertragsabschluß eine Laufzeit von mehr als zwölf Monaten vereinbart wurde. — Ohne Direktinvestitionen.

²⁾ Einschließlich der Transaktionen in deutschen Auslandsbonds.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 53*

Außenhandel (Spezialhandel)

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen ¹⁾		Index der Durchschnittswerte		Terms of Trade ²⁾
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1976 = 100		
1950	8 362	11 374					
1951	14 577	14 726					
1952	16 909	16 203	29 839	18 296	56,7	88,6	64,0
1953	18 526	16 010	32 803	19 977	56,5	80,1	70,5
1954	22 035	19 337	38 857	24 652	56,7	78,4	72,3
1955	25 717	24 472	44 556	30 760	57,7	79,6	72,5
1956	30 861	27 964	51 200	34 647	60,3	80,7	74,7
1957	35 968	31 697	57 932	38 361	62,1	82,6	75,2
1958	36 998	31 133	60 450	41 726	61,2	74,6	82,0
1959	41 184	35 823	66 519	49 654	61,9	72,1	85,9
1960	47 946	42 723	76 300	57 910	62,8	73,8	85,1
1961	50 978	44 363	80 889	62 518	63,0	71,0	88,7
1962	52 975	49 498	83 370	72 013	63,5	68,7	92,4
1963	58 310	52 277	87 788	76 921	66,4	68,0	97,6
1964	64 920	58 839	99 429	86 667	65,3	67,9	96,2
1965	71 651	70 448	106 679	99 917	67,2	70,5	95,3
1966	80 628	72 670	117 087	102 178	68,9	71,1	96,9
1967	87 045	70 183	126 274	100 533	68,9	69,8	98,7
1968	99 551	81 179	145 056	117 278	68,6	69,2	99,1
1969	113 557	97 972	160 657	137 260	70,7	71,4	99,0
1970	125 276	109 606	183 776	163 630	68,2	67,0	101,8
1971	136 011	120 119	192 016	176 913	70,8	67,9	104,3
1972	149 023	128 744	204 547	190 001	72,9	67,8	107,5
1973	178 396	145 417	233 816	200 090	76,3	72,7	105,0
1974	230 578	179 733	260 412	192 963	88,5	93,1	95,1
1975	221 589	184 313	230 480	194 149	96,1	94,9	101,3
1976	256 642	222 173	256 650	222 158	100	100	100
1977	273 614	235 178	270 549	230 469	101,1	102,0	99,1
1978	284 907	243 707	281 739	247 791	101,1	98,4	102,7
1979	314 469	292 040	301 775	270 188	104,2	108,1	96,4
1980	350 328	341 380	314 311	276 115	111,5	123,6	90,2
1981	396 898	369 179	331 031	265 858	119,9	138,9	86,3
1982	427 741	376 464	338 326	267 690	126,4	140,6	89,9
1980 1. Vj.	88 795	86 063	81 356	70 727	109,1	121,7	89,6
2. Vj.	87 522	85 857	79 208	70 041	110,5	122,6	90,1
3. Vj.	82 912	81 421	74 053	66 137	112,0	123,1	91,0
4. Vj.	91 099	88 038	79 693	69 210	114,3	127,2	89,9
1981 1. Vj.	91 159	91 396	77 927	67 234	117,0	135,9	86,1
2. Vj.	97 141	90 579	81 743	66 228	118,8	136,8	86,8
3. Vj.	98 793	91 702	81 533	64 003	121,2	143,3	84,6
4. Vj.	109 805	95 503	89 827	68 393	122,2	139,6	87,5
1982 1. Vj.	107 619	96 458	86 980	67 812	123,7	142,2	87,0
2. Vj.	108 269	95 041	85 656	68 377	126,4	139,0	90,9
3. Vj.	101 344	89 688	79 446	63 593	127,6	141,0	90,5
4. Vj.	110 508	95 278	86 244	67 908	128,1	140,3	91,3
1983 1. Vj.	105 601	93 709	82 785	67 565	127,6	138,7	92,0
2. Vj.	106 143	95 925	83 753	70 963	126,7	135,2	93,7
3. Vj.	103 433	95 142	81 494	68 287	126,9	139,3	91,1

¹⁾ Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1976.²⁾ Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.³⁾ Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Ausfuhr und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik¹⁾

Mio DM

Zeitraum	Ins- gesamt ²⁾	Erzeugnisse		Elek- trizität, Gas, Fern- wärme, ³⁾ Wasser ³⁾	Berg- bauliche Erzeug- nisse	Erzeugnisse des			Investi- tions- güter ⁴⁾	Ver- brauchs- güter ⁴⁾
		der Land- und Forst- wirt- schaft, Fischerei	des Nah- rungs- und Genuß- mittel- gewerbes			Grund- stoff- und Produktions- güter- gewerbes	Investi- tions- güter	Ver- brauchs- güter		
Ausfuhr										
1970	125 276	1 712	3 065	8	2 839	33 985	67 691	14 000	31 684	17 177
1971	136 011	1 564	3 963	5	3 008	35 420	74 103	15 583	34 821	19 315
1972	149 023	2 002	4 446	3	2 964	37 502	82 565	17 284	40 098	20 808
1973	178 396	2 571	6 124	2	3 308	47 563	95 878	20 733	45 457	24 368
1974	230 578	2 448	8 390	2	5 243	74 077	113 206	24 409	53 633	26 141
1975	221 589	2 632	8 535	3	4 903	60 961	117 926	27 883	58 544	25 215
1976	256 642	3 161	9 223	339	4 660	67 255	139 347	28 585	67 959	32 652
1977	273 614	3 161	11 535	256	4 588	68 148	150 142	30 493	72 254	36 523
1978	284 907	3 025	11 707	332	6 527	72 628	153 308	32 163	72 818	37 680
1979	314 469	3 309	13 496	618	6 886	85 511	162 971	36 118	74 524	40 832
1980	350 328	3 712	15 918	605	8 128	95 190	180 081	40 396	82 093	45 340
1981	396 898	4 860	19 463	681	9 438	105 681	204 987	43 332	96 583	48 992
1982	427 741	5 281	19 821	770	8 853	109 478	229 000	46 149	109 584	54 422
1982 1. Vj.	107 619	1 354	5 201	194	2 389	28 278	56 670	11 679	26 624	13 849
2. Vj.	108 269	1 345	4 917	194	2 227	27 682	58 766	11 198	28 007	13 545
3. Vj.	101 344	1 212	4 649	170	2 019	26 265	53 435	11 545	25 485	13 031
4. Vj.	110 508	1 370	5 053	212	2 218	27 252	60 130	11 726	29 469	13 997
1983 1. Vj.	105 601	1 249	4 752	251	2 017	27 283	55 311	12 048	26 101	13 726
2. Vj.	106 143	1 269	4 743	132	1 916	27 361	56 502	11 427	26 209	13 477
3. Vj.	103 433	1 430	4 800	122	1 847	27 873	52 845	12 114	24 965	13 216
Einfuhr										
1970	109 606	15 134	9 015	1	10 166	32 791	24 516	14 778	9 834	14 540
1971	120 119	15 770	10 150	1	11 502	32 242	28 038	17 888	11 259	18 638
1972	128 744	16 760	11 464	1	11 396	33 805	29 986	21 608	11 603	21 455
1973	145 417	18 674	12 922	1	13 894	40 971	31 801	23 771	11 185	25 219
1974	179 733	19 799	13 309	0	29 942	53 052	33 051	26 465	11 352	28 544
1975	184 313	20 202	14 084	0	27 227	49 266	39 545	28 980	13 727	33 507
1976	222 173	23 852	16 339	556	32 410	60 565	48 661	33 604	16 822	38 577
1977	235 178	26 175	17 231	653	32 425	61 653	54 777	36 917	18 941	41 526
1978	243 707	24 546	17 970	639	29 920	64 354	60 784	40 055	21 118	45 474
1979	292 040	25 231	18 942	693	41 856	83 538	68 605	46 644	24 421	53 447
1980	341 380	27 267	20 759	921	60 640	93 463	78 312	52 471	27 617	58 586
1981	369 179	28 891	23 454	1 141	70 794	97 642	87 807	51 519	32 125	58 906
1982	376 464	29 539	24 446	1 268	67 338	102 045	91 573	50 888	34 588	58 527
1982 1. Vj.	96 458	7 625	5 800	303	17 785	25 974	23 413	13 535	9 053	15 249
2. Vj.	95 041	7 947	6 168	338	16 546	26 327	23 074	11 985	8 579	13 450
3. Vj.	89 688	6 606	6 040	352	15 671	24 875	20 980	12 991	7 755	14 842
4. Vj.	95 278	7 361	6 438	276	17 337	24 869	24 106	12 377	9 201	14 986
1983 1. Vj.	93 709	7 113	6 174	304	15 434	25 609	23 167	13 867	8 664	15 920
2. Vj.	95 925	7 564	6 187	346	14 040	27 273	25 275	12 682	9 032	15 291
3. Vj.	95 142	6 674	6 282	410	14 012	27 487	24 172	13 990	8 900	16 590

1) Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Stand 1975).

2) Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

3) Bis 1975 ohne elektrischen Strom.

4) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 55*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vor-	End-
1950	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953	18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1974	230 578	9 953	219 387	5 516	20 596	193 275	51 133	142 142
1975	221 589	10 397	209 784	5 304	16 129	188 350	40 334	148 016
1976	256 642	11 412	243 775	5 692	18 688	219 396	45 638	173 758
1977	273 614	13 723	258 243	5 657	18 281	234 305	46 579	187 726
1978	284 907	13 790	269 301	6 098	20 415	242 787	49 905	192 882
1979	314 469	15 698	296 637	6 555	24 796	265 286	58 688	206 598
1980	350 328	18 471	329 357	6 792	30 520	292 045	62 630	229 415
1981	396 898	23 100	371 069	7 547	33 416	330 106	69 002	261 104
1982	427 741	23 871	400 995	7 220	34 242	359 533	70 651	288 882
1980 1. Vj.	88 795	4 471	83 744	1 749	8 195	73 801	16 658	57 143
2. Vj.	87 522	4 463	82 439	1 706	7 638	73 095	16 163	56 932
3. Vj.	82 912	4 568	77 745	1 603	7 094	69 047	14 617	54 430
4. Vj.	91 099	4 970	85 428	1 733	7 593	76 103	15 192	60 911
1981 1. Vj.	91 159	5 819	84 714	1 797	7 918	74 999	16 481	58 519
2. Vj.	97 141	5 956	90 524	1 948	8 471	80 106	16 892	63 214
3. Vj.	98 793	5 581	92 529	1 969	8 607	81 954	17 539	64 415
4. Vj.	109 805	5 743	103 302	1 834	8 421	93 046	18 091	74 955
1982 1. Vj.	107 619	6 236	100 677	1 835	8 702	90 141	18 359	71 782
2. Vj.	108 269	5 931	101 664	1 828	8 624	91 212	18 219	72 993
3. Vj.	101 344	5 587	95 059	1 647	7 962	85 450	16 763	68 687
4. Vj.	110 508	6 117	103 595	1 911	8 954	92 731	17 311	75 420
1983 1. Vj.	105 601	5 686	99 225	1 708	8 526	88 991	17 352	71 639
2. Vj.	106 143	5 683	99 738	1 759	7 895	90 084	17 891	72 194
3. Vj.	103 433	5 923	96 816	1 713	8 615	86 488	17 594	68 894

¹⁾ Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.²⁾ Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vor-	End-
						erzeugnisse		
1950	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1974	179 733	29 348	148 300	34 653	30 406	83 241	25 703	57 538
1975	184 313	31 127	150 746	30 144	27 648	92 953	25 202	67 752
1976	222 173	36 037	183 274	36 097	34 689	112 488	31 423	81 064
1977	235 178	39 306	192 775	35 154	35 454	122 168	33 256	88 912
1978	243 707	38 605	201 783	30 786	37 526	133 471	35 342	98 129
1979	292 040	39 947	248 446	42 703	50 124	155 619	42 245	113 374
1980	341 380	43 363	293 706	58 929	59 918	174 859	45 187	129 672
1981	369 179	47 779	316 709	64 048	66 448	186 212	46 170	140 042
1982	376 464	49 662	321 549	59 298	69 821	192 430	47 463	144 967
1980 1. Vj.	86 063	10 713	74 478	14 735	15 587	44 156	11 959	32 197
2. Vj.	85 857	10 956	73 798	14 711	14 772	44 315	11 976	32 339
3. Vj.	81 421	10 176	70 180	14 017	14 513	41 649	10 346	31 303
4. Vj.	88 038	11 518	75 251	15 466	15 046	44 739	10 906	33 834
1981 1. Vj.	91 396	11 633	78 716	16 085	16 027	46 604	11 491	35 113
2. Vj.	90 579	12 008	77 320	15 943	15 212	46 165	11 602	34 563
3. Vj.	91 702	11 154	79 433	16 496	17 057	45 880	10 988	34 892
4. Vj.	95 503	12 984	81 240	15 524	18 153	47 563	12 089	35 474
1982 1. Vj.	96 458	12 161	83 072	14 564	18 827	49 681	12 365	37 316
2. Vj.	95 041	12 888	80 775	15 175	17 157	48 443	12 544	35 899
3. Vj.	89 688	11 770	76 720	14 559	16 200	45 961	11 265	34 696
4. Vj.	95 278	12 843	80 982	15 000	17 636	48 346	11 289	37 057
1983 1. Vj.	93 709	12 109	80 362	12 750	18 208	49 404	11 995	37 408
2. Vj.	95 925	12 512	81 812	12 768	17 647	51 397	12 950	38 447
3. Vj.	95 142	11 879	81 881	13 195	17 231	51 455	12 662	38 793

¹⁾ Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.²⁾ Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 57*

Warenausfuhr nach Ländergruppen

Verbrauchsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	EG-Länder ²⁾	Übrige europäische Länder ³⁾	Staats-handels-länder ⁴⁾	Außereuropäische			
					Industrieländer		Entwicklungsländer	
					zusammen ⁵⁾	darunter Vereinigte Staaten	zusammen	darunter OPEC-Länder ⁶⁾
1950	8 362	3 973	2 045	361	714	433	1 244	198
1951	14 577	5 925	3 699	284	1 611	992	3 027	474
1952	16 909	6 580	5 045	223	1 609	1 048	3 415	527
1953	18 526	7 302	4 862	330	2 028	1 249	3 928	639
1954	22 035	8 534	5 718	435	2 167	1 237	5 048	901
1955	25 717	9 681	6 976	643	2 723	1 625	5 511	1 037
1956	30 861	11 795	7 885	1 120	3 446	2 089	6 383	1 291
1957	35 968	13 455	8 805	1 263	4 332	2 521	7 873	1 694
1958	36 998	13 232	9 177	1 889	4 603	2 699	7 895	1 782
1959	41 184	15 065	9 982	1 915	5 914	3 835	8 072	1 822
1960	47 946	18 475	11 982	2 304	6 111	3 767	8 930	1 827
1961	50 978	20 643	13 137	2 124	5 875	3 497	9 051	1 818
1962	52 975	22 518	13 574	2 177	6 334	3 858	8 208	1 558
1963	58 310	26 543	14 524	1 839	6 862	4 195	8 356	1 621
1964	64 920	29 360	15 955	2 350	7 873	4 785	9 160	1 835
1965	71 651	31 335	18 005	2 740	9 070	5 741	10 267	2 302
1966	80 628	35 784	19 294	3 381	10 744	7 178	11 173	2 696
1967	87 045	39 021	19 531	4 421	12 191	7 859	11 626	2 802
1968	99 551	45 178	20 930	4 556	15 759	10 835	12 856	3 234
1969	113 557	54 040	23 941	5 145	16 201	10 633	13 973	3 493
1970	125 276	59 323	27 645	5 448	17 747	11 437	14 857	3 584
1971	136 011	64 960	28 986	5 865	19 578	13 140	16 308	4 067
1972	149 023	71 729	32 090	7 686	20 222	13 798	16 977	4 710
1973	178 396	85 958	37 562	10 836	23 174	15 089	20 509	6 007
1974	230 578	105 720	47 688	15 903	28 454	17 343	32 088	10 456
1975	221 589	99 225	45 290	17 425	22 515	13 146	36 442	16 703
1976	256 642	120 007	52 157	17 432	24 435	14 413	41 835	20 731
1977	273 614	125 614	55 308	16 704	28 385	18 199	46 777	24 926
1978	284 907	133 603	53 996	17 635	31 452	20 180	47 461	24 525
1979	314 469	155 516	61 408	18 841	32 655	20 759	45 083	19 180
1980	350 328	171 993	71 139	19 399	34 591	21 478	51 723	22 814
1981	396 898	186 034	76 185	19 545	42 698	25 976	70 558	34 883
1982	427 741	205 884	81 395	20 522	45 608	28 120	72 686	38 043
1980 1. Vj.	88 795	45 088	17 734	4 809	8 743	5 669	12 102	5 321
2. Vj.	87 522	44 055	17 427	4 586	8 879	5 591	12 212	5 536
3. Vj.	82 912	39 751	17 135	4 788	7 934	4 687	12 895	5 673
4. Vj.	91 099	43 099	18 843	5 215	9 035	5 531	14 514	6 285
1981 1. Vj.	91 159	44 445	17 857	4 778	9 002	5 455	14 703	6 412
2. Vj.	97 141	46 315	18 523	5 018	10 236	6 202	16 560	8 248
3. Vj.	98 793	45 444	18 797	4 676	10 879	6 485	18 437	9 439
4. Vj.	109 805	49 830	21 008	5 073	12 581	7 834	20 857	10 784
1982 1. Vj.	107 619	52 449	19 707	4 744	11 514	6 806	18 785	9 813
2. Vj.	108 269	52 612	20 863	5 061	11 536	7 182	17 805	9 372
3. Vj.	101 344	47 981	19 629	4 884	11 014	6 705	17 404	9 128
4. Vj.	110 508	52 842	21 195	5 834	11 544	7 428	18 692	9 729
1983 1. Vj.	105 601	52 716	20 101	5 290	10 189	6 515	16 967	8 233
2. Vj.	106 143	51 653	20 389	5 591	11 553	7 503	16 637	7 765
3. Vj.	103 433	48 608	20 093	5 484	12 509	8 240	16 371	7 844

¹⁾ Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder“. — ²⁾ Gebietsstand 1. Januar 1981: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien und Nordirland, Irland, Luxemburg, Italien, Niederlande. — ³⁾ Ohne Staatshandelsländer. —

⁴⁾ Albanien, Bulgarien, Demokratische Volksrepublik Korea, Mongolei, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam, Volksrepublik China. — ⁵⁾ Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten. — ⁶⁾ Gebietsstand Ende 1981: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. —

⁷⁾ Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Herstellungsländer
Mio DM

Zeitraum	Insgesamt ¹⁾	EG-Länder ²⁾	Übrige europäische Länder ³⁾	Staats-handels-länder ⁴⁾	Außereuropäische			
					Industrieländer		Entwicklungsländer	
					zusammen ⁵⁾	darunter Vereinigte Staaten	zusammen	darunter OPEC-Länder ⁶⁾
1950	11 374	4 084	1 874	352	2 372	1 811	2 677	482
1951	14 726	3 400	2 643	429	3 636	2 722	4 019	660
1952	16 203	4 823	3 324	313	3 667	2 507	4 076	870
1953	16 010	5 256	3 124	419	2 931	1 658	4 259	1 003
1954	19 337	6 238	3 602	512	3 444	2 237	5 521	1 253
1955	24 472	8 114	4 308	733	4 683	3 209	6 610	1 488
1956	27 964	8 823	4 836	1 121	5 798	3 997	7 347	1 632
1957	31 697	9 752	5 255	1 235	7 789	5 671	7 633	1 896
1958	31 133	10 631	5 422	1 451	6 191	4 219	7 407	2 138
1959	35 823	13 411	6 114	1 687	6 421	4 595	8 152	2 463
1960	42 723	16 080	7 009	2 037	8 034	5 977	9 461	2 810
1961	44 363	17 227	7 393	2 074	8 241	6 100	9 335	2 856
1962	49 498	19 840	7 799	2 191	9 379	7 033	10 202	3 368
1963	52 277	21 357	7 916	2 185	10 206	7 941	10 533	3 683
1964	58 839	24 879	8 812	2 442	10 609	8 066	12 012	4 369
1965	70 448	31 815	9 871	2 943	12 296	9 196	13 425	4 709
1966	72 670	32 826	9 896	3 163	12 576	9 177	14 110	5 023
1967	70 183	32 248	9 074	3 023	12 055	8 556	13 694	5 157
1968	81 179	38 684	10 622	3 414	12 790	8 850	15 579	6 638
1969	97 972	48 549	13 243	3 976	15 115	10 253	16 992	6 725
1970	109 606	55 015	14 478	4 397	17 934	12 066	17 681	6 897
1971	120 119	62 840	14 872	4 769	18 363	12 420	19 149	8 676
1972	128 744	70 012	16 092	5 325	17 569	10 765	19 633	8 378
1973	145 417	76 724	18 219	6 619	19 801	12 223	23 937	10 425
1974	179 733	87 514	20 861	8 409	22 590	13 972	40 188	23 784
1975	184 313	92 937	21 780	8 661	23 864	14 226	36 835	20 223
1976	222 173	109 010	27 192	10 977	29 289	17 556	45 444	24 408
1977	235 178	115 250	30 253	11 370	30 010	17 020	48 055	23 477
1978	243 707	121 964	34 841	12 565	30 448	17 434	43 686	19 390
1979	292 040	143 672	41 285	16 021	36 483	20 274	54 325	26 966
1980	341 380	160 153	49 382	17 493	44 566	25 690	69 557	37 417
1981	369 179	174 784	53 700	19 287	49 480	28 388	71 647	37 449
1982	376 464	181 148	56 092	21 359	49 081	28 213	68 478	32 824
1980 1. Vj.	86 063	40 568	12 627	4 057	10 960	6 701	17 821	9 513
2. Vj.	85 857	41 186	12 096	4 317	11 173	6 663	17 032	9 219
3. Vj.	81 421	37 505	11 584	4 426	10 754	5 874	17 080	8 801
4. Vj.	88 038	40 894	13 075	4 693	11 680	6 452	17 623	9 884
1981 1. Vj.	91 396	43 218	13 041	4 233	12 221	7 055	18 647	9 739
2. Vj.	90 579	42 505	13 255	4 199	12 680	7 306	17 868	9 807
3. Vj.	91 702	42 696	12 803	5 340	12 001	6 728	18 772	9 768
4. Vj.	95 503	46 365	14 600	5 515	12 579	7 299	16 360	8 136
1982 1. Vj.	96 458	46 467	14 862	5 510	12 389	7 112	17 183	7 782
2. Vj.	95 041	45 969	14 282	5 252	12 825	7 553	16 639	7 727
3. Vj.	89 688	43 077	12 873	5 114	11 554	6 566	16 963	7 916
4. Vj.	95 278	45 636	14 074	5 482	12 312	6 982	17 693	9 398
1983 1. Vj.	93 709	46 237	14 886	5 122	11 853	6 829	15 563	6 793
2. Vj.	95 925	48 354	15 328	5 148	12 360	6 829	14 670	5 941
3. Vj.	95 142	45 639	15 160	5 613	12 267	6 802	16 388	7 236

¹⁾ Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder“. — ²⁾ Gebietsstand 1. Januar 1981: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien und Nordirland, Irland, Luxemburg, Italien, Niederlande. — ³⁾ Ohne Staatshandelsländer. —

⁴⁾ Albanien, Bulgarien, Demokratische Volksrepublik Korea, Mongolei, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam, Volksrepublik China. — ⁵⁾ Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten. ⁶⁾ Gebietsstand Ende 1981: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁷⁾ Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 59*

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1976 = 100

Zeitraum	Brutto- sozial- produkt	Ein- fuhr ¹⁾	Letzte Ver- wendung von Gütern ²⁾	Aus- fuhr ¹⁾	Letzte inländische Verwendung von Gütern					
					insge- samt	Privater Ver- brauch	Staats- ver- brauch	Anlageinvestitionen		
								zu- sammen	Ausrü- stungen	Bauten
1960	49,4	61,5	50,9	58,0	49,6	53,9	35,4	49,6	59,4	45,2
1961	51,5	60,1	52,6	58,4	51,6	55,8	37,7	52,6	61,3	48,5
1962	53,7	60,3	54,5	58,9	53,8	57,5	39,8	56,2	63,5	52,6
1963	55,2	61,7	56,1	59,6	55,4	59,2	42,2	58,4	64,5	55,4
1964	56,8	62,9	57,6	61,3	57,0	60,6	43,4	60,0	65,8	57,3
1965	58,8	64,7	59,7	63,0	59,1	62,6	46,4	61,5	67,7	58,5
1966	61,0	66,0	61,7	64,7	61,1	64,8	48,7	62,9	69,7	59,8
1967	61,8	65,1	62,3	64,9	61,7	65,9	49,9	62,2	70,9	58,2
1968	62,9	65,5	63,3	65,0	63,0	66,9	51,3	62,7	69,6	59,4
1969	65,6	67,1	65,8	67,7	65,4	68,3	55,3	66,0	70,8	63,3
1970	70,6	67,1	70,0	70,8	69,8	70,8	60,6	74,4	74,6	74,3
1971	76,1	68,5	74,7	74,0	74,8	74,7	68,6	79,9	78,2	80,9
1972	80,2	69,8	78,2	75,8	78,8	78,9	73,2	83,1	79,8	84,9
1973	85,4	75,6	83,6	80,6	84,3	84,4	80,7	87,3	82,8	89,8
1974	91,2	92,9	91,5	92,6	91,2	90,5	90,3	93,6	89,2	96,1
1975	96,7	94,9	96,4	96,6	96,3	96,0	96,2	96,9	96,3	97,3
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,7	102,1	103,3	102,0	103,7	103,6	104,6	103,5	102,6	104,1
1978	108,0	100,6	106,5	103,8	107,3	106,5	108,3	108,4	105,3	110,5
1979	112,4	108,8	111,6	108,4	112,5	110,9	113,3	115,5	108,1	120,8
1980	117,4	122,1	118,4	115,5	119,3	117,1	120,3	124,1	112,7	132,2
1981	122,3	134,1	125,0	122,4	125,8	124,1	126,5	129,6	117,6	138,2
1982	128,2	137,2	130,2	127,5	131,1	130,7	130,8	132,8	122,6	140,0
1977 1. Vj.	100,8	101,9	101,0	101,0	101,0	102,4	97,0	101,6	101,7	101,5
2. Vj.	103,6	103,4	103,5	102,2	103,9	103,6	102,3	103,8	102,8	104,4
3. Vj.	101,8	101,7	101,8	102,0	101,7	103,9	101,3	104,1	102,7	105,0
4. Vj.	108,2	101,5	106,9	102,5	108,2	104,3	116,3	104,3	103,0	105,3
1978 1. Vj.	104,9	100,5	104,0	102,4	104,5	105,7	100,8	106,0	104,3	107,3
2. Vj.	107,6	100,1	106,0	103,6	106,8	106,6	104,4	107,9	105,1	109,7
3. Vj.	106,5	101,3	105,5	104,2	105,8	106,6	105,7	109,4	105,7	111,8
4. Vj.	112,7	100,5	110,2	104,8	111,8	107,0	120,8	109,6	105,9	112,5
1979 1. Vj.	108,8	102,4	107,4	105,3	108,1	108,8	105,3	110,8	106,7	114,2
2. Vj.	111,6	107,0	110,6	107,7	111,4	110,3	108,7	115,0	107,8	119,8
3. Vj.	111,6	111,8	111,7	109,5	112,3	111,8	111,6	117,2	108,5	122,9
4. Vj.	117,0	113,3	116,3	110,9	117,8	112,7	126,4	117,6	109,2	123,9
1980 1. Vj.	112,9	119,4	114,3	113,2	114,7	114,8	110,8	119,9	110,5	126,9
2. Vj.	117,5	122,0	118,5	115,3	119,5	116,8	116,4	124,8	112,6	132,8
3. Vj.	117,0	122,3	118,2	116,0	118,8	117,9	118,5	125,8	113,4	134,0
4. Vj.	122,0	124,7	122,5	117,4	124,1	118,6	134,3	125,1	113,9	134,0
1981 1. Vj.	117,5	129,2	120,2	119,0	120,5	121,3	118,0	126,1	115,1	135,2
2. Vj.	122,0	132,8	124,4	121,8	125,3	123,2	121,5	130,3	117,2	138,8
3. Vj.	121,8	137,1	125,3	123,7	125,8	125,1	124,7	130,8	117,6	139,3
4. Vj.	127,6	137,1	129,6	124,4	131,5	126,5	141,1	130,4	119,8	138,8
1982 1. Vj.	123,4	136,3	126,4	125,5	126,8	128,4	123,4	131,0	120,4	139,7
2. Vj.	127,2	136,4	129,3	127,5	129,9	129,9	123,9	133,4	122,6	140,4
3. Vj.	127,9	137,0	130,0	127,9	130,7	131,6	128,9	133,5	122,8	140,3
4. Vj.	133,8	139,1	134,9	129,1	137,0	132,5	146,2	132,8	124,1	139,4
1983 1. Vj.	128,4	136,2	130,1	128,3	130,8	133,1	127,2	132,6	123,8	139,9
2. Vj.	130,8	134,1	131,5	128,5	132,6	133,7	126,6	134,4	125,2	140,8

¹⁾ Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen. — ²⁾ Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen (Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung) und Ausfuhr. — ³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 60*

Index der Grundstoffpreise ¹⁾
1976 = 100

Zeitraum	Ins- gesamt	Grund- stoffe aus der Land- und Forstwirt- schaft, Fischerei ²⁾	Grundstoffe aus dem Produzierenden Gewerbe ²⁾					Grundstoffe für das		
			zu- sammen	darunter				Verarbei- tende Gewerbe ⁴⁾	Bau- gewerbe ⁴⁾	
				Erdöl und Mineralöl- erzeug- nisse	Elek- trischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	Eisen und Stahl	NE-Metalle und NE-Metall- halbzeug ³⁾			Chemische Erzeug- nisse
1964	65,1	73,9	62,6	36,0	.	.	78,7	75,7	.	.
1965	66,7	75,9	64,1	34,7	.	.	90,6	76,0	.	.
1966	67,5	76,7	64,8	34,8	.	.	100,6	74,7	.	.
1967	65,1	72,5	63,0	37,4	.	.	89,3	73,9	.	.
1968	64,9	71,7	62,9	37,8	.	.	95,2	73,0	.	.
1969	66,6	74,2	64,4	35,4	.	.	102,8	73,0	.	.
1970	68,3	72,1	67,1	36,2	.	.	98,8	73,3	.	.
1971	68,9	71,5	68,1	41,6	.	.	81,1	73,7	.	.
1972	71,2	78,6	69,0	39,8	.	.	77,5	73,3	.	.
1973	78,7	86,5	76,4	46,1	.	.	96,4	77,5	.	.
1974	93,8	87,4	95,5	90,3	.	.	121,0	101,0	.	.
1975	94,0	89,5	95,1	92,9	.	.	90,6	100,3	.	.
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	100,9	107,9	99,8	100,0	101,5	95,0	98,9	98,5	100,5	101,5
1978	98,3	100,6	97,9	90,9	105,1	96,0	92,4	95,7	95,7	104,1
1979	107,1	103,2	107,7	115,2	107,7	101,9	113,8	107,6	105,2	109,2
1980	120,4	105,3	122,8	165,7	117,1	103,2	136,4	118,6	119,1	117,8
1981	133,6	112,0	137,0	218,4	136,3	105,4	135,4	129,3	131,6	125,6
1982	138,0	114,6	141,6	216,7	151,2	116,8	125,4	134,2	134,3	132,5
1978 1. Vj.	98,3	103,2	97,4	93,2	103,0	94,1	90,6	96,0	96,0	102,8
2. Vj.	98,3	100,9	98,0	91,9	105,0	95,9	91,3	95,9	95,7	104,3
3. Vj.	98,2	99,0	98,0	89,8	106,0	96,2	93,3	95,6	95,4	104,7
4. Vj.	98,4	99,3	98,3	88,6	106,4	97,6	94,5	95,3	95,6	104,5
1979 1. Vj.	101,5	100,8	101,6	95,6	107,8	99,9	104,4	98,5	98,7	106,2
2. Vj.	105,9	103,1	106,4	109,3	107,5	101,3	113,1	106,5	103,9	108,6
3. Vj.	109,4	104,2	110,2	124,3	107,7	103,2	114,6	112,1	108,0	110,2
4. Vj.	111,6	104,9	112,6	131,6	107,9	103,0	123,0	113,4	110,3	111,6
1980 1. Vj.	118,1	106,0	120,0	154,0	109,8	104,4	146,0	118,0	118,0	115,2
2. Vj.	120,2	104,5	122,6	165,6	116,3	104,2	130,4	120,3	119,0	117,6
3. Vj.	120,2	103,4	122,8	164,6	118,5	102,8	133,4	118,0	118,5	119,0
4. Vj.	123,2	107,2	125,7	178,4	123,8	101,6	135,6	117,9	121,1	119,3
1981 1. Vj.	128,7	110,1	131,6	205,8	128,1	102,5	133,8	123,5	126,9	121,6
2. Vj.	132,8	110,8	136,2	218,9	132,8	103,2	136,6	128,0	131,0	124,8
3. Vj.	137,0	112,8	140,8	232,2	139,1	106,4	140,0	132,1	135,6	127,3
4. Vj.	135,9	114,1	139,2	216,7	145,4	109,7	131,0	133,5	132,9	128,6
1982 1. Vj.	137,8	115,3	141,2	216,3	150,1	115,4	128,4	134,7	134,3	132,0
2. Vj.	137,4	114,3	141,1	210,6	150,6	118,7	123,1	134,4	133,7	132,9
3. Vj.	138,2	114,0	142,0	217,7	152,1	117,9	124,0	133,9	134,6	133,0
4. Vj.	138,6	114,6	142,3	222,4	152,0	115,1	126,1	133,8	134,7	132,0
1983 1. Vj.	136,2	113,1	139,8	205,7	152,7	112,8	130,1	133,1	131,8	132,3
2. Vj.	136,1	113,8	139,6	198,1	152,8	113,1	136,8	132,8	131,5	133,0
3. Vj.	139,1	116,7	142,6	208,6	154,0	112,9	144,5	134,4	135,1	133,3

¹⁾ Inländische und importierte Grundstoffe zusammen.

²⁾ Gliederung nach dem produktionswirtschaftlichen Zusammenhang.

³⁾ Einschließlich Edelmetalle.

⁴⁾ Gliederung nach dem vorwiegenden Verwendungszweck; ohne Energie, Brenn-, Treib- und Betriebsstoffe.

Tabelle 61*

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

(Inlandsabsatz)¹⁾

1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau-liche Erzeugnisse ²⁾	Elektrischer Strom ³⁾ , Gas, Fernwärme und Wasser	Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse ⁴⁾	
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	Investitions-güter	Verbrauchs-güter	Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	Investitions-güter	Verbrauchs-güter ⁵⁾
1962	54,6	29,8	50,5	56,0	55,3	54,0	54,7	63,6	48,3	51,5
1963	54,9	30,3	50,4	56,2	54,9	54,2	55,7	64,4	48,8	52,0
1964	55,5	30,2	50,8	56,9	55,4	54,9	56,8	64,8	49,7	52,5
1965	56,9	31,5	52,2	58,3	56,5	56,5	58,1	65,8	51,2	53,7
1966	57,8	31,4	52,8	59,3	57,1	57,6	59,6	67,2	52,4	55,0
1967	57,3	31,4	53,3	58,7	55,7	57,0	59,2	67,8	52,3	55,3
1968	56,9	31,4	53,5	58,2	55,0	57,0	59,0	66,9	52,4	54,8
1969	57,9	32,3	52,8	59,4	55,8	58,8	60,1	67,5	54,5	54,7
1970	60,8	36,7	53,0	62,3	58,2	63,4	62,4	69,1	59,4	57,1
1971	63,4	40,6	54,7	65,0	59,7	67,4	64,7	71,6	64,1	59,8
1972	65,1	42,9	58,4	66,5	59,7	69,2	67,0	74,4	66,5	61,9
1973	69,4	45,2	61,0	71,0	64,9	72,1	72,0	80,6	69,5	66,6
1974	78,7	57,9	65,8	80,5	80,2	78,9	80,5	85,2	75,8	74,4
1975	82,3	72,3	78,6	83,1	79,4	84,6	82,6	88,5	82,3	78,5
1976	85,4	77,1	83,9	85,8	81,8	87,5	85,1	91,8	85,9	81,4
1977	87,7	77,5	85,8	88,3	81,7	90,7	87,6	98,1	89,5	83,0
1978	88,7	82,5	88,8	88,9	81,0	92,8	89,0	97,4	92,3	84,8
1979	93,0	85,2	90,5	93,5	89,6	95,5	93,4	97,7	95,5	91,7
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	107,8	115,8	119,5	106,0	109,7	104,1	104,9	104,6	104,4	108,2
1982	114,1	124,7	134,7	111,1	113,9	110,0	109,0	110,8	110,5	111,8
1978 1. Vj.	88,2	82,7	87,6	88,5	80,7	91,9	88,4	97,9	91,2	83,9
2. Vj.	88,7	82,5	88,8	88,9	81,0	92,8	88,9	97,5	92,4	84,6
3. Vj.	88,8	82,4	89,4	89,0	80,8	93,2	89,3	97,2	92,8	84,9
4. Vj.	89,1	82,4	89,6	89,3	81,5	93,3	89,6	96,9	93,0	85,7
1979 1. Vj.	90,6	84,1	90,5	90,8	84,6	94,3	90,7	96,9	94,2	88,2
2. Vj.	92,4	83,9	90,1	92,9	88,5	95,4	92,6	97,3	95,3	90,7
3. Vj.	93,8	85,1	90,3	94,5	91,6	95,9	94,5	98,0	96,1	93,2
4. Vj.	95,0	87,9	91,2	95,7	93,7	96,5	96,0	98,5	96,6	94,6
1980 1. Vj.	97,7	92,4	93,0	98,4	98,5	98,3	98,1	99,1	98,2	97,9
2. Vj.	99,9	99,2	99,1	100,0	100,2	100,1	99,8	99,7	100,0	100,0
3. Vj.	100,5	102,7	100,6	100,4	100,0	100,6	100,8	100,2	100,7	100,2
4. Vj.	101,9	105,7	107,2	101,1	101,3	101,0	101,3	101,0	101,1	101,8
1981 1. Vj.	104,3	108,8	111,4	103,2	105,0	102,3	102,9	102,2	102,4	104,9
2. Vj.	106,9	115,0	116,1	105,5	108,7	103,8	104,4	104,1	104,0	107,2
3. Vj.	109,2	117,1	121,2	107,3	112,4	104,7	105,6	105,6	105,0	110,4
4. Vj.	110,8	122,2	129,5	108,1	112,7	105,5	106,8	106,4	106,0	110,4
1982 1. Vj.	112,7	123,5	133,8	109,7	113,3	108,1	108,1	107,8	108,6	109,9
2. Vj.	113,8	123,9	134,4	110,8	113,0	110,1	108,9	110,2	110,4	110,1
3. Vj.	114,8	123,8	135,3	111,8	114,3	110,7	109,4	112,6	111,3	112,8
4. Vj.	115,2	127,7	135,4	112,2	114,9	111,1	109,6	112,7	111,8	114,4
1983 1. Vj.	114,9	128,8	136,1	111,8	112,1	111,9	110,1	112,6	112,6	111,4
2. Vj.	115,3	127,2	136,2	112,2	112,1	112,9	110,6	112,4	113,8	111,6
3. Vj.	116,2	126,1	137,2	113,1	113,9	113,4	111,3	113,3	114,3	113,6

¹⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — ²⁾ Ohne Erdgas. — ³⁾ Im Preisindex für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. — ⁴⁾ Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert. — ⁵⁾ Ohne Nahrungs- und Genußmittel.

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise¹⁾

1980 = 100

Zeitraum	Neubau						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden ²⁾	Baureifes Land
	Bauleistungen am Bauwerk für					Straßenbauleistungen insgesamt		
	Wohngebäude	gemischtgenutzte Gebäude	Bürogebäude	gewerbliche	landwirtschaftliche			
				Betriebsgebäude				
1960	30,0	30,9	31,4	32,1	30,5	44,4	.	.
1961	32,2	33,1	33,5	34,1	32,5	46,6	.	.
1962	34,9	35,7	36,2	36,7	35,0	49,7	.	18,1
1963 ³⁾	36,7	37,5	38,1	38,3	36,9	51,6	.	20,6
1964	38,4	39,3	39,6	39,8	38,5	51,2	.	22,5
1965	40,1	40,9	41,2	41,4	39,9	48,5	.	26,7
1966	41,3	42,3	42,5	42,5	41,1	47,9	.	28,8
1967	40,4	41,2	41,5	40,4	40,2	45,7	.	31,3
1968	42,2	43,0	43,1	42,6	41,9	47,8	44,6	34,6
1969	44,6	45,5	45,8	46,3	44,2	49,8	46,6	36,4
1970	52,0	53,0	53,6	54,8	51,9	57,2	52,3	37,5
1971	57,3	58,3	59,0	60,7	57,3	61,6	57,9	40,9
1972	61,2	62,0	62,8	63,7	61,2	62,5	61,5	49,1
1973	65,7	66,4	67,3	67,5	65,5	64,4	65,9	49,7
1974	70,5	71,0	71,9	71,5	70,0	70,6	72,3	49,2
1975	72,1	72,6	73,4	73,6	71,5	72,3	75,7	53,7
1976	74,6	75,1	75,8	76,5	74,1	73,4	78,5	59,5
1977	78,2	78,6	79,3	79,7	77,9	75,4	82,3	65,8
1978	83,1	83,4	83,9	83,9	82,8	80,3	86,5	73,1
1979	90,4	90,4	90,6	90,7	90,2	88,7	91,9	84,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,9	105,8	106,1	106,1	105,8	102,6	106,6	117,1
1982	108,9	109,2	110,0	110,4	108,9	100,3	111,6	136,0
1978 Feb	80,8	81,3	82,0	82,0	80,5	77,8	84,7	67,0
Mai	82,5	82,8	83,4	83,4	82,2	79,5	86,0	69,8
Aug	84,2	84,4	84,8	84,9	83,9	81,7	87,5	72,6
Nov	84,8	85,0	85,4	85,4	84,5	82,3	87,8	77,3
1979 Feb	85,9	86,1	86,6	86,5	85,6	83,3	88,6	77,3
Mai	89,8	89,8	89,9	90,1	89,7	87,8	91,2	81,3
Aug	92,3	92,4	92,4	92,6	92,1	91,5	93,6	84,2
Nov	93,4	93,4	93,5	93,5	93,3	92,2	94,3	88,4
1980 Feb	96,1	96,2	96,5	96,2	96,1	96,2	96,4	91,8
Mai	100,3	100,3	100,1	100,2	100,4	100,6	99,9	94,6
Aug	101,5	101,4	101,3	101,5	101,5	101,8	101,6	101,7
Nov	102,1	102,1	102,1	102,0	102,0	101,3	102,1	107,8
1981 Feb	103,2	103,2	103,5	103,1	103,2	101,6	103,5	109,9
Mai	106,2	106,1	106,1	106,0	106,2	103,4	106,5	117,7
Aug	106,9	106,8	107,0	107,3	106,8	103,5	107,9	118,6
Nov	107,1	107,2	107,7	108,0	107,1	102,0	108,4	126,4
1982 Feb	107,9	108,2	108,9	109,4	107,9	101,2	109,7	128,7
Mai	109,1	109,4	110,2	110,5	109,1	100,7	111,3	130,3
Aug	109,5	109,7	110,6	111,0	109,4	100,0	112,6	134,5
Nov	109,1	109,3	110,3	110,7	109,0	99,2	112,6	141,3
1983 Feb	109,3	109,5	110,6	110,9	109,1	98,8	113,0	136,3
Mai	110,7	111,0	112,0	112,3	110,6	99,1	114,5	144,6
Aug	112,3	112,6	113,7	114,0	112,2	100,0	116,4	...

¹⁾ Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer.²⁾ Einschließlich Schönheitsreparaturen.³⁾ Ohne Berlin.

Tabelle 63*

Index der Ausführpreise

1980 = 100

Zeitraum	Ins- gesamt	Güter der Ernäh- rungs- wirt- schaft ¹⁾	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zu- sammen ¹⁾	Roh- stoffe ¹⁾	Halb- waren ¹⁾	Fertig- waren ¹⁾	Investi- tions- güter ²⁾	Ver- brauchs- güter ²⁾
1962	54,1	56,8	53,9	53,8	43,2	55,1	48,6	53,7
1963	54,2	62,2	53,9	54,3	42,7	55,1	49,1	54,0
1964	55,5	62,7	55,1	56,4	44,3	56,2	50,2	54,9
1965	56,7	63,1	56,4	56,3	45,5	57,6	51,8	56,2
1966	57,9	64,7	57,6	56,4	46,7	58,8	53,2	58,2
1967	57,8	63,6	57,5	54,4	46,7	58,9	53,8	59,1
1968	57,2	62,4	57,0	53,5	46,4	58,3	53,5	58,8
1969	59,5	63,6	59,3	54,0	47,6	60,8	56,4	59,8
1970	61,4	64,4	61,2	54,8	49,0	62,7	59,3	61,0
1971	63,4	66,0	63,3	58,7	48,9	65,0	63,3	63,8
1972	64,7	69,1	64,5	61,7	47,2	66,5	66,0	65,8
1973	68,9	77,0	68,5	64,8	55,4	70,1	69,3	69,3
1974	80,6	85,0	80,3	75,8	82,1	80,1	75,3	78,1
1975	83,7	85,1	83,6	86,6	76,9	84,1	81,8	82,9
1976	87,0	87,9	86,9	92,4	79,5	87,4	86,5	86,5
1977	88,5	91,9	88,3	91,5	77,4	89,2	90,2	89,0
1978	89,9	91,4	89,8	90,5	76,1	91,0	92,8	91,2
1979	94,1	94,3	94,1	95,3	87,9	94,6	95,5	93,8
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,8	106,5	105,8	109,7	112,7	104,9	104,4	105,4
1982	110,4	107,9	110,6	115,2	115,3	110,0	110,0	109,3
1978 1. Vj.	89,1	91,1	89,0	91,4	74,9	90,2	91,9	90,3
2. Vj.	89,9	92,2	89,8	89,9	75,6	91,1	92,9	91,0
3. Vj.	90,2	91,2	90,1	89,9	76,6	91,3	93,1	91,6
4. Vj.	90,3	91,3	90,2	90,9	77,1	91,4	93,2	91,8
1979 1. Vj.	91,9	91,8	91,9	94,2	81,4	92,7	94,5	92,3
2. Vj.	93,7	93,6	93,7	94,9	86,9	94,3	95,3	93,3
3. Vj.	95,0	95,1	95,0	95,6	90,1	95,4	95,9	94,3
4. Vj.	95,9	96,6	95,8	96,3	93,1	96,0	96,3	95,2
1980 1. Vj.	98,9	97,7	99,0	98,8	101,4	98,7	98,6	98,5
2. Vj.	99,8	99,1	99,8	99,1	98,0	100,0	100,1	99,7
3. Vj.	100,2	100,0	100,2	99,8	98,3	100,4	100,4	100,3
4. Vj.	101,2	103,1	101,1	102,3	102,3	100,9	101,0	101,4
1981 1. Vj.	103,2	105,1	103,1	104,8	106,4	102,8	102,7	103,3
2. Vj.	105,3	107,5	105,2	107,5	111,2	104,5	104,1	104,9
3. Vj.	107,2	107,7	107,1	112,5	117,0	106,0	105,2	106,5
4. Vj.	107,4	105,5	107,5	114,1	116,4	106,4	105,6	106,7
1982 1. Vj.	109,6	107,6	109,7	116,4	115,9	108,9	108,4	108,3
2. Vj.	110,4	108,3	110,5	115,2	114,4	110,0	109,8	109,2
3. Vj.	110,8	107,7	111,0	114,5	115,5	110,5	110,6	109,8
4. Vj.	110,8	107,8	111,0	114,7	115,5	110,5	111,0	110,1
1983 1. Vj.	111,2	107,1	111,4	113,3	113,2	111,2	112,1	110,4
2. Vj.	111,7	108,1	112,0	112,1	113,7	111,8	112,9	110,7
3. Vj.	112,9	111,5	112,9	113,3	116,6	112,5	113,5	111,4

1) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.

2) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Index der Einfuhrpreise

1980 = 100

Zeitraum	Ins- gesamt	Güter der Ernäh- rungs- wirt- schaft ¹⁾	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zu- sammen ¹⁾	Roh- stoffe ¹⁾	Halb- waren ¹⁾	Fertig- waren ¹⁾	Investi- tions- güter ²⁾	Ver- brauchs- güter ²⁾
1962	49,9	67,9	46,9	26,8	34,4	66,7	69,8	50,1
1963	50,9	70,9	47,2	27,0	34,7	67,5	71,5	51,2
1964	51,7	71,8	48,2	27,2	35,9	68,5	72,6	49,4
1965	53,1	75,2	48,9	27,0	37,5	69,2	74,0	48,6
1966	54,0	75,1	50,0	27,5	39,2	70,6	76,1	49,7
1967	52,8	72,6	49,4	26,8	38,6	70,0	75,2	51,1
1968	52,4	70,0	49,5	26,8	39,3	69,3	75,7	52,0
1969	53,3	72,3	50,1	26,3	40,8	70,3	75,9	51,4
1970	52,8	71,9	49,6	25,6	40,8	69,6	74,2	51,3
1971	53,0	70,7	50,0	28,0	38,3	70,2	75,8	53,2
1972	52,7	72,6	49,3	27,3	36,5	70,2	75,7	53,5
1973	59,4	87,5	54,7	32,0	46,6	72,9	76,1	61,4
1974	76,4	95,3	73,2	60,1	65,6	82,1	80,1	70,5
1975	75,1	89,7	72,7	58,2	60,1	85,6	88,0	73,0
1976	79,7	97,1	76,9	63,3	64,0	88,7	92,9	76,8
1977	80,9	105,6	76,9	62,8	62,7	89,5	93,0	78,2
1978	77,9	95,6	75,0	55,8	60,6	90,2	94,6	78,5
1979	87,0	96,7	85,4	67,7	83,5	94,1	95,8	92,8
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	113,6	107,6	114,6	130,8	118,8	107,2	109,4	108,7
1982	116,2	108,9	117,3	130,2	123,0	110,6	112,3	112,2
1978 1. Vj.	78,1	100,1	74,5	57,3	58,4	89,6	93,7	77,6
2. Vj.	78,1	98,0	74,9	56,7	59,7	90,0	94,4	78,2
3. Vj.	77,7	91,8	75,4	55,6	61,2	90,8	95,4	78,7
4. Vj.	77,6	92,7	75,2	53,4	63,0	90,6	95,0	79,5
1979 1. Vj.	81,3	96,0	78,8	55,9	73,6	91,7	95,0	86,7
2. Vj.	86,0	97,6	84,1	64,5	82,3	93,8	95,7	92,3
3. Vj.	89,3	96,1	88,1	73,3	87,2	95,2	96,0	95,5
4. Vj.	91,3	97,1	90,3	77,1	91,0	95,7	96,3	96,6
1980 1. Vj.	98,0	101,0	97,5	93,1	99,1	98,6	98,0	99,0
2. Vj.	99,7	99,9	99,7	99,9	98,7	99,9	99,6	100,0
3. Vj.	99,3	97,7	99,5	100,0	97,6	100,1	100,1	99,1
4. Vj.	103,0	101,4	103,2	107,1	104,5	101,4	102,3	101,9
1981 1. Vj.	109,3	107,9	109,6	122,9	110,9	104,3	106,4	105,6
2. Vj.	113,2	108,5	114,0	132,4	115,6	106,7	108,8	107,5
3. Vj.	117,2	106,7	118,8	139,3	125,4	109,0	111,5	111,3
4. Vj.	114,8	107,4	115,9	128,5	123,1	108,7	110,7	110,5
1982 1. Vj.	116,3	111,2	117,0	130,4	122,7	110,1	111,8	110,4
2. Vj.	115,4	110,6	116,1	126,1	121,8	110,5	111,9	111,7
3. Vj.	116,4	106,5	117,9	131,4	123,9	110,8	112,7	112,7
4. Vj.	116,8	107,4	118,3	133,0	123,7	111,0	112,9	114,0
1983 1. Vj.	114,0	109,0	114,8	123,5	117,1	110,8	112,7	110,1
2. Vj.	113,6	109,0	114,3	119,3	117,6	111,3	113,6	110,3
3. Vj.	117,2	114,8	117,5	125,4	123,0	112,7	115,3	112,6

¹⁾ Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.²⁾ Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 65*

Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte²⁾

1976 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebenshaltung		Er- nährung	Getränke und Tabak- waren	Wohnung	Heizung und Beleuch- tung	Haus- rat	Be- kleidung	Reini- gung und Körper- pflege	Bildung, Unter- haltung und Erholung	Verkehr
	einschl.	ohne									
	Ernährung										
1950	46,2	47,0	46,1	82,2	28,9	34,2	65,6	54,0	48,6	39,2	41,6
1951	49,7	50,2	50,3	80,5	29,4	37,0	72,5	59,9	52,2	42,4	46,7
1952	50,8	50,1	52,6	81,9	30,0	39,8	71,9	55,8	51,8	43,5	48,7
1953	49,9	49,2	51,7	76,7	31,0	41,1	68,2	52,9	50,4	43,0	49,2
1954	50,0	48,7	52,4	71,1	31,0	43,3	67,0	52,2	50,1	42,3	49,5
1955	50,8	49,4	53,5	70,5	31,9	44,4	67,5	52,2	51,5	43,2	49,7
1956	52,1	50,5	55,0	70,4	34,0	45,2	68,9	52,7	52,5	44,3	49,3
1957	53,2	51,7	56,0	70,2	34,4	46,4	71,5	54,7	53,3	45,7	49,7
1958	54,3	52,8	57,1	70,1	35,0	48,4	71,9	56,3	54,5	47,0	53,4
1959	54,8	53,0	58,1	69,4	35,8	48,8	70,9	56,1	55,1	47,7	54,3
1960	55,6	54,1	58,5	69,3	38,1	49,4	70,9	57,1	56,0	49,0	55,0
1961	56,9	55,8	59,1	69,3	41,4	50,2	72,3	58,4	57,5	50,8	56,6
1962	58,6	57,3	61,4	70,0	42,7	51,1	73,6	60,0	59,5	53,1	57,3
1963	60,3	58,8	63,4	70,6	45,2	52,5	73,9	61,4	61,0	55,0	59,8
1964	61,8	60,2	64,9	71,1	48,0	53,2	74,4	62,6	62,0	56,9	60,3
1965	63,8	61,8	67,9	71,2	50,8	54,2	75,7	64,3	64,0	59,1	61,0
1966	66,1	64,4	69,6	74,1	55,4	54,8	76,7	66,3	66,8	61,4	63,3
1967	67,0	66,0	69,2	76,1	58,8	55,4	76,2	67,3	67,8	63,5	65,3
1968	67,9	67,9	67,8	77,4	62,6	59,2	75,2	67,2	71,3	66,6	66,6
1969	69,3	69,0	69,7	77,3	67,2	59,3	75,3	67,9	72,2	67,7	66,4
1970	71,5	71,5	71,4	79,4	69,9	61,2	77,9	70,7	74,5	70,9	68,0
1971	75,2	75,3	74,5	81,4	74,1	63,2	81,1	75,0	78,2	74,1	74,3
1972	79,2	72,8	78,7	85,8	78,4	65,6	83,9	79,6	81,7	77,2	78,9
1973	84,6	84,4	84,6	91,6	83,5	73,4	87,0	85,6	85,6	82,0	83,8
1974	90,3	90,5	89,5	93,9	88,3	83,7	93,1	92,0	91,4	89,5	91,0
1975	95,8	96,1	94,8	96,7	95,0	94,2	97,9	96,6	97,0	96,1	95,8
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,5	103,8	102,5	111,4	103,3	100,9	103,3	105,0	102,8	103,0	102,2
1978	106,1	106,7	104,3	111,9	106,2	103,4	106,2	109,7	105,8	106,3	104,9
1979	110,2	111,3	106,3	113,2	109,7	120,1	108,8	114,7	109,0	110,5	110,0
1980	116,0	117,5	111,0	116,9	115,4	131,6	114,4	121,6	114,0	115,8	116,6
1981	122,8	124,5	117,1	120,7	120,6	150,5	120,2	127,8	119,6	122,3	125,5
1982	129,2	131,2	122,8	133,6	126,6	163,4	124,8	133,4	124,8	128,7	130,0
1980 1. Vj.	113,8	115,2	109,4	116,4	113,5	128,6	112,6	119,4	112,0	113,1	113,4
2. Vj.	115,9	117,2	111,5	116,9	115,0	131,4	114,1	121,0	113,5	114,9	117,2
3. Vj.	116,6	118,1	111,7	117,2	116,1	130,6	114,6	122,2	114,7	117,1	117,7
4. Vj.	117,5	119,3	111,5	117,2	117,1	135,6	116,3	124,0	115,8	118,1	118,0
1981 1. Vj.	120,0	121,5	115,1	118,0	118,3	144,4	118,8	125,6	117,4	119,7	120,6
2. Vj.	122,3	123,7	117,9	120,4	119,8	146,3	119,9	127,1	119,0	121,4	124,8
3. Vj.	123,8	125,8	116,8	121,8	121,3	153,7	120,2	128,1	120,3	123,4	128,4
4. Vj.	125,2	127,2	118,7	122,6	122,8	157,5	122,0	130,2	121,7	124,9	128,1
1982 1. Vj.	126,9	128,5	121,5	125,1	124,4	161,0	124,5	131,7	123,1	126,5	127,1
2. Vj.	128,8	130,0	124,7	130,8	125,7	161,0	125,0	133,0	124,4	128,1	127,9
3. Vj.	130,2	132,3	123,0	138,9	127,3	163,5	124,3	133,8	125,4	129,6	132,1
4. Vj.	131,0	133,7	121,9	139,5	129,1	168,1	125,4	135,3	126,5	130,5	133,1
1983 1. Vj.	131,6	133,9	123,8	139,5	131,5	160,7	127,2	136,1	127,8	131,5	131,4
2. Vj.	132,4	134,4	125,7	138,2	133,1	159,4	127,4	137,0	128,6	133,1	131,5
3. Vj.	133,6	136,1	125,3	137,4	134,2	164,6	127,2	137,9	129,8	136,4	134,6

1) Gliederung nach Bedarfsgruppen.

2) Haushalte mit mittlerem Einkommen.

3) Ohne Saarland und Berlin.

4) Ohne Berlin.

Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte²⁾
 1976 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebenshaltung		Nah- rungs- und Genuß- mittel ³⁾	Klei- dung, Schuhe	Woh- nungs- miete	Elektri- zität, Gas, Brenn- stoffe	Übrige Haus- halts- führung	Verkehr, Nach- richten- über- mittlung	Körper- und Ge- sund- heits- pflege	Bildung und Unter- haltung	Persön- liche Ausstat- tung u. ä.
	einschl.	ohne									
	Nahrungs- und Genußmittel ³⁾										
1962	58,6	55,6	63,4	60,2	42,5	50,7	68,2	56,8	54,5	60,3	57,2
1963	60,3	57,4	65,2	61,5	44,8	52,0	69,5	59,4	56,1	61,1	59,1
1964	61,8	58,8	66,5	62,8	47,6	52,8	70,5	60,0	57,5	62,3	61,0
1965	63,8	60,6	69,1	64,4	50,3	53,7	72,4	60,6	59,5	64,1	62,8
1966	66,1	63,1	71,0	66,5	55,0	54,5	73,8	63,1	62,8	65,8	64,8
1967	67,0	64,7	71,0	67,5	58,7	55,0	73,8	64,9	64,1	67,2	67,4
1968	67,9	66,7	70,2	67,4	62,7	58,9	73,5	66,1	68,2	69,3	70,2
1969	69,3	68,0	71,6	68,0	67,3	59,0	73,6	65,7	69,2	70,1	71,4
1970	71,5	70,5	73,3	70,8	70,0	60,8	76,3	67,5	72,0	73,5	72,9
1971	75,2	74,6	76,2	75,1	74,1	62,9	79,8	71,7	76,0	76,9	80,6
1972	79,2	78,5	80,4	79,7	78,4	65,3	82,8	76,2	79,9	79,8	84,5
1973	84,6	83,6	86,3	85,6	83,5	73,2	85,9	81,4	84,5	84,0	89,2
1974	90,3	90,1	90,6	92,0	88,3	83,6	92,1	89,5	90,7	91,4	93,9
1975	95,8	96,1	95,3	96,6	95,0	94,1	97,5	95,3	96,5	97,2	97,2
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,5	103,0	104,7	104,9	103,3	100,9	103,1	101,9	103,3	101,7	105,4
1978	106,1	106,1	106,1	109,6	106,2	103,4	106,6	104,9	106,9	103,5	108,8
1979	110,2	111,1	108,0	114,6	109,7	120,6	109,9	110,0	110,8	106,1	113,8
1980	116,0	117,5	112,4	121,5	115,4	132,4	116,2	117,5	116,3	109,2	119,5
1981	122,8	125,0	118,0	127,6	120,4	151,8	123,1	127,3	122,4	113,3	126,1
1982	129,2	130,9	125,3	133,3	126,5	165,0	128,7	132,3	127,8	118,2	131,0
1978 1. Vj.	105,4	105,2	106,0	108,4	105,2	102,5	106,3	103,8	105,6	103,0	107,5
2. Vj.	106,4	106,1	107,1	109,3	106,0	103,1	106,9	105,2	106,6	103,5	108,3
3. Vj.	106,2	106,3	106,0	109,8	106,5	103,2	106,2	105,2	107,2	103,7	109,6
4. Vj.	106,5	107,0	105,4	111,1	107,1	104,8	106,9	105,4	108,1	103,9	109,9
1979 1. Vj.	108,2	108,8	106,9	112,3	108,0	113,0	108,6	106,6	109,0	105,5	112,1
2. Vj.	109,7	110,3	108,2	113,7	108,8	119,5	109,3	108,9	110,1	105,8	113,0
3. Vj.	110,9	112,1	108,2	115,1	110,0	125,3	110,1	111,8	111,5	106,3	114,7
4. Vj.	111,8	113,2	108,7	117,2	111,8	124,6	111,5	112,5	112,5	107,0	115,3
1980 1. Vj.	113,8	115,1	111,0	119,3	113,5	129,4	114,2	113,9	114,1	107,9	116,4
2. Vj.	115,9	117,2	112,8	120,9	115,0	132,3	115,8	118,2	115,7	108,9	118,4
3. Vj.	116,6	118,2	113,1	122,0	116,1	131,4	116,4	118,8	117,0	109,5	121,3
4. Vj.	117,5	119,2	112,9	123,8	117,0	136,5	118,5	119,1	118,3	110,3	121,9
1981 1. Vj.	120,0	121,9	115,8	125,4	118,2	145,6	121,4	122,0	120,0	111,5	123,4
2. Vj.	122,3	124,0	118,5	126,9	119,7	147,5	122,6	126,8	121,8	112,7	124,8
3. Vj.	123,8	126,2	118,0	128,0	121,2	155,1	123,1	130,5	123,2	113,6	127,7
4. Vj.	125,2	127,6	119,6	130,1	122,7	159,0	125,2	130,1	124,6	115,2	128,3
1982 1. Vj.	126,9	128,9	122,3	131,5	124,3	162,6	128,1	129,0	126,2	116,8	129,3
2. Vj.	128,8	129,9	126,1	132,8	125,6	162,5	128,8	129,9	127,3	118,0	130,3
3. Vj.	130,2	131,7	126,8	133,6	127,2	165,1	128,2	134,6	128,3	118,7	131,9
4. Vj.	131,0	133,1	126,1	135,1	128,9	169,8	129,6	135,7	129,5	119,3	132,4
1983 1. Vj.	131,6	133,4	127,5	136,0	131,4	162,1	131,7	133,8	130,8	120,2	133,3
2. Vj.	132,4	134,1	128,7	136,8	133,0	160,7	131,8	133,9	131,8	121,1	134,7
3. Vj.	133,6	136,0	128,1	137,7	134,1	166,1	131,7	137,4	133,1	123,5	136,8

1) Gliederung nach Hauptgruppen.

2) Haushalte mit mittlerem Einkommen.

3) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Tabelle 67*

Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾

Alle privaten Haushalte

1976 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebenshaltung		Nahrungs- und Genuß- mittel ²⁾	Klei- dung, Schuhe	Woh- nungs- miete	Elektri- zität, Gas, Brenn- stoffe	Übrige Haus- halts- führung	Verkehr, Nach- richten- über- mittlung	Körper- und Ge- sund- heits- pflege	Bildung und Unter- haltung	Persön- liche Ausstat- tung u. ä.
	einschl.	ohne									
	Nahrungs- und Genußmittel ²⁾										
1962	58,1	55,4	63,2	61,4	44,3	46,6	65,9	56,2	48,0	57,9	63,0
1963	59,8	57,1	65,0	62,7	46,7	48,1	67,2	58,1	49,5	59,5	64,3
1964	61,2	58,5	66,4	63,5	49,3	48,9	67,9	58,7	51,3	61,7	65,3
1965	63,2	60,2	68,8	65,0	52,1	49,9	69,1	59,2	53,9	63,8	66,8
1966	65,4	62,6	70,9	66,7	56,3	50,5	70,6	61,6	57,4	66,0	68,5
1967	66,5	64,4	70,8	67,5	60,1	51,2	70,6	63,5	59,3	68,3	70,2
1968	67,6	66,3	70,2	67,5	64,4	54,2	70,8	65,3	62,6	70,0	72,2
1969	68,9	67,4	71,8	68,2	68,5	54,1	71,2	64,9	64,1	70,7	73,4
1970	71,2	70,1	73,5	70,9	71,5	56,5	74,1	66,8	67,6	74,2	74,9
1971	74,9	74,3	76,3	75,1	75,9	59,6	78,1	71,3	72,3	77,5	80,3
1972	79,1	78,3	80,7	79,6	80,5	62,3	81,3	76,2	76,9	80,2	83,7
1973	84,6	83,6	86,7	85,6	85,2	72,5	84,8	81,9	82,2	84,3	88,1
1974	90,5	90,3	90,8	92,0	89,5	84,7	91,3	90,2	89,1	91,5	93,1
1975	95,9	96,0	95,6	96,7	95,2	93,6	97,1	95,8	95,6	97,0	96,9
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,7	103,2	104,9	104,8	103,4	100,9	103,2	102,1	103,9	101,7	105,4
1978	106,5	106,5	106,4	109,4	106,4	103,3	106,8	105,1	108,0	103,4	109,4
1979	110,9	111,8	108,2	114,2	109,8	124,8	110,2	110,0	112,6	106,1	114,5
1980	117,0	118,5	112,7	120,8	115,4	137,6	116,7	116,8	119,1	108,9	123,2
1981	123,9	126,0	118,2	126,8	120,4	157,8	123,7	125,2	126,0	113,0	131,3
1982	130,5	132,3	125,5	132,5	126,4	171,0	129,3	130,9	131,7	118,2	137,5
1978 1. Vj.	105,7	105,5	106,3	108,2	105,4	102,4	106,5	103,9	106,6	103,0	107,9
2. Vj.	106,6	106,4	107,3	109,0	106,2	102,9	107,1	105,4	107,5	103,4	108,8
3. Vj.	106,6	106,7	106,3	109,6	106,7	103,1	106,4	105,4	108,5	103,5	110,2
4. Vj.	106,9	107,4	105,7	110,8	107,3	105,0	107,2	105,7	109,4	103,8	110,8
1979 1. Vj.	108,8	109,3	107,2	112,0	108,2	115,2	108,9	106,9	110,7	105,5	112,5
2. Vj.	110,3	111,0	108,4	113,4	109,0	123,5	109,6	109,0	111,9	105,7	113,4
3. Vj.	111,7	112,9	108,4	114,8	110,3	130,6	110,5	111,7	113,3	106,2	115,4
4. Vj.	112,6	114,0	108,9	116,7	111,9	130,0	111,9	112,3	114,5	106,9	116,6
1980 1. Vj.	114,7	116,0	111,4	118,6	113,5	135,1	114,6	113,3	116,7	107,7	119,2
2. Vj.	116,8	118,2	113,0	120,2	115,0	137,9	116,2	117,6	118,5	108,6	121,8
3. Vj.	117,7	119,2	113,3	121,3	116,1	135,9	116,9	118,0	119,8	109,2	125,4
4. Vj.	118,6	120,6	113,1	123,1	117,0	141,4	119,0	118,1	121,2	110,1	126,4
1981 1. Vj.	121,2	123,0	116,1	124,7	118,2	151,4	121,9	120,5	123,6	111,2	128,3
2. Vj.	123,3	125,0	118,7	126,2	119,8	153,0	123,2	124,6	125,4	112,5	130,0
3. Vj.	124,9	127,3	118,2	127,2	121,2	161,6	123,7	127,9	126,8	113,3	133,0
4. Vj.	126,3	128,8	119,7	129,3	122,6	165,4	125,9	127,9	128,2	115,1	134,0
1982 1. Vj.	128,2	130,2	122,5	130,8	124,1	168,4	128,7	127,7	130,0	116,8	135,1
2. Vj.	130,0	131,3	126,2	132,0	125,5	168,0	129,4	129,0	131,2	118,0	136,8
3. Vj.	131,4	133,0	126,9	132,9	127,1	170,8	128,9	133,0	132,2	118,7	138,7
4. Vj.	132,3	134,6	126,2	134,3	128,7	176,7	130,3	134,0	133,6	119,3	139,5
1983 1. Vj.	132,9	134,8	127,8	135,2	131,0	166,7	132,4	132,8	135,5	120,2	140,9
2. Vj.	133,7	135,5	128,9	136,1	132,6	164,8	132,6	133,1	136,5	121,0	142,2
3. Vj.	135,1	137,5	128,3	136,9	133,8	170,8	132,5	136,3	137,8	123,7	144,6

¹⁾ Gliederung nach Hauptgruppen.²⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾

1976 = 100

Zeitraum	Gesamt- lebens- haltung	Nah- rungs- mittel ²⁾	Woh- nungs- nut- zung ³⁾	Dienst- lei- stungen ⁴⁾	Sonstige Waren ⁵⁾	Gesamt- lebens- haltung	Nah- rungs- mittel ²⁾	Woh- nungs- nut- zung ³⁾	Dienst- lei- stungen ⁴⁾	Sonstige Waren ⁵⁾
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte ⁶⁾				
1962	58,1	62,3	44,7	48,2	65,3	58,6	62,2	42,9	49,8	64,9
1963	59,8	64,2	47,1	50,6	66,1	60,3	64,3	45,3	52,3	65,7
1964	61,2	65,7	49,8	52,6	66,7	61,8	65,7	48,0	54,1	66,5
1965	63,2	68,5	52,6	54,7	67,6	63,8	68,7	50,8	56,0	67,7
1966	65,4	70,3	56,7	58,2	68,9	66,1	70,3	55,6	59,0	69,3
1967	66,5	69,7	60,5	60,2	69,6	67,0	69,7	59,1	60,7	70,2
1968	67,6	68,1	64,8	63,4	70,2	67,9	68,1	63,2	63,9	70,9
1969	68,9	70,3	68,8	64,7	70,2	69,3	70,0	67,7	65,2	70,9
1970	71,2	71,7	71,8	67,7	72,5	71,5	71,5	70,3	68,1	73,1
1971	74,9	74,5	76,1	72,9	75,8	75,2	74,5	74,3	73,6	76,3
1972	79,1	79,0	80,7	77,9	79,3	79,2	78,8	78,6	78,5	79,9
1973	84,6	85,3	85,4	83,4	84,7	84,6	84,6	83,7	84,0	85,0
1974	90,5	89,9	89,6	89,7	91,5	90,3	89,5	88,3	90,4	91,3
1975	95,9	95,4	95,3	95,6	96,5	95,8	94,9	94,9	95,8	96,6
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,7	102,4	103,3	104,9	103,7	103,5	102,3	103,2	104,6	103,7
1978	106,5	103,6	106,3	108,9	106,5	106,1	103,5	106,1	108,4	106,5
1979	110,9	105,4	109,6	114,0	111,8	110,2	105,2	109,5	113,5	111,4
1980	117,0	109,9	115,0	119,5	119,0	116,0	109,6	115,1	118,0	118,3
1981	123,9	115,8	120,1	127,1	126,7	122,8	115,6	120,0	124,8	126,3
1982	130,5	121,3	126,2	133,8	133,6	129,2	121,2	126,2	130,9	133,2
1978 1. Vj.	105,7	103,6	105,3	107,7	105,7	105,4	103,4	105,1	107,3	105,7
2. Vj.	106,6	105,0	106,0	108,7	106,4	106,4	104,9	105,8	108,3	106,4
3. Vj.	106,6	103,4	106,6	109,3	106,6	106,2	103,3	106,4	108,7	106,5
4. Vj.	106,9	102,5	107,2	109,9	107,1	106,5	102,5	107,0	109,1	107,1
1979 1. Vj.	108,8	104,7	108,0	112,2	109,0	108,2	104,4	107,8	111,8	108,7
2. Vj.	110,3	106,3	108,8	113,2	110,8	109,7	106,1	108,6	112,8	110,4
3. Vj.	111,7	105,0	110,0	114,8	113,2	110,9	104,9	109,8	114,4	112,7
4. Vj.	112,6	105,3	111,6	115,8	114,2	111,8	105,2	111,5	115,1	113,7
1980 1. Vj.	114,7	108,3	113,2	116,4	116,8	113,8	108,0	113,2	115,5	116,1
2. Vj.	116,8	110,5	114,6	118,7	119,1	115,9	110,2	114,6	117,4	118,3
3. Vj.	117,7	110,6	115,7	120,9	119,3	116,6	110,4	115,7	119,2	118,7
4. Vj.	118,6	110,1	116,6	121,9	120,7	117,5	110,0	116,7	120,0	120,2
1981 1. Vj.	121,2	114,1	117,8	124,1	123,5	120,0	113,7	117,8	122,0	123,0
2. Vj.	123,3	116,7	119,3	126,0	125,8	122,3	116,5	119,3	123,8	125,5
3. Vj.	124,9	115,2	120,8	128,4	128,1	123,8	115,1	120,8	126,2	127,7
4. Vj.	126,3	117,0	122,3	129,7	129,5	125,2	117,0	122,3	127,3	129,1
1982 1. Vj.	128,2	120,2	123,9	131,4	130,8	126,9	120,0	123,9	128,9	130,3
2. Vj.	130,0	123,6	125,4	133,1	132,3	128,8	123,4	125,3	130,2	131,8
3. Vj.	131,4	121,4	126,9	134,9	134,8	130,3	121,4	126,9	131,9	134,7
4. Vj.	132,3	120,1	128,6	135,7	136,5	131,0	120,0	128,6	132,5	136,2
1983 1. Vj.	132,9	122,3	130,9	137,3	135,5	131,6	122,1	131,0	133,8	135,3
2. Vj.	133,7	124,3	132,6	138,4	135,4	132,4	124,1	132,7	135,0	135,1
3. Vj.	135,1	123,6	133,8	140,8	137,0	133,6	123,5	133,8	137,3	136,8

1) Gliederung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung.

2) Ohne Gaststättenleistungen.

3) Einschließlich Garagennutzung.

4) Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.

5) Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter.

6) Haushalte mit mittlerem Einkommen.

Tabelle 69*

Löhne und Gehälter

1976 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer ¹⁾	Brutto-			Tarifliche						
		stunden-	wochen-	monats-	Stunden-		Wochen-		Monatsgehälter ²⁾		
		verdienste ²⁾			löhne ³⁾						
		Industrie ⁴⁾	Industrie ⁴⁾ und Handel ⁵⁾	Produzierendes Gewerbe ⁶⁾	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe ⁶⁾	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe ⁶⁾	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften		
1960	26,0	26,2	28,6	29,1	28,1	27,6	30,8	30,4	32,1	32,8	
1961	28,7	28,9	31,5	31,5	30,3	29,8	33,2	32,8	34,8	35,4	
1962	31,3	32,3	34,7	34,3	33,5	32,8	35,9	35,5	37,8	38,0	
1963	33,2	34,7	37,0	36,6	35,7	35,0	38,0	37,6	39,8	40,2	
1964	36,2	37,6	40,0	38,9	38,1	37,3	39,9	39,4	41,6	42,1	
1965	39,5	41,3	44,0	42,1	41,0	40,2	42,6	42,2	44,5	44,8	
1966	42,4	44,0	46,5	45,2	43,9	43,1	45,4	45,0	47,3	47,5	
1967	43,8	45,4	46,2	47,0	46,0	45,0	46,9	46,4	48,5	49,0	
1968	46,5	47,4	49,4	49,2	47,9	46,9	48,6	48,1	50,1	50,6	
1969	50,8	51,6	54,8	53,0	51,1	50,0	51,7	51,2	53,3	53,7	
1970	58,6	59,2	63,0	59,7	57,7	56,7	58,0	57,6	59,0	59,2	
1971	65,2	65,7	68,6	65,8	65,2	64,4	65,5	65,2	65,9	65,9	
1972	71,2	71,6	74,0	71,5	70,9	70,6	71,2	71,2	71,4	71,6	
1973	79,2	79,1	81,8	78,8	77,7	77,6	77,9	78,2	78,1	78,7	
1974	87,8	87,2	88,3	86,9	86,8	86,8	87,0	87,2	87,1	87,7	
1975	93,4	94,0	92,3	94,0	94,6	94,7	94,6	94,8	94,6	95,0	
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	
1977	106,8	107,1	107,3	106,9	107,2	106,9	107,2	106,9	107,1	106,5	
1978	112,6	112,8	113,1	113,0	112,8	112,7	112,8	112,7	112,0	111,8	
1979	118,9	119,3	120,6	119,9	119,2	119,0	119,2	118,9	117,8	117,3	
1980	126,7	127,2	127,5	128,3	126,9	126,7	126,9	126,6	124,6	124,2	
1981	132,9	134,4	133,3	134,7	134,3	133,9	134,3	133,8	131,4	130,6	
1982	138,5	140,6	137,7	141,1	140,2	139,8	140,2	139,5	137,3	136,3	
1980 Jan	119,9	121,7	120,4	123,4	121,7	121,4	121,7	121,3	119,5	118,9	
Apr		126,7	127,8	127,8	125,8	125,9	125,8	125,8	124,5	124,7	
Jul		133,5	130,1	131,1	130,7	129,9	129,6	129,9	129,5	127,1	126,6
Okt			130,3	130,6	131,2	130,2	129,9	130,2	129,8	127,4	126,7
1981 Jan	125,4	130,6	128,4	131,6	130,6	130,2	130,6	130,1	127,7	127,0	
Apr		133,2	132,1	132,9	134,1	133,5	134,1	133,4	131,0	129,8	
Jul		140,4	136,6	136,2	136,9	136,2	135,9	136,2	135,8	133,3	132,7
Okt			137,0	136,3	137,5	136,4	136,1	136,4	136,0	133,6	132,9
1982 Jan	131,1	137,5	134,8	138,0	136,7	136,4	136,7	136,1	133,8	133,0	
Apr		140,4	137,9	141,1	140,3	139,7	140,3	139,4	137,4	136,0	
Jul		145,8	142,2	140,6	142,8	141,6	141,3	141,6	141,0	138,9	138,1
Okt			142,3	137,4	142,6	142,0	141,6	142,0	141,3	139,2	138,2
1983 Jan	135,3	142,1	134,2	143,0	142,2	141,8	142,2	141,5	139,4	138,4	
Apr		145,0	140,7	145,2	145,3	144,8	145,3	144,5	142,3	141,3	
Jul		146,5	144,7	147,2	146,3	145,8	146,3	145,5	143,3	142,3	

1) Für die Gesamtwirtschaft, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2) Jahresergebnis errechnet als Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten.

3) Jahreswerte = Durchschnitt aus den 4 Monatswerten.

4) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

5) Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

6) Ohne Herstellung und Verarbeitung von Glas sowie ohne Ausbaugewerbe.

7) Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer: Halbjahre.

Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule¹⁾

Jahr	Ins- gesamt	Mineral- öle	Stein- kohlen	Braun- kohle	Natur- gase ²⁾	Kern- energie	Wasser- kraft	Strom ³⁾	Sonstige Energie- träger ⁴⁾
1950	3 971	185	2 893	607	3	—	182		103
1951	4 390	208	3 262	645	3	—	176		97
1952	4 637	226	3 470	668	6	—	182		85
1953	4 557	273	3 341	698	6	—	158		82
1954	4 900	352	3 523	759	9	—	176		82
1955	5 375	454	3 854	800	18	—	179		70
1956	5 721	583	4 042	826	23	—	182		64
1957	5 747	633	4 015	847	23	—	164		64
1958	5 589	824	3 655	844	23	—	188		56
1959	5 686	1 038	3 570	826	26	—	161		64
1960	6 199	1 301	3 760	856	32	—	193		56
1961	6 322	1 574	3 617	859	35	0	191		47
1962	6 779	1 955	3 669	897	44	0	167		47
1963	7 295	2 365	3 719	950	56	0	155		50
1964	7 535	2 737	3 570	964	79	0	132		53
1965	7 755	3 165	3 356	879	106	0	153	45	50
1966	7 816	3 573	2 995	826	129	3	165	78	47
1967	7 819	3 728	2 834	800	167	12	157	74	47
1968	8 455	4 173	2 872	841	275	18	158	71	47
1969	9 232	4 701	2 981	876	387	50	132	62	44
1970	9 870	5 242	2 839	896	543	61	166	79	44
1971	9 948	5 443	2 647	859	707	58	122	65	46
1972	10 383	5 756	2 445	907	898	92	120	118	47
1973	11 092	6 122	2 467	969	1 130	116	138	101	49
1974	10 723	5 519	2 423	1 031	1 362	119	160	58	51
1975	10 191	5 304	1 950	1 009	1 443	207	152	76	50
1976	10 853	5 741	2 072	1 101	1 522	233	121	10	53
1977	10 912	5 682	1 962	1 029	1 627	346	156	57	52
1978	11 401	5 959	2 029	1 052	1 771	345	164	30	52
1979	11 964	6 062	2 223	1 116	1 935	407	163	6	52
1980	11 436	5 443	2 259	1 149	1 887	420	167	55	56
1981	10 964	4 909	2 293	1 167	1 760	518	175	76	66
1982	10 596	4 682	2 247	1 125	1 616	613	173	65	75

¹⁾ 1 Petajoule = 34 120,4 kg Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.

²⁾ Erdgas, Erdölgas, Grubengas und Klärgas.

³⁾ Außenhandelsaldo Strom.

⁴⁾ Brennholz, Brenntorf, Außenhandelsaldo Kokereigas sowie Klärschlamm, Müll und Abhitze zur Stromerzeugung.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 71*

Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule¹⁾

Jahr	Ins- gesamt	Mineralölprodukte				Kohlen und sonstige feste Brenn- stoffe ²⁾	Gase ³⁾	Strom	Fern- wärme
		ins- gesamt	darunter						
			leichtes Heizöl	schweres Heizöl	Kraft- stoffe				
1950	2 541	132	3	15	111	2 040	234	123	12
1951	2 940	158	3	20	132	2 336	290	144	12
1952	3 180	191	3	23	161	2 477	340	158	15
1953	3 095	223	6	23	191	2 365	322	173	12
1954	3 329	278	15	38	223	2 497	340	196	18
1955	3 696	363	29	65	267	2 688	407	220	18
1956	3 942	469	59	102	305	2 775	431	246	21
1957	3 948	519	79	123	314	2 702	440	264	23
1958	3 839	674	138	167	366	2 435	428	278	23
1959	3 907	824	185	214	422	2 327	431	299	26
1960	4 270	1 026	281	267	475	2 397	472	340	35
1961	4 390	1 263	381	337	542	2 268	460	360	38
1962	4 771	1 588	572	401	613	2 318	428	387	50
1963	5 170	1 876	744	455	674	2 392	425	419	59
1964	5 281	2 125	838	522	759	2 166	472	457	62
1965	5 399	2 418	1 011	577	824	1 934	478	492	76
1966	5 410	2 655	1 134	610	906	1 682	469	522	82
1967	5 422	2 740	1 196	604	935	1 556	492	542	91
1968	5 818	3 013	1 366	633	1 008	1 518	583	598	106
1969	6 372	3 414	1 641	677	1 087	1 518	654	659	126
1970	6 751	3 791	1 853	733	1 197	1 356	759	718	127
1971	6 761	3 997	1 962	742	1 285	1 057	825	762	120
1972	7 034	4 219	2 064	792	1 355	929	935	824	127
1973	7 442	4 425	2 217	799	1 402	924	1 062	895	136
1974	7 139	3 972	1 926	687	1 352	989	1 118	932	128
1975	6 859	3 967	1 907	622	1 431	781	1 067	912	132
1976	7 293	4 218	2 087	630	1 494	753	1 192	985	145
1977	7 305	4 185	2 007	592	1 580	697	1 268	1 013	142
1978	7 605	4 394	2 131	595	1 662	672	1 320	1 062	157
1979	7 892	4 428	2 121	586	1 715	763	1 424	1 111	166
1980	7 529	4 023	1 748	535	1 736	796	1 432	1 115	163
1981	7 221	3 685	1 546	440	1 694	808	1 437	1 126	165
1982	6 888	3 509	1 403	378	1 723	770	1 334	1 113	162

¹⁾ 1 Petajoule = 34 120,4 kg Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.²⁾ Steinkohle, Steinkohlenkoks, Steinkohlenbriketts, Rohbraunkohle, Braunkohlenbriketts und übrige feste Brennstoffe (Braunkohlenschwefelkoks, Braunkohlenkoks, Staub- und Trockenkohle, Hartbraunkohle, Brennholz und Brenntorf).³⁾ Flüssiggas, Raffineriegas, Kokereigas, Gichtgas und Naturgas.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Energieverbrauch nach Bereichen

Petajoule¹⁾

Jahr	Primär- energie- verbrauch	Verbrauch und Ver- luste im Energie- sektor ²⁾	Nicht- energe- tischer Verbrauch	Endenergieverbrauch						
				ins- gesamt	darunter Verarbeitendes Gewerbe und übriger Bergbau				Verkehr	Haushalte, Kleinver- braucher, militä- rische Dienst- stellen
					zu- sammen	Grund- stoff- und Produk- tions- güter- gewerbe, übriger Bergbau	Investi- tionsgüter produzie- rendes Gewerbe	Ver- brauchs- güter pro- duzieren- des- und Nahrungs- und Ge- nußmittel- gewerbe		
1950	3 971	1 354	76	2 541	1 164	844	91	229	437	941
1951	4 390	1 375	76	2 940	1 345	991	103	252	472	1 123
1952	4 637	1 386	70	3 180	1 471	1 114	108	249	492	1 216
1953	4 557	1 386	76	3 095	1 424	1 064	103	258	501	1 170
1954	4 900	1 477	94	3 329	1 542	1 158	117	267	519	1 269
1955	5 375	1 571	108	3 696	1 750	1 325	138	287	563	1 384
1956	5 721	1 656	123	3 942	1 858	1 410	147	302	598	1 486
1957	5 747	1 676	123	3 948	1 864	1 430	138	296	598	1 486
1958	5 589	1 609	141	3 839	1 808	1 375	147	287	607	1 425
1959	5 686	1 612	167	3 907	1 858	1 421	149	287	651	1 398
1960	6 199	1 726	202	4 270	2 072	1 591	167	314	662	1 536
1961	6 322	1 709	223	4 390	2 081	1 603	170	308	712	1 597
1962	6 779	1 761	246	4 771	2 098	1 574	199	325	759	1 914
1963	7 295	1 832	293	5 170	2 119	1 562	214	343	803	2 248
1964	7 535	1 905	349	5 281	2 268	1 700	220	349	859	2 154
1965	7 755	1 967	390	5 399	2 307	1 715	234	358	885	2 207
1966	7 816	1 937	469	5 410	2 227	1 641	229	358	935	2 248
1967	7 819	1 887	510	5 422	2 210	1 635	217	358	941	2 271
1968	8 455	2 040	598	5 818	2 383	1 761	240	381	991	2 444
1969	9 232	2 210	651	6 372	2 547	1 882	267	399	1 058	2 767
1970	9 870	2 397	722	6 751	2 661	1 948	293	420	1 157	2 933
1971	9 948	2 485	702	6 761	2 584	1 865	289	430	1 246	2 931
1972	10 383	2 584	765	7 034	2 627	1 889	301	437	1 303	3 104
1973	11 092	2 776	874	7 442	2 801	2 045	314	442	1 341	3 300
1974	10 723	2 716	868	7 139	2 804	2 084	286	434	1 283	3 052
1975	10 191	2 644	688	6 859	2 462	1 761	282	419	1 355	3 042
1976	10 853	2 816	744	7 293	2 588	1 851	303	434	1 422	3 283
1977	10 912	2 721	886	7 305	2 580	1 812	317	451	1 501	3 224
1978	11 401	2 860	936	7 605	2 597	1 818	330	449	1 588	3 420
1979	11 964	3 115	957	7 892	2 700	1 913	335	452	1 643	3 549
1980	11 436	3 105	802	7 529	2 581	1 817	325	439	1 666	3 282
1981	10 964	3 018	725	7 221	2 482	1 751	313	418	1 609	3 130
1982	10 596	3 024	684	6 888	2 253	1 560	299	394	1 618	3 017

1) 1 Petajoule = 34 120,4 kg Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.

2) Einschließlich statistischer Differenzen.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 73*

Entwicklung im Mineralölbereich

Jahr	Mineralölverbrauch		Mineralöleinfuhr ¹⁾		Leichtes Heizöl		Schweres Heizöl		Verbrauch an Motorenbenzin und Dieselkraftstoff im Verkehr	Preise für Kraftstoffe ³⁾
	je Einheit Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976	je Einwohner ²⁾	insgesamt	je Einheit Bruttoinlandsprodukt ²⁾ in jew. Preisen	Verbrauch	Verbraucherpreis ³⁾	Verbrauch	Erzeugerpreis		
	Petajoule ⁴⁾ pro 1 Mrd DM	Gigajoule ⁵⁾	Mio DM	Verhältnis in vH	Petajoule ⁴⁾	1976 = 100	Petajoule ⁴⁾	1980 = 100		
1950		3 944			3		15		100	
1951		4 387			3		20		117	
1952		4 735			3		23		138	
1953		5 667			6		23		167	
1954		7 226			15		38		185	
1955		9 227			29		65		223	
1956		11 708	1 449	0,72	59		102		252	
1957		12 551	1 826	0,84	79		123		270	
1958		16 139	1 909	0,81	138	45,8	167		311	
1959		20 103	2 230	0,87	185	41,3	214		352	
1960	2,13	23 470	2 794	0,92	281	40,1	267		402	
1961	2,45	28 015	3 035	0,92	381	40,0	337		460	
1962	2,91	34 397	3 768	1,05	572	41,0	401	24,5	516	63,5
1963	3,42	41 210	4 357	1,14	744	42,9	455	24,9	563	63,4
1964	3,71	47 213	4 914	1,17	838	41,0	522	22,3	636	63,2
1965	4,06	53 993	4 994	1,09	1 011	39,2	577	21,4	692	63,1
1966	4,47	60 408	5 584	1,15	1 134	37,6	610	22,7	762	60,6
1967	4,66	62 882	6 566	1,33	1 196	40,6	604	23,4	783	65,1
1968	4,93	70 134	7 855	1,47	1 366	43,4	633	22,2	838	69,5
1969	5,17	78 263	7 914	1,32	1 641	40,6	677	22,3	903	64,3
1970	5,48	86 429	8 583	1,27	1 853	42,9	733	24,6	993	63,1
1971	5,52	88 816	11 168	1,49	1 962	47,3	742	32,3	1 080	66,3
1972	5,60	93 332	10 621	1,29	2 064	43,8	792	26,6	1 136	69,7
1973	5,70	98 780	15 009	1,63	2 217	72,4	799	28,4	1 181	78,3
1974	5,11	88 939	32 226	3,27	1 926	94,5	687	56,5	1 129	94,2
1975	5,00	85 785	28 988	2,82	1 907	90,8	622	56,2	1 216	93,5
1976	5,13	93 303	35 264	3,14	2 087	100	630	61,1	1 281	100
1977	4,92	92 541	34 442	2,88	2 007	99,8	592	62,8	1 361	97,2
1978	5,01	97 168	31 799	2,47	2 131	97,7	595	58,0	1 436	99,4
1979	4,89	98 796	47 791	3,43	2 121	174,1	586	74,4	1 485	109,8
1980	4,31	88 409	62 879	4,23	1 748	199,7	535	100	1 506	129,4
1981	3,89	79 586	70 808	4,59	1 546	234,0	440	138,6	1 448	154,2
1982	3,75	75 960	68 094	4,26	1 403	247,3	378	131,1	1 475	151,4

1) Erdöl, roh und Mineralölerzeugnisse (Spezialhandel).

2) Einwohner und Bruttoinlandsprodukt bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

3) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

4) Petajoule = 10¹⁵ (Billiarde) Joule.5) Gigajoule = 10⁹ (Milliarde) Joule.

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

- Abgabenbelastung** 232 ff.
- Abschreibung**
— degressive 230
— Zusatzabschreibungen 244, 396
- Agrarpolitik** 584 ff.
— s. a. Europäische Gemeinschaft
- Angebotsbedingungen** 58 ff., 259 ff.
- Angebotspolitik** 275 ff.
- Anreizmechanismen**
— s. Steuerungsfehler im Marktprozeß
- Arbeitskräfte**
— s. Beschäftigung
- Arbeitslosigkeit** 92 ff.
— in den wichtigsten Industrieländern 1
— nach einzelnen Beschäftigtengruppen 102 ff.
— voraussehbare Entwicklung 271
- Arbeitsmarktpolitik** 111 ff.
- Arbeitsproduktivität**
— s. Produktivität
- Arbeitszeit**
— Entwicklung der 115 ff.
— Verkürzung der 288 f., 365, 431 ff.
- Aufträge** 66 f., 73 f.
- Ausbildungsplätze** 105 ff.
- Ausfuhr** 73 ff., 179 ff.
— voraussichtliche Entwicklung 262 f.
- Ausfuhrpreise**
— s. Preisentwicklung
- Ausland**
— Finanzpolitik 5
— Geldpolitik 5
— Lohnpolitik 3
- Auslastungsgrad des Produktionspotentials**
— s. Produktionspotential
- Außenwirtschaftliches Ungleichgewicht**
— s. Zahlungsbilanz
- Austauschverhältnis** 176 ff.
- Auszubildende** 105 ff.
- Bankgewinne** 215, 425
- Belgien** 36
- Beschäftigung** 95 ff., 271
- Beschäftigungspolitik**
— s. Wachstumspolitik
- Bruttoinlandsprodukt**
— s. Produktion, Gesamtwirtschaft
- Bundesbankgewinn** 194, 235, 375
- Dänemark** 38
- Devisenmarkt**
— s. Wechselkurse
- Einfuhr** 66, 76
- Einfuhrpreise**
— s. Preisentwicklung
- Einkommen**
— aus unselbständiger Arbeit 148 ff.
— aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 143 ff.
— Einkommensverteilung 153 f.
— Transfereinkommen 155 ff.
— verfügbares Einkommen 70, 160
- Einkommensteuer** 224 f., 337 ff.
— s. a. öffentliche Finanzen
- Erwerbspersonenpotential** 100 f.
- Erwerbstätige** 99

- Europäische Gemeinschaft** 40 ff., 311
 — Agrarpolitik 43, 584 ff.
 — Gemeinschaftshaushalt 41 f.
 — Stahlpolitik 44 ff., 515 ff.
- Europäisches Währungssystem** 48
- Finanzierungsprobleme** in der Welt 7 ff., 12 ff., 25, 290 ff.
- Finanzierungsrechnung** 63, 204 f.
- Finanzpolitik** 216 ff., 272, 333 ff., 373 ff.
- Frankreich** 34
- Geldbasis**
 — s. Zentralbankgeldmenge
- Geldmenge** 203, 207
- Geldmengenziel** 193, 198 f., 420 ff.
- Geldpolitik** 192 ff., 343 ff., 416 ff.
 — Beurteilung 200, 416 ff.
 — Geldversorgung der Wirtschaft 199, 201, 420
 — im Ausland
 s. Ausland
 — Instrumentarium 202
 — s. a. Zentralbankgeldmenge
 — Sonderfaktoren 194 ff.
- Gemeindefinanzreform** 399 ff.
- Gesundheitswesen** 492 ff.
- Gewerbesteuer** 399 ff.
- Gewinne**
 — Gewinnmargen 62
 — Unternehmensgewinne 143 ff.
- Großbritannien** 33
- Industrieproduktion**
 — s. Produktion
- Inflation**
 — s. Preisentwicklung
- Internationale Finanzmärkte** 8 ff.
 — s. a. Finanzierungsprobleme in der Welt
- Internationale Wettbewerbsfähigkeit**
 — s. Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland
- Investitionen** 64 ff.
 — Investitionshilfeabgabe 230, 395
 — öffentliche 221, 390
 — voraussehbare Entwicklung 259 ff.
 — Vorratsinvestitionen 68
- Investitionsförderung** 395 f.
- Italien** 35
- Japan** 31
- Kapazitätsauslastung** 89, 269
- Kapitalbeteiligungsgesellschaften** 562 ff.
- Kapitalkosten** 154, Anhang IV. B.
- Kapitalmarkt** 208 ff., 555 ff.
- Kapitalverkehr**
 — s. Zahlungsbilanz
- Kohlepolitik** 535 ff.
- Konjunkturelle Entwicklung**
 — in der Bundesrepublik 49 ff.
 — in der Welt 1 ff., 27 ff.
 — voraussehbare 245 ff.
- Konjunkturneutraler Haushalt** 238 ff., 375, Anhang IV. D.
- Konsolidierung**
 — in der Welt
 s. Finanzierungsprobleme in der Welt
 — der öffentlichen Haushalte
 s. öffentliche Finanzen
 — der Unternehmen 205
 s. a. Finanzierungsrechnung
- Kredit** 206
- Kreditzusagen** 206
- Kurzarbeit** 49, 92
- Lehrlinge**
 — s. Auszubildende
- Leistungsbilanz**
 — s. Zahlungsbilanz
- Löhne**
 — Differenzierung 150 f., 429
 — Effektivverdienste 148 ff.

- im öffentlichen Dienst 218, 242
- Lohnstückkosten 59
- Tariflöhne 58, 150
- Lohnpolitik** 347 ff., 427 ff.
 - im Ausland
 - s. Ausland
- Lohnquote** 153
- Lohnsteuer**
 - s. Einkommensteuer
- Lohnstruktur** 150 f., 429
- Nachfragepessimismus** 278 ff.
- Niederlande** 37
- Öffentliche Finanzen**
 - Ausgaben 217 ff.
 - Einkommensteuertarif 406 f.
 - Finanzierungssaldo 235, 374, 378
 - Gemeindefinanzen 221, 399 ff.
 - Investitionen 395 f.
 - konjunkturelle Wirkungen 238 ff., 375, 380
 - konjunkturneutraler Haushalt 238 f., 375, Anhang IV.D.
 - Konsolidierung 235 f., 249, 374 ff.
 - Normalverschuldung 235, 375
 - Privatisierung 386 ff.
 - Steuereinnahmen 223 ff., 272
 - Steuerpolitik 394 ff.
 - Steuerrechtsänderungen 230 ff., 244, 396
 - Strukturelles Defizit 235 ff., 272, 376, 379
 - Subventionen 222, 383 ff.
 - voraussehbare Entwicklung 272, 249, 377
- Österreich** 39
- Offene Stellen** 92 f.
- OPEC-Staaten** 24
- Personalnebenkosten** 161 ff.
- Preisentwicklung** 128 ff.
 - Ausführpreise, Einfuhrpreise 176 f., 131 f.
 - in den wichtigsten Industrieländern 2
 - Mieten 136 ff.
 - Mineralöl 24
 - unvermeidlicher Anstieg des Preisniveaus 344 f.
- Verbraucherpreise 134 ff.
- voraussichtliche Entwicklung 266
- Produktion** 80 ff.
 - Gesamtwirtschaft, verarbeitendes Gewerbe 80 f.
 - nach Wirtschaftsbereichen 82 ff.
 - voraussehbare Entwicklung 269
- Produktionspotential** 89 f., Anhang IV.A.
- Produktivität** 91
- Prognose** 245 f.
- Protektionismus** 309
- Realeinkommen** 70, 160
- Reallohnposition** 154, Anhang IV.B.
- Renten** 156, 468 ff.
- Risikokapital** 372, 552 ff.
 - Aktienmarkt 555 ff.
 - zweiter Aktienmarkt 561 ff.
- Schweiz** 39
- Selbständige** 99
- Sozialpolitik** 366 ff., 468 ff.
- Sozialversicherung** 240, 366 ff., 468 ff.
- Staatliche Interventionen**
 - s. Steuerungsfehler im Marktprozeß
- Staatsquote** 236
- Staatsverschuldung** 235, 272
 - s. a. öffentliche Finanzen
- Stahlindustrie** 83, 515 ff.
 - s. a. Europäische Gemeinschaft
- Steinkohle** 84
 - s. a. Kohlepolitik
- Steueraufkommen** 223, 272
- Steuerquote** 223
- Steuerungsfehler im Marktprozeß** 326, 503 ff.
- Strukturelles Defizit**
 - s. öffentliche Finanzen

Strukturpolitik 370 ff.

— s. a. Steuerungsfehler im Marktprozeß

Subventionen

— s. öffentliche Finanzen

Tarifverträge 58**Terms of Trade**

— s. Austauschverhältnis

Überschuldung

— s. Finanzierungsprobleme in der Welt

Umlaufgeschwindigkeit des Geldes 201**Umweltschutzpolitik** 504 ff.**Unternehmensbesteuerung** 341 f.**Unternehmensfinanzierung**

— s. Finanzierungsrechnung

— s. Risikokapital

Verbrauch, privater 69 ff., 264 ff., 278 ff.**Vereinigte Staaten** 10, 29 f., 307 ff.**Vermögensteuer** 396**Vorausschätzung**

— s. Prognose

Wechselkursentwicklung 25 f., 296

— reale Bewertung 188 ff.

Weltkonjunktur

— s. konjunkturelle Entwicklung

Wertschöpfungssteuer 399 ff.**Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem
Ausland** 183, 262 f.**Wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf** 321 ff.**Wohnungsbau** 67, 261**Wohnungspolitik** 567 ff.**Zahlungsbilanz** 175 ff.

— Kapitalverkehrsbilanz 185 ff., 209

— Leistungsbilanz 176 ff.

Zentralbankgeldmenge 193 ff., Anhang IV.C.**Zinsen** 208, 211 ff., 424 f.

— in der Welt 5, 8 ff., 308